

**Systemimmanente Funktionsmängel
der sozialistischen Zentralplanwirtschaft
in der SBZ/DDR
1949
Am Beispiel des volkseigenen industriellen Sektors**

Inaugural-Dissertation
in der Fakultät Geschichts- und Geowissenschaften
der Otto-Friedrich-Universität Bamberg

vorgelegt von

Thomas Martin

aus

Pfullendorf, Kreis Sigmaringen

Tag der mündlichen Prüfung:

25. Juli 2001

Dekanin: Universitätsprofessorin

Dr. Bärbel Kerkhoff-Hader

Erstgutachter: Universitätsprofessor

Dr. Jürgen Schneider

Zweitgutachter: Universitätsprofessor

Dr. Wolfgang Protzner

Thomas Martin

Systemimmanente Funktionsmängel
der sozialistischen Zentralplanwirtschaft
in der SBZ/DDR
1949

Am Beispiel des volkseigenen
industriellen Sektors

ORDO

Unter ‘Wirtschaftsordnung’ verstehen wir eine konkrete, positiv gegebene Tatsache. Sie ist die Gesamtheit der realisierten Formen, in denen in concreto jeweils der alltägliche Wirtschaftsprozeß abläuft.

[...]

‘Ordnung’ hat aber noch einen anderen Sinn: als Ordnung, die dem Wesen des Menschen und der Sache entspricht; das heißt Ordnung, in der Maß und Gleichgewicht bestehen.

[...]

Dieser Ordo-Gedanke [...] bedeutet die sinnvolle Zusammenfügung des Mannigfaltigen zu einem Ganzen. Vor allem zu Zeiten versagender oder ungerechter positiver Ordnungen gewinnt diese Idee der Wesensordnung oder Naturordnung oder des Ordo regelmäßig eine große Kraft. Die Absurdität der konkreten Zustände gibt den Anstoß dazu.

[...]

Beide Begriffe sind unentbehrlich: Ordnungen als individuelle, wechselnde Tatbestände der Geschichte und Ordnung als Ordo.

[...]

Beide Begriffe kontrastieren miteinander: die konkreten, unbefriedigenden Ordnungen, in denen die Menschen faktisch leben, und die brauchbare und gerechte Ordnung.¹

1 EUCKEN, Walter (1952/90), Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Tübingen ⁶1990, S. 372f.

Inhalt

DANKSAGUNG	7
EINFÜHRUNG, FORSCHUNGSLEITENDE THESE, FORSCHUNGSSTAND, VORGEHENSWEISE	8
VOM GEBRAUCH DER SPRACHE IN DER SBZ/DDR	41
1 HISTORISCHER HINTERGRUND	46
1.1 DIE STALINISIERUNG DER SOWJETISCHEN BESATZUNGSZONE AB 1945	48
1.2 DIE RADIKALISIERUNG DER SED ZUR „PARTEI NEUEN TYPUS“	51
1.3 DER ZWEIJAHRPLAN 1949/50 - ERSTER ZENTRALPLAN FÜR DIE GESAMTE SBZ/DDR	58
1.3.1 ZIELVORGABEN	60
1.3.2 FEHLSTART DER SBZ-ZENTRALPLANWIRTSCHAFT	61
2 DIE VOLKSEIGENE WIRTSCHAFT - BASIS KOMMUNISTISCHER UTOPIE UND HERRSCHAFTSSICHERUNG	64
2.1 DAS „VOLKSEIGENTUM“ - KUNSTBEGRIFF OHNE REALITÄTSBEZUG	64
2.1.1 VERSUCH EINER BEGRIFFSBESTIMMUNG	65
2.1.2 CHRONOLOGIE DER ENTEIGNUNG	66
2.1.3 DAS PRINZIP DER „UNANTASTBARKEIT“ - MAßNAHMEN ZUR „SICHERUNG“ DES VOLKSEIGENTUMS	72
2.1.4 DIE ORGANISATION DES VOLKSEIGENTUMS - VOLKSEIGENE BETRIEBE (VEB) UND VEREINIGUNGEN VOLKSEIGENER BETRIEBE (VVB)	74
2.2 AUFGABEN DER VOLKSEIGENEN WIRTSCHAFT	89
2.2.1 DIE ENTSCHIEDENDE AUFGABE: PLANERFÜLLUNG IN DER PRODUKTION	90
2.2.2 POLITISCHE, IDEOLOGISCHE UND SOZIALE AUFGABENBEWÄLTIGUNG - SOZIALISTISCHER MAßSTAB FÜR DEN „ERFOLG“ VOLKSEIGENER BETRIEBE	92
2.2.3 DIE SCHWIERIGSTE AUFGABE: VORANTREIBEN DER WIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG - DES TECHNISCHEN FORTSCHRITTS	96
2.3 INSTRUMENTE DER MACHTSICHERUNG: INSTITUTIONEN ZUR DURCHFÜHRUNG UND KONTROLLE DER ZENTRALPLANWIRTSCHAFT (ZPW)	101
2.3.1 DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFTSKOMMISSION (DWK)	101
2.3.2 DER AUSSCHUß ZUM SCHUTZE DES VOLKSEIGENTUMS	102
2.3.3 DIE ZENTRALE KONTROLLKOMMISSION (ZKK)	105
2.3.4 DIE REVISIONS- UND TREUHANDGESELLSCHAFT FÜR DIE SOWJETISCHE BESATZUNGSZONE IN DEUTSCHLAND (RTA)	105
2.3.5 DAS SOZIALISTISCHE BANKENSYSTEM UND DIE DEUTSCHE INVESTITIONSBANK (DIB)	116
2.4 DAS KREDO SOZIALISTISCHER WOHLFAHRTSLEHRE: DIE ZENTRALE WIRTSCHAFTSPLANUNG	121
2.4.1 THEORETISCHE DEFIZITE	123
2.4.2 „BETRIEBLICHE EINZELPLANUNG“ - STUMPFES WERKZEUG ZUR VORBEREITUNG, ERFÜLLUNG UND KONTROLLE STAATLICHER PLANAUFLAGEN	127
2.4.3 GÜTER-GELDMENGENVERHÄLTNIS AUßER KONTROLLE	133

2.5	DIE BESCHÄFTIGTEN - PRODUKTIONSFAKTOR ARBEIT ODER PSYCHOLOGISCHE KLIPPE DES SOZIALISMUS?	135
3	<u>DER VOLKSEIGENE INDUSTRIELLE SEKTOR UNTER DEM DIKTAT DER ZENTRALPLANWIRTSCHAFT</u>	<u>147</u>
3.1	DIE INVESTITIONSTÄTIGKEIT IM VOLKSEIGENEN INDUSTRIELLEN SEKTOR	147
3.1.1	DAS FALLBEISPIEL VEB STAHL- UND WALZWERK RIESA	149
3.1.2	DIE INVESTITIONSPLANUNG	167
3.1.3	DIE INVESTITIONSDURCHFÜHRUNG	177
3.1.4	DIE GEBURTSSTUNDE DER MANGELWIRTSCHAFT	189
3.2	DIE PRODUKTIONSTÄTIGKEIT IM VOLKSEIGENEN INDUSTRIELLEN SEKTOR	197
3.2.1	DIE PRODUKTIONSPLANUNG	198
3.2.2	DIE PRODUKTIONSDURCHFÜHRUNG	226
3.2.3	UNSICHERHEIT UND WILLKÜR ALS KONSTANTEN SOZIALISTISCHER PRODUKTIONSBEMÜHUNGEN	247
3.3	ABSATZ - GÜTERVERTEILUNG IN DER VOLKSEIGENEN WIRTSCHAFT	254
3.3.1	STAATLICHE GÜTERALLOKATION BIS 1949	258
3.3.2	„NEUE WEGE“ DER MATERIALVERTEILUNG SEIT 1949	267
3.3.3	DIE VERWALTUNG DES SYSTEMBEDINGTEN MANGELS	290
4	<u>SYSTEMBEDINGTE URSACHEN DES WIRTSCHAFTLICHEN SCHEITERNS</u>	<u>295</u>
4.1	DIE SOZIALISTISCHE „GELD“-ILLUSION	296
4.2	WILLKÜRLICHE PREISPOLITIK IM DIENSTE DER ZENTRALPLANBÜROKRATIE	302
4.3	DAS GÄNGELBAND DES „DEMOKRATISCHEN ZENTRALISMUS“	311
4.4	DIE UTOPIE DER ZENTRALPLANUNG	316
4.4.1	ÜBERSCHREITEN DER PLANKOSTEN	318
4.4.2	VERFEHLEN DER PLANDETERMINIERTEN ZEITVORGABEN	324
4.4.3	PRODUKTION OHNE QUALITÄTSKRITERIUM	326
4.5	DAS PRINCIPAL-AGENT-PROBLEM: ZENTRALPLAN UND STAAT GEGEN BETRIEB UND INDIVIDUUM	329
4.5.1	VERSUCHE DES SOZIALISTISCHEN STAATES, DIE ÖKONOMISCHE LEISTUNGSFÄHIGKEIT DER VOLKSEIGENEN WIRTSCHAFT ZU STEIGERN	331
4.5.2	BETRIEBLICHE MAßNAHMEN IM ZWIESPALT ZWISCHEN STAATLICHER LEISTUNGSANFORDERUNG UND ÖKONOMISCHER ERSTARRUNG	374
4.5.3	DIE SOZIALISTISCHE ZENTRALPLANWIRTSCHAFT - EIN SYSTEM GEGENSEITIGER BLOCKADE OHNE LEISTUNGSANREIZE, TECHNISCHEN FORTSCHRITT UND WACHSENDE PRODUKTIVITÄT	380
	ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK	384
	VERZEICHNIS DER ABBILDUNGEN, TABELLEN UND ÜBERSICHTEN	402
	ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	404
	QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS	407

Danksagung

Die Erstellung der vorliegenden Dissertation setzte die Bereitstellung üppiger Mengen von Produktionsfaktoren voraus, die mir größtenteils geschenkt wurden.

Das erforderliche Kapital stellten mir großzügigerweise meine Eltern, Karin Hug und Robert Martin zur Verfügung. Dafür danke ich ihnen ganz besonders. Ohne sie wäre das Vorhaben keinesfalls möglich gewesen.

Herrn Professor Dr. Dr. Jürgen Schneider habe ich die Anregung zum Thema zu verdanken. Seine fachliche Anteilnahme überbrückte die Entfernung zwischen Bamberg und Bonn. Ihm verdanke ich entscheidende Hinweise zur Anfertigung der Studie. Auch moralisch leistete er mir stets den besten Beistand; seine Herzensbildung wird mir stets zum Vorbild gereichen. Ich hätte mir keinen besseren Doktorvater wünschen können.

Ebenfalls danken möchte ich Herrn Horst Hartte, der mich mit wertvollen Anregungen zum Thema versorgte. Ungeachtet seines knappen Zeitbudgets als Wirtschaftsprüfer schenkte er mir jederzeit ein offenes Ohr.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bundesarchivs Berlin - damals noch Außenstelle Coswig in Sachsen-Anhalt - sowie der Bibliothek zur Geschichte der DDR in Bonn einen herzlichen Dank für geduldige Beratung und jeden, zwischen Lesesaal und Magazin zurückgelegten Kilometer.

Mit großer Konzentration übernahm Karin Hug die unverzichtbare externe Durchsicht des fertigen Manuskriptes, was mich sehr freute und höchste Dankbarkeit verdient.

Weitere aktive Unterstützung bei der Entwicklung des Projektes lieferten dankenswerterweise Jürgen Heidenthal, Tim Klatte, Marita Janke, Hauke Reimer und Dorothea Wildenburg.

Das notwendige Beispiel zum täglichen Neubeginn empfing ich von meiner lieben Tochter Selma Lyn Kalkutschke, deren Vorbild unermüdlichen Fleißes mich zum Gleichtun anspornte.

Das zusätzlich erforderliche Quentchen Druck schenkte mir immer wieder aufs neue Petra Kalkutschke.

Allen gemeinsam Dank für Geduld und Vertrauen.

Bonn, im März 2001

Thomas Martin

Einführung, forschungsleitende These, Forschungsstand, Vorgehensweise

Am 9. November 1989 fiel die Grenzmauer zur Bundesrepublik Deutschland, die achtundzwanzig Jahre zuvor, am 13. August 1961, von der Regierung der DDR errichtet worden war. Die anhaltende Massenflucht in den Westen sollte endgültig unterbunden werden, um die sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der sowjetischen Besatzungszone vor dem personellen Ausbluten zu bewahren.

Mit Inkrafttreten der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion von Bundesrepublik Deutschland und DDR am 1. Juli 1990 sowie dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 am 3. Oktober 1990 fand der „real existierende Sozialismus“ und damit auch die Phase der „wirtschaftspolitischen Experimente“¹ in Deutschland nach langen Jahren ihr Ende.

Schon seit 1918 wurde hier auf unterschiedlichste Weise um eine Wirtschaftsordnung gerungen, die vor allem das Verhältnis zwischen Staat und Ökonomie klären sollte.² Dabei wurde u.a. die Ansicht vertreten, „die Politik des Laissez-faire sei zu Ende“³, der Kapitalismus wäre überlebt und mache unweigerlich einem zentral geplanten Wirtschaftssystem Platz. Im Mittelpunkt der diesbezüglichen theoretischen Auseinandersetzung stand die wissenschaftliche Debatte darüber, ob im Sozialismus, d.h. unter den Bedingungen fehlenden Privatbesitzes an Produktionsmitteln, eine Wirtschaftsrechnung überhaupt möglich wäre. Jürgen Schneider

1 SCHNEIDER, Jürgen, Von der Kriegswirtschaftsordnung zur sozialistischen Zentralplanung, in: SCHNEIDER, Jürgen und HARBRECHT, Wolfgang (Hrsg.), Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in Deutschland (1933-1993), Stuttgart 1996, S. 26.

2 Walter Eucken legt seiner Interpretation des Begriffs „Wirtschaftsordnung“ insbesondere das Verhältnis von Produktions- und Konsumsektor, bzw. Angebots- und Nachfrageseite, zugrunde: „Die Wirtschaftsordnung eines Landes besteht in der Gesamtheit der jeweils realisierten Formen, in denen Betriebe und Haushalte miteinander verbunden sind, in denen also der Wirtschaftsprozess in concreto abläuft.“ EUCKEN, Walter, Die Grundlagen der Nationalökonomie, Berlin ⁸1965, S. 23. Vgl. auch: LEIPOLD, Helmut, Gesellschaftstheoretische Fundierung der Wirtschaftssysteme, in: HAMEL, Hannelore (Hrsg.), Soziale Marktwirtschaft - Sozialistische Planwirtschaft, Ein Vergleich Bundesrepublik Deutschland - DDR, München ⁵1989, S. 1-24, zur Wirtschaftsordnung insb. S. 1-4. Zur Unterscheidung unterschiedlicher Wirtschaftsordnungen hält Leipold die Analyse einzelner Ordnungselemente, wie die Planungs- bzw. Lenkungsordnung (dezentrale und bzw. zentrale Planung) sowie die Eigentumsordnung (Privat- bzw. Kollektiveigentum) für entscheidend. Heinz Lampert definiert Wirtschaftsordnung als „die Gesamtheit aller für den organisatorischen Aufbau der Volkswirtschaft und für die wirtschaftlichen Abläufe geltenden Regeln sowie die Gesamtheit der für die Verwaltung, Steuerung und Gestaltung der Wirtschaft zuständigen Einrichtungen“. LAMPERT, Heinz, Die Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland, München ⁸1988, S. 15. Jede Wirtschaftsordnung, so Lampert, habe drei Aufgaben zu erfüllen: 1) Die Herstellung und Sicherung der Funktionsfähigkeit der Wirtschaft 2) Die zielgerichtete Koordinierung aller wirtschaftlichen Aktivitäten 3) Die Verwirklichung der gesellschaftspolitischen Grundziele. Ebenda, S. 17. Inwieweit die sozialistische Wirtschaftsordnung in der SBZ/DDR diese Aufgaben zu erfüllen vermochte, wird am Ende der Studie festzustellen sein. Vgl. FN 1, Seite 384.

3 EUCKEN, Walter, Unser Zeitalter der Mißerfolge. Fünf Vorträge zur Wirtschaftspolitik, Tübingen 1951, S. 69.

ist es zu verdanken, diese Diskussion und den Verlauf ihrer Fortsetzung in den dreißiger Jahren wieder in Erinnerung gerufen zu haben⁴.

Die politischen Ereignisse des Jahres 1989 bestätigen die in dieser Debatte herausragende Position Ludwig von Mises.⁵ Dieser hatte die theoretische Auseinandersetzung angestoßen, indem er sich bereits 1920 mit aller Deutlichkeit gegen das planwirtschaftliche Modell wandte.⁶ Durch die Verstaatlichung der Produktionsmittel, so argumentierte Mises, würden automatisch auch die Märkte für Produktionsfaktoren abgeschafft. Ohne Märkte aber sei eine Preisbildung auf dem Wege von Angebot und Nachfrage nicht möglich, ohne Preise wiederum keine Kostenrechnung, und ohne Kostenrechnung schließlich auch keine Wirtschaftsrechnung. Zentral verwaltete Ökonomien, so Mises, mußten also ohne Wirtschaftsrechnung auskommen. Ohne Wirtschaftsrechnung sei jedoch weder eine effiziente Produktion möglich, noch Kapitalfehllenkung zu vermeiden.⁷ In den Worten von Mises: „Ohne Wirtschaftsrechnung keine Wirtschaft. Im sozialistischen Gemeinwesen kann es, da die Durchführung der Wirtschaftsrechnung unmöglich ist, überhaupt keine Wirtschaft in unserem Sinne, geben. [...] Doch an die Stelle der anarchischen (= marktwirtschaftlichen) Produktionsweise wird das nutzlose Gebaren eines zweckwidrigen Apparates getreten sein. Die Räder werden sich drehen, doch sie werden leer laufen. [...] Dann aber haben wir eine sozialistische Wirtschaftsordnung vor uns, die im Ozean der möglichen und denkbaren Wirtschaftskombinationen ohne die Bussole der Wirtschaftsrechnung planlos umherfährt. Jede wirtschaftliche Veränderung wird so im sozialistischen Gemeinwesen zu einem Unternehmen, dessen Erfolg weder im vorhinein abgeschätzt noch auch später rückschauend festgestellt werden kann. Alles tappt hier im Dunkeln. Sozialismus ist die Aufhebung der Rationalität der Wirtschaft“.⁸

Wissenschaftliche Belege für die Richtigkeit dieser Aussagen ließen noch lange auf sich warten: Die Teilnehmer der Debatte über die Möglichkeit der Wirtschaftsrechnung im Sozialismus in den zwanziger und dreißiger Jahren mußten sich vor allem auf theoretische Ansätze verlassen, bzw. waren mit propagandistisch aufbereiteten Informationen aus der Sowjetdiktatur konfrontiert. „Kleinliche Zensur“ und „strikte Geheimhaltung“⁹, betreffend sämtliche Unterlagen volkseigener Betriebe und Kombinate, verschleierten über Jahrzehnte den Blick auf den wirklichen Zustand der Wirtschaft in der östlichen Besatzungszone. Erst der Zusammenbruch des sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsexperiments in der DDR schuf die Voraussetzung dafür, empirisch zu fundieren, was von Mises schon siebzig Jahre zuvor theoretisch aufgezeigt hatte.

4 SCHNEIDER, Kriegswirtschaftsordnung sowie SCHNEIDER, Jürgen und HARBRECHT, Wolfgang, Zur Einführung, in: SCHNEIDER, HARBRECHT, Wirtschaftsordnung.

5 Vgl. hierzu vor allem auch MISES, Ludwig v., Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus, Jena 1932.

6 MISES, Ludwig v., Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 47, 1920.

7 Vgl. SCHNEIDER, HARBRECHT, Wirtschaftsordnung, S. 13.

8 MISES v., Gemeinwirtschaft, S. 98ff.

9 BUCK, Hannsjörg F., Die DDR-Statistik: Manipulation zur Festigung der Diktatur, in: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Nr. 77, September 1998, S. 56.

In welchem Zustand offenbarte sich die sowjetzonale Ökonomie des Jahres 1989? Jüngste Untersuchungen zur Endphase der sozialistischen Zentralplanwirtschaft in der DDR scheinen die Mises-These in vollem Umfange zu stützen.

In diesem Zusammenhang steht die im folgenden näher zu begründende forschungsleitende These der vorliegenden Studie bezüglich einer angenommenen, systembedingten Kontinuität von Mängeln der SBZ/DDR-Zentralplanwirtschaft über den gesamten Zeitraum von vierzig Jahren. Dementsprechend ausgedehnt gestaltet sich auch der anschließende Forschungsüberblick. Er umfaßt denselben Zeitraum und zwar sowohl bezüglich des Entstehungsdatums der Forschungsarbeiten, als auch bezüglich des behandelten Zeitabschnitts der SBZ/DDR Zentralplanwirtschaft. Dabei ist festzustellen, daß für den Beginn der Zentralplanung in der SBZ im Jahre 1949 keine Untersuchungen vorliegen, die das Produktionsgeschehen im volkseigenen industriellen Sektor am konkreten Beispiel analysieren. Die vorliegende Studie versucht, diese Lücke zu schließen, woraus sich das Jahr 1949 als Untersuchungsschwerpunkt ergibt. Abschließend werden Vorgehensweise und Quellengrundlage näher erläutert.

Forschungsleitende These

Im Fokus der vorliegenden Untersuchung steht der Beginn der Zentralplanwirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone - repräsentiert durch den ersten Perspektivplan der Jahre 1949/50 für die gesamte SBZ.

Es soll geklärt werden, inwieweit Funktionsmängel schon im Rahmen der frühen SBZ-Zentralplanwirtschaft vorhanden waren. Weiterhin ist die Frage zu beantworten, inwieweit sie sich innerhalb des Systems konservierten, bzw. ob sie bis zu seinem Ende erhalten blieben. Inwieweit unterschied sich die Zentralplanwirtschaft unmittelbar nach ihrer Einführung in der SBZ/DDR von jenem System, das 1989 zusammenbrach? War das sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem der SBZ/DDR von Anfang an zum Scheitern verurteilt? Setzte das Prinzip „Plan statt Markt“ unweigerlich den von Mises beschriebenen Automatismus in Gang?

Die forschungsleitende Hypothese ist, daß es innerhalb des Systems zentraler Planwirtschaft in der SBZ/DDR im Laufe seines 40-jährigen Bestehens nie gelang, brauchbare Problemlösungsstrategien auszubilden. Obwohl die Bevölkerung der SBZ/DDR von der Staatsgewalt massiv zur Leistungserbringung angehalten wurde, trat das System zentraler Planwirtschaft zeit seiner Existenz auf der Stelle und zehrte von der Substanz, bis es 1989 seinen immanenten Defiziten zum Opfer fiel.

Die Gründe für den Zusammenbruch der DDR-Zentralplanwirtschaft waren *systembedingt* und darum schon am ersten Tage sozialistischer Kommandowirtschaft vorhanden.

Daß das sowjetzonale Wirtschafts- und Gesellschaftssystem keine nennenswerte Entwicklung vollzog, lag insbesondere daran, so wird sich zeigen, daß es gänzlich *reformunfähig* war. Um dies darzulegen, wird vor allem auf Erkenntnisse über den Zustand der DDR-Wirtschaft zum Zeitpunkt ihres Zusammenbruchs zurückgegriffen werden.

Wirtschaftliche Mißerfolge veranlaßten die sozialistische Führung zu regelmäßigen institutionellen „*Etikettenwechseln*“, die sie als echte „Neuerungen“ auszugeben versuchte. Tatsächlich führte derlei „Fassadenmalerei“ aber eher zurück und be-

wirkte weitere Verunsicherung bei den Wirtschaftsteilnehmern, womit sich bestehende ökonomische Probleme verschärften.

Die Protagonisten der Zentralplanwirtschaft waren generell außerstande, jene Aufgaben zu lösen, die ihnen das System auferlegte. Sie operierten vierzig Jahre lang ohne Orientierung, realitätsfremd und gefangen in *unauflösbaren Widersprüchen* der sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Die meisten Versuche der Wirtschaftsleitung zur Steigerung der ökonomischen Leistungsfähigkeit verstärkten zwar den Druck auf die arbeitenden Menschen, bewirkten aber keine verbesserte Arbeitsproduktivität. Das doktrinaire, kollektivistische Wesen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zeigte sich *menschenverachtend*, indem es dem Individuum die Möglichkeit nahm, eigene Interessen auszubilden und es in den Dienst der Kommandowirtschaft zwang.¹⁰

Die SBZ/DDR war außerstande, dem totalitär-utopisch-kollektivistischen Wesen ihrer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung eine Theorie zur Seite zu stellen, die kompatibel gewesen wäre mit der Realität menschlichen Wirtschaftens. Immer häufiger sahen sich die Wirtschaftsteilnehmer Verhältnissen ausgesetzt, die nur noch als chaotisch zu bezeichnen waren. Dem formalen Prinzip der Zentralplanwirtschaft fehlte, was von Walter Eucken als die „Idee der Wesensordnung oder [der] Naturordnung oder [des] Ordo“ bezeichnet wurde.¹¹ Schon 1949 zeigte sich die *Kluft zwischen der kommunistischen „Wirtschaftstheorie“ und den Ergebnissen ihrer Umsetzung in der Praxis*.

Das *Fehlen der allgemeinen Kommunikationsmöglichkeit* im Rahmen eines Systems freier Märkte und Preise nahm der zentralgeplanten Ökonomie jede Chance, sich jemals gleichmäßig und entlang des Effizienzkriteriums zu entwickeln.

Obwohl Mises die Gründe für den Untergang des Systems in seinen Schriften bereits vorwegnahm, trat die sozialistische Zentralplanwirtschaft vierzig Jahre lang auf der Stelle. Sie blieb im Startblock hängen, der den Beginn im Wettkampf der Systeme markierte.

Für das Jahr 1949 als *Zeitraum für die Untersuchung* des volkseigenen Sektors der SBZ sprechen folgende Gründe: Der Aufbau des volkseigenen, industriellen Sektors wurde zu Beginn des Zweijahrplanes 1949/50 offiziell als abgeschlossen erklärt. „Die Zeit des wirtschaftlichen Experimentierens“, so verkündete die „Statistische Praxis“ zum Jahresbeginn 1949, sei nunmehr „für die sowjetische Besatzungszone abgeschlossen“¹². Auch die RTA war der Meinung, die „Phase der Improvisation“¹³ sei mit Beginn des Zweijahrplans beendet. Bis zum Jahresbeginn 1949 war auch die Gründung der meisten Institutionen erfolgt, die man zur

10 Auch Helmut Leipold attestiert der sozialistischen Zentralplanwirtschaft in der DDR „Mängel in der marxistisch-leninistischen Ordnungskonzeption“, die sich insbesondere in „der unrealistischen Vorstellung über das Planungs- und Lenkungsproblem [... sowie in] einem unrealistischen, [...] weil normativen Menschenbild“ zeigen. Aus: LEIPOLD, Helmut, Gesellschaftstheoretische Fundierung der Wirtschaftssysteme, in: HAMEL, Hannelore (Hrsg.), Soziale Marktwirtschaft - Sozialistische Planwirtschaft, Ein Vergleich Bundesrepublik Deutschland - DDR, München ⁵1989, S. 1-24, hier S. 21ff.

11 EUCKEN, Walter (1952/90), Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Tübingen ⁶1990, S. 372.

12 Statistische Praxis, 4. Jhrg. Heft 1, Januar 1949, S. 1.

13 DN5-261, S. 47.

Organisation und Kontrolle der Plandurchführung für erforderlich hielt.¹⁴ Damit steht das Jahr 1949 für den offiziellen Beginn längerfristiger Planperioden für den Raum der gesamten SBZ und verdient darum besondere Aufmerksamkeit insbesondere unter folgenden Fragestellungen: War der Aufbau des Systems zentraler Planwirtschaft in der SBZ/DDR 1949 tatsächlich „abgeschlossen“? Welcher Art waren damals festzustellende Mängel und Defizite? Gibt es Parallelen von systematischen, institutionellen und organisatorischen Defekten der sozialistischen Ökonomie zwischen 1949 und 1989?

Forschungsüberblick

Über aktuelle und in den vergangenen Jahren abgeschlossene Forschungsprojekte zum Thema SBZ/DDR gibt Ulrich Mähler einen Überblick. Im Auftrag der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ machte der Mannheimer Arbeitsbereich DDR-Geschichte 1993 erstmals eine Umfrage bezüglich laufender Forschungsprojekte zur DDR-Geschichte.¹⁵

Seit 1994 erscheinen in der Zeitschrift Deutschland Archiv unter der Rubrik „Aktuelles aus der DDR-Forschung“ jährlich drei Newsletter.¹⁶ Darin werden aktuelle Forschungsvorhaben vorgestellt, Ausstellungen sowie Publikationen, Termine, Personalien und Projektmeldungen. Ein geschlossenes Verzeichnis der meisten Archive, Forschungseinrichtungen, Bibliotheken, Einrichtungen der politi-

14 ● 14. Juni 1947: Errichtung der DWK ● 17. April 1948: Mit Befehl der SMAD Nr. 64, (ZVOBl. 115/1948, S. 140), Ziffer 2: Bildung eines „Ausschuß zum Schutze des Volkseigentums“ bei der DWK ● 23. April 1948: Befehl Nr. 76 der SMAD über die Bestätigung der Grundlagen für die Vereinigungen und Betriebe. ● 21. Mai 1948: SMAD-Befehl Nr. 94 über die Gründung der Deutschen Emissions- und Girobank (ZVOBl. 19/1948, S. 209), bzw. ● 20. Juli 1948: SMAD-Befehl Nr. 122 über die Umwandlung der Deutschen Emissions- und Girobank in die Deutsche Notenbank (ZVOBl. 29/1948, S. 320). ● 26. Mai 1948: Gründung der Revisions- und Treuhandanstalt für die sowjetische Besatzungszone bei der DWK (ZVOBl. Nr. 17/1948, S. 178 und ZVOBl. 17/1948, S. 178 und ZVOBl. 19/1948, S. 214). ● 15. Juni 1948: Anordnung über die Bildung von Kontrollkommissionen bei der DWK und in den Ländern der SBZ (ZVOBl. 21/1948, S. 240), bzw. ● 1. September 1948: Anordnung über die Aufgaben der Zentralen Kontrollkommission bei der DWK, der Landes-Kontrollkommissionen bei den Landesregierungen und der Kontrollbeauftragten in den Kreisen und kreisfreien Städten der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Die Kontrollkommissionen hatten sich auf die Arbeit sogenannter Volkskontrollausschüsse zu stützen (ZVOBl. 39/1948, S. 429). ● 21. Juli 1948: Anordnung der DWK vom 21. Juli 1948 über die Errichtung von Planungskommissionen in jedem zonal verwalteten, volkseigenen Betrieb. ● 23. September 1948: Verordnung über die Bestrafung von Verstößen gegen die Wirtschaftsordnung (Wirtschaftsstrafverordnung; ZVOBl. 41/1948, S. 439.). ● 13. Oktober 1948: Anordnung zur Errichtung der Deutschen Investitionsbank (ZVOBl. 48/1948, S. 494). Vgl. in diesem Zusammenhang: KÜHNE, Lutz, Die Politik der SED zur Schaffung von Voraussetzungen für den Übergang zur zentralen Wirtschaftsplanung und zur Durchsetzung des Zweijahresplans 1949/50 als Programm für die weitere gesellschaftliche Entwicklung (Anfang bis Ende 1948), Diss. A. Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED 1976.

15 DEUTSCHER BUNDESTAG (12. WAHLPERIODE) (Hrsg.), Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“: Forschungsprojekte zur DDR-Geschichte, Ergebnisse einer Umfrage des Arbeitsbereiches DDR-Geschichte im Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES) der Universität Mannheim, bearbeitet von Thomas HEIMANN unter Mitarbeit von Ralf EICHER und Stefan WORTMANN, o.O. 1993.

16 Deutschland Archiv, 11/1994, 4/1995, 8/1995, 12/1995, seit 1996: Heft-Nr. 2,4,6.

schen Bildung, Vereine, Museen und Gedenkstätten zur Erforschung der SBZ/DDR bietet das ebenfalls von Mähler 1997 herausgegebene, jüngst neu aufgelegte „Vademekum DDR-Forschung“¹⁷.

Zehn Jahre nach dem Zusammenbruch der DDR konstatiert Mähler einen Rückgang der Projekte zum Thema Transformationsforschung, das zunächst einen großen Teil der Forschung ausmachte.¹⁸ In der Zwischenzeit behandeln 25 Prozent der bekannten Forschungsprojekte die Zeit vor dem Mauerbau. Weitere 25 Prozent betrachten den gesamten Zeitraum der DDR/SBZ-Existenz. 20 Prozent widmen sich den letzten beiden Jahrzehnten der DDR, insb. der Zeit um 1989. Neun Prozent der Projekte behandeln auch die Zeit vor 1945. Inhaltliche Schwerpunkte der DDR-Forschung liegen bei der Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit, Polizei, Militär und Justiz sowie den repressiven Formen der SED-Herrschaftssicherung.

Die Behandlung dieser Themenkomplexe sind auch zur Erschließung ökonomischer Fragestellungen in der SBZ/DDR von entscheidender Bedeutung. Das Bedürfnis des Staates nach lückenloser Kontrolle von Gesellschaft und Wirtschaft, verbunden mit der Entindividualisierung durch ein verordnetes, kollektivistisches Gesellschaftsmodell, führte in Konsequenz der „Logiken der Willkür“¹⁹ notwendigerweise zum Aufbau des entsprechenden Unterdrückungsinstrumentariums. Als solches Werkzeug fungierte die Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle in der SBZ/DDR (ZKK), wie Thomas Horstmann überzeugend darstellt. Die Aufgabe der ZKK war u.a., staatlichen Wirtschaftsplänen an der Basis die notwendige Autorität zu verschaffen. Die kriminelle Energie der SED-Diktatur ist kaum zu unterschätzen, wie Jan Lipinsky und andere in vielerlei Hinsicht nachweisen. Lipinsky betrachtet die eigentlichen Wirkungsstätten staatlicher Repression: Gefängnisse und Lager. Sie wurden in der SBZ seit 1945 „nach sowjetischen Vorgaben betrieben [und waren] als Stätten des Terrors eindeutig in den Gulag ein[zu]ordnen.“²⁰ Als solche bildeten sie den mentalen Hintergrund aller Beteiligten

17 MÄHLERT, Ulrich (Hrsg.), Vademekum DDR-Forschung, Ein Leitfaden zu Archiven, Forschungseinrichtungen, Bibliotheken, Einrichtungen der Politischen Bildung, Vereinen, Museen und Gedenkstätten, Opladen, 2. überarbeitete und erweiterte Auflage 1999.

18 MÄHLERT, Ulrich, Analyse der zur Zeit in Bearbeitung befindlichen und der bereits abgeschlossenen Forschungsarbeiten zur DDR-Geschichte, in: DEUTSCHER BUNDESTAG (13. WAHLPERIODE) (Hrsg.), Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, Bd. VII, Herausforderungen für die künftige Aufarbeitung der SED-Diktatur, Perspektiven der internationalen Zusammenarbeit bei der Aufarbeitung totalitärer Diktaturen, Frankfurt 1999, S. 859.

19 HORSTMANN, Thomas, Logiken der Willkür, Die Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle in der SBZ/DDR von 1948 bis 1958 (in Vorbereitung). Zum Thema der Sowjetischen Kontrollkommission erschien eine Quellendokumentation, mit der wissenschaftliches Neuland betreten wurde: SCHERSTJANOI, Elke, Das SKK-Statut, Zur Geschichte der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland 1949 bis 1953, München 1998.

20 LIPINSKY, Jan, Gefängnisse und Lager in der SBZ/DDR als Stätten des Terrors im kommunistischen Herrschaftssystem, in DEUTSCHER BUNDESTAG (13. WAHLPERIODE) (Hrsg.), Materialien der Enquete-Kommission, Bd. VI, Formen der Erinnerung, S.564. Zur Vorbereitung und Durchführung der sogenannten Waldheim-Prozesse vgl. WENDEL, Eberhard, Ulbricht als Richter und Henker - Stalinistische Justiz im Parteauftrag, Zeugnisse deutscher Geschichte, Berlin 1996. Die Ausbildung und Rolle der sogenannten Volksrichter erarbeitete ausführlich Hermann Wentker:

des Wirtschaftsprozesses - die notwendige Ergänzung einer Kommandowirtschaft, wie sie in der SBZ/DDR aufgebaut werden sollte.

Nicht zu vernachlässigen sind in diesem Zusammenhang lebensgeschichtlich-biographische Untersuchungen, eine Thematik, die von Alf Lüdtke als „ebenso dringlich wie weiterführend“²¹ für die Erforschung der DDR-Geschichte beurteilt wird.

1999 publizierte die zweite Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“²² die Ergebnisse ihrer Arbeit.²³ Ohne Zweifel repräsentiert diese, in 14 Teilbänden erschienene Materialsammlung den Stand der heutigen Forschung über die SBZ/DDR. Entscheidende Beiträge zur Erforschung der sozialistischen Zentralplanwirtschaft in der SBZ/DDR tragen jedoch kein aktuelles Datum, sondern ihre Entstehung liegt Jahrzehnte zurück.

Grundlegende Bedeutung für die Darstellung der Ausgangsbedingungen der SBZ nach dem Kriege haben insbesondere die Arbeiten von Bruno Gleitze, Wolfgang F. Stolper, Horst Duhnke.²⁴ Ohne wissenschaftlichen Wert hingegen sind die

WENTKER, Hermann (Hrsg.), Volksrichter in der SBZ/DDR 1945 bis 1952. Eine Dokumentation mit einer Einleitung, München 1997. Von besonderer Bedeutung für die Erforschung der totalitären Erscheinungen des Kommunismus ist die Studie von COURTOIS, Stéphane und WERTH, Nicolas u.a., Das Schwarzbuch des Kommunismus, Unterdrückung, Verbrechen und Terror, München 1998. Die Ausgabe enthält zwei Aufsätze zur aktuellen Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur: NEUBERT, Ehrhart, Politische Verbrechen in der DDR und GAUCK, Joachim, Vom schwierigen Umgang mit der Wahrnehmung.

- 21 LÜDTKE, Alf, Die DDR als Geschichte, Zur Geschichtsschreibung über die DDR, in APuZ, B 36/98, S. 8. An biographischer Literatur erschien: HERBST, Andreas und RANKE, Winfried und WINKLER, Rügen (Hrsg.), So funktionierte die DDR, Bd. III, Lexikon der Funktionäre, Hamburg 1994. MÜLLER-ENBERGS, Helmut und WIELGOHS, Jan, und HOFFMANN, Dieter (Hrsg.), Wer war wer in der DDR?, Ein biographisches Lexikon, Berlin 2000 (Die Originalausgabe erschien 1994 als elektronisches Lexikon unter Windows). BAUMGARTNER, Gabriele und HEBIG, Dieter (Hrsg.), Biographisches Handbuch der SBZ/DDR 1945-1990, 2 Bde., München 1996/97. FROH, Klaus und WENZKE, Rüdiger, Die Generale und Admirale der NVA, Ein Biographisches Handbuch, 1952-1990, Berlin 2000.

- 22 Eingesetzt durch Beschluß des Deutschen Bundestages vom 22. Juni 1995 (Drucksachen 13/1535, 13/1762).

- 23 DEUTSCHER BUNDESTAG (13. WAHLPERIODE) (Hrsg.), Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, 14 Teilbände, Frankfurt 1999.

- 24 GLEITZE, Bruno, Ostdeutsche Wirtschaft - industrielle Standorte und volkswirtschaftliche Kapazitäten des ungeteilten Deutschland, Berlin 1956 sowie GLEITZE, Bruno, Die Wirtschaftsstruktur der Sowjetzone und ihre gegenwärtigen sozial- und wirtschaftsrechtlichen Tendenzen, Bonn 1951 sowie GLEITZE, Bruno, Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme einer Wiedervereinigung Deutschlands, in: Wirtschaftswissenschaftliche Mitteilungen, Köln 1957, Nr. 10, S. 3-8 sowie STOLPER, Wolfgang F. und ROSKAMP, Karl W., The Structure of the East German Economy, Cambridge, Mass. 1960 sowie GRÜNIG, Ferdinand, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für die sowjetische Besatzungszone, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, 1950/1 sowie DUHNKE, Horst, Stalinismus in Deutschland. Die Geschichte der Sowjetischen Besatzungszone, Köln 1955, sowie LUKAS, Richard, Zehn Jahre Sowjetische Besatzungszone, Mainz/Wiesbaden/Düsseldorf 1955 sowie NETTL, J. Peter, Die Deutsche Sowjetzone bis Heute, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Frankfurt 1953.

Verschiedene Institute waren Herausgeber von Publikationen über die wirtschaftliche und gesellschaftliche Ausgangslage der SBZ/DDR: Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, DIW („DIW-Wochenberichte“, „Vierteljahreshefte für Wirt-

Produkte der bis zum Ende der DDR praktizierten Geschichtsklitterung der SBZ/DDR-„Forschung“. Diese waren stets Auftragsarbeiten für die SED, besaßen „den Charakter von Kampfschriften [und betrieben] bewußte Desinformation“²⁵. „Auch mehr als fünfunddreißig Jahre nach Gründung der DDR haben SED-Autoren noch nicht die Souveränität erlangt, diesen, aus einem naiven Legitimationsbedürfnis entstandenen Rahmen von unreflektierten Grundannahmen und Tabuisierungen zu überschreiten.“²⁶

Der im Westen als Überraschung empfundene Zusammenbruch der DDR und der nach 1989 freie Zugang zu ihren Archiven bestätigte Forschungsarbeiten, die schon Jahre zuvor erschienen waren und bis 1989 nur geringes Interesse gefunden hatten. Fast zwei Jahrzehnte standen sie im Schatten der sogenannten systemimmanenten Forschung, die mit dem Zusammenbruch des Kommunismus endgültig obsolet wurde.

Wie Klaus Schroeder darlegt²⁷, fand Ende der sechziger Jahre eine Ablösung der bis dahin dominierenden, an der Totalitarismustheorie orientierten DDR-Forschung²⁸ statt. An ihre Stelle trat infolge des mit der Studentenbewegung einhergehenden, veränderten politischen und wissenschaftlichen Zeitgeistes nahezu überall die systemimmanente Forschung, deren „Nestor“²⁹ Peter-Christian Ludz wurde. Auch Hartmut Zimmermann, Otto Strammer, Gerd-Joachim Glaesner oder Jean-Paul Picaper³⁰ waren Vorreiter systemimmanenter Ansätze. Der

schaftsforschung“, Die deutsche Wirtschaft zwei Jahre nach dem Zusammenbruch, Berlin 1947), das Institut für Raumforschung („Mitteilungen“), das Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, BMG („Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland“, „Materialien zur Wirtschaftslage in der sowjetischen Zone“).

25 ZANK, Wolfgang, Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland 1945-1949, Probleme des Wiederaufbaus in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, München 1987, S. 14.

26 Ebenda, S. 10.

27 SCHROEDER, Klaus, Die DDR-Forschung vor und nach 1989/90, in: DEUTSCHER BUNDESTAG (13. Wahlperiode) (Hrsg.), Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, Bd. IV/2, Bildung, Wissenschaft, Kultur, Frankfurt 1999, S. 1522-1561.

28 Vgl. z.B. FRIEDRICH, Carl Joachim und BRZEZINSKI, Zbigniew, Totalitäre Diktatur, Stuttgart 1957 sowie ARENDT, Hannah, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt a.M. 1962 sowie DRATH, Martin, Totalitarismus in der Volksdemokratie, Vorwort, in: RICHERT, Ernst, Macht ohne Mandat, Köln-Opladen 1963, S. XI ff. sowie KOLAKOWSKI, Leszek, Totalitarismus und die Wirksamkeit der Lüge, in: HASSELBLATT, Dieter (Hrsg.), Orwells Jahr. Ist die Zukunft von gestern die Gegenwart von heute?, Frankfurt a.M. 1984, S. 87ff. sowie BRACHER, Karl-Dietrich, Die Aktualität des Totalitarismusbegriffs, in: LÖW, Konrad (Hrsg.), Totalitarismus contra Freiheit. Begriff und Realität, München 1988, S. 19ff.

29 SCHROEDER, DDR-Forschung, S. 1530f.

30 LUDZ, Peter-Christian, Entwurf einer soziologischen Theorie totalitär verfaßter Gesellschaft, in: SEIDEL, Bruno und JENKER, Siegfried (Hrsg.), Wege der Totalitarismus-Forschung, Darmstadt 1968, S. 532ff. sowie LUDZ, Peter-Christian, Parteilite im Wandel, Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung. Eine empirisch-systematische Untersuchung, Köln/Opladen 1968. Ludz legte mit seiner Studie die Grundlagen zu der weit verbreiteten, falschen Annahme, die DDR wäre ein moderner Industriestaat und den westlichen Industriegesellschaften ebenbürtig (S. 324ff.). Anstatt den totalitären Charakter des staatlichen Lenkungs- und Unterdrückungsapparates zu analysieren, bemühte man sich, die, auf dem Wege sozialistischer Propaganda ständig beschworene, Fürsorgepolitik des Staates als vorgeblich wichtigstes Instrument der Machtausübung hervorzuheben. Außerdem: ZIMMERMANN, Hartmut, Probleme der Analyse bolschewistischer Gesellschaftssysteme. Ein Diskus-

DDR-Führung kam diese Entwicklung nicht ungelegen. Zusätzlich versuchte sie, unmittelbaren Einfluß auf die westdeutsche DDR-Forschung zu nehmen, was ihr nachweislich aber nur im Fall des „informellen Mitarbeiters“ (IM) des Ostberliner Ministeriums für Staatssicherheit, Dietrich Staritz, gelang. Dieser leitete gemeinsam mit Hermann Weber, welcher sich niemals mit systemimmanenter Theorie identifizierte, den „Arbeitsbereich Geschichte und Politik der DDR an der Universität Mannheim“.

Die politischen Entwicklungen in der Sowjetunion und der DDR in den achtziger Jahren machten deutlich, daß es der systemimmanenten Forschung in keiner Weise gelungen war, den tatsächlichen Charakter der „Volksdemokratien“ zu erkennen. Das Ende des Kommunismus zeigte, daß die systemimmanente Forschung - einer Bankrotterklärung gleich - „weder die Gründe für den Zusammenbruch noch den inneren Zustand dieser Gesellschaften aufzuzeigen [vermochte]“³¹. Erneut rückte die Totalitarismuskonzeption in den Mittelpunkt³², wozu auch die Ende der siebziger Jahre gegründete „Gesellschaft für Deutschlandforschung“ beitrug. Man erkannte: „Die vom Sowjetkommunismus dominierten Staaten brachen zusammen, weil sie sich aufgrund ihres nie aufgegebenen totalitären Macht- und Gestaltungsanspruchs als innovations- und reformunfähig erwiesen. [...] Hermann Weber sollte mit seinen ‘Krisenprognosen’ prinzipiell recht behalten. Dagegen lag die systemimmanente DDR-Forscherriege mit ihrer Annahme, die DDR sei von besonderer Stabilität geprägt, vollends daneben. Mit ihrem seit Ende der sechziger Jahre gezeichneten Bild einer im großen und ganzen erfolgreichen Industriegesellschaft DDR hatte sie die Realität bei weitem verfehlt.“³³

Untersuchungen über die fortgeschrittene bzw. zusammengebrochene sozialistische Zentralplanwirtschaft konzentrierten sich insbesondere auf die Analyse folgender Einzelaspekte: ● ‘Wachstumsschwierigkeiten oder Systemkrise?’ ● Wirtschaftsrechnung im Sozialismus ● Preissystem ● technischer Fortschritt ● Produktivität ● Investitionsverhalten und Alter des Kapitalstocks ● Währung und Konvertibilität ● Anreiz- und Motivationsquellen sowie ● Elastizität und Anpassungsfähigkeit der Wirtschaftsbürokratie.

‘*Wachstumsschwierigkeiten oder Systemkrise?*’: Von herausragender Bedeutung für die systemkritische Forschung zum Thema Zentralplanwirtschaft der SBZ/DDR sind die Arbeiten von Karl C. Thalheim und Hannsjörg Buck³⁴. Letzterer legte der Öffentlichkeit über Jahrzehnte hinweg Forschungsarbeiten von

sionsbeitrag zur Frage der Anwendbarkeit des Totalitarismus-Begriffs, in: Gewerkschaftliche Monatshefte Nr. 4, S. 193ff. sowie STRAMMER, Otto, Aspekte der Totalitarismusforschung, in: STRAMMER, Otto, Politische Soziologie und Demokratieforschung, Berlin 1965, S. 259ff. sowie GLAEßNER, Gerd-Joachim, Sozialistische Systeme. Einführung in die Kommunismus- und DDR-Forschung, Opladen 1982 sowie GLAEßNER, Gerd-Joachim, Die andere deutsche Republik. Gesellschaft und Politik in der DDR, Opladen 1989. Gläeßner bemühte sich noch 1989, der DDR ein rundherum positives Zeugnis auszustellen (S. 73). Außerdem: PICAPER, Jean-Paul, DDR-Bild im Wandel, Berlin 1982. Er unterstellte dem totalitarismusorientierten Forschungsansatz Unwissenschaftlichkeit und politische Motivation (S. 103f.).

31 SCHROEDER, DDR-Forschung, S. 1534.

32 Vgl. JESSE, Eckhard (Hrsg.), Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung, Bonn 1996, S. 16.

33 SCHROEDER, DDR-Forschung, S. 1534 und 1556.

34 Buck war Mitarbeiter des Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, bzw. Leiter des Gesamtdeutschen Instituts.

außergewöhnlicher analytische Schärfe vor. Bedauerlicherweise fanden sie nicht die verdiente Aufmerksamkeit. Gleichwohl erhielten sie, ebenso wie Thalheims Untersuchungen, 1989 mit dem Untergang der DDR eine höhere Bestätigung.

Buck betont stets die *systemimmanenten Defekte* des Zentralplansystems in der SBZ/DDR und zeigt die Grenzen sogenannter Reformen (z.B. „NÖS“ oder „ÖSS“) unter gleichbleibenden Rahmenbedingungen auf. Buck beklagt den „wunschildhaft-propagandistischen Inhalt“³⁵ zentralplanwirtschaftlicher Versuche, ein dem Modell des „Magischen Vierecks“³⁶ marktwirtschaftlicher Ökonomien entsprechendes System zu entwickeln, das nur Zielen verpflichtet sein sollte, die sich ausschließlich von sogenannten ökonomischen Sachgesetzen³⁷ ableiten ließen. Buck erkennt ein System von vier Grundzielen³⁸, deren „Verwirklichung [...] den Inhalt der sowjet-sozialistischen Wirtschaftspolitik ausmacht. Jegliche Klagen über eingetretene Mißstände, von wem, an welcher Stelle und in welchem Zusammenhang sie auch gesagt werden, lassen sich auf Probleme zurückführen, die aus den praktischen Schwierigkeiten bei der Lösung dieser vier Grundprobleme des sowjet-sozialistischen Lenkungssystems resultieren.“³⁹ Buck konstatiert, daß es für dieses Dilemma niemals eine auch nur annähernd optimale Lösung geben könne. Als Gründe führt er u.a. die folgenden systembedingten Ausprägungen zentraler Planwirtschaft an⁴⁰: ● Das Fehlen der Eigentümerfunktionen ● Verzernte Preise aufgrund willkürlicher Preisplanung ohne Knappheitsbezug⁴¹ ●

35 BUCK, Hannsjörg F., Ungelöste ökonomische Grundprobleme. Das „Neue ökonomische System“ - ein überlegenes wirtschaftliches Lenkungssystem?, in: SBZ Archiv, Nr. 1-2, Januar 1967, S. 3-7, hier S. 4.

36 Sich widersprechende wirtschaftspolitische Ziele. Das Streben nach dem einen Ziel verhindert die Realisierung eines anderen: 1) Preisstabilität 2) Vollbeschäftigung 3) ausgeglichene Außenhandelsbilanz 4) Stetiges Wirtschaftswachstum.

37 Diese „Ökonomischen Gesetze“ waren das Ergebnis plandeterminierter „Wirtschaftswissenschaften“. Teilweise wurden sie bereits von Stalin propagiert und sollten dazu beitragen, das offensichtliche Theoriedefizit des Sozialismus und insbesondere der Zentralplanwirtschaft (d.h. ein Legitimationsproblem) zu beseitigen. Sie besaßen keinerlei Realitätsbezug, sondern entsprachen dem utopischen Charakter der gesamten kommunistischen Ideologie. Den Aussagen der „Ökonomischen Gesetze“ wurde quasi naturgesetzliche Autorität bescheinigt. Subjektives Wunschenken der politischen Führung erhielt dergestalt höhere Weißen: ● Das „ökonomische Grundgesetz des Sozialismus“ ● Das „Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft“ ● Das „Gesetz der stetigen Steigerung der Arbeitsproduktivität“ ● Das „Gesetz der Verteilung nach der Arbeitsleistung“ ● Das „Gesetz der Angleichung des ökonomischen Entwicklungsniveaus der sozialistischen Länder“.

38 1) Entwicklung einer 'auf die Hauptrichtungen der wissenschaftlich-technischen Entwicklung orientierten und auf die führenden Zweige der Volkswirtschaft konzentrieren Perspektiv- und Volkswirtschaftsplanung',
2) 'Umfassende Anwendung der materiellen Interessiertheit in Gestalt des in sich geschlossenen Systems ökonomischer Hebel',
3) Schaffung einer 'wissenschaftlich begründeten Führung der Volkswirtschaft nach dem Produktionsprinzip' (Spezialisierung innerhalb der Wirtschaftsverwaltung nach Produktionsrichtungen oder -zweigen),
4) 'Bewußte schöpferische Teilnahme der Werktätigen an der unmittelbaren Planung und Leitung der Produktion'.

39 BUCK, Ungelöste ökonomische Grundprobleme, S. 6.

40 Ebenda, S. 6f.

41 Bucks Analyse der DDR-Preistheorie, worin er allenfalls eine „Kalkulationstheorie für Industrieprodukte“ (S. 11) zu erkennen vermag, ist bis heute eine der besten, jemals erschienenen Untersuchungen zur Theorie und Praxis sozialistischer Preisgestaltung.

Das unzureichende Informationssystem ● Der erforderliche Planungs- und Verwaltungsaufwand ● Die Unbeweglichkeit der Zentralplanbürokratie ● Die Inkonsistenz staatlicher Pläne mit der Folge von Disproportionen in allen Wirtschaftsbereichen und ihrer negativen Folgen auf die Entwicklung des technischen Fortschritts ● Zielkonflikte zwischen staatlichen und privaten Interessen sowie zwischen Wirtschaftsführung und den sogenannten Planträgern⁴² ● Die Erfolglosigkeit sämtlicher Anreiz- und Motivationsmethoden.

Buck stellt fest, daß „alle sowjet-sozialistischen Regime [als Reaktion auf die systembedingten Defizite, T.M.] einen fortwährenden Wechsel zwischen Phasen der Zentralisierung und Phasen der Dezentralisierung wirtschaftlicher Entscheidungen, [... d.h.] immer neue Lenkungsexperimente [zeigten]“⁴³. Auch das NÖS - nach Buck der Versuch, „von der primär güterwirtschaftlichen auf eine vorrangig finanzwirtschaftliche Lenkung [umzustellen]“⁴⁴ und der wohl ambitionierteste Versuch, das morbide Zentralplansystem in der SBZ/DDR zu „reformieren“ - sei allenfalls, so Buck, ein „Lenkungsexperiment unter anderen, da eine grundsätzliche Transformation des wirtschaftlichen Lenkungssystems nicht beabsichtigt [sei]“.⁴⁵ Nach Rückkehr der DDR-Wirtschaftsführung zur Zentralisierung im Herbst 1970 sah Buck seine früheren Erkenntnisse bestätigt: Das Festhalten am Primat staatlicher Strukturpolitik und der Leitfunktion des Zentralplans führte (insb. im Investitionsbereich) auch unter den Bedingungen des NÖS zu verstärk-

Seine Studie behandelt: ● Die „Doppelte Preisebene“ des sozialistischen Preissystems ● parallele Preisbildungsprinzipien unterschiedlichster Zielsetzungen ● Das Fehlen einer Wechselwirkung zwischen Weltmarktpreisen und Inlandspreisen („ein Nachteil, der angesichts der Außenhandelsabhängigkeit und Devisenknappheit der DDR besonders ins Gewicht fällt.“ S. 22) ● Die Grenzen erkennbarer Preisverflechtungen ● Die Grenzen des Informationsgehaltes staatlich diktiert Preise ● Die Grenzen staatlich diktiert Preise als Hilfsmittel der Wirtschaftslenkung und Wirtschaftsrechnung ● Ihre negativen Wirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Effizienz (vgl. auch BUCK, Hannsjörg F., Umkehr zur administrativen Befehlswirtschaft als Folge nicht behobener Steuerungsdefekte der Wirtschaftsreformkonzeption, in: GLEITZE, Bruno und THALHEIM, Karl C. und BUCK, Hannsjörg F. und FÖRSTER, Wolfgang, Das ökonomische System der DDR nach dem Anfang der siebziger Jahre, Berlin 1971, S. 77-108, insb. S. 100) ● Die fatale Rolle der marxistischen Arbeitswertlehre für die sozialistische Preistheorie (S. 32ff. und 72f.) ● Versuche der Preisfestsetzungsdezentralisierung und Rückkehr zur administrativen Befehlswirtschaft mit dem Schwerpunkt auf der güterwirtschaftlichen Lenkung anhand von Kennziffern und Normen (S. 62ff.). Vgl. BUCK, Hannsjörg F., Informationsleistungen der Preise in der Zentralplanwirtschaft sowjetischen Typs unter Bezug auf die Verhältnisse in Marktwirtschaften, Sonderdruck aus: WATRIN, Christian (Hrsg.), Information, Motivation und Entscheidung, Studien zum Vergleich von Wirtschaftssystemen, Berlin 1973.

42 Vgl. auch BUCK, Umkehr zur administrativen Befehlswirtschaft, S. 82-88: Am Beispiel der staatlichen Kreditpolitik zeigte Buck, „welche praktisch unlösbare Aufgabe für die Wirtschaftsführung einer zentralgelenkten Wirtschaft darin besteht, angesichts der bestehenden Interessengegensätze zwischen Planbehörden und Produktionseinheiten eine ‘organische Verbindung zwischen der zentralen Planung der Volkswirtschaft und der eigenverantwortlichen Planung der sozialistischen Warenproduzenten’ (H.-W. HÜBNER, Einige Methoden der organischen Verbindung der zentralen staatlichen Planung der Volkswirtschaft mit der eigenverantwortlichen Planung der sozialistischen Warenproduzenten’, in: „Wirtschaftswissenschaft“, 1970/2, S. 219) durch den Einsatz vorwiegend finanzpolitischer Lenkungsinstrumente herzustellen.“ (Buck, Umkehr, S. 85).

43 BUCK, Ungelöste ökonomische Grundprobleme, S. 7.

44 BUCK, Umkehr zur administrativen Befehlswirtschaft, S. 98.

45 BUCK, Ungelöste ökonomische Grundprobleme, S. 7.

ten Zielkonflikten zwischen staatlicher Wirtschaftsführung und Produktionseinheiten. Ökonomische Disproportionen nahmen aus dem gleichen Grunde zu, und von der angestrebten effizienten Produktionsmittelverwendung konnte keine Rede sein.⁴⁶

Auch Karl C. Thalheim betonte frühzeitig den systemspezifischen Charakter der ökonomischen Probleme in der SBZ/DDR. Bald nach Einführung des „NÖS“ in der DDR beantwortete er die Frage nach den Gründen für diese „Reform“: „*Wachstumsschwierigkeiten oder Systemkrise?*“⁴⁷. Unter Betonung der „gegen den Willen der ganz überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung erfolgten Übertragung des sowjetischen Wirtschaftssystems auf Mitteldeutschland“⁴⁸ sowie des repressiven Charakters dieses „Systems der Unfreiheit“⁴⁹ wies Thalheim auf die entscheidenden, systemdeterminierten Faktoren hin, die der wirtschaftlichen Entwicklung in der SBZ/DDR entgegenstanden: ● Imperatives Allokationsverfahren ● ökonomische Ineffizienz ● Preisdiktat ohne Möglichkeit zu einer exakten Berechnung des Nutzeffekts von Investitionen oder Konsumgütern ● Irreale, übersteigerte Planvorgaben⁵⁰ ● Autarkiestreben bei gleichzeitiger Abhängigkeit der SBZ/DDR von Importen, insbesondere aus der Sowjetunion ● Blockgebundenheit ● Aufbau ineffizienter Industrien auf Druck der Sowjetunion, z.B. der Werftindustrie. Thalheims Antwort auf die eingangs gestellte Frage lautete vor dem Hintergrund seiner Analyse folgerichtig: „Es handelt sich offenbar nicht nur um Wachstumsschwierigkeiten [...], sondern um Krisenerscheinungen, die eine unmittelbare Folge des Wirtschaftssystems der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs sind. Wie gezeigt wurde, ist der größte Teil der Ursachen der wirtschaftlichen Störungen und Mißerfolge in der SBZ *eindeutig systembedingt*.“⁵¹ Thalheim negiert infolgedessen jede Chance, die SBZ-Ökonomie ohne „grundsätzliche Systemveränderung [jemals] effizienter und leistungsfähiger zu machen. [...] Die Zeit der krisenhaften Störungen ist deshalb für die Wirtschaft Mitteldeutschlands ebensowenig zu Ende wie die der wirtschaftsorganisatorischen

46 BUCK, Umkehr zur administrativen Befehlswirtschaft, S. 98ff.

47 THALHEIM, Karl C., Die Wirtschaft der Sowjetzone in Krise und Umbau, Berlin 1964, S. 8 und 122ff.

48 Ebenda, S. 123.

49 Ebenda, S. 124. Weder die systemimmanente Forschung, noch die „Forschungsstelle zum Vergleich wirtschaftlicher Lenkungssysteme“ in Marburg sah sich imstande, ähnliche Wertungen zum Unterdrückungssystem der SED abzugeben.

50 Das galt geschlossen vom Perspektivplan bis zur betrieblichen Planauflage. So proklamierte Walter Ulbricht auf dem V. Parteitag der SED im Juli 1958 die Utopie der sogenannten „Ökonomischen Hauptaufgabe“: „Die Volkswirtschaft der DDR ist innerhalb weniger Jahre [bis Ende 1961] so zu entwickeln, daß die Überlegenheit der sozialistischen Wirtschaftsordnung der DDR gegenüber der Herrschaft der imperialistischen Kräfte im Bonner Staat eindeutig bewiesen wird, und infolgedessen der Pro-Kopf-Verbrauch unserer werktätigen Bevölkerung mit allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern den Pro-Kopf-Verbrauch der Bevölkerung Westdeutschland erreicht und übertrifft.“ Zitiert nach: „GLEITZE, Bruno und THALHEIM, Karl C., Schuld an der Krise ist das System, Die Wirtschaftsentwicklung in der Sowjetzone unter der Lupe, in: DIE WELT, 10. Juli 1964, S. 6. Im Jahre 1961 mußte die „Hauptaufgabe“ angesichts erheblicher Versorgungskrisen aufgegeben werden.

51 GLEITZE, Bruno und THALHEIM, Karl C., Schuld an der Krise ist das System, Die Wirtschaftsentwicklung in der Sowjetzone unter der Lupe, in: DIE WELT, 10. Juli 1964, S. 6. Im selben Wortlaut: THALHEIM, Die Wirtschaft der Sowjetzone, S. 130 (Hervorhebung T.M.).

Experimente“⁵². Mit dieser Prognose liegt Thalheim exakt richtig, denn NÖS und ÖSS führten letztlich zur Rezentralisierung.⁵³ Thalheim zeigt sich davon überzeugt, „daß nicht zum letzten Mal eine Analyse neuer Veränderungen des Wirtschaftssystems in der DDR sich als nötig erweist.“⁵⁴ Tatsächlich blieb es bis zum Ende der DDR bei immanenten Schönheitsreparaturen des Wirtschaftssystems, während seine konstitutiven Elemente nicht angetastet wurden. Zu Beginn der achtziger Jahre konstatiert Thalheim: „Zu einer grundsätzlichen Reform des Wirtschaftssystems der DDR mit dem Ziel, die ordnungspolitischen Voraussetzungen [für eine qualitative Verbesserung des Wachstumsprozesses - d.h. Effizienzsteigerung] zu schaffen, ist [die gegenwärtige Wirtschaftspolitik der SED] nicht bereit.“⁵⁵

Wirtschaftsrechnung im Sozialismus: In seiner Dissertation zum Übergang von der Schlußbilanz der DDR (30. Juni 1990) zur DM-Eröffnungsbilanz (1. Juli 1990) zeigt Horst Hartte, wie weit sich ökonomische Realität und Wirtschaftsrechnung (im Jargon der SBZ/DDR: „Wirtschaftliche Rechnungsführung“) nach vierzig Jahren Zentralplanwirtschaft voneinander entfernt hatten. Gleichzeitig betont Hartte die Folgen dieser Entwicklung für die Existenz des gesamten Wirtschafts- und Gesellschaftssystems: „Die DDR-Bilanzen besitzen keine ökonomische Qualität. [...] Sie können] keine Aussage über die wirtschaftliche Lage der Betriebe vermitteln und können nicht als Grundlage für wirtschaftliche Entscheidungen als ein Instrument der Wirtschaftsrechnung dienen. [...] Die Kombinate und Betriebe unterlagen nach Art und Umfang weitreichenden Rechnungslegungs- und Kontrollpflichten. An fehlenden Instrumenten der Rechnungslegung ist die DDR-Wirtschaft nicht gescheitert. Entscheidend für den Niedergang ist ein fehlender ökonomischer Aussagewert dieser Instrumente aufgrund der *systemim-*

52 Ebenda, S. 130 und 132.

53 Im Detail macht Thalheim dafür folgende Gründe verantwortlich: ● Die Sorge der Parteileitung um ihr Machtmonopol angesichts wachsender Interessenkonflikte zwischen Staat und Produktionseinheiten ● Die Kybernetik erwies sich zur Wirtschaftssteuerung als ungeeignet ● Das Anwachsen von Disproportionen in strukturbestimmenden Wirtschaftszweigen ● Die erhoffte steigende Effizienz blieb aus, stattdessen setzten die Betriebe Preissteigerungen für minimal veränderte, „neue“ Produkte durch ● Der Perspektivplan konnte sich niemals zum „Hauptsteuerungsinstrument“ der Wirtschaft entwickeln ● Die sogenannte „wissenschaftliche Prognostik“ erwies sich als Illusion ● Das sogenannte „geschlossene System ökonomischer Hebel“ verfehlte seine ihm zugedachte Rolle als wirtschaftliches Lenkungsinstrument ● Kompetenz- und Abgrenzungsdifferenzen unter den VEB, VVB und Kombinat, die sich insbesondere aus ihrer Doppelrolle als Produktionseinheit und Organ der Wirtschaftsverwaltung ergaben, waren nicht auszuräumen. Vgl. THALHEIM, Karl C., Die neue Phase des ökonomischen Systems des Sozialismus. Gesamtwirtschaftliche Würdigung, in: GLEITZE, Bruno und THALHEIM, Karl C. und BUCK, Hannsjörg F. und FÖRSTER, Wolfgang, Das ökonomische System der DDR nach dem Anfang der siebziger Jahre, Berlin 1971, S. 70ff.

54 Ebenda, S. 75.

55 THALHEIM, Karl C., Wirtschaftswachstum in Theorie und Ideologie des DDR-Systems, in: FORSCHUNGSSTELLE FÜR GESAMTDEUTSCHE WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE FRAGEN (Hrsg.), FS-Analysen Nr. 9-1981, Wirtschaftswachstum in Theorie und Praxis des DDR-Systems, Referat auf dem 7. Symposium der Forschungsstelle am 20. November 1981, S. 5-32, hier S. 31. Vgl. auch : THALHEIM, Karl C., Die Wirtschaftspolitik der DDR im Kampf gegen Instabilitäten, in: FORSCHUNGSSTELLE FÜR GESAMTDEUTSCHE WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE FRAGEN (Hrsg.), FS-Analysen Nr. 7-1982, Die DDR-Wirtschaft unter dem Zwang von Engpässen und Instabilitäten, Teil I, Referat auf dem 8. Symposium der Forschungsstelle am 18. November 1982, S. 1-34, insb. S. 32ff.

manenten Defizite im Hinblick auf die Bildung von Wertkategorien unter Berücksichtigung ökonomischer Knappheitsverhältnisse.“⁵⁶

Wesentlich größere Schwierigkeiten, das Problem einer Wirtschaftsrechnung im Sozialismus in seiner ganzen Tragweite einzuschätzen, hatte Karl Paul Hensel. Sein Beispiel zeigt außerdem, wie groß die Verlockung westlicher DDR-Forscher war, sich auf die Suche nach einem „dritten Weg“ zu machen. Als Assistent bei Eucken in Freiburg hatte er die ordoliberalen Schule bestens kennengelernt. Gleichwohl ging er bald nach dem Tode seines Lehrers auf Tuchfühlung zur sozialistischen Zentralplanwirtschaft. Er begann in der Tradition von Otto Neurath⁵⁷, parallel zu Cläre Tisch, die glaubte, den „automatischen Signalapparat des Markt-Preismechanismus“ durch „exakte Methoden der mathematischen Nationalökonomie“ ersetzen zu können⁵⁸, nach einer „Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft“ zu suchen, d. h. nach einem „gesamtwirtschaftlichen Rechnungszusammenhang zwischen allen wirtschaftlich relevanten Größen“⁵⁹ unter den Bedingungen des Sozialismus: „War es nicht von vornherein naheliegend zu fragen, ob in dem System zentraler Lenkung nicht auch eine solche Rechenmaschine [der „Planmechanismus“ - vergleichbar dem Markt-Preismechanismus innerhalb marktwirtschaftlicher Ordnungen, T.M.] enthalten ist?“⁶⁰

Hensel, der an der Philipps-Universität Marburg die „Forschungsstelle zum Vergleich wirtschaftlicher Lenkungssysteme“ gründete, brach mit der klassischen Kritik an der Zentralplanwirtschaft, die seit von Mises von der Unmöglichkeit einer Rechnungsführung im Sozialismus ausging und distanzierte sich von seinem Lehrer Eucken: „Im Hinblick auf die systemimmanenten Möglichkeiten der Wirtschaftsrechnung bei zentraler Lenkung glauben wir den ‘Mengenbilanzen’ eine größere Bedeutung beimessen zu können, als Eucken dies tat.“⁶¹ Hensel verstieg sich zu der Behauptung, Mises habe seiner gesamten Theorie schon die Prämisse vorangestellt, nur unter dezentraler Lenkung sei eine Wirtschaftsrechnung überhaupt erst möglich. In wahrhaft „dialektischer“ Virtuosität folgerte er: „Weil die zentrale Lenkung keine dezentrale Lenkung des Wirtschaftsprozesses darstellt, deshalb ist in ihr [nach Mises] keine Wirtschaftsrechnung möglich. Damit führt

56 HARTTE, Horst, Die wirtschaftliche Rechnungsführung der Betriebe in der Zentralverwaltungswirtschaft der DDR und der Übergang von der Schlußbilanz in Mark der DDR zum 30. Juni 1990 auf die DM-Eröffnungsbilanz zum 1. Juli 1990 (In Vorbereitung), Typoskript, S. 259 und 265 (Hervorhebung T.M.). Damit bestätigt Hartte die Überzeugung Thalheims von der kontinuierlichen Systemkrise im Sozialismus. Auf den systembedingten Charakter der eigentlichen Ursachen für den Niedergang der DDR-Wirtschaft verweist auch Christian Heimann: Die „Starrheit der Zentralverwaltungswirtschaft, [...] Mängel der angewandten Preisbildungsprinzipien, [...] der Bereich der betrieblichen Investitionen, [...] Innovationsschwäche der Zentralverwaltungswirtschaft, [...] die Strukturpolitik der DDR, [...] 'extrem gebrauchswertorientierte' Außenhandelspolitik [...] und] die Währungspolitik“, aus: HEIMANN, Christian, Systembedingte Ursachen des Niedergangs der DDR-Wirtschaft, Das Beispiel der Textil- und Bekleidungsindustrie 1945-1989, Frankfurt 1997, S. 29ff.

57 NEURATH, Otto, Durch die Kriegswirtschaft zur Naturalwirtschaft, 1919, S. 5.

58 TISCH, Cläre, Wirtschaftsrechnung und Verteilung im zentralistisch organisierten sozialistischen Gemeinwesen, Bonn 1932

59 HAMEL, Hannelore, Einleitung in: HENSEL, Karl Paul, Systemvergleich als Aufgabe, Aufsätze und Vorträge, Stuttgart/New York 1977 (erste Auflage 1954), S. VII.

60 HENSEL, Karl Paul, Systemvergleich als Aufgabe, Aufsätze und Vorträge, Stuttgart/New York 1977 (erste Auflage 1954), S. 221.

61 Ebenda, S. 227.

sich diese Beweisführung selbst ad absurdum, [und ... erweist sich als] schöpferischer Irrtum.“⁶² Hensels wissenschaftliche Entwicklung verlief jedoch anders, als von ihm zunächst angenommen: Anstatt jemals einen „Planmechanismus“ verifizieren zu können, stellte er den von ihm so bezeichneten „Irrtum“ des Ludwig von Mises zunehmend ins Zentrum der eigenen Argumentation: das *Problem der Wirtschaftsrechnung* im Sozialismus war immer weniger zu leugnen, je länger sich die DDR vergeblich bemühte, ihre Wirtschaftsprobleme zu lösen. Unbeirrt vom Wechselspiel temporär „gültiger“ DDR-Forschung rückte Hensel immer klarer vom sozialistischen Wirtschaftsmodell ab. Seine Suche nach dem „Planmechanismus“ trat in den Hintergrund, während Systemkritik ihren Platz einnahm.⁶³

62 Ebenda, S. 218.

63 Vgl. HENSEL, Karl Paul, Die Funktionen der Preise in der Marktwirtschaft und in der zentralen Planwirtschaft, in: Handelsblatt, Europäische Volksrepubliken, Juli 1961, ebenfalls abgedruckt in: DERS., Systemvergleich als Aufgabe, Aufsätze und Vorträge, Stuttgart/New York 1977, S. 73-76. Das „Problem [ökonomisch begründete Preise festzulegen] konnte bisher noch nicht einmal theoretisch gelöst werden.“ (S. 74). Sowie: DERS., Das Problem der Mitbestimmung aus gesamtwirtschaftlicher Sicht, in: ORDO, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Band XVIII, Düsseldorf/München 1967, S. 251-277, ebenfalls abgedruckt in: DERS., Systemvergleich als Aufgabe, Aufsätze und Vorträge, Stuttgart/New York 1977, S. 92-109. „Die Unternehmensverantwortung ist unteilbar.“ (S. 99ff.). Sowie: DERS., Das Profitprinzip - seine ordnungspolitischen Alternativen in sozialistischen Wirtschaftssystemen, in: DERS. und WAGNER, U. und WESSELY, K., Das Profitprinzip - seine ordnungspolitischen Alternativen in sozialistischen Wirtschaftssystemen, Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen, Heft 19, Stuttgart 1972, S. 4-22 sowie in: DERS., Systemvergleich als Aufgabe, Aufsätze und Vorträge, Stuttgart/New York 1977, S. 77-91. Außerdem: DERS., Der Zwang zum wirtschaftspolitischen Experiment in zentral gelenkten Wirtschaften, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Band 184, Heft 4-5, Stuttgart 1970, S. 349-359, ebenfalls abgedruckt in: DERS., Systemvergleich als Aufgabe, Aufsätze und Vorträge, Stuttgart/New York 1977, S. 173-182. „Die politische Führung ist von ihren Interessen her bemüht, bei gegebenen Einkommen die Leistungsnormen zu erhöhen; die wirtschaftenden Menschen sind bei gegebenen Einkommen daran interessiert, die Leistungsnormen nicht zu erhöhen, sondern sie gleichbleiben zu lassen, oder sie gar zu mindern. [...] Bei staatlicher Planung und Staatseigentum [...] ist das System der betrieblichen Wirtschaftsrechnung nicht [...] in sich geschlossen. [...] Die Interessen der wirtschaftenden Menschen auf der einen und der politischen Führung auf der anderen Seite sind in der gegebenen Ordnung [der DDR] gegensätzlich gelagert und Ursache eines latent wirksamen Interessenkonflikts“ (S. 180f.) Hensel zeigt in derselben Schrift, daß auch der Kontrollsektor - gleichermaßen Lenkungs- und Kontrollorgan - systembedingt versagen muß vor dem Hintergrund, daß „die Kontrolleure [die als Lenkungsorgan auch Interesse an Planerfüllung haben] der Tendenz der Unwirtschaftlichkeit nicht entgegenwirken, sondern daß diese ihre eigenen Interessen mit denen der Kontrollobjekte identifizieren.“ (S. 182). Hensel stellt sich auch der, in den sechziger Jahren heftig umkämpften, Konvergenztheorie entgegen: „Realpolitisch kann man die Angleichung [beider Systeme] vernünftigerweise gar nicht wollen, weil es [...] keinen dritten, keinen ‘goldenen’ Mittelweg gibt. [...] Es gibt in der Wirklichkeit keine dialektische Entwicklung, die wie durch Zauberei die Gegensätze versöhnend aufhebt und uns aus der Notwendigkeit entläßt, uns mit dem Problem des Ost-West-Verhältnisses auseinanderzusetzen.“, aus: DERS.: Strukturgegensätze oder Angleichungstendenzen der Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme von Ost und West? (1960/61), in: DERS., Systemvergleich als Aufgabe, Aufsätze und Vorträge, Stuttgart/New York 1977, S. 208-223, hier S. 222f. Außerdem: DERS., Annäherung der Wirtschaftssysteme?, in: Deutsche Studien, Heft 27, Bremen 1969, S. 225-243, ebenfalls abgedruckt in: DERS., Systemvergleich als Aufgabe, Aufsätze und Vorträge, Stuttgart/New York 1977, S. 224-239. „Wer Konver-

Auch die Hensel-Schüler Hannelore Hamel und Helmut Leipold stellten die Rechnungsführung im Sozialismus in den Fokus ihrer Forschungsarbeiten. Zwei Jahre vor dem Zusammenbruch der DDR konstatierten sie vier „Brüche“ in der zentralen Wirtschaftsrechnung:⁶⁴

- 1) Segmentierungen aufgrund *ressortspezifischen Egoismus* staatlicher Leitungsinstanzen erlauben keine hohe Komplexität wirtschaftlicher Verflechtungen, die insbesondere für Produktneuentwicklungen, bzw. die Durchsetzung neuer Produktionsmethoden erforderlich wäre.
- 2) Die erforderliche Einbeziehung der Betriebe in den Planungsprozeß läßt diese nach Durchsetzung „*weicher Pläne*“ streben. Das bedeutet, daß die Zentralinstanzen ihre Pläne auf Informationen aufbauen müssen, die sich weder an Güterknappheit noch am ökonomischen Prinzip orientieren.
- 3) Ungeachtet eines ausgeklügelten Systems sogenannter ökonomischer Hebel⁶⁵ zur Stimulierung plandeterminierter, betrieblicher Leistungsdaten, waren *zentral geplante Güterbilanzen mit betrieblicher Wirtschaftsrechnung nicht in Einklang zu bringen*. Das Ergebnis war ein „unabgestimmtes Nebeneinander von plan- und preisorientierter Güterallokation“⁶⁶.
- 4) Die genannten Brüche im Rechnungswesen verursachten unzählige *Disproportionen im Wirtschaftsprozess*, die ebensoviele außerplanmäßige Eingriffe der Wirtschaftsführung erforderlich machten. Diese Eingriffe brachten wiederum

genz sagt, sucht sich der tatsächlich gegebenen Divergenz von Wirtschaftssystemen und damit der Entscheidung für dieses oder jenes Grundsystem zu entziehen. Wirtschaftssysteme haben Wertbedeutung. Politische Gestaltung wirtschaftlichen Gemeinlebens bedeutet, sich für Wertprinzipien, die es zu realisieren gilt, zu entscheiden. Wer sich dem Konvergenzdenken hingibt, sucht sich der hier liegenden Verantwortung zu entziehen und glaubt, sich auf positive Ergebnisse anonymer Entwicklungsprozesse der Geschichte verlassen zu können.“ (S. 239)

Zur Debatte um die Konvergenztheorie vgl. auch die Auseinandersetzung zwischen Jan Tinbergen, der glaubte, eine Annäherung zwischen den Systemen festgestellt zu haben und davon ausging, daß sich diese Tendenz fortsetzen würde, und Karl C. Thalheim, der einen echten Wandel in der östlichen Zentralplanwirtschaft nicht für möglich hielt. Letzterer begründete diese These anhand von fünf konstitutiven Wessenszügen der Zentralplanwirtschaft in der SBZ/DDR, die ungeachtet aller Reformversuche erhalten blieben (● Staatliches Eigentum an den Produktionsmitteln ● Der Gegensatz von echter Initiative und dem ökonomischen Ziel der Planerfüllung ● Das plandeterminierte, zentralistische Lenkungssystem unter Verzicht auf realistische Preise ● „Sozialistischer Wettbewerb“ kein Ersatz für echten Preiswettbewerb, der unrentable Grenzbetriebe vom Markt nimmt ● Die Priorität politischer Intentionen vor dem Hintergrund imperativer Zentralplanung unter Vernachlässigung ökonomischer Zielsetzungen). Vgl. auch MENZ, Gertraud, Aus der Ostforschung, Planwirtschaft im Übergang und Osthandel (Bericht über die Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde vom 20. bis 23. Oktober 1965 in Oberhausen), in: Osteuropa Wirtschaft, Dezember 1965, Heft 4, S. 308-315, hier S. 309-313.

64 HAMEL, Hannelore und LEIPOLD, Helmut, Wirtschaftsreformen in der DDR - Ursachen und Wirkungen, Marburg 1987, S. 6ff.

65 Darunter wurden verstanden: ● „Hebel der wirtschaftlichen Rechnungsführung“, z.B. Plangewinne, Planpreise, Kreditzinsen, Normativkosten, Nettogewinnabführung, Produktionsfondsabgabe, [...] sowie ● „Hebel der persönlichen materiellen Interessiertheit“, z.B. Löhne, Leistungszuschläge, Prämien, betriebliche Gewinnanteile u.a.

66 HAMEL, Wirtschaftsreformen in der DDR, S. 10. Vgl. auch Hensel, der in diesem Zusammenhang auf den „allokativen Bruch“ im System der SBZ/DDR-Wirtschaftsrechnung hinwies. In: HENSEL, Der Zwang zum wirtschaftspolitischen Experiment, S. 178f.

unbeabsichtigte Nebenwirkungen mit sich. Die betriebliche Ausweichstrategie zur Vermeidung spontaner staatlicher Eingriffe ging dahin, ein Netz illegaler Tauschbeziehungen aufzubauen. Sämtliche derart gehandelten Güter und Dienstleistungen mußten weitere Brüche in der Wirtschaftsrechnung des Zentralplansystems verursachen.⁶⁷

Preissystem: „Die Bewertung ökonomischer Leistungen erfolgte in der DDR in staatlich diktierten, ökonomisch nicht begründeten Preisen. Diese in bezug auf die Knappheitsverhältnisse verzerrten Planpreise ließen keine ökonomisch aussagefähigen Rentabilitätsrechnungen zu.“⁶⁸ Weder Planbürokratie noch Betriebe konnten unter diesen Bedingungen Entscheidungen anhand wirtschaftlicher Effizienzkriterien treffen.

Ein „Preischaos mit der Folge einer [...] drastischen Behinderung des technischen Fortschritts“⁶⁹ beklagen Kurt Erdmann und Manfred Melzer. Ihre Studie offenbart die Hoffnungslosigkeit imperativer Preisbildungsmethoden am Beispiel der SBZ/DDR.

Nach der Wende bescheinigte auch der langjährige Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, daß das Preissystem der DDR keine Aussagekraft besaß: „Das alles schwappte 1945 in die SBZ/DDR über. [...] Durch die von der SMAD befohlenen Stopppreise für Lebensmittel und andere wichtige Erzeugnisse, die auch mit einer möglichst niedrigen Bewertung der Produkte für Reparationsleistungen zusammenhängen, entstand von Anfang an [...] bei uns eine verzerrte Preisbasis.“⁷⁰ Schürer räumt ein, daß sich die „Diskrepanzen im Preisgefüge zwischen den mit Stoppreisen belegten Waren“ im Laufe der Jahrzehnte sozialistischer Wirtschaftsführung kontinuierlich verstärkten. Das Aufrechterhalten bestehender Preise nahm vielerorts groteske Züge an: „Lieferte ein Züchter ein Kaninchen an

67 Hamel zeigt im folgenden die Erfolglosigkeit der staatlichen Reformversuche im Rahmen des „Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ (NÖS), bzw. des Ökonomischen Systems des Sozialismus (ÖSS) in den sechziger Jahren. Nach ihrer Überzeugung wiesen sie „gleichsam eingebaute Konstruktionsfehler auf“ (Ebenda, S. 34). Die Aufgabe zentraler Autorität zugunsten der volkseigenen Betriebe war unvereinbar mit dem Dogma des absoluten Führungsanspruchs der SED. Aus diesem Grunde wurden die Maßnahmen des NÖS ab 1971 wieder rückgängig gemacht, und es galt wieder „die absolute Autorität der jährlichen Volkswirtschaftspläne mit einer Vielzahl verbindlicher Plankennziffern, die auf die Betriebe aufzuschlüsseln und von diesen zu erfüllen waren.“ (Ebenda, S. 20). Die genannten Brüche in der Wirtschaftsrechnung traten mit aller Deutlichkeit wieder hervor und bestimmten bis zum Ende der DDR das Bild der Ökonomie. Der infolgedessen ständig verstärkte Kontrollsektor konnte die Probleme nicht lösen, markierte aber den „Trend zum Wirtschaftsdirigismus“ (Ebenda, S. 32). Letztlich bestreitet Hamel die Reformierbarkeit der sozialistischen Zentralplanwirtschaft und bestätigt die sogenannte „Krylow-These“ (benannt nach dem russischen Fabeldichter Iwan Andrejewitsch Krylow, 1769-1844). Krylow beschrieb ein Quartett musizierender Tiere, die ohne Erfolg versuchen, Dissonanzen im Zusammenspiel durch permanenten Wechsel ihrer Sitzplätze zu beseitigen.

68 BUCK, DDR-Statistik, S. 60.

69 ERDMANN, Kurt und MELZER, Manfred, Grundprobleme der Preisbildung sowie der Preisdynamisierung in der DDR, in: BEYER, Achim und ERDMANN, Kurt und LAUTERBACH, Günter und MELZER, Manfred, Preisprobleme in der DDR, 2. erweiterte Auflage von Aktuelle Probleme des Preissystems in der DDR, Erlangen 1980, S. 151-183, hier S. 182.

70 SCHÜRER, Gerhard, Gewagt und verloren. Eine deutsche Biographie, Frankfurt/Oder 1996, S. 75.

den Staat, erhielt er dafür 60 Mark. Kaufte er es danach geschlachtet und ausgenommen bei der Staatlichen Handelsorganisation (HO) zurück, kostete es trotz der aufgewendeten Arbeit nur 15 Mark!“⁷¹ Schürer schrieb das hartnäckige Festhalten an dieser Preispolitik insbesondere Honecker zu. Dessen Standpunkt sei immer der gewesen, „daß alle politischen Schwierigkeiten in anderen sozialistischen Ländern mit der Erhöhung von Einzelhandelspreisen begonnen hatten und die DDR ihren guten Weg nicht durch solche ‘Dummheiten’ aufs Spiel setzen darf.“⁷² Tatsächlich, so Schürer, gehörten willkürliche Preise untrennbar zum System sozialistischer Zentralplanwirtschaft. Weder Honecker noch andere Personen hätten daran rütteln können, ohne die ideologische Basis des eigenen Staates zu verletzen.

Technischer Fortschritt: Die Unmöglichkeit, im Rahmen des Zentralplansystems flexibel auf unvorhergesehene ökonomische Entwicklungen zu reagieren, verbunden mit der obligatorischen Kapital- und Ressourcenfehllenkung aufgrund fehlender Effizienzkriterien sowie fehlender Leistungsanreize, zementierten das innovationsfeindliche Klima der Zentralplanwirtschaft. Technischer Fortschritt blieb weitgehend aus und mußte - soweit erforderlich - importiert werden.⁷³ Und das, obwohl die Wirtschaft der SBZ/DDR im Jahre 1945 eine vergleichsweise gute ökonomische Ausgangsposition einnahm.⁷⁴ Das System zentraler Planung der SBZ/DDR-Wirtschaft und die Verwendung fixer Preise waren stets ein Hemmschuh für die Entwicklung des technischen Fortschritts: „Alle Investitionsvorhaben, die technisch bedeutsam waren, mußten in irgendeiner Form zusätzlich [zum Plan] durchgepaukt werden.“⁷⁵ Armin Bohnet konstatiert: „Kostenorientierte Preise werden der Aufgabe, Verfahrens- und Produktinnovationen zu begünstigen, nicht gerecht.“⁷⁶

71 Ebenda.

72 Ebenda, S. 77.

73 Vgl. LEPSIUS, M. Rainer, Handlungsräume und Rationalitätskriterien der Wirtschaftsfunktionäre in der Ära Honecker: PIRKER, Theo und LEPSIUS, Rainer M. und MEINERT, Reiner und HERLE, Hans-Hermann, Der Plan als Befehl und Fiktion, Wirtschaftsführung in der DDR, Gespräche und Analysen, Opladen 1995, S. 347ff. Günther Wyschofsky, vormals Minister für Chemie beklagt: „Das schlimmste Übel war, wenn einer außerhalb dieses Planes eine große Erfindung machte. Das war dann nicht zu verdauen. Plan war Plan“, in: Es gab keine Macht gegen die Macht, in: Pirker u.a., Der Plan als Befehl und Fiktion, S. 202.

74 Noch „bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges“, so stellt etwa Hansjörg Buck heraus, war „das Wirtschaftsgebiet der [... späteren] DDR eine Hochburg der deutschen Maschinenbau-, Büromaschinen- und Elektroindustrie. Die hochwertigen Erzeugnisse dieser Region waren im gesamten Reich und im Ausland sehr gefragt“, aus: BUCK, Hannsjörg F., Der innerdeutsche Handel (Bedeutung, Rechtsgrundlagen, Geschichte, Organisation, Entwicklung, Probleme und politisch-ökonomischer Nutzen), in: Innerdeutsche Rechtsbeziehungen, Schriften der Deutschen Richterakademie Trier, Bd. IV, Heidelberg 1988, S. 256ff, zitiert in: Ders., DDR-Statistik, S. 62. Zum Thema des technischen Fortschritts in der SBZ/DDR vgl.: LAUTERBACH, Günter, Preisbildung und technischer Fortschritt, in: BEYER u.a., Preisprobleme in der DDR, S. 45-70.

75 KRÖMKE, Claus, Innovation - nur gegen den Plan, in: PIRKER u.a., Der Plan als Befehl und Fiktion, S. 43.

76 BOHNET, Armin, Preissystem und Preispolitik im Wirtschaftssystem der DDR, in: GUTMANN, Gernot, Basisbereiche der Wirtschaftspolitik der DDR, Geld-, Finanz- und Preispolitik, Stuttgart 1983, S. 43-70, hier S. 66. „Betriebliche Zielgröße war die Planerfüllung; Plangröße war die naturale oder bewertete Bruttoproduktion.“ (S. 47) Eine Kombination, die regelrecht dazu aufforderte, Planerfüllung über die Preise herbeizu-

Fehlende Produktivität: Ohne technischen Fortschritt mußte auch die Produktivität der zentral geplanten Wirtschaft hinter den Erwartungen zurückbleiben. Diesen Aspekt beleuchtet vor allem die Untersuchung von Oskar Schwarzer, der eine Produktivitätsanalyse als Langzeitstudie über die sozialistische Zentralplanwirtschaft in der SBZ/DDR vorgelegt hat. Er beurteilt deren Leistungsfähigkeit mit Hilfe sogenannter Produktivitätskennziffern. Diese werden durch die Benutzung verschiedener Umrechnungskoeffizienten zwischen den Währungen (DM je Mark der DDR) mit bundesdeutschen Wirtschaftsdaten „kompatibel gemacht“⁷⁷. Schwarzer kommt zu dem Ergebnis, daß die Wirtschaft der SBZ/DDR im Vergleich zur bundesdeutschen schon für das Jahr 1949 allenfalls eine Produktivität besaß, die zwischen 42,5 und 55 Prozent (Mittelwert ca. 49 Prozent - Tendenz schnell abnehmend) lag und bis 1989 auf 17 Prozent absank.⁷⁸ Das rasche Auseinanderdriften der wirtschaftlichen Produktivität beider deutschen Staaten spiegelte sich zwischen 1970 und 1988/89 in der „internen Abwertung“ der Ost-Mark gegenüber der DM um 59 Prozent. Zur Erwirtschaftung einer DM im Jahre 1970 mußte die volkseigene Wirtschaft noch 1,80 Ost-Mark aufwenden. Zum Ende der DDR waren es 4,40 Ost-Mark.⁷⁹

Nachlassende Investitionstätigkeit, Fehlinvestitionen und Verschleiß des Kapitalstocks: Die stationäre Wirtschaft der SBZ/DDR konnte weder ihre Produktionsmethoden erneuern, noch verfügte sie über ausreichend Devisen, um moderne Investitionsgüter in erforderlichem Umfang zu importieren. Seit Beginn der Zentralplanung war der Investitionssektor Verfügungsmasse der Zentralplanbürokratie. Seine scheinbar willkürliche Beschränkung führte schließlich dazu, daß er auf ein Minimum reduziert wurde. Seit 1971 wurden Investitionen im Rahmen des Programms der ‘Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik’ über Kredite im sogenannten Nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet (NSW) finanziert. Die schnell wachsende Auslandsverschuldung verlagerte jedoch die Verwendung finanzieller Mittel auf die Befriedigung der entstandenen Verbindlichkeiten und bewirkte Zwangsexporte ins NSW „um jeden Preis“. Immer weniger Mittel wurden für Investitionen verwandt, der Kapitalstock immer länger in der Produktion belassen. Schürer räumt ein: „Betrug die Rate der produktiven Akkumulation [Investitionstätigkeit im Produktionssektor] unter Ulbricht noch mehr als 16 Prozent des Nationaleinkommens, so sank sie unter Honecker auf 9 Prozent ab.“⁸⁰ Die zum Ende der siebziger Jahre sich beschleunigende Überalterung des Anlagevermögens der volkseigenen Industrie und Infrastruktur, so hebt Buck hervor, beschleunigte die Spirale nachlassender Wettbewerbsfähigkeit und sinkender Produktivität.⁸¹ Und Janson konstatiert diesbezüglich: „In einem Bericht des Se-

rechnen, während tatsächliche Leistungssteigerungen von den Betrieben nicht ernsthaft angestrebt wurden.

77 SCHWARZER, Oskar, Sozialistische Zentralplanwirtschaft in der SBZ/DDR. Ergebnisse eines ordnungspolitischen Experiments (1945-1989), Stuttgart 1999, S. 10, 155ff., 163ff.

78 Ebenda, S. 166.

79 BUCK, DDR-Statistik, S. 58.

80 SCHÜRER, Gewagt und verloren, S. 115.

81 Weit über 50 Prozent des industriellen Kapitalstocks besaßen 1989 nur noch Schrottwert. Vgl. BUCK, DDR-Statistik, S. 58f. Sowie: BUCK, Hannsjörg F. und GUTMANN, Gernot, Die Zentralplanwirtschaft der DDR - Funktionsweise, Funktionschwächen und Konkursbilanz, in: KUHRT, Eberhard und BUCK, Hannsjörg F. und HOLZWEIßIG, Gunter (Hrsg.), Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR

ekretariats der Kreisleitung der SED in der Staatlichen Plankommission vom 6. April 1989 wird darauf verwiesen, daß 18,5 Prozent des produzierenden Anlagevermögens bereits abgeschrieben und weitere 20 Prozent älter als zwanzig Jahre seien. Das entspreche einem dringend zu erneuernden Anlagewert von 500 Milliarden Mark, was gleichbedeutend sei mit dem Nationaleinkommen zweier Jahre.“⁸²

In der Industrie wurden zwischen 1971 und 1988 gerade mal 1,1 Prozent des Kapitalstocks pro Jahr ausgesondert.⁸³ So war es nicht verwunderlich, daß der Bedarf an Reparaturkräften innerhalb dieses Zeitraums, z.B. in der chemischen Industrie, von 10.000 auf 60.000 Personen, also etwa einem Fünftel der in der Chemie insgesamt Beschäftigten, answoll.⁸⁴

Diese gewaltige Verschwendung von Arbeitskraft belastete die Wirtschaft ebenso wie das Privileg der SED, über vierzig Jahre lang den Schwerpunkt durchzuführender Investitionen willkürlich zu bestimmen: Die Ursache milliardenschwerer Fehlinvestitionen. Daran hatte sich auch bis in die achtziger Jahre nichts geändert: Im Mittelpunkt standen nun die Energiewirtschaft sowie einige Prestigeprojekte, die das internationale Ansehen der DDR-Ökonomie wieder aufpolieren sollten. Dazu gehörten exportorientierte Kombinate, die Elektrotechnik sowie insbesondere die Mikroelektronik.⁸⁵

in den 80er Jahren, Opladen 1996, S. 7-54, insb. S. 9. Sowie: JANSON, Carl-Heinz, Totengräber der Nation. Wie Günter Mittag den SED-Staat ruinierte, Düsseldorf, Wien 1991, S. 72-78: Vollkommen abgeschrieben waren danach 63 Prozent der Baumaschinen, 50 Prozent der Zugmaschinen, Tieflader, Planiermaschinen usw. sowie 70 Prozent der Anlagen in der Kohlenindustrie, wie Abraumförderbrücken, Bagger usw. Wie Janson angibt, „übertraf in der Weiterverarbeitung der Braunkohle das Durchschnittsalter der vorhandenen 49 Brikettfabriken 75 Jahre“ Im Brückenbau stammen „vierzig bis sechzig Prozent der Brücken aus dem vorigen Jahrhundert. Trotz vieler Analysen und Initiativen konnte der Verschleißgrad der Brücken nicht verbessert werden“. Janson erwähnt Betonschwellenschäden bei der Eisenbahn auf 6.000 von 14.000 Kilometern der Gesamtstrecke aufgrund energiegestützter Herstellung der Schwellen aus Billigzement.

82 JANSON, Totengräber, S. 71.

83 Vgl. Wirtschaftsreport DDR, Daten und Fakten zur wirtschaftlichen Lage Ostdeutschlands, Berlin 1990, S. 57 sowie KUSCH, Günter und MONTAG, Rolf, und SPECHT, Günter und WETZGER, Konrad, Schlußbilanz-DDR, Berlin 1991, S. 58.

84 Vgl. SCHWARTAU, Cord, Wirtschaft und Umwelt gleichzeitig sanieren, in: Wochenzeitung Das Parlament, Nr. 26 vom 22. Juni 1990, S. 12.

85 Ein sinnloses Unterfangen, wie die Rede von Werner Jarowsky auf der 10. Tagung des ZK der SED vom 8-10 November 1989 (hier 10. Nov.) bewies. Er schilderte das Ausmaß staatlicher Fehlinvestitionen in vermeintlich prestigeträchtige Mikroschaltkreise: „Genossen, der Speicherschaltkreis 64 Kilobit, unsere Hauptproduktion gegenwärtig, 8,9 Mio. Stück Produktion, der Betriebspreis 40 Mark, der Weltmarktpreis eine Mark bis eine Mark fünfzig; der Speicherschaltkreis 256 Kilobit, das ist der, der jetzt groß angekündigt in die Produktion gegangen ist, der kostet bei uns - reine Kosten - 534 Mark [Verkaufspreis in der DDR: 16 Mark, T.M.], der Weltmarktpreis beträgt gegenwärtig vier bis fünf Valutamark. Vier bis fünf Valutamark, Genossen! Ich muß euch auch hier sagen: Die Stützung allein bei diesem Schaltkreis pro Stück 517 Mark und bei dem 64-Kilobit-Schaltkreis von 40 Mark, 31 Mark Stützung. Ja, Genossen, das sollten die Zugpferde sein, um die Konsumtion, um die übrige Volkswirtschaft zu entwickeln. So sind die Wahrheiten.“ Aus: HERTLE, Hans-Hermann und STEPHAN, Gerd-Rüdiger (Hrsg.), Das Ende der SED. Die letzten Tage des Zentralkomitees, Berlin 1997, S. 392.

Handelsbilanzdefizit und Verschuldung im NSW: Wie sich im Nachhinein herausstellte, war es der DDR-Führung nicht nur gelungen, das westliche Ausland über die Leistungsfähigkeit und den Zustand der volkseigenen Wirtschaft zu täuschen⁸⁶, sondern auch über die Daten des Staatshaushalts. Zu diesem Zweck verschleierte sie die tatsächliche Höhe der Staatsausgaben. Die Ausgaben der DDR zur Stabilisierung der „inneren Sicherheit“ wurden für das Jahr 1980 noch mit 13,2 Milliarden Mark angegeben, betrugen tatsächlich aber 17,1 Milliarden Mark. Auch für die folgenden Jahre, dies hat Hannsjörg Buck nachgewiesen, kamen Abweichungen in derselben Größenordnung zustande.⁸⁷ Jahr für Jahr war die Wirtschaft der SBZ/DDR außerstande, selbst bereitzustellen, was Staat und Bevölkerung verbrauchten.⁸⁸

Der VIII. Parteitag der SED im Juni 1971 beschloß die sogenannte ‘Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik’ als vorrangiges Ziel des Fünfjahrplans 1971-1975 - eine Vorgabe, die bis zum Ende der DDR erhalten blieb und die wirtschaftspolitische Stoßrichtung der Staatsführung bis auf weiteres zementierte: Kreditfinanzierter, verbesserter Lebensstandard. „Im Zeitraum seit dem VIII. Parteitag wuchs insgesamt der Verbrauch schneller als die eigenen Leistungen. Es wurde mehr verbraucht als aus eigener Produktion erwirtschaftet wurde zu Lasten der Verschuldung im NSW, die sich von 2 Mrd. VM 1970 auf 49 Mrd. VM 1989 erhöht hat.“⁸⁹ Der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission erkannte, daß die Verschuldung im NSW unaufhaltsam anwuchs, wußte aber selbst keinen Einfluß darauf zu nehmen: „Ich [wollte] nicht glauben, daß Erich Honecker ökonomisch so ungebildet war, um nicht zu verstehen, daß man mit 4 Prozent Wachstum der Leistungen auf die Dauer nicht 5-7 Prozent Zuwachs im Lebensstandard bilanzieren kann.“⁹⁰

Hohe Außenhandelsbilanzdefizite gegenüber dem NSW brachten die DDR zusätzlich in die Schuld: Das Defizit stieg von 2,2 Milliarden Valutamark⁹¹ im Jahre

86 Z.B. die „Selbsteinordnung der DDR entsprechend ihren ökonomischen Leistungen auf den 10. Platz in der Welt.“ Vgl. Schürer, in: *Gewagt und verloren*, S. 102.

87 Buck, *DDR-Statistik*, S. 57, sowie: Ders., *Öffentliche Finanzwirtschaft im SED-Staat und ihrer Transformationsprobleme*, Bonn 1997, Tabelle 52.

88 Buck beziffert die Differenz zwischen verbrauchtem und erwirtschaftetem Nationaleinkommen zwischen 1971 und 1980 auf 210,5 Milliarden Ost-Mark. Vgl. Buck, *DDR-Statistik*, S. 58 sowie BUCK, GUTMANN, *Die Zentralplanwirtschaft der DDR*, S. 12f.

89 Anlage zum Politbüroprotokoll zum 31. Oktober 1989, Ausgearbeitet von Gerhard Schürer (Leitung), Außenhandelsminister Gerhard Beil, Staatssekretär Alexander Schlack-Golodkowski, Finanzminister Ernst Höfner, Leiter der Zentralverwaltung für Statistik Arno Donda, zitiert nach: Haendcke-Hoppe-Arndt, Maria, *Außenwirtschaft und innerdeutscher Handel*, in: KUHRT, *Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR*, S. 63.

90 SCHÜRER, *Gewagt und verloren*, S. 95f.
Grundlegende ökonomische „Erkenntnisse“ dieser Art wurden bereits anlässlich der Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag der Gründung der DDR am 4. Oktober 1979 zwischen dem damaligen Generalsekretär der KPdSU, Leonid Iljitsch Breschnew und Honecker ausgetauscht: „Breschnew: Es ist richtig, wenn gesagt wird, daß man nur das verbrauchen kann, was man erzeugt hat. Es ist doch so, daß keiner von uns auf Kosten anderer leben oder sich für bankrott erklären will. Honecker: Es ist sehr gut, das zu wissen.“ aus: STAADT, Jochen (Hrsg.), *Auf höchster Stufe, Gespräche mit Erich Honecker*, Berlin 1995, S. 34.

91 Valutamark: „statistische Kunstwährung“ im Gegensatz zu einer weltmarktfähigen, konvertierbaren Währung. Die verwendeten Umrechnungskurse zwischen konverti-

1970 auf 11,0 Milliarden 1975, 25,3 Milliarden 1980, 30 Milliarden 1985 und auf 34,7 Milliarden im Jahr 1987.⁹² Für Ende 1988 beziffert Günter Mittag den sogenannten Sockel der Zahlungsbilanz mit dem NSW auf 38,5 Milliarden Valutamark.⁹³

Daß die kommunistische Führung der DDR den drohenden Staatsbankrott wenigstens ahnte, dokumentiert ihr vorsichtiges Einkaufsverhalten im Westen. „Gemessen an der Struktur der Handelsströme, aufgeteilt nach Erzeugnisgruppen und Handelsgütern, ähnelt der innerdeutsche Handel weitgehend dem Außenhandel zwischen zwei Entwicklungsländern.“⁹⁴ Obwohl die volkseigene Wirtschaft eine Auffrischung ihres veralteten Kapitalstocks dringend benötigt hätte, wurde Mitte der 80er Jahre nur ein Bruchteil jenes Wertes, den die DDR in die Bundesrepublik exportierte, von dort in Form hochwertiger Investitionsgüter importiert: gerade einmal 11,6 Prozent. Gleichzeitig gelang es der DDR nicht, höherwertige Wirtschaftsgüter in der Bundesrepublik oder Westberlin abzusetzen - Beweis für den technologischen Rückstand der sozialistischen Ökonomie auf dem Weltmarkt. So war die elektrotechnische Industrie nur mit 4,3 Prozent am Gesamtwert des DDR-Exportes in die Bundesrepublik beteiligt. Feinmechanische und optische Erzeugnisse blieben unter einem Prozent, Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräte aus der DDR erreichten kaum ein halbes Prozent.⁹⁵

Innere Verschuldung: Zur Verschuldung der DDR im NSW kam die innere Verschuldung über das Kreditsystem, d.h. bei ihren Bürgern. Sie betrug, wie Buck zeigte, als die Mauer fiel, 126,4 Milliarden Ost-Mark.⁹⁶ Diese Summe dokumentiert den enormen Kaufkraftüberhang, bzw. Gütermangel und „blähte den Geldumlauf inflationär auf“⁹⁷. Jahrzehntlang konnten die Bürger mit ihren Löhnen nichts anderes anfangen, als sie zur Bank zu tragen, wo sie zwangsläufig stillgelegt waren.

Schwerfälligkeit des Systems: Ausgehend von den konstitutiven Elementen der Zentralplanwirtschaft - Verstaatlichung der Produktionsmittel sowie alleiniges Kommando staatlicher Stellen im ökonomischen Sektor, und zwar unter Verzicht auf das System freier Märkte und Preise - sah sich die sozialistische Zentralplanwirtschaft der SBZ/DDR mit fehlender Produktivität und ausbleibendem technischen Fortschritt, mit mangelndem Investitionsvolumen bzw. Fehlinvestitionen und der damit einhergehenden Veralterung des Kapitalstocks konfrontiert.

blen Währungen (Dollar, DM usw.) in Valutamark wurden von der DDR- Regierung streng geheim gehalten. Vgl. BUCK, DDR-Statistik, S. 57.

Günter Mittag bezifferte das zum Ende der DDR gültige interne Umrechnungsverhältnis auf 4,4 Ost-Mark zu einer Valutamark. Dieses Verhältnis „galt aber nur für Berechnungen innerhalb der Volkswirtschaft und betraf die Beziehungen der Betriebe zum Außenhandel. Es war jedoch kein realer Wechselkurs, da die Währung nicht konvertierbar war.“ Aus: MITTAG, Günter, Um jeden Preis. Im Spannungsfeld zweier Systeme, Berlin 1991, S. 279.

92 JANSON, Totengräber, S. 65.

93 MITTAG, Um jeden Preis, S. 288.

Gutmann und Buck gehen davon aus, daß die Höhe der Verschuldung im NSW im Jahr 1988 49 Milliarden Valutamark betrug: BUCK, GUTMANN, Die Zentralplanwirtschaft der DDR, S. 7-54, insb. S. 14.

94 BUCK, Der innerdeutsche Handel, S. 256ff, zitiert in: Ders., DDR-Statistik, S. 62.

95 Ebenda.

96 BUCK, DDR-Statistik, S. 58.

97 JANSON, Totengräber, S. 83.

Rohstoffarmut, Blockbindung sowie technische Abhängigkeit vom NSW machten Importe aus dem sozialistischen und nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet notwendig. Diese waren unter derartigen Produktionsbedingungen nicht zu finanzieren und trieben die DDR immer tiefer in die Verschuldung gegenüber den eigenen Bürgern und dem Ausland. Damit wurde „eine der am hartnäckigsten verbreiteten Legenden über die Vorzüge der sowjet-sozialistischen Wirtschaft“⁹⁸ obsolet: Ihre angebliche Resistenz gegenüber zyklisch auftretenden Wirtschaftskrisen, worunter ausschließlich die kapitalistischen Ökonomien zu leiden hätten.

Preisschwankungen auf den internationalen Märkten⁹⁹ wirkten sich aber unmittelbar auf die Ökonomie der SBZ/DDR aus, die diesen Erscheinungen nichts entgegenzusetzen hatte. Im Gegenteil: Die zentralisierte Wirtschaftsorganisation - in den VEB bis zuletzt spürbar durch Berge von Melde- und Kontrollformularen einer schwerfälligen Bürokratie - war viel zu unelastisch, um reagieren zu können. Jahre vorausreichende Pläne hatten die anvisierte Stoßrichtung bereits zementiert. Alternativen waren nicht vorgesehen. Das staatliche Plandiktat erlaubte den VEB nicht einmal, materielle Sicherheitsreserven zu bilden, ohne die man unvorhergesehenen Versorgungslücken in den Betrieben nichts entgegenzusetzen hatte. Die Zentralplanwirtschaft der SBZ/DDR war also nicht nur keineswegs krisenunanfällig, sondern durch unvorhergesehene Einflüsse sogar besonders gefährdet. Ihr fehlten die entscheidenden Selbstregulierungskräfte marktwirtschaftlicher Systeme: Freie Märkte und Preise. „So ist letztlich auch der Untergang des politischen und Wirtschaftssystems der DDR in erheblichem Maße durch eine nicht bewältigte Wirtschaftskrise ausgelöst worden.“¹⁰⁰

Anreiz- und Motivationsproblem: Die Ideologie des Sowjetkommunismus, so stellen Buck und Gutmann heraus, ignorierte die „fundamentale Erkenntnis, daß Privateigentum unverzichtbar ist für die Motivation der Menschen zu ökonomisch effizientem Verhalten.“¹⁰¹ An dessen Stelle trat in der Zentralplanwirtschaft das Streben der VEB nach „weichen Plänen“, verbunden mit Untertreibungen der Betriebe bezüglich eigener Leistungsfähigkeit und Materialvorräte sowie Übertreibungen ihrer Materialanforderungen gegenüber der Wirtschaftsbürokratie.¹⁰²

Karl C. Thalheim und Bruno Gleitze betonen in diesem Zusammenhang drei „konstitutive Elemente des Wirtschaftssystems der Sowjetzone“: ● Die zentrale Planung und Lenkung der Wirtschaft unter Ausschaltung des Marktautomatismus ● Die generelle Abschaffung des Individualeigentums an Produktionsmitteln ● Wirtschaftswachstum als wichtigstes Ziel der kommunistischen Führung unter einseitiger Ausrichtung auf die Schwerindustrie.¹⁰³ Sie leiteten daraus als

98 BUCK, GUTMANN, Die Zentralplanwirtschaft der DDR, S. 7-54, insb. S. 15.

99 Z.B. Teuerungen sowjetischer Energielieferungen seit 1975. Kürzungen und Streichungen polnischer Steinkohlelieferungen 1981-1985. Kürzungen der sowjetischen Rohöllieferungen um zwei Millionen Tonnen im Jahre 1982, als es der „Große Bruder“ vorzog, von kräftigen Preissteigerungen am internationalen Ölmarkt zu profitieren, anstatt sein Rohöl in die DDR zu liefern. Vgl. Breschnew hat geweint, Gespräch mit K.V. Russakow vom 21. Oktober 1981, in: STAADT, Jochen (Hrsg.), Auf höchster Stufe, Gespräche mit Erich Honecker, Berlin 1995, S. 39ff.

100 BUCK, GUTMANN, Die Zentralplanwirtschaft der DDR, S. 7-54, insb. S. 15.

101 Ebenda, S. 21.

102 Vgl. Lepsius u.a., Der Plan als Befehl und Fiktion, S. 347.

103 GLEITZE, Bruno und THALHEIM, Karl C., Schuld an der Krise ist das System, Die Wirtschaftsentwicklung in der Sowjetzone unter der Lupe, in: DIE WELT, 10. Juli 1964, S. 6.

„wesentlichste Funktionsschwäche dieses Wirtschaftssystems [...] die fast völlige Beseitigung jeder selbständigen wirtschaftlichen Tätigkeit [ab, wodurch mit entsprechenden Folgen für die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Investitionstätigkeit und des technischen Fortschritts] die individuelle Initiative als Antriebskraft des Wirtschaftens zur Bedeutungslosigkeit herabsinkt.“¹⁰⁴

Versuche der Wirtschaftsbürokratie, die Beschäftigten zu höheren Leistungen zu motivieren, beispielsweise durch leistungsbezogene Prämien, scheiterten gleichfalls an der Möglichkeit allzu subjektiver Selbstdarstellung der Betriebe im Rahmen des markt- und preislosen ökonomischen Ambiente. „Es ließ sich kein Belohnungsverfahren entwickeln, das nur echte Leistungssteigerungen prämierte und Scheinleistungen unbeachtet ließ.“¹⁰⁵ Janson betont die allgegenwärtigen, motivationshemmenden Interessenkonflikte auf unterschiedlichen ökonomischen Ebenen: Es habe „zu keinem Zeitpunkt eine Übereinstimmung zwischen den zentralen Plangrößen und der Summe der Betriebspläne [gegeben]. Auch die im Plan quantifizierten Interessen von Zentrale und Bezirken waren nicht in Deckung zu bringen.“¹⁰⁶

Das Interesse an Themen der Wirtschafts- und Sozialgeschichte hat, so läßt sich abschließend festhalten, in den letzten Jahren zwar zugenommen, gleichwohl gibt es nur wenige Ansätze zur endgültigen Klärung der oben bereits erwähnten Debatte aus den zwanziger und dreißiger Jahren.¹⁰⁷ Es ist ein Paradox der heutigen Forschung, daß sie sich nur wenig für das wirtschaftliche System der SBZ/DDR interessiert, obwohl die SED-Diktatur doch insbesondere durch die materialistisch-ökonomischen Vorstellungen der sogenannten Klassiker des Marxismus-Leninismus-Stalinismus geprägt war. Der Grund dafür könnte darin zu finden sein, daß Aussagen über die Leistungsfähigkeit der Zentralplanwirtschaft aufgrund des fehlenden Preismechanismus in der SBZ/DDR-Wirtschaft nur ausgesprochen schwierig zu machen, wenn nicht gar unmöglich sind: „Das betriebliche Rechnungswesen der DDR, die Erfassung aggregierter Leistungen und die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung Ost-Berlins basierten auf den Begriffskonstruktionen, der Wertlehre und den ‘Kennziffern’ der marxistischen Politökonomie und Ideo-

104 Ebenda.

105 Ebenda, S. 37.

106 JANSON, Totengräber, S. 135.

107 Die Debatte in den zwanziger Jahren wurde u.a. geführt von Fritz Naphtali (NAPHTALI, Fritz, Wirtschaftsdemokratie: Ihr Wesen, Weg und Ziel. Herausgegeben im Auftrag des ADGB, Berlin 1928), Eugen Schmalenbach (SCHMALENBACH, Eugen, Die Betriebswirtschaftslehre an der Schwelle der neuen Wirtschaftsverfassung, in: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung 22, 1928), Joseph Alois Schumpeter (SCHUMPETER, Joseph Alois, Sozialistische Möglichkeiten von heute, in: Archiv für Sozialwissenschaft XLVIII, 1921) und Werner Sombart (SOMBART, Werner, Das Wirtschaftsleben im Zeithalter des Hochkapitalismus, Bd. II., München 1927). Sie vertraten die Ansicht, daß ein Übergang zum Sozialismus „notwendig, wahrscheinlich oder möglich“ wäre (SCHNEIDER, Jürgen, und HARBRECHT, Wolfgang, Zur Einführung, in: SCHNEIDER, HARBRECHT, Wirtschaftsordnung. S. XXVI.). Die Protagonisten der gegenteiligen Ansicht waren u.a. Boris Brutzkus (BRUTZKUS, Boris, Die Lehren des Marxismus im Lichte der russischen Revolution, Berlin 1929), Georg Halm (HALM, Georg, Die Konkurrenz, München 1929; ders., Ist der Sozialismus wirtschaftlich möglich?, Berlin 1929), Erich Horn (HORN, Erich, Gemeinwirtschaft, Die ökonomischen Grenzen der Gemeinwirtschaft. Eine wirtschaftstheoretische Untersuchung über die Durchführbarkeit des Sozialismus, Halberstadt 1928), sowie Ludwig v. Mises (MISES v., Die Gemeinwirtschaft).

logie. Diese 'marxistische Bewertungs- und Rechenwelt' unterschied sich grundlegend von der westlichen Betriebswirtschaftslehre und dem im Westen verwendeten Standardsystem der OECD für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (zum Beispiel der Ermittlung des Brutto- und Nettoinlandsprodukts). Diese methodischen Unterschiede erschwerten in enormem Maße quantitative Leistungsvergleiche zwischen Ost und West oder machten diese sogar gänzlich unmöglich.¹⁰⁸ Der größte Teil aller Veröffentlichungen zu wirtschaftsgeschichtlichen Themenkomplexen bezüglich der SBZ/DDR sind als „Längsschnittstudien“ angelegt, die sich über den gesamten Zeitraum der Existenz der SBZ/DDR erstrecken.¹⁰⁹ Die vorliegende Studie stellt das Jahr 1949 in den Mittelpunkt der Betrachtung und deutet damit bereits auf das Ende der sozialistischen Zentralplanwirtschaft im Jahre 1989. Sie läßt erkennen, daß sich grundsätzliche Probleme des Zentralplansystems über eine Dauer von vierzig Jahren nicht verändert haben.

Restriktionen

Systemimmanente Untersuchungsansätze begleiteten die Zentralplanwirtschaft seit ihren Anfängen. Es gibt sie in unterschiedlichen Ausprägungen. Häufig werden kommunistische Kampfbegriffe wie „Antifaschismus“, „Revolution“, „Klasse“ usw. in selbstverständlicher Manier verwendet, ohne daß dabei der normative Charakter dieser Begriffe beachtet wird.¹¹⁰ Wo dies unbewußt geschieht, schleicht sich der ideologische Geist des Kommunismus ungewollt in die Arbeit. Bewußt eingesetzt, zerstören sie jeden wissenschaftlichen Anspruch.

Zum Problem der tendentiösen Terminologie gesellt sich häufig auch die wissenschaftlich problematische Methode des Marxismus-Leninismus¹¹¹, ein weiteres Merkmal systemimmanenter „Forschung“. Diese Methode ist nicht geeignet, zur Analyse von SED-Diktatur und zentraler Planwirtschaft beizutragen, weil sie innerhalb der Ideologie verbleibt und darum die entscheidenden Rahmenbedingungen ignoriert, die das Wirtschaftssystem determinieren.

Voraussetzung für die wissenschaftliche Bearbeitung und Erforschung des hier verhandelten Themas sind insbesondere verlässliche Markt- und Preisanalysen. Eben diese Daten standen den marxistisch-leninistischen Forschern jedoch nicht zur Verfügung, da die Wirtschaftsordnung der SBZ/DDR gerade die Unterdrückung echter Märkte und Preise verlangte. Stattdessen mußten sie sich mit den von der Zentralplanwirtschaft gelieferten Daten begnügen, die jedoch niemals ein Spiegel realer Wirtschaftsverhältnisse, sondern willkürliche Plandaten waren. Alle darauf begründeten Forschungsergebnisse bleiben aufgrund dessen ohne jeglichen wissenschaftlichen Wert und werden hier allenfalls unter sehr eingeschränkten

108 BUCK, Der innerdeutsche, S. 256ff, zitiert nach: Ders., DDR-Statistik, S. 60.

109 Vgl. MÄHLERT, Ulrich, Analyse, S. 866.

110 Die Vielzahl belasteter Begriffe ist schier unübersehbar. Ihre Ausprägung und Intensität ist sehr unterschiedlich. Selbst solche Begriffe, die in sämtlichen Besatzungszonen gleichlautend waren, wie „Geld“, „Volk“ oder „Eigentum“ haben - im Sinne des Sozialismus systemimmanent verwandt - eine gänzlich andere Bedeutungen als jene, die aus tradierter Alltagsverwendung der deutschen Sprache bekannt sind und werden daher zu Stolperfallen für die Forschung. Vgl. SCHLOSSER, Hans Dieter, Die deutsche Sprache in der DDR zwischen Stalinismus und Demokratie. Historische, politische und kommunikative Bedingungen, Köln 1990.

111 Vgl. SCHWARZER, Sozialistische Zentralplanwirtschaft, S. 8.

Bedingungen berücksichtigt.¹¹² Alle Forschung über Probleme der SBZ-Ökonomie ist zum Scheitern verurteilt, solange sie nicht den Ersatz des freien Marktes - d.h. millionenfache, freiwillige Kommunikation und Transaktion - durch das Diktat des „demokratischen Zentralismus“ (= institutionalisiertes „Denkmonopol der Partei“¹¹³) einer kritischen Analyse unterzieht.

Typisches Element systemimmanenter Forschung ist weiterhin die akribische Rekapitulation politischer und gesellschaftlicher „Neuerungen“ des Sozialismus sowie der Versuch, diese innerhalb des sozialistischen Ordnungsrahmens zu begründen. Der Sozialismus bemühte sich unablässig, sein Erscheinungsbild zu verbessern¹¹⁴. Dabei versuchte er, sich insbesondere dadurch zu profilieren, daß er sich vom kapitalistischen Wirtschaftssystem unterschied. Diesen Absetzungsbestrebungen wurde propagandistisch häufig das Etikett „neu“ angeheftet. „Immer wenn das Adjektiv ‘neu’ bei der ‘revolutionären Umwandlung’ hinzugefügt wurde, wurde eine effiziente Form zerstört und gleichzeitig ein weniger effizientes Surrogat geschaffen.“¹¹⁵ Systemimmanente Forschung wird von der Überzeugung getragen, das sogenannte Neue sei tatsächlich neu. Vor diesem Hintergrund muß sie sich darauf beschränken, den Zickzack-Kurs der SED-Führung nachzuzeichnen. Ihre mangelnde Distanz zum ordnungspolitischen Konzept der SBZ/DDR - und damit des Wirtschaftssystems - gestattet keine wissenschaftliche Interpretation.

Ein nicht zu unterschätzendes Problem für die Erforschung der untergegangenen SBZ/DDR ist deren Aktualität, d.h. die mangelnde zeitliche Distanz. Einerseits bietet diese zeitliche Nähe zwar auch große Chancen, z.B. die Möglichkeit, Zeitzeugen zu befragen. Theo Pirker, Rainer M. Lepsius u.a. haben mit ihrer gemeinsamen Publikation auf diesem Wege einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der Machtstrukturen in der SBZ/DDR und ihren willkürlichen, irrationalen Auswüchsen im Wirtschaftssektor leisten können.¹¹⁶

112 Zank rät im Umgang mit offiziellem SBZ/DDR-Datenmaterial dazu, „jede amtliche Zahl zu akzeptieren, sofern in physischen Mengeneinheiten dimensioniert, durch Umformungen gewonnene Werte jedoch nur dann zu übernehmen, wenn jeder Konstruktionsschritt erläutert wird, oder sofern diese Daten Kompatibilitäts- oder Plausibilitätstests bestehen“, aus: ZANK, Wirtschaft und Arbeit, S. 16.

113 GÖTZ, Hans Herbert, Honecker - und was dann, 40 Jahre DDR, Herford 1989, S. 9.

114 Ausdruck dieser „wissenschaftlichen“ Fleißarbeit ist die ungeheure Zahl sozialistischer Nachschlagewerke und Dokumentationen. Während Nachschlagewerke, etwa das „Wörterbuch der Ökonomie des Sozialismus“ (hgg. von EHLERT, Willi u.a., Berlin 1984), keinerlei theoretische und wissenschaftliche Autorität aufweisen, eignen sich verschiedene Dokumentationen durchaus zum Quellenstudium, z.B. „Das Potsdamer Abkommen und andere Dokumente aus der Zeit des zweiten Weltkrieges“, hgg. von BITTEL, Karl, Berlin-Ost 1949, oder die „Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion. Bd. 1.: Vom Potsdamer Abkommen am 2. August 1945 bis zur Erklärung über die Herstellung der Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik am 25. März 1954“, hgg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Berlin-Ost 1957. In allen Fällen ist eine kritische Beurteilung der teilweise vorhandenen Kommentare erforderlich.

115 SCHNEIDER, HARBRECHT, Wirtschaftsordnung, S. 31.

116 PIRKER u.a., Der Plan als Befehl und Fiktion.

Vgl. auch NIETHAMMER, Lutz und PLATO, Alexander von und WIERLING, Dorothee, Die volkseigene Erfahrung, Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR, Berlin 1991. Im Gegensatz zu Pirker befragte Niethammer nicht Prominente der SBZ/DDR, sondern 30 Personen aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Umfeldern, ob Pfarrer, Schmelzer, Philosophieprofessor, Schneider u.a. Es entstanden Momentaufnahmen individueller Lebenssituationen, denen der direkte Einfluß des

Die Produkte der SBZ/DDR-Forschung sind ausgesprochen ambivalent, denn es ist nicht zu verhindern, daß sich die unterschiedlichen Biographien ihrer Urheber darin niederschlagen. Viele bearbeiten gleichzeitig ein Stück der eigenen Lebensgeschichte, was insbesondere auf Personen zutrifft, die selbst Bürger der SBZ/DDR waren. Ostdeutsche Projektbearbeiterinnen und -bearbeiter, so Mähler, sind gegenüber den westlichen Kolleginnen und Kollegen überrepräsentiert.¹¹⁷

Zu daraus erwachsenen Ost-West-Differenzen der SBZ/DDR-Forschung gesellen sich Ost-Ost-Differenzen, die in der offen ausgetragenen Debatte um den Potsdamer Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien gipfelte. In einem Streitgespräch zwischen Stefan Wolle und Jürgen Kocka im Oktober 1993 beklagt Wolle, daß ausgerechnet der ehemalige Parteisekretär Olaf Groehler angestellt wurde, um DDR-Vergangenheit aufzuarbeiten. „Es bleibt das Skandalon, [...] , daß jemand, der 1988 geschrieben hat, am 17. Juni 1953 hätten die russischen Panzer die Freiheit beschützt, jetzt in wissenschaftlichen Arbeiten genau das Gegenteil schreibt. Das bleibt eine Perversion von wissenschaftlicher Ethik, daß die gleichen Leute, auf der gleichen empirischen Basis genau das Gegenteil schreiben.“¹¹⁸

Ein weiterer Punkt bedarf hier der Erwähnung, und zwar die Frage nach dem wissenschaftliche Wert sogenannter „Erinnerungen“, die sich, da meist verfaßt von Personen, die die SED-Diktatur z.T. in verantwortlichen Positionen mitgetragen haben, oft als Rechtfertigungsschriften verstehen. Diese Literatur vermag zur Aufarbeitung der SBZ/DDR Geschichte nur sehr bedingt beizutragen, da sie in der Regel systemimmanent bleibt und ideologisch ausgerichtet ist. Den Autoren dieser Publikationen muß in den meisten Fällen jede Fähigkeit abgesprochen werden, ihren untergegangenen Staat objektiv zu betrachten, geschweige denn, zukunftsweisende Entwicklungsperspektiven zu entwerfen. Stellvertretend sei hier eine Veröffentlichung genannt, die das Thema der vorliegenden Studie zeitlich und thematisch berührt: Siegfried Wenzel, ehemals Strategie der Staatlichen Plankommission, beweist mit seiner Veröffentlichung „Plan und Wirklichkeit“ letztlich nur, daß es ihm bis heute nicht gelungen ist, sich von den Denkmustern der sozialistischen Ideologie zu lösen. In gewohnter Manier bezieht er sich zur Rekonstruktion

sozialistischen Systems gemeinsam war. Siehe auch: ECKART, Gabriele (Hrsg.), So sehe ich die Sache, Protokolle aus der DDR, Leben im Havelländischen Obstanbaugebiet, Köln 1984. Hierbei handelt es sich um 21 Tonbandprotokolle von Gesprächen mit unterschiedlichen Personen, vom Gärtner, Traktorist, Lehrling über Betriebsleiter, LPG-Vorsitzenden (vgl. FN 163, S. 223) oder Diplomgartenbauingenieur, bis hin zum Rentner. Diese Aufzeichnungen skizzieren eine ungewöhnlich scharfe Kontur dessen, was es für die Menschen bedeutet, sich in einer zentral geplanten Ökonomie zu orientieren. Auch das Hamburger Institut für Sozialforschung widmet sich der Oral-History als Methode der DDR-Forschung. Weiterhin: AXEN, Hermann, Ich war Diener der Partei, Autobiographische Gespräche mit Harald Neubert, Berlin 1996. HERRMANN, Frank-Joachim, Der Sekretär des Generalsekretärs, Honeckers persönlicher Mitarbeiter über seinen Chef, Ein Gespräch mit Brigitte Zimmermann und Reiner Oschmann, Berlin 1996.

117 MÄHLERT, Ulrich, Analyse, S. 886.

118 Wem gehört die DDR-Geschichte? Was kompromittiert einen Historiker? Wieviel Ausgrenzung, wieviel Kontinuität beim Personal soll sein? Ein Streitgespräch zwischen Jürgen Kocka und Stefan Wolle, in: ECKERT, Rainer und KOWALCZUK, Ilko-Sascha und STARK, Isolde (Hrsg.), Hure oder Muse? Klio in der DDR, Dokumente und Materialien des Unabhängigen Historiker-Verbandes, Berlin 1994, S. 296.

der früheren SBZ/DDR-Wirtschaftsgeschichte auf die (ihm wohlbekannten) Schriften, etwa die 1964 erschienene „Kurze Geschichte der DDR“ von Stefan Doernberg. Wenzels Versuch, einen Produktivitätsvergleich der beiden deutschen Wirtschaften anzustellen, ist unter solchen Voraussetzungen zum Scheitern verurteilt. Auch neun Jahre Soziale Marktwirtschaft haben ihn den Unterschied zwischen „Geld“ in der SBZ/DDR und Geld in marktwirtschaftlichen Systemen nicht begreifen lassen.¹¹⁹

Im Rahmen der zur Erstellung der vorliegenden Studie durchgeführten Arbeiten erwies es sich als unmöglich, die volkseigene Wirtschaft der SBZ/DDR im Rahmen der entsprechenden Wirtschaftsordnung anhand positiv aufzuzeigender Funktionsstrukturen zu charakterisieren. Als Beispiel für diese Schwierigkeit kann etwa der innerhalb der systemimmanenten Forschung ständig praktizierte Versuch genannt werden, den tatsächlichen Ablauf der zentralen Planwirtschaft durch Schaubilder zu verdeutlichen. Diese erschöpfen sich jedoch in der Darstellung des von der Zentralplanbürokratie formal angestrebten Systems, womit sie häufig gerade das Gegenteil dessen zeigen, was tatsächlich geschah.

Schon die Vorstellungen der Planbürokratie und ihrer verschiedenen Organe über den „richtigen“ Ablauf der volkseigenen Wirtschaft waren außerordentlich diffus. Ein gezieltes Zusammenwirken war nicht zu erkennen. Die einzelnen Akteure wirkten unabhängig voneinander auf den Ablauf des wirtschaftlichen Geschehens ein, wobei einer den anderen als Behinderung empfand. Man versuchte, sich gegenseitig abzugrenzen, bzw. von den vorgesetzten Stellen zusätzlichen Handlungsspielraum zu erhalten. Volkseigene Betriebe waren dementsprechend vielfach damit beschäftigt, sich mit vorgesetzten Wirtschaftsorganen auseinanderzusetzen. Die politische und wirtschaftliche Führung hingegen schwankte zwischen den Möglichkeiten, entweder die Theorie der Realität, oder die Realität der Theorie anzupassen. Letzteres bestimmte weitgehend den wirtschaftlichen Alltag. Eine klare Struktur des angestrebten Wirtschaftssystems konnte sich nirgendwo einstellen. Stattdessen präsentierte sich der volkseigene, industrielle Sektor als chaotisches Durcheinander. Es existierte kein erkennbares System.

Jede Untersuchung des zentralplanwirtschaftlichen Alltags bewegt sich daher notwendig zwischen dem Versuch, eine den Tatsachen entsprechende Darstellung zu liefern, und der Unmöglichkeit, das systemimmanente Chaos *lückenlos* rational verstehbar zu machen.

Vorgehensweise nach mikroökonomischem Ansatz

Der streng hierarchische Aufbau der volkseigenen Wirtschaft nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus ließ es - unter konsequenter Auslegung der

119 WENZEL, Siegfried, Plan und Wirklichkeit, Zur DDR-Ökonomie, St. Katharinen 1998. Vgl. auch: WEIß, Helmut, Verbraucherpreise in der DDR, Wie stabil waren sie?, Schkeuditz bei Leipzig 1998. Weiß war langjähriger Mitarbeiter im Ministerium für Handel und Versorgung, bzw. im Preisamt der DDR. Es gelingt ihm nicht, volkswirtschaftliche Zusammenhänge mit der offiziell praktizierten Preispolitik herzustellen. Noch immer ist Weiß davon überzeugt, es sei „eine der größten Leistungen der DDR [gewesen], annähernd zwei Drittel des gesamten Umsatzes des Handels über Jahrzehnte hinweg zu unveränderten EVP [Einzelhandelsverkaufspreisen] anzubieten“ (S. 141). Pauschale, unverbindliche Aussagen, verbunden mit ebenso pauschalen Schuldzuweisungen (Bürokratie, Politbüro) erinnern an das reichlich vorhandene Schriftgut aus Zeiten der DDR-Diktatur.

Mises-These, daß eine Wirtschaftsrechnung unter den Bedingungen der Zentralplanwirtschaft unmöglich ist - angeraten sein, die Untersuchungen nach Möglichkeit dort durchzuführen, wo sich noch keine Berge unentwirrbar akkumulierter Produktionsdaten fanden: *in den volkseigenen Betrieben*. Je exponierter nämlich „wirtschaftsleitende Organisationen“ waren, desto mehr Informationen aus der Betriebsebene benötigten sie zur Durchführung ihrer Planungs- und Delegierungsaufgabe. Der notwendige Informationsfluß mußte aus organisationstechnischen Gründen vor allem standardisiert und in mathematischer Form erfolgen. Sein Aussagegehalt wurde aber immer unklarer, je mehr grundsätzlich nicht vergleichbare Betriebsziffern zusammengezählt wurden. Das Ergebnis der Addition willkürlicher Preise unterschiedlicher Güter ergab grundsätzlich keinen Sinn. Es besagte nichts über das Maß einer tatsächlich erreichten Effizienz und Produktivität volkseigener Betriebe im Vergleich zu den entsprechenden Erhebungen für Unternehmungen im Kontext marktwirtschaftlicher Systeme.

Trotz der Untauglichkeit summierter Zahlenreihen zur Beurteilung der volkseigenen Wirtschaft als Ganzes, erweist sich auf Grundlage der hier durchgeführten *mikroökonomischen Untersuchung* eine Analyse betrieblicher Ergebnisse, *bezogen auf einzelne Produkte*, als durchaus erfolgversprechend: DM-Ost-Angaben repräsentieren in diesen Fällen - unverfälscht durch Addition von Preisen und „Werten“ unterschiedlicher Güter - unmittelbar ein bestimmtes Element der güterwirtschaftlichen Seite. Die vorliegende Studie erkennt in Zahlendaten einzelner volkseigener Betriebe, ihre Erlös- oder Kostenseite betreffend, einen Ausdruck der *quantitativen Größenordnung* von konkreten, unmittelbar zugeordneten Güter- oder Produktionsmittelpendants. Diese Daten sind die einzige Möglichkeit der Bestimmung von Planabweichungen, denn sie treten - dem güterwirtschaftlichen Prinzip zentraler Planwirtschaft entsprechend - an die Stelle eigentlich erforderlicher, aber fehlender Mengenangaben der entsprechenden Erzeugnisse in Meter, Quadratmeter, Kilogramm, Tonnen u.ä. in klar definierten Qualitäten. Eine *wertmäßige Interpretation* dieser Daten scheidet aufgrund ihrer willkürlichen Entstehung aus. Ihnen fehlte der gemeinsame Ursprung am Markt und sie besaßen keinerlei logische Interdependenz.

Das bedeutet, den Schwerpunkt der Quellenarbeit so weit wie möglich auf die Betriebsebene zu legen. Vorliegende Studie übernimmt also die Aufgabe, für die Anfangszeit der zentralen Planwirtschaft in der SBZ/DDR im Jahre 1949, ausgehend von der mikroökonomischen Perspektive - d.h. aus der Sicht der Betriebe - auf den Gesamtkomplex „volkseigener Sektor“ zu schließen. Die Untersuchung verzichtet aus oben genannten Gründen auf die Bearbeitung von Zahlendaten im gesamtwirtschaftlichen Rahmen. Ihre Fragestellung lautet, wie sich Zentralplanung auf die Betriebe des volkseigenen Sektors auswirkte, wie diese reagierten und welche wirtschaftlichen Ergebnisse sie unter den Bedingungen der oktroyierten Wirtschaftsordnung zu realisieren vermochten. Die mikroökonomische Perspektive, unmittelbar im volkseigenen, produzierenden Sektor ansetzend, erlaubt es, vom Erfolg oder Mißerfolg einzelner Wirtschaftssubjekte ausgehend, Rückschlüsse auf den allgemeinen Zustand der Zentralplanwirtschaft in der gesamten SBZ/DDR zu ziehen. Dabei verfährt der Verfasser nach derselben Methode, wie sie auch bei der Revision der volkseigenen Betriebe angewendet wurde: *Dem Vergleich von Planvorgabe und Planerfüllung*. Die Interpretationen der auf diese Weise feststellbaren Planabweichungen erlauben im weiteren Aussagen über

die Leistungsfähigkeit der Betriebe, des Plans, bzw. des gesamten Systems. Konstitutive Defizite zentraler Wirtschaftsplanung sind auf diesem Wege zweifelsfrei herauszuarbeiten und erlauben auch Schlüsse auf die Ursachen des späteren Zusammenbruchs der DDR.

Angesichts der komplexen Erscheinung des Untersuchungsobjektes volkseigene Wirtschaft konzentriert sich vorliegende Studie auf die Betrachtung folgender Einzelaspekte:

- Die Untersuchung ausgesuchter Einzelsektoren der zentral geplanten Ökonomie (Investition, Produktion, Absatz). Dies ist insofern wichtig, weil daran deutlich gemacht werden kann, inwieweit staatliche Zielvorgaben und betriebliche Leistungserbringung in Einklang zu bringen waren, bzw. voneinander abwichen. Die Untersuchung dieser Einzelbereiche ist auch deshalb von Bedeutung, weil damit aufgezeigt werden kann, daß Investition, Produktion und Absatz (= Warenverteilung, d.h. Belieferungs- und Einkaufszwang) im Rahmen der Zentralplanwirtschaft völlig unabhängig voneinander durchgeführt werden mußten und somit keine Möglichkeit bestand, daß sie sich gegenseitig hätten beeinflussen können. Damit wird ein eklatanter Gegensatz zum marktwirtschaftlichen System deutlich.
- Die genaue Betrachtung der formalen Darstellung der Leistungserbringung volkseigener Betriebe, die zahlreiche Schlupflöcher zur „Begradigung“ betrieblicher Ergebnisrechnung im Sinne formaler Planerfüllung enthielt.
- Im Vergleich mit dem vorhergehenden Punkt wird eine Interpretation tatsächlicher Leistungserbringung volkseigener Betriebe zu leisten sein, um anhand dessen Potenz und Funktionstüchtigkeit des Modells zentraler Planwirtschaft beurteilen zu können.
- Ein weiterer Abschnitt der Arbeit wird sich mit der Charakterisierung der Rolle und des Handlungsspielraumes volkseigener Betriebe im Rahmen des Zentralplansystems beschäftigen. Dazu zählt die Betrachtung der wirtschaftlichen Hierarchie, der Kompetenzen und Verantwortung von VEB, Vereinigungen und Hauptverwaltungen der DWK sowie deren Verbindungen untereinander. In den Mittelpunkt treten dabei insbesondere die Untersuchung von Strukturen und Grenzen des wirtschaftlichen Problemmanagements, z.B. des umfassenden Melde- und Kontrollsystems wie auch der sogenannten Effektivitäts(= Effizienz-)beurteilungen, soweit sie im Rahmen zentraler Planwirtschaft diese Bezeichnung überhaupt verdienten.
- Die Untersuchung der festgestellten Ansätze systembedingter, individueller Problemlösung in Bezug auf die Fragestellung, inwieweit sie sich gesamtwirtschaftlich nützlich, bzw. kontraproduktiv auswirkten.
- Unabdingbar ist weiterhin die Charakterisierung des Systems der zentralen Planwirtschaft, wie es sich in der SBZ/DDR des Jahres 1949 präsentierte. Hierbei soll es nicht darum gehen, zu detaillierten Aussagen über die Effizienz der östlichen Wirtschaft, beispielsweise im Vergleich zur Ökonomie der westlichen Zonen, zu gelangen (vgl. FN 108, S. 32). Vielmehr geht es darum, systemdeterminierende Elemente, z.B. des Plans als mutmaßlicher Leitfaden betrieblichen Handelns, unter besonderer Berücksichtigung ihrer destabilisierenden Wirkung auf die gesamte zentral verwaltete Ökonomie herauszuarbeiten.

- Eine Annäherung an die Erscheinung zentraler Wirtschaftsplanung in der SBZ/DDR des Jahres 1949 ist, wie gezeigt, nur in negativer Form durchzuführen: Welche Faktoren führten dazu, daß das System nicht funktionierte? Dabei handelt es sich um solche, so wird zu zeigen sein, *die zum großen Teil in nur minimal veränderter Form bis in das Jahr 1989 überdauerten und letztendlich zum Scheitern dieses wirtschaftspolitischen Experimentes führten; ein Scheitern, das von Anfang an im System programmiert war.*

Quellengrundlage

In der vorliegenden Arbeit wird insbesondere auf die Bestände „DN3“ (Deutsche Investitionsbank-DIB) und „DN5“ (Revisions- und Treuhandanstalt für die sowjetische Besatzungszone-RTA) im Bundesarchiv zurückgegriffen, denn sie liefern weitgehend ungefilterte Informationen aus den Betrieben des volkseigenen Wirtschaftssektors.

Der Bestand DN3 der DIB enthält u.a. Prüfungsberichte der bankeigenen Außenrevision. Die DIB war zuständig für die Vergabe von Investitionsmitteln an den volkseigenen Sektor. Sie hatte die Gelder entsprechend den Planvorgaben der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) auszuschütten.¹²⁰ Gleichzeitig erhielt sie den Auftrag, auch über deren Verwendung zu wachen. Dementsprechend lautete die Aufgabe der DIB-Prüfer fast grundsätzlich, herauszufinden, inwieweit die DIB-Investmittel in den Betrieben ihrer plangerechten Verwendung zugeführt worden waren.

Die Prüfungs- und Kontrollaufträge der RTA im Bestand „DN5“ waren breiter gefächert als die der DIB, da sich diese Institution als Wächterin über das Volkseigentum verstand und daher ihre Kontrollbefugnisse auf möglichst viele Bereiche der volkseigenen Wirtschaft auszudehnen versuchte. Der Bestand umfaßt u.a. Berichte über folgende Prüfungen: Beständeuntersuchungen, Überprüfung von angenommenen Währungsmanipulationen, Feststellung der Ursache von Planabweichungen, Formale Prüfungen, Sonderuntersuchungen - insbesondere bei Verdacht auf kriminelle Hintergründe. Neben Prüfungsberichten enthält der Bestand „DN5“ auch umfangreiche Informationen über die Stoßrichtung staatlicher Prüfungsvorgaben und Durchführungsanweisungen. Dies ist für das hier behandelte Thema deshalb aufschlußreich, weil sich daraus Rückschlüsse auf die „theoretische Reife“ des SBZ/DDR-Zentralplansystems ziehen lassen.

Mithilfe dieser Bestände läßt sich das lückenlose Kontrollsystem als unverzichtbares Element staatlicher Planwirtschaft aufzeigen. Außerdem dokumentieren sie die Anforderungen, die der Plan an seine Ausführungsorgane stellte. Der Bestand DN5 liefert weiterhin Aufschluß über das formal-rechtliche Umfeld der Betriebe sowie ihre konkrete Einbindung in staatliche Plandirektiven.

Die Aufgabe der Prüfungsberichte – seien es die aus dem Hause der DIB oder die der RTA - bestand darin, die Planungsstellen jederzeit über den Stand der betrieblichen Planerfüllung zu informieren und auf diesem Wege - wie man hoffte - in die Lage zu versetzen, laufende Vorgaben ggf. nachzubessern, bzw. kommende Pläne so exakt wie möglich nach politischen Präferenzen, d.h. in Abhängigkeit von

¹²⁰ Vgl. Anordnung zur Errichtung der Deutschen Investitionsbank: ZVOBl. 48/1948, S. 494, und O.N., Die Bank des Zweijahresplanes - Deutsche Investitionsbank in der Ostzone gegründet, in: Die Wirtschaft, Nr. 15, November 1948, S. 490.

den gesamtwirtschaftlichen Zielen, aufeinander abzustimmen. Das bedeutete, daß genaueste Informationen über tatsächliche Leistungsfähigkeit der Betriebe, tatsächliche Rohstofflage, vorhandene Transportkapazitäten sowie die Qualifikation der Belegschaften geliefert werden mußten.

Aus diesem Grunde kann davon ausgegangen werden, daß die genannten Bestände eine verlässliche Quellengrundlage bieten. Sie spiegeln jene von den Prüfern vorgefundenen Verhältnisse tatsächlich wider und werden allein durch den schlechten Ausbildungsstand des Revisionspersonals relativiert. Letzteres wird daran deutlich, daß die RTA selbst kritisierte, daß „infolge der Notwendigkeit, die Mehrzahl der Prüfer erst für ihre Aufgaben heranzuschulen, viele in den Betrieben wahrnehmbare Dinge nicht wahrgenommen und festgehalten werden“¹²¹.

Zur Aussagekraft der Prüfungsberichte ist auf folgende Einschränkungen hinzuweisen:

- Die Berichte haben fast ausschließlich Daten unterschiedlicher Betriebe zum Inhalt. Für die Auswertung bedeutet dies, daß Untersuchungen desselben VEB über einen längeren Zeitraum nicht möglich sind.
- Ein direkter Leistungsvergleich zwischen den VEB ist anhand der Prüfungsberichte deshalb nicht möglich, weil die von den Betrieben auszufüllenden Berichtsbögen zwar nach einheitlichen Abfragekriterien aufgebaut, die Antworten jedoch durchgängig lückenhaft waren.
- Das Zahlenmaterial der Betriebe und Vereinigungen entsprach in der Regel kaum den Erwartungen der Revision. Es war lückenhaft oder falsch, zumal 1949 in vielen Betrieben keine Rechnungsführung existierte, geschweige denn, daß diese - soweit vorhanden - einem einheitlichen Standard entsprach.
- Ein weiterer Grund für die Schwierigkeit im Umgang mit den Prüfungsberichten liegt darin, daß verbale Beschreibungen festgestellter Zustände von subjektiver Wahrnehmung und Darstellung der unterschiedlichen Prüfergruppen geprägt sind, was den heterogenen Charakter der Quellen verstärkt.

Bedeutende Unterschiede hinsichtlich ihrer Offenheit gab es zwischen den Revisoren der RTA und der DIB. Hatte sich die RTA noch als *die* Prüfungsinstanz innerhalb der SBZ begriffen - als den verlängerten Arm der DWK - und sich auch dementsprechend selbstbewußt in ihren Ausführungen gegeben, so beschränkten die DIB-Prüfer ihre Aktivitäten weitgehend auf den Raum, der ihnen zugedacht war, nämlich die Investmittelverwendung. Die Revisoren der RTA lenkten ihr Augenmerk auch über den eigentlichen Prüfungsauftrag hinaus, was den Aussagegehalt ihrer Berichte erhöht. Diese enthalten recht umfassende Beschreibungen der in den VEB festgestellten Mängel und - bis zu einem gewissen Grad - auch deren Interpretation. In fast allen Prüfungsberichten findet sich eine deutliche Kritik an ihrem Untersuchungsobjekt, auch dann, wenn die Beanstandungen Betriebsteile betrafen, denen der Besuch der Prüfer ursprünglich nicht galt.

Auslöser für festgestellte Mängel erkannten die Prüfer im Betrieb, im VVB, manchmal bei der DIB, ggf. sogar bei der DWK. Es gab Mängel, die offensichtlich nicht den Betrieben anzulasten waren, auch nicht einer anderen Institution, sondern die auch von der offiziellen Revision direkt auf das System der Zentralplanung zurückgeführt werden mußten. Diese Probleme ließen sich nicht interpre-

121 DN5-261, S. 159.

tieren, ohne gleichzeitig das gesamte politische System zu hinterfragen. Gerade hier bestanden allerdings Hemmungen, diese Kritik deutlich zu äußern, weil sich die Prüfer damit der Gefahr von Repressalien ausgesetzt hätten. Systemfehler wurden daher meistens nur vorsichtig angedeutet, genauere Ursachenforschung aber vermieden.

Eine andere Methode Kritik zu üben, ohne sich dabei selbst repressiven Konsequenzen auszusetzen, bestand darin, dem offiziellen Prüfungsbericht Dokumente aus dem Alltag der Betriebe beizulegen, die u.U. eine deutliche Sprache sprechen konnten. Das waren insbesondere Korrespondenzen zwischen volkseigenen Betrieben und ihren Vereinigungen. Auf dieser Ebene - hier ging es vor allem um Probleme bei der Investitions- und Produktionsdurchführung und weniger um Politik - wurde von den Betriebsleitungen unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, was der Planerfüllung zuwider lief, selbst dann, wenn es sich dabei um Elemente des Zentralplansystems handelte.

Vom Gebrauch der Sprache in der SBZ/DDR

Ebenso wie die Zementierung einer Binnenwährung für die SBZ im Juni 1948 und der Mauerbau im Jahre 1961, muß die Okkupation der Sprache und die Aushöhlung verfassungsrelevanter, entscheidender Begriffe durch die sozialistische Führung der SBZ als ein Schritt in die Selbstisolation der östlichen Besatzungszone, bzw. in ihre Abhängigkeit von der sowjetischen Besatzungsmacht interpretiert werden.

Die „sozialistische Umgestaltung“ erfaßte lückenlos sämtliche Bereiche, die in irgendeiner Weise mit Staat, Wirtschaft oder Gesellschaft verbunden waren. Gleichzeitig veränderte sich die damit verbundene Begrifflichkeit. Darum waren die Menschen genötigt, sich nach Übernahme der Macht durch die Kommunisten in der SBZ verstärkt mit einem neuen Sprachgebrauch auseinanderzusetzen. Institutionen wandelten ihre Wesensart, Denk- und Handlungsweisen erhielten neue Bezeichnungen, bislang unbekannte Begriffe traten plötzlich in den Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens, bewährte, tradierte, d.h., über Jahrzehnte in evolutionärem Prozeß entwickelte Kategorien wechselten von heute auf morgen ihren Charakter. Dieselben Begriffe erhielten eine vollständig andere Bedeutung.¹ Das war der Beginn eines groß angelegten, sozialistischen ‚Etikettenschwindels‘, bzw. der Errichtung einer gewaltigen „Tarn-Maschine, die verbirgt, was sie meint“². Dieser Wandel betraf alle Bereiche verbaler Kommunikation, z.B. Politik und Wirtschaft, Medien und Wissenschaft. Dies erfährt auch jeder, der sich mit Quellen der SBZ/DDR beschäftigt. Gleichwohl wird dem Phänomen nicht genug Beachtung geschenkt, weshalb an dieser Stelle explizit darauf hingewiesen werden soll.

Im Zentrum der Sprachmanipulation (‘ausgehöhlte’ Begriffe - sog. Neudeutungen, z.B. „Preis“, Neologismen, z.B. „Aktivist“ und Neuprägungen, z.B. „Betriebsgewerkschaftsleitung“³) stand die *Politisierung der Menschen*, die sich der sozialistischen Indoktrination kaum entziehen konnten, da das System sich ihrer Kommunikation bemächtigte. Die Sprache, „das wichtigste Mittel des Verkehrs der Menschen untereinander“⁴, diente als Vehikel, auf dem sich der Geist des neuen Staates seinen Bewohnern zu nähern und sie in Besitz zu nehmen versuchte. Die Manipulation der Sprache durch die kommunistischen Machthaber in der SBZ zwang die Menschen, wenn sie nicht schweigen oder auffallen wollten, entweder aus der Ostzone zu fliehen oder zu einem Teil des Systems zu werden.

Die ‘neue Sprache’ signalisierte bei jeder Gelegenheit Verachtung für das „imperialistische Lager“ und beschwor den Zusammenhalt der sozialistischen Gesellschaft. Zu diesem Zweck dominierten Leerformeln und Floskeln den täglichen Sprachgebrauch. Fritz Schenk, der den Alltag betrieblicher Planaufstellung 1949 beim

1 Vgl. KRONENBERG, Stephan, Wirtschaftliche Entwicklung und die Sprache der Wirtschaftspolitik der DDR (1949-1990), Frankfurt 1993.

2 GÖTZ, Honecker, S. 8.

3 Dieter Schlosser unterscheidet in seiner Monographie zur deutschen Sprache in der DDR verschiedene Sprachen innerhalb verschiedener Umgebungen; die Verfassungssprache, die Sprache in Wirtschaft, Erziehung, Massenmedien, Literatur und Film sowie die Alltagssprache. Schlosser weist auch auf die Traditionen zum Sprachgebrauch der national-sozialistischen Diktatur hin. Gleichwohl hätte stärker herausgearbeitet und bewertet werden können, wie die Sprache als Mittel der Herrschaftssicherung instrumentalisiert wurde und welche Folgen dies für den Alltag jedes Einzelnen hatte. SCHLOSSER, Hans Dieter, Die deutsche Sprache in der DDR, hier, S. 67.

4 LENIN, Wladimir I., Werke, Bd. 20, Berlin 1961, S. 399.

„VEB Sachsenverlag“ in Dresden erlebte, übersetzte die eine oder andere Wendung des Parteijargons. Wenn es beispielsweise hieß, „den Plan in enger Verbindung mit den Werktätigen [zu] erarbeiten“⁵, so war damit gemeint, daß „die verschiedenen Planteile auf die Abteilungen und Arbeitsbrigaden aufgegliedert und der Belegschaft erläutert werden mußten“.⁶ Trotz sprachlicher Klimmzüge der SED-Führung waren den Arbeitern die Zwänge der Planvorschriften nur schwer zu vermitteln. Zu diesem Zweck außerhalb der offiziellen Schichtzeiten anberaumte „Planberatungen“ scheiterten, weil die Arbeiter ihre Freizeit nicht opfern wollten. Nachdem die Veranstaltungen in der Arbeitszeit durchgeführt wurden, gefährdeten die dadurch entstandenen „unproduktiven Stunden“ die Realisierung der Normvorgaben, und die Arbeiterschaft nahm nur widerwillig zur Kenntnis, was ihnen oktroyiert werden sollte. „In enger Verbindung mit den Werktätigen“ bedeutete, den Belegschaften klar zu machen, daß sie die Anweisungen der Zentralplanbürokratie - von Schenk als „Phantasiegebilde der Planung“⁷ bezeichnet - zu befolgen hatten.

Der offizielle Sprachjargon der SBZ wurde härter, latent aggressiv und angriffsbereit gegen alles, was dem Sozialismus zu widerstreben schien, bzw. nach Verlautbarung der Partei zum Bestandteil der gegnerischen Stoßrichtung erklärt wurde. Weil sich das sozialistische System in erster Linie als Alternative zum Kapitalismus verstand, stigmatisierte man mit Hilfe der neuen Sprache alles, was dem alternativen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zuzurechnen war. Gleichzeitig suggerierte der neue Sprachjargon eine moralische Überlegenheit des sozialistischen Lagers gegenüber der kapitalistischen Welt. Der kollektivistische Ansatz schuf außerdem die Voraussetzung für eine Sprache des andauernden und unverbrüchlichen Schulterschlusses aller Repräsentanten der sogenannten Arbeiter- und Bauernklasse. Sie verband die Anhänger des Systems und umschmeichelte potentiell tragende Schichten der „Bewegung“, während sie Zweifler und Kritiker verbannte. Der Jargon wurde zum wichtigen Erkennungszeichen der politischen Zugehörigkeit.

Die Sprache in der SBZ entwickelte sich immer mehr zur „Formelsprache“. Begriffe waren nur noch aus dem Umfeld der offiziellen Propaganda und der vorgegebenen Doktrin heraus zu verstehen. Sie verloren ihren ursprünglichen Charakter und waren nicht mehr geeignet zur Anwendung im traditionell-etymologischen Sinne. Vielfach degenerierten sie zu Platzhaltern für Zitate der sogenannten Klassiker Marx, Lenin oder Stalin. Die Okkupation der Sprache durch die Politik im sozialistischen Teil Deutschlands führte zur weitgehenden Verständnislosigkeit zwischen den Blöcken. Dieselben Worte mußten auf beiden Seiten der Demarkationslinie völlig unterschiedlich verstanden werden. Diese Problematik, und dies sollte mit den bisherigen Ausführungen deutlich gemacht werden, führte aufgrund der damit verbundenen Gefahr von Mißverständnissen nicht zuletzt auch bei der Erstellung der vorliegenden Studie zu besonderen Schwierigkeiten. Die Benutzung der Sprache als Träger der kommunistischen Rhetorik im Sinne des Marxismus/Leninismus/Stalinismus diente seit Beginn der Sowjetisierung der SBZ der Etablierung kommunistischer Herrschaftseliten und deren Machterhalt. Begriffe - sie täuschten Sinngleichheit vor - und Sprache waren scharfe Waffen in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner. Verhandlungspartner aus der Bundesrepublik mußten sich in den ersten Jahren der deutschen Teilung bei innerdeutschen Gesprächen häufig geschlagen geben. „Sie hatten, damals der Sprache

5 Schenk, Diktatur, S. 47.

6 Ebenda.

7 Ebenda.

der geschulten Funktionäre nichts gleichwertiges entgegenzusetzen.“⁸ Erst die ausführliche Beschäftigung mit dem sozialistischen Sprachgebrauch ermöglicht es, dessen irreführende Rhetorik zu entschleiern.

Als *Beispiel* sei der Begriff „Demokratie“ angeführt: Was in der SBZ unter „Demokratie“ verstanden wurde, verdeutlicht Horst Duhnke in einem Kapitel über den Aufbau der Presse in der SBZ. Hier wurde von Seiten des Staates ein Netz von Amateurberichterstattem, sogenannten Volkskorrespondenten, aufgebaut. Sie hatten die Aufgabe, direkt vor Ort, quasi mit dem Auge des durchschnittlichen SBZ-Bewohners, zu überprüfen, inwieweit die Realität des Alltags von Wirtschaft und Gesellschaft dem politischen Anspruch der Partei genüge. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse wurden der Öffentlichkeit in Form von Briefen, Berichten oder Kommentaren zur Kenntnis gebracht. „Diese praktisch auf eine Bespitzelungstätigkeit hinauslaufende Arbeit wird in der Sowjetunion als die Erfüllung wahrer ‘Demokratie’ bezeichnet.“⁹ Hannelore Hamel ist dem in der SBZ praktizierten Demokratiebegriff noch genauer nachgegangen und kommt 1966 zu der Überzeugung: „In den bisherigen Ausführungen waren alle als ‘demokratisch’ bezeichneten Formen und Sachverhalte nicht identisch mit denen der freiheitlichen Demokratie. Es hat im sowjetzonalen ‘Staats-’ und Wirtschaftssystem bisher keine Demokratisierung gegeben; sie wird vorerst auch nicht zu erwarten sein.“¹⁰

Ein wichtiges Instrument für diese Sprachmanipulation war *die Presse*, deren Stil „in kurzer Zeit zu einem aus der Sowjetpresse übernommenen Jargon ab[sank], ‘parteichinesisch’ genannt“¹¹. „Statt Russen sagte ich ‘sowjetische Freunde’, statt Bonzen ‘unsere führenden Genossen’ und das Wort ‘Westen’ mußte durch ‘das Lager der Imperialisten und Kriegstreiber’ ersetzt werden.“¹² Mit Hilfe der vereinbarten Presse versuchte die Staatsmacht, die menschliche Kommunikation zu okkupieren. „In Sachsen betrug das Kontingent für Zeitungsdruckpapier im 2. Quartal 1947 915 to. Davon erhielt 849 to (etwa 93%) die SED-, 36 to (4%) die LDP- und 30 to (3%) die CDU-Presse.“¹³ Schon wenige Jahre nach dem Krieg betrug die Höhe der SED-eigenen Presse etwa drei Millionen Exemplare, von denen allein das „Neue Deutschland“ 500.000 ausmachte. 1953 teilten sich die im sogenannten antifaschistischen Block zusammengefaßten CDU, LDP und NDPD eine Auflage von 561.000. Die bürgerliche Presse war de facto ausgeschaltet worden und die Vertreter der Blockparteien hatten ihre Presseerzeugnisse täglich den Chefredakteuren der örtlich zuständigen SED-Presse vorzulegen, bzw. von dort „bindende Weisungen für die Kommentierung und Darstellung der täglichen Berichte“¹⁴ entgegenzunehmen. Diese Entwicklung vollzog sich im Gleichschritt mit der Sowjetisierung der östlichen Besatzungszone. Die Sprache sollte nicht neutrales Mittel der Kommunikation sein,

8 GÖTZ, Honecker, S. 9.

9 DUHNKE, Stalinismus, S. 331.

10 HAMEL, Hannelore, Das sowjetische Herrschaftsprinzip des demokratischen Zentralismus in der Wirtschaftsordnung Mitteldeutschlands, Berlin 1966, S. 185ff.

11 DUHNKE, Horst, Stalinismus in Deutschland, Die Geschichte der Sowjetischen Besatzungszone, Köln 1955, S. 330.

12 SCHENK, Fritz, Im Vorzimmer der Diktatur, 12 Jahre Pankow, Köln 1962, S. 38.

13 GROLL, Herbert, Die Ostzone, in: RÜMELIN, Hans A. (Hrsg.), so lebten wir... Ein Querschnitt durch 1947, erneut herausgegeben und eingeleitet von Jürgen SCHNEIDER, Stuttgart 1997, S. 48.

14 DUHNKE, Stalinismus, S. 330. Duhnke verweist an dieser Stelle auf Gardner Cox jr., F., The Soviet Zone Press, Information Bulletin, HICOG, März 1951, S. 5-8.

sondern schon in ihrer einfachsten Form dem Weltbild des Marxismus-Leninismus bedingungslos Vorschub leisten.

Selbstverständlich dienten auch *Publikationen der Universitäten*, z.B. innerhalb der Politik-, Gesellschafts- und Geschichtswissenschaften, ausschließlich der Verbreitung des historisch-materialistischen Weltbildes des Marxismus/Leninismus. Der langjährige Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in der DDR, Hans Herbert Götz, konstatierte: „Vor dem Verständnis des Kommunismus liegt eine schwer übersteigbare Barriere, die von seinen Klassikern geschaffene eigene ‘wissenschaftliche’ Sprache des Marxismus/Leninismus.“¹⁵ Dabei hatte die von Max Weber postulierte Wertfreiheit wissenschaftlicher Betätigung vollkommen ausgedient. Im Gegenteil: Die „sozialistischen Wissenschaften“ hatten den Klassenstandpunkt ausdrücklich zu vertreten. Dazu gehörte auch die Benutzung der in Moskau auf Hochschulen, Universitäten oder Parteischulen erlernten - gegen den „Klassenfeind“ latent aggressiven¹⁶ - Sprache des Systems. Diese Ausdrucksform erstreckte sich über die gesamte zeitliche Existenz der DDR.

Für westliche Historiker sind Publikationen aus der SBZ/DDR aus besagten Gründen allenfalls unter größten Mühen zu erarbeiten und auszuwerten. Götz konstatiert: „Alle Begriffe - vor allem auch aus der Wirtschaft - müssen vor Gebrauch erst aus der Sprache des Marxismus/Leninismus in die westliche Alltagssprache übersetzt werden.“¹⁷

Selbstverständlich fand dieses Problem mit der Wende im Jahre 1989 keinen klaren Abschluß. Die Stolperfallen des kommunistischen Sprachmißbrauchs finden bis auf den heutigen Tag ihre Opfer. Die Beachtung jener von Götz verlangten „Übersetzung“ wird noch heute vielfach vernachlässigt und führt dazu, daß etliche Arbeiten - auch westlicher Historiker - zur SBZ/DDR kaum zu gebrauchen sind. In diesem Zusammenhang sei eine Veröffentlichung erwähnt, die einen der Tiefpunkte westlicher SBZ/DDR-Forschung darstellt. Das „DDR Handbuch“, dessen erste beiden Auflagen von Peter Christian Ludz, und dessen dritte Auflage von Hartmut Zimmermann betreut wurden. Nahezu unverändert, nicht kommentiert und ohne die geringste Distanz zum Objekt der Betrachtung wurden Erklärungen aus dem Jargon der sozialistischen Propaganda übernommen. Die geleistete Abstraktion konnte die Benutzung von Anführungsstrichen sowie eine teilweise Übertragung der Originaltexte aus Wörterbüchern des Sozialismus in den Konjunktiv nicht übersteigen.¹⁸ Auch diese Form systemimmanenter „Forschung“ ist wenig geeignet, wissenschaftliche Fortschritte herbeizuführen. Soweit vor 1989 erstellt, leisteten solche Arbeiten obendrein einen Beitrag zur Stabilisierung der DDR-Diktatur. Heute verfaßt, tragen sie dazu bei, den totalitären Charakter des untergegangenen Systems zu verharmlosen. Bewohner der östlichen Besatzungszone, die von Kindesbeinen an einer Sprache ausgeliefert waren, die als Mittel des sogenannten Klassenkampfes konzipiert worden war, wurden über viele Jahre gedrillt, Begriffe im sozialistischen Sinne zu begreifen.

15 Ebenda.

16 Vgl. ZIMMERING, Raina, Mythen in der Politik der DDR, Ein Beitrag zur Erforschung politischer Mythen, Opladen 2000, z.B. S. 43.

17 GÖTZ, Honecker, S. 9.

18 BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN (Hrsg.), ZIMMERMANN, Hartmut und ULRICH, Horst und FEHLAUER, Michael, DDR Handbuch, 2 Bde., Köln³1985.

Folgende Vorschläge als Voraussetzung zum besseren Verständnis der Sprache der SBZ/DDR gelten insbesondere für die historische Forschung.

- Heute müssen sich jene Menschen, die die Sprache als Waffe erlernten, unabdingbar das ehemals als „klassenfeindlich“ diffamierte, aber in evolutionärem, andauerndem Prozeß entwickelte und heute wieder gebräuchliche Begriffsverständnis aneignen.¹⁹
- Außerdem sollten sie sich - was offensichtlich nicht ohne weiteres gelingt - von der marxistischen Methode trennen, sich die Wirklichkeit gedanklich anzueignen.²⁰ Ideologie und Sprache verschmolzen in der SBZ/DDR zu einer scheinbar stringent-homogenen Einheit, die sich im Denken der Menschen häufig auf alle Zeit festzusetzen vermochte: „Das System, hat man einmal die Prämisse akzeptiert, erscheint dann in sich logisch, und wer gelernt hat, in ihm zu denken und zu argumentieren, verlernt rasch, noch anders zu denken.“²¹

Es ist ein spezielles Dilemma der DDR-Forschung, daß sie bis heute nicht zurückgefunden hat zu einem nicht-ideologischen Gebrauch unserer Sprache. In diesem Zusammenhang wäre die Erstellung eines deutsch-deutschen Wörterbuches als unentbehrliches Werkzeug für die DDR-Forschung anzuregen. Seine Aufgabe wäre es, die Verdrehung und Entkernung tausender Begriffe sowie die Verdrehung ihrer ursprünglichen Bedeutung durch die kommunistische Diktatur aufzuzeigen, um dergestalt eine gemeinsame Verständigungsmöglichkeit zu finden. Forschungsergebnisse können erst übermittelt werden, wenn grundlegende Begriffe, wie z.B. Frieden, Freiheit, Koexistenz, Kapital, Gewinn, Geld, Preis, Wert, Bilanz und Bilanzierung, Fortschritt, Eigentum, Elite, Volk, Nation oder Demokratie wieder einheitlich verstanden werden.²² Christian Bergmann weist zu Recht hin auf den notwendigen Vergleich des Sprachgebrauchs im Dritten Reich und in der SBZ/DDR.²³ Er konstatiert die „Enthumanisierung“ der Sprache, die im Wesen totalitärer Systeme liegt.²⁴

19 Exkurs zur Verdeutlichung: Auf einem historischen Kolloquium wurde der Verfasser Zeuge, als einem Referenten, der von „Mangelwirtschaft“ in der SBZ/DDR sprach, von einem Kollegen, der unter Einfluß der DDR-Sprache herangewachsen war, der Einwand entgegengehalten wurde, auch bei der heutigen Marktwirtschaft handele es sich um eine Mangelwirtschaft, schließlich seien auch hier die Produktionsfaktoren knapp. Das Beispiel zeigt, in welcher Form unterschiedliches Begriffsverständnis dazu beiträgt, die Diskussion verschiedener inhaltlicher Positionen zu erschweren. Zusätzlicher Einsatz anerzogener Rhetorik führt leicht zum Scheitern jeder Verständigung.

20 Vgl. GÖTZ, Honecker, S. 8f.

21 Ebenda.

22 Die Umsetzung dieses Gedankens wurde bereits versucht, fiel aber der unzureichenden Abstraktion und Grenzziehung der Autoren gegenüber der sozialistischen Vereinnahmung von Begriffen zum Opfer. Vgl. LANGENBUCHER, Wolfgang R. und RYTLEWSKI, Ralf und WEYERGRAF, Bernd, Kulturpolitisches Wörterbuch, Bundesrepublik Deutschland/DDR im Vergleich, Stuttgart 1983. Als Beispiel ein Zitat zum Begriff „Demokratie“ in der DDR: „[...] dieser für die deutsche Verfassungstradition bemerkenswerten Erweiterung eines partizipatorischen Demokratiebegriffs [...]“ - ebenda, S. 130. Es handelt sich um ein Beispiel dafür, wie westdeutsche Forschung von der sozialistischen Propaganda zum Narren gehalten und selbst zum Apologeten der östlichen Ideologie wurde, indem sie sich anschickte, seine Inhalte in der westdeutschen Gesellschaft salonfähig zu machen.

23 BERGMANN, Christian, Totalitarismus und Sprache, in: APuZ, Nr. 38 1999, S. 18-24.

24 Ebenda, S. 22.

1 Historischer Hintergrund

Krieg und nationalsozialistische Kriegswirtschaftsordnung hatten Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteldeutschland bereits entscheidend geprägt, ehe Moskau dort im Mai 1945 die Macht übernahm. Die entscheidenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen würden in der SBZ künftig durch die Besatzungsmacht, d.h. den kommunistischen Diktator Iossif Wissarionowitsch Dschugaschwili Stalin¹ gesetzt und durch die Helfer in den deutschen Verwaltungen umzusetzen versucht. Schon während des Krieges gab es für Stalin kein Zweifel daran, daß sämtliche, von der Roten Armee eroberten Gebiete dem kommunistischen Machtimperium einverleibt würden. „Wer immer ein Gebiet besetzte, so meinte er, würde ihm auch sein eigenes gesellschaftliches System auferlegen.“² Das auf dem eroberten Territorium bestehende System der nationalsozialistischen Kriegswirtschaftsordnung bot der sowjetischen Besatzungsmacht gute Voraussetzungen, um daran anknüpfend, ihre eigenen wirtschaftlichen Vorstellungen auf die SBZ zu übertragen: Die „Demokratisierung“ der Wirtschaft, d.h. die Errichtung einer Wirtschaftsordnung nach dem Vorbild der sowjetischen, zentral gesteuerten Planwirtschaft. „Der Übergang von der deutschen Kriegswirtschaft zur sozialistischen Planwirtschaft vollzog sich - abgesehen von den Verstaatlichungsmaßnahmen - relativ reibungslos, da wesentliche Formelemente, insbesondere der Planungs- und Lenkungsapparat und das staatliche Bewirtschaftungssystem, übernommen werden konnten; es bedurfte lediglich einiger organisatorischer Reformen, um das System in eine Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs umzuformen.“³ Gleichzeitig wurde die Enteignung der Produktionsmittel und ihre Überführung in „Volkseigentum“ - besonders in der Grundmittelindustrie - wurde zügig vorangetrieben. Zentrale Planvorgaben traten an die Stelle unternehmerischer Entscheidungen. Kriegszerstörungen hatten Teile des Industriepotentials vernichtet, wobei „etwa 20% der bis Ende 1944 aufgebauten Industriekapazitäten“⁴ verloren gingen. Karlsch sieht die „Obergrenze für die Kapazitätsverluste durch Kriegsschäden, bezogen auf die 1944 vorhandenen Kapazitäten, [bei] 15 Prozent“⁵. Unstrittig ist, daß das Wirtschaftsgebiet der SBZ 1945 „gut ausgebaut“⁶ und die Kapitalausstattung der SBZ-Wirtschaft „erstaunlich gut“⁷ war. Massive Demontagen dezimierten ungeachtet von Beteuerungen der Besatzungsmacht über das bevorstehende Ende

1 Geb. 21. Dez. 1879 in Georgien, gest. 5. März 1953 Moskau.

2 DJILAS, Milovan, Gespräche mit Stalin, Frankfurt 1962, zitiert nach SCHENK, Fritz, Das rote Wirtschaftswunder, Stuttgart-Degerloch 1969, S. 11. Vgl. auch: LEONHARD, Wolfgang, Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln und Berlin 1955 sowie GNIFFKE, Erich Walter, Jahre mit Ulbricht, Köln 1966.

3 HAMEL, Hannelore, Ordnungspolitische Gestaltung der Wirtschaftssysteme, in: Dies. (Hrsg.), Soziale Marktwirtschaft - Sozialistische Planwirtschaft, Ein Vergleich Bundesrepublik Deutschland - DDR, München⁵1989, 25-60, hier S. 30.

4 MATSCHKE, Werner, Die wirtschaftliche Entwicklung in der SBZ: Vorgeschichte - Weichenstellungen - Bestimmungsfaktoren, in: FISCHER, Alexander (Hrsg.), Studien zur Geschichte der SBZ/DDR, Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Band 38, Berlin 1993, S. 99.

5 KARLSCH, Rainer, Allein bezahlt?, Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945-53, Berlin 1993, S. 46.

6 MATSCHKE, Werner, Die wirtschaftliche Entwicklung, S. 115.

7 KARLSCH, Allein bezahlt?, S. 46.

derselben⁸ noch vorhandene oder wieder aufgebaute Produktionskapazitäten. „Moskau hat buchstäblich Dutzende von Malen Fristen für den endgültigen Abschluß der Demontagen festgelegt und diese Fristen jedesmal wieder hinausgeschoben.“⁹ Schließlich erstreckten sich die Demontagen bis in das Jahr 1948. Von April 1945 bis April 1948 wurden in der SBZ und Ostberlin „2000 und 2400 Betriebe aller Art“¹⁰ demontiert, über die Hälfte davon total. Betroffen, so Karlsch, waren insbesondere die neuesten und am besten ausgerüsteten Werke. Das entsprach einer Reduzierung des industriellen Anlagevermögens im Vergleich zu 1944 „um fast ein Drittel“ und das Absinken der industriellen Kapazitäten „auf die Hälfte des Standes von 1936“¹¹. Zank attestierte der SBZ-Ökonomie einen „überraschend erfolgreichen Start des Wiederaufbaues in der SBZ“¹². Dieser Erfolg war auf erhebliche, kriegsbedingte Vorräte¹³ zurückzuführen sowie auf das Anliegen der Besatzungsmacht, die Produktion der SBZ-Wirtschaft so schnell wie möglich wieder anlaufen zu lassen. Bis Oktober 1949 war aus dem Vorsprung der SBZ-Wirtschaft gegenüber der Westzonenwirtschaft ein deutlicher Rückstand geworden. Zank konstatierte vier bedeutende Engpässe¹⁴, von denen er insbesondere die drückende Transportkrise in der SBZ für diese Entwicklung verantwortlich machte.¹⁵ Diese resultierte nach Zank möglicherweise aus der tendenziellen Vernachlässigung der ‘Zirkulationsphäre’ gegenüber der ‘Produktionsphäre’ im Rahmen der Theorie des Marxismus.¹⁶

Die Höhe der Reparationen betrug 1949 noch immer zwischen 20 und 30 Prozent der materiellen Produktion, auch wenn sie ihren Höchststand bereits überschritten hatte.¹⁷ Insgesamt belief sich die „Summe der Reparationsleistungen der

8 Der deutschen KPD-Führung wurde schon im Januar 1946 erstmals von Stalin mitgeteilt, daß die Demontagen ‘bis Ende Februar’ beendet werden. (Bericht Ulbrichts vom 6. Februar 1946, zitiert nach LOTH, Wilfried, *Stalins ungeliebtes Kind, Warum Moskau die DDR nicht wollte*, Berlin 1994, S. 67.)

9 KLIMOW, Gregory, *Berliner Kreml*, Köln, Berlin 1953, S. 205.

10 KARLSCH, *Allein bezahlt?* S. 85.

11 Ebenda, S. 89. Deutlich anders beurteilt Wolfgang Zank das verbliebene Potential der SBZ-Industrie: „Insgesamt, durch die kombinierte Wirkung von Kriegszerstörungen, Demontagen und Verschleiß wurde der noch 1944 außerordentlich leistungsstarke Produktionsapparat binnen weniger Jahre ganz erheblich, um mehr als 40 v.H., reduziert. Die verbliebene Kapazität war damit geringer als in den Westzonen, allerdings, verglichen mit dem Vorkriegsstand, nach wie vor erheblich. Bei voller Auslastung wäre ein Produktionsniveau von über 90 v.H. des Standes von 1936 möglich gewesen.“ Aus: ZANK, *Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland*, S. 21f.

12 Ebenda, S. 22.

13 Vgl. auch ZANK, Wolfgang, *Wirtschaftsplanung und Bewirtschaftung in der Sowjetischen Besatzungszone - Besonderheiten und Parallelen im Vergleich zum westlichen Besatzungsgebiet, 1945-1949*, in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, 71, 1984, 4, S. 485-504, hier S. 486f.

14 ● Transport ● Kohle ● Metallurgie ● Auswärtige Rohstoffversorgung.

15 Von 7.000 Lokomotiven waren im Februar 1946 nur 3.200 einsatzbereit und davon standen 900 im Dienste der Besatzungsmacht. Vgl. Zank, *Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland*, S. 24. Zum Problem mangelnder Bahnkapazitäten vgl. auch MARTIN, Thomas, *Und nichts war uns geblieben, Der Weg der Freitaler Stahl- Industrie GmbH zum Volkseigenen Betrieb (1945-1948)*, Stuttgart 1997, S. 114f.

16 Zank, *Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland*, S. 26.

17 Vgl. ZANK, Wolfgang, *Wirtschaftliche Zentralverwaltungen und Deutsche Wirtschaftskommission (DWK)*, in: BROSZAT, Martin und WEBER, Hermann (Hrsg.), *SBZ-Handbuch, Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-*

SBZ/DDR für die Zeit von 1945 bis 1953 [nach Karlsch, Allein bezahlt?, auf] 54 Milliarden Reichsmark zu laufenden Preisen oder rund 14 Milliarden Dollar zu den Preisen von 1938. [...] Das waren mehr als zwei komplette Nationaleinkommen der DDR des Jahres 1949.“¹⁸ Wohnraum und Lebensmittel blieben trotz günstiger Ausgangslage der SBZ¹⁹ knapp und minderten die Belastungsfähigkeit der Bevölkerung. Die Versorgung der sowjetischen Besatzungstruppen - sie ernährten sich im Gegensatz zu den Westalliierten aus dem Lande - minderte den Versorgungsspielraum der einheimischen Bevölkerung.

1.1 Die Stalinisierung der sowjetischen Besatzungszone ab 1945

Das „eigene gesellschaftliche System“ der Sowjetunion, welches der SBZ 1945 auferlegt wurde, war der Stalinismus, und überdauerte in der SBZ/DDR in leicht abgewandelten Formen fast fünfundvierzig Jahre. Fritz Schenk warnte davor, systemimmanente Diskussionen, die in der Sowjetunion und ihrer deutschen Besatzungszone von Zeit zu Zeit auftraten [Neuer Kurs, NÖS], als Anzeichen einer Abkehr vom stalinistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem oder einer Liberalisierung zu interpretieren; das Resultat müsse stets daraufhin untersucht werden, inwieweit sich die entscheidenden Wesenszüge des Stalinismus erhalten hatten. Solange die Sowjetunion und die SBZ/DDR existierten, gründeten sie sich auf die von Schenk zusammengefaßten Dogmen des Stalinismus:

„*Dogma Nummer eins* besagt, daß Frieden, Demokratie und Humanismus nur im Sozialismus zu verwirklichen und dauerhaft zu sichern sind. Daraus resultiert, daß Privateigentum an Produktionsmitteln sowie an Grund und Boden [...] bekämpft werden. Daraus resultiert weiter, daß am 'dialektischen und historischen Materialismus' (als Basis für die 'Ideologie des Marxismus-Leninismus') festgehalten, die 'Weltrevolution' weiterhin angestrebt und der 'Klassenkampf' fortgeführt werden. Die 'friedliche Koexistenz' wird als 'Wettkampf der Systeme' verstanden, 'ideologische Koexistenz' kategorisch abgelehnt und mit allen Mitteln bekämpft.

1949, München²1993, S. 253-296, hier S. 272. Oskar Schwarzer geht von „bis zu einem Drittel des Inlandsprodukts für Reparationen sowie Besatzungskosten“ aus: SCHWARZER, Oskar, Markt gegen Plan. Makroökonomische Indikatoren im Vergleich, in: SCHÄFER, Hermann (Hrsg.), 50 Jahre Deutschland, Ploetz, Ereignisse und Entwicklungen, Deutsch-deutsche Bilanz in Daten und Analysen, Freiburg 1999, S. 34. Vgl. auch: SCHWARZER, Sozialistische Zentralplanwirtschaft, S. 22 und: ZSCHALER, Frank, Die Entwicklung einer zentralen Finanzverwaltung in der SBZ/DDR 1945-1949, in: MEHRINGER, Hartmut (Hrsg.), Von der SBZ zur DDR. Studien zum Herrschaftssystem in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik. Sondernummer Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, München 1995, S. 105ff., hier: S. 130-132.

18 KOZIOLEK, Helmut, Die DDR war eine Hauswirtschaft, in: PIRKER u.a., Der Plan als Befehl und Fiktion, S. 263.

19 Wohnraum: Während in den westlichen Besatzungszonen 24 Prozent des Wohnraums kriegszerstört waren, hatte die SBZ eine Schadensbilanz von nur 14 Prozent zu verzeichnen. Vgl. KARLSCH, Allein bezahlt?, S. 46.
Lebensmittel: Die SBZ hatte den „natürlichen Vorzug“, nicht auf Lebensmittelimporte angewiesen zu sein. Vgl. WEGNER, Herbert, die Zonen und der Außenhandel, in: DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (Hrsg.), Wirtschaftsprobleme der Besatzungszonen, Berlin 1948, S. 111.

Dogma Nummer zwei besagt, daß der Politik der Vorrang (Primat) einzuräumen ist, daß die Politik Aufgaben, Ziele, Gegner, Verbündete, Übereinstimmungen, Widersprüche etc. zu nennen hat, die für alle gesellschaftlichen Bereiche und deren Handlungen bindend sind. Daraus resultiert, daß Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung und Kunst sich in die jeweilige politische Zielrichtung einzureihen haben.

Dogma Nummer drei besagt, daß die 'führende Rolle' im politischen Kampf der Kommunistischen Partei gebührt. Daraus resultiert, daß an der Einparteienherrschaft festgehalten wird, und die Partei in allen gesellschaftlichen Bereichen tonangebend und kontrollierend fortwirkt.

Dogma Nummer vier besagt, daß sich der von der Partei organisierte und geführte politische Kampf 'planmäßig' zu vollziehen hat. Daraus resultiert, daß alle Initiativen 'von oben' ausgehen, und daß sie durch einen 'zentralen Plan' in Gang gesetzt werden müssen, der (wie es Lenin schon vor der Oktoberrevolution von 1917 forderte) den 'ganzen staatlichen Wirtschaftsmechanismus in eine einzige große Maschine ... (umwandelt), daß sich hunderte Millionen Menschen von einem einzigen Plan leiten lassen.'²⁰ Daraus resultiert weiter, daß der Partei und dem von ihr beherrschten Staat das Monopol über alle ökonomischen Mittel (von der Bestimmung der Produktion über deren Verteilung auf In- und Auslandsmärkte bis hin zur Gestaltung der Preise und Löhne) einzuräumen ist. Und daraus resultiert schließlich, daß es prinzipiell keinen freien Markt und demzufolge keinen freien Güteraustausch im Innern wie nach außen geben kann, daß die kontingentierte Bezugscheinwirtschaft das Gegebene, die im Einzelhandel praktizierte freie Konsumwahl aber die Ausnahme darstellen.

Dogma Nummer fünf besagt, daß es im Sozialismus (da nach der Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln sowie an Grund und Boden die 'Ausbeuterklassen' entmacht sind) keine unüberbrückbaren Interessengegensätze (antagonistische Klassengegensätze) mehr gibt. Daraus resultiert, daß jede echte Konkurrenz abstirbt, der 'Sozialistische Wettbewerb' zwischen Betrieben, einzelnen Brigaden bzw. Kollektiven und Arbeitern zum politisch orientierten Wettkampf um Plan-Meßwerte und Termine (ohne echten ökonomischen Nutzen und Aussagewert) degeneriert, die Betriebswirtschaft (als 'wirtschaftliche Rechnungsführung') zu einem bloßen Hilfsmittel für die Zählung der politisch orientierten 'Wettbewerbsziele' im Interesse der Parteikontrolle herabgedrückt wird und der Statistik die Rolle eines Erfüllungsgehilfen für die Parteipropaganda zufällt."²¹

Diese, auf Ausdehnung und Erhalt der sowjetischen Einflußsphäre ausgerichtete polit-ideologische Stoßrichtung der sowjetischen Besatzer, wurde auch in der SBZ/DDR mit allen Mitteln vorangetrieben. Ständige Erklärungen sollten der dabei praktizierten Politik der vollendeten Tatsachen Legitimität verleihen. Eine verhängnisvolle Rolle spielte dabei der Begriff der „Demokratisierung“ im Sinne des Marxismus-Leninismus-Stalinismus, denn er bemäntelte in der SBZ/DDR die Errichtung der kommunistischen Diktatur. Immer wieder behauptete man in der

20 Politischen Ökonomie - Lehrbuch, Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Institut für Ökonomie, Berlin (Ost) 1955.

21 SCHENK, Fritz, Das rote Wirtschaftswunder, S. 51ff.

sowjetischen Besatzungszone, sich - im Sinne der Beschlüsse von Potsdam - für einen einheitlichen Wirtschaftsraum auf dem Boden der vier Besatzungszonen in Deutschland einzusetzen und versuchte, gesamtdeutsche Institutionen auf gesellschaftspolitischer Ebene zu initiieren. Gleichzeitig wurde die Einbindung der SBZ in das sowjetische Machtimperium auf allen Ebenen vorangetrieben. Die fortschrittliche Zentralisierung in der SBZ, die mit Gründung der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) schon im Juni 1947 ihren institutionellen Ausdruck fand, führte zwar zu verstärktem Widerspruch der Länder sowie von Mitgliedern der Blockparteien, die sich durch das personelle Übergewicht der SED immer weiter in den Hintergrund gedrängt fühlten. Der Kurs von SED, bzw. Regierung der SBZ/DDR stand aber unverrückbar fest. Widerstände konnten daran nichts mehr ändern. Schon für August 1948 konstatierte Zank: „Anders als noch im Januar 1947 war die Besatzungsmacht nicht mehr geneigt, aus gesamtdeutschen Überlegungen größere Rücksichten auf die Länder zu nehmen.“²² In konsequenter Fortführung ihrer Position versuchte die SED, ihre Mission auch auf die westlichen Besatzungszonen auszudehnen; ein Versuch, der dort sehr wohl erkannt wurde: „Man [soll] den Einfluß, der durch die Kommunistische Partei und durch die Infiltrierung vom Osten her auf wichtigste Industriezweige und ihre Arbeiterschaft ausgeübt wird, in keiner Weise unterschätzen.“²³ Konsequenz der Differenzen und des endgültigen Bruchs zwischen den Ökonomien der westlichen und östlichen Besatzungszone war die Durchführung ihrer separaten Währungsreformen im Juni 1948. Hierzu ist festzustellen, daß im Westen mit weitgehender Aufhebung der Warenbewirtschaftung und Preisbindung²⁴ sowie der Herstellung von Konvertibilität der Währung, die wichtigsten wirtschaftspolitischen Voraussetzungen für einen tatsächlichen ökonomischen Neubeginn geschaffen wurden. Die Signale wurden nach über zwanzig Jahren wieder auf Marktwirtschaft und Gewerbefreiheit gestellt. Es handelte sich um einen echten Neubeginn, mit dem die bestimmenden Wesenszüge des bisherigen Systems der gelenkten Wirtschaft²⁵ liquidiert wurden, während in der SBZ unter Beibehaltung von Preis- und Lohnstop nach Daten aus dem Jahre 1944 sowie fortgesetzter Warenbewirtschaftung ein Geldumtausch stattfand, der die Konservierung der bisherigen Binnenwährung besiegelte.²⁶ Im Kampf um ein gesamtdeutsches Wirtschafts- und Gesellschaftssystem konnte sich keine der so unterschiedlichen Positionen durchsetzen, was letztlich zur Gründung der Bundesrepublik und der DDR im Mai und Oktober

22 ZANK, Zentralverwaltungen, S. 253-296, hier S. 270.

23 ADENAUER, Konrad, Erinnerungen 1945-1953, ⁶1987, S. 188.

24 Ludwig Erhards nutzte dazu das „Gesetz über Leitsätze für die Bewirtschaftung und Preispolitik nach der Geldreform“ vom 24. Juni 1948. Es gab ihm nach eigener Darstellung die Möglichkeit, „so schnell als möglich so viele Bewirtschaftungs- und Preisvorschriften als möglich zu beseitigen“ (ERHARD, Ludwig, Wohlstand für Alle, Düsseldorf 1957, S. 22). Weitere staatliche Reglementierungen fielen mit der Aufhebung des Verbots der Gewährung von Kontokorrentkrediten vom 8. August 1948 sowie der Aufhebung des Lohnstops am 3. November 1948.

25 Zum Vergleich der Wesensmerkmale der aufeinander folgenden Wirtschaftsordnungen unter der NSDAP und SED, bzw. dem Modell der Sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland siehe: SCHNEIDER, Kriegswirtschaftsordnung, Abb. Nr. 8 und 12, S. 42ff.

26 Vgl. SCHNEIDER, Kriegswirtschaftsordnung, S.45ff., sowie: ERMER, Matthias, Von der Reichsmark zur Deutschen Mark der Deutschen Notenbank: zum Binnenwährungsumtausch in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Juni/Juli 1948, Stuttgart 2000.

1949 führte. Dieser Schritt zementierte auch die Trennung der Wirtschaftsgebiete. Die Ereignisse des Jahres 1949 wurden dominiert die Konkurrenz beider Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen. Noch im Januar 1949 unternahm die SED einen groß angelegten Versuch, die Gründung eines westdeutschen Staates an der Seite der westlichen Demokratien zu unterbinden.

1.2 Die Radikalisierung der SED zur „Partei Neuen Typus“

Die SED verstärkte die Kompromißlosigkeit ihres Vorsatzes, dem westlichen Modell das Eigene entgegen zu halten und Gesamtdeutschland unter dem Vorzeichen des Sozialismus zusammenzuführen. Radikal wurde allen der Kampf angesagt, die diese Position nicht teilten. Ganz besonders innerhalb der Partei wollte man gegen abweichende Meinungen vorgehen: „Nach der 1. Parteikonferenz verschwanden auch die letzten Reste innerparteilicher Demokratie.“²⁷ Auf der ersten Parteikonferenz vom 25. bis 29. Januar 1949 griff die SED die Lenin-Vorstellung einer „Partei neuen Typus“ wieder auf. Schon auf dem II. Parteitag der SED, vom 20. bis 24. September 1947 war dieser Gedanke von Walter Ulbricht angeregt worden. Die Parteiführung entschied, die SED zur „Partei neuen Typus“²⁸ auszubauen und erkannte in ihr, getreu der Theorie, für die Zukunft „die Avantgarde der Arbeiterklasse“²⁹. Vor diesem Hintergrund sollte sie die Aufgabe erhalten, „die Gründung einer sozialistischen Einheitspartei in ganz Deutschland vorzubereiten.“³⁰ Die „Partei Neuen Typus“ sollte eine „marxistisch-leninistische Kampfpartei“³¹ werden, d.h. „eine von oben gesteuerte, nach militärischen Organisationsprinzipien aufgebaute Elitepartei, deren wichtigster Teil der aus geschulten Berufsrevolutionären bestehende Funktionskörper sein sollte.“³² In der Folge dieser Bestrebungen unterwarf sich „die SED alle anderen Organisationen und alle Institutionen. Diese wurden umgeformt in Ausführungsorgane der Partei.“³³ Schenk beschrieb, daß die Planbürokratie, insbesondere in Folge der 1. Parteikonferenz der SED im Januar 1949, nach Kräften verlangte, die die seltene Bedingung erfüllten, politisch und fachlich versiert zu sein. Die mit dem Aufbau einer „Partei neuen Typus“ verbundene Forderung war, die SED ideologisch zu „reinigen“, d.h., abweichenden Meinungen verstärkt entgegenzutreten. Man vertrat die Auffassung, „das politisch-ideologische Wachstum der Partei [habe] mit ihrem raschen zahlenmäßigen Erstarken nicht Schritt gehalten.“³⁴ Sämtliche Bemühungen, die SED als eine im westlichen Sinne „demokratische“ Partei dastehen zu lassen, wurden nun fallengelassen. Im Zuge ihrer Radikalisierung zeigte die SED spätestens im Laufe des Jahres 1949 ihr wahres Gesicht:

- Die paritätische Verteilung führender Parteiposten zwischen ehemaligen Anhängern der KPD, bzw. SPD wurde aufgegeben und Repräsentanten des

27 SCHENK, Diktatur, S. 29.

28 AUTORENKOLLEKTIV, Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED (Hrsg.), Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1966, Bd. I von 1945 bis 1949, S. 225.

29 SCHENK, Diktatur, S. 28.

30 AUTORENKOLLEKTIV, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. I, S. 225.

31 SCHENK, Diktatur, S. 22.

32 Ebenda.

33 Ebenda, S. 28f.

34 AUTORENKOLLEKTIV, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. I, S. 225.

kommunistischen Flügels der SED auf die entscheidenden Posten gebracht. Unter der Beschuldigung des „Sozialdemokratismus“ und „Opportunismus“ ging der Verdrängungsprozeß ehemaliger SPD-Mitglieder in seine letzte Phase.

- Das „Politbüro“ wurde eingerichtet³⁵ und hatte folgende Mitglieder: Die beiden Parteivorsitzenden der SED, Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl sowie die Kommunisten Walter Ulbricht, Helmut Lehmann, Franz Dähle, Friedrich Ebert und Paul Merker.³⁶
- Einführung einer einjährigen Kandidatenzeit als Voraussetzung für den Beitritt zur SED sowie die Bürgerschaft durch zwei SED Mitglieder. Diese hatten das neue Mitglied zu kontrollieren.
- Das Spektrum von Feindbildern und „Gefahren“ für die Partei wurde erheblich ausgebaut. Die Parteiführung kündigte an, die SED habe sich künftig gegen abweichende politische Strömungen zu schützen. Im Sprachjargon der sowjetischen KPdSU fanden die deutschen Kommunisten ausreichend Begriffe, die geeignet waren, vermeintliche politische Gegner zu brandmarken, wodurch sie an den Rand der Gesellschaft verbannt oder sogar kriminalisiert wurden. Nicht wenigen blieb nur noch die Flucht in eine der westlichen Besatzungszonen.

Die Bandbreite der Anschuldigungen kannte entsprechend dem vorgesehenen Ausmaß innerparteilicher „Säuberungen“ keine Grenzen: Opportunismus, Versöhnertum, Nur-Fachleute, Sabotage gegen das Volkseigentum, Nur-Gewerkschaftertum, Sozialdemokratismus, Sektierertum, Objektivismus³⁷, Fraktionsbildung³⁸ u.a. Diese abstrusen Wortschöpfungen wurden im einzelnen nicht näher definiert, weswegen Beschuldigte unmöglich in der Lage waren, sich rational dagegen zu verteidigen. Vielmehr bestand die Gefahr, sich beim Versuch der Rechtfertigung weiterer „Verbrechen“ schuldig zu machen, d.h., die Angelegenheit zu verschlimmern und sich ggf. um Kopf und Kragen zu reden. Den Bezeichnungen jener oben genannten „Vergehen“ wohnte kraft ihrer selbstverständlichen Anwendung durch die oberste Staatsmacht in der SBZ eine scheinbare Objektivität inne, die sie zu einem beunruhigenden Willkürinstrument und einer gefährlichen Waffe machte, welche jederzeit gegen den politischen Gegner eingesetzt werden konnte. Sie repräsentierten die Methode der SBZ-Führung, Personen allein aufgrund ihrer persönlichen Überzeugung zu kriminalisieren und dabei gleichzeitig nach außen den Schein der Legalität zu bewahren. Der politische Sprachjargon, dem die Menschen in der SBZ ausgesetzt waren, ließ nicht den geringsten Zweifel daran aufkommen, daß es sich bei den oben genannten Anschuldigungen um die verabscheuungswürdigsten Verbrechen handelte. Das Netz der Anklagemöglichkeiten war so lückenlos gewebt, daß sich jeder darin verfangen konnte, den die Parteiführung ins Visier nahm. Es konnte jeden treffen.

35 Vgl. SCHROEDER, Klaus und WILKE, Manfred, Politbüro des ZK der SED, in: EPPELMANN, Rainer und MÖLLER, Horst, u.a. (Hrsg.), Lexikon des DDR-Sozialismus, Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. II, Paderborn²1997, S. 635ff.

36 Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. II, Berlin 1951, S. 215.

37 SCHENK, Diktatur, S. 28f., 55.

38 LEPSIUS, M. Rainer, Handlungsräume und Rationalitätskriterien der Wirtschaftsfunktionäre in der Ära Honecker, in: PIRKER u.a., Der Plan als Befehl und Fiktion, S. 347ff., hier: S. 661.

Schenk konstatierte: „Die Mehrzahl der [SED-] Mitglieder hat die verschiedenen Abweichungen nie begriffen.“³⁹ Auch neue Methoden zur Disziplinierung sollten innerhalb der SED künftig verwirklicht werden. Die wichtigste bestand darin, die Mitglieder der SED zu „Kritik und Selbstkritik“⁴⁰ zu zwingen. Wer hinfort politisch von der offiziellen Linie der Partei abwich, dem drohte ein Parteiverfahren⁴¹, an dessen Ende der Beschuldigte in der Regel Selbstkritik zu üben hatte. Die 1. Parteikonferenz kann als letzter großer Versuch verstanden werden, unter Leitung der SED-Führung durch verstärkten politischen Druck und Disziplinierung der Partei alle sozialistischen Kräfte zu bündeln, um angesichts der unmittelbar drohenden Spaltung Deutschlands das Ruder noch einmal herum zu reißen, d.h., die Einheit des Landes im Schatten der roten Fahne herbeizuführen. Unter dem Slogan „für Einheit und gerechten Frieden“⁴² verschärfte die SED ihre propagandistische Auseinandersetzung mit den Westmächten. Hintergrund bildeten das in London beschlossene „Ruhrstatut“ und die geplante Einrichtung einer „militärischen Sicherheitsbehörde“. Gerechtfertigt wurde das harte Vorgehen der Partei mit dem Vorwurf an die Adresse der westlichen Besatzungsmächte, sie betrieben durch oben genannte Beschlüsse „die Zerreißung Deutschlands“, versündigten sich damit gegen die „Beschlüsse“ der Potsdamer Konferenz und verfolgten die Absicht, „ganz West- und Süddeutschland zu einem Kolonialgebiet des amerikanischen Imperialismus zu machen“⁴³. Der Verlust des Ruhrgebietes bedeutete für die SBZ einen herben Rückschlag. Die Entscheidung der sowjetischen Besatzungsmacht, ihre Wirtschaft bevorzugt mit dem Aufbau der Schwerindustrie zu beauftragen, verlangte nach umfangreichen Einfuhren von Kohle und Erz. Bis zu diesem Zeitpunkt hoffte man noch, diese aus dem Ruhrgebiet zu erhalten. Das sogenannte Ruhrstatut, es sah vor, das Ruhrgebiet internationaler Kontrolle zu unterstellen, wurde im März 1948 auf der Londoner Sechs-Mächte-Konferenz erstmals ins Gespräch gebracht und fand seine Umsetzung am 22. April 1949. Damit erloschen die Hoffnungen der SBZ-Führung, von den Rohstoffvorkommen an der Ruhr bevorzugt profitieren zu können, zumal die Sowjetunion nicht einmal vorgesehen war Mitglied der internationalen Ruhrkontrolle zu werden.

Mit großem propagandistischen Aufwand versuchte die SED, noch zu Beginn des Jahres 1949 das Abkommen über die internationale Ruhrkontrolle zu verhindern. Die 1. Parteikonferenz erhob heftige Vorwürfe gegen die drei westlichen Besatzungsmächte. Man erhoffte auf diese Weise, noch rechtzeitig ein Übergreifen der sogenannten antifaschistisch-demokratischen Umwälzung auf das Ruhrgebiet auslösen zu können. Ohnehin wurde das Kohlenrevier an der Ruhr mit seinem hohen Arbeiter-Anteil als Region angesehen, wo sich der Sozialismus sowieso über kurz oder lang von selbst durchsetzen werde. Fest überzeugt von den intensiven „Bestrebungen der Werktätigen [des Ruhrgebietes] zur Enteignung der Konzernherren und Rüstungsgewinnler“⁴⁴, interpretierte die Führung der SBZ die

39 Ebenda, S. 29.

40 AUTORENKOLLEKTIV, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. I, S. 225, vgl. auch: SCHENK, Diktatur, S. 55-60.

41 SCHENK, Diktatur, S. 29.

42 Dieser Slogan stammte schon aus der sogenannten „Volkskongreßbewegung“, vgl. Manifest der 1. Parteikonferenz vom 25.-28. Januar 1949, in: Dokumente der SED, Bd. II, Berlin 1951, S. 182.

43 Ebenda, S. 177.

44 AUTORENKOLLEKTIV, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. I, S. 323.

aufzubauende Ruhrbehörde als Instrument der Repression gegen die Arbeiterschaft „zur Sicherung ausländischer Interessen in Kohle-, Koks- und Stahlunternehmen der Ruhr“⁴⁵. Man wußte, daß in den Westzonen über die kommende Wirtschaftsordnung diskutiert wurde und dabei auch sozialistische Ansätze Beachtung fanden. Beispiel dafür war das „Ahleener Wirtschaftsprogramm“ der rheinischen CDU vom 3. Februar 1947 mit ihrer Forderung nach Sozialisierung von Monopolbetrieben sowie der Vergesellschaftung der Bergwerke⁴⁶; ebenso die Forderung des nordrhein-westfälischen Landtages im August 1947 über die Sozialisierung des Ruhrbergbaus⁴⁷; schließlich die Verabschiedung des Gesetzes über die Sozialisierung des Kohlenbergbaus durch den nordrhein-westfälischen Landtag am 6. August 1948 mit den Stimmen von SPD, KPD und Zentrum, wozu aber die Militärregierung am 23. August ihre Zustimmung verweigerte.

Demokratischer Zentralismus

Im Anschluß an die 1. Parteikonferenz der SED wurde der sogenannte demokratische Zentralismus als „das wichtigste bolschewistische Organisationsprinzip“⁴⁸ in Partei, Verwaltung und Wirtschaft verstärkt umgesetzt: „So soll zwar ‘von unten nach oben’ demokratisch gewählt - eine Farce in allen kommunistischen Organisationen! - aber danach ‘von oben nach unten’ bestimmt werden, d.h. alle Instanzen haben sich ohne Widerspruch den Anordnungen der jeweils vorgesetzten Dienststelle zu fügen und sie auszuführen.“⁴⁹ Das Prinzip des demokratischen Zentralismus diente der Rechtfertigung und dem Ausbau staatlicher Machtvollkommenheit. Die Partei legte großen Wert darauf, ihrer Autorität und ihrem Handeln eine Grundlage zu geben, die den Anschein erweckte, von tief begründeter Legalität zu sein. Die Vorgehensweise war dabei stets dieselbe: In unverfrorener Hemmungslosigkeit bemächtigte sich das System gebräuchlicher Rechts- und Freiheitsbegriffe, deren Sinn sie - ganz nach Belieben - entstellte, neu definierte und dergestalt zum Werkzeug ihrer Machtsicherung umfunktionierte. Dabei wurde der Sinngehalt ursprünglicher Begriffe nicht selten in sein Gegenteil verkehrt. In diesem Falle diente ausgerechnet der Demokratiebegriff der Legitimierung des totalitär-autokratischen Systems der SBZ/DDR.⁵⁰

Radikalisierung - das Ende der Systemkritik

Die Möglichkeit systemkritischer Anmerkungen wurden von Jahr zu Jahr weiter eingeschränkt. Erich Gniffke hatte den ersten Quartalsplan 1946 gegenüber dem Wirtschaftsexperten der SMAD, Kowal, noch als „Milchmädchenrechnung“ bezeichnet, nach dem dieser - offiziellen Angaben zufolge - nur mit 87 Prozent erfüllt

45 Ebenda, S. 323.

46 Im Gegensatz dazu standen gut zwei Jahre später die „Düsseldorfer Leitsätze“ der CDU vom 15. Juli 1949: Ein Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft als Wahlkampfprogramm und damit die endgültige Abwendung vom Ahleener Programm.

47 Die Folge war eine Verschiebung derselben um fünf Jahre auf Drängen der amerikanischen Militärregierung auf der Washingtoner Kohlenkonferenz im August 1947.

48 SCHENK, Diktatur, S. 29.

49 Ebenda.

50 Zu den Auswirkungen und Formen einer Wirtschaftsführung nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus: HAMEL, Hannelore, Das sowjetische Herrschaftsprinzip des demokratischen Zentralismus in der Wirtschaftsordnung Mitteldeutschlands, Berlin 1966. Vgl. auch: MARTIN, Thomas, Und nichts war uns geblieben, Der Weg der Freitaler Stahl- Industrie GmbH zum Volkseigenen Betrieb (1945-1948), Stuttgart 1997, 169ff.

worden war.⁵¹ Im Laufe des Jahres 1949 wurde es immer gefährlicher, die Zentralplanwirtschaft grundsätzlich in Frage zu stellen. Wer Planwirtschaft und Enteignungen, das heißt, die zentralen Forderungen der sogenannten demokratischen Umgestaltung der Wirtschaft, in Frage stellte, machte sich verdächtig, dem kapitalistischen Klassenfeind was Wort reden zu wollen. Privatbesitz an Produktionsmitteln und freie Unternehmerinitiative schieden als Alternative zum Aufbau der Zentralplanwirtschaft grundsätzlich aus.

Systemimmanente Plankritik der Revisions- und Treuhandgesellschaft für die sowjetische Besatzungszone in Deutschland (RTA)

Die RTA als Organ der sogenannten externen Kontrolle des volkseigenen Sektors wußte um Unsicherheit und Theorielosigkeit in den Betrieben, die im Zuge der „revolutionären Umgestaltung“ immer stärker in den Vordergrund traten. Meistens verlegte sie sich darauf, vorsichtig anzusprechen, was ohnehin allgemein bekannt war und suchte nach pauschalen, systemimmanenten Verbesserungsvorschlägen, für deren Umsetzung sie sich allerdings nicht selbst verantwortlich fühlt: „Es darf [...] nicht übersehen werden, daß es in der volkseigenen Wirtschaft unserer Zone zumeist noch an der Urplanung fehlen muß, die beispielsweise schon bei der Errichtung und Organisation von Betrieben einsetzen müßte.“⁵² Damit entsprach sie einem allgemein verbreiteten Verhaltenskodex, sich dem System soweit zu unterwerfen, wie unbedingt nötig und Kritik auf ein Maß zu beschränken, das der eigenen Position nicht gefährlich werden konnte. Letzte Ausnahme von dieser Regel war eine Publikation der RTA zum einjährigen Bestehen der eigenen Institution im Sommer 1949⁵³. Die Revisionsgruppen der RTA stellten in den Betrieben immer wieder fest, daß vorgegebene Planaufgaben nicht erfüllt worden waren. Sie wußten um die erhebliche Wichtigkeit der Planerfüllung, wenn das System jemals funktionieren sollte. Das Produkt des einzelnen Betriebes diente nur bedingt der unmittelbaren Versorgung. Wichtiger war die Erfüllung des Produktionssolls als Beitrag des einzelnen VEB zum Funktionieren der Gesamtwirtschaft. Vermochte der einzelne Betrieb seinen Beitrag nicht zu erzeugen, fehlte das bereits eingeplante Produkt an anderer Stelle und gefährdete unweigerlich die Gesamtplanung. Dessen ungeachtet wurde die RTA mit den Rechtfertigungen von Planabweichungen durch die Betriebe konfrontiert. Es verfestigte sich der Eindruck, daß das Verschulden nicht immer allein auf Seiten der Produktionsstätten lag, wenn sie die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllen konnten. Damit geriet die RTA in einen Zwiespalt zwischen politischer Linientreue und ihrem Bekenntnis zur eigenen Interpretation festgestellter Fakten. Sie erkannte, daß die tatsächliche Leistungsfähigkeit der volkseigenen Betriebe bei der staatlichen Planung offensichtlich keine angemessene Berücksichtigung fand. Die RTA konstatierte: „Hier liegt [...] eine entsprechende Verantwortung der Planungsstellen. Die Produktionsaufgabe, die den Betrieben vermittelt wird, muß den Mitteln und Kräften dieses Betriebes entsprechen, der Betrieb muß tatsächlich in der Lage sein, die ihm auferlegten Pläne zu erfüllen. Hier stehen betriebliche Leistung und überbetriebliche Planung in einer engen Wechselbeziehung.“⁵⁴ Weil sie eine derartige Rücksicht-

51 GNIFFKE, Jahre mit Ulbricht, S. 198.

52 DN5-261, S. 114.

53 DN5-261, Beilage zum Fachnachrichtendienst aus Anlaß des einjährigen Bestehens der RTA am 1. Juli 1949.

54 DN5-261, S. 74.

nahme der Planbürokratie nicht feststellen konnte, fühlte sie sich veranlaßt, in ihrer Schrift zum einjährigen Bestehen die grundsätzliche Unfehlbarkeit staatlicher Planvorgaben anzuzweifeln. Angesichts ihrer bevorstehenden Abwicklung legte die RTA Gedanken nieder, die an Deutlichkeit wenig zu wünschen übrig ließen und ihren Schatten voraus warfen auf die kommenden vierzig Jahre zentraler Planwirtschaft in der SBZ/DDR: „Die Prüfung soll ein Urteil über die Erfüllung der Produktionsauflage vermitteln. Sie muß deshalb zunächst nach der Angemessenheit der Produktionsauflage fragen, denn die Ursachen mangelnder Erfüllung können im Betrieb, aber auch in einer falschen Produktionsauflage liegen.“⁵⁵ Hiermit hatte sich die RTA übernommen. Die sozialistische Führung definierte die „Angemessenheit der Produktionsauflage“ - entgegen der tatsächlichen Praxis - als nicht weiter verhandelbar und akzeptierte darüber keine Diskussion. Das Hinterfragen dieses Dogmas durch die RTA rüttelte am Prinzip des Systems. Der „Umbau“ der SED zur „Partei neuen Typus“ bedeutete, Personen und Institutionen mundtot zu machen, die sich gegen die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der SBZ richteten oder daran zweifelten. Nun gehörte auch die RTA dazu. Sie sollte keine Gelegenheit mehr bekommen, Aussagen zu machen, die das Zentrum zentraler Verwaltungswirtschaft, den Plan, infrage stellten. Bald nach Erscheinen der Beilage zum Fachnachrichtendienst begann ihre Abwicklung, und war bis zum Ende des Jahres 1949 beendet. Gleichwohl war die Kritik der RTA systemimmanent zu verstehen. Selbstverständlich war sie überzeugte Anhängerin der Zentralplanwirtschaft. Hier zeigt sich ein immer wiederkehrendes Paradox des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems der SBZ/DDR: Empirisch allgemein festzustellende Zustände der SBZ-Wirtschaft verlangten - dem „demokratischen“ Anspruch der Wirtschaftsordnung entsprechend - nach Kritik, denn jedermann spürte, daß sie weder materiell noch psychologisch befriedigend waren. Kritik am System war aber grundsätzlich nicht willkommen. Darum kamen ausschließlich systemimmanente Verbesserungsvorschläge zur Diskussion. Diese aber verstrickten die Wirtschaft der SBZ immer mehr in das Netz sozialistischer Utopie. Sie verstärkten die Hoffnung auf tatsächliche Verbesserungen und, weil diese ausblieben, auch die Suche nach weiteren (systemimmanenten) Begründungen des Scheiterns. So berechtigt die Kritik der RTA am staatlichen Plan offensichtlich war, so wenig hätte sich ihre Forderung realisieren lassen, im Vorfeld einer Betriebsrevision „die Angemessenheit der betreffenden Produktionsauflage“ zu überprüfen. Dafür wäre ein größeres Maß an Wissen um die Wirtschaftsdaten erforderlich gewesen als die Kenntnisse der staatlichen Planbürokratie, welche zur Aufstellung der Produktionsauflagen geführt hatten. Außerdem wäre dadurch die Autorität der Plankommissionen in Frage gestellt worden. Kritik am Umfang der Produktionsauflagen hätte die „störungsfreie“ Planerfüllung an vielen Stellen gleichzeitig erschüttert und den Plan als Ganzes in Gefahr gebracht. Betriebsübergreifende Diskussionen wären die Folge gewesen und vielleicht wäre eine Welle der Kritik durch die SBZ gegangen. Das ohnehin vorhandene Bestreben der Betriebe, die Planaufgaben zu drücken, hätte sich verstärkt. Und für den Fall, daß tatsächlich unrealistische Pläne festgestellt worden wären, hätten diese abgeändert werden müssen. Die Folgen für den Gesamtplan wären unabsehbar gewesen. Das System der Zentralplanwirtschaft setzte darauf, einmal erteilte Pläne unter allen Umständen umsetzen zu lassen. Auch begründete Einwände wurden ignoriert und

gleichzeitig der Druck auf die Wirtschaftssubjekte erhöht. Planwirtschaft ließ keine andere Verfahrensweise zu. Die Berücksichtigung sämtlicher betriebsindividueller Probleme im gesamtwirtschaftlichen Rahmen war durch die Zentralplanbehörden grundsätzlich nicht zu leisten - zumal jede einzelne Entscheidung eine allumfassende Kenntnis sämtlicher Vorgänge verlangt hätte. Die 1949er Betriebsrevisionen vermieden fast durchweg, Fehler der staatlichen Wirtschaftsbürokratie bei der Aufstellung der Produktionsauflagen zur Erklärung von Planverfehlungen in den Betrieben heranzuziehen. Damit verfehlten sie in der Praxis jenen Anspruch, den sich die RTA bezüglich ihrer Kontrolltätigkeit selbst auferlege. Sie gab vor, ihre Prüfer hätten zu kontrollieren, „ob die Produktionsauflage sachlich richtig, d.h., unter Beachtung der allgemeinen Arbeitsbedingungen des Betriebes und seiner Leistungsfähigkeit für den Betrieb erfüllbar ist und ob sie rechtzeitig erteilt wurde. [...] Die Prüfung wird also feststellen, inwieweit die Zusammenarbeit des Betriebes mit den Planungsstellen die Voraussetzung für die Erfüllung der Pläne bietet.“⁵⁶ Das bedeutete konkret, daß die Durchlaufzeit des Materials, welches für die Produktion benötigt wurde, in der Prüfung Berücksichtigung finden sollte; ebenso die Frage, ob die Betriebe rechtzeitig über ihre Produktionsauflage informiert worden waren und über das erforderliche Material verfügen konnten.

Plankritik von Joffe

Auch auf anderen Ebenen wurde bis 1949 noch öffentlich über den elementarsten Bestandteil der sozialistischen Zentralplanwirtschaft gestritten: Den zentral aufgestellten Plan: „Die Planung der Industrieproduktion“ lautete der Titel einer Arbeit von J. Joffe, die 1948 als 4. Beiheft zur Sowjetwissenschaft von Jürgen Kuczynski u.a. herausgegeben wurde. Joffe stellte darin die Richtigkeit des Zentralplanes ohne Umschweife in Frage: „Wird der Plan in einem bestimmten Industriezweig nicht erfüllt, so ist es häufig nicht nur oder nicht in erster Linie ein Zeichen für die ungenügende Arbeit des Betriebes, sondern auch für größte Mängel des Planes und der Planungsarbeit selbst.“⁵⁷ Der Veröffentlichung wurde eine Rezension von A. Kurnajew angehängt. Diese repräsentierte die offizielle sowjetische Position, der sich die SBZ-Führung bald anschloß. Sie richtete sich massiv gegen jene Teile des Textes, die sich mit den entscheidenden Elementen der sozialistischen Wirtschaftsordnung kritisch auseinandersetzten. Die Veröffentlichung ihrer Übersetzung gemeinsam mit Joffes Aufsatz in der SBZ ließ erkennen, daß die Führungen der SU und der SBZ/DDR nicht mehr bereit waren, Diskussionen in dieser Richtung zu dulden: „J. Joffe [...] versteigt sich sogar zu der Behauptung, daß ‘in manchen Fällen die Nichterfüllung des Planes innerhalb eines bestimmten Industriezweiges über einen längeren Zeitraum davon zeugt, daß die Planaufgaben schon in unzulänglicher Weise gestellt, daß die realen Möglichkeiten dieses Industriezweiges nicht richtig eingeschätzt wurden’ [...] Mit anderen Worten: der Verfasser meint, in bestimmten Industriezweigen seien die Pläne ‘während eines längeren Zeitabschnitts’ überhöht gewesen. Wozu verliert sich J. Joffe in so unfundierten Erörterungen? Überhöhte und unerfüllbare Pläne werden von den Ministerien

56 DN5-261, S. 115f.

57 JOFFE, Josef, Die Planung der Industrieproduktion, 4. Beiheft zur Sowjetwissenschaft, russische Publikation 1948, Berlin (Ost) wahrscheinlich 1949, S. 104.

nicht bestätigt, solche Pläne gibt es überhaupt nicht. Gerade das Gegenteil ist der Fall.“⁵⁸

1.3 Der Zweijahrplan 1949/50 - Erster Zentralplan für die gesamte SBZ/DDR

Konsequent hatte man seit 1945 in der SBZ daran gearbeitet, die Wirtschaft nach sozialistischen Vorstellungen und unter Anleitung der Sowjetunion auf die Installation der Zentralplanwirtschaft vorzubereiten. Schon am 19. Oktober 1945 wurden die Zentralverwaltungen und die Landesverwaltungen mit Befehl Nr. 103 der SMAD⁵⁹ beauftragt, einen Wirtschaftsplan der SBZ für das Jahr 1946 aufzustellen, wozu diese weder theoretisch noch praktisch in der Lage waren. Zur Verdeutlichung die Erinnerung des in Sachsen verantwortlichen Wirtschaftsministers Fritz Selbmann: „Nach Übernahme meiner Funktion [als Vizepräsident des Landes Sachsen für Wirtschaft und Arbeit im September 1945, T.M.] war der erste Auftrag, den ich bekam, einen Plan für das Jahr 1946 auszuarbeiten und mit diesem Plan nach Karlshorst zu kommen. Ich hatte außer einigen ganz nebelhaften Vorstellungen von Wirtschaftsplanung keine Ahnung, wußte nicht, wie so etwas gemacht wurde. Auch hatte ich keine fachlich qualifizierten Kräfte dafür.“⁶⁰ Die Wirtschaftsdaten aus den Landesministerien wurden bei den Zentralverwaltungen gesammelt und die „Planökonomische Abteilung“ der SMAD formte daraus einen groben Plan für 1946. Später entstand aufgrund Befehl Nr. 24 der SMAD vom 28. Januar 1946⁶¹ ein detaillierter Produktionsplan für das 1. Quartal 1946. Bis Mitte 1948, dem Beginn des Halbjahrplanes für das zweite Halbjahr 1948, blieb das Quartal die Maßeinheit für die Dauer der auf diese Weise durch die SMAD aufgestellten Pläne. „Die faktische Bedeutung dieser zentralen Pläne blieb jedoch gering.“⁶² Der Wirtschaftsplan im zweiten Halbjahr 1948 als erster Plan für die gesamte SBZ ist zu interpretieren als Vorstufe zum Zweijahrplan 1949/50, dem ersten Perspektivplan für die gesamte SBZ. „Es ist kein Zufall, daß die grundlegenden Verordnungen über die volkseigenen Betriebe mit dem Beschluß der Deutschen Wirtschaftskommission über die Aufstellung eines Zweijahrplanes für die sowjetische Besatzungszone vom 12. Mai 1948 zusammenfallen. Die volkseigenen Betriebe sind in erster Linie berufen, die darin gestellten Aufgaben zu erfüllen.“⁶³ Hintergrund dieser Pläne war die massiv vorangetriebene Zentralisierung

58 KURNAJEV, A., Rezension des Buches „Die Planung der Industrieproduktion“ von Josef Joffe in: Wirtschaftsinstitut der Akademie der Wissenschaften der UdSSR (Hrsg.), Fragen an die Wirtschaft, Nr. 5 1949, S. 98ff. Deutsche Übersetzung in: 4. Beiheft zur Sowjetwissenschaft, Berlin wahrscheinlich 1949, S. 112-119.

59 SMAD-Befehl Nr. 103 vom 19. Oktober 1945 über die Aufstellung eines Wirtschaftsplans in der sowjetischen Besatzungszone für das Jahr 1949: Verordnungsblatt für die Provinz Sachsen 1945 Nr. 4,5,6, S. 8

60 SELBMANN, Fritz, Die sowjetischen Genossen waren Freunde und Helfer, in: ROSNER, Fanny u.a. (Hrsg.), Vereint sind wir alles. Erinnerungen an die Gründung der SED, Berlin 1966, S. 347-367, hier: S. 362.

61 SMAD-Befehl Nr. 24 vom 28. Januar 1946 über den Wirtschaftsplan der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland für das 1. Quartal 1946, in: o.N., Berlin, Kampf um Freiheit und Selbstverwaltung 1945-1946, S. 338-339.

62 ZANK, Zentralverwaltungen, S. 258.

63 POSE, Erich, Die rechtlichen Grundlagen der Finanzwirtschaft in den volkseigenen Betrieben und Organisationen, in: Finanzwirtschaft und Finanzplanung der volkseigenen Wirtschaft, Handbuch für die Praxis, Sonderdruck Deutsche Finanzwirtschaft, Juli 1949, S. 12-19, hier: S. 13.

insbesondere des Produktionsvorganges in den Grundindustrien wie Kohle, Stahl, Energie oder Chemie. Im zweiten Halbjahr 1948 versuchte die DWK die Weichen zu stellen für den Zentralplan der kommenden Jahre. Hierzu gehörten verschiedene Maßnahmen, die teilweise aber erst im Laufe des Jahres 1949 oder später angegriffen wurden, wie z.B. die Übernahme etlicher landesverwalteter Betriebe in „zonale, unmittelbare Leitung und Verwaltung“⁶⁴. Zu Beginn des ersten Gesamtplanes feierte die SED-Propaganda bislang durchgeführte Maßnahmen im Rahmen der sogenannten Demokratisierung der Wirtschaft als „Vorbedingung für die Erreichung fortschrittlicher Resultate unserer Planung“⁶⁵. Darunter verstand sie explizit, wie es Heinrich Rau⁶⁶, Vorsitzender der Deutschen Wirtschaftskommission, ausdrückte,

64 HANDKE, Verkürzung, des Warenweges, in: Die Wirtschaft, Dezember 1948, Heft 18, S. 565ff.

65 RAU, Heinrich, Planaufgaben für das Jahr 1949, in: Die Wirtschaft 1949, Heft 1, S. 2.

66 Die Biographien maßgeblicher deutscher Kommunisten in der SBZ/DDR zeigen Parallelen. Dazu gehört insbesondere der Hintergrund allgegenwärtiger Gewalt - sei es durch die Erfahrungen des Ersten Weltkriegs, sei es durch den, meistens schon in jungen Jahren selbst geführten sogenannten Klassenkampf, sei es durch die Beteiligung am Spanischen Bürgerkrieg, die Stalinistischen „Säuberungen“ in der Sowjetunion oder die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Diktatur. Nicht wenige überlebten diese Jahre im Gefängnis oder im Konzentrationslager. Es ist anzunehmen, daß sich diese aktiven und passiven Gewalterfahrungen auch auf die Form der eigenen Ausübung politischer Macht auswirkten. Gleichzeitig illustrieren die wiedergegebenen Daten jene Zeit um 1949 und geben ihr einen größeren Rahmen. Neben Heinrich Rau finden Erwähnung Fritz Lange (FN 82, S. 63), Alfred Lemnitz (FN 2, S. 64), Fritz Selbmann (FN 57, S. 76), Friedrich Lange (FN 150, S. 102), Adolf Hennecke (FN 318, S. 138), Bruno Leuschner (FN 57, S. 181) und Georg Handke (FN 224, S. 258)

● Rau, Heinrich, 1899-1961, geb. in Feuerbach (Stuttgart), Vater Landwirt und Fabrikarbeiter; Volks- und Fortbildungsschule; Ausbildung zum Stanzer und Metallpresser; 1913 Gewerkschaftsmitglied und Sozialistische Arbeiterjugend (SAJ); 1913-33 Mitglied der Arbeitersportbewegung.; 1916 SAJ-Gruppenfunktionär und Gewerkschaftsfunktionär bei Bosch (Feuerbach); 1916 Spartakusgruppe; 1917 Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD); 1917/18 Kriegsdienst; 1919-22 Freie Sozialisten, dann Kommunistische Jugend; 1919 KPD, 1919/20 Vorsitzender einer KPD-Ortsgruppe in Stuttgart; 1920-23 Mitarbeiter, 1923-33 Leiter der Abteilung Land der Zentrale bzw. des Zentralkomitee der KPD und Redaktion einer kommunistischen Bauernzeitung. 1923-33 Mitglied der Leitung nationaler und internationaler Bauernkomitees; 1928-33 Abgeordneter des Preußischen Landtags; 1933-35 Zuchthaus; 1935 Emigration in die CSR, 1936 UdSSR; 1936/37 stellvertretender Leiter des Internationalen Agrarinstituts in Moskau; 1937/38 Kriegskommissar nach Besuch einer Offiziersschule, dann Stabschef bzw. Kommandeur. der XI. Internationalen Brigade im Spanischen Bürgerkrieg, verwundet; 1938/39 Leiter des Hilfskomitees der deutschen und österreichischen Spanienkämpfer und Mitglied der Landesleitung der KPD in Paris; 1939 Verhaftung durch französische Behörden, KZ Vernet, 1942 Auslieferung an die Gestapo, 1942-45 Häftling im KZ Mauthausen, Teilnehmer am Lageraufstand. 1945/46 2. Vizepräsident der Provinzialverwaltung Brandenburg, verantwortlich für die Abteilung Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Wirtschaft und Verkehr bzw. Industrie, 1945 Mitglied der provisorischen Kommission zur Durchführung der Bodenreform, 1946 Vorsitzender der Landessequesterkommission; 1946 SED; 1946-48 Abgeordneter des Landtags Brandenburg; 1946-48 Minister für die Wirtschaftsplanung des Landes; 1948/49 Vorsitzender der DWK; 1949 Mitglied des Deutschen Volksrats; 1949/50 Minister für Planung in der provisorischen Regierung der DDR; 1949-61 Abgeordneter der provisorischen Volkskammer bzw. Volkskammer; ab 1949 Mitglied des Parteivorstandes bzw. Zentralkomitee der SED und 1949/50 Kandidat, 1950-61 Mitglied seines Politbüro; 1950-52 Vorsitzender der Staatlichen Plankommission; 1950-61 Stellvertre-

- die Entfernung der Kriegs- und Naziverbrecher aus der Industrie und den Banken,
- die Durchführung der Bodenreform,
- die Sequestrierung der Industriebetriebe der Kriegs- und Naziverbrecher, ihre zunächst lose Zusammenfassung innerhalb der einzelnen Länder der Zone und anschließende Überführung in Volkseigentum,
- die straffe zentrale Organisation der entscheidenden Industriebetriebe⁶⁷,
- nach Entmachtung der Länder die Schaffung einer zonalen, „demokratischen“ Verwaltung und Gesamtleitung der Wirtschaft, seit dem Frühjahr 1948 insbesondere repräsentiert durch die DWK.⁶⁸
- Selbstverständlich gehörte dazu auch die Verstaatlichung des Bankensystems; eine der ersten Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht, auf die an anderer Stelle näher eingegangen wird.⁶⁹

Man arbeitete konsequent daran, Grundlagen zu legen, auf denen die geplante Zentralplanwirtschaft der kommenden Jahre errichtet werden sollte. Ein vorläufiger Höhepunkt dieser Bemühungen war der Beschluß der DWK über die Aufstellung des Zweijahrplanes 1949/50 für die Wirtschaft der gesamten SBZ.⁷⁰ Vom Übergang zur gesamtwirtschaftlichen Planung versprach man sich das Ende der Mangelwirtschaft und damit einhergehend den Beweis für die Überlegenheit der sozialistischen Wirtschaftsordnung gegenüber der Marktwirtschaft. Wichtigstes Ziel des Zweijahrplanes war die „höchstmögliche Steigerung unserer Produktion in den Grundstoff- und Produktionsmittelindustrien [...] der Metallurgie, der Chemie und des Maschinenbaues“⁷¹.

1.3.1 Zielvorgaben

Schon lange bevor der Zweijahrplan konkret in der Wirtschaft umgesetzt werden sollte, war er schon Mittelpunkt einer gewaltigen Propagandakampagne, die von Seiten der SED in der sowjetischen Besatzungszone inszeniert wurde. Der Wirtschaftsplan, für dessen Aufstellung die DWK-Hauptverwaltungen „Wirtschaftsplanung“ und „Statistik“ verantwortlich gemacht wurden, diente als Aufhänger für nicht enden wollende Aufrufe, die wirtschaftliche Leistung in der SBZ zu steigern und dabei in völlig neue Dimensionen vorzustoßen. Adressat dieser Appelle war die gesamte Bevölkerung, die man auf diesem Wege zu hohen Leistungen antreiben wollte. Die in diesem Rahmen ausgelobten Ziele waren ausschließlich Phantasiegebilde der Planungsbeauftragten. Sie definierten obligatorische Leistungssteigerungen im Vergleich zum Stand von 1947, oder quantitativen Produktionsziffern der NS-Kriegswirtschaft. Im folgenden einige Beispiele:

ter des Ministerpräsidenten bzw. des Vorsitzenden des Ministerrates; 1952/53 Leiter der Koordinierungsstelle für Industrie und Verkehr beim Ministerrat, 1953-55 Minister für Maschinenbau, 1955-61 Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel; 1954 Vaterländischer Verdienstorden in Gold. Aus: BARTH, Wer war Wer, S. 589f.

67 Verordnung über die Zusammenfassung der kommunalen Betriebe nach den Grundsätzen der Vereinigungen volkseigener Betriebe, nach Rau, Planaufgaben, S. 2.

68 RAU, Planaufgaben, S. 1f.

69 Vgl. Kapitel Nr. 2.3.5, Das sozialistische Bankensystem und die Deutsche Investitionsbank (DIB), Seite 116.

70 ZVOBl. 15/1948, S. 139.

71 RAU, Planaufgaben, S. 2.

- Bis 1950 wäre die Produktion um 35 Prozent im Vergleich zu 1947 zu steigern (entspricht 81 Prozent der Vorkriegsstandes von 1936).
- Steigerung der Arbeitsproduktivität bis zum Jahre 1950 um 30 Prozent im Vergleich zu 1947 (Methode: verbesserte Organisation der Arbeit, verbesserte Arbeitsbedingungen, Entfaltung der Aktivistenbewegung, Einführung einer richtigen Normung, Übergang zu Leistungslöhnen, vollständigere Entfaltung der Produktionsmöglichkeiten).⁷²
- Anwachsen der Gesamtlohnsumme um 15 Prozent im Vergleich zu 1947.
- Senkung der Produktionsselbstkosten der volkseigenen Betriebe um mindestens sieben Prozent.⁷³

1.3.2 Fehlstart der SBZ-Zentralplanwirtschaft

Zum Jahreswechsel 1948/49 sollte der Zweijahrplan in Kraft treten. Aber schon der Start in die für die gesamte SBZ zentral geplante Wirtschaft erfolgte mit Verspätung. Erst am 30. März 1949 verabschiedete die Vollversammlung der DWK den Volkswirtschaftsplan für das laufende Jahr 1949.⁷⁴ Gesetzlich verpflichtet, oblag die konkrete Ausführung des Zweijahrplans nun der Wirtschaft. De facto hatten die meisten Betriebe aber noch immer damit zu tun, was ihnen der Halbjahrplan für das zweite Halbjahr 1948 auferlegt hatte und sie waren noch nicht einmal im Besitz gültiger Produktionsauflagen für die gegenwärtige Produktionsphase. Daß schon zu Beginn des Jahres 1949 im Sinne der Wirtschaftsplanung alles glatt gelaufen wäre, behaupteten nicht einmal offizielle Stellen: „Es handelt sich [...] darum, daß wir zu einem längeren Planungszeitraum übergehen, und zwar vom ursprünglichen Vierteljahres-, über den soeben beendeten Halbjahres-, zum Zweijahresplan. [...] Mit Beginn des Jahres 1949 arbeiten wir zum ersten Male nach einem Plan, der alle Zweige der Wirtschaft in einem Gesamtplan umfaßt und eine organisatorische Verbindung der vielfältigen Wirtschaftstätigkeiten untereinander herstellt. Wir verringern keineswegs die Bedeutung dieser Tatsache, wenn wir gleichzeitig darauf hinweisen, daß dabei noch viel Unzulänglichkeiten, Schwächen und Schwierigkeiten [zu] bestehen und zu überwinden sind.“⁷⁵ Rau drängte, zur Lösung der auftretenden Probleme die Wirtschaft weiter zu zentralisieren. Mißerfolge führte er darauf zurück, daß die Konzentration der Wirtschaft noch nicht weit genug fortgeschritten wäre. Obwohl 1949 die wichtigsten Industrien verstaatlicht waren und mindestens 40 Prozent der SBZ-Gesamtproduktion im volkseigenen Sektor hergestellt wurden⁷⁶, vertrat Rau die Ansicht, daß Planung

⁷² Dokumente der SED, Bd. II, Berlin 1951, S. 66.

⁷³ Ebenda, S. 58.

⁷⁴ Verordnung über den Volkswirtschaftsplan für das Jahr 1949, das erste Jahr des Zweijahrplanes, ZVOBl. I, Nr. 27/1949. Der Volkswirtschaftsplan setzte sich aus folgenden zehn Einzelplänen zusammen: Industrie, Land- und Forstwirtschaft, Verkehr sowie Post- und Fernmeldewesen, Wiederaufbauarbeiten (Investitionen), Arbeit, Selbstkosten, Warenumsatz, Gesundheitswesen, kulturelle Entwicklung, Verteilung der Materialbestände.

⁷⁵ RAU, Planaufgaben, S. 1.

⁷⁶ Angabe laut SMAD-Befehl Nr. 64 vom 17. April 1948.

Oskar Schwarzer geht für 1950 davon aus, daß 55,3 Prozent des Nettoproduktes in sozialistischen Betrieben (49,2 Prozent volkseigene Betriebe, 6,1 Prozent Genossenschaften) erwirtschaftet wurde. Dieser Anteil stieg auf 83,2 Prozent bis 1960, auf 85,0 Prozent bis 1970, auf 96,0 Prozent bis 1980 und betrug 1988 noch 95,7 Prozent, aus: SCHWARZER, Sozialistische Zentralplanwirtschaft, S. 191f. sowie: BUCK, Hansjörg F.,

erst in dem Augenblick perfekt sein könne, in dem die Wirtschaftsführung über sämtliche Produktionsmittel verfüge. Er trat darum ein für weitere Enteignungen und die Bündelung aller wirtschaftlichen Entscheidungsbefugnisse in den Händen der Planbürokratie: „Man muß sich darüber klar sein, daß eine Gesamtplanung der Volkswirtschaft nur in dem Maße vollkommen sein kann, wie die Produktion und die Verteilung der Produkte vergesellschaftet sind. Davon sind wir aber noch ein gutes Stück entfernt.“⁷⁷ Ohne konkrete Probleme anzusprechen, verschanzte sich auch das Mitteilungsblatt der RTA, der „Fachnachrichtendienst“, hinter einem klaren Bekenntnis zur Planwirtschaft: „Am 1.1.1949 ist der Zweijahresplan für die sowjetische Besatzungszone [...] angelaufen, der den Aufbau und Weiterentwicklung unserer Wirtschaft grundlegend bestimmt. Alle angeordneten wirtschaftlichen Maßnahmen sind darauf gerichtet, seine erfolgreiche Durchführung zu sichern und alle dafür in Betracht kommenden Faktoren in diesem Sinne einzusetzen und zu lenken.“⁷⁸ Das tatsächliche Geschehen stand im klaren Gegensatz zur offiziellen Propaganda, die nicht müde wurde, den Zweijahrplan zu loben. Tatsächlich enthielt selbst die „Verordnung über den Wirtschaftsplan für 1949, das erste Jahr des Zweijahrplanes vom 30. März 1949“⁷⁹ „nur grob formulierte Mengenkennziffern. Planmethodik und Ziele wurden noch mehrfach geändert, bei ‘dem’ Zweijahrplan handelte es sich also faktisch um ein Konglomerat verschiedener Pläne“⁸⁰. Die Annahme der SED-Führung, die SBZ wäre zu Beginn des Jahres 1949 für den Start in die zentral geplante Wirtschaft ausreichend vorbereitet gewesen, stützte sich insbesondere auf einen hohen Grad ihrer Institutionalisierung. Die tatsächliche Leistungsfähigkeit der neu geschaffenen Einrichtungen fand dabei keine Beachtung, zumal es sich insbesondere um bürokratische Organe zur Verwaltung und Kontrolle handelte. Für den vermeintlich vollendeten „demokratischen“ Aufbau der Wirtschaft standen Institutionen, wie z.B. die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK), Vereinigungen volkseigener Betriebe (VVB), Volkseigene Betriebe (VEB), Zentrale Kontrollkommission (ZKK), Ausschuß zum Schutze des Volkseigentums, Revisions- und Treuhandanstalt für die sowjetische Besatzungszone (RTA), Deutsche Notenbank, Deutsche Investitionsbank (DIB), Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB) und die Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL).⁸¹ Daß keine dieser Institutionen in der Lage war, der „demokratischen Wirtschaft“ zum gewünschten Erfolg zu verhelfen, wurde durch regelmäßige Umstrukturierungen dokumentiert, wodurch ihre Leistungsfähigkeit immer wieder verbessert werden sollte. Die wirtschaftlichen Erfolge ließen

Buck, Hansjörg F., Formen, Instrumente und Methoden zur Verdrängung, Einbeziehung und Liquidierung der Privatwirtschaft in der SBZ/DDR, in: Deutscher Bundestag (12. Wahlperiode) (Hrsg.), Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Bd. II,2, Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung, Frankfurt 1995, S. 1091.

77 RAU, Planaufgaben, S. 1.

78 FND Nr. 1, S. 4 in: DN5-1132.

79 ZVOBl Nr. 27/1949, S. 221-225.

80 ZANK, Zentralverwaltungen, S. 272.

81 23. November 1948: Als logische Konsequenz fortschreitender Zentralisierung der SBZ-Wirtschaft wurden die Betriebsräte den Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL) angeschlossen und damit faktisch aufgelöst. Die BGL waren verpflichtet, Beschlüsse des FDGB mitzutragen. Das bedeutete die „Verstaatlichung“ der Betriebsräte und somit das Ende der letzten eigenständigen Arbeitnehmervertretung in der SBZ/DDR.

zweifellos zu wünschen übrig. Weder das Ergebnis der Produktion, noch die Fortschritte im Planungsprozeß konnten überzeugen. Fritz Lange⁸², Vorsitzender der ZKK bemerkte am 1. Dezember 1948 auf der DWK-Plenarsitzung: *„Nicht wir leiten die Wirtschaft, sehr oft leitet die Wirtschaft uns.“*⁸³

-
- 82 Lange, Fritz, 1898-1981, geboren in Berlin, Vater Kaufmann; 1904-12 Siemens-Oberrealschule in Charlottenburg, 1912-17 Preparandenanstalt und. Lehrerseminar in Neuruppin; 1917/18 Kriegsdienst; 1919 staatlicher Sonderlehrgang für Kriegsseminaristen an der Berliner Universität, Lehrerprüfung; 1919-24 Volksschullehrer in Neukölln; 1919 USPD, 1920 KPD; 1921-24 Mitglied der Reichsleitung, der Kommunistischen Kindergruppe; 1922-24 kulturelle Mitarbeit in der Berliner Gesandtschaft der Sowjet-Ukraine; 1924 Sekretär der Kinderhilfe der Internationalen Arbeiterhilfe (IAH); 1924 aus dem Schuldienst entlassen; 1925 Redakteur beim Pressedienst des Zentralkomitee der KPD; 1925-28 leitender Funktionär im Roter Frontkämpferbund; 1925-33 Bezirksverordneter in Neukölln u. Stadtverordneter in Berlin, Vorsitzender der KPD-Fraktion der Bezirksverordnetenversammlung, Mitglied, auch Vorsitzender verschiedener Deputationen, Ausschüsse, Aufsichts- und Verwaltungsräte beider Verordnetenversammlungen; 1927-33 Redaktion in der Abteilung Agitation und Propaganda des Zentralkomitee der KPD; 1930-32 leitender Funktionär in der Reichsleitung des Kampfbunds gegen den Faschismus; 1933 KZ Sonnenburg; anschließend bis 1942 Arbeiter bzw. kaufmännischer Angestellter; 1935-42 illegaler Widerstand, u.a. in der Gruppe Bästlein-Guddorf, u.a. Mitherausgeber der illegalen Zeitung „Die innere Front“; 1942 verhaftet, 1943 vom Volksgerichtshof zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt, bis 1945 inhaftiert, u.a. in Brandenburg-Görden. 1945-1948 Oberbürgermeister von Brandenburg (Havel); 1948/49 Leiter der Hauptabteilung der Zentralen Kontrollkommission bei der DWK, 1949-54 der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle; 1950-58 Abgeordneter der Volkskammer und Kandidat des Zentralkomitee der SED; 1954-58 Minister für Volksbildung (Nachfolger von Else Zaisser); 1958 abgelöst nach Kritik auf dem V. Parteitag der SED; 1960/61 Mitarbeiter im Deutschen Institut für Militärgeschichte in Potsdam; ab 1961 Rentner. Nach: Barth, Wer war wer, S. 435.
- 83 Zitiert nach ZANK, Zentralverwaltungen, S. 275.

2 Die volkseigene Wirtschaft - Basis kommunistischer Utopie und Herrschaftssicherung

2.1 Das „Volkseigentum“ - Kunstbegriff ohne Realitätsbezug

Im Gewinnstreben und dem Wunsch, wirtschaftliche Macht anzuhäufen und auszuüben sahen die RTA-Verantwortlichen den Motor der kapitalistischen Wirtschaft. Hierunter verstanden sie sowohl Privatwirtschaft als auch Staatswirtschaft. In beiden Fällen würde „der Arbeiter“ durch „den Kapitalisten ausgebeutet“. Schließlich gäbe es im Rahmen dieser Wirtschaftsordnungen (noch) „keine einheitliche Klasse von Werktätigen, sondern herrschende Kapitalisten und von diesen beherrschte Arbeiter“¹. Alfred Lemmnitz² erklärte in der „Deutschen Finanzwirtschaft“ den „Grundwiderspruch der kapitalistischen Gesellschaft“ getreu seiner marxistischen Überzeugung: Im Kapitalismus erfolge eine private Aneignung der Produktion, die ihrem Charakter nach nur gesellschaftlich sein könne. Die Arbeiterschaft würde auf diesem Wege um ihren gerechten Lohn gebracht.³ Diese Zustände wären, so die RTA, durch den Sozialismus zu beenden. Gleichzeitig müsse er sich bemühen um die „Sicherung und Steigerung der Produktivität, Wirtschaftlichkeit und Rentabilität der Betriebe“⁴. Voraussetzung dafür war die Verstaatlichung der Wirtschaft: Die entscheidenden Betriebe mußten zunächst enteignet werden, um sie dann in eine neue Eigentumskategorie zu überführen, in sogenanntes Volkseigentum. Ein Vorhaben, von dem niemand wußte, wie es konkret eigentlich durchzuführen wäre. Noch in ihrem Vermächtnis klagte die RTA über Schwierigkeiten, die verstaatlichten „Betriebe zu einer reibungslosen Zusammenarbeit sowohl untereinander als auch mit dem verbleibenden privaten Sektor der Wirtschaft zu bringen [...] und sie zu rechten Volksbetrieben zu machen“⁵.

1 DN5-261, S. 31.

2 Lemmnitz, Alfred, geb. 27.6.1905, Volksbildungsminister, geboren in Taucha (b. Weißenfels), Volksschule, Ausbildung zum Schriftsetzer, im Beruf tätig; VHS, Begabtenprüfung, kurzes Studium der Volkswirtschaft an der Universität Leipzig; 1927-31 SPD, Jugendleiter in der sozialistischen Arbeiterjugend, 1931 KPD, Jugendleiter im kommunistischen Jugendverband Deutschlands (KJVD), 1932/33 Leiter Agitation und Propaganda im KPD-Unterbezirk Duisburg; 1933 nach zweiter Verhaftung KZ Börgermoor, dann Esterwegen; 1937 Entlassung, Emigration nach Holland, Mitglied der Emigrationsleitung der KPD, 1940 nach dem Einmarsch der Wehrmacht verhaftet, 1941 vom Volksgerichtshof zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt, bis 1945 in Brandenburg-Görden. 1945 Stadtrat für Volksbildung in Berlin-Spandau; 1946 SED, Wiederaufnahme des Studiums, 1948 Promotion an der Universität Leipzig; 1948-53 Lehrstuhlleiter für Politische Ökonomie an der Parteihochschule, 1953-55 Professor für Politische Ökonomie an der Universität Rostock; 1955 Rektor der Hochschule für Finanzwirtschaft, 1956-58 der Hochschule für Ökonomie Berlin; 1958-63 Minister für Volksbildung (Nachf. von Fritz Lange); 1965-71 stellvertretender Direktor des Deutschen Wirtschaftsinstituts, nach dessen Aufgehen im 1971 gegründeten Institut für Internationale Politik und Wirtschaft dort noch einige Zeit Mitarbeiter. Aus: BARTH, Wer war wer, S. 449.

3 Lemmnitz, Alfred, Die Wandlung des Wesens und der Funktionen der Steuern im Sozialismus, in: DFWI, 2/49, S. 59-61.

4 DN5-261, S. 37.

5 DN5-261, S. 48.

2.1.1 Versuch einer Begriffsbestimmung

Die Liquidierung der bisherigen Produktionsverhältnisse in der SBZ bedeutete selbstverständlich auch die Umsetzung des kommunistischen Postulates über die Enteignung der Produktionsmittel. Das Augenmerk der neuen Machthaber konzentrierte sich dabei nach offizieller Lesart zunächst auf Konzerne, die für den Kriegsausbruch mitverantwortlich gemacht wurden, führende NSDAP-Angehörige sowie „Kriegsverbrecher und Spekulantenunternehmen“, worunter fast alle Unternehmen hätten subsumiert werden können. *Mit ihrer Enteignung wurde nach Aussage der RTA „eine Eigentumsform geschaffen, die sich [...] als ein ganz neuer Rechtsbegriff darstellt: Das Volkseigentum“*⁶. Dieser Begriff ging nach Darstellung der RTA weit über den bisherigen Eigentumsbegriff hinaus. Was aber konkret darunter zu verstehen war, wußte niemand. Darum blieb es bei Umschreibungen und der Definition einzelner Elemente, die sich aus der bisherigen Gesetzgebung unmittelbar erschlossen. Hierzu gehörte beispielsweise seine „Unantastbarkeit“. Volkseigentum wurde beschrieben als das „unveränderliche, unbeschränkte, keiner fremden Einwirkung unterliegende Eigentum des werktätigen Volkes an Betrieben, Unternehmen und sonstigen Vermögen, welche in Auswirkung der Enteignungsgesetze und Anordnungen in seine Hände überführt worden sind.“⁷ Hierbei spielte für die SBZ-Wirtschaftsführung keine Rolle, in welcher der Besatzungszonen sich einzelne Teile der enteigneten Unternehmen befanden, und sie hielt unablässig an dem Anspruch fest, auch in den Westzonen liegende Wirtschaftsgüter verstaatlichen zu wollen. Dabei berief sie sich auf die Kontrollratsproklamation Nr. 2 vom 20. September 1945⁸, die in allen Besatzungszonen Gültigkeit besaß und den ihrer Meinung nach darauf aufbauenden SMAD-Befehl Nr. 124 vom 30. Oktober 1945⁹ sowie die darauf folgenden Enteignungsgesetze in den Ländern und Provinzen der SBZ. Ziel der SBZ-Verwaltung war „eine zwangsweise Durchsetzung“¹⁰ dieser Ansprüche, die allerdings am Widerstand der westlichen Gerichte scheiterte. Diese legten für die Beurteilung von Besitzansprüchen grundsätzlich das Territorialitätsprinzip zugrunde. Daß der Begriff vom „Volkseigentum“ nicht nur abstrakt verstanden sondern absolut wörtlich genommen wurde, zeigte sich beispielsweise an der Regelung der Gebrauchsüberlassung von Vermögensgegenständen zwischen volkseigenen Betrieben: Sie konnte „immer erfolgen, da die überlassenen Objekte in der Hand des Volkes [blieben]. Nur [konnte] diese nicht die Form von Miet- oder Pachtverträgen haben, weil Eigentümer und Besitzer in diesen Fällen immer das Volk [blieb], und niemand sich selbst eine Sache vermieten oder verpachten kann.“¹¹

6 DN5-261, S. 60.

7 DN5-261, S. 62.

8 Proklamation Nr. 2 des Alliierten Kontrollrates vom 20. September 1945 bez. der zusätzlich an Deutschland gestellten Forderungen, in: Amtsblatt der Kontrollrates in Deutschland, S. 8.

9 SMAD-Befehl Nr. 124 vom 30. Oktober 1945, über die „Beschlagnahme und provisorische Übernahme einiger Eigentumskategorien in Deutschland (Sequesterbefehl)“ und Befehl Nr. 126 vom 31. Oktober 1945, über die „Konfiszierung des Vermögens der NSDAP“ in: BArch, DZVI, G-2, 1072, Bl. 167f. und 177ff. Ebenda: Briefe der DZVI an die LVS betreff: „Auslegung des Befehls Nr. 124“, S. 168f.

10 DN5-261, S. 66.

11 DN5-261, S. 67.

2.1.2 Chronologie der Enteignung

Als „erster Schritt in Richtung Enteignung von Privatbetrieben“¹² erfolgte am 23. Juni 1945 Befehl Nr. 01 der Besatzungsmacht.¹³ Bankenschließung und Kontensperre sicherten der Besatzungsmacht auf Kosten der Alteigentümer den Zugriff auf 57 Mrd. RM allein an Buchgeldbeständen.¹⁴ Ein weiteres Mittel der Enteignung war die Steuer. Eine Progression von bis zu 95 Prozent sowie herabgesetzte Freibeträge belasteten private Einkommen, während volkseigene Betriebe - soweit sie Gewinne erwirtschafteten - maximal bis zu 65 Prozent Körperschaftsteuer zu entrichten hatten.¹⁵ Die Anordnung des Kontrollrates in der Proklamation Nr. 2 vom 20. September 1945 diente der sowjetischen Besatzungsmacht zur Rechtfertigung der systematischen Enteignung privater Produktionsmittel. Die Proklamation bestimmte, so die Interpretation der RTA, die Kontrolle und Sicherstellung von Vermögenswerten und überließ die Regelungen im Detail den Anweisungen und Befehlen der Alliierten Vertreter der jeweiligen Besatzungszonen.¹⁶ Die SMAD leitete daraus die Legitimierung ihres Befehls Nr. 124, des sogenannten Sequesterbefehls, vom 30. Oktober 1945 über die „Beschlagnahme und provisorische Übernahme einiger Eigentumskategorien“ ab. Dieser ordnete an, die Beschlagnahme und Unter-Sequester-Stellung des Vermögens der NSDAP, ihrer Gliederungen, der aktiven Nazis, Kriegsverbrecher und Kriegsinteressenten in der SBZ vorzunehmen.¹⁷ Mit SMAD-Befehl Nr. 154 vom 21. Mai 1946¹⁸ wurden die laut Befehl Nr. 124 enteigneten Kategorien in landeseigenen Besitz überführt. Der Kreis derer, die enteignet werden sollten, war groß - ebenso groß wie das Anliegen der Besatzungsmacht, Produktionsmittel zu verstaatlichen und derart der unmittelbaren, eigenen Verfügung zu unterwerfen. Dementsprechend breit gefächert war das Spektrum verschiedener Anschuldigungen, denen sich kaum jemand entziehen konnte, wenn er zum Personenkreis gehörte, der über Produktionsmittel verfügte, auf die der sozialistische Staat Anspruch erhob. Entnazifizierung und Entmilitarisierung waren der beste Deckmantel zur Vorbereitung der sozialistischen Wirtschaftsordnung. Der „Sequesterbefehl“ bildete dabei die „rechtliche“ „Grundlage für die im Jahre 1946 in den fünf Ländern der Ostzone ergangenen Gesetze und Verordnungen, durch welche ‘das ganze Vermögen der Naziartei und ihrer Gliederungen und die Betriebe und Unter-

12 SCHWARZER, Sozialistische Zentralplanwirtschaft, S. 40.

13 SMAD-Befehl Nr. 01 vom 23. Juli 1945 betr. die Neuorganisation der deutschen Finanz- und Kreditorgane, in: Verordnungsblatt für die Provinz Sachsen 1945, 1, S. 16-18.

14 ZSCHALER, Frank, Die vergessene Währungsreform, Vorgeschichte, Durchführung und Ergebnisse der Geldumstellung in der SBZ 1948, in: BRACHER, Karl Dietrich und SCHWARZ, Hans-Peter und MÖLLER, Horst, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Nr. 2, München 1997, S. 191-123, hier: S. 217f.

15 SCHWARZER, Sozialistische Zentralplanwirtschaft, S. 40f. sowie: GLEITZE, Bruno, Die Wirtschaftsstruktur der Sowjetzone und ihre gegenwärtigen sozial- und wirtschaftsrechtlichen Tendenzen, Bonn 1951, S. 6.

16 Proklamation Nr. 2 des Alliierten Kontrollrates vom 20. September 1945 bez. der zusätzlich an Deutschland gestellten Forderungen, in: Amtsblatt der Kontrollrates in Deutschland, S. 8.

17 DN5-261, S. 32, 60.

18 SMAD-Befehl Nr. 154 vom 21. Mai 1946 über die Übermittlung von konfisziertem und sequestriertem Gut in den Besitz und zur Verwendung der deutschen Selbstverwaltungen, in: Amtsblatt der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern 1946, 4, S. 76-77.

nehmen der Kriegsverbrecher, Führer und aktiven Verfechter der Naziartei und des Nazistaates, wie auch die Betriebe und Unternehmen, die aktiv den Kriegsverbrechern gedient haben', enteignet und in das Eigentum des Volkes überführt wurden.“¹⁹ Am 30. April 1946 wurde nach gewaltigem propagandistischem Aufwand ein „Volksentscheid“ in Sachsen durchgeführt.²⁰ Dabei sollte die Bevölkerung über die Annahme des „Gesetzes über die Übergabe von Betrieben von Kriegs- und Naziverbrechern in das Eigentum des Volkes vom 30. Juni 1946“²¹ entscheiden. Die Abstimmung ergab in Sachsen eine Mehrheit von über 77 Prozent für die Annahme des Gesetzes²², woraufhin auch in den übrigen Ländern - allerdings ohne weiteres Plebiszit - entsprechende Gesetze erlassen wurden.²³ Unter Berufung auf die ausdrückliche Zustimmung des Volkes wurden daraufhin 45 Prozent der Gesamt-Wirtschaftskapazität der SBZ enteignet.²⁴ Die Nazivergangenheit des betroffenen Personenkreises spielte dabei eine weniger wichtige Rolle als Höhe und Art ihres Vermögens. Zahlreiche Menschen wehrten sich gegen die willkürlichen Enteignungen. Erfolg hatten die wenigsten und im April 1948 wurde das gesamte Verfahren mit einem neuen Befehl der Besatzungsmacht für abgeschlossen erklärt: Der SMAD-Befehl Nr. 64 vom 17. April 1948 „Über die Beendigung der Sequesterverfahren in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands“²⁵ bestätigte die von April bis August 1946 in den Län-

19 DN5-261, S. 32, 60.

20 Zum Volksentscheid vom 30. Juni 1946 vgl. HALDER, Winfrid, Der Volksentscheid in Sachsen 1946, in: SCHNEIDER, HARBRECHT, Wirtschaftsordnung, S. 105-129 und KLUGE, Ulrich, Die Ergebnisse des Volksentscheids vom 30. Juni 1946, ebenda, S. 129-138.

21 In: Gesetze, Befehle, Verordnungen, Bekanntmachungen nach den Veröffentlichungen der Landesregierung Sachsen, Allgemeine Verwaltung und Kommunalwesen, Teil B, Bl. 134, S. 31f. Die genannte Quelle enthält eine reichhaltige Dokumentation des Volksentscheids in Form etlicher Verordnungen, Bekanntmachungen, eines Aufrufs und einer Deklaration der LVS zur Vorbereitung der Abstimmung, über den „Dank der Landesverwaltung Sachsen“ mit dem Untertitel „Das sächsische Volk bestand seine Bewährungsprobe“ (Bl. 134, S. 32), bis hin zur Bekanntmachung des Abstimmungsergebnisses und die Durchführungsverordnung des Gesetzes vom 30. Juni 1946.

22 Von 3.461.065 Stimmen waren 5,82 Prozent ungültig, 16,56 lauteten auf Nein, 77,62 lauteten auf Ja, aus: Gesetze, Befehle, Verordnungen, Bekanntmachungen nach den Veröffentlichungen der Landesregierung Sachsen, Allgemeine Verwaltung und Kommunalwesen, Teil B, Bl. 135, S. 34.

23 *Sachsen*: Volksentscheid vom 30. Juni 1946 zum „Gesetz über die Übergabe von Betrieben von Kriegs- und Naziverbrechern in das Eigentum des Volkes vom 30. Juni 1946“.

Thüringen: „Gesetz betreffend die Übergabe von sequestrierten und konfiszierten Vermögen durch die Sowjet-Militär-Administration an das Land Thüringen“ vom 24. Juli 1946.

Sachsen-Anhalt: „Verordnung betreffend die Überführung sequestrierter Unternehmen und Betriebe in das Eigentum der Provinz Sachsen“ vom 30. Juli 1946.

Brandenburg: „Verordnung zur entschädigungslosen Übergabe von Betrieben und Unternehmungen in die Hand des Volkes“ vom 5. August 1946.

Mecklenburg: „Gesetz Nr. 4 zur Sicherung des Friedens durch Überführung von Betrieben (Eigentumskategorien) der faschistischen und Kriegsverbrecher in die Hände des Volkes“ vom 16. August 1946.

24 BMG (Hrsg.), SBZ von 1945 bis 1954, Bonn/Berlin 1956, S. 48. DN5-261, S. 32 und 61.

25 SMAD-Befehl Nr. 64 vom 17. April 1948 „Über die Beendigung der Sequesterverfahren in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands“, ZVOBl. 115/1948, S. 140, vgl. auch: DN5-261, S. 68.

dem und Provinzen vorgenommenen Enteignungen. Ziffer 2 enthielt entscheidende Passagen: Bei der DWK war ein „Ausschuß zum Schutze des Volkseigentums“ zu bilden, der die „Unantastbarkeit“ des Volkseigentums zu gewährleisten hatte. Der Befehl war die Reaktion der Besatzungsmacht auf den „DWK-Beschluß über die Beendigung der Tätigkeit der Sequesterkommissionen vom 31. März 1948“. Darin wurde die SMAD von der DWK gebeten, die „Enteignungen nach den von der „Zentralen Deutschen Kommission für Sequestrierung und Beschlagnahme“ gemäß den Beschlüssen der Regierungen der Länder vorgelegten Listen“²⁶ zu bestätigen. Anschließend war der SMAD-Befehl Nr. 124 vom 30. Oktober 1945 außer Kraft zu setzen und alle damit zusammenhängenden Kommissionen mit Stichtag zum 17. April 1948 aufzulösen. Im Anschluß an die Beendigung der Sequesterverfahren wurden Organisation und Verwaltung der volkseigenen Betriebe festgelegt. Im Mittelpunkt stand ihre Eingliederung in fachlich strukturierte, sogenannte Vereinigungen volkseigener Betriebe (VVB). Diese Neuorganisation erfolgte mit SMAD-Befehl Nr. 76 vom 23. April 1948 „über die Bestätigung der Grundlagen für die Vereinigungen und Betriebe, die das Eigentum des Volkes darstellen und Instruktionen über das Verfahren der juristischen Eintragung“²⁷. Die Erste Verordnung der DWK vom 28. April 1948 zur Ausführung des SMAD-Befehls Nr. 64 vom 17. April 1948²⁸ dehnte die Enteignungen aus auf vom Betrieb genutzte oder dem Betrieb zur Verfügung überlassene Vermögen, einschließlich aller Rechte, Warenzeichen, Gebrauchsmuster, Patente, Lizenzen und Beteiligungen. Es gehören dazu „auch alle Vermögensgegenstände, welche dem Betrieb ausschließlich oder überwiegend gedient haben, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um betriebseigene oder betriebsfremde gehandelt hat. Die Wirkung der Enteignung erstreckt sich auch auf Vermögensgegenstände, welche Dritten gehören, wenn dieser Dritte die Gegenstände dem Betrieb zum Gebrauch überlassen hatte. In diesen Fällen bricht Volkseigentum das Privateigentum!“²⁹ Dem *Schutz des Volkseigentums* diente auch die Zurückweisung von Verbindlichkeiten ehemals privater Betriebe. Es wurde unterschieden zwischen Verbindlichkeiten, die vor, bzw. nach dem 9. Mai 1945 entstanden waren. Die Erste Verordnung der DWK vom 28. April 1948 zum SMAD-Befehl Nr. 64³⁰ legte fest, daß alle Verbindlichkeiten aus der Zeit vor dem 9. Mai 1945 nicht vom volkseigenen Sektor übernommen werden durften. Verpflichtungen der Betriebe seit dem 8. Mai 1945 waren auf ihre Entstehung zu prüfen. Schulden, die aus nicht „betriebsdienlichen“ Krediten stammten, beispielsweise private Anschaffungen durch den Unternehmer, waren nicht anzuerkennen. Auch der *Binnenwährungstausch* in der SBZ vom Juni 1948, der offiziell das Etikett einer „Währungsreform“ erhielt, war nichts anderes die Kombination aus der Abschöpfung des aufgestauten Geldüberhangs sowie der Enteignung der verbliebenen privaten Wirtschaft. Bockierte Altguthaben aus der Zeit vor 1945, bzw. in der Zeit zwischen 1945 und 1948 neu erworbene Guthaben wurden nun zu großen Teilen endgültig der Staatskasse zugeführt: Während volkseigene Betriebe im Verhältnis 1:1 tauschten, wurden Privatbetriebe mit einem Kurs von 10:1 belastet.

26 Beschluß der DWK über die Beendigung der Tätigkeit der Sequesterkommissionen vom 31. März 1948, DFWI 7/8 1949, S. 56.

27 Incl. der Anlagen A, B, C, in: ZVOBl. 15/1948, S. 142.

28 ZVOBl. Nr. 15/1948, S. 141.

29 DN5-261, S. 64.

30 ZVOBl. Nr. 15/1948, S. 141.

Während Kredite, die bei den 1945 geschlossenen Banken bis zu diesem Datum aufgelaufen waren von Privat in voller Höhe an die Nachfolgeinstitutionen zurückzuzahlen waren, wurden die volkseigenen Betriebe schuldenfrei gestellt.³¹ Die Verordnung über die Bestrafung von Verstößen gegen die Wirtschaftsordnung vom 23. September 1948 (*Wirtschaftsstrafverordnung*)³² war in Zusammenarbeit zwischen DWK und den Zentralverwaltungen für Inneres und Justiz entstanden. Sie sollte den einmal erreichten Status quo sichern und sah vor, daß nach Ermessen der DWK alle Verstöße gegen die Anordnungen der DWK, insbesondere gegen die Volkswirtschaftspläne, als „Verbrechen“ mit hohen Geldstrafen, Gefängnis und Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft werden sollten. Sie wandte sich scheinbar vor allem gegen Schiebung und Bestechung, richtete sich aber tatsächlich gegen mißliebige Kräfte und politische Gegner der SED in der Verwaltung sowie in der öffentlichen und privaten Wirtschaft. Möglichkeiten zu getarnten Enteignungen bot insbesondere § 15: „(1) Besteht der dringende Verdacht, daß vom Inhaber oder Leiter eines Betriebes oder in einem Betriebe eine [...] strafbare Handlung begangen worden ist, so kann in jeder Lage des Verfahrens die vorläufige Verwaltung des Betriebes durch einen Treuhänder angeordnet werden. (2) Unter denselben Voraussetzungen kann in jeder Lage des Verfahrens eine Beschlagnahme des [...] der Einziehung unterliegenden Vermögens angeordnet werden.“³³ Die SMAD und kommunistische Parteifunktionäre in der deutschen Verwaltung waren die „eigentlich treibenden Kräfte“³⁴ hinter dem sogenannten Volksentscheid in Sachsen am 30. Juni 1946, demzufolge zunächst in Sachsen und anschließend in sämtlichen Ländern und Provinzen der SBZ tausende privater Betriebe enteignet und in Volkseigentum überführt wurden. So entstand der Grundstock für ein erhebliches Quantum derart „schutzbefohlener“ Werte auf dem Boden der SBZ.

31 SCHWARZER, Sozialistische Zentralplanwirtschaft, S. 41f. sowie FRENZEL, Paul, Die rote Mark, Herford 1989, S. 50.

32 ZVOBl. 41/1948, S. 439-443, vgl. auch DN5-261, S. 69.
Zur offiziellen Begründung der Einführung der Wirtschaftsstrafverordnung in der SBZ vgl. Weiß, Wolfgang, Die Wirtschaftsstrafverordnung für die sowjetische Besatzungszone, in: Neue Justiz, Nr. 9 1948, S. 182-188.

33 ZVOBl. 41/1948, S. 441.

34 KLUGE, Volksentscheid, S. 137.

*Tabelle 1: Der Volksentscheid in Sachsen vom 30. Juni 1946*³⁵

Ursprüngliche Zahl der Liste-A-Betriebe ³⁶	4.300
Ursprüngliche Zahl der Liste-B - Betriebe ³⁷	300
Zur Abstimmung stehende Betriebe, nachdem vor dem 30. Juni 1946 noch etliche aus den Listen gestrichen worden waren	2.400
Entschädigungslos enteignete Betriebe	1.760
Übernahme durch das Land Sachsen (insb. Schwer-, Kohlen-, Erz-, und Energieindustrie)	1.002
Umwandlung in „Kommunale Wirtschaftsunternehmen“ (Bau, Autoreparatur)	278
Übergabe an Konsumgenossenschaften (insb. Nahrungsmittel)	70
Verkauf an sog. „Antifaschisten“	380
Ergebnis der Abstimmung: 77,7%: Ja, 16,5%: Nein, 5,8%: ungültig	

*Tabelle 2: Gesamtzahl der in Volkseigentum überführten Betriebe*³⁸

Länder	Betriebe
Sachsen	2.297
Sachsen-Anhalt	2.064
Thüringen	2.609
Brandenburg	1.428
Mecklenburg	883
Insgesamt	9.281

Etwa 40.000 industrielle Betriebe, „Zensusbetriebe“ genannt, wurden verpflichtet, Produktionsmeldungen abzuliefern. Davon waren ca. 3.000 verstaatlicht worden. Diese knapp 8 Prozent volkseigener Industriebetriebe erzeugten durchschnittlich ca. 40 Prozent der industriellen Produktion der sowjetischen Besatzungszone.³⁹ Dabei war der Anteil einzelner Wirtschaftssektoren sehr unterschiedlich:

35 DUHNKE, Stalinismus, S. 95-98.

36 Liste A: Betriebe, die später in „Volkseigentum“ überführt werden sollten.

37 Liste B: Betriebe, die bereits beschlagnahmt worden waren, deren Rückgabe wegen „ungenügender Belastung“ aber möglich erschien.

38 Bezogen auf das 1. Quartal 1948. DN5-261, S. 40.

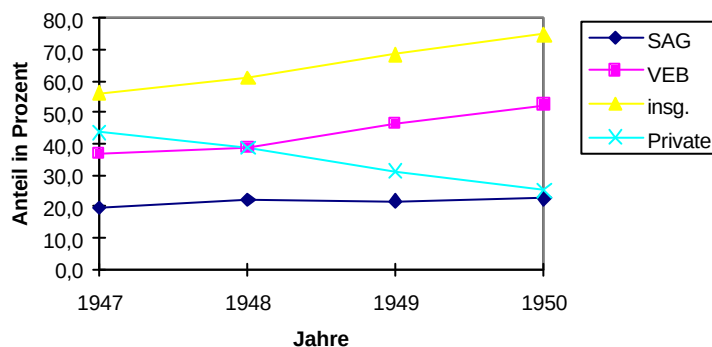
39 BMG (Hrsg.), Die Enteignungen in der sowjetischen Besatzungszone und die Verwaltung des Vermögens von nicht in der Sowjetzone ansässigen Personen, Bonn 1956, S. 13.

Tabelle 3: Anteil der volkseigenen Industrie an der Gesamtproduktion einzelner Branchen⁴⁰

Sektor	Anteil in %
Kohle	99,0
Metallurgie	53,9
Zellstoff und Papier	44,5
Maschinenbau	40,8
Chemie	35,4
Elektrotechnik	32,7
Textil	31,7
Nahrung und Genuß	13,6
Kosmetik	6,5

Die folgende Graphik dokumentiert die fortschreitende Verstaatlichung durch Enteignung der privaten Wirtschaft in der SBZ. Während sich der Anteil an der Gesamtproduktion, erwirtschaftet durch sowjetischer Aktiengesellschaften (SAG), bei relativ konstanten 20 Prozent hielt, stieg der Anteil volkseigener Betriebe zwischen 1947 und 1950 von unter 40 auf rund 50 Prozent. Gleichzeitig wurde der Anteil von Betrieben in Privatbesitz immer weiter reduziert. Machte er 1947 noch etwa 45 Prozent aus, lag er 1950 nur noch knapp über 20 Prozent.

Abbildung 1: Die ökonomische Struktur des Volkseigentums: Industrie insgesamt⁴¹



Die ehemals privaten Unternehmen wurden in das Eigentum der Länder überführt. Branchengebunden zog man die nun „landeseigenen Betriebe“ in Industrie-Verwaltungen oder Industrie-Gruppen zusammen. Verwaltungen und Gruppen unterstellte man ihrerseits einer bestimmten Hauptverwaltung, die „als Anstalt oder Körperschaft des öffentlichen Rechts entweder selbst Vermögensträger [war]

⁴⁰ Bezogen auf das 1. Quartal 1948. DN5-261, S. 41.

⁴¹ Erstellt nach KRAUSE, Werner, Die Entstehung des Volkseigentums in der Industrie der DDR, Berlin 1958, S. 108, Tab. 14.

oder [als] Vermögensverwalter für das als Vermögensträger auftretende Land“⁴² operierte. Zunächst gab es zwischen den verschiedenen Ländern der SBZ bezüglich der betriebswirtschaftlichen Behandlung der Betriebe noch Unterschiede. Beispielsweise wurde in Sachsens Betrieben die Bilanz-Kontinuität unterbrochen und eine Eröffnungsbilanz zum 1. Juli 1946 erstellt, was in Thüringen nicht geschah. In Sachsen wurden durch eine sogenannte Branchenbereinigung über 60 Industrie-Verwaltungen auf 25 reduziert. Länderspezifische Eigenheiten fanden durch die SMAD-Befehle Nr. 64 vom 17. April 1948 (Beendigung der Sequesterverfahren) und Nr. 76 vom 23. April 1948 (Gründung der VVB) sowie Anordnungen der zusehends erstarkenden DWK endgültig ihr Ende.

2.1.3 Das Prinzip der „Unantastbarkeit“ - Maßnahmen zur „Sicherung“ des Volkseigentums

Ziffer 2 des SMAD-Befehls Nr. 64 vom 17. April 1948 erklärte das Volkseigentum für unantastbar, d.h., Verkauf, Verpfändung oder Rückgabe an Privatpersonen und Organisationen wurde verboten. Ebenfalls nicht statthaft waren, von wenigen Ausnahmen abgesehen, Vermietung oder Verpachtung von Volkseigentum.⁴³ Was einmal in den „Besitz des Volkes“ übergegangen war, durfte nicht wieder in privaten Besitz gelangen. Die RTA interpretierte Ziffer 2 des SMAD-Befehls Nr. 64 vom 17. April 1948 folgendermaßen: „Die Unantastbarkeit des Volkseigentums ist von weittragender Bedeutung. Sie sichert seinen unveränderten Bestand und gibt dadurch die Gewähr für die restlose Erfüllung der ihm zugefallenen Aufgaben.“⁴⁴ Der radikale Anspruch von „Unantastbarkeit“ setzte die Möglichkeit einer klaren Unterscheidung von Volkseigentum und Nicht-Volkseigentum voraus. Seit 1945 gab es Kämpfe darum, was dem Komplex „Volkseigentum“ angehören sollte. Diese Auseinandersetzungen endeten nicht mit SMAD-Befehl Nr. 64 über die Beendigung der Sequesterverfahren vom 17. April 1948, sondern auch danach gab es immer wieder Bestrebungen, den volkseigenen Sektor zu vergrößern. Dazu diente insbesondere Richtlinie 3 zum Befehl Nr. 64.⁴⁵ Unter Berufung darauf wurden auch weiterhin Betriebe „in Volkseigentum überführt“, nachdem man ihnen eine wirtschaftliche Abhängigkeit zu mittlerweile enteigneten Betrieben unterstellte. „Auf diese Weise wurden bis in das Jahr 1952 hinein noch Betriebe enteignet, die in den von der SMAD bestätigten Enteignungslisten nicht geführt wurden.“⁴⁶ Dabei entwickelten die Beteiligten – das waren auch Teile der sogenannten werktätigen Bevölkerung – eine Art „sozialistischen Gerechtigkeitsgefühls“, das sich in vorausseilendem Gehorsam zeigte und der Praxis willkürlicher Enteignungen Vorschub leistete. Als Beispiel sei der Fall des Maschinenverleihs an das VEB Dampfhammerwerk und Gesenkschmiede Grossenhain genannt: Für den Betrag von 12.643,- DM pro Jahr mußte sich der volkseigene Betrieb seine wichtigsten Produktionsmittel, fünf große Hämmer und Pressen, sowie eine Shapingmaschine von einem privaten Unter-

42 DN5-261, S. 39.

43 Die Zweite Verordnung der DWK zur Ausführung des SMAD-Befehls Nr. 64, Ziffer 1, erlaubte, daß „kleine Betriebe in Ausnahmefällen an demokratisch bewährte Personen verkauft oder verpachtet werden [können].“ ZVOBl. Nr. 15/1949, S. 141f.

44 DN5-621, S. 68.

45 Richtlinie Nr. 3 zur Ausführung des SMAD-Befehls Nr. 64/1948, über die Enteignung sonstiger Vermögen, ZVOBl. 1948, S. 449, sowie BMG (Hrsg.), Enteignungen, S. 64f.

46 Vgl. BMG (Hrsg.), Enteignungen, 14ff, hier S. 18.

nehmen leihen. Dies wurde von der Leitung des VEB als Widerspruch zur oben genannten ersten Verordnung der DWK vom 28. April 1948 verstanden, obwohl die Geschäftsverbindung zwischen dem volkseigenen Dampfhammerwerk und der Verleih-Firma aus Dresden offensichtlich erst danach zustande gekommen war. Betriebsleitung und Revision waren sich darin einig, es wäre inakzeptabel, daß der VEB als Gegenleistung für die Benutzung der oben genannten Maschinen an eine Privatperson Gelder zu entrichten habe: „Die Firma [VEB Dampfhammerwerk Grossenhain] hat in einem Schreiben an HV-Kohle in Anbetracht der Tatsache, daß an einen Privatmann jährlich rund DM 12.500,- Leihgebühr gezahlt werden müssen, um Bereinigung der Angelegenheit gebeten, in dem Sinne, dass die Maschinen über irgend einen Weg in den Besitz des Volkes übergehen müssten.“⁴⁷ Der DIB-Prüfer teilte diese Ansicht und fügte seinem Bericht folgende Bemerkung hinzu: „Ich bin der Meinung, dass es an der Zeit ist, dem Zustand des mühelosen Gewinnes, durch hierfür zuständige Stellen ein Ende zubereiten.“⁴⁸ Den leichtesten Weg, diese Maschinen „über irgend einen Weg“ in den Besitz des Volkes zu überführen, bot die Wirtschaftsstrafverordnung. Bloße Anschuldigungen reichten ggf., um Unternehmer zu kriminalisieren und damit die Möglichkeit vorzubereiten, deren Besitz nach § 15 der Verordnung in Volkseigentum zu überführen. Generell standen die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen volkseigenen und privaten Betrieben auf tönernen Füßen. Man versuchte innerhalb des volkseigenen Sektors, der VEB und VVB, mit allen Mitteln zu verhindern, auf private Leistungen zurückzugreifen. Dahinter stand die Vorstellung, es entstünde ein Abfluß volkseigener Mittel in private Betriebe, wodurch diese gestärkt würden und der volkseigene Sektor automatisch eine Schwächung hinzunehmen habe. Das wäre den beteiligten VEB ggf. nicht nur anzulasten, sondern hätte in Anbetracht der deklarierten Unverletzlichkeit des Volkseigentums vielleicht sogar als Gesetzeswidrigkeit ausgelegt werden können. Aus diesem Grunde tat sich das Dampfhammerwerk auch damit schwer, andere Leistungen privater Anbieter in Anspruch zu nehmen, wenn sie von volkseigenen Betrieben gleichfalls angeboten wurden. Es wartete bis März 1949, um „nach scheinbar schlechten Erfahrungen [mit der volkseigenen Wirtschaft]“⁴⁹ schließlich doch einen privaten Architekten zu beauftragen, sich der Investitionsobjekte - Erweiterungsbauten - anzunehmen. In weiten Teilen waren die Baumaßnahmen aber schon durch volkseigene Betriebe so laienhaft begonnen worden, daß sie im Prüfungsbericht als „Katastrophe in Hinsicht auf Gewissenhaftigkeit in den Vorarbeiten zur Planung [und als] Fehldisposition“⁵⁰ bezeichnet wurden. Wachsende Distanz zur Privatwirtschaft verstärkte die ohnehin vorhandenen Autarkiebestrebungen im volkseigenen Sektor. Das bedeutete einen systematischen Rückzug von der arbeitsteiligen Wirtschaft, der mit zunehmender Ineffizienz einhergehen mußte.⁵¹ Hinzu kam, daß der private Wirtschafts-

47 DN3-1095, PB über VEB Dampfhammerwerk und Gesenkschmiede Grossenhain vom 31. Dezember 1949, Bl. 5.

48 Ebenda.

49 DN3-1095, TB des VEB Dampfhammerwerk und Gesenkschmiede Grossenhain vom 30. Dezember 1949, S. 2f.

50 Ebenda.

51 Welche Ausmaße das Autarkiestreben sozialistischer Wirtschaftseinheiten schlussendlich annehmen konnte verdeutlicht der Fall des Kombines VEB Carl Zeiss Jena. Der frühere Generaldirektor Wolfgang Biermann erinnerte sich: „Es waren etwa 30 Betriebe. Dieses Kombinat war so aufgebaut worden, daß wir von fast niemandem abhängig waren. [...] Wir hatten einen Eigenherstellungsgrad, der im Verhältnis zu

sektor bei der offiziellen Zuteilung von Material- und Arbeitskräften benachteiligt wurde. Langfristig sollte er in dazu gebracht werden, sich dem volkseigenen Sektor anzuschließen. Die Führung der SED schickte sich also an, die Kapazitäten privater Betriebe in das System der offiziellen Wirtschaftspläne einzubinden. Dies geschah mit „Anordnung der DWK über die Regelung der Vertragsbeziehungen zwischen den privaten und volkseigenen sowie genossenschaftlichen Betrieben und staatlichen Handelsorganisationen“ vom 18. Mai 1949.⁵² In Zukunft sollten neu zu gründende Kontore Verträge zwischen volkseigenen Betrieben und Privatbetrieben vermitteln oder selbst abschließen. Spezielle Kreditbedingungen für Privatbetriebe waren künftig durch die HV Finanzen - Wirtschaftsplanung und Materialversorgung bei der DWK auszuarbeiten.⁵³

2.1.4 Die Organisation des Volkseigentums - Volkseigene Betriebe (VEB) und Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB)

Der wichtigste Unterschied zwischen den Wirtschaftsordnungen in der SBZ/DDR und der Bundesrepublik Deutschland lautete: „Markt oder Plan?“⁵⁴

In der Marktwirtschaft erfolgt die Versorgung der Gesellschaft mit Gütern und Dienstleistungen über eigenständige Produktions- und Konsumententscheidungen der Unternehmen und Haushalte, die unter Berücksichtigung freier Preise und Märkte erfolgen. Sogenannte „Marktlücken“ oder was dafür gehalten wird, führen zum Entstehen neuer Unternehmen, die sich unter der Annahme zu erwartender Gewinne am Versorgungsprozeß beteiligen. Das Anliegen privater Wirtschaftsunternehmen ist nicht uneigennützig sondern gilt der erhofften Gewinnerwartung. Gewinne aber bedeuten Sicherheit für die stets vom Wettbewerb bedrohten Wirtschaftssubjekte. Auf dem Markt stößt das Angebot des Unternehmens auf Nachfrage; die Nachfrage beeinflusst das kommende Angebot des Unternehmers: Verkaufserfolge ziehen normalerweise die Ausweitung des Angebotes nach sich, denn bestehende Unternehmen weiten ihre Produktion aus, während Marktzugänger hinzustoßen. Alle versuchen, auf diesem Wege Umsätze und Gewinne zu steigern. Das vergrößerte Warenangebot, bzw. die, relativ betrachtet, kleiner werdende Nachfrage lassen die Preise sinken und aufgrund verminderter Gewinnaussichten der Anbieter schrumpft in der Folge das Güterangebot wieder.

den westlichen Monopolen völlig unreal war. [...] Bei unseren Hochleistungsgeräten kam es auf Zehntel Druckguß an, das konnte uns keine allgemeine Aluminium-Gießerei liefern, die ja ihre Tonnen und Massen bringen mußten. [...] Die Autarkie ging soweit, daß das Kombinat eigene Aktiengesellschaften im westlichen Ausland unterhielt, um den dortigen Absatz durchführen zu können.“ Aus: BIERMANN, Wolfgang, Ich mußte ein König der Improvisation sein, in: PIRKER u.a., Der Plan als Befehl und Fiktion, S. 215ff.

52 ZVOBl. Nr. 44/1949, S. 385, vgl. auch: FND Nr. 4, S. 45.

53 Die „Umarmung“ privater Unternehmen durch die Zentralplanbürokratie und so erzwungene Wechsel eines privat geführten Unternehmens in den volkseigenen Sektor wurde exemplarisch herausgearbeitet in: MARTIN, Freitaler Stahl-Industrie.

54 Vgl. SCHNEIDER, Jürgen, Markt gegen Plan. Wettbewerb der Systeme, in: SCHÄFER, 50 Jahre Deutschland, S. 28-34, hier S. 28, sowie HERBST, Ludolf, Von der NS-Kriegswirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft und zur zentralen Planwirtschaft, in: HAUS DER GESCHICHTE DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND (Hrsg.), Markt oder Plan, Wirtschaftsordnungen in Deutschland 1945-1961, Frankfurt a.M., New York 1997, S. 15-31.

Die zentralplanwirtschaftliche Ordnung der SBZ/DDR verzichtete auf Markt und Preis als Allokationsinstrumente⁵⁵ und zentralisierte alle wirtschaftlichen Entscheidungen bei der Zentralplanbürokratie. Die sozialistische Führung allein bestimmte - für jeden einzelnen Betrieb - über dessen Investitionsbedarf, Produktionshöhe, Faktoreinsatzmenge, Kostengestaltung sowie Verteilung und Verwendung des erwirtschafteten Sozialproduktes. Die volkseigenen Betriebe verfolgten gänzlich andere Interessen als private Unternehmen. Ihr Streben galt vornehmlich ihrer „plandeterminierten Leistungserstellung“⁵⁶, wobei der Kommunikation mit vorgesetzten Stellen besondere Aufmerksamkeit geschenkt wurde, in der Absicht, auf aktuelle und künftige Forderungen der Wirtschaftsbükratie Einfluß zu nehmen. Hier liegt der grundsätzliche Unterschied zwischen privaten Unternehmen in Marktwirtschaften und volkseigenen Betrieben in Planwirtschaften:

- Während die einen versuchen, getreu dem wirtschaftlichen Prinzip ihre Gewinne, z.B. durch Ausweitung der Produktion zu maximieren, haben die anderen ein Interesse daran, ihre Planaufgaben möglichst niedrig zu halten, um sie im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten sicher bewältigen zu können.
- Während die einen sich selbst motivieren und aktiv an den Markt gehen, müssen die anderen durch die staatliche Planbürokratie angetrieben werden.
- Während Privatbetriebe unbedingt darauf angewiesen sind, erfolgreich zu wirtschaften und ansonsten am Markt eliminiert werden, kennen Staatsbetriebe innerhalb des Plansystems keine Existenznöte.
- Zwischen privaten Unternehmern dominiert das gegenseitige Geschäftsinteresse, was zum Abschluß von Verträgen führt, die den Austausch von Waren und Dienstleistungen im Fluß halten und allen Beteiligten zum Vorteil gereichen. Die Freiheit des Unternehmers weckt Kreativität, Flexibilität und Anpassungsfähigkeit, die die produktive Interaktion tausender unabhängiger Wirtschaftssubjekte immer weiter perfektionieren. An ihrem Ende stehen logistische Spitzenleistungen, wie beispielsweise die Just-in-time-Produktion. Die volkseigenen Betriebe der SBZ verfolgten die entgegengesetzte Strategie: Im Rahmen allgemeinen Mangels und eines willkürlichen staatlichen Zuteilungssystems, das auf sämtliche Märkte verzichten zu können glaubte, dominierte die Tendenz der Waren- und Materialhortung. In der Folge stagnierten Warenaustausch und wirtschaftliche Verwendung von vorhandenem Material. Volkseigene Betriebe konkurrierten untereinander um staatliche Zuteilungen; eine Atmosphäre des Futterneides. Es gab unter ihnen kein Bedürfnis zum Warenaustausch sondern den Zwang, innerhalb vorgeschriebener Fristen, staatlich definierte Kontingente zu empfangen oder auszustoßen.

55 Allokationsbegriff: Aufteilung der Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital auf alternative Verwendungen (auch: - des Volkseinkommens auf verschiedene Empfängergruppen sowie des Sozialprodukts auf unterschiedliche Verbrauchsarten). Jede Allokationsentscheidung erfordert zunächst die Gegenüberstellung von Nutzen und Opportunitätskosten einer wirtschaftlichen Aktion. Zum Allokationsproblem von Zentralplanwirtschaften vgl. HENSEL, Karl Paul, Das Verhältnis von Allokations- und Wirtschaftssystemen, in: BOETTCHER, E., Beiträge zum Vergleich von Wirtschaftssystemen, Berlin 1970, S. 37ff.

56 GUTENBERG, Erich, Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, Bd. I, Die Produktion, Berlin Göttingen Heidelberg 1951, S. 12, 350ff.

Der „gläserne“ VEB

Alle enteigneten und „in Besitz des Volkes überführten“ Betriebe verloren ihren individuellen Charakter und wurden zu einem gigantischen Staatskonzern unter Führung der Zentralplanbürokratie verschmolzen. Die neue Wirtschaftsordnung verwies die Produktionsbetriebe auf den untersten Platz der pyramidenförmigen Planungshierarchie, an deren Spitze 1949 inoffiziell die Besatzungsmacht und offiziell - im Auftrage der Partei - die DWK, bzw. die Regierung der DDR stand. Volkseigene Betriebe waren die ausführenden Organe im zentral geplanten Wirtschaftsgeschehen. Innerhalb der neuen Strukturen wurden alle für die Betriebe wichtigen Entscheidungen in die Spitze der Pyramide zentraler Wirtschaftsplanung verlagert. Alles, was jemals an betrieblicher Autonomie existiert hatte, war abgeschafft oder auf ein Minimum reduziert worden. Voraussetzung dafür, ehemals dezentrale Entscheidungsstrukturen zusammenzufassen, war die Entstehung des „gläsernen“ Betriebes. Seine Transparenz wurde zur wichtigsten Voraussetzung der zentralen Planaufstellung und hatte für die Organe staatlicher Planung oberste Priorität. Die volkseigenen Betriebe sollten verschmelzen zur „gläsernen“, zentral geleiteten volkseigenen Wirtschaft. Fritz Selbmann⁵⁷ stilisierte Sie schon im Juli 1947 zum „Rückgrat der Politik der Planung und Lenkung der Wirtschaftsvorgänge“⁵⁸. Als solche wurde von den VEB erwartet, höhere Leistungen zu erbringen als die übrige Wirtschaft, wofür sie allerdings selbst den Beweis zu erbringen hatte, insbesondere, so Walter Ulbricht, in bezug auf „Produktivität und Wirtschaftlichkeit“⁵⁹. Die Transparenz der Wirtschaft sollte sich im Aufbau des sog.

57 Selbmann, Fritz, 1899-1975, geboren in Lauterbach (Hessen), Vater Kupferschmied; Volksschule; 1915-17 Bergmann im Ruhrgebiet; 1917-20 Militärdienst; 1920-24 verschiedene Tätigkeiten, u.a. Bergmann; 1920 USPD, 1922 KPD; 1923 französische Schutzhaft; 1924 Organisationsleiter der KPD Bottrop, 1925-28 Gau führer Ruhrgebiet und Mitglied der Bundesführung des Roter Frontkämpferbund (RFB) sowie der KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet; 1928/29 Internationale Lenin-Schule in Moskau; 1929/30 Redakteur der KPD-Zeitung „Ruhrecho“; 1929/30 Abgeordneter des Rheinischen Provinziallandtags, 1930-32 des Preußischen Landtags; 1930/31 Bezirksleiter der KPD in Oberschlesien und 1931-33 in Sachsen; 1932/33 Mitglied des Reichstags; 1933-45 Zuchthaus sowie KZ Sachsenhausen und Flossenbürg. 1945 1. Sekretär der Kreisleitung Leipzig der KPD, Vorsitzender des Prov. Zentrallausschuß des Antifaschistischen Blocks in Leipzig; 1945/46 Präsident des Landesarbeitsamts und Vizepräsident der Landesverwaltung Sachsen für Wirtschaft und Arbeit; 1946 SED; 1946-48 Minister für Wirtschaft und Wirtschaftsplanung in Sachsen; 1946-50 Abgeordneter des Sächsischen Landtags; 1948/49 stellvertretender Vorsitzender der DWK und Leiter der Hauptverwaltung Industrie; 1949 Mitgl. des Deutschen Volksrats; 1949/50 Minister für Industrie., 1950/51 für Schwerindustrie, 1951-53 für Hüttenwesen und Erzbergbau, 1953-55 für Schwerindustrie in der DDR-Regierung, 1953 Leiter der deutschen Seite der Kommission zur Übernahme der letzten SAG-Betriebe; 1949-63 Abgeordneter der Volkskammer, 1954-58 Mitglied des Zentralkomitee der SED; 1955-58 Stellvertreter des Vorsitzenden des Minister-Rats und Vorsitzender der Kommission für Industrie und Verkehr bei dessen Präs.; Februar 1958 des „Managertums“ und der Unterstützung der angeblichen Fraktion Schirdewan-Wollweber bezichtigt; 1958-61 stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Plankommission, Leiter der Abteilung Bilanzierung und Verteilung der Produktionsmittel; 1961-64 stellvertretender Vorsitzender des Volkswirtschaftsrats; 1963/64 Leiter der Kommission für Wissenschaftlich-technische Dienste; ab 1964 freiberuflicher Schriftsteller (Romancier); 1964 und 1965 Vaterländischer Verdienstorden in Gold, 1969 Karl-Marx-Orden; 1969-75 Vizepräsident des Deutschen Schriftstellerverbandes, aus: BARTH, Wer war wer, S. 686f.

58 Leipziger Tagung der volkseigenen Betriebe am 4. Juli 1948 in: FND Nr. 1, S. 4.

59 DFIW, 2/49, S. 50.

„volkseigenen Sektors“ herausbilden. Nichts durfte den Planungsinstanzen verborgen bleiben: Betriebliche Qualifikationen, vorhandene Anlage- und Umlaufgüter, Vorräte, sogenannte stille Reserven, Produktpalette, Humankapital, Ansichten der Belegschaft. Das vormals nur in den Betrieben vorhandene Wissen sollte der Hauptabteilung Planung bei der DWK vollständig zur Kenntnis gebracht werden und dort durch die Kombination von abertausenden Daten zu intelligenter Wirtschaftsplanung führen. Der Informationsfluß von den Produktionsstätten in die DWK wurde als viel zu entscheidend angesehen, um ihn allein den Betrieben zu überlassen. Vielmehr wurden als Folge der nimmersatten Datensuche immer mehr Institutionen für Informationsbeschaffung im volkseigenen Sektor verantwortlich gemacht, von denen nicht wenige eigene Interessen verfolgten. Sie richteten ihre Aufmerksamkeit insbesondere auf den sie interessierenden Teilbereich. So wachten beispielsweise die Prüfer der DIB darüber, ob die von der Bank zur Verfügung gestellten Investmittel ihrer plangerechten Verwendung zugeführt worden waren. Was darüber hinaus noch an auffälligen Beobachtungen gemacht werden konnte, war als zusätzliches Element im Bericht zwar willkommen, wurde aber nicht gleichermaßen akribisch ermittelt. Betriebsgeheimnisse gehörten der Vergangenheit an. Der Plan regelte Qualität und Quantität der Ausbringungsmenge, Lagerhaltung, Investitionen usw. Aber auch weniger wichtige Kennziffern lagen nicht mehr im Ermessen der Betriebe. Hierzu waren beispielsweise zu zählen:

- Betriebsorganisation.
- Kombination von Produktionsfaktoren: Innerbetriebliche Leistungen durften nicht komplett abgerechnet werden.⁶⁰
- Zahlungsmodalitäten: Bauunternehmer-Rechnungen dürfen vom Betrieb nach erfolgtem Abschluß der Arbeit und aufmerksamer Kontrolle maximal zu 80 Prozent bezahlt werden, wodurch die Liquiditätsprobleme dieser Firmen vergrößert wurden.⁶¹
- Tätigkeitsfeld: sogenannte betriebsfremde Aktivitäten - das waren alle außerplanmäßigen Betätigungen des Betriebes - fanden keine Finanzierungsmöglichkeit bei der DIB.⁶²

„Verantwortung“ und Schuld

Ein Begriff, der in der SBZ seines Sinngehalts vollständig beraubt wurde und in verzerrter Bedeutung reichhaltige Anwendung fand, war der der „Verantwortung“. Sämtliche volkseigenen Betriebe sahen sich von seiten der Zentralplanbürokratie einem Dauerbeschuß mit dieser sinnentleerten Worthülse ausgesetzt. Wie immer, wenn es um die Neudefinition von Begriffen ging, wurden auch zum neuen Verständnis der Vokabel „Verantwortung“ verwirrende Erklärungen abgegeben. Dabei wurden Termini verwandt, die im tradierten Sinne zur Erklärung erforderlichen gewesen wären, aber ihrerseits schon zuvor inhaltlich neu belegt worden waren. Begriffe aus dem Jargon der sozialistischen Theorie des Marxismus, Leninismus oder Stalinismus setzten die Tradition nationalsozialisti-

60 DN3-1094, PB über Braunkohlenverwaltung Meuselwitz, Sitz Altenburg/Thür. vom 04. bis 15. Oktober 1949.

61 DN3-1339, PB über VEB Deko - Reifenwerke Ketschendorf bei Fürstenwalde vom 18. Juli 1949.

62 DN3-1094 und 1095, PB über Stahl und Hartgußwerk Leipzig Abt. Bösdorf/Elster vom 18. bis 22. Oktober 1949.

schen Sprachmißbrauchs⁶³ fort und besorgten das endgültige Ende der ursprünglichen Sinngehalts. So erfolgte nunmehr die kommunistische Variante der Entkernung wichtigster Begriffe, deren Worthülsen beliebige propagandistische Verwendung fanden. Worte, Sätze, Aufsätze, Zeitungsartikel wurden zum Werkzeug der Indoktrination. Wahrheit wurde gegen Wahrheit eingetauscht. Entscheidend war nicht mehr, was gesagt wurde, sondern wer etwas sagte. Beliebige Behauptungen der SED und ihrer Organe - ebenso wenig zu verstehen, wie sie Widerspruch duldeten - waren als allgemeine Richtschnur zu interpretieren und umzusetzen. Es handelte sich um definitionsartige Statements, die sich auf die Unterstellung wissenschaftlicher Fundierung, Objektivität und angeblich erwiesene Gesetzmäßigkeiten stützten. Unangreifbar geworden durch diesen Panzer offizieller Auslegung sowie den unbedingten Nachdruck des Staates, eigneten sie sich hervorragend zur Anwendung als Druckmittel gegenüber Personen, die von der Partei abweichende Meinungen vertraten, bzw. gegenüber Menschen, die vor das Joch der offiziellen Politik bzw. der Zentralplanwirtschaft gespannt werden sollten. Sie waren eines der wichtigsten Mittel der SED, um die auf ihren Parteitag formulierten Politik durchzusetzen. Mit Nachdruck vertretene, undurchschaubare Argumente traten an die Stelle blanker Gewalt und kaschierten den totalitären Charakter des politischen und wirtschaftlichen Systems der SBZ/DDR. Wie sollte sich der Einzelne gegen Formulierungen wie folgende zur Wehr setzen? „Die politische Grundlage der Verantwortung sozialistischer Menschen ist der Klassenstandpunkt [...] der Arbeiterklasse.“⁶⁴ Während die einzelne Produktionsstätte in der Hierarchie des volkseigenen Sektors die niedrigste Ebene repräsentierte, verhielt es sich bezüglich seiner Verantwortung genau umgekehrt. Sie stand unumstößlich fest und wurde auf jeden einzelnen Beschäftigten, bis hin zum Arbeiter „heruntergerechnet“, bzw. dem leitenden Personal zugeschoben.

Auf allen Ebenen der Wirtschaftshierarchie stand die Planerfüllung im Mittelpunkt des Interesses; eine Fiktion, abgebildet in langen Zahlenreihen, denen die Verbindung zur ökonomischen Wirklichkeit fehlte. Allein die VEB waren eine Ausnahme, als sie über ihren Praxisbezug unmittelbar mit dieser ökonomischen Realität konfrontiert waren, während alle übrigen Institutionen Papiertiger blieben. Den VEB kam die Aufgabe zu, Fiktion und Realität zu fleischgewordener Utopie zu verschmelzen.

Eine Leerformel umschrieb, welche Verpflichtungen für den Einzelnen daraus erwuchsen: „Die bewußte Teilnahme an der Lenkung und Leitung des Staates und der Wirtschaft [...] bringt bei Arbeitern, Bauern und Angehörigen der Intelligenz eine bewußte Verbundenheit mit der Gesellschaft, ein neues Verhältnis zu den objektiv zu lösenden Aufgaben, zu ihnen daraus erwachsenden Pflichten hervor.“⁶⁵ Die volkseigenen Betriebe waren der grotesken Situation ausgesetzt, innerhalb des administrativen Rahmens der volkseigenen Wirtschaft die wenigsten Möglichkeiten zu besitzen, faktisch aber die gesamte, mit Produktion und Output verbundene Verantwortung tragen zu sollen. Sie hatten für die vorgegebene Erfüllung ihrer Produktionsauflagen gerade zu stehen, obwohl die entscheidenden Rahmenbedingungen von außerhalb diktiert wurden. Das System bestimmte sie

63 KLEMPERER, Viktor, LTI (Lingua Tertii Imperii), Notizbuch eines Philologen, Leipzig 1996, erstmals erschienen in Berlin 1947.

64 Autorenkollektiv, Kleines politisches Wörterbuch, Berlin³1978, S. 918.

65 Ebenda.

obendrein zum Träger des technischen Fortschritts: „Der Betrieb hat [...] nicht nur die Aufgabe, einen einmal bestehenden Zustand zu erhalten, sondern er soll die Produktivität der Arbeit verbessern, die Leistungsmenge erhöhen, die Wirtschaftlichkeit steigern und die Erzeugnisse nützlicher, gefälliger und haltbar gestalten. Soll im volkswirtschaftlichen Ausmaß eine Verbesserung der Lebenshaltung eintreten, so müssen in den Betrieben Ziele gesetzt werden, die bisher Erreichtes übertreffen.“⁶⁶ Der private Besitz von Produktionsmitteln macht die Unternehmer in Marktwirtschaften faktisch zum Risikoträger bezüglich aller Aktivitäten, die irgendwie mit Investition, Produktion und Absatz zusammen hängen. Die Propaganda der SBZ-Zentralplanwirtschaft versuchte zu suggerieren, Betriebsleiter und -direktoren hätten die Verantwortung der früheren Unternehmer übernommen. Ein Unterschied wäre aber, daß sie dem Schutz des Volkseigentums stärker verpflichtet wären, als ehemals die Unternehmer ihrem privaten Besitz. Die neue, „höhere Form des Eigentums“⁶⁷, habe für das Anwachsen der Verantwortung gesorgt. Auch diese Behauptung war Teil der sozialistischen Propaganda und verfolgte die Absicht, Einzelpersonen verstärkt in das Wirtschaftssystem einzubinden. Aus verschiedenen Gründen konnte die propagierte Verantwortung aber nicht existieren:

- *Fehlende materielle Haftung.* Die Produktionsmittel waren „Volkseigentum“, Betriebsleiter und -direktoren also nicht Eigentümer der Betriebsmittel und daher auch nicht davon bedroht, aufgrund falscher Entscheidungen ggf. unmittelbar persönlichen Wohlstand einzubüßen. Ihre „Verantwortung“ für das sogenannte Volkseigentum existierte allenfalls per definitionem, war aber für die Protagonisten selbst nicht direkt spürbar. Es handelte sich also um eine abstrakte Größe, die praktisch nur indirekt, d.h. im Rahmen des staatlichen Sanktionssystems, zu erfahren war. Persönliche Erfolge kamen nicht den „Verantwortlichen“ selbst zugute sondern gingen auf in einer angenommenen, allgemeinen Leistungssteigerung der SBZ-Wirtschaft, worunter man steigenden Wohlstand der gesamten („werk tätigen“) Bevölkerung verstand.
- *Fehlende Handlungsfreiheit.* Verantwortung ist grundsätzlich nur denkbar in Verbindung mit einem korrespondierenden Quantum an Freiheit. Das Maß der an Betriebsleiter und -direktoren gestellten Anforderungen bezüglich Leitung der Betriebe und Entwicklung der Betriebsergebnisse war ebenso willkürlich definiert, wie der Druck auferlegter Verantwortung. Beide waren viel zu hoch angesetzt im Verhältnis zu minimalen Entscheidungsbefugnissen und Freiheiten, über die das „verantwortliche“ Personal verfügte. Dementsprechend mußte es vielfach „Verantwortung übernehmen“ für Ereignisse, Produktionskennziffern o.ä., die es nicht selbst beschlossen hatte, sondern die durch die Rahmenbedingungen der Planwirtschaft diktiert worden waren.
- *Sündenbockfunktion für die Zentralplanbürokratie.* Das System der Zentralverwaltungswirtschaft, genauer gesagt die Einführung des sogenannten Volkseigentums, führte in der SBZ zum Entstehen einer neuen Kategorie von Schuld. Ausgehend von einem System unterschiedlicher Verantwortlichkeiten hatten alle Teilnehmer der volkseigenen Wirtschaft dem Ziel zu dienen, den staatlich aufgestellten Wirtschaftsplan zu erfüllen. Als Gesetz verabschiedet,

66 DN5-261, S. 94.

67 DN5-261, S. 69.

verwandelten sich naive Rechenversuche der von Wirtschaftswachstum träumenden SED-Parteiführung zum gesellschaftlichen Dogma. „Der Plan“ wurde das Maß aller Dinge. Gelang es den „Verantwortlichen“, wo immer sie beschäftigt waren, nicht, ihrer „Verantwortung“ gerecht zu werden, d.h., dieses Phantasiegebilde zu realisieren, so entstand im selben Maße automatisch „Schuld“, die es nun auf die Protagonisten abzuwälzen galt. Schuld entstand als Komplementär zur Nichterfüllung des Plandiktats. Je weiter das Ziel verfehlt wurde, desto höher das Maß der dabei entstehenden Schuld. Jedermann mußte damit rechnen, ggf. in den Katalog derer aufgenommen zu werden, die nach Meinung der Parteiführung „Schuld“ auf sich geladen hatten. „Schuld“ konnte dabei völlig unterschiedliche Gesichter haben, von denen die Wirtschaftsstrafverordnung einige beschrieb. Dieses System der Schuldzuweisung, das auf allen Ebenen der Wirtschaft filigrane Strukturen ausbildete, war für den einzelnen ebenso wenig nachvollziehbar wie die Entstehung des staatlichen Planes. Eine im traditionellen Sinne verstandene Verantwortung⁶⁸ der Betriebsleiter und -direktoren existierte in der SBZ/DDR nicht. Statt dessen wurden Zwangsrekrutierungen sprachlich verbrämt und der Begriff zu diesem Zwecke neu definiert. Verantwortung existierte allenfalls im Sinne von strafrechtlicher Haftbarkeit. Die „Verantwortung“ der Betriebsleiter und -direktoren beschränkte sich darauf, für den Fall, daß der Betrieb seine Produktionsauflagen nicht erfüllte, d.h. bei Planabweichung, als Schuldige zur Verantwortung gezogen werden zu können. Dementsprechend häufig waren personelle Konsequenzen die Folge, wo vielleicht systembedingte Ursachen vorlagen. Versetzungen und Degradierungen stellten „letzen Endes eine Entscheidung über die persönliche Existenz des betreffenden Wirtschaftsfunktionärs dar, weil bei der engen personalpolitischen Zusammenarbeit der staatlichen Organe und Betriebe Einstellungen in anderen Betrieben verhindert werden [konnten] und die Abberufung ein Hindernis für die weitere berufliche Entwicklung des Betroffenen sein [konnte]. [...] Von der Möglichkeit der Abberufung wird in der Praxis häufig Gebrauch gemacht, wie überhaupt die Fluktuation bei den leitenden Angestellten sehr groß ist. [...] In einem Betrieb, bei dem ständig Schwierigkeiten zu verzeichnen waren, waren [...] im Lauf von 10 Jahren 7 verschiedene Werkleiter tätig. Bei den übrigen leitenden Angestellten liegen die Verhältnisse ähnlich [...]“⁶⁹ Betriebsleiter und -direktoren übernahmen auf diesem Wege die Funktion des Sündenbocks, wovon es in der SBZ-Zentralplanwirtschaft viele geben mußte.

Das System als Verursacher von Planverfehlungen wurde von der Kritik normalerweise ausgespart. Statt dessen ließen sich, allen anderen „Verantwortlichen“ zu Mahnung, Exempel statuieren, während das Prinzip der Planwirtschaft über jeden Zweifel erhaben blieb. Die „Freiheit“ der Menschen, „richtig“ angewendet, war nach Darstellung der offiziellen Propaganda klar determiniert: Sie bestand (ausschließlich) darin, sich dafür zu entscheiden, immer mehr Verantwortung im

68 „Verantwortung: [...] Bereitschaft, für seine Handlungen einzustehen“, aus: PFEIFER, Wolfgang, (Leiter der Arbeitsgruppe im Zentralinstitut für Sprachwissenschaft in Berlin), Etymologisches Wörterbuch des Deutschen, München 1993, S. 48.

69 SPD-Archiv Bonn, Mat. Prof. GLEITZE, Organisation und Funktionsweise der VVB und ihre Bedeutung im Wirtschaftssystem der SBZ, Ausarbeitung eines früheren Mitarbeiters einer bezirksgleiteten VVB, 1960, S. 15.

Sinne des Systems zu übernehmen. Die unterstellte Zwangsläufigkeit dieses Verhaltens vereinnahmte den ursprünglichen Freiheitsbegriff und verkehrte ihn in sein Gegenteil. Ein weiteres Beispiel für die Radikalität, mit der sich das System der Sprache bemächtigte und damit den Menschen die eigene Form der „Kommunikation“ aufzwang: „Der Prozeß der wachsenden Verantwortung ist eine wesentliche Seite der Verwirklichung der realen Freiheit des Menschen, seiner harmonischen Entwicklung zur sozialistischen Persönlichkeit.“⁷⁰

Dienstweg vorgeschrieben

Das Mißverhältnis von Aufgabenbemessung und Verantwortlichkeit im Vergleich zu ihrem minimalen Entscheidungsspielraum, brachte den Betrieben einen gewaltigen, systembedingten Aufgabenkomplex, der nur wenig mit Planung oder Produktion zu tun hatte: Die *Auseinandersetzung mit vorgesetzten Wirtschaftsstellen*. Bedingt durch die allgegenwärtige Mangelsituation war sie unumgänglich, gleichzeitig aber politisch nur bedingt toleriert. Das bedeutete in der Regel „wiederholtes Drängen“ und „wochenlanges Bemühen“⁷¹, um „von oben“ betriebswichtige Elemente wie Material, Fachkräfte oder sonstiges zugeteilt zu bekommen, um deren Besorgung sich die Unternehmen früher selbst gekümmert hatten. Betriebliche Pläne waren zunächst mit den vorgesetzten Stellen (Vereinigungen, Hauptverwaltungen der DWK) abzustimmen. Dabei hatten sich die Produktionsstätten entsprechend dem kollektiven Ansatz des politischen Systems den Interessen der Gesamtwirtschaft (bzw., was dafür erklärt worden war) zu fügen, soweit diese von den eigenen Wünschen abwichen. Je höher Institutionen in der Hierarchie der Wirtschaftsbürokratie angesiedelt waren, desto nachdrücklicher konnten sie sich darauf berufen, „Gemeininteressen“ zu repräsentieren. Volkseigene Betriebe hatten also keine Möglichkeit, ihre Wünsche durchzusetzen, wenn z.B. die dazugehörige Vereinigung entgegengesetzte Absichten verfolgte. Um bei der Verteilung der wirtschaftlichen Ressourcen nicht zu kurz zu kommen, unternahmen die Betriebe immer wieder intensive Anstrengungen, Kontakte mit den verschiedensten Wirtschaftsstellen aufzunehmen. Dazu gehörten beispielsweise Reisen nach Berlin zu den verantwortlichen Hauptverwaltungen der DWK. Diese Art von Verhandlungen zwischen Planungs- und Produktionsebene, die in der Regel auf nachträgliche Planänderungen oder -manipulationen hinausliefen, waren politisch weder vorgesehen, noch gewollt. Rechtskräftige Planvorgaben sollten durch die Betriebe ohne weitere Diskussion möglichst selbständig in die Tat umgesetzt werden. Schon im März 1946 war „allen Firmen, Unternehmen, Behörden und ihren Angestellten untersagt [worden], in wirtschaftlichen Angelegenheiten Eingaben an die SMA zu richten, sowie selbst oder durch Vertreter bei der SMA vorzusprechen, soweit sie nicht durch besonderen Befehl der SMA hierzu aufgefordert [waren]“⁷². Auch innerhalb des volkseigenen, industriellen Sektor hatten die VEB ihre Reklamationen und Anliegen ausschließlich auf dem Dienstwege vorzubringen. Die Grenzen ihres Verhandlungsspielraumes erfuhr beispielsweise die Leitung des VEB Stahl und Walzwerkes Riesa, als bei einer

70 AUTORENKOLLEKTIV, Kleines politisches Wörterbuch, Berlin³1978, S. 918.

71 DN3-1095, Abschlußprotokoll der Betriebsleitung zum PB über Stahl und Hartgußwerk Leipzig Abt. Bösdorf/Elster vom 18. bis 22. Oktober 1949.

72 Verkehr mit der Sowjetischen Militärischen Administration in wirtschaftlichen Angelegenheiten, in: Gesetze, Befehle, Verordnungen, Bekanntmachungen nach den Veröffentlichungen der Landesregierung Sachsen, Wirtschaft, Teil E I, Bl. 183f, S. 12f.

Überprüfung der Investitionsmittel im August 1949 die knappe finanzielle Decke des Werkes zur Sprache kam. Der Grund hierfür lag darin, daß für nachträglich eingeplante Neuanlagen große Summen der Investitionsmittel in Westmark zu bezahlen waren, welche nach Anordnung der DWK gleichzeitig bei jenen Investitionsobjekten eingespart werden mußten, die sich momentan im Bau befanden. Aus diesem Grund verweigerte die DIB die Freigabe der dafür notwendigen Mittel auch für bereits durchgeführte Baumaßnahmen. Der Vorschlag des kaufmännischen Direktors des VEB, Zahlungsverpflichtungen vorübergehend aus Mitteln von noch nicht erschöpften Sonderkonten zu leisten, wurde von der Revision abgelehnt, aber „den Herren anheim gestellt, alle Fragen mit Herrn Präsident Lehmann [Präsident der DIB] zu besprechen“⁷³. Kein allzu befriedigender Hinweis, denn die Leitung des VEB hatte sich gesetzlich an den entsprechenden Dienstweg zu halten: „Ohne Zustimmung der Vesta [die übergeordnete VVB, T.M.], ist es den Herren untersagt, direkt mit der Investitionsbank zu verhandeln.“⁷⁴ Ähnliche Erfahrungen machte die Werksleitung des VEB Stahl- und Hartgusswerk Leipzig hinsichtlich der Belieferung mit Baumaterial. Trotz der zur Bekämpfung erheblicher Lieferprobleme im volkseigenen Sektor erlassenen „Anordnung über den innerwirtschaftlichen Warenverkehr zwischen den volkseigenen Industriebetrieben vom 6. April 1949“⁷⁵ (sie erlaubte ausdrücklich auch direkte Kontakte von Lieferbetrieben und Bedarfsträgern unter „Ausschaltung des Handelsweges“), durfte die Werksleitung nicht unmittelbar mit ihren Lieferanten verhandeln. „Die Werksleitung ist gehalten, ihre Materialsorgen ausschließlich der zuständigen VVB mitzuteilen und direkte Verhandlungen mit Lieferanten und übergeordneten Dienststellen nur nach Genehmigung durch die VVB Gesko zu führen [...]. Die Werkleitung hat [...] zu wiederholten Malen bei der VVB Gesko auf Lieferung gedrängt und immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass durch das bisherige Fehlen dieser Baustoffe nicht unerhebliche Kosten entstehen dürften, für die in der Planung bisher keine Mittel vorgesehen sind.“⁷⁶

Zahlungskontrolle und Verbot der Bargeldhaltung

Das Verbot der Bargeldhaltung war symptomatisch für die Abhängigkeit und Machtlosigkeit volkseigener Betriebe.⁷⁷ Sie durften nur noch über einen vorge-

73 DN3-1093, TB über VEB Stahl- und Walzwerk Riesa vom 26. August 1949, Bl. 2.

74 Ebenda. Die Anwendung dieser Vorschrift wurde willkürlich gehandhabt. Der technische PB über das VEB Walz- und Stahlwerk Maxhütte Unterwellenborn vom 4. August 1949 (DN3-1093, Bl.2) kritisierte, daß „die gegebenen Begründungen [des Werkes für Überschreitungen der eingeplanten Investitionen und der genehmigten Preise von 1944, T.M.] nicht als ausreichend“ akzeptiert werden konnten. Gleichzeitig protokollierte man, ein Invest-Verantwortlicher des Werkes, Professor Sedlazeck, „wurde gebeten, mit Herrn Präsidenten Lehmann [DIB] die Frage der Überschreitungen und Ueberpreise zu besprechen“.

75 ZVOBl. Nr. 30 vom 25. April 1949.

76 DN3-1095, PB über VEB Stahl- und Hartgusswerk Leipzig, Abt. Bösdorf/Elster vom 20. bis 22. Februar 1950, Schlußprotokoll, Bl. 3.

77 Anordnung über Bargeldeinzahlungspflicht der Selbstverwaltungskörperschaften, Betriebe, Unternehmen und Organisationen vom 06. Juli 1948 (nicht veröffentlichte Anlage I zum Rundschreiben Nr. 66/1948 der DWK an die Kreditinstitute). „Nach diesen Anordnungen sind alle Verwaltungen, Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts, VEB, juristische Personen und sonstige Gewerbetreibende verpflichtet, Konten bei Kreditinstituten oder Postscheckkonten zu unterhalten und Zahlungen mit Ausnahme von Lohnzahlungen sowie kleinen Handelsumsätzen und

schriebenen, minimalen Kassenbestand verfügen. Dieser errechnete sich nach folgendem Schema: „Kassenausgang des Vormonats abzüglich aller Lohn- und Gehaltszahlungen, aller vermeidbaren (unerlaubten) Barregulierungen ergibt den sog. Bereinigten Kassenausgang. Dieser geteilt durch 13 ergibt den zulässigen Kassenbestand in Höhe des voraussichtlichen Bedarfs für 2 Tage. Dieser ist für jeden Monat neu zu errechnen. Bei Betrieben mit weniger als 3 Beschäftigten ist der bereinigte Kassenausgang durch 3 zu teilen. Der zulässige Kassenbestand entspricht hier also dem voraussichtlichen Bedarf für 10 Tage, darf aber den tatsächlichen Bedarf nicht übersteigen.“⁷⁸ Bargeld durfte nicht dazu verwendet werden, z.B. dringende Materialprobleme auf dem grauen oder schwarzen Markt zu lösen, sondern diente der Bezahlung kleinerer, planmäßig vorgesehener Transaktionen oder Dienstleistungen. Kontrollen des Kassenbestandes wurden in privaten und volkseigenen Betrieben durch die Landeskreditbanken (LKB) durchgeführt. Zuwiderhandlungen wurden nach § 6 der „Anordnung über die Regelung des Bargeldumlaufs und des bargeldlosen Zahlungsverkehrs vom 07. Juli 1948“⁷⁹ geahndet. Im Mitteilungsblatt der RTA wies auch sie ihre Außendienstmitarbeiter an, „bei ihren Prüfungen in den Betrieben vorgefundene Bargeldbestände [...] auf ihre Höhe zu prüfen und die Betriebe auf Einhaltung der Anordnung besonders hinzuweisen.“⁸⁰ Die vorgeschriebene, bargeldlose Verrechnung von Transaktionen spielte den Landeskreditbanken die Rolle der permanenten betrieblichen Finanzkontrolle zu. Damit sie diese zur eigenen Absicherung lückenlos durchführen konnten, benötigten sie eindeutige, detaillierte, buchhalterische Grundmuster, nach denen die Betriebe ihre Ausgaben zu deklarieren hatten. Abweichungen von der erwarteten Form konnten schnell dazu führen, daß die LKB-Nebenstellen selbständig entschieden, die Konten der volkseigenen Betriebe zu sperren und Zahlungen zu verweigern. Dieses Verfahren stand für einen weiteren Einschnitt in die Autonomie der Betriebe. Banken waren nicht mehr Dienstleister ihrer Kundschaft, sondern Kontrollinstrumente der Planbürokratie. Sie überprüften, ob gewünschte Geldbewegungen den offiziellen Planvorgaben entsprachen und machten die Ausführung davon abhängig. So nahmen sie aktiv Einfluß auf die Produktionstätigkeit und -fähigkeit des volkseigenen Sektors, wie das folgende Beispiel zeigt: „Für die Finanzierung der im Überlimit⁸¹ durchgeführten Invest-Vorhaben in der Grossgaserei Magdeburg-Bürde ist ein Sonderkonto eingerichtet mit der Bezeichnung „wegen Öfen“. Das Projekt enthält aber 6 Positionen, die nicht ohne weiteres auf die Zugehörigkeit zu der betreffenden Anlage lauten. Die betreffende Zweigstelle der Sächsischen Landeskreditbank weigert sich, Rechnungen zu bezahlen, die nicht auf den Titel Öfen ausgeschrieben sind.“⁸²

Die Vereinigungen volkseigener Betriebe (VVB)

Bei den Vereinigungen volkseigener Betriebe (VVB) handelt es sich um eine durch SMAD-Befehl Nr. 76 vom 23. April 1948⁸³ verfügte, nach betriebsfachli-

Ausgaben über diese Konten zu leisten. Die Bargeldbestände dürfen den Geldbedarf der nächsten 2 Tage [...] nicht übersteigen.“, aus: FND Nr. 3, S. 22.

78 DN5-1132, FND Nr. 3, S. 22.

79 ZVOBl. Nr. 33/1948, S 376, vgl. auch: FND Nr. 3, S. 22.

80 FND Nr. 3, S. 22.

81 Über 250.000 DM.

82 DN3-1095, PB über Energiebezirk West, Halle/Saale, VVB(Z), Hauptdirektion, vom 6. bis 11. Juli 1949.

83 ZVOBl. 15/1948, S. 142.

cher Gliederung geschaffene Organisationsform für Betriebe, die auf unterschiedliche Weise in das „Eigentum des Volkes“ übergegangen waren. Ihre Aufgabe war die „Verwirklichung rationeller und planmäßiger Produktion, Sicherung der Rentabilität und Entwicklung der volkseigenen industriellen Betriebe“⁸⁴. Gleichzeitig wurden bei der DWK fachliche Hauptverwaltungen (HV) als übergeordnete Verwaltungseinrichtungen installiert, deren Aufgabe es war, indirekt über die Vereinigungen „die Leitung der volkseigenen, industriellen Betriebe zwecks Sicherung ihrer Entwicklung und zur Kontrolle ihrer Tätigkeit“⁸⁵ zu übernehmen. Vom Zeitpunkt ihrer Sequestrierung durch die Sequesterbefehle 124 und 126 vom 30. und 31. Oktober 1945⁸⁶ bis zur endgültigen Enteignung infolge SMAD-Befehls Nr. 64 vom 17. April 1948⁸⁷ waren die sequestrierten Betriebe durch die Länderregierungen verwaltet worden. Mit Befehl Nr. 76 wurden sie in Vereinigungen zusammengefaßt, welche wiederum den Hauptverwaltungen untergeordnet waren. Damit waren die VEB unmittelbar der DWK unterstellt, „um die Schlagkraft der wirtschaftspolitischen Entscheidung der DWK in den Schlüsselbetrieben zum Wohl der gesamten Wirtschaft wirksam werden zu lassen“⁸⁸. Das geschah in 75 zentral verwalteten, also das gesamte Gebiet der SBZ betreffenden VVB(Z). Sie umfaßten bis zum 15. Juni 1948 1.754 Betriebe mit insgesamt rund 500.000 Beschäftigten.⁸⁹ Es handelte sich dabei um jene Betriebe, von denen man annahm, daß sie für die Wirtschaftsplanung der SBZ eine herausragende Stellung einnehmen würden. Die weniger bedeutsamen der enteigneten Betriebe blieben zwar formal unter Obhut der Länder, waren aber ebenfalls weisungsabhängig von der DWK. In Folge der „Verordnung der DWK über die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden und Kreise“ vom 24. November 1948 (Kommunalwirtschaftsverordnung)⁹⁰ wurden auch alle in kommunaler Verwaltung befindlichen, volkseigenen Betriebe zusammengefaßt. Die Verordnung und ihre erste Durchführungsanordnung vom 04. Mai 1949⁹¹ machten in allen Gemeinden und Kreisen (Ausnahme: Gemeinden unter 5.000 Einwohner) zum 1. Januar 1949 die Gründung eines Kommunalwirtschaftsunternehmens obligatorisch. Hierin waren alle gewerblichen Betriebe, land- und forstwirtschaftliche Betriebe sowie wirtschaftliche Einrichtungen der Gemeinden und Kreise und deren Beteiligungen und Anteilsrechte an solchen Betrieben zusammenzufassen. Auch wenn viele der betreffenden Betriebe bereits gemeinwirtschaftlich geführt worden waren, erfuhr der volkseigene Sektor durch die Eingliederung von knapp 600 Kommunalwirtschaftsunternehmen weitere Vergrößerung.

84 Ebenda.

85 Ebenda.

86 BArch, DZVI, G-2, 1072, Bl. 167f. und 177ff.

87 ZVOBl. 15/1948, S. 141.

88 DN5-261, S. 41.

89 ZANK, Zentralverwaltungen, S. 267.

90 ZVOBl. Nr. 57/1948, S. 558.

91 ZVOBl. Nr. 40/1949, S. 318f.

Tabelle 4: Gemeinden über 5.000 Einwohner und Landkreise in den Ländern der SBZ⁹²

Länder	Gemeinden über 5.000 Einwohner	Landkreise	Summe
Brandenburg	80	21	
Mecklenburg	54	21	
Sachsen-Anhalt	109	33	
Thüringen	63	22	
Sachsen	163	29	
Insgesamt	469	126	595

Ähnlich den Vereinigungen auf Länder- oder SBZ-Ebene, übernahmen die neu gegründeten Kommunalwirtschaftsunternehmen Aufgaben auf regionaler Ebene. Nunmehr waren sämtliche „volkseigenen Betriebe“ auf drei verschiedenen Verwaltungsebenen zentralisiert, wobei die Einstufung nach dem Gesichtspunkt ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft erfolgte:

- VEB in zentraler Verwaltung, zusammengefaßt in VVB (Z),
- VEB in Landesverwaltung, zusammengefaßt in VVB (L),
- VEB in kommunaler Verwaltung, zusammengefaßt in Kommunalwirtschaftsunternehmen: VEB (K).

Man bestimmte die VVB als „Anstalten des öffentlichen Rechts“ zum Rechtsträger des Volkseigentums, das ihnen in Form der zugehörigen volkseigenen Betriebe zur Verwaltung übergeben wurde. Sie bilanzierten für alle angeschlossenen Betriebe gemeinsam, die ihren Charakter als selbständige juristische Personen verloren hatten. Bis 1951 wurden Gewinne und Verluste der einzelnen VEB gegeneinander verrechnet. Auf diese Weise war es den Vereinigungen möglich, Planabweichungen auszugleichen und dergestalt zu kaschieren. Während die volkseigenen Betriebe durch einen für die wirtschaftliche und finanzielle Tätigkeit des Betriebes allein verantwortlichen Direktor⁹³ geleitet wurden, gab es in der VVB einen alleinverantwortlichen Direktor, dem ein von ihm zu leitender und ihn gleichzeitig beaufsichtigender Verwaltungsrat zugeordnet war. Der kollektiven Doktrin entsprechend, wurden den Direktoren der VEB und des VVB Betriebs-Gewerkschaftsleitungen (BGL) zur Seite gestellt, bzw. Gewerkschaftsmitglieder, Arbeiter und Fachkräfte der Betriebe waren aufgerufen, ihren Direktor zu „unterstützen“. Ihre gemeinsame Aufgabe bestand in exakter Planeinhaltung oder Planübererfüllung. Der volkseigene Sektor und damit alle VEB und VVB hatten sich als Solidargemeinschaft zur Versorgung der sozialistischen Gesellschaft zu verstehen. Die VVB blieben bis 1951 als „Vereinigungen“ bestehen, um dann in „Verwaltungen“ umbenannt zu werden, womit die angeschlossenen VEB größere Freiheiten erhielten. Die Rechte der „Verwaltungen“ wurden auf anleitende und

⁹² DN5-261, S. 45.

⁹³ Werkdirektoren bildeten die Verbindung zwischen Parteifunktionären und Fachleuten im Betrieb. Sie waren sowohl für politische als auch für wirtschaftliche Ergebnisse „verantwortlich“ und hielten es darum mal mit der einen oder mit der anderen Seite. Oftmals entstammten sie den Fachleuten, waren dann zeitweise im Parteiapparat eingesetzt und kamen anschließend als Direktoren zurück in die volkseigenen Betriebe. Im Unterschied zu den „Nur-Parteifunktionären“, so Schenk, waren sie meistens in der Lage, sich auf diesen Posten zu halten. Ihre Kollegen aus der Partei erlitten „auf wirtschaftlichen Posten meistens Schiffbruch, allerdings erst, wenn sie den Betrieb ruiniert und die besten Fachleute vertrieben haben.“ SCHENK, Diktatur, S. 28.

beaufsichtigende Funktionen beschränkt.⁹⁴ 1958 fand abermals eine Umbenennung und Umstrukturierung statt. Nun gab es wieder „Vereinigungen volkseigener Betriebe“, deren Rechte auch im Vergleich zur ersten VVB-Generation bis 1951 gestärkt wurden. Die neuen Vereinigungen absorbierten die früheren Lenkungsorgane für ganze Industriezweige, also die Hauptverwaltungen der gleichzeitig aufzulösenden Produktionsministerien. Das Ziel der Umorganisation wurde erneut propagandistisch verklärt: eine „operative, produktionsnahe Anleitung und Kontrolle“⁹⁵ der Industriebetriebe. Diese Entwicklung der VVB dokumentiert den Wechsel der Wirtschaftsorganisation in der SBZ zwischen Zentralisation und Dezentralisation der Entscheidungsbefugnisse, die sich auf allen Ebenen wiederholte; eine Konstante systemimmanenter „Organisationspflege“, hervorgerufen durch das permanente Scheitern der wirtschaftlichen Planvorgaben im volkseigenen Sektor. 1949 stellten die VVB die in allen Fragen der Planung und Produktion vorgesetzten Stellen der VEB dar. Es führte kein Weg an ihnen vorbei, was die Planungs- und Entscheidungsprozesse verlängerte und aufgrund VVB-interner Probleme bei der Plandurchführung von den einzelnen volkseigenen Betriebe als Nachteil empfunden wurde.

94 Vgl. BMG (Hrsg.), SBZ von A-Z, 1958, S. 340.

95 Ebenda.

Übersicht 1: VVB in der Sowjetischen Besatzungszone 1949

Die volkseigenen Betriebe									
Deutsche Wirtschafts Kommission - Industrie									
I. HV Kohle - II. HV Energie - III. HV Metallurgie - IV. HV. Chemie - V. HV. Steine und Erden - VI. HV Maschinenbau und Elektrotechnik - VII. HV Leichtindustrie									
VVB-Zone Sachsen									
HV/Braunkohlenverwaltung Borna, I.	HV/Braunkohlenverwaltung Merseburg, I. Bitterfeld, BV Magdeburg, BV Muckenberg, Bagger- Förderbrücken- und Gerätebau Lauchhammer	HV/Braunkohlenverwaltung Senftenberg, BV I. Weizow	HV/Braunkohlenverwaltung Meuselwitz- I. Altenburg, Schachtbau und Bohrverwaltung Nordhausen	HV/Braunkohlenverwaltung Meuselwitz- I. Altenburg, Schachtbau und Bohrverwaltung Nordhausen	HV/Braunkohlenverwaltung Meuselwitz- I. Altenburg, Schachtbau und Bohrverwaltung Nordhausen	HV/Braunkohlenverwaltung Meuselwitz- I. Altenburg, Schachtbau und Bohrverwaltung Nordhausen	HV/Braunkohlenverwaltung Meuselwitz- I. Altenburg, Schachtbau und Bohrverwaltung Nordhausen	HV/Braunkohlenverwaltung Meuselwitz- I. Altenburg, Schachtbau und Bohrverwaltung Nordhausen	HV/Braunkohlenverwaltung Meuselwitz- I. Altenburg, Schachtbau und Bohrverwaltung Nordhausen
HV/Energiebezirk Ost Dresden	HV/Energiebezirk West, Halle/Saale	HV/Energiebezirk Nord Berlin, EB Mitte Berlin	HV/Energiebezirk Süd Weimar	HV/Energiebezirk Süd Weimar	HV/Energiebezirk Süd Weimar	HV/Energiebezirk Süd Weimar	HV/Energiebezirk Süd Weimar	HV/Energiebezirk Süd Weimar	HV/Energiebezirk Süd Weimar
HV/VESTA Leipzig, Buntmetalle Freiberg/Sa., Fama Meißen/Elbe	HV/Mansfeld Halle/Saale	HV/Alu Babelsberg	HV/Alu Babelsberg	HV/Alu Babelsberg	HV/Alu Babelsberg	HV/Alu Babelsberg	HV/Alu Babelsberg	HV/Alu Babelsberg	HV/Alu Babelsberg
HV/Oxyka Radebeul, Plasta Leipzig, Lacke und Farben Leipzig, Sapotex Chemnitz	HV/Acid Arnsdorf, Organa Halle/Saale, Kalt-Salze Halle/Saale, Kohlenwerstoffe Halle/Saale, Pharma Halle/Saale, Variochem Halle/Saale	HV/Acid Arnsdorf, Organa Halle/Saale, Kalt-Salze Halle/Saale, Kohlenwerstoffe Halle/Saale, Pharma Halle/Saale, Variochem Halle/Saale	HV/Acid Arnsdorf, Organa Halle/Saale, Kalt-Salze Halle/Saale, Kohlenwerstoffe Halle/Saale, Pharma Halle/Saale, Variochem Halle/Saale	HV/Acid Arnsdorf, Organa Halle/Saale, Kalt-Salze Halle/Saale, Kohlenwerstoffe Halle/Saale, Pharma Halle/Saale, Variochem Halle/Saale	HV/Acid Arnsdorf, Organa Halle/Saale, Kalt-Salze Halle/Saale, Kohlenwerstoffe Halle/Saale, Pharma Halle/Saale, Variochem Halle/Saale	HV/Acid Arnsdorf, Organa Halle/Saale, Kalt-Salze Halle/Saale, Kohlenwerstoffe Halle/Saale, Pharma Halle/Saale, Variochem Halle/Saale	HV/Acid Arnsdorf, Organa Halle/Saale, Kalt-Salze Halle/Saale, Kohlenwerstoffe Halle/Saale, Pharma Halle/Saale, Variochem Halle/Saale	HV/Acid Arnsdorf, Organa Halle/Saale, Kalt-Salze Halle/Saale, Kohlenwerstoffe Halle/Saale, Pharma Halle/Saale, Variochem Halle/Saale	HV/Acid Arnsdorf, Organa Halle/Saale, Kalt-Salze Halle/Saale, Kohlenwerstoffe Halle/Saale, Pharma Halle/Saale, Variochem Halle/Saale
HV/Ost-Glas Weisswasser, Keramik, Meißen/Elbe	HV/Baustoffe Halle/Saale	HV/Baustoffe Halle/Saale	HV/Baustoffe Halle/Saale	HV/Baustoffe Halle/Saale	HV/Baustoffe Halle/Saale	HV/Baustoffe Halle/Saale	HV/Baustoffe Halle/Saale	HV/Baustoffe Halle/Saale	HV/Baustoffe Halle/Saale
HV/WMW Chemnitz, LBH Leipzig, Nagema Dresden, Textima Chemnitz, Polygraph Dresden, IFA Chemnitz, LOWA Görlitz, VEM Leipzig, RFT Leipzig, Mechanik Dresden, TEWA Chemnitz, MEWA Zwickau, GUS Leipzig	HV/EKM, Halle/Saale, ABUS Halle/Saale, IKA Halle/Saale, SANAR Halle/Saale	HV/EKM, Halle/Saale, ABUS Halle/Saale, IKA Halle/Saale, SANAR Halle/Saale	HV/EKM, Halle/Saale, ABUS Halle/Saale, IKA Halle/Saale, SANAR Halle/Saale	HV/EKM, Halle/Saale, ABUS Halle/Saale, IKA Halle/Saale, SANAR Halle/Saale	HV/EKM, Halle/Saale, ABUS Halle/Saale, IKA Halle/Saale, SANAR Halle/Saale	HV/EKM, Halle/Saale, ABUS Halle/Saale, IKA Halle/Saale, SANAR Halle/Saale	HV/EKM, Halle/Saale, ABUS Halle/Saale, IKA Halle/Saale, SANAR Halle/Saale	HV/EKM, Halle/Saale, ABUS Halle/Saale, IKA Halle/Saale, SANAR Halle/Saale	HV/EKM, Halle/Saale, ABUS Halle/Saale, IKA Halle/Saale, SANAR Halle/Saale
HV/Kunstfaser Glauchau, Baumwollspinnereien I Chemnitz, Webereien I Chemnitz, Webereien II Bautzen, Webereien III Plauen/Vogtl., Basfaser Chemnitz, Trikot Limbach, Konfektion I Auerbach i. Vogtl., Leder Dresden, SLV Elbe Radebeul, Pelz Leipzig, Mittelholz	HV/Konfektion II Halle/Saale, SLV Saale VII Weissentels, Holz-Halle Halle/Saale	HV/Konfektion II Halle/Saale, SLV Saale VII Weissentels, Holz-Halle Halle/Saale	HV/Konfektion II Halle/Saale, SLV Saale VII Weissentels, Holz-Halle Halle/Saale	HV/Konfektion II Halle/Saale, SLV Saale VII Weissentels, Holz-Halle Halle/Saale	HV/Konfektion II Halle/Saale, SLV Saale VII Weissentels, Holz-Halle Halle/Saale	HV/Konfektion II Halle/Saale, SLV Saale VII Weissentels, Holz-Halle Halle/Saale	HV/Konfektion II Halle/Saale, SLV Saale VII Weissentels, Holz-Halle Halle/Saale	HV/Konfektion II Halle/Saale, SLV Saale VII Weissentels, Holz-Halle Halle/Saale	HV/Konfektion II Halle/Saale, SLV Saale VII Weissentels, Holz-Halle Halle/Saale
VVB des Landes Sachsen									
Maschinenbau Dresden, Metallwaren Chemnitz, Fahrzeugbau Chemnitz, Textil Chemnitz, Druck und Verlag Leipzig, Papierverarbeitung Dresden, Chemie Radebeul-1, Feinmechanik-Optik-Elektrotechnik Dresden, Bau Dresden, Steine und Erden Dresden, Kaolin-Glas-Keramik Kamenz, Möbel-Holz-Leber Dresden, Tabak Dresden, Nahrungsmittel Dresden, Umschlags- und Schiffsverkehr Dresden, Eisenkontor Dresden, Lichtspieltheater Dresden	Chemie-Metallurgie-Maschinenbau Halle/Saale, Leichtindustrie Halle/Saale, Bau u. Baustoffindustrie Halle/Saale, Verkehrswesen Halle/Saale, Nahrungs- und Genussmittelindustrie Halle/Saale, Zuckerindustrie Halle/Saale	Chemie-Metallurgie-Maschinenbau Halle/Saale, Leichtindustrie Halle/Saale, Bau u. Baustoffindustrie Halle/Saale, Verkehrswesen Halle/Saale, Nahrungs- und Genussmittelindustrie Halle/Saale, Zuckerindustrie Halle/Saale	Chemie-Metallurgie-Maschinenbau Halle/Saale, Leichtindustrie Halle/Saale, Bau u. Baustoffindustrie Halle/Saale, Verkehrswesen Halle/Saale, Nahrungs- und Genussmittelindustrie Halle/Saale, Zuckerindustrie Halle/Saale	Chemie-Metallurgie-Maschinenbau Halle/Saale, Leichtindustrie Halle/Saale, Bau u. Baustoffindustrie Halle/Saale, Verkehrswesen Halle/Saale, Nahrungs- und Genussmittelindustrie Halle/Saale, Zuckerindustrie Halle/Saale	Chemie-Metallurgie-Maschinenbau Halle/Saale, Leichtindustrie Halle/Saale, Bau u. Baustoffindustrie Halle/Saale, Verkehrswesen Halle/Saale, Nahrungs- und Genussmittelindustrie Halle/Saale, Zuckerindustrie Halle/Saale	Chemie-Metallurgie-Maschinenbau Halle/Saale, Leichtindustrie Halle/Saale, Bau u. Baustoffindustrie Halle/Saale, Verkehrswesen Halle/Saale, Nahrungs- und Genussmittelindustrie Halle/Saale, Zuckerindustrie Halle/Saale	Chemie-Metallurgie-Maschinenbau Halle/Saale, Leichtindustrie Halle/Saale, Bau u. Baustoffindustrie Halle/Saale, Verkehrswesen Halle/Saale, Nahrungs- und Genussmittelindustrie Halle/Saale, Zuckerindustrie Halle/Saale	Chemie-Metallurgie-Maschinenbau Halle/Saale, Leichtindustrie Halle/Saale, Bau u. Baustoffindustrie Halle/Saale, Verkehrswesen Halle/Saale, Nahrungs- und Genussmittelindustrie Halle/Saale, Zuckerindustrie Halle/Saale	Chemie-Metallurgie-Maschinenbau Halle/Saale, Leichtindustrie Halle/Saale, Bau u. Baustoffindustrie Halle/Saale, Verkehrswesen Halle/Saale, Nahrungs- und Genussmittelindustrie Halle/Saale, Zuckerindustrie Halle/Saale
VVB des Landes Brandenburg									
	Baustoffe KI-Machnow, Eisen-Metall KI-Machnow, Glas-Keramik Altmark Kreis Teltow, Chemie-Papier Potsdam, Holz Zepernick-Bernau, Nahrungs- und Genussmittel Potsdam, Schiffahrts- und Umschlagsbetriebe Potsdam, Landesbahnen Potsdam, Bau Potsdam, Textil-Leder Cottbus, Kulturstätten Werder	Baustoffe KI-Machnow, Eisen-Metall KI-Machnow, Glas-Keramik Altmark Kreis Teltow, Chemie-Papier Potsdam, Holz Zepernick-Bernau, Nahrungs- und Genussmittel Potsdam, Schiffahrts- und Umschlagsbetriebe Potsdam, Landesbahnen Potsdam, Bau Potsdam, Textil-Leder Cottbus, Kulturstätten Werder	Baustoffe KI-Machnow, Eisen-Metall KI-Machnow, Glas-Keramik Altmark Kreis Teltow, Chemie-Papier Potsdam, Holz Zepernick-Bernau, Nahrungs- und Genussmittel Potsdam, Schiffahrts- und Umschlagsbetriebe Potsdam, Landesbahnen Potsdam, Bau Potsdam, Textil-Leder Cottbus, Kulturstätten Werder	Baustoffe KI-Machnow, Eisen-Metall KI-Machnow, Glas-Keramik Altmark Kreis Teltow, Chemie-Papier Potsdam, Holz Zepernick-Bernau, Nahrungs- und Genussmittel Potsdam, Schiffahrts- und Umschlagsbetriebe Potsdam, Landesbahnen Potsdam, Bau Potsdam, Textil-Leder Cottbus, Kulturstätten Werder	Baustoffe KI-Machnow, Eisen-Metall KI-Machnow, Glas-Keramik Altmark Kreis Teltow, Chemie-Papier Potsdam, Holz Zepernick-Bernau, Nahrungs- und Genussmittel Potsdam, Schiffahrts- und Umschlagsbetriebe Potsdam, Landesbahnen Potsdam, Bau Potsdam, Textil-Leder Cottbus, Kulturstätten Werder	Baustoffe KI-Machnow, Eisen-Metall KI-Machnow, Glas-Keramik Altmark Kreis Teltow, Chemie-Papier Potsdam, Holz Zepernick-Bernau, Nahrungs- und Genussmittel Potsdam, Schiffahrts- und Umschlagsbetriebe Potsdam, Landesbahnen Potsdam, Bau Potsdam, Textil-Leder Cottbus, Kulturstätten Werder	Baustoffe KI-Machnow, Eisen-Metall KI-Machnow, Glas-Keramik Altmark Kreis Teltow, Chemie-Papier Potsdam, Holz Zepernick-Bernau, Nahrungs- und Genussmittel Potsdam, Schiffahrts- und Umschlagsbetriebe Potsdam, Landesbahnen Potsdam, Bau Potsdam, Textil-Leder Cottbus, Kulturstätten Werder	Baustoffe KI-Machnow, Eisen-Metall KI-Machnow, Glas-Keramik Altmark Kreis Teltow, Chemie-Papier Potsdam, Holz Zepernick-Bernau, Nahrungs- und Genussmittel Potsdam, Schiffahrts- und Umschlagsbetriebe Potsdam, Landesbahnen Potsdam, Bau Potsdam, Textil-Leder Cottbus, Kulturstätten Werder	Baustoffe KI-Machnow, Eisen-Metall KI-Machnow, Glas-Keramik Altmark Kreis Teltow, Chemie-Papier Potsdam, Holz Zepernick-Bernau, Nahrungs- und Genussmittel Potsdam, Schiffahrts- und Umschlagsbetriebe Potsdam, Landesbahnen Potsdam, Bau Potsdam, Textil-Leder Cottbus, Kulturstätten Werder
VVB des Landes Thüringen									
	Erze und Mineralien Erfurt, Glas-Keramik Ilmenau, Maschinen-Elektro-Ost Gera, Maschinen-Elektro-West Schmalkalden, Holz-Bau Erfurt, Chemie-Papier Erfurt, Textil-Leder Apolda, Nahrung-Genuss Erfurt, Kulturstätten Erfurt, Handel Erfurt	Erze und Mineralien Erfurt, Glas-Keramik Ilmenau, Maschinen-Elektro-Ost Gera, Maschinen-Elektro-West Schmalkalden, Holz-Bau Erfurt, Chemie-Papier Erfurt, Textil-Leder Apolda, Nahrung-Genuss Erfurt, Kulturstätten Erfurt, Handel Erfurt	Erze und Mineralien Erfurt, Glas-Keramik Ilmenau, Maschinen-Elektro-Ost Gera, Maschinen-Elektro-West Schmalkalden, Holz-Bau Erfurt, Chemie-Papier Erfurt, Textil-Leder Apolda, Nahrung-Genuss Erfurt, Kulturstätten Erfurt, Handel Erfurt	Erze und Mineralien Erfurt, Glas-Keramik Ilmenau, Maschinen-Elektro-Ost Gera, Maschinen-Elektro-West Schmalkalden, Holz-Bau Erfurt, Chemie-Papier Erfurt, Textil-Leder Apolda, Nahrung-Genuss Erfurt, Kulturstätten Erfurt, Handel Erfurt	Erze und Mineralien Erfurt, Glas-Keramik Ilmenau, Maschinen-Elektro-Ost Gera, Maschinen-Elektro-West Schmalkalden, Holz-Bau Erfurt, Chemie-Papier Erfurt, Textil-Leder Apolda, Nahrung-Genuss Erfurt, Kulturstätten Erfurt, Handel Erfurt	Erze und Mineralien Erfurt, Glas-Keramik Ilmenau, Maschinen-Elektro-Ost Gera, Maschinen-Elektro-West Schmalkalden, Holz-Bau Erfurt, Chemie-Papier Erfurt, Textil-Leder Apolda, Nahrung-Genuss Erfurt, Kulturstätten Erfurt, Handel Erfurt	Erze und Mineralien Erfurt, Glas-Keramik Ilmenau, Maschinen-Elektro-Ost Gera, Maschinen-Elektro-West Schmalkalden, Holz-Bau Erfurt, Chemie-Papier Erfurt, Textil-Leder Apolda, Nahrung-Genuss Erfurt, Kulturstätten Erfurt, Handel Erfurt	Erze und Mineralien Erfurt, Glas-Keramik Ilmenau, Maschinen-Elektro-Ost Gera, Maschinen-Elektro-West Schmalkalden, Holz-Bau Erfurt, Chemie-Papier Erfurt, Textil-Leder Apolda, Nahrung-Genuss Erfurt, Kulturstätten Erfurt, Handel Erfurt	Erze und Mineralien Erfurt, Glas-Keramik Ilmenau, Maschinen-Elektro-Ost Gera, Maschinen-Elektro-West Schmalkalden, Holz-Bau Erfurt, Chemie-Papier Erfurt, Textil-Leder Apolda, Nahrung-Genuss Erfurt, Kulturstätten Erfurt, Handel Erfurt
VVB des Landes Mecklenburg									
	Steine und Erden Güstrow, Maschinenbau-Metallwaren Rostock, Fahrzeugbau und Reparatur Wismar, Holz- und Kunststoffe Stralsund, Textil, Bekleidung und Leder Güstrow, Zucker Schwerin, Nahrungsmittel Schwerin, Hoch- und Tiefbau Schwerin-Görries, Verkehr Demmin, Industriebedarf Rostock	Steine und Erden Güstrow, Maschinenbau-Metallwaren Rostock, Fahrzeugbau und Reparatur Wismar, Holz- und Kunststoffe Stralsund, Textil, Bekleidung und Leder Güstrow, Zucker Schwerin, Nahrungsmittel Schwerin, Hoch- und Tiefbau Schwerin-Görries, Verkehr Demmin, Industriebedarf Rostock	Steine und Erden Güstrow, Maschinenbau-Metallwaren Rostock, Fahrzeugbau und Reparatur Wismar, Holz- und Kunststoffe Stralsund, Textil, Bekleidung und Leder Güstrow, Zucker Schwerin, Nahrungsmittel Schwerin, Hoch- und Tiefbau Schwerin-Görries, Verkehr Demmin, Industriebedarf Rostock	Steine und Erden Güstrow, Maschinenbau-Metallwaren Rostock, Fahrzeugbau und Reparatur Wismar, Holz- und Kunststoffe Stralsund, Textil, Bekleidung und Leder Güstrow, Zucker Schwerin, Nahrungsmittel Schwerin, Hoch- und Tiefbau Schwerin-Görries, Verkehr Demmin, Industriebedarf Rostock	Steine und Erden Güstrow, Maschinenbau-Metallwaren Rostock, Fahrzeugbau und Reparatur Wismar, Holz- und Kunststoffe Stralsund, Textil, Bekleidung und Leder Güstrow, Zucker Schwerin, Nahrungsmittel Schwerin, Hoch- und Tiefbau Schwerin-Görries, Verkehr Demmin, Industriebedarf Rostock	Steine und Erden Güstrow, Maschinenbau-Metallwaren Rostock, Fahrzeugbau und Reparatur Wismar, Holz- und Kunststoffe Stralsund, Textil, Bekleidung und Leder Güstrow, Zucker Schwerin, Nahrungsmittel Schwerin, Hoch- und Tiefbau Schwerin-Görries, Verkehr Demmin, Industriebedarf Rostock	Steine und Erden Güstrow, Maschinenbau-Metallwaren Rostock, Fahrzeugbau und Reparatur Wismar, Holz- und Kunststoffe Stralsund, Textil, Bekleidung und Leder Güstrow, Zucker Schwerin, Nahrungsmittel Schwerin, Hoch- und Tiefbau Schwerin-Görries, Verkehr Demmin, Industriebedarf Rostock	Steine und Erden Güstrow, Maschinenbau-Metallwaren Rostock, Fahrzeugbau und Reparatur Wismar, Holz- und Kunststoffe Stralsund, Textil, Bekleidung und Leder Güstrow, Zucker Schwerin, Nahrungsmittel Schwerin, Hoch- und Tiefbau Schwerin-Görries, Verkehr Demmin, Industriebedarf Rostock	Steine und Erden Güstrow, Maschinenbau-Metallwaren Rostock, Fahrzeugbau und Reparatur Wismar, Holz- und Kunststoffe Stralsund, Textil, Bekleidung und Leder Güstrow, Zucker Schwerin, Nahrungsmittel Schwerin, Hoch- und Tiefbau Schwerin-Görries, Verkehr Demmin, Industriebedarf Rostock

Revision und Treuhandverwaltung Anstalt des öffentlichen Rechts - Organisation - 5.1.1949 - Meyer - Quelle: BArch DN5-225

Tabelle 5: *Summe zonal geleiteter Vereinigungen volkseigener Betriebe nach dem Stand von 1948*⁹⁶

Industrie	Zahl der VVB/Z	Zahl der VEB	Zahl der Beschäftigten
Kohle	9	232	86.000
Energie	5	53	19.000
Metallurgie	5	46	22.000
Chemische Industrie	10	165	31.000
Maschinenbau	19	563	163.000
Leichte Industrie	23	642	164.000
Steine und Erden	4	59	14.800
Insgesamt	75	1.760	499.800

Tabelle 6: *Summe zonal geleiteter Vereinigungen volkseigener Betriebe im April 1949*⁹⁷

Hauptverwaltung	Zahl der VVB						Betriebe	Belegschaft
	Sachs	Sa/Anh	Brandb	Thür	Mecklg	insg		
Kohle	2	4	2	1		9	280	107.803
Energie	1	1	2	1		5	58	21.196
Metallurgie	3	1	1			5	42	36.884
Chemie	4	6				10	143	38.252
Steine und Erden	2	1		1		4	59	16.057
Maschinenbau u. Elektrotechnik	13	4		1	1	19	580	177.070
Leichtindustrie	18	3	2	1		24	669	181.445
Summe	43	20	7	5	1	76	1.831	578.707

Tabelle 7: *Die in Länderverwaltung stehenden Vereinigungen volkseigener Betriebe im April 1949*⁹⁸

	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Brandenburg	Thüringen	Mecklenburg	Summe
VVB	18	6	9	10	11	54
VEB	1.210	299	713	639	317	3.178

Tabelle 6 und Tabelle 7 beziehen sich auf den 1. April 1949. Der Prozeß der Zentralisierung schritt aber immer weiter voran: In rascher Folge kamen landesverwaltete Betriebe unter das Dach der DWK und kommunal verwaltete Betriebe unter zonale- oder Landesverwaltung. Zu diesem Zeitpunkt wurden vier VVB der Nahrungsmittelindustrie unter dem Dach der „Hauptverwaltung Handel und Versorgung“ bei der DWK gegründet. Hiermit verbunden war ein Wechsel der betreffenden, bislang landesverwalteten VEB in die neu geschaffenen, zentral verwalteten Vereinigungen. Außerdem wurden sieben weitere Vereinigungen volkseigener Betriebe aus dem Ostsektor Berlins auf zonal- und landesverwaltete Vereinigungen der SBZ verteilt. Dieses ergab sich nach der „Zweiten Durchführungsverordnung zum Gesetz zur Einziehung von Vermögenswerten der Kriegsverbre-

⁹⁶ DUHNKE, Stalinismus, S. 100f.

⁹⁷ DN5-261, S. 43.

⁹⁸ Ebenda.

cher und Naziaktivisten“⁹⁹ mit der daraus folgenden Liquidation der „Deutschen Treuhandverwaltung“.

2.2 Aufgaben der volkseigenen Wirtschaft

Weil es in Deutschland keine Erfahrungen mit „volkseigener“ Wirtschaft gab, propagierte die SBZ-Führung das sowjetische Vorbild. Die Kopie ging bis ins Detail. Die deutschen VEB erhielten dieselben Aufgaben wie ihre sowjetischen Vorbilder:

- Die Ausarbeitung der Perspektiv-, Jahres-, Quartals-, Monats-, Dekaden- und der sonstigen Pläne sowie die
- Aufstellung eines entsprechend abgestimmten Terminplans für den Produktionsausstoß des Betriebes; die
- Ausarbeitung der Pläne für die Betriebsabschnitte auf Grund der allgemeinen Betriebspläne und der entsprechenden Terminpläne; die
- laufende Verwaltung sowie die
- praktische Unterweisung und Unterstützung der Betriebsabschnitte bei der Planerfüllung, die
- Ausarbeitung des technologischen Fertigungsprozesses, der Leistungsnormen für die Ausrüstungen, der Arbeitsnormen, der technischen Zeichnungen, der Instruktionskarten sowie die
- Unterstützung und Leitung des Erfindungs- und Forschungswesens; die
- statistische Verfolgung und Kontrolle des Verlaufs der Planerfüllung; die
- Festlegung der finanziellen Aufwendungen, die
- Ausgabenkontrolle und die
- Kontrolle über die Einhaltung der Kostenanschläge und Finanzpläne in allen Abteilungen und Abschnitten der Betriebe; die
- Anleitung der Stachanow-Bewegung [das SBZ-Pendant war die nach Adolf Hennecke benannte „Bewegung“, T.M.], die
- Bereitstellung der für den Produktionsprozeß notwendigen Roh-, Brenn- und Hilfsstoffe, Halbfabrikate, Werkzeuge und Transportmittel; die
- Aufstellung von Terminplänen für die Reparaturarbeiten und die
- Überwachung ihrer Durchführung.“¹⁰⁰

Es handelte sich um einen reichen Katalog von Anforderungen, der in keinem Verhältnis stand zum Maß der gegebenen betrieblichen Entscheidungsbefugnis. Die Gesamtaufgabe des volkseigenen Sektors ergab sich nach Lesart der RTA aus drei unterschiedlichen Teilbereichen: Produktionsaufgabe, Sozialaufgabe und Entwicklungsaufgabe.

99 Gesetz zur Einziehung von Vermögenswerten der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten vom 8. Februar 1949, in: Verordnungsblatt für Groß-Berlin (sowjetischer Sektor), S. 34. Zweite Durchführungsverordnung zum Gesetz vom 8. Februar zur Einziehung von Vermögenswerten der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten vom 30. April 1949, in: ebenda, S. 97.

100 JOFFE, Die Planung, S. 18.

2.2.1 Die entscheidende Aufgabe: Planerfüllung in der Produktion

An Stelle des Unternehmerprofits als Triebkraft zur Erfüllung der Produktionsaufgabe proklamierte die kommunistische Ideologie die Zielvorgabe gesamtwirtschaftlicher Versorgung.¹⁰¹ Dementsprechend orientierte sich die Überprüfung der Produktionsergebnisse nicht an Bilanz oder Ergebnisrechnung der Betriebe sondern ging aus von ihrer individuellen, in den Gesamtwirtschaftsplan eingebundenen Produktionsaufgabe. Der wirtschaftliche Erfolg volkseigener Betriebe wurde daran gemessen, inwieweit die betrieblichen Planvorgaben innerhalb des vorgegebenen Zeitkorridors erfüllt worden waren.¹⁰² Von herausragender Bedeutung dabei war, daß auch die ständig propagierten Sekundärtugenden sozialistisch geführter Wirtschaftsbetriebe deutliche Beachtung fanden. Dazu gehörte beispielsweise, daß von sogenannten betriebsegoistischen Bestrebungen zum Nachteil der Gesamtwirtschaft abgesehen wurde. Man verstand darunter u.a. das Anlegen nicht registrierter Materialvorräte oder Finanzen. Weiterhin durfte die „Unantastbarkeit des Volkseigentums“ durch die Betriebe nicht verletzt werden. Schließlich kontrollierte man, inwieweit die Betriebsleitungen versucht hatten, die Belegschaften mittels betriebsinterner Propaganda zu höherer Leistung anzuspornen. Kurz: Je exakter die materielle Planerfüllung bei minimalen, außerplanmäßigen Forderungen durch die VEB, desto besser. Plandisziplin und -gehorsam waren die idealen Verhaltensmuster. Nach Auffassung der RTA teilte sich die Produktionsaufgabe der volkseigenen Betriebe in zwei unterschiedliche Bereiche:

- Die *technische Produktionsleistung*, welche sich in der Produktionsaufgabe widerspiegelte und den konkreten Output an Gütern und Dienstleistungen zugunsten der volkswirtschaftlichen Versorgung nach Art, Menge und Qualität beschrieb.
- Und die *Wirtschaftlichkeitsleistung*, die sich im finanziellen Ergebnis der betrieblichen Arbeit ausdrücken sollte.

Die Revision der Produktionsaufgabe richtete ihr Augenmerk auf diese beiden Ansätze.

Technische Produktionsleistung - Materielle Planerfüllung

Die sogenannte technische Produktionsleistung war auf folgende Kriterien zu untersuchen:

- Inwieweit war die Produktion bis zum einzelnen Arbeitsplatz durchgeplant?
- Inwieweit wurde eine Verbindung zu den gültigen Arbeitsnormen hergestellt?
- Inwieweit war den Arbeitern ihre Pflicht zur Erfüllung der Arbeitsnormen bewußt?
- Inwieweit wurden leistungsbezogene Löhne eingeführt (Progressiver Lohn oder Prämiensystem)?
- Tägliche Kontrolle der Planerfüllung und Bekanntgabe der Ergebnisse unter der Belegschaft. Soll- und Ist-Vergleiche sollten der Belegschaft Produktionsstokungen vor Augen führen und zu größeren Leistungen anhalten. Unrealistisch war die Überzeugung der RTA, daß dieses System den Betriebsleitungen &

101 DN5-261, S. 52.

102 DN5-261, S. 72.

möglichen sollte, sofort zu bemerken, „wenn Stockungen im täglichen Produktionsanfall auftreten und [...] die entsprechenden Gegenmaßnahmen einzuleiten.“¹⁰³

Produktionsberatungen der beteiligten Abteilungen sollten helfen, festgestellte Schwierigkeiten zu überwinden. Gleichzeitig waren die Betriebsleitungen in ihrer Handlungsfreiheit aber soweit beschnitten, daß sie keine Möglichkeit besaßen, Komplikationen im Betriebsablauf mit Hilfe traditioneller Methoden des freien Unternehmers entgegenzuwirken. Gleichzeitig war der Weg durch die Institutionen der Planbürokratie viel zu lang und beschwerlich, um von dort schnelle Hilfestellungen zu erwarten. Natürlich wußte die RTA, daß der Grund für Produktionsstockungen oft außerhalb der volkseigenen Betriebe gesucht werden mußte: „Meist liegen die Ursachen von Schwierigkeiten in sogenannten Engpässen, welche die Produktion beeinträchtigen und alle anderen Teile des Betriebes hemmen.“¹⁰⁴ Diese Engpässe in den Betrieben festzustellen und zu beseitigen, wurde als eine der wichtigsten Aufgabe der Revisionen angesehen. Man war der Meinung, Engpässe als charakteristisches Merkmal der Mangelwirtschaft konnten im System der Zentralplanwirtschaft nicht auf Betriebsebene beseitigt werden, sondern erforderten ihrerseits wieder ein Einschreiten der Planbürokratie. Der einzelne Betrieb konnte nur sehr wenig dabei mitwirken. Das vorgesehene Mittel dafür war die Betriebsdokumentation mit Hilfe der Statistik. Aber sowohl betriebseigene Unterlagen als auch die Beobachtungen der Revision führten nur selten und mit großer Verzögerung zu Korrekturen offizieller Planvorgaben im Sinne der Betriebe.¹⁰⁵ Zum Programm der Überprüfung der technischen Produktionsleistung gehörte auch die Kontrolle des Aufbaus betriebsinterner Kontrollmechanismen, wie der betrieblichen Selbstkontrolle, der Qualitätskontrolle sowie der Monatsmeldungen des VEB (nach Menge und Wert der Produktion) an die zuständige Vereinigung. Vergleiche zwischen betrieblichen Schlußfolgerungen aus eigener Plankontrolle und den Feststellungen der Prüfer sollten zu neuen Erkenntnissen führen, die ggf. auf die gesamte volkseigene Wirtschaft anzuwenden waren.

Wirtschaftlichkeitsleistung - Rechnerische Planerfüllung

Der wirtschaftliche Erfolg volkseigener Betriebe - soweit im Rahmen des Systems zentral geplanter Wirtschaft gemessen - wurde durch verschiedene Faktoren stark beeinträchtigt. Hierzu gehörten unzureichende Stoppreise, mangelnde Ausnutzung der Kapazitäten oder Engpässe, die nur durch Zahlung überteuerter Preise zu beheben waren. Zur Feststellung unvorhergesehener Teuerungen sollten die VEB verschiedene Finanzpläne erarbeiten. Diese waren zur Kontrolle der Wirtschaftlichkeitsrechnung der VEB unmittelbar zu überprüfen:

- Übereinstimmung mit den Planunterlagen?
- Gewinn- und Kostenziele richtig gesetzt?
- Entstehung derselben in „Zusammenarbeit“ mit der Belegschaft?
- Sind sie im Betrieb allgemein bekannt?

103 DN5-261, S. 117.

104 Ebenda.

105 Hannsjörg Buck bezeichnete u.a. die Starrheit der Planaufgaben in Verbindung mit verordneten Planumstellungen, die für die Betriebe willkürlich und unvorhergesehen kamen, als „angeborene Mängel der planbehördlichen Leitung“: BUCK, Umkehr zur administrativen Befehlswirtschaft S. 89.

- Plankontrolle gut organisiert?

Die Methoden der Wirtschaftlichkeitsprüfung entsprachen entweder der Form einer Bilanzprüfung (Bewertungsfrage) oder einer Kostenprüfung (Fertigungsmaterial, Fertigungslohn, Gemeinkosten, Sonderkosten u.a.). Die Prüfer versuchten, auf Grundlage der betrieblichen Unterlagen (soweit überhaupt vorhanden), Betriebsabrechnung und Stückrechnung, Finanz- und Kostenrechnung, Mengen- und Zeitrechnung miteinander zu vergleichen. Die RTA bemerkte in ihrer Beilage, daß Theorie und Praxis in diesem Punkt weit voneinander entfernt lagen: „In vielen Fällen wird eine solche Prüfung allerdings schwer sein, weil der Betrieb sein Rechnungswesen noch nicht weit genug entwickelt hat.“¹⁰⁶ Diese Feststellung entwickelte sich zum festen Bestandteil abschließender Berichte über das Ergebnis der verschiedenen Revisionen. Die „Abteilung Auswertung der RTA“ war angewiesen worden, das Problem fehlender Rechnungsunterlagen in den Betrieben zu überbrücken. Sie sollte Betriebsvergleiche durchführen und dafür „Meßzahlen“ ausarbeiten. Diese sollten anhand vorhandener Prüfungsergebnisse bei volkseigenen Betrieben entwickelt werden, die sich in denselben oder ähnlichen Verhältnissen befanden. Eine weitere Form praktizierter „Wirtschaftlichkeitsprüfung“ bestand darin, zu untersuchen, inwieweit die Betriebe ihre Ablieferungspflicht erfüllten bzw. ihre planmäßig bereitgestellten Investitionsmittel in Anspruch nahmen. Durch Korrespondenzen mit Aufsichtsorganen der Vereinigungen oder der DIB ließen sich diese Prüfungen zwar durchführen, boten aber keine Ansätze zur Interpretation festgestellter Planabweichungen.

2.2.2 Politische, ideologische und soziale Aufgabenbewältigung - sozialistischer Maßstab für den „Erfolg“ volkseigener Betriebe

Propagandistisch wurde die „Sozialaufgabe“ - der sogenannte gesellschaftliche Fortschritt¹⁰⁷ - folgendermaßen ausgedrückt: *„In den Betrieben werden nicht nur Stahlblöcke, sondern auch Menschen geformt.“*¹⁰⁸ Es gehörte dazu, die Menschen zur Mitarbeit in gesellschaftlichen Organisationen anzuhalten. Die „Aufgabe“ sollte aber auch den Auf- und Ausbau innerbetrieblicher Einrichtungen zugunsten der Mitarbeiter umfassen. Über die Betriebe hatte die Gesellschaft dem Einzelnen geldwerte und gesellschaftliche Vorteile zu gewähren, die als Gegenleistung dafür verstanden wurden, daß der Arbeiter „fleißig, pünktlich und ehrlich ist, daß er Interesse an der Arbeit hat, daß er seinen persönlichen Vorteil dem Betriebsinteresse unterordnet“¹⁰⁹. Die „Sozialaufgabe“ der Betriebe diente einer einzigen Absicht: *„Die Einordnung der Menschen in die Gesellschaft auf der Grundlage der Arbeit.“*¹¹⁰ Im einzelnen wurden von der RTA folgende Teilbereiche der sozialen Aufgabe definiert:¹¹¹

- Die *Mitbestimmung* der Betriebsbelegschaft. Die Führung der zentralverwalteten Wirtschaft versprach sich durch die Einbindung der Beschäftigten zusätzliche positive Auswirkungen insb. auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität.

106 DN5-261, S. 120.

107 DN5-261, S. 49.

108 DN5-261, S. 57.

109 DN5-261, S. 55.

110 DN5-261, S. 127.

111 DN5-261, S. 55ff.

- Die *Anerkennung des „Menschen im Arbeiter“*. Hierunter wurden insbesondere der Respekt vor der Persönlichkeit des Belegschaftsmitgliedes verstanden. Dieser sollte sich darin zeigen, daß für harmonische Zusammenarbeit gesorgt wurde, strebsame Menschen Aufstiegsmöglichkeiten bekommen sollten, Leistungen eine gerechte Beurteilung und Anerkennung fanden; Verantwortung im guten und bösen Sinne verwirklicht wurde.
- Die *Gesundheitsfürsorge*. Es sollte technische Hilfe durch den Betrieb zur Verfügung gestellt werden, um die körperliche Belastung des Arbeiters zu verringern. Unfallschutz und betriebliche Gesundheitsfürsorge sollten das gesundheitliche Wohl der Beschäftigten schützen. Erholungsmöglichkeiten und Altersfürsorge sollten die Folgen der körperlichen Arbeit ausgleichen helfen.
- Die *„Entsorgung“*. Hierunter wurde verstanden, daß die Betriebe ihre Mitarbeiter von einem Teil ihrer obligatorischen, alltäglichen Besorgungen entlasteten. Wäschereien, Schuhreparatur- und Schneiderwerkstätten, Kindergärten und Betriebsküchen sollten durch den Betrieb gestellt werden. Auch durch die betriebliche Beschaffung von Brennstoffen, Kartoffeln, Wohnraum und Brachland war der Belegschaft das Leben um die Arbeit zu erleichtern.
- *Sonstige Sozialeinrichtungen*. Unterstützungskassen (Notfälle, Alter, Studium) sollten der Belegschaft das „Erlebnis einer stärkeren Kraft, die in der Vereinigung vieler Menschen ruht“¹¹² verständlich machen. Dieses Verständnis, so die Erwartung der Verantwortlichen, würde den einzelnen Menschen „aus der Isolierung [reißen] und [...] zu einem dankbaren Glied einer Betriebsgemeinschaft [machen].“¹¹³
- *Erholung und Entspannung*. Gemeinsame Veranstaltungen zur Gestaltung der Freizeit sollten auch außerhalb der Arbeitszeiten das Zusammengehörigkeitsgefühl stärken. Die volkseigenen Betriebe bekamen den Auftrag, für ihre Belegschaften Büchereien und Sportstätten zur Verfügung zu stellen. Sie sollten ihren Mitarbeitern Theater-, Konzert- und Kinobesuche ermöglichen. Außerdem waren gemeinsame Ausflüge und Feiern zu organisieren. Das Problem der „Vereinzelung“ sollte zugunsten eines umfassenden, betrieblichen Zusammengehörigkeitsgefühls beseitigt werden.

Zur Überprüfung der Erfüllung betrieblicher Sozialaufgaben benötigten die Prüfer der RTA entsprechende Kriterienkataloge und Fragestellungen. Diese mußten im Rahmen der neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zunächst noch entwickelt werden. Es existierte kein fertiges Modell der anzustrebenden Umsetzung betrieblicher Sozialaufgaben. Auch die „Kontrolle“ umgesetzter Sozialaufgaben entsprach vielmehr der Suche nach Ideen und Beispielen in einzelnen Betrieben, welche auf den gesamten volkseigenen Sektor übertragen werden konnten. Die RTA-Prüfer kamen also mit offenen Augen und suchten in den Betrieben nach Vorbildern. Alle Versuche, die Produktivität der Wirtschaft durch die Motivation der Arbeiter im Rahmen der Sozialaufgabe zu steigern, scheiterten bis zum Ende der DDR: „[Noch] das Programm der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik [woran die DDR bis 1989 festhielt] unterstellte einen einfachen Motivationszusammenhang zwischen verbesserter Versorgung und erhöhter Arbeitsproduktivität bei gleichzeitiger technologischer Innovation. Ökonomische Kriterien blieben da-

112 DN5-261, S. 57.

113 Ebenda.

bei außer Betracht.“¹¹⁴ „Die Kalkulation, [im Zuge der seit Honecker propagierten ‘Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik’, den Lebensstandard der Bevölkerung zu erhöhen, T.M.] erwies sich als Trugschluß. Was blieb, war [...] die erhöhte Kaufkraft, der nicht das entsprechende Warenangebot gegenüberstand.“¹¹⁵

● Hat der Betrieb seine politische Aufgabe als Träger der Ideologie begriffen?

Nach kommunistischer Grundanschauung waren mit Verstaatlichung der Produktionsmittel in den volkseigenen Betrieben „die inneren Gegensätzlichkeiten des Produktionsprozesses beseitigt. [...] In den volkseigenen Betrieben sind es letzten Endes die Arbeiter selbst, die die Betriebe gestalten.“¹¹⁶ Die soziale Aufgabe zu erkennen und anschließend umzusetzen, hing aus diesen Gründen nach offizieller Lesart nur noch von der „Initiative der Belegschaft“ und dem „Geschick der Betriebsleitung“ sowie ihrer gemeinsamen „gesellschaftlichen Reife“ ab. Betriebe mit ausreichender Reife sollten ein entsprechend fein ausgearbeitetes Sozialprogramm vorlegen können, in welchem nach Möglichkeit die oben genannten Kriterien Beachtung zu finden hatten. Je nach Eindruck des Prüfers sollte er den Betrieb in seiner Auffassung unterstützen oder die Aufmerksamkeit der VEB verstärkt auf ihre Pflicht lenken: „Dem volkseigenen Betrieb muß gelingen, was dem kapitalistischen Betrieb nicht gelingen konnte, nämlich Betriebe so zu gestalten, daß der geschickte und fleißige Arbeiter seine ganze produktive Kraft im Betrieb entfalten kann.“¹¹⁷

● Wie hat der Betrieb die Erfüllung der Sozialaufgabe organisiert?

In kleineren Betrieben übernahm die Personalabteilung die Planung der Sozialaufgabe, während größere Betriebe dafür neue Verwaltungen schaffen sollten, die unter den Bezeichnungen „Sozialverwaltung“, „Sozialabteilung“ oder „Fürsorgeabteilung“ firmierten. Außerdem wurde politisch gewünscht, in den Betrieben Organe der „Belegschafts-Mitbestimmung“ einzurichten. Hierzu gehörten sowohl Kommissionen für alle möglichen Angelegenheiten als auch Einzelfunktionäre, die sich auf bestimmte Einzelaufgaben, z.B. die Betriebsbibliothek, eine Betriebsvolkshochschule oder andere betriebssportliche Einrichtungen konzentrierten. Als wichtigster Bestandteil der Sozialaufgabe war zu überprüfen, inwieweit der Betrieb seiner Belegschaft durch entsprechendes Arbeitsklima in sämtlichen Bereichen eine Umgebung schaffen konnte, in der sich Leistung optimal zu entwickeln vermochte. Hierzu gehörten die gute Behandlung der Mitarbeiter, Leistungsanerkennung durch entsprechende Entlohnung und zahlreiche andere „Einzelheiten und Kleinigkeiten, aus denen sich das Leben des Betriebes zusammensetzt [und] die Arbeitskultur zum Ausdruck kommt, die im Sozialprogramm ihren Niederschlag findet.“¹¹⁸ Die Erfüllung der Sozialaufgabe und ihre Qualität sollte der Prüfer mit Zahlen belegen. Diese sollten sich z.B. auf verausgabte Mittel, durchgeführte Veranstaltungen und deren Erfolg im Sinne von Besucherzahlen beziehen.

114 LEPSIUS, M. Rainer, Handlungsräume und Rationalitätskriterien der Wirtschaftsfunktionäre in der Ära Honecker, in: Pirker u.a., Der Plan als Befehl und Fiktion, S. 347ff., hier S. 360.

115 SCHENK, Fritz, Das rote Wirtschaftswunder, S. 49.

116 DN5-261, S. 128.

117 DN5-261, S. 129f.

118 DN5-261, S. 131.

- Wissen die Betriebe um die Wirkungen der sozialen Einbindung der Belegschaften auf deren Arbeitsbereitschaft?

Zunächst sollte der Prüfer den Bericht des betrieblichen Sozialorgans untersuchen. Schließlich wäre zu überprüfen, soweit vom Betrieb noch nicht dokumentiert, inwiefern sich die Erfüllung der Sozialaufgabe auf die Produktionsaufgabe auswirkt. Die Vorgabe war eindeutig: Arbeitsdisziplin, Mitarbeit der Betriebsbelegschaft und Arbeitsmoral sollten sich heben, während unentschuldigte Fehltag, Krankenstände, Diebstähle, Pfscharbeit und Disziplinlosigkeiten zurückzugehen hatten. Weiterhin erwartete man im Zuge einer erfolgreichen Arbeit des Sozialorgans, daß sich die Mitarbeiter stärker in den Organen der betrieblichen Mitbestimmung sowie in Parteien und Massenorganisationen betätigten. Die eigentlichen Gründe, warum sie dies taten, lagen zweifellos eher im repressiven Charakter des Systems als in seinen sozialen Verdiensten.

- Welche Ergebnisse brachte die Selbstkontrolle des Betriebes und welche Folgerungen zog er daraus?

Angesichts der neuen, politischen Aufgabenstellungen und Zielsetzungen der nunmehr „volkseigenen“ Betriebe in der SBZ konnte 1949 von „Selbstkontrolle“ im Sinne der offiziellen Politik noch keine Rede sein. Auch eine Kontrolle der betrieblichen Selbstkontrolle war noch nicht möglich. Es gab weder Prüfungsleitfäden oder standardisierte Berichterstattungsvorgaben, geschweige denn auf diesem Gebiet ausgebildete Prüfer, was die RTA im Juli 1949 auch offen eingestand: „Dieser Weg muß naturgemäß erst gebahnt werden. Da auf Erfahrungen noch nicht aufgebaut werden kann, ist zu erwarten, daß hier und da auch Mißerfolge auftreten“¹¹⁹ Für alle Teilbereiche der Sozialaufgaben-Überprüfung kann festgestellt werden, daß den Betrieben allenfalls grobe Stoßrichtungen vorgegeben waren, deren konkrete Umsetzung sie selbst zu organisieren hatten. Alles hing ab vom Einfallsreichtum und Improvisationstalent der Betriebsleitungen. Den Mitarbeitern der RTA blieb, die Produktionsstätten aufzusuchen und sich vor Ort bezüglich der betrieblichen Initiativen überraschen zu lassen. Man erwartete von ihnen allerdings, sich im Rahmen der durchgeführten Überprüfungen einen Überblick über die besten Initiativen zu verschaffen und dergestalt in die Lage zu versetzen, anhand dieser Erfahrung weniger erfolgreichen Betrieben zur Seite stehen zu können. Es handelt sich um ein typisches Beispiel des angewendeten „Demokratischen Zentralismus“: Im Rahmen politischer Visionen der Partei machte die Planbürokratie den Betrieben grobe Zielvorgaben. Dabei waren sehr enge materielle und finanzielle Grenzen vorgegeben; im Idealfall waren die Vorgaben kostenlos zu realisieren. Ihre Umsetzung überließ man dem Geschick der Beschäftigten, d.h., in erster Linie den Betriebsleitungen.¹²⁰ Diese hatten sich aber vornehmlich der Lösung ihrer betrieblichen Produktionsaufgabe zu widmen. Ihr Grund zur Entwicklung sozialer Initiativen lag sicher weniger in der Überzeugung vom sozialistischen Menschenbild als im staatlichen Druck und materieller Not der Belegschaften. Dementsprechend halbherzig gedieh der betrieblich-soziale Be-

119 DN5-261, S. 133.

120 Vgl. VOGLER, Johannes, Von der Rüstungsfirma zum volkseigenen Betrieb, Aufzeichnungen eines Unternehmers der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands von 1945-1948, München 1992. Johannes Vogler als Betriebsleiter war allein Initiator und Träger sämtlicher sozialen Einrichtungen innerhalb der 'Mechanischen Werkstätten Freital' (MWF).

reich. Die Prüfer der RTA hatten vor Ort die besten Ansätze zu erkennen, diese zu systematisieren und zum allgemeinen, meßbaren Standard zu erheben, welcher dann für die Gesamtheit des volkseigenen Sektors verpflichtend wurde.

2.2.3 Die schwierigste Aufgabe: Vorantreiben der wirtschaftlichen Entwicklung - des technischen Fortschritts

Ebenso vage wie die Vorstellungen zur gesellschaftlichen Einbindung der Belegschaften, waren in Partei und Wirtschaftsführung die Ideen zur Hebung des technischen Fortschritts und zur Steigerung der Produktivität in den Betrieben. Als ideologische Richtschnur fungierte das niemals bewiesene und in der SBZ/DDR trotzdem unbestrittene Dogma, der wissenschaftlich-technische Fortschritt wäre der sozialistischen Wirtschaft immanent und als solcher das „Hauptkriterium der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung“¹²¹. Den Überzeugungen der sozialistischen Führung entgegengesetzt zeigten sich die ökonomischen Leistungsdaten der zentral geplanten Ökonomie. Anders als in Marktwirtschaften erwies sich die Zentralplanwirtschaft als statisches System, das keine automatischen Mechanismen zur Ausbildung von technischem Fortschritt - und damit Wirtschaftswachstum - besaß. Ohne den grundsätzlichen Systemfehler einzugestehen, versuchte die SED über vierzig Jahre lang den fehlenden Eigenantrieb der Wirtschaft durch künstlich-dirigistische Maßnahmen zu ersetzen. Entsprechend den Regeln des „Demokratischen Zentralismus“ versuche man dabei grundsätzlich, das Problem den Betrieben zur Lösung vorzugeben.

Automatische Entwicklung des technischen Fortschritts im volkseigenen Sektor?

Man verfolgte denselben Weg wie zur Lösung der Sozialaufgabe und beauftragte den volkseigenen Sektor, die sogenannte Entwicklungsaufgabe zu lösen. Der Begriff umschrieb das Zutun der volkseigenen Betriebe zur Steigerung der Arbeitsproduktivität. Es handelte sich dabei um eine Vielzahl individueller, später zusammengefaßter, dann ausgewerteter und zur allgemeinen Anwendung gebrachten Versuche der Betriebe, den Stand des technischen Fortschritts zu verbessern. Von den volkseigenen Betrieben wurde verlangt, ein „möglichst günstiges Verhältnis zwischen Kosten und Leistung“¹²² zu erzielen. Neben Menge und Qualität hatten die Betriebe auch das scheinbar Unmögliche zu leisten, nämlich „Überschüsse des Produzierten über das dabei Verbrauchte hinaus [zu erzeugen]“¹²³. In diesem Zusammenhang muß wieder darauf hingewiesen werden, wie rücksichtslos in der SBZ mit Begriffen verfahren wurde. Der Plan sowie die vorgegebenen Arbeits- und Kostennormen orientierten sich an einer gegebenen „Produktivität der Arbeit“. Darunter wurde nach zentralplanwirtschaftlicher Auf-

121 LENIN, Wladimir I., Werke, Band 32, Berlin 1963, S. 239. Vgl. auch NICK, Harry, Sozialismus und Wirtschaftswachstum, Berlin (Ost) 1977. Nick ging (ohne das erwähnte Dogma irgendwie infrage stellen zu wollen) soweit, die Entwicklung von technischem Fortschritt als entscheidende Voraussetzung für Wirtschaftswachstum mit der Überlebensfähigkeit des Sozialismus in der DDR zu verknüpfen: „Kommunismus ohne Wirtschaftswachstum ist nicht ein anderer Kommunismus, sondern überhaupt keiner.“ (S. 239) Der Niedergang der DDR sollte Nick auf unvorhergesehene Weise bestätigen.

122 DN5-261, S. 50.

123 Ebenda.

fassung die Fähigkeit verstanden, Wertzuwachs¹²⁴ und Überschüsse hervorzu-
bringen: „Produktivität der Arbeit ist die Fähigkeit, Überschüsse [= Planüberer-
füllung bei gleichem Aufwand] über die geopferten Werte hinaus zu erzielen.“¹²⁵
In nicht zentral geleiteten Wirtschaften ergibt sich eine Verbesserung der Produk-
tivität - gleichgültig, ob bezogen auf Maschinen oder Arbeitskraft - aus der Ent-
wicklung des „technischen Fortschritts“. Dieser ist aber in der Regel Ergebnis von
Unternehmerinitiative und -forschung, mit dem Ziel, die Produktion zu verbilligen
oder neue, bzw. bessere Produkte anzubieten, um am Markt konkurrenzfähig zu
bleiben. Es handelt sich dabei um den Versuch der Unternehmer, ihrer Liquidie-
rung im gegenseitigen Wettbewerb zu entgehen. Die Motivation der Unternehmer
rührt offensichtlich her von der Unsicherheit ihrer wirtschaftlichen Existenz und
wird dadurch zum glaubwürdigsten Beweggrund überhaupt. Das unternehmeri-
sche Streben gilt einem höheren Stand des „technischen Fortschritts“ im Betrieb,
also der „durch Anwendung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse in der wirt-
schaftlichen Tätigkeit ermöglichte[n] Verbesserung zwischen Aufwand und Er-
trag“¹²⁶.

Joseph Schumpeter beschrieb die Stoßrichtungen unternehmerischen Strebens
folgendermaßen:

- 1) Neue Güter oder Güterqualitäten herstellen.
- 2) Neue Produktionsmethoden und neue Absatzmethoden finden.
- 3) Neue Märkte erschließen.
- 4) Neue Bezugsquellen für Rohstoffe oder Halbfabrikate finden.
- 5) Neuorganisation des Unternehmens, z.B. die Schaffung einer Monopolstel-
lung.¹²⁷

Sämtliche Bereiche haben die Verfügungsgewalt des Unternehmers über sämtliche
Abteilungen seines Betriebes zur Voraussetzung. Bei Übertragung dieses Schem-
as auf den volkseigenen Sektor fällt auf, daß dem Betriebsdirektor des VEB nur
bezüglich jenes, unter Punkt 2 genannten Faktors, der Verbesserung der Produk-
tionsmethoden, ein eigener, wenn auch begrenzter Spielraum zugestanden wurde -
solange er nicht mit zusätzlichen Aufwendungen verbunden war. Wie aber sollte
er wahrgenommen werden, wenn alle übrigen Rahmenbedingungen unabänderlich
durch den Plan diktiert wurden? Nahegelegt, wenn nicht sogar vorgeschrieben
wurden den VEB, ungeachtet der genannten Beschränkungen, selbständig herbei-
zuführende Verbesserungen in folgenden Bereichen:

- Qualitätssteigerung der Erzeugnisse (Haltbarkeit, Brauchbarkeit, Form, Ener-
gie- und Materialausnutzung).
- Qualitätssteigerung der Werkstoffe (zweckmäßiger Einsatz, Erhöhung der Wi-
derstandsfähigkeit).
- Fertigungstechnik (Anwendung zweckmäßiger Maschinen u.a., Arbeitsvorbe-
reitung und -ablauf verbessern, Verringerung von Wartezeiten, qualifikations-
gemäßer Einsatz der Beschäftigten).

124 Ebenda: „Volkseinkommen gleich Wertzuwachs, den die Gütemenge erfährt“.

125 DN5-261, S. 122.

126 SCHNEIDER, Kriegswirtschaftsordnung, S. 9

127 Vgl. SCHUMPETER, Joseph Alois, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Leipzig
1912.

- Transportmittel (Verbesserter Einsatz der Transportmittel, Verkürzung von Transportwegen).
- Organisation (Zielsetzung, Willensbildung, Zusammenarbeit der Arbeitsgruppe, Arbeitsläufe festlegen, Ordnung in der Material- und Werkzeugwirtschaft, Planung, Methoden der Selbstkontrolle, Leistungs- und Kostengestaltung).
- Berufliche Fähigkeiten (bessere Anlern- und Ausbildungsverfahren, Umgestaltung der Fertigkeiten nach den Erfahrungen der Zusammenarbeit - von der Individualtechnik zur Sozialtechnik -, Materialkenntnis zur Verringerung von Ausschuß und Abfall).
- Abrechnung (Leistungssteigernde Formen der Betriebsabrechnung entwickeln, Ergebnisse der Betriebsabrechnung zur besseren Kostengestaltung auswerten).
- Entlohnungsformen („richtige“ Arbeitsnormen schaffen zum Aufbau der richtigen Leistungsbewertung).

Orientiert an diesen Kriterien sollte der volkseigene Betrieb „Anstrengungen [...] unternehmen, [...] in seinem Bereich die Produktivität der Arbeit [zu verbessern und] seine Wirtschaft im Ganzen und seine Arbeitshandlungen im einzelnen möglichst produktiv zu gestalten, d.h., im Ganzen und im einzelnen möglichst gute Überschüsse zu erzielen“¹²⁸. Diese Verbesserungen in der Praxis durchzuführen, mußte sich vor dem Hintergrund eingeschränkter Rahmenbedingungen für die volkseigenen Betriebe außerordentlich problematisch gestalten. Hinzu kam, daß den Betriebsleitern in der SBZ-Zentralplanwirtschaft die zusätzliche „Motivation“ privater Unternehmer in marktwirtschaftlichen Systemen - persönliche, materielle Haftung sowie andauernde Existenzangst - fehlte. Vielmehr waren volkseigene Betriebe nicht vom „Untergang“ bedroht. Mißwirtschaft oder die Produktion unverkäuflicher Produkte, Fehlplanungen oder Illiquidität des Betriebes zogen schlimmstenfalls die Notwendigkeit von Rechtfertigungen vor übergeordneten Kontrollinstanzen und das Aufstellen neuer Betriebspläne nach sich, solange den „Verantwortlichen“ kein kriminelles Verhalten nachgewiesen werden konnte. Anschließend wurden die Verluste durch den Staatshaushalt ausgeglichen. Vor diesem Hintergrund verspürten die Betriebe bestenfalls eine Art moralische Verpflichtung, innerhalb der geplanten Gesamtwirtschaft nicht zu versagen, sondern den Plan zu erfüllen. Das fehlende psychologische Moment der Bewährung am Markt verstärkte in den volkseigenen Betrieben das aufgrund aufgezwungener, enger Rahmenbedingungen ohnehin vorhandene Phlegma der Betriebsleitungen. Standardrechtfertigungen schützten sie für den Fall enttäuschender Betriebsergebnisse. Die wichtigste davon war, daß das Betriebsziel aufgrund desolater wirtschaftlicher Rahmenbedingungen unmöglich zu erreichen gewesen wäre; Beweise für diese Behauptung waren unschwer zu erbringen. Das provisorische Konstrukt des Systems zentraler Verwaltungswirtschaft erzeugte alle Voraussetzungen dafür, daß die Schuld für wirtschaftliches Versagen stets bei anderen gesucht und gefunden werden konnte; eine Eigenart, die sich der Entfaltung steigender Produktivität unmittelbar entgegenstellte. Die Bereitschaft der Menschen, im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Betätigungen Verantwortung zu übernehmen, wurde durch die Realität des Systems unterdrückt und verhindert. Gerade darum sah sich die Wirtschaftsführung ersatzweise genötigt, besonders intensiv an das Verantwortungsgefühl der Betriebsleiter und Belegschaften zu appellieren. Weil volkseigene

Betriebe nicht motiviert waren, weil sie bei Versagen keine Existenzängste bekommen mußten und weil sie für den Fall schlechter Ergebnisse stets passende Begründungen parat hatten, durfte ihnen die Zentralplanbürokratie nicht zu sehr die Initiative überlassen. Sie konnte sich auch nicht auf den guten Willen der VEB-Direktoren und -Belegschaften verlassen. Stattdessen wurden die volkseigenen Betriebe eingebunden in ein engmaschiges Netz aus Anleitung und Kontrolle. Die Zentralplanbürokratie sorgte durch hohe Planvorgaben, verbunden mit engmaschigen Kontrollsystemen dafür, daß die Betriebsleitungen unter Druck gesetzt wurden. Ungeachtet des betriebenen Aufwandes war die sozialistische Führung weder imstande, bei der Belegschaft des volkseigenen Sektors jene Leistungsbereitschaft zu wecken, die den Erfolg marktwirtschaftlich geprägter Unternehmen sichert, noch im Rahmen des Systems zentraler Planwirtschaft erbrachte Leistung effizienten Verwendungen zuzuführen. Das Prinzip dieser erzwungenen Motivation ignorierte auch die individuelle Situation des einzelnen volkseigenen Betriebes. Die ganze Einfalt und Holzschnittartigkeit jener kollektiven Pression zu höherer Produktivität durch die Entwicklung des technischen Fortschritts wird dokumentiert durch die Forderung des Zweijahrplans 1949/50 nach einer siebenprozentigen Selbstkostensenkung - für sämtliche volkseigenen Betriebe gleichermaßen, wobei ihre individuelle Geschäfts- und Produktionssituation keinerlei Berücksichtigung fand.

Es war die marktwirtschaftliche Ordnung der westlichen Ökonomie, die sowohl den Unternehmen jene Freiheiten zurück gab, die sie benötigten, um technische Fortschritte zu erzielen als auch jene Rahmenbedingungen garantierte, die geeignet waren, die individuelle Einsatzbereitschaft der Belegschaften tatsächlich zu steigern: Freie Preise und Märkte, eine stabile Währung und bald darauf auch ein attraktives, erschwingliches Warenangebot, das die Auslagen der Geschäfte füllte. Die in der SBZ/DDR vorgenommene kausale Verknüpfung zwischen dem 'Motivationsgrad der Arbeiterschaft' und der 'Entwicklung des technischen Fortschritts' war nicht mehr als eine willkürliche Behauptung im Zuge der Suche des Sozialismus nach einer Wirtschaftstheorie. Sie wurde propagiert, ohne den geringsten Realitätsbezug zu besitzen.

Die Suche nach verwertbaren Erkenntnissen zur Steigerung der Produktivität durch die Revision im volkseigenen Sektor

Zur Prüfung der betrieblichen Erfüllung ihrer sogenannten Entwicklungsaufgabe schlug die RTA vor, zunächst den Stand des „Bewußtseins der Betriebe“ zu überprüfen, d.h., festzustellen, inwieweit dort Anstrengungen zur Steigerung der Produktivität erfolgt waren. Die Revisoren hatten insbesondere das - soweit vorhandene - Entwicklungsprogramm der Betriebe zu prüfen. Man sollte auf diese Weise schnell in der Lage sein, „den Stand des Bewußtseins zu beurteilen, den ein Betrieb in der Erfassung seiner Entwicklungsaufgabe erreicht hat und [...] sogar Vorschläge machen können, um die Gedanken eines Betriebes zu ergänzen.“¹²⁹ Kontrollen der betrieblichen Organisation ihrer Entwicklungsaufgabe sollten neue Erkenntnisse darüber ermöglichen, wie ggf. auch für den gesamten volkseigenen Sektor die Produktivität zu verbessern wäre. Dabei sollten insbesondere folgende Ansätze beachtet werden: Verbesserungswesen, Entwicklungsgemeinschaften, Laboratorien sowie Versuchs- und Entwicklungsstellen samt speziell dort be-

schäftigtem Personal, Interessen- und Produktionsgemeinschaften auf überbetrieblicher Ebene, wozu auch Aktivisten- und Hennecke-Bewegung zu rechnen waren. Die Prüfer hatten nun zu bewerten, in welchem Maße der Betrieb seine Entwicklungsaufgabe wahrnahm. In dieser Form sollten die Prüfer der RTA als Überbringer des technischen Fortschritts zwischen den verschiedenen VEB wandeln. Angesichts der Tatsache des minimalen Ausbildungsstandes des Revisionspersonals - Techniker, soweit vorhanden, wurden in der Produktion dringender benötigt - war dieser Ansatz illusorisch und dokumentiert die Kraftlosigkeit staatlicher Impulse, die einer ganzen Ökonomie dazu verhelfen sollten, sich zu modernisieren. Fortschritte bei der Lösung der betrieblichen Entwicklungsaufgaben sollten auch durch die volkseigenen Betriebe selbst in ihren Rechenschaftsberichten beschrieben werden. Hieran sollten die Prüfer anknüpfen können, die Beschreibungen ihrerseits nochmals überprüfen und weiterempfehlen. Wichtig dabei wäre allerdings - so die Leitung der RTA - betriebliche Erfolgsmeldungen „mit Zahlen und Tatsachen zu belegen“¹³⁰. Verbesserten sich die Arbeitsnormen im Betrieb durch die Verbesserungen? Wurden Erzeugnismenge, Haltbarkeit oder die Einsparung von Kraft, Raum, Zeit oder Kosten gesteigert? Wie viele Verbesserungsvorschläge kamen aus der Belegschaft, wie viele Prämien in welcher Höhe wurden ausgeschüttet? Die Bewertung der im Rahmen der sogenannten Wirtschaftlichkeitsprüfung festgestellten Fakten war nach dem Dafürhalten der RTA eine schwierige Angelegenheit: „In vielen Fällen wird der Prüfer nicht in der Lage sein, den Wert der Entwicklungsarbeiten zu beurteilen, besonders dann, wenn es sich um technische Spezialarbeiten handelt. [...] Der Prüfer, der bisher nur gewohnt war, Bücher und Bilanzen zu prüfen, wird zunächst Mühe haben, sich eine solche Prüfung der Entwicklungsaufgabe vorzustellen.“¹³¹ Im Mittelpunkt dieser Untersuchung sollte die Prüfung der zusätzlichen Kosten für Entwicklungsaufgaben stehen, im Gegensatz dazu der zusätzliche Ertrag. Optimistisch beurteilte die RTA diesen Teil der Prüfungsaufgabe für die Zukunft: „Die Prüfung der Erfüllung der Entwicklungsaufgabe des Betriebes wird eines der fruchtbarsten und interessantesten Teilgebiete der Betriebsprüfung werden. In dem Maße, in dem die Revisoren diese Aufgaben erkennen, werden sie auch in die Lage kommen, ihre beratenden und erzieherischen Funktionen zu erfüllen.“¹³² Entscheidendes Faktum hinter dieser Aussage war die totale Entmündigung der Betriebsleitungen im volkseigenen Sektor. Die Abschaffung des verantwortlichen Unternehmers in der SBZ hatte dazu geführt, daß die ehemals in seiner Person vereinigten Kompetenzen auf die Zentralplanbürokratie übergingen, um von dort auf die unterschiedlichsten Institutionen verteilt zu werden. Weil eine solche Teilung nicht möglich ist, war die Folge Inkompetenz auf sämtlichen ökonomischen Gebieten. Von Seiten der Zentralplanbürokratie ergingen quantitative Leistungsvorgaben. Diese waren von den Produktionsstätten umzusetzen, wobei sie sich bezüglich des Modus procedendi von vielen Seiten belehren lassen mußten. Dabei mußte die Summe aller volkseigenen Betriebe für die RTA und andere Kontrolleinrichtungen zwangsläufig als gigantisches Experimentierfeld erhalten; ein Boden, auf dem sich auch beim besten Willen kein technischer Fortschritt hätte einstellen können.

130 DN5-261, S. 124.

131 DN5-261, S. 125.

132 DN5-261, S. 126.

2.3 Instrumente der Machtsicherung: Institutionen zur Durchführung und Kontrolle der ZPW

2.3.1 Die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK)

Mit SMAD-Befehl Nr. 138 erfolgte am 7. Juni 1947¹³³ die Gründung der „Deutschen Wirtschaftskommission“. Dahinter stand die Absicht, „Kompetenzstreitigkeiten zwischen den Deutschen Zentralverwaltungen in Berlin und den Verwaltungen der Länder“¹³⁴ zugunsten der zentralistischen Lösung zu entscheiden. Tatsächlich entwickelte sich die DWK zur zentralen Machtbasis des volkseigenen Sektors und wurde verantwortlich für den Umbau der Wirtschaft nach sowjetischem Muster.¹³⁵ In enger Verflechtung mit der Besatzungsmacht und der SED-Parteiführung¹³⁶ wirkte ihre Wirtschaftspolitik „gravierender auf das Ordnungssystem der SBZ als bisherige Veränderungen“¹³⁷. Mit SMAD-Befehl Nr. 32 vom 12. Februar 1948¹³⁸ erweiterte die Besatzungsmacht die Rechte der DWK und übertrug ihr die „Koordination der Tätigkeit der Deutschen Zentralverwaltungen für die einzelnen Wirtschaftszweige“¹³⁹. Sie erhielt das Recht, „Verfügungen und Instruktionen [zu erlassen], die für alle deutschen Organe [...] verbindlich sind“¹⁴⁰. Mit ihrer Neukonstituierung am 8. Mai 1948 erfolgte auch der Umbau der Ökonomie auf „zentrale Wirtschaftslenkung und Wirtschaftsplanung“¹⁴¹. Die DWK repräsentierte jetzt „eine zentrale Zonenverwaltung“, die nach und nach mit allen „Vollmachten auf wirtschaftlichem Gebiete“¹⁴² ausgestattet worden war. Die Machtfrage zwischen den wirtschaftlichen Zentralverwaltungen in Berlin¹⁴³ auf der einen und den Wirtschaftsministerien der Länder auf der anderen Seite, war nunmehr zugunsten der DWK entschieden worden: „Mit der Bildung der Wirtschaftskommission begann die Beschränkung der selbständigen Befugnisse der Länder der Sowjetzone, während gleichzeitig der relativen Unabhängigkeit der Zentralverwaltungen durch die übergeordnete Wirtschaftskommis-

133 SMAD-Befehl Nr. 138, betr. die weitere Entwicklung der Ökonomik (Wirtschaftslage) in der Sowjet-Besatzungszone Deutschlands, in: Regierungsblatt für Thüringen T. III 1947, 8, S. 36.

134 DUHNKE, Stalinismus, S. 100.

135 ZSCHALER, Frank, Die Entwicklung einer zentralen Finanzverwaltung in der SBZ/DDR 1945-1949, in: Mehringer, Hartmut (Hrsg.), Von der SBZ zur DDR. Studien zum Herrschaftssystem in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik. Sondernummer Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, München 1995, S. 98.

136 Ebenda.

137 Ebenda.

138 ZVOBl. Nr. 15/1948, S. 138.

139 BMG (Hrsg.), SBZ von 1945 bis 1954, Bonn/Berlin 1956, S. 79.

140 Ebenda.

141 HUBATSCH, Walther, Die Deutsche Frage, Würzburg²1964, S. 118.

142 BMG (Hrsg.), SBZ von 1945 bis 1954, Eine chronologische Übersicht, Bonn/Berlin 1956, S. 64.

143 Diese Zentralverwaltungen waren im Zuge einer sowjetischen 'Besatzungspolitik der vollendeten Tatsachen' aufgrund SMAD-Befehl Nr. 17 vom 27. Juli 1945 bis zum 10. August 1945 zu gründen gewesen. Das erste bekannte Schreiben einer ZV (ZV für Industrie) stammt vom 24. August 1945. Vgl. ZANK, Zentralverwaltungen, S. 256. Die Zentralverwaltungen gingen im März 1948 größtenteils in den DWK-Hauptverwaltungen auf. Einige Präsidenten der bisherigen Zentralverwaltungen fühlten sich dabei völlig übergangen - „letzter Reflex des Anspruchs vieler Präsidenten einen ministerähnlichen Status zu bewahren.“ vgl. ZANK, Zentralverwaltungen, 265f.

sion ein Ende bereitet wurde.“¹⁴⁴ Am 9. Juni 1948 wurden die Länderregierungen von der DWK aufgefordert, acht Hauptabteilungen zu gründen. Die wichtigsten davon, Wirtschaftsplanung, Materialversorgung, Schutz des Volkseigentums und Kontrolle, waren direkt dem Ministerpräsidenten zu unterstellen, wodurch sie dem unmittelbaren Einfluß der DWK ausgesetzt waren. „Die wirtschaftspolitische Selbständigkeit der Länder (und die Länderverfassungen) waren damit aufgehoben.“¹⁴⁵ Die DWK konnte bis zum Herbst 1948 ihren Einfluß auf fast alle Schlüsselbereiche der Politik ausdehnen. Insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet wurde sie, abgesehen davon, daß ihr Einflußbereich vor den Toren der Sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG) endete, zur alles bestimmenden Kraft. Am Kapital der Deutschen Notenbank „hielt“ sie 55 Prozent, sie ernannte oder entließ den Präsidenten und Vizepräsidenten. 60 Prozent des Kapitals der im Oktober 1948 gegründeten DIB waren ebenfalls der DWK zugeschlagen worden sowie 80 Prozent der im November 1948 gegründeten „Staatlichen Handelsorganisation“ HO¹⁴⁶. Damit erfüllte sie auch formale Kriterien als Werkzeug der zentralen Wirtschaftsführung. Aufgrund ihres dennoch allgemein bemängelten demokratischen Legitimations-Defizits erfuhr die DWK im Oktober und November 1948 diesbezüglich eine weitere formale Aufwertung. Ihr Plenum wurde aufgrund des SMAD-Befehls Nr. 183 vom 27. November 1948¹⁴⁷ von 36 auf 101 Personen aufgestockt. Hinfort setzte es sich aus Vertretern der Landtage, der Blockparteien¹⁴⁸, der Massenorganisationen¹⁴⁹ sowie dem DWK-Vorsitzenden, seinen Stellvertretern, den Leitern der Hauptverwaltungen und den Vorsitzenden der ZKK sowie des Ausschusses zum Schutz des Volkseigentums zusammen. Ebenfalls im November 1948 übernahm der Ost-Berliner Magistrat die Deutsche Treuhandverwaltung (DTV), die bis zu diesem Zeitpunkt, formal unabhängig von der SBZ, die in Ost-Berlin sequestrierten Betriebe verwaltet hatte. 50 von 415 nun auch formal enteigneten Betrieben wurden den durch die DWK zentral verwalteten VVB zugeschlagen. Alle anderen wurden in sieben verschiedenen „Vereinigungen volkseigener Betriebe Berlins“ (VVBB) zusammengefaßt, die den VVB(L) auf dem Gebiet der SBZ entsprachen. Damit hatte die Organisation der DWK weitgehend ihre endgültige Form erhalten, aus der im Oktober 1949 die Regierung der DDR hervorging.

2.3.2 Der Ausschuß zum Schutze des Volkseigentums

Mit SMAD-Befehl Nr. 64 vom 17. April 1948, Ziffer 2, war unter dem Dach der DWK ein „Ausschuß zum Schutze des Volkseigentums“ zu bilden. Gleichzeitig sollten Bevollmächtigte des Ausschusses für die Länder ernannt werden. Das personelle Problem dieser Gründung wurde gelöst, indem die Mitarbeiter der gleichzeitig aufgelösten Sequesterkommissionen und der Deutschen Kommission für Sequestrierung und Beschlagnahme übernommen wurden. Friedrich Lange¹⁵⁰,

144 DUHNKE, Stalinismus, S. 149.

145 ZANK, Zentralverwaltungen, S. 268.

146 Vgl. ZANK, Zentralverwaltungen, S. 268f.

147 ZVOBl 55/1948, S. 543f.

148 SED, CDU, LDP, DBP, NDPD.

149 FDGB, VdGB, Genossenschaften, FDJ, DFB, Kulturbund.

150 Lange, Friedrich, geb. 1914, Sohn einer Textilfabrikanten-Familie; in der NS-Zeit Anschluß an kommunistische Widerstandsbewegung in der CSR. 1945/46 KPD/SED, nach 1945 Mitarbeiter Landesverwaltung Sachsen, Bürgermeister in Aue (Sachsen), 1947 Präsident der Zentrale Deutsche Kommission für Sequestrierung und Beschlagnahme.

ehemals Chef der zuletzt genannten Kommission, wurde auch erster Mann der soeben gegründeten Kontrolleinrichtung. Auf diese Weise entstand eine mächtige Institution im Range einer Hauptverwaltung, die dem Vorsitzenden der DWK, Heinrich Rau, direkt unterstellt war. Zank interpretiert den Ausschuß als „Vorläuferorganisation des späteren Ministeriums für Staatssicherheit“¹⁵¹. Der Ausschuß übernahm die Verantwortung für den immerwährenden Erhalt des bestehenden Volkseigentums und die Durchsetzung weiterer Ansprüche auf seine Vergrößerung, d.h., er hatte die laut SMAD-Befehl Nr. 64 verbindliche „Unantastbarkeit des Volkseigentums“ zu garantieren. Ihm wurde die „Durchführung einer administrativen Kontrolle des gesamten Volkseigentums in allen Verwaltungszweigen und auf allen Verwaltungsebenen, d.h. also, soweit es sich in der Verwaltung der DWK, der Länder, der Kreise und Gemeinden sowie anderer mit der Verwaltung von Volkseigentum betrauter öffentlicher Verwaltungsstellen befindet“¹⁵², übertragen. Seine Kontrollen sollten die größtmögliche Sicherung des Volkseigentums gewährleisten und auf diese Weise die schnelle wirtschaftliche Weiterentwicklung der volkseigenen Betriebe sicherstellen. Man stellte sich vor, ein in seinem Umfang stabiler volkseigener Sektor wäre die Voraussetzung zur Umsetzung bestehender und weiterer Wirtschaftspläne. Der Ausschuß - ein rein politisches Instrument ohne die geringste wirtschaftliche Kompetenz - wurde damit vermeintlich zum wichtigen Faktor der erwarteten Stabilität künftiger Planerfüllungen. Zu seinen Aufgaben gehörte auch die politische und fachliche Beaufsichtigung der RTA, welche ihrerseits für die Kontrolle des volkseigenen Sektors zuständig war, bevor sie am ersten Juni 1949 der Hauptverwaltung Finanzen angliedert wurde. Zum wichtigsten Helfer des Ausschusses zum Schutze des Volkseigentums bestellte man aber propagandistisch die „Gesamtheit des werktätigen Volkes“¹⁵³. Der Ausschuß setzte auf das Eingehen von Anzeigen aus der Belegschaft. Bei vermuteten Verstößen gegen die „Unantastbarkeit des Volkseigentums“ folgten in der Regel umfangreiche Revisionen. Rigoroses Durchgreifen gehörte bald zu seinen probaten Mitteln. Beim kleinsten Verdacht strengte er gründliche Überprüfungen einzelner Personen an und wenn es dem Verdacht angemessen erschien, wurde auch der gesamte Betrieb auf den Kopf gestellt. Die Rechenschaftslegung der volkseigenen Betriebe hatte die Unantastbarkeit des Volkseigentums zu dokumentieren und nachprüfbar zu machen. So klar der Auftrag des „Ausschusses zum Schutze des Volkseigentums“ auch war, erwies sich seine praktische Umsetzung doch als sehr schwer durchführbar. Die Probleme begannen bereits bei der Feststellung von „Volkseigentum“ wie es sich durch die Enteignungen des Jahres 1946 ergeben hatte: Weil die Enteignungen auch jene Gegenstände umfaßten, die „zunächst lediglich im Besitz des Betriebes“¹⁵⁴ gewesen waren, folgten jahrelange Streitigkeiten zwischen Vertretern der Sequesterkommissionen, bzw. später des Amtes zum Schutze des Volkseigentums und den

nahme, 1948/49 Leiter der Hauptverwaltung Ausschuß zum Schutze des Volkseigentums bei der DWK; nach 1950 leitender Mitarbeiter in der SPK, 1956-58 Staatliche Plankommission und Leiter der Hauptabteilung Investitionen, nach 1958 Leiter des Staatlichen Büros für die Begutachtung der Investitionsvorhaben. Aus: BROZAT u.a., SBZ-Handbuch, S. 962.

151 Zank, Zentralverwaltungen, S. 269.

152 DN5-261, S. 84.

153 DN5-261, S. 72.

154 DN5-261, S. 76.

privaten Besitzern jener, den früheren Unternehmen - heutigen VEB - überlassen, verpachteten oder geliehenen Gegenstände oder Immobilien. Verboten war jegliche Betätigung, die zu Substanzverlust des volkseigenen Sektors führen konnte. Hierzu zählten: Veräußerungen, Vergeudung von Rohstoffen, außerbetriebliche Verwendung von Material, Forderungsverzicht, verschwenderische Ausgabenwirtschaft wie z.B. die Mißachtung der Preisvorschriften. Sämtliche betrieblichen Vermögenswerte waren aufgrund des Unantastbarkeitspostulates unter allen Umständen zu erhalten. Der betrieblichen Preisgestaltung wurde in diesem Zusammenhang besondere Aufmerksamkeit zuteil. Gängige Meinung war: „Sobald die Preise die Selbstkosten nicht decken, gibt der Betrieb die nicht gedeckten Aufwendungen ohne Entgelt ab, er schmälert die Betriebsmittel bis zum Substanzverlust.“¹⁵⁵ Substanzverlust war nach offizieller Lesart aber gleichbedeutend mit Vernichtung von Volkseigentum, was nach der Wirtschaftsstrafverordnung einen Straftatbestand darstellte. Auch wenn die kommunistische Führung der SBZ/DDR schon im Jahre 1949 Substanzverluste der volkseigenen Wirtschaft zu unterbinden versuchte, ahnte sie nicht, daß das Experiment der sozialistischen Zentralplanwirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone exakt aufgrund dieses Problems vierzig Jahre später zerbrechen sollte. Dieser Tendenz entgegen wirkte eine enge Verknüpfung zwischen Wirtschaftsrecht und Strafrecht, bzw. Wirtschaftsstrafrecht. Folgendermaßen lautete die offizielle Prämisse: „In demselben Maße, in welchem sich das Bewußtsein dafür durchsetzte, daß das Volkseigentum eine höhere Form des Eigentums ist als das Privateigentum, mußte auch der strafrechtliche Schutz des Volkseigentums gegenüber dem des Privateigentums erhöht werden.“¹⁵⁶ Der „Ausschuß zum Schutze des Volkseigentums“ brachte jeden zur Anzeige, den er verdächtigte, sich dieser Erkenntnis entgegenzustellen; der „die Wirtschaftsplanung sabotierte, der auch nur nachlässig die Vorschriften außer acht [ließ], die der Regulierung eines geordneten Wirtschaftsablaufes dien[t]en“¹⁵⁷. Schnell richtete sich sein Kampf gegen unterschiedlichste Personen, die mit Hilfe systemtypischer Feindbilder gebrandmarkt wurden, z.B. als „Saboteure und Ausbeuter“¹⁵⁸. Wie mächtig der Ausschuß und seine Länderbüros wurden, bekamen auch die ohnehin gleichgeschalteten Gerichte zu spüren, die zu seinen Gunsten entmachteten wurden: Zuständig für den Fall von Einsprüchen enteigneter Personen oder Institutionen waren nunmehr die Länder und Provinzen in Gestalt der dort ansässigen Ämter zum Schutze des Volkseigentums. Sie waren letzte Instanz und hatten über den Umfang der Enteignungen zu befinden: „Die ordentlichen Gerichte [hatten] nicht die Möglichkeit, die Rechtmäßigkeit der Enteignung und der von den Verwaltungsbehörden zur Durchführung der Enteignung getroffenen Maßnahmen zu prüfen; sie [mußten] es auch den Verwaltungsbehörden überlassen, eine Bestimmung darüber zu treffen, welche Vermögensgegenstände zum Betriebsvermögen zu rechnen [waren] und deshalb von der Enteignung ergriffen [wurden].“¹⁵⁹

155 DN5-261, S. 77.

156 DN5-261, S. 69.

157 Ebenda.

158 Ebenda.

159 DN5-261, S. 66. Vgl. Beschluß des OLG, Dresden vom 1. Juli 1948 - 3 W. 92/48.

2.3.3 Die Zentrale Kontrollkommission (ZKK)

Am 29. Mai 1948 wurden - wie zuvor schon der Ausschuß zum Schutze des Volkseigentums - die Zentrale Kontrollkommission (ZKK) und die Landeskontrollkommissionen (LKK) unter dem Dach der DWK gegründet.¹⁶⁰ Die Zentrale der ZKK bestand aus neun Personen unter Leitung des Stalinisten Fritz Lange, vgl. FN 82, S. 63, und war direkt dem Vorsitzenden der DWK, Heinrich Rau, vgl. FN 66, S. 59, unterstellt. Man stützte sich auf Landeskontrollkommissionen, denen jeweils fünf Personen vorstanden. Diese wiederum bauten auf die Zusammenarbeit mit sogenannten Volkskontrollausschüssen, welche in den Jahren 1945 bis 1947 aus der gewerkschaftlichen „Volkskontrollbewegung“ entstanden waren. Die Aufgaben der ZKK und LKK umfaßten u.a.:

- Sicherung und Durchführung der Wirtschaftspläne.
- Aufrechterhaltung der Plandisziplin.
- Beseitigung von Bürokratismus in Wirtschaft und Verwaltung.
- Aufdeckung von Wirtschaftsverbrechen wie Schwarzhandel und Kompensation.
- Unterbreitung von Verbesserungsvorschlägen bezüglich Einsparung und Arbeitsrationalisierung nach Auswertung von Kontrollergebnissen.
- Anleitung der erwähnten „Volkskontrollausschüsse“.

Die Richtlinien über die Tätigkeit der Volkskontrollausschüsse vom 24. März 1949¹⁶¹ verfügten die Umwandlung der Volkskontrollausschüsse in staatliche Organe und ihre formale Unterstellung unter die Landeskontrollkommissionen bzw. die Kreis-Kontrollbeauftragten. Nun verfügte die ZKK über ein engmaschiges Überwachungssystem bis hinunter auf die örtliche Ebene und schickte sich an, Wirtschaft und Verwaltung der SBZ flächendeckend unter Kontrolle zu nehmen. Die der ZKK und LKK übertragene Autorität war immens. Sämtliche Funktionsträger in Verwaltung, Wirtschaft und Justiz waren ihnen auskunftspflichtig. Die Kommissionen waren sogar berechtigt, Polizei und Justiz zu beauftragen, Strafverfolgungen einzuleiten sowie Beschlagnahmen oder Festnahmen durchzuführen. Die umfassende Macht von ZKK und LKK wurde dokumentiert durch die Anzahl der durch sie durchgeführten Kontrollen. Allein für Thüringen wurden für das Jahr 1949 dokumentiert: 1724 Kontrollen in Produktionsbetrieben, 1775 in Handelsbetrieben und 1888 Verwaltungskontrollen.¹⁶² Horstmann zeigte, daß die ZKK allein den „Parteiwillen“ als Maßstab ihrer Gesetzlichkeit anerkannte und ihre Rechtsauffassung „durchgehend radikal zweckorientiert [war], wobei sich die Semantik parallel zu den Modifikationen bei der SED mitveränderte. ... Zwischen 1948 und 1953 war die ZKK ein Enteignungsinstrument der SED-Parteiführung.“¹⁶³

2.3.4 Die Revisions- und Treuhandgesellschaft für die sowjetische Besatzungszone in Deutschland (RTA)

Fast zeitgleich mit dem „Ausschuß zum Schutze des Volkseigentums“ und der ZKK wurde die „Revisions- und Treuhandanstalt für die sowjetischen Besat-

160 ZVOBl. Nr. 39/1948.

161 ZVOBl. Nr. 22/1949 und FND Nr. 3, S. 23f.

162 ZANK, Zentralverwaltungen, S. 269f., 274.

163 HORSTMANN, Logiken der Willkür, S. 169f, 218, 221.

zungszone“ (RTA) als Körperschaft des öffentlichen Rechts gegründet. In Anbetracht der Tatsache, daß keine Publikationen zu dieser Einrichtung existieren, soll ein wenig genauer auf sie eingegangen werden, zumal zahlreiche Quellen zur Erstellung der vorliegenden Studie ihrem Hause entstammen. Die Gründung der RTA erfolgte mit Bekanntmachung durch das Sekretariat der DWK vom 26. Mai 1948¹⁶⁴. Sie war zu verstehen als erster Versuch, Revision und fachliche Kontrolle des volkseigenen Sektors für die gesamte SBZ zu zentralisieren: „Durch Zusammenführung übernommener Bestandteile wurde so ein neuer Prüfungsapparat für zonale Aufgaben geschaffen.“¹⁶⁵ Ein halbes Jahr nach ihrer Gründung wurde sie dem Ausschuß zum Schutze des Volkseigentums unterstellt¹⁶⁶, also indirekt der DWK. So war die RTA „zwar eine Person des öffentlichen Rechts, wirtschaftlich und aufgabengemäß aber keine selbständige Einrichtung, sondern ein Aufgabenträger der DWK“¹⁶⁷. Die Länder verloren ihre dezentralen Kontrollaufgaben an die DWK, deren Organ die RTA war. Sie vereinigte hinfür die bisherigen Prüfungsabteilungen der Hauptverwaltungen für landeseigene Betriebe. Die ehemalige Prüfungsabteilung der Hauptverwaltung landeseigener Betriebe Sachsens bildete dabei den Ausgangspunkt. Gleichwohl war die RTA nicht in der Lage, alle Aufgaben zentral zu übernehmen und konnte darum kein gleichwertiger Ersatz sein. Sie selbst verstand sich als elementaren Bestandteil der wachsenden Zentralplanwirtschaft: „In dem Maße, in dem die Wirtschaft eine öffentliche Angelegenheit wird, wird auch die Rechenschaft eine Aufgabe der öffentlichen Organisation, in dem Maße, in dem die Produktionsmittel Volkseigentum sind, wird deren Schutz und die Kontrolle ihrer Verwendung eine öffentliche Aufgabe.“¹⁶⁸

Aufgaben der RTA

Dementsprechend umfassend gestaltete sich die Liste ihrer Prüfungsverantwortlichkeiten:

- Jahresschlußprüfungen.¹⁶⁹
- Sämtliche Wirtschaftsprüfungen allgemeiner und besonderer Art bei allen volkseigenen Betrieben in zentraler- und Landesverwaltung.
- Sämtliche Wirtschaftsprüfungen allgemeiner und besonderer Art bei allen Kommunalbetrieben (vgl. KWV, § 14). Die Prüfungen umfaßten: Grundprüfungen in gesetzlich vorgeschriebenen Abständen auf Fehler und Mängel, Kontrollen zur Abstellung von festgestellten Mängeln, Sonderprüfungen nach eingegangenen Hinweisen auf Rechtsbrüche oder Organisationsmängel und schließlich Beratungen. Das Augenmerk der Prüfer konnte sich im wesentlichen auf folgende Teilbereiche konzentrieren: Formelle Prüfung, finanzwirtschaftliche Prüfung, betriebswirtschaftliche Prüfung, Organisationsprüfung,

164 ZVOBl. Nr. 17/1948, 178 sowie in: Gesetze, Befehle, Verordnungen, Bekanntmachungen nach den Veröffentlichungen der Landesregierung Sachsen, Wirtschaft, Teil E I, Bl. 1152f., S. 25-28.

165 DN5-261, S. 18.

166 ZVOBl. 54/1948, S. 535, Anordnung über die Revisions- und Treuhand-Anstalt für die sowjetische Besatzungszone vom 10. November 1948.

Neue Bezeichnung des Namens der Einrichtung: Revisions- und Treuhand-Anstalt für die sowjetische Besatzungszone Deutschlands - Anstalt des öffentlichen Rechts.

167 DN5-261, S. 18.

168 DN5-261, S. 5.

169 DN5-261, S. 84f.

Prüfung der rechtlichen Verhältnisse, Prüfung der politischen und sozialen Verhältnisse.

- Seit 10. November 1948¹⁷⁰, nunmehr unter dem Dach des Ausschusses zum Schutze des Volkseigentums, übernahm die RTA in dessen Auftrag „die Feststellung des organisatorischen und betriebswirtschaftlichen Zustandes des Volkseigentums“¹⁷¹.
- Betriebswirtschaftliche, organisatorische, wirtschaftsrechtliche und betriebstechnische Beratung und Gutachtertätigkeit.
- Prüfungen von Banken und Versicherungsanstalten.
- Auswertung der Prüfungsergebnisse zur Unterbreitung vor der DWK.
- Treuhandaufgaben.
- Beratungsaufgaben, die mit dem allgemeinen Auftrag zur Vereinheitlichung der Organisationsformen gekoppelt waren.
- Jährliche Prüfung der HO.¹⁷²
- Weil sich ein Großteil der in der sowjetischen Besatzungszone verbliebenen, qualifizierten Wirtschafts-Sachverständigen unter dem Dach der RTA zusammengefounden hatte, wurde sie beauftragt, wichtige Bestimmungen zum Aufbau und zur Kontrolle des volkseigenen Sektors zu entwerfen. Hierbei war den neuen Bedürfnissen der „demokratischen Wirtschaft“ Rechnung zu tragen. Im Ergebnis entstanden folgende Schriften, von denen die RTA behauptete, sie stellten „die Grundlagen der getreuen Rechenschaft der volkseigenen Betriebe dar“¹⁷³:
 - Bilanzierungs-Richtlinien für die Eröffnungsbilanz der VEB zum 1. Juli 1948.¹⁷⁴
 - Ergänzungen zu den Bilanzierungs-Richtlinien für die Eröffnungsbilanz der VEB zum 1. Juli 1948.¹⁷⁵
 - Leitfaden für die Prüfung der Eröffnungsbilanz der VEB zum 1. Juli 1948.¹⁷⁶
 - Richtlinien für den Abschluß der VEB zum 31. Dezember 1948.¹⁷⁷
 - Inventur-Richtlinien für den Abschluß der VEB zum 31. Dezember 1948.¹⁷⁸
 - Bergbau-Richtlinien.¹⁷⁹
 - Kostenrechnungsrichtlinien für die Prüfer.¹⁸⁰

170 Anordnung über die Revisions- und Treuhandanstalt für die sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, in: ZVOBl. 54/1948, S. 535.

171 DN5-261, S. 6.

172 Die Prüfung durch die RTA wurde durch die Satzung der Handelsorganisation - Freie Läden (HO), § 17, vorgeschrieben.

173 DN5-261, S. 10.

174 Verabschiedet als Teil der 5. Durchführungsverordnung zur Verordnung über die Finanzwirtschaft der volkseigenen Betriebe vom 30. Juni 1949, in: DFWI, Sonderdruck Nr. 7/8, Juli 1949, S. 112-126.

175 DN5-1132, Bl. 64: DWK und RTA (Hrsg.), Abdruck der Ergänzungen vom 28. April 1949.

176 DN5-1132: Rundschreiben der RTA vom 28. März 1949, Bl. 47ff.

177 Ebenda, S. 130-133.

178 Ebenda, S. 126-129.

179 Ebenda, S. 133-135 und S. 144.

180 Die RTA behauptete mit diesen Richtlinien „für ihre Prüfer einen durchgearbeiteten Vorschlag geschaffen [zu haben], der die Diskussion über die Gestaltung der Kostenrechnung ins Rollen bringt“ (DN5-261, S. 158). Dem war vermutlich nicht so. Die Ko-

Im Gegensatz zu den Organen der inneren Prüfung, dem Ausschuß zum Schutze des Volkseigentums und den Kontrollkommissionen besaßen die Prüfer der RTA keine Befugnis, den geprüften Objekten unmittelbar Anordnungen zu erteilen.¹⁸¹ Die Prüfer der RTA, die ihre Revisionen im volkseigenen, industriellen Sektor durchführten, bekamen von der Zentrale Merkblätter mit auf den Weg, worauf vermerkt war, worauf sich ihre Aufmerksamkeit im einzelnen zu richten hatte. Da war beispielsweise vermerkt:

- 1) Organisatorischer Aufbau der volkseigenen Betriebe.
- 2) Umfang, Kapazität, Ausnutzungsgrad und Bedarf ihres Geräte- und Maschinenparks.
- 3) Umfang, Art und Struktur ihrer Aufträge (Investitionsauflagen u.a.) mit Terminplan und Angaben über den derzeitigen Stand der geleisteten und abgerechneten Arbeiten.
- 4) Buchhaltung einschließlich Bilanz und Ergebnisrechnung sowie das Verhältnis von Gehältern und Löhnen.¹⁸² Außerdem Durchschnittslohn und Durchschnittsgehalt je Beschäftigten und nach Kategorien. Umsatz pro Beschäftigten. Material- und Lohnanteil am Gesamtumsatz.
- 5) Finanzplan und seine Durchführung mit einer Beurteilung der Kapital-Ausstattung.
- 7) Fristen der Rechnungslegung und des Rechnungseinganges.
- 8) Beurteilung dessen, inwieweit die vorhandenen Produktionskräfte (Maschinen und Menschen) für die Erfüllung der planmäßigen Aufgaben ausreichen.
- 9) Prüfung, welche Erweiterungen der Produktionskräfte zur Planerfüllung erforderlich wären und welche Möglichkeiten gegeben wären.
- 10) Überprüfung der finanziellen Verhältnisse der Betriebe auf Grundlage des Finanzplans der volkseigenen Wirtschaft.
- 11) Prüfung, welche Verbesserungen der Finanzverhältnisse notwendig wären (Investitionsbedarf, Kapital-Ausstattung, Beschleunigung der Umsatzgeschwindigkeit der Umlaufmittel usw.).¹⁸³
- 12) Gegenüberstellung der ursprünglich geplanten und der tatsächlich ausgeführten Bauvorhaben mit technischer Begründung der Abweichung.
- 13) Begutachtung der Zweckmäßigkeit von Bauvorhaben.
- 14) Feststellung der aufgelaufenen Kosten und Stellungnahme zur Höhe derselben sowie Festsetzung des aktivierungsfähigen Betrages.¹⁸⁴

Ungeachtet dieses hohen Anspruches an sich selbst, muß bezweifelt werden, ob die RTA tatsächlich als eine „der obersten Leitstellen bei der Umgestaltung der

stenrechnungsrichtlinien der RTA gelangten nicht in die Diskussion; sie wurden nicht einmal im FND angesprochen oder publiziert. Vermutlich waren sie ähnlichen Inhalts wie die RTA-Publikation „Kursus über betriebliches Rechnungswesen“, Anlage zum FND Nr. 4 vom 10. Juni 1949, S. 51-63 (DN5-1132).

181 DN5-261, S. 85.

182 Vgl. DN3-1095, TB über VEB Bagger- Förderbrücken- und Gerätebau Lauchhammer vom 24. bis 26. November 1949: Als „normales Verhältnis“ von Angestellten zu Arbeitern wurden 8 bis 10 Prozent angegeben.

183 DN5-546 (Fragen 1-11 für VEB Volksbau Jena).

184 DN5-546 (Fragen 12-14 für VEB Maxhütte Unterwellenborn).

Wirtschaft“¹⁸⁵ in der SBZ, wie sie sich selbst einschätzte, begriffen werden kann. Zunächst spricht schon die Kürze ihrer Existenz dagegen: Nachdem sie im Juli 1948 ihre Arbeit aufgenommen hatte¹⁸⁶ und ½ Jahr später dem „Ausschuß zum Schutze des Volkseigentums“ unterstellt worden war, erlosch die Institution schon wieder mit Erstellung ihrer Abschlußbilanz zum 31. Dezember 1949. Sie war bis zuletzt nicht zum kontinuierlichen Arbeiten gekommen. Dokument DN5-261 - „Die Rechenschaft volkseigener Betriebe, Beilage zum Fachnachrichtendienst“¹⁸⁷ - es erschien offiziell zum Anlaß des einjährigen Bestehens der RTA am 1. Juli 1949, deutete die geplante Größe der Institution an: Ein gewaltiger Kontrollapparat, der geeignet sein sollte, auch die kleinsten Nischen der volkseigenen Wirtschaft zu durchleuchten, zu erfassen und dem System der Planung in Form standardisierter Daten einzuverleiben.

Personal

Entsprechend ihrer Selbsteinschätzung als *die* staatliche Autorität zur Kontrolle des volkseigenen Sektors in der östlichen Besatzungszone und ihres reichen Aufgabenkatalogs, schwoll die Belegschaft der RTA zunächst rasch an. Im Juni 1949 waren es 1.200 Personen¹⁸⁸, worunter sich über 1000 Prüfer befanden. Die RTA versuchte, soweit es möglich war, auf erfahrene Wirtschaftsprüfer aus der Zeit vor 1945 zurückzugreifen. Dabei hatte sie durchaus Erfolg, denn aufgrund der „Anordnung über finanzwirtschaftliche Kontrollen vom 7. Juli 1948“¹⁸⁹ hatten private Wirtschaftsprüfer in der Ostzone ohnehin fast keine Beschäftigungsmöglichkeiten mehr. Außerdem war es im Sinne der Verantwortlichen, dem privaten Wirtschaftssektor Fachleute vorzuenthalten: „Jede richtige Ausgliederung von Kräften aus der Dienstbarkeit an den privaten Interessen und jede richtige Eingliederung in den Aufbau der volkseigenen Industrie sind Bausteine des Aufbaus der demokratischen Wirtschaft unserer Zone.“¹⁹⁰ Ihr eigener Anspruch lautete, die ihr anvertrauten Kontrollaufgaben durch „Prüfungen und Gutachten [wahrzunehmen]. Gegenstand der Kontrollen [wäre] hierbei nicht nur die formelle oder materielle Richtigkeit der Zahlen, sondern auch die Zweckmäßigkeit der gesamten Einrichtung und die Erfüllung der Betriebsaufgaben. [...] Der neu zu erziehende Prüfer hat [...] mit den Augen der interessierten Allgemeinheit den volkswirtschaftlich richtigen Einsatz der wirkenden Mittel und Kräfte zu beurteilen, [wobei] das rein geldmäßige Interesse zurück [tritt]“. ¹⁹¹ Der Primat der Politik gegenüber ökonomisch begründeten Entscheidungen in Fragen der Wirtschaft zog sich wie ein „roter Faden“ durch die gesamte Zeit der SBZ/DDR. Vierzig Jahre nach Gründung der DDR resümierte Schürer, letzter Chef der Staatlichen Plankommission und sein Stellvertreter Wenzel: „Da wurden wir nach Hause geschickt mit den Hinweisen, ihr seid nicht auf der richtigen Linie, ihr seid Rechner, ihr seid Ökonomen, ihr müßt das politisch sehen. Dann gingen wir nach Hause. Die Partei hat großen Wert darauf gelegt, daß es keine Konfrontation der Institu-

185 DN5-261, S. 19.

186 Siehe FN 164, S. 106.

187 „Fachnachrichtendienst“: Nachrichtenblatt der RTA mit der Aufgabe, „die Anstalt einheitlich zu unterrichten“ (DN5-261, S. 26). Es erschien erstmalig am 30. März 1949.

188 DN5-261, S. 8, 152.

189 ZVOBl, 33/1948, S. 375.

190 DN5-261, S. 5.

191 DN5-261, S. 22.

tionen gab, keine Konfrontation der Plankommission mit dem Politbüro. Und dann begann die Parteiorganisation die 'Überzeugungsarbeit' zur Durchsetzung der Parteilinie vor Ort. Die Parteiorganisation hat sich jeden einzelnen - besonders die, die verantwortlich waren -, vorgenommen und gesagt, du hast in den und den Punkten eine falsch Auffassung, die mußt du ändern. [...] Die Rechner, wie sie uns sahen, waren immer verpönt. Ulbricht sagte einmal, die Politiker müssen die Bilanzen brechen.“¹⁹² Die RTA behauptete von sich, zur Erfüllung dieser Vor-sätze Prüfer schicken zu wollen, die nicht nur befähigt wären, die Bücher der volkseigenen Betriebe zu kontrollieren. Sie sollten darüber hinaus auch in der Lage sein, Fehler zu erkennen und ggf. sofort Verbesserungsvorschläge zu machen. Ihre Aufgabe war eine Kombination aus Wirtschaftsprüfung sowie Beratungs- und Gutachtertätigkeit. Sie sollten ausreichende wirtschaftliche Erfahrungen, technische Fähigkeiten sowie Kenntnisse der Struktur der VEB¹⁹³ besitzen. Das Bild dieser „Superprüfer“ wich extrem ab von der tatsächlich gegebenen RTA-Personalsituation. Die Anforderungen waren utopisch, zumal praktische Erfahrungen aus der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft nicht anerkannt wurden. Wirtschaftliche Erfahrungen stellten sich unter den neuen Bedingungen zentraler Planwirtschaft als unnütz heraus. Theoretisches Grundwissen der Zentralplanwirtschaft war eine Illusion, weil keine Theorie der sozialistischen Wirtschaft, geschweige denn ihrer Rechnungsprüfung existierte. Ab März 1949 wurde damit begonnen, das Prüfungspersonal in Crashkursen zu schulen: „Da bei der Neuartigkeit der Aufgabe der Anstalt fachlich ausgebildete Kräfte fehlen, obliegt der Abteilung „Schulung“ die Aufgabe, solche sachgemäß ausgebildete[n] Kräfte zu erziehen. [...] In Leipzig im Haus der Käthe-Kollwitz-Straße 54 werden zu diesem Zweck besondere Schulungskurse von 14-tägiger Dauer abgehalten, die jeweils ein anderes Aufgabengebiet zum Gegenstand haben. Der erste Kurs begann am 21.3.1949. Die Schulungsarbeit wird laufend fortgesetzt.“¹⁹⁴ Gleichwohl herrschte weiterhin - auch bei den verantwortlichen Stellen - Ratlosigkeit darüber, nach welchen theoretischen Ansätzen im volkseigenen Wirtschaftssektor vorzugehen war.

Liquidierung

Die RTA wurde nur 1 ½ Jahre alt und es blieb ihr nicht genügend Zeit, um sich als ministeriumähnliche Gestalt auszubilden, geschweige denn ihrer Prüfungsaufgabe gerecht zu werden. Während zum Jahresende 1948 ihr Aufbau noch immer in den Kinderschuhen steckte, kursierten „bereits im Februar 1949 Gerüchte über die Auflösung der Anstalt“¹⁹⁵. Sie beschäftigte sich bis zum letzten Tage insbesondere mit sich selbst. Der Bestand DN5 des Bundesarchivs umfaßt weniger abgeschlossene Prüfungsberichte, als Dokumente der Selbstorganisation. Das liegt auch daran, daß der Großteil ihrer fertigen Prüfungsberichte mit dem Ende der RTA innerhalb der Zentralplanbürokratie zur Bearbeitung weitergereicht wurde.

192 SCHÜRER, Gerhard und WENZEL, Siegfried, Wir waren die Rechner, immer verpönt, in: PIRKER, Der Plan als Befehl und Fiktion, S. 74.

193 DN5-261, S. 85f.

194 DN5-261, S. 26.

195 PISTORA, Bergit, Institutionsgeschichtliche Studie zum Bestand Revisions- und Treuhandanstalt der Sowjetischen Besatzungszone Deutschland im Bundesarchiv unter besonderer Berücksichtigung seiner Auswertungsmöglichkeiten, Diplomarbeit, unveröffentlicht, Potsdam 1995, S. 55.

„Unabhängig“, wie sie sich laut Satzung darstellte, war die RTA bestenfalls auf dem Papier. Sämtliche Prüfungsaufträge innerhalb des volkseigenen Sektors waren vom Vorsitzenden des Ausschusses zum Schutze des Volkseigentums zu bestätigen, da diesem „die gesamte administrative Kontrolle des Volkseigentums obliegt“¹⁹⁶. „Die RTA war [...] dienendes Glied [der ...] übergeordneten Kontrollorgane [Ausschuß zum Schutze des Volkseigentums und ZKK, T.M.]“¹⁹⁷. Offensichtlich war niemals geplant gewesen, eine Institution zu schaffen, die mit jenen, recht umfassenden Aufgaben und Verantwortlichkeiten ausgestattet sein sollte, welche die RTA für sich reklamierte. Vielmehr diene die (unvollständige) Konstruktion dieser Einrichtung als Sammelbecken für sämtliche, zuvor auf verschiedene Institutionen und auf verschiedene Ebenen zersplitterte Prüfungs- und Kontrollbefugnisse bezüglich des volkseigenen und privaten Wirtschaftssektors. Dergestalt diene sie insbesondere der Zusammenführung sämtlicher wirtschaftlicher Kontrollinstanzen unter dem Dach der DWK. Unabhängig wie die RTA laut eigener Satzung sollten auch ihre Prüfer sein. Man sah insbesondere einen Unterschied zu jenen, mittlerweile verbotenen, privaten Wirtschaftsprüfern, die als Werkzeug der kapitalistischen Wirtschaft angesehen wurden. „Unabhängigkeit“ sollte den RTA-Prüfern „größere Sicherheit und Objektivität“¹⁹⁸ gewähren. Diese „Unabhängigkeit“ hat aber zu keinem Zeitpunkt existiert. Schon im Juli 1946 war in Sachsen die Zulassung und Wiederzulassung von Wirtschaftsprüfung von einer Überprüfung ihrer politischen Zuverlässigkeit und fachlichen Eignung abhängig gemacht worden.¹⁹⁹ Die Sprache der „Beilage zum Fachnachrichtendienst“ offenbart die geistige Enge, die den RTA-Prüfer aufgezwungen wurde: „... der neu zu erziehende Prüfer ...“²⁰⁰ „... nur eine gesinnungsmäßig homogene und sachlich leistungsfähige Belegschaft kann die gestellten Aufgaben erfüllen.“²⁰¹ „... positive Einstellung zur demokratischen Wirtschaft und zum Prinzip des Volkseigentums ...“²⁰² „Nur Prüfer [...], welche die Grundsätze der volkseigenen Industrie innerlich und politisch ohne Einschränkungen vertreten ...“²⁰³ „Es muß durch fortlaufende Beobachtung, des Arbeitsgebietes durch Schulung, Kritik, Auswertung und Information die geistige Einheit dieser 1.000 Menschen [Prüfer] geschaffen und gefestigt werden.“²⁰⁴ Als Begründung für die Liquidierung der RTA im Dezember 1949 war von Dezentralisation des Prüfungswesens die Rede. Offensichtlich hatte die RTA trotz rasanten Aufbaus der Belegschaft die in sie gesetzten Erwartungen über Aufbau und Durchführung einer zentralen Kontrolle für die gesamte volkseigene Wirtschaft in der SBZ nicht erfüllen können. Im Hause aufgelaufene Unterlagen, z.B. über die volkseigenen Betriebe, wurden im Laufe des Dezember 1949 an unterschiedliche Stellen weitergegeben. Darunter waren z.B. die „Kommission für staatliche Kontrolle in Dresden“, die KWU der Stadt Dresden, Chemnitz,

196 DN5-261, S. 18.

197 DN5-261, S. 8.

198 DN5-261, S. 22.

199 Bekanntmachung über die Richtlinien für die Bereinigung des Berufsstandes der Wirtschaftsprüfer, der vereidigten Buchprüfer und der Wirtschaftsberater vom 9. Juli 1946, in: Gesetze, Befehle, Verordnungen, Bekanntmachungen nach den Veröffentlichungen der Landesregierung Sachsen, Wirtschaft, Teil E I, Bl. 186f, S. 18ff.

200 DN5-261, S. 22.

201 DN5-261, S. 27.

202 DN5-261, S. 78.

203 DN5-261, S. 11.

204 DN5-261, S. 152.

Radebeul, Zwickau, des Landkreises Oschatz, sowie die Stadtwerke Görlitz (KWU). Die DWK hielt es für besser, die Aufgaben der RTA Institutionen zu übertragen, die sich näher am Objekt befanden. Schon Befehl Nr. 76 vom 23. April 1948 hatte durch die Installation von Vereinigungen volkseigener Betriebe die Grundlagen dafür gelegt. Tatsächlich übernahmen auch sie nun teilweise die Unterlagen der RTA. Standardisierte Begleitschreiben der Anstalt, sie stammten alle vom Dezember 1949, waren in den meisten Fällen mit dem folgenden, stets identischen Text versehen, in dem sich nur der Adressat veränderte:

„Betrifft: Prüfungsberichte.

Wie Ihnen bekannt ist, gehen die Arbeiten der Revisions- und Treuhand-Anstalt im Zuge der Dezentralisation des Prüfungswesens mit Wirkung ab 1.1. 1950 auf die entsprechenden Revisions- und Kontrollorgane bei den Ministerien, Aufsichtsbehörden, Vereinigungen volkseigener Betriebe usw. über. Aus diesem Grunde übergeben wir heute der Landesregierung Sachsen, Ministerium der Finanzen - Revisions- und Kontrollabteilung Dresden, die folgenden Berichte mit Arbeitsunterlagen zu unserer Entlastung [...] Die Berichte werden von obengenannter Stelle weiterbearbeitet und wir bitten Sie, sich künftig an die LRS zu wenden.“²⁰⁵

Organisatorische Defizite

Aufgrund organisatorischer Defizite war die Handlungsfähigkeit der RTA über lange Zeit nicht gegeben. Obwohl ihre Satzung bereits am 26. Mai 1948 in der Sitzung des Sekretariats der DWK verabschiedet wurde und die Anstalt ihre Tätigkeit offiziell am 1. Juli 1948 aufnahm, konnten wichtige interne Beschlüsse erst viel später erfolgen. Hierzu wäre der RTA-Verwaltungsrat erforderlich gewesen, der die Anstalt gemeinsam mit dem bereits bestehenden Direktorium zu einer juristisch handlungsfähigen Person machen sollte. Er hatte sich laut Satzung aus vier Vertretern der DWK, fünf Vertretern der Länder- bzw. kommunalen Selbstverwaltungen und vier Vertretern des FDGB zusammensetzen. Erst am 15. September 1948 ernannte das Sekretariat der DWK ihre Vertreter. Es waren Fritz Selbmann²⁰⁶, Fritz Lange²⁰⁷, Professor Hermann Kastner²⁰⁸ und Dr. Friedrich Lange²⁰⁹. Alle übrigen Repräsentanten der Länder und des FDGB waren zu diesem Zeitpunkt noch nicht bestimmt, der Verwaltungsrat also immer noch nicht in der Lage, sich zu konstituieren.²¹⁰ Mit Verspätung erfolgten auch die Inbetriebnahme verschiedener Geschäftsstellen sowie die Zentralisierung der RTA und die Ausbildung ihres Personals.

- Die Leitung des wichtigsten RTA-Standortes, Berlin, wurde erst am 21. Januar 1949 durch Beschluß des Direktoriums geschaffen.
- Erst zum Zeitpunkt der Veröffentlichung ihrer „Beilage zum FND“ im Juli 1949 konnte die RTA vermelden, daß „der Aufbau je einer Geschäftsstelle für die einzelnen zentralen Ressorts in Berlin in Angriff genommen wurde [...] Das

205 DN5-983.

206 Stellvertretender Vorsitzender der DWK und Leiter der HV Industrie.

207 Vorsitzender der Zentralkontrollkommission.

208 Stellvertretender Vorsitzender der DWK.

209 Vorsitzender des Ausschusses zum Schutz des Volkseigentums.

210 DN5-261, S. 16f.

Ressort [Wirtschaftsberatung] begann zunächst mit der Schaffung von Beratergruppen. Hieran wird gegenwärtig noch gearbeitet.“²¹¹

- Schulungskurse von 14-tägiger Dauer für künftige RTA-Revisoren wurden erst ab dem 21. März 1949 angeboten, obwohl Personalknappheit und mangelnder Kenntnisstand ihrer Mitarbeiter der RTA auch zuvor wohl bekannt waren.²¹²

Der, wie die RTA selbst feststellte, eigentliche Zweck der Anstalt, nämlich „die gesamte volkseigene Wirtschaft einheitlich zu prüfen, systematisch zu beobachten und über die gewonnenen Ergebnisse Berichte zu erstatten“²¹³, konnte niemals erfüllt werden. In unregelmäßigen Abständen, insgesamt siebenmal zwischen dem 20. März und dem 10. August 1949, erschien als hauseigene Publikation der „Fachnachrichtendienst“. Auf wenigen Seiten informierte er die Mitarbeiter über neue Entwicklungen der Prüfungsrichtlinien. Insgesamt brachte er es auf 87 Seiten.²¹⁴ Offiziell zum einjährigen Bestehen der RTA erschien im Juli 1949 die zitierte „Beilage“. Angesichts der damals kursierende Gerüchte um die bevorstehende Abwicklung der RTA, muß ihr Hauptzweck darin gesehen werden, dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Auf 160 Seiten versuchten „in verantwortlicher Position stehende Mitarbeiter“²¹⁵, die Existenz ihrer Einrichtung zu rechtfertigen. Man war sich sicher, daß die volkseigene Wirtschaft die RTA als Kontroll- und Prüfungseinrichtung benötigte. Die Berechtigung der RTA wäre immerhin nachzuvollziehen, „wenn man bedenkt, daß die Wirtschaft - die sich den wechselnden Bedürfnissen eines Volkes anpassen muß - sich fortwährend im Fluß befindet.“²¹⁶ Hoffnung auf Erhalt der Anstalt knüpfte man insbesondere an die „Kommunalwirtschaftsverordnung“²¹⁷, worin die Prüfungspflicht für nunmehr volkseigene Kommunalwirtschaftsunternehmen allein der RTA übertragen worden war. Diesen „Alleinanspruch“ bezüglich der Abwicklung von Wirtschaftsprüfungen griff man in der „Beilage“ auf und versuchte ihn auf den gesamten volkseigenen Sektor auszudehnen: „Es besteht oft die Gefahr, die auch heute nicht von der Hand zu weisen ist, die Prüfung durch Einschaltung zu vieler Organe zu überspitzen. Deshalb soll auch an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, daß das oberste Ziel einer wirksamen Revision innerhalb der neuen demokratischen Wirtschaftsordnung eine weitgehende Konzentration und Vereinheitlichung des Prüfungswesens sein muß.“²¹⁸ Gleichzeitig ließ man anklingen, daß die Vielfalt verschiedener Prüfungsorgane einheitliche Formen der Prüfung verhinderte. Darin wäre auch der Grund für das wenig erfolgreiche erste Jahr der RTA zu sehen: „[...] durch ein einheitliches Prüfungsorgan ist zum erstenmal gesetzlich die Mög-

211 DN5-261, S. 22, 24.

212 DN5-261, S. 26.

213 DN5-261, S. 19.

214 DN5-1132 enthält alle sieben Ausgaben.

215 DN5-261, S. 3: „Bournot, Ehrentreich, Fahsig, Grundmann, Hansen, Hentschel, Dr. Holsbeck, Dr. Kallmeyer, Dr. Lukawec, Dr. Mannewitz, Nendel, Rühling, Dr. Schäfer, Schmidt, Schreiber, Seidel, Westphal, Frl. Röhrs“ (Titelblatt).

216 DN5-261, S. 19.

217 Verordnung der DWK über die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden und Kreise vom 24. November 1948, ZVOBl. Nr. 57/1948, S. 558.

218 DN5-261, S. 144.

lichkeit geschaffen, [...] Gedanken der Neuordnung des Prüfungswesens in der Praxis umzusetzen.²¹⁹

Theoriedefizit

Angesichts des sang- und klanglosen Abtritts der RTA mutet diese Bemerkung allzu vollmundig an. Die „Neuordnung des Prüfungswesens“ scheiterte nicht nur an der Vielfalt unterschiedlicher Prüfungsorgane sondern am System, das keinerlei wissenschaftlich begründete Theorie zuließ. Obwohl sie zum Zeitpunkt der Veröffentlichung ihrer Schrift bereits ein Jahr existierte, bestand im Juli 1949 bei der RTA offensichtlich kaum eine Vorstellung davon, wie sich, parallel zum Umbau der Wirtschaftsordnung in der SBZ, die Form der Wirtschaftsprüfung zu entwickeln habe. Die Beilage zum „Fachnachrichtendienst“ dokumentiert, daß sich weder die Leitung der Einrichtung, geschweige denn ihre Mitarbeiter im Außendienst von der sogenannten „alteingefahrenen Technik der Prüfung“²²⁰ loszulösen vermochten, was allgemein als erheblicher Makel interpretiert wurde. Noch weniger war es in den vergangenen zwölf Monaten gelungen, eine selbständige, für den volkseigenen Bereich zugeschnittene Prüfungsform zu entwickeln. Allerdings war man sich dieser Verpflichtung wohl bewußt; „muß dies doch verlangt werden, weil die RTA anders ihre Aufgabe nicht zu erfüllen vermag. Es wird auch ein Teil der Aufgabe der internen Schulung der RTA sein, den Mitarbeitern bei der Umstellung auf neue Formen der Prüfung zu helfen.“²²¹ Ein Jahr nach ihrer Gründung beschäftigte sich die RTA noch immer damit, die volkseigene Wirtschaft zu beobachten, um das neue System zu begreifen. Dementsprechend gab es auch keine Ansätze, nach denen den Mitarbeitern neue Aufgaben nahezubringen gewesen wären, geschweige denn systematische Ansätze mit ideologisch fundierten Prüfungsverfahren und -inhalten. Im Gegenteil: Weil es nicht gelang, die Mitarbeiter nach einheitlichem Curriculum zentralplanwirtschaftlicher Ausrichtung zu unterrichten, verlegte man sich darauf, sie in die Entwicklung der geforderten Prüfungsrichtlinien aktiv einzubinden: „Der fortschrittliche Mensch [...] wird versuchen, den Weg, den ihm die Gedanken gezeigt haben, auch in der Wirklichkeit zu bahnen und dadurch seinen Beitrag zur Entwicklung neuer Formen in der volkseigenen Wirtschaft leisten.“²²² Außerdem mußte die RTA ihre Hoffnungen darauf setzen, wie sie resigniert zu verstehen gab, fehlende theoretische Grundlagen durch praktische Erfahrungen aus der volkseigenen Wirtschaft zu kompensieren.²²³ Ungeachtet ihrer Orientierungslosigkeit auf theoretischer Ebene ließ sich die RTA von der oktroyierten, politischen Aufbruchsstimmung mitreißen, rechnete früher oder später mit entsprechender Unterstützung durch die Besatzungsmacht und verpackte ihre Ratlosigkeit bis dahin in bewährte Formeln: „Die Organisation eines Betriebes im gemeinwirtschaftlichen Wirtschaftssystem hat [...] die Menschen im Betrieb in ein richtiges organisatorisches Verhältnis zu bringen. Mit dieser Tätigkeit wird Neuland betreten. Es müssen deshalb zunächst einheitliche Methoden erarbeitet werden, indem aus einer möglichst großen Zahl praktischer Einzelerfahrungen das Gemeinsame entnommen und verwertet wird. Besonders praktische Einrichtungen in einzelnen Betrieben sind der Allgemeinheit zugänglich zu ma-

219 DN5-261, S. 151.

220 DN5-261, S. 141.

221 Ebenda.

222 Ebenda.

223 Vgl. DN5-1132, FND Nr. 2 vom 20. April 1949, S. 18.

chen.“²²⁴ Ohne die geringste Vorstellung davon, wie das „richtige organisatorische Verhältnis der Menschen im Betrieb“ auszusehen habe, wurde diese Anschauung zur Maxime des gesellschaftlichen Anliegens gemacht. Man stellte sich vor, dieses „Verhältnis“ habe sich automatisch-evolutionär zu ergeben; durch aufmerksame Beobachtung der (neuen, umgestalteten) Verhältnisse in den volkseigenen Betrieben, wobei „besonders praktische Einrichtungen“ zum allgemeinen Vorbild gemacht werden sollen. Gemäß der allgemeinen Praxis im „Demokratischen Zentralismus“, versorgte die RTA-Leitung ihre Mitarbeiter mit Worthülsen sowjet- und SED-ideologischer Provenienz, ließ sie aber in der Praxis mit einer Fülle bestenfalls angedeuteter Aufgabenstellungen allein. Mehr oder weniger konkrete Anweisungen kamen zentral von oben. Das „demokratische“ Element bestand darin, daß alle Ausführenden gleichermaßen verpflichtet wurden, zu verstehen, was von oben verlangt wurde, dasselbe „eigenverantwortlich“ korrekt umzusetzen und anschließend auch noch dafür gerade zu stehen. Grenzen fand diese „Eigenverantwortlichkeit“ in der bald installierten „Selbstkontrolle“. „Da eine Organisation ohne Kontrolle unvollständig ist, hat das Ressort 03 [Wirtschaftsprüfung, T.M.] eine eigene Kontrollabteilung in Aussicht genommen, die die Gegenprobe auf die Richtigkeit ihrer operativen Aufgabe machen soll. Die einzelnen Berichte der Beratergruppen werden hier durchlaufen, bevor sie an die Anstalt bzw. die Berichtskritik gehen.“²²⁵ Mit großer Geschwindigkeit entstand ein immer größerer Apparat, in dem sich unterschiedliche Abteilungen gegenseitig kontrollierten, ohne dabei selbst auf dem Boden sicherer Kenntnis einer praktikablen Wirtschaftstheorie zu stehen. Theorielosigkeit und vorsichtiges, insbesondere verbales Vortasten kennzeichneten das Verhältnis der Verantwortlichen zu ihrer Aufgabe, die ehemals kapitalistische Wirtschaft zu „demokratisieren“. Zweifel am Plansystem ließen sich dabei nicht ganz vermeiden. Die RTA gab sich nicht alleine die Schuld dafür, daß sie ihre Aufgaben nicht zu erfüllen vermochte. In Überschätzung ihrer Autorität verstand sie sich sogar als ernsthafte Kritikerin der DWK, HV Planung: „Die Aufgaben [...] die in der Durchführung der Planung entstehen, sind zum Teil noch überwältigend groß, so daß unzureichende Pläne aufgestellt werden. Daraus entwickelt sich die Einsicht, daß wir besser planen lernen müssen. Das Lernen setzt eine Lehre voraus. Aber auch hier sind die Arbeiten erst im Anfang, so daß eine vollständige Planungslehre noch nicht vorliegt.“²²⁶ Die Adressaten des „Fachnachrichtendienst“ bekamen kritische Bemerkungen der RTA zu lesen. Einzelne Aspekte der staatlichen Wirtschaftsplanung wurden grundsätzlich in Frage gestellt. Dabei bediente sich die RTA einer Formelsprache, die in jeder Richtung hätte interpretiert werden können; von Kritik an der staatlichen Wirtschaftsführung, bis hin zur nichtssagenden Leerformel ohne den geringsten Aussagegehalt: „Es ist falsch, Ziele [z.B. Produktionsauflagen, T.M.] zu setzen, zu denen es keine Wege gibt. Es ist aber auch falsch, Wege zu gehen, die nicht zum Ziele führen.“²²⁷ Die Überzeugungen der RTA zum Stand der Planbarkeit des volkseigenen Sektors stellten die Funktionstüchtigkeit des bestehenden SBZ-Wirtschaftssystems in Frage: „Für die Durchrechnung der Verhältnisse einzelner Betriebe stehen uns [...] die technischen Mittel zur Verfügung,

224 DN5-261, S. 24.

225 Ebenda.

226 DN5-261, S. 87.

227 DN5-261, S. 88.

und es ist nur einer Frage der Organisation, sie zur Wirkung zu bringen. Für die überbetriebliche Planung aber müssen die Methoden der Rückschaurechnung erst noch ausgebildet werden, ehe wir gute Pläne erwarten können. Daß hier noch nicht so viel Vorarbeit geleistet worden ist, ist die Ursache dafür, daß unsere volkswirtschaftlichen Pläne zur Zeit noch nicht sehr genau sind.“²²⁸ Ihre Kritik am Fundament der neuen Wirtschaftsordnung - dem Plan - mag als einer der Gründe für die Auflösung der RTA angesehen werden. Als SBZ-weit operierendes Kontrollorgan, dem gleichzeitig konstruktive Aufgaben zur Organisation des volkseigenen Wirtschaftssektors auferlegt worden waren, war sie durchaus in der Lage, sich ein weitreichendes Bild über die zentral verwaltete Wirtschaft der SBZ zu bilden. Diese Eindrücke flossen ein, wenn sie eigene Defizite zu begründen hatte. Mit ihrer Auflösung verschwand eine Institution, die aufgrund umfangreicher Kenntnisse des Innenlebens sozialistischer Planwirtschaft in der Lage gewesen wäre, die Pläne - oberste Richtschnur der bestehenden Wirtschaft - zu kritisieren. Auch nach einjähriger Beobachtung war es ihr nicht gelungen, dem willkürlichen Durcheinander der marktlosen Ökonomie ordnende Regeln zur Seite zu stellen.

Die Probleme der RTA sowie ihr sang- und klangloses Verschwinden im Jahr 1949 waren ein kleines Szenario desselben Inhalts, der 40 Jahre danach die DDR in den Untergang riß und für eine Weile das Interesse der Weltöffentlichkeit auf sich ziehen konnte.

2.3.5 Das sozialistische Bankensystem und die Deutsche Investitionsbank (DIB)

Im zentral verwalteten Wirtschaftssystem der sowjetischen Besatzungszone hatten jene Einrichtungen, die als „Banken“ oder „Kreditinstitute“ bezeichnet wurden, wenig gemeinsam mit den Geldinstituten freier Wirtschaftssysteme. Die neu geschaffene Organisation volkseigener Banken²²⁹ war Teil des zentralen Lenkungs-systems und reines Ausführungsorgan der kommunistischen Führung. Es war gedacht als wichtiges Werkzeug zur Durchführung und Kontrolle staatlicher Wirtschafts-pläne. Sogenannte Geldinstitute besaßen keinerlei eigene Befugnisse, um auf das inhaltliche Geschehen der Zentralplanwirtschaft gestaltenden Einfluß zu nehmen. Innerhalb der Wirtschaftsorganisation hatten sie die Aufgabe, die systemeigene Währung als Komplementär zur planmäßigen Güterbewegung, zu verteilen. Gleichzeitig wurden sie damit beauftragt, auch die korrekte Verwendung der von ihnen verausgabten finanziellen Mittel zu überwachen.

Die „Reform“ der Banken nahm ihren Anfang mit SMAD-Befehl Nr. 01 vom 23. Juli 1945.²³⁰ Sämtliche Banken der Besatzungszone hatten ihre Tätigkeit sofort

228 DN5-261, S. 89.

229 Vgl. zum Themenkomplex DECKERS, Josef, Die Transformation des Bankensystems in der SBZ/DDR von 1945 bis 1952, Berlin 1974 sowie HUMMEL, Detlef, Das Kreditwesen in der DDR, in: POHL, Hans (Hrsg.), Geschichte der deutschen Kreditwirtschaft seit 1945, Frankfurt am Main 1998, sowie DEUTSCHE BUNDESBANK (Hrsg.), Deutsches Geld- und Bankwesen in Zahlen 1876 bis 1975, Frankfurt am Main 1976, sowie DEUTSCHE BUNDESBANK (Hrsg.), Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876 bis 1975, Frankfurt am Main 1976.

230 SMAD-Befehl Nr. 01 vom 23. Juli 1945 betr. die Neuorganisation der deutschen Finanz- und Kreditorgane, in: Verordnungsblatt für die Provinz Sachsen 1945, 1, S. 16-18.

einzustellen.²³¹ Als Ersatz für die geschlossenen Institute wurde der Aufbau eines einstufigen Bankensystems vorangetrieben. D.h., alle angeschlossenen Banken sollten künftig eine organisatorische Einheit bilden, die mit Gründung der Deutschen Emissions- und Girobank im Mai 1948 unter einheitliche Leitung gestellt wurde. Die neugegründeten Einrichtungen waren keine Rechtsnachfolger der geschlossenen Banken. Dessen ungeachtet hatten sie alle Forderungen der ehemaligen Kreditinstitute im Namen des sozialistischen Staates einzuziehen. Seit Juli 1945 wurden folgende Institutionen in der SBZ/DDR neu gegründet, in der Absicht, den geschlossenen Bankensektor zu ersetzen:

- fünf Landes- und Provinzialbanken (später *Landeskreditbanken* (LKB) genannt) als Anstalten öffentlichen Rechts (Juli 1945),
- *Sparkassen* in kreisfreien Städten und Kreisen der Länder,
- ländliche *Kreditgenossenschaften* und *Genossenschaftsbanken* (Nov. 1945),
- *Volksbanken* (Jan. 1946) sowie
- fünf *Emissions- und Girobanken* in den Ländern und Provinzen zur Regelung des Geldverkehrs und Erleichterung des Zahlungsverkehrs und zur Unterstützung der Landeskreditbanken als Anstalten öffentlichen Rechts (Feb. 1947).
- Um die Tätigkeit dieser Einrichtungen zu steuern und zu koordinieren wurde mit Befehl der SMAD Nr. 94 vom 21. Mai 1948 die *Deutsche Emissions- und Girobank* (DEGB)²³² in Berlin errichtet, die zum 1. Juni 1948 ihre Arbeit aufnahm. Ihre Gründung erfolgte außerdem zur Regelung des Kredit- und Zahlungsverkehrs sowie des Geldumlaufs in der SBZ. Darüber hinaus hatte sie die Durchführung des Zahlungsverkehrs mit den übrigen Besatzungszonen sowie des Auslands zu regeln. Einen Monat nach dem Binnenwährungsumtausch in der SBZ wurde die DEGB mit Befehl der SMAD Nr. 122 vom 20. Juli 1948 in „*Deutsche Notenbank*“ (DN) umbenannt.²³³ Jetzt erst erhielt sie auch Notenemissionsrechte und wurde damit immerhin allein zuständig für die Ausgabe der neuen Währung, nicht aber für die Höhe der auszureichenden Währung, auf die sie keinen Einfluß nehmen durfte. Im Gegenteil: „Erstmals in der deutschen Finanzgeschichte wurde von einer Zentralbank verlangt, ‘die Wirtschaftsplanung mit den Mitteln der Geld- und Kreditpolitik aktiv zu unterstüt-

231 Gleichzeitig mit dem Bankensektor wurde durch denselben Befehl das bestehende Versicherungswesen in der SBZ liquidiert. An seine Stelle trat in den Ländern und Provinzen jeweils eine „öffentlich-rechtliche“ Versicherungsanstalt, die sämtliche Versicherungsbereiche übernahm. Einzige Ausnahme blieben die Sozialversicherungsanstalten, welche ihre herkömmlichen Aufgaben fortsetzten. SMAD-Befehl Nr. 247 vom 14. August 1946, betraf das Anrecht auf alte Lebensversicherungen (Regierungsblatt für Thüringen T. III 1946, 10, S. 82). 450 Millionen RM ehemaliger Barguthaben der nunmehr verbotenen Versicherungen mußten auf die volkseigenen Versicherungsanstalten übertragen werden. Damit war die Enteignung im Versicherungssektor auch formal abgeschlossen.

232 ZVOBl. 19/1948, S. 209 incl. der Satzung der Deutschen Emissions- und Girobank, vgl. auch: DN5-261, S. 45.

233 Vgl. ZSCHALER, Frank, Von der Emissions- und Girobank zur Deutschen Notenbank. Zu den Umständen der Gründung einer Staatsbank für Ostdeutschland, in: Bankhistorisches Archiv 2/1992, S. 59-68.

zen“²³⁴. Die DN entwickelte sich formal zwar zur „zentralen Steuerungsin-
stanz des Geldwesens in der SBZ“²³⁵, gleichwohl wurden ihr keine Richtungs-
befugnisse gegenüber der staatlichen Zentralplanbürokratie, insb. der DWK,
übertragen, wie die Satzung der Deutschen Notenbank ausdrücklich festlegte.
Das implizierte auch, daß sie keinerlei Rechte besaß, Entscheidungen der Ge-
schäftsbanken zu beeinflussen, denn diese waren gehalten, getreu individueller,
staatlicher Planvorgaben zu operieren.

- Schließlich entstand, vor allem in der Absicht, die langfristige Finanzierung der
Investitionstätigkeit des volkseigenen Sektors sicherzustellen, auf Anordnung
der DWK vom 13. Oktober 1948 die *Deutsche Investitionsbank*.²³⁶

Infolge umfassender Demontagetätigkeiten der sowjetischen Besatzungsmacht
und im Zuge der Reparatur und des Neuaufbaus zahlreicher zerstörter Anlagen
und Gebäude waren hohe Investitionsleistungen erforderlich, was die DIB zu ei-
nem vermeintlich wichtigen Werkzeug der Zentralplanbürokratie machte.²³⁷ Ihr
wichtigster Aufgabenbereich lag in der langfristigen Finanzierung von Investitionen,
die hauptsächlich den volkseigenen Sektor betrafen. Zu diesem Zweck waren
nicht rückzahlbare „Kredite“ - nach Überprüfung ihrer Planmäßigkeit - an die
Landeskreditbanken auszureichen, bei denen die volkseigenen Betriebe Sonder-
konten für jedes einzelne, planmäßige Investobjekt unterhalten mußten. Damit
geriet die DIB immer wieder in den Konflikt, ihr eigenes Handeln entweder nach
dem Primat der staatlichen Planaufgaben, d.h. der ausschließlichen Finanzierung
von genehmigten Investobjekten, oder nach den aktuellen Bedürfnissen der
volkseigenen Betriebe auszurichten, die häufig nach außerplanmäßigen Investmit-
teln verlangten. Wie sehr sie zwischen diesen Positionen hin und her gerissen war,
zeigten die „Erläuterungen der DIB zur Bilanz per 31. Dezember 1950“: Der In-
vestitionsplan 1949 schloß mit einer Forderung von der DIB an den Haushalt in
Höhe von DM 71.317.690,10 ab, die bis zum 31. 12.1950 noch nicht vom
Haushalt beglichen worden ist. Zur Erfüllung des Investitionsplanes 1950 ist die
DIB mit einem Betrage von DM 46.885.717,16 in Vorlage getreten. Außerdem
wurde von uns für außerplanmäßige Investitionen 1950 ein Betrag DM von
20.930.111,66 verauslagt, so daß sich unsere Forderung an den Haushalt aus
dem Investitionsgeschehen 1949 und 1950 auf insgesamt DM 139.133.518,92
beläuft.“²³⁸ Neben der Ausreichung der Investitionsmittel in planmäßig festgeleg-
ter Höhe war die Außenrevision der DIB dafür verantwortlich, sowohl deren
konkrete Verwendung vor Ort als auch sonstige Auffälligkeiten in den volkseige-
nen Betrieben zu überprüfen: „Grundsätzlich bemerken wir [...], daß unsere Revi-
soren bei ihren Prüfungen hauptsächlich auf die ordnungsgemäße und zweckmäßi-

234 ERMER, Matthias, Von der Reichsmark zur Deutschen Mark der Deutschen Noten-
bank: zum Binnenwährungsumtausch in der Sowjetischen Besatzungszone Deutsch-
lands, Juni/Juli 1948, Stuttgart 2000, S. 163.

235 ZANK, Zentralverwaltungen, S. 268.

236 Incl. Satzung der DIB in: ZVOBl. Nr. 48, S. 494ff. Vgl. auch O.N., Die Bank des Zwei-
jahresplanes - Deutsche Investitionsbank in der Ostzone gegründet, in: Die Wirt-
schaft, Nr. 15, November 1948, S. 490.

237 Die „Gesamtbank-Bilanz (für die Zeit v. 15.10.1948 - 31.8.1949)“ lautete auf einen Be-
trag von 2.785.758.850,97 Mark. Die „Bilanz der Deutschen Investitionsbank nach
dem Stand per 31. Dezember 1949“ lautete auf einen Betrag von 2.490.474.136,47
Mark. (DN3-140).

238 DN3-141.

ge Verwendung der Investitionsmittel zu achten haben, wobei ihnen selbstverständlich von uns zur Pflicht gemacht worden ist, daß sie über den Aufgabenkreis hinaus von ihren beobachtete und erkannte Fehler zu melden haben.“²³⁹ Die Bank erhielt die Abschreibungsbeträge der volkseigenen Betriebe, sogenannte Amortisationen, die sie auf einem besonderen Konto sammelte. Die „Verordnung über die Finanzwirtschaft der volkseigenen Betriebe vom 12. Mai 1948“ sowie deren Durchführungsbestimmungen und Erläuterungen durch die Richtlinien für die Eröffnungsbilanz zum 1. Juli 48, die Schlußbilanz zum 31. Dezember 48 sowie die Inventurrichtlinien²⁴⁰ schrieben vor, daß der, auf diese Weise angesammelte „Amortisationsfonds“ dem volkseigenen Sektor wiederum zinsfrei zur Verfügung zu stellen war und zu gleichen Teilen für Investitionen und Großreparaturen verwendet werden sollte. Finanzielle Sicherheitspolster, die sich die Betriebe bislang auf die Seite gelegt hatten, um davon unvorhergesehene Ausgaben bestreiten zu können, im Jargon der Wirtschaftsbürokratie „stille Reserven“ genannt, waren politisch nicht mehr erwünscht. Im Gegenteil: Sie stellten einen Störfaktor für den reibungslosen Ablauf des Wirtschaftsplans und damit des gesamten Volkswirtschaftsplans dar, weshalb ihnen von der Deutschen Wirtschaftskommission der Kampf angesagt wurde. Der Deutschen Investitionsbank oblag die Aufgabe, finanziellen Ersatz für diese betrieblichen Sicherheitsreserven zu bieten. Den undurchschaubaren Gesetzen des Plansystems entsprechend, konnten diese Mittel den volkseigenen Betrieben aber nicht als spontane Finanzspritze überlassen werden, wenn sie tatsächlich benötigt wurden. Vielmehr mußten die VEB sogenannte außerplanmäßige Beträge zunächst beantragen. Dann waren sie ggf. durch Genehmigung der entsprechend vorgesetzten Behörden nachträglich in den laufenden Plan zu integrieren.²⁴¹ Der Zwiespalt zwischen Plan und VEB prägte auch den Revisionsbericht über die DIB, der zum einjährigen Bestehen des Instituts, datiert vom 15. Oktober 1949, von der SMAD angefertigt wurde. In der SMAD war man offensichtlich nicht zufrieden mit den Ergebnissen der DIB-Außenrevision: „Auf dem Gebiete der Kontrolle des Investitionsfortschritts begnügt sich die Bank noch in grossem Maßstabe mit der finanztechnischen Kontrolle, während die Fragen der Wirtschaftsverbesserung und der grösseren effektiven Ausnutzung der Mittel, die für die Investitionen bestimmt sind, von ihr nicht genügend an die übergeordneten Stellen herangetragen werden. [...] Bei den vorhandenen Mängeln der Planung, Aufstellung der Kostenvoranschläge, Preisüberprüfung, Rechnungslegung und Berichterstattung der Investitionsträger, gewährleistet die operative

239 DN3-1095, Brief der DIB vom 16. Feb. 1950 an die Regierung der DDR, Min. f. Industrie, Sekretariat Finanzen und Betriebswirtschaft der VEB zum technischen Zwischenbericht vom 19. Januar 1950 bez. der Braunkohlenverwaltung Welzow.

240 ZVOBl. 15/1948, S. 148 sowie FND Nr. 1, S. 9, vgl. auch DN5-261, S. 83. Diese Vorschriften hatten folgende Themen zum Inhalt:

- Aufstellung von Anfangsbilanzen
- Zuteilung von Eigenkapital an die Betriebe
- Amortisation der Anlagegegenstände (Amortisationsfonds)
- Hauptinstandsetzung
- Selbstkostenplanung
- Gewinnplanung
- Gewinnverteilung des Betriebes
- Mittel der Vereinigung

241 Das umständliche Genehmigungsverfahren bis zur Überweisung von nachträglich beantragten Investitionsmitteln wird dokumentiert durch Abbildung 2, S. 168.

Kontrolle der Bank nicht die rechtzeitige Feststellung der Fälle der Bauverteuerung und die Verhinderung der Auszahlung der Mittel für die im Plan nicht vorgesehenen Objekte.“²⁴² Damit wurde die Verantwortung der DIB in solche Bereiche ausgeweitet, wie z.B. technische Beurteilungen der Mittelverwendung, die durch Mitarbeiter einer Bank kaum geleistet werden konnten. Systembedingte Probleme der sogenannten Investitionsträger blieben als solche unerkannt. Statt dessen wurde die Bank beschuldigt, ihre Kontrollen nicht effizient genug zu planen und durchzuführen. Von Seiten der Besatzungsmacht wurden dreiundzwanzig Maßnahmen „zur Verbesserung der Bankarbeit“ vorgeschlagen. Dabei fuhr man fort, die DIB zur Lösung systembedingter Probleme heranzuziehen. Dazu gehörten z.B. „äußerst mangelhafte Kostenvoranschläge der volkseigenen Betriebe [...] die gegenwärtig nach verschiedenen Preisen ausgestellt werden“²⁴³. Der Präsident der DIB, Karl Lehmann, notierte nach einer Besprechung bei der SMAD: „SMAD wies darauf hin [...] es sei Aufgabe der Bank, dafür zu sorgen, dass im Jahre 1950 ordnungsgemäße Kostenvoranschläge Verwendung finden.“²⁴⁴ Eine Schlüsselrolle sollte dabei den Hauptbuchhaltern der Bank zufallen. Ihre Rolle bei der Zentrale sowie bei den Filialen war zu verstärken „unter Auferlegung der Verantwortung für die Organisation für die Verrechnung und Berichterstattung in dem System der Bank bezgl. der Richtigkeit und Rechtmässigkeit der Ausgaben der Bankmittel nach Kostenvoranschlägen“²⁴⁵. Wie die DIB sämtliche volkseigenen Betriebe dazu bringen sollte, unter den gegebenen Umständen „ordnungsgemäße“, d.h. einheitliche und zuverlässige Kostenvoranschläge abzugeben, wurde selbstverständlich nicht mitgeteilt. Auf jeden Fall war der Handlungsspielraum der DIB gegenüber VVB und VEB eingeschränkt werden: „Der Bank ist vorzuschlagen, die Gewährung von Zwischenkrediten einzustellen.“²⁴⁶ Die DIB versuchte, sich vom Vorwurf mangelhafter Kontrollen zu entlasten, indem sie ihrerseits die schlechte Qualität des eigenen Berichtswesens mit Mängeln im volkseigenen Sektor begründete: „Die vorhandenen Mängel der Planung hinsichtlich der nach den Durchführungsbestimmungen notwendigen Unterlagen für die Investitionsvorhaben im Jahre 1949 haben in der Tatsächlichkeit bestanden und uns die Möglichkeit einer einwandfreien Kontrolle genommen.“²⁴⁷ Unter dem Druck von Besatzungsmacht und DWK traten konkrete Anliegen einzelner VEB immer mehr in den Hintergrund. Die DIB verzichtete auf eigene Ermessensspielräume und begann, Investmittel nur noch gegen Vorlage vollständiger Investunterlagen auszureichen. „Es wird laut Vereinbarung mit der Abteilung Wirtschaftsplanung [...] für jedes Investvorhaben von Anfang an die Vorlage einwandfreier Unterlagen, vor allen Dingen genau aufgegliederter Kostenvoranschläge, gefordert.“²⁴⁸ Die Folge waren mächtige Stockungen der Versorgung mit finanziellen Investmitteln, die im folgenden das ohnehin allgegenwärtige Problem des Mate-

242 DN3-204, Ausführungen und Anregungen auf Grund der [durch die SMAD] durchgeführten Prüfung der Deutschen Investitionsbank, 15. Oktober 1949, Bl.2.

243 Ebenda, Bl.3.

244 DN3-204, Aktenvermerk des Präsidenten der DIB, Karl Lehmann über die Besprechung des Prüfungsergebnisses der von der SMAD durchgeführten Überprüfung der DIB in Karlshorst am 13. Oktober 1949, vom 14. Oktober 1949, Bl.2.

245 DN3-204, Ausführungen und Anregungen auf Grund der [durch die SMAD] durchgeführte Prüfung der Deutschen Investitionsbank, 15. Oktober 1949, Bl.6.

246 Ebenda, Bl.4.

247 DN3-204, DIB zur Prüfung Karlshorst, 29. November 1949, Bl.1.

248 Ebenda.

rialmangels verstärkten. Der DIB gelang es im Jahre 1949 nicht, eine zufriedenstellende Position im Rahmen der sozialistischen Wirtschaftsbürokratie einzunehmen. Angesichts einer darniederliegenden Wirtschaft und des sozialen Elends der Bevölkerung konnte es für die Leitung der DIB nicht befriedigend sein, vorwiegend destruktive Elemente zum Aufbau der „demokratischen Wirtschaft“ beizutragen: „Die Verhinderung der Auszahlung von Mitteln für im Plan nicht vorgesehene Objekte dürfte [...] erfolgreich durchgeführt sein.“²⁴⁹ Die Orientierungslosigkeit der DIB-Führung bezüglich entscheidender Fragen der eigenen Aufgabenstellung wird dokumentiert durch das Protokoll des DIB-Präsidenten Kurt Lehmann über ein Zusammentreffen mit dem zuständigen SMAD-Offizier am 4. November 1949. Darin wird deutlich, daß man im November 1949 noch keine Ahnung hatte, wie die Finanzierung der Investitionen ab 1950 erfolgen sollte.²⁵⁰

<u>Aktenvermerk</u>	
<u>Besprechung mit Herrn Kolossow in Karlshorst am 4. November 1949</u>	
1. <u>Investitionsplan 1950:</u>	
Herr Kolossow erkundigte sich nach der Höhe der geplanten Investitionen 1950 und deren Finanzierung. Ich nannte folgende Zahlen:	
Gesamt-Investitionen	DM 2.000.000.000.-
davon mir bisher bekannte Finanzquellen: Amortisationsbeträge (60%)	
zonale Industrie	DM 180.000.000.-
Länderverwaltungen der Industrie	DM 60.000.000.-
Kreditmittel Neubauern	DM 100.000.000.-
Wohnungsinstandsetzung	DM 120.000.000.-
2. Herr Kolossow erklärte, dass wir als Investbank die für den Kreditbedarf notwendigen Mittel durch Aufnahme langfristiger Anleihen aufbringen müssen. Ich erwähnte, dass bei uns die Emission einer Anleihe von DM 300 Mill. zur Diskussion steht, die wir wie folgt aufzubringen gedenken:	
Abschöpfung von Spareinlagen über den Kredit-Sektor	DM 150 Mill.
Anleihe bei der Bevölkerung	DM 150 Mill.
Herr Kolossow hält die Finanzlage des Kredit-Sektors einschl. der Notenbank für nicht so gefestigt, dass die Abschöpfung von 150 Mill. aus dem Sektor der Kreditinstitute möglich ist.	
[...]	
Bei der Ausgestaltung der Anleihe an die Bevölkerung machen wir uns noch Gedanken grundsätzlicher Art, nämlich, ob es zweckmässig erscheint, Lotterie-Anleihen, oder Anleihen mit festem Zinssatz herauszugeben. Herr Kolossow sagte, dass in der SU jede Anleihe-Begebung mit beiden Typen ausgestattet ist. Die Los-Anleihen haben 20 Jahre Laufdauer, sehr kleine Stückelung, 1/3 der Nummern gewinnt, 2/3 werden bei Fälligkeit zum Normalbetrag zurückgezahlt.	
Es wurde verabredet, dass wir am Mittwoch, den 9.11.49. Entwurf der Anleihe-Bedingungen vorlegen	
[...]	
Berlin, den 4. November 1949	[gez.] Lehmann

2.4 Das Kredo sozialistischer Wohlfahrtslehre: Die zentrale Wirtschaftsplanung

Als man Ende 1945 auf Druck der SMAD in den Landesregierungen der SBZ dazu übergang, die Wirtschaft mit Hilfe von Plänen zu leiten, waren die verantwortlichen Personen in den Verwaltungen fast unvorbereitet.²⁵¹ Im Widerspruch zur Qualität der vorhandenen theoretischen Grundlagen für den Umbau der Wirtschaft stand vom ersten Tage an ein erheblicher, selbst verschuldeter Erfolgszwang. Von der sowjetischen Besatzungszone, wo die Etablierung des Sozialismus mit allen Mitteln vorangetrieben wurde, sollten Signale ausgehen, die stark genug waren, wenigstens das restliche Deutschland davon abzuhalten, sich der kapitalistischen Wirtschaft unter amerikanischer Führung - und damit dem längst

249 Ebenda.

250 Besprechung des Präsidenten der DIB mit der SMAD vom 4. November 1949, DN3-204.

251 Vgl. FN 60, S. 58.

avisierten neuen politischen Hauptgegner - anzuschließen. Die sogenannte „demokratische Wirtschaft“²⁵² verstand sich als das höher entwickelte System, das zwangsläufig auf den Kapitalismus folgte. Das war die entscheidende Botschaft, die es glaubwürdig zu vertreten galt. Der besondere Anspruch konnte nur durch wirtschaftliche Leistungen gerechtfertigt werden, die das Konkurrenzmodell im Westen überflügelten. Mit Etablierung der verschiedenen Wirtschaftsordnungen entwickelte sich vom ersten Tage an auch der Wettbewerb der Systeme. Dieser tobte allerdings vornehmlich in der SBZ/DDR, denn hier galt es, die in der Realität unbewiesene Utopie des Kommunismus zu beweisen, denn anders war die mit repressiven Mitteln erzwungene Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung kaum zu legitimieren. Dementsprechend wurde unter Aufbietung aller Mittel, aber insbesondere auf dem Wege staatlicher Propaganda, das Bild des erfolgreichen Zentralplansystems im Vergleich zur niedergehenden Welt des Kapitalismus zu verbreiten versucht. Allgemein bekannte und darum nicht zu leugnende Mängel im Wirtschaftssystem der eigenen Zone wurden verbrämt. Fiktionen traten an die Stelle konkreter Wirtschaftsdaten. Zum täglichen Geschäft gehörte das Verbreiten strahlender Visionen über die Zukunft der Planwirtschaft. Hier lag das Gegengewicht zu den düsteren, individuellen Perspektiven der Menschen, die sich aus deren konkretem Umfeld ergaben.²⁵³ Langfristig geplant und in Gesetzesform gegossen, sollten nunmehr verbindlich vorgeschriebene Phasen wirtschaftlichen Wachstums den Eindruck persönlicher Sicherheit und Vertrauen in die Zukunft der SBZ-Wirtschaft erwecken. Bestehende Mängel wurden allenfalls zugegeben, wenn sie ohnehin in aller Munde waren, aber sogleich relativiert oder die anstehende „Patentlösung“ zu ihrer Beseitigung mitgeliefert. Permanentes Mittel der Propaganda war der unablässige Systemvergleich zwischen Ost und West; Quintessenz dabei: Das vermeintliche Glück jener Menschen zu verdeutlichen, denen es vergönnt war, die „demokratische Wirtschaft“ mit aufbauen zu dürfen. Heinrich Rau, Vorsitzender der DWK, bezeichnete das eigene, zugegebenermaßen mit Mängeln behaftete System der Wirtschaftsplanung als „enormen und grundsätzlichen Fortschritt gegenüber dem völlig planlosen und blinden Wirken der wirtschaftlichen Kräfte im kapitalistischen System, wie es sich in den westlichen Ländern und in den westdeutschen Zonen heute noch zeigt.“²⁵⁴ Als Chef der obersten SBZ-Planbehörde sah er im westlichen System ein „Wirtschaftschaos“. Damit umschrieb er die dortige Umsetzung lange entbehrter wirtschaftlicher Freiheiten, die der westlichen Währungsreform konsequenterweise gefolgt waren. Rau erwähnte nicht, daß dieses sogenannte blinde Wirken in den westlichen Zonen bessere Früchte trug, als alle Versuche in der SBZ, die Wirtschaft „planvoll zu gestalten“.

252 DN5-261, S. 5 und 144.

253 Zeitgenössische Beschreibungen individueller Erlebnisse und Empfindungen aus dem Umfeld sämtlicher Besatzungszonen bietet die Publikation „So lebten wir... Ein Querschnitt durch 1947“, die Hans A. Rümelin im Jahre 1948 herausgab. Besonders interessant im Zusammenhang der Beitrag von Herbert GROLL, Die Ostzone: „Noch immer ist der Mensch nichts, und irgendein imaginärer Begriff, der nicht einmal Volk oder Staat genannt werden kann, alles.“ Aus: GROLL, Die Ostzone, in: RÜMELIN, so lebten wir..., S. 45-52, hier S. 46.

254 RAU, Planaufgaben, S. 1.

2.4.1 Theoretische Defizite

Ganz anders klangen jene Stimmen, die ein halbes Jahr später von der RTA zu vernehmen waren. Sie hinterließ in ihrer Beilage zum Fachnachrichtendienst vom 1. Juli 1949 umfangreiche Gedanken zum Thema Planung und Plantheorie auf dem Stand der damaligen Entwicklung. Der Beitrag „Grundsätze der Planungslehre“²⁵⁵ spiegelte entgegen den Ausführungen des Vorsitzenden der DWK die angestrebte Suche nach einer passenden Theorie der Wirtschaftsplanung wider. Der gesamte Planungsvorgang wurde in verschiedene Teilabschnitte zerlegt und einer genaueren Betrachtung unterzogen: Bericht, Zielsetzung, Planaufstellung und Plankontrolle.²⁵⁶ *Dabei stellte sich heraus, daß kein Forschungsansatz existierte, auf den die Wirtschaftsplaner der SBZ hätten zurückgreifen können.*²⁵⁷ Die Entwicklung der DDR bewies, daß die kommunistische Forschung auf dem Gebiet der Wirtschaftstheorie auch bis zum Ende „sehr schwach“²⁵⁸ blieb. Der Kommunismus bot vor allem „normative Theorie, [...] das ist aber überhaupt keine empirische Wirtschaftstheorie, weil diese feststellt, was ist, während hier nur gesagt wird, was sein soll.“²⁵⁹ Die RTA tröstete sich, mit Fortschreiten der Forschung würden eines Tages wirtschaftliche Vorgänge und Prozesse ebenso zu berechnen sein, wie technisch-naturwissenschaftliche Abläufe. Dabei war sich die RTA der eigentlichen Problematik bewußt, daß es sich bei der Volkswirtschaft um unendlich viele, individuelle wirtschaftliche Entscheidungen handelte, die wohl kaum nach naturwissenschaftlichen Gesetzen zu berechnen waren. „Auch auf dem Gebiet der Darstellung der Wege hat die Wirtschaftlichkeitsplanung noch nicht den Stand der technischen Planung erreicht. Der Vorsprung der technischen Planung ist darin begründet, daß diese mit mechanischen

255 DN5-261, S. 87 bis 104.

256 DN5-261, S. 103.

257 Gleichzeitig wurde in der SBZ/DDR die bürgerliche Betriebs- und Volkswirtschaftslehre liquidiert. Vgl. ZSCHALER, Frank, Die Geschichte Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin und ihrer Vorgängerinstitutionen von der Befreiung vom Faschismus bis zum Vorabend der sozialistischen Hochschulreform 1945-1951, Berlin 1984. Jürgen Schneider zeigt auf, wie der Ausbau der Hochschulen und seiner wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten in der DDR in kommunistischem Sinne vorangetrieben wurde: SCHNEIDER, Jürgen, „Marxistisch-leninistische Wirtschaftswissenschaften“ nach sowjetischem Modell an den Hochschulen der SBZ/DDR: Legitimation und Propaganda für die Parteigabe der SED, in: GERHARD, Hans-Jürgen (Hrsg.), Struktur und Dimension, Festschrift für Karl Heinrich Kaufhold zum 65. Geburtstag, Bd. 2: Neunzehntes und Zwanzigstes Jahrhundert, Stuttgart 1997, S. 214-265. Vgl. auch: SCHNEIDER, Kriegswirtschaftsordnung, S. 32f. Schneider zeigt die „Zwangsliquidierung der Volks- und Betriebswirtschaftslehre und deren Substitution durch die Pseudo-Wissenschaft der Politischen Ökonomie des Sozialismus“ auf. Über die wertende Betriebswirtschaftslehre der SBZ/DDR im Gegensatz zur wertfreien BWL vgl. auch WÖHE, Günter, Einführung in die allgemeine Betriebswirtschaftslehre, München 1996, S. 53ff. oder WEBER, Max: Die „Objektivität sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis. Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik, Bd. XIX, 1904, S. 22ff.

258 BOCHENSKI, Joseph M. und NIEMEYER BOCHENSKI, Philosophische, soziologische und wirtschaftstheoretische Grundlehren, in: Joseph M. und NIEMEYER, Gerhart (Hrsg.), Handbuch des Kommunismus, Freiburg/München 1958, S. 65.

259 Ebenda, S. 66. Beispiel: „Das ‘ökonomische Grundgesetz des Sozialismus’ ist ‘Sicherung der maximalen Befriedigung der gesamten Gesellschaft durch ununterbrochenes Wachstum und stetige Vervollkommenung der sozialistischen Produktion auf der Basis der höchstentwickelten Technik“ (aus: Politische Ökonomie, Lehrbuch, Berlin 1954, S. 462).

Kräften rechnet, bei denen die Kausalzusammenhänge konstant sind [...] Die Wirtschaftsplanung hat es mit gesellschaftlichen Kräften zu tun, deren Kausalzusammenhänge variabel und erst in geringem Ausmaße erforscht sind.“²⁶⁰ Wenn man auch bei der RTA über die Qualität der bisherigen Pläne keineswegs begeistert war, so zweifelte man doch nicht an ihrer grundsätzlichen Nützlichkeit. „Grundsätzlich hat man eingesehen, daß man mit Planung weiter kommt, als ohne Planung.“²⁶¹ Gleichfalls war man davon überzeugt, daß das Berichtswesen als Vorstufe des Planens anzusehen war, womit sich die RTA ihren festen Platz im System der Zentralplanwirtschaft zu sichern glaubte: „Wenn wir die Planung verbessern wollen, so müssen wir also besser berichten lernen. [...] Die Grundlage, auf der gute Pläne entstehen, ist nicht die der subjektiven Anschauung, sondern die des objektiven Berichts [...] Je größer also die Aufgabe wird, um so wichtiger wird der Bericht.“²⁶² Träger der Berichterstellung und betriebsinterner Berechnungen sollte aber nicht die RTA sein sondern insbesondere jeder einzelne Betrieb. Sämtliche VEB hätten der RTA geeignete Unterlagen zu liefern, damit weitere Prüf- und Kontrollstellen darauf aufbauen könnten. „Die Betriebe sind zwar nicht um der Rechnung willen da, aber im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeiten müssen sie eine klare Rechnung nach Mengen und Zeiten, Werten und Kosten ausbilden. Sie dienen dadurch [...] auch der volkswirtschaftlichen Planung“²⁶³ Planungen, die den Volkswirtschaftsplan nicht exakt ergänzten, waren für die Betriebe eine gefährliche Angelegenheit. So großer Wert auf die Übermittlung betriebsinterner Daten und Planungsanstrengungen gelegt wurde, so scharf waren schon im Vorfeld Warnungen bezüglich unkorrekter Angaben: „Falsche Berichterstattung ist wirtschaftliche Sabotage.“²⁶⁴ Die RTA wußte um unvermeidbare, negative Kettenreaktionen infolge nicht zutreffender Planungsgrundlagen: „Ist der Bericht falsch oder unvollständig, so muß das Bild falsch oder unvollständig werden, das bei den Planungsstellen entsteht, dann müssen die Pläne falsch werden, die sich darauf aufbauen, und es müssen die Folgen eintreten, die aus falschen Zielsetzungen entstehen, d.h., es werden Mittel und Kräfte zerstört, und es entstehen negative Arbeitsergebnisse.“²⁶⁵ Hinsichtlich des Verfahrens, Volkswirtschaftspläne aufzustellen, gab es unterschiedliche Vorstellungen. Eine der entscheidenden Fragen wurde immer wieder verschieden beantwortet und gehandhabt: Waren die Einzelpläne der Betriebe Grundlage für den Volkswirtschaftsplan oder hatten sich die Betriebe dem Volkswirtschaftsplan anzupassen?

260 Vgl. DN5-261, S. 90.

261 DN5-261, S. 87.

262 DN5-261, S. 91f. Die Forderung nach „objektiven“ Berichten ist ein Beispiel für die Benutzung von Leerformeln durch staatliche Institutionen, denen Argumente mit Realitätsbezug bei der Durchsetzung der planwirtschaftlichen Utopie nicht weiter halfen. Die zitierte Verwendung des Begriffes „objektiv“ zeigt die Vereinnahmung der Sprache als Mittel der Herrschaftssicherung. Es war das Privileg der Partei, zu entscheiden, was dem Anspruch der „Objektivität“ genügte. Hieraus resultierte automatisch ein unausgesprochenes, moralisches Recht, Entscheidungen zu oktroyieren oder Bewertungen vorzunehmen, selbst wenn dabei die Interessen einzelner oder bestimmter Institutionen verletzt wurden. Die Forderung „objektiver“ Berichte als Voraussetzung für das Gelingen verbesserter Planung versetzte die staatliche Planbürokratie in die Lage, auch weiterhin jederzeit das (so deklarierte) nicht objektive, betriebliche Berichtswesen zur Begründung offizieller Planungsfehler heranzuziehen.

263 DN5-261, S. 93.

264 Ebenda.

265 Ebenda.

Entgegen der tatsächlichen Praxis bekannte sich die RTA im Juli 1949 zum ersten der beiden Ansätze: „Wird bei der Bestimmung der Produktionsaufgabe systematisch vorgegangen, so entsteht der Plan von selbst. Die Gesamtaufgabe baut sich auf den Leistungen der einzelnen Betriebsteile auf, die durch die Berichterstattung bekannt sind. [...] Das projektierte Gesamtziel entsteht dadurch aus vielen projektierten Einzelzielen, deren Details eben den Plan darstellen. Wird dieses vom Betrieb aufgestellte Ziel durch die volkswirtschaftliche Planung akzeptiert, erhält der Betrieb also die von ihm angebotene Leistung als Produktionsaufgabe, so sind auch die Teilziele genehmigt.“²⁶⁶ Im Gegensatz dazu präsentierte sich das tatsächliche Verfahren der Planaufstellung. Zwar mußten die Betriebe ihre Einzelpläne bei der Zentralplankommission als Planungsgrundlage einreichen. Sie hatten dabei aber keine Kenntnis der gegebenen Möglichkeiten, ihren Rohstoff-, Produktionsmittel-, Halbfertigwaren-, Arbeitskräftebedarf usw. aus den vorhandenen Möglichkeiten der Volkswirtschaft zu decken. Mit der Verabschiedung des Zweijahrsplans, wurden die volkseigenen Betriebe verpflichtet, die vorgeschriebene Produktionsausweitung selbständig umzusetzen. Folgerichtig mußten deren betriebliche Pläne daraufhin mit dem offiziellen Volkswirtschaftsplan der HV Planung, bzw. des Ministerium für Planung korrespondieren. Die aufgezwungenen Produktionszusagen der Betriebe waren nicht mehr als Makulatur und echte Planerfüllung reine Fiktion. Sogenannte „Planungsspezialisten“²⁶⁷, das waren Leute, die sich in Moskau mit sowjetischer Wirtschaftsplanung beschäftigt hatten, wurden den Betriebsleitungen zur Seite gestellt. Ihre Aufgabe war, die Planung der Betriebe mit dem Volkswirtschaftsplan kompatibel zu machen. Die Belehrung der Betriebsleitungen durch dieser „Fachleute“ fiel sehr einfach aus: „Auf [...] Erfahrungswerten müßt Ihr zunächst aufbauen. Das heißt, ausgehend von dem, was ihr im vergangenen Jahr [produziert] habt, setzt ihr in den entsprechenden Spalten die geplante Produktion mit der vorgeschriebenen Steigerung ein.“²⁶⁸ Die „vorgeschriebene Steigerung“ entsprach dabei gleichzeitig der planmäßigen Normerhöhung, für die es außer der staatlichen Auflage keinen Grund gab. Schenk erlebte die Einführung des „stalinistischen Planungssystems“ im „Sachsenverlag“ Dresden. Planungsfachleute aus Berlin erklärten der Betriebsleitung die neuen Methoden und überbrachten „Kisten voller Formulare, von denen einige den halben Tisch einnahmen“²⁶⁹. Künftig hatte sich die Planung in Produktions-, Finanz-, Arbeitskräfte-, Investitions- und Generalreparaturplanung zu unterscheiden. Getreu dem Motto „Wenn die Partei etwas beschließt, Genossen, dann ist das richtig, auch wenn wir es im Moment noch nicht verstehen“²⁷⁰, bemühte sich der Werksleiter nach anfänglichem Widerstand, die neuen Anordnungen umzusetzen. Bezugnehmend auf das konkrete Beispiel der Einführung neuer, stalinistischer Planungsmethoden in den volkseigenen Betrieben anhand von sogenannten Kennziffern, Schlüssellisten, Planpositionsnummern und Gütezeichen verdeutlichte Schenk, wie sich dieses Procedere auf verschiedenen Ebenen der volkseigenen Wirtschaft wiederholte: „Typisch für den Stalinismus. Jede neue Maßnahme muß gegen den Willen des Apparates durchgesetzt werden. Doch entsprechend der hierarchischen Ordnung

266 DN5-261, S. 95.

267 SCHENK, Diktatur, S. 43.

268 Ebenda, S. 45.

269 Ebenda.

270 Ebenda, S. 46.

des Systems verleugnet die übergeordnete Instanz ihren anfänglichen Widerstand, wenn sie ihren Untergebenen die Neuheiten oktroyieren muß“²⁷¹ Geltende Planaufgaben der Betriebe wurden von Seiten der Wirtschaftsbürokratie häufig nach eigenem Gutdünken korrigiert. Planungsdefizite erforderten immer wieder „Nachbesserungen“. Darunter verstand man Anpassungen gültiger Planaufgaben an die neuerdings angenommenen Bedingungen der Wirtschaft. Planerische Eigeninitiativen der volkseigenen Betriebe blieben Makulatur. Die VEB hatten ausschließlich für die gehorsame Umsetzung der staatlichen Planaufgaben zu sorgen - unabhängig davon, wie oft diese spontanen Korrekturen unterworfen wurden. Verbindlich vorgeschrieben blieben Wachstums- und Produktivitätszuwächse auf gegebene, betriebliche Kennziffern, z.B. die Produktion der letzten Periode. Das gesamte Augenmerk mangels sinnvoller Bewertungskriterien allein auf die sogenannte Bruttoproduktion zu richten, führte direkt zur sogenannten Tonnenideologie im volkseigenen Sektor, denn sie „orientierte darauf, möglichst viel und teuer zu produzieren“²⁷². Enthaltene Doppel- und Mehrfachzählungen führten zur Übertreibung vorgeblicher ökonomischer Wachstumsraten²⁷³, weswegen die Leistungen der Zentralplanwirtschaft zu positiv eingeschätzt wurden.

Somit konnten sich die Vorstellungen der RTA nicht über einen idealtypischen Ansatz von Planwirtschaft hinaus entwickeln, nach dem der Zentralplan aufgrund der aggregierten Produktionsmöglichkeiten aller volkseigenen Betriebe nach deren subjektiver Selbsteinschätzung hätte aufgebaut werden müssen. So gering die Auswirkungen betrieblicher Planungsaktivität auf das Endergebnis staatlicher Planaufstellung war, so gewaltig war der dafür erforderliche Aufwand. Die Einführung des neuen betrieblichen Planungssystems im VEB Sachsenwerk Dresden entwickelte sich nach Schenk „zu einer kostspieligen Angelegenheit“²⁷⁴, nachdem es die Betriebe zunächst „für ein Versehen oder gar für einen üblen Scherz“²⁷⁵ gehalten hatten. Wochenlang wurde der gesamte Verwaltungsapparat des Hauptwerkes und der Zweigwerke blockiert. Schließlich reichte das Personal nicht mehr aus und es mußten Schreibkräfte und kaufmännische Fachkräfte neu eingestellt werden. Daraufhin und weil die „Telefonkosten ins Uferlose“²⁷⁶ wuchsen, mußten zusätzliche Finanzmittel angefordert werden. Selbst die Fernschreiber der Verlagsredaktion waren durch die andauernde Übermittlung von Planzahlen blockiert und darum nicht mehr geeignet, ihre eigentliche Aufgabe im Verlag zu erfüllen. Schenk, der damit beauftragt worden war, den Investitions- und Generalreparaturplan aufzustellen, erinnerte sich, daß die Arbeit zehn Wochen in Anspruch nahm: „Wir arbeiteten am Ende so schematisch, daß wir nicht mehr wußten, was hinten und vorn war.“²⁷⁷ Die wenigsten derer im Betrieb, die mit der Produktion zu tun hatten, glaubten an das vorgeschriebene Plansystem. Gleich-

271 Ebenda.

272 Ebel, Horst, Abrechnung. Das Scheitern der Planwirtschaft, Berlin 1990, S 232f.

273 Vgl. THALHEIM, Wirtschaftswachstum in Theorie und Ideologie des DDR-Systems, S. 7, (s. FN 55, S. 20). Und: MELZER, Manfred, Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung der Industrie im Gebiet der DDR von 1936 bis 1978 sowie Schätzung des künftigen Angebotspotentials, in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.), Beiträge zur Strukturforchung, Heft 59, Berlin 1980, S. 77ff.

274 SCHENK, Diktatur, S. 46.

275 Ebenda, S. 44.

276 Vgl. Ebenda, S. 46.

277 Ebenda, S. 47.

wohl ließ der Betriebsleiter die Ergebnisse nach Berlin zur „VOB Zentrag“²⁷⁸ schicken. Er brachte die typische Einstellung der Verantwortlichen in den Betrieben auf den Punkt: „Hauptsache, die Formulare sind erst mal in Berlin. Zu gebrauchen ist die ganze Sache sowieso nicht. Mir geht es nur darum, daß wir keinen Ärger kriegen. Soll die Zentrag zusehen, wie sie sich in den Plänen zurechtfindet.“²⁷⁹ Tatsächlich wurden die „Unmengen beschriebenen Papiers“²⁸⁰ von der Zentrag, versehen mit „broschürenstarken Anweisungen“²⁸¹, zur Überarbeitung nach Dresden zurückgeschickt, um von dort aus wieder auf die Zweigbetriebe verteilt zu werden. Wenn sich die Planausarbeitungen der volkseigenen Betriebe nicht unmittelbar mit den Vorstellungen der zentralen Planbürokratie deckten, hatten die VEB das Nachsehen. Sie mußten ihre betriebliche Planungsarbeit revidieren und den offiziellen Wünschen anpassen. Dabei wurden auch kritische Einwände der Betriebsleitungen nicht berücksichtigt, selbst wenn gute Gründe gegeben waren, warum sie die in sie gesetzten Erwartungen kaum würden erfüllen können. In den Zweigbetrieben des VEB Sachsenwerkes Dresden regten sich heftige Widerstände gegen diese Praxis. Daraufhin wurden Parteifunktionäre aus Berlin in die Betriebe geschickt, um der dortigen Planausarbeitung im Sinne der SED auf die Sprünge zu helfen. Ihre Methode war, zahlreiche Kommissionen zu bilden und, soweit sie es für nötig hielten, gegen besonders kritische Betriebsangehörige Parteiverfahren zu initiieren. Obwohl Schenk dem zweiten Plan eine schlechtere Qualität als dem ersten bescheinigte, wurde er in Berlin schließlich akzeptiert. Oftmals blieb ohnehin keine Zeit mehr für die Aufstellung alternativer Pläne, weil die Produktionsphase, die nach den auszuarbeitenden Plänen gestaltet werden sollte, bereits angebrochen war. Die erzwungene Aufbietung erheblicher personeller Kapazitäten zur Aufstellung der geforderten betrieblichen Pläne war gleichbedeutend mit der Verschwendung großer Arbeitskraftressourcen.

2.4.2 „Betriebliche Einzelplanung“ - stumpfes Werkzeug zur Vorbereitung, Erfüllung und Kontrolle staatlicher Planaufgaben

Die volkseigenen Betriebe der SBZ waren mit Inkrafttreten der Wirtschaftspläne verpflichtet, die ihnen zugewiesenen Produktionsaufgaben zu erfüllen. Die „verbindlichen“ Produktionsaufgaben mußten sich der Realität immer wieder anpassen und erfuhren von Seiten der Planbürokratie dementsprechende Veränderungen. Für den einzelnen volkseigenen Betrieb bedeuteten verordnete Korrekturen seiner Planaufgaben automatisch die Hinfälligkeit seiner innerbetrieblichen Pläne, welche ihrerseits aufeinander abgestimmt waren: „Änderungen eines Planes haben in der Regel Änderungen in allen anderen Plänen zur Folge.“²⁸² Umfangreiche Anpassungen betrieblicher Pläne der VEB absorbierten deren personelle Kapazitäten, die eigentlich im Rahmen der Produktion benötigt worden wären. Es handelte sich bei diesen Arbeiten nicht um die einfache Angleichung von Zahlen, sondern die neu aufzustellenden betrieblichen Pläne mußten in der Praxis auch umsetzbar sein. Dieser Anspruch zwang die VEB, intensive Kontakte mit vorge-

278 „VOB Zentrag“: Vereinigung organisationseigener Betriebe, Dachorganisation der gesamten SED-eigenen Druck- und Verlagshäuser. Vgl. SCHENK, Diktatur, S. 25.

279 Ebenda, S. 47.

280 Ebenda.

281 Ebenda.

282 DN5-261, S. 100.

setzten Planungsstellen aufzunehmen, um dort zu signalisieren, welche Voraussetzungen fehlten, bzw. zunächst geschaffen werden mußten, damit offiziell veränderte Planaufgaben vor Ort umgesetzt werden konnten. Dieser Druck von allen Seiten konnte im Anschluß erneut zu „Anpassungen“ der zentralen Pläne an die Macht des Faktischen führen. Damit schloß sich der Kreislauf immerwährender Unruhe im System zentralplanwirtschaftlicher Planaufstellung, der sich bis zum letzten Betrieb fortsetzte. Wie umfangreich, bzw. filigran das innerbetriebliche Plansystem war, verdeutlicht eine Aufstellung der wichtigsten innerbetrieblicher Einzelpläne. Es läßt sich daran auch der Aufwand ermessen, der jedesmal damit verbunden war, wenn die betriebliche Planung auf neue Rahmenpläne umgestellt werden mußte.²⁸³

Betriebliches Plangeflecht

- Pläne zur Betriebsverbesserung (Entwicklungsprogramm).
- Pläne zur Verbesserung der Sozialleistung (Sozialprogramm).
- Pläne zur Bestimmung der betrieblichen Produktionsleistung (Produktionsprogramm, das fast ausschließlich technischer Art war. Hierzu zählten: Konstruktionsplanung, Produktionsmengenplanung, Fertigungsplanung, Terminplanung).
- Beschaffungspläne: Pläne zur Sicherung der Mittel und Kräfte (Beschaffungsprogramm: Es hat „den Charakter der Anpassung der Mittel und Kräfte des Betriebes an den [durch die Produktionsauflage vorgeschriebenen] Bedarf“²⁸⁴).
- Absatzpläne: Pläne zur Verteilung der Erzeugnisse.
- Kostenpläne (Stückkostenplanung incl. Vorkalkulation und Kostenvoranschläge, Stückkostennachrechnung incl. Nachkalkulation und Kostenträgerzeitrechnung, Stellenbogen (= Betriebsabrechnungsbogen BAB), Gemeinkostenplanung, Plankostenrechnung, Kostenartenrechnung (= Ergebnisrechnung des Betriebes als Grundlage für den Ergebnisplan des Betriebes und als Grundlage für Pläne zur Senkung der Selbstkosten)): Diese Pläne sollten der gesamten Volkswirtschaft als Grundlage für die Preisplanung dienen.
- Finanzpläne: Das Prinzip geplanter Wirtschaft in der SBZ/DDR verbot schon im Ansatz, die Entscheidung über den Fluß freier Geldmittel einzelnen Wirtschaftssubjekten zu überlassen. Statt dessen war die Regelung des Geldumlaufs planmäßig zu gestalten. Infolge der „Ersten und zweiten Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Finanzwirtschaft der volkseigenen Betriebe“²⁸⁵ hatten die volkseigenen Betriebe zu diesem Zweck folgende Finanzpläne aufzustellen:
 - Selbstkostenplan
 - Einnahmen- und Ausgabenplan
 - Ergebnisplan
 - Richtsatzplan
 - Abschreibungsplan
 - Subventionsplan sowie

283 Vgl. DN5-261, S. 96-100.

284 DN5-261, S. 97.

285 DN5-261, S. 107ff. ZVOBl. 28/1948, S. 309 und ZVOBl. Nr. 1/1949, S. 3.

- Investitionsplan jeweils für Neubauten und Großreparaturen.²⁸⁶

Diese Pläne, die im folgenden näher erläutert werden, beschrieben die Ausstattung der volkseigenen Betriebe mit finanziellen Mitteln. Jeder Summe stand bereits im Vorfeld ein klar definiertes Warenquantum gegenüber. Sie spiegelten also Güterströme, die sich im Rahmen der betrieblichen Tätigkeit bewegen sollten.

Produktionskontrolle durch Überprüfung der Finanzbewegungen

Finanzpläne und Warenbewegungen waren über Einheits- und Festpreise aufs engste miteinander verknüpft. „Es spiegelten sich [...] alle Verhältnisse der Produktion in den Kosten, so daß Planwidrigkeiten im technischen Ablauf ihren Niederschlag in Schwierigkeiten bei der Erfüllung der Finanzpläne finden müssen.“²⁸⁷

Hintergrund der „Verordnungen über die Finanzwirtschaft der volkseigenen Betriebe“ war das Interesse der Planbürokratie, ungebundene, nicht registrierte Bargeldreserven in der Hand einzelner Betriebe, im Jargon mißverständlich „stille Reserven“ genannt, gänzlich zu vermeiden. Man befürchtete, unkontrolliert im Umlauf befindliche Barmittel würden sich eigene Wege suchen und dem geschossenen Plansystem somit verloren gehen. Sie wurden aus folgenden Gründen als Bedrohung für die Planeinhaltung betrachtet:

- Sie verschlechterten das Bilanzbild der Betriebe.
- Sie ermöglichten, sogenannte Gewinne von einem Zeitraum auf einen anderen zu verschieben.
- Sie wären geeignet, die öffentliche Finanzierung willkürlich zu behindern oder zu erleichtern.
- Sie zerstörten die Kostenrechnung der volkseigenen Betrieb: „Unter dem Eindruck der Risiken der kapitalistischen Wirtschaftsordnung verzichtet der Unternehmer lieber auf eine saubere Kostenrechnung, als auf den Schutz stiller Reserven. Der gemeinwirtschaftliche Betrieb kennt die Risiken der kapitalistischen Wirtschaft nicht. Er ist in den Wirtschaftsplan eingebaut und geht nur zugrunde, wenn er dauernd unwirtschaftlich arbeitet. Um dies zu verhüten, ist jedoch eine saubere Kostenrechnung unerlässlich und deshalb wird der gemeinwirtschaftliche Betrieb lieber auf stille Reserven verzichten als auf eine richtige Kostenrechnung“²⁸⁸
- Sie machten Planung und Rechenschaft unmöglich.

Aus diesen Gründen wurde den Betrieben gerade soviel Liquidität zugebilligt, wie sie zur vorgeschriebenen Produktion unbedingt benötigten. Systematisch versuchte man, dem volkseigenen Sektor alle nicht registrierten flüssigen Mittel zu entziehen.²⁸⁹

- Die Zuweisung finanzieller Mittel wurde unmittelbar an den Produktionsvorgang geknüpft: „Die an Anlagegüter gebundenen Werte wurden durch [...] Kapitalzuweisungen an die Betriebe verteilt.“²⁹⁰

286 Vgl. DN5-261, S. 107ff.

287 DN5-261, S. 118.

288 DN5-261, S. 155f.

289 Vgl. die Anordnung über die Regelung des Bargeldumlaufs und des bargeldlosen Zahlungsverkehrs: ZVOBl. Nr. 33/1948, S 376.

290 DN5-261, S. 105.

- Abschreibungen, d.h. jener Anteil der Anlagegüter, die sich im Laufe des Produktionsprozesses wieder in Liquidität zurück verwandelten, also in der Produktion aufgingen, flossen in Form planmäßiger „Amortisationsbeträge“ an die DIB zurück.
- „Gewinne“ waren an den Staatshaushalt abzuführen, bzw. verblieben zu geringen Teilen im „Direktorenfonds“²⁹¹ des Betriebes.
- Die Aufstellung der, im folgenden näher erwähnten, acht Finanzpläne umfaßten jenen Teil der staatlichen Finanzrechnung, von dem behauptet wurde, daß er nicht durch Steuern und öffentliche Ausgaben gedeckt wurde. Die Rentabilität des volkseigenen Sektors wurde als selbstverständlich vorausgesetzt. Für die volkseigenen Betriebe ergaben sich aus den verbindlichen Finanzplänen Sollzahlen, anhand derer sie Rechenschaft und Produktionsstand im Laufe des Planungszeitraumes immer wieder überprüfen mußten.²⁹² Dabei sollten sie insbesondere die „Wirtschaftlichkeit“²⁹³ im Auge behalten: „Hält sich [der Betrieb] auf der Linie der veranschlagten Wirtschaftlichkeit, so muß er mit den geplanten finanziellen Mitteln auskommen. Hält sich die tatsächliche Wirt-

291 Direktorenfonds: Mittel (des volkseigenen Betriebes) zur Erhöhung des unmittelbaren Interesses aller Arbeiter des betreffenden VEB an der Erfüllung des staatlichen Planes, d.h. zur Festigung der Eigenwirtschaftlichkeit der Betriebe (Vgl. JOFFE, Die Planung, S. 21f). Er wurde in den Betrieben des volkseigenen Sektors in der SBZ/DDR nach dem Vorbild der SU gebildet (Verordnung des Ministerrates der UdSSR - Sammlung Gesetze und Verordnungen des Ministerrates der UdSSR Nr. 14, Moskau 1946, S. 245-249), „um die Initiative und Verantwortlichkeit der Betriebsleiter in den Industriebetrieben bei der Planerfüllung zu heben“ (JOFFE, S. 20). In der SU durfte der Direktorenfonds nur unter der Bedingung gebildet werden, daß die Betriebe den Staatlichen Plan für die Warenproduktion entsprechend dem festgelegten Sortiment sowie die geplante Produktionskostensenkung und den Gewinnplan aus dem Absatz ihrer Produkte erfüllt hatten. „Bei Nichterfüllung auch nur einer der genannten Bedingungen [durfte] der Direktorenfonds nicht gebildet werden.“ (Joffe, S. 21). Der Direktorenfonds hatte sich in den meisten Branchen aus dem planmäßigen Betriebsgewinnen zu speisen und belief sich auf

- 10 Prozent vom Plangewinn, oder
- von den durch Selbstkostensenkung erzielten Ersparnissen und 75 Prozent von der Summe der überplanmäßigen Gewinne, oder
- den durch Selbstkostensenkung überplanmäßig erzielten Einsparungen“ (Joffe, S. 21)

In den politisch für weniger wichtig erachteten Branchen wurde der Fonds in geringerem Maße aufgefüllt. Dergestalt entwickelte er sich zu einem politischen Werkzeug zur Unterstützung bestimmter Wirtschaftsbereiche. Die Verwendung des Direktorenfonds war breit angelegt: War er offiziell gedacht zur Auszahlung von Prämien an Arbeiter, Angestellte und sonstiges Personal, die Errichtung von Sanatorien, Speiseräumen, Klubs, Kindergärten usw., konnte er auch zur Erweiterung der Produktion oder den Aufbau von Hilfsbetrieben verwendet werden. Angelehnt an das Vorbild der SU umfaßte der Direktorenfonds in der SBZ ebenfalls 10 Prozent des Betriebsgewinns, der nach offizieller Lesart dazu verwendet wurde, die Lebenshaltung der Belegschaft zu verbessern sowie kulturelle Einrichtungen im Betrieb zu fördern. Leiter des VEB und Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) entschieden gemeinsam über die Verwendung. Der Direktor war der BGL Rechenschaft schuldig über die ordnungsgemäße Mittelverwendung.

292 DN5-261, S. 110.

293 Der Begriff „Wirtschaftlichkeit“ ist im Rahmen der zentralen Planwirtschaft mit großer Vorsicht zu interpretieren. Fehlende Märkte, d.h., die Abwesenheit freier Preise, erlaubten nicht, die tatsächliche Wirtschaftlichkeit einer Produktion festzustellen, bzw. für die Herstellung unterschiedlicher Produkte miteinander zu vergleichen. Vgl. auch FN 124, S. 97.

schaftlichkeit über der Planlinie, so werden ihm zusätzliche Mittel zur Verfügung stehen, bleibt seine Wirtschaftlichkeit jedoch hinter dem Soll zurück, gehen ihm also Mittel verloren, deren Verluste im Plan nicht vorgesehen waren, so muß eine Knappheit an finanziellen Mitteln eintreten.“²⁹⁴

Das System betrieblicher Finanzpläne diene nach Auffassung der Wirtschaftsführung nicht nur der Planung und ihrer Umsetzung sondern wurde auch als Grundlage für die staatliche Plankontrolle angesehen.

Betriebliche Finanzpläne

● *Selbstkostenplan*: Der Zweijahrplan 1949/50 schrieb dem gesamten volkseigenen Sektor, wobei jeder einzelne Betrieb gleichermaßen angesprochen wurde, die Absenkung der Selbstkosten um sieben Prozent vor. Diese planmäßigen Einsparungen hatten sich bereits im Selbstkostenplan auszudrücken. Als Grundlage dienten der aktuelle Produktionsplan und die Kostenrechnungen der Vorjahre.

● *Einnahmen- und Ausgabenplan*: Dieser Plan hatte den Umsatz der „flüssigen Mittel“ im Planungszeitraum zu dokumentieren und Auskunft darüber zu erteilen, ob am Ende Kreditbedarf oder Überschüsse an flüssigen Mitteln standen. Er entstand durch die Auswertung der Pläne für Investitionen und Lagerbewegungen. Änderten sich diese, waren gleichzeitig auch die Einnahmen- und Ausgabenpläne hinfällig. Ihre Auswertung für die gesamte Wirtschaft sollte der volkswirtschaftlichen Planung die Kalkulation des insgesamt notwendigen kurzfristigen Kredits ermöglichen.

● *Ergebnisplan*: Er beschäftigte sich mit dem „Ergebnis“ der Produktion, d.h., ob zum Ende des Planungszeitraumes durch Zuwachs oder Abgang von Mitteln planmäßige Gewinne oder planmäßige Verluste einzukalkulieren waren. Entsprechend dem sogenannten Solidarprinzip waren Mittelzuwächse über den öffentlichen Haushalt auf Verlustbetriebe umzuverteilen.

● *Richtsatzplan*: Seine Aufgabe war, die Gesamthöhe des zum betreffenden Zeitpunkt jeweils erforderlichen Kapitals (zu verstehen Pendant zur Höhe der planmäßig vorgesehenen Umlaufgütermenge) festzustellen, das sich in seiner Höhe jeweils den betrieblichen Aufgaben anzupassen hatte. Er entstand anhand der in der Produktion zu bewegendenden Werte. Diese Mittel waren in ihrer Eigenschaft als Fremd- oder Eigenkapital auszuweisen. Diese Unterscheidung hatte einen wichtigen Hintergrund: die Verzinsung. Eigenkapital wurde als „zinsfrei“ definiert (Opportunitätskosten fanden keine Berücksichtigung), während Fremdkapital zu verzinsen war:

- Fertigfabrikate waren zu 100 Prozent mit „Fremdkapital“ über das staatliche Kreditwesen zu finanzieren,
- Halbfabrikate zu 30 Prozent,
- Tagesrichtsätze für die Bestände an Material, Waren und flüssigen Mitteln waren im Vorfeld des Planes festgelegt worden und mit einer Anzahl von Richttagen, die für verschiedene Branchen ebenfalls zentral und verbindlich vorgegeben waren, zu multiplizieren. Nur die offiziell berechneten und genehmigten Bestände durften durch Eigenkapital finanziert werden.

Diese Finanzierungsform sollte die volkseigenen Betriebe zwangsweise dazu anhalten, ihre Bestände an Material, Waren und flüssigen Mitteln möglichst gering zu halten. Man verfolgte damit die Vermeidung von Planungsunsicherheiten durch unvorhergesehene Aktivitäten der Betriebe. Gleichzeitig nahm man an, daß große Gütermengen als individuelles Sicherheitspolster einzelner Betriebe in geheimen Lagebeständen verschwanden. Davor sollten sie bewahrt werden und statt dessen im Rahmen zentraler Pläne dort eingesetzt werden, wo sie den vermeintlich größten Nutzen stifteten. Das Prinzip der „demokratischen Wirtschaft“ sollte auf dem Wege zentral oktroyierter Güterallokation das Erfordernis individuell-betrieblicher Absicherung überflüssig machen. Gerade hierdurch glaubte man, große materielle Ressourcen freisetzen zu können.

● *Abschreibungsplan*: „Der Abschreibungsplan legt [...] fest, in welcher Höhe sich die Anlagegüter im Planungszeitraum in flüssige Mittel umwandeln. [...] Die volkswirtschaftliche Planung benutze die Abschreibungspläne der Betriebe, um den Zuwachs an finanziellen Mitteln festzustellen, der aus Abschreibungen dem Fonds für Hauptinstandsetzungen und Erweiterungen zufließt.“²⁹⁵ Grundlage der Abschreibungspläne waren die Vorschriften über einheitliche Abschreibung²⁹⁶ sowie die geplante Beanspruchung der Anlagegüter.

● *Subventionsplan*: Nur in Ausnahmefällen, so die offizielle Position, wären bewilligte Preise nicht geeignet, um die Kosten der volkseigenen Betriebe zu decken. Wenn in solchen Fällen Preiserhöhungen nicht zu vertreten waren, mußten Preissubventionen gewährt werden. Die Summe aller betrieblichen Subventionspläne sollte die Höhe öffentlicher Mittel ergeben, die heranzuziehen waren, um die Differenzen zwischen Aufwand und Ertrag im volkseigenen Sektor zu decken. Diese, aus dem Haushalt zu deckenden Verluste wurden nach offizieller Genehmigung durch die DIB zur Verfügung gestellt.

● *Investitionsplan für Investitionen und Großreparaturen*: Großreparaturen und Erweiterungen (Kapitalbildung) waren innerhalb der Betriebe zu planen, durch zahlreiche Unterlagen zu belegen und nach ihrer Genehmigung durch die DIB zu finanzieren.²⁹⁷ Sie hatte anschließend auch die Einhaltung der Investitionspläne - insbesondere anhand betreffender Rechnungen - zu überprüfen. Größenvergleiche zwischen Amortisationsbeträgen, Subventionen und Ersparnissen der Bevölkerung auf der einen Seite sowie Generalreparaturen und Investitionen auf der anderen, waren für die Plankommissionen Grundlage ihrer weiteren Entscheidungen über den Anteil volkswirtschaftlicher Mittel, die dem Wiederaufbau der Wirtschaft zufließen sollten. Bedingt durch das engmaschige System betrieblicher Finanzpläne waren die volkseigenen Betriebe in der Regel gezwungen, am Limit ihrer Finanzierungs- und Produktionsmöglichkeiten zu wirtschaften. Weil sie weder über Bankkonten, Bargeld- oder Warenvorräte frei verfügen durften, waren sie stets abhängig von offiziellen Geldzuweisungen. Größere Bargeld- oder Warenmengen wurden den Betrieben grundsätzlich nicht zur freien Verfügung gestellt: „Die der volkseigenen Industrie auf Grund der bestätigten Investitionspläne zukommenden Gelder sind zinslos und nicht rückzahlbar. Sie werden in der nach-

295 DN5-261, S. 109.

296 Dritte Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Finanzwirtschaft der volkseigenen Betriebe vom 10. Januar 1949: ZVOBl. 6/1949, S. 43 und DN5-1132, Bl. 35ff., vgl. auch FND Nr. 2, S. 15.

297 Vgl. Abbildung 2, S. 168.

weislich benötigten Höhe sofort gewährt, weitere Teilbeträge bis zur Ausschöpfung der in der Investitionsauflage vorgesehenen Aufwendungen gelangen entsprechend dem Fortschreiten des Vorhabens zur Auszahlung.“²⁹⁸ Fast ununterbrochen kämpften die Betriebsleitungen gegen die politisch beabsichtigte Liquiditätsknappheit, bzw. allgegenwärtigen Materialmangel und Lieferengpässe.

- Anhand von Rechnungen dokumentierten sie den erfolgreichen Abschluß bestimmter Teilpläne, in der Absicht, weitere Finanzmittel zur Genehmigung zu bringen.
- Sie versuchten, Versäumnisse, Planungsfehler und sonstige Produktionshemmnisse zur Anzeige zu bringen, wobei sie stets darauf achten mußten, sich selbst bezüglich der Schuldfrage zu entlasten. Das war nicht einfach, weil sich Planabweichungen erst in den volkseigenen Betrieben bemerkbar machten und zwar in Form finanzieller Engpässe.
- Des weiteren waren die bereits bestätigten und genehmigten Finanzpläne zu überarbeiten, veränderten Realitäten anzupassen und auf dieser Grundlage abermals zu beantragen.

Der Bereich Finanzplanung wurde als wichtiges Mittel der Durchsetzung und Steuerung staatlich geplanter Güterwirtschaft begriffen. Hier lag der entscheidende Unterschied zum Finanzwesen marktwirtschaftlicher Ordnungen. Die Zentralplanwirtschaft konstruierte Finanzpläne, die zeitlich vor dem eigentlichen Wirtschaftsgeschehen lagen. Einem Richtungsstrahl gleich sollten sie der künftigen Warenproduktion und -bewegung Orientierung geben. In Marktwirtschaften fällt der Finanzprozeß als Randprodukt der eigentlichen Wirtschaftsprozesse an: „In einer Geldwirtschaft] schlagen sich die realen Güterprozesse (gleichsam spiegelbildlich) regelmäßig auch in einem *Finanzprozeß* nieder.“²⁹⁹ Der Finanzprozeß in Marktwirtschaften dient der nachträglichen Analyse des erfolgten Wirtschaftsprozesses. In der SBZ-Zentralplanwirtschaft wurde er angesehen als entscheidendes Instrument staatlicher Wirtschaftslenkung - und damit sein Sinn ins Gegenteil verkehrt. Die sogenannte betriebliche Einzelplanung blieb bis zuletzt ein stumpfes Werkzeug zur Erfüllung und Kontrolle staatlicher Planaufgaben

2.4.3 Güter-Geldmengenverhältnis außer Kontrolle

Die Finanzplanung des einzelnen volkseigenen Betriebes unterlag jederzeit der Entscheidung übergeordneter Stellen. Damit gesellte sich zu allen übrigen Anfälligkeiten der betrieblichen Planung obendrein das Phänomen der Willkür. Es beherrschte den gesamten volkseigenen Sektor, zumal weder VEB noch VVB in der Lage waren, nachzuvollziehen, welchen Platz sie im Getriebe der volkseigenen Wirtschaft einnahmen, bzw. wann und warum welche Entscheidungen für die eigene Einrichtung von außen getroffen wurden. So kürzte die VVB GESKO (HV Kohle) dem VEB Stahl und Hartgußwerk Leipzig Abt. Bösdorf/Elster seine bereits genehmigten Geldmittel, um damit - nach ihrer Einschätzung - bevorzugte Ziele zu verfolgen. Dieser Vorgang wurde im offiziellen Jargon bezeichnet als das „Umdisponieren von Geldmitteln durch die VVB GESKO und HV Kohle“³⁰⁰,

298 DN5-261, S. 112.

299 SCHIERENBECK, H., Basel, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, in: WOLL, Wirtschaftslexikon auf CD-ROM, München 1994.

300 DN3-1095, PB über Stahl und Hartgußwerk Leipzig Abt. Bösdorf/Elster vom 22. Februar 1950, Schlussprotokoll, Bl.2.

wodurch die Kapazitäten des Betriebes gegenüber dem Plan vermindert wurden. In der Folge klagte das volkseigene Stahlwerk: „Auflagen zur unbedingten Erreichung der geplanten Kapazitätserweiterungen nicht erfüllbar.“³⁰¹ Was in den Betrieben als unsinnige Willkür empfunden wurde, beruhte keineswegs auf einer souveränen Entscheidung der Zentralplanbehörde. Vielmehr reagierte auch sie auf unvorhergesehene Zwänge, die sich aus dem Wirtschaftsprozess ergaben. Diese gestatteten allenfalls Geldbewegungen bis zur Größe der tatsächlich zur Verfügung stehenden Gütermenge. Wenn nach Kenntnis der Planbehörde - was aber die Betriebe nicht wußten - das planmäßig erforderliche Material nicht zur Verfügung stand, entzog man einzelnen von ihnen die finanzielle Grundlage. Warum sollte das nunmehr überflüssig gewordene „Verrechnungsmaterial“ (Geldüberhang) noch in die Betriebe gegeben werden, wo doch bestimmte Planrückstände und Produktionsdefizite, also Löcher in der Materialversorgung, ohnehin bereits feststanden? Der Zentralplan verfolgte den Anspruch, sich bis ins Detail der betrieblichen Produktion zu erstrecken. Dementsprechend schädlich war es aus Sicht der Planbürokratie, die Betriebe mit Finanzmitteln auszustatten, denen keine materiellen Werte gegenüberstanden. Sie hätten zur Ansammlung toter Gelder auf den Sonderkonten der Betriebe geführt, dort wachsendes Unverständnis ausgelöst, Begierlichkeiten geweckt, die Mittel planwidrig zu verwenden und wahrscheinlich zu Preissteigerungen beigetragen, welche ebenfalls unbedingt vermieden werden mußten. Trotz des Bestrebens, freizustellende Finanzmittel für die volkseigene Wirtschaft der vorhandenen Gütermenge anzupassen, bedeutete das nicht, daß allen genehmigten finanziellen Mitteln tatsächlich ein Güterpendant gegenüber gestanden wäre. Immer wieder blieb den volkseigenen Betrieben nur eine von zwei gleichermaßen unbefriedigenden Alternativen: „Liquiditätsengpaß“ oder „Engpaß in der Materialversorgung“ trotz genehmigter und vorhandener finanzieller Mittel“. Allen Anstrengungen der Planbürokratie zum Trotz, näherte sich, abgesehen von der Frage nach ihrer inhaltlichen Berechtigung, die Planung des Geldstroms unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlich bekannten und verfügbaren Gütermenge den realen Bedingungen bestenfalls grob an. In der Regel standen den Finanzplänen, die sich im Zuge ständig erforderlicher Korrekturen permanent veränderten, nicht die exakt entsprechenden Gütermengen gegenüber. In der Folge war die Planbehörde mit verschiedenen, unauflösbaren Problemen konfrontiert.

- Wenn sie beispielsweise Quantitäten in der Produktion ändern wollte, mußten die nunmehr unpassenden Finanzpläne dennoch aufrecht erhalten werden, weil ihrer offiziellen Veränderung kein entsprechendes Quantum an Produktionsmitteln gegenüberstand, das man den Betrieben hätte zur Verfügung stellen können. Infolge dessen verlangten die Betriebe vergeblich nach Anpassung ihrer Finanzpläne (für die VEB gleichbedeutend mit materieller Versorgung), die für den Fall ihrer Genehmigung ohnehin nicht hätten eingelöst werden können. Das war der typische Fall, wenn von den Betrieben verlangt wurde, ihren planmäßigen Output zu erhöhen, die Produktivität zu steigern oder weniger Material zu verbrauchen, ohne zunächst die entsprechenden Grundlagen dafür zu schaffen.
- Wurden die Finanzpläne der Betriebe den Bedürfnissen der Plankommission nachträglich angepaßt, stand ihnen oftmals kein Warenangebot gegenüber.

301 Ebenda.

Manchmal erhielten die Betriebe in solchen Situationen zwar trotzdem Geldmittel von der DIB auf entsprechende Konten überwiesen, konnten damit aber nicht einkaufen. Das bedeutete, daß ihre Probleme unverändert fortbestanden.

- Der volkseigene Sektor ist zu interpretieren als ein gewaltiger Staatskonzern. Dementsprechend mußten veränderte Finanz- und Güterpläne des einen Betriebes durch willkürliche Kürzungen der Finanz- und Warenpläne in anderen Betrieben ausgeglichen werden. Diese wiederum konnten willkürliche Kürzungen nicht klaglos hinnehmen, denn sie wurden im Gegenzug nicht unbedingt von ihren Produktionsverpflichtungen entbunden. Die beschnittenen VEB versuchten nun ihrerseits, die Wichtigkeit ihrer Versorgung zu begründen, um wenigstens die Kürzungen rückgängig zu machen wenn es ihnen schon nicht gelang, verbesserte Zuteilungen auszuhandeln. Die Zentralplanbürokratie hatte unzählige Entscheidungen bezüglich der Priorität verschiedener Betriebe zu treffen. Eine Aufgabe, die über den Preismechanismus am Markt fast unbemerkt gelöst wird, aber durch keine Planbürokratie zu leisten war. Entscheidungen konnten allenfalls nach grobem Raster anhand politischer Vorgaben getroffen werden. Diese Weisungen stellten in den Mittelpunkt, was propagandistisch zuvor als „gesamtwirtschaftliches Interesse“ ausgelegt worden war und die Bedürfnisse einzelner VEB grundsätzlich vernachlässigte. Aufgrund dessen entstand an der Basis der Eindruck von Willkür und Ungerechtigkeit.

2.5 Die Beschäftigten - Produktionsfaktor Arbeit oder psychologische Klippe des Sozialismus?

Daß die Belegschaften der Wirtschaft der östlichen Besatzungszone in den Jahren unmittelbar nach 1945 nahezu unvorstellbaren Einsatz zeigten, um ihre Betriebe wieder in Gang zu bringen, kann nicht bestritten werden und wurde bereits dokumentiert.³⁰² Vermutlich lagen hier die größten Verdienste um den Wiederaufbau der SBZ-Wirtschaft. Tausende zeichneten sich aus durch lange Arbeitszeiten, Kreativität und Opferbereitschaft. Gleichzeitig sahen sich die Betriebsleitungen gezwungen, unermüdlich mit immer zahlloseren Stellen der Wirtschaftsverwaltung zu verhandeln, um angemessene Berücksichtigung im entstehenden System zentraler Planwirtschaft zu finden und dergestalt die Existenz der Betriebe zu sichern. Je klarer sich die Praxis der Kommandowirtschaft nach sowjetischem Muster in der SBZ durchsetzte, desto geringer wurden die Möglichkeiten individueller Einflußnahme einzelner Personen im Wirtschaftsablauf. Mit ihrer Verstaatlichung veränderten außerdem die nunmehr „volkseigenen“ Betriebe ihre wirtschaftlichen Zielvorstellungen. Nicht mehr Gewinnorientierung, sondern Planerfüllung war die neue Stoßrichtung. In der Folge reduzierte sich die Leistungsbereitschaft der Belegschaften erheblich.³⁰³ Unmittelbar nach Ende des Krieges begann in der SBZ ein Exodus von „aktiven und einsatzbereiten Menschen“³⁰⁴. Diese fühlten sich

302 Vgl. VÖGLER, Rüstungsfirma.

303 Zank macht dafür insbesondere drei Faktoren verantwortlich: ● Die Besatzungsmacht beanspruchte einen Großteil des Arbeitskräftepotentials ● Die tiefgreifende Versorgungskrise in der SBZ mit Unterernährung, Wohnungsmangel und erheblichem Krankenstand ● Qualifikationsfremder Einsatz von Facharbeitern aufgrund mangelnden Wohnraums und fehlendem Ausbau des Nahverkehrs. ZANK, Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland, S. 183f.

304 MATSCHKE, Die wirtschaftliche Entwicklung, S. 103.

durch politische, wirtschaftliche und psychologische Gründe zur Flucht in den Westen genötigt.

- Personen ohne sozialistische Gesinnung fanden keine adäquate, fachliche Beschäftigung mehr.
- Die Verstaatlichung der Betriebe hatte die sofortige Entmachtung der Betriebsleitungen zur Folge.
- Außerdem war das System zentraler Planwirtschaft nicht in der Lage, funktionierende Leistungsanreize für einzelne Wirtschaftssubjekte auszubilden.

Exodus der Fachkräfte

Nachdem US-Truppen den industriell wichtigen Teil im Südwesten der SBZ, entlang der Elbe und Mulde besetzt hatten, sorgten sie dafür, daß in den sieben Wochen bis zur Räumung dieser Gebiete am 1. und 2. Juli 1945, „eine der Zahl nach geringe, der Bedeutung nach wichtige Gruppe leitender Wirtschaftler und Wissenschaftler nach dem Westen [ging]“³⁰⁵. Schätzungsweise gut 1300 Wissenschaftler wurden Ende Juni 1945 „abtransportiert“³⁰⁶. Auch die Sowjetunion versuchte, in der SBZ vorhandenes Know-how für ihre Zwecke zu sichern. Die sogenannte Geheimoperation „Ossawakim“ dokumentiert die dabei angewendeten Methoden: Sie bedeutete die Deportation deutscher Fachleute wie Wissenschaftler, Ingenieure, Facharbeiter usw. in die Sowjetunion. Betroffen waren hier von insbesondere Personen, die der Rüstungsforschung nahe standen. Etwa 3000 Spezialisten³⁰⁷ wurden am 21./22. Oktober 1946 in die Sowjetunion zwangsverpflichtet. Der Verlust dieser Personenkreise bedeutete einen verhängnisvollen Aderlaß für die östliche Besatzungszone, wovon sie sich unter den Bedingungen der Zentralplanwirtschaft bis zuletzt nicht wieder zu erholen vermochte. „Rund 25.000 Unternehmen“ - ca. 9-13 Prozent der mitteldeutschen Industrie- und Dienstleistungsunternehmen³⁰⁸ verließen nach dem zweiten Weltkrieg den Wirtschaftsraum der SBZ. Sobald die Absicht der politischen Führung offenbar wurde, einen kommunistischen Wirtschaftsansatz in der sowjetischen Besatzungszone zu verwirklichen, setzte eine regelrechte Fluchtbewegung in die westlichen Besatzungszonen ein. Insbesondere Unternehmer und die politische Opposition fürchteten unter den neuen Verhältnissen um ihre Zukunft. Daß Probleme des volkseigenen Wirtschaftssektors meistens politisch erklärt wurden, nahm aber auch für die Belegschaften der VEB mitunter unerträgliche Formen an. „So kam es vor, daß für das fehlerhafte Schließen einer Druckform die ‘falsche Einstellung’ des betreffenden Arbeiters ‘zur Frage der Oder-Neiße-Friedensgrenze’ verantwortlich gemacht wurde. [...] Am Ende wurde meistens auch der Fachmann [...] für den Fehler mitverantwortlich gemacht. Man bezichtigte ihn des Opportunismus, des Versöhnertums oder reihte ihn in die Gruppe der ‘Nur-Fachleute’ ein, weil er es versäumt hatte, den Arbeiter politisch in die Zange zu nehmen.“³⁰⁹ Schenk hält die Verquickung fachlicher und politischer Autoritäten in den volkseigenen Betrieben der SBZ für den wichtigsten Grund der „Massenflucht technischer und wirt-

305 Ebenda.

306 KARLSCH, Rainer, Allein bezahlt?, S. 154.

307 Ebenda, S. 155.

308 HEFELE, Peter, Die Verlagerung von Industrie- und Dienstleistungsunternehmen aus der SBZ/DDR nach Westdeutschland. Unter besonderer Berücksichtigung Bayerns (1945-1961), Stuttgart 1998, S. 30 und 54f.

309 SCHENK, Diktatur, S. 28.

schaftlicher Experten.“³¹⁰ Hefeke erkennt im Scheitern der zunächst dominierenden unternehmerischen Ziele „Substanzaufbau bzw. -erhaltung“ sowie der „Abwendung [planbürokratischer] Eingriffe“ den Grund für die Entscheidung, Unternehmen in die Westzonen zu verlagern. Sequestrierung (Zwangsverwaltung), Enteignung und Flucht, bzw. Übersiedlung in den Westen standen in unmittelbarem Zusammenhang. Im Vordergrund der unternehmerischen Anstrengungen standen nunmehr der „Transfer von Sach- und Humankapital“ sowie anschließende „Marktintegration und Liquiditätssicherung“³¹¹. Diese Flucht tausender Menschen, unter denen sich „vorwiegend Fach- und Leitungskräfte“ befanden, schwächte die Wirtschaft der SBZ³¹² und kam gleichzeitig dem Aufbau im Westen zugute. Dieser Exodus wurde am 13. August 1961 von der SED durch die gewaltsame Errichtung einer bewachten Mauer zwischen den deutschen Staaten beendet. Demgegenüber konnte Wolfgang Zank bis 1950 „im Angebot an Facharbeitern bestenfalls partielle Lücken ausmachen“. Vertriebene und Heimkehrer traten an die Stelle der Abgewanderten, so daß die SBZ „im Vergleich zur Situation 1944 [...] von Arbeitskräften geradezu überschwemmt“³¹³ war.

Qualifikationsdefizite

Die Wirtschaftsführung legte großen Wert darauf, daß sämtliche leitenden Funktionen der volkseigenen Wirtschaft mit Personen besetzt wurden, welche eine - im Sinne der Regierung - korrekte politische Gesinnung besaßen. Schenk, der im März 1949 seine Lehre in einer kleinen Druckerei mit der Gehilfenprüfung abschloß, wechselte anschließend in den parteieigenen „Sachsenverlag“ nach Dresden. Dort überstieg er erstmals die Position eines einfachen Arbeiters und wurde dementsprechend vom Personalchef belehrt, „daß die volkseigene Industrie einen riesigen Bedarf an politisch und fachlich gleichermaßen qualifizierten Kadern habe.“³¹⁴ Damit wurde Schenk aufgefordert, sich in Zukunft für die Einhaltung der politischen Leitlinie durch die Belegschaft einzusetzen. Personen, die dieser Aufforderung intensiver nachkamen als ihrer Funktion im Prozeß der Produktion, schädete dieses Verhalten in der Regel nicht, sondern führte sie in der betrieblichen Hierarchie weiter nach oben. Das verstärkte Bemühen der SED, ideologisch Einwandfreie an wichtigen Stellen zu positionieren, erzeugte Personenkreise, die bei den Belegschaften der volkseigenen Betriebe wenig gelitten waren. Die ersten Absolventen der „Arbeiter- und Bauernfakultäten“, denen Schenk im „Sachsenverlag“ Dresden begegnete, „kamen, bar aller praktischen Kenntnisse, vollgepumpt mit stalinistischer Dialektik, als hundertfünfzigprozentige SED-Funktionäre in den Verlag, standen an den Arbeitsplätzen herum, schwangen große Reden und hielten die Kollegen von der Arbeit ab, worüber [...] die Meister und Abteilungsleiter sehr verärgert waren.“³¹⁵ Im Unterschied zu den Fachleuten empfand Schenk die Parteifunktionäre in den Betrieben, als „Sand im Ge-

310 Ebenda.

311 HEFELE, Die Verlagerung von Industrie- und Dienstleistungsunternehmen, S. 59, 83f.

312 Ebenda, S. 94. Hefeke weist darauf hin, daß diese „Enthauptung“ der Firmenspitze verstärkt auch die Forschungsabteilungen betraf und sich langfristig insbesondere dadurch bemerkbar machte, daß eine Ausbildung fachlichen Nachwuchses nicht mehr durchzuführen war; ein Faktor, der wesentlich zur „Verarmung des Produktionsspektrums in Mitteldeutschland“ beitrug.

313 ZANK, Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland, S. 57 und 182.

314 Ebenda, S. 24.

315 Ebenda, S. 26.

triebe der Wirtschaft“³¹⁶: „Ihre Tätigkeit dient nicht der Wirtschaft, sie schadet ihr; denn sie beurteilen alle Fragen nur von der politischen Seite her und zählen ökonomische Erfolge zu Fehlschlägen, wenn sie der Doktrin widersprechen und umgekehrt. [...] Fachkenntnisse der meisten Parteifunktionäre waren und sind meist heute [1962] noch gleich null.“³¹⁷

Mißachtung individueller Talente und Neigungen

Dem System der SBZ-Zentralplanwirtschaft immanent war die Tendenz, sich selbst der besten Arbeitskräfte zu berauben. Berufs- und Verwendungswünsche der Beteiligten fanden keine Berücksichtigung. Vielmehr wurden die Menschen durch das System an jene Arbeitsplätze gestellt, wo sie den vermeintlich größten Nutzen stifteten. Selbst prominente und um das System verdiente Personen wie Adolf Hennecke³¹⁸ bildeten keine Ausnahme. Hennecke war im Oktober 1948 zwar durch seine, von der Partei technisch und propagandistisch³¹⁹ wohl vorbereitete, 387-Prozent-Schicht³²⁰ berühmt geworden. Das bedeutete aber keineswegs, daß er auf dieser Basis seine beruflichen Wünsche hätte verwirklichen konnte. Eigentlich hätte er Kaufmann werden wollen. 1949 wurde er schließlich auf einen fünfmonatigen Lehrgang geschickt. „Von Januar bis Mai 1949. Der [Lehrgang] hieß offiziell Hennecke-Lehrgang. Ich habe den mit der Note sehr gut abgeschlossen. Aber kaufmännischer Leiter bin ich nie geworden. [...] Das Zweitliebste, was ich hätte werden wollen, ist Lehrausbilder. Und auch das habe ich nie geschafft. Ich hatte mich beworben, aber sie nahmen mich nicht, weil ich in der Normerfüllung immer ganz oben stand. Gute Bergleute, sagten sie, brauchen wir im Schacht. Lehrausbildung können andere machen.“³²¹ Der Verzicht darauf, persönlichen Neigungen der Beschäftigten entgegenzukommen bedeutete die

316 Ebenda, S. 27.

317 Ebenda. Unter „Heute“ meint die Entstehungszeit des Buches, ca. 1960.

318 Hennecke, Adolf, 1905-1975, geboren in Meggen (Kreis Olpe, Westfalen) in einer Bergarbeiterfamilie; nach dem Volksschulabschluß 1919-22 kaufmännische Lehre, anschließend beschäftigt als Lohnbuchhalter, dann arbeitslos; ab 1925 Hauer im westfälischen und ab 1926 im sächsischen Bergbau; 1931 Mitglied der Revolutionären Gewerkschaftsopposition. 1946 SPD/SED; 1947 Besuch der SED-Parteischule in Meerane; 1948 Mitglied der Betriebsgewerkschaftsleitung der Steinkohlengrube „Karl-Liebknecht“ in Oelsnitz sowie des Verwaltungsrats der VVB Kohle; begründete am 13. Oktober 1948 auf Veranlassung des SMAD-Offiziers Oberst Tulpanow und in Anlehnung an die sowjetische „Stachanow-Methode“ mit einer Normüberbietung um 387 Prozent die „Aktivisten-“ bzw. „Hennecke-Bewegung“; 1948-55 Mitglied des Bundesvorstandes und der zentralen Wettbewerbskommission des FDGB; 1949-67 Abgeordneter der Volkskammer; 1949 Nationalpreis; Qualifizierung in Lehrgängen an der Wirtschaftsschule Mittweida und 1950 an der Bergakademie Freiberg; danach Hauptinstrukteur im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier und Mitglied der Kohlekommission der sächsischen Landesregierung; 1951-53 Abteilungsleiter für Rationalisierung im Ministerium für Schwerindustrie; ab 1954 Mitarbeiter der Staatlichen Plankommission und bis 1975 Mitglied des Zentralkomitee der SED; 1961 Mitarbeiter im Volkswirtschaftsrat; 1964 Karl-Marx-Orden, 1965 Vaterländischer Verdienstorden in Gold; 1966 Mitarbeiter im Ministerium für Kohle und Energie. Nach: BARTH, Wer war wer, S. 290f.

319 Vgl. z.B.: o.N., Über die alte Norm hinaus, in: Die Wirtschaft, Nr. 15, November 1948, S. 471f. sowie o.N., Adolf Hennecke auf der 5. Tagung des Deutschen Volksrates am 24.10.1948, ebenda, S. 473.

320 Hennecke baute innerhalb einer Schicht die 3,87-fache Menge Steinkohle im Vergleich zur Normvorgabe ab.

321 JAKOBS, Karl-Heinz, Adolf Hennecke, in: Selbmann, Fritz (Hrsg.), Die erste Stunde, Porträts, Berlin (Ost) 1969, S. 199.

Fehlinvestition menschlicher Arbeitskraft bei gleichzeitigem Verlust individueller Leistungsbereitschaft. Er zementierte die Statik des SBZ-Wirtschaftssystems. Der Fall Hennecke dokumentiert gleichzeitig die systembedingte Geringschätzung der „unproduktiven“ Lehrtätigkeit im Vergleich zur Arbeit des originären Bergmannes. Andere Personen mußten ihren angestammten Arbeitsplatz verlassen, wenn sie von der Partei aufgefordert wurden, ihr Fachwissen der Planbürokratie zur Verfügung zu stellen. Dort fehlte es an technischen Fachkenntnissen, worüber man sich durchaus im Klaren war. Den Betrieben wurden die fähigsten Praktiker immer wieder genommen, um mit ihrer Hilfe die Qualität der Wirtschaftspläne zu verbessern. In den meisten Fällen waren diese Leute für den produzierenden Teil der Wirtschaft verloren: „Wenn [...] ein Könnner im Parteiapparat landet, wird sein fachliches Wissen zwangsläufig verkümmern, er verliert den Anschluß an die Entwicklung. Ihm bleibt kein anderer Weg, als dem Parteiapparat die Treue zu halten.“³²² Ausnahme blieb jener Personenkreis, den die SED auswählte, anschließend als Werkdirektoren in die volkseigenen Betriebe zurückzukehren. Mit dem Abzug von Fachleuten vergrößerte sich in den Betrieben die Gefahr von Fehlentscheidungen im Produktionsprozeß sowie von Verschwendung, die durch unsachgemäße Betätigung oder Überlastung einzelner verursacht wurde. Personen mit Fachwissen waren so selten, daß diejenigen, die der Wirtschaft zur Verfügung standen, mit Aufgaben überschüttet wurden und nicht selten am Rande ihrer körperlichen Belastbarkeit standen. So mußte das Stahlwerk Hennigsdorf auf einen Ingenieur verzichten weil er von der DWK zur eigenen Verwendung nach Berlin geholt wurde, obwohl er die gesamte Bautätigkeit für Fundamente und Bauten geleitet hatte. Dieser Verlust wog für den VEB um so schwerer, als gleichzeitig drei weitere Mitarbeiter der Bauabteilung fristlos entlassen wurden: Die Entlassung bzw. Abkommandierung des Führungspersonals führte dazu, daß „die Überwachung der umfangreichen Fundamentarbeiten, welche im Investitionsplan für 1949 mit je DM 1.661.000,- veranschlagt wurden, praktisch nur durch Herrn Hübner erfolgten [einem Ingenieur, der] erst kurze Zeit auf der Baustelle tätig ist und Auskünfte nicht erteilen konnte.“³²³ In der Folge meldete Hennigsdorf der Planbürokratie den Bedarf an zusätzlichem Personal zur Überwachung der Neubau-Aufgaben als „unbedingt erforderlich“. Was der Wirtschaft durch Partei oder DWK an Personalverlusten zugefügt wurde, um die eigenen Reihen zu stärken, wurde postwendend, aber erfolglos, auf dem Wege unablässiger Eingaben von den Betrieben wieder zurückgefordert. Dasselbe galt für die Produktionsabteilungen. Auch hier standen die Zurückgebliebenen unter erheblichem Leistungsdruck: „Das zur Verfügung stehende technische Personal hat in der Produktionserfüllung große Aufgaben zu meistern und ist Tag und Nacht überlastet.“³²⁴ Partei und DWK hofften, individuelles Fachwissen an höherer Stelle der Wirtschaftsorganisation nutzbringender einsetzen zu können als in den VEB. Diese Strategie konnte im Rahmen des planwirtschaftlichen Systems nicht aufgehen. De facto wurden die Betriebe um ihre Fachkräfte gebracht und „im Gestrüpp der Planbürokratie“³²⁵ quasi „neutralisiert“³²⁶. Versuche, sich dem Ruf der Partei in den Führungsstab zu

322 Schenk, Diktatur, S. S. 28.

323 DN3-1093, TB über die VEB Stahl- und Walzwerke Hennigsdorf vom 25. Juni bis 4. Juli 1949.

324 Ebenda.

325 SCHENK, Diktatur, S. 226.

326 Ebenda, S. 63ff.

widersetzen, waren zum Scheitern verurteilt. Man hätte sich unweigerlich der Beschuldigung ausgesetzt, die Interessen der SED bewußt zu ignorieren. Wies man aus betriebsbedingten Gründen derartige Forderungen der Partei zurück, wurde den „Aufstiegskandidaten“ entgegengehalten: „Gerade die Planung erhält im Sozialismus besonderes politisches Gewicht. Hier liegen alle Chancen für einen Genossen. In der Technik kann man auch bürgerliche und parteilose Elemente einsetzen.“³²⁷

Gesellschaftlich-politische Schulung und Betätigung auf Kosten der Arbeitsleistung

Im Zuge der Vorgabe, die SED zu einer leninistischen Partei des „neuen Typus“ umzuformen, mußten die Belegschaften der volkseigenen Betriebe immer mehr Zeit für den Besuch von Schulungen aufwenden. Davon wurden nach und nach auch jene Menschen erfaßt, die sich politisch bislang nicht betätigt hatten. Was 1949 bereits Schule machte, gipfelte in der zwangsweisen Teilnahme am 1950 eingeführten, nahezu allgemeinverbindlichen „Parteilehrjahr“³²⁸. Nunmehr wurde darauf geachtet, daß auch parteilose Mitarbeiter der volkseigenen Betriebe daran teilnehmen, obwohl es offiziell nur für Mitglieder und Kandidaten zur Parteiaufnahme vorgeschrieben war.³²⁹ Laut offizieller Propaganda nahmen die Werktätigen in der SBZ, die als Träger der sogenannten antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in die Pflicht genommen waren, besonders aktiven Anteil an der internationalen, politischen Entwicklung. Tatsächlich zeigte die Begeisterung der Belegschaften klare Grenzen; insbesondere dann, wenn die Menschen durch Parteiveranstaltungen davon abgehalten wurden, die vorgegebene Norm zu erfüllen und aus diesem Grunde um ihre Leistungsprämien gebracht wurden. Solcherlei Kritik aus den VEB wurde von offizieller Seite nicht geduldet. Wie sie darauf reagierte, sei an einem Beispiel gezeigt. Es offenbart zugleich den Zwangscharakter des politischen Systems, das die Menschen unablässig unter Druck setzte: „Um die [...] Vermutung, daß derartige Sitzungen auf Kosten der dem Betrieb zukommenden Arbeitszeit gingen, zu entkräften, wäre zu überlegen, ob man den Termin solcher Zusammenkünfte nicht grundsätzlich auf an sich arbeitsfreie Tage legt: auf den Sonntag. In diesem Falle könnte selbst ein Böswilliger nicht gut behaupten, es wäre ein uneingestandener Nebenzweck dieser Sitzungen, eine arbeitsfreie Zeit zu erreichen. Jede Teilnahme an einer Sitzung, deren Aufwand von der Freizeit abgeht, wäre dann ein überzeugender Beweis dafür, daß die Sitzung wirklich nötig war und durchgeführt werden mußte.“³³⁰ Die Häufigkeit und Intensität von (Pflicht-) Veranstaltungen, die nicht direkt mit der Produktion zu tun hatten, war abhängig vom Stand der nationalen und internationalen Politik. Im Sommer und Herbst 1949 versuchte die Parteiführung besonderes vehement, die Belegschaften der volkseigenen Betriebe zu mobilisieren: „In unserem Betrieb

327 Ebenda, S.43.

328 Das Parteilehrjahr der SED orientierte sich am Schulungswesen der KPdSU und diente der Mitglieder- und Kandidatenschulung. Es wurde im Juni 1950 auf Beschluß des ZK der SED eingeführt und dauerte jeweils von Oktober bis Juni. Der Unterricht fand zweimal im Monat im Rahmen verschiedener Zirkel statt. Im Mittelpunkt der Lehrpläne stand von 1950 bis 1956 das Studium der Geschichte der KPdSU und des Stalinismus, bzw. Marxismus-Leninismus, seit 1956 insbesondere Fragen der Wirtschaftspolitik; vgl. BMG (Hrsg.), SBZ von A bis Z, 1959, S. 265.

329 Vgl. SCHENK, Diktatur, S. 38.

330 O.N., Sitzungs-Inflation?, in: Die Wirtschaft, Nr.15, November 1948, S. 492.

[wurde] nicht viel gearbeitet. Wir waren vollauf beschäftigt mit dem Besuch von Versammlungen, in denen wir flammenden Protest gegen die Gründung des westdeutschen 'Separatstaates' erheben mußten. Fast jeden Tag zirkulierten Unterschriftenlisten in den Abteilungen, und die stets einstimmig angenommenen Resolutionen nahmen kein Ende. Dann wiederholte sich das Ganze mit positivem Vorzeichen: die 'DDR' wurde gegründet und wir hatten nun ebenso einhellig und häufig begeistert zu sein.“³³¹

„Richtige Einstellung“ statt Qualifikation

Die „richtige“ politische Einstellung wurde insbesondere von den Betriebsleitungen erwartet. Das klare Bekenntnis zum Aufbau des Sozialismus war wichtiger als z.B. praktische Erfahrungen in der Führung von Unternehmen oder Betrieben. Schließlich hatten sich die politisch-wirtschaftlichen Rahmenbedingungen entscheidend geändert und somit auch die Aufgaben der Betriebsleitungen. Sie mußten sich von den als „überkommen“ betrachteten kapitalistischen Verhaltensmustern trennen, denen marktwirtschaftlich orientierte Unternehmen gefolgt waren. Im Jargon der Partei- und Wirtschaftsführung als „betriebsegoistisch“³³² bezeichnete Strategien der VEB waren politisch verpönt, auch dann, wenn sie das Ergebnis des einzelnen Betriebes verbesserten. Sie richteten sich, wie man fand, gegen den übrigen volkseigenen Sektor. Vielmehr wurde die tausendfache Planeinhaltung, parallel in allen volkseigenen Betrieben, als entscheidend angesehen, um dergestalt allen Beteiligten des wirtschaftlichen Aufbaues gleichermaßen zu helfen, eine höhere Stufe des Wohlstandes zu erreichen. Hierin wurde die neue Aufgabe der Direktoren gesehen. Volkseigene Betriebe waren also nicht nach Einschätzung ihrer Leitungen zu führen. Ihr einziges Mandat lautete „exakte Planerfüllung“. Einzelpläne sollten ihnen die entsprechenden Anleitungen dafür liefern und erhoben den Anspruch, alle betrieblichen Fragen bis ins Detail regeln zu können. Selbst wenn der eine oder andere Direktor in der Lage gewesen wäre, einen Betrieb im Rahmen des marktwirtschaftlichen Systems zu führen, blieb ihm in der SBZ kein nennenswerter Spielraum zur Anwendung seiner Fähigkeiten. Die neue Aufgabe der Betriebsleitungen wurde darin gesehen, den Belegschaften die Pläne zu erklären und sie für deren konsequente Umsetzung in die Verantwortung zu nehmen. Jeder Arbeiter und Angestellte sollte stets über den Stand der Planerfüllung informiert sein und dementsprechend motiviert, Defizite in seinem Bereich der volkseigenen Wirtschaft aufarbeiten zu helfen.

Fachkräftemangel

Mangelndes Know-how der Belegschaften zog sich wie ein roter Faden durch den volkseigenen Sektor der sowjetischen Besatzungszone. Die Quote der in den Betrieben vorhandenen Fachleute war verschwindend gering; Qualifikation wurde ersetzt durch die „richtige politische Einstellung“ und daraus abgeleiteter größter Einsatzbereitschaft zum Wohle der Partei. Aber weder ihre politische Einstellung, noch besondere Einsatzbereitschaft befähigten die Arbeiter zu Leistungen, für die ein bestimmter fachlicher Ausbildungsstand erforderlich war. Dazu gehörte z.B. die fachgerechte Montage teurer Investitionsgüter. Immer wieder kritisierten die Prüfungsberichte das Fehlen von Spezialisten vor Ort. Schwere Sachbeschädi-

331 SCHENK, Diktatur, S. 39.

332 DN5-261, S. 73. sowie LANGE, Fritz, Über schädliche Erscheinungen in volkseigenen Betrieben, in: Der Volksbetrieb, 2. Jahrgang, Januar 1949, S. 8.

gungen durch Bedienungsfehler der ungeschulten Belegschaft führten zu hohen Verlusten. Zum Beispiel: Am 10. Dezember 1949 erfolgte nach der Verlegung einer 2400 KW-MAN- Kondensationsturbine von einem Werk in ein anderes ein Schaufelbruch beim Anfahren der Turbine. Die nachträgliche Fehlersuche erbrachte eine doppelte Begründung: Zunächst war die Montage der Turbine unsachgemäß durchgeführt worden. Anschließend nahm man den Stromerzeuger unsachgemäß in Betrieb. Erheblicher Leistungsdruck durch die politische Seite (Partei und FDGB) sowie fachliche Defizite hatten zum Zusammenbruch der Anlage geführt. „Diese Tatsachen [Montagefehler] waren beim Anfahren [Inbetriebnahme der Anlage] bekannt und man ließ die Turbine trotzdem an.“³³³ „Großer Bedarf an Fachkräften in volkseigenen Betrieben“ konstatierte auch „Die Wirtschaft“ im Mai 1949. Es wäre „an der Zeit eine umfassende Planung der Ausbildung und Verwendung der Arbeitskräfte durchzuführen“³³⁴. Man erkannte, daß sich der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in den volkseigenen Betrieben ohne derlei Maßnahmen „zu einem starken Hemmnis für die vorgesehene Erhöhung und Verbesserung der Produktion unserer volkseigenen Betriebe entwickeln [würde]“³³⁵. Unter „Qualifikation“ verstand die Wirtschaftsführung beispielsweise die Fähigkeit, „technisch richtige Arbeitsnormen“ zu entwickeln. Dazu zählten u.a. „das richtige Verhältnis zwischen Arbeitsproduktivität, Lohn und Rentabilität in den VEB“³³⁶. Zuständig dafür war der sogenannte Arbeitsnormer. Das System der Planwirtschaft erforderte eine Reihe von „Spezialisten“, von denen das Unmögliche verlangt wurde, nämlich die Mängel des Plansystems zu beheben. Ihre Berufe waren in marktwirtschaftlichen Systemen entweder überflüssig oder konnten sich auf Signale von Märkten und Preisen verlassen. Betroffen waren insbesondere folgende Bereiche:

- Arbeitsvorbereitung,
- Planberichterstattung und Statistik,
- Materialeinsatz und Materiallenkung,
- Rationeller Arbeitsablauf und Leistungssteigerung.

Außerdem fehlten Fachleute mit Kenntnissen der praktischen Produktionsabläufe sowie ihrer kaufmännischen Behandlung. Weiterhin mußten betriebsinterne Abläufe organisiert werden, wozu ebenfalls kein Personal vorhanden war. Die volkseigene Wirtschaft suchte nach folgenden Spezialisten:

- Leitern von Abteilungen, Werkstätten und Betrieben,
- Konstrukteuren,
- Spezialisten der Vorkalkulation und Lohngestaltung,
- der Plan- und Terminkontrolle sowie
- Experten für Kostensenkung.

Am Beispiel der insgesamt 226 landesverwalteten, volkseigenen Betriebe in Mecklenburg wurde der niedrige Qualifikationsstand verdeutlicht: „In sehr vielen

333 DN3-1095, PB über die Braunkohlenverwaltung Welzow vom 29. November bis 15. Dezember 1949.

334 FORGBERT, Erhard, Großer Bedarf an Fachkräften in volkseigenen Betrieben, in: Die Wirtschaft, Mai 1949, Heft 10, S. 335.

335 Ebenda.

336 Ebenda.

Fällen [wurden] ehemalige Betriebsarbeiter Betriebsleiter. [...] Es wäre [...] falsch, nicht zu erkennen, daß es jetzt die Pflicht der leitenden Organe der volkseigenen Betriebe ist, diesen neuen Betriebsleitern die Möglichkeit zu geben, ihr theoretisch-technisches Wissen zu vervollkommen.“³³⁷ Das war nichts anderes als die euphemistische Umschreibung dessen, daß diese Leute nicht die geringste Ahnung davon hatten, welche Aufgaben sie in den Betrieben erwarteten. Zielvorgabe war nach Meinung der „Wirtschaft“, eine „möglichst breite Schicht von technisch geschulten Mitarbeitern - insbesondere von Spezialisten, wie Arbeitsvorbereitern, Kalkulatoren usw. - herauszubilden“³³⁸.

Tabelle 8: Qualifikation der „leitenden Fachkräfte“ aller landesverwalteten Betriebe Mecklenburgs 1949³³⁹

"Leitende Fachkräfte" in den landesverwalteten, volkseigenen Betrieben Mecklenburgs und ihre Ausbildung							
Ausbildung	Verwendung Angegeben als Beruf: Techniker oder Ingenieur	in %	Verwendung: Betriebsleiter	in %	Spalten 2+4 abzüglich der Überschneidung (85)	in %	Anteil von Spalte 6 in % an der Gesamtbelegschaft von 26.500
Insgesamt	230		226		371		1,40
Davon haben absolviert:							
Technische Hochschulausbildung	27	11,74	19	8,41	35	9,4	0,13
Technische Mittelschule, z.B. Ingenieurschule	91	39,57	71	31,42	152	41	0,57
ohne abgeschlossene technische Ausbildung	112	48,70	136	60,18	184	49,6	0,69
Herkunft aus Arbeiterkreisen und bis 1945 Betriebsarbeiter	79	34,35	117	51,77			

Untersuchte Betriebe: 226 mit einer Gesamtbeschäftigtenzahl von 26.500

□ bedeutet: unmittelbar aus der Quelle übernommen

Besonders hervorzuheben ist die Tatsache, daß fast die Hälfte aller Personen, die als „Techniker oder Ingenieure“ beschäftigt wurden, keine abgeschlossene, technische Ausbildung besaßen. Das galt auch für über 60 Prozent der Betriebsleiter. Entsprechend des sozialistischen Ideals, Führungspersonal aus der Arbeiterklasse zu rekrutieren, hatte sich der Anteil dieses Personenkreises unter den Betriebsleitern seit 1947 nochmals kräftig erhöht. Selbmann hatte ihn im Januar 1947 für die gesamte SBZ noch mit 47,6 Prozent angegeben.³⁴⁰ Die Unterversorgung der VEB mit technischem Fachpersonal wurde dadurch ersichtlich, daß auf knapp 760 Beschäftigte der landesverwalteten VEB in Mecklenburg 1949 nur eine Person mit technischer Hochschulausbildung kam. Die Suche der Wirtschaftsleitung nach „Planungsfachleuten“ war reine Fiktion. Die gewünschten Qualifikationen waren speziell konstruiert gegen spontan auftretende, systemdeterminierte Mängel der zentral geplanten Wirtschaft, so daß noch nicht einmal entsprechende Ausbildungsstätten existierten. Gleichwohl traute sich „Die Wirtschaft“ zu, den Bedarf an gewünschten Planungsfachleuten zu quantifizieren. Die Dichte qualifizierten Personals hätte sich ihrer Ansicht nach fast verdreifachen müssen. Insgesamt 1.100 Personen, so „Die Wirtschaft“, wären in Mecklenburg erforderlich gewesen, um

337 Ebenda.

338 Ebenda.

339 Tabelle erstellt nach Forgbert, Erhard, Großer Bedarf an Fachkräften in volkseigenen Betrieben, in: Die Wirtschaft, Mai 1949, Heft 10, S. 335.

340 BArch, DZVI, DG-2, Nr. 8736, S. 1-35: SELBMANN, Fritz, Betriebe des Volkes - Pioniere des demokratischen Neuaufbaus, Vortrag, gehalten auf der Volltagung der landeseigenen Betriebe am 27. Januar 1947 in Dresden.

dem „Bedarf“ gerecht zu werden. Dabei hielt man die folgende Zusammensetzung der gewünschten 1.100 Spezialisten für ideal:

Tabelle 9: Idealversorgung laut „Die Wirtschaft“ von Mecklenburgs VEB mit Spezialisten³⁴¹

Leiter von Abteilungen, Werkstätten und Betrieben	280	25,50%
Arbeitsnormer	150	13,60%
Arbeitsvorbereitung	120	10,90%
Konstrukteure	110	10,00%
Vorkalkulation und Lohngestaltung	110	10,00%
Materialeinsatz und Materiallenkung	90	8,20%
Planberichterstattung und Statistik	90	8,20%
Plan- und Terminkontrolle	60	5,50%
Rationeller Arbeitsablauf und Leistungssteigerung	50	4,50%
Kostensenkung	40	3,60%
Insgesamt	1100	100,00%

□ bedeutet: unmittelbar aus der Quelle übernommen

Das größte Problem dabei, fehlende Wirtschaftsspezialisten für den volkseigenen Sektor auszubilden, war das allgemeine Theoriedefizit. Nur zaghaft war man in der Lage, die angestrebte Wirtschaftsform vom Herkömmlichen zu unterscheiden und beließ es dabei, ihre mutmaßliche Andersartigkeit zu hervorzuheben: „Volksbetriebe haben ihre kaufmännische und finanzielle Geschäftsgebarung nach anderen Grundsätzen zu entwickeln als die Privatbetriebe.“³⁴² Vermeintliche Unterschiede wurden herausgestellt, scheiterten jedoch an der praktischen Umsetzung: „Der Privatbetrieb verschafft sich am Ende des Geschäftsjahres durch die Bilanz nachträglich ein Bild über das Geschäftsergebnis. Beim Volksbetrieb ist der Finanzplan ein Teil des Gesamtplanes - in engem, unlösbarem Zusammenhang mit allen Teilplänen des Betriebes.“³⁴³ Niemand hätte in diesem Zusammenhang sagen können, auf welcher Basis die volkseigenen Betriebe zu Beginn des Geschäftsjahres ihr Jahresabschlußergebnis ermitteln sollten. Fast, als wolle sich das System selbst überlisten, schickte man sich an, die bestehende Verwaltungsstruktur zu zerschlagen. Einem Glaubensbekenntnis gleich setzte man auf die Entwicklung bislang noch unbekannter, sozialistischer Wirtschaftsprinzipien, die sich nach Verstaatlichung der Produktionsmittel automatisch herausbilden würden: „Für unsere alten „versierten“ Buchhalter ist hier viel umzulemen - im Denken wie im Handeln. Viele neue Kräfte, die nicht mit dem alten privatkapitalistischen Denken belastet sind, müssen herangebildet werden.“³⁴⁴ Obligatorisch schlußendlich der allgemeine Aufruf, die Entwicklung in angedeuteter Richtung fortzusetzen: „Lernen, lernen, und nochmals lernen ist die Aufgabe aller verantwortlicher Mitarbeiter und der Funktionäre und fortschrittlichen Kräfte in den volkseigenen Betrieben.“³⁴⁵ Die unausgesprochene Frage aber blieb: was genau sollte eigentlich gelernt werden? Die Dominanz politischer Kriterien bei Personalentscheidungen im volkseigenen Sektor bedeutete den endgültigen Abschied von jeglicher öko-

341 Ebenda.

342 Ebenda.

343 Ebenda.

344 Ebenda.

345 Ebenda.

nomischen Rationalität. Wo politischer Opportunismus wichtiger war, als betriebliches Fachwissen, mußten Einbrüche der wirtschaftlichen Leistung auf dem Fuße folgen. Das neue Wirtschaftssystem amputierte sich selbst die kreativsten Teile des Produktionsfaktors Mensch. Das bedeutete die Ausschaltung des von Erich Gutenberg sogenannten dispositiven Faktors, worunter er die Leistung der Geschäfts- und Betriebsleitungen verstand.³⁴⁶ Ihnen obliegt in marktwirtschaftlichen Systemen die quantitative und qualitative Kombination der Produktionsfaktoren. Diese Entscheidungen werden auf Grundlage von Marktpreisen getroffen, führen gesamtwirtschaftlich zu effizienter Allokation der Faktoren und ermöglichen den Unternehmen die Wahl der vermeintlich kostengünstigsten Kombinationen. Angefangen von der Planung über die Leistungserstellung, bis hin zur Leistungsverwertung und den finanztechnischen Bedürfnissen des Unternehmens. „Die Geschäfts- und Betriebsleitung wird [...] als das Zentrum, als die eigentlich bewegende Kraft des Betriebsprozesses aufgefaßt.“³⁴⁷ Gutenberg entdeckte „das Wesen“ des dispositiven Faktors auf den drei Ebenen des Irrationalen, des Rationalen und des Gestaltend-Vollziehenden.³⁴⁸ Seine Aufgabe wäre eine Koordinierungsaufgabe zwischen den produktiven Faktoren Produktion (Leistungserstellung), Absatz (Verkauf, Leistungsverwertung) und Finanzen.³⁴⁹ Nichts lag dem Wesen zentraler Kommandowirtschaft in der SBZ ferner als diese Erkenntnisse. In maßloser Überschätzung des gestaltenden Potentials der sogenannten Arbeiterklasse, repräsentiert durch die „Partei neuen Typus“, entledigte es sich der bisherigen Träger des wirtschaftlichen Fortschritts.

- Vormalige Unternehmer wurden durch Sequestrierung und Enteignung ihrer Produktionsmittel zur Flucht veranlaßt. Sie verließen die SBZ mit ihrem Know-how in westliche Richtung, wo sie zum Aufschwung und zur langfristigen Stabilität der dortigen Wirtschaftsentwicklung beitragen konnten. Ihr Beitrag zum Wirtschaftsaufbau im Westen fiel, wie Hefeke zeigt, in den einzelnen Branchen recht unterschiedlich aus. Gleichwohl wurde nicht zuletzt der Arbeitsmarkt durch die Zuwanderer maßgeblich beeinflusst; sei es als Anbieter ihrer Arbeitskraft oder als Nachfrager fremder Arbeitskraft, soweit die Flüchtlinge ihren beruflichen Standard als Selbständige in Westdeutschland aufrecht erhalten konnten. Hefeke schätzt diese Gruppe „auf maximal 15 Prozent der zugewanderten Unternehmer“³⁵⁰.
- Technische Fachleute sahen sich durch das Diktat der Pläne in ihren Möglichkeiten beschnitten. Kritische Personen handelten sich schnell den Vorwurf ein, zur politisch definierten Gruppe der „Nur-Fachleute“ zu gehören. Andere wurden von der Partei sehr bald aufgefordert, den wachsenden Apparat der Zentralplanbürokratie zu verstärken.

³⁴⁶ GUTENBERG, 1951, S. 103ff.

³⁴⁷ Ebenda, S. 102.

³⁴⁸ Ebenda, S. 103.

³⁴⁹ Ebenda, S. 107.

³⁵⁰ HEFEKE, Verlagerung von Industrie- und Dienstleistungsunternehmen, S.142ff., 150f., 152ff.

- Das System zentraler Planwirtschaft war nicht imstande, sich individuelle Neigungen und Talente der Menschen zunutze zu machen. Auf dem Wege der Arbeitslenkung verfügte es beliebig über die gegebenen Leistungsmerkmale der Beschäftigten. Das wichtigste Ziel dabei lautete Planerfüllung und politische Disziplinierung.

3 Der volkseigene industrielle Sektor unter dem Diktat der Zentralplanwirtschaft

3.1 Die Investitionstätigkeit im volkseigenen industriellen Sektor

Der Wunsch nach Konsolidierung der Ökonomie, bzw. wirtschaftlichem Wachstum erforderte nach dem Krieg in allen Besatzungszonen die Bereitschaft zur Durchführung von Investitionen. Erfolg oder Mißerfolg dieser durch Konsumverzicht aufgebrachten Mittel, also die Effizienz ihrer Verwendung, hing entscheidend ab von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen jeder einzelnen Ökonomie.

In marktwirtschaftlichen Systemen entsteht die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote als Summe tausender Einzelentscheidungen unabhängiger Unternehmer. Betriebswirtschaftliche Kalkulationen auf der Grundlage der Information freier Preise und Märkten bestimmen die Investitionsentscheidungen der Unternehmen und lenken die entsprechenden Mittel ihrer effizienten Verwendung zu. Wie erfolgreich Investitionen tatsächlich sind entscheidet sich erst im Anschluß am Markt. Gleichwohl gilt die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote in der Marktwirtschaft als Frühindikator zur Einschätzung kommender wirtschaftlicher Entwicklungen, denn sie spiegelt die Erwartungen der Unternehmenseite über das künftige Marktgeschehen. Außerdem sind die Investitionen der Unternehmen auch ein wichtiger Teil der wirtschaftlichen Gesamtnachfrage und somit wiederum ein Impuls für die Angebots- also die Produktionsseite der Ökonomie.

Unter Verzicht auf Märkte und Preise verlegte sich die kommunistische Führung der SBZ/DDR auf die zentrale Anordnung von Investitionsplänen zur Verwirklichung politischer Zielvorgaben. Sie ging von der absurden Behauptung einer höheren Rationalität zentraler Planungsträger im Vergleich zu individuellen, dezentral planenden Unternehmern aus, obwohl beispielsweise Eugen Schmalenbach bereits gezeigt hatte, daß die Zentralplanbürokratie keine Kriterien besitzen konnte, um effiziente Investitionen durchzuführen.¹ Ökonomische Gesichtspunkte spielten bei diesen Entscheidungen tatsächlich eine untergeordnete Rolle. Angesichts der willkürlichen Investitionstätigkeit in der Ostzone, bot die Investitionsquote, ihre absolute Höhe sowie die Art ihrer Verwendung keine Grundlage für eine Prognose, wie sich Wirtschaft und Wohlstand des Wirtschaftsgebietes entwickeln würden. Bereits im Investitionssektor entwickelten sich Fehlinvestitionen und Verschwendung zu typischen Ausprägungen des in der SBZ/DDR installierten Systems zentraler Planwirtschaft. Vor diesem Hintergrund erhält die Analyse des Investitionsverhaltens in der SBZ/DDR ihre besondere Bedeutung. Fehlentscheidungen und planbedingte Verschwendung mußten sich aufgrund der rechnerischen Verknüpfung aller wichtigen Pläne unmittelbar im Produktionssektor fortsetzen, um sich dort abermals zu verstärken und dann im Bereich Absatz, bzw. Güterverteilung zu kulminieren.²

1 SCHMALENBACH, Eugen, Exakte Kapitallenkung, in: Schmalenbach, Eugen (Hrsg.), Betriebswissenschaftliche Beiträge, 1. Jahrgang, 1947, S. 21-27. Vgl. SCHNEIDER, Kriegswirtschaftsordnung, S. 56.

2 An dieser Stelle sei nochmals auf die Forschungsergebnisse Oskar Schwarzers verwiesen. Er attestierte der DDR-Wirtschaft für 1989 nur noch 17 Prozent Arbeitspro-

Vorliegende Studie ergab, daß die Erfolglosigkeit der zentral verwalteten SBZ/DDR-Wirtschaft schon 1949 klar hätte erkannt werden müssen. Sie zeichnete sich auf der mikroökonomischen Ebene - im System „volkseigener Betrieb“ - bereits klar ab. Dabei trat das Phänomen „Planabweichung“ in den Vordergrund. Im Bereich „Investitionen“ des volkseigenen Sektors war es allgegenwärtig und zeigte sich in unterschiedlichen Formen. Diese Erscheinung verdient besondere Betrachtung, denn sie bietet eine Möglichkeit, die Funktionsfähigkeit des Systems der SBZ/DDR-Zentralplanwirtschaft anhand seiner eigenen Maßstäbe zu untersuchen. Dabei wird das Ergebnis sichtbar in der Höhe der Differenz von Planaufträge und wirtschaftlichem Ergebnis.³

duktivität im Vergleich zur bundesdeutschen Ökonomie, in: SCHWARZER, Sozialistische Zentralplanwirtschaft, S. 166.

- 3 Die preis- und marktlose Wirtschaft der SBZ/DDR nach marktwirtschaftlichen Kriterien zu analysieren, ist letztlich unmöglich weil alle Untersuchungsmerkmale eben diese Ordnungsfaktoren (Preise und Märkte) voraussetzen. Hier soll statt dessen der Versuch unternommen werden, die Wirtschaft der SBZ/DDR „von innen“ her, durch Gegenüberstellung von Anspruch und Aktion, auf ihren Erfolg hin zu überprüfen. Soweit dabei Zahlenangaben aus den Prüfungsberichten zur Hilfe genommen werden, die „Mark der DDR“ bezeichnen, darf keinesfalls außer acht gelassen werden, daß sie unmittelbar definierten Güterquantitäten zugeordnet waren. Sogenannte „Preise“ in der SBZ/DDR waren reine Rechen- und Planungshilfen der Zentralplanbürokratie und besaßen *keinerlei wertmäßige Aussagekraft*; nicht über den Gebrauchswert, nicht über relative Werte oder über reale Knappheitsverhältnisse. Daran änderte sich bis zum Ende der DDR nichts: Noch auf der 10. Tagung des ZK am 9. November 1989, verlangte das ZK-Mitglied und „erster Sekretär“ der SED-Kreisleitung Reichenbach, Christa Hermann, *„den Begriff ‘Gebrauchswert’ neu zu definieren und ihm in der Leistungsbewertung einen wesentlich höheren Stellenwert einzuräumen.“* Sie fuhr fort: „Nur weil die Stückzahl rauskommen muß, produzieren Konfektionsbetriebe im Kreis Modelle, Maßstab dabei ist niedriger technologischer Aufwand, die kaum ein Bürger kauft. Es werden Ladenhüter produziert. Hier muß sich schnellstens etwas tun!“ (Aus HERTLE, Das Ende der SED, S. 246). Welch eine Bankrotterklärung des vierzig Jahre praktizierten Bewertungssystems in der SBZ/DDR und Beweis der Lernunfähigkeit ihrer Protagonisten.

Verständnishilfe: Als Hilfsmittel der staatlichen Zentralplanung waren die „Preise“ (=finanzielles Pendant zum Gegenstand) klar definierten Güterquantitäten *unmittelbar* zugeordnet. Die „Mark der DDR“ als allgemeine Bezeichnung einer „Währung“ zur beliebigen Bezahlung unterschiedlicher Güter ist darum irreführend vor dem Hintergrund ihrer tatsächlichen Verwendung. Einzelne Währungsfragmente hätten statt dessen lauten müssen auf: „Mark der DDR zur Bezahlung von 20 Backsteinen“ oder „Mark der DDR zur Bezahlung von 1 kg. Zellwolle“ usw. Ebenso, wie die Aufgabe „2 Äpfel + 3 Birnen = ?“ unsinnig ist, machte es in der Zentralplanwirtschaft keinen Sinn, Summen in „Mark der DDR“ zu „akkumulieren“, die planmäßig bereits bestimmten Gütern zugeordnet waren.

Diese Charakterisierung der „Mark der DDR“ verdeutlicht, wie gegenstandslos und ohne den geringsten Gehalt alle akkumulierten Zahlenwerke der SBZ/DDR-Wirtschaft, bis hin zum Staatshaushalt, waren. Das gilt auch für die Betrachtung von Tabelle 10 über betriebliche Planabweichung. Ihr Inhalt sind nicht allgemein vergleichbare Wertangaben als Spiegelbild der tatsächlichen, ökonomischen Situation des volkseigenen Sektors, sondern ausschließlich addierte, staatlich zementierte Verrechnungseinheiten für beliebige Güter.

Es existierte de facto nicht *die* „Mark der DDR“ - gleichermaßen geeignet zum Tausch gegen beliebige Güter -, sondern so viele unterschiedliche „Mark der DDR“, wie es bewirtschaftete Waren gab. Jede „Mark der DDR“ war entweder eine „Apfel-Mark der DDR“, eine „Birnen-Mark der DDR“, eine „Zement-Mark der DDR“ oder, oder, oder...

Dieses Faktum ist besonders wichtig zum Verständnis der kommenden Kapitel über das Thema „Planabweichung“.

3.1.1 Das Fallbeispiel VEB Stahl- und Walzwerk Riesa

Zur Verdeutlichung des üblichen Planungsprocedere betrieblicher Investitionen unter besonderer Berücksichtigung der jeweiligen Einflußmöglichkeiten von VEB und DWK erwies sich als besonders geeignet das Beispiel des VEB Stahl- und Walzwerk Riesa. Aus diesem Grunde wird es an wichtigen Stellen des Kapitels Erwähnung finden und als anschauliches Beispiel dienen. Zum Fall Riesa fanden sich in den Akten der DIB drei verschiedene Dokumente, vom Juli und August bzw. Mai 1949:

- Der Prüfungsbericht einer Revisorengruppe der DIB, die vom 4. bis 15. Juli 1949 den früheren Flick-Betrieb untersuchte.
- Ein technischer Prüfungsbericht über den VEB vom 26. August 1949. Er enthält eine Tabelle „über die Verwendung der Investitionsmittel“ für 13 eingeplante Objekte. Diese erlaubte eine vorsichtige Annäherung an das Maß der tatsächlichen Planabweichung.
- Ein Brief des VEB an die DWK vom 19. Mai 1949, der dem zusammenfassenden Protokoll des Prüfungsberichtes als Anlage hinzugefügt war. Hierhin begründete das Stahl- und Walzwerk Riesa seine bereits Monate zuvor aufgestellten Kostenvoranschläge für die einzelnen Investobjekte. Der Brief kontrastiert die unterschiedlichen Auffassungen von Betrieb und der Planbürokratie über die Höhe der zur Planerfüllung erforderlichen Investitionsmittel. Daß das Schriftstück drei Monate nach seiner Abfassung einem Revisionsbericht der DIB angehängt wurde, deutet darauf hin, daß es bis zu diesem Zeitpunkt weder eine Reaktion von Seiten der DWK bewirkt, noch sich die Probleme des VEB in der Zwischenzeit verkleinert hatten. Unverändert standen auch zum Ende der Gesamtbetrachtung, im August 1949, ausschließlich jene Investitionsauflagen zur Überprüfung durch die DIB, die ohne Berücksichtigung irgendwelcher Vorschläge der Riesa bereits Mitte Mai erteilt worden waren.

Die Gegenüberstellung der Schriftstücke relativiert den Aussagegehalt jedes einzelnen Prüfungsdokumentes erheblich. Der Prüfungsbericht vom Juli 1949 beschäftigte sich inhaltlich mit der „Verwendung der Investitionsmittel“. Dabei ging es insbesondere um formale Abrechnung und Buchungen durch den VEB. Die durch die DIB zur Verfügung gestellten finanziellen Investmittel schienen für planmäßig vorgesehene Investobjekte verwandt worden zu sein, was die Revisoren weitgehend zufrieden stellte. Sie protokollierten: „Zu wesentlichen Beanstandungen war kein Anlass vorhanden.“⁴ Ihre Kritik richtete sich allenfalls auf ein paar Kleinigkeiten bezüglich Konteneinrichtung, Verbuchung und (im Vergleich zur Gesamt-Investsumme) unbedeutenden Fehlbeträgen: „Zahlreichen Stichproben ergaben die Richtigkeit der Buchungen auf Anlage-Konto [... eine] Differenz von rd. DM 81.000,- konnte während der Revision nicht geklärt werden.“⁵ Bei einer „kurzen Besichtigung des Werkes“ muß den Prüfern gleichwohl die technische Seite der betrieblichen Entwicklung fraglich erschienen sein, denn sie protokollierten: „Zur eingehenden Beurteilung der technischen Anlagen ist eine Prüfung [...] unbedingt erforderlich.“⁶ Fünf Wochen darauf, im Juli 1949, folgte man diesem Vorschlag. Der technische Prüfungsbericht bestätigte für Buchhaltung und Rech-

4 DN3-1093, PB über VEB Stahl- und Walzwerk Riesa, 4.-15. Juli 1949, Bl. 4.

5 Ebenda, Bl. 2.

6 Ebenda, Bl. 3.

nungsführung nicht nur die Feststellung formaler Mängel, sondern fand auch klare Worte dafür: „Die Prüfung hat ergeben, dass klare, technische Abrechnungen, welche den jeweiligen Stand der verausgabten Investitionsmittel jederzeit erkennen lassen, nicht vorhanden sind, [...] Bautagebücher, Abnahmeprotokolle und Maschinenverzeichnisse nicht geführt werden.“⁷ Darüber hinaus signalisierte er immer wieder, daß eine Rentabilität des Betriebes nicht gegeben war. Eine Reihe von Daten, die im folgenden zu Tabelle 10 ausgebaut wurden, signalisierten auf den ersten Blick weitgehende Planerfüllung, weckten bei genauer Betrachtung allerdings Zweifel daran.

- Der dokumentierte Fertigungsstand entsprach nicht dem Stand der Kostenentwicklung.
- Technische Erfordernisse, die beim Aufbau des VEB von fachlicher Seite für unabdingbar gehalten wurden, spielten für die endgültige Investauflage fast keine Rolle.

Der oben erwähnte Brief des VEB an die DWK vom 19. Mai 1949, das älteste Dokument, wurde dem technischen Prüfungsbericht zur genaueren Dokumentation dieses Phänomens, beigelegt. Hierin prangerte die Betriebsleitung existentielle Mängel der konkreten Investitions- und Produktionssituation an, die nur so zu erklären waren, daß Riesa im Rahmen der Planwirtschaft keine Berücksichtigung fand, die den realen Verhältnissen des Werkes gerecht geworden wären. Die Dokumente sind vor dem Hintergrund zu interpretieren, daß das VEB Stahl- und Walzwerk Riesa, ebenso wie die übrigen Stahlwerke in der SBZ, zu jenen Betrieben gehörte, die aufgrund des durch den Zweijahrplan bevorzugten schwerindustriellen Sektors die besondere Aufmerksamkeit der staatlichen Wirtschaftsbürokratie genossen.⁸ Es ist also davon auszugehen, daß die Zustände im Stahlwerk ein Optimum dessen darstellten, was die Planwirtschaft der SBZ 1949 an Aufbaukraft, Flexibilität gegenüber einem Betrieb und Integration desselben in die Wirtschaft überhaupt zu leisten vermochte.

7 DN3-1093, TB VEB Stahl- und Walzwerk Riesa, vom 23. bis 26. August 1949, Bl. 6.

8 Der VEB Stahl- und Walzwerk Riesa fand sogar konkrete Erwähnung im Beschluß des Parteivorstandes über den Zweijahrplan am 30. Juni 1948. Vgl. Dokumente der SED, Bd. II, Berlin 1951, S. 56.

Tabelle 10: Planabweichung im Rahmen der Investitionsauflage 1949 des VEB Stahl- und Walzwerkes Riesa⁹

Objekt-Nummer	A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K
	Eingeplante Investsumme für 1949	Bau-stand in % zum 25.08. 1949	Buchmäßige Ausgaben bis 30.6.1949	Buchmäßige Ausgaben hochgerechnet zum 25.08.49	Investausgaben für den Fall proportionaler Entwicklung und korrekter Angabe des Baustandes	Differenz zwischen Ist- und Soll-Ausgabe	Absolutbetrag der Abweichung	Überschreitung	in Prozent	Unterschreitung	in Prozent
1	5.000.000,00	95	4.020.386,00	5.192.998,58	4.750.000,00	442.998,58	442.998,58	442.998,58	9,33		
2	200.000,00	90	569.528,00	735.640,33	180.000,00	555.640,33	555.640,33	555.640,33	308,69		
3	6.500.000,00	90	3.869.533,00	4.998.146,79	5.850.000,00	-851.853,21	851.853,21			851.853,21	14,56
4	6.000.000,00	30	595.099,00	768.669,54	1.800.000,00	-1.031.330,46	1.031.330,46			1.031.330,46	57,30
5	800.000,00	95	896.786,00	1.158.348,58	760.000,00	398.348,58	398.348,58	398.348,58	52,41		
6	400.000,00	90	322.043,00	415.972,21	360.000,00	55.972,21	55.972,21	55.972,21	15,55		
7	350.000,00	80	358.204,00	462.680,17	280.000,00	182.680,17	182.680,17	182.680,17	65,24		
8	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-	0,00	-
9	120.000,00	60	80.210,00	103.604,58	72.000,00	31.604,58	31.604,58	31.604,58	43,90		
10	1.800.000,00	80	1.466.262,00	1.893.921,75	1.440.000,00	453.921,75	453.921,75	453.921,75	31,52		
11	100.000,00	70	24.591,00	31.763,38	70.000,00	-38.236,63	38.236,63			38.236,63	54,62
12	400.000,00	35	48.189,00	62.244,13	140.000,00	-77.755,88	77.755,88			77.755,88	55,54
13	1.200.000,00	95	982.639,00	1.269.242,04	1.140.000,00	129.242,04	129.242,04	129.242,04	11,34		
	22.870.000,00		13.233.470,00	17.093.232,08	16.842.000,00	251.232,08	4.249.594,42	2.250.408,25	13,36	1.999.176,17	11,87
						Neutrale Planabweichung, bez. auf Spalte E: 1,49%	Prozentuale finanzielle Abweichung vom planmäßigen Investverlauf, bez. auf Spalte E: 25,23%	Positive Planabweichung 13,36%		Negative Planabweichung 11,87%	
						bedeutet: Originalangaben aus der angegebenen Quelle, alle nicht grau unterlegten Spalten wurden errechnet.					

9 DN3-1093, TB über VEB Stahl- und Walzwerk Riesa vom 23. bis 26. August 1949, Bl. 1.

Eingeschränkte Aussagefähigkeit der zur Erfolgskontrolle herangezogenen Daten

Manchmal enthielten Prüfungsberichte tabellarische Darstellungen über den Baustand der einzelnen Investitionsobjekte, der für sie jeweils veranschlagten Investsummen sowie deren „Einzelkosten“, die bis zu einem bestimmten Datum abgerechnet worden waren (Vgl. z.B. Tabelle 10, S. 151, Spalte B, C). Die Interpretation solcher Tabellen erfordert die Beachtung einiger Restriktionen.

Datengrundlage ohne objektiven Aussagegehalt

Grundsätzlich ist zu betonen, daß keine der Angaben eine objektive Größe darstellte.

- Die eingeplanten *Investsummen* veränderten sich aus den unterschiedlichsten Gründen auch im Laufe aktueller Planungszeiträume immer wieder und für die Betriebe scheinbar willkürlich.
- Die *Prozentangabe des gegenwärtigen Baustandes* war besonders subjektiv. Hier ließ sich fast beliebig verfahren, je nachdem, auf welche Weise unterschiedliche Bauabschnitte bewertet wurden.
- Die *Feststellung der buchmäßigen Ausgaben* zu einem beliebigen Datum entsprach - nach den Erfahrungen der Prüfer zu urteilen - niemals dem tatsächlichen Stand der verausgabten Mittel. Sämtliche Prüfungsberichte beklagten das Phänomen unvollständiger, nachlässiger oder sogar gänzlich fehlender Buchführung.

Schon an diesen Faktoren, die im Weiteren eine genauere Betrachtung erfahren, läßt sich ermessen, wie dünn diese Datengrundlage ist, um Informationen über exakte Abweichungen von den Investplänen daraus filtern zu können. Das aber kann auch nicht die Absicht dieses Kapitels sein. Angestrebt ist eine Aussage darüber, in welcher Größenordnung die festgestellten Planabweichungen lagen.

Datenbereinigung erforderlich

Typisches Merkmal dieser Tabellen war, daß, wie im Falle des VEB Riesa, Baustand und Kontostand mit verschiedenen Daten angegeben wurden; 25. August, bzw. 30. Juni. Die Differenz mehrerer Wochen oder sogar Monate entzog den Daten die gemeinsame Vergleichsgrundlage: „Die Geschäftsbuchhaltung [...] arbeitet mit zahlreichen Sonderkonten für Teil- und Einzelanlagen. Die Salden dieser Konten stehen den technischen Abteilungen, infolge des komplizierten Abrechnungsverfahrens, [erst] 5-6 Wochen nach erfolgter Ausführung zur Verfügung. Während dieser langen Zeitspanne ist eine Kontrolle der Konten unmöglich. Während der Prüfung [vom 23. bis 26. August] konnte die Geschäftsbuchhaltung den Stand der Neubau-Konten per 30.6.49 zur Verfügung stellen, hingegen wurde der Stand per 31.7.49 noch ermittelt. Zur klaren kostenmässigen Beurteilung eines Objektes ist jedoch der ungefähre Kostenstand am Prüfungstage erforderlich.“¹⁰ Um dieses Problem zu umgehen, d.h., beide Angaben in Relation setzen zu können, wurde im Rahmen der vorliegenden Studie der Stand der verausgabten Investmittel auf das spätere Datum der Prüfungsdurchführung hochgerechnet, an dem der Baustand ermittelt wurde. Es wurde dabei von der Annahme ausgegangen, die Investitionstätigkeit habe sich während der (nicht protokollierten)

10 DN3-1093, TB VEB Stahl- und Walzwerk Riesa, vom 23. bis 26. August 1949, Bl. 2.

Zwischenzeit, in Riesa z.B. seit dem 30. Juni, bis zum Datum der Baustandsermittlung linear entwickelt.

Subjektive Schätzung des Baustandes

Spalte E (Investausgaben für den Fall proportionaler Entwicklung und korrekter Angabe des Baustandes) enthält für jedes Investobjekt jenen Betrag, der nach offizieller Lesart und angesichts des dokumentierten Baustandes zum Termin der Besichtigung normalerweise hätte ausgegeben worden sein müssen. Hier wirkte sich das oben angesprochene Problem der subjektiven Einschätzung des Baustandes aus. Vorstellbar wäre z.B. der folgende Fall: Das gesamte Investobjekt wäre fertig gestellt worden, aber kleine, entscheidende und unter Umständen sehr teure Elemente, die unter Inkaufnahme großer Verzögerungen möglicherweise aus dem Westen zu beschaffen waren, fehlten noch.¹¹ In der Folge ließen sich die Angaben der Tabelle beliebig manipulieren: Der Baustand würde möglicherweise sehr hoch eingeschätzt, wohingegen die Tabelle einen erheblich niedrigeren Anteil tatsächlich verbrauchter Mittel darstellte. Dieser Fall suggerierte entgegen den Tatsachen die „Einsparung“ verplanter Mittel und beschönigte das Endergebnis der Tabelle u.U. erheblich - je nach Anteil des betreffenden Investobjektes an der Gesamt-Investsumme. Für Investobjekt Nr. 13 („Rohrwalzwerk“), waren für 1949 insgesamt 1,2 Mio. Mark veranschlagt und bis Ende Juni 982.639,- DM aufgewendet worden. Im August wurde der Fertigungsstand des Rohrwalzwerkes mit 95 Prozent angegeben. Wie war diese Angabe zu interpretieren, vor dem Hintergrund, daß der VEB schon im Mai reklamiert hatte, es wären insgesamt 5,5 Mio. Mark erforderlich, um das veraltete Rohrwalzwerk, das von der Sowjetunion geliefert werden sollte, rentabel arbeiten zu lassen! Das VEB ließ keinen Zweifel daran, daß die genehmigten Mittel nicht einmal zum Notwendigsten reichen. Aufgabe der Revision war aber nicht die Kontrolle der Rentabilität des Werkes sondern seiner Planerfüllung. Das mußte insbesondere bei der Beurteilung des Baustandes zu erheblichen Problemen führen. Was war darunter überhaupt zu verstehen? Die Besichtigung der Investobjekte erfolgte im VEB Riesa in aller Kürze: „Bei der Höhe der Objekte und der zur Verfügung stehenden Zeit konnten nur Stichproben durchgeführt werden.“¹² Dementsprechend flüchtige Schätzungen mußten auch zur Angabe der prozentualen Baustände geführt haben. Im Prüfungsbericht über den VEB Stahl- und Walzwerk Maxhütte Unterwellenborn war die Rede vom „geschätzte[n] Fertigstellungsstand in Prozenten“¹³. Genauer beschrieben wurde die Methode im Prüfungsbericht über die VVB Braunkohlenverband Borna: „Der Baustand, bzw. Fertigstellungsstand aller Objekte und deren Untergliederungen nach den bestätigten Kostenvoranschlägen wurde an Ort und Stelle in % en, bezogen auf die für 1949 eingeplanten Investitionsmittel, geschätzt.“¹⁴ Es wurde also versucht, den aktuellen Baustand im Vergleich zum geplanten Baustand am Ende der Planperiode nach Vorgabe der Investunterlagen anzugeben. Über diese Variante konnten VEB, DIB und DWK aufgrund ihrer abgewandelten Vorstellung der Mittelverwendung jeweils unterschiedlicher Meinung sein. So setzte das VEB auf praktikable Lösungen zum eigenen Nutzen,

11 Das waren z.B. Schalter, Gleichrichter, Messgeräte, Leistungsschreiber u.a.

12 DN3-1093, TB über VEB Stahl- und Walzwerk Riesa, 26. August 1949, Bl. 4.

13 DN3-1093, PB über VEB Stahl- und Walzwerk Maxhütte Unterwellenborn, 4. August 1949, Bl. 1.

14 DN3-1095, TB beim VVB Braunkohlenverband Borna vom 6. September 1949, Bl. 2.

während die DIB auf exakte Verwendung ihrer Mittel im Sinne der Planvorgabe achtete. Die DWK hingegen verfolgte insbesondere die güterwirtschaftliche Seite des Investitionsvorhabens und hatte ein Interesse daran, „planwidrige Verwendungen“ von Material zu verhindern. Die Prüfer der DIB bescheinigten dem Stand der Fertigung des Objektes Nr. 13, Rohrwalzwerk, 95 Prozent. Sie entsprachen damit insbesondere den Bedürfnissen der DWK. Die Selbsteinschätzung des VEB Riesa spielte dabei keine Rolle. Gleichwohl sahen die Prüfer der DIB möglicherweise auch die niederschmetternden Auswirkungen einer solchen Beurteilung für den Betrieb (Erwartung der Planbürokratie einer baldigen Aufnahme der Produktion, Finanzierungsstop der Investition usw.). Aus diesem Grunde integrierten sie den Brief des Stahl- und Walzwerkes Riesa an die DWK vom 19. Mai 1949 in ihren Bericht und wiesen mit Nachdruck darauf hin: „Die Anlage bildet einen wesentlichen Bestandteil dieses Berichts.“¹⁵ Am Investobjekt Nr. 13 kristallisierten sich die unterschiedlichen Bedürfnisse von Planbürokratie und VEB heraus. Schließlich blieb es mit 11,3 Prozent finanzieller Planüberschreitung erheblich unter der durchschnittlichen Abweichung. Es trug also dazu bei, glauben zu machen, Planwirtschaft könnte in der Praxis tatsächlich erfolgreich umgesetzt werden. Das Gegenteil war der Fall: Angesichts der Forderungen des VEB, mehrere Millionen Mark zusätzlich aufzuwenden, um das Werk rentabel zu machen, dokumentierte die relativ niedrige Abweichung nichts anderes, als das hohe Maß staatlicher Willkür.

Messung zu einem beliebigen Zeitpunkt innerhalb der Planperiode

Auch insofern ist die Aussagekraft der Tabelle beschränkt, als sie die Planabweichung allenfalls zum Datum der Feststellung des Baustandes offenbart, nicht aber zum Ende des Planungszeitraumes. Bis zum Ende des Planjahres verblieben in Riesa weitere vier Monate, in denen sich die Investobjekte zusätzlich verteuerten. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit war an eine Beendigung des Objektes Nr. 4, „Feineisenwalzwerk“, im Rahmen des bestehenden Planes nicht mehr zu denken. Obendrein wurde immer wieder beklagt, daß die kalten Monate zum Jahresende zu besonderen Schwierigkeiten - d.h. Teuerungen - bei der Planausführung führten, bis hin zum Brachliegen ganzer Baustellen. Zum Ende des Planungszeitraumes waren etliche Objekte entgegen der Vorgabe ihrer planmäßigen Fertigstellung noch immer nicht vollendet. Die vollständige Planabweichung zum Ende des vorgegebenen Zeitkorridors ließ sich anhand von Dokumenten der Revision nicht ermitteln. Alle zusätzlichen Einflußfaktoren (s.o.) fanden in das Endergebnis der vorliegenden Tabelle keinen Eingang. Sie geben aber Anlaß zur Behauptung, daß der Gesamtumfang der Planabweichung erheblich nach oben korrigiert werden muß.

Exponentielle Kostenentstehung zum Ende der Bauzeit und die Verwendung nicht registrierter Vorräte

In den Betrieben bestand der Trend, leicht zu realisierendes, billiges Material schnell zu verbrauchen. Hierzu gehörte auch der Einsatz nicht registrierter Vorräte. So ließ sich der Baustand voranbringen, ohne (jedenfalls offiziell) zusätzliche Materialkosten zu verursachen, welche die Planeinhaltung zusätzlich gefährdeten. Je weiter eine Investition fortgeschritten war, desto zäher und teurer gestaltete

15 DN3-1093, PB über VEB Stahl- und Walzwerk Riesa, 4.-15. Juli 1949, TB vom 23. bis 26. August 1949, zusätzlich: Anlage 1: Brief der Riesa an DWK vom 19. Mai 1949.

sich aber die Materialbeschaffung. Feine, teure, seltene Güter oder Zulieferteile ließen meist sehr lange auf sich warten. Infolgedessen entwickelten sich in Tabelle 10 die Kosten der Spalte D (buchmäßige Ausgaben, hochgerechnet zum 25.08.49), abweichend von der vorgenommenen linearen Rechnung, in Wirklichkeit exponentiell, was sich unmittelbar steigernd auf die Beträge der Spalte H (Überschreitung) auswirken mußte. In die abschließende Aussage über Planabweichungen bei der Investitionstätigkeit hätten diese zusätzlichen Teuerungen eigentlich eingerechnet werden müssen. Angesichts offiziell fixer Preise ließen sich steigende Aufwendungen zum Ende der Investitionen aber nicht konkret feststellen, weshalb diese Größe bei Erstellung der Tabelle vernachlässigt werden mußte.

Unvollständige Buchführung

Weitere Untertreibungen der tatsächlichen Planabweichung wurden verursacht durch die, nach Analyse der Prüfungsberichte, allgemein als unvollständig zu bezeichnenden Buchführung. Sie legt den Schluß nahe, daß auch jene Ausgaben, die beispielsweise in Riesa zum 30. Juni 1949 buchmäßig erfaßt worden waren, die tatsächlichen Kosten nicht widerspiegeln. Ganz zu schweigen von jenen außerplanmäßigen, in Eigeninitiative hergestellten oder verbauten Mitteln, die rechnungsmäßig sowieso nicht erfaßt wurden. Die Folge für das vorliegende Beispiel einer Planabweichungsrechnung in Tabelle 10 wäre eine abermalige Vergrößerung der Angaben in Spalte D (buchmäßige Ausgaben hochgerechnet zum 25. 08. 1949) und damit eine weitere Vergrößerung von Spalte F (Differenz zwischen Ist- und Sollausgabe; Spalte D minus Spalte E), deren Absolutbetrag als Grundlage zur Ermittlung der betrieblichen Planabweichung dient (Absolute Abweichung). Auch die Einflußgröße unvollständiger Buchführung muß an dieser Stelle zwar erwähnt werden, fand aber mangels genauerer quantitativer Beschreibung rechnerisch keinen Einzug in die Tabelle.

Formen der Planabweichung im Investitionssektor

Die unfreiwillige Abweichung vom vorgegebenen Wirtschaftsplan der SBZ/DDR machte sich im Investsektor der volkseigenen Industrie auf unterschiedliche Weise bemerkbar:

- Durch kostenmäßige *Überschreitung* der planmäßigen Investauflagen.
- Durch sogenannte *Materialengpässe*.
- Durch vermeintliche oder tatsächliche Unterschreitungen der Investauflagen, sogenannte *Ersparnis*.

Anhand der Tabelle für einzelne Betriebe waren der erste und dritte Punkt unmittelbar zu ermitteln. Die Differenz zwischen dem Betrag, der ausgegeben worden wäre, wenn sich das Investitionsverhalten zwischen dem 30. Juni und dem 25. August ebenso fortgesetzt hätte wie bis zum 30. Juni und der anhand des prozentualen Baustandes vom 25. August 1949 errechneten angemessenen Investausgabe (Spalte D minus Spalte E) wurde festgehalten in Spalte F. Sie beschreibt das Maß der anhand von Tabelle 10 feststellbaren Planabweichungen. Diese machten sich sowohl positiv (Planüberschreitungen), wie negativ (vermeintliche „Kosteneinsparungen“) bemerkbar, wobei ihre prozentuale Verteilung erheblich gestreut war. *In Riesa lag die Verteilung dieser, in Mark ausgedrückten Planabweichungen zwischen minus 57 bis plus 309 Prozent. Alle Zeilen weisen hohe Beträge auf. Offensichtlich existierte kein einziges Investobjekt, bei dem tatsächlicher Aufwand und Planrechnung übereingestimmt hätten.*

Der zweite Punkt, die sogenannten Materialengpässe, machten das Maß staatlicher Fehlplanung ganz praktisch erfahrbar. Gleichwohl ließ sich ihre Höhe für einzelne VEB kaum quantifizieren. Gesamtwirtschaftlich entsprach ihre sie jedoch mindestens der Summe sämtlicher Planüberschreitungen.

Budgetüberschreitungen - der Begriff der positiven Planabweichungen im Investitionssektor

Die regelmäßige Überschreitung avisierten Investbeträge mußte von den volkseigenen Betrieben für jedes Einzelobjekt begründet werden. Diese Erklärungen sollen anhand einiger Beispiele aus verschiedenen Werken im folgenden genauer dargestellt werden. Planüberschreitungen machten sich insbesondere in Form von Teuerungen bemerkbar, die das Maß der genehmigten Investitionsauflagen sprengten und das sogenannte System der Kontrolle durch die Finanzen¹⁶ aktivierten.

Übersicht 2: Begründung für Planüberschreitung

	Phänomen im VEB	Ursache
1	Zu niedrig angesetzte, unrealistische Kostenvoranschläge im Vorfeld der betrieblichen Investitionstätigkeit (als Verursacher von Kostenüberschreitungen eher selten)	● Kostenplanung und -rechnung unmöglich
2	Ausfallrisiko für technische Geräte sehr hoch	● technische Probleme ● veralteter Kapitalstock ● schlecht ausgebildetes Personal
3	Technische Verbesserungen, bzw., deren Umsetzung	● Kosten des technischen Fortschritts unkalkulierbar, da nicht planbar und nur unter Kaufnahme von Planänderungen ggf. realisierbar
4	Zu bezahlende Überpreise für Güter und Dienstleistungen	● Die Macht des Faktischen: Realität korrigiert fixe Preise
5	Bergen, Richten, Reparieren und Wiederaufbau im Betrieb	● Improvisationen unplanbar ● Überdimensionaler Lohnanteil ● Schlechte Qualität
6	Finanzierungsstop einzelner Investobjekte, sobald die vorgesehene Summe verbaut war.	● Grenzen der Elastizität des Zentralplansystems; Güterbewirtschaftung ohne Güter.
7	Einstellung der Investarbeiten und spätere Wiederaufnahme - zwischendurch ggf. Verfall der Baustelle	● Opportunitätskosten der planmäßigen Güterverteilung
8	Verminderte Qualität. Häufige Reparatur oder Ausbesserung erforderlich	● Opportunitätskosten der planmäßigen Güterverteilung

Diese Erscheinung ist als eindeutiger Trend für die Zentralplanwirtschaft der SBZ/DDR zu konstatieren. *Die Auswertung der Tabellen ließ keine andere Interpretation zu, als das Maß der dokumentierten „Teuerungen“ schon für das zweite Drittel des Planungszeitraumes in einer Größenordnung zwischen 20 und 80 Prozent anzusiedeln.* Hinzu kommen oben erwähnte, „versteckte

16 Vgl. BEYER, Achim, Die Einheit von materieller und finanzieller Planung. Theoretischer Anspruch und wirtschaftliche Praxis, in: GUTMANN, Gernot, Basisbereiche der Wirtschaftspolitik der DDR, Geld-, Finanz- und Preispolitik, Stuttgart 1983, S. 11-42. Beyer zeigt, daß es im Rahmen der Zentralplanwirtschaft niemals gelang, eine brauchbare Verknüpfung der materiellen und finanziellen Sphären der Ökonomie herzustellen. Vgl. auch FN 204, S. 354 und FN 19, S. 302.

Teuerungen“, die im Rahmen der betrieblichen Rechnungsführung nicht erfaßt werden konnten.

Sogenannte „Materialengpässe“

Teuerungen bei der Erstellung bestimmter Investobjekte mußten aufgrund spezifischer Eigenarten des Zentralplansystems - sie werden im Anschluß näher beschrieben - „erkauft“ werden durch Reduzierung materieller Zuwendungen bei Objekten, die politisch für weniger wichtig erachtet wurden. Ein Faktor, den Tabelle 10 nicht unmittelbar darstellen kann, da sie nur die Situation eines einzelnen VEB zeigt. Gleichwohl dürfen diese Auswirkungen nicht übersehen werden, denn sie dominierten fast den gesamten volkseigenen Sektor. Die Übertretung eingeplanter Aufwendungen verursachte nicht nur Mehrkosten an jener Stelle, wo sie entstanden, sondern bewirkte gesamtwirtschaftlich gesehen eine Abweichung vom Plan, die mindestens doppelt so hoch war, nämlich

- den Mehrverbrauch von Gütern bei protegierten Objekten und
- die Reduzierung der planmäßigen Zuteilung dieser zusätzlich benötigten Ressourcen bei anderen VEB.

Übersicht 3: „Materialengpässe“ nach zentraler Umverteilung

	Phänomen im VEB	Ursache
1	Materialengpässe; sie reduzierten zwangsweise den Verbrauch der unfreiwilligen „Geber-VEB“.	● Materielle Umverteilungsmaßnahmen der Zentralplanbehörde zugunsten politisch für wichtig befundener Bereiche.
2	Substitution hochwertiger Materialien durch minderwertige Qualität	● Materialeinsparung
3	Willkürliche Streichung ganzer Investobjekte	● Mangelnder Überblick der Zentralbürokratie über gesamte wirtschaftliche, materielle Ressourcen ● Verschwendung

Hinzu kamen selbstverständlich weitere „Transaktionskosten“ des Systems zentraler Planwirtschaft, wie z.B. praktische Organisations-, Transport- oder Lagerprobleme.

Hintergrund doppelter Planabweichung

Zum besseren Verständnis dessen, was unter „Planabweichung“ in der SBZ/DDR überhaupt zu verstehen war und wie sie sich in der Praxis der Zentralplanwirtschaft auswirkte, sollen folgende konstitutive Rahmenbedingungen der Zentralplanwirtschaft nähere Betrachtung erfahren:

- *Preisstop* - er veränderte den Teuerungsbezug im Vergleich zu seiner Verwendung in der marktwirtschaftlichen Ökonomie. Unter Ausscheidung eines objektiven Markt-Preissystems als Entstehungsort von Preisen, die durch einzelne Wirtschaftssubjekte nicht veränderbar waren, mutierte er zu einem relativen Begriff. „Teuerungen“ umschrieben nur noch Differenzen zur gütermäßigen Planvorgabe.
- Die *100-prozentige Verplanung aller erfaßten Ressourcen*. Sie bewirkte zwangsläufig, daß „Teuerungen“ (= überplanmäßiger Güterverzehr), z.B. bei der Errichtung von Investobjekten, die aus politischen Erwägungen für besonders wichtig erachtet wurden, an anderer Stelle der volkseigenen Wirtschaft Mängel hervorrufen mußten. Hier liegen Ursprung und Zwangsläufigkeit dessen, daß zentral verwaltete Wirtschaftssysteme stets Mangelwirtschaften sind.

Es handelt sich um einen der wichtigsten Unterschiede zum dezentralen System der Marktwirtschaft. Hier dient das Spiel von Angebot und Nachfrage als „Sicherheitsschleuse“. Weil die Nachfrageseite tausende, individueller Kaufentscheidungen für bestimmte Güter zeitlich versetzt deklariert, hat die Angebotsseite ausreichend Zeit, ihr Sortiment rechtzeitig zu ergänzen, zu erneuern, bzw. die Preise neu zu definieren. In der Regel gibt es darum keine vollständigen „Markträumungen“ zu einem bestimmten Zeitpunkt, bzw. daraus resultierend, Defizite in der Versorgung mit den betreffenden Gütern und Dienstleistungen. Im System der SBZ/DDR-Zentralplanwirtschaft bestimmte allein die Zentralplanbehörde das gesamtwirtschaftliche Güterangebot. Gleichzeitig destryierte sie die komplette Nachfrage: *Hyper-Anbieter traf auf Hyper-Nachfrager - beide vereint durch die Institution der Zentralplanbehörde*. Ihre „Abstimmung“ der beiden Ebenen verursachte den Zustand permanenter „Markträumung“¹⁷. Nach Auffassung der DWK sollten gerade hier wichtige Vorteile der Zentralplanwirtschaft gegenüber der Marktwirtschaft liegen. Man glaubte, die betriebliche Vorratshaltung zugunsten der Versorgung der Ökonomie reduzieren zu müssen. Aber das Gegenteil war der Fall. Große und kleine Planfehler, verbunden mit wirtschaftlichen Direktiven, die sich aus politischen Prioritätenlisten ergaben, bewirkten im praktischen Wirtschaftsgeschehen erhebliche Planabweichungstendenzen. Diese verstärkten sich gegenseitig, denn die Elastizität gesamtwirtschaftlicher Güterbeschaffung tendierte gegen Null. Der permanente Zustand systembedingter „Markträumung“ für sämtliche Güter zementierte das prägendste Charakteristikum der volkseigenen Ökonomie in der SBZ/DDR: allgegenwärtigen Mangel sowie die Tendenz zur Sicherheitshortung als Reaktion volkseigener Betriebe.

- Abgeleitet aus Preisstop und der 100-prozentigen Verplanung aller erfaßten Ressourcen ergab sich die unmittelbare Bindung einzelner Leistungen an konkrete Verrechnungseinheiten in Mark. *„Teuerungen“ beschreiben in der Zentralplanwirtschaft also den konkreten Mehrverbrauch von Ressourcen, ohne unmittelbar Einfluß auf das Wirtschaftsgeschehen auszuüben*. In Marktwirtschaften werden Preisänderungen, d.h. relative Wertverschiebungen unterschiedlicher Güter auf das interaktive Marktgeschehen - das Spiel zwischen Angebot und Nachfrage - zurückgeführt. Von hier kommen die entscheidenden Signale an die Unternehmer, die Produktionsfaktoren immer wieder neu zu kombinieren.

Dokumentationsproblem

Übertretungen der Investitionsauflagen, d.h., Planabweichungen nach oben, ließen sich im Rahmen strenger Rechnungsführungsvorschriften der volkseigenen Betriebe kaum leugnen. Planmäßig zugeteiltes Material sollte zweckbestimmt, z.B. im Investitionsbereich dieser VEB, aufgehen und durch die betriebliche Rechnungsführung dokumentiert werden. Der Bürokratie blieb im Rahmen des Systems keine andere Wahl, als überplanmäßig verbrauchte Werte entweder anderen Betrieben oder anderen Abteilungen desselben VEB vorzuenthalten. Dieses geschah aber schleichend und war für die betroffenen VEB zunächst nicht feststellbar. Woher sollten sie wissen, ob sie nur unter vorübergehenden „Materialengpässen“

17 „Markträumung“ nur im übertragenen Sinne, denn es existierten in der SBZ/DDR keine Märkte.

litten, oder ob ihnen von der Planbürokratie bewußt Material vorenthalten wurde, weil sein Einsatz an anderer Stelle für wichtiger gehalten wurde? Obwohl diese Einschnitte ebenso massiv gewesen sein müssen, wie die „Teuerungen“, denn die waren die andere Seite derselben Medaille, gibt es hier so gut wie keine Möglichkeiten der Dokumentation, abgesehen von der regelmäßig erfolgenden Klage über Engpässe. Ohne die planmäßig zuzustellenden Materiallieferungen war es den betroffenen Betrieben unmöglich, ihre Vorgaben im Rahmen der Investitionspläne zu verwirklichen, geschweige denn, im Anschluß ihre Produktionsauflagen zu erfüllen. Sie mußten unfreiwillig die Geschwindigkeit ihrer Entwicklung drosseln, was sich rechnermäßig nicht sofort niederschlug, denn die betreffenden Ressourcen kamen dort - entgegen der ursprünglichen Planung - schlichtweg nicht an. Dadurch verursachte Defizite zeigten sich erst zum Ende der Planperiode in Form nicht verwirklichter Planziele. Zurückgehaltene Güterkontingente „gingen unter“ im Nebel allgegenwärtigen Mangels. Dieser wurde von offizieller Seite zwar nicht geleugnet, aber als negative Erscheinung des praktischen Übergangs zur sozialistischen Wirtschaftsordnung verharmlost. Es gab keine Möglichkeit, die Höhe dieser Plan-Schäden konkret zu betiteln, es sei denn als Komplementär zum überplanmäßigen Güterverbrauch.

„Materialengpässe“ offenbaren Dauermangel

Wenn auch jede Zahlenangabe über Versäumnisse der staatlichen Materialbelieferung hypothetisch ist, steht dennoch außer Zweifel, daß die Probleme der VEB im Bereich sogenannter materieller Engpässe kulminierten. Als solche waren sie fast überall vorhanden und in den Prüfungsberichten von DIB und RTA ständig erwähnt. Selbst wenn es den Betrieben gelungen war, die zuständige VVB oder HV von ihrem Bedarf zu überzeugen und daraufhin die notwendigen Finanzierungsfreigaben zu erhalten, bedeutete das noch lange nicht, daß sie für die vorgesehenen Zahlungsmittel auch entsprechende Güterkontingente kaufen konnten. Die konkrete Materialplanung und -versorgung war bis zuletzt eines der größten Probleme der SBZ/DDR-Zentralplanwirtschaft. Die Ablehnung freier Märkte zum Austausch von Waren erforderte für die SBZ/DDR ersatzweise einen anderen Allokationsmechanismus. Das war der Zentralplan. Der war aber in demselben Maße unvollkommen, wie die Qualität der Wirtschaftsplanung unter Bedingungen einer marktlosen Ökonomie; er war in demselben Maße lückenhaft, wie den Verantwortlichen die Transparenz gesamtwirtschaftlicher Prozesse, Bedürfnisse, Materialvorräte sowie vorhandener Zahlungsmittel fehlte. Das System staatlicher Planung leistete der Situation des allgemeinen Mangels Vorschub, die sich bis hin zur bevorzugten Grundmittelindustrie¹⁸ deutlich bemerkbar machte.

Beispiel Baustoffe: Sie waren nirgendwo in den gewünschten Mengen, geschweige denn pünktlich zu erhalten. Vielmehr mußten die Betriebe u.U. monatelang darauf warten und erhielten meistens nur Bruchteile der Menge, die sie angefordert hatten. Die Einplanung von Baustoffen war relativ sinnlos für die VEB, solange die planmäßige Anlieferung nicht gewährleistet werden konnte. „Materialengpässe“, wie der Dauerzustand entnervender Belieferungsschwierig-

18 Grundmittel: „Anlagegegenstände, die während ihrer gesamten Nutzungsdauer ihre Gebrauchsform unverändert beibehalten.“ (Ökonomisches Lexikon, Bd. II, Berlin-Ost 1970, S. 842). Hierunter waren insbesondere die Investitionsgüterindustrie incl. Schwerindustrie sowie der Bereich Energieversorgung zu verstehen.

keiten mit notwendigem Material beschönigend genannt wurde, drückten sämtlichen Bereichen der Wirtschaft ihren Stempel auf. Es gab fast keinen Prüfungsbericht, der diese Probleme nicht thematisierte. Auch wenn es ihnen eigentlich um die Überprüfung der planmäßigen Verwendung von Invest-Geldern ging, ließen auch die Revisoren der DIB keine Gelegenheit aus, wenigstens nebenbei darauf hinzuweisen, daß sehr häufig Belieferungsschwierigkeiten für Probleme der VEB bei der Planeinhaltung verantwortlich waren. Manchmal verfaßten sie sogar Schreiben an die DWK, HV Materialversorgung, um derartige Mißstände anzuprangern. Die Revisoren vertraten häufig die Ansicht, die volkseigenen Betriebe hätten alles in ihrer Macht Stehende getan, um die eigene Versorgung sicher zu stellen. Sie waren der Überzeugung, daß nur übergeordnete Stellen die Lösung der Versorgungsprobleme herbeiführen konnten; vorausgesetzt, man würde ihnen die Zustände nur glaubwürdig genug zur Kenntnis bringen: „Wir weisen hierauf nachdrücklichst hin, damit etwaige Mängel zur reibungslosen weiteren Durchführung beseitigt und die fehlenden Materialien nach Feststellung beschafft werden können.“¹⁹ Auslöser für den Brief der DIB an die DWK waren in diesem Fall die Probleme des Braunkohlenverbandes Borna. Hier fehlte es „an allen Enden an Material.“²⁰ Produktion und Wiederaufbau des Werkes gerieten an vielen Stellen gleichzeitig ins Stocken. Wie umfassend die Liste der Engpaßmaterialien in Borna war, mit dementsprechend gravierenden Folgen für die Aufrechterhaltung von Investitionstätigkeit und Produktion, dokumentierte eine Liste der Braunkohlenverwaltung vom 6. September 1949: „Zement, Bauholz aller Art, Dachklebmasse, Schwellen, Dachpappnägel, Schienen, Gleisrücklaschen, normale Flachlaschen, Nebelungsplatten mit Vorstecker, Laschenschrauben, Schollkopfschrauben, Tirefonds, Schienennägel, Wellenstahl, Büchsenstahl, Federstahl, nahtlose Siederohre, Feinbleche, Mittelbleche, Grobbleche, Maschinenschrauben mit Muttern, Kesselnieten, Drahtstifte, Schweißelektroden, Drahtseile blank und verzinkt, Glühlampen, Baggerbolzen, Schakenbüchsen, Treibriemenleder, techn. Leder, Näh- und Rinderriemen, Winkeleisen, U-Eisen, Doppel-T-Träger, Rollenlager, Pendelrollenlager, Tonnenlager.“²¹ Zusätzlich wurde der Betriebsablauf durch Belieferung mit fehlerhaftem oder qualitativ minderwertigem Material belastet. Beispielsweise wurden von der Maxhütte Schienen geliefert, die nicht die nötige Härte aufwiesen.²² Die Strategie der volkseigenen Betriebe mußte lauten, nach Möglichkeit mit dem auszukommen, was überhaupt zu bekommen war, bzw. wichtige Dinge aus Schrott oder anderen „Rohstoffen“ selbst herzustellen.²³ Dieses Verfahren sicherte zwar eine improvisierte Aufrechterhaltung betrieblicher Arbeiten, zog aufgrund des damit verbundenen, erheblichen Arbeitsaufwandes aber enorme Verteuerungen im Vergleich zu den planmäßig vorgesehenen Kosten nach sich, wodurch die Planeinhaltung in Gefahr geriet: „Für Generatormäntel wurden grösstenteils alte Bleche verarbeitet und erfolgte die Zusammenstellung der Schüsse aus kleinsten Blecheinheiten. Das Glühen und Richten der alten

19 DN3-1095, Brief der DIB an die DWK vom 11. August 1949 bezüglich der Zustände im Braunkohlenverband Borna.

20 DN3-1095, PB bei dem Braunkohlenverband Borna vom 25. bis 29. Juli 1949.

21 DN3 1095, TB über den Braunkohlenverband Borna vom 6. September 1949, Anlage 6.

22 DN3-1095, PB bei dem Braunkohlenverband Borna vom 25. bis 29. Juli 1949.

23 Zum Selbstbau von Betriebsmitteln aus Schrott vgl. Martin, Freitaler Stahl-Industrie, S. 145f.

Schüsse verursachte bedeutende Mehrkosten.“²⁴ Der umgekehrte Fall waren Belieferungen mit Baustoffen, die von den Betriebsleitungen nicht erwartet wurden. Weil Zustellungen größerer Materialmengen äußerst selten vorkamen, stellten sich Betriebe darauf auch nicht ein. Sie wußten aber um den hohen Wert einer solchen Sendung, wenn sie sich überraschend einstellte. Darum bemühten sie sich, die Lieferung auf jeden Fall entgegenzunehmen, selbst dann, wenn sie momentan eigentlich nicht in das Betriebsgeschehen paßte. Es wurden vor Ort ggf. umfangreiche Aktivitäten zur Verarbeitung des Materials angestrengt, die sich mitunter chaotisch auf den Betrieb auswirken konnten: „Am Tage der Revision in der Brikkettfabrik Josef Briewig war man dabei, das Band der Förderanlage sowie die Rollen für das Band von Josef Briewig [beides, so die Quelle im Weiteren „völlig veraltet und abgenützt“, T.M.], nach Rosa Luxemburg zu transportieren, um dort einen Engpass zu überwinden. Werk Rosa Luxemburg erhielt unvorhergesehen eine grössere Menge Zement für Bunker (Generalreparatur). Wegen Mangel an Lagerungsmöglichkeit musste er sofort verarbeitet werden. Um den Betrieb nicht unnötig zu stören, bemühte man sich, die Förderanlage fertigzustellen, die zu diesem Bunker gehört. Da aber weder Förderband noch Rollen vorhanden, lenkte man diese vom Werk Josef Briewig nach Werk Rosa Luxemburg um. Werk Josef Briewig soll dafür das für Rosa Luxemburg bestellte Band erhalten. Wann diese Teile eintreffen, ist unbestimmt.“²⁵ Am Ende des Improvisations-Chaos erhielt die mit frischem Zement neu befestigte Förderanlage ein fast schrottreifes Band mit Rollen, „Josef Briewig“ war außer Funktion und wartete hinfür für unbestimmte Zeit auf die Lieferung fehlender Teile. Um den Zementverbrauch in der Kürze der Zeit einigermaßen sinnvoll durchführen zu können, waren Improvisationen erforderlich. Diese kamen dem VEB nicht sonderlich gelegen, andererseits hätte man den einmal gelieferten Baustoff unter keinen Umständen wieder hergeben wollen. Zusätzlich mußte der Betrieb befürchten, daß die Zentralplanbehörde eine Zurückweisung angelieferter Stoffe als Signal der Sättigung aufgefaßt hätte.

Westabhängigkeit

Die in der Auseinandersetzung um die Berücksichtigung der SBZ an der Verteilung amerikanischer Marshallplan-Hilfe besonders hervorgehobenen Autarkiewünsche der sozialistischen Führung führten dazu, daß geschäftliche Kontakte zum Westen auf das Notwendigste reduziert wurden.²⁶ „Westabhängigkeit“, sollte unter allen Umständen vermieden werden. Als rohstoffarmes Land war die SBZ aber insbesondere auf Erz- und Kohleeinfuhren angewiesen. Die traditionellen Handelsverbindungen zum Ruhrgebiet wurden gekappt und durch Verbindung zum sozialistischen Ausland ersetzt. Durch Ost-Lieferungen nicht zu ersetzen waren Produkte aus dem technologischen Bereich, die es ausschließlich im kapitalistischen Ausland zu kaufen gab. Obwohl die SBZ dringend auf den Import dieser Waren angewiesen war, kam er nur schleppend in Bewegung. Dementsprechend schwierig war auch die Berücksichtigung der notwendigen West-Güter im Rah-

24 DN3-1093, VEB Stahl- und Walzwerk Riesa, TB vom 23. bis 26. August 1949, Bl. 4.

25 DN3-1095, PB über Braunkohlenverwaltung Senftenberg vom 1. bis 10. November 1949.

26 Der Handel zwischen West- und Mitteldeutschland ging von 8 Milliarden Reichsmark im Jahre 1936 auf 2,5 Milliarden DM im Jahre 1965 zurück - Tendenz fallend. Vgl. HOFFMANN, Joachim, Zentralverwaltungswirtschaft am Beispiel der DDR, Frankfurt a.M./Berlin/München² 1969, S. 104f.

men betrieblicher und zentraler Pläne. Große VEB oder Werke, die laut Plan manchmal millionenschwere Investitionsprojekte umzusetzen hatten, mußten immer wieder auf verspätete Westlieferungen warten, um die Fertigstellung ihrer Investauflagen endlich durchführen zu können. In diesen Fällen reichte es nicht, wenn Repräsentanten der Betriebe und VVB zur DWK nach Berlin fuhren, um ihre Anliegen dort persönlich vorzutragen. Zusätzlich mußte auch die Deutsche Handelsgesellschaft (DHG) eingeschaltet werden. Durchzuführende Transaktionen wurden vollends undurchsichtig. In der Folge mußten die Betriebe erhebliche Ausfälle, kostspielige Umstrukturierungen, bzw. den alternativen Einsatz primitiverer Methoden verkraften. Der Betrieb „Degufrah“, Deutsche Gummiwaren Fabrik VEB (Z) in Berlin-Weissensee, errichtete eine komplette Trafostation, die ihren Betrieb aber nicht aufnehmen konnte, weil ein einziges Schaltelement fehlte, das im Osten nicht gebaut werden konnte.²⁷ Die Braunkohlenverwaltung Mückenbergs konnte eine fertig errichtete Gleichrichterstation nicht in Betrieb nehmen, weil eine „Lieferung der [...] in Braunschweig bestellten Gleichrichter“²⁸ bisher nicht erfolgt ist wegen des Ausbleibens einer Gegenlieferung von Schott-Jena nach Braunschweig“²⁹. Das Beispiel dokumentiert die Schwierigkeit von Kompensationsgeschäften sowie ihre lähmenden Auswirkungen auf das System zentraler Planwirtschaft in der SBZ/DDR. Der phasenweise praktizierte Materialtausch zwischen der SBZ und den westlichen Zonen verstärkte aufgrund seiner Unkalkulierbarkeit die Zweifel der volkseigenen Betriebe. Durch den zitierten Prüfungsbericht aufmerksam geworden, versuchte die DIB herauszufinden, wie es um das bilaterale Geschäft zwischen Braunschweig und Jena bestellt war. Immerhin hingen davon allein bei der BV Mückenbergs Investitionen in Höhe von 170.000,- DM ab, die von der DIB zur Verfügung zu stellen waren. Die Bank nahm Verbindung zur HV-Steine und Erden, Abteilung Glas, auf. Von dort wurde sie an die Berliner Vertretung von Schott verwiesen. Dort versuchte man in einem Telefonat mit Jena Genaueres zu erfahren, wurde aber enttäuscht. In Jena war von dem angeblichen Geschäft nichts bekannt. Es gelang der DIB nicht einmal, den Namen der Braunschweiger Firma ausfindig zu machen, von wo die Gleichrichter geliefert werden sollten. Die betriebliche Materialplanung blieb in ihren Anfängen stecken. Schließlich forderte die DIB den Betrieb auf, sich selbst wieder um diese Angelegenheit zu kümmern und gab den abschließenden Rat, „[...] sich unter näheren Angaben mit der HV Materialversorgung bei der DWK und mit dem Handelskontor direkt in Verbindung zu setzen, damit gegebenenfalls diese Stellen eingreifen können.“³⁰

Unsicherheit bezüglich der Planungsgrundlagen

Die Planung betrieblicher Materialanforderungen für Investitionen und Produktion basierten auf Angaben, die als bekannt vorausgesetzt wurden. Aber auch, was im Betrieb bekannt gewesen zu sein schien, konnte sich als ganz anders erweisen: Ging man beispielsweise in der Planung davon aus, einen bestimmten Maschinentyp einzusetzen, war es durchaus möglich, daß dieser entgegen der offiziellen Angabe nicht geliefert werden konnte. Die Planungen des Betriebes waren augenblicklich hinfällig und mußten erneut durchgeführt werden. Sollten ersatzweise

27 DN3-1339, PB über VEB Degufrah vom 16. Juni 1949.

28 Elektronisches Bauteil, das nur in den Westzonen hergestellt werden konnte.

29 DN3-1095, Brief der DIB an BKV Mückenbergs vom 26. August 1949.

30 Ebenda.

andere Maschinen beschafft worden sein, so mußte die Planung auf deren Produktionskennziffern neu aufgebaut werden. Regelmäßig hatten die Betriebe in solchen Fällen „Umstellungen von erheblicher Tragweite in preislicher und fabrikationstechnischer Hinsicht“³¹ durchzuführen.

Überhänge ohne Berücksichtigung im neuen Plan

Ebenso wie die finanzielle Planung der Betriebe darunter litt, daß „Überhänge“ - darunter verstand man nicht erfüllte Auflagen des vorangegangenen Planungszeitraums - nicht automatisch in den neuen Plan übernommen werden durften, gab es auch in der materiellen Planung keine Kontinuität. Die Rohstoffbelieferung für Überhänge aus der letzten Periode erfolgte mit besonderer Nachlässigkeit.³²

Budget nicht ausgeschöpft - der Begriff der negativen Planabweichungen im Investitionssektor

Was sich in Tabelle 10 scheinbar kostenmindernd auswirkte, hatte in Wirklichkeit wenig damit zu tun. Alle untersuchten Fälle waren rein rechnerischen Ursprungs und zeugten ggf. sogar von außergewöhnlich angespannten Finanzungsverhältnissen.

Übersicht 4: Begründungen vermeintlicher Planunterschreitungen

	Phänomen im VEB	Ursache
1	Zu hoch angesetzte, unrealistische Kostenvoranschläge im Vorfeld der betrieblichen Investitionstätigkeit. Wohl die häufigste Ursache negativer Planabweichungen.	● Kostenplanung und -rechnung unmöglich ● Sicherheitsbedürfnis der Betriebe
3	Unvorhergesehene Kostenreduzierungen, z.B. durch Beteiligung der Gemeinde am Bau einer Zufahrtsstraße, deren komplette Erstellung laut Investplan dem VEB zugeschrieben wurde	● Doppelte Verplanung von Gütern für dasselbe Objekt durch unterschiedliche Institutionen
4	Das unvorhersehbare Verhältnis zum Westen führte zu überraschenden Unterbrechungen der Handelsverbindung und suggerierte den Betrieben die Erscheinung unverbrauchter Mittel	● Nichtkonvertibilität der Mark der SBZ/DDR ● Devisenknappheit ● Autarkiebestrebungen
5	Falsche Einschätzung der Fertigungsstände durch das Prüfpersonal	● Subjektiv-willkürliche Schätzungsmethode

Dennoch sprachen die Prüfungsberichte teilweise von Kosteneinsparungen, wenn die Realisierung von Investobjekten nicht den dafür eingeplanten Betrag erforderte oder Einzelobjekte aus der Investauflage der Betriebe ganz gestrichen wurden. Diese Phänomene sollen im folgenden als „negative Planabweichungen“ bezeichnet werden, denn sie täuschten Kostenersparnisse allenfalls vor. Tatsächlich sind sie ein weiterer Beweis zentralplanwirtschaftlicher Fehlleistungen in erheblicher Höhe. Ihre Gründe konnten unterschiedlicher Natur sein:

- Planungsfehler, basierend auf falschen Schätzungen der erforderlichen Mittel durch VEB, VVE oder diverse Hauptverwaltungen der Zentralplanbehörde.
- Unvorhersehbare, erleichternde Ereignisse (Schönwetter, günstiger Baugrund usw.).

31 DN3-1339, PB über VEB Deka - Reifenwerke Ketschendorf bei Fürstenwalde vom 18. Juli 1949.

32 DN5-528, Beständeuntersuchung beim VEB Seiden- und Wollweberei Berga vom 30. August 1949.

- Unsicherheiten in der nachträglichen Bewertung erbrachter Leistungen durch Mängel der kostenrechnerischen Methoden. Beispiel: falsche Beurteilung des Fertigungsstandes.

Sie waren aber keinesfalls das Resultat betrieblicher Rationalisierungen oder der Erfolg von Bemühungen zur Steigerung der betrieblichen Produktivität. Sie waren nicht das Ergebnis der Suche nach wirtschaftlichen Lösungen. Finanzielle Planunterschreitungen zeigten aber explizit, daß planmäßig definierte Gütermengen nicht ihrem vorgesehen Zweck zugeführt worden waren. Sie traten mit großer Regelmäßigkeit auf und konnten teilweise solche Höhen erreichen, daß sie die positiven Abweichungen - also Übertretungen der genehmigten Investsummen - kompensierten oder überkompensierten. Die größte negative Planabweichung in Riesa wies das Investobjekt Nr. 4 („Feineisenwalzwerk“) auf. Entsprechend der politischen Leitlinie, die Schwerindustrie zu fördern, hatte man es mit einer Investitionsauflage von 6 Mio. Mark ausgestattet. Bis Ende August war laut Feststellung der Revision bestenfalls ein gutes Achtel der Gesamtsumme investiert worden. Gleichzeitig wurde der Baustand bereits mit 30% angegeben. Laut Prüfungsbericht vom 15. Juli war man bis zu diesem Zeitpunkt allerdings nur damit beschäftigt gewesen, „in Vorbereitung der Errichtung der Feineisenstrasse [...] umfangreiche Arbeiten zur Beseitigung alter Fundamente“³³ durchzuführen. Aus dieser Differenz errechnete sich in der Tabelle ein „Bauvorsprung“ im Vergleich zur „Kostenseite“ im Wert von über 1 Mio. Mark. Die „Einsparung“ dieses einen Objektes entsprach gut 57 Prozent jener Summe, die nach Plan eigentlich dafür hätte ausgegeben werden müssen (Spalte E).

Die Neutrale Planabweichung - das Verschleiern von Planverfehlungen

Planüberschreitungen und -unterschreitungen neutralisierten sich am Ende der Spalte summa summarum auf relativ unbedeutende Beträge. In Riesa betrug diese, sie soll im folgenden mit „neutraler Planabweichung“ bezeichnet werden, mit 251.232,08 Mark gerade mal knapp 1,5 Prozent der planmäßigen Investausgaben für den Fall proportionaler Entwicklung (Spalte E). Im Bereich der Investitionen stellte sich heraus, daß die volkseigenen Betriebe bei Verrechnung der positiven und negativen Abweichungen von ihrer planmäßigen Ausgabenstruktur (ermittelt in Tabelle 10 anhand des festgestellten Baustandes) dazu tendierten, die Gesamtsumme der ihnen zugewiesenen Investmittel allenfalls moderat zu überschreiten. Das bedeutete, daß es ihnen kaum, bzw. in den meisten Fällen überhaupt nicht möglich war, das Maß der planmäßig zugewiesenen Gütermengen (ausgedrückt in Verrechnungseinheit „Mark“), irgendwie aufzustocken. *Diese Art der Überschreitung lag im Durchschnitt der VEB, deren Prüfungsunterlagen vergleichbares Material enthielten, bei ca. 20 Prozent.*³⁴ Selbstverständlich konnten die volkseigenen Betriebe nicht mehr Güter verbrauchen, als der Wirtschaft insgesamt zur Verfügung standen. Das bedeutete, daß die festgestellten rd. 20 Prozent der übrigen Wirtschaft oder weniger wichtigen Bereichen des betref-

33 DN3-1093 PB über die Verwendung der Investitionsmittel beim VEB Stahl- und Walzwerk Riesa vom 4. bis 15. Juli 1949, Bl.3.

34 Für das VEB Maxhütte, dessen PB auch im beschreibenden Teil auf überreichliche Warenversorgung (erste politische Priorität!) hindeutete, erreichte die neutrale Planabweichung im Vergleich zu allen anderen Betrieben einen Spitzenwert von plus 56,4 Prozent!

fenden VEB abgezogen worden sein mußten. Offensichtlich wurden die Betriebe der Schwerindustrie unter Mißachtung der gesetzlichen Wirtschaftspläne durch die DWK zusätzlich protegiert. Diese vom Plan nachträglich abweichende Verteilung verfügbarer Ressourcen mußte die Ausgabenstruktur der nicht bevorzugten Betriebe trotz selbst zu verzeichnender Teuerungen einzelner Investobjekte, insgesamt unter das Niveau ihrer planmäßigen Investauflagen drücken. Die neutrale Planabweichung beim VVB Braunkohlenverband Borna betrug beispielsweise minus 5,1 Prozent (vgl. Tabelle 11).

Tabelle 11: Planabweichung im Rahmen der Investitionsauflage 1949 der VVB Braunkohlenverband Borna³⁵

Objekt-Nummer	A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K
	Eingeplante Investsumme für 1949	Baustand in % zum 31.8.49	Buchmäßige Ausgaben bis 31.7.1949	Buchmäßige Ausgaben hochgerechnet zum 31.08.49	Investausgaben für den Fall proportionaler Entwicklung und korrekter Angabe des Baustandes	Differenz zwischen Ist- und Soll-Ausgabe	Absolutbetrag der Abweichung	Überschreitung	in Prozent	Unterschreitung	in Prozent
1	1.000.000,00	10	134.201,00	153.372,57	100.000,00	53.372,57	53.372,57	53.372,57	53,37		
2	2.000.000,00	90	1.969.435,00	2.250.782,86	1.800.000,00	450.782,86	450.782,86	450.782,86	25,04		
3	340.000,00	80	81.851,00	93.544,00	272.000,00	-178.456,00	178.456,00			178.456,00	65,61
4	450.000,00	70	167.903,00	191.889,14	315.000,00	-123.110,86	123.110,86			123.110,86	39,08
5	300.000,00	70	264.686,00	302.498,29	210.000,00	92.498,29	92.498,29	92.498,29	44,05		
6	700.000,00	50	118.663,00	135.614,86	350.000,00	-214.385,14	214.385,14			214.385,14	61,25
7	120.000,00	85	60.414,00	69.044,57	102.000,00	-32.955,43	32.955,43			32.955,43	32,31
8	617.000,00	65	144.585,00	165.240,00	401.050,00	-235.810,00	235.810,00			235.810,00	58,80
9	174.000,00	80	73.648,00	84.169,14	139.200,00	-55.030,86	55.030,86			55.030,86	39,53
10	200.000,00	25	63.114,00	72.130,29	50.000,00	22.130,29	22.130,29	22.130,29	44,26		
	5.901.000,00		3.078.500,00	3.518.285,71	3.739.250,00	-220.964,29	1.458.532,29	618.784,00	16,55	839.748,29	22,46
						Neutrale Planabweichung, bez. auf Spalte E: Minus 5,1 %	Prozentuale finanzielle Abweichung vom planmäßigen Investverlauf, bez. auf Spalte E: 39%	Positive Planabweichung 16,55%		Negative Planabweichung 22,46%	
	bedeutet: Originalangaben aus der angegebenen Quelle, alle nicht grau unterlegten Spalten wurden errechnet.										

Absolute Planabweichung - Voraussetzung zur Ermittlung der tatsächlichen Größenordnung praktizierter Planverfehlungen

Das Prinzip der Planwirtschaft verlangte nach exakter Erfüllung der wirtschaftlichen Vorgaben, also Planerfüllung. Darunter war insbesondere zu verstehen, Kostenübertretungen zu vermeiden, die im Rahmen fixer Preise und staatlicher Warenbewirtschaftung unmittelbar mit überplanmäßigem Güterverzehr gleichzusetzen waren. Auch negative Planabweichungen repräsentierten das Scheitern des vorgegebenen Wirtschaftsverlaufs, was im Abschnitt über die „negativen Abweichungen“ genauer begründet wurde. Aus diesem Grunde kann das tatsächliche Maß der Planabweichung - wenn auch nur annähernd - nur durch Addition des Absolutbetrages aller Abweichungen (Summe von Spalte G) dargestellt werden. An dieser Stelle ergab sich für das VEB Stahl- und Walzwerk Riesa (Tabelle 10, S. 151) im Gegensatz zur „neutralen Planabweichung“ ein Wert von 4,25 Mio. Mark, also einer Abweichung von einem Viertel (25 Prozent) im Vergleich zur avisierten Ausgabenstruktur zum entsprechenden Zeitpunkt. Addiert werden müssen außerdem die Folgen des Phänomens „Planabweichung aufgrund von Materialengpässen“ als Komplementär zur ausgewiesenen Teuerung. Zur Anzeige dieses Phänomens ist Tabelle 10 nur bedingt geeignet. Die Höhe der Teuerungen signalisiert aber, wie hoch die „Einsparungen“ waren, die im Gegenzug an beliebiger Stelle der Wirtschaft, ggf. sogar teilweise im eigenen VEB, durchgeführt werden mußten (vgl. Tabelle 11, S. 166 für den BV Borna).

3.1.2 Die Investitionsplanung

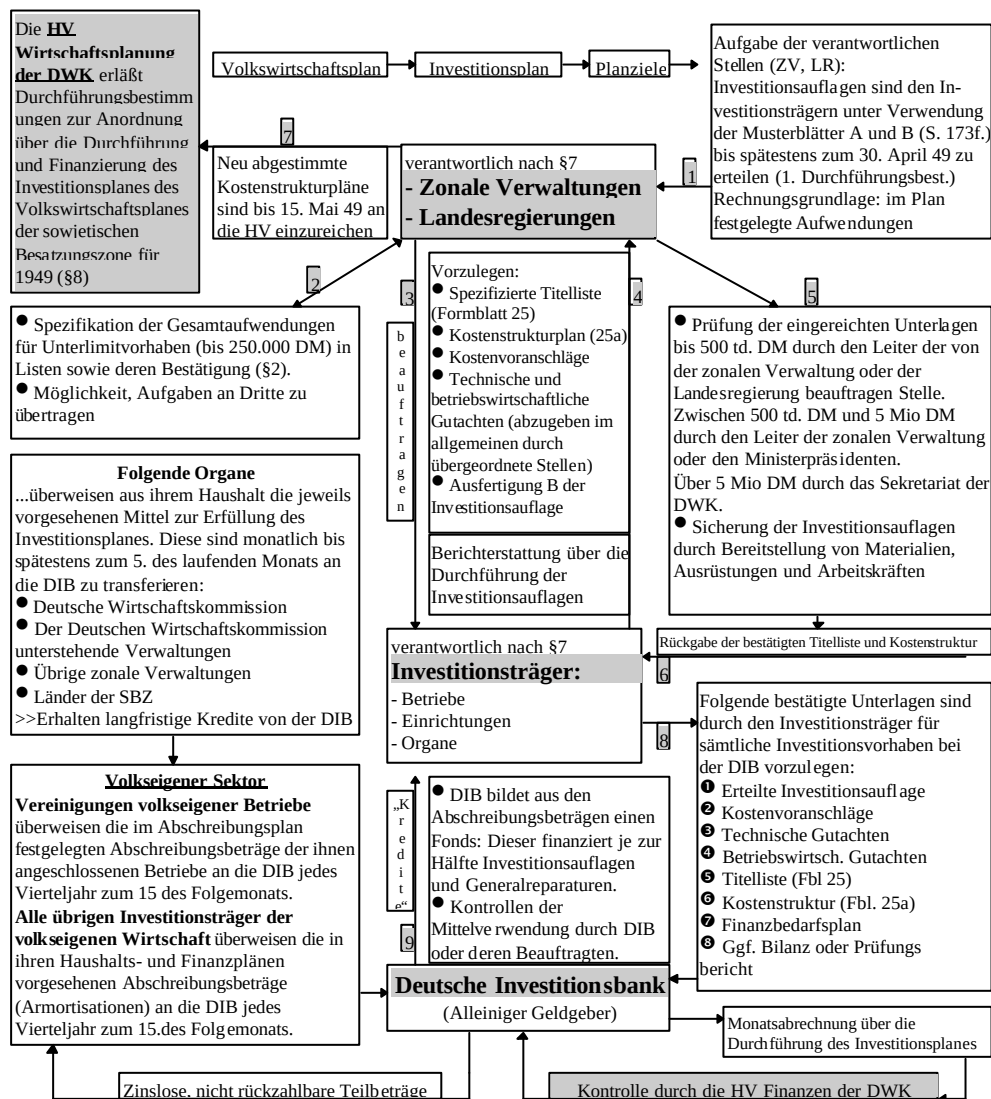
Die betriebliche Planung einer bestimmten Periode hatte sich am vorgegebenen Volkswirtschaftsplan auszurichten, d.h. an der konkret für den Betrieb vorgesehenen Investitions- und Planaufgabe. Sie konnte von betrieblicher Seite nur geringfügig abgeändert werden. Entgegen der offiziellen Propaganda handelte sich bei dieser Phase keineswegs um einen ernst zu nehmenden Planungsprozeß innerhalb der VEB, sondern um ein reines Zustimmungspedecere. Es wurde aber für die Öffentlichkeit verbrämt, als verfügten die volkseigenen Betriebe tatsächlich über nennenswerte Rechte zur Selbstbestimmung.

Formale Grundlagen

Die Investitionstätigkeit der volkseigenen Betriebe in der SBZ/DDR gestaltete sich im ersten Jahr des Zweijahrplanes 1949/50 ausgesprochen schwierig. Ob die Leitungen der volkseigenen Betriebe Investitionen durchführten, hing nicht von ihrer eigenen Einschätzung der betrieblichen Erfordernisse ab, sondern war eine Entscheidung der politischen Führung. Die eigentliche Investplanung erfolgte außer Haus. Ein ausgeklügeltes Meldesystem (vgl. Kapitel „Das Meldewesen im volkseigenen Sektor“, S. 333) im volkseigenen Sektor sollte die Wirtschaftsführung über alle vorhandenen Kapazitäten und Gütervorräte aufklären. Zusätzlich basierend auf den Ergebnissen des Halbjahrplanes im 2. Halbjahr 1948 sowie den Vorgaben des Zweijahrplanes 1949/50, wurde der erste Volkswirtschaftsplan errechnet. Dieser umfaßte die Planziele für das Jahr 1949, incl. gesamtwirtschaftlicher Investitionen und Produktionspläne. Alle volkseigenen Betriebe erhielten sogenannte Produktionsaufträge, die ihnen vorschrieben, was und wieviel sie im kommenden Jahr zu erzeugen hatten. Produktionsziele setzten aber die Durchführung von Investitionen voraus, die gleichermaßen zentral geplant wurden. Aus dem gesamtwirtschaftlichen Investitionsplan ergaben sich sogenannte vorläufige

Investitionsauflagen, die den einzelnen VEB, je nach der Art ihrer Verwaltung, von unterschiedlichen Stellen zugestellt wurden. Grundlage des gesamten Investitionsprocedere, von den Vorgaben des groben Volkswirtschaftsplans bis hin zur gültigen Investitionsauflage, war die „Anordnung über die Durchführung und Finanzierung des Investitionsplanes des Volkswirtschaftsplanes der sowjetischen Besatzungszone für 1949“ vom 30. März 1949 sowie dazugehörige Durchführungsbestimmungen (vgl. die folgende Abbildung 2).

Abbildung 2: Anordnung über die Durchführung und Finanzierung des Investitionsplanes des Volkswirtschaftsplanes der sowjetischen Besatzungszone für 1949 vom 30. März 1949 sowie die erste und zweite Durchführungsbestimmung zur Anordnung vom 20. April bzw. 31. Mai 1949³⁶



Die Anordnung trat rückwirkend zum 1. Januar 1949 in Kraft, nachdem sie vom Sekretariat der DWK am 30. März 1949 beschlossen worden war. Ihr § 1 verstand unter „Investitionsvorhaben“ den „gesamten Umfang einer neu zu errichtenden bzw. wiederaufzubauenden Anlage, die örtlich eine in sich geschlossene Ein-

36 ZVOBl. Nr. 33/1949, S. 259, S. 262ff, S. 393 und ZVOBl. I, Nr. 50/1949, S. 439 und FND Nr. 3, Anlage III, S. 39ff.

heit darstellt“. Produktionsauflage und Investauflage waren Basis der nun einsetzenden, betrieblichen „Planungstätigkeit“. Orientiert an der vorläufigen Investauflage ermittelten die VEB, wie hoch und welcher Art ihr erforderliches Anlagekapital zur Verwirklichung der Produktionsauflage sein mußte. Die Differenz zum Gegenwärtigen beschrieb die durch den Betrieb errechnete Höhe notwendiger Investitionen. Normalerweise lagen die erteilten Investauflagen aber erheblich darunter. Im technischen Prüfungsbericht über den VEB Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf übten die Revisoren harsche Kritik, weil die Summen der offiziellen Investauflage bei weitem nicht ausreichten, um zumindest die wichtigsten Investitionen zu tätigen: „Die Kostenanschlagswerte des Investitionsplanes für das Jahr 1949 entbehren der konstruktiven Grundlage. Wie soll ein umfangreiches Walzprogramm ohne die bisherige Einplanung des Walzenlagers (Wert ca. DM 5.000.000.-) noch in diesem Jahre anlaufen? Kann eine Kesselanlage auf längere Zeit ohne Wasserreinigungsanlage mit Flußwasser gespeist werden? Aus welchen Mitteln soll der Ausbau der elektrischen Anlagen [...] gedeckt werden? Diese Fragen lassen erkennen, daß in der Gesamtplanung die klare Linie fehlte und die jeweiligen Aufbaubedürfnisse von Fall zu Fall nur zwangsweise erkannt wurden.“³⁷ Anhand „vollständiger“ Investitionsunterlagen (Investauflage, Titelliste, Kostenstruktur Kostenvoranschläge, technische und betriebswirtschaftliche Gutachten) mußten die VEB sämtliche Investitionsvorhaben objektweise bei der Zentralplanbehörde beantragen (vgl. Abbildung 2). In der Regel hatten sie dabei keine Chance, ihre Vorstellungen über die erforderlichen Investitionen durchzusetzen; zu detailliert und nach politischen Prioritäten aufgeschlüsselt war über die Verteilung der verfügbaren Ressourcen zuvor bereits vorher entschieden worden (vgl. Tabelle 12). Der beschriebene Konflikt ist ein typisches Beispiel für das schwierige Verhältnis zwischen volkseigenen Betrieben und Planbürokratie.³⁸ Die untersuchten Prüfungsberichte dokumentierten kein einziges Beispiel, daß ein Investitionsobjekt exakt mit jener Summe hätte erstellt werden können, die offiziell dafür bestimmt worden war. Das widersprüchliche Planungsverfahren war im Bereich der Investitionen Ausgangspunkt willkürlicher Entscheidungen und machte die Protagonisten Zentralplanbehörde und volkseigene Betriebe automatisch zu Rivalen im Kampf um die subjektiv bessere Lösung.

Untaugliche Kostenvoranschläge

Nirgendwo kommt dieser „Kampf“ deutlicher zum Ausdruck, als im Zusammenhang mit den obligatorischen betrieblichen Kostenvoranschlägen für alle geplanten Investobjekte.

Am Beispiel des *VEB Stahl- und Walzwerk Riesa* läßt sich das Verfahren willkürlicher Kürzungen der Investitionsmittel durch die DWK nachvollziehen. Im Februar/April 1949 hatte der VEB auf Grundlage der „von der SMAD befohlenen Wiederaufbautermine und [...] von der DWK gestellten Produktionsauflagen“³⁹ bei seiner VVB (VESTA) umfassende Kostenvoranschläge bezüglich sämtlicher Investobjekte eingereicht. Im Betrieb wurden jene Investitionen geplant, die man für unbedingt erforderlich hielt, um die im Rahmen des Zweijahr-

37 DN3-1093, TB über die VEB Stahl- und Walzwerke Hennigsdorf vom 25. Juni bis 4. Juli 1949, Bl. 2.

38 Vgl. LANGE, Fritz, Erscheinungen, S. 8f.

39 DN3-1093, PB über VEB Stahl- und Walzwerk Riesa, 4.-15. Juli 1949, Bl. 2.

planes geforderten Leistungen erbringen zu können. Die Kostenvoranschläge wurden zunächst zwar bestätigt, dann aber in Form der ersten offiziellen Investitionsauflage des VEB Riesa für das Jahr 1949, vom 17. Mai 1949, durch die DWK stark verändert. Die eingereichten Kostenvoranschläge in Höhe von insgesamt 34.185.760,- Mark wurden auf 23.370.000,- Mark zusammengestrichen.⁴⁰ Das entsprach einer Kürzung von 32 Prozent. Der VEB sah unter diesen Umständen keine andere Perspektive als die Einschränkung „des uns im Jahre 1949 im Rahmen des Zweijahresplanes auferlegten Produktionssolls“⁴¹. Die leitenden Herren des VEB erklärten gegenüber der Revision „ausserordentlich deutlich“⁴², durch die Kürzungen der Investmittel werde dem VEB die „Aufbauplanung, Erfüllung der eingegangenen Zahlungsverpflichtungen und Erfüllung des auferlegten Produktionssolls unmöglich gemacht“⁴³. Außerdem waren von der DWK nachträglich neue Vorhaben in Höhe von ca. 4,3 Mio. Mark eingeplant worden, wovon 3,2 Mio. in Westmark zu bezahlen waren; ein Umstand, der beim VEB sofort größte Schwierigkeiten bei der Realisierung befürchten ließ.⁴⁴ Obendrein lagen bestätigte Kostenvoranschläge für diese Investobjekte nicht vor.⁴⁵ Am 12. Mai 49 war die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit dem Westen erfolgt⁴⁶, woraufhin durch Firma Schloemann aus Düsseldorf eine Zusage für die Lieferung einer Mitteleisenstraße eintraf, die sich unter den eingeplanten Investobjekten befand. Daraufhin wäre schnelle Liquidität vonnöten gewesen. Schloemann verlangte die schnelle Bezahlung von 3,75 Mio. Mark.⁴⁷ Der DWK gelang es nicht, diese Forderung zu erfüllen. Die Revisoren konstatierten: „Kostenvoranschläge bilden bei den Millionenobjekten preislich nur ein rohes Skelett.“⁴⁸ Als Grund dafür nannten sie die Vernachlässigung wichtiger Kriterien, die sich zwar erheblich auf die tatsächliche Kostengestaltung auswirkten, aber im Rahmen der Planaufstellung kaum vorhersehbar waren:

- Unvorhergesehene praktische Schwierigkeiten (Wetter, Transport, Widrigkeiten der unmittelbaren Aufgabe).
- Verarbeitung von Altmaterialien (z.B. Schrott).
- Unterteilung der erforderlichen Lieferungen nach ihrer Herkunft in „West und Ost“.

„Die wichtigsten Anlageteile der Walzenstrassen wurden bzw. werden im Westen beschafft, während Rollengänge usw. von Schloemann, Düsseldorf, gegen einen entsprechenden Verdienstzuschlag [letzte zwei Worte i.O. unterstrichen, T.M.] direkt bei Ostfirmen bestellt werden.“⁴⁹

40 DN3-1093, TB vom 23. bis 26. August 1949, Anlage 1: Brief der Riesa an DWK vom 19. Mai 1949, Bl. 2 gibt die Summen nur unvollständig wieder.

41 DN3-1093, PB über VEB Stahl- und Walzwerk Riesa, 4.-15. Juli 1949, Bl. 2.

42 Ebenda.

43 Ebenda.

44 DN3-1093, TB VEB Stahl- und Walzwerk Riesa, vom 23. bis 26. August 1949, Bl. 2.

45 Ebenda, Bl. 4.

46 Infolge der Beendigung der Blockade Berlins nach fast 12 Monaten. Die SMAD gab den Verkehr zwischen Westdeutschland und Berlin auf Schienen, Straßen und Kanälen wieder frei.

47 DN3-1093, Anlage 1, Brief des VEB Riesa an DWK vom 19. Mai 1949, S. 5.

48 DN3-1093, TB VEB Stahl- und Walzwerk Riesa, vom 23. bis 26. August 1949, Bl. 3.

49 Ebenda.

Tabelle 12: Konfrontation betrieblicher Kostenvoranschläge und staatlicher Investauflage im VEB Stahl- und Walzwerk Riesa⁵⁰

Objekt-Nummer		A	B	C	D	E	F
		Durch die DWK am 17. März 1949 eingeplante Investsummen für 1949	Kostenvoranschlag des VEB als Grundlage für die offizielle Investauflage	Neuer Verhandlungsversuch des VEB Riesa vom 19. Mai 1949 nach Abschmettern seiner ersten KVA durch die DWK	Differenz zwischen KVA des VEB und offizieller Investauflage durch die DWK	Differenz zwischen Nachbesserungsvorschlag des VEB Riesa vom 19. Mai und offizieller Investauflage vom 17. März 1949	Differenz zwischen erstem KVA des VEB Riesa und seiner Nachbesserung vom 19. Mai 1949
1	Neubau von 3 SM-Öfen	5.000.000,00	5.744.400,00	5.744.400,00	744.400,00	744.400,00	0,00
2	Ausbau Generatoren	200.000,00	500.000,00	500.000,00	300.000,00	300.000,00	0,00
3	Mittleisenwalzwerk	6.500.000,00	9.844.000,00	8.856.000,00	3.344.000,00	2.356.000,00	-988.000,00
4	Feineisenwalzwerk	6.000.000,00		7.223.000,00	ohne Angabe	1.223.000,00	ohne Angabe
5	Rohrschweisserei	800.000,00	1.190.000,00	1.190.000,00	390.000,00	390.000,00	0,00
6	Erweiterung Dampfzentr.	400.000,00			ohne Angabe	ohne Angabe	ohne Angabe
7	Erweiterung Schalthaus	350.000,00	523.100,00	523.100,00	173.100,00	173.100,00	0,00
8	Pumpstation	0,00	47.370,00	47.370,00	47.370,00	47.370,00	0,00
9	Presswasserzentrale	120.000,00	160.000,00	160.000,00	40.000,00	40.000,00	0,00
10	Eisenbauwerkstatt	1.800.000,00	1.886.750,00	1.886.750,00	86.750,00	86.750,00	0,00
11	Soziale Einrichtungen	100.000,00	126.000,00	126.000,00	26.000,00	26.000,00	0,00
12	Wohnungsbau	400.000,00		625.000,00	ohne Angabe	225.000,00	ohne Angabe
13	Rohrwalzwerk	1.200.000,00	2.800.000,00	5.500.000,00	1.600.000,00	4.300.000,00	2.700.000,00
	Summe	22.870.000,00	22.821.620,00	32.381.620,00	6.751.620,00	9.911.620,00	1.712.000,00
	Summe aller offiziellen Investauflagen für Einzelobjekte, für die ein konkreter KVA des VEB Riesa dokumentiert ist. (Vgl. Spalte B)	16.070.000,00			Die betrieblichen KVA überstiegen die genehmigte Investauflage um 42,01 Prozent		
	Summe aller offiziellen Investauflagen für Einzelobjekte, für die ein konkreter zweiter Verhandlungsversuch des VEB Riesa dokumentiert ist. (Vgl. Spalte C)	22.470.000,00				Die Nachbesserungsvorschläge des VEB Riesa überstiegen die genehmigte Investauflage um 44,11 Prozent	
bedeutet: Originalangaben aus der angegebenen Quelle, alle nicht grau unterlegten Spalten wurden errechnet.							

Tabelle 12 dokumentiert für den Fall des VEB Riesa die gegensätzlichen Positionen über die Höhe der erforderlichen Investitionsmittel von Seiten der Behörde, bzw. des VEB. Die Kostenvoranschläge des VEB Stahl- und Walzwerkes Riesa vom Februar/April, bzw. Mai 1949 sind in den Prüfungsberichten nur unvollständig enthalten (Objekte 4, 6 und 12 fehlen). Vollständige Angaben über die anderen Investobjekte lieferten aber ausreichend Informationen, um ein klares Bild über die unterschiedlichen Auffassungen von Planbürokratie und volkseigenem Betrieb zu ergeben. Die Differenz zwischen dem ersten bestätigten Kostenvoranschlag des VEB Riesa und der offiziellen Investauflage belief sich bei zehn von insgesamt 13 Objekten (Spalte D) auf über 42 Prozent der staatlichen Investauflage. Nach ausführlicher Beschäftigung mit der einschränkenden Investauflage sowie unter Einbeziehung des aktuellen Standes der bilateralen Wirtschaftsbeziehung zwischen SBZ und den westlichen Zonen, versuchte der VEB seine Kostenvoranschläge zu revidieren: Objekt Nr. 3 (Mittleisenwalzwerk) ließ sich um eine knappe Million Mark reduzieren, weil das Vorhaben aufgrund besagter wirtschaftlicher Komplikationen mit den Westzonen sowieso in das nächste Planjahr verschoben werden mußte. Objekt Nr. 13 (Rohrwalzwerk), so hatte sich herausgestellt, war eine veraltete Anlage, die aus der SU geliefert worden war. Ihrem desolaten Zustand entsprechend, verlangte der VEB darum eine erhebliche Aufstockung der Investitionsauflage: „[Es] muß darauf hingewiesen werden, daß

50 DN3-1093, wie FN 47, S. 170 und FN 48, S. 170.

durch diese Ergänzungen der bestehenden Anlage erst eine Wirtschaftlichkeit für die Rohrfertigung erreicht werden kann.“⁵¹ Für alle übrigen Objekte bestätigte und begründete der VEB dieselben Kostenvoranschläge wie gehabt (vgl. Spalte F). Diese „Kontinuität“ betrieblicher Kostenvoranschläge, hinweg über einige Monate, mag verwundern. Sie stellt die Wahrnehmung der zentral verwalteten Wirtschaft aus mikroökonomischer Perspektive des VEB in den Vordergrund. Offensichtlich wähnte sich das Werk für diese Phase stabilen Rahmenbedingungen ausgesetzt und es sah keinen Grund, seine ersten Kostenvoranschläge zu verändern:

- Die äußeren Umstände des Betriebes, wie „Preise“, Löhne oder technische Fragen der Geschäftsabwicklung wurden subjektiv als konstant empfunden. Dabei spielte für das Werk keine Rolle, welches Maß gesamtwirtschaftlicher Effizienz diese unveränderlichen Daten bewirkten.
- Die Werksleitung sah keinen Grund, die betriebliche Bedürfnisstruktur neu zu überdenken. Diese war dominiert von der Suche nach technischen Lösungen der Produktion und darum kurzfristig unabhängig vom Wirtschaftssystem und den unterschiedlichen Versuchen der DWK, die Werke zu größerer Produktivität anzutreiben, bzw. Planeinhaltung zu erzwingen.
- Der gültige Zweijahrplan diktierte Produktionsauflagen, die von den VEB zumindest als mittelfristig konstante Wirtschaftsziele begriffen wurden.

Aus Sicht der Betriebe hätte so der subjektive Eindruck entstehen können, als lieferte die Zentralplanwirtschaft alle Grundlagen, um betriebliche Investitions- und Finanzplanung, z.B. die Erstellung von Kostenvoranschlägen, zu ermöglichen. Die Fakten des betrieblichen Alltags sprachen aber eine andere Sprache: Angenommen, die stockenden Wirtschaftsbeziehungen zum Westen hätten den Forderungen des VEB Stahl- und Walzwerk Riesa nach Freigabe zusätzlicher Investmittel für Objekt 3 (Mittleisenwalzwerk) nicht ohnehin jede Berechtigung genommen: *Die Höhe der nachträglichen Forderung finanzieller Mittel durch das Werk hätte die vorgeschriebene Investauflage um fast 50 Prozent überschritten!* Hier scheiterten die Kostenvoranschläge des VEB Riesa. Ihr schwaches Fundament waren die Bedingungen jener scheinbaren, subjektiv wahrgenommenen „Stabilität“. Selbst detaillierte Kenntnisse technischer und wirtschaftlicher Bedürfnisse des Werkes mußten wirkungslos verpuffen, solange sie darauf aufbauten. Die planbürokratische Vorschrift der gesamtwirtschaftlichen Güterverteilung erzwang den Weg in das Chaos.

Das Beispiel der VVB *Kali und Salze, Halle*, chemische Industrie⁵², dokumentiert das Phänomen totaler Planungsunsicherheit in einem weiteren Wirtschaftssektor. Die Dokumente über die Vereinigung „Kali und Salze“ betrafen 20 verschiedene Werke und erlaubten darum Beobachtungen von allgemeinerer Aussagekraft als die Betrachtung eines einzelnen VEB. Ein Brief, den die Vereinigung⁵³ an die HV Chemie der DWK richtete, galt einem von ihr aufgestellten

51 DN3-1093, PB über VEB Stahl- und Walzwerk Riesa, Anlage 1: Brief der Riesa an DWK vom 19. Mai 1949, S. 8.

52 Eine von sechs VVB der chemischen Industrie in Sachsen-Anhalt, neben den Vereinigungen „Alcid“ Ammendorf, „Organa“, „Kohlenwertstoffe“, „Pharma“ und „Variochem“, sämtlich in Halle.

53 DN3-1247, Brief der VVB Kali und Salze an die HV Chemie der DWK vom 27. Juni 1949.

„Zusatzplan“ mit der Bitte um Genehmigung (vgl. im folgenden Tabelle 13, S. 175). Die Investauflagen der angeschlossenen Werke wurden darin durch die VVB einer Nachkalkulation unterzogen und weitgehend überarbeitet. *Alle erfüllten Anträge auf Planänderung*, ausgenommen vier jener Werke, die von Anfang an nicht im Investitionsplan der Vereinigung berücksichtigt worden waren. Kürzungen und Planaufstockungen gingen kreuz und quer durcheinander, wobei unter dem Strich eine Anhebung der Investauflagen angestrebt wurde. In elf ihrer Werke nahm die Vereinigung sogenannte Einsparungen vor, indem sie die bestehenden Investauflagen zusammenstrich (vgl. Tabelle 13, Spalte F). Diese Kürzungen entsprachen 12,96 Prozent der gesamten Investauflage. Sie fanden in sieben von elf Fällen in den Quellen keinerlei Begründung. Wurden sie erklärt, so nahmen sich die Argumente äußerst schwach aus: „Umgestaltung aus der Not heraus“, „Ersparnis für Unvorhergesehenes“, „doppelte Einplanung“ oder Nennung beliebiger Investobjekte, an denen angeblich zu sparen war. Hervorzuheben ist ein Phänomen, das erst auf den zweiten Blick auffällt: Sämtliche Werke, die summa summarum Kürzungen hinzunehmen hatten (Lfd. Nr. 2,3,5,8,12,13,15), erfüllten eine Beschneidung ihrer bestätigten Investauflagen, die sich ausnahmslos im Bereich von 10 Prozent bewegten (vgl. Tabelle 13, Spalte G). Dieser Schnitt war offensichtlich mit dem Lineal gezogen und konnte unmöglich das Ergebnis vernünftiger, wirtschaftlicher Überlegungen sein. Die Streichungen ergaben insgesamt eine Summe, etwa in Höhe des doppelten Betrages, den die Vereinigung zusätzlich von der DWK forderte. Der Verdacht drängt sich auf, diese Vorgehensweise wäre bereits vor Einreichen des sogenannten Zusatzplanes zwischen der VVB und der DWK, HV Chemie, abgesprochen gewesen. In diesem Sinne waren die „Einsparungen“ nicht das, als was sie dargestellt wurden, sondern schmerzliche Einschnitte in die Aufbaubemühungen der betreffenden VEB. Sowohl die aus der Not heraus, innerhalb der Vereinigung zwangsumgeleiteten, Mittel als auch die von der DWK zugesagten Beträge, sollten nun Verwendungen zugute kommen, die zu Zeiten der Planaufstellung noch nicht abzusehen waren. Dabei handelte es sich insbesondere um Vorbereitungen des tatsächlichen Kaliabbaus, wie z.B. Grubenaufschlußarbeiten. Das Beispiel dieser „Zusatzplanung“ zeigt anschaulich, wie groß die Anfälligkeit der Planvorgabe für eine komplette Vereinigung war und welche umständliche Methoden der Mittelbeschaffung erforderlich wurden, um ein Minimum sinnvoller Aufbauarbeit im Rahmen der Zentralplanwirtschaft leisten zu können:

- Zunächst stellte die VVB fest, daß, abweichend von der ursprünglichen Investauflage, erhebliche Verschiebungen der Investitionsstruktur erforderlich waren, beispielsweise weil grundlegende Vorbereitungsarbeiten nicht richtig berücksichtigt worden waren. Das bedeutete in erster Linie Teuerungen.
- (Angenommene) Rücksprachen bei der DWK stützten die ursprünglichen Bedenken der VVB auf ein Minimum: Sie konzentrierte sich im folgenden ausschließlich auf die Umsetzung der wichtigsten Vorhaben, die zu großen Teilen aus dem eigenen, bereits bestätigten, Invest-Fundus bewerkstelligt werden mußten. Selbst unter diesen Bedingungen stellte die VVB erforderliche Teuerungen in Höhe von 16,77 Prozent des bestätigten Planes fest (vgl. Tabelle 13, Spalte E). Anders, als die zwangsweise vorgenommenen Kürzungen, vermochte die VVB ihre Forderungen sehr drastisch und eindringlich zu begründen. Sie versuchte sogar, Druck auf die DWK auszuüben, indem sie eine

„Schädigung des Volksvermögens“ - ein Straftatbestand - für den Fall unterstellte, daß ihr Zusatzplan keine Anerkennung fand.⁵⁴

- Zur „Finanzierung“ dieser Vorhaben strich sie zwecks Umverteilung einigen ihrer Betriebe die ursprünglich festgelegte Investauflage, was insgesamt 12,96 Prozent des bestätigten Plans waren (Spalte F). Obwohl die Quellen nicht die tatsächlichen Ansichten der VVB wiedergaben, dokumentierten sie bereits eine Planabweichung (Teuerungen plus „Einsparungen“) von insgesamt 29,73 Prozent.
- Die fehlenden 3,81 Prozent (Teuerungen minus „Einsparungen im eigenen VVB) wurden von der DWK als „unbedingt erforderlich“ angefordert. (Spalte G)

Soweit der Stand vom Juni 1949. Die Fortsetzung dieser Angelegenheit wurde im November 1949 dokumentiert:

54 Vgl. Tabelle 13, „Zusatzplanung der VVB Kali und Salze vom 27. Juni 1949“, S. 175, Spalte J, Objekt-Nr. sieben.

Tabelle 13: Zusatzplanung und „endgültige Plansumme“ der VVB Kali und Salze im Juni und November 1949⁵⁵

A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K
Laufende	Zum VVB Kali und Salze gehörige Werke	Bestätigter Plan für 1949	Nachbeantragung durch die VVB vom 27. Jun. 1949	Teuerung	Einsparung	Differenz zum 1. Plan / prozentuale Abweichung	Begründung der in den VEB vorgenommenen Kürzungen der Investitionsaufträge durch die VVB	„Endgültige Plansumme“ vom 9. Nov. 1949	Differenz zum 1. Plan / prozentuale Abweichung	Differenz zum Zusatzplan / prozentuale Abweichung
1	Flußpatbergwerk Fluor	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00	0,00	0,00
2	Kaliwerk Staufurt	508.000,00	457.000,00	147.000,00	198.000,00	minus 51.000,00 (-10,04%)	"Aus der Not heraus soll die Investitionsaufträge wie folgt umgestaltet werden"	387.000,00	minus 121.000,00 (-23,82%)	minus 70.000,00 (-15,32%)
3	Kaliwerk Kl-Schierstedt	145.000,00	131.000,00		14.000,00	minus 14.000,00 (-9,66%)	Keine Angabe von Gründen für die "Ersparnis".	144.000,00	minus 1.000,00 (-0,69%)	13.000,00 (9,92%)
4	Kaliwerk Aschersleben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00	0,00	0,00
5	Kaliwerk Krügershall	822.000,00	740.000,00		82.000,00	minus 82.000,00 (-9,98%)	Keine Angabe von Gründen für die "Ersparnis".	540.000,00	minus 282.000,00 (-34,31%)	minus 200.000,00 (-27,03%)
6	Kaliwerk Roßleben	1.492.000,00	1.559.000,00	216.000,00	149.000,00	67.000,00 (4,49%)	Zu streichen (Ersparnis) 149.000 Mark für "Unvorhergesehenes" Stattdessen zusätzliche Ausgaben von 216.000 Mark für Grubenaufschlußarbeiten, Transportanlagen, Werkzeuge, ...	1.226.000,00	minus 266.000,00 (-17,83%)	minus 333.000,00 (-21,36%)
7	Kali- und Salzbergwerk Bartsleben	0,00	71.000,00	71.000,00		71.000,00	"die Arbeiten müssen jetzt unbedingt zu Ende geführt werden, da sonst eine Schädigung des Volksvermögens eintreten würde."	71.000,00	71.000,00	0,00
8	Salzbergwerk Neustadt	56.000,00	50.000,00		6.000,00	minus 6.000,00 (-10,71%)	Keine Angabe von Gründen für die "Ersparnis".	5.000,00	minus 51.000,00 (-91,07%)	minus 45.000,00 (-90,00%)
9	Salzbergwerk Bernburg-Gröna	0,00	57.000,00	57.000,00		57.000,00	"Hier sind folgende Projekte dringend durchzuführen"	42.000,00	42.000,00	minus 15.000,00 (-26,32%)
10	Hallesches Salzwerk	0,00	130.000,00	130.000,00		130.000,00	"Für diesen Betrieb war in der Investitionsauftrag bedauerlicherweise nichts zugebilligt worden. Trotzdem müssen wir folgende Projekte nachbeantragen."	130.000,00	130.000,00	0,00
11	Fluoritwerk	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00	0,00	0,00
12	Drei Konen und Ehrh	1.000.000,00	891.000,00	50.000,00	159.000,00	minus 109.000,00 (-10,90%)	Nach den KVA ergibt sich eine Einsparung von 74.000, Doppelte Einplanung von 85.000, zusätzlich: Arbeiten für 50.000 Mark. "Diese Arbeiten sind notwendig, um die Produktionserhöhung durchführen zu können."	708.000,00	minus 292.000,00 (-29,20%)	minus 183.000,00 (-20,54%)

⁵⁵ DN3-1247, Investitionsauftrag, Zusatzplanung der VVB Kali und Salze vom 27. Juni 1949 und endgültige Plansumme im November 1949.

13	Kaltwerk Glückauf	2.465.000,00	2.218.000,00		247.000,00	minus 247.000,00 (-10,02%)	Keine Angabe von Gründen für die "Ersparnis".	1.498.000,00	minus 967.000,00 (-39,23%)	minus 720.000,00 (-32,46%)
14	Flußpatbergwerk Gottesgabe	33.000,00	89.000,00	59.000,00	3.000,00	56.000,00 (169,7%)	"Zur Beendigung der bereits 1948/49 begonnenen Projekte noch folgende Beträge unbedingt erforderlich."	89.000,00	56.000,00 (169,70%)	0,00
15	Flußpatbergwerk Gehren	110.000,00	97.000,00		13.000,00	minus 13.000,00 (-11,82%)	Keine Angabe von Gründen für die "Ersparnis".	97.000,00	minus 13.000,00 (-11,82%)	0,00
16	Flußpatbergwerk Ilmenau	22.000,00	25.000,00	5.000,00	2.000,00	3.000,00 (13,64%)	Eingeplant waren 22 td. Mark für Wohn- und Fördermaschinenhaus. Zu ändern auf 20 td. Mark "mit der Bitte, gleichzeitig für Durchführung der ganz dringend erforderlichen Dachreparaturen an den Produktionsgebäuden zusätzlich 5.000 td. Mark zu bewilligen"	25.000,00	3.000,00 (13,64%)	0,00
17	Werk Alexandershall	347.000,00	553.000,00	240.000,00	34.000,00	206.000,00 (59,37%)	Eingespart werden können 34.000 Mark. "[Für die baldige Förderung des Werkes ist es t.m.] erforderlich, nicht nur die für Ubertage-Arbeiten eingeplanten Investitionen, sondern auch die entsprechenden Aufschluß- und Aufräumungsarbeiten durchzuführen."	553.000,00	206.000,00 (59,37%)	0,00
18	Grube Geyer Ehrenfriedersdorf	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	Sonderfall: Werk wurde erst laut Beschluß der DWK vom 18. Feb. 1949 der Leitung der VVB Kall und Salze unterstellt. Die "mitgebrachte" Investanlage von 228.000 Mark wurde eigenmächtig halbiert.		0,00	0,00
19	Flußpatbergwerk Wiedersberg	0,00	114.000,00	114.000,00		114.000,00	"Für Beschaffung von Büroausstattungen, Schreibmaschinen, Rechenmaschinen, Buchungsmaschinen und Kraftwagen bitten wir insgesamt 85.000,- zu bewilligen."		0,00	minus 114.000,00 (-100,00%)
20	VVB Verwaltung	0,00	85.000,00	85.000,00		85.000,00		85.000,00	85.000,00	0,00
	Summe	7.000.000,00	7.267.000,00 (103,81%)	1.174.000,00* (16,77%)	907.000,00 (12,96%)	267.000,00 (3,81%)		5.600.000,00	minus 1.400.000,00 (-20,00 %)	minus 1.667.000,00 (-22,94%)

* Die Summe von 1.174.000,- Mark in Spalte E setzt sich zusammen aus 522.000,- "Einsparungen" im eigenen VVB sowie der Nachforderung aus Spalte G.
 = Angaben direkt aus den Quellen entnommen. Alle nicht grau unterlegten Angaben wurden errechnet

Offensichtlich hatte der Zusatzplan die Billigung der DWK gefunden: Die Anlage zum Abschlußprotokoll über eine durchgeführte Prüfung der Vereinigung Kali und Salze vom 9. November dokumentierte die exakten Einzelsummen des im Juni beantragten „Zusatzplans“ unter der Spalte „bisherige Plansumme“. Eine weitere Spalte, „endgültige Plansumme“, zeigte hingegen, daß auch der bestätigte „Zusatzplan“ vom Juni keinen Bezug zur betrieblichen Realität herzustellen vermochte (vgl. Spalte H). Die Umstände hatten ihn längst aus den Angeln gehoben. Während der Zusatzplan immerhin eine Steigerung des bestätigten Planes um 3,81 Prozent vorgesehen hatte, sah die „endgültige Plansumme“ Kürzungen des vormals bestätigten Planes um 20 Prozent, bzw. die Kürzung des Zusatzplanes um 22,94 Prozent vor (vgl. Spalten I und J). Hervorzuheben war dabei, daß erneut jene Werke (Ifd. Nr. 2, 5, 8, 12 und 13) besonders abgeschöpft wurden, auf deren Kosten bereits die internen Umverteilungsmaßnahmen der Vereinigung im Monat Juni gegangen waren. Diese weitere Beschneidung bedeutete für sie, 73,07 Prozent der gesamten neuerlichen Kürzungen verkraften zu müssen. Dabei verloren sie bis zu 91 Prozent ihrer ursprünglich bestätigten Investsumme (Nr. 8, VEB Salzbergwerk Neustaßfurt).

Das Beispiel der *VVB Kali und Salze in Halle* beweist, welche Auswirkungen die im späteren Kapitel „Formen der Planabweichung im Produktionssektor“, S. 226ff, „Sogenannte „Materialengpässe“, beschriebenen Phänomene der doppelten Planabweichung auch innerhalb von Vereinigungen volkseigener Betriebe hatten: Abweichungen zwischen gültigem Investitionsplan und realen Notwendigkeiten führten *innerhalb der Vereinigung* zu „Umstrukturierungen“ der Vorgaben von ca. 30 Prozent. Damit verbunden waren Kürzungen der Investauflagen einzelner Betriebe, die aber immer unter 12 Prozent blieben. Ziel dieser Maßnahmen war die Förderung besonders wichtiger Einzelbetriebe innerhalb der VVB auf Kosten von VEB, die als weniger planentscheidend eingeschätzt wurden. Die Initiative ging an dieser Stelle noch von der Vereinigung aus. Im Laufe des Planjahres wurde die Vereinigung als Ganzes vom Strudel gesamtwirtschaftlicher Plananpassungsmaßnahmen erfaßt. Sie erfuhr eine Kürzung um ein knappes Viertel ihrer kompletten Planaufgabe. Diese Kürzungen waren Folge der zentralplanwirtschaftlichen Materialumverteilungen aufgrund Teuerungen (= überplanmäßiger Güterverzehr) in politisch bevorzugten Branchen, wie z.B. die Schwerindustrie. Die Vereinigung Kali und Salze belieferte die Landwirtschaft mit Düngemitteln und gehörte darum nicht zu diesem Kreis. Sie hatte Materialkürzungen hinzunehmen und mußte diese Defizite auf ihre zugehörigen Werke verteilen. Das Entstehen dieser Zwänge läßt erahnen, wie hilflos einzelne VEB den Beschlüssen übergeordneter Stellen ausgeliefert waren, ihre Mittel zu beschränken.

3.1.3 Die Investitionsdurchführung

Die praktische Durchführung der Investitionstätigkeit im volkseigenen Sektor gestaltete sich insbesondere unter dem Eindruck der beschriebenen Dualität der Protagonisten, die eine Atmosphäre unentwegter „Grabenkämpfe“ verursachte. Die Abwicklung volkseigener Investitionstätigkeit wurde geprägt vom Wunsch der Planbürokratie nach totaler Kontrolle der aktuellen Geschehnisse, während die Betriebe längerfristige Sicherheit wollten. Ihr Alltag aber war geprägt von Desorganisation und Chaos.

Zentralplanbürokratie versus volkseigene Betriebe

Die unterschiedliche Beurteilung der Investitionserfordernisse durch Zentralplanbehörde und VEB weist bereits darauf hin, daß das System der Zentralplanwirtschaft keine Möglichkeit bot, bevorstehende Entscheidungen anhand gemeinsamer, objektiver Kriterien zu diskutieren und zu entscheiden. Rivalisierend trafen politische Ziele auf ökonomische Ratio. Richtungsweisend war die Vorgabe der politischen Führung. Im Gegensatz dazu stand das Bedürfnis der einzelnen Wirtschaftssubjekte, ihr Handeln an individuellen, wirtschaftlichen Kriterien auszurichten. Dieser Interessenunterschied wurde durch das sogenannte Prinzip des demokratischen Zentralismus überdeckt. Es verlangte eine hierarchische Ordnung der Ökonomie und führte zum Aufbau der Befehlswirtschaft. Mißbraucht als Werkzeug und wichtigstes Versuchsfeld politisch-utopistischer Dominanz, wurde die Wirtschaft gezwungen, intuitiv-ökonomische Bestrebungen zu unterdrücken und sich der Befehlsdisziplin zu fügen. In maßloser Selbstüberschätzung versuchte die sozialistische Führung, ökonomische Automatismen durch bewußte Steuerung zu substituieren; sie schuf sich eine Klaviatur, die sie nicht beherrschen konnte. Die Interessenkonflikte zwischen den volkseigenen Betrieben und der Zentralplanbürokratie waren fast allgegenwärtig:

- Die Planbürokratie war dominiert vom politisch-kollektivistischen Ansatz gesamtwirtschaftlichen Organisationsstrebens. Was sie von den wirtschaftlichen Gliederungen verlangte, verstand sie als Beitrag des Einzelnen zur Besserstellung des gesamten Wirtschaftskörpers. Unter dieser Prämisse verlangte sie Plandisziplin, selbst wenn einzelne Betriebe dabei subjektiv Nachteile in Kauf zu nehmen hatten. Der planbürokratische Maßstab war das gesamtgesellschaftlich Vorstellbare - reine Utopie.
- Volkseigene Betriebe handelten nicht nach gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen, sondern verfolgten eigene Interessen unter Berücksichtigung des wirtschaftlichen Umfeldes, wie es von ihnen wahrgenommen wurde. Intuitiv sträubten sie sich gegen oktroyiertes, offensichtlich unproduktives oder verschwenderisches „Wirtschaften“ im eigenen Werk, auch wenn es offiziell zugunsten des Gesamtkörpers so zu geschehen hatte. Ihr Maßstab war die betriebliche Nutzenmaximierung - das Machbare im eigenen Zuständigkeitsbereich unter Einbeziehung der zentralplanwirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Vor diesem Hintergrund ist nachzuvollziehen, daß sich die beiden Protagonisten bezüglich der Organisation des Betriebsgeschehens auf keine einstimmige Interpretation einigen konnten. Im folgenden die Übersicht einiger wichtiger Streitobjekte.

Übersicht 5: Interessengegenüberstellung: VEB - Zentralplanbehörde.

Streitobjekt	VEB	Zentralplanbürokratie
Nicht registrierte Vorräte in den Betrieben	„Sicherheitspolster“ zur Aufrechterhaltung von Investitionstätigkeit und Produktion für den Fall, daß die planmäßige Versorgung ausblieb.	Wurden als sogenannte „stille Reserven“ gebrandmarkt. Die Verwaltung legte alles daran, solcher Art ungenutzte Lagerbestände in den Gesamtkreislauf der Planwirtschaft zu überführen.
Geld	Hatte seinen Reiz als Tausch- und Wertaufbewahrungsmittel verloren. Dennoch kämpften die VEB im Rahmen der Planwirtschaft um Freigaben „finanzieller Mittel“ als Vorstufe zum Genuß staatlicher Materialbeschickung.	Diente in Verbindung mit fixen Preisen der unmittelbaren messung und Kontrolle des Warenflusses. Es war allein Werkzeug der Planerfüllung.
Berichtswesen	Zu viele Prüfungen und Erhebungen stellten erhebliche Behinderungen dar.	Informationsdefizite bei der Korrektur laufender und der Aufstellung kommender Pläne.
Materialbestellung	Übertriebene Angaben der VEB wurden vor dem Hintergrund der Mangelsituation als Mittel der Existenzsicherung des Betriebes angesehen.	Im Bewußtsein betrieblicher Übertreibungen und sehr knappen Güterangebots wurden Bestellungen willkürlich zurechtgestutzt.
Kapazitätsangaben	Untertriebene Angaben der VEB sollten großzügigere Aufbauhilfen und geringere Produktionsauflagen bewirken.	Unsichere und falsche Informationen erforderten zahlreiche Kontrollen der VEB.
Vorläufige Investauflage	Wurde als willkürlich empfunden (Grund: Sie war insb. bemessen nach den Ergebnissen des ½ Jahrplans 1948 und wäre daher nicht repräsentativ für ein komplettes Jahr).	Nachdem versucht worden war, so viele Informationen wie möglich zu berücksichtigen, wurde diese Vorlage als weitgehend endgültig angesehen.
Verbindliche Kostenvoranschläge	Wurden den VEB von Fremdfirmen weitgehend verweigert, weswegen auch die VEB keine KVA abzugeben vermochten. Weil sie es dennoch tun mußten, fehlte diesen Unterlagen jede Grundlage und sie waren bedeutungslos für die Betriebe.	Hoffnung der Zentralplanbehörde: Ein geschlossenes System von KVA sollte ihr bei der Erstellung exakter Pläne helfen,
Endgültige Investauflage	Fast immer kleiner als die vom VEB geforderten Beträge; zu klein aus ihrer Sicht, um damit die Erfüllung der Produktionsauflage sicherstellen zu können. Abweichungen wurden erwartet und hingenommen.	Verbindliche Plangröße. Stimmt mit der Realität dennoch nicht überein. In der Folge erhielten politisch bevorzugte VEB Nachbesserung, während andere ihr Anrecht auf Ressourcenverzehr gleichzeitig wieder abgeben mußten. Nach oben oder unten unrealistische Investauflagen waren mit erheblichen Kosten und Verschwendung verbunden.

Betriebliche Kostenrechnung	Subjektiv gesehen nicht existentiell erforderlich. Die gesetzliche Regelung war weitgehend undurchsichtig, weshalb in den wenigsten VEB eine Kostenrechnung existierte.	Absolut existentiell für das System der Zentralplanwirtschaft. Voraussetzung für die Korrektur der laufenden und für die Aufstellung weiterer Pläne.
Planabweichungen	Vorhersehbar aber dennoch unvermeidlich. Sie waren mit erheblichen Problemen verbunden und führten zu vorbeugenden Maßnahmen der VEB und zu offiziell genehmigten sowie illegalen Ausweichstrategien. Konnten aber auch den Betriebsleitungen als „Schutzschild“ dienen. Schwierigkeit, Führungsfehler als solche zu erkennen, bevor sie im Umfeld falscher KVA oder anderer Begründungen der Planabweichungen aufgingen.	Planabweichungen - selbst wenn sie in Form nachträglicher Planänderungen genehmigt wurden - bedeuteten das Scheitern der Planvorgaben. Sie lösten Kettenreaktionen weiterer Diskrepanzen aus mit Tendenz zur Zerstörung des gesamten Plangefüges. Darum war die Zentralplanbürokratie gezwungen, möglichst schnell zu reagieren. Die Folge: „Erpreßbarkeit durch „Simulanten“. Planabweichungen: Das Schreckgespenst der Zentralplanbürokratie.

Willkürliche Mittelzuweisung und -kürzung durch die DWK

Letztlich hatte die zentrale Wirtschaftsverwaltung im volkseigenen Sektor das letzte Wort über die exakte Verteilung von Mitteln. Daß diese Entscheidungen (im marktwirtschaftlichen Sinne) ökonomisch nicht effizient waren, sondern als Ergebnis einer groben, politisch-willkürlichen Stoßrichtung entstanden, läßt sich u.a. daran erkennen, in welcher Form materielle Umverteilungen innerhalb des industriellen Sektors - auch noch nach Planverabschiedung - vorgenommen wurden: Mangels exakter Einsicht in die tatsächlichen Bedürfnisstrukturen der Gesamtkonome volkseigener Vereinigungen und Betriebe - obwohl diese versuchten, sich anhand der vorgegebenen Planziele zu orientieren - verfuhr man dabei nach grobem Muster. Wie Tabelle 13 über den ursprünglichen Investplan, den korrigierten Zusatzplan der Vereinigung und den „endgültigen“ Investplan der VVB Kali und Salze, Halle zeigt, wurde der ursprüngliche Betrag im Laufe des Jahres 1949 kontinuierlich zusammengestrichen, obwohl die Vereinigung zur Verwirklichung ihrer Planaufgaben eine Erhöhung unbedingt für erforderlich hielt. Hatte der ursprüngliche Investitionsplan noch eine Summe von 7 Mio. Mark umfaßt (Spalte C), setzte die Vereinigung eine Nachbeantragung dagegen, die sich auf 7,267 Mio. Mark belief (Spalte D). Aus dem Prüfungsbericht vom 9. November 1949⁵⁶ wird ersichtlich, daß entgegen der beantragten Aufstockung eine Reduzierung der Gesamt-Investsumme auf 6,801 Mio. Mark erfolgt war (in der Tabelle nicht wiedergegeben). Später wurde nochmals reduziert und es blieben von ursprünglich eingeplanten 7 Mio. nur noch 5,6 Mio. Mark (Spalte I).

Es soll hier nochmals betont werden, daß sich die Vereinigung Kali und Salze mit einer 20-prozentigen Kürzung ihrer insgesamt vorgesehenen Investitionsauflage zufriedengeben mußte. Ihr blieb nichts anderes übrig, als diese Kürzung an die zugehörigen volkseigenen Betriebe weiterzugeben. Die Reduzierungen betrafen

⁵⁶ DN3-1247, Abschlußprotokoll zum PB vom 9. November 1949 über VVB Kali und Salze Halle, Anlage.

vornehmlich Kaliwerke der Vereinigung, die nach dem „Rasenmäherprinzip“ zwischen 20 und 30 Prozent ihrer Investitionssumme verloren. Die Investitionsvorgaben der Flußspatwerke und der Verwaltung selbst blieben unangetastet. Die überraschend glatte Summe „einzusparender“ 1,4 Mio. Mark (= 20 Prozent), weist hin auf die grobe Handschrift der Zentralplanbürokratie. Diese wurde geleitet vom Problem knapper werdender Gütermengen, die zum Jahresende entsprechend der politischen Prioritäten nochmals umverteilt werden mußten. Ökonomische Rationalität im Sinne marktmäßiger Bewertungsgrundsätze und Effizienzbestrebens spielte für diese Entscheidung keine Rolle. Das Verfahren willkürlicher Verlagerungen der wirtschaftlichen Schwerpunkte und damit verbundener Umverteilungen zu Lasten überraschter Betriebe gehörte auch weiterhin zum Repertoire der zentralen Wirtschaftsführung. Schenk bezeugte die Durchführung willkürlicher Umverteilungen durch die Staatliche Plankommission im Jahre 1953. Aus politischen Gründen war im Zeichen des „Neuen Kurs“ vom bisherigen Wirtschaftsschwerpunkt „Schwerindustrie“ zum Sektor „Konsumgüterindustrie“ umzuschichten. Bruno Leuschner⁵⁷ als Vorsitzender der Staatlichen Plankommission (SPK) nahm sich dieses Problems persönlich an: „[Leuschner] wies mich an: ‘Nehmen Sie sich ein großes Blatt Papier und schreiben Sie alle Beträge auf, die wir jetzt streichen werden.’ Dann forderte er Straßenberger auf, der Reihe nach die in seinen Listen aufgeführten schwerindustriellen Objekte und die dafür vorgesehenen Investitionssummen zu nennen. Widerwillig las Straßenberger vor: ‘Ministerium für Erzbergbau und Hüttenwesen für das EKO (das war das Eisenhüttenkombinat Ost, später Stalinstadt) 80 Millionen’. Leuschner fragte: ‘Was kann man davon nach deiner Meinung kürzen?’ ‘[...] von meiner Warte aus kann ich unmöglich beurteilen, ob sich 20 oder 50 Millionen herausnehmen lassen.’ Leuschner [...] biß die Zähne ärgerlich zusammen, holte tief Luft und trommelte nervös mit den Fingern auf die Tischplatte. Nach wenigen Sekunden entschied er: ‘Also streichen wir zunächst mal 30 Millionen! Schenk, schreiben Sie das auf.

57 Leuschner, Bruno, 1910-1965, geb. in Rixdorf (Berlin), Vater Schuhmacher; Volks- und Mittelschule, 1925-28 Ausbildung zum Industriekaufmann; Zentralverband der Angestellten, Freie Turnerschaft; 1928-31 Besuch von Abendkursen, insbesondere in Ökonomie und Philosophie, 1930/31 Marxistische Arbeiterschule, Unterricht bei Hermann Duncker, Ernst Schneller u.a.; 1931 KPD, 1933-36 Leiter des Unterbezirks Neukölln bzw. Wedding; beruflich tätig als Expedient, Exporteur, Verkäufer; Juli 1936 Verhaftung, 1937-42 Zuchthaus Brandenburg-Görden und Sonneberg, 1944/45 KZ Sachsenhausen und Mauthausen. Herbst 1945 Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik im Zentralkomitee der KPD, Mitautor der wirtschaftspolitischen Richtlinien vom Dezember 1945; 1946 Leiter der Abteilung Wirtschaft und Finanzen im Parteivorstand der SED; ab Juni 1947 am Aufbau der DWK führend beteiligt, März 1948 stellvertretender Vorsitzender, verantwortlich für Planung, beteiligt an Ausarbeitung des Halbjahresplans 1948 und des Zweijahresplans 1949/50; 1948/49 Mitglied des Deutschen Volksrats, 1949/50 und seit 1953 Abgeordneter der Provisorischen Volkskammer bzw. Volkskammer; 1949/50 Staatssekretär im Ministerium für Planung; ab 1950 Mitglied des Zentralkomitees der SED; 1950-52 erster Stellvertreter des Vorsitzenden, 1952-61 Vorsitzender der Staatlichen Plankommission (Nachfolger von Heinrich Rau); ab 1952 DDR-Vertreter im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, ab 1953 Kandidat, ab 1958 Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED; 1955 Vaterländischer Verdienstorden in Gold; ab 1955 stellvertretender Ministerpräsident; 1960-63 Mitglied des Staatsrats; 1961 Minister für die Koordination volkswirtschaftlicher Grundaufgaben beim Präsidenten des Ministerrates; seit 1962 ständiger bevollmächtigter Vertreter der DDR im Exekutivkomitee des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe. Aus: Barth, Wer war Wer, S. 452.

Weiter, Paul, das nächste Objekt.' Straßenberger schlug ein Blatt um und fuhr fort. 'Ministerium für Hüttenwesen und Erzbergbau für das Stahlwerk Riesa 75 Millionen.' '20 weg!' So ging es stundenlang weiter. [...] Jedesmal wurde nicht mehr gesagt als: '10 weg!' oder '15 weg!' oder '20 weg!' [...] Als ich zum Schluß zusammenzählte, ergab sich eine Summe von etwa einer Milliarde. Diesen Betrag verteilte Leuschner nun in gleicher Manier auf die Zweige der Konsumgüterindustrie. Und wie mit den Investitionen verfuhr er auch mit den Materialkontingenten, den Produktions- und Finanzzahlen und allen anderen Planpositionen."⁵⁸ Schließlich kommentierte Leuschner seine Neuverteilung der Investauflage (insg. 4,5 Milliarden Mark) von 60 Prozent für Schwerindustrie und 40 Prozent für Leichtindustrie auf 48 Prozent Schwerindustrie und 52 Prozent Leichtindustrie folgendermaßen: „Mit diesen Zahlen kann ich mich im Politbüro sehen lassen. Nun müßt ihr euch allerdings mit den Ministerien zusammensetzen und die Sache konkretisieren und ein bißchen ausfeilen. Natürlich weiß ich, daß man das nicht ganz so schematisch machen kann, wie ich es in den letzten Tagen getan habe. Aber grundsätzlich darf sich an dem Bild nichts mehr ändern.“⁵⁹

Inhaltsleere „Kompromisse“

Als Beispiel für einen „Ausgleich“ zwischen den Protagonisten, der eigentlich keiner war, weil sich beide Seiten gleichzeitig durchzusetzen versuchten, sei Investobjekt Nr. 2, „Ausbau Generatorenanlage“ (Tabelle 12, S. 171) genannt. Der Betrieb hatte die Kosten dafür auf mindestens 500.000 Mark beziffert, „die unter Berücksichtigung eines sparsamen Wirtschaftens restlos aufgebraucht [würden]“⁶⁰. Dem gegenüber standen durch die DWK genehmigte Mittel in Höhe von 200.000 Mark. Im VEB wurde der Generatorenausbau als „unbedingt erforderlich“⁶¹ beurteilt, während die Planbürokratie diese Einschätzung nicht teilte. Beide Positionen standen sich unversöhnlich gegenüber. Einen Monat nach Abfassung des Briefes an die DWK protokollierten die Revisoren der DIB: „Die Generatorenanlage ist mit DM 200.000,- eingeplant, Kosten sind bisher in Höhe von DM 525.000,- entstanden. [...] Trotzdem dem Betrieb nach der Einrichtung der Sonderkonten für die Einzelobjekte für dieses Vorhaben infolge der Überschreitung der Plansumme noch keine Mittel zu Verfügung gestellt sind, wird an der Anlage weitergearbeitet, da ohne die Gasanlage das Stahlwerk nicht arbeiten kann.“⁶² Unnachgiebig wurden dem VEB Riesa finanzielle Mittel (= Güterversorgung) zur Umsetzung entscheidender Objekte vorenthalten. Gleichzeitig versuchte der Betrieb unter Inkaufnahme auch persönlichen Risikos leitender Mitarbeiter, dieses für lebenswichtig erachtete Investobjekt selbständig zu verwirklichen. Dabei wurden vor Ort keine Anstrengungen gescheut und der Plan wissentlich ignoriert. Dem VEB blieb ohnehin keine andere Wahl, als entweder Investauflage oder Produktionsauflage, schlimmstenfalls sogar beide zu verletzen. Was dabei herauskam, glich einem stillschweigenden Stillhalteabkommen, bei dem jede Seite - unfähig der anderen Position nachzugeben - seine Position (zumindest formal)

58 SCHENK, Diktatur, S. 228f.

59 Ebenda.

60 DN3-1093, Anlage 1: Brief der Riesa an DWK vom 19. Mai 1949, S. 4.

61 Ebenda.

62 DN3-1093, PB über VEB Stahl- und Walzwerk Riesa, 4. bis 15. Juli 1949, TB vom 23. bis 26. August 1949, zusätzlich Anlage 1, Brief des VEB Riesa an DWK vom 19. Mai 1949.

unverändert beibehielt, die Gegenseite aber gewähren ließ. Offiziell blieb es zwar bei der neuen (verkleinerten) Investauflage, verausgabt wurde aber entsprechend den technischen Notwendigkeiten. Tatsächlich wurde der Generatorenausbau auch im August noch unverändert mit 200.000 Mark veranschlagter Investmittel angegeben (planmäßig aber viel zu niedrig), während die tatsächlich dafür aufgewendeten Mittel in Höhe von 569.528,- Mark schon im Juni die ursprünglich angesetzte halbe Million Mark überstiegen (Überziehung der Konten ohne Rückhalt im Plan).

Abwälzung anfallender Kosten auf Subunternehmen

Wenn sich die objektgebundenen Konten der Investträger leerten, setzten die beauftragten Subunternehmen, beispielsweise Baufirmen oder Zulieferbetriebe, volkseigene- wie Privatbetriebe, ihre Arbeiten ggf. noch über einen gewissen Zeitraum hinaus fort. So waren sie genötigt, ihre eigenen Leistungen zugunsten des volkseigenen Sektors selbst vorzufinanzieren. Ihre Vorausleistungen erreichten dabei häufig die Grenzen der betrieblichen Belastbarkeit. Bei Überschreitung ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit, blieb den Fremdbetrieben nur noch die Drohung, alle Arbeiten sofort einzustellen, falls von Seiten des Auftraggebers nicht sofort gezahlt werde. Arbeitseinstellungen beschädigten wiederum den volkseigenen Sektor und trugen dazu bei, den Prozeß der Planumsetzung zu lähmen: Es „[...] sind ca. [DM] 1.000.000 Rechnungen offen, zu welchen jetzt schon wieder weitere DM 200.000,- kommen, so dass erst [...] durch den Eingang der Gelder durch die DIB die Bezahlung der längst überfälligen Rechnungen erfolgen kann. Es war dadurch schon ein Zustand entstanden, dass kein Unternehmer mehr für die Steinkohlenverwaltung arbeiten wollte, bzw. die beteiligten Unternehmern die Arbeit einzustellen beabsichtigten. Kein Lohnfuhrunternehmen wollte auch nur eine Lohnfuhr weiterhin ausführen.“⁶³ Die mit dem finanziellen Ausbluten der Subunternehmer verbundene Absorption flüssiger Mittel war politisch durchaus beabsichtigt. Individuelle Handlungsspielräume in der Wirtschaft fanden dergestalt ihre systematische Beschneidung, Zwangsübertritte ehemals privater Betriebe zum volkseigenen Sektor waren die naheliegende Folge. Ein entsprechender Fall war das Investobjekt Nr. 8, „Pumpstation“ im VEB Stahl- und Walzwerk Riesa (Tabelle 12, S. 171). Auch diese Investition wurde vom VEB als lebenswichtig angesehen. Um so unverständlicher für den Betrieb, daß das Objekt trotz ausführlichen Kostenvoranschlages schon im Rahmen der ersten offiziellen Investauflage des Jahres 1949 keine Berücksichtigung fand. Entsprechend dieser Vorgabe trat das Objekt „Pumpstation“ als Kostenverursacher in den folgenden Prüfungsberichten nicht wieder in Erscheinung. Dabei wurde die Tatsache ignoriert, daß der VEB die Pumpstation aufgrund ihrer Wichtigkeit bereits vor Erhalt seiner endgültigen Investpläne fast fertiggestellt hatte, bzw. fertigstellen ließ: „Zur Sicherstellung der Elbwasserversorgung unserer Betriebe ist die Wiederherstellung der Elbwasserpumpstation dringend notwendig. Hierzu sind 2 Jäger-Kreiselpumpen [...] bestellt. [...] An Gesamtkosten sind dafür DM 47.370,- veranschlagt. Die Arbeiten sind beinahe abgeschlossen.“⁶⁴ Es ist anzunehmen, daß die von der Riesa beauftragte Firma, „H.C. Jäger & Co., Leipzig-Plagwitz“, ihre Pumpen auf

63 DN3-1095, PB über Steinkohlenverwaltung Zwickau, 18. bis 25. Oktober 1949

64 DN3-1093, TB vom 23. bis 26. August 1949, Anlage 1: Brief des VEB Riesa an DWK vom 19. Mai 1949, Bl. 11.

eigene Rechnung lieferte und installierte. Trotz erbrachter Leistung blieb dieser (private) Betrieb - wie viele andere auch - auf seinen Vorleistungen sitzen. Für das Jahr 1949 blieb die Kostenstelle „Pumpstation“ des VEB Riesa jedenfalls leer. Der mit diesen Mitteln geführte politische Kampf der SBZ-Führung gegen das Privateigentum an Produktionsmitteln wurde bezahlt mit großen Problemen im volkseigenen Sektor. Die Summe unbezahlter Rechnungen hatte schon 1949 ein Maß angenommen, das politisch nicht mehr gewollt sein konnte. Arbeitsniederlegungen sowie unerfüllte Aufträge der volkseigenen Betriebe und Vereinigungen ließen die Möglichkeit pünktlicher Planerfüllung immer weiter in den Hintergrund treten.

Innerbetriebliche Umverteilung genehmigter Finanzmittel

Die Betriebsleitungen versuchten immer wieder, jene über das vorgesehene Maß hinaus erforderliche Geldmenge (= Güterzuteilung) auf dem Wege der Umverteilung zwischen den Finanzbudgets unterschiedlicher Planvorhaben im eigenen Hause zu beschaffen. Man bemühte sich also, innerhalb der VEB und VVB die von der Planbürokratie genehmigten Mittel einer, nach Dafürhalten der Betriebe, möglichst effizienten (im Jargon = „effektiven“) Nutzung zuzuführen. Immerhin sollten alle Vorhaben gleichermaßen dem Aufbau desselben VEB dienen, wobei die von der Betriebsleitung bevorzugte Verwendung für die Entwicklung des Werkes subjektiv am wichtigsten war. Einerseits versuchten die VEB auf diesem Wege, den Aufbau der Betriebe, ungeachtet auftretender Planabweichungen, möglichst reibungslos voranzutreiben. Andererseits bedeutete ihre Eigenmächtigkeit einen nicht unerheblichen Eingriff in die Autorität der staatlichen Planaufstellung und wurde aus diesem Grunde, soweit irgendwie möglich, durch die vorgesetzte Bürokratie unterdrückt. „Mit Rücksicht auf die dringenden Zahlungsverpflichtungen des Investitionsträgers wurde [...] die Frage gestellt, ob es nicht möglich sei, die noch nicht in Anspruch genommenen Mittel der Sonderkonten zugunsten der bereits erschöpften Sonderkonten, vorübergehend verwenden zu dürfen. Die Frage wurde verneint.“⁶⁵ Sobald ein VEB finanzielle Mittel von einem bestimmten, objektgebundenen Konto eigenmächtigerweise für andere Zwecke ausgab, wurde diese Aufwendung nach offizieller Lesart zu einer „außerplanmäßigen Verwendung“ von Invest-Mitteln und unterlag der Anzeigepflicht durch das Revisionspersonal. Dabei spielte die subjektive Wichtigkeit der Investition für den Betrieb keine Rolle. Für derlei „ungeplant verausgabte Summen“ bestand eine Rückzahlungspflicht der Betriebe. Sie mußten sie auf die zuvor belasteten Sonderkonten zurücküberweisen.⁶⁶ In solchen Fällen stellte sich die Frage „woher nehmen?“. Die Problemsummen wurden von einem Posten auf den anderen verschoben.

65 DN3-1093, TB über VEB Stahl- und Walzwerk Riesa vom 26. August 1949, Bl. 2. Zur Schwierigkeit finanzieller Umdisponierungen, wodurch finanzielle Mittel anderen materiellen Gütern zugeordnet wurden vgl. FN 3, S. 148.

66 Damit war - rein plantechnisch - das Kind aber bereits in den Brunnen gefallen. Die Rückzahlung außerplanmäßig verausgabter Mittel brachte die verwendeten Materialien nicht wieder zurück, waren für den Plan verloren und mußten wie „Teuerungen“ behandelt, d.h., an anderer Stelle „eingespart“ werden. Die Rückzahlungspflicht zwang den VEB an anderer Stelle zu sparen, also Entscheidungen zu treffen, die ebenfalls nicht unbedingt im Sinne der Planerfüllung liegen mußten. Und selbst bei vollständiger „Einsparung“, bedeutete das noch keineswegs, daß hinter dieser, in Mark bezifferten Summe, dieselben Materialien standen, die außerplanmäßig verbraucht worden waren.

Man versuchte, sie bei anderen Vorhaben „einzusparen“ und stellte gleichzeitig Anträge auf Planänderung. Diese Prozesse zogen sich in die Länge, denn nachträgliche Plankorrekturen waren auf schnellem Wege nicht durchzusetzen. Gleichwohl waren sie für die Betriebe der einzige Weg, finanzielle Mittel für die Zurückzahlung genehmigt zu bekommen. Dasselbe Problem ergab sich für die VEB, wenn Finanzierungen erforderlich wurden, die durch den Plan nicht vorherbestimmt waren. Sogenannte „nicht eingeplante Objekte“⁶⁷, soweit sie für die Betriebe unvermeidbar waren, wurden ebenfalls von Sonderkonten bezahlt, die zur Finanzierung anderer Objekte eingerichtet worden waren und beschädigten damit die exakte Durchführung der Planvorgaben. Verpflichtungen der VEB zur Rückzahlung bestanden für Mittel, die auf folgende Weise verwandt worden waren:

- Für außerplanmäßige Verwendung,
- für nicht eingeplante Objekte,
- für 1948 erstellte Leistungen.

Chaos und Verschwendung

Wachsendes Informationsdefizit der Planbürokratie

Willkürlich empfundene Kürzungen der Investauflagen im volkseigenen Sektor zugunsten politisch wichtiger Betriebe erfolgten weitgehend ohne buchhalterische Dokumentation. Dennoch ist es möglich, ihre Größenordnung grob anzugeben, indem man sie als Pendant zu festgestellten „Kostenüberschreitungen“ interpretiert. Den betroffenen Betrieben wurde - entgegen der ursprünglichen Planvorgabe - die Chance genommen, vorgesehene Investitionen zu tätigen. In diesem Zusammenhang wäre ein konstitutives Phänomen der Zentralplanwirtschaft herauszustellen: Die Unfähigkeit ihrer Planungsorgane, alle wirtschaftlich notwendigen Korrekturmaßnahmen in die laufenden Planvorgaben und kommenden Planentwürfe zu integrieren. Die Bedürfnisse politisch bevorzugter VEB erforderten schnellere Entscheidungen, als die Flexibilität der Planbürokratie zugelassen hätte. Meistens erfolgten beispielsweise Veränderungen der oktroyierten „Materialverwendung“, ohne daß gleichzeitig die systembedingt eigentlich unerläßlichen Plananpassungen geleistet werden konnten. Diese erfolgten, wenn überhaupt, mit großer Verzögerung. Ausdruck der Hoffnungslosigkeit dieses Unterfangens war, daß in fast allen geprüften VEB die Investdokumente - Grundlage jeder Investbetätigung - fehlten. Sie befanden sich in der Regel „zur Bestätigung“ bei der entsprechenden Vereinigungen oder Hauptverwaltungen der DWK. Infolge der verschleppten Plananpassungen an die Realität knapper Ressourcen „finanzierte“ die DIB immer wieder zwischenzeitlich obsolet gewordene Objekte. Im Juli 1949 zog sie darum die „Notbremse“ und gab bekannt, „daß wir ab 1. Juli 1949 bei Einreichung von Anträgen auf Auszahlung von Investitionsmitteln darauf bestehen müssen, daß uns sämtliche Unterlagen, wie Durchschrift der Investitionsauflage, Titelliste (Formblatt 25), Kostenstrukturplan (Formblatt 25a), Kostenvoranschlag usw. eingereicht werden. In Anbetracht der uns auferlegten Kontrollpflicht sehen wir uns leider außerstande, von dem genannten Termin ab Finanzierungen durchzuführen, wenn uns nicht gleichzeitig die vorgeschriebenen Unterla-

67 DN3-1095, PB über VVB Steinkohlenverwaltung Zwickau, VVB der Kohlenindustrie vom 25. August 1949, Bl. 2.

gen vollzählig vorgelegt werden.“⁶⁸ So sollte erreicht werden, daß kein Material mehr außerhalb des ausdrücklichen Verlangens der Zentralplanbehörde verwendet wurde. Die sozialistische Führung nahm eher eine allgemeine Verschleppung des Wiederaufbaues der Wirtschaft in Kauf, als einen Zusammenbruch der kompletten Investitionstätigkeit aufgrund gänzlicher Erschöpfung der Materialvorräte. Die Zwänge wirtschaftlicher Realität ließen sich vom Plan nicht überholen: Bedingt durch das selbst verursachte Informationsdefizit fielen kommende Planaufgaben zu hoch aus. Bestände und Anlagekapital entsprachen nicht jenem Stand, den die Behörde zum Ausgangspunkt kommender Planaufstellung machte. Der setzte die Durchführung vergangener Planaufgaben voraus, die jedoch in den Betrieben wegen Materialdefizits aufgrund staatlicher Umverteilungsmaßnahmen nicht hatten erfüllt werden können.

Plankosmetik

Die Durchsicht der Buchhaltungsbelege durch die Revision ergab in Riesa eine Summe von „DM 543.456,43 [...], die den Gegenwert für Aufwendungen darstellen, welche durch mehrfaches Verlegen der Objekte in andere Hallen und dadurch bedingte überhöhte Kosten u.ä. entstanden sind“⁶⁹. Finanzielle Mittel, die zur Erfüllung der Investaufgaben freigegeben worden waren, mußten sich anschließend auf dem entsprechenden Anlage-Konto des VEB wiederfinden. Nur so war für die Revision nachzuvollziehen, inwieweit es gelungen war, Investpläne exakt zu erfüllen. Der genannte Betrag war zwar von einem Investkonto bei der LKB in den Betrieb geflossen, hatte dort aber nach Meinung des VEB seine planmäßige Verwendung verfehlt. Er wurde für sogenannte „unproduktive Leistungen“⁷⁰ verwandt, dementsprechend verbucht und von der Revision als „verlorener Aufwand“⁷¹ bezeichnet. Dergestalt konnten die VEB ihre „tatsächlichen“ Investitionskosten - zumindest abrechnungsmäßig - teilweise eingrenzen. In Riesa verbuchte der kaufmännische Leiter die Summe, anstatt sie auf Anlage-Konto einem bestimmten Objekt zuzuordnen, auf das Konto „aussergewöhnlicher Aufwand“. Damit konnte aber die DIB nicht einverstanden sein.⁷² Ihre Prüfer monierten, aussergewöhnlicher Aufwand dürfe nicht aus Investmitteln bezahlt werden. Sollten die Beträge von der DIB als Invest-Kosten anerkannt werden, müßten sie auf Anlage-Konto gebucht worden sein. Der kaufmännische Leiter gab daraufhin an, „dass, wenn er die Beträge nur dann zurückerhält, sofern er sie aktiviert, er sie eben aktivieren würde, wodurch sich die Kosten naturgemäss erhöhen und demzufolge höhere Subventionen gezahlt werden müssten.“⁷³ Gerade so verfuhr auch die Betriebsleitung im VEB Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf. Sie versuchte, sämtliche Beträge zu aktivieren. Aber auch hier reklamierten die Revisoren der DIB: Sie kritisierten, „unproduktive Kosten [...] müssen als unproduktive Leistung entfallen [... und können] somit nicht in

68 DN3-1247, Schreiben der DIB an die VVB Kali und Salze vom 20. Juni 1949, Bl. 2.

69 DN3-1093, PB über VEB Stahl- und Walzwerk Riesa, 4.-15. Juli 1949, Bl. 2.

70 Vgl. DN3-1093, TB über VEB Stahl- und Walzwerke Hennigsdorf, 25. Juni bis 4. Juli 1949, Bl. 5.

71 DN3-1093, PB über VEB Stahl- und Walzwerk Riesa, 4.-15. Juli 1949, Bl. 5.

72 Sie hatte darüber zu wachen, daß sämtliche, durch sie zur Verfügung gestellten Mittel tatsächlich aktiviert wurden.

73 DN3-1093, PB über VEB Stahl- und Walzwerk Riesa, 4.-15. Juli 1949, Bl. 2.

Rechnung gestellt werden.“⁷⁴ Ihr Anteil an den Gesamt-Investkosten in Hennigsdorf wurde auf insgesamt 25 Prozent geschätzt und umfaßte z.B. folgende („unproduktive“) Leistungen:

- Die Einrichtung der Baustelle, d.h. Aufbau und späterer Wiederabbau von Wasserrohrleitungen, Feldbahnrahmengleisanlage, Mischmaschinen, Lichtmasten und -leitungen, Zementschuppen u.a.
- Transporte,
- Kleinere Eisenarbeiten,
- Ermittlung von Massen und Stoffen, Ausarbeitung des Leistungsverzeichnisses sowie die Anfertigung von Ausführungszeichnungen,
- „Das Ein- und Ausschrauben von Glühbirnen ist keine Leistung und kann somit auch nicht in Rechnung gestellt werden.“⁷⁵

Angesichts erheblicher Überschreitungen der genehmigten Investauflagen durch die volkseigenen Betriebe lieferte die Definition sogenannter unproduktiver Leistungen sowohl dem VEB als auch der DIB ein willkommenes Argument, die zu verantwortenden Beträge in Grenzen zu halten. Welcher Art die weitere Behandlung dieser „unproduktiven“ Summen sein sollte, wußte niemand. Auch in Riesa machten die Revisoren dazu keine Vorschläge sondern bemerkten abschließend: „grundsätzliche Entscheidung ist herbeizuführen“⁷⁶.

Bewertungsprobleme

Die Kostenabrechnung der volkseigenen Betriebe und Vereinigungen lag meistens im Bereich ihrer kaufmännischen Abteilungen, soweit solche überhaupt vorhanden waren. Die Kritik der Prüfer lautete aber dahingehend, diese Abteilungen wären „zur Beurteilung der echten technischen Leistung nicht ausreichend“⁷⁷. Die Folge wären Fehlkalkulationen und Baumängel. Die Prüfer empfahlen eine regelmäßige Nachkalkulation zwecks nachträglicher „Erfassung und wirtschaftlicher Begründung der tatsächlichen Kosten“⁷⁸ sowie die laufende Leistungsüberwachung am Ausführungsort. Sie waren der Ansicht, daß die von ihnen gesuchten „tatsächlichen Kosten“ irgendwie zu ermitteln gewesen wären. Daher kritisierten sie die kaufmännischen Abteilungen, denen das nicht gelungen war. Als Begründung nannten die DIB-Kontrolleure deren Unfähigkeit, die technische Leistung der volkseigenen Betriebe korrekt zu bewerten. Hiermit wurde ein Problem thematisiert, das bis zum Ende des real existierenden Sozialismus in der DDR als zentrale Fragestellung immer wieder im Mittelpunkt wirtschaftspolitischer Diskussionen stehen sollte: *Die Bewertung*. Nachdem der Markt als Entstehungsort freier Preise - und damit das entscheidende Bewertungskriterium marktwirtschaftlicher Systeme - in der SBZ nicht existierte, fand sich dafür kein brauchbarer Ersatz. Hier sei das Bewertungsproblem am Beispiel menschlicher Arbeitskraft an-

74 DN3-1093, TB über VEB Stahl- und Walzwerke Hennigsdorf, 25. Juni bis 4. Juli 1949, Bl. 5.

75 Ebenda.

76 DN3-1093, PB über VEB Stahl- und Walzwerk Riesa, 4.-15. Juli 1949, Bl. 4. Von wem diese Entscheidung herbeigeführt werden sollte blieb ebenfalls unklar. Wahrscheinlich hatte sich schließlich die entsprechende Hauptverwaltung der DWK damit zu befassen.

77 DN3-1094, PB über Braunkohlenverwaltung Meuselwitz, Sitz Altenburg/Thür. vom 10. bis 15. Oktober 1949.

78 Ebenda.

gesprochen. Sie sollte unter den Vorzeichen einer „demokratischen Wirtschaftsordnung“ nicht mehr als Produktionsfaktor gehandelt werden, sondern alle Beschäftigten sollten in den Genuß des vollen Gegenwerts ihrer Arbeitsleistung kommen.⁷⁹ Weil es unter den Prämissen des Wirtschaftssystems keinen Arbeitsmarkt mehr gab, an dem sich bestimmte Preise für verschiedene Arbeitsleistungen hätten herauszubilden können, entfiel diese Auswahlkomponente als Einstellungskriterium. Alle sonstigen Einstellungsoptionen führten nicht zur wirtschaftlich besten Verteilung der unterschiedlich qualifizierten Personen. Es wurden Kennziffern entwickelt, nach denen sich in den Betrieben das Verhältnis von Arbeitern, Lehrlingen und Angestellten zusammensetzen sollte.⁸⁰ Diese Vorgaben wurden nicht unbedingt eingehalten. Es gab immer wieder Abweichungen, die für erhebliche Überschreitungen der vorgegebenen Plankosten verantwortlich gemacht wurden. Wenn z.B. der Anteil von Angestellten im Vergleich zu den Arbeitern zu hoch war, mußten höhere Gemeinkostenzuschläge berechnet werden, wodurch die Stückkosten höher wurden als die planmäßigen Verkaufspreise. In diesem Falle produzierte der Betrieb Verluste, die in langen, schriftlichen Korrespondenzen mit der betreffenden Hauptverwaltung gerechtfertigt werden mußten und schließlich aus dem Staatsbudget auszugleichen waren.

Verschwendung durch überhöhte Materialeinplanung

Im Zusammenhang mit den oben charakterisierten, „negativen Planabweichungen“, sei nochmals auf die widersprüchliche Bedeutung des Begriffes „Einsparung“ im Sprachgebrauch der sozialistischen Wirtschaftsführung hinweisen: Darunter wurde nicht nur verstanden, das vorgegebene Ziel auf wirtschaftlichere Weise zu erreichen, sondern insbesondere, wenn aufgrund nicht realisierter Investitionsauflagen staatlich freigegebene Finanzmittel (und damit Güterquantitäten) nicht abgerufen wurden. Ausgangspunkt dieser scheinbaren „Einsparungen“ waren unrealistische Planvorgaben durch den Staat, der die Wirtschaft somit auf „falsche Fährten“ setzte. Diese Fehleinschätzungen bewirkten unweigerlich verkehrte Güterdispositionen und verursachten somit zunächst erhebliche Kosten. Diese blieben als Transaktionskosten sozialistischer Zentralplanwirtschaft unberücksichtigt, schlugen sich aber in Form „positiver Planabweichungen“ in den Ergebnissen anderer VEB nieder. Unsichtbar verknüpft wurden auf diese Weise verschiedene Bereiche, wie z.B. staatliche Investitionsauflage und betriebliche Lagerhaltung: Zu hoch veranschlagte Kostenvoranschläge⁸¹ sorgten dafür, daß

79 Vgl. einen der vielen Versuche, die Marxsche Arbeitswerttheorie „wissenschaftlich“ zu begründen - ein „Offenbarungseid“ der politischen Führung. Oelssner versuchte darzustellen, man habe „den Wert als Verkörperung der gesellschaftlichen Arbeit so zu quantifizieren, daß er als Instrument der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit nutzbar gemacht werden kann.“ Dabei räumt er ein, daß künftig (staatliche) „Preise“ durch Kennziffern abzulösen wären, um bisherige „Ungenauigkeiten und Verzerrungen“ zu vermeiden. Oelssners Aufsatz offenbarte, daß es der politischen und wirtschaftlichen Führung der SBZ/DDR bislang nicht gelungen war, das theoretische Konstrukt „Arbeitswert“ praktisch nutzbar zu machen. Dennoch waren Zweifel am Subjekt nicht erlaubt. Oelssner schloß mit dem Glaubensbekenntnis „Der Marxismus ist allmächtig, weil er wahr ist.“ OELSSNER, Fred, Die Arbeitswerttheorie als sie wissenschaftliche Grundlage der Marxschen politischen Ökonomie, Berlin-Ost 1967, S. 12 und 19.

80 Vgl. FN 182, S. 108.

81 Z.B. DN3-1095, TB über VVB Braunkohlenverband Borna der VVB Kohlenindustrie, vom 6. September 1949, Bl. 2f.

überdimensionierte Gütermengen für die Erstellung einzelner Investobjekte bereitgehalten wurden. Das bedeutete, daß diese Ressourcen blockiert wurden und der übrigen Wirtschaft nicht mehr zur Verfügung standen. Nicht ausgegebene, finanzielle Investmittel repräsentierten eingeplante Mittel auf der Güterseite, die vergeblich auf ihre planmäßige Verwendung warten mußten. Diese Werte einer neuen, planmäßigen Verwendung zuzuführen, erforderte erheblichen, bürokratischen Aufwand. Bis zur endgültigen Verteilung wurden Lagerkapazitäten blockiert und je nach Güterbeschaffenheit bedeutete längere Verweildauer auch Schwund oder Verderb.

Qualitätsmängel

„Negative Planabweichungen“ wurden auch auf dem Wege erheblich verschlechterter Qualität, z.B. veränderter Warenzusammensetzung, herbeigeführt. Damit bewirkten billige Lösungen nicht nur „Einsparungen“ von Mitteln, sondern auch ein hohes Maß an Verschwendung, weil diese Produkte oftmals wenig taugten und den ihnen zugedachten Verwendungszweck nicht erfüllen konnten. Hierauf wird im Kapitel „Die Produktion“, S. 197ff., genauer eingegangen werden.

3.1.4 Die Geburtsstunde der Mangelwirtschaft

Auf Grundlage umfassender Erhebungen verfügte die Zentralplanbehörde über den angenommenen *Gesamtbestand* aller Güter und Dienstleistungen. In der Absicht, sämtliche vorhandenen Kapazitäten im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu mobilisieren, versuchte sie, diesen Fundus planerisch möglichst vollständig einzusetzen.

Nicht nur aufgrund des explizit verordneten Preisstops, sondern auch als Folge der wirtschaftlichen Praxis, das insgesamt greifbare Güterangebot gleichzeitig zu mobilisieren, wurde im Rahmen zentraler Güterverwaltung dem ersten und letzten Stück eines Gutes zu jedem Zeitpunkt derselbe Wert beigemessen (Diese Einschätzung stimmte mit der subjektiven Wertschätzung durch die Wirtschaftssubjekte keinesfalls überein). *Mit Anlaufen der Wirtschaft - so hieße es im marktwirtschaftlichen Sprachgebrauch - waren die „Märkte“ aller wichtigen Güter bereits vollständig geräumt.* Dazu kommt es in marktwirtschaftlichen Systemen, von Ausnahmen abgesehen, nur in Ausnahmefällen.⁸² Mit steigender Nachfrage (unter der Annahme, die Angebotsseite wäre nicht schnell genug in der Lage, die Produktion anzupassen) erfolgen Preissteigerungen, die neue Produzenten auf den Markt locken, und gleichzeitig zum Rückgang der Nachfrage führen. Neue Gleichgewichtspreise entstehen. Im Rahmen dieses Prozesses entscheiden die Nachfrager (Unternehmer oder Privatpersonen) selbst, wieviel ihnen weitere Güterbestellungen wert sind.

Für die Wirtschaft der SBZ/DDR bedeuteten Abweichungen von der planmäßigen Güterverteilung (insbesondere positive Abweichungen, also Teuerungen bzw. überplanmäßige Produktion), daß diese außerplanmäßig verwendeten Ressourcen Kraft staatlicher Autorität zunächst einem anderen Betrieb weggenommen werden mußten. Dieser konnte die abgezogenen Leistungen im Rahmen des Wirtschafts-

82 Beispiel: SOFI-Brillen aufgrund des schnell nahenden, einmaligen Datums der Sonnenfinsternis am 13.08.99 und der zum Datum stark anwachsenden Nachfrage. Die Lieferanten hatten die Nachfrage offensichtlich unterschätzt, zumal sie erst kurz vor dem betreffenden Datum stark anstieg. Die Angebotsseite war kurzfristig nicht in der Lage, ausreichend Brillen zu beschaffen.

systems nicht legal kompensieren. Weil sich in der Planwirtschaft (idealerweise) grundsätzlich alle zentral erfaßten Güterreserven im sogenannten Verfahren der „Reproduktion“ befanden oder aufgrund von Planfehlern sowie sonstigen Komplikationen brach lagen (d.h., ohne Zugriffsmöglichkeit durch die Wirtschaft), gab es für die Wirtschaftssubjekte der Zentralplanwirtschaft keine ökonomische Chance, über das Maß ihrer planmäßigen Güterzuteilung hinaus an Material zu gelangen. Die Elastizität gesamtwirtschaftlicher Gütermobilisierung tendierte hier gegen Null. Wie hätten Bankkredite schon dabei helfen können, Güter oder Dienstleistungen zu beschaffen, die der Wirtschaft nicht zur Verfügung standen? *Planmäßig verordnete, permanente „Markträumung“ zementierte in der SBZ/DDR den unmittelbaren und nimmer enden wollenden Güterengpaß. Die Geburtsstunde der Mangelwirtschaft.*

Der ungarische Professor János Kornai nahm sich auf über 600 Seiten dieses Problems an⁸³. Seiner Analyse des allgegenwärtigen Mangels im System zentral geplanter Wirtschaften führte zu einer überraschenden These: Der immer wiederkehrende Mangel an Gütern und Dienstleistungen in der Zentralplanwirtschaft „sei weder durch menschliche Unzulänglichkeit der Planer, noch durch bestimmte Entwicklungsunterschiede, noch durch eine falsche Preissetzung erklärbar. Der eigentliche Grund sei vielmehr in der unersättlichen, fast unendlichen Nachfrage der staatlichen Betriebe nach Ressourcen und speziell nach Investitionsmitteln zu sehen, dem das Angebot, das immer „endlich“ bleiben müsse, so effektiv die Produktion auch organisiert werde, nicht genügen könne.“⁸⁴

Kornai ging davon aus, die volkseigenen Betriebe hätten gegenüber der Zentralplanbürokratie nennenswerte Verhandlungsspielräume. Diese schöpften sie voll aus, denn die von ihm sogenannten „Wirtschaftsmanager“ aller Ebenen der sozialistischen Ökonomie befänden sich auf der Suche nach mehr Macht, Prestige, Einfluß und Prämien. Ggf. würden sie auch vom Wunsche nach einer besseren Befriedigung der Konsumentenbedürfnisse geleitet. Aus diesen Gründen versuchten sie vehement die Expansion ihrer Verantwortungsbereiche zu betreiben. Den wichtigsten Unterschied zwischen marktwirtschaftlichen Unternehmen und sozialistischen Betrieben, woraus sich auch ihr „Expansionsdrang“ ergab, sah Kornai darin, daß sich die einen mit „harten Budgetschränken“ konfrontiert sahen, während die anderen (volkseigenen Betriebe) allenfalls mit „weichen Budgetschränken“⁸⁵ konfrontiert wären. Im Sozialismus könnten die Betriebe ihr Budget fast beliebig überziehen, ohne Sanktionen befürchten zu müssen. Diese übermäßige Nachfrage führe zur allgegenwärtigen Mangelsituation. Eines der größten Probleme als Folge des systemspezifischen Mangels, wäre die Dominanz des Verkäufermarktes („Der Käufer ist auf die Gnade des Verkäufers angewiesen“⁸⁶). Hieraus leite sich die Innovationsschwäche jeder Zentralplanwirtschaft ab.⁸⁷

83 KORNAI, János, *Economics of Shortage*, Amsterdam 1980.

84 KORNAI, János, *Warenmangel als ein fundamentales Problem der sozialistischen Planwirtschaft und die ungarische Reform*, Arbeiten aus dem Osteuropa-Institut München, Interview mit Prof. János Kornai, geführt von Anna-Jutta Pietsch am 25. Juli 1983

85 Ebenda, S. 6.

86 Ebenda, S. 9.

87 Ebenda, S. 12.

- Kornais Annahme, man könne die Begründung für den Mangel sozialistischer Wirtschaften unter Vernachlässigung von Effizienz-, Verteilungs-, Fehlplanungs- sowie Preissystemanalysen, allein auf der Nachfrageseite finden⁸⁸, erscheint grotesk. Nach den Regeln der Zentralplanwirtschaft besaß die Nachfrageseite ebenso wenig Marktmacht und Einfluß auf das ökonomische Geschehen, wie die Seite der Hersteller. Im Rahmen seiner Möglichkeiten versuchte selbstverständlich jedes Wirtschaftssubjekt, ob Haushalte oder Betriebe, sich soviel der begehrten, stets knappen Güter zu versichern, wie nur irgend möglich. Daß dabei auch Verhandlungsstrategien zur Anwendung kamen, unterscheidet die sozialistische Planwirtschaft nicht von der Verkehrswirtschaft; auch nicht, daß das „Angebot notwendigerweise endlich“⁸⁹ war, wie Kornai konstatiert und auch nicht, daß die Nachfrage unter der Bedingung „Preis=Null“ unendlich wäre - wie in allen Wirtschaftssystemen. Der entscheidende Unterschied liegt darin, daß Kaufinteressenten in der Marktwirtschaft tatsächlich Marktmacht besitzen und reelle Chancen haben, auf dem Verhandlungswege ihre Position gegenüber dem Anbieter zu verbessern, dessen Warensortiment keiner verordneten Disposition unterliegt, sondern unter Berücksichtigung sämtlicher Kostenfaktoren, z.B. die Höhe der Abnahmemenge, eigener Lagerkapazitäten und Transportmöglichkeiten, zum besten Preis verkauft werden soll. Erst der ausgehandelte Preis zeigt der (theoretisch unbegrenzten) Nachfrage ihre Grenzen. Der allgegenwärtige Mangel der sozialistischen Zentralplanwirtschaft stärkte hingegen die Verkäuferposition, bzw. die Macht der Wirtschaftsverwaltung. Im Rahmen der güterwirtschaftlichen Organisation war ihr Problem weniger die Festlegung ökonomisch sinnvoller Preise, sondern eher aus tausenden von Interessenten für dasselbe Produkt den geeignetsten herauszufinden; und das war derjenige, der vermeintlichen den größten politischen Nutzen stiftete.
- Was die tatsächliche Verhandlungsmacht volkseigener Betriebe gegenüber der Zentralplanbürokratie anbetrifft, so muß diese Frage für jeden einzelnen Fall individuell beantwortet werden. Keinesfalls traten die VEB als kollektive Verhandlungsfront gegen der Planbürokratie in Erscheinung, wie Kornai glauben machen will. Die Verhandlungsbemühungen eines jeden VEB trafen auf unterschiedlichste Reaktionen, welche einzig und allein davon abhingen, wie hoch der politische Stellenwert dieses Betriebes eingeschätzt wurde.
- Vor dem Hintergrund der Praxis zentraler Planwirtschaft macht auch die These vom Expansionsdrang⁹⁰ der sogenannten „Manager“ keinerlei Sinn. Der beklagte, von Kornai so bezeichnete „Investitionshunger [staatlicher Betriebe], der nie befriedigt werden kann“⁹¹ war schlichtweg eine Folge der Kombination aus staatlichen Planaufgaben, die den Betrieben oktroyiert wurden und totaler Investitionsgüterknappheit, über die allein die Zentralplanbürokratie entschied. Ohne Ersatz- und Neuinvestitionen in bestimmter Höhe vermochten viele VEB ihre staatlichen Auflagen nicht zu erfüllen. Es blieb also nur der Kampf um die offizielle Bereitstellung dieser Investitionsmittel. Diese Forderungen waren sicher nicht unersättlich, sondern überaus angemessen. Immerhin

88 Ebenda, S. 2.

89 Ebenda.

90 Ebenda, S. 4.

91 Ebenda, S. 3.

„bekämpfte die Wirtschaftsführung intern Aussonderungsbestrebungen der Kombinate bei Produktionsmitteln und drängte diese zur Weiterbeschäftigung von Aggregaten bis zu deren Zusammenbruch.“⁹² Weshalb also sollte dieser, den Umständen entsprechende „Investitionshunger“ die Ursache des Mangels in Zentralplanwirtschaften sein?

Das wichtigste Betriebsziel lautete stets Planerfüllung und selbst dafür mußte hart gekämpft werden. Stets waren planmäßige Wachstumsvorschriften zu erfüllen. Außerdem wurden die staatlichen Planvorgaben für die Betriebe eher zu hoch als zu niedrig angesetzt. Häufig mußten politisch unbedeutende VEB (z.B. Konsumgüterproduzenten) außerplanmäßige Kürzungen hinnehmen. Schließlich drohten bei Übererfüllung der Planvorgabe Normerhöhungen, die das Betriebsklima wesentlich verschlechterten. Zu großen Teilen waren in der SBZ bis 1949 ehemalige Arbeiter in die Rollen von Betriebsleitern und Werksdirektoren geschlüpft. Sie konnten unter den ehemaligen Kollegen eher punkten, wenn sie die Zügel locker ließen. Welchen Grund sollten sie also haben, allzu viel Ehrgeiz zu zeigen und ihren „Verantwortungsbereich“ zu vergrößern, der ihnen ohnehin nicht gestattete, wirklich zu führen und Macht auszuüben?

- Der volkseigene Sektor einer sozialistischen Zentralplanwirtschaft muß als gewaltiger Großkonzern unter Führung der kommunistischen Partei, bzw. ihrer Führungsclique angesehen werden. Darum können die sogenannten „weichen Budgetschränken“ sozialistischer Betriebe kein Argument für ihre schier unendliche und laut Kornai die Mangelwirtschaft verursachende Nachfrage sein. Die Einführung harter, bzw. weicher Budgetschränken in die Diskussion um das sozialistische Wirtschaftsmodell ist auch insofern unredlich, als es implizit den totalitär-zentralistischen Charakter der Wirtschaftsführung verbräme, indem es den volkseigenen Betrieben zu umfangreiche Handlungs- und Entscheidungskompetenzen zubilligte. Jede Darstellung ist völlig verkehrt, wenn sie versucht darzulegen, die Betriebe könnten im Sozialismus ihr Budget beliebig überziehen. Eklatant falsch ist insbesondere die Unterstellung, es wäre den sozialistischen Betrieben selbst oblegen, über die Höhe ihres Budgets, ihrer Produktion und ihrer Preise zu bestimmen. Mitnichten. Diese Entscheidungen wurden nicht an der Basis sondern weit oben in der Hierarchie der Zentralplanbürokratie, allein nach politischen Ambitionen der kommunistischen Führung und in Verbindung mit den Interessen der Sowjetunion, entschieden.

Was die einen Betriebe und Branchen in Verhandlungen mit „wirtschaftsleitenden Organisationen“ herausschlagen konnten, mußte aufgrund der vollständigen Verplanung sämtlicher Wirtschaftsgüter im Gegenzug anderen VEB weggenommen werden; sie kamen also nicht in den Genuß, der ihnen planmäßig zugesicherten Güterversorgung. Letztlich bedeuteten „weiche Budgetschränken“ nichts anderes als die potentielle Möglichkeit des Staates, den eigenen Wirtschaftsplan im Sinne politischer Präferenzen zu umgehen und „wichtige“ Betriebe außerplanmäßig gezielt zu begünstigen.⁹³ Diese glaubten

92 BUCK, GUTMANN, Die Zentralplanwirtschaft der DDR, S. 7-54, hier S. 10.

93 Die häufigsten Möglichkeiten, dieses zu tun waren einmalige oder permanente staatliche *Subventionen*, *Steuerbefreiung*, willkürliche *Kreditierung* sowie neue *Festlegung von Preisen* (vgl. Fallbeispiel VEB Zellstoffwerk Pirna am 7. April 1949, FN 139, S. 210 sowie FN 173, S. 231). Vgl. KORNAI, Warenmangel, S. 7.

derweil an den Erfolg ihres Verhandlungsgeschicks, während den unfreiwilligen Gebern nur die Klage blieb über willkürliche Kürzungen.

Gesamtwirtschaftlich gesehen unterlag also auch die sozialistische Ökonomie sehr wohl - um bei dem Begriff zu bleiben - „harten Budgetschränken“, wie die DDR im Jahr 1989 erfahren mußte, denn „aufgrund des Staatseigentums an den Produktionsmitteln haftete generell der Staat mit seinen Haushaltseinkünften für die Schulden der Staatsbetriebe“⁹⁴.

- Anstatt freies Eigentum an Produktionsmitteln zu fordern, sowie freie Märkte und Preise, blieb Kornai der sozialistischen Phrasendrescherei verhaftet: „Bevor sich der Verkäufermarkt nicht zu einem Käufermarkt entwickelt, glaube ich nicht, daß die Innovationsfähigkeit ein wirklich reales Moment des Systems werden kann.“⁹⁵ Kornais Versuch, die Mangelercheinungen der sozialistischen Planwirtschaft anhand des Nachfrageverhaltens seiner Teilnehmer zu begründen, gipfelte in einer Betrachtung der ostdeutschen Automobilindustrie: „Die Käufer möchten dringend mehr Autos. Der Käufer selbst würde sagen, daß er lieber einen Trabant oder einen Wartburg nimmt, als ein neues Modell, wenn dies bedeuten würde, daß die Fabrik für ein Jahr stillgelegt wird, um die technischen Veränderungen vorzunehmen. Das ist der *circulus vitiosus* des systemspezifischen Mangels. Der Käufer selbst trägt dazu bei, daß er sich immer weiter fortsetzt.“⁹⁶ Es handelt sich um eine typisch systemimmanente Analyse:

Kornais Modell eines umgekehrten Keynesianismus verfängt sich innerhalb des planwirtschaftlichen Denkens: Das von Kornai beschriebene Nachfrageverhalten der Wirtschaftssubjekte war eine von vielen negativen Ausprägungen der Zentralplanwirtschaft, aber keinesfalls systemdeterminierend. Es gehört zu den Prinzipien systemimmanenter Selbstkritik, Probleme füreinander verantwortlich zu machen, die eigentlich unabhängig voneinander interpretiert werden müßten weil ihre gemeinsame Wurzeln im Grundprinzip des Wirtschaftssystems liegen. Wie so häufig wurden auch von Kornai Ursache und Wirkung verwechselt. Die nicht zu bezweifelnde Interdependenz verschiedener negativer Ausprägungen der Zentralplanwirtschaft (Mangel, Verbraucherverhalten, Innovationsschwäche, Verkäufermarkt, Verschwendung, Theorielosigkeit usw.) wurde auch in diesem Fall zur Ursache des eigentlichen Problems stilisiert, obwohl sie alle im System der Zentralplanwirtschaft quasi genetisch programmiert sind. Dabei spielt auch das Maß angestrenzter, systemimmanenter „Reformen“ keine Rolle solange nicht grundsätzliche Veränderungen der Wirtschaftsordnung damit verbunden werden.⁹⁷

Kornai vermeidet den Gedanken daran, das Prinzip der Zentralplanwirtschaft grundsätzlich abzuschaffen. Seine Aussage, der Verkäufermarkt habe sich in

94 BUCK, GUTMANN, Die Zentralplanwirtschaft der DDR, S. 42.

Allein im Jahr 1988 mußte die DDR 84,5 Milliarden Ost-Mark Subventionen an ihre Staatsbetriebe und Kombinate bezahlen, was ca. einem Drittel der Gesamtausgaben im Staatsetat der DDR ausmachte. Vgl. BUCK, Hannsjörg, F., Staatshaushalt und Finanzpolitik der DDR-Regierung für das Haushaltsjahr 1988. Analysen und Berichte Nr. 3/1988, hrsgg. vom Gesamtdeutschen Institut, Bonn 1988, S. 21ff.

95 KORNAI, János, Warenmangel als ein fundamentales Problem der sozialistischen Planwirtschaft, S. 12.

96 Ebenda, S. 12f.

97 Zum Nachfrageverhalten der Produktionseinheiten unter den Bedingungen des NÖS vgl. BUCK, Umkehr zur administrativen Befehlswirtschaft, S. 100f.

einen Käufermarkt zu verwandeln, schielte zwar nach einer marktwirtschaftlichen Ordnung, verlangte aber nicht die Initiative, radikale Systemveränderungen anzupacken sondern hofft - in Tradition der sozialistischen Vorgehensweise - auf „Entwicklung“.

Planabweichungen

Planerfüllung war das wichtigste Ziel des sogenannten volkseigenen Wirtschaftssektors. Die Zentralplanbürokratie verstand darunter die lückenlose Erfüllung sämtlicher, „[...] den zentralen und örtlichen Staatsorganen, den wirtschaftsleitenden Organen, den Kombinat, Betrieben und Einrichtungen erteilten staatlichen Planaufgaben [...] der Perspektivpläne] und der Jahresvolkswirtschaftspläne. Die Pläne sind erst dann erfüllt, wenn die staatlichen Plankennziffern in ihrer Gesamtheit eingehalten werden.“⁹⁸ Diese Beschreibung der entscheidenden Richtschnur wirtschaftlichen Handelns in der SBZ/DDR offenbarte bereits den utopischen Charakter des Systems sozialistischer Zentralplanwirtschaft. Planabweichungen waren zum Schutze der Volkswirtschaft im gesamten öffentlichen Sektor unbedingt zu vermeiden. Die Forderungen der Staatsgewalt konnten nicht verhindern, daß sich Planabweichungen in allen wirtschaftlichen Bereichen ausbreiteten. Im Investitionssektor machten sie sich insbesondere auf dreierlei Weise bemerkbar.

- Sogenannte „Kostensteigerungen“ (vgl. Übersicht 2: Begründung für Planüberschreitung, S. 156): Die Erstellung befohlener Investobjekte verursachte einen größeren Verzehr an Gütern und Dienstleistungen, als planmäßig dafür einkalkuliert worden war.

„Kostensteigerungen“ in Form überplanmäßigen Güterverzehr waren die unmittelbare Form der Planabweichung. Sie kamen dort zum Tragen, wo darauf bestanden wurde, Investobjekte vollständig fertig zu stellen. In der Regel handelte es sich dabei um Objekte, die von politischer Seite für besonders wichtig erachtet wurden. Der rechnungsmäßige Niederschlag dieser Überschreitungen, ausgedrückt in Mark-Beträgen, suggerierte die tatsächliche Meßbarkeit von Effizienz und Produktivität. Der subjektive Plan als Grundlage aller Werturteile nahm der Abrechnung aber jede objektive Aussagekraft, abgesehen ggf. von der systemimmanenten Frage danach, inwieweit auf der güterwirtschaftlichen Seite eine Differenz zwischen Plan und seiner Umsetzung entstanden war, wobei die subjektive Plandirektive der einzige Maßstab war. Unter diesen Bedingungen war in der SBZ/DDR grundsätzlich keine echte Kostenrechnung möglich. Die wenigsten volkseigenen Betriebe besaßen nicht einmal eine Buchhaltung. Die VEB versuchten noch nicht einmal, ihre Tätigkeit nach den Bedürfnissen der neuartigen Zentralplanwirtschaft auszurichten und ignorierten die alltägliche Flut neuer Anordnungen und Vorschriften. In der Regel konstatierten die Revisoren, daß die Betriebe keine Vorstellung ihrer Kostenentwicklung besaßen. Dabei übersahen sie allerdings, daß auch der eigene Kostenbegriff keinerlei Tragfähigkeit besaß. Sogenannte „Kostenüberschreitungen“ mußten aufgrund der kompletten Verplanung sämtlicher volkswirtschaftlichen Ressourcen entweder auf andere Betriebe oder auf andere Abteilungen desselben VEB abgewälzt werden.⁹⁹ Dort, wo zum Aus-

⁹⁸ Wörterbuch der Ökonomie, Sozialismus, Berlin ⁶1984, S. 683.

⁹⁹ Immer gibt es Hinweise darauf, daß den VEB verboten wurde, „Teuerungen“ eines bestimmten Objektes durch verminderte Ausgaben für andere Objekte zu „finanzieren“. Diese Verbote werden verständlich vor dem Hintergrund, daß der ge-

gleich dieser „Teuerungen“ Güter abgezogen wurden, entstanden als Komplementär dazu Planabweichungen in derselben Höhe; sogenannte Materialengpässe.

- *Materialengpässe* (vgl. Übersicht 3: „Materialengpässe“ nach zentraler Umverteilung, S. 157): Sie überschatteten fast lückenlos den gesamten volkseigenen Sektor und setzten eine Spirale weiterer Planabweichungen in Gang. Ausgelöst durch materielle Umdisponierungen der Zentralplanbehörde zur Kompensation sogenannter Teuerungen in wichtigen Bereichen und ohne planmäßigen Niederschlag, bewirkten sie erhebliche Verzögerungen des Baufortschritts.

Diese Kategorie war im volkseigenen Bereich überall und ständig für jedermann sichtbar, wenn auch wertmäßig und quantitativ nicht zu ermessen, geschweige denn für die Volkswirtschaft insgesamt exakt nachzuweisen. Weder DWK noch die Regierung der DDR konnten diese Schwierigkeiten abstreiten. Statt dessen traten sie die Flucht nach vorne an, brandmarkten die Zustände, erklärten, wodurch sie nach offiziellem Dafürhalten verursacht wurden und gelobten, sie unter Mithilfe der Belegschaften des volkseigenen Sektors zu beseitigen. Obendrein wurde der Eindruck vermittelt, die Zentralplanbürokratie habe trotz erheblicher Probleme an der Basis des volkseigenen Sektors alles im Griff. Als Grund wurden in der Regel „falsches Verständnis“ oder Egoismus von Einzelpersonen, Betriebsleitungen, Betriebsgewerkschaftsleitungen oder Belegschaften angeprangert.

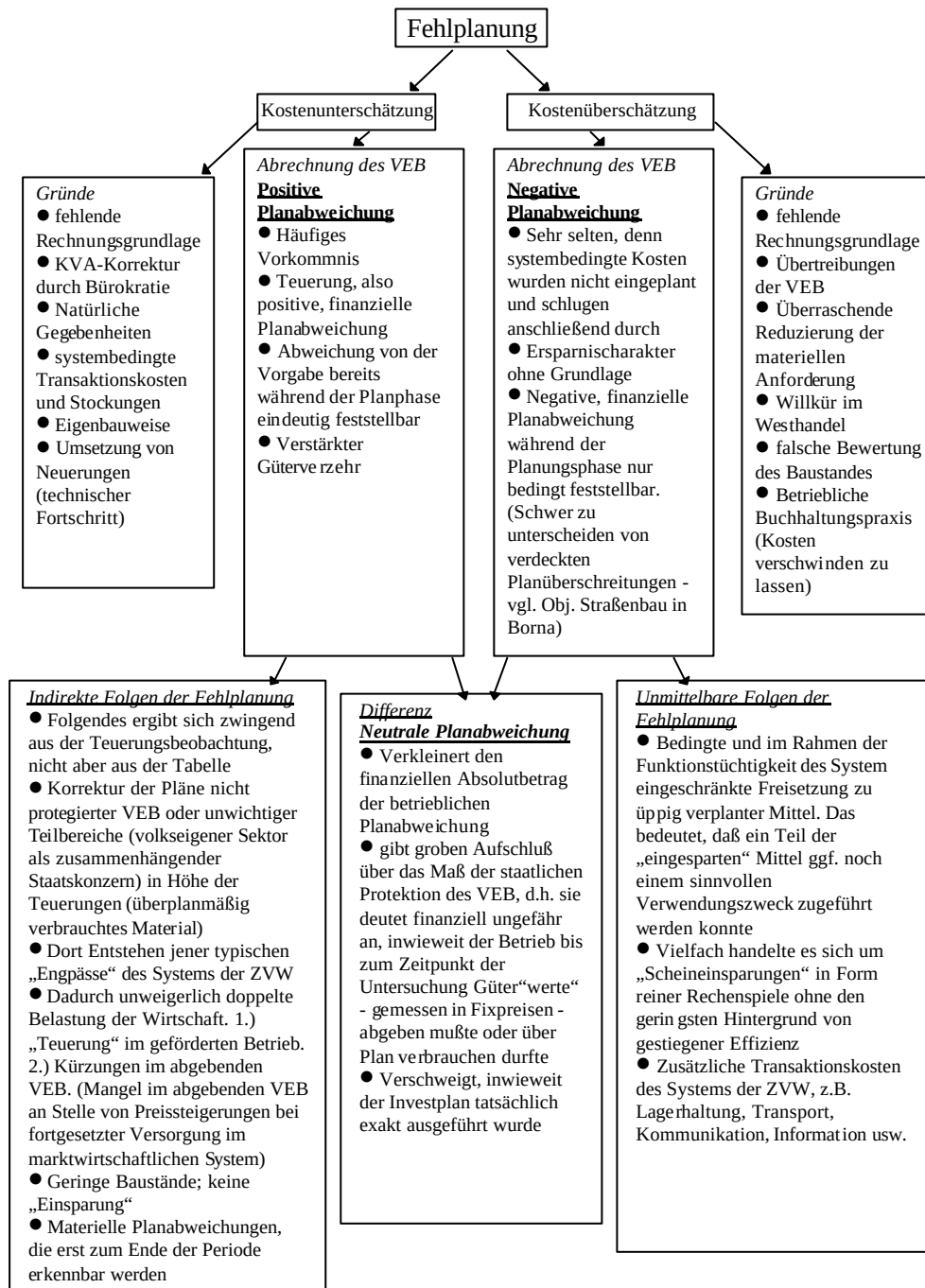
- *Negative Planabweichungen* (vgl. Übersicht 4: Begründungen vermeintlicher Planunterschreitungen, S. 163): Scheinbare „Einsparungen“, die in der Regel auf Fehlplanung oder Abrechnungsmethoden zurückzuführen waren.

Auch die in Tabelle 10 und Tabelle 11 so genannten „negativen Planabweichungen“ - sie wurden in der offiziellen Darstellung als „Ersparnis“ deklariert - müssen in ihrer vollen Höhe der Summe aus „Kostensteigerungen“ und „Materialengpässen“ aufgeschlagen werden, um einen Eindruck über die Gesamtplanabweichung des volkseigenen Sektors im System der SBZ/DDR-Zentralplanwirtschaft zu erhalten. Eine Verrechnung von „Teuerung“ und „Ersparnis“ (vgl. „Neutrale Planabweichung“) darf nicht dazu benutzt werden, die Höhe der tatsächlichen Planabweichung zu beschönigen. Der Anschein, mit negativen Planabweichungen wären echte „Einsparungen“ verbunden, täuschte: Die Planvorgabe wurde von den Wirtschaftssubjekten fälschlicherweise als objektives Prinzip betrieblicher Leistungsbemessung angenommen. De facto war die Höhe der betrieblichen Investitionsauflage - wie auch der gesamte Volkswirtschaftsplan - ein Produkt menschlicher Phantasie; vielleicht nach bestem Wissen erstellt, trotzdem aber willkürlich und zufällig. Als solches entstand sie nicht auf Grundlage objektiv-unveränderlicher Größen, wie beispielsweise eines unbestechlichen Preissystems freier Wirtschaften. Wenn in volkseigenen Betrieben die volle Höhe der Investitionsauflage eines Objektes unterschritten wurde - was selten der Fall war -, handelte es sich keineswegs um besonders wirtschaftliche Leistung der Betriebe, sondern schlichtweg um fehlerhafte Einschätzungen des erforderlichen Aufwandes durch die Zentralplanbehörde, bzw. den Beleg für überzeugende Ver-

samte VEB als politisch wichtig eingestuft worden war. Folgerichtig durfte an keiner Stelle gespart werden. Die Kompensation der Teuerung mußte von außen erfolgen, d.h. man sparte stattdessen beim Aufbau von politisch weniger wichtigen Betrieben.

handlungsleistungen gegenüber der Planbürokratie durch die Vertreter der VEB im Rahmen der Plandiskussion.

Abbildung 3: Fehlplanung und Planabweichung im VEB



Zentralplanwirtschaft - ein instabiles System

Der zuvor beschriebene, subjektive Eindruck volkseigener Betriebe, die Ökonomie der SBZ/DDR, d.h. die Geschlossenheit der Pläne, biete ausreichend „Stabilität“ zur Ermittlung verlässlicher Wirtschaftsdaten täuschte gewaltig. Was sich an der Basis in Form von Materialmangel, Transport- und Lieferschwierigkeiten, veraltetem Anlagevermögen oder Verschwendung zeigte, deutete genau auf das Gegenteil hin. Besagte Verhältnisse erzeugten Druck auf die Leitung der Zentralplanwirtschaft und brachten sie in Konflikt zwischen Aufrechterhalten der Planvorgaben, d.h. jener scheinbaren „Stabilität“ einerseits und ihrer Preisgabe

andererseits, um besonders wichtige Wirtschaftsziele zu verwirklichen. Im Rahmen dieses Zwiespaltes disponierte die Wirtschaftsführung letztlich über die gesamte güterwirtschaftliche Seite der Volkswirtschaft. Das permanente Ausbalancieren gesamtwirtschaftlicher Präferenzen der Güterverteilung durch die Planbürokratie bewirkte auf Produktionsebene chaotische Zustände, insbesondere auf dem Gebiet der Material- und Güterbewirtschaftung. So konnten offiziell präferierte Objekte unter erheblichem Aufwand zwar teilweise verwirklicht werden, allerdings nur unter Aufgabe anderer Vorhaben, d.h. die Auflösung der ursprünglichen Pläne. Die Zentralbürokratie selbst zerstörte damit die Illusion der VEB von Planungssicherheit, als Grundlage betrieblicher Kostenvoranschläge, sowie den gesamten Bereich sogenannter Plankontrolle. Hervorgerufen durch systembedingte Zwänge, begann die Zentralplanbehörde, die selbst geschaffene „Ordnung“ der Ökonomie - die zentrale Planwirtschaft - von innen her auszuhöhlen.

3.2 Die Produktionstätigkeit im volkseigenen industriellen Sektor

Im Laufe ihrer kurzen Existenz konnte sich die RTA keinen festen Platz unter den zahlreichen Kontrollinstitutionen der sozialistischen Gesellschaft aufbauen. Bis zuletzt buhlte sie - insbesondere im volkseigenen Sektor - um Aufträge und erklärte sich breit, das Spektrum durchzuführender unterschiedlicher Prüfungen breit zu fächern. Ein Glücksfall für das Verständnis des volkseigenen Produktionssektors sind die Sonderprüfungen des Archivbestandes RTA-DN5-46, „zur Ermittlung der Verlustquellen des 1. Halbjahres 1949“ innerhalb verschiedener volkseigener Betriebe. Auftraggeber der RTA war in diesem Fall das Ministerium für Wirtschaft, Amt für volkseigene Betriebe, in Erfurt. Anlaß zur Überprüfung der VEB war in sämtlichen Fällen, daß ihr Betriebsergebnis nicht mit dem Planergebnis übereinstimmte. Unter „Planergebnis“ waren in diesem Zusammenhang unterschiedliche staatliche Planaufgaben zu verstehen, welche, abgeleitet aus dem Volkswirtschaftsplan, allen volkseigenen Betrieben oktroyiert worden waren. Dazu gehörten beispielsweise die quantitativ festgeschriebene Güterproduktion, ein Mindest-Plangewinn oder maximaler Planverlust. Auch dieses Kapitel zum Thema „Produktion im volkseigenen Sektor“ unterteilt sich wie das vorhergehende, in die Bereiche Planung, Durchführung und einen Schußteil. Die zentrale Planung der Produktion umfaßte nicht nur die Ermittlung verbindlicher Vorgaben zum quantitativen Output des VEB. Die sogenannte Produktionsauflage verknüpfte Gütermengen mit unterschiedlichen Wertkategorien. Auf diesem Wege, so glaubte man, ließ sich der wirtschaftliche Erfolg einzelner VEB bereits im Vorfeld der Wirtschaftsperiode fixieren. Die offizielle „Preisgestaltung“ hatte die Aufgabe, eine detaillierte Kostenerhebung ex ante zu ermöglichen. So hoffte man, bereits vor der eigentlichen Produktionstätigkeit alle Informationen zu besitzen, um eine schlüssige Ergebnisrechnung volkseigener Betriebe erstellen zu können. Die Durchführung dieser unterschiedlichen, exakt aufeinander abgestimmten Pläne gestaltete sich überaus schwierig, denn sie wurde durch ein reiches Bündel ungeplanter Einflüsse gestört. Unter dem Strich entstanden entweder zu hohe Kosten oder die Produktionsauflage, d.h., die quantitative Planerfüllung, wurde nicht erreicht. Im Laufe der gesamten Studie wurde im Produktionssektor kein einziges Beispiel exakter Planerfüllung gefunden. Weil zunächst niemand an der grundsätzlichen Richtigkeit der aus dem Zweijahrplan abgeleiteten Einzelpläne zu zweifeln wagte, begann die Suche der Revision nach den Gründen des Scheiterns nicht bei

der Spitze der Wirtschaftsverwaltungspyramide, sondern an der Basis: in den Planungsunterlagen der volkseigenen Betriebe.

3.2.1 Die Produktionsplanung

Im folgenden sollen die Planungs- und Produktionsergebnisse des VEB Papierfabrik Wernshausen der VVB Papier - Chemie - Land Thüringen einer näheren Interpretation unterzogen und durch die übrigen Prüfungsergebnisse ergänzt werden. Kostenplanung und der eigentliche Produktionsprozeß eines jeden VEB waren auf das engste miteinander verknüpft, denn beide waren Bestandteile der gesetzlichen Planaufgabe. Wichen sie voneinander ab, lagen in der Regel unerwünschte Planabweichungen vor. Auch in Wernshausen stimmten Kostenplan und Betriebsergebnis nicht überein. Die Revisionsgruppe der RTA hatte die Aufgabe herauszufinden, woran das lag. Ihr selbst definierter Arbeitsansatz bestand darin, zu ermitteln, „inwieweit die Planung überhaupt dem tatsächlichen Produktionsauf-
lauf entspricht, wie das Ergebnis bei richtiger Planung hätte ausfallen müssen und in welchem Umfange das tatsächlich erzielte Ergebnis von diesen berichteten Planwerten abweicht“¹⁰⁰. In diesem Falle wurde unter „Planung“ die sogenannte betriebliche Planung verstanden. Sie bezog sich in sämtlichen Fällen auf die Kostenplanung des VEB. Diese war zwar formal unabhängig von der staatlichen Produktionsaufgabe, diente aber einzig und allein ihrer Realisierung. Angesichts einer Vielzahl von Verpflichtungen durch unterschiedliche Planaufgaben, die sich in den Augen der Betriebsleitungen häufig widersprachen, versuchten die VEB, den ihnen zur Verfügung stehenden, eigenen Entscheidungsspielraum im Sinne der betrieblichen Interessen auszuschöpfen, wobei sie unter Umständen die Abgrenzung unterschiedlicher Plansegmente nicht allzu genau nahmen. Einen entsprechenden Anfangsverdacht hegte auch die Revision und fand ihn im Verlauf der Prüfung bestätigt. Es mußten Beträge in das Betriebsergebnis¹⁰¹ eingerechnet worden sein, die nicht der Produktionsleistung¹⁰² dienten. Im Falle des VEB Papierfabrik Wernshausen waren das insbesondere Beträge, die für den Aufbau von Anlagegütern, z.B. Maschinen, benötigt wurden. Die Herrichtung dieser Produktionsanlagen erfolgte zur eigenen Verwendung: „Bei den Produktionsmaschinen handelt es sich um solche, die der Betrieb zur Erweiterung seiner Kapazität dringend braucht.“¹⁰³

Die Nachkriegssituation stellte den Aufbau der Wirtschaft in den Vordergrund jeder ökonomischen Betätigung. Gleichwohl muß das in den VEB allgemein vorhandene Aufbaubestreben auch als Reaktion auf die Produktionsforderungen der Zentralplanwirtschaft verstanden werden. Große Kapazitäten von Betrieben, die eigentlich anderweitig spezialisiert waren, wurden zweckentfremdet eingesetzt, beispielsweise zur Konstruktion verschiedener Hilfsmittel der Produktion. Die Erweiterung betrieblicher Kapazitätsmöglichkeiten war oftmals die wichtigste

100 DN5-46, Sonderprüfung beim VEB Papierfabrik Wernshausen vom 3. Oktober 1949, Bl. 2.

101 Unter „Betriebsergebnis“ wurde die in Geld ausgedrückte, reine Produktionsleistung verstanden. Im Gegensatz dazu wurde der Begriff „Betriebsleistung“ so verwendet, daß darunter auch innerbetriebliche Leistungen, wie z.B. der Aufbau benötigter Maschinen, subsumiert waren.

102 Damit war die Produktion des originären Erzeugnisses, z.B. Papier, gemeint.

103 DN5-46, Sonderprüfung beim VEB Papierfabrik Wernshausen vom 3. Oktober 1949, Bl. 2.

Voraussetzung zur Umsetzung der quantitativen, betrieblichen Produktionsauflagen. Die Produktionskapazitäten zu erhöhen stellte auch einen Versuch der Betriebe dar, die erwartete, degressive Kostenentwicklung, beispielsweise durch Verringerung des Fixkostenanteils je Produktionseinheit, zur Verwirklichung längerfristiger Planvorgaben¹⁰⁴ auszunutzen. Auf dieses Phänomen soll an anderer Stelle noch genauer eingegangen werden (Vgl. Kapitel „Die Produktionsdurchführung,, Beispiel: Forderung der Revision für den VEB Papierfabrik Wernshausen, S. 243).¹⁰⁵

Produktionsplanung der volkseigenen Betriebe als Möglichkeit ihrer stillen Einflußnahme

Die Revision machte in der Regel folgende Feststellung: „Die Selbstkostenplanung des Betriebes entspricht nach den anhand von Kalkulationen und anderen Unterlagen getroffenen Feststellungen nicht der Auflage und steht im Widerspruch zu den bisher gewonnenen Erfahrungen.“¹⁰⁶ Dazu trug beispielsweise die erwähnte Praxis der Betriebe bei, mittels eingeplanter Produktionskosten nicht nur den unmittelbaren Produktionssektor des VEB, sondern auch andere Bereiche, z.B. Investobjekte, mitzufinanzieren. Nun mußten die Prüfer versuchen, ggf. auch schätzungsweise, diese Daten zu „berichtigen“. Ziel dieser Anstrengungen war, die von ihnen ex post als „falsch“ bezeichnete, betriebliche Planung wieder mit den offiziellen Planaufgaben des VEB vergleichbar zu machen.

104 Beispielsweise die durch den Zweijahrplan allen VEB vorgeschriebene Selbstkostensenkung oder Steigerung der Produktivität.

105 Selbstverständlich unbeachtet blieb dabei die Frage gesamtwirtschaftlicher Rentabilität im Sinne des ökonomischen Prinzips.

106 DN5-46, Sonderprüfung beim VEB Papierfabrik Wernshausen vom 3. Oktober 1949, Bl. 3.

Tabelle 14: Kostenarten und Kostenartengruppen. Planung von Betriebsleitung und Revision sowie Istkosten im VEB Papierfabrik Wernshausen für ganz 1949 und das 1. Halbjahr 1949¹⁰⁷

Einzelkostenplanung im VEB Papierfabrik Wernshausen und Istkosten im 1. Halbjahr 1949				
Kostenarten/Kostenartengruppen	Planzahlen für ganz 1949			
Einschätzende Institution	Betrieb	Prüfer	Differenz	Angabe in %
Fertigungsmaterial	203.300,00	245.300,00	42.000,00	20,66
Gemeinkostenmaterial	69.400,00	90.000,00	20.600,00	29,68
Fertigungslohn	42.000,00	50.500,00	8.500,00	20,24
Gemeinkostenlohn	25.800,00	33.600,00	7.800,00	30,23
Gehalt	28.500,00	48.000,00	19.500,00	68,42
Soziale Kosten	18.400,00	22.800,00	4.400,00	23,91
Steuern, Abgaben, und Beiträge	16.900,00	15.200,00	-1.700,00	-10,06
Verschiedene Kosten	28.000,00	32.000,00	4.000,00	14,29
Sondereinzelkosten	19.800,00	16.000,00	-3.800,00	-19,19
Kalkulatorische Kosten	74.800,00	115.000,00	40.200,00	53,74
Zusammengesetzte Kosten	0,00	-8.000,00	-8.000,00	
Summe	526.900,00	660.400,00	133.500,00	25,34
Plankosten für die Istproduktion des 1. Halbjahres 1949 unter Berücksichtigung der anteiligen (geschätzten) Fixkosten.				
Einschätzende Institution	Betrieb	% vom Plan für ganz 1949	Prüfer	% vom Plan für ganz 1949
Fertigungsmaterial	138.000,00	67,88	147.400,00	60,09
Gemeinkostenmaterial	47.300,00	68,16	60.400,00	67,11
Fertigungslohn	28.500,00	67,86	34.500,00	68,32
Gemeinkostenlohn	16.900,00	65,50	23.000,00	68,45
Gehalt	17.200,00	60,35	24.000,00	50,00
Soziale Kosten	12.200,00	66,30	14.100,00	61,84
Steuern, Abgaben, und Beiträge	9.600,00	56,80	8.400,00	55,26
Verschiedene Kosten	16.000,00	57,14	18.000,00	56,25
Sondereinzelkosten	13.400,00	67,68	10.000,00	62,50
Kalkulatorische Kosten	37.400,00	50,00	57.500,00	50,00
Zusammengesetzte Kosten	0,00		-3.900,00	48,75
Summe	336.500,00	63,86	393.400,00	59,57
		Plankosten für die Istproduktion des 1. Halbjahres 1949	Istkosten des 1. Halbjahres 1949	
		Differenz	Angabe in %	
Fertigungsmaterial		9.400,00	6,81	155.600,00
Gemeinkostenmaterial		13.100,00	27,70	59.400,00
Fertigungslohn		6.000,00	21,05	58.000,00
Gemeinkostenlohn		6.100,00	36,09	38.600,00
Gehalt		6.800,00	39,53	24.100,00
Soziale Kosten		1.900,00	15,57	18.300,00
Steuern, Abgaben, und Beiträge		-1.200,00	-12,50	8.400,00
Verschiedene Kosten		2.000,00	12,50	20.900,00
Sondereinzelkosten		-3.400,00	-25,37	10.100,00
Kalkulatorische Kosten		20.100,00	53,74	59.500,00
Zusammengesetzte Kosten		-3.900,00		-3.900,00
Summe		56.900,00	16,91	449.000,00
Höhe der Abweichung von den Plankosten bei der Istproduktion im 1. Halbjahr 1949				
Einschätzende Institution	Betrieb	Prüfer	Betrieb (in %)	Prüfer (in %)
Fertigungsmaterial	17.600,00	8.200,00	12,75	5,56
Gemeinkostenmaterial	12.100,00	-1.000,00	25,58	-1,66
Fertigungslohn	29.500,00	23.500,00	103,51	68,12
Gemeinkostenlohn	21.700,00	15.600,00	128,40	67,83
Gehalt	6.900,00	100,00	40,12	0,42
Soziale Kosten	6.100,00	4.200,00	50,00	29,79
Steuern, Abgaben, und Beiträge	-1.200,00	0,00	-12,50	0,00
Verschiedene Kosten	4.900,00	2.900,00	30,63	16,11
Sondereinzelkosten	-3.300,00	100,00	-24,63	1,00
Kalkulatorische Kosten	22.100,00	2.000,00	59,09	3,48
Zusammengesetzte Kosten	-3.900,00	0,00		0,00
Summe	112.500,00	55.600,00	33,43	14,13

■ bedeutet: Originalangaben aus der Quelle; nicht grau unterlegte Felder wurden errechnet.

Zum Vergleich sei hier auch die Kostenaufstellung des VEB Bergglashütte Gehlberg angeführt. Dort wurden dem entsprechenden Output im Gegensatz zur Papierfabrik ausschließlich originäre Erzeugnisse zugerechnet, weswegen die Revision in dieser Hinsicht keine Veranlassung sah, die betriebliche Kostenplanung zu „berichtigen“.

Tabelle 15: Kostenarten und Kostenartengruppen. Planung der Betriebsleitung sowie Istkosten des VEB Bergglashütte Gehlberg für ganz 1949 und das 1. Halbjahr 1949¹⁰⁸

Einzelkostenplanung im VEB Bergglashütte Gehlberg und Istkosten im 1. Halbjahr 1949			
Kostenarten	Plankosten für ganz 1949 (für 140 to Rohglas)	Plankosten für die Istproduktion des 1. Halbjahres 1949 unter Berücksichtigung der anteiligen (geschätzten) Fixkosten (für 63 to Rohglas = 45% von 1949) absolut und in % von 1949	
Fertigungsmaterial	19.100,00	7.900,00	41,36
Gemeinkostenmaterial	58.100,00	24.700,00	42,51
Fertigungslohn	95.000,00	39.400,00	41,47
Gemeinkostenlohn	37.100,00	15.400,00	41,51
Gehalt	19.000,00	9.500,00	50,00
Soziale Kosten (gesetzliche)	16.100,00	7.200,00	44,72
Soziale Kosten (andere)	500,00	200,00	40,00
Steuern, Abgaben und Beiträge	7.200,00	3.500,00	48,61
Verschiedene Kosten	12.900,00	6.300,00	48,84
Sondereinzelkosten	2.000,00	800,00	40,00
Kalkulatorische Kosten	13.000,00	6.500,00	50,00
Summe	280.000,00	121.400,00	43,36
Kostenarten	Istkosten des 1. Halbjahres 1949	Höhe der Abweichung von den Plankosten für die Istproduktion im 1. Halbjahr 1949	
	Angabe in Mark	Angabe in Mark	Angabe in Prozent
Fertigungsmaterial	7.800,00	-100,00	-1,27
Gemeinkostenmaterial	44.700,00	20.000,00	80,97
Fertigungslohn	65.800,00	26.400,00	67,01
Gemeinkostenlohn	27.100,00	11.700,00	75,97
Gehalt	13.600,00	4.100,00	43,16
Soziale Kosten (gesetzlich)	12.600,00	5.400,00	75,00
Soziale Kosten (andere)	600,00	400,00	200,00
Steuern, Abgaben, und Beiträge	4.100,00	600,00	17,14
Verschiedene Kosten	9.600,00	3.300,00	52,38
Sondereinzelkosten	1.000,00	200,00	25,00
Kalkulatorische Kosten	22.000,00	15.500,00	238,46
Summe	208.900,00	87.500,00	72,08

□ bedeutet: Originalangaben aus der Quelle; nicht grau unterlegte Felder wurden errechnet.

Die Revision versuchte, insbesondere im Zuge einer Überprüfung der betrieblichen Kostenartenplanung, sogenannte Verlustquellen zu lokalisieren. Dabei waren zunächst sämtliche Abweichungen von der ursprünglichen Kostenplanung zu analysieren als Ergebnis folgender denkbarer Ursachen:

- Falsche Produktionskostenplanung durch den Betrieb im Sinne unzutreffender Zurechnung, z.B. durch die Einbeziehung von Leistungen für Investitionen.
- Falsche Produktionskostenplanung durch den Betrieb im Sinne offensichtlich falscher Kostenangaben, die z.B. angestoßen wurde durch unerfüllbare Auflagen der Zentralplanbürokratie.

¹⁰⁸ DN5-46, Sonderprüfung beim VEB Bergglashütte Gehlberg vom 7. Oktober 1949, Bl. 4-6.

- Kosten, die das Ergebnis aufgrund unangemessener betriebswirtschaftlicher Verhältnisse unnötig verschlechterten und nach Meinung der Revision einzusparen waren.
- Kombinationen der letzten beiden Varianten.

Im Falle des VEB Bergglashütte Gehlberg stellte die Revision für fast alle Kostenarten-Positionen fest, daß sie vom VEB wider bessere Erfahrung zu niedrig angesetzt worden waren. Entgegen der gängigen Planungsweise, konstatierte die Revision, „sind für die Kostenplanung [des VEB Bergglas Gehlberg] des Jahres 1949 nicht die Istkosten von 1948 abzüglich der vorgeschriebenen Kostensenkung zugrunde gelegt worden“¹⁰⁹. Wie unsicher der Ansatz war, die Vorperiode zur Grundlage der Planung künftiger Kosten zu machen, bewies der Fall des VEB Papierfabrik Bad Tennstedt. Zunächst wurde dieser 1948 von einem Großbrand betroffen, was eine geordnete Produktion und damit auch das Vorbild für 1949 zunichte machte. Außerdem gab es dort keinerlei Unterlagen der Abrechnung innerbetrieblicher Leistungen, was gleichfalls eine Anlehnung der betrieblichen Kostenplanung an das Produktionsjahr 1948 verhinderte.¹¹⁰ Die Gründe, warum sich betriebliche Kostenplanung und Istkosten nicht in Deckung bringen ließen, waren nach den Erkenntnissen der Revision fast so unterschiedlich wie die Anzahl der besuchten VEB. Man versuchte, sie auf dem Wege einer Analyse unterschiedlicher Kostenarten zu ergründen:

„Kostenarten“

- Fertigungsmaterial

VEB Papierfabrik Wernshausen: Bezüglich des Fertigungsmaterials konstatierten die Prüfer eine Kostenüberziehung. Dabei handelte es sich um bezogene Teile zum Aufbau von Maschinen. Diese hätten eigentlich im Investitionsbereich zu Buche schlagen müssen. Daß sie in die Selbstkostenplanung einbezogen und oben-drein als Kosten verbucht wurden, war verkehrt.

VEB Bergglashütte Gehlberg: Die eingeplanten Kosten entsprachen nicht den bisherigen Erfahrungswerten.

VEB Papierfabrik Bad Tennstedt: Die Berechnung der Einsatzstoffe wurde als „grob und unvollständig“¹¹¹ bezeichnet. Die Revision stellte fest, daß Zusatzstoffe wie Kaolin usw. gänzlich unberücksichtigt blieben.

- Gemeinkostenmaterial

VEB Papierfabrik Wernshausen: Der Gemeinkostenmaterial-Anteil von rd. 100 DM je Tonne Produkt entstand zu 36 Prozent durch den Bezug von Fremdstrom. Das waren Kosten, die von den Revisoren als überflüssig erachtet wurden, angesichts der Tatsache, daß der VEB über eine Turbine zur Stromerzeugung am eigenen Wasser verfügte, welche aufgrund von Materialmangel nicht in Betrieb genommen werden konnte.

VEB Bergglashütte Gehlberg: Insbesondere die Positionen Brenn- und Treibstoffe, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie fremde Reparaturen wichen erheblich von den bisherigen Erfahrungswerten ab. Der Verbrauch von 14,1 to. Kohle je Tonne

109 Ebenda, Bl. 4.

110 DN5-46, Sonderprüfung des VEB Papierfabrik Bad Tennstedt vom 1. Oktober 1949, Bl. 5.

111 Ebenda.

Glas lag um 0,8 to über dem Verbrauch im 2. Halbjahr 1948 und 6-8 to über dem „normalen Verbrauch“ für die Erzeugung einer to. Glas, der nach Aussage der Prüfer 8-10 to. betragen sollte. In diesem Zusammenhang spielte sicherlich die sehr unterschiedliche Qualität der Kohle, die der volkseigene Sektor zur Verfügung stellte (Wassergehalt und sonstige Bestandteile lagen teilweise sehr hoch) eine Rolle.

● Fertigungslohn

VEB Papierfabrik Wernshausen: Der Fertigungslohn wurde vom Betrieb auf eine Weise berechnet, die nach Meinung der Revision „offensichtlich nicht den tatsächlichen Verhältnissen entsprach“¹¹². Gleichzeitig wurde die Abweichung von den „berichtigten Planzahlen“ durch dasselbe Phänomen begründet, wie die Abweichung im Fertigungsmaterial. Jene Differenz betraf „Löhne für die Anfertigung und Ingangsetzung von Maschinen (Aufbau-Investitionen), die in die Selbstkostenplanung nicht aufgenommen werden dürfen“¹¹³.

VEB Bergglashütte Gehlberg: „Ebenso wie bei den Materialkosten ist auch hier eine Einhaltung der Planzahlen nicht möglich, weil diese vollkommen falsch sind.“¹¹⁴ Im Durchschnitt hatte der VEB je to. 337,- Mark weniger Lohnkosten eingeplant, als im 2. Halbjahr 1948 bezahlt worden waren, obwohl die Löhne seit Oktober 1948 im Rahmen einer Tarifierhöhung sogar angestiegen waren.¹¹⁵ Hinweis der Revision: „Der Planung hätten mindestens die bisherigen Löhne zugrunde gelegt werden müssen und die Tarifänderung durch eine genaue Ueberprüfung der Normen einen Ausgleich finden sollen.“¹¹⁶

VEB Papierfabrik Bad Tennstedt: Daß die betriebliche Kostenplanung teilweise unberührt blieb von offiziellen wirtschaftlichen Rechnungsgrößen bewies auch die Planung des Fertigungslohnes (= Einsatzlohnes) im VEB Papierfabrik Bad Tennstedt. Hier wurde für das 1. Halbjahr 1949 der Einsatzlohn mit DM 38,40 je to. eingeplant; Ein Vorgang, der für die Revision nicht nachvollziehbar war: „Die vorhandenen Maschinen erforderten eine Besetzung von 57 Personen für reine Fertigungsarbeiten. Sie bedingen bei einer Jahresarbeitsleistung von 2.400 Stunden und einem Durchschnittsstundenlohn von DM 0,80 einen Aufwand von DM 109.440,- an Einsatzlöhnen. Bei reibungslosem Ablauf der Produktion - die jedoch [aufgrund der Reparaturbedürftigkeit der Anlage ... T.M.] nicht möglich ist - wäre theoretisch mit diesem Einsatz die Erzeugung von 2.500 to. gegeben, d.h. es würden dann - also im günstigsten Falle - DM 43,80 je to. als Einsatzlohn anfallen.“¹¹⁷ Damit lag die vom Betrieb eingeplante Lohnsumme bereits um DM 5,40 je to. niedriger als der, im Rahmen der Gesetze nachgerechnete, günstigste Fall. Die tatsächliche Produktion verlangte schließlich eine Lohnsumme je Tonne von DM 58,- (= 151 Prozent der betrieblichen Planung), der mit häufigen Maschi-

112 DN5-46, Sonderprüfung beim VEB Papierfabrik Wernshausen vom 3. Oktober 1949, Bl. 4.

113 Ebenda.

114 DN5-46, Sonderprüfung im VEB Bergglashütte Gehlberg vom 7. Oktober 1949, Bl. 5.

115 Glasmacher und Bläser: von DM 0,92 auf 1,38/Std (plus 50 Prozent), Formenmacher und Hohlglasschleifer: von DM 0,70 auf 1,15/Std (plus 64 Prozent), Einträger und Kübelmacher: von DM 0,35-0,45 auf 0,70-1,05/Std (plus 100-133 Prozent).

116 DN5-46, Sonderprüfung im VEB Bergglashütte Gehlberg vom 7. Oktober 1949, Bl. 5.

117 DN5-46, Sonderprüfung beim VEB Papierfabrik Bad Tennstedt vom 1. Oktober 1949, Bl. 7.

nenstillständen infolge von Rohstoffmangel oder Reparaturarbeiten begründet wurde.

● Gemeinkostenlöhne

VEB Papierfabrik Wernshausen und Bad Tennstedt: Wiederum wurde der Grund für die „falsche Kostenplanung“ des Betriebes darin gesehen, daß er Produktions- und Investitionsbereich nicht korrekt abzugrenzen verstand.

VEB Bergglashütte Gehlberg:

Abermals der Vorwurf, daß bisherige Erfahrungswerte nicht zugrunde gelegt wurden.

● Gehalt

VEB Papierfabrik Wernshausen:

„Die eingesetzten Planzahlen waren [...] von vornherein falsch.“¹¹⁸ Zusätzlich wurde reklamiert, daß ein großer Teil der Gehälter wiederum dem Betriebsaufbau hätten zugeschrieben werden müssen.

VEB Bergglashütte Gehlberg: „Mit Rücksicht auf den ausserordentlich unbefriedigenden Stand des betrieblichen Abrechnungswesens, des Fehlens einer Lagerbuchhaltung, der Kostenstellen und Kostenträgerrechnung sowie von Kalkulationen, hätte diese Position mindestens in gleicher Höhe wie im 2./48 eingeplant werden müssen, da unter den gegebenen Umständen eine Verringerung des Büropersonals nicht möglich war. Eine Einhaltung der Planzahlen ist nicht möglich.“¹¹⁹

VEB Papierfabrik Bad Tennstedt: Was bereits für die Fertigungslöhne angedeutet wurde, stellte die Revision auch für die Gehälter fest: Der VEB hatte seine Kostenplanung unter Verletzung staatlicher Lohnvorschriften aufgestellt: „Die Nichteinhaltung der Planzahlen stand [...] bereits bei der endgültigen Planerstellung fest.“¹²⁰

VEB Pressenbau Bad Salzungen: In der Vorperiode betrugen die durchschnittlichen Gehaltszahlungen des Betriebes monatlich rd. DM 5.500,-. Trotz aufgrund der Produktionsauflage erforderlicher Neueinstellungen, umfaßte die „endgültige Planung“ gerade mal DM 49.000,- für das gesamte Jahr 1949, was knapp DM 4.100,- pro Monat entsprach. „Die Überschreitung dieser unrichtigen Plankosten stand ebenfalls bereits zum Zeitpunkt der Planerstellung fest.“¹²¹

● Soziale Kosten

VEB Papierfabrik Wernshausen: Auch die sozialen Kosten hätten zu großen Teilen dem Investsektor zugerechnet werden müssen.

VEB Bergglashütte Gehlberg: In Anlehnung an die Lohn- und Gehaltskosten wurden auch die sozialen Kosten zu niedrig eingeplant.

● Steuern, Abgaben und Beiträge

118 DN5-46, Sonderprüfung beim VEB Papierfabrik Wernshausen vom 3. Oktober 1949, Bl. 5.

119 DN5-46, Sonderprüfung im VEB Bergglashütte Gehlberg vom 7. Oktober 1949, Bl. 5.

120 DN5-46, Sonderprüfung beim VEB Papierfabrik Bad Tennstedt vom 1. Oktober 1949, Bl. 8.

121 DN5-46, Sonderprüfung beim VEB Pressenbau, Bad Salzungen vom 17. September 1949, Bl. 8.

VEB Papierfabrik Wernshausen: Der VEB war offensichtlich nicht imstande, Steuern, Abgaben und Beiträge korrekt einzuplanen. Dabei wäre gerade dieser Posten prädestiniert gewesen. Immerhin hätte er sich doch direkt aus den Planungsgrundlagen (Grundvermögen der VEB) ableiten lassen können. Aber: „Die Grund- und Gewerbesteuer wurde vom Betrieb zu hoch eingeschätzt.“¹²²

VEB Bergglashütte Gehlberg: Wieder hatte sich der VEB nicht am Vorbild des 2. Halbjahres 1948 orientiert und darum die Kosten zu niedrig eingeplant.

● Sondereinzelkosten

VEB Papierfabrik Wernshausen: Unter den Sondereinzelkosten wurde bemängelt, daß der Posten „Ausgangsfracht“ vom Betrieb zu hoch angesetzt wurde, „[...] da Ausgangsfrachten nur in geringem Umfange anfallen.“¹²³ Es ist kaum vorstellbar, wie sich dem VEB diese Prognose hätte erschließen sollen, nachdem weder die eigenen Investitionen, noch die Produktion sowie Bedarfsträger (abnehmende Stellen) durch den Plan im Vorfeld gesichert werden konnten.

● Kalkulatorische Kosten

VEB Papierfabrik Wernshausen: Die Revision leitete ihre Einschätzung der kalkulatorischen Kosten unmittelbar aus den Werten der Bilanz zum 31. Dezember 1948 ab. Die Möglichkeit einer scheinbar exakt zu leistenden Korrektur der geplanten, kalkulatorischen Kosten wurde suggeriert durch eine, von der Revision beflissen hervorgehobenen Analyse: „Der Mehrverbrauch [...] ist darauf zurückzuführen, dass der Betrieb die kalkulatorischen Zinsen unrichtig nach dem betriebsnotwendigen Kapital der Bilanz vom 31.3.49 berechnet und den nicht wertberichtigten Aktivwert von DM 38.000,- für ein nicht mehr zu bilanzierendes Wassernutzungsrecht bei der Berechnung nicht in Abzug gebracht hat.“¹²⁴ Über allem stand der feste Glaube daran, anfallende Kosten bereits im Vorfeld detailliert planen und festlegen zu können.

VEB Bergglashütte Gehlberg: Wieder wurde bemängelt, daß sich der VEB nicht an den Zahlen 2/1948 orientierte: „Nach dem Stande vom 31.12.48 mussten die kalkulatorischen Kosten für das Jahr 1949 mit DM 44.300,- eingeplant werden. Die unrichtigen Planzahlen können nicht eingehalten werden [Unterstreichung im Original T.M.].“¹²⁵

● Zusammengesetzte Kosten

VEB Papierfabrik Wernshausen: Die „Berichtigung“ des Titels „zusammengesetzte Kosten“ berücksichtigte Gutschriften aus der Werksküche und der Schuhmacherei, „[...] die vom Betrieb bei der Planung nicht berücksichtigt worden sind“¹²⁶. Der Vorwurf betrieblicher Falschplanung erscheint auch in diesem Zusammenhang allzu weit hergeholt. Die Betriebsleitungen hätten wären hellseherische Fähigkeiten haben müssen, um die geforderten Kostenpläne tatsächlich exakt im Sinne der ex-post vorgenommenen Revisionen aufzustellen.

122 DN5-46, Sonderprüfung beim VEB Papierfabrik Wernshausen vom 3. Oktober 1949, Bl. 5.

123 Ebenda.

124 DN5-46, Sonderprüfung beim VEB Papierfabrik Wernshausen vom 3. Oktober 1949, Bl. 6.

125 DN5-46, Sonderprüfung im VEB Bergglashütte Gehlberg vom 7. Oktober 1949, Bl. 6.

126 DN5-46, Sonderprüfung beim VEB Papierfabrik Wernshausen vom 3. Oktober 1949, Bl. 6.

Ursachen „falscher Kostenplanung“

Daß die „Kostenpläne“ der volkseigenen Betriebe diesen Namen nicht verdienten, hatte eine Reihe von Ursachen. Die meisten davon waren unmittelbare Ausprägungen der Zentralplanwirtschaft und daher systembedingt. Als solche konnten sie durch die Revision nicht ohne weiteres gebrandmarkt werden, fanden aber in abgeschwächter Form teilweise trotzdem ihren Niederschlag in den Prüfungsberichten. Daß das System zentraler Planwirtschaft keine brauchbare Kostenplanung zuließ, wirkte sich bis hin zur betrieblichen Ergebnisrechnung aus, die sich auf jene Plandaten bezog. Damit wurde die Kostenplanung selbst zur Ursache dessen, was in der SBZ/DDR „Betriebsverlust“ genannt wurde. Die Wirtschaftsbürokratie sorgte dafür, daß Elemente von Willkür nicht allzu offenkundig wurden, zumal sie auch den eigenen Blick weiter vernebelten. Die „Kostenplanungen“ der VEB wurden ggf. „berichtigt“, bzw. „korrigiert“ und damit der Blick auf offensichtlichere Faktoren der Kostensteigerung gelenkt.

Fehlende Abrechnungsunterlagen aus der Vorperiode

Häufig hatten die VEB nicht die Möglichkeit, auf Dokumente zurückzugreifen, die die eigene Kostensituation der vergangenen Periode spiegelten. Das war z.B. der Fall, wenn es im VEB keine Buchhaltung gab. Außerdem setzten Unterlagen, soweit sie vorhanden waren, u.U. falsche Signale. Das lag daran, daß wiederkehrende Demontagen und zahlreiche andere willkürliche Eingriffe, z.B. angeordnete Umstrukturierungen der Betriebe, im Investitions- und Produktionsbereich der VEB keine gleichmäßige Betriebstätigkeit zuließ. Auch die Revision war gezwungen, bei der „Korrektur“ der betrieblichen Kostenplanung spekulativen Elementen großen Raum zu geben: „Bei welchen Kostenstellen des Betriebes besondere Verlust- und Fehlerquellen liegen, lässt sich ohne genaue Betriebsabrechnung nicht erkennen. Ebenso wenig lässt sich ohne eine Kostenträgerrechnung ermitteln, welche Artikel oder Artikelgruppen besonders stark mit Kosten belastet sind.“¹²⁷ Das galt auch für ihre Höhe: „Für die Planung selbst liegen keinerlei Kalkulationen vor, sodass zu globalen Berechnungen [= spekulative Elemente, T.M.] gegriffen wurde, die offensichtlich nicht immer richtig waren.“¹²⁸ *Im VEB Papierfabrik Wernshausen betrug die „korrigierte“ Fassung der betrieblichen Kostenarten zwischen -19,19 und 68,42 Prozent (Zahlen für das ganze Jahr 1949), bzw. zwischen -25,37 und 53,74 Prozent (1. Halbjahr 1949) der betrieblichen Kostenplanung (vgl. Tabelle 14, S. 200). Keine einzige Kostenart dokumentierte durch gleiche oder ähnliche Einschätzung ihrer erforderlichen Höhe durch VEB und Revision, daß es die Zentralplanwirtschaft vermocht hätte, mit Hilfe von Fixpreisen und weiterer Reglementierungen eine Möglichkeit zu schaffen, halbwegs zutreffende Kostenplanung zu betreiben. Einheitlicher war die Praxis der Umrechnung von Planzahlen des gesamten Jahres auf Kostengrößen für das 1. Halbjahr 1949: Mit 63,86 Prozent der Jahreskosten lag das Umrechnungsverhältnis des VEB für seine Halbjahresplanung nur um gut vier Prozent über dem Prozentsatz der Revision, die sich bei 59,57 einpendelte. Die gleichmäßige Division sämtlicher Kostenarten - alle in der Größenordnung um die 60 Prozent - erweckte einen allzu schematischen Eindruck. Die Kombination der beiden*

127 DN5-46, Sonderprüfung im VEB Bergglashütte Gehlberg vom 7. Oktober 1949, Bl. 8.

128 DN5-46, Sonderprüfung des VEB Papierfabrik Bad Tennstedt vom 1. Oktober 1949, Bl. 5.

Beobachtungen legt die Annahme nahe, daß die Kostenplanung in der SBZ/DDR-Zentralplanwirtschaft des Jahres 1949 mangels brauchbarer Ausgangsinformationen auf Schätzungen und spekulativen Elementen aufgebaut werden mußte. Anschließend wurden die falschen Plandaten mittels einheitlicher Planungsvorschriften bis hin zu kürzesten Perioden herunter gerechnet, um schließlich an den Grenzen der wirtschaftlichen Realität zu scheitern.

Dilemma Kostenlimit

Die Höhe nahezu sämtlicher durch die VEB geplanten Kostenarten wurden von der Revision für zu niedrig befunden. Insgesamt hielt sie eine Aufstockung des Gesamtbetrages für erforderlich. Diese betrug im VEB Papierfabrik Wernshausen 25,34 Prozent für das gesamte Jahr 1949 und 16,91 Prozent für das 1. Halbjahr 1949 (Vgl. Tabelle 14, S. 200 und Tabelle 15, S. 201, rechte Spalte). Diese Einschätzung orientierte sich an bisherigen Erfahrungswerten der VEB-Produktion unter Einbeziehung gesetzlich vorgeschriebener Preis- und Lohnsteigerungen. Warum der VEB seine Plankosten zu niedrig ansetzte, begründete die Revision nicht genauer, deutete aber einen Tatbestand an, der sich im gesamten Produktionssektor der volkseigenen Industrie wiederholte; ebenso, wie er auch die Probleme des Investitionssektors maßgeblich bestimmte: „Wegen der bei der Planung gemachten Fehler ist zu beachten, dass [...] die Planung trotz besserer Erkenntnis des Betriebes durch das von der VVB vorgeschriebene Kostenlimit beeinflusst wurde.“¹²⁹ Als *Kostenlimit* bezeichnete man im Produktionssektor die Grenze der erlaubten Verwendung von Mitteln zur Herstellung der planmäßigen Erzeugnisse. Ihm entsprach die Investitionsauflage im Investsektor, denn beide zeigten den VEB die Grenzen ihres finanziellen (d.h., materiellen) Handlungsspielraumes. Das Kostenlimit zwang die Betriebe, ihre Kostenplanung zu niedrig anzusetzen, im Vergleich zu den geforderten Produktionsauflagen, die im Gegenzug nicht reduziert werden durften. In der Folge mußte sich eine „Teuerung“ der Produktion einstellen. *Diese betrug im VEB Papierfabrik Wernshausen für das 1. Halbjahr 1949 33,43 Prozent der betrieblichen Gesamtkostenplanung*, wobei die willkürliche Kostenvorgabe die einzige Bezugsgröße blieb. Auch im VEB Bergglashütte Gehlberg sah es nicht anders aus: „Wie die Planzahlen im einzelnen ermittelt wurden, konnte [vom VEB] nicht angegeben werden. Sie dürften jedoch im wesentlichen durch das Kostenlimit der VVB beeinflusst worden sein. Die dabei zustande gekommenen Zahlen entsprechen in keiner Weise den bisherigen betrieblichen Erfahrungen. Kalkulationen oder Betriebsabrechnungen - die eine brauchbare Planungsunterlage hätten sein können - liegen nicht vor.“¹³⁰ Im VEB Pressenbau Bad Salzungen konstatierten die Prüfer „ausgesprochene Planungsfehler“¹³¹, wobei sie sich keine Mühe mehr gaben, diese nur noch dem VEB anzulasten. Dieser hätte Streichungen bei einzelnen Kostenarten vornehmen müssen, bedingt durch die von der zuständigen VVB festgelegten Höhe der Gesamtkosten (= Kostenlimit). Diese Streichungen waren nach Zeugnis der Revision weder mit den gegebenen Tatsachen, noch mit den bisher gewonnenen Erfahrungen in Einklang zu bringen: „Für die Nichteinhaltung der Planung ist der Betrieb nicht ver-

129 DN5-46, Sonderprüfung beim VEB Papierfabrik Wernshausen vom 3. Oktober 1949, Bl. 9.

130 DN5-46, Sonderprüfung im VEB Bergglashütte Gehlberg vom 7. Oktober 1949, Bl. 4.

131 DN5-46, Sonderprüfung beim VEB Pressenbau, Bad Salzungen vom 17. September 1949, Bl. 6.

antwortlich zu machen, da er von vornherein richtigere Planzahlen vorgesehen hatte, aber aufgrund des ihm von der VVB vorgeschriebenen Gesamtkosten-Limits diejenigen Kostenarten, bei denen nun eine Ueberschreitung eingetreten ist, für die endgültige Planung ändern musste.“¹³²

Preisvorschriften

Die Bedingungen der ökonomischen Realität standen der Plandisziplin des volkseigenen Sektors häufig entgegen. Sie erzwangen in der SBZ zahlreiche Preisanordnungen.

- Auf diesem Wege ließ sich der Umsatz einzelner Branchen, ausgedrückt in Verrechnungseinheiten, - für die Statistik - besserstellen.
- Preisanordnungen suggerierten „Planerfüllung“, wobei die tatsächlich produzierte Gütermenge keine Rolle spielte.
- Diese „Erfolge“ des Plansystems waren allenfalls sehr kurzzeitiger Natur, weil ohne jede Substanz. In der Folge legte die Zentralplanbürokratie größeren Wert auf die unbedingte Durchführung der korrekten quantitativen (materiellen) Planerfüllung. Preisvorschriften waren also das Komplementär und die Vorstufe zentralplanwirtschaftlicher „Tonnenideologie“.

Die Durchbrechung des Systems fixer Preise mußte innerhalb des Systems zentraler Planwirtschaft Kettenreaktionen auslösen, denn steigende Preise wirkten sich auf alle volkseigenen Betriebe aus, welche auf die verteuerten Produkte angewiesen waren. Auch sie hatten im Rahmen des Zweijahrplanes ihre Kosten um sieben Prozent zu senken, ohne den Output zu verringern. Angesichts von Preiserhöhungen wurde diese Vorgabe für viele Betriebe der Endfertigung zu Makulatur. Allenfalls die rechnerischen Ergebnisse jener Branchen verbesserten sich, deren Produkte steigende Preise erfuhren. *Mit jeder willkürlich vorgenommenen Preis- und Lohnverordnung entfernte sich das Güter-Austauschverhältnis in der SBZ weiter von der Realität durch Ressourcenknappheit geprägter relativer Preise in marktwirtschaftlichen Ordnungen. Orientierungslosigkeit der Planbürokratie, Ineffizienz, Verschwendung und nachlassende Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Weltmarkt waren darum für die SBZ/DDR schon 1949 abzusehen. Das System der Zentralplanwirtschaft hatte schnell alle Anhaltspunkte zerstört, anhand derer sich ein Maß für die tatsächliche Rentabilität der VEB hätte rekonstruieren lassen. Jede weitere Preisdirektive der DWK führte tiefer in die wirtschaftliche Orientierungslosigkeit.* In diesem Zusammenhang soll nochmals auf das bereits erwähnte Sprachproblem eingegangen werden. Am Beispiel des Terminus „Rentabilität“ sei gezeigt, daß sie sozialistische Okkupation der Sprache auch vor Fachbegriffen nicht haltmachte. Preisverordnungen waren nach sozialistischer Interpretation offensichtlich das geeignete Mittel, unrentable Betriebe zu sanieren; sie wieder „rentabel“ zu machen.

Fachbegriffe; Beispiel: „Rentabilität“

Im marktwirtschaftlichen System wird unter Rentabilität das „Maß für die Verzinsung des eingesetzten Kapitals in einer Periode“¹³³ verstanden. Das heißt, sie beschreibt den „Erfolg einer Unternehmung, gemessen am Verhältnis des Reinge-

132 Ebenda, Bl. 10.

133 WOLL, Wirtschaftslexikon auf CD-Rom, 1994.

winns zum [insgesamt in Anspruch genommenen, T.M.] Kapital“¹³⁴. In der SBZ wurde der Rentabilitätsbegriff gänzlich auf das System der Planwirtschaft umgeformt. Er bekam durch seine neue Interpretation dreierlei Bedeutung:

- Die Rentabilität eines Betriebes war gegeben, soweit er seine Planvorgaben, incl. aller Teilbereiche erfüllt und einen vorgeschriebenen Plangewinn realisiert hatte.
- Die Rentabilität eines Betriebes war gegeben, soweit er seine Planvorgaben, incl. aller Teilbereiche erfüllte, selbst wenn der Plan einen Verlust vorschrieb. Das bedeutete, daß „planmäßige Rentabilität“ die Umsetzung aller finanziellen Planteile des Betriebsplanes verlangte, wobei die materiellen Planteile und ihre Auswirkungen auf die Finanzlage des Betriebes zu beachten waren.¹³⁵
- Die Rentabilität eines Betriebes war auch gegeben, wenn er „unabhängig von den anderen Planteilen einen Gewinn erwirtschaftete“¹³⁶.

Die dritte Deutung entsprach dem allgemeinen Gebrauch. Dabei spielte keine Rolle, wie der ausgewiesene „Gewinn“ zustande gekommen war. Das bedeutet: Die sogenannte Rentabilität war abhängig von einer beliebigen Zusammensetzung wirtschaftlicher Rahmendaten durch den Staat (z.B. die Höhe zu realisierender Plangewinne), welche ihrerseits das Umfeld der volkseigenen Betriebe bestimmten. „Rentabilität“ wurde zu einem Prädikat der erfolgreichen Erfüllung staatlich vorgegebener Wirtschaftspläne durch den volkseigenen Betrieb. Nicht der Markt als unbestechlicher Urheber freier Preise lieferte den Betrieben unveränderliche Rahmendaten, innerhalb derer sie als Mengenanpasser ökonomische Entscheidungen zu treffen hatten. Es war der Staat, der die Rahmendaten aufgrund allumfassender Interventionsmöglichkeiten zu formen versuchte und davon ausging, „Gewinn“ und „Rentabilität“ des volkseigenen Sektors schon im Vorfeld der Produktion bestimmen zu können. Der Begriff „Rentabilität“ hatte im markt- und preislosen System zentraler Planwirtschaft jede Ähnlichkeit mit seiner ursprünglichen Bedeutung verloren. Trotzdem scheute sich die Zentralplanbürokratie nicht zu suggerieren, den Ausdruck - ungeachtet der Tatsache, daß alle Voraussetzungen für die Begrifflichkeit liquidiert worden waren - auch im Sinne seiner herkömmlichen Bedeutung zu benutzen. Das geschah insbesondere dann, wenn sie versuchte, VVB oder VEB zu erhöhter Leistung anzutreiben. An dieser Stelle wird das Perfide am System der SBZ-Begriffsverfälschung deutlich: *Auf der einen Seite existierte die neue, ideologische Bedeutung, auf die sich zwar die Verantwortlichen in der Planbürokratie zurückziehen konnten, nicht aber die Repräsentanten der VEB. Auf der anderen Seite stand die herkömmliche Bedeutung von „Rentabilität“, mit einer klaren Anspruchshaltung gegenüber den direkt für die Organisation und Produktion eines Betriebes Verantwortlichen.* Solange es darum ging, den Erfolg staatlicher Maßnahmen herauszustellen, reichte den Verantwortlichen eine der oben genannten Neudefinitionen. Wie das folgende Beispiel des VEB Zellstoffwerk Pirna zeigt, war es für die Planbürokratie ein Leichtes, jeden beliebigen VEB, unabhängig von seiner Renta-

134 RECKTENWALD, Horst Claus, Wörterbuch der Wirtschaft, Stuttgart¹¹1990, S. 506.

135 Vgl. Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen (BMG) (Hrsg.), SBZ von A-Z, Ein Taschen- und Nachschlagebuch über die sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Bonn¹⁰1966, S. 398.

136 Ebenda, vgl. auch KITSCHKE, Adalbert, Das Steuersystem in der sowjetischen Besatzungszone Deutschland, Gelsenkirchen 1960.

bilität im marktwirtschaftlichen Sinne, in die Reihe jener Betriebe zu befördern, die eine der oben genannten, neu definierten, Rentabilitätskriterien erfüllten. Wenn aber der VEB in die Verantwortung genommen werden sollte, wirkte die Aufforderung, Rentabilität herzustellen, in der ursprünglichen Richtung ihrer marktwirtschaftlichen Auslegung: Die Betriebe hatten selbständig ihre Kosten zu senken oder die Produktion zu erhöhen, ggf. sogar beides zugleich, ohne daß ihnen das System der Zentralplanwirtschaft die Möglichkeiten dafür einräumte. Kornai räumte die Willkür dieses Verfahrens ein, wobei er aber das tatsächliche Kräfteverhältnis zwischen Planbürokratie und VEB zugunsten der letzteren überschätzte: „In Wirklichkeit können die von oben festgesetzten Preise immer an die Kosten angepaßt werden. Wenn [die Kosten einer] Firma höher sind als erwartet, dann bittet sie die Zentrale [für das eigene Produkt] um einen neuen Preis. Und meistens bekommt sie ihn auch.“¹³⁷ Mit dem 1. Januar 1949 trat die „Preisverordnung Nr. 182 über die Festsetzung der Preise für Zellstoff“¹³⁸ in Kraft. Sie bedeutete die Erhöhung der Erzeugerpreise ab Werk um durchschnittlich 90 Prozent. Die Prüfer des VEB Zellstoffwerk Pirna konstatierten, daß der Betrieb seit Oktober 1946 bis zum Inkrafttreten der Preisverordnung, aus Haushaltsmitteln laufend Subventionen erhalten habe: „Diese wurden ab 1. Juli 1948 um etwa 30% erhöht und betrugen je Tonne Erzeugung für Textil-Zellstoff DM 260 und für Papier-Zellstoff DM 156 bis DM 260. Trotz dieser Preisstützung war in den abgelaufenen Geschäftsjahren eine Rentabilität nicht zu erzielen. Aufgrund der Preiserhöhung und unter Berücksichtigung eines Einsparungssolls von 7% der Gesamtkosten rechnet der Betrieb für das Geschäftsjahr 1949 mit einem Überschuss von etwa DM 1.000.000.“¹³⁹ Das Beispiel dokumentiert, daß die sogenannte Rentabilität der Betriebe nichts zu tun hatte mit ihrer tatsächlichen Effizienz: Schließlich gab es im VEB keinerlei produktionstechnische Veränderungen. Alle gesamtwirtschaftlichen Faktormengen und -einsätze blieben gleich. Die aufgrund einer Preisverordnung diktierten, neuen Preise bewirkten, daß ein bislang verlustbringender Betrieb künftig „Überschüsse“ erwirtschaftete. Die staatliche Preisdirektive bewirkte die Fiktion von gestiegener Produktivität, wobei das physische Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag auch im Betrieb unverändert aufrecht erhalten wurde. Weiterhin beweist das Beispiel die Realitätsferne, mit der die sozialistische Zentralplanwirtschaft mit wirtschaftlichen Daten umsprang. Die laut Zweijahrplan verordneten sieben Prozent Einsparungen bei den Gesamtkosten wurden wider jegliche Vernunft, ökonomische Rationalität und entgegen aller Erfahrung schlichtweg als fester Bestandteil in die Kalkulation aufgenommen. Die Höhe des Absatzes, der unter marktwirtschaftlichen Bedingungen aufgrund gestiegener Preise zurückgegangen wäre, fand im Rahmen der Zentralplanwirtschaft keinerlei Berücksichtigung. Die in der SBZ allenfalls diffus mögliche Interpretation von Begriffen, die ursprünglich eine klare, eindeutige Bedeutung hatten, öffnete der Willkür Tür und

137 KORNAI, János, Warenmangel als ein fundamentales Problem der sozialistischen Planwirtschaft, S. 7.

138 Preisverordnung Nr. 182 über die Festsetzung der Preise für Zellstoff vom 22. Dezember 1948 auf Grund des Befehls Nr. 337 des obersten Chefs der SMAD in Deutschland vom 9. Dezember 1946 über die Preiskontrolle und mit Zustimmung des Sekretariats der DWK, in: PVBl Nr. 26 vom 31. Dezember 1948 und: Gesetze, Befehle, Verordnungen, Bekanntmachungen nach den Veröffentlichungen der Landesregierung Sachsen, Preisbildung und Preisüberwachung, Teil L IV, Bl. 1589, S. 315f.

139 DN3-1354, PB über VEB Zellstoffwerk Pirna vom 7. April 1949, Bl.5.

Tor. Die Sprache als Instrument zur Aufdeckung von Unlogik, Inkonsistenzen oder Ungerechtigkeit hatte ausgedient. Repräsentanten der Macht konnten jederzeit von einer Ebene der Kommunikation auf die andere wechseln und so der direkten Konfrontation ausweichen. Neben ihrer physischen Dominanz sicherte sich die SBZ-Führung für alle Fälle das letzte Wort, indem sie sich durch Verwässerung der Sprache in die Lage versetzte, ihren Gegnern das Wort im Munde herumzudrehen. Schnell konnte es geschehen, daß aus dem Vortrag einer Beschwerde die Notwendigkeit zur eigenen Rechtfertigung, bzw. Verteidigung erwuchs. Es wurde eine Schein-Legalität suggeriert, die geeignet war, den totalitären Charakter der SBZ/DDR-Regierung zu kaschieren und bis in die heutige Zeit zu verharmlosen. Der Mißbrauch der Sprache durch die totalitäre Führung der SBZ/DDR fand ihre Entsprechung im Zahlenapparat der staatlichen Zentralplanbürokratie. Auffällig war die Vorliebe für glatte Summen. Diese waren Ausdruck unterschiedlicher Phänomene:

- Die ungenierte Prahlerei mit Wirtschaftsdaten, die dem System innerhalb der SBZ zu Glaubwürdigkeit verhelfen und gegenüber der Welt Überlegenheit dokumentieren sollte.
- Das weitgehende Unwissen der Verantwortlichen bezüglich wirtschaftlicher Daten, die eigentlich als Grundlage für aufzustellende Pläne hätten dienen sollen. Alternativ wurden die Summen grob geschätzt. Auch im oben genannte Beispiel lag der zu erwartende Gewinn mit „etwa 1.000.000 Mark“ geradewegs auf dieser Linie.
- Runde Summen waren der Ausdruck einer überforderten Zentralplanbürokratie, die sich auf diese Weise die praktische Rechenarbeit erleichterte.

Principal-Agent-Problem in der Kostenplanung: Das System, repräsentiert durch die Zentralplanbürokratie im Konflikt mit systemimmanenter Ratio, repräsentiert durch die VEB

Ein wichtiger, systematischer Kostensteigerungsfaktor bestand darin, daß der VEB seine verbliebenen Planungsbefugnisse ausnutzte, um sämtliche innerbetrieblichen Aufgabenstellungen nach subjektiver Einschätzung möglichst optimal aufeinander abzustimmen. Damit versuchte er, unter dem Strich ein Betriebsergebnis anzustreben, das geeignet war, der offiziellen Produktionsauflage möglichst nahe zu kommen.¹⁴⁰ So versuchte der VEB Papierfabrik Wernshausen, verfügbare materielle Mittel entgegen der vorgeschriebenen Planung, in subjektiv wichtigere Betriebsteile zu lenken, anstatt sie in der Produktion aufgehen zu lassen. Die Kritik an dieser betrieblichen „Falschplanung“ beschrieb ein systembedingtes Problem der Zentralplanwirtschaft, das gleichermaßen in allen volkseigenen Betrieben existierte. So versuchte der VEB Papierfabrik Wernshausen, seine betriebliche Leistung zu erhöhen, indem er Investitionsmaßnahmen über den Produktionssektor zu finanzieren versuchte. Der VEB Papierfabrik Bad Tennstedt setzte darauf, im Rahmen offiziell deklarerter innerbetrieblicher Leistungen Großreparaturen

¹⁴⁰ Selbstverständlich ist es kaum zu ermitteln, welche Ziele der Betrieb besonders anzustreben versuchte. Im Falle des VEB Papierfabrik Wernshausen setzte der Betrieb darauf, die Produktionsauflage, d.h., den quantitativen Output zu gewährleisten. Das war ihm zwar gelungen, aber unter erheblicher Verletzung der vorgegebenen Kostenpläne. Ein Ziel zu erreichen, war in der Regel nicht möglich, ohne ein anderes Ziel zu verfehlen.

durchzuführen.¹⁴¹ Im Verlauf der Entstehung vorliegender Studie konnte kein einziger VEB als Gegenbeispiel zu diesem Verhaltensmuster ausfindig gemacht werden. Der Antagonismus zwischen Zentralplanbürokratie und VEB prägte den Charakter des volkseigenen Sektors. Auf der einen Seite standen das Melde- und Kontrollwesen (vgl. die Kapitel S. 333 und 344). Auf der anderen Seite stand die betriebliche Improvisation in unterschiedlichen Ausprägungen. Sie verfolgte die Tendenz, eine gewisse Unabhängigkeit vom störungsanfälligen Planbetrieb zu erlangen und so der Planerfüllung zu dienen. Obwohl es also im Dienste der offiziellen Zielvorgabe stand, richtete sich dieses Verhalten der VEB gegen die Grundlagen zentraler Planwirtschaft, denn es verschloß mutmaßliche Informationsgrundlagen vor dem Zugriff der staatlichen Wirtschaftsführung. Nur unter der (theoretischen) Voraussetzung vollkommener Transparenz aller Daten und exakt isoliert durchgeführter Planung aller betrieblichen Einzelbereiche besaßen die entsprechenden Kennzahlen der VEB vielleicht einen Aussagewert für die Zentralplanbehörde. Solcher Art systemkonformes Verhalten hätte jedoch von den VEB ausdrücklich verlangt, gegen ihre eigenen Interessen zu verstoßen. Sie hätten die offenkundige Falschallokation knapper Mittel im eigenen Betrieb mittragen müssen; alles vor dem Hintergrund der gesetzlichen Verpflichtung zur Gewährleistung ebenfalls starr vorgeschriebener Betriebsergebnisse. Das Principal-Agent-Problem der SBZ/DDR Zentralplanwirtschaft erstreckte sich also nicht ausschließlich auf die Interessenlagen unterschiedlicher Institutionen sondern stellte unweigerlich *das System* als Ganzes auf den Prüfstand. *Das Dilemma jeglichen Handelns im Rahmen des zentral geplanten Wirtschaftssystems war, daß es sich immer kontraproduktiv auswirken mußte.*

- *Systemkonformes Handeln* widerstrebt insbesondere den einzelnen VEB: Es zerstörte unmittelbar und ganz offensichtlich materielle Ressourcen. Es zwang die VEB, sich mit eindeutig minderwertigen Lösungen zufrieden zu geben, die aus betrieblicher Perspektive unvereinbar waren mit der Möglichkeit, vorgegebene Planziele zu erreichen.
- *Systemwidrig zu operieren* verbesserte die Lage der VEB zwar kurzfristig, führte aber unweigerlich dazu, daß sich das Verständnis der Zentralplanbürokratie für den tatsächlichen Zustand der Volkswirtschaft immer weiter reduzierte; ein Weg der unvermeidbar ins Chaos führte.

Widersprechende Interessenlagen von Bürokratie, bzw. VEB setzten ein Wechselspiel von sich gegenseitig korrigierenden Einflußmaßnahmen in Bewegung. In Wernshausen mußte die betriebliche „Falschplanung“ durch die RTA zunächst korrigiert werden. Anschließend war unter Berücksichtigung der neuen „Erkenntnisse“ für das Jahr 1949 - diese bezogen sich im Oktober 1949 u.a. noch immer auf die erste Jahreshälfte - „[...] eine Nachplanung mit ausreichender Begründung einzureichen.“¹⁴² Damit begann sich das „Karussell“ wieder zu drehen und setzte seine Kreisbewegung kontraproduktiver Interaktion zwischen Planbürokratie und Produktionsstätten fort.

141 DN5-46, Sonderprüfung des VEB Papierfabrik Bad Tennstedt vom 1. Oktober 1949, Bl. 6.

142 DN5-46, Sonderprüfung beim VEB Papierfabrik Wernshausen vom 3. Oktober 1949, Bl. 9.

Mengenplanung und Bewertungsproblem

Die Verordnung der „betrieblichen“ Kostenplanung¹⁴³ war innerhalb des Systems nur stringent, nachdem den VEB auch der Produktionsplan vorgeschrieben worden war. Verbindliche Produktionsauflagen kamen von den vorgesetzten Vereinigungen. Diese wiederum erhielten ihre Produktionsauflagen von der DWK oder den Ämtern der Landesregierungen, je nachdem, ob sie zentral oder vom Land verwaltet wurden.¹⁴³ Diese Produktionsbefehle errechneten sich vor allem aus den Vorgaben des Perspektiv- und des Volkswirtschaftsplanes als *conditio sine qua non* für das Gelingen derselben. Einmal oktroyiert standen sie als quantitative, bzw. qualitative Produktionsziele fest. Allenfalls im Vorfeld hatten Betriebe und VVB die Möglichkeit, Stellungnahmen abzugeben. In der Regel blieb es dann aber beim Einreichen von Planvorschlägen, die im Vorfeld von betrieblichen Planungskommissionen¹⁴⁴ und Betriebsleitungen auszuarbeiten waren, ohne auf weitere Beachtung zu stoßen. Hinweise darauf, daß die Zentralplanbürokratie als Reaktion auf diese Vorschläge staatliche Planvorgaben im Sinne der tatsächlichen Betriebsverhältnisse nennenswert abänderte, wurden im Laufe der Studienanfertigung nicht gefunden. Parallel zu den Kostenplänen, fanden auch die Produktionsauflagen in der Realität meistens keine Spiegelung. Auch hier versuchten die VEB, Differenzen hinter mathematischen Masken zu verstecken. Dafür boten sich reichliche Möglichkeiten, denn „Planerfüllung“ ließ sich auf unterschiedliche Weise darstellen:

- rein quantitativ, gemessen beispielsweise in to.,
- qualitativ,
- in „Mark“. Hier bot die Unterscheidung zwischen Planwert und Produktionswert zusätzliche Möglichkeiten der Verschleierung.

Alle Angaben über angebliche Erfüllungen der betrieblichen Produktionsauflagen sind entsprechend gründlich zu hinterfragen.

Planwert und Produktionswert

Die Produktionsauflagen wurden gleichzeitig als „Planwert“ und als „Produktionswert“ ausgedrückt. Beide Kategorien unterschieden sich oftmals erheblich voneinander, aber keine davon war geeignet, eine tatsächliche Bedürfnisstruktur der SBZ-Wirtschaft auszudrücken.

143 Vgl. DN5-251, S. 114.

144 Diese waren verpflichtend zu bilden für jeden zonal verwalteten VEB nach Anordnung der DWK vom 21. Juli 1948, bestehend vornehmlich aus Arbeitern (Aktivisten), Vertretern der sogenannten „technischen Intelligenz“ und einem Mitglied der Betriebsleitung, vgl. DN5-261, S. 115.

Tabelle 16: Produktionsauflage für 1949 und das 1. Halbjahr 1949 sowie Istproduktion und Abweichung vom Plan im VEB Papierfabrik Wernshausen¹⁴⁵

Produktionssituation im VEB Papierfabrik Wernshausen							
Produktionsauflage für 1949							
Artikel	to.	Planwert	DM/to	Prodkt.wert	DM/to	Produktionswert minus Planwert	Differenz = % vom Planwert
Weißschliff	300	54.000,00	180,00	55.500,00	185,00	1.500,00	2,78
Durchschlagpapier	240	131.000,00	545,83	149.500,00	622,92	18.500,00	14,12
Zellstoffwatte	300	163.800,00	546,00	300.000,00	1.000,00	136.200,00	83,15
Toilettenpapier	20	11.000,00	550,00	12.300,00	615,00	1.300,00	11,82
Textilersatzkrepp	40	21.800,00	545,00	32.000,00	800,00	10.200,00	46,79
Ohne Auflage: Packpapier						0,00	
Summe	900	381.600,00	424,00	549.300,00	610,33	167.700,00	43,95

davon für das 1. Halbjahr 1949							
Artikel	to.	Planwert	DM/to	Prodkt.wert	DM/to	Produktionswert minus Planwert	Differenz = % vom Planwert
Weißschliff	150	27.000,00	180,00	27.800,00	185,33	800,00	2,96
Durchschlagpapier	120	65.500,00	545,83	74.700,00	622,50	9.200,00	14,05
Zellstoffwatte	150	81.900,00	546,00	150.000,00	1.000,00	68.100,00	83,15
Toilettenpapier	10	5.500,00	550,00	6.100,00	610,00	600,00	10,91
Textilersatzkrepp	20	10.900,00	545,00	16.000,00	800,00	5.100,00	46,79
Ohne Auflage: Packpapier							
Summe	450	190.800,00	424,00	274.600,00	610,22	83.800,00	43,92

Produktion im 1. Halbjahr 1949							
Artikel	to.	Planwert	DM/to	Prodkt.wert	DM/to	Produktionswert minus Planwert	Differenz = % vom Planwert
Weißschliff	180	32.500,00	180,56	33.300,00	185,00	800,00	2,46
Durchschlagpapier	205	112.000,00	546,34	127.600,00	622,44	15.600,00	13,93
Zellstoffwatte	147	80.000,00	544,22	147.000,00	1.000,00	67.000,00	83,75
Toilettenpapier	50	27.500,00	550,00	30.600,00	612,00	3.100,00	11,27
Textilersatzkrepp							
Ohne Auflage: Packpapier	22	8.800,00	400,00	8.800,00	400,00	0,00	
Summe	604	260.800,00	431,79	347.300,00	575,00	86.500,00	33,17

Soll- und Ist-Vergleich der Produktion des 1. Halbjahres 1949							
Abweichung vom Plan	Differenz			Produktion im Vergleich zur Auflage (in Prozent)			
	to.	Planwert	Prodkt.wert	to.(%)	Planwert	Prodkt.wert	
Weißschliff	30	5.500,00	5.500,00	120,00	120,37	119,78	
Durchschlagpapier	85	46.500,00	52.900,00	170,83	170,99	170,82	
Zellstoffwatte	-3	-1.900,00	-3.000,00	98,00	97,68	98,00	
Toilettenpapier	40	22.000,00	24.500,00	500,00	500,00	501,64	
Textilersatzkrepp	-20	-10.900,00	-16.000,00	keine Produktion			
Ohne Auflage: Packpapier	22	8.800,00	8.800,00	keine Produktionsauflage			
Summe	154	70.000,00	72.700,00	134,22	136,69	126,47	
Quantitative Planabweichungen in %			positive	negative	neutrale	absolute	
			39,33	5,11	34,22	44,44	

■ bedeutet: Originalangaben aus der Quelle; nicht grau unterlegte Felder wurden errechnet.

Die Unterscheidung zwischen „Planwert“ und „Produktionswert“ (= „Nettoverkaufspreis“) dokumentierte das von Beginn an vorhandene, große Problem einer finanziellen Abrechnung betrieblicher Vorgänge. Im Idealfall (rein theoretisch) hätten sich beide Werte decken müssen. Statt dessen aber wichen sie erheblich voneinander ab, wobei der sogenannte *Produktionswert der Größere war, denn er reflektierte auch offiziell genehmigte Preisänderungen*, womit in der Regel Teuerungen verbunden waren. Die Differenz zwischen den unterschiedlichen Wertkategorien muß als Maß dafür interpretiert werden, wie weit sich das tatsächliche Preisniveau vom planmäßigen Wünschenswerten entfernt hatte. „[Produktionsauflagen werden] nach Menge und Wert, nach Qualität und Sortierung festgelegt. Für die wertmäßige Berechnung werden „Planwerte“ benutzt, d.

¹⁴⁵ DN5-46, Sonderprüfung beim VEB Papierfabrik Wernshausen vom 3. Oktober 1949, Bl. 3.

s. Durchschnittswerte der jeweiligen Erzeugnisse. Maßgebend für die Erfüllung der Produktionsauflage sind deshalb die Stückzahlen bzw. Mengen; für die wertmäßige Abrechnung werden die gültigen, genehmigten Preise zu Grunde gelegt, die gewöhnlich von den Planwerten etwas abweichen.“¹⁴⁶ Diese „Abweichung“ betrug im VEB Papierfabrik Wernshausen für die gesamte Produktionsauflage immerhin fast 44 Prozent und für einzelne Erzeugnisse bis zu 83,15 Prozent (Vgl. Tabelle 16, rechte Spalte). Dabei ist zu beobachten, daß sich die Abweichung, immer mehr steigerte, je höherwertiger die betreffenden Produkte waren.

Tabelle 17: Produktionsauflage für 1949 und das 1. Halbjahr 1949 sowie Istproduktion und Abweichung vom Plan im VEB Bergglashütte Gehlberg¹⁴⁷

Produktionssituation im VEB Bergglashütte Gehlberg							
Produktionsauflage für 1949							
Artikel	to.	Planwert	DM/to	Prodkt.wert	DM/to	Produktionswert minus Planwert	Differenz = % vom Planwert
Chem. techn. Hohlglas	60	90.000,00	1.500,00	106.800,00	1.780,00	16.800,00	18,67
Chem. techn. Rohglas	60	90.000,00	1.500,00	98.400,00	1.640,00	8.400,00	9,33
Wirtschaftsglas	20	27.000,00	1.350,00	60.400,00	3.020,00	33.400,00	123,70
Laborgeräte		65.000,00		65.000,00		0,00	
Summe	140	272.000,00	1.942,86	330.600,00	2.361,43	58.600,00	21,54

davon für das 1. Halbjahr 1949							
Artikel	to.	Planwert	DM/to	Prodkt.wert	DM/to	Produktionswert minus Planwert	Differenz = % vom Planwert
Chem. techn. Hohlglas	30	45.000,00	1.500,00	53.400,00	1.780,00	8.400,00	18,67
Chem. techn. Rohglas	36	54.000,00	1.500,00	59.000,00	1.638,89	5.000,00	9,26
Wirtschaftsglas	5	7.000,00	1.400,00	15.100,00	3.020,00	8.100,00	115,71
Laborgeräte		30.000,00		30.000,00		0,00	
Summe	71	136.000,00	1.915,49	157.500,00	2.218,31	21.500,00	15,81

Produktion im 1. Halbjahr 1949							
Artikel	to.	Planwert	DM/to	Prodkt.wert	DM/to	Produktionswert minus Planwert	Differenz = % vom Planwert
Chem. techn. Hohlglas	30,6	45.900,00	1.500,00	54.700,00	1.787,58	8.800,00	19,17
Chem. techn. Rohglas	13,3	20.000,00	1.503,76	21.800,00	1.639,10	1.800,00	9,00
Wirtschaftsglas	10,0	13.500,00	1.350,00	30.200,00	3.020,00	16.700,00	123,70
Laborgeräte		30.000,00		30.000,00		0,00	
Summe	53,9	109.400,00	2.029,68	136.700,00	2.536,18	27.300,00	24,95

Soll- und Ist-Vergleich der Produktion des 1. Halbjahres 1949							
Abweichung vom Plan		Differenz		in Prozent			
Artikel	to	Planwert	Prodkt.wert	to.(%)	Planwert	Prodkt.wert	
Chem. techn. Hohlglas	1	900,00	1.300,00	102,00	102,00	102,43	
Chem. techn. Rohglas	-23	-34.000,00	-37.200,00	36,94	37,04	36,95	
Wirtschaftsglas	5	6.500,00	15.100,00	200,00	192,86	200,00	
Laborgeräte		0,00	0,00		100,00	100,00	
Summe	-17	-26.600,00	-20.800,00	75,92	80,44	86,79	
Quantitative Planabweichungen in %		positive		negative	neutrale	absolute	
				8,45	32,34	-23,94	40,85

bedeutet: Originalangaben aus der Quelle; nicht grau unterlegte Felder wurden errechnet.

Die „Planwerte“ im VEB Papierfabrik Wernshausen zeigten die Eigenschaft, alle Erzeugnisse, unabhängig von ihrer Verarbeitungsstufe, nach Gewicht gleichwertig einzustufen (Vgl. Tabelle 16, Spalten „DM/to“). Zellstoffwatte als edelstes Produkt im Sortiment hatte denselben „Planwert“ je Tonne, wie drei andere, deutlich minderwertigere Produkte. Die tatsächliche Entstehung des sogenannten Planwertes konnte im Rahmen der vorliegenden Studie nicht abschließend geklärt werden. Sicher nicht hinreichend war jedoch die oben genannte, irritierende Er-

¹⁴⁶ DN5-261, S. 116.

¹⁴⁷ DN5-46, Sonderprüfung beim VEB Bergglashütte Gehlberg vom 7. Oktober 1949, Bl. 3.

klärung, es handelte sich dabei um „Durchschnittswerte der jeweiligen Erzeugnisse“. Schließlich setzen Durchschnittswerte das Vorhandensein unterschiedlicher „Werte“ für dasselbe Produkt voraus. Wie aber wären diese „Werte“ zu erklären? Aufgrund der Zerstörung des Marktes als preisbildendes Element konnte jede Wertangabe im Rahmen der Zentralplanwirtschaft nur willkürlicher Natur sein. Wahrscheinlicher ist also, daß die „Planwerte“ aus einer Mischung verschiedener Einflußgrößen erstellt wurden. Dazu wären zu zählen:

- Offizielle Preisübernahmen aus nationalsozialistischer Zeit.
- Die marxistische Arbeitswerttheorie, nach der unter „Wert“ eine „objektive ökonomische Kategorie der Warenproduktion, der die in einer Ware vergegenständlichte gesellschaftliche (abstrakte) Arbeit umfaßt und als gesellschaftliches Verhältnis die Austauschfähigkeit der arbeitsteilig produzierten Waren ermöglicht“¹⁴⁸, verstanden wurde.
- Subjektive Vorstellungen gegebener Knappheitsgrade, die sich unter politischen Vorzeichen bildeten und in Form von Preisanordnungen niederschlugen.

Die Unterscheidung der beiden Wertkategorien „Planwert“ und „Produktionswert“ sowie ihre erhebliche Differenz, stellte schon 1949 unter Beweis, wie untauglich die sozialistische Wert-„theorie“ war, um auch nur die geringste Orientierungshilfe im Wirtschaftsprozeß zu leisten. Den volkseigenen Betrieben brachte sie keinerlei Dienste zur Planung einer effizienten Produktion, d.h. der wirtschaftlichen Allokation unterschiedlicher Produktionsfaktoren. Die Funktion der unterschiedlichen Wertangaben lag entsprechend der bereits beschriebenen Preisfunktion des zentralplanwirtschaftlichen Wirtschaftssystems im Bereich der staatlichen Wirtschaftskontrolle. Aber auch hier versagten sie weitgehend ihren Dienst. *Die Unmöglichkeit konsequenter Wert- und Preisbildung unter den Bedingungen der zentralen Wirtschaftsplanung führte dazu, daß die Erfüllung betrieblicher Produktionsauflagen meistens nur quantitativ überprüft wurde:* „Da eine Uebereinstimmung der Planwerte mit den Produktionswerten [...] nicht besteht, wird die Erfüllung der Produktionsauflage auf die Auflage-Einheit = to. bezogen.“¹⁴⁹ Notgedrungen war die Revision bei oben beschriebener Kostenkontrolle aber auf Werte angewiesen, um überhaupt Aussagen über „Gewinn“, „Verlust“ oder „Rentabilität“ der untersuchten Wirtschaftsobjekte machen zu können. Dabei ist selbstverständlich, daß sich ebenso, wie für den Begriff der „Rentabilität“ gezeigt wurde, auch hinter planwirtschaftlichen „Gewinnen“ oder „Verlusten“ etwas völlig anderes verbarg, als im Rahmen marktwirtschaftlicher Systeme darunter verstanden wurde. Die Ermittlung „falscher Kostenplanung der VEB“ oder das Feststellen von „Verlustquellen“ unter Benutzung von „Planwerten“ oder „Produktionswerten“, wie im Falle der Papierfabrik in Wernshausen, war immer eine sehr willkürliche Angelegenheit, weil sämtliche Bestimmungsgrößen auf Grundlage politischer Prävalenz „handgemacht“ waren. Der Bericht über die Sonderprüfung zur Ermittlung der Verlustquellen im VEB Papierfabrik Wernshausen bot die seltene Gelegenheit einer Gegenüberstellung sämtlicher Bemessungsgrundlagen der betrieblichen Leistung. Der „Planwert“

148 EHLERT, Willi u.a. (Hrsg.), Wörterbuch der Ökonomie Sozialismus, Berlin (Ost) 1969, S. 892f.

149 DN5-46, Sonderprüfung des VEB Papierfabrik Bad Tennstedt vom 1. Oktober 1949, Bl. 3.

schien dabei obligatorisch „mitzulaufen“. Gleichwohl wurde er in keinem Falle als Maßstab zur Mitteilung von VEB-Produktionsergebnissen herangezogen.

Lager- und Vorratshaltung anhand der Richtsatzplanung

„Der Richtsatzplan gibt den durchschnittlichen Jahresbedarf an Umlaufmitteln sowie den durchschnittlichen Bedarf in den einzelnen Quartalen an. [...] Voraussetzung für die Aufstellung eines ökonomisch begründeten R. [...] ist die Bestandsnormierung. Im R. wird sowohl die Höhe als auch die Veränderung der materiellen Bestände in Mark ausgewiesen. [Er ist] die Grundlage für die Planung und Durchführung der Finanzbeziehungen, die sich aus der Abnahme oder Zunahme der materiellen Bestände ergeben. Er spiegelt die Bestandsbewegung finanziell wider und ermöglicht den Betrieben, den Leitungsorganen der Wirtschaft sowie den Finanzorganen, den Umschlag der Umlaufmittel ständig zu kontrollieren und aktiv zu beeinflussen. Die Einhaltung des R. ist ein wichtiges Kriterium für die Leistungen der Betriebe und ihrer Leitungsorgane.“¹⁵⁰ Dieser Erklärung des Richtsatzplanes durch das Ökonomische Lexikon im Jahre 1970 entsprechend hätte das System bereits 1949 funktionieren sollen.¹⁵¹ Aber so funktionierte es nicht und blieb auch bis zum Ende der SBZ/DDR-Zentralplanwirtschaft reine Utopie.

Funktionen des Richtsatzplanes

- Richtsatzpläne waren ein Mittel der zentralen Wirtschaftsverwaltung, sogenannte stille Reserven aufzudecken.
- Richtsatzpläne sollten der Bekämpfung des allgegenwärtigen Materialmangels dienen, indem sie dem „natürlichen Bedürfnis“ der Betriebe zur Anlage materieller Sicherheitspolster entgegenwirkten. Dieses Verhalten wurde als „betriebsegoistisch“ gebrandmarkt, weil es das Material angeblich dem Zugriff der volkseigenen Wirtschaft entzog. Richtsatzpläne verfolgten die Tendenz, den Materialbestand der VEB so niedrig wie möglich zu halten. Je weniger Richttage für den Materialdurchlauf angesetzt wurden, desto niedriger war folglich der erforderliche Tagesbestand.
- Weiterhin versprach sich die Wirtschaftsführung von der Richtsatzplanung ein Instrument der Kontrolle jeder Art von Warenbewegung.

Die Behandlung der Richtsatzpläne wäre gleichermaßen dem Bereich „Produktionsplanung“, wie dem Bereich „Produktionsdurchführung“ zuzuordnen gewesen, weshalb dieses Thema hier, an der Schwelle zwischen beiden Themenkomplexen Erwähnung finden soll. Natürlich wurden auch die Richtsatzpläne im Vorfeld der Produktionstätigkeit aufgestellt. Für die VEB bedeutete dies jedoch ausschließlich eine erhebliche zusätzliche Arbeitsbelastung im Rahmen ihrer g-

150 Ökonomisches Lexikon A-Z, Bd. II, Berlin 1970, S. 585.

151 Vgl. 2. Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Finanzwirtschaft der volkseigenen Betriebe vom 22.12.1948, gültig für die Erstellung des Richtsatzplanes ab dem 1. Januar 1949: Festsetzung von Richttagen für bestimmte Positionen im Betrieb.

Anweisung zur Erstellung eines Richtsatzplanes vom 11.2.1949 der DWK, HV Finanzen: „Aufgrund der [...] von den Vereinigungen festgesetzten Richttagessätze haben die Betriebe die Richtsatzpläne [entsprechend den in dieser Anweisung ergangenen Vorschriften unter Benutzung des in Anlage 13 beigelegten Formulars 4, §5, T.M.] zu erstellen und [...] ihren Vereinigungen einzureichen.“ (§ 3)

setzlichen Meldepflicht.¹⁵² Tatsächlichen Einfluß auf die zentral beschlossenen Vorgaben konnten die VEB nicht nehmen. Statt dessen waren sie der eigentlichen Wirkung ihres Richtsatzplanes im Zusammenhang mit der Produktionstätigkeit völlig ausgeliefert. Voraussetzung des Richtsatzplanes war die Definition sogenannter „Richttage“¹⁵³. Diese bestimmten planmäßig die „Verweildauer“ betriebsnotwendiger Umlaufgüter im volkseigenen Betrieb. Damit war die Phase gemeint vom Eintreffen halbfertiger Waren oder von Rohstoffen im Betrieb, über Lagerung, Produktionsprozeß, bis hin zum Verlassen des VEB in einer höheren Verarbeitungsform oder als Endprodukt.

Abweichungen vom Richtsatzplan als Meßgröße für das Ausmaß planerischer Defizite

Aufbauend auf der vorgeschriebenen Zahl von Richttagen deklarierte der Richtplan also den vorgeschriebenen Materialbestand im VEB. Das war der sogenannte Planbestand. Der Richtsatzplan war offiziell vom VEB auszuarbeiten und sollte seinerseits wieder rückwirken können auf die Zahl der Richttage: „Nach Prüfung des Richtsatzplanes wird über eine Änderung der Richttage zwecks Anpassung an die unterschiedlichen Verhältnisse bei den einzelnen Betrieben entschieden werden.“¹⁵⁴ Daß dem aber in der Praxis nicht so war, stellte unter vielen anderen der VEB Geraer Wollen- und Seidenweberei unter Beweis, auf den im folgenden näher eingegangen wird. Er wiederholte im Zuge der offiziellen Überprüfung vorhandener Bestände seine monatealte Forderung nach Aufstockung der genehmigten Richttage, d.h., einem völlig veränderten Richtsatzplan; ein Ansinnen, das bei der vorgesetzten Stelle bislang ohne Reaktion geblieben war. Dieses Phänomen ist als systemtypisches Element festzuhalten. *Daß auch selbstverständlichste Forderungen der volkseigenen Betriebe im Rahmen der Zentralplanung keine Beachtung fanden, bzw. wenn doch, dann abgewandelt und mit unverhältnismäßiger Verspätung, zog sich wie ein roter Faden durch sämtliche Prüfungsberichte.* Von daher muß der Fall des VEB Geraer Wollen- und Seidenweberei als repräsentativ angesehen werden. Die Untersuchung der im VEB vorhandenen Bestände durch eine Revisionsgruppe der RTA hatte ergeben, daß der gültige Richtsatzplan weit verfehlt worden war:

152 Formular 4 (Anlage 13 der Anweisung zur Erstellung eines Richtsatzplanes vom 11.2.1949 der DWK, HV Finanzen) schrieb den Betrieben vor, folgende Angaben zu machen:

- Bezeichnung der Posten
- Position des Bilanzschemas
- Planbedarf bzw. -umsatz lt. Produktionsplan (quartalsweise)
- Planmäßiger Tagesverbrauch
- Richttage
- Planbestand
- Durch Eigenkapital zu deckender Anteil des Planbestandes (in Prozent und DM)

153 Die Tagesrichtsätze für fertige Haupterzeugnisse und fertige Nebenerzeugnisse betrugen in den meisten Hauptverwaltungen und den meisten Ländern 15, bzw. 20 Tage.

154 Anweisung zu Erstellung eines Richtsatzplanes vom 11.2.1949 der DWK, HV Finanzen, § 7.

*Tabelle 18: Übersicht über Plan- und Bilanzbestände des VEB Geraer Wollen- und Seidenweberei*¹⁵⁵

Plan- und Bilanzbestände fertiger und halbfertiger Haupterzeugnisse (in DM 1.000) im VEB Geraer Wollen- und Seidenweberei				
31. Dezember 1949	Planbestand lt. Richtsatzplan: konstant	Bestand lt. Bilanz vom: siehe Datum links	Unter- bzw. Überbestand	Abweichung in Prozent
Fertige Haupterz.	405	324	-81	-20
Halbfertige Haupterz.	299	2.029	1.730	579
Summe	704	2.353	1.649	234
31. März 1949				
Fertige Haupterz.	405	1.020	615	152
Halbfertige Haupterz.	299	2.421	2.122	710
Summe	704	3.441	2.737	389
30. Juni 1949				
Fertige Haupterz.	405	511	106	26
Halbfertige Haupterz.	299	2.270	1.971	659
Summe	704	2.781	2.077	295
Vergleichsgrößen:				
Produktionsauflage des VEB für das 1. Quartal 1949:				1.410
Produktionsauflage des VEB für das 2. Quartal 1949:				1.890
Produktionsauflage des VEB für das 1. Halbjahr 1949:				3.300

□ bedeutet: Originalangaben aus der Quelle; nicht grau unterlegte Felder wurden errechnet.

Das vorhergehende Kapitel, „Planwert und Produktionswert“ verdeutlicht, daß es von besonderer Problematik für die VEB war, die Richtsatzpläne in „DM“ aufstellen zu müssen. Dem „Planbestand“ lagen nach Aussage des Prüfungsberichtes „Durchschnittspreise aus der geplanten Selbstkostenrechnung für 1949“¹⁵⁶ zugrunde. Wie unsicher und jederzeit revidierbar solche Kategorien waren, wurde bereits gezeigt. Tabelle 18 zeigt, daß Richtplan und Realität nicht die geringste Verbindung miteinander besaßen. *Die tatsächlichen Bestände an halbfertigen und fertigen Haupterzeugnissen des VEB wiesen prozentuale Abweichungen im Vergleich zu den Planbeständen von -20 bis 710 (!) Prozent auf.* Diese Zahlen dokumentieren das Scheitern des wirtschaftlichen Systems an seinen Wurzeln: Knappe volkswirtschaftliche Güter, Rohstoffe und Erzeugnisse, verstopften die knappen Lagerkapazitäten der volkseigenen Betriebe, anstatt, wie die politische Vorgabe lautete, lückenlos im geplanten Wirtschaftsprozeß aufzugehen. *Im VEB Geraer Wollen- und Seidenweberei lag allein der Bestand halbfertiger Haupterzeugnisse dauerhaft bei einer Höhe, die dem „Wert“ von 2/3 der gesamten Halbjahres-Produktionsauflage entsprach. Die Summe halbfertiger und fertiger Haupterzeugnisse, die am 31. März 1949 im VEB lagerten, übertraf die Produktionsauflage für das 1. Halbjahr 1949 sogar.*

155 DN5-561, PB über die Beständeuntersuchung im VEB Geraer Wollen- und Seidenweberei vom 2. September 1949, Bl. 2.

Die Bilanzausweise (Spalte 3) umfaßten Bestände aus der Produktion 1949 und aus Überhängen 1948 zu Herstellkosten.

156 DN5-561, PB über VEB Geraer Wollen- und Seidenweberei vom 28. September 1949, Bl. 3.

Fehlgeplante Produktion

● *Produktionsbedingte „Überplanbestände“*, insbesondere an halbfertigen Waren, ließen sich nach Meinung der Betriebsleitung nicht umgehen und wurden von ihr eindeutig als Planungsfehler der vorgesetzten Wirtschaftsorganisationen angesehen. Dabei verwahrte sie sich nicht gegen zu hohe Produktionsauflagen, sondern gegen die Anzahl der vorgeschriebenen Richttage: „Der Richtsatzplan in seiner jetzigen Form schlägt u. E. alle Betriebe über einen Leisten und gewährt den betriebsindividuellen Bedingtheiten keinerlei Raum. Ein Webereibetrieb, wie der unsere, der mehrere hundert verschiedenster Gewebearten herstellt und mit seinen vielseitigen Neumusterungen und Fertigungen sich den modischen Erfordernissen anpassen muss, wenn er auf dem In- und Auslandsmarkt führend bleiben und seinen Ruf erhalten will, kann doch unmöglich mit dem gleichen Kapitalmaßstab wie eine Stapel-, Leinen- oder Sackweberei belegt werden. Jene stellen im Betrieb eine geringe Anzahl gleichbleibender Qualitäten her, die [Web-]Stühle sind jahraus jahrein gleichbleibend belegt, es gibt kaum Varianten, der andere aber fertigt 300 verschiedene Gewebeartikel an, muss dauernd wechseln im Materialbezug, im Stuhlbelag, hat die Musterungs- und Versuchskosten und -risiken und soll mit dem gleichen Kapitalvolumen arbeiten wie die ersteren!! Den modischen Betrieben müsste auch im Richtsatzplan durch Erhöhung der Richtsatztage größere Beweglichkeit eingeräumt werden als den Betrieben mit gleichbleibender Produktion.“¹⁵⁷ Bereits im Mai 1949 hatte der VEB über seine VVB einen „Gegenvorschlag“ zum Richtsatzplan eingereicht, den er auch vier Monate später noch immer als „Minimum an Richttagen für einen modischen Betrieb, wie es der unsere ist“¹⁵⁸ bezeichnete. Dennoch war er ungehört geblieben. In ihrem Brief unterstrich die Leitung des VEB darum abermals die Unmöglichkeit der Planaufgaben und unterstrich ihren Gegenvorschlag: „Die uns [...] für die im Richtsatzplan zur Verfügung stehenden 15 Richttage für halbfertige Haupterzeugnisse genehmigten DM 299.000 reichen noch nicht einmal zur Deckung der geschärften Ketten und auf Stühlen befindlichen Materialien aus, geschweige denn, dass mit diesem Betrag die noch in den Färbereien bzw. in den Nachbehandlungen befindlichen halbfertigen Erzeugnisse gedeckt werden können. Wir haben in unserem Gegenvorschlag für halbfertige Erzeugnisse 60 Richttage gefordert und hierfür 1.196.000 Planbestand benötigt. Dieser Satz stellt noch immer nur den normalen Mindestsatz dar und verlangt einen höchstens 20 tägigen Farb- und Appreturprozess. *Etwa 33 Tage ist der derzeitige Durchschnitt* [handschriftlich im Original, T.M.].“¹⁵⁹ Obwohl der VEB das erforderliche Material für die vorgeschriebene Produktion am besten kannte, hatte er keine Möglichkeit, dieses Wissen der obersten, für ihn zuständigen Planstelle, der Hauptverwaltung Leichtindustrie bei der DWK, zur Kenntnis zu bringen. Seine Erlaubnis zum Dialog endete bei der nächst höheren „wirtschaftsleitenden Organisation“. Das war die VVB

157 DN5-561, VEB Geraer Wollen- und Seidenweberei, Brief an des VEB an die zuständige VVB „Webereien I“ vom 1. September 1949, Bl. 2.

158 Ebenda.

159 Ebenda, Bl. 2f. Vgl. auch: DN5-524, Beständeuntersuchung beim VEB Feintuchfabrik Gera vom 10. September 1949, Bl. 2: „Die Richtsatztage für Halbfabrikate von 15 Tagen sind zu niedrig bemessen, zumal das Abweben einer 300-Meter-Kette schon 4-6 Wochen dauert und die Fremdappretur der Rohwaren mindestens 3 Wochen beansprucht.“

„Webereien I“, der bei dieser Gelegenheit zum wiederholten Mal derselbe „Gegenvorschlag“ übermittelt wurde.

Tabelle 19: Unberücksichtigter Gegenvorschlag des VEB Geraer Wollen- und Seidenweberei zum gültigen Richtsatzplan¹⁶⁰

Gegenvorschlag zum Richtsatzplan für 1949 vom 25. Mai 1949 - unberücksichtigt mind. bis August vom VEB Geraer Wollen- und Seidenweberei				
Posten	Planbedarf bzw. Umsatz lt. Prod. Plan	Planmäßiger Tagesverbrauch	Anzahl vorgeschriebener Richttage	Vorgeschriebener Planbestand
Rohmaterial etc.	4.025.000	11.180		
Brenn- und Treibstoffe	75.000	208		
Werkzeuge etc.	5.000			
Sonst. Material	285.000	792		
Halbferti. Erzeugnisse	7.176.000	19.933	15	298.995
Fertige Erzeugnisse	7.286.000	20.239	20	404.780
Kasse, sonst. fl. Mittel	7.286.000	20.239		
Summe	26.138.000	72.591		
Posten	Richttage laut neuem Vorschlag	Vorgeschlagener Planbestand	Durch Eigenkapital zu deckender Anteil des Planbestandes in %	Durch Eigenkapital zu deckender Anteil des Planbestandes in DM
Rohmaterial etc.	45	503.000	70,0	352.100
Brenn- und Treibstoffe	60	12.000	70,0	8.400
Werkzeuge etc.		5.000	100,0	5.000
Sonst. Material	30	55.000 [Rechenfehler]	70,0	38.500
Halbferti. Erzeugnisse	60	1.196.000	100,0	1.196.000
Fertige Erzeugnisse	30	607.000	33,3	202.000
Kasse, sonst. fl. Mittel	15	304.000	100,0	304.000
Summe		2.682.000	78,5	2.106.000

 bedeutet: aus Originaltabelle übernommen

 bedeutet: aus Quellentext übernommen

Anmerkungen zu vorstehender Tabelle:

Planbedarf: Unveränderliche Planvorgabe.

Planmäßiger

Tagesverbrauch: Planbedarf des Gesamtjahres / 360 (Tage des Jahres) = ebenfalls unveränderlich.

Richttage: Anzahl der Tage, die sich das Produkt planmäßig im Betrieb befindet.

Planbestand: Er entspricht ca. dem Tagesverbrauch, mal Richtsatztage.

Eigenkapitalsatz: Er war gesetzlich vorgeschrieben und gewissermaßen Teil der gesamtwirtschaftlichen Güterrationalisierung. Die VEB sollten mit Ressourcen und Erzeugnissen sparsam umgehen. Insbesondere Fertigerzeugnisse sollten den Betrieb so schnell wie möglich verlassen. Andernfalls erfuhr der VEB finanzielle Sanktionen in der Form, daß er die Kosten dafür

¹⁶⁰ DN5-561, VEB Geraer Wollen- und Seidenweberei, Anlage zum Brief an des VEB die zuständige VVB „Webereien I“ vom 1. September 1949: Gegenvorschlag vom 25. Mai 1949 zum gültigen Richtsatzplan.

mit „Fremdkapital“ zu finanzieren hatte, das verzinst werden mußte. „Eigenkapital“ kostete keine Zinsen und war de facto kostenlos, denn es entstanden keine Opportunitätskosten des Kapitals.

Fazit:

Die einzige Möglichkeit für den Betrieb, seine Abrechnungssituation zu verbessern, bestand darin, das Quantum der notgedrungen und unvermeidbarer Weise in seinen Lagern vorhandenen Waren legalisieren zu lassen, d.h. mittels Aufstockung der Richtsatztage in den Plan integrieren zu integrieren. Dieser Wunsch des VEB hätte aber keinesfalls zu einer kostengünstigeren Produktion im Sinne des ökonomischen Prinzips geführt. Dahinter stand allein der Wunsch nach Legitimierung kurzfristig unveränderlicher Produktionsverhältnisse und damit ihrer Zementierung.

● „Anormal hohe Garnzufuhren“. Ein weiterer Grund für übervolle Lager war, daß der VEB gezwungen wurde, seine Pflichten als „Bedarfsträger“ zu erfüllen, d.h., sämtliche Lieferungen halbfertiger Waren entgegenzunehmen, die planmäßig bei ihm eintrafen; selbst dann, wenn er nichts damit anfangen konnte. Dieses Material verstopfte seine Lagerbestände und war obendrein ggf. auch noch teuer von ihm zu finanzieren, was sein Betriebsergebnis belastete¹⁶¹: „Es müsste auch hier [...] mit den Spinnern vereinbart werden, dass wir Weber unseren Garnbedarf aufgrund weiträumiger Gesamtdispositionen in kleinen Raten auf Abruf erhalten können, um die Lagerbestände auf ein Mindestmaß herabzusetzen, denn es ist doch unvertretbar, etwa dem Webereibetrieb alle Risiken aufzuerlegen und im Richtsatzplan hierfür keinerlei Konzessionen zu machen. Wir Weber müssen doch nachgewiesenermaßen ausser den eigenen Produktionszeiten noch die Kosten und das Risiko für

- 1) überdisponiert früh anfallende oder verspätete und dann stoßweise zu hoch erfolgende Lieferungen der Spinner
- 2) Verzögerungen durch Farb- und Chemikalienmangel bei den Färbern und
- 3) Schwankungen im Zahlungseingang der Kundschaft durch Konjunktoreinflüsse auf dem Geld- oder Modemarkt

tragen.“¹⁶²

Die beiden beschriebenen Phänomene, (geringe Richtsatztage und zu hohe Garnlieferungen) „neutralisierten“ sich in diesem Falle immerhin zugunsten der betrieblichen Produktion: Die niedrige Anzahl festgelegter Richtsatztage würde normalerweise das Umlaufvermögen des VEB auf ein Maß reduziert haben, das ihm nicht erlaubt hätte, seine Produktionsauflage auch nur annähernd zu erfüllen. Gleichzeitig führte die überplanmäßige Belieferung mit Garn zwar unweigerlich zur Verletzung des Richtsatzplanes, ermöglichte aber zumindest ansatzweise die Aufrechterhaltung einer nennenswerten Produktion. *Das Beispiel zeigt, wie in der*

161 Zu beachten ist, daß es sich bei dem Phänomen allzu reichlicher Garnzufuhren um eine Ausnahme von der allgemeinen Mangelsituation der SBZ-Wirtschaft handelte. Gleichwohl war sie Ausdruck desselben Phänomens: der Aussichtslosigkeit, komplexe wirtschaftliche Interdependenzen planmäßig vorherbestimmen zu wollen.

162 DN5-561, VEB Geraer Wollen- und Seidenweberei, Brief an des VEB die zuständige VVB „Webereien I“ vom 1. September 1949, Bl. 3.

SBZ/DDR individuelle Leistungsstärken der Betrieb durch kollektivistische Einheitsvorschriften geplant wurden. Das Problem unterschiedlicher Losgrößen, d.h. betriebsbedingt erforderliche Lagerhaltung der VEB in unterschiedlicher Höhe, blieb unbeachtet. Die Folge war Verschwendung von Produktionskapazität in erheblicher Höhe. Doppelte Fehlplanung konnte sich in seltenen Fällen wie diesem aber auch positiv bemerkbar machen. Leider nutzte dieses Glück angesichts chaotischer Absatzverhältnisse wenig, denn zuletzt stapelte sich die Fertigware im Lager des VEB ohne seinen Empfänger zu kennen, verursachte dem VEB weitere Kosten und repräsentierte Verschwendung in ihrer höchsten Form: Den Verfall fertiger Waren.¹⁶³

Fehlgeplanter Absatz

Die Absatzprobleme führten zu weiteren „Verletzungen“ des Richtsatzplanes, denn Fertigwaren blieben im Betrieb liegen. Diese Bestände stellten unter Beweis, daß die zentral verwaltete Wirtschaft der SBZ/DDR des Jahres 1949 trotz allen Mangels nicht imstande war, dringend benötigte, fertig produzierte und versandfertig im Lager befindliche Güter irgendwelchen Empfängern zukommen zu lassen, geschweige denn diese Verteilung nach sinnvollen Nutzenhierarchien zu organisieren. Wie auch, wenn weder dem VEB, noch der Zentralplanbürokratie selbst bekannt war, wer überhaupt als Empfänger, z.B. von Textilien im „Werte“ von 615.000,- Mark infrage kam und das Markt-Preissystem zur Regelung der Verteilung ausschied: „Der besonders hohe Fertigwarenbestand am 31.3.1949 ergibt sich daraus, dass wir im 1. Quartal 1949 annahmen, unsere gesamte Produktion - wie in den Vorjahren - an die SMAD liefern zu müssen, die erfahrungsgemäss ihre Waren erst nach längeren Zeitabständen waggonweise abrief. Nachdem es sich trotz unserer vielfachen Vorsprachen in Karlshorst, erst im 2. Quartal 1949 klärte, dass die SMA die gesamte Produktion nicht mehr abnähme, konnten die freigewordenen Überhänge der DHG für andere Bedarfsträger zur Verfügung gestellt werden.“¹⁶⁴ Die Suche der Deutschen Handelsgesellschaft Textil (DHT) nach neuen Abnehmern für die nunmehr sogenannten bedarfsträgerfreien Waren konnte unter Umständen Monate dauern oder blieb erfolglos, wie andere Beispiele belegen.¹⁶⁵ Obendrein gab es rein versandtechnisch nicht die Möglichkeit, kleinere Einheiten an einzelne Empfänger zu verschicken: „Der Engpaß an Ver-

163 Zeit ihrer Existenz gelang es der SBZ/DDR Zentralplanwirtschaft weder in der Industrie noch in der Landwirtschaft, das Verschwendungsproblem in den Griff zu bekommen. Ein Beispiel aus den achtziger Jahren zeigt, daß es im Laufe der Jahrzehnte andauernden Befehlswirtschaft zur Selbstverständlichkeit geworden war. Der Vorsitzende einer Obstbau-LPG beklagte: „Im ganzen Havelländischen Obstanbaugebiet werden einmal zwischen 120.000 bis 150.000 Tonnen Äpfel geerntet werden, aber Lagerhauskapazität ist nur für 52.000 Tonnen vorgesehen. Wenn etwa 20.000 Tonnen auf den Frischmarkt gehen, bleibt noch eine ganze Menge übrig. Diese Äpfel sind mit hohem Aufwand als Tafelobst produziert worden und müssen verarbeitet werden. Das ist rausgeschmissenes Geld. [...] Wir hätten uns schon bei der Pflanzung überlegen müssen: Produzieren wir Äpfel für den Frischmarkt, für die Lagerung oder für die Industrie? Die Weisung war: Produziert erst mal, dann sehen wir, was wir daraus machen!“ Aus: ECKART, Gabriele (Hrsg.), So sehe ick die Sache, Protokolle aus der DDR, Leben im Havelländischen Obstanbaugebiet, Köln 1984, S. 221.

164 DN5-561, VEB Geraer Wollen- und Seidenweberei, Brief an des VEB die zuständige VVB „Webereien I“ vom 1. September 1949, Bl. 1.

165 Vgl. DN5-528, PB über VEB Seiden- und Wollweberei Berga vom 10. September 1949, Bl. 4.

packungsmaterialien gestattet auch heute noch keinen Postpaketversand.“¹⁶⁶ Dementsprechend mußten unter Inkaufnahme zusätzlicher Überschreitungen des Richtsatzplanes erhebliche Warenmengen angesammelt werden, um sie per Lastwagen oder Waggon an größere Abnehmer auszuliefern.

Richtsatzplan ohne Rücksicht auf die Realität

Das zu Beginn der Ausführungen über den Richtsatzplan genannte Zitat aus dem „Ökonomischen Lexikon“ (FN 150, S. 217), welches zweifellos die offizielle Darstellung des Sachverhalts repräsentierte, spiegelt das Mißverständnis der politischen Führung über das Wechselspiel von Richtsatzplan und der wirtschaftlicher Realität: „[Der Richtsatzplan ist] die Grundlage für die Planung und Durchführung der Finanzbeziehungen, die sich aus der Abnahme oder Zunahme der materiellen Bestände ergeben.“¹⁶⁷ Dahinter stand die Vorstellung, Planung und Durchführung der Finanzbeziehungen der VEB würden sich aus der Abnahme oder Zunahme ihrer materiellen Bestände ergeben; diese wiederum hätten den Richtsatzplan zur Grundlage; Es handelte sich dabei um die Suggestion einer Flexibilität, die dem Wirtschaftssystem zentraler Planung in Wirklichkeit vollkommen fremd war. Eine nicht zu vermeidende Gleichzeitigkeit der beschriebenen Vorgänge im Rahmen des Zentralplansystems schloß die beschriebene Kausalkette grundsätzlich aus. Der Volkswirtschaftsplan erzwang die Höhe des Richtsatzplans, der Abnahmen und Zunahmen der Bestände sowie die Ergebnisse der betrieblichen Finanzwirtschaft gleichermaßen. Sie waren fest miteinander verschweißt; zwischen diesen Elementen bestand nicht die geringste Elastizität. Tatsächlich war der Richtsatzplan vorgesehen als das Werkzeug der Zentralplanbürokratie, das den Betrieben die planmäßig festgelegten, quantitativen Warenbewegungen vermitteln sollte. Betriebliche „Finanzplanung“ bedeutete die Übersetzung zentraler Pläne in betriebliche Handlungsanweisungen, während die Dokumentation ihrer Finanzbeziehungen als Mittel der Kontrolle exakter Plandurchführung vorgesehen war. Realitätsferne Planvorgaben führten Richtsatzpläne und Finanzplanung ad absurdum. Die praktischen Erfahrungen der Betriebe zeigten, daß ihre oktroyierten Richtsatzpläne keinen Bezug besaßen zu den tatsächlichen Bedürfnissen der VEB, die ihrerseits die Erfüllung der Produktionsauflagen anstrebten. Die Ansichten der Wirtschaftsführung über den Richtsatzplan waren reines Wunschdenken. Abweichungen von über 700 Prozent in der Realität im Vergleich zur staatlichen Vorgabe dokumentieren das Scheitern dieses zentralplanwirtschaftlichen Werkzeugs. Im weiteren fuhr das Lexikon fort: „[Der Richtsatzplan] spiegelt die Bestandsbewegung finanziell wider und ermöglicht den Betrieben, den Leitungsorganen der Wirtschaft sowie den Finanzorganen, den Umschlag der Umlaufmittel ständig zu kontrollieren und aktiv zu beeinflussen.“¹⁶⁸ Daß der Richtsatzplan nach Aussage des Lexikons die Bestandsbewegungen angeblich spiegeln sollte, beweist, daß im Bewußtsein der politischen Führung keine Differenzierung zwischen Planfiktion und Realität mehr vorhanden war. Die Aussage suggerierte die unabdingbare Einheit von Bestandsbewegungen und Richtsatzplan. Die Überzeugung von dieser Unität war so groß, daß sich der Autor des Artikels sogar dazu hinreißen ließ, die eigentlich vorgesehene Kausalität (Bestandsveränderungen ergeben sich aus dem

166 DN5-561, VEB Geraer Wollen- und Seidenweberei, Brief an des VEB die zuständige VVB „Webereien I“ vom 1. September 1949, Bl. 1.

167 Vgl. FN 150, S. 217.

168 Ebenda.

Richtsatzplan) zu vertauschen, als wären die Bestandsbewegungen autonom und der Plan sei nur der „Spiegel“. Das Beispiel des VEB Geraer Wollen- und Seidenweberei zeigt, daß weder Betriebe, Leitungsorgane der Wirtschaft (VVB), noch die Finanzorgane den Umschlag der Umlaufmittel irgendwie zu beeinflussen vermochten - jedenfalls nicht in dem Sinne, den der Plan vorgab. Der Richtsatzplan war ein Werkzeug der staatlichen Zentralplanbürokratie zur praktischen Umsetzung und Kontrolle der planmäßig aufgestellten und zum Gesetz erhobenen wirtschaftlichen Auflagen. Als solcher versagte er vollkommen und trug infolge dessen nicht unwesentlich zu weiteren Planabweichungen bei. Bei 700-prozentiger Verfehlung des Richtsatzplanes (Überbestände) ist bereits implizit, daß sechs siebtel davon an anderer Stelle der volkseigenen Wirtschaft eingeplant waren, dort aber nicht zur Verfügung standen. Das Scheitern des Richtsatzplanes offenbart die Gleichzeitigkeit von Verschwendung und Mangel als typisches Charakteristikum der SBZ/DDR-Zentralplanwirtschaft.

Produktionsplanung als Fiktion

Die vorausgegangenen Ausführungen zum Thema Produktionsplanung zeigen, wie der Prozeß und das fehlerhafte Ergebnis der Produktionsplanung ihre Schatten bis hinunter auf die Verteilungsebene warfen. *Das auffälligste Merkmal der Produktionsplanung im volkseigenen Sektor war, daß schon zum Zeitpunkt ihrer Erstellung in den meisten Fällen zweifelsfrei vorhersehbar war, daß sie zum Scheitern verurteilt war.* Das bezog sich auf alle Kostenarten und es war gleichgültig, ob es sich um Planaufgaben vorgesetzter, sogenannter wirtschaftsleitender Organisationen oder um betriebliche Planungen handelte. Auch Produktionsauflagen, Richtsätze und Absatz wurden „geplant“, ließen aber gleichermaßen jeglichen Bezug zur Realität der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Erfahrungen vermissen. Die eindeutige Präferenz aktueller staatlicher Planvorgaben drängte die Realität völlig konträrer Tatsachen radikal zur Seite. Den Betrieben blieb keine andere Wahl, als sich zu fügen. Die klare Widersprüchlichkeit offizieller Direktiven entband die Leitungen der VEB zumindest moralisch weitgehend von der Verantwortung für das Scheitern der betrieblichen Planerfüllung. Sie hatten die besten Argumente der Rechtfertigung auf ihrer Seite und konnten die obligatorische Revision ruhigen Gewissens erwarten. Vielleicht war sogar die Hoffnung damit verbunden, nach offizieller Feststellung der betrieblichen Probleme künftig größere Aufmerksamkeit der verantwortlichen Stellen zu erhalten. Die Fehlbarkeit zentraler Wirtschaftsplanung erzeugte jederzeit Mängel, die aber im Plan keine Berücksichtigung finden durften (Ansonsten hätte sich das System der Zentralplanwirtschaft schon von Beginn selbst an für untauglich erklären müssen). Die Komplexität der wirtschaftlichen Abläufe verstärkte alle negativen Effekte, die durch unvermeidbare Fehler der Planbürokratie entstanden. Die Konsequenz der gemeinsamen Wirkung wirtschaftlicher Interdependenz und fehlerhafter Planung waren unvorherbestimmbare Reaktionen einer aus den Fugen geratenen Ökonomie. Einem Rodeoreiter gleich versuchte die zentrale Planbürokratie das unberechenbare Gebilde zu beherrschen und scheiterte damit bereits in den ersten Anfängen.

3.2.2 Die Produktionsdurchführung

Formen der Planabweichung im Produktionssektor

Im Kapitel über den Investitionssektor standen die Investitionsauflagen im Mittelpunkt der Betrachtung. Soweit sich Differenzen ergaben zwischen planmäßigen Investitionsauflagen und Investitionsdurchführungen, wurden diese als *Planabweichungen* bezeichnet. Dabei beschrieben „negative Planabweichungen“ sogenannte Einsparungen, „positive Planabweichungen“ beschrieben Teuerungen, „neutrale Planabweichungen“ beschrieben die Summe der beiden genannten Planabweichungen und die „absoluten Planabweichungen“ die Summe ihrer Absolutbeträge. An dieser Stelle soll die Produktionsseite der Ökonomie betrachtet werden. Erneut gibt das Maß festgestellter Planabweichungen Auskunft über den Erfolg oder Mißerfolg des volkseigenen Produktionssektors. Hier haben wir es jedoch nicht mit Investitionsauflagen sondern mit Produktionsauflagen zu tun. Vor diesem Hintergrund verändern die unterschiedlichen Arten beschriebener Planabweichungen ihr Wesen. Das hängt mit der veränderten Interessenlage der Zentralplanbürokratie zusammen, die in den Prüfungsberichten zum Ausdruck kam: Im Zusammenhang mit der Investitionstätigkeit versuchte die Planbürokratie ihre Aufwendungen möglichst niedrig zu halten und die knappen Ressourcen sparsam zu verteilen. Kürzungen von Investitionsauflagen oder Streichungen ganzer Objekte gingen den Bürokraten leicht von der Hand. Gleichzeitig verlangten die Betriebe danach, großzügig ausgestattet zu werden. Vom Produktionssektor verlangte die Zentralverwaltung, seine Auflagen exakt zu erfüllen. Das planmäßig zu erstellende Güterangebot wog schwerer als Ressourceneinsparung.

Die Bezeichnung *Negative Planabweichung* bedeutet nunmehr für den Produktionssektor, daß vorgegebene Produktionsauflagen nicht erreicht wurden; es handelte sich dabei um die quantitative Unterschreitung der avisierten Güterproduktion (ggf. ausgedrückt in Währungseinheiten) und nicht, wie im Investsektor- um eine Unterschreitung vorgegebener Kostenblöcke (d.h. Güterverzehr).

Die Bezeichnung *Positive Planabweichung* bedeutet für den Produktionssektor die quantitative Überschreitung der avisierten Güterproduktion. Sie bedeutet nicht Teuerungen, wie im Investitionssektor, sondern Mehrproduktion von Gütern über den Plan hinaus, ohne daß dabei die planmäßig vorgesehenen Kostenbeträge überschritten worden wären.

Die Bezeichnungen *Neutrale- bzw. absolute Planabweichung* bezeichnen, wie im Investsektor, die Summe bzw. die Summe der Absolutbeträge von negativer und positiver Planabweichung.

Da die Betrachtung des Produktionssektors von der Ertragsseite der betrieblichen Tätigkeit her erfolgte, während die Investitionstätigkeit von der Kostenseite her interpretiert wurde, vertauschten die unterschiedlichen Planabweichungen ihren Charakter: Wurden im Investbereich negative Planabweichungen (= „Ersparnis“) von der Zentralplanbürokratie noch positiv interpretiert, so geschah dies im Produktionssektor mit positiven Planabweichungen, denn sie bezeichneten eine willkommene - quasi kostenlose - Mehrproduktionen. Während positive Planabweichungen im Investbereich Teuerungen bedeuteten und dementsprechend verfeimt waren, signalisierten im Produktionssektor negative Planabweichungen, daß die Produktionsauflagen nicht erreicht worden waren; das Schlimmste, was überhaupt geschehen konnte. Diese Feststellungen deuten an, daß der Investitionssektor

häufig nur stiefmütterliche Aufmerksamkeit der Zentralplanbürokratie genoß. Diese war vornehmlich interessiert am Endprodukt, weniger daran, hohen Investforderungen aus der Industrie nachzukommen, die um ihre Fähigkeit zur Planerfüllung bangte.

Suggestion quantitativer und wertmäßiger Planerfüllung

Genau wie im Kapitel über den Investitionssektor müssen auch im Zusammenhang mit der Produktion alle Planabweichungen - nach unten (negative Planabweichung) und nach oben (positive Planabweichung) - kritisch hinterfragt werden. Auch hier verdeutlichen sie *gleichermaßen* das Scheitern des Systems zentraler Wirtschaftsplanung und müssen darum im Rahmen der statistischen Auswertung überlieferter Produktionsziffern in ihrem Betrag addiert werden (absolute Planabweichung). Diese Aussage läßt sich im Bereich der negativen Abweichungen, z.B. Streichungen einzelner Güter von der Liste der geplanten Güterproduktion, leicht nachvollziehen; ebenso, wenn die Höhe der Planaufgabe nicht erreicht wurde. Schwieriger zu verstehen ist die Tatsache, daß auch Produktionsteile als Planabweichungen gebrandmarkt werden müssen, die über das Maß der staatlich diktierten Produktionsauflage hinausgingen; die sogenannte Überproduktion (positive Planabweichung). Die folgenden Argumente sollen diese Aussage untermauern:

- Planwirtschaft, so glaubte die sozialistische Führung, könne nur funktionieren, wenn alle Pläne exakt eingehalten würden. Man war sich darüber im klaren, das feine Geflecht marktwirtschaftlicher Beziehungen planmäßig ersetzen zu müssen, um zum Erfolg zu kommen. Dazu gehörte selbstverständlich, negative Planabweichungen unter allen Umständen zu vermeiden. Aber auch Planübererfüllungen waren dem System zunächst grundsätzlich fremd: „Überschüsse oder Einsparungen sind zufälliger Natur. Prinzipiell werden sie bei der planwirtschaftlichen Wirtschaftlichkeit nicht angestrebt.“¹⁶⁹
- Aufgrund ihrer unvermeidbaren Fehlerhaftigkeit erzeugte die totale Verplanung sämtlicher registrierter Produktionsmittel aus Gründen, die im Investitionskapitel bereits ausführlich erläutert wurden, die für das System der Zentralplanwirtschaft unvermeidbare, allgegenwärtige Mangelsituation.
- Änderungen des Produktionsprogramms durch die volkseigenen Betriebe erfolgten nicht aus freien Stücken, sondern waren aus der Not geboren. Insbesondere der anhaltende Materialmangel sowie die falsche Einschätzung der betrieblichen Anlagegüter durch die Planbürokratie zwang die VEB, ihr Programm den gegebenen Voraussetzungen anzupassen.
- Die gesetzliche Verpflichtung zur Planerfüllung trieb die volkseigenen Betriebe an, dennoch zu versuchen, unter allen Umständen ihre Auflagen wenigstens mengenmäßig zu erfüllen.
- Die Überbetonung der quantitativen Zielvorgaben führte insbesondere unter der Nebenbedingung erforderlicher Substitution hochwertiger Erzeugnisse zur überdimensionierten Produktion von Gütermengen in minderer Qualität. Das Phänomen solch ungeplanter Überproduktion verursachte gesamtwirtschaftlich bedeutenden Schaden. Immerhin war meistens nicht einmal sicher gestellt, daß

169 POOM, E., Wirtschaftlichkeit, Effektivität und Rentabilität in der Sowjetwirtschaft, Z. f. handelswiss. Forschung, N. F. 4. Jg. (1952), S. 145ff und S. 193ff, zitiert nach GUTENBERG, Grundlagen, 41958, S. 361.

diese Produkte tatsächlich benötigt wurden. Außerdem scheiterte darüber die Erzeugung hochwertiger Güter.

- Für diese zusätzlichen Güterquantitäten gab es häufig weder Abnehmer, noch Lagerplatz. Sie blockierten Lagerkapazitäten, nachdem zu ihrer Erzeugung erhebliche Mengen Materials verwendet worden waren, die gesamtwirtschaftlich an anderer Stelle höheren Nutzen hätten stiften können.
- Die Verfolgung des betrieblichen Ziels quantitativer Planerfüllung bewirkte auf diesem Wege eine gigantische Materialverschwendung auf dem Wege der später sogenannten Tonnenideologie, die dem Phänomen der Mangelsituation weiteren Vorschub leistete. Paradoxe Weise zeigte sich dieses Problem ausgerechnet in Form „ausgeglichener“ Produktionsbilanzen der volkseigenen Betriebe.

Eine solche Abrechnung soll am Beispiel des bereits bekannten, zentral verwalteten VEB Geraer Wollen- und Seidenweberei gezeigt werden. Dem Prüfungsbericht über die Beständeuntersuchung lag die folgende „Abrechnung der Planaufgabe 1949“ vom 25. August 1949 bei:

Tabelle 20: Abrechnung der Planaufgabe im VEB Geraer Wollen- und Seidenweberei sowie die entsprechende Planabweichung¹⁷⁰

VEB Geraer Wollen- und Seidenweberei, Gera/Thür. Abrechnung der Planaufgabe 1949 vom 25. August 1949								
Soll/Ist	Plan			Erfüllung				
Einheit Produkt	Meter	DM	DM / Meter	Meter	Meter in % vom Plan	DM	DM in % vom Plan	DM/Meter
I. Quartal 1949								
Zellwollkammgarn	155.000	775.000	5,00	65.117	42,01	393.954	50,83	6,05
Zellwoll -B-	20.000	40.000	2,00	43.973	219,87	122.016	305,04	2,77
Kunstseide	175.000	595.000	3,40	220.807	126,18	810.636	136,24	3,67
reiner Wolle	0	0		10.984		128.362		11,69
Streichgarn, Zellwolle	0	0		9.126		79.828		8,75
Baumwolle	0	0		3.447		12.426		3,60
Naturseide	0	0		24.127		146.012		6,05
Gesamt	350.000	1.410.000	4,03	377.581	107,88	1.693.234	120,09	4,48
II. Quartal 1949								
Zellwollkammgarn	207.100	1.035.000	5,00	204.471	98,73	1.073.749	103,74	5,25
Zellwoll -B-	20.000	40.000	2,00	23.871	119,36	87.498	218,75	3,67
Kunstseide	192.100	595.000	3,10	206.798	107,65	769.213	129,28	3,72
reiner Wolle	5.000	50.000	10,00	18.573	371,46	244.238	488,48	13,15
Baumwolle	85.000	170.000	2,00	0	0,00	0	0,00	
Naturseide	0	0		1.754		23.849		13,60
Gesamt	509.200	1.890.000	3,71	455.467	89,45	2.198.547	116,33	4,83
I. Halbjahr 1949								
Gesamt	859.200	3.300.000	3,84	833.048	96,96%	3.891.781	117,93	4,67
Einheit Produkt	Meterpreis- Differenz	Preissteiger- ung in %	DM- Differenz	DM- Differenz in % vom Plan	Positive Planabwei- chung in Metern	Negative Planabwei- chung in Metern	Absolute Planabwei- chung in Metern	Neutrale Planabwei- chung in Metern
I. Quartal 1949								
Zellwollkammgarn	1,05	21,00	-381.046	-49,2	0	89.883	89.883	-89.883
Zellwoll -B-	0,77	38,74	82.016	205,0	23.973	0	23.973	23.973
Kunstseide	0,27	7,98	215.636	36,2	45.807	0	45.807	45.807
reiner Wolle			128.362		10.984	0	10.984	10.984
Streichgarn, Zellwolle			79.828		9.126	0	9.126	9.126
Baumwolle			12.426		3.447	0	3.447	3.447
Naturseide			146.012		24.127	0	24.127	24.127
Gesamt	0,46	11,32	283.234	20,1	117.464	89.883	207.347	27.581
II. Quartal 1949								
Zellwollkammgarn	0,25	5,08	38.749	3,7	0	2.629	2.629	-2.629
Zellwoll -B-	1,67	83,27	47.498	118,7	3.871	0	3.871	3.871
Kunstseide	0,62	20,09	174.213	29,3	14.698	0	14.698	14.698
reiner Wolle	3,15	31,50	194.238	388,5	13.573	0	13.573	13.573
Baumwolle			-170.000	-100,0	0	85.000	85.000	-85.000
Naturseide			23.849		1.754	0	1.754	1.754
Gesamt	1,12	30,05	308.547	16,3	33.896	87.629	121.525	-53.733
I. Halbjahr 1949								
Gesamt	0,83	21,64	591.781	17,9	151.360	177.512	328.872	-26.152
Quantitative Abweichung von der Produktionsaufgabe in %					17,62	20,66	38,28	-3,04

bedeutet: Originalangaben aus der Quelle, alle nicht grau unterlegten Spalten wurden errechnet.

Die Kurzzusammenfassung dieser Angaben lautete im Abfragestil des Prüfungsberichtes:

„Welche Menge mit Wert (Fertigfabrikate) ist für I. Halbjahr 1949

a) geplant: 859.200 m = 3.300.000,- DM

b) tatsächlich erzeugt worden: 833.100 m = 3.891.781,- DM“¹⁷¹

Für das erste Halbjahr 1949 hatte der Betrieb eine Produktionsaufgabe von 859.200 Metern erhalten, was einem „Produktionswert“ von 3,3 Mio. Mark entsprechen sollte. Tatsächlich hergestellt wurden, so die beigegefügte Tabelle 20,

170 DN5-561, PB über Beständeuntersuchungen bei dem VEB Geraer Wollen- und Seidenweberei, Gera /Thür., VVB - Webereien I vom 2. September 1949.

171 DN5-561, Anlage zum PB über Beständeuntersuchungen bei dem VEB Geraer Wollen- und Seidenweberei: Eigene Aufstellung des VEB vom 2. September 1949, Bl. 2.

833.048 Meter, was rd. 97 Prozent der geplanten Ausbringungsmenge entsprach. Gleichzeitig produzierte der Betrieb Waren, die fast 118 Prozent der geplanten Wertvorgabe entsprachen. Die 97-prozentige Planerfüllung ergab sich durch Addition der Gewebe-Meter sämtlicher im VEB hergestellter Produkte und konnte als Erfolg dargestellt werden. Die Präsentation dieses Ergebnisses täuschte über verschiedene Faktoren hinweg, deren Analyse ein weniger schmeichelhaftes Bild darauf geworfen hätten:

- Die Kostenseite der Produktion fand keinerlei Erwähnung. Der vorhergehende Abschnitt über die Abweichungen des VEB vom Richtsatzplan, die teilweise über 700 Prozent betrugen, könnte als Vorgeschmack zu diesem Thema verstanden werden, auch wenn die Quellen keine weiteren Informationen zur Höhe der entstandenen Kosten offenbarten.
- Unberücksichtigt blieben auch betrieblicherseits vorgenommene Veränderungen der Produktzusammensetzung.
- Im Rahmen der Meldung allenfalls zu vermuten waren erhebliche, staatlich verordnete Preisänderungen (nach oben), die das finanzielle Betriebsergebnis verbesserten.

Die Gesamtproduktionsmenge war nur ein Teil der Planaufgabe. Diese setzte sich ursprünglich aus Vorgaben für jede einzelne Ware zusammen; insgesamt „mehrere hundert verschiedenster Gewebearten“¹⁷². Die „Abrechnung der Planaufgabe 1949“ vom 25. August 1949 unterteilte die Gesamtproduktionsaufgabe für 1949 nach Quartalen und nach unterschiedlichen Ausgangsmaterialien. Diese Differenzierung wurde der tatsächlichen Vielfalt der Produktion zwar nicht gerecht, verdeutlichte aber das Prinzip, nach dem der VEB sein tatsächliches Produktionsergebnis der vorgeschriebenen Produktionsaufgabe „anzunähern“ versuchte, ohne sie wirklich zu erfüllen. Planabweichungen nach unten wurden durch die Aufnahme nicht eingeplanter Produktionen und Planübererfüllungen bei anderen Produkten kompensiert:

- Die 58-prozentige Verfehlung des Planziels für Waren aus Zellwollkammgarn (geplanter Preis DM 5,-/Meter) für das 1. Quartal wurde durch Mehrproduktion von minderwertigen Waren wie Zellwoll-B- (DM 2,-/Meter) und Kunstseide-Produkten (DM 3,40/Meter) nahezu ausgeglichen.
- Hinzu kamen Waren, die im Plan nicht enthalten waren. Sie wurden aus Wolle (tatsächlicher Preis DM 11,69/Meter), „Streichg. Zw.“ (DM 8,75/Meter), Baumwolle (DM 3,60/Meter) oder Naturseide (DM 6,05/Meter) hergestellt.
- Im zweiten Quartal wurde der Totalausfall aller Baumwollprodukte (geplanter Preis DM 2-/Meter) durch Mehrproduktion aller übrigen Kategorien fast ausgeglichen.
- Die Planaufgabe wurde für kein einziges Erzeugnis auch nur annähernd getroffen, während sich ihre Summe ungefähr in jenem Bereich bewegte, den der Plan insgesamt vorschrieb.
- Diese Angleichung ist um so bemerkenswerter, als die Erfüllungsgenauigkeit der quantitativen Planvorgaben weit gestreut lag zwischen null Prozent bis hin zu Übererfüllungen von 371 Prozent. Die wertmäßige Erfüllung lag aufgrund

172 DN5-561, Brief des VEB Geraer Wollen und Seidenweberei an die VVB Webereien I vom 1. September 1949, Bl. 2.

der verordneten Preissteigerungen mit einer Bandbreiten zwischen null und 488 Prozent noch darüber.

- Ein Vergleich der gezeigten Planabweichungen nach oben und unten sowie deren Verrechnung dokumentiert die betriebliche Vorgehensweise bei dem Versuch, ihre Planvorgaben irgendwie zu erfüllen. *Was sich aufgrund von Materialmangel und sonstiger praktischer Probleme im Produktionsprozeß nicht realisieren ließ, wurde letztendlich herbeigerechnet. Während sich durch die Verrechnung der mengenmäßigen Abweichungen nach unten (20,66 Prozent) und oben (17,62 Prozent) „unter dem Strich“ die quantitative Planverfehlung auf gerade mal -3,04 Prozent reduzierte, betrug die absolute Planabweichung der Produktion mindestens 38,28 Prozent.*

Neben dieser Möglichkeit, das quantitative Betriebsergebnis positiv darzustellen, gab es weitere Verschleierungsmethoden, die geeignet waren, auf das wertmäßige Betriebsergebnis Einfluß zu nehmen. Hierzu zählten insbesondere sogenannte *Preiskorrekturen*. Im ersten Quartal war die Summe aller produzierten Gewebemeter 107,88 Prozent der Planaufgabe, im zweiten Quartal nur 89,96 Prozent. Summiert ließ sich für das 1. Halbjahr 1949 insgesamt nur eine 96,96-prozentige Planerfüllung dokumentieren. Preissteigerungen („gemäß G 3/1599 und 1634“¹⁷³), die sämtliche Produkte betrafen und insgesamt 21,64 Prozent ausmachten, sorgten aber dafür, daß der Plan wertmäßig sogar übererfüllt wurde, obwohl weder die vorgesehene Menge, noch die angestrebte Güterzusammensetzung in der Produktion erreicht werden konnte. Die Kombination der beschriebenen Abrechnungspraktiken war geeignet, das tatsächliche Maß betrieblicher Planverfehlung zum Ende der Produktions- und Dokumentationsphase im Nebel sich gegenseitig beeinflussender Darstellungsformen verschwinden zu lassen. Auch „Experten“ der staatlichen Wirtschaftsrevision konnten es bestenfalls nur noch erraten. Oben genannte Argumente zur Gleichbewertung positiver und negativer Abweichungen von der planmäßigen Produktionsaufgabe zeigten - worauf an dieser Stelle nochmals hingewiesen werden soll - daß das Scheitern der Zentralplanwirtschaft anhand ihrer absoluten Planabweichung dargestellt werden muß. Diese ergibt sich durch Addition der Absolutbeträge von Über- und Unterschreitung und betrug beim VEB Geraer Wollen- und Seidenweberei schon im ersten Halbjahr 1949 *nahezu 40 Prozent der kompletten Produktionsaufgabe*. Hinzuzurechnen wären außerdem jene oben beschriebene Abweichungen von den vorgegebenen Kostenplänen der VEB, die unabhängig von der Ausbringungsmenge sogenannte Betriebsverluste verursachten und das Maß der Planverfehlung zusätzlich vergrößerten. Die betriebliche Form der Darstellung seiner Produktionsleistung offenbarte hingegen eine Unterschreitung der Produktionsaufgabe von gefälligen drei Prozent, was fast als gleichbedeutend mit Planerfüllung - „Planziel erreicht!“ - anzusehen war.

„Betriebsverlust“ und seine Dokumentation

Über die Produktionsleistung des VEB Papierfabrik Wernshausen, dessen Kostenseite im Kapitel über die Produktionsplanung behandelt wurde (Tabelle 14, S. 200), ist zu bemerken, daß sie die vorgesehene Produktionsaufgabe quantitativ um

173 DN5-561, Anlage zum PB über VEB Geraer Wollen- und Seidenweberei: Eigene Aufstellung des VEB vom 2. September 1949, Bl. 2.

34,22 Prozent (neutrale Planabweichung) übertraf (vgl. Tabelle 16, S. 214). Darunter wurde der Output - in Gewicht gemessen - verstanden. Dieses Ergebnis bemäntelte ebenso wie auch im VEB Geraer Wollen- und Seidenweberei, auf welchen Umwegen es herbei-jongliert und -errechnet worden war. Typisch für das Produktionsergebnis volkseigener Betriebe war, daß es qualitativ nicht den detaillierten Vorgaben der Produktionsauflagen entsprach. Auch in Wernshausen hatte sich die tatsächliche Zusammensetzung der einzelnen hergestellten Güter von der Planvorgabe entfernt. Textilersatzkrepp fand entgegen der Vorgabe keinen Einzug in die tatsächliche Produktion. Die Produktionsauflage für Zellstoffwatte - das hochwertigste Produkt im Sortiment - wurde nur zu 98 Prozent erfüllt. Ausgeglichen wurden diese Defizite durch die Herstellung von Packpapier, für das es wiederum keine Auflage gab. Außerdem erfolgte die Produktion der übrigen Güter teilweise erheblich über das Maß der staatlichen Vorgabe hinaus. Vom Artikel „Toilettenpapier“ wurde 500 Prozent dessen hergestellt, was die staatliche Planauflage vorschrieb. Das Absatzproblem fand dabei keine Berücksichtigung. *Die absolute, quantitative Abweichung von der Produktionsauflage betrug in Wernshausen 44,44 Prozent.* Sie resultierte aus 5,11 prozentiger Planunterschreitung und 39,33 prozentiger Planüberschreitung, die parallel zueinander erfolgten. Im Unterschied zum Prüfungsvorgang im VEB Geraer Wollen- und Seidenweberei beschäftigte sich die Revision in diesem Falle aber intensiver mit den Hintergründen des quantitativen Ergebnisses. Die Aufgabe der Prüfer bestand nämlich darin, mutmaßliche Verlustquellen des Betriebes zu ermitteln. Die Erhebung von „Betriebsverlusten“ litt im Rahmen der zentralen Planwirtschaft unter denselben Schwierigkeiten, wie die Feststellung von Preisen und Kosten: Sie war schlichtweg unmöglich. Das marktlose Wirtschaftssystem mußte auch seine Verlustermittlung ausschließlich auf der Grundlage subjektiver Plangrößen durchführen, die nicht im geringsten tatsächliche Wirtschaftsbedingungen spiegelten. Das besondere Merkmal der Berechnung betrieblicher „Verluste“ unter diesen Bedingungen war, daß nicht die tatsächlich entstandenen Kosten, sondern „berichtigte“, geplante Kosten mit dem sogenannten Ertrag zum Vergleich kamen. Die Ermittlung des sogenannten Betriebsverlustes im VEB ergab sich nicht, wie in marktwirtschaftlichen Systemen, automatisch aus der Bilanzierung der einzelnen Unternehmen, deren Rechnungsführung nach den sogenannten „Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung (GoB)“¹⁷⁴ erfolgte. Im zentralen Planwirtschaftssystem der SBZ/DDR war es aufgrund fehlender Märkte und Preise gänzlich unmöglich, Verluste einzelner Betriebe (im traditionell ökonomischen Sinne als Ergebnis unwirtschaftlicher Tätigkeit) irgendwie festzustellen. Dennoch wurde die Ermittlung von „Betriebsverlusten“ zur Aufrechterhaltung der Planungstätigkeit und Kontrolle von der Zentralplanbürokratie gefordert. Derlei Untersuchungen wurden in vier aufeinander folgenden Schritten durchgeführt, die im folgenden nähere Betrachtung erfahren.

174 Als wesentliche Grundsätze wären zu bezeichnen: Richtigkeit und Willkürfreiheit, Klarheit, Vollständigkeit, Abgrenzung (z.B. Imparitätsprinzip), Stetigkeit und Vorsicht. Im Vordergrund stehen Prinzipien der kaufmännischen Vorsicht und des Gläubigerschutzes.

*Erster Schritt:**Vergleich von „Ist“ und „Soll“ - Verdacht auf planwidrige „Verluste“*

Daß das Wirtschaftsministerium „Verluste“ festzustellen glaubte, war eher zufälligen Ursprungs und hatte nichts zu tun mit der echten Wirtschaftlichkeit des VEB im ökonomischen Sinne. Der Ursprung dieser „Verluste“ lag kaum in der eigentlichen Tätigkeit volkseigener Betriebe begründet, die sowieso fast keine Entscheidungsfreiräume besaßen, sondern darin, daß die oktroyierten Planvorgaben im Rahmen der wirtschaftlichen Verhältnisse absolut inkompatibel miteinander waren (z.B. Kostenplan und Produktionsauflage) und darum die Erfüllung größerer Planziele scheitern mußte. Die Aufmerksamkeit des Ministeriums wurde dadurch erweckt, daß die ursprüngliche betriebliche Kostenplanung (diese basierte ihrerseits auf dem verordneten Kostenlimit, welches sich aus dem Gesamtplan ableitete) von den sogenannten Istkosten der Planperiode abwich. Die sogenannte Kontrolle durch die Finanzen ergab, daß sich die tatsächlichen Ausgaben nicht auf die ursprünglich angesetzten Summen beschränkten. Eine eventuelle Überplanproduktion zum Ausgleich, wie im Falle des VEB Papierfabrik Wernshausen, interessierte in diesem Zusammenhang überhaupt nicht. Die Differenz zwischen Plankosten und Istkosten als „Verlust“ auszuweisen und sich dabei ungeniert dieses feststehenden, durch die klassische Ökonomie eindeutig definierten Begriffes zu bemächtigen, suggerierte Objektivität und gesamtwirtschaftliche Steuerungsfähigkeit einer staatlichen Wirtschaft, die dem Markt- und Preismechanismus dezentraler Wirtschaftssysteme nicht nur ebenbürtig, sondern sogar überlegen sein wollte. Die Praxis des Plansystems lieferte nicht einen Beweis für diese Hyper-Autorität. Statt dessen war sie sehr wohl geeignet, die Akteure in die Irre zu führen und auf diesem Wege fataler Verschwendung Vorschub zu leisten.

*Zweiter Schritt:**„Korrektur“ der betrieblichen Kostenplanung und Ergebnisrechnung*

Nachdem die Revisoren der RTA vom Ministerium in die VEB entsandt worden waren, um dort „Betriebsverluste“ und deren Ursachen festzustellen, erwartete sie dort zunächst die schwierigste Aufgabe: Die Überprüfung der „betrieblichen Kostenplanung“. Diese war ggf. zu „korrigieren“: „Die für den VEB vorgegebenen Kosten für 1949 mussten aus mehreren Gründen geändert werden, um sie vergleichbar zu machen.“¹⁷⁵ Die Vergleichbarkeit mußte hergestellt werden zwischen der gültigen, staatlichen Planaufgabe und der tatsächlichen Kostenentwicklung im VEB, bezogen ausschließlich auf die Produktionstätigkeit. Auszufiltern waren Veränderungen, die von Seiten der Planbürokratie angestoßen worden waren. Dazu gehörten beispielsweise Einflüsse auf die betriebliche Kostenstruktur, die sich aus nachträglichen „Plankorrekturen“ ergaben und diverse Änderungen der Produktion nach sich gezogen hatten. Gleichfalls ausfindig zu machen waren sämtliche Kostenelemente, die sich aufgrund betrieblicher Eigenwilligkeiten, z.B. beabsichtigten und unabsichtlichen „Falschbuchungen“ erklärten. Hierzu zählten beispielsweise Ausgaben die nicht unmittelbar dem Produktionssektor zugeordnet werden durften weil sie eigentlich zum Investsektor gehörten, darum zu aktivieren waren und das Betriebsergebnis nicht beeinflussen durften. Diese mutmaßlich außerhalb der Produktionstätigkeit stehenden Elemente wurden von der Revision

175 DN5-46, Sonderprüfung beim VEB Aumatal-Schuhfabrik Weida vom 24. September 1949, Bl. 1.

aus der betrieblichen Produktionskostenrechnung entfernt. Das zwiespältige Verfahren wurde zuvor bereits dargestellt. Paradox: Korrekturmaßstab der Revision waren vor allem zentrale Planvorgaben, die sich unter realen Bedingungen bereits als unhaltbar erwiesen hatten: „Im Verlaufe der Kostenprüfung wurde festgestellt, dass [...] die Plankosten unrichtig sind. Sie entsprechen jedenfalls nicht den natürlichen Betriebsbedürfnissen im Verhältnis zur verlangten Produktion.“¹⁷⁶ Nach dem Balanceakt der schwierigen „Korrektur“ mußten die auf der Kostenseite vorgenommenen „Berichtigungen“ auch in das „Betriebsergebnis“ des VEB übernommen werden, „um es mit den berichtigten Planzahlen vergleichbar zu machen“¹⁷⁷. Die Aufwands- und Ertragsdarstellung des VEB Papierfabrik Wernshausen präsentierte sich nun folgendermaßen:

Tabelle 21: Betriebsergebnis unter Berücksichtigung „berichtigter Planzahlen“¹⁷⁸

Betriebsergebnis unter Berücksichtigung der "berichtigten Planzahlen" im VEB Papierfabrik Wernshausen				
Ertrag	laut Betrieb	Korrektur (+)	Korrektur (-)	Prüfer
Brutto-Umsatz	311.800,00	0,00	0,00	311.800,00
Innerbetrieblicher Umsatz:				
selbst erstellte Anlagen	65.600,00	0,00	65.600,00	0,00
In Vorrat gefertigte Erz.	33.600,00	0,00	0,00	33.600,00
anderer innerbetriebl. Umsatz	1.800,00	0,00	1.800,00	0,00
Kostengutschriften	3.900,00	0,00	0,00	3.900,00
Verlust*	38.100,00	13.000,00	0,00	49.100,00
Summe*	454.800,00	13.000,00	67.400,00	398.400,00

* Fehler in der Tabelle: Die "Verlusterkorrektur" wurde um 2.000 zu hoch angesetzt. Es dürften nur 11.000,- sein. Es ist bezeichnend, daß augerechnet im Ausweis des sogenannten "Verlustes" Flüchtigkeitsfehler auftraten. Diese Information ist aus keiner der übrigen Unterlagen abzuleiten, sondern eine willkürlich ersonnene Größe.

Aufwand	laut Betrieb	Korrektur (-)	Prüfer
Material	215.000,00	8.200,00	206.800,00
Lohn	96.600,00	39.100,00	57.500,00
Gehalt	24.100,00	0,00	24.100,00
Soziale Kosten	18.300,00	4.200,00	14.100,00
Steuern, abg. u. Beiträge abz. verschiedene Kosten	8.400,00	0,00	8.400,00
Verschiedene Kosten zuz. Steuern, Abg. usw.	20.900,00	2.900,00	18.000,00
Sondereinzelkosten	10.100,00	0,00	10.100,00
Kalkulatorische Kosten	59.500,00	2.000,00	57.500,00
Bestandsabnahme	1.900,00	0,00	1.900,00
Summe	454.800,00	56.400,00	398.400,00

☐ bedeutet: Originalangaben aus der Quelle

Das System dieser Erhebung integrierte selbstverständlich Daten der „berichtigten“ Kostenplanung sowie „Istzahlen“ aus der erfolgten Produktion. Fiktion und Realität verschmolzen zu einem Modell, das nicht die geringste Aussagekraft besaß. Zudem war die Konstruktion der Tabelle weder anhand der berichtigten Kostenplanung (Tabelle 14, S. 200), noch anhand der Produktionsdarstellung des VEB (Tabelle 16, S. 214) nachzuvollziehen. Sie wies rechnerische

176 Ebenda.

177 DN5-46, Sonderprüfung beim VEB Papierfabrik Wernshausen vom 3. Oktober 1949, Bl. 6.

178 Ebenda, Bl. 6f.

Fehler auf und erweckte den Eindruck, ohne die geringste Sorgfalt angefertigt worden zu sein. Den Prüfern war klar, daß exakte Rechenarbeit und -darstellung vergebliche Mühsal gewesen wären:

- Die Tabellen vermischten Fiktion und Realität.
- Von offiziellem Interesse waren grobe Stoßrichtungen und nicht die dritte Stelle hinter dem Komma. Vielmehr beherrschte die Faszination „runder Zahlen“ das Denken der Zentralplaner.
- Die Planbürokratie besaß weder Kapazitäten, noch Kompetenz, die vorgelegten Prüfungsberichte im Detail einzeln nachzurechnen und ihrerseits wieder zu überprüfen.

Nach erfolgter „Korrektur“ der betrieblichen Kostenplanung und Ergebnisrechnung begann die Revision, nunmehr die Höhe des Verlustes zu quantifizieren sowie eine Fehleranalyse zu entwerfen.

Dritter Schritt:

Quantifizierung der „Verluste“

Im Falle des VEB Papierfabrik Wernshausen errechneten sich so bezeichnete „Betriebsverluste“ weitgehend aus zwei im Kapitel über Kostenplanung der Produktion bereits abgedruckten Tabellen: Tabelle 14, Seite 199, repräsentierte die Kostenseite des VEB, während Tabelle 16, S. 214, die Produktions- und Ertragsseite darstellte. Die Ermittlung der „Verluste“ bis ins Detail nachzuvollziehen, stellte sich als unmöglich heraus weil kein schlüssiges System erkennbar wurde, nach welchem sie vorgenommen worden war. Der Mangel an logischen Mustern zum Aufbau der Verlusterhebung führte auch hier zu nachlässiger Erstellung entsprechender Tabellen durch die Revision. Auch sie wiesen zahlreiche Rechenfehler auf und ließen insgesamt keinerlei Sorgfalt erkennen. Die Suche der RTA-Revision nach den Betriebsverlusten erfolgte in einem Wirrwarr von Planzahlen und sogenannten Istzahlen. Auch hier zeigte sich, wie bereits im Zusammenhang mit dem „Richtsatzplan“ festgestellt wurde, daß das Plansystem die Möglichkeit einer systematischen Trennung von Plangrößen und realen Größen nicht zuließ.¹⁷⁹ Die offizielle, gesetzlich zementierte Kostenplanung als letztlich willkürliche Größe (Tabelle 14, S. 200, Spalte „Prüfer“) wurde als Basis der Verlusterhebung herangezogen und davon der sogenannte Produktionswert der tatsächlichen Erzeugung im selben Zeitraum - also ein „Istwert“(!) abgezogen (Tabelle 16, S. 214, Spalte *Prodkt.wert.*). *Die Verlustangabe des VEB war eine Differenz aus „berichtigtem“ Planwert und „Istwert“.* Die folgende, ebenfalls dem Prüfungsbericht entnommene Tabelle, illustriert diese Methode.

179 Die ungenierte Vermischung von Planzahlen und Istzahlen zeigt Tabelle 22 in der drittletzten Zeile „Produktionswert zu Verkaufspreisen“. Während die erste Spalte einen Wert aufweist, der zum Zeitpunkt der Tabellenentstehung noch rein hypothetisch war, stand daneben der entsprechende „Istwert“ für die erfolgte Produktion des 1. Halbjahres 1949.

Tabelle 22: *Berichtiger Betriebsverlust im VEB Papierfabrik Wernshausen*¹⁸⁰

Berichtiger Betriebsverlust im VEB Papierfabrik Wernshausen			
Kostenartengruppe	Berichtigte Plankosten für die Auflage 1949	Berichtigte Plankosten für die Istproduktion im 1./49	Berichtigte Ergebnisrechnung für das 1./49
Fertigungsmaterial	245,3	147,4	147,4
Gemeinkostenmaterial	90,0	60,4	59,4
Fertigungslohn	50,5	34,5	34,5
Gemeinkostenlohn	33,6	23,0	23,0
Gehalt	48,0	24,0	24,1
Soziale Kosten	22,8	14,1	14,1
Steuern, Abg. u. Beiträge	15,2	8,4	8,4
Verschiedene Kosten	32,0	18,0	18,0
Sondereinzelkosten	16,0	10,0	10,1
Kalkulatorische Kosten	115,0	57,5	57,5
abzgl. Kostengutschriften	-8,0	-3,9	-3,9
Summe	660,4	393,4	392,6
Produktionswert zu Verkaufspreisen	558,1	347,3	
Bruttoumsatz + innerbetriebl. Umsatz - Bestandsabnahme			343,5
Berichtiger Betriebsverlust	102,3	46,1	49,1

□ bedeutet: Originalangaben aus der Quelle.

Die von der RTA gefertigte „Ergebnisrechnung“ für den VEB Pressenbau Bad Salzungen wies anstatt eines Plangewinns von DM 29.700,- einen „Verlust“ aus von DM 30.900,-. Das bedeutete im Rahmen der bereits vorgestellten Denkweise, einen „Betriebsverlust“ (= Abweichung vom Plan) von DM 60.600,-¹⁸¹ allein von der Kostenbetrachtung. Das entsprach

- 15,0 Prozent der gesamten Produktionsauflage für das 1. Halbjahr 1949,
- 15,7 Prozent der festgestellten „Betriebsleistung“,
- 22,5 Prozent der tatsächlich umgesetzten Betriebsleistung.

Hinzuzurechnen wäre außerdem die Verfehlung der quantitativen Produktionsauflage. Sie betrug bei Betrachtung der umgesetzten Betriebsleistung über 33 Prozent. *Fazit: Ca. ¼ Überschreitung der veranschlagten Plankosten bei 33-prozentiger Unterschreitung der planmäßig zu erzeugenden Güter.* Unter „innerbetrieblicher Umsatz - in Vorrat gefertigte Erzeugnisse“¹⁸² - wurden jene Produkte verbucht, die keinen Abnehmer gefunden hatten, und sich noch immer im Lager der VEB befanden. Ihr „Produktionswert zu Verkaufspreisen“ verringerte den auszuweisenden „Verlust“. Daß diese Produkte aber ggf. überhaupt nicht abzusetzen waren, bewies der oben erwähnte VEB in Bad Salzungen. Hier wurden auf Geheiß der Zentralplanbürokratie Pressen hergestellt, wobei Selbst-

180 DN5-46, Sonderprüfung beim VEB Papierfabrik Wernshausen vom 3. Oktober 1949, Bl. 7. Zur Erklärung offensichtlicher Unregelmäßigkeiten wurde hinzugefügt: „Der Unterschied zwischen dem Produktionswert zu Verkaufspreisen und dem Erlös laut Ergebnisrechnung [Zeile darunter T.M.] liegt in den bei den Vorräten nicht bewerteten Verwaltungs- und Vertriebsgemeinkosten.“

181 DN5-46, Sonderprüfung beim VEB Pressenbau, Bad Salzungen vom 17. September 1949, Bl. 9.

182 DN5-46, Sonderprüfung beim VEB Papierfabrik Wernshausen vom 3. Oktober 1949, Bl. 6.

kosten entstanden, die um 34 Prozent über dem Verkaufspreis (Basis 1944) lagen. Dennoch fanden die Erzeugnisse keine Abnehmer: „Es hat sich herausgestellt, dass diese Presse auch zum Stopppreis [...] nur schwer abzusetzen ist, weil einfachere und billigere Modelle von der Kundschaft vorgezogen werden.“¹⁸³ Nachdem 71 Prozent der gesamten Halbjahresproduktion im Lager verstaubten, keine Abnehmer fanden und den Richtsatzplanbestand der fertigen Haupterzeugnisse belasteten, wurde die Produktion des betreffenden Produktes zumindest vorübergehend eingestellt. Die notwendige Abschreibung nicht abzusetzender Ware fand keinen Niederschlag in der RTA-Verlustermittlung, sondern wurde - sogar im Gegenteil - dazu benutzt, den auszuweisenden „Verlust“ rechnerisch zu verringern: Die Ergebnisdarstellung des Prüfungsberichtes über den VEB Papierfabrik Bad Tennstedt definierte die Zusammensetzung der festzustellenden „Betriebsverluste“ (DM minus 36.600,-) als Differenz des festgestellten Betriebsergebnisses (DM minus 44.400,-) und des „Planverlustes“ (DM minus 7.800,-). „Planverluste“ wurden also dem „Betriebsverlust“ nicht zugeschlagen, sondern verbesserten das Ergebnis. Damit umschrieb der Begriff „Betriebsverluste“ ausschließlich das Maß kostenseitiger, betrieblicher Planabweichung. Festgestellt wurden sie durch Ermittlung der Überziehung sämtlicher Plankosten (DM 55.300,-), von denen jener Betrag abgezogen wurde, der zu aktivieren war (und darum keinen „Verlust“ darstellte), weil er für Investitionen und Großreparaturen ausgegeben wurde (DM 35.600,-). Die verbleibende Summe (DM 19.700,-), so erklärte die Revision, „hat ihre Ursache in der unrichtigen Planung“¹⁸⁴. Die Differenz zum vollen „Betriebsverlust“ (DM 16.900,-) wurde damit erklärt, daß der ohnehin veranschlagte Planverlust (DM 7.800,-) aufgestockt werden mußte (auf insgesamt DM 24.700,-), aufgrund der „durch die zu kleine Produktion (571 to. gegenüber der mit etwa 1.000 to. geschätzten Halbjahreskapazität) angefallenen höheren fixen Kosten.“¹⁸⁵ Abgesehen davon, daß die Methode, Soll- und Istzahlen nicht zu trennen, generell unbrauchbar zur Erhebung aussagekräftiger Daten ist, waren beide Grundziffern obendrein vielfach beeinflusst durch subjektive Faktoren, die ebenfalls keine wirtschaftlichen Verhältnisse spiegelten:

- Die sogenannten *Plankosten für die Istproduktion* waren bereits ein Aufguß ursprünglicher Plankostenzahlen, jedoch ein weiteres Mal durch die Revision „berichtigt“. Die Prüfer hatten alle Elemente entfernt, die nach ihrer Meinung der Produktion des Betriebes nicht direkt zuzurechnen waren. Dabei teilten sie die Einstellung der VEB-Leitungen offensichtlich nicht. Die Revision hob die betriebliche „Kostenplanung“ aus den Angeln und setzte ein ganz eigenes Modell an ihre Stelle. Nicht weniger subjektiv als die vorhergehende Kostenplanung, bescheinigte es dem Betrieb den erwarteten Verlust.
- Der sogenannte *Produktionswert* war eine Funktion der staatlichen Preisbildung, da er auch genehmigte Preisänderungen zum Ausdruck brachte. Aufgrund der Willkürlichkeit von Genehmigungen eingehender Anträge auf Preisänderung, stellte also auch der Produktionswert eine rein zufällige Größe dar. Auf eine nähere Betrachtung der ermittelten „Verluste“ in DM kann in Anbe-

183 DN5-46, Sonderprüfung beim VEB Pressenbau, Bad Salzungen vom 17. September 1949, Bl. 5.

184 DN5-46, Sonderprüfung beim VEB Papierfabrik Bad Tennstedt vom 1. Oktober 1949, Bl. 11.

185 Ebenda.

tracht des Vorhergehenden verzichtet werden. Es handelte sich um subjektive Größen ohne den geringsten Bezug zu realen, wirtschaftlichen Größen.

Vierter Schritt:

Definition der Verlustursachen

Es waren weder die Analyse der betrieblichen Rechnungsunterlagen, noch die von der Revision im Zuge der Kostenplanungskorrektur aufgestellten Tabellen, welche letztendlich Hinweise lieferten auf innerbetriebliche Gründe der Entstehung von „Verlusten“. Diesbezüglich „fündig“ wurden die Revisoren nicht im Aktenstudium sondern allenfalls bei der direkten Besichtigung des VEB. Bei dieser Gelegenheit machten sie entsprechende Beobachtungen, die sie ggf. in ihren Berichten zum Ausdruck brachten. In der Regel aber griffen sie die Klagen der Betriebsleitungen über unbefriedigende Zustände der gegenwärtigen Produktionssituation auf. Hier- von gab es reichlich und die Revision mußte sie nur noch so formulieren, daß beim Auftraggeber nicht der Eindruck entstand, man wolle den Zentralplan grundsätz- lich kritisieren. Im Falle des VEB Papierfabrik Wernshausen „stolperten“ die Prüfer unmittelbar über zwei Phänomene, die sich schon auf den ersten Blick je- der vernünftigen Erklärung verschließen mußten:

- Obwohl eine Turbine im VEB vorhanden war, wurde sie nicht zur Stromerzeu- gung genutzt, sondern statt dessen „Fremdstrom“ eingekauft.
- Obwohl die Kapazitäten des VEB mit nur geringem Aufwand hätten aufgestockt werden können, wurde davon kein Gebrauch gemacht.

Diese beiden oberflächlichen Beobachtungen bildeten schließlich den Kern des Prüfungsberichtes. Entsprechend des nichtssagenden Informationsgehaltes der Geschäftsunterlagen über die tatsächliche Rentabilität des Betriebes, bzw. der Herstellung der einzelnen Produkte, konnte der Bericht nicht den geringsten ana- lytischen Tiefgang entwickeln. Obendrein enthielt er keinerlei Ansätze einer kon- struktiven Kritik der betrieblichen Rechnungsführung.

Material- und Rohstoffmangel sowie diskontinuierliche Produktion

Sämtliche untersuchten Prüfungsberichte beklagten permanenten Material- und Rohstoffmangel als Hauptproblem der Planeinhaltung im Produktionssektor der volkseigenen Industrie. Im VEB Mecano Werk, Saalfeld-Remschütz spitzte sich dieses Phänomen soweit zu, daß nur 46,9 Prozent der offiziellen Produktionsauf- lage erfüllt werden konnten: „Schuld an dieser erheblichen Betriebs- Minderleistung trifft die völlig ungenügende Bedarfsdeckung an Rohstoffen [Unterstreichung im Original, T.M.] und deren nicht pünktliche, d.h. kontinuierli- che Zurverfügungstellung. Evtl. Vorwurf, gerichtet an die Betriebsleitung, dass die vorhandene Kapazität der geforderten Betriebsleistung nicht entsprach, ist des- halb abwegig, da die [...] erforderlichen Arbeitskräfte jederzeit ohne besondere Schwierigkeiten hätten beschafft werden können. Da die Rohstoffanfuhr jedoch vollkommen ungenügend war, ging die Betriebsleitung zur zögernd an die Erwei- terung ihrer Belegschaft.“¹⁸⁶ Obwohl die Produktionsauflage nur zu 46,9 Prozent erfüllt wurde, beliefen sich die Kosten dabei auf 62,9 Prozent der veranschlagten Höhe. Das sogenannte Betriebsergebnis wies anstatt eines geplanten Gewinns von

186 DN5-46, Sonderprüfung beim VEB Mecano Werk, Saalfeld-Remschütz vom 26. Sep- tember 1949, Bl. 3.

DM 165.000,- einen Verlust von DM 29.000,- aus.¹⁸⁷ Materialmangel, insbesondere an Zement, führte im VEB Papierfabrik Wernshausen dazu, daß Investvorhaben unvollendet blieben, die nach Ansicht der Revision längst hätten umgesetzt werden sollen. Darunter wurde insbesondere die Inbetriebnahme der erwähnten, im VEB vorhandenen Turbine verstanden, von der im Betrieb erwartet wurde, daß sie eine billigere Versorgung mit Elektrizität gewährleisten würde. Daß sie aufgrund Zementmangels nicht installiert werden konnte, zwang den VEB zum Einkauf von „Fremdstrom“. Damit waren Aufwendungen verbunden, von denen die Revision annahm, daß sie maßgeblich für die „Betriebsverluste“ verantwortlich wären. Die Situation zeigt die Zwangsjacke staatlicher Planvorgaben, in welche die Betriebsleitung gepreßt wurde. Über allem stand die vorgegebene Produktionsauflage. Gleichzeitig erlaubte der zuzukaufende Produktionsfaktor „Strom“ keine „kostendeckende“ Produktion im Sinne der vorgegebenen Kostenstruktur. Sowohl der Bezugspreis für Strom als auch der Abgabepreis des eigenen Produktes wurden von zentraler Stelle vorgeschrieben. Währenddessen lag es nicht im Ermessen des VEB, den Ersatz von Fremdstrom durch Eigenstrom herbeizuführen.

Produktion beinhaltet zu hohen Fixkostenanteil

Die Unterstellung zu hoher Fixkostenanteile bot der Revision die einfache Möglichkeit, einen mutmaßlichen „break-even-point“ (vgl. Tabelle 24, Produktionssteigerung bis zum Überschreiten der „Gewinnschwelle“, S. 245) des VEB aufzuzeigen. Im VEB Papierfabrik Wernshausen wurde der zu hohe Fixkostenanteil damit begründet, daß nur noch eine Papiermaschine arbeitete, während vor den Demontagen sechs davon in Betrieb waren. Diese Kritik dokumentierte die Inflexibilität des staatlichen Wirtschaftsbetriebes. Unter marktwirtschaftlichen Bedingungen hätte mittelfristig auch der Anteil fixer Kosten an der Produktion auf das unbedingt erforderliche Maß zurechtgestutzt werden müssen, um dem drohenden Konkurs zu entgehen. Dieser Prozeß war im Rahmen der Zentralplanwirtschaft unmöglich zu bewältigen, zumal im Rahmen der vorgeschriebenen Produktionserhöhungen im volkseigenen Sektor längerfristig an den Wiederaufbau früherer Betriebskapazitäten gedacht war. In diese Richtung ging auch der erwähnte Verbesserungsvorschlag der Revision: Die Betriebskapazitäten sollten unter Benutzung „kostenlosen“ Eigenstroms aufgebaut und die Produktion auf das 3,33-fache (!) erhöht werden. Der „aktuelle“ Jahresverlust von knapp 23 Prozent des gesamten erzeugten Produktionswertes¹⁸⁸ sollte so vermieden und statt dessen 2,3 Prozent

187 Die miserable Belieferung mit Rohstoffen wurde von Seiten der RTA wenigstens teilweise der untergeordneten Position des landesverwalteten VEB zugeschrieben. Sie erklärte sich die beabsichtigte Beseitigung des Produktionsdefizits mit dem vorgesehenen Übergang des VEB unter zentrale Verwaltung. Im Prozeß der bevorstehenden Verstaatlichung versuchte auch Johannes Vogler, Betriebsleiter der „Mechanischen Werkstätten Freital“, dem quälenden Materialmangel zu entgehen, indem er sich bemühte, „seinen“ Betrieb künftig zentraler Verwaltung, anstatt Landesverwaltung zu unterstellen. Vgl. MARTIN, Freitaler Stahl-Industrie, S. 185f.

188 Produktionswert = Nettoverkaufspreis; vgl. DN5-46, Sonderprüfung bei VEB Bergglashütte Gehlberg, Bl.7. „Nettoverkaufspreis - der um die gewährten Preisabschläge, Rabatte und vom Lieferer zu tragenden Versandkosten verminderte Bruttopreis. Man bezeichnet den N. auch als tatsächlichen oder bereinigten Verkaufspreis. Der N. ist ein Begriff der bürgerlichen BWL, den man insbes. bei der Absatzkalkulation ver-

Gewinn erwirtschaftet werden - eine Utopie, die auch dadurch nicht realistischer wurde, daß sie sich mathematisch darstellen und nachvollziehen ließ. Daß sich jeder bliebige VEB auf diese Weise schönrechnen ließ, tat dem Elan der Prüfer keinen Abbruch; ebenso wenig, wie das Problem, daß sich die Mehrproduktion vermutlich nicht absetzen ließ. Der zentralplanwirtschaftliche Dirigismus würde mittels kommender Pläne schon Antworten auf diese Fragen finden.

Veraltete technische Ausstattung und Produktion

Technische Probleme führten zu „Nichtausnutzung der Kapazität“ und bewirkten auf diesem Wege, daß nach Meinung der RTA die Fixkosten im Verhältnis zur Betriebsleistung der VEB einen zu großen Raum einnahmen. Ausfälle waren für die Betriebsleitungen im Detail zwar kaum vorhersehbar, gleichwohl hätten sie mit einem erheblichen Anteil in die betriebliche Kosten- und Produktionsplanung mit einbezogen werden müssen. In Bad Tennstedt bewirkte die minderwertige Qualität von Sieben und Filzen einen hohen Verbrauch derselben. Das stellte für den Fall sogenannter Engpässe dieser Materialien ein großes Problem dar. Fehlende Siebe blockierten die Papiermaschine für ganze neun Tage und sollen so den Output um knapp 15 Prozent der gesamten Produktionsauflage für das 1. Halbjahr 1949 verringert haben.¹⁸⁹ Der Zustand der gesamten Anlage wurde als „sehr reparaturbedürftig“¹⁹⁰ bezeichnet: „Erforderliche Reparaturen an der Dampfmaschine und ein Zahnradbruch [waren die] Ursache der Nichterreichung der für Juni vorgesehenen Produktionsmenge.“¹⁹¹ Veraltete technische Anlagen erforderten einen hohen Verbrauch von Brenn- und Treibstoffen. Sie verlangten zusätzlich hohen Reparaturaufwand und standen für geringe Produktivität, d.h. vermehrten Einsatz von menschlicher Arbeitskraft.¹⁹² Ein typisches Beispiel für dieses Phänomen lieferte auch der VEB Pressenbau Bad Salzungen. Hier wurde eine erhebliche Abweichung der Lohnkosten vom Niveau der Planvorgabe festgestellt. Der Grund: „Die Löhne für das Putzen (Entsanden) der Guss-Stücke [...]. Diese Arbeit wird infolge des Fehlens eines Sandstrahlgebläses mühsam in Handarbeit vorgenommen.“¹⁹³

Personalmangel

Logische Folge der geringen Produktivität der zentral verwalteten SBZ/DDR-Wirtschaft war ein immenser Bedarf an Arbeitskräften. Was an technischer Neuerung, Know-how und Kapital fehlte, mußte durch den vermehrten Einsatz des Produktionsfaktors Arbeit kompensiert werden. Überall wurde das Personalproblem beklagt; es durchzog die gesamte volkseigene Wirtschaft. Dieses Phänomen hing neben der mangelnden Produktivität auch damit zusammen, daß das komplette Angebot menschlicher Arbeitskraft, wie alle anderen Produktionsfaktoren auch, im Rahmen des Volkswirtschaftsplanes lückenlos aufgeteilt worden war. Die sogenannte Arbeitskräftelenkung brachte die Menschen dazu, ihre Tä-

wendet.“ - aus: Verlag Die Wirtschaft, Ökonomisches Lexikon, Bd. II, Berlin (Ost) 1971, S. 258.

189 DN5-46, Sonderprüfung beim VEB Papierfabrik Bad Tennstedt vom 1. Oktober 1949, Bl. 4,6.

190 Ebenda, Bl. 4.

191 Ebenda.

192 Ebenda, Bl. 6.

193 DN5-46, Sonderprüfung beim VEB Pressenbau, Bad Salzungen vom 17. September 1949, Bl. 7.

tigkeit nach den vorgesehenen wirtschaftlichen Planzielen auszurichten. Die Allokation des Produktionsfaktors Arbeit ging einher mit größten Unsicherheiten. Er teilte dasselbe systembedingte Schicksal, wie die anderen Produktionsfaktoren: Arbeit wurde zur Mangelware und jede Planabweichung verstärkte diese Tendenz. Die Aufrechterhaltung des Preis- und Lohnstopps, bzw. staatlich festgelegter Tarife verhinderte auch unter den Bedingungen sogenannter Vollbeschäftigung eine Wanderbewegung von Arbeitskräften in produktive Wirtschaftssektoren (aufgrund fehlender Preise ließen sich effiziente und ineffizienten Bereiche nicht unterscheiden). Die VEB hatten wenig Chancen, einmal verlorene Arbeitskräfte schnell wieder zu ersetzen. Außerdem galt: je qualifizierter das Personal, desto ausgeprägter das Phänomen. Stellvertretend für tausende weitere Betriebe sei an dieser Stelle der VEB Bergglas Gehlberg genannt. Hier wurde eine 13-prozentige Verfehlung des Halbjahrplans 1./49 (Produktionswert) monokausal mit Personalmangel begründet. Die Revision konstatierte: „Die Nichterfüllung der Auflage hat ihre Ursache in der Abwanderung von 4 Facharbeitern (Glasmachern). Hierdurch waren im April 4 Stühle unbesetzt.“¹⁹⁴

Lösungsvorschläge der Revision

Das Typische der durch die RTA eingebrachten Verbesserungsvorschläge war, daß sie sich streng systemimmanent bewegten. Ihre Grundlage waren Mischungen aus Planzahlen und Istzahlen. Ihre Qualität bestand bestenfalls darin, eventuell vorhandene kritische Ausführungen über das jeweilige Erscheinungsbild der volkseigenen Betriebe zu liefern. Die offizielle, nunmehr korrigierte Planaufgabe blieb das „Maß aller Dinge“, während die vom VEB tatsächlich geleisteten Aufwendungen im Zuge der „Korrekturen“ - rein rechnerisch - in alle Winde zerstreut wurden. Der persönliche Besuch volkseigener Betriebe im Verlauf der Revision führte den Prüfern verstärkt die mikroökonomische Perspektive der betrieblichen Probleme vor Augen. Aber weder die Kompetenzen der Planungsspitze, noch die Möglichkeiten volkswirtschaftlicher Leistungsfähigkeit in der SBZ/DDR reichten dagegen aus. Die Positionierung der Revision zwischen den beiden Antipoden der Zentralverwaltungswirtschaft, Planungszentrale und VEB, zwang sie zu vorsichtiger Diplomatie. Innerhalb des engen Rahmens zentraler Verwaltungswirtschaft hatte auch sie den Sorgen der volkseigenen Betriebe wenig entgegenzuhalten. Was sie an Lösungsstrategien zuwege brachte, waren in der Regel Neuauflagen dessen, was bereits mehrfach in Form ausführlicher, schriftlicher Darstellungen der VEB-Betriebsleitungen in den Schubladen der zuständigen Vereinigungen, Landesregierungen, bzw. Hauptverwaltungen der DWK verstaubte. Es waren in der Regel Ausführungen, die sämtliche Elemente betrieblicher Wirtschaftsführung betrafen und das komplette Erscheinungsbild volkseigener Betriebe zur Verbesserung empfahl. Dazu gehörten insbesondere die Bereiche

- technischer Zustand der Anlagen / Investitionen,
- Zweckmäßigkeit des Produktes,
- Gebäude,
- Materialbelieferung / Rohstoffbewirtschaftung,
- Betriebliche Rechnungsführung,
- Personalsituation,

194 DN5-46, Sonderprüfung beim VEB Bergglashütte Gehlberg vom 7. Oktober 1949, Bl. 3.

- Organisation des Absatzes.

Die Kritik der Revision betraf meistens mehrere oder alle dieser Bereiche: „Um dieses Ziel [das Vermeiden von Verlusten, T.M.] zu erreichen, ist es neben der Sicherstellung einer ausreichenden laufenden Rohstoffversorgung erforderlich, die Investitionen und Grossreparaturen nach den Plänen des Betriebes beschleunigt [Unterstreichung im Original, T.M.] fortzuführen. Dabei ist darauf zu achten, dass ein Objekt nach dem anderen fertiggestellt wird, damit diese nach und nach zur Auswirkung kommen und nicht [wie] bisher an allen Objekten zugleich zu arbeiten und keines fertig zu bekommen.“¹⁹⁵ Einzelne Verbesserungen, so wurde berechtigterweise angeführt, blieben wirkungslos, wenn der Ausbau nicht gleichzeitig andere Bereiche erfaßte. So entstand ein multikausales Geflecht von Forderungen an die zentrale Wirtschaftsbürokratie, wobei eine die andere bedingte und weitere Ansprüche nach sich zog. Im Rahmen der Zentralplanwirtschaft war schon die rasche Umsetzung jedes einzelnen Vorschlags sehr fraglich, geschweige denn die Realisierung des gesamten Systems von Forderungen. Obendrein erwarteten die Prüfer Reaktionen auf ihre Kritik im Rahmen eines engen Zeitkorridors, der die planbürokratische Elastizität bei weitem überforderte.

Gegen Material- und Rohstoffmangel

Konkrete Vorschläge für die Beseitigung des allgegenwärtigen Materialmangels hatten weder Revision noch volkseigener Sektor anzubieten. Material- und Rohstoffmangel war fester Bestandteil des Systems zentraler Planwirtschaft und wurde unablässig thematisiert. Fast unisono hieß es in allen Berichten: „Rohstoffe nicht in ausreichendem Umfange vorhanden.“¹⁹⁶ Von der Wirtschaftsleitung forderte die Revision die Beseitigung dieses Mangels und knüpfte erst daran die Möglichkeit einer planmäßigen Produktion. In Wernshausen erwartete die Revision eine bessere „Unterstützung des Betriebes mit Baumaterial, insbesondere Zement u.A.“¹⁹⁷. Dieses Verlangen wurde um so entschiedener vorgetragen, als damit Kritik verbunden war an der Tatsache, daß aufgrund fehlenden Baumaterials der VEB bislang weder die ansonsten einsatzbereite Turbine, noch die zweite, ebenfalls intakte Papiermaschine in Betrieb nehmen konnte. Eine direkte Schuldzuweisung wurde dabei sorgsam vermieden. Die „falsche Kostenplanung“ des VEB wurde hingenommen und nicht weiter kritisiert. Im Unterton zahlreicher Prüfungsberichte schwang aber obligatorisch die Mißbilligung unablässigen Mangels im System der SBZ/DDR-Zentralplanwirtschaft.

Personalerneuerung

Statt Systemdiskussionen zu beginnen, suchte die Revision die Schuld für betriebliche Defizite z.B. häufig in der mangelnden Kompetenz des vorhandenen Personals: „Es ist dringend erforderlich, einen energischen [Unterstreichung im Original, T.M.] und fachkundigen Betriebsingenieur einzustellen, der hier einen umfangrei-

195 DN5-46, Sonderprüfung des VEB Papierfabrik Bad Tennstedt vom 1. Oktober 1949, Bl. 12.

196 Ebenda, Bl. 4.

197 DN5-46, Sonderprüfung beim VEB Papierfabrik Wernshausen vom 3. Oktober 1949, Bl. 9.

chen und vielseitigen Aufgabenkreis vorfindet.“¹⁹⁸ Von einer solchen Person, so gab die Revision vor, erwartete sie, den Betrieb ...

- technisch zu organisieren,
- die technische Ausrüstung des Betriebes zu verbessern,
- den Produktionsablauf zweckmäßig zu gestalten,
- die Voraussetzung für eine Betriebsabrechnung zu schaffen, um dergestalt die Einhaltung der Pläne kontrollieren zu können.

Daß viel Wert auf eine „energische“ Person gelegt wurde, kann nur so verstanden werden, daß sich dieser Wesenszug insbesondere bewähren sollte in der andauernden Auseinandersetzung mit den wirtschaftsleitenden Organisationen, vom VVB aufwärts bis zur DWK. Die Äußerungen der Revisoren weckten falsche Hoffnungen: Nicht einmal Betriebsleitungen hätten die Möglichkeit gehabt, jene oben genannten Punkte direkt zu beeinflussen, geschweige denn der geforderte Betriebsingenieur.

*Beispiel: Forderung der Revision für den VEB Papierfabrik
Wernshausen*

Das Paket von Verbesserungsvorschlägen der Revision für den VEB Papierfabrik Wernshausen war so geschnürt, daß die *Umsetzung einer Forderung wertlos blieb, ohne gleichzeitige Umsetzung der übrigen*. Das war typisch für die meisten Prüfungsberichte und deutet darauf hin, daß im gesamten volkseigenen industriellen Sektor schon die Grundvoraussetzungen betrieblicher Produktionstätigkeit nicht erfüllt worden waren. *Meistens fehlte bereits die einfachste Abstimmung zwischen vorhandenen Kapazitäten, Investitionsplanung und -umsetzung, Produktionsauflage, Rohstoffversorgung, Produktion und Absatzplanung bzw. Verteilung*. Und was im Groben nicht zueinander paßte, setzte sich bis ins Detail betrieblicher Aktivitäten fort. Mit zwingender Konsequenz führte jede Disproportion ökonomischer Einzelsegmente, die sich zwar physisch bedingten, aber weitgehend unabhängig voneinander zentral geplant wurden, zu Unregelmäßigkeiten in der Produktion. So bewirkte die stockende Belieferung mit Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen zwangsläufig Diskontinuitäten im Output des volkseigenen Sektors. Diese setzten sich im Rahmen der weiteren Produktionskette in Gestalt wachsender Probleme in der Güterversorgung fort.

Die eng gewebten Forderungskataloge der Prüfungskommissionen waren dem Gordischen Knoten vergleichbar und verlangten auch in Wernsdorf von der Wirtschaftsleitung Unmögliches.

- Forderung nach beschleunigter Fertigstellung und Inbetriebnahme von Turbine und zweiter Papiermaschine. Damit wurde erneut ein Bereich angeschnitten, den zu prüfen die RTA nicht einmal aufgefordert worden war: Der Investitionssektor, den der VEB planmäßig vernachlässigen sollte.
- Forderung einer offiziellen Erhöhung der Produktionsauflage auf ein utopisches Niveau, um auf diesem Wege eine rein theoretisch darzulegende „Gewinnschwelle“ zu erreichen (vgl. Tabelle 24, S. 245).

198 DN5-46, Sonderprüfung des VEB Papierfabrik Bad Tennstedt vom 1. Oktober 1949, Bl. 12.

- Forderung einer rechtzeitigen und ausreichenden Belieferung des VEB mit den zur Verwirklichung der erhöhten Auflagen erforderlichen Rohmaterialien. Dieser Wunsch war für den Einzelbetrieb leicht formuliert, seine Erfüllung für die Gesamtwirtschaft jedoch, wie oben gezeigt, absolut undurchführbar.

Zur Verdeutlichung dieser Kombination aus verschiedenen, im Rahmen des Systems keinesfalls durchzusetzenden Forderungen, bediente sich die Revision zweier eingängiger Tabellen. Aufgebaut auf der „korrigierten, betrieblichen Kostenplanung“ (Tabelle 14, S. 200), angereichert durch den mathematischen Niederschlag ihrer eigenen Verbesserungsvorschläge, ergab sich eine neue „Kostenplanung“ als Vorschlag zur verbindlichen Annahme für den VEB.

Tabelle 23: Fixe und variable Kosten im VEB Papierfabrik Wernshausen

Kostenüberschlag nach der berichtigten Planung für das Jahr 1949 bei einer Produktion von 900 to. im VEB Papierfabrik Wernshausen	
berichtigte Kosten rund [!]	660.000,00
zuzüglich Mehrpreis für Cellulose [Grund: nachträgliche Preiserhöhung, d.h., Berechnung nach dem Wiederbeschaffungsprinzip]	10.000,00
Zwischensumme	670.000,00
abzüglich Ersparnisse an Fremdstrom	30.000,00
Von den Gesamtkosten	640.000,00
entfallen auf fixe Kosten rd.	192.000,00
und auf variable Kosten	448.000,00

* Mit den Summen wurde es nicht so genau genommen: Vgl.: Tabelle "Kostenplanung". Hier betrugen die Planzahlen für das Jahr 1949 noch 660.400,- Mark.

 bedeutet: Originalangaben aus der Quelle.

Auf diesem Wege hatte die Revision die künftige „Rentabilitätsrechnung“ für den VEB Papierfabrik Wernshausen auf eine „neue Grundlage“ gestellt. Darauf ließen sich nach Herzenslust beliebige Modelle künftiger Varianten der Produktion aufbauen. Eines davon stützte sich auf folgende Präferenz: „Die durch den Bezug von Fremdstrom entstandenen Kosten werden nach Inbetriebnahme der inzwischen eingebauten Turbine und Ausnutzung der zur Verfügung stehenden Wasserkraft wegfallen. Die Turbinenleistung wird so gross sein, dass auch bei zwei Papiermaschinen kein Fremdstrom mehr bezogen werden muss. Unter Berücksichtigung eines gesch. Betrages von DM 2.000,- für Pflege und Wartung der Turbine würde die Ersparnis für die im 1. Halbj. 1949 erzeugten 600 to (22.000,- minus 2.000,-) DM 20.000,- und für die geplante Jahresproduktion mindestens 30.000,- betragen.“¹⁹⁹ Tabellarisch wurde dieses Szenario in sechs Sequenzen dargestellt und so „demonstriert“, wie sich durch Ausbau der Kapazitäten bei stabilen Fixkosten die Stückkosten senken und auf diesem Wege die „Gewinnschwelle“ (Phase 5) des VEB überschreiten ließ. Eine Darstellung von

199 DN5-46, Sonderprüfung beim VEB Papierfabrik Wernshausen vom 3. Oktober 1949, Bl. 8.

erschütternder Naivität und Eindimensionalität. Sie war typisch für das Niveau des überhaupt möglichen Krisenmanagements unter den Bedingungen zentraler Planwirtschaft. Bloß keine zu komplizierten Forderungen stellen! Ein erhebliches Manko dieses Modells bestand selbst bei Unterschlagung aller gesamtwirtschaftlichen und kostenrechnerischen Aspekte immer noch darin, daß die variablen Kosten kurzfristig gesteigert werden sollten, d.h. ein höher Materialverbrauch anvisiert war. Gerade das Beschaffungsproblem war aber das größte Defizit im starren System der zentralen Planwirtschaft.

Tabelle 24: Produktionssteigerung bis zum Überschreiten der „Gewinnschwelle“²⁰⁰

Aufbauvorschlag der RTA für den VEB Papierfabrik Wernshausen		
	Phase 1	Phase 2
Jahresproduktion in to.	900,00	1.200,00
fixe Kosten	192.000,00	192.000,00
variable Kosten	448.000,00	600.000,00
Gesamtkosten	640.000,00	792.000,00
Produktionswert	522.000,00	696.000,00
Verlust	118.000,00	96.000,00
Gewinn	0,00	0,00
	Phase 3	Phase 4
Jahresproduktion in to.	1.500,00	2.000,00
fixe Kosten	200.000,00	200.000,00
variable Kosten	750.000,00	1.000.000,00
Gesamtkosten	950.000,00	1.200.000,00
Produktionswert	870.000,00	1.160.000,00
Verlust	80.000,00	40.000,00
Gewinn	0,00	0,00
	Phase 5	Phase 6
Jahresproduktion in to.	2.500,00	3.000,00
fixe Kosten	200.000,00	200.000,00
variable Kosten	1.250.000,00	1.500.000,00
Gesamtkosten	1.450.000,00	1.700.000,00
Produktionswert	1.450.000,00	1.740.000,00
Verlust	0,00	0,00
Gewinn	0,00	40.000,00

bedeutet: Originalangaben aus der Quelle.

Offenkundig widersinnige Produktionsverhältnisse des VEB, herbeigeführt durch das starre Plansystem der Zentralverwaltungswirtschaft, fanden ihre stringente Fortsetzung in der dilettantischen Kritik einer Revision, die sich die Verhältnisse mangels aussagefähiger Rechnungsunterlagen schön zu rechnen versuchte. So fanden z.B. die Anschaffungskosten der eigenen, stromerzeugenden Anlage keinerlei Niederschlag in Form einzukalkulierender Abschreibungen, geschweige denn ein Kostenpunkt „Bedienung der Anlage“ oder „kalkulatorische Zinsen“. Die tatsächlichen Ausgaben des VEB auf diese Weise herunter zu rechnen, dergestalt einen „berichtigten Kostenplan“ aufzustellen, um möglicherweise zu zeigen, wie

200 Dem Produktionswert wurde pauschal ein Durchschnittserlös von 580,- Mark/to zugrunde gelegt; eine stark vereinfachende Vorgehensweise angesichts der Tatsache, daß die Produktionswerte je Tonne zwischen 185,- für Weißschliff und 1000,- Mark für Zellstoffwatte schwankten, also um 540 Prozent!

die Vorgaben staatlicher Zentralplanwirtschaft einzuhalten gewesen wären, kann nur als absurd bezeichnet werden. Auch gesamtwirtschaftlich war der Vorschlag allenfalls illusorisch. Eine Steigerung der „Gesamtkosten“ (= Faktorverbrauch) um das 2,7-fache zur Übertretung der „Gewinnschwelle“ war sowohl betriebswirtschaftlich als auch gesamtwirtschaftlich sehr fragwürdig. In einem VEB derselben Branche, der Papierfabrik Bad Tennstedt, war im Rahmen ähnlicher Forderungen die ursprüngliche Produktionsauflage von 150 to. im Vierteljahr auf 542 to. erhöht worden. Der Fall zeigt, wie unsinnig eine derartige Erhöhung war, wenn nicht sämtliche Produktionsfaktoren gleichermaßen zu steigern waren: „Da die Rohstoffzuteilung hierauf [die ehemalige Produktionsauflage, T.M.] abgestellt war, mussten die Papiermaschinen nach Erhöhung der Auflage [...] im April/Mai 1949 wegen Rohstoffmangel (Altpapier) 13 Tage stillstehen.“²⁰¹ Allein dieser Ausfall bewirkte eine ca. 15-prozentige Abweichung von der vorgesehenen Produktionsauflage. Die angestrebte Steigerung der gängigen Produktionsmengen um mehrere hundert Prozent wäre für einen einzelnen VEB vielleicht noch denkbar gewesen, als allgemeiner Trend aber unmöglich:

- Als Voraussetzung einer Verdreifachung der Produktion hätten mit Sicherheit erhebliche Investitionen stehen müssen. Über die Schwierigkeiten ihrer Durchsetzung vgl. das vorausgegangene Kapitel „Investitionen“.
- Eine Steigerung der Planaufgabe um den Faktor 3,3 hätte niemals Einzug in den offiziellen Plan gehalten, weil es nach Auffassung der Zentralplanbürokratie politisch wichtigere Verwendungsmöglichkeiten für die erforderlichen Rohstoffe gab.
- Der Vorschlag der RTA vernachlässigte, daß sich auf diese Weise alle noch so angeschlagenen VEB der SBZ/DDR „gesundrechnen“ ließen. Es handelte sich dabei um eine eindimensionale Betrachtung, die, entsprechend den statischen Bedingungen der Zentralplanwirtschaft, keinerlei Bezug zur tatsächlichen „Nachfrageseite“ hatte (wie auch, schließlich war diese ebenso konstruiert wie das planmäßige Güterangebot und existierte, wenn überhaupt, ausschließlich in den Köpfen der Zentralplanbürokraten). Die Rechnung demonstriert, daß keinerlei Interaktion zwischen Produktionsstätte und anderen Wirtschaftssubjekten stattfand; der VEB war sich selbst genug und jonglierte im „luftleeren Raum“ mit staatlich fixierten Rechengrößen. Dabei interessierte auch nicht, wie viele weitere Fabriken derselben Produktionsrichtung existierten. In der Folge wurde die staatliche Wirtschaftsführung mit ähnlich lautenden Anträgen auf Ausbau der betrieblichen Kapazitäten und anschließender Steigerung der Produktionsauflage überschüttet.

Die Methode, das (planmäßige) Betriebsergebnis irgendwie - und wenn es auch noch so realitätsfern war - um jeden Preis herbeizurechnen, bedeutete, das System mit seinen eigenen Mitteln zu belasten: Auf dem Wege illusorischer Kostenplanung unter Anwendung staatlich fixierter Preise, die nicht die geringste wertmäßige Aussagekraft besaßen, wurden Scheinerlöse, wenn nicht gar Scheingewinne suggeriert. Diese hatten nur einen einzigen Sinn: Das (geplante) Betriebsergebnis mit der vorgegebenen Produktionsauflage oder einem darüber liegenden Ergebnis zu verschmelzen.

201 DN5-46, Sonderprüfung beim VEB Papierfabrik Bad Tennstedt vom 1. Oktober 1949, Bl. 4.

3.2.3 Unsicherheit und Willkür als Konstanten sozialistischer Produktionsbemühungen

Das zurückliegende Kapitel zeigt, daß es im Produktionssektor der volkseigenen Industrie in der SBZ/DDR des Jahres 1949 kein Element steter Verlässlichkeit gab, außer der Konstante immerwährender Unsicherheit. Das Wirtschaftssystem bot mangels einer, für alle beteiligten Wirtschaftssubjekte gleichermaßen verständlichen Richtschnur keinerlei Orientierung und degradierte selbst „Fachleute“ zu Irrgängern und Dilettanten im Nebel des zentralplanwirtschaftlichen Chaos. Diese tappten im Dunkel eines unkoordinierten Durcheinanders, welches sich aus unzähligen Einzelphänomenen zusammensetzte: Sich gegenseitig widersprechende Intentionen, Principal-Agent-Probleme, das Fehlen aussagekräftiger Orientierungshilfen, wie z.B. die Preise marktwirtschaftlicher Systeme, die hoffnungslose Überforderung der Zentralplanbürokratie, die Theorielosigkeit bezüglich des Wirtschaftssystems, das Fehlen brauchbarer Meßmethoden wirtschaftlicher Leistungen, die radikale Trennung von individueller Kompetenz und Verantwortung, um nur einige zu nennen. Das alles erlaubte keine effiziente Form der Ökonomie. Ihr Erscheinungsbild war die Willkür. Diese beherrschte sämtliche Phasen betrieblicher Tätigkeit von der Planung über die Produktion bis zur Verteilung. Vor diesem Hintergrund wäre es ein vergebliches Unterfangen, etwa nach „dem System“ zu suchen, nach welchem „die volkseigene Wirtschaft“ funktionierte. Schon die Subjektivität zentraler Planvorgaben, die politisch oder individuell beeinflußt waren und kein verständliches System erkennen ließen, machte jede systematische Betrachtung sogenannter Betriebsergebnisse unmöglich; ganz zu schweigen von der Laienhaftigkeit staatlicher Wirtschaftsplanung und den zahlreichen anderen Willkürelementen, die den gesamten Komplex volkseigener Wirtschaft in dichten Nebel hüllten.

Interdependenzen zwischen Investitions- und Produktionssektor desselben VEB werden vom Plan übergangen

Die isolierte Betrachtung der betrieblichen Kostenplanung ließ die im vorausgegangenen Kapitel beschriebenen Schwierigkeiten des Investitionssektors allenfalls für einen Moment in den Hintergrund treten. Vielmehr bekamen die VEB das Problem erheblicher Materialknappheit in Form allzu knapp bemessener Investitionsauflagen täglich zu spüren. Der VEB Papierfabrik Wernshausen stand unter Thüringer Landesverwaltung. Dementsprechend gering wurde von offizieller Seite seine Bedeutung im Vergleich zu den zentral verwalteten Betrieben und Vereinigungen der SBZ-Wirtschaft eingeschätzt. Vor diesem Hintergrund war die unbedeutende, für 1949 genehmigte Investitionsauflage nicht weiter verwunderlich. Die Revision ermittelte, daß die Papierfabrik erhebliche Mittel, die laut Plan in die Produktion hätten fließen müssen, für Investobjekte ausgegeben hatte. Ihre Höhe betrug 14,13 Prozent der Plankosten für die gesamte Güterproduktion im ersten Halbjahr 1949 (vgl. Tabelle 14, S. 200). In Folge der RTA-Revision mußte jene Summe, die vom Betrieb „falsch verplant und verwendet“ worden war, in die ohnehin so knapp bemessene Investitionsauflage integriert, d.h. aktiviert, werden, was einer erheblichen Einschränkung der betrieblichen Investitionstätigkeit gleichkam. Damit war das eigentliche Problem - Planabweichung - nicht beseitigt sondern allenfalls von einer Stelle zur anderen verlagert worden. Es würde sich jetzt als „Teuerung“ im Investsektor bemerkbar machen. Die Folge wären sogenannte Liquiditätsengpässe im Produktionssektor, aus denen sich unvermeidlich Mate-

rialmangel ergab. Die isolierte Betrachtung einzelner betrieblicher Aufgabenstellungen wie Investition oder Produktion nahm den Betriebsleitungen die Möglichkeit ihren VEB als Gesamtkörper zu erkennen und zu behandeln. Sobald sie versuchten, diese Grenzen notgedrungen zu übertreten, betraten sie verbotenes Terrain.

Grenzen zentraler und betrieblicher Kostenplanung

Angesichts äußerer Zwänge zur Erfüllung der Planaufgaben und Vorschriften des Zweijahrplanes, blieb den Betrieben nichts anderes übrig, als zu versuchen, die eigene „Planung“ - zumindest auf dem Papier - den offiziellen Vorgaben anzupassen. Daß das häufig unmöglich war und die VEB in unauf löbliche Konflikte kamen, fand bei den „wirtschaftsleitenden Organisationen“ nur geringe Aufmerksamkeit. Gleichwohl führte diese Situation dazu, daß „der Plan“ durch zahlreiche Planänderungsanträge niemals zur Ruhe kam. Er veränderte sich unablässig; allerdings in einer Trägheit, die mit den tatsächlichen Bedürfnissen der Wirtschaft nicht Schritt zu halten vermochte. Aus diesem Grunde stellte die Revision immer wieder fest, daß die Ursprünge „falscher Kostenplanung“ in den Betrieben bei der „endgültigen“, ebenfalls falschen, Zentralplanung lagen: „Obwohl die Kostenentwicklung für das Jahr 1949 bei Erstellung der endgültigen Planung im Juni 1949 [für die Planbürokratie, T.M.] bereits ersichtlich war, wurde die, durch veränderte Produktionsbedingungen und Verschiebungen im Produktionsprogramm, erkennbare und zwangsläufige Veränderung in der Kostenstruktur unberücksichtigt gelassen.“²⁰² Aus der fehlenden Elastizität zentraler Planwirtschaft erwuchsen den VEB staatliche „Kostenlimits“, die sich besonders einschränkend auswirkten und ihre Kostenplanung in sämtlichen Fällen unter das Maß dessen drückten, das zur Erfüllung der staatlichen Produktionsaufgabe erforderlich gewesen wäre. Gleichzeitig erfuhren die Betriebe detaillierte Eingriffe in ihr Produktionsprogramm, die jeder wirtschaftlichen Ratio hohnsprachen: „So mußten im 1./49 in die Produktion genommene [...] Exzenterpressen vollkommen neu angefertigt werden, während im 2./48 noch fertige und halbfertige Maschinenteile in erheblichem Umfang vorhanden waren [obwohl es obendrein für das veraltete Produkt keine Abnehmer gab, T.M.].“²⁰³ Die Revision im VEB Papierfabrik Wernshausen bemängelte im Oktober 1949, daß die vorangegangene Betriebsplanung nicht konform ging mit den tatsächlichen Wirtschaftsdaten. Tatsächlich besaßen die volkseigenen Betriebe keinerlei verlässlichen Ausgangspunkt zur Ermittlung ihrer erforderlichen Ausgaben. Eine sinnvolle Kostenkalkulation war dementsprechend nicht durchzuführen. Ex post, das heißt, nachdem die ursprünglich in der Zukunft liegende Planperiode Vergangenheit geworden war, versuchte die RTA im Auftrag der Zentralplanbürokratie zu rekapitulieren, wie viele Mittel tatsächlich verbraucht worden waren, wofür sie verbraucht worden waren, inwieweit der Plan dabei verletzt worden war. Antworten auf diese Fragen waren unbedingt erforderlich, um mit ihrer Hilfe neue Pläne aufzustellen. Aber schon das Anliegen, Kosten aufzuzeigen, die realistischer Weise hätten anfallen dürfen, stellte die RTA vor erhebliche Probleme. Sie versuchte zunächst, bisher gewonnene Erfahrungen zur Ermittlung ein-

202 DN5-46, Sonderprüfung beim VEB Pressenbau, Bad Salzungen vom 17. September 1949, Bl. 4. Ebenso sinngemäß: DN5-46, Sonderprüfung beim VEB Papierfabrik Wernshausen vom 3. Oktober 1949, Bl. 3.

203 DN5-46, Sonderprüfung beim VEB Pressenbau, Bad Salzungen vom 17. September 1949, Bl. 4.

zusetzen, wobei sie sich ihrerseits auf dergestalt „korrigierte“ Unterlagen - soweit überhaupt vorhanden - stützen mußte. Ansonsten war auch sie, wie zugegeben wurde, gezwungen, die angefallenen Kosten zu schätzen. Sie war außerstande, einen Weg aufzuzeigen, der im Rahmen der bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse eine reelle, betriebliche Kosten- oder Produktionsplanung ermöglicht hätte.

„Planübererfüllung“

Sogenannte „Übererfüllungen“ betrieblicher Produktionsauflagen wurden in der Regel positiv dargestellt und als Vorbild für andere Betriebe hervorgehoben. Meldungen dieser Art waren häufig anzutreffen und es wurde der Eindruck erweckt, die volkseigene Wirtschaft produziere weit über das geplante Maß hinaus. Tatsächlich müssen diese „Erfolgsmeldungen“ als „Nebenprodukt des Scheiterns“ begriffen werden, denn gerade das Gegenteil dessen, was suggeriert wurde, war tatsächlich der Fall. Die Meldungen über „Planübererfüllung“ bezogen sich stets auf speziell zusammengestellte Ausschnitte der betreffenden Produktionsauflagen. Das waren einzelne Produkte aus dem Gesamtprogramm; undefinierbare Summen von Einzelgrößen, möglicherweise auch, wie im Falle des VEB Geraer Wollen- und Seidenweberei sogar die Summe der kompletten Betriebsleistung. Hier handelte es sich jedoch um ein völlig verändertes, aus der Not heraus improvisiertes, qualitativ deutlich schwächeres Warensortiment als im Plan vorgesehen. Obendrein konnte man sich in vielen Branchen, wie auch in Gera, dadurch helfen, daß man ausschließlich die Höhe der Komplettproduktion, beispielsweise in to. oder Metern angab (Tonnenideologie). Qualitative Abweichungen von der Planaufgabe wurden dabei schlichtweg unterschlagen. Niemand konnte zum Schluß der Gesamtabrechnung mehr erkennen, ob es sich um Seide- oder Zellulosemeter handelte. Wertmäßige Erfolgsmeldungen hatten noch weniger Aussagegehalt, weil sich die besten Betriebsergebnisse sofort herbeiführen ließen, indem die Preise für Fertigprodukte beliebig verändert wurden, beispielsweise, um die sogenannte Rentabilität bestimmter VEB zu gewährleisten. Sämtliche Prüfungsberichte, ausnahmslos, unterstreichen die Feststellung, daß kein einziger volkseigener Betrieb in der Lage war, seine Vorgaben tatsächlich plangemäß zu erfüllen. Je detaillierter die Informationen über Produktionsauflage und gegenüberstehenden Output, desto vernichtender die Bilanz tatsächlicher Planeinhaltung. Es war normal und alltäglich, daß bestimmte Produkte aus der Produktionsauflage schlichtweg gestrichen wurden weil sie nicht hergestellt werden konnten. Das entsprach einer Verfehlung von 100 Prozent. Wenn aber produziert wurde, hatte das Ergebnis in der Regel nichts gemein mit der offiziellen Produktionsauflage. Jede beliebige Prozentzahl von Null aufwärts, bis zu hohen Vielfachen der eigentlich vorgesehenen Menge konnte das Maß der Planunterschreitung, -erfüllung oder -überschreitung bezeichnen - je nachdem, welche Bedingungen der VEB vorfand.

Die tatsächliche Produktion war abhängig von dem, was die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen hergaben, wobei die VEB notgedrungen das eine Produkt durch vermehrte Produktion anderer Güter ersetzten. Wenn auch der Plan nicht detailgenau in allen Punkten erfüllt werden konnte, so fand sich am Ende meistens doch, wie oben beschrieben, wenigstens eine Plankennziffer, die mit dem eigenen Ergebnis übereinstimmte. Sie wurde der Aufhänger zum Beweis betrieblicher Planerfüllung und Leistungsfähigkeit. Dieses Ergebnis wurde dem übrigen Sektor zum Vorbild gemacht, obwohl es de facto Produktionsfaktoren verschlang, die ggf. an anderer Stelle eingeplant worden waren und dort wiederum fehlten.

Planübererfüllung des einen Betriebes, und sei es nur bei einem einzigen Produkt, hatte die Minderproduktion in einem anderen VEB zur Folge. Dort setzte die Betriebsleitung ebenfalls auf Improvisation und versuchte ihrerseits für Meldungen über Planübererfüllung zu sorgen. Daß sich die beschriebene Form betrieblicher Vortäuschung von Planerfüllung in den folgenden Jahren zu einem wachsenden Problem für die zentrale Wirtschaftsführung entwickelte, welche sowieso unter erheblichen Informationsdefiziten zu leiden hatte, zeigte die Thematisierung dieses Phänomens im Jahre 1954 durch S. E. Kamenizer: „Trotz der Übererfüllung des Warenproduktionsplans wurde der Sortimentsplan nur zu 94 Prozent erfüllt. Eine derartige Differenz in der Erfüllung des Sortimentsplanes ist unzulässig [...] Ein Betrieb, der das Plansoll der Waren- und Bruttoproduktion zwar mengenmäßig erreicht, bei einzelnen Erzeugnissen oder auch nur bei einem der Haupterzeugnisse aber Lieferrückstände aufweist, kann nicht von sich sagen ‚daß er seinen Plan erfüllt hat.‘“²⁰⁴ Die Beschönigung der Betriebsergebnisse und ihre widerspruchslöse Akzeptanz durch die Revision (jedenfalls im Jahre 1949), führte, wie bereits dargestellt, zu erheblich veränderten Warensortimenten am Ende der Planperiode, im Vergleich zur ursprünglichen Vorgabe. Die Wirtschaftsleitung, deren Ex-ante-Perspektive der Anschlußplanung die Ex-post-Perspektive der abgeschlossenen Planperiode war, erhielt aus den Betrieben das Signal „Plan erfüllt“. So arbeitete sie, z.T. vielleicht auch unwissentlich, mit völlig verkehrten Daten. Ihre Pläne entsprachen immer weniger den tatsächlichen Kapazitäten der Betriebe, bzw. dem gesamtwirtschaftlichen Rohstoff- und Güterangebot. Jede betriebliche Desinformation mit dem Ziel der Vorspiegelung von Plankonsistenz trieb von Periode zu Periode unweigerlich immer größere „Blüten“. Sie bewirkte jedesmal neue Planfehler und diese wiederum erforderten von den Betrieben von Mal zu Mal größere statistische „Klimmzüge“. Notgedrungen vorgenommene „Anpassungen“ der Produktionsergebnisse an staatliche verordnete Planaufgaben - sowohl im quantitativen Sinne, wie auch rechnerisch zum Ende der Produktionsperiode - führte zum Entstehen eines Systems volkseigener Betriebe, welche Produktionsvorgaben zwar scheinbar erfüllten, dabei aber in erheblichem Maße am tatsächlichen Bedarf der Wirtschaft vorbei operierten.

Willkürliche Planaufgaben zogen willkürliche Produktionsergebnisse nach sich, die allen sozialistischen, „objektiven Gesetzen“ der Ökonomie (z.B. dem sogenannten „Gesetz der planmäßigen Entwicklung der Wirtschaft“ oder dem „Gesetz der proportionalen Entwicklung“), bzw. der Utopie von der Krisenfestigkeit des Sozialismus Hohn sprachen. Die Realität lautete: *Vierzig Jahre diskontinuierliche, improvisierte Produktionstätigkeit*: „Die Wirtschaft des real existierenden Sozialismus entwickelt sich weder planmäßig noch proportional, sondern ist durch eine sehr augenfällige Diskontinuität gekennzeichnet, die nicht nur ständige - am Markt ausgerichtete - Plankorrekturen notwendig macht und in den ebenso ständigen Mangelerscheinungen aller Art, sowohl auf dem Gebiet der Produktionsmittel - Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und Ersatzteile -, als auch besonders bei den Mitteln für die Konsumtion auftreten.“²⁰⁵

204 KAMENIZER, S. E., Organisation und Planung des sozialistischen Industriebetriebes, Berlin 1954, S. 340, zitiert nach GUTENBERG, Grundlagen, 4¹⁹⁵⁸, S. 363.

205 BEHRENS, Fritz, Abschied von der sozialen Utopie, Berlin 1992, S. 139f. Vgl. auch GUMPRECHT, Horst, Probleme des Produktionsablaufes in der sozialistischen Industrie der DDR, Wirtschaftswissenschaftliche Information Heft 6/7, Berlin 1958.

„Planübererfüllung“ im volkseigenen Sektor der SBZ/DDR wurde als wichtiges Mittel im Kampf gegen das System der Marktwirtschaft angesehen und lieferte der staatlichen Propaganda die notwendigen Argumente. Trotz gegenteiliger Erkenntnisse, die spätestens seit dem Zusammenbruch der DDR und seiner Ökonomie im Jahre 1989 hätten erfolgen müssen, kursieren bis auf den heutigen Tag irrational-übertriebene Vorstellungen von der Leistungsfähigkeit der Zentralplanwirtschaft in der SBZ/DDR; späte Erfolge der SED-Propaganda: „Bei der ‘Verbreitung der Wahrheit über die DDR’ in der Bundesrepublik stand [...] die Überlegenheit der sozialistischen Planwirtschaft im Vordergrund.“²⁰⁶ Obwohl die Produktivität der Ostzonen-Wirtschaft im Vergleich zur Marktwirtschaft der Bundesrepublik seit 1949 von unablässig nachließ (auf ca. 50-35 Prozent in den fünfziger Jahren, 35-20 Prozent, um bis ca. 1975 auf 17 Prozent zurückzugehen²⁰⁷), übte sie im Westen „insbesondere auf linke Sozialdemokraten [Juso- und SHB-Kreise ...] eine große Faszination aus“²⁰⁸ und wurde teilweise sogar als Alternative zur Marktwirtschaft angesehen.²⁰⁹

Vernachlässigt wurde im gesamten Produktionssektor die Frage, wer sich eigentlich für das Endprodukt interessierte. Die Antwort wußte - wenn überhaupt - die Zentralplanbehörde. Weil ihre Einschätzung aber in der Regel nicht mit den tatsächlichen Bedürfnissen tausender Wirtschaftssubjekte, ob VEB oder Individuum, übereinstimmte, lagen große Teile der fertigen Produktion auf Halde, ohne jemals Abnehmer zu finden. Dieses Phänomen prägte sich um so deutlicher aus, als die volkseigenen Betriebe in dargestellter Manier versuchten, ihre Produktionsauflagen wenigstens quantitativ zu erfüllen und minderwertiges Material erzeugten, für das es anschließend keine Verwendung gab.

Utopische Verbesserungsvorschläge - „Zauberlösungen“

Zunächst versuchte das System zentraler Planwirtschaft die volkseigenen Betriebe auf exakte Planeinhaltung einzuschwören. Grundsätzlich waren, wie bereits beschrieben, weder negative Planabweichungen noch „Planübererfüllungen“ vorgesehen. Die Realität zeigte ein anderes Gesicht: Wo gewirtschaftet wurde, waren Planabweichungen in allen Richtungen an der Tagesordnung und erforderten wider Erwarten der Verantwortlichen einen stetig wachsenden Aufwand der Krisenbewältigung. Der Umgang mit diesen Problemen war nicht leicht für die politisch Verantwortlichen; bedeutete das Eingeständnis von Planabweichungen doch gleichzeitig die Enttäuschung der offiziellen Erwartungen in das Wirtschaftssystem. Die Analyse der festgestellten Mängel ergab aber, daß Planabweichungen nicht nur negativ zu Buche schlugen, sondern sich auch in Form von „Einsparungen“ oder Überproduktion bemerkbar machen konnten. Obwohl es sich bei diesen Abweichungen de facto nicht um die Folge gesteigerter Produktivität usw. handelte, sondern negative Planabweichungen im Investsektor sowie positive Planabweichungen im Produktionssektor (Mehrproduktion) ausschließlich durch Planungsfehler zu erklären waren („richtige Planung“ hätte auch Steigerungen der Produktivität mit berücksichtigen müssen), griff das Vorschlagswesen der offiziellen Stellen gerade diese Elemente scheinbar zu begrüßender Planabweichungen

206 STAADT, Jochen, Die geheime Westpolitik der SED 1960-1970, Berlin 1993, S. 212.

207 SCHWARZER, Sozialistische Zentralplanwirtschaft, S. 166.

208 STAADT, Die geheime Westpolitik, S. 212.

209 Ebenda, S. 219, FN 16.

auf. Vorschläge zielten in die Richtung, die Erfüllung der Planvorgaben so weit wie möglich zu umzusetzen, ohne dafür das spröde Plansystem mit neuen Forderungen zu belasten. Es wurde also versucht, innerhalb der gültigen Planvorgaben angenommene Reserven innerhalb der VEB zu mobilisieren, ohne dafür offizielle Gegenleistungen zu verlangen. Derartige „Verbesserungsvorschläge“ der Revision waren „Zauberlösungen“ zu vergleichen, in dem Sinne, daß entweder vom volkseigenen Betrieb oder vom Plansystem zur Entschärfung kritisierter Situationen Dinge verlangt wurden, die man allenfalls als „Wunder“ hätte bezeichnen dürfen. Dabei wurden in der Regel mehrere Ansätze miteinander verknüpft, die sich prinzipiell konträr zueinander verhielten. Als wären sie selbstverständlich und schon vielfach erprobt, stellte die Revision im Windschatten der allgemeinen politischen Stimmung Forderungen auf, denen der Bezug zu den tatsächlichen Möglichkeiten fehlte. Sie enthielten meistens eine Formel, die ihnen größeren Nachdruck verleihen sollte. Die zeichnete z.B. düstere Perspektiven für den Fall auf, daß nichts geschah oder knüpfte mehrere Forderungen aneinander. Im Übrigen trugen diese Verbesserungsvorschläge dem Unsicherheitsfaktor des Wirtschaftssystems Rechnung. Meistens wurde ein Element als Bedingung eingeflochten, von dem sowieso jedermann wußte, daß es nicht umzusetzen war (z.B. die Forderung nach zuverlässiger Materialbelieferung). Die Vorschläge der Revision wirkten wenig verbindlich und es schimmerte meistens durch, daß selbst die Prüfer nicht an die Möglichkeit ihrer Verwirklichung glaubten. Die Suche nach potentiellen positiven Abweichungen der Güterproduktion (= „Überplanmäßige Leistungen“, z.T. erreicht auf dem Wege der Mobilisierung innerbetrieblicher, „freiwilliger“, d.h. „kostenloser“ Anstrengungen jeder Art, die auf der Kostenseite jedoch keine Berücksichtigung fanden) wurde im Zuge der sogenannten „Aktivisten- und Neuererbewegung“ schnell auf die Spitze getrieben. Planüberschreitungen erfuhren eine neue Bewertung. Neben den konkreten Planaufgaben entwickelten sie sich zur inoffiziellen, da „freiwilligen“, betriebsindividuellen Zielvorgabe. Es ergab sich eine zweifach kuriose Situation im Vergleich zur ursprünglichen Vision exakter Wirtschaftsplanung: Es gab Prämien für Planabweichungen (!), aber nur dann, wenn „Überproduktionen“ keine zusätzlichen Mittel im Vergleich zur Vorgabe verlangten, also quasi umsonst, bzw. einzig aufgrund innerbetrieblicher Maßnahmen zu bekommen waren; - Zauberlösungen! Gutenberg sah in dieser Entwicklung eine Tendenz hin zum erwerbswirtschaftlichen Prinzip: „Falls [...] bei der Planwirtschaft überplanmäßige Ertragsüberschüsse oder überplanmäßige Kosteneinsparungen prinzipiell angestrebt werden und die Mitwirkenden hierfür belohnt werden, liegt schon mehr die Wirtschaftlichkeit der freien Wirtschaft vor.“²¹⁰ Diese Einschätzung vernachlässigte den Hintergrund jener Entwicklung, die sich in Wirklichkeit als Notlösung zur Verringerung erheblicher, planbedingter Verluste ergeben hatte. So wurde versucht, Planabweichungen nach oben zumindest notdürftig „abzuschöpfen“, anstatt beispielsweise zuzulassen, daß die VEB stattdessen „Sicherheitspolster“ anlegten oder diese Kapazitäten im Rahmen der offiziellen Planproduktion einfach untergingen. Es lag nämlich keineswegs im Interesse der volkseigenen Betriebe, der Wirtschaftsführung bekannt zu machen, wenn ihre Produktivität zu niedrig eingeschätzt worden war. Als Folge wäre der VEB späte-

210 POOM, E., Wirtschaftlichkeit, Effektivität und Rentabilität in der Sowjetwirtschaft, Z. f. handelswiss. Forschung, N. F. 4. Jg. (1952), S. 145ff. und S. 193ff., zitiert nach GUTENBERG, Grundlagen, ⁴1958, S. 361.

stens in der kommenden Planperiode mit höheren Normen konfrontiert worden. Es handelt sich um ein weiteres Beispiel dafür, wie in der SBZ/DDR ein elementarer Bestandteil marktwirtschaftlicher Ordnungen - sparsamste Mittelverwendung in Verbindung mit dem erwerbswirtschaftlichen Prinzip - durch ein Surrogat aus dem Arsenal zentralplanwirtschaftlichen Krisenmanagements ersetzt wurde.

Forderungen der Revision an den VEB

Was die Revision von den Betrieben verlangte, bedeutete in der Regel, Planerfüllung herbeizuführen, ohne dabei zusätzliche materielle oder personelle Unterstützung durch die Planbürokratie zu verlangen. Sie sollten das „Kunststück“ vollbringen, in Eigeninitiative Vorgaben umzusetzen, die sich grundsätzlich widersprachen. Der VEB Papierfabrik Bad Tennstedt wurde beispielsweise aufgefordert, seine Belegschaft zu reduzieren, gleichzeitig aber die Produktion um ein Vielfaches zu steigern. Zur Verwirklichung dieses „Wunders“ hätte es eines weiteres „Wunders“ von Seiten der Planbürokratie gebraucht: Die sofortige Durchführung dringender Investitionen sowie die Sicherstellung einer erhöhten, zuverlässigen Rohstoffbelieferung: „Der Betrieb wird solange mit Verlusten arbeiten, bis es ihm gelingt, bei unveränderte Arbeiterzahl im Fertigungsbereich eine Produktion von mehr als 2.500 to jährlich zu erzielen und die Gemeinkostenlöhne, durch Verminderung des Bestandes von z.Zt. 15 Betriebshandwerkern auf mindestens die Hälfte, zu senken.“²¹¹ Im Rahmen der Umsetzung des Zweijahrplans wurde ständig die Forderung nach Steigerung der Produktivität im volkseigenen Sektor wiederholt. Bei näherer Betrachtung stellte sich heraus, daß die eigentliche Umsetzung dieser Vorgabe von den Belegschaften erwartet wurde. Das geeignete Mittel dazu, so die Zentralplanbürokratie, wäre die „richtige Organisation der Arbeit“. Wunderbar wurde diese Forderung speziell dadurch, daß keine Rede davon war, zumindest ergänzend gezielte Investitionen zu tätigen. Deutlichstes Phänomen dieser Suche nach kostenloser Steigerung der Produktivität war der sogenannten Ausbau der Aktivisten- und Neuererbewegung in der SBZ/DDR.

Forderungen an die Planbürokratie

Auch die sogenannten wirtschaftsleitenden Organe sahen sich hohem Druck ausgesetzt. Dieser kam insbesondere von den untergeordneten Institutionen, die versuchten, eigene Interessen durchzusetzen, bzw. auf ihre Probleme aufmerksam zu machen. Aber auch die staatliche Revision richtete teilweise deutliche Worte an die Zentralplanbürokratie, nachdem sie sich vor Ort in den VEB davon überzeugt hatte, daß den Betriebsleitungen meistens die Hände gebunden waren und Hilfe nur noch „von oben“ kommen konnte. Die häufigste, aber unter den Bedingungen zentraler Planwirtschaft unerfüllbare, Forderung war die nach gesicherter Rohstoffbelieferung. Abgesehen davon, wurde die Wirtschaftsführung konsequenterweise immer dort konsultiert, wo die Betriebe oder Vereinigungen nicht selbst entscheiden durften - und das war fast grundsätzlich der Fall. Egal, ob es um die Höhe der vorgegebenen Kostenplanung, Produktionsauflagen, Preise, Personal, Material, Lager, Absatz, Anlage- und Umlaufkapital ging: Immer wurde „von oben“ eine Entscheidung verlangt. Angesichts etlicher tausend volkseigener Betriebe, die sämtlich ähnliche Probleme vorzutragen hatten, hätte die Zentralplan-

211 DN5-46, Sonderprüfung des VEB Papierfabrik Bad Tennstedt vom 1. Oktober 1949, Bl. 12.

bürokratie über die Fähigkeit der Hellschere verfügen müssen, um allen Ansprüchen gerecht zu werden zu.

Ermittelte „Betriebsverluste“ ohne Aussagewert über die Leistungsfähigkeit der volkseigenen Wirtschaft

„Betriebsverluste“ (= „Kostenmehrverbrauch“²¹²) einzelner VEB wurden ermittelt, indem die Höhe der Plankosten vom sogenannten Produktionswert abgezogen wurde. Beide Größen hatten zwiespältigen Charakter. Sie besaßen keinerlei ökonomisch verwertbare Aussagekraft, denn sie waren gleichermaßen Schöpfungen der Zentralplanung. Dennoch hätten sie nicht einmal theoretisch miteinander verknüpft werden dürfen, weil eine solche Differenz aus Istzahl (Produktionswert) und Sollzahl (Plankosten) keinen vernünftigen Sinn im Zusammenhang einer Verlustermittlung ergeben konnte. *Als Höhe des „Planverlustes“ ergaben sich folglich fiktive Zahlen, die allenfalls versuchten, Bezug zu realen wirtschaftlichen Verhältnissen vorzutäuschen.* Die Höhe des sogenannten Betriebsverlustes beschrieb nicht einen tatsächlichen Verlust im Sinne der klassischen Betriebswirtschaftslehre als Differenz von Aufwand und Ertrag im Rahmen einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung. Vielmehr hätte sie interpretiert werden müssen als das Maß des Scheiterns der Zentralplanbürokratie bei ihren Bemühungen, die Leistungsfähigkeit der einzelnen VEB vorweg zu bestimmen. Die Angaben der Revision über geringe - da schön gerechnete - „Betriebsverluste“ lieferten infolge dessen auch keinerlei Aussage über das tatsächliche Maß wirtschaftlicher Effizienz der volkseigenen Betriebe und dürfen auch heute nicht dafür herangezogen werden. Einen solchen Versuch zu unternehmen, hieße, den willkürlichen Standpunkt staatlicher Planaufgaben wiederum zum Nabel wirtschaftlicher Leistungsbemessung zu erklären.

3.3 Absatz - Güterverteilung in der volkseigenen Wirtschaft

Der Absatz als „letzte Stufe im betrieblichen Wertekreislauf“²¹³ offenbart Erfolg und Mißerfolg allen Wirtschaftens. Fehler im Planungs- und Produktionsprozeß, verborgen oder bewußt ignoriert, kristallisieren sich in dieser Phase heraus. *In marktwirtschaftlichen Systemen* bereitet der Absatz produzierter Ware meistens größere Probleme als deren Herstellung. Schumpeter begriff u.a. die Erschließung neuer Absatzmärkte als „Aufgabe wirtschaftlicher Führerschaft“²¹⁴. Durch die Produktion von Gütern entstehen den Herstellungsbetrieben Kosten, woraus diese die Höhe der Verkaufspreise ihres Sortiments errechnen. Erfolgreicher Absatz bedeutet, auf dem Markt Käufer zu finden, die bereit sind, entsprechende Preise dafür zu bezahlen. Durch den Ankauf der Ware gibt der Käufer entscheidende Impulse in den Produktionssektor. Es fließen jene Mittel in das Unternehmen zurück, die im Prozeß der Herstellung gebunden waren. Nun können sie zur Finanzierung der weiteren Produktion herangezogen werden und beinhalten darüber hinaus auch den Unternehmensgewinn. Die Höhe der Nachfrage, d.h. die Summe der festzustellenden Käuferimpulse (in Abhängigkeit von frei zu gestaltenden Preisen), geben dem Unternehmen Orientierung über seine Positio-

212 DN5-46, Sonderprüfung beim VEB Pressenbau, Bad Salzungen vom 17. September 1949, Bl. 5.

213 RECKTENWALD, Wörterbuch der Wirtschaft, S. 5.

214 SCHUMPETER, Joseph, Unternehmer, in: HdSt., 4. Aufl., 8. Bd., 1928, S. 483.

nierung am Markt sowie die Rentabilität, bzw. Verbesserungswürdigkeit seiner Produktion. Die Konkurrenz zwischen mehreren Produzenten des gleichen Produktes erschwert den Absatz des einzelnen Anbieters, denn sie konkurrieren im Preiskampf um dieselben Käufer. Absatzfinanzierung und Lieferbedingungen werden dabei zum Bestandteil der Verhandlungen zwischen Käufer und Verkäufer. Marktwirtschaftlichen Systemen liegt - zumindest vom grundsätzlichen Ansatz her - ein offenes Preissystem zugrunde, das dem Konsumenten jederzeit bestimmte Informationen über die Angebotsseite signalisiert. Auffallend niedrige Preise könnten z.B. zeigen, daß eine Überproduktion vorliegt oder der Hersteller mit seinem Produkt nicht den Geschmack des Marktes getroffen hat. Unterstrichen durch allgegenwärtige, intensive Werbebemühungen der Verkaufsseite, liegt der Kommunikation zwischen Angebot und Nachfrage das Bewußtsein aller Beteiligten über die Schwierigkeiten zugrunde, produzierte Ware an den Käufer zu bringen. Das Risiko für unternehmerische Fehlentscheidungen tragen normalerweise die Hersteller. Der Kunde wird, abgesehen von der täglichen Werbung, gewöhnlich nicht genötigt, ein Produkt zu kaufen.

Auch in der SBZ/DDR-Zentralplanwirtschaft trafen, unabhängig davon, ob ein tatsächlicher Markt existierte, im Verlauf dieser „letzten Stufe im betrieblichen Wertekreislauf“ die nunmehr planmäßig definierten Größen „Angebot und Nachfrage“, Herstellerbetriebe und sogenannte Bedarfsträger, aufeinander. Hier offenbarte sich unweigerlich, wie weit der reale wirtschaftliche Output (Ergebnis der zentral angeordneten Produktion) den tatsächlichen Bedarf der volkseigenen Betriebe (zu interpretieren vor dem Hintergrund plandeterminierter Güterverteilung) traf oder verfehlte. Nach offizieller Verlautbarung sollte der Absatz produzierter Ware kein Problem sein: „Heute ist es so, daß nicht der Verkäufer den Käufer suchen muß, sondern daß der Käufer den Verkäufer sucht. Der Posten Werbung ist weggefallen.“²¹⁵ Absatz war nunmehr Bestandteil der staatlichen Planvorgabe. Die Betriebe sollten damit nicht länger belastet werden, sondern sich ausschließlich auf die Produktion konzentrieren. Aber schon die Praxis des zweiten Halbjahrplanes 1948 zeigte, daß dieses Konzept nicht aufging. In der SBZ/DDR stellte sich spätestens in der „letzten Stufe“ des Wirtschaftsablaufes heraus, daß das System zentraler Planwirtschaft nicht imstande war, die Bereiche Produktion und Absatz aufeinander abzustimmen. Sie besaßen so wenig Verbindung untereinander, daß man zu dem Eindruck kommen muß, sie würden nicht nur unabhängig voneinander durchgeführt, sondern wären auch getrennt geplant worden; zwei voneinander völlig getrennte Sphären, die jeden Konsumenteneinfluß auf die Produktion blockierten.

Der Begriff „Absatz“ tauchte im Vokabular der Zentralplanbürokratie nur spärlich auf. An seine Stelle traten die Bezeichnungen „Verteilung“, „Materialversorgung“ oder „Güterversorgung“. Zur Beschreibung des Grundproblems muß konstatiert werden, daß der „Absatz“, bzw. die „Materialversorgung“ im System der Zentralplanwirtschaft viel weniger eine „letzte Stufe“ darstellte, als im System freier Marktwirtschaft, wo die betriebswirtschaftliche Sicht des Einzelunternehmens dominiert. *Vielmehr implizierte die Aufstellung des Zentralplanes in der SBZ/DDR logischerweise eine „Gleichzeitigkeit“ sämtlicher wirtschaftlichen Vorgänge.* Der Plan als Gesamtgebilde versuchte, auf gesamtwirtschaftlicher

Ebene, die Bereiche Investition, Produktion und Absatz zu einem im Gleichschritt marschierenden Gesamtsystem zu verschmelzen. Aus diesem Grunde mußten sämtliche, bereits erörterte, materielle Probleme des Investitions- und Produktionssektors im Rahmen der abschließenden Planabrechnung ein weiteres Mal im Verteilungssegment wiederkehren. Defizite in der Umsetzung des Investitionsplans bewirkten, daß die volkseigenen Betriebe ihre Produktionsauflagen nicht erfüllen konnten. Abweichungen vom Produktionsplan mußten unweigerlich Abweichungen vom Verteilungsplan nach sich ziehen. Scheiterte der Verteilungsplan, litten darunter wiederum die Bereiche Investition und Produktion. Investition, Produktion und Absatz von zentraler Stelle zu einer untrennbaren Einheit verschweißen zu wollen und sie damit ihrer gegenseitigen Kommunikation und Interaktionsmöglichkeit zu berauben, bedeutete, alle Segmente zu isolieren, d.h., jedes unabhängig vom anderen planen und durchführen zu müssen. Dieser systembedingte Zwang zur „Gleichzeitigkeit“ stellte die Planbürokratie vor eine besondere Frage, deren Beantwortung grundsätzlich keine korrekten Antworten zuließ: Welche volkswirtschaftliche Größe sollte als Ursprung jeglicher Planerstellung dienen? Welche Elemente des Gesamtplans konnten als verlässliche Basis dienen, aus der sich alles Weitere ableiten ließ? Die offizielle Antwort des stellvertretenden Leiters der Hauptverwaltung Materialversorgung lautete folgendermaßen: „Grundlage der Warenverteilung (Materialversorgung) ist der für jeden Planungszeitraum aufgestellte Verteilungsplan der DWK. Der Verteilungsplan wird aufgestellt von der HV Materialversorgung in Zusammenarbeit mit der HV Wirtschaftsplanung.“²¹⁶ Die scheinbare Klarheit der Herkunft des Verteilungsplanes täuschte, denn er speiste sich aus verschiedenen subjektiven und darum unsicheren Elementen:

- Schwerpunktmäßig wurde er „auf Grund des Produktionsplanes erstellt“²¹⁷. Dieser beinhaltete ca. 500 Waren bzw. Warengruppen. Weiterhin griff er zurück auf
- vorhandene Bestände sowie
- die Einfuhr laut Importplan.

Die Verteilung der vorhandenen Rohstoff- und Gütervorräte auf sogenannte „Kontingenträger“²¹⁸ erfolgte also nach dem Kriterium der ihnen im Rahmen des Wirtschaftsplanes gestellten Aufgaben. Damit bestand die Aufgabe des Absatzplanes nicht nur in Zuteilung und Vertrieb der produzierten Kontingente an bestimmte Abnehmer, sondern er war gleichzeitig Hilfsmittel des staatlichen Produktionsplans und aufs engste mit ihm verwoben. Der Produktionsplan seinerseits war

216 BINZ, Alfred, Neue Wege der Materialversorgung, in: Die Wirtschaft, Nr. 2, Januar 1949, S. 37.

217 HANDKE, Verkürzung, S. 565.

218 „Kontingenträger“ waren die Empfänger der planmäßig zu verteilenden Warenkontingente; aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive der Zentralplanbürokratie gesehen, waren das für alle zentral geleiteten volkseigenen Betriebe vor allem sämtliche Hauptverwaltungen der DWK: Kohle, Energie, Maschinenbau und Elektrotechnik, Metallurgie, Chemie, Leichtindustrie, Steine und Erden, Land- und Forstwirtschaft, Verkehr, Post- und Fernmeldewesen sowie die HV Handel und Versorgung, die nach Vorstellung der DWK „den Bedarf der Bevölkerung vertritt“ (BINZ, Materialversorgung, S. 38). Hinzu kamen die „Deutsche zentrale Organisation und Verwaltung“, die „Sowjetischen Aktiengesellschaften“ sowie für die VEB in Landesverwaltung die einzelnen Länder der SBZ: Mecklenburg, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin.

abhängig von der exakten Durchführung zahlreicher weiterer Pläne sowie der kompletten, sogenannten „Finanzplanung“²¹⁹ des volkseigenen Sektors. Die gegenseitige Abhängigkeit sämtlicher Einzelpläne durch ihre planmäßige Verknüpfung ließ keinem von ihnen einen eigenen Spielraum und verhinderte die Möglichkeit einer flexiblen Anpassung im Rahmen ihrer tatsächlichen chronologischen Abfolge. Jede einzelne Planvorgabe war inhaltlich festgelegt und auf diesem Niveau regelrecht verschweißt mit allen anderen „Plangrößen, durch die der Betrieb mit seinen Zahlen Verbindung zum Haushalt hatte: Investitionen, Abschreibungen, Subventionen und „Gewinn“.²²⁰ Planabweichungen auf allen Ebenen der zentralverwalteten Ökonomie bewirkten, daß die Sektoren Produktion und Absatz letztlich unabhängig voneinander durchgeführt wurden, ohne die Möglichkeit gegenseitiger Einflußnahme. *Aus diesen Gründen konnte es auch keine zufriedenstellende Antwort auf die Frage nach dem dominierenden Planelement geben. Das System der zentralen Planwirtschaft verlangte, alle drei Elemente gleichzeitig zu planen und durchzuführen, ohne ein einziges davon tatsächlich zu kennen!* Die Dominanz des Produktionsplanes, einer theoretisch-utopistischen Phantasie, die unter Druck der Besatzungsmacht nach politischen Zielsetzungen notdürftig konstruiert worden war, bedeutete, daß sich Investitionspläne und Absatzpläne diesem verordneten System unweigerlich anzupassen hatten. Damit übernahm in der SBZ/DDR ein subjektives Element die „Kompaßfunktion“ wirtschaftlicher Orientierung; angetrieben durch die international ausgetragene Konkurrenz zwischen den beiden großen politischen Systemen. Die Frage lautete: Kommunismus oder Demokratie? Zentrale Planwirtschaft oder Marktwirtschaft?

Bis zum Jahreswechsel 1948/49 stellte der Bereich „Materialversorgung“ ein kaum nachvollziehbares Chaos dar, das auch in der offiziellen Presse der SBZ heftig kritisiert wurde. Man fand zahlreiche Argumente, warum es zu großen Schwierigkeiten kam und dachte über Möglichkeiten nach, die Probleme zu bekämpfen. Das Ergebnis davon waren zwei Anordnungen, die am 2. Dezember 1948 vom Sekretariat der DWK gefaßt wurden und zum 1. Januar 1949 umgesetzt werden sollten, die DWK-Beschlüsse Nr. 311 und 312.²²¹ Dennoch gelang es nicht, die Probleme der sogenannten Warenzirkulation auf diesem Wege in den Griff zu bekommen. „Die Wirtschaft, Zeitschrift für Fragen der deutschen Wirtschaft“, eröffnete ihre März-Ausgabe mit folgendem Titel: „Beseitigt die Warenstockungen“.²²² Wieder wurden etliche Argumente gefunden, die geeignet waren, kräftige Abweichungen von der planmäßigen Güterverteilung zu erklären, aber gleichzeitig zeigen sollten, „daß es sich [dabei] nicht um grundsätzliche Fehler unseres Wirtschaftssystems handelt sondern um den Widerstand von Gegnern unserer Wirtschaftsordnung oder um Wachstumsschwierigkeiten, die durch die Tätigkeit aller demokratischen Kräfte der Ostzone überwunden werden müssen“²²³. Im folgenden soll der Zustand der Materialversorgung vor und nach dem 1. Januar 1949 skizziert werden. Die Absicht ist, zu zeigen, daß sich auch mit den

219 Unterteilt in Selbstkosten-, Einnahmen- und Ausgaben-, Ergebnis-, Richtsatz-, Abschreibungs-, Subventions-, Investitions- und Großreparaturpläne.

220 HENTZE, Gertraute, Die Überwachung der Finanzplanung, in: DFWI, Nr. 7/8, Juli 1949, Finanzwirtschaft und Finanzplanung, Handbuch für die Praxis, S. 42.

221 ZVOBl. Nr. 57 vom 15. Dezember 1948 und Nr. 58 vom 23. Dezember 1948.

222 O.N., Beseitigt Warenstockungen, in: Die Wirtschaft, Nr. 6, März 1949, S. 175ff.

223 Ebenda, S. 176.

Beschlüssen vom 2. Dezember 1948 keine Besserung des Absatzwesens in der SBZ/DDR einstellen konnte. Die systemimmanente Fehleranalyse der Zentralplanbürokratie orientierte sich an Argumenten, die den Kern der Ursache allgegenwärtig festzustellender Planabweichungen verfehlten. Dementsprechend oberflächlich fiel auch die Qualität der organisatorischen „Verbesserungen“ zum 1. Januar aus. Man veränderte bestenfalls die Fassade des Systems, während seine konstitutiven Elemente unverändert fortbestanden.

3.3.1 Staatliche Güterallokation bis 1949

Auf der 9. Vollsitzung der DWK am 1. Dezember 1948, kritisierte Georg Handke, stellvertretender Vorsitzender der DWK²²⁴ den „rückständigen Organisationsgrad“ der Warenverteilung als Ursache größter Materialprobleme des Produktionssektors. Damit lieferte er die Vorlage für jene beiden, am kommenden Tage vom Sekretariat der DWK gefaßten Beschlüsse. Handke, teilte seine Kritik in folgende Abschnitte:

- Im Vordergrund seiner Betrachtung standen Probleme, die sich aus der, seiner Meinung nach, noch nicht in ausreichendem Maße erfolgten Zentralisierung der politisch-wirtschaftlichen Organisation ergaben. Er demonstrierte sie am Beispiel umständlicher Exportverfahren zwischen den Ländern der SBZ.
- Formale Probleme kamen hinzu, beispielsweise Unterschiede der Nomenklatur im Produktions-, bzw. Verteilungsplan.
- Schuld erhielten auch die beteiligten Warenempfänger. Die Kontingentträger reichten aus verschiedenen Gründen zu großzügige Bedarfspläne ein oder bevorzugten volkseigene Betriebe des eigenen Verwaltungsbereiches. VEB handelten zu oft, so Handke „betriebsegoistisch“.
- Planungsfehler, die Handke jedoch nicht dem System der Wirtschaftsplanung, sondern fehlerhaftem Verhalten der Institutionen zuschrieb.

²²⁴ HANDKE, Georg, 1894-1962, geboren in Hanau, Vater Schlosser; dort 1900-1909 Volks- und Mittelschule; 1910-13 Ausbildung zum Industrie- und Bankkaufmann, Höhere Handelsschule; 1913-15 Angestellter; 1911-18 revolutionäre Arbeiterjugend; 1915-18 Militärdienst; 1917 USPD, 1918 KPD, Zentralverband der Angestellten, 1919-21 Chefredakteur der „Arbeiterzeitung.“ (KPD Hanau); 1922 Mitarbeiter der Abteilung Kommunalpolitik der KPD-Zentrale; 1923-30 Chefredakteur der „Arbeiterzeitung“ und Mitglied der Bezirksleitung Hessen-Frankfurt der KPD; 7.2.1933 Teilnehmer der illegalen Zentralkomitee-Tagung in Ziegenhals bei Berlin, 1933/34 für die Anleitung von KPD-Bezirksorganisation in Schlesien und im Rhein-Ruhr-Gebiet verantwortliches Mitglied der illegalen Inlandsleitung der KPD; 1934 verhaftet, 1935 zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, April 1945 aus dem Zuchthaus Zwickau von amerikanischen Truppen befreit. Bürgermeister von Zwickau, danach Staatssekretär beim Präsident der Landesverwaltung Sachsen; 1945-48 Vizepräsident bzw. Präsident der Deutschen Zentralverwaltung für Handel u. Versorgung; 1946 SED; 1947 Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF); 1948/49 stellvertretender Vorsitzender der DWK und Mitglied des Deutschen Volksrats; 1949/50 Abgeordneter der Provisorischen Volkskammer, seit 1950 der Volkskammer; 1949-52 Präsident des Verbandes Deutscher Konsumgenossenschaften; 1949/50 Minister für Außenhandel und Materialversorgung, 1950-52 für innerdeutschen- und Außenhandel; 1952/53 Botschafter in Rumänien, 1953-59 Staatssekretär und 1. Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Juli 1955 Leiter der Beobachterdelegation der DDR zur Genfer Konferenz der Regierungschefs der vier Großmächte; 1954-58 Mitglied der Zentralen Revisionskommission (ZRK), seit 1958 des Zentralkomitee der SED; 1958-62 Präsident der DSF (Nachf. von Friedrich Ebert), 1961/62 Vizepräsident der Liga für Völkerfreundschaft. Aus: Barth, Wer war wer, S. 270f.

● Auslieferungs- und Transportprobleme.

Kompetenzstreit zwischen der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) und den Ländern der Sowjetischen Besatzungszone

Organisatorische Eigenverantwortlichkeiten der Länder behinderten die zentrale Machtfülle der DWK und führten nach Meinung Handkes zum Scheitern des zentralen Planes für die gesamte SBZ. Er betonte verschiedene Ebenen, auf denen die Zuständigkeit der Länder noch nicht ausreichend zugunsten der DWK reduziert worden war. Die SBZ-Zentralplanwirtschaft befand sich 1948/1949 auf dem Wege zunehmender Zentralisierung. Die Machtfrage zwischen Ländern und Zentralverwaltung bei der DWK hatte sich zwar zugunsten der Berliner Institution geregelt. Dennoch besaßen die Länder noch einige Funktionen bei der SBZ-weiten Verteilung der auf ihrem Territorium hergestellten Güter. Das führte nach Handkes Meinung zu erheblichen Komplikationen bei der Warenverteilung. Nach „Überprüfungen und Kontrollaktionen“ stellte sich für die DWK heraus, daß die Ware vom Hersteller zum Verbraucher einen „unglaublich langen Warenweg“²²⁵ zurückzulegen hatte. Am Ende kam, so konstatierte der stellvertretende DWK-Vorsitzende, „die werktätige Bevölkerung erst nach sechs bis acht Wochen, nach drei Monaten, manchmal nach sechs Monaten, [...] manchmal überhaupt nicht in den Besitz der Ware“²²⁶.

An der Warenbewegung beteiligte Institutionen

Im folgenden eine Aufzählung der Institutionen und Behörden, die bis 1949 beim „Güterexport“ von einem Land der SBZ zum anderen involviert waren:

- Kontingenträger,
- Kontrolle der Einfuhrländer,
- Großhandelsunternehmen, die von der Landes-Einfuhrkontrolle beauftragt wurden,
- Ministerium für Handel und Versorgung,
- Zentrale Handelsgesellschaft Sachsen,
- Fachkontingentstelle,
- Industriekontor Sachsen (SIK),
- Übernahmegroßhandel,
- Hersteller,
- Amt für Handel und Versorgung,
- Kreisgroßhandel,
- Kleinhandel oder Genossenschaften,
- Bedarfsträger.

Notwendige Anträge und Meldungen

Diese Organe hatten zahlreiche Formulare zwecks Organisation und Kontrolle sämtlicher Warenbewegungen auszufüllen:

- Teilfreigabe für Quartalskontingent,
- Antrag zur Erteilung der Bezugsberechtigung bzw. Warenschecks,

225 HANDKE, Verkürzung, S. 565.

226 Ebenda, S. 565f.

- Nachfrage, in welchem Umfange Warenkontingente erteilt werden können,
- Bezugsberechtigung zum Ankauf bei den Herstellern,
- Antrag zur Ausstellung eines Auslieferungsauftrages,
- Empfangsmeldung 1-3,
- Lieferanweisungen,
- Sammelbezugschein (auf Vorschlag des FDGB für Lieferung nach Befehl der SMAD Nr. 234),
- Bezugscheine.

Die Dominanz des Zentralplans

Die SMAD-Befehle Nr. 55 vom 8. September 1945²²⁷ und Nr. 67 vom 6. März 1946²²⁸ lösten ein von den Nationalsozialisten praktiziertes, flexibleres System der Warenbewirtschaftung ab, innerhalb dessen die Unternehmen bestimmte Kontingente benötigter Waren frei einkaufen konnten.²²⁹ Das neue Verfahren der SMAD basierte hauptsächlich auf Quartals-Wirtschaftsplänen, die sich aus dem gültigen Volkswirtschaftsplan ableiteten. Wichtigstes Kriterium der Warenzuteilung waren die jeweiligen Produktionsauflagen sowie, ggf., die sich daraus ergebenden Bedarfsmeldungen sowjetischer und deutscher Stellen. Dabei waren *Empfänger und Lieferanten durch Lieferanweisungen eindeutig aneinander gebunden*, wodurch sich diese Praxis als „außerordentlich rigide und inflexibel“²³⁰ erwies. Das Prinzip war, daß die sogenannten Kontingenträger von der DWK, HV Materialbewirtschaftung, das Quantum zuzuteilender Güter oktroyiert bekamen, sich dann aber selbst darum kümmern sollten, es auch tatsächlich zu erhalten. Den Herstellerbetrieben war unbekannt, für wen sie produzierten: *„Die Produktionsauflagen für 1948 sind ohne Verbindung mit dem Bedarfsträger erstellt worden.“*²³¹ Die Aufgabe der Warenbeschaffung gestaltete sich allgemein sehr schwierig, zumal Güter auch aus anderen Ländern der SBZ zu beschaffen waren. Im krassen Widerspruch zu den zentral verordneten Warenschlüsseln stand die zunächst gegebene, wirtschaftliche „Eigenständigkeit“ der Länder. Diese hatten individuelle Vorschriften entwickelt, die wenig kompatibel miteinander waren. Darum gestalteten sich Warenbewegungen zwischen den Ländern ausgesprochen kompliziert. „Offizielle Transaktionen zwischen den Ländern erfolgten auf der Basis ´regelter Handelsverträge´, so der damalige sächsische Wirt-

227 SMAD-Befehl Nr. 55 vom 8. September 1945, betr. die Beauftragung der Verwaltungs-Präsidenten der Länder und Provinzen der SBZ und des Oberbürgermeisters von Berlin, Pläne zur Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Industriewaren aufzustellen, in: Berliner Zeitung vom 21. September 1945.

228 SMAD-Befehl Nr. 67 vom 6. März 1946 über die Regelung der Ausnutzung der Waren-Materialquellen.

229 Handke bemerkte dazu: „Es gibt zwar in den verschiedensten Produktionsabteilungen Einsatzschlüssel; aber nach ihrer Entstehungsgeschichte in der Nazizeit sind sie ganz anderer Art als die, die wir heute brauchen.“ (S. 565) Damit betonte er die (zumindest angestrebte) Dominanz des Zentralplans in der SBZ, der die individuellen Bedürfnisse der Betriebe wesentlich weniger berücksichtigte.

230 ZANK, Zentralverwaltungen, S. 259. Vgl. auch ZANK, Wolfgang, Wirtschaftsplanung und Bewirtschaftung in der SBZ, 1984, sowie ZANK, Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland, 1987.

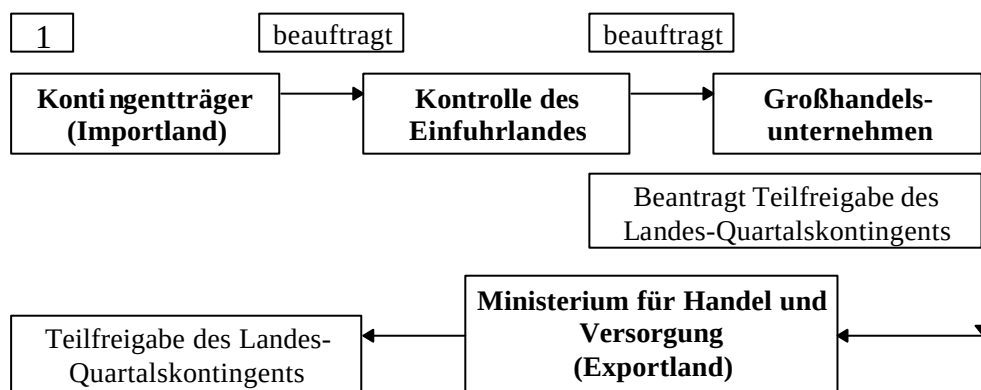
231 DN5-528, PB über VEB Seiden- und Wollweberei Berga, vom 10. September 1949, Bl. 3.

schaftsminister Fritz Selbmann.“²³² Außerdem wurden für verschiedene Artikel - je nach Grad der Bewirtschaftung - sogar innerhalb desselben Landes unterschiedliche Systeme angewendet. Im Rahmen des nachfolgend geschilderten Systems, mit dessen Hilfe der „Warenexport“ innerhalb der SBZ bis Dezember 1948 praktiziert wurde, ist zusätzlich zu berücksichtigen, daß sich jeder der aufgezeigten Verwaltungsakte nur auf Teilfreigaben und -lieferungen der planmäßig vorgeschriebenen Warenmenge bezog. Hinzu kamen ungleich kompliziertere Verfahren, wenn es darum ging, notwendige Importe aus den Westzonen einzuführen. Zum Zeitpunkt der Untersuchung existierte schon keine gemeinsame Währung mehr und der Handel mit den Westzonen tendierte eher in Richtung *bilateralen Warentausches*.²³³

Der „unglaublich lange Warenweg“

Die folgende Darstellung in sechs Abbildungen beschreibt das Beispiel einer einzigen Warenbewegung. Es handelt sich um einen „Exportvorgang“ wobei „Waren, die für die Bevölkerung von entscheidender Bedeutung sind, also um Textilien und Schuhe“²³⁴ von Sachsen nach Mecklenburg gebracht werden sollten. Weil an diesen Artikeln allgemein großer Mangel herrschte, wären ihr rascher Transport und Verkauf dringend geboten gewesen:

Abbildung 4: „Der unglaublich lange Warenweg“ (1)



Das potentielle „Importland“, Mecklenburg, bemühte sich über sogenannte Großhandelsunternehmen, vom Ministerium für Handel und Versorgung des „Exportlandes“, Sachsen, die „Freigabe“ für einen Teil der ihm pro Vierteljahr planmäßig zustehenden Warenlieferungen aus der landeseigenen Produktion Sachsens zu erhalten. „Freigabe“ bedeutete in diesem Zusammenhang die prinzipielle Bereitschaft und Fähigkeit, das vorgesehene Warensortiment plangerecht herzugeben. Es handelte sich dabei um Teilfreigaben, was bedeutete, daß etliche Versuche pro Quartal erforderlich waren, um den gesamten planmäßig vorgesehenen Handel zwischen den Ländern abzuwickeln. Angesichts großer Lücken im Planbestand fast sämtlicher Wirtschaftsgüter, versuchten die Länder ihre wirtschaftlichen Befugnisse zum eigenen Nutzen einzusetzen und vornehmlich heimi-

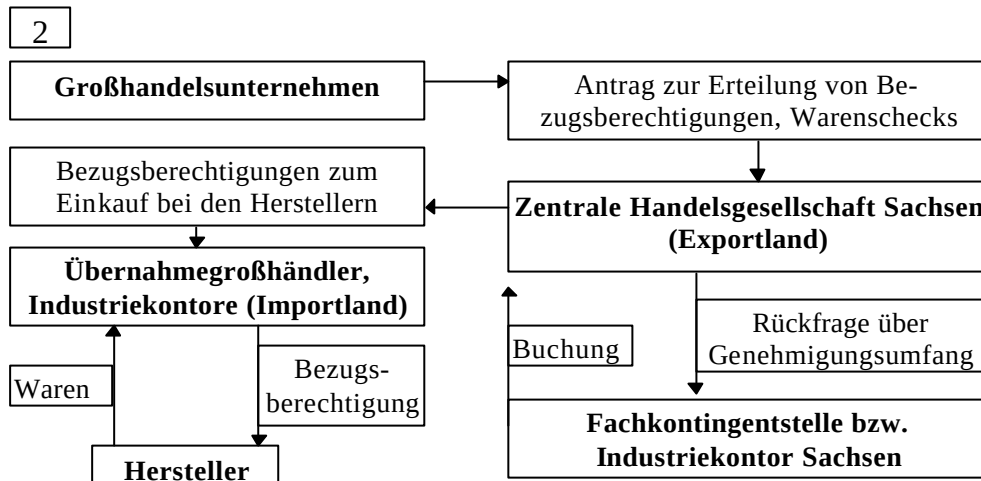
²³² ZANK, Zentralverwaltungen, S. 258.

²³³ Beispiel: Tausch eines in Braunschweig bestellten Gleichrichters für die BKV Mückenbergl gegen eine Glaslieferung von Schott-Jena nach Braunschweig, vgl. DN3-1095, Brief der DIB an BKV Mückenbergl vom 26. August 1949.

²³⁴ HANDKE, Verkürzung, S. 565.

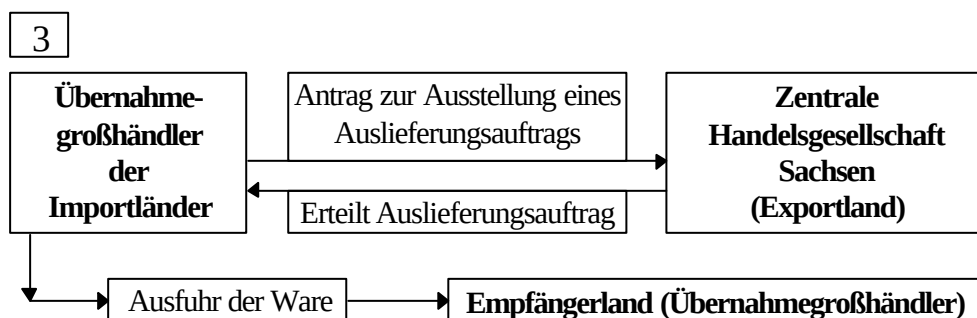
sche Betriebe bzw. Verkaufsstellen zu beliefern. In der Folge wurden laufende Anträge auf Exportfreigaben und -genehmigungen verschleppt, was die Wirtschaftspläne der Importländer gefährdete. „Länderegoismus“²³⁵ war das bei der DWK dafür gebräuchliche Schlagwort und man versuchte dem durch Gesetz entgegenzuwirken: „Lieferverpflichtungen der einzelnen Länder für die Ausfuhr in andere Länder [waren laut Anweisungen und Anordnungen des Sekretariats der DWK, T.M.] vordringlich an erster Stelle zu befriedigen.“²³⁶

Abbildung 5: „Der unglaublich lange Warenweg“ (2)



Nachdem das Importland vom Ministerium für Handel und Versorgung des Exportlandes die Nachricht bekam, daß die beantragte Teilmenge des „Quartalskontingents“ genehmigt wäre, wurden die Quantitäten im einzelnen vom Industriekontor Sachsen (SIK) festgelegt, der Zentrale Handelsgesellschaft Sachsen gemeldet, dort verbucht und genau definierte Warenschecks für den Übernahmegroßhandel ausgestellt. Die Großhändler benötigten die Bezugsberechtigungen, um die planmäßig vorgesehenen Produkte bei entsprechenden Herstellern abzurufen, wodurch diese formal den Besitzer wechselten.

Abbildung 6: „Der unglaublich lange Warenweg“ (3)



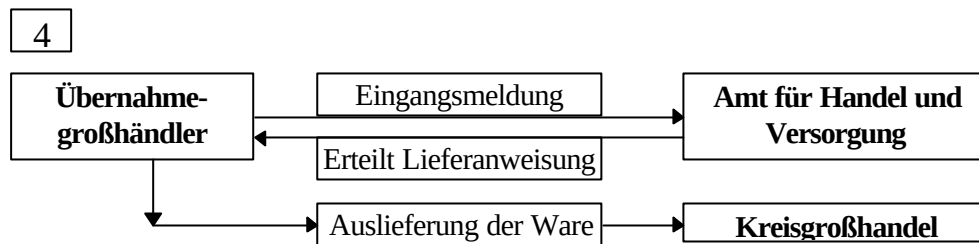
Dennoch durften die Güter noch nicht in das Empfängerland ausgeführt werden. Hierfür mußte ein Auslieferungsauftrag der Zentrale Handelsgesellschaft des Ex-

235 Ebenda, S. 566.

236 Ebenda.

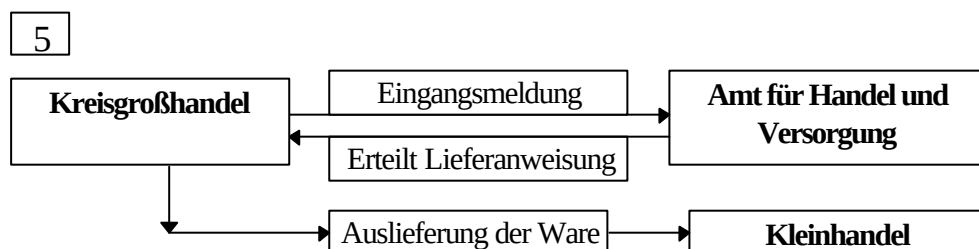
portlandes vorliegen, der gesondert zu beantragen war. Erst wenn dieser Auftrag vorlag, konnte die Ware an ihren Bestimmungsort gebracht werden.

Abbildung 7: „Der unglaublich lange Warenweg“ (4)



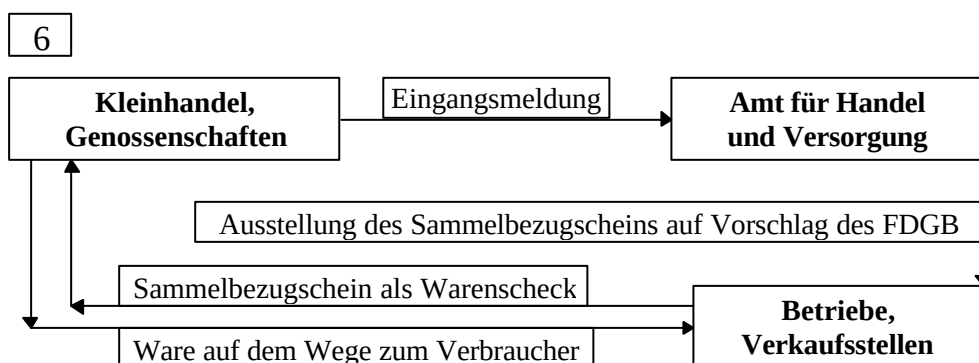
Nach Erhalt der Güter von den Herstellern hatten die Übernahmegroßhändler nicht das Recht, dieselben sogleich auszuliefern sondern mußten auch diese Warenbewegung zuvor genehmigen lassen. Dieses war nur möglich aufgrund einer „Lieferanweisung“ - wie sie in Mecklenburg genannt wurde - des zuständigen Amtes für Handel und Versorgung. Allerdings erreichte die Ware auch jetzt noch nicht den Adressaten. Zunächst hatte der Übernahmegroßhändler seine Ware nach Genehmigung dem betreffenden Kreisgroßhandel zu überstellen.

Abbildung 8: „Der unglaublich lange Warenweg“ (5)



Auch vom Kreisgroßhandel erreichte die Ware weder Verbraucher noch weiterverarbeitende Betriebe: Sie war - wieder aufgrund einer Lieferanweisung des zuständigen Amtes für Handel und Versorgung - vom Kreisgroßhändler an den betreffenden Kleinhandel zu überstellen.

Abbildung 9: „Der unglaublich lange Warenweg“ (6)



Der Kleinhandel hatte den Empfang der Ware wiederum beim Amt für Handel und Versorgung zu bestätigen, woraufhin diese Stelle Sammelbezugscheine ausstellen mußte, die von ihr an jene Betriebe abzugeben waren, die als Empfänger

der Waren feststanden. Erst jetzt waren die sogenannten Bedarfsträger ermächtigt, gegen Ablieferung dieser Warenschecks bei Kleinhandel und Genossenschaften, von dort beliefert zu werden. Insgesamt 23 Verwaltungsvorgänge incl. das Placet des FDGB waren erforderlich, nur um den Transport eines Teilkontingents versandfertiger Ware von Sachsen nach Mecklenburg zu bewerkstelligen. Handke mutmaßte, daß der Großhandel „schwarze Geschäfte macht“²³⁷ und erkannte hierin die Ursache dafür, daß der „werk tätigen Bevölkerung“ ein „erheblicher Teil der Produktion [...] besonders auf dem Gebiete der Ge- und Verbrauchsgüter, aber auch auf dem Gebiete der Produktionsmittel und Halbfabrikate, Rohstoffe usw.“²³⁸ entzogen wurde. Handke bediente sich damit ungeachtet seiner nachvollziehbaren Kritik am bürokratischen Aufwand der Warenbewegung, altgedienter Muster sozialistischer Schuldzuweisung. Dabei wurde stets von den Problemen des Plansystems abgelenkt, indem bekannten oder anonymen Personen, Institutionen, Betrieben, anderen Organen oder ganzen gesellschaftlichen Klassen, die Verantwortung dafür übertragen wurde, daß zentrale Planvorgaben verfehlt wurden. „Schwarze Kanäle“, „schwarze Geschäfte“, „mangelndes Verantwortungsbewußtsein“ und „feindliche Einstellung zu unserer Wirtschaftsplanung“²³⁹ wurden als Ursache in Erwägung gezogen. Und auch die „Schuldigen“ schnell beim Namen genannt: „Schädigende, spekulative und sabotierende Maßnahmen eines beträchtlichen Teiles des Großhandels“²⁴⁰ habe den „natürlichen Warenfluß weitestgehend erstarren“ lassen. In zahlreichen anderen Zusammenhängen wurde gleichfalls „Sabotage“ gerufen und Verschwörungstheorien machten die Runde.²⁴¹ In Wirklichkeit war es das untaugliche System zentraler Planwirtschaft selbst, das durch unvermeidbar-fehlerhafte Vorgaben verursachte, was es mit intensiver Suche nach sogenannten stillen Reserven und „Saboteuren“ eigentlich zu verhindern versuchte: Erhebliche Lagerbestände in allen Einrichtungen, die auf Freigaben, Bezugsberechtigungen, Auslieferungsaufträge, Lieferanweisungen oder Sammelbezugscheine warteten.

Sand im Getriebe der Warenverteilung

Das Instrument der „Freigabe“

„Freigaben“ ergingen in Form von Freigabescheinen durch die staatliche Planbürokratie an einzelne Produktionsbetriebe. Sie waren gleichzeitig Erlaubnis und Befehl, dem eigenen Lager bestimmte Warenkontingente zu entnehmen und an definierte Adressaten, die sogenannten Bedarfsträger, zu verschicken. Von wem und auf welcher Grundlage Warenfreigaben erfolgten, wurde in den Ländern unterschiedlich gehandhabt. Auch das war ein Umstand, der sich nach Handke mit der Durchführung eines Zentralplanes nicht vertragen konnte. In Brandenburg wurden sie durch die Hauptabteilung Materialversorgung erteilt, während in Sachsen das Industriekontor dafür zuständig war. Grundlage der Freigaben in Sachsen waren Produktionsmeldungen aus den Betrieben. Die Ware stand also konkret zur Verteilung bereit, blockierte aber Lagerkapazitäten, solange sich der Melde- und Freigabevorgang hinzog. In Thüringen reichte bereits die erwartete, planmä-

237 Ebenda.

238 Ebenda.

239 Ebenda.

240 Ebenda, S. 567.

241 Vgl. hierzu: DÖRNER, Dietrich, die Logik des Mißlingens, Strategisches Denken in komplexen Situationen, Hamburg 1992, S. 104f.

ßige Produktion, d.h. die vorgeschriebene Produktionsauflage, für die Freigabe. Hier waren zwar weniger Lagerkapazitäten erforderlich, dafür wurden aber Waren freigegeben, die u.U. noch nicht einmal hergestellt worden waren. Unter der irrealen Annahme korrekter Planerfüllung sämtlicher Betriebe und unter der Voraussetzung eines funktionierenden Transportwesens sowie der erforderlichen Infrastruktur hätte die Thüringer Freigabepaxis wohl zur schnelleren Verteilung von Gütern und Dienstleistungen beitragen können. Weil aber in der Praxis weder Produktion oder Transportwesen, noch die Infrastruktur den Anforderungen des Thüringer Absatzplanes standhalten konnten, mußte diese Praxis weitere Planabweichungen nach sich ziehen. Was die VEB nicht ausliefern konnten, machte sich beim Empfänger unmittelbar als Mangelerscheinung bemerkbar.

Unterschiedliche Nomenklatur

Der zentrale Produktionsplan einerseits sowie länderdominierte Verteilungspläne andererseits brachten nach offizieller Darstellung der DWK eine Reihe von Differenzen zutage, die zwischen den Ländern, bzw. zwischen Ländern und der DWK, bestanden. Abweichende Ausgangssituationen wirtschaftlicher Grundversorgung zwischen den Ländern führte zur Verschiedenartigkeit der jeweiligen „Nomenklatur“²⁴². Die gleichen Güter waren an einem Ort frei, während sie woanders bewirtschaftet wurden. Zur Begründung der schleppenden Handelsbeziehungen zwischen den Ländern wurden gleichzeitig Kommunikationsprobleme angeführt. Diese resultierten angeblich daher, daß man sich über viele Begriffe innerhalb der SBZ nicht einig war. Was in Sachsen „Bestellrecht“ genannt wurde, war in Mecklenburg die „Lieferanweisung“ und hieß in Brandenburg „Orderanweisung“²⁴³. Angesichts tieferer Ursachen der Stockungen waren diese Erklärungen der reine Euphemismus. Mit Jahresbeginn 1949 wurden die Begriffe zwar angeglichen, gleichwohl taugte derlei Kosmetik keinesfalls zur Bekämpfung der eigentlichen wirtschaftlichen Probleme.

Suche nach dem „richtigen“ (ehrlichen) Bedarfsplan

Ausgehend von den Vorgaben des Perspektiv- und Volkswirtschaftsplanes für die SBZ, waren den Ländern, den VVB und von dort schließlich den VEB entsprechende Produktionsauflagen mitgeteilt worden. Im Gegenzug vollzogen sich Materialanforderungen in umgekehrter Richtung. Diese waren die Voraussetzung zur Errichtung der erforderlichen Betriebskapazitäten und die Grundlage der vorgeschriebenen Warenproduktion. Diese Materialanforderungen erfolgten in Form sogenannter Bedarfspläne. Weil die „Kontingenträger“ „in keiner Weise“ in der Lage waren, einen auch nur „einigermaßen einwandfreien Bedarfsplan“²⁴⁴ zu erstellen²⁴⁵, fehlte die wichtigste Voraussetzung zur Erstellung sowohl vorläufiger als

242 „Nomenklatur“ - Darunter war in diesem Zusammenhang die Systematisierung der planmäßig zu verteilenden (= bewirtschafteten) Waren zu verstehen. Durch ihre Verschiedenartigkeit in den einzelnen Ländern wurde der eigentliche Zweck der Nomenklatur als „Arbeitsmittel zur einheitlichen Ordnung der zahlreichen Erfassungsobjekte, zur Schaffung aussagekräftiger Gruppierungen, [...] Vergleichbarkeit und Aggregationsfähigkeit der betrieblichen Daten und Kennziffern, [Befriedigung] des Informationsbedürfnisses der leitenden Organe der Volkswirtschaft auf den verschiedenen Ebenen [...]“ verfehlt, vgl. Ökonomisches Lexikon, Bd. II, Ost-Berlin 1970, S. 784f.

243 HANDKE, Verkürzung, S. 565ff.

244 Ebenda, S. 565.

245 Wie sollten sie das auch, nachdem sie sich häufig mit widersprüchlichen Teilplänen konfrontiert sahen, nicht im Besitz ihrer endgültigen Investitionsauflagen waren, kei-

auch endgültiger, zentraler Verteilungspläne. „Eine richtige, den Notwendigkeiten restlos angepaßte Bedarfsmeldung“²⁴⁶ konnte allenfalls dezentral aus den Ländern, Vereinigungen und Betrieben kommen. Diese Situation kennzeichnete ein Dilemma, in dem sich die DWK als oberstes Planungsorgan befand. Ihr fehlte es an grundsätzlichen Informationen zur Erstellung eines Gesamtverteilungsplanes und sie versuchte, die Verantwortung dafür den „Kontingenträgern“ zuzuweisen. Aber auch bei den wirtschaftlichen Hauptabteilungen der Länderministerien war das Wissen um den Zustand, die Ressourcen und die Leistungsfähigkeit der eigenen Wirtschaft begrenzt. Darum nutzten sie jede Möglichkeit, den Bedarfsplan zum Hilfsmittel der eigenen Planerfüllung zu machen. Er wurde sehr großzügig formuliert, in der Hoffnung einer umfassenden Materialkontingentierung. Diese sollte auch unter den Bedingungen zu erwartender, systemtypischer Schwierigkeiten hinreichende Reserven gewährleisten, um die Vorgaben der Planbürokratie erfüllen zu können. Ausgehend vom zentralen Produktionsplan, bestellten „verschiedene Kontingenträger“ anstatt benötigter Fertigprodukte oder Halbfertigwaren als Voraussetzung zur Planerfüllung lieber Rohstoffe. Diese waren universeller verwendbar und verschafften den Ländern Verfügungsfreiheiten im Rahmen unterschiedlicher Produktionen. Andere „Kontingenträger“ orderten sicherheitshalber „sowohl die von ihnen benötigten Fertigfabrikate als auch die dazugehörigen Rohstoffe“²⁴⁷. Die Bedarfspläne der Länder waren die einzige Grundlage zur Aufstellung zentraler Verteilungspläne. Gleichwohl waren sie dafür nicht geeignet, weil sie von den „Kontingenträgern“ dazu benutzt wurden, sich im Schatten des staatlichen Planungsverfahrens, wirtschaftlich besser zu stellen.

Unvermeidbare Planungsfehler

Offiziell als sehr fehleranfällig erkannt, erfuhr die Verteilungsmethode eine „radikale“ Kritik durch die wirtschaftsleitende Organisation, die DWK. Die gängige Praxis wurde demontiert, um sie durch ein stark zentralisiertes Modell der Absatzplanung und Warenverteilung zu ersetzen. Angesichts SBZ-weiter Probleme der Materialversorgung, konnte es nicht dabei bleiben, nur formale Mängel der Durchführung als Begründung heranzuziehen. Zaghafte wurden auch konstitutive Elemente des Plans der Kritik unterzogen und als unbefriedigend oder verbesserungswürdig dargestellt. An dieser Stelle stieß die systemimmanente Kritik endgültig an ihre Grenzen. Je näher sie den Ursprüngen des Systems zentraler Planwirtschaft kam, desto weniger „konstruktive“ Elemente hatte sie aufzuweisen, sondern verharrte in Leerformeln und standardisierten Schuldzuweisungen. In diesem Sinne blieb auch das Heiligste der SBZ-Wirtschaft, der Plan, von Beanstandungen zwar nicht verschont, wurde aber auch nicht grundsätzlich in Frage gestellt.

Falsche Berechnung der Produktionsauflagen

Handke stellte anheim, die Möglichkeit wäre realistisch, daß „Produktionsauflagen, die gegeben wurden, den Kapazitätsmöglichkeiten [der VEB] nicht entsprachen“²⁴⁸. Weil aber die Verteilungspläne die Bedarfspläne und

ne Orientierung bezüglich des „gültigen“ Preissystems besaßen und dementsprechend häufig gänzlich auf Buchführung verzichteten?

246 HANDKE, Verkürzung, S. 565.

247 Ebenda, S. 565ff.

248 Ebenda, S. 565.

diese wiederum die Produktionspläne zur Grundlage hatten, die sich aus den falschen Produktionsauflagen errechneten, konnten die Pläne in der Folge unmöglich umgesetzt werden. Der Vorschlag des stellvertretenden DWK-Vorsitzenden zur Vermeidung falscher Produktionsauflagen war eines der üblichen Ausweichmanöver zur Schonung des Systems. Er lautete: „Verstärkung der Kontrolle bei Vereinfachung und Vereinheitlichung des Abrechnungs- und Meldewesens“.²⁴⁹ Hier bediente er sich eines Stereotyps der zentralen Wirtschaftsführung, das sich gleichermaßen speiste aus Ratlosigkeit und scheinbar unerschütterlicher Überzeugung von der tatsächlichen Realisierbarkeit 100-prozentiger Planung. Sie führte zum raschen Anwachsen des Kontroll- und Meldewesens, das sich rasch zum Bremsklotz der volkseigenen Wirtschaft entwickelte.

Informationsdefizite bei Ausstellung der Bezugsrechte

Die Unvorhersehbarkeit der Lieferfähigkeit einzelner VEB sowie ihrer Möglichkeiten des Gütertransports, wurde von Handke mit „nicht genügender Sorgfalt bei der Ausstellung der Bezugsrechte“²⁵⁰ begründet. Die Transportsituation war weitgehend ungewiß, zumal dieser Bereich durch die Demontagen der Besatzungsmacht besonders schwer in Mitleidenschaft gezogen worden war. Das Argument menschlicher Nachlässigkeit bei der Ausstellung von Bezugsrechten war also bestenfalls geeignet, die tatsächlichen Bedingungen zu kaschieren und beschuldigte die Betroffenen zu unrecht.

3.3.2 „Neue Wege“ der Materialverteilung seit 1949

Handkes Auslassungen auf der 9. Vollsitzung der DWK vom 1. Dezember 1948 waren zu verstehen als vorgezogene Begründung einer weiteren Zentralisierung, die einen Tag später zu Lasten der Länder erfolgte. Am 2. Dezember 1948 versuchte die DWK, den schlechten Ergebnissen der Warenverteilung mit Hilfe jener erwähnten Anordnungen Rechnung zu tragen, die zum 1. Januar 1949 wirksam wurden:

- „Anordnung über die Verteilung von industriellen und gewerblichen Waren in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands“.
- „Anordnung über die Versandverpflichtung von Waren und die Einführung eines Warenbegleitscheines.“²⁵¹

Beschlüsse der DWK Nr. 311/312 vom 2. Dezember 1948

Die beiden DWK-Beschlüsse zur Verbesserung der Warenverteilung in der SBZ/DDR erfolgten, nachdem sich der allgegenwärtige Materialmangel in den Betrieben zum größten Problem der Wirtschaft entwickelt hatte. System immanente Ursachenanalyse führte zu der Überzeugung, daß das Problem auf Planabweichungen in Einzelsegmenten des Volkswirtschaftsplans zurückzuführen wäre. Deren Ursachen wiederum müßten einzeln aufgezeigt werden. Eines dieser Einzelsegmente war der Absatzplan für die SBZ, der nach Ansicht der DWK aufgrund „falscher Arbeitsmethoden“²⁵² auf allen Ebenen der Wirtschaftsleitung nicht planmäßig zur Ausführung kam. Der Eingriff der DWK modulierte aus-

249 Ebenda, S. 567.

250 Ebenda, S. 565.

251 ZVOBl. Nr. 57 vom 15. Dezember 1948 und Nr. 58 vom 23. Dezember 1948.

252 BINZ, Materialversorgung, S. 37.

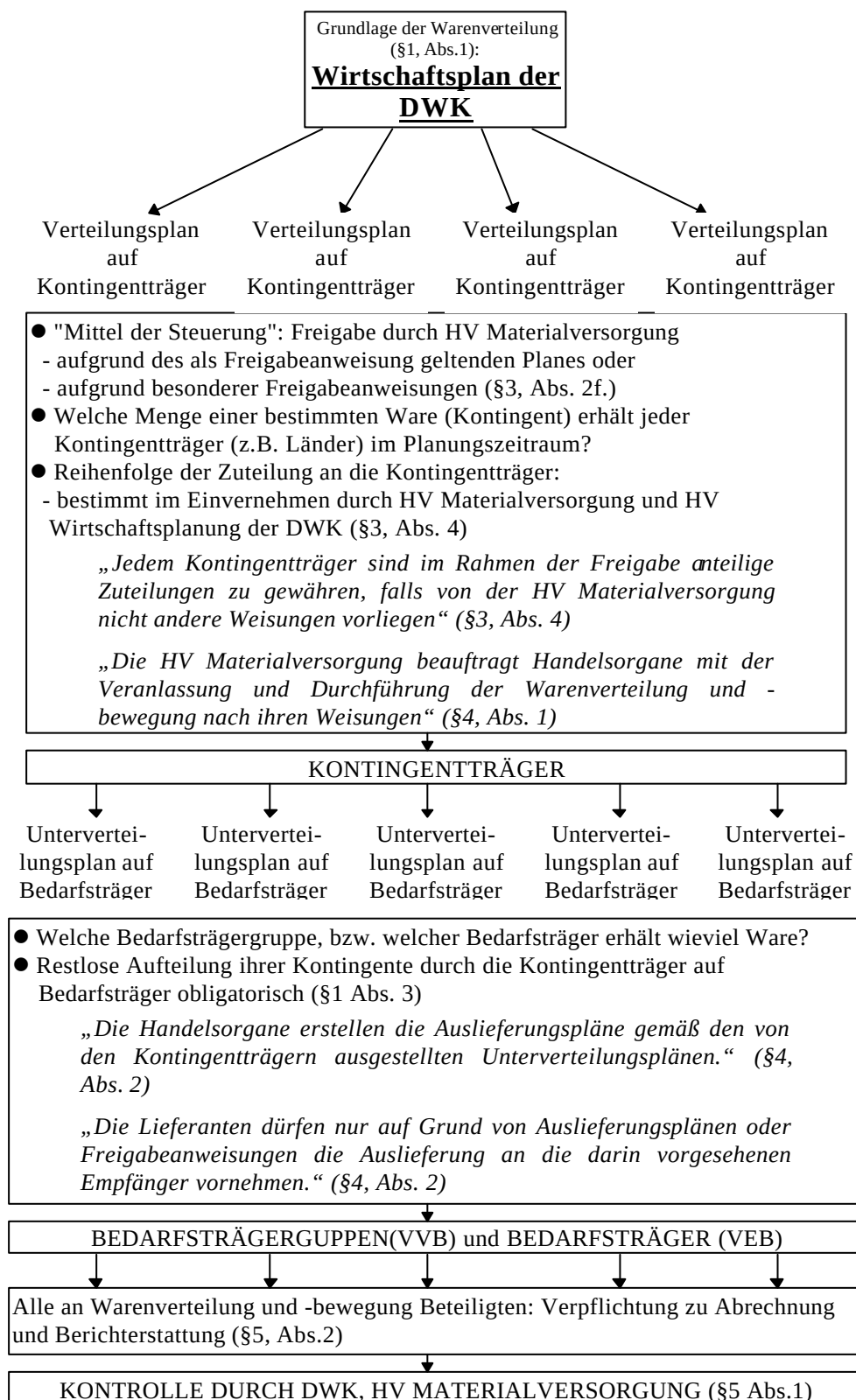
schließlich administrativ-organisatorische Aspekte der Güterverteilung unter Prämisse der Plandominanz.

Beschluß Nr. 311: Anordnung über die Verteilung von industriellen und gewerblichen Waren in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands

Beschluß Nr. 311 betraf die Organisation der Warenverteilung und bürokratische Zuständigkeiten. Dabei wurden die Länder entmachtet und an ihrer Stelle die DHG, „Fachkontore“ und „Fachgebiete“ in das Verfahren eingebunden. Im Gegensatz zu den Ländern sollten sie die Planvorgaben durchsetzen, ohne dabei eigene Interessen zu verfolgen. Gleichwohl erfolgte auch nach dem 1. Januar 1949 die Verteilung industrieller und gewerblicher Waren unter Regie der DWK und, den Regeln des „demokratischen Zentralismus“ entsprechend, in vertikaler Richtung von oben nach unten. Dem logischen Fingerzeig des Prinzips zentraler Planwirtschaft folgend, verstärkte insbesondere Anordnung Nr. 311 die Tendenz, weitere Einflußmöglichkeiten bei der DWK zu bündeln. Handkes Ausführungen entsprechend, sollten dergestalt „Möglichkeiten einer schnellen und wirksamen Kontrolle und eines operativen Eingriffs in die Warenverteilung jederzeit“²⁵³ ermöglicht werden. Hinsichtlich der Entmündigung untergeordneter Institutionen blieb sich das System also treu und startete mit streng zentralistischer Ausrichtung der Warenverteilung in den Zweijahrplan.

253 HANDKE, Verkürzung, S. 566.

Abbildung 10: Über die Verteilung von industriellen und gewerblichen Waren in der SBZ ²⁵⁴



254 Abbildung erstellt nach: Anordnung über die Verteilung von industriellen und gewerblichen Waren in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands vom 2. Dezember 1948 (Verteilungsanordnung) in: ZVOBl. Nr. 57 vom 15. Dezember 1948.

Die erste Anordnung stand für den Versuch der Vereinheitlichung sämtlicher Güterverteilungen auf Zonenebene und war verbunden mit erheblicher Simplifizierung der wirtschaftlichen Vorgänge, was sich in den Betrieben schon sehr bald negativ bemerkbar machte. Die Neuerungen betrafen folgende Bereiche:

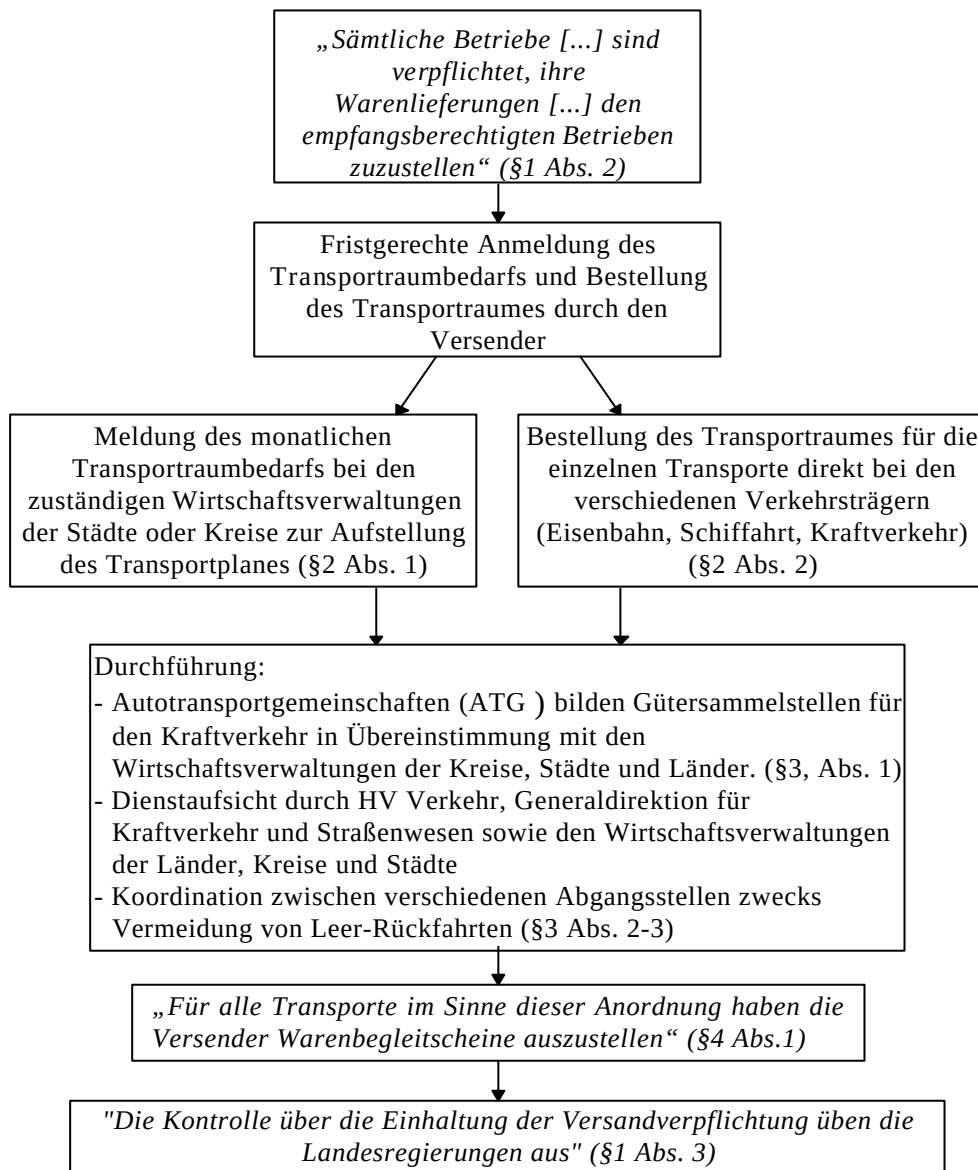
- Vereinheitlichtes Warenverzeichnis: Das zu verteilende Warensortiment wurde von der HV Materialversorgung zum 1. Januar 1949 näher definiert. Sie erstellte ein gut 500 Seiten langes „Verzeichnis der planmäßig zu verteilenden Waren“²⁵⁵ als Auszug aus dem allgemeinen sechststelligen Warenverzeichnis, das 1949 das bislang gültige fünfstelligen Verzeichnis ablöste.
- Einheitliche Bewirtschaftungsvorschriften durch Abschaffung der länderspezifischen Sonderregeln.
- Einheitliche Formulare und Bezeichnungen.
- Einheitliches Verzeichnis der Kontingenträger sowie ihrer Untergliederung.
- Abgrenzung der Aufgabenbereiche beteiligter Stellen.
- Schaffung sogenannter Fachkontore zur Koordinierung des schnellsten Weges zwischen Produzenten und Bedarfsträger.

Beschluß Nr. 312: Anordnung über die Versandverpflichtung von Waren und die Einführung eines Warenbegleitscheines

Beschluß Nr. 312 sollte die konkrete Warenbewegung erleichtern. Dafür wurde das bisherige „Holsystem“ der Warenbeschaffung (Hersteller mußten sich selbst um die Belieferung mit erforderlichen Rohstoffen kümmern) ausgetauscht gegen ein „Liefersystem“ (Produzenten unterlagen künftig einer „Lieferverpflichtung“ laut Planvorgabe). Den Vorteil dieser Veränderung sah man nach offizieller Darstellung darin, daß die betriebliche Kenntnis des planmäßig auszuliefernden Warenvolumens die VEB künftig in die Lage versetzen sollte, rechtzeitig die erforderlichen Transportkapazitäten anzumelden und dergestalt den Zentralplan zu entlasten. So hoffte man, zumindest jene „Warenengpässe“ in den Griff zu bekommen, die auf das darniederliegende Transportwesen der SBZ zurückzuführen waren. In Wirklichkeit entledigte sich die Zentralplanbürokratie damit der lästigen Organisation des Transport- und Verpackungsproblems, indem es den volkseigenen Betrieben zugeschoben wurde. Von der Einführung des sogenannten Warenbegleitscheines versprach man sich, die Kontrollmöglichkeiten der Zentralbürokratie zu verbessern.

255 DWK, HV Materialversorgung (Hrsg.), Verzeichnis der planmäßig zu verteilenden Waren“, Berlin, 11. März 1949.

Abbildung 11: Lieferverpflichtung statt Holsystem im Interesse einer „geregelten Warenbewegung“ nach der „Anordnung über die Versandverpflichtung von Waren und die Einführung eines Warenbegleitscheines“²⁵⁶



Neuerungen dieser Regelung waren insbesondere:

- Die Einführung der Versandverpflichtung
- Die Organisation des Warentransportes
- Die Einführung es einheitlichen Warenbegleitscheins.

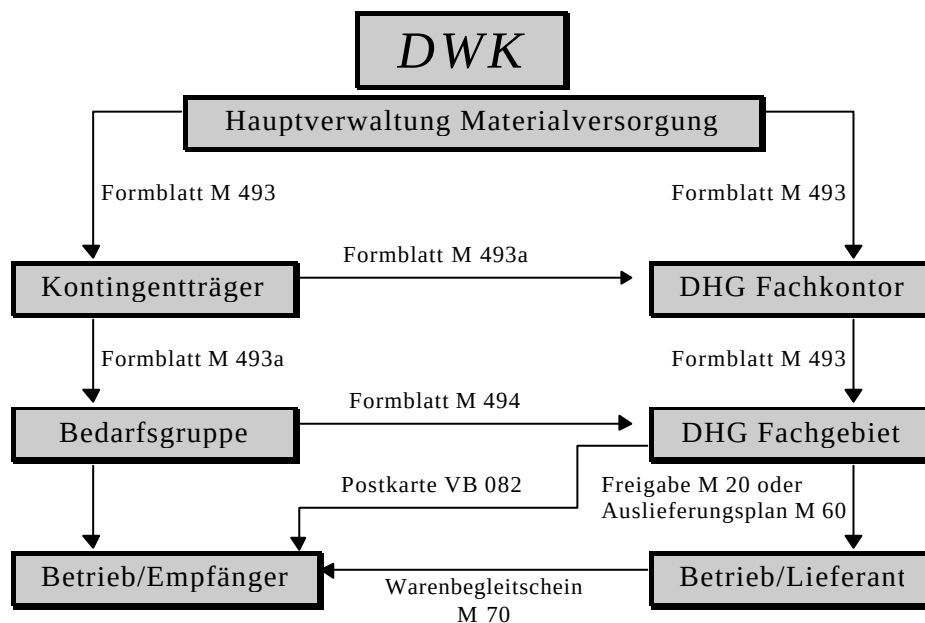
Warenverteilung in der SBZ/DDR im Jahre 1949

In Verbindung der Beschlüsse 311 und 312 kristallisierte sich das Konstrukt einer streng hierarchischen Warenbewirtschaftung heraus. Formal dominierten dabei jene Berechnungen, welche die DWK-Hauptverwaltungen „Wirtschaftsplanung“ und „Materialversorgung“ unter sich ausgemacht hatten. Institutionelle Verände-

²⁵⁶ Nach: Anordnung über die Versandverpflichtung von Waren und die Einführung eines Warenbegleitscheines, in: Die Wirtschaft, Dez. 1948, Heft 18, S. 564.

rungen und neue Formulare weckten die Hoffnung auf eine reibungslose, SBZ-weite Rohstoff- und Güterversorgung, wie sie der Volkswirtschaftsplan vorsah. Tatsächlich dominiert wurde das „neue“ Verfahren aber durch einen Aspekt, dem die Zentralplanbürokratie keinerlei Aufmerksamkeit schenkte: Die Planung sämtlicher Rohstoff- und Güterzuteilungen auf der einen Seite sowie der Produktions- und Lieferverpflichtungen auf der anderen Seite erfolgte ohne die geringste Möglichkeit unmittelbar-konstruktiver Einflußnahme durch die eigentlichen Protagonisten der Wertschöpfung: die volkseigenen Betriebe! Die Diskussion um Probleme der gesamtwirtschaftlichen Güterverteilung in der SBZ wurde mit Beginn des Zweijahrplanes nicht kleiner, sondern nahm an Intensität zu. Die verstärkte Zentralisierung der Absatzorganisation ließ die VEB weiter vereinsamen, während ihnen die durch Anordnung Nr. 312 auferlegte Lieferverpflichtung zusätzliche Probleme bereitete, denen sie nicht gewachsen waren. Unter der Überschrift „Der Warenweg muß vereinfacht werden“, druckte die Zeitschrift „Die Wirtschaft“ im August 1949 ein bestechend einfaches Schaubild über den „gegenwärtigen Warenweg für die volkseigenen Betriebe“. Es veranschaulichte das dirigistische Verfahren plandeterminierten Warenabsatzes, entsprechend dem Prinzip des „demokratischen Zentralismus“.

Abbildung 12: „Gegenwärtiger Warenweg für die volkseigenen Betriebe“²⁵⁷



Schon die erste Stufe dieses Modells offenbarte die Schwäche des gesamten Konzepts: „Die HV Materialversorgung muß allen im Verteilungsplan genannten Kontingenträgern vor Beginn des Planungszeitraumes einen Zuteilungsplan geben. Aus diesem Zuteilungsplan geht hervor, welche Waren und Mengen für den Kontingenträger im Verteilungsplan vorgesehen sind sowie die Stelle, die diese Waren ausliefert oder die Auslieferung zu veranlassen hat.“²⁵⁸ In der Tat war die Aufgabe der HV Materialversorgung nicht zu bewältigen. Den Produktionsplan vor Augen hatte sie gewaltige Gütermengen zu verteilen, wobei man bereits aus

257 Übernommen aus: o.N., Der Warenweg muß vereinfacht werden, in: Die Wirtschaft, Nr. 16, August 1949, S. 554.

258 BINZ, Materialversorgung, S. 38.

Erfahrung wußte, daß ein Teil davon nie existieren würde! Im Übrigen konkurrierten die einzelnen Kontingenträger um reichliche Zuteilungen und versuchten, sich gegenseitig mit Argumenten zu überbieten. Eine Ebene darunter mußten anschließend die Kontingenträger dieselbe Verteilungsaufgabe übernehmen: „Die Kontingenträger haben die Aufgabe, die ihnen nach dem Zuteilungsplan der HV Materialversorgung zustehenden Waren auf die Bedarfsträgergruppen [VVB] und Bedarfsträger [VEB] aufzuteilen. Das erfolgt mit Unterverteilungsplänen. [...] Diese Unterverteilungspläne sind vom Kontingenträger an die HV Materialversorgung der DWK und an das im Zuteilungsplan genannte Fachkontor zu melden.“²⁵⁹ Durch die Institutionen der DHG ggf. korrigiert, hatte das Fachkontor, bzw. Fachgebiet anschließend die Warenbewegung zu veranlassen. Damit hatte sich die DWK, HV Materialversorgung, des unangenehmen Problems entledigt, für die konkrete Umsetzung der eigenen Planvorgaben selbst Sorge tragen zu müssen. Statt dessen hatten Fachkontore und Fachgebiete der DHG die Herstellerbetriebe über Menge, Termine und Adressaten bestimmter Warenzuteilungen zu informieren. Das geschah in Form von Auslieferungsplänen, die gleichzeitig als Freigaben gehandhabt wurden. Eine Kuriosität zentralplanwirtschaftlicher Absatzpraxis im Vergleich zu marktwirtschaftlichen Systemen bestand darin, daß ausgerechnet die Empfängerseite zuletzt von bevorstehenden Warenlieferungen erfuhr: „Die Lieferanten sind verpflichtet, die im Auslieferungsplan vorgesehenen Empfänger über die für sie vorgesehenen Warenmengen und über den Termin der Lieferung sofort zu benachrichtigen.“²⁶⁰ *Diese Regelung verdeutlicht, wie radikal jede Form des betrieblichen Einkaufs eliminiert wurde. Es gab es keinerlei betriebliche Nachfrage, die sich irgendwie auf die Produktionsseite hätte auswirken können.* Es ist unschwer nachzuvollziehen, daß im Anschluß an diese „Benachrichtigungen“ zwischen den Parteien Absprachen stattfanden über die tatsächliche Leistungsfähigkeit des Produzenten, bzw. die subjektiv eingeschätzte Nachfrage des „Bedarfsträgers“. Um derlei „planzersetzende Verhandlungen“ zwischen einzelnen VEB obsolet zu machen, wurde die Empfängerseite von der DHG per Postkarte, „VB 082“, über Art, Menge und Lieferanten der bevorstehenden Warenlieferung unterrichtet. Gleichen Zwecken diente der „Warenbegleitschein“. Er war vom Produzenten der Warenlieferung beizulegen, sowie als „Erfüllungsmeldung“²⁶¹ an das zuständige Fachkontor zu übermitteln. Die Praxis der SBZ-Zentralverwaltungswirtschaft zeigte, daß Planabweichungen, die sich in den Bereichen Investitionen und Produktion noch mathematisch verschleiern ließen, im Bereich Warenverteilung unweigerlich zutage traten. Hier kulminierten sämtliche, zuvor erfolgte Verfehlungen staatlicher Planvorgaben gemeinsam mit den organisatorischen und praktischen Problemen der Warenverteilung. Die planmäßige Erfüllung der Güterverteilung scheiterte insbesondere an den folgenden Phänomenen:

- *Grenzen der Planbarkeit.* In der Regel erhielten die Betriebe ihre Produktionsaufträge ohne gleichzeitig die betreffenden Bedarfsträger zu erfahren. So produzierten sie ohne Bezug zur Nachfrageseite am planmäßig verordneten Bedarf der Wirtschaft vorbei. Planabweichungen in den Bereichen Investition und Produktion sowie willkürliche Eingriffe der DWK in die laufende Produk-

259 Ebenda.

260 Ebenda.

261 Ebenda.

tion oder erhebliche Lücken in der Absatzplanung drückten dem Chaos des Absatzvorgangs in der SBZ/DDR ihren Stempel auf.

- *Qualitätsmängel.*
- Eine Sonderrolle unter den Abnehmern spielten die *SMAD*, bzw. *GSOW*. Sie verweigerte aus verschiedenen Gründen häufig die Warenannahme, blockierte aber gleichzeitig den anderweitigen Verkauf der betreffenden Güter.
- *Mangelhafte Praxis des Verteilungsverfahrens.* Darunter war insbesondere zu verstehen, daß die Protagonisten der Warenverteilung, insbesondere die DHG, außerstande waren, die an sie gestellten, utopischen Forderungen des Planes zu erfüllen. Das belegten die fehlenden Freigabescheine.
- Angesichts einmal definierter Abläufe der Warenbewegung entstand als Folge der sogenannten Lieferverpflichtung ein *Trend zum sukzessiven Warenabruf*. Der bewirkte den sogenannten Warenstau im Lager der Produzenten, welcher das Maß unnötiger Produktion erkennen ließ, die Richtsatzplanung durchkreuzte und das Ergebnis verschlechterte.
- *Transport- und Verpackungsprobleme.*

Grenzen der Planbarkeit

Fehlende Koordination mit den übrigen Plänen

Die Notwendigkeit einer sensiblen Verknüpfung sämtlicher Einzelpläne innerhalb des Volkswirtschaftsplanes zeigte sich insbesondere bei Betrachtung der durchzuführenden Warenverteilung. Wie bereits gezeigt, versuchte man den zentralen Verteilungsplan in Abhängigkeit vom Produktionsplan zu erstellen. Das bedeutete, daß sich der Verteilungsplan nach den angestrebten Produktionszahlen zu richten hatte. Damit wurde seine Erfüllung unmittelbar abhängig von der korrekten Erfüllung der betrieblichen Produktionsauflagen. *Sämtliche Gründe, die dazu führten, die tatsächliche Produktion von der planmäßigen Vorgabe zu entfernen, bewirkten also gleichzeitig Abweichungen im Rahmen der Verteilungspläne. Die planmäßige Warenverteilung der SBZ-Wirtschaft scheiterte also bereits bei der Abstimmung von betrieblicher Produktionsauflage und Investitionstätigkeit.* „Die Ausnaherei ist erst im II. Quartal 1949 erweitert worden, um mit der Produktion Schritt halten zu können.“²⁶² Daß die Ausnaherei nicht rechtzeitig die erforderlichen Kapazitäten besaß, führte zu Warenstau an Halbfertigwaren im Lager des VEB Feintuchfabrik Gera sowie unzureichendem Output von Fertigware, womit unweigerlich das Scheitern des Verteilungsplanes verbunden war. Fehler in der Produktionsplanung wirkten sich ebenso aus. Der Verteilungsplan wurde Makulatur, wenn Produktionsplanung und -erstellung jeglichen Kontakt mit den Grenzen der realen Möglichkeiten sowie der Abnehmerseite verloren. „Die [...] durch die DWK, HA Leichtindustrie an den VEB direkt erteilte Produktionsauflage für das I. Quartal 1949 in Höhe von 10.000 Metern Frauenwintermantelstoff stellt einen Planungsfehler dar, da bekanntlich Winterstoffe im 1. Halbjahr eines Jahres saisonbedingt nicht abgesetzt werden können, zumal seinerzeit kein Bedarfsträger vorlag und auch zum Teil bis heute nicht gefunden werden konn-

262 DN5-524, Beständeuntersuchung beim VEB Feintuchfabrik Gera vom 10. September 1949, Bl. 2

te.“²⁶³ Der unverkäufliche Wintermantelstoff verbesserte zwar die Produktionsstatistik des volkseigenen Sektors, stellte aber im Weiteren nur noch eine Belastung dar. Er war nicht abzusetzen, beanspruchte Lagerkapazitäten und verschlechterte die Finanzlage des Produktionsbetriebes. Ob das Material eine Saison später überhaupt noch zu verwenden und zu verkaufen war, hing von verschiedenen Faktoren ab, wie z.B. der Qualität der Lagerung oder der kommenden Mode. Häufigster Grund für Planabweichungen im Produktionssektor war ohne Zweifel das Scheitern des Verteilungsplans, das sich in allgegenwärtigem Rohstoff- und Materialmangel zeigte. Der wiederum führte zu großen Lücken in der Produktionsleistung volkseigener Betriebe, die daraufhin ihrer „Lieferverpflichtung“ nicht nachkommen konnten und bewirkte mächtige „Überhänge“ (nicht erfüllte Planaufgaben aus der vorhergehenden Planperiode). Sie waren von den VEB in die folgende Planperiode zu übernehmen und mußten innerhalb dieses Zeitraumes zusätzlich zur neuen Produktionsauflage bewerkstelligt werden. Ein Verfahren, das bestenfalls als phantastisch zu bezeichnen war. Schon die aktuellen Produktionsauflagen waren stets hart an der Leistungsgrenze der VEB plazierte. Außerdem ist zu konstatieren, daß der gesamte volkseigene Sektor zusätzlich unter Druck geriet, wenn die VEB versuchten, Materialbewilligungen für „Überhänge“ zu erreichen. Jede Plankorrektur mußte sich als Störfaktor auf einmal ausgesprochene Planaufgaben auswirken; je weiter diese zurücklagen, desto heftiger. Offensichtlich war das Plansystem nicht mehr imstande, die Durchführung der zahlreichen Überhänge parallel zu den aktuellen Planvorhaben zu gewährleisten. Das VEB Seiden- und Wollweberei Berga benötigte das gesamte 1. Halbjahr 1949, um die „Überhänge“ aus 1948 abzuarbeiten: „Die Rohstoffe für die Überhänge aus 1948 sind so spät abgeliefert worden, dass erst im I. Halbjahr 1949 der Produktionsweg beendet war.“²⁶⁴ Wenn der Absatzplan des einen VEB auf nicht genehmigten Produktionsplänen eines anderen Betriebes basierte, entstanden Probleme, wie sie der VEB Möbelstoffweberei Lunzenau zu beklagen hatte: „[Es] befinden sich aus Freigabe Nr. 4 228 776 vom 30.6.49 für Schuhfabrik Arnold, Niederelsdorf, noch 5.100 m am Lager. 100 m haben wir geliefert. Die Firma hat kein Kapital. Wir können die Ware deshalb nicht in Rechnung stellen. Sie soll für eine Genossenschaft Hausschuhe anfertigen, die aber von der LRS noch nicht akzeptiert wurden. Es wird sicher notwendig sein, für diese Freigabe noch einen anderen Abnehmer zu suchen.“²⁶⁵ Erneut wurde die offizielle Absatzplanung verletzt, wobei der potentielle Bedarfsträger auf dem Wege der bereits mehrfach erwähnten „Kontrolle durch die Finanzen“ um das Fertigungsmaterial gebracht wurde, das er zur Erfüllung seiner (noch nicht) genehmigten Produktionsauflage benötigte.

Absatzplanung

Während in marktwirtschaftlichen Systemen der Produktionssektor von Seiten der Nachfrage, die permanent unzählige Impulse aussendet, konkrete Impulse erhält, die ihm eine gewisse Sicherheit bezüglich der Absatzfähigkeit seiner Pro-

263 DN5-567, Entwurf des Prüfungsberichts über Beständeuntersuchung bei dem VEB Textilwerke Hartha vom 15. September 1949, Bl. 5.

264 DN5-528, PB über VEB Seiden- und Wollweberei Berga, vom 10. September 1949, Bl. 3.

265 DN5-531, Brief des VEB Möbelstoffweberei Lunzenau an die RTA über VVB Webereien I, Chemnitz vom 3. September 1949.

dukte vermitteln, *verzichtete die zentrale Planwirtschaft der SBZ/DDR vollkommen auf diese Informationen*. Betrieblichen Bedarfsplänen wurde grundsätzlich mißtraut; der Zentralplan forderte seine spezifischen (fiktiv-utopistischen) Verrechnungsgrößen und Planungseinheiten, die sich in den zentralen Verteilungsplänen niederschlugen: „Die Produktion für Wintermantelstoff stammt aus dem Jahre 1948, und war nicht an Bedarfsträger gebunden. Der Absatz kann für diese Stoffe erfahrungsgemäss nicht im I. Halbjahr erfolgen.“²⁶⁶ Die Produktion von Wintermode zum Frühjahr 1949 ist bestens geeignet, die Einsamkeit dieser unsinnigen Entscheidung im Apparat der Zentralplanbürokratie zu illustrieren, die ohne Rücksprache mit den planmäßig vorgesehenen Abnehmern getroffen wurde. Das Phänomen, am nicht vorhandenen Markt, d.h., der oktroyierten Nachfrage, vorbei zu produzieren, erstreckte sich auf alle vorstellbaren Produkte. Sogar dringend benötigte Maschinenzubehöerteile blieben liegen, weil deren planmäßige Produktion so fehlerhaft war, daß sie für die vorgesehene Verwendung nicht geeignet waren: Als Grund für die Entstehung an Überbeständen von Fertigerzeugnissen wurde vom VEB Thüringer Schläuche- und Treibriemenweberei, Langenleube u.a. deklariert: „Die Produktionsauflage in Textil-Treibriemen ist sowohl für 1948 als auch für 1949 ohne Verbindung mit dem Bedarfsträger erteilt worden.“²⁶⁷ Dasselbe Phänomen beklagte der VEB Mechanische Webereien Niederorschel: „Die Uniform- und Oberbekleidungsstoffe [...] waren ohne Verbindung mit Bedarfsträgern geplant.“²⁶⁸ Der fehlende Bezug zum „Bedarfsträger“ war das sichtbare Zeichen dafür, daß letztlich trotz intensivsten Meldewesens im volkseigenen Sektor weder Güterangebot noch -bedarf rechtzeitig in Erfahrung zu bringen waren. Diese Unkenntnis führte dazu, daß sich die „Absatzplanung“ bis zuletzt als Planfragment zwischen Anpassung und Utopie darstellte. Entscheidende Defizite traten spätestens dann zutage, wenn die Kontingenträger aufgefordert waren, Unterverteilungspläne aufzustellen. Im permanenten Widerstreit zwischen Planerfüllung und Anpassung an die Realität betrieblicher Leistungs- und Bedarfsstrukturen, schwankten sowohl die unterschiedlichen Kontingenträger als auch die Institutionen der DHG und versuchten ihre Entscheidungen möglichst bis auf den letzten Moment hinauszuzögern. Entschloß sich eine Seite zur Mitteilung „verbindlicher“ Weisungen, bewirkten die aufkommenden Widersprüche eine zögernde Haltung auf der anderen Seite: „Der Warenstau [...] ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß zwar Freigaben vorlagen, die Unterverteilung aber noch nicht durchgeführt war.“²⁶⁹ Daß der VEB Thüringer Schläuche- und Treibriemenweberei Langenleube für seine Produktion bereits Freigaben von der DHG besaß, obwohl von Seiten der Kontingenträger keine detaillierte Unterverteilung vorgenommen worden war, zeugt vom erheblichen Durcheinander des Verfahrens und beweist, daß eine lückenlose Koordination der Warenverteilung zwischen den beteiligten Organisationen nicht existierte. Die eine Hand wußte nicht, was die andere gerade tat.

266 DN5-526, Beständeuntersuchung beim VEB Woll- und Seidenweberei Biene, Greiz/Thür. vom 10. September 1949, Bl. 5f.

267 DN5-527, Beständeuntersuchung beim VEB Thüringer Schläuche- und Treibriemenweberei, Langenleube vom 10. September 1949, Bl. 2f.

268 DN5-537, PB über VEB Mechanische Webereien Niederorschel, vom 26. September 1949, Bl. 4.

269 DN5-527, Beständeuntersuchung beim VEB Thüringer Schläuche- und Treibriemenweberei, Langenleube vom 10. September 1949, Bl. 3.

Planungswillkür

Wenn die Zentralplanbürokratie bemerkte, daß der volkseigene Sektor im Zuge seiner Versuche, planmäßige Produktion zu gewährleisten, dennoch in eine falsche Richtung steuerte, betätigte sie ggf. die „Notbremse“. Solche Entscheidungen wurden von den VEB, denen der volkswirtschaftliche Aspekt ihrer Tätigkeit weitgehend unbekannt war, als sehr willkürlich wahrgenommen. Die unbemerkte, gesamtwirtschaftliche Überproduktion gewisser Gewebesorten führte im April 1949 zur sofortigen Einstellung der Produktion, nachdem sie bis zu diesem Zeitpunkt aufgrund gegenteiliger Aufrufe der Zentralplanbürokratie unter Aufbietung aller betrieblichen Kräfte vorangetrieben worden war. „Wir mußten sehr flott arbeiten, da wir den Plan erfüllen sollten. Am 30.4.49 erhielten wir von der VVB Webereien I/Chemnitz die Nachricht, daß auf Veranlassung der DWK dieser Schuhstoff abgestoppt werden mußte. Wir hatten eine große Anzahl Ketten angelegt, da wir in Doppelschicht arbeiteten. Diese mußten natürlich noch abgearbeitet werden. Wir haben uns dann gemeinsam mit der VVB bemüht, Freigaben zu erhalten und haben nichts unversucht gelassen, daß die Ware abgezogen wurde“²⁷⁰ An dieser Stelle brach das gesamte Plansystem zusammen; die Produktionsauflage wurde gestrichen; die Absatzplanung war ebenfalls hinfällig, nachdem sich bereits für das vorhandene Material keine Abnehmer fanden. Noch im März 1949 hatte „Die Wirtschaft“ prognostiziert: „Die Wirtschaft der Ostzone wird in ihrem ausschlaggebenden Teil, dem volkseigenen Sektor, niemals eine *kapitalistische* Überproduktion kennen.“²⁷¹ Sie durfte Recht behalten, unter der Annahme, es handelte sich im erwähnten Fall um das typische Beispiel einer *sozialistischen* Überproduktion. Diese resultierte aus der weitgehenden Unkenntnis über den tatsächlichen Bedarf der Wirtschaft und des privaten Sektors. Aufgrund der Verhältnisse sozialistischer Befehlswirtschaft, die den Absatzbereich im industriellen Sektor einschloß (Abnahmezwang!), ist die Größenordnung der sozialistischen Überproduktion im Vergleich zum Gesamtprodukt jedoch unmöglich exakte zu quantifizieren.

Eine andere Art der Willkür, die das Ergebnis der volkseigenen Betriebe belastete und die planmäßige Verteilung der erzeugten Güter verhinderte, waren Beschlagnahmungen durch verschiedene Organe der Staatsgewalt, der Wirtschaftsbürokratie und ihrer Kontrollorgane sowie der Besatzungsmacht. Die VEB sahen sich diesen Eingriffen hilflos ausgesetzt; Versuche, Freigaben des beschlagnahmten Materials zu erreichen, scheiterten häufig. „Die im Oktober 1948 beschlagnahmten Muster von ca. 5.000 Metern sind trotz Bemühungen des VEB noch immer nicht freigegeben worden und werden z.T. nicht mehr als normale Ware abgesetzt werden können, da sie vollkommen verstaubt sind.“²⁷²

Qualitative Mängel

Ein wichtiger Grund - neben dem ständigen Materialmangel - für die minderwertige Qualität der betrieblichen Erzeugnisse erwachsen aus der im volkseigenen

270 DN5-531, Brief des VEB Möbelstoffweberei Lunzenau an die RTA über VVB Webereien I, Chemnitz vom 3. September 1949.

271 O.N., Beseitigt die Warenstockungen, S. 175.

272 DN5-528, PB über VEB Seiden- und Wollweberei Berga, vom 10. September 1949, Bl. 2f.

Sektor üblichen Methode, die sogenannte Bruttoproduktion in den Mittelpunkt der betrieblichen Leistungsbemessung zu stellen.

Diese, auf Nominalgrößen basierende Rechnung ermöglichte - jedenfalls formal - den Tatbestand der „Planerfüllung“, denn sie berücksichtigte staatlich diktierte Preissteigerungen (vgl. FN 76, S. 25). Gleichzeitig verschleierte sie im Rahmen der markt- und preislosen sozialistischen Güterwirtschaft jeden Rest ökonomisch verwertbarer Informationen. In Verbindung mit dem Bemühen um quantitative Planerfüllung (Tonnenideologie, vgl. FN 272, S. 126) führte die „Bruttoproduktionsrechnung“ dazu, daß die volkseigenen Betriebe die Qualität ihrer Produkte hintanstellten. Vor dem Hintergrund der allgemeinen Mangelsituation, die sich bereits wie ein Schleier über die gesamte volkseigene Wirtschaft gesenkt hatte, trugen Qualitätsmängel erheblich dazu bei, weitere Störungen der vorgesehenen Verteilungspläne hervorzurufen. Reklamierte Ware konnte nur mit außergewöhnlichem Aufwand aufgebessert werden, was obendrein viel Zeit in Anspruch nahm. Für den Fall, daß dieser Weg nicht möglich war, wurde versucht, unter Inkaufnahme von Preisabstrichen oder unter Zuhilfenahme der Staatsgewalt, andere Verwendungsmöglichkeiten und „Bedarfsträger“ für die zurückgewiesenen Materialien zu finden: „Ein Teil der in 1948 und 1949 produzierten und verkauften Textil-Treibriemen mußte vom VEB zurückgenommen werden, da das Imprägniermittel nicht den Anforderungen in den zugewiesenen Abnehmerkreisen entsprach. [Die Folge waren ‘Reklamationen und Warenrückgaben sowie Warenannahmeverweigerung und Rückgabe der Freigabescheine’ (Bl. 1), T.M.] Durch eine Sonderaktion der DHG, Dresden, sind diese Treibriemen meist dem landwirtschaftlichen Sektor zugeflossen. Zunächst haben sie jedoch zu einem gewissen Warenstau geführt.“²⁷³

Die mangelhafte Qualität volkseigener Erzeugnisse ist außerdem durch Verwendung minderwertiger Ausgangsstoffe und improvisierte Produktionsmethoden zu erklären. Der allgemeine Materialmangel führte zur Substitution hochwertiger Stoffe durch zweit- oder drittklassige Surrogate, bis hin zur Verwendung gänzlich ungeeigneter Materialien: „Die Kunstseide-Futterstoffe stammen aus für Kleiderstoffe im II. Halbjahr 1948 zugeteilten, aber dafür ungeeignetem Material. Ein Bedarfsträger musste nach Fertigstellung erst gesucht werden.“²⁷⁴ Derartige Produkte ließen sich erfahrungsgemäß nur schwer oder überhaupt nicht absetzen. Wie üblich verbesserten auch sie zwar die Produktionsstatistik der volkseigenen Betriebe, um anschließend für VEB und Gesamtwirtschaft zum Problem zu werden. Waren die Lager der volkseigenen Herstellerbetriebe überfüllt und sämtliche Möglichkeiten erschöpft, Käufer zu finden, die bereit waren, zumindest halbwegs akzeptable Preise für die volkseigenen Produkte zu bezahlen (z.B. auf der Leipziger Messe), half nur noch ein Verramschen unter Vernachlässigung sämtlicher Preis-, Waren-, Bewirtschaftungs- und sonstiger Vorschriften: „Für den gesamten Warenstau, verursacht durch schlechte Qualität und zu hohe Preise, ist es jetzt nötig, daß die Deutsche Wirtschaftskommission eine geeignete Stelle beauftragt, diese Waren schnellstens frei und zu Preisen, die den Absatz ermöglichen, zu verkaufen. [...] Hier sollte schnell und nach vernünftigen wirtschaftlichen Erwä-

273 DN5-527, Beständeuntersuchung beim VEB Thüringer Schläuche- und Treibriemenweberei, Langenleube vom 10. September 1949, Bl. 2f.

274 DN5-528, PB über VEB Seiden- und Wollweberei Berga, vom 10. September 1949, Bl. 2f.

gungen, ohne Rücksicht auf formale Hemmnisse, gehandelt werden. Dabei wird es nötig sein, das eigene Verantwortungsbewußtsein aller mit der Warenbewegung beschäftigten Stellen zu stärken und nicht in jedem einzelnen dringenden Fall erst auf eine Anweisung aus Berlin zu warten.“²⁷⁵ Mangels systemeigener Mechanismen zur Krisenbewältigung mußten letztlich Elemente marktwirtschaftlicher Ökonomien („Preise, die den Absatz ermöglichen“) das thrombotische System zentraler Planwirtschaft über die Runden retten.

Die Besatzungsmacht - SMAD, GSOW und SAG - als zusätzlicher Unsicherheitsfaktor

Besonders eklatant wirkten sich Qualitätsmängel aus, wenn davon Lieferungen aus Reparationsaufträgen der Besatzungsmacht oder andere Sendungen an die GSOW oder SAG-Betriebe betroffen waren. Hier wurde nicht sonderlich rücksichtsvoll mit den Lieferanten umgesprungen. Die Einrichtungen der sowjetischen Besatzungsmacht lagen außerhalb des Einflußbereiches der deutschen Planbürokratie und ihrer Kontrollorgane und ließen sich nicht zur Annahme planmäßig vorgesehener Lieferungen verpflichten. Sie allein bestimmten, wann und wieviel Ware entgegengenommen wurde, ob Mängel vorlagen und inwieweit der „Preis“ gedrückt wurde. Regelmäßig mußten sich insbesondere die volkseigenen Betriebe darum kümmern, daß sie einen Interessenten für ihre Ware fanden. Die Vorstellung von Fritz Selbmann, daß im Rahmen der volkseigenen Wirtschaft „der Käufer den Verkäufer sucht“ (vgl. FN 215, S. 255) konnte durch die Praxis sozialistischer Zentralplanwirtschaft in der SBZ/DDR nicht bestätigt werden, was auch durch die „Lieferverpflichtung“ der VEB in Anordnung Nr. 312 dokumentiert wurde: „In den Fällen, in denen infolge von Fabrikationsmängeln ein Nichtabnehmen durch den Bedarfsträger, z.B. GSOW, erfolgte, verzögerte sich die Abnahme, da durch oft langwierige Verhandlungen die beanstandete Ware als II. oder III. Wahl später doch noch vom gleichen Bedarfsträger abgenommen wurde. In manchen Fällen wurde durch Bedrucken der beanstandeten Ware eine verspätete Abnahme erreicht. Verzichtete jedoch der Bedarfsträger restlos auf die beanstandete Ware, so fährt der VEB sofort zur DHT, um sich einen anderen Bedarfsträger nennen zu lassen, der z.T. erst nach einiger Zeit gefunden werden konnte.“²⁷⁶ Aber auch unabhängig von festgestellten Qualitätsmängeln wurden vereinbarte Abnahmetermine durch die Besatzungsmacht häufig nicht eingehalten: „Die fertigen Haupterzeugnisse wurden von der SMAD nicht rechtzeitig abgerufen.“²⁷⁷ Der zentrale Verteilungsplan wurde verletzt und die volkseigenen Betriebe zur Lagerstatt ihrer eigenen Produktion. Nicht nur im VEB Feintuchfabrik Gera vergrößerte sich auf diese Weise der überplanmäßige Bestand an fertigen Haupterzeugnissen. Es gab Versuche von Seiten der Produktionsbetriebe, daraufhin den Druck auf die sowjetischen Abnahmestellen zu erhöhen: „Die Wismut holt in neuester Zeit die ihr als versandfertig gemeldeten Waren nicht ab. Der VEB ist im Einvernehmen mit der VVB dazu übergegangen, nach 14 Tagen die versandferti-

275 O.N., Beseitigt die Warenstockungen, S. 176.

276 DN5-528, PB über VEB Seiden- und Wollweberei Berga, vom 10. September 1949, Bl. 4.

277 DN5-524, Beständeuntersuchung beim VEB Feintuchfabrik Gera vom 10. September 1949, Bl. 2.

ge Ware in Rechnung zu stellen.“²⁷⁸ Inwieweit derlei Rechnungen zur Kenntnis genommen wurden, fand im Rahmen der Revisionsberichte allerdings keine Erwähnung. Für den Fall, daß vorgesehene Lieferungen von der SMAD nicht angenommen wurden, vermochte die Besatzungsmacht dennoch, diese über Monate und Jahre hinweg zu blockieren, bevor sie - soweit noch verwendbar - der DHG zur Verteilung im volkseigenen Wirtschaftssektor wieder übergeben wurden. Dementsprechend wurden die Überbestände an Fertigwaren im VEB Seiden- und Wollweberei Berga begründet: „Das Baumwollgewebe aus Reparationsauftrag 1947 wurde als III. Wahl verworfen und für den zivilen Sektor erst im April 1949 freigegeben.“²⁷⁹

Versagen der planmäßigen Verteilungsorganisation in der Realität

Zehn Monate nach Einführung der neuen Regeln konstatierte die Elisabethhütte, VEB der VVB GUS Brandenburg a.d. Havel: „So einfach sich der Warenweg auf der Darstellung ausnimmt [Abbildung 12, S. 272, „Gegenwärtiger Warenweg für die volkseigenen Betriebe, T.M.], so umständlich und langwierig ist er in der Praxis.“²⁸⁰ Dabei stellte sie insbesondere die Fachkontore und Fachgebiete der DHG in den Mittelpunkt ihrer Kritik: „Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Aufschlüsselung und Weitergabe der Kontingente durch den Kontingenträger - in unserem Falle HV-Maschinenbau und Elektrotechnik - und die Bedarfsgruppe - in unserem Falle VVB GUS - schnell erfolgt, die Arbeit der DHG läßt dagegen viele Wünsche offen. So vergehen oft Wochen, bis wir eine Benachrichtigung erhalten, und zwar dann oft noch in der Form, daß wir von Berlin aus über den uns an sich bereits bekannten Umfang des uns zur Verfügung stehenden Kontingents unterrichtet werden mit der Maßgabe, dem Fachgebiet eine Spezifikation aufzugeben. Obwohl wir nach Aufgabe dieser Spezifikation annehmen müßten, daß nun alles klar ist, und die Lieferung durch das vorgesehene Lieferwerk erfolgen kann, kommen oft noch von diesem Rückfragen.“²⁸¹ Die Organisation der DHG hatte keinen Einfluß auf die im Plan vorgeschriebenen Warenzusammensetzungen und -mengen. Ihre Aufgabe hatte rein logistischen Charakter. Sie bestand darin, die unmittelbaren Kontakte zwischen den, im Unterverteilungsplan erwähnten, Bedarfsträgern und geeigneten Produzenten (= Lieferanten) der zu verteilenden Waren herzustellen. Gerade hier lag aber die entscheidende Schnittstelle, an der Planabweichungen offen zutage traten; Waren, die nicht hergestellt worden waren, konnten auch nicht verteilt werden. Damit war die DHG gezwungen, den „schwarzen Peter“ übernehmen. Aufgrund des umfassenden Meldewesens im volkseigenen Sektor, d.h., der monatlichen betrieblichen Produktionsmeldungen auf Formular „M 10“, wußte sie um den Output der einzelnen Betriebe. Das vorhandene Güterangebot war ihr also bekannt. Infolgedessen kannte sie auch jene Quantitäten, die im Vergleich zur Planvorgabe nicht zur Verfügung standen. Ihre Aufgabe bestand darin, das planmäßig vorgesehene Güterquantum zur Verteilung zu bringen. Sobald aber Abweichungen von den offiziellen Produk-

278 DN5-526, Beständeuntersuchung beim VEB Woll- und Seidenweberei Biene, Greiz/Thür. vom 10. September 1949, Bl. 5f.

279 DN5-528, PB über VEB Seiden- und Wollweberei Berga, vom 10. September 1949, Bl. 2f.

280 Fachkontor Chemie, Vereinfacht die Warenwege, in : Die Wirtschaft Nr. 19, Oktober 1949, S. 671.

281 Ebenda.

tionsauflagen existierten, waren die beiden Seiten nicht mehr vereinbar. Der Konflikt der DHG bestand darin, entweder die (fiktive) Planvorgabe oder die (reale) Produktionssituation der volkseigenen Betriebe zum Ausgangspunkt ihrer Koordinationstätigkeit zu machen. Legte sie die Planvorgaben zugrunde, mußte sie in Konflikt mit den Produktionsbetrieben und übergeordneten VVB geraten, die ihre Lieferverpflichtungen nicht einhalten konnten. Respektierte sie den realen Stand betrieblicher Produktionstätigkeit, reklamierten jene VEB, die auf ihre - planmäßig garantierten - Lieferungen angewiesen waren.

*Kontingenträgersektor versus Deutsche Handelsgesellschaft
(DHG)*

Wenn sich Probleme bei der Planeinhaltung einstellten, wurden auch einfachste Dinge zur „Chefsache“ und wanderten in der Entscheidungshierarchie automatisch eine Stufe zurück nach oben, womit das angestrebte System einer „geregelten Warenbewegung“ spätestens hinfällig wurde. Der VEB Elisabethhütte machte seine Situation am konkreten Beispiel deutlich:

„Lt. Mitteilung vom 11. Juli 1949 erhalten wir von der VVB GUS die Mitteilung, daß uns vom DHG, Fachkontor Chemie, Berlin C2,

- 300 kg Rostschutzfarben,

- 40 kg Kunstharzlacke,

- 100 kg Öllacke

zugeteilt werden. Gerade die erste Position war für uns besonders dringend, weil wir diese für Investitionsarbeiten benötigten, um die seit langem errichteten Eisenkonstruktionen mit dem Schutzanstrich versehen zu können. Eine Benachrichtigung durch das Fachkontor ging uns nicht zu, so daß wir anlässlich eines Besuches in Berlin bei dem Fachkontor vorsprachen. Dort wurde uns erklärt, daß die Weitergabe mit Formblatt M 493 bereits am 12. Juli 1949 nach Dresden [zuständiges Fachgebiet, T.M.] erfolgt sei.

Die Freigabe erhielten wir am 24. August mit Angabe der Lieferwerke, denen wir die Spezifizierung aufgaben. Am 9. September erhalten wir ein Schreiben der VVB Lacke und Farben, mit dem wir nochmals aufgefordert werden, unsere Wünsche bekanntzugeben.

Heute, am 13. September, haben wir nach acht Wochen immer noch keine Farbe und können das Rüstzeug an der Gichtbühne nicht abbauen. Es ist u. E. untragbar, wenn das Fachgebiet der DHG für die Bearbeitung einer Zuteilung fünf Wochen benötigt, denn praktisch ist die Materiallage in den einzelnen Betrieben so, daß keine Vorräte vorhanden sind, da diese sich nach den Richtsatzplänen richten.

Um einen ungestörten Arbeitsablauf sicherzustellen, ist es daher erforderlich, daß die Fachgebiete längstens innerhalb einer Woche nach Eingang des Formblattes M 393 die Auslieferungspläne oder Freigaben ausstellen. Hier scheint uns der hauptsächlichste Mangel zu liegen. Das vorgenannte Beispiel läßt sich von uns und sicherlich auch von vielen anderen Betrieben beliebig erweitern.“²⁸²

Das Beispiel zeigt, wie sehr die theoretisch aufgezeigte Verteilungsstruktur durch reale Zwänge aufgeweicht wurde:

- Dem VEB wurde sein Kontingent vom Fachkontor in Berlin zugewiesen; laut Plan hätte dies durch das Fachgebiet geschehen müssen.

- Daß der Empfängerbetrieb dem Lieferbetrieb die gewünschte „Spezifizierung“ mitteilen mußte, offenbarte die Unvollständigkeit der staatlichen Planvorgabe.
- Entgegen des vorgesehenen Verfahrens wurde mit „Freigabe“ der planmäßigen Kontingente durch das DHG-Fachgebiet offensichtlich keine Warenbewegung ausgelöst.
- Der unmittelbare Kontakt zwischen Lieferanten und Empfänger bewahrte nicht vor einer Rückwärtsbewegung des Auslieferungsverfahrens, die durch den überraschenden Eingriff der Lieferanten-VVB markiert wurde. Vermutlich waren die, im Rahmen der „Spezifizierung“ angeforderten Materialien, beim ausgewählten Lieferbetrieb nicht vorrätig.

Die öffentliche Beschuldigung der DHG veranlaßte sie zu einer Rechtfertigung, welche „Die Wirtschaft“ im November 1949 abdruckte: „Aus der Elisabethhütte der VVB (Z) GUS wurde in Unkenntnis der Sachlage eine Kritik geübt, zu der wir unter Beibringung aller Unterlagen, wie folgt Stellung nehmen: Die schematische Darstellung [... Abbildung 12, S. 272] zeigt deutlich, daß die Kontingente der HV Materialversorgung durch die Ebenen Kontingenträger-Bedarfsträgergruppe-Betrieb (= Empfänger) laufen. In den einzelnen Phasen erfolgt jeweils zum Zwecke der Kontrolle die Unterrichtung des Handelsorganes.

Nach den hier vorliegenden Unterlagen gestaltet sich für das von der VEB Elisabethhütte angeführte Beispiel zeitlich der Ablauf in der linken Säule wie folgt: Am 20. Mai 1949 erhält der Kontingenträger, die HV Maschinenbau und Elektrotechnik, mittels Formblattes M 493, das Kontingent an Lacken und Farben. Der Durchlauf von der HV Maschinenbau und Elektrotechnik über die Bedarfsträgergruppe, die VVB (Z) GUS, bis zur Erstellung des erforderlichen, die Empfänger ausweisenden Unterverteilungsplanes, mit gleichzeitiger Lieferantenangabe und Bestimmung der einzelnen Sorten, benötigt 47 Tage. [d.h., bis zum 6. Juli, T.M.] Die letzte Benachrichtigung, mit der die Elisabethhütte dem Handelsorgan ihre Sortenwünsche bekanntgibt, datiert vom 9. August 1949. Am 19. August geht sie, unter Berücksichtigung des Postweges von 10 Tagen, bei dem Fachgebiet Lacke und Farben in Dresden ein. Am 20. August 1949 erfolgt die Freigabe mittels Formblattes M 50, in welchem als Lieferant die VVB Lacke und Farben, Leipzig-Leutzsch, mit ihren Betrieben Teltower Lackfabrik und Chemische Fabrik Schollene festgelegt ist.

Diese Freigaben sind auf dem Postwege dem Empfänger, also der VVB (Z) GUS, und dem Lieferanten, also der VVB Lacke und Farben, am gleichen Tage zugestellt worden. Es ist deshalb wesentlich, abschließend festzustellen, daß der Sektor Kontingenträger vom Tage des Eingangs der Zuweisung durch HV Materialversorgung auf M 493 bis zum Eingang der erforderlichen Unterlagen beim Fachgebiet zur Durchführung seiner Aufgabe 92 Tage benötigt hat, während das Handelsorgan nur einen Tag benötigte.“²⁸³

Tatsächlich festzustellen ist, daß der VEB Elisabethhütte bis zum 13. September 1949 ohne Materialversorgung blieb, obwohl die entsprechende HV schon am 20. Mai 1949 über die Kontingenzuteilung informiert worden war. Gleichzeitig ist zu konstatieren, daß im Rahmen des Auslieferungsverfahrens jede beteiligte Institution eine eigene Interpretation ihrer Aufgaben besaß. Während nach offizieller

283 Fachkontor Chemie, Vereinfacht die Warenwege, in : Die Wirtschaft Nr. 21, November 1949, S. 747.

Darstellung, repräsentiert durch die Zeitschrift „Die Wirtschaft“, die Aufgabe der DHG darin bestand, die detaillierte Abstimmung einzelner Empfänger und Lieferanten vorzunehmen, reklamierte sie für sich selbst nur eine Kontrollfunktion. Die DHG beantwortete nicht die Frage, was ihre Organisation zwischen der Übersendung des Formblattes M 493 an das Fachgebiet in Dresden am 12. Juli 1949 und der Güterfreigabe am 20. August in besagter Angelegenheit unternahm. Wie allgemein üblich, versuchte auch die DHG, alle Schuld für die ausgebliebene Warenlieferung bei anderen Institutionen zu suchen. Die angegebenen 92 Tage wurden als jener Zeitraum definiert, der vom „Kontingenträgersektor“ benötigt wurde, um alle benötigten Unterlagen für eine Freigabe an das zuständige Fachgebiet zu übermitteln. Diese Phase betraf die Zeit vom 20. Mai (Kontingenträger erhielt Kontingentmitteilung) bis zum 19. August (Eintreffen der letzten Korrespondenz des Empfänger-VEB, seine besonderen Materialwünsche betreffend). Dabei stellte sich die DHG verallgemeinernd als untergeordnete Gegenseite zum Kontingenträgersektor dar, dem die Hauptverwaltungen der DWK, die VVB und auch die VEB zuzurechnen waren. Sowohl die VVB als auch die VEB konkurrierten bei den vorgesetzten Wirtschaftsorganisationen um dasselbe Material. Die DHG zog sich bei ihrer Rechtfertigung auf den Standpunkt zurück, so lange mit den Freigaben warten zu müssen, bis sich die Institutionen des Kontingenträgersektors selbst auf eine bestimmte Verteilung geeinigt hätten. Dabei baute sie jene „Benachrichtigung“ der Elisabethhütte vom 9. August auf zum entscheidenden Signal für die Freigabe der vorgesehenen Warenlieferung. Erst dieser Kontakt habe jenen 92-Tage langen Zeitraum beendet, währenddessen der DHG nach eigenem Dafürhalten aufgrund fehlender Unterlagen die Hände gebunden waren. Diese Erklärung war unzureichend in Anbetracht der Tatsache, daß sowohl die VVB als auch die DHG mit Briefen aus dem Produktionssektor regelrecht bombardiert wurden, worin die VEB versuchten, ihre Situation darzustellen und entsprechende Forderungen geltend zu machen. Ein solcher Brief hatte de facto, wenn überhaupt, nur sehr untergeordnete Bedeutung. Außerdem besaß die Ebene der VEB - entgegen der DHG-Darstellung - generell keinerlei Einfluß darauf, wann ihr wieviel Material zugeteilt wurde. Aber auch die Kritik des VEB, die dem Fachgebiet der DHG die alleinige Schuld am Ausbleiben der Lieferung gab, verfehlte ihren Sinn: Die Freigabe der DHG konnte in der Realität bestenfalls dann eine Warenbewegung auslösen, wenn sich die vorgesehenen Materialien tatsächlich im Lager der planmäßig vorgesehenen Liefer-VEB befanden. Im konkreten Beispiel war das offensichtlich nicht der Fall; dementsprechend sinnlos wäre also auch eine frühere Freigabe gewesen.

Spiel auf Zeit

Sowohl die Bedarfsgruppe der VVB als auch die Fachgebiete der DHG spielten angesichts der gegebenen Materialsituation auf Zeit. Mangels auszuliefernder Güter oder nicht gegebener Einigung bezüglich ihrer Verteilung, forderten sie die Empfänger-VEB immer wieder aufs neue dazu auf, bereits näher spezifizierte Warenwünsche nochmals zu konkretisieren. Während die VEB damit beschäftigt waren, die verlangten Auskünfte zusammenzustellen, warteten die vorgesetzten Stellen darauf, daß sich die Voraussetzungen planmäßiger Warenverteilung verbesserten - beispielsweise durch Eintreffen passender Produktionsmeldungen. Diese Vorgehensweise ist ein weiteres Beispiel für die Machtlosigkeit der zentral-planwirtschaftlichen Organe und ihre Strategie, Verantwortung für Planabwei-

chungen von der eigenen Institution abzulenken und auf jene Organe zu projizieren, die die geringsten Möglichkeiten besaßen, das Geschehen mitzubestimmen - die volkseigenen Betriebe.

Freigaben

Freigabeverfahren

Die DWK legte sich auch 1949 nicht auf ein einheitliches Freigabeverfahren fest. Laut Anordnung hatten Freigaben allein durch die Hauptverwaltung Materialversorgung bei der DWK, bzw. die durch die beauftragte DHG zu erfolgen. Seit dem 1. Januar 1949 galten als Freigaben entweder

- der als Freigabeanweisung geltende Plan oder
- besondere Freigabeanweisungen.²⁸⁴

Formal war damit das Thüringer Modell (Warenfreigabe ohne Produktionsmeldung) auf die gesamte SBZ ausgeweitet worden, mit der ohnehin jederzeit gegebenen Option unmittelbarer Eingriffe durch die Zentralplanbürokratie. Angesichts der Unsinnigkeit von Freigaben ohne Existenz der entsprechenden Ware, wurde auch weiterhin teilweise auf Produktionsmeldungen der VEB als Freigabevoraussetzung zurückgegriffen: „Für die geplante Produktion erhält der VEB über seine VVB von der DHT mit der Produktionsauflage den Bedarfsträger genannt und nach Produktionsmeldung die dazu nötigen Freigaben. Der VEB setzt sich bereits vor Fertigstellung der Ware [Unterstreichung im Original, T.M.] mit dem Bedarfsträger in Verbindung, so dass demnach an der für 1949 geplanten Produktion kein Warenstau entstehen kann.“²⁸⁵ Der unmittelbare Kontakt zwischen Lieferant und „Bedarfsträger“ diente der rechtzeitigen Mitteilung sogenannter „spezifizierter Einstellungen“²⁸⁶ der Bedarfsträger, damit sich der Lieferant im Rahmen seiner Möglichkeiten darauf einstellen konnte. Die detaillierte Bedarfsmeldung der Empfänger-VEB hatte offensichtlich die Funktion einer „Feinabstimmung“ der zentralen Verteilungspläne. Oftmals waren die Freigaben der DHG aber zu ungenau und lieferten den Produzenten nicht ausreichend Informationen über die vorgesehenen Bedarfsträger. Statt dessen mußten die Lieferanten so lange abwarten, bis von Seiten der - noch immer unbekannten - Abnehmer klare, erfüllbare Detailanforderungen eintrafen: „Wir stellten fest, daß die auf den Freigabescheinen der DHG, Fachkontor Leder, Dresden, genannten Bedarfsträger nun ihrerseits nochmals Freigabescheine mit neuen Bedarfsträgern ausstellen und hierzu unverantwortlich viel Zeit gebrauchen, obwohl der [Liefer-] VEB alles versucht hat, eine schnellere Bearbeitung zu erreichen. [...] Die endgültigen Abnehmer werden vom VEB nach Vorliegen der Freigabescheine der DHG-Erfurt nunmehr aufgefordert, ihrerseits Einteilungen vorzunehmen. Auch hierfür wird unverhältnismäßig viel Zeit gebraucht, zumal diese Endabnehmer meistens nur einen Teil abrufen und den Rest zu späterer Einteilung anstehen lassen. [...] Es muß unter allen Umständen erreicht werden, daß die Bedarfsträger sofort die Unterbedarfsträger nennen

284 Anordnung über die Verteilung von industriellen und gewerblichen Waren in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands vom 2. Dezember 1948. In: Die Wirtschaft Dez. 1949, Heft 18, S. 564.

285 DN5-528, PB über VEB Seiden- und Wollweberei Berga, vom 10. September 1949, Bl. 3f.

286 DN5-527, Beständeuntersuchung beim VEB Thüringer Schläuche- und Treibriemenweberei, Langenleube vom 10. September 1949, Bl. 3.

und diese, ebenfalls sofort, für die gesamte Freigabe ihre spezifizierte Einteilung dem VEB einreichen. Es geht nicht an, daß die Bedarfsträger den VEB als Lagerhalter betrachten.“²⁸⁷ Den Plan als Freigabeanweisung zu begreifen, entband die Wirtschaftsführung zunächst von jeder weiteren Verantwortung. Sie hatte ihren Teil - die Planaufstellung und -verabschiedung - erledigt; sollten die VVB und VEB sich nun selbst darum kümmern, ihre Produktion auch dementsprechend durchzuführen! Die Praxis allgegenwärtigen Materialmangels zeigte, daß die Produktion der volkseigenen Wirtschaft nicht das avisierte Niveau gesamtwirtschaftlicher Güterverteilung erreichte. Trotzdem wurden parallel zum Mangel häufig Fälle dokumentiert, in denen planmäßig zu verteilende Güter beim „Bedarfsträger“ nicht willkommen waren, weil im Vorfeld der Lieferung keine Rücksprache mit ihm vorgenommen worden war. Diese Lieferungen konnten dort nicht oder noch nicht verwendet werden und belasteten im folgenden die Einhaltung der Richtsatzpläne des „Bedarfsträgers“, bzw. seine Läger, wo die Waren ggf. sogar dem physischen Verfall anheimfielen. Verweigerungen bei der Warenannahme von Seiten der Empfängerbetriebe führten dazu, daß man dazu überging, Freigabescheine mit dem Vermerk „Nicht ausliefern ohne Einverständnis des Empfängers“ zu versehen. Produktionsbetriebe erhielten also künftig ggf. kein Einverständnis mehr für die Auslieferung ihrer Halbfertigwaren.²⁸⁸ Das führte in der Praxis, laut Aussage der Prüfer, zu verzögertem Versand und damit zum gefürchteten „Warenstau“.²⁸⁹ Absatzplan und Annahmeverweigerung standen sich in diesen Fällen entgegen. Nun stapelte sich die Ware nicht mehr beim Empfänger. Statt dessen wurden übervolle Lager bei den Produzenten festgestellt und mit „mangelhaftem Abruf der Bedarfsträger“²⁹⁰ begründet. Das Problem unzureichender Warenverteilung war also nicht gelöst, sondern innerhalb des Systems nur verlagert worden.

Fehlende Freigaben als Spiegel mangelnder Plankoordination

Wie groß die Schwierigkeit der DHG war, zeitgleich versandbereite Warenkontingente, planmäßig passende Bedarfsträgerbetriebe und das offizielle Placet zur Durchführung der einzelnen Warenlieferungen zu finden, wurde dokumentiert durch das häufige Phänomen fehlender Freigaben. Sie ließen z.T. auch noch Monate nach Produktionsmeldung der VEB auf sich warten. „Die Rohstoffe für die Oberbekleidungsstoffe trafen beim VEB erst in den letzten Wochen 1948 ein, der Webprozeß erfolgte bis etwa März 1949 und die Freigabe der Ware erhielt der VEB erst im April bis Juni 1949.“²⁹¹ Fehlende Freigaben bedeuteten entweder, daß planmäßig vorgesehene Bedarfsträger zum betreffenden Zeitpunkt noch nicht bereit waren, die für sie vorgesehenen Güter zu empfangen, oder, daß die DHG rein technisch nicht imstande war, den Absatz nach Planvorgabe zu koordinieren. Außerdem konnte es geschehen, daß schon von Seiten der Kontingenträger konkrete Zuordnungen bestimmter Liefer- und Empfänger-VEB erfolgt waren;

287 Ebenda.

288 Vgl. DN5-561, Brief der Geraer Wollen- und Seidenweberei an die zuständige VVB vom 1. September 1949: „Wir Weber müssen [...] die Kosten und das Risiko für überdisponiert früh anfallende oder verspätete und dann stoßweise zu hoch erfolgende Lieferungen der Spinner [...] tragen.“

289 Vgl. DN5-528, PB über VEB Seiden- und Wollweberei Berga, vom 10. September 1949.

290 DN5-527, Beständeuntersuchung beim VEB Thüringer Schläuche- und Treibriemenweberei, Langenleube vom 10. September 1949, Bl. 1.

291 DN5-537, PB über VEB Mechanische Webereien Niederorschel, vom 26. September 1949, Bl. 4.

Anordnungen, die nicht verletzt werden durften, obwohl sich aktuell herausstellte, daß andere Kombinationen leichter und schneller realisierbar gewesen wären. Klagen der Hersteller-VEB über fehlende Freigabescheine durch die DHG, waren fester Bestandteil sämtlicher Prüfungsberichte über Bestände-Untersuchungen durch die RTA-Revision. Ihrer Lieferpflicht entsprechend, bedrängten die VEB die DHG mittels persönlicher Besuche der Betriebsleitungen, endlich Freigaben für produzierte Ware zu erteilen. Hier liegt eines der überraschenden Momente zentraler Planwirtschaft der SBZ/DDR: Selbst im Zeichen größten Mangels war das System nicht nur außerstande den Output der volkseigenen Betriebe einer effizienten Verwendung zuzuführen, sondern es war vielfach nicht einmal imstande, diese Güter aus den Lagern zu verbannen und einer beliebigen, sinnvollen Nutzung zuzuführen: „Da die DHG, Erfurt, im I. Quartal 1949 fast keine Freigabescheine ausstellte, musste automatisch ein grösserer Warenstau eintreten. Der VEB hat zwar an die VVB seinen Warenstau gemeldet, hat aber unterlassen, durch persönliche Anmahnungen Freigabescheine zu erhalten, um die Überbestände zu verringern.“²⁹² „Die Freigabescheine der DHG, Fachkontor Leder, Dresden, sind im I. Quartal 1949 nicht rechtzeitig und nicht in Höhe der gemeldeten Bestände eingegangen.“²⁹³ „Das Kunstseide-Ärmelfutter aus Produktionsplan 1949 wurde erst durch persönliche Vorsprache bei der DHG in Erfurt [...] freigegeben.“²⁹⁴ „Im 1. Quartal 1949 war die Erteilung von Freigabescheinen durch die DHT trotz vieler persönlicher Vorsprachen des VEB sehr gering, so daß im März 1949 ein größerer Warenstau eingetreten ist.“²⁹⁵ Versuche der volkseigenen Produzenten, fehlenden Freigaben durch rechtzeitige, direkte Kontaktaufnahme mit den - soweit bekannt - planmäßig vorgesehenen Bedarfsträgern entgegenzuwirken, markierte den zunächst inoffiziellen Trend zur Dezentralisation für den Fall des Versagens der zentralen Organisationsprinzipien. Die individuellen Absprachen der VEB wurden von offizieller Seite gutgeheißen, so lange sie sich zugunsten der Planerfüllung auswirkten. Ansonsten waren sie Makulatur. Ohnehin bargen sie erhebliche Unsicherheiten, weil keiner der VEB zuverlässig garantieren konnte, seinen Part tatsächlich einzuhalten.

Annahmeverweigerung auf hohen Fertigungsstufen

Das Problem der Annahmeverweigerung verschärfte sich von Fertigungsstufe zu Fertigungsstufe. Während im volkseigenen Sektor größtes Interesse an Werkstoffen in niedrigster Verarbeitungsstufe (vielfältig verwendbar) und dementsprechend Rohstoffmangel herrschte, verkomplizierte sich das Verhältnis zwischen Herstellern und Empfängern von Gütern höheren Verarbeitungszustandes mit jeder weiteren Fertigungsstufe. Je komplexer die Verarbeitungsvorgänge und je verwobener die nötige Zusammenarbeit unterschiedlicher Weiterverarbeitungsbetriebe, desto größer die Wahrscheinlichkeit, daß die Produktion nicht planmäßig erfolgen konnte. Es stellten sich immer mehr quantitative, qualitative und tempo-

292 DN5-526, Beständeuntersuchung beim VEB Woll- und Seidenweberei Biene, Greiz/Thür. vom 10. September 1949, Bl. 1.

293 DN5-527, Beständeuntersuchung beim VEB Thüringer Schläuche- und Treibriemenweberei, Langenleube vom 10. September 1949, Bl. 2f.

294 DN5-528, PB über VEB Seiden- und Wollweberei Berga, vom 10. September 1949, Bl. 2f.

295 DN5-537, PB über VEB Mechanische Webereien Niederorschel, vom 26. September 1949, Bl. 4.

räre Planabweichungen ein. Die Produktion kam ins Stocken, und planmäßig angelieferte Halbfertigware mußte eingelagert werden, bzw. blieb beim Hersteller liegen. Als Ergebnis der staatlichen Versorgung volkseigener Betriebe waren gleichzeitig zu verzeichnen: Allgegenwärtiger Mangel an Roh- und Hilfsstoffen sowie erhebliche Verschwendung in Form blockierter Lagerbestände von Halb- und Fertigwaren.

Produzent als Warenlager

Die Bemühungen der VEB, ihre fertig produzierten Erzeugnisse zu verkaufen, nahmen immer größeren Raum ein, nachdem sich im Laufe des Jahre 1949 herausgestellt hatte, daß der gesamte Anteil ihrer Produktion, der sich nicht planmäßig absetzen ließ, im eigenen Hause liegen blieb und die Finanzen belastete. Der sukzessive Abruf kleiner Kontingente durch die Bedarfsträger verlangte nach Lagerkapazitäten der Herstellerbetriebe und verkomplizierte ihre Lieferverpflichtung weil der Versand nicht am Stück sondern in mehreren Einzellieferungen zu erfolgen hatte: „Die Bedarfsträger lassen sich [...] mit dem Abruf der] freigegebenen Waren viel Zeit, indem sie oftmals nur kleine Posten abrufen.“²⁹⁶ Obendrein ließ die Bezahlung des vorgesehenen Gesamtkontingents länger auf sich warten: „Der endgültige Bedarfsträger gibt nur für einen Teil die Einteilung an, während der Rest zur späteren Spezifikation bestehen bleibt und somit nicht berechnet werden kann.“²⁹⁷ Im Lager der Hersteller warteten aber nicht nur Bestände zur Lieferung an andere VEB, sondern auch Waren, die für den Interzonenhandel vorgesehen waren. Diese Geschäfte waren von der politischen Großwetterlage abhängig und dementsprechend unsicher. So schleppend sich die Handelsbeziehungen mit den Westzonen entwickelten, so groß waren die Lagerbestände, die sich über Monate bei den VEB befanden: „Der Zellwoll-Kleiderstoff aus Produktion 1948 ist für Interzonenhandel für die VVB Webereien I reserviert gewesen und erst Ende März zum Teil abgezogen worden. Über den Rest ist am 31.3.1949 und am 30.6.1949 von der DHT für den zivilen Sektor verfügt worden.“²⁹⁸ Konnten die vorgesehenen bilateralen Geschäfte nicht zum Abschluß gebracht werden, waren die entsprechenden Kontingente der eigenen Wirtschaft zur Verfügung zu stellen, was im Rahmen der zentralen Planwirtschaft ein langwieriger, an Korrespondenzen reicher Prozeß war. „Die Uniformstoffe wurden bereits in den Monaten Juni bis August 1948 erzeugt und waren eine Zeit lang für ein Kompensationsgeschäft mit dem Westen vorgesehen, welches sich zerschlug. Die Bestände mußten erneut der DHT gemeldet werden, die wiederum erst einen Bedarfsträger suchen mußte.“²⁹⁹

Transport- und Verpackungsprobleme

Zur Umsetzung von Verteilungs- und Unterverteilungsplänen mußten im Rahmen der SBZ-Zentralplanwirtschaft der Vertrieb, bzw. die Verteilung der Güter entsprechend den gegebenen Transportkapazitäten geplant werden. Zu diesem

296 DN5-531, Entwurf des Prüfungsberichtes über Beständeuntersuchungen bei dem VEB Möbelstoffweberei Lunzenau, vom 2. September 1949, Bl. 4.

297 DN5-527, Beständeuntersuchung beim VEB Thüringer Schläuche- und Treibriemenweberei, Langenleube vom 10. September 1949, Bl. 2f.

298 DN5-528, PB über VEB Seiden- und Wollweberei Berga, vom 10. September 1949, Bl. 2f.

299 DN5-537, PB über VEB Mechanische Webereien Niederorschel, vom 26. September 1949, Bl. 4.

Zweck waren Transportpläne aufzustellen, die garantieren sollten, beschädigte Straßen, das demontierte Schienennetz und geringe Transportkapazitäten möglichst effizient auszunutzen. Als Voraussetzung für die lückenlose Planaufstellung schien es der DWK sinnvoll zu sein, die Hersteller der Waren auch für deren Versand verantwortlich zu machen, nachdem sich bislang die Empfänger darum kümmern mußten. Im offiziellen Jargon wurde deklariert: „An Stelle des bisherigen Holsystems wird für die ganze Zone einheitlich das Liefersystem eingeführt. Nicht der Empfänger der Ware ist für den Versand verantwortlich - wenn er sich auch weiterhin dafür interessieren sollte, sondern der produzierende Betrieb bzw. der Lagerhalter. Der Lieferplan ersetzt die bisherigen vielen Papiere (Bezugsberechtigungen, Lieferanweisungen usw.). Der Warenbegleitschein wird vom Absender selbst ausgestellt.“³⁰⁰ Ab 1. Januar 1949 wurde mit der zweiten, oben genannten Anordnung der DWK (Anordnung Nr. 312 über die Versandverpflichtung von Waren und die Einführung eines Warenbegleitscheines vom 1. Januar 1949) die sogenannte Versandverpflichtung eingeführt. Das dezentrale Wissen der Produktionsbetriebe sollte das Problem lösen: Sie hatten ihren Transportbedarf künftig für einen Monat im voraus zu deklarieren, sowohl in der Gesamtsumme als auch unterteilt nach Größe der einzelnen Transporte. Produktionsplan und Transportplan wurden an dieser Stelle miteinander verknüpft, wobei der Erfolg des zweiten, unabhängig vom logistischen Gelingen, von der Erfüllung des ersten abhängig war. Für den Fall, daß die Produktion hinter der gesetzten Planvorgabe zurückblieb, waren auch die Transportpläne nur noch Makulatur oder mußten den neuen Umständen immer wieder schnell angepaßt werden. Der Versuch der Planbürokratie, sich das Wissen der Betriebe um genau erforderliche Transportkapazitäten zunutze zu machen, ist ein Beispiel für das ständige Dilemma systemimmanenter „Verbesserungen“ der Zentralplanwirtschaft: In Gewissheit der Unmöglichkeit, von zentraler Stelle aus den Warenumschatz und -transport der gesamten SBZ exakt zu planen und zu organisieren, versuchte die Planbehörde, sich nunmehr das betriebliche Wissen um erforderliche Transportkapazitäten zunutze zu machen. Jedoch anstatt auf diesem Wege zu effizienten Lösungen zu kommen, wurde allenfalls „Verantwortung“ von der Planbürokratie auf die Betriebe verlagert. Spezifische Kenntnisse über mutmaßliche, individuell erforderliche Transportkapazitäten konnten sich gesamtwirtschaftlich nicht positiv auswirken, solange die Betriebe aufgrund Material- und Rohstoffmangels nicht verlässlich wußten, wie hoch ihre Produktion am Monatsende sein würde, bzw. ob zum anvisierten Zeitpunkt das Einverständnis des vorgegebenen Empfängers zur Warenanlieferung vorliegen würde. Angesichts der Unvorhersehbarkeit, wann die detailliert vorgegebenen Warenkontingente zur Verfügung standen und an die planmäßigen Bedarfsträger ausgeliefert werden durften, war die Verpflichtung, Sammeltransporte über Wochen im Voraus zu planen, rein illusorisch. Auch, daß die Bedarfsträger ihre Lieferungen nur noch sukzessive abriefen und somit die eigenen Lager auf Kosten der Produzenten frei von überflüssigem Material hielten, machte eine zuverlässige Transportplanung unmöglich.

Der Trend zu langen Transportwegen

Versorgungs- und Lieferbedürfnisse des volkseigenen Sektors traten im gesamten Wirtschaftsraum der SBZ in unterschiedlichen Intensitäten permanent in Erschei-

nung und waren dementsprechend auch zu befriedigen. Die willkürliche Kraft des Systems zentraler Verwaltungswirtschaft, d.h., die totale Verfügbarkeit aller volkseigenen Betriebe, erlaubte der Zentralplanbürokratie, diese Bedürfnisse unter Vernachlässigung rationaler Argumente auf ökonomisch unsinnige Weise zum Ausgleich zu bringen. Dazu gehörte insbesondere der Trend, räumliche Distanzen zu unterschätzen, wenn es darum ging, ein akutes, materielles Problem zu lösen. Die DHG versuchte, die Verteilung nach plandeterminierten, aktuellen Dringlichkeiten zu organisieren. Dabei stand die quantitative, materielle Planerfüllung zweifelsohne im Vordergrund. Infolgedessen wurden mitunter Geschäfte vermittelt, die zwar der aktuellen Planerfüllung dienten, gleichzeitig aber künftiger Planerfüllung schaden, weil räumliche Faktoren in der ökonomischen Betrachtung vernachlässigt wurden. Solche Entscheidungen verstießen gegen jede Rationalität sparsamer Mittelverwendung. Die offensichtlichste Ausprägung dieses Verfahrens waren Lieferungen, die unter Inkaufnahme erheblicher Transportwege durchgeführt wurden. Dabei gab den Ausschlag, daß die DHG zeitgleich informiert wurde über versandfertige, passende Güterkontingente und entsprechend berechnete Bedarfsträger. Daß sich Hersteller gleicher Produkte in der Nähe des betreffenden Adressaten befanden, spielte insofern eine untergeordnete Rolle, als dieser das gleiche Angebot zur selben Zeit nicht bereitzustellen vermochte: „Der Werksleitung ist es unverständlich, dass z.B. Ziegelsteine aus einer Ziegelei in Löbau/Sa. (200 km von der Baustelle entfernt) angeliefert werden, obwohl in unmittelbarer Nachbarschaft (15 km von der Baustelle) eine Ziegelei vorhanden ist, die ohne weiteres in der Lage wäre, den Bedarf zu decken. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der Lieferung von Bauholz. Dies wird durch die DHZ aus Mecklenburg nach Olbersdorf b. Zittau zum Einschnitt geliefert. Von dort wird es per Waggon nach Bösdorf gebracht, hier entladen und per Fuhrwerk nach Eytha zum Spunden gefahren. Von dort kommt es dann an die Baustelle. Auch in diesem Falle wären die in nächster Nähe liegenden Sägewerke in der Lage, den Bedarf des Werkes zu decken.“³⁰¹ War aber der Kreislauf regionaler Geschäftsbeziehungen einmal durchbrochen, verselbständigte sich der Trend zu langen Warenwegen. Zunächst blieb der Nachbarbetrieb unberücksichtigt, später mußte er seine Waren in entfernte Regionen verschicken weil die nähere Umgebung bereits von woanders beliefert worden war. Die Begründung für diese Verschwendung lag darin, daß die DHG die Koordination der Warenbewegungen an den monatlichen Warenaukkommensanzeigen (Formular M 10) der VEB ausrichtete. Dabei konnte sie auf „Nebensächlichkeiten“, wie die Entfernung der Betriebe nur wenig Rücksichten nehmen. Sie hatte keine Möglichkeit, inhaltliche Veränderungen der Produktionsauflagen vorzunehmen, z.B. eine mengen- und zeitmäßige Abstimmung der Produktion benachbarter Betriebe anzuordnen. An diesem Beispiel wird deutlich, wie sich die Verwirklichung des Zentralplans für die gesamte SBZ auf das Ergebnis niederschlug. Dezentrale Vertriebsstrukturen hätten zwar erheblich weniger Transaktionskosten verursacht, waren aber innerhalb des Systems der Zentralplanwirtschaft organisatorisch nicht zu leisten. Die Notlösung des SBZ-weiten Spontan-Vertriebes jeglicher Güter leistete dem Trend üppiger Verschwendung in der zentral verwalteten Wirtschaft der SBZ/DDR weiteren Vorschub.

301 DN3-1095, Abschlußprotokoll zum PB über das Stahl- und Hartgusswerk Leipzig, Abteilung Bösdorf/Elster vom 22. Oktober 1949, Bl. 2.

Fehlendes Verpackungsmaterial

Ebenso wie knapper Transportraum behinderte auch fehlendes Verpackungsmaterial die Aufstellung brauchbarer Transportpläne. Dieser Mangel bewirkte, daß vornehmlich größere Warenmengen - waggonweise oder LKW-weise - verschickt werden konnten. „Neben noch bestehenden Transportschwierigkeiten wird auch die Knappheit an Emballagen und Verpackungsmaterial als Grund für die Warenstockung angeführt. Dies zeigt, daß es dringend nötig ist, zu einer Planung bei den Verpackungsmitteln zu kommen, daß der Rücktransport von Leerverpackungen so schnell wie möglich organisiert wird, aber vor allem, daß die Betriebe selbst nach Möglichkeiten suchen, geeignete, gegebenenfalls neue Verpackungsmethoden zu finden.“³⁰²

3.3.3 Die Verwaltung des systembedingten Mangels

Zusammenfassend muß festgestellt werden, daß das gesamte Absatz-, bzw. Verteilungswesen in der zentral verwalteten Wirtschaft der SBZ/DDR keinerlei reale Anknüpfungspunkte besaß. Es orientierte sich weder am Niveau der tatsächlich erfolgten volkswirtschaftlichen Produktion, noch konnte sich der tatsächlich vorhandene, materielle Bedarf darauf auswirken. Als Bestandteil des Gesamtsystems umzusetzender Perspektiv- und Jahrespläne, waren Absatz und Verteilung nichts anderes als das theoretische Anhängsel quantitätsorientierter, staatlicher Produktionsvorgaben.

Als „letzte Stufe im betrieblichen Wertekreislauf“³⁰³ spiegle die Verteilungsebene nicht nur eigene Mängel, sondern ließ zugleich alle Planabweichungen der übrigen Wirtschaftssektoren offen zutage treten.

Eine Verknüpfung mit den übrigen Einzelplänen, insbesondere des Produktionssektors, existierte allenfalls theoretisch. Alle Planabweichungen im Investitions- und Produktionssektor machten sie realitätsfremder. Letztendlich existierten Produktion und Absatz isoliert nebeneinander, ohne die Möglichkeit unmittelbarer, gegenseitiger Beeinflussung. Aktivitäten wurden nicht angestoßen durch ökonomische Interaktionen sondern standen im Dienste der Planerfüllung.

Fehlende Elastizität

Gleichwohl standen Planung - soweit überhaupt vorhanden - und Durchführung des Verteilungswesens in untrennbarer Verbindung. Sie geriet aus den Fugen, sobald die Realität andere Zahlen aufwies, als zuvor von der Planbürokratie errechnet worden waren. Die Durchführung des Verteilungswesens basierte kompromißlos auf der Annahme exakter Planerfüllung durch den volkseigenen Sektor. Dementsprechend besaß der Verteilungssektor keinen brauchbaren Anpassungsmechanismus. Die Anzahl seiner Möglichkeiten, unvorhergesehene Gütersituationen spontan im weiteren Verteilungsprozeß zu berücksichtigen, tendierte gegen Null. Obwohl daran im Rahmen des starren Planwesens nichts zu ändern war, wurde von offizieller Seite dennoch intensiv nach Fehlern des Verteilungssystems gesucht. Häufig wurde ihm die Schuld dafür gegeben, wenn ganze Kontingente an Fertigwaren keinen Adressaten fanden. Der VEB Seiden- und Wollweberei Berga zeichnete sich dadurch aus, daß er im Lager vorhandene, nicht gemeldete Restgarne zu Stoffen verarbeitete. So konnte er die geforderte Produktionsaufla-

302 O.N., Beseitigt die Warenstockungen, S. 177.

303 Recktenwald, Wörterbuch der Wirtschaft, S. 5.

ge zumindest quantitativ überbieten, was sich in seiner Produktionsstatistik positiv bemerkbar machte. Die Frage, ob überhaupt ein Bedarf für diese (anzuerkennende) Mehrproduktion existierte, beantwortete sich erst auf der Verteilungsebene: Die Ware war, ohne, daß eine treffende Begründung dafür geliefert wurde, nicht absetzbar. Nach Ansicht der Prüfer konnte für sie, weil ohne Planauflage erstellt, zunächst kein Vertrieb organisiert werden. Entweder die Bürokratie war außerstande, einen interessierten Bedarfsträger zu benennen oder - wahrscheinlicher - es gab keinen Bedarf für dieses Produkt, während nach anderen Gütern SBZ-weit fieberhaft gesucht wurde. Im Prüfungsbericht über den VEB Seiden- und Wollweberei Berga schlug sich die freiwillig erbrachte, zusätzliche Produktionsleistung als störender „Überplanbestand“ nieder. Was der Wirtschaft zum Vorteil hätte gereichen können, nämlich die Entdeckung bislang unberücksichtigter Rohstoffe, führte aufgrund des fehlenden Steuerungsmechanismus im Planwirtschaftssystem auf direktem Wege zur Verschwendung dieser Vorräte und bewirkte eine Belastung von Planbürokratie und VEB. *Der ambitionierte Einsatz des, bezüglich der theoretischen „Marktlage“, orientierungslosen Betriebes sowie das Improvisationsvermögen und die Kreativität seiner Belegschaft liefen ins Leere.* Der getriebene Aufwand bewirkte zum Schluß nur die Vergrößerung bereits vorhandener, brachliegender Lagerbestände und Ressourcenvernichtung.³⁰⁴

Verteilungswesen als Sündenbock

Das Phänomen voller Lager betraf nicht nur überplanmäßige Leistungen der volkseigenen Betriebe. Überraschend war die Tatsache, daß sich, ungeachtet der allgegenwärtigen Mangelsituation in der SBZ/DD, erhebliche Mengen halbfertiger und fertiger Güter im Lager der VEB befanden, für die - obwohl planmäßig produziert - keine Abnehmer ausfindig gemacht werden konnte. Suggestiert wurde, es handelte sich dabei um ein Organisationsproblem des Verteilungssektors. Diese Interpretation - systemimmanent um jeden Preis - war keinesfalls zutreffend. Vielmehr handelte es sich bei dieser Erscheinung um das erste, jedermann sichtbare Zeichen grundfalscher Allokationsentscheidungen der Zentralplanbürokratie, d.h. um einen Fehler des Wirtschaftssystems. Fixiert auf politisch motivierte, gesamtwirtschaftliche Leistungskennziffern, hatte die Wirtschaftsleitung alle verfügbaren Produktionsmittel gemäß fiktiver Planvorgaben einsetzen lassen, ohne die Kenntnis des dafür erforderlichen Bedarfs tausender volkseigener Betriebe. Das willkürliche Verteilungswesen bot keine Voraussetzung für eine planmäßige Produktion. Lieferengpässe und Materialmängel bewirkten andauernde Diskontinuitäten in der Produktion, welche Probleme wiederum auf den Verteilungssektor zurückschlügen. Jedes fertige Produkt, das in den Lagern verstaubte weil es im Rahmen des dirigistischen Absatzverfahrens nicht zu vermitteln war, stand für die sinnlose Verschwendung kostbarer Rohstoffe und menschlicher Arbeitskraft, während allerorten gerade bezüglich dieser Faktoren der größte Mangel herrschte. Dem VEB Seiden- und Wollweberei Berga diktierte der Plan zwar seine Produktionsauflage, ließ die Frage des anschließenden Verkaufs aber im Ungewissen.

304 DN5-528, PB über VEB Seiden- und Wollweberei Berga, vom 10. September 1949, Bl. 2f.

Nun mußte der VEB die fertigen Produkte einlagern, unter der Gefahr, dieselben saisonbedingt nicht mehr verkaufen zu können.³⁰⁵

Problemanalyse und systemimmanente Lösungsstrategie

Auswüchse der Systemdeterminanten zentraler Verwaltungswirtschaft wurden als solche grundsätzlich keiner Kritik unterzogen. Gleichwohl war das System aber gezwungen, sich zu den offensichtlichen Mängeln seiner Erscheinung zu bekennen und Lösungsvorschläge zu erarbeiten.

- Repräsentanten der Zentralplanbürokratie tendierten dazu - den „logischen“ Gesetzen des „demokratischen Zentralismus“ folgend - eigene Machtdefizite, die sich unterschiedlich begründeten, für das Scheitern der Planvorgaben verantwortlich zu machen. Gleichzeitig erkannten sie aber, vor allem informationsintensive Aufgaben auf diesem Wege nicht bewältigen zu können.
- Personen, die in Bereichen praktischer, wirtschaftlicher Betätigung Verantwortung trugen, entwickelten automatisch dezentrale Bestrebungen zur schnellen Lösung anstehender Probleme, ohne sich damit gleichzeitig dezidiert gegen den Zentralplan auflehnen zu wollen.
- Das systemimmanente Problemmanagement der Zentralplanbehörde wurde dementsprechend beherrscht durch die Ambivalenz zweier Tendenzen, die einander unmittelbar widersprachen: *Zentralisierung sämtlicher Entscheidungsbefugnisse bei zunehmender Dezentralisation der Verantwortung für ihre Umsetzung.*

Auf der einen Seite stand der Aufbau einheitlicher Strukturen für die gesamte SBZ, deren Fäden bei der DWK zusammen liefen. Damit verbunden war in der Regel die künstliche Simplifizierung von Verhältnissen, die in der Realität sehr komplexe Strukturen aufwiesen. Die Folge war, daß mit der Zentralisierung einzelne Wirtschaftssegmente in Gefahr gerieten, vergessen zu werden. Dagegen wiederum sollte ein ausgeklügeltes Meldewesen helfen, das den volkseigenen Sektor immer stärker belastete. *Auf der anderen Seite* versuchte die Zentralplanbürokratie gleichzeitig, dezentrales Wissen in den Dienst der Planerfüllung zu stellen und delegierte scheinbar einfache Aufgaben, wie beispielsweise die Aufstellung von Transportplänen, die ohnehin von zentraler Stelle nicht zu bewältigen waren. Typisch für die Übertragung dieser Aufgabenstellungen auf untergeordnete Stellen, bis hin zu den Leitungen der volkseigenen Betriebe war, daß sie de facto keinerlei echte Entscheidungsfreiheit erhielten. Genauere Kenntnisse um die örtlichen Verhältnisse sowie der gesetzliche Druck sollten die nunmehr „Verantwortlichen“ dazu zwingen, die staatlichen Planaufgaben zu verwirklichen. Im Falle „ihres“ Scheiterns standen weder das Wirtschaftssystem, noch die politisch-wirtschaftliche Führung grundsätzlich zur Disposition.

- Alle dezentralen Entscheidungsträger verfolgten, ebenso wie die entsprechenden Wirtschaftssubjekte in marktwirtschaftlichen Systemen, streng egoistische Verhaltensstrategien; nur, daß diese im Rahmen zentraler Planwirtschaft nicht zu gesamtwirtschaftlicher Effizienz und Produktivität führten - d.h. zum Wohle des Ganzen - sondern zu sinkender Leistungsbereitschaft und einer Ver-

305 DN5-528, PB über Seiden- und Wollweberei Berga, Beständeuntersuchung vom 30. August 1949.

schwendung ohnegleichen, die unweigerlich dazu beitragen mußte, jede wirtschaftliche Substanz über kurz oder lang aufzuzehren.

Lieferverpflichtung

Die Abstrusität der Funktionsweise des Verbesserungswesens zentraler Planwirtschaft wird dokumentiert durch die Einführung der sogenannten Lieferverpflichtung volkseigener Betriebe seit dem 1. Januar 1949. Die Vorschläge der RTA-Prüfer zur Verringerung überplanmäßiger Lagerbestände an halbfertigen und fertigen Waren, lautete getreu der staatlichen Vorgabe, die VEB hätten sich künftig selbst um den Vertrieb ihrer Lagebestände zu kümmern, indem sie sich rechtzeitig, also bereits vor Fertigstellung der für 1949 geplanten Ware, mit einem Abnehmer in Verbindung setzten. Infolge dieser Anordnung sahen sich die volkseigenen Betriebe einem Dilemma ausgesetzt: Wer viel produzierte, mußte sich anschließend um so mehr bemühen, die Ware wieder los zu werden und ging obendrein das Risiko ein, aufgrund überplanmäßiger Bestände zur Kasse gebeten zu werden. Die konsequente Reaktion war also, die Höhe der Produktion so niedrig wie möglich zu halten. Die VEB versuchten darauf einzuwirken, daß die Planaufgaben so klein wie möglich ausfielen (auch aufgrund produktionstechnischer Gründe und wegen Materialmangels). Außerdem tendierten sie dazu, ihr Engagement auch im Rahmen der zunehmend obligatorischeren Aktivistenbewegung zurückzuhalten. „Freiwillige“ Leistungen über die Planvorgabe hinaus konnten sich schließlich in mehrfacher Hinsicht als Bumerang erweisen (Lieferverpflichtung, Verletzung des Richtsatzplanes, Normenerhöhung, Materialverluste usw.). Die Lieferverpflichtung vereinfachte allenfalls theoretisch - sowie unter der Voraussetzung absolut planmäßiger Erfüllung der Produktionsauflagen und uneingeschränkter Empfangsbereitschaft der ausgesuchten Bedarfsträger - die Möglichkeiten, Transportpläne aufzustellen. Tatsächlich bewirkte sie eine weitere Reduzierung der betrieblichen Leistungsbereitschaft. Hinsichtlich des Problems häufiger „Warenstaus“ in den Lagern volkseigener Betriebe, die sich durch die Lieferverpflichtung verstärkt hatten, entschied sich die DWK zu einer weiteren „Rolle rückwärts“. Sie begriff die Erscheinung nicht als Problem des Zentralplansystems, welches Güter hervorbrachte, für die kein Bedarf existierte. Statt dessen interpretierte sie den Warenstau als Wirtschaftsverstoß der planmäßigen Bedarfsträger, die es unterlassen hatten, entgegen der Vorgabe, ihre kompletten Kontingente zu übernehmen. Am 15. Juli 1949 verlagerte sie den Warenstau vom Lager der Produzenten in die Hallen der Abnehmer: „Die volkseigenen Betriebe sind verpflichtet, die ihnen laut Auslieferungsplan oder laut Vertrag zustehende Ware unverzüglich nach der Fertigstellung bzw. zu dem für die Auslieferung vorgesehenen Termin abzunehmen.“³⁰⁶

Warenverteilung

Noch im März 1949 räumte die DWK ein, daß „mit der wachsenden Produktion [...] die Probleme der [Waren-] Zirkulation [...] vernachlässigt“³⁰⁷ wurden und glaubte, mit Hilfe der Anordnungen Nr. 311 und 312 vom 2. Dezember 1948, diesem Defizit wirksam begegnet zu sein: „Die Anordnungen schaffen mit wenigen Sätzen Ordnung in dem bestehenden Wirrwarr, und die richtige Durchführung

306 Sechste Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Finanzwirtschaft der volkseigenen Betriebe vom 15. Juli 1949, §1, in: ZVOBl I Nr. 63 vom 29. Juli 1949.

307 O.N., Beseitigt die Warenstockungen, S. 175.

dieser Beschlüsse wird eine wesentliche Hilfe bei der Erfüllung des Zweijahrplanes sein.“³⁰⁸ Die DWK selbst erkannte schon einen Monat später, daß auch die Neuregelung der „Warenzirkulation“ keineswegs den Notwendigkeiten der wirtschaftlichen Erfordernisse gerecht werden würde. Nach oben geschildertem Muster erlaubte sie Ausnahmeregelungen, welche die Rolle der VEB als dezentrales Element scheinbar stärkten, allerdings ausdrücklich nach zentralen Vorgaben zu erfolgen hatten: „Die Verteilung von bestimmten Rohstoffen, Halbfertig- und Fertigfabrikaten entsprechend den bestätigten Verteilungsplänen, kann, sofern diese Waren im volkseigenen Sektor der Wirtschaft der sowjetischen Besatzungszone erzeugt werden, im innerwirtschaftlichen Verkehr zwischen den volkseigenen Betrieben unter Ausschaltung des Handelsweges durchgeführt werden.“³⁰⁹ In „Abänderung“ der Verteilungsanordnung vom 2. Dezember (Abbildung 10, S. 269) liquidierte die DWK die von ihr zuvor geschaffenen Organe der DHG und übertrug deren Aufgabe, nämlich Handelsbeziehungen zwischen den VEB zu organisieren, auf die Betriebe selbst. Daß sie verpflichtet waren, „entsprechend den bestätigten Verteilungsplänen“ zu agieren, versagte ihnen jeglichen Entscheidungsspielraum. Die Anordnung vom 6. April bewirkte zwar formal eine „Verkürzung des Warenweges“, de facto jedoch übertrug sie den volkseigenen Betrieben eine weitere Aufgabe, die für sie systemimmanent nicht zu lösen war. Beide Anordnungen der DWK vom 2. Dezember 1949 müssen verstanden werden als der untaugliche Versuch einer überforderten Zentralplanbürokratie, durch willkürliche Verpflichtung der VEB, am Verteilungsverfahren reparieren zu wollen, was tatsächlich ein systemspezifischer Mangel der Zentralplanwirtschaft war.

308 BINZ, Materialversorgung, S. 37.

309 Anordnung über den innerwirtschaftlichen Warenverkehr zwischen den volkseigenen Industriebetrieben vom 6. April 1949, in: ZVOBl. Nr. 30 vom 25. April 1949.

4 Systembedingte Ursachen des wirtschaftlichen Scheiterns

Die Analyse der Prüfungsberichte offenbarte eine stets angestrebte, aber nie erreichte Übereinstimmung zwischen Planvorgabe und Output der Betriebe. Anstatt ihr Ziel, die Planerfüllung, zu verwirklichen, scheiterten die volkseigenen Betriebe gleichzeitig auf mehreren Ebenen. Die sozialistische Führung legte mit dem Experiment der sozialistischen Zentralplanwirtschaft in der SBZ/DDR die Grundlagen zum Scheitern von Wirtschaft und Gesellschaft. Unter dem Einfluß der kommunistischen Ideologie sowie dem Diktat der sowjetischen Besatzungsmacht verfolgte sie Vorstellungen von Individuum, Wirtschaft und Gesellschaft, die sich mit der Realität als inkompatibel herausstellen sollten. Im Zentrum des sozialistischen Selbstverständnisses stand die Überzeugung von der Überlegenheit des eigenen Wirtschaftssystems im Vergleich zur marktwirtschaftlichen Ordnung des Westens. Grundfalsche Thesen aus dem Fundus des Marxismus-Leninismus-Stalinismus über „den Kapitalismus“ flankierten den Aufbau der volkseigenen Wirtschaft, beispielsweise die, durch die Realität längst korrigierte Verelendungstheorie. Grundsätzlich falsch war auch die Vorstellung, dem kapitalistischen Betrieb immanent seien Kräfte, die die Arbeiterschaft bewege, mit ihrer Arbeitsleistung zurückhaltend umzugehen, wohingegen der volkseigene Betrieb die richtigen Voraussetzungen habe, diese negativen Effekte abzuschütteln.¹ Das Gegenteil war der Fall: Die Wirtschaft der SBZ/DDR weckte beim Einzelnen keineswegs die Bereitschaft, sich hohe Leistungen abzuverlangen. Außerdem war sie in nicht der Lage, das dementsprechend geringe Sozialprodukt einer effizienten Verteilung zuzuführen. Unter dem Diktat der Sozialistischen Einheitspartei entwickelten sich Mangel und Verschwendung gleichermaßen zum wichtigsten Charakteristikum der Zentralplanwirtschaft. Die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen des zentral geplanten Wirtschaftssystems der SBZ waren geeignet, jedwedes wirtschaftliche Bemühen seiner Protagonisten ins Leere zu führen. Aktivitäten privater oder volkseigener Wirtschaftssubjekte, die sich vom Egoismus als natürlicher Triebfeder menschlichen Handelns leiten ließen, wurden liquidiert oder ihr Handeln und ihre Wirkung als gesamtwirtschaftlich kontraproduktiv diffamiert. Die Führung der SBZ/DDR ging grundsätzlich davon aus, daß angesichts der ökonomischen Probleme nicht das von ihr zu errichtende System verkehrt war, sondern das Verhalten der Menschen geändert werden mußte. Unter Aufbietung aller propagandistischen Mittel wurde der kollektivistische Gesellschaftsansatz vertreten. Im Rahmen der volkseigenen Wirtschaft habe im Mittelpunkt nicht das Wohl einzelner Personen, sondern die Gesellschaft als Ganzes zu stehen. Individuelles Denken und Handeln habe sich daran auszurichten. Was genau im Sinne des gesellschaftlichen Wohls wäre, bestimmte aber allein die SED. Damit basierte die Wirtschaft der SBZ/DDR auf illusionären, zufälligen Maximen, die meistens im Widerspruch zu den Wünschen der Beschäftigten standen. Die Wirtschaft hatte zunehmend an inneren Widersprüchen zu leiden und verlor mit wachsender Enttäuschung der in den VEB unmittelbar Betroffenen immer mehr an Schwung. Systemdeterminierte Grundmängel bereiteten den Weg ins wirtschaftliche Chaos.

1 Vgl. DN5-261, S. 53.

4.1 Die sozialistische „Geld“-Illusion

Was in der SBZ/DDR „Geld“ genannt wurde, ist kaum zu vergleichen mit dem Pendant marktwirtschaftlicher Ordnungen. Weder die „Deutsche Mark der Deutschen Notenbank“ noch die „Mark der DDR“, verdienten die Bezeichnung „Geld“ im heute gebräuchlichen Sinne. Im Gegensatz zu älteren Geldtheorien, die das Wesen des Geldes aus unterschiedlichen Eigenschaften ableiteten², wird es heute über seine Funktionen definiert. Alle Einzelaspekte sind unter die folgenden drei Grundfunktionen subsumierbar:

- Tauschmittelfunktion
- Funktion als ökonomische Recheneinheit
- Funktion als Wertaufbewahrungsmittel³

Dabei „gilt die Tauschmitteleigenschaft als dominierendes Merkmal für die Abgrenzung des Geldbegriffs. Ein Medium, das sich als allgemeines Tauschmittel durchgesetzt hat, ist zugleich auch geeignet, Träger der übrigen Geldfunktionen zu sein.“⁴ Über vierzig Jahre begnügte man sich in der östlichen Besatzungszone unter Verzicht echten Geldes, d.h. unter Verzicht auf oben genannte Funktionen, mit einer reinen Verrechnungseinheit, deren Ursprünge im Rahmen der nationalsozialistischen Kriegswirtschaftsordnung zu finden waren und deren Mängel schlichtweg übernommen wurden.

Im Anschluß an den Zweiten Weltkrieg war Deutschland ein „Land ohne Währung“⁵. Geld hatte seine klassischen Funktionen und Eigenschaften längst eingebüßt. Der nationalsozialistische Preis- und Lohnstop von 1936/1938⁶ unterdrückte eine gewaltige Inflation, wie sie als Folge der sogenannten lautlosen Kriegsfinanzierung⁷ des Reiches und seines Einsatzes der Notenpresse hätte in Erscheinung treten müssen. Die Schulden des Reiches bei seinen Kreditgebern betrugen zum Kriegsende ca. 225 Mrd. RM, davon bei den Geschäftsbanken 110 Mrd. RM, bei

-
- 2 Beispielsweise der Metallismus, der dem Geld insbesondere die Wertaufbewahrungsfähigkeit zuschrieb, (u.a. Marx). Die Nominalisten betonten hingegen die Verwendungsfähigkeit des Geldes als Zahlungsmittel (Oppenheim, Knapp). Die Anhänger der Funktionswerttheorien betrachteten nicht den Stoffwert des Geldes (wie die Metallisten), sondern den Wert der mit seiner Hilfe zu kaufenden Güter. In den Vordergrund trat hier die Betrachtung seiner Verwendbarkeit als Tauschmittel innerhalb arbeitsteiliger Ökonomien (Menger, v. Mises, v. Wieser). Die Anweisungs- oder Zeichentheorie betonte insbesondere die Verwendbarkeit des Geldes als Rechenmittel. Schumpeter schrieb ihm die Funktion eines „Eintrittsbilletts“ zu. Dieses entsprach der Höhe des individuellen Anteils am Sozialprodukt (Bendixen). Kassenhaltungstheorien, bzw. Portfoliotheorien zielen ab auf das Liquiditätsbedürfnis der Wirtschaftssubjekte. Sie kombinieren die Wertaufbewahrungsfähigkeit des Geldes mit seiner Eigenschaft als liquides Gut.
 - 3 EHRLICHER, Werner, Geldtheorie, in: EHRLICHER, Werner und ESENWEIN-ROTHER, Ingeborg u.a. (Hrsg.), Kompendium der Volkswirtschaftslehre, Göttingen 1968, S. 5.
 - 4 KATH, Dietmar, Geld und Kredit, in: BENDER, Dieter und BERG, Hartmut u.a. (Hrsg.), Vahlens Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, Bd. I, München 1990, S. 179.
 - 5 STOLPER, Gustav, Die deutsche Wirklichkeit, Hamburg 1948, S. 117f.
 - 6 Verordnung über das Verbot von Preiserhöhungen vom 26. November 1936, RGBl. I 1936, S. 955f. sowie Verordnung über die Lohngestaltung vom 25. Juni 1938, RGBl. I 1938, S. 691.
 - 7 Vgl. dazu HANSMEYER, Karl-Heinrich und CAESAR, Rolf, Kriegswirtschaft und Inflation, in: DEUTSCHE BUNDESBANK (Hrsg.), Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876-1975, Frankfurt am Main 1976.

den Sparkassen 54 Mrd. RM, bei den Versicherungen 25 Mrd. RM und 36 Mrd. bei sonstigen Kreditgebern. Damit waren die deutschen Bürger, ohne es selbst zu bemerken, Gläubiger ihres Staates geworden. Als sie allmählich dazu übergingen, ihr Geld nicht mehr zur Bank zu tragen, sondern zu horten oder in Sachwerten anzulegen, ging das Reich dazu über, die Kriegsfinanzierung - verstärkt seit 1944 - über die Betätigung der Notenpresse vorzunehmen. Bis zum Kriegsende stieg der Geldumlauf um nahezu 600 Prozent auf 73 Milliarden Reichs- und Rentenmark.⁸ Zusammen mit den oben genannten Bankguthaben ergaben sich beim Zusammenbruch „liquide Mittel“ in Höhe von 298 Mrd. RM.⁹ Das Beibehalten von Lohn- und Preisstop nach dem Stand von 1944 durch die Besatzungsmächte verhinderte zwar, daß sich die zurückgestaute Inflation in eine galoppierende verwandelte, gleichzeitig entstanden aber Graue und Schwarze Märkte, deren Preise den Kaufkraftüberhang und damit die Höhe der tatsächlich erfolgten Geldentwertung spiegelten. Die Wirtschaft war auf diese Weise nicht zu kontrollieren. Es war nur eine Frage der Zeit, bis sich Inflation und Schattenwirtschaft durchsetzen würden. Die Frage einer Währungsreform rückte immer drängender in den Vordergrund.

Als diese Reform im Juni 1948 zunächst in den westlichen Besatzungszonen durchgeführt wurde sah der dabei Federführende, Ludwig Erhard, „die große deutsche Chance [...] darin begründet, die Währungsreform mit einer ebenso entschiedenen Wirtschaftsreform zu verkoppeln“¹⁰, was er auch mit großem Erfolg durchzusetzen verstand. In rascher Folge wurden - sogar zur Überraschung der Alliierten - Preis- und Lohnbindung vollständig aufgehoben und die Warenbewirtschaftung weitgehend abgeschafft. Damit erlangte die DM-West sämtliche Geldfunktionen, Preise konnten wieder allgemeine Informations- und Lenkungsaufgaben übernehmen. In der SBZ/DDR erfolgte keinerlei Wirtschaftsreform. Nach wie vor setzte man dort auf Zentralplanwirtschaft. Ihre Konstruktion implizierte geradezu den Verzicht auf die genannten Eigenschaften und Funktionen des Zahlungsmittels, wodurch sich Geld in marktwirtschaftlichen Ordnungen definierte. Statt dessen wurden ihm Funktionen zugeschrieben, die speziell auf die Bedürfnisse der Planbürokratie in einer Zentralplanwirtschaft zugeschnitten sein sollten. Im Rahmen der kommunistischen Gesellschaft - so die Ideologie - würde Geld schließlich gänzlich überflüssig werden: „Je mehr Arbeiter sich der Produktion und der Verteilung des Produkts bemächtigen, desto geringer wird die Notwendigkeit des Geldes, nachher wird aber das Geld allmählich auch ganz aussterben.“¹¹

Verlust der elementaren Funktionen

Tauschmittelfunktion

Die Tauschmittelfunktion der SBZ/DDR-Binnenwährung wurde durch die Zentralplanwirtschaft kategorisch unterbunden. Wirtschaftliche Transaktionen im volkseigenen Sektor erfolgten aufgrund zuvor planmäßig erstellter Güterbilanzen, die unabhängig vom parallelen Zahlungsvorgang gesehen wurden. Selbst der Lebensmittelsektor bot zunächst keine Möglichkeit zur Herausbildung der Tauschmittelfunkti-

8 HANSMEYER, Kriegswirtschaft, S. 417.

9 DEUTSCHE BUNDESBANK (Hrsg.), Deutsches Geld- und Bankwesen in Zahlen 1876 bis 1975, Frankfurt am Main 1976, S. 417.

10 ERHARD, Ludwig, Wohlstand für alle, Düsseldorf 1957, S. 21.

11 BUCCHARIN, Nikolai Ivanovic, Das Programm der Kommunisten, Essen 1918, S. 60f., zitiert nach RAUPACH, Hans, Geschichte der Sowjetwirtschaft, Hamburg 1964, S. 161f.

on des Geldes. Bis 1958 konnte sie allenfalls in Verbindung mit Lebensmittelkarten wahrgenommen werden. Und auch anschließend waren neben dem Zahlungsmittel weitere Insignien zentral geplanter Mangelwirtschaften erforderlich, wie z.B. Kundenlisten oder Kartoffel- und Kohlenkarten. Daß auch stets das gesetzliche Zahlungsmittel den Besitzer wechselte, war kein Beweis dafür, daß es die ursprüngliche Geldfunktion als Tauschmittel ausgefüllt hätte. Aufgrund seiner eingeschränkten Tauschmittelfunktion verlor Geld das Vertrauen der Menschen und damit seine Bedeutung als Objekt der Begierde sowohl für Betriebe als auch für Privatpersonen. Volkseigene Betriebe erwirtschafteten u.U. zwar planmäßige Gewinne, mußten diese dann jedoch ebenso planmäßig an den Staatshaushalt wieder abführen, und sie kamen den abliefernden Betrieben kaum zugute.¹² Gewinnaussichten verloren ihre Kraft als Energiespender zur Freisetzung unternehmerischer Schaffenskraft. Der Begriff der „Gewinnmaximierung“ wurde aus dem aktiven Sprachschatz der kommunistisch beherrschten Gesellschaft vollkommen eliminiert. Deutlichstes Indiz für das Fehlen der Tauschmittelfunktion des Geldes war die Existenz schwarzer und grauer Märkte, auf denen das heimische „Geld“ keine Rolle spielte. Zahlreiche wirtschaftliche Transaktionen wurden gänzlich unter Verzicht auf das Tauschmittel Geld ausgeführt. Kompensation - verboten oder genehmigt - beherrschte den wirtschaftlichen Alltag der Betriebe. Die Mark der DDR blieb dabei auf der Stecke. Warentausch bewirkte, daß Geld nicht einmal seine ihm zuge dachte, neue Funktion als wirtschaftliches Steuerungs- und Kontrollwerkzeug der Zentralplanbehörden erfüllen konnte.

Als nichtkonvertible Binnenwährung entfiel die Tauschmittelfunktion der DDR-Mark selbstredend auch im Bereich des Außenhandels. Stattdessen entwickelte sich im Schatten des staatlichen Valuta- und Außenhandelsmonopols der *Bilateralismus*: Jeweils zwischen der SBZ/DDR und einem anderen Staat wurden detaillierte Warenlisten angefertigt und die betreffenden Güter anhand realitätsfremder „Preise“ bewertet.¹³ Anschließend erfolgte ein Tausch Ware gegen Ware, deren „Werte“ gegenseitig verrechnet wurden. Bilaterale Handelsverträge unter Verzicht auf die Tauschmittelfunktion einer frei konvertiblen Währung waren ein rückschrittliches Verfahren, das den Außenhandelsumsatz der DDR pro Kopf der Bevölkerung im Jahre 1966 auf 1.400 (Valuta-)Mark beschränkte, gegenüber 2.600 DM

12 Abgesehen vom „Direktorenfonds“, dessen Ausschüttung aber ebenfalls planmäßig erfolgte, vgl. FN 291, S. 130.

13 Vgl. HOFFMANN, Joachim, Zentralverwaltungswirtschaft am Beispiel der DDR, Frankfurt a.M./Berlin/München ²1969 (erste Aufl. 1966). Karl C. Thalheim lobt Hoffmanns Publikation im Vorwort zu recht als erste, zum allgemeinen Unterricht geeignete, „zusammenfassende allgemeinverständliche Darstellung des Wirtschaftssystems und der wirtschaftlichen Entwicklung in Mitteldeutschland“. Ebenda, S. 6. Ausgehend vom Problem zweier grundverschiedener Ordnungen des Zusammenlebens in Deutschland gelang es Hoffmann, entscheidende systemdeterminierende Elemente der SBZ-Ökonomie herauszuarbeiten, insbesondere das „Fehlen eines einwandfreien Meßsystems für den wirtschaftlichen Nutzeffekt“ und die Auswirkungen auf Produktion und Handel, insb. den Außenhandel. Hoffmann beschrieb u.a., wie sich Kaufverhandlungen, z.B. über eine Maschine, zwischen Vertretern sozialistischer Bruderstaaten angesichts fehlender Marktpreise abspielten: „Angebote gleichartiger Maschinen werden aus dem Westen eingeholt und deren Preise verglichen. [...] Oft holt man als weitere ‘Dokumente’ Messeprospekte hinzu. Dann werden die Preise addiert und durch ihre Anzahl dividiert. Die Delegation, welche die für sie günstigsten ‘Dokumente’ in möglichst großer Zahl zusammengeholt hat, genießt den ökonomische Vorteil.“ Vgl. ebenda, S. 100ff.

je Kopf in der Bundesrepublik. „Es hemmt die internationale Arbeitsteilung, aber Binnenwährung und autoritäre Preisfestsetzung lassen kaum eine andere Möglichkeit.“¹⁴

Wertmaßstab und Recheneinheit

Als Wertmaßstab und Recheneinheit zu wirken machte unter den Bedingungen staatlich fixierter Preise keinen Sinn. Sogenannte Preise in der SBZ/DDR - eingefroren zum (willkürlich gewählten) Zeitpunkt 1944 - hatten nur die einzige Aufgabe, der Planbürokratie als Werkzeug der Plandurchführung und -kontrolle zu dienen. Kosten und Preise besaßen darum keinerlei ökonomischen Aussagegehalt wie in marktwirtschaftlichen Systemen; sie spiegelten weder Knappheitsverhältnisse der verschiedenen Güter und Produktionsfaktoren noch gesamtgesellschaftliche Bedürfnisstrukturen. Das Geflecht relativer Preise besaß in der SBZ/DDR keinen Aussagegehalt bezüglich tatsächlicher ökonomischer Verhältnisse. Alle willkürlich durchgeführten Preisverordnungen entfernten das Geld weiter von seinem traditionellen Wesen. Welchen Sinn machte unter diesen Bedingungen noch eine „Kostenrechnung“ in den Betrieben? Die Geldfunktionen „Wertmaßstab“ und „Recheneinheit“ schieden im Rahmen des Systems fixer „Preise“ in der SBZ/DDR selbstredend aus. Jegliche „Kostenrechnung“ wurde zur Makulatur.

Was für das wirtschaftliche Individuum galt, hatte auch bezüglich des Gesamtsystems Gültigkeit: Auch im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung verlor Geld jegliche Aussagekraft. Willkürliche Preisänderungen korrigierten allenfalls rechnerisch das Ergebnis einzelner VEB, ohne die Güterseite im Geringsten zu verändern. Summen besagten nichts über tatsächliche Werte, bzw. die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit im Sinne einer angenommenen objektiven Bewertung durch Nachfrage und Angebot (vgl. FN 3, S. 148). Dennoch wählte die Planbürokratie die Mark der DDR zum entscheidenden Hilfsmittel für die Aufstellung und Kontrolle zentraler Pläne. Ohne diese Additionsgröße hätten die Planungsfachleute mit Mengen rechnen müssen. Unvorstellbar, wie unter derartigen Umständen eine Bilanz oder ein Haushalt ausgesehen hätte.¹⁵

Wertaufbewahrungsmittel

Auch als Wertaufbewahrungsmittel taugte das zentral verwaltete Zahlungsmittel nicht. „Haben Währungen [an ausländischen Devisenmärkten] einen Kurs, so besitzen sie grundsätzlich die Funktion als universelles Zahlungsmittel und Wertspeicher. Eine nichtkonvertible Währung (Binnenwährung) ist nicht international handelbar. Insofern fällt schon wegen des Risikos des Kursverfalls die Wertspeicherfunktion weg.“¹⁶ Schneider und Schwarzer bescheinigten der DDR-Mark eine Wertspei-

14 Ebenda, S. 97.

15 Vgl. STREIT, Manfred E., Die deutsche Währungsunion, in: DEUTSCHE BUNDESBANK (Hrsg.), Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948, München 1998, S. 675-719 sowie THIEME, Jörg H., Notenbank und Währung in der DDR, in: DEUTSCHE BUNDESBANK (Hrsg.), Fünfzig Jahre Deutsche Mark, Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948, München 1998, 609-653

16 SCHNEIDER, Jürgen und SCHWARZER, Oskar, Eigentums- und Vermögensstruktur in den neuen Bundesländern unter besonderer Berücksichtigung der Eigentums- und Vermögensstruktur der ehemaligen SBZ/DDR, in: DEUTSCHER BUNDESTAG (13. Wahlperiode) (Hrsg.), Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, Bd. III/2, Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik, Frankfurt 1999, S. 1924-1981, hier S. 1961.

cherfunktion allenfalls „im abgeschlossenen Inland, sehr eingeschränkt innerhalb des RGW im nichtkommerziellen Verkehr (Tourismus) sowie beim sogenannten ‘Schwindelkurs’ (Freiverkehrsnotierung in West-Berlin bzw. Frankfurt/M.), dessen Funktion es überwiegend war, Devisen für bevorzugte Sondernutzungen einzelner DDR-Organen zu erhalten.“¹⁷ Die Mangelwirtschaft war selbst langfristig nicht in der Lage, freiwillig oder unfreiwillig angesparten Summen ein adäquates Warenpendant gegenüber zu stellen. Dementsprechend hatten Einzelpersonen oder Betriebe keine Möglichkeit, liquide Mittel nach Belieben gegen Waren einzutauschen. Den Menschen blieb nur, Konsumverzicht zu üben und ihr „Geld“ zwangsweise auf Sparkonten zu deponieren, von wo die sozialistische Regierung darüber verfügte. Betriebe besaßen keine Möglichkeit spontaner Investitionstätigkeit. Anhaltender Kaufkraftüberhang bewirkte, daß gefüllte Sparkonten für Privatpersonen nicht attraktiv genug waren, um sich für zusätzliches SBZ/DDR-Geld stärker anzustrengen. Damit verlor die Wirtschaft der SBZ/DDR im Vergleich zu marktwirtschaftlichen Systemen auch das wichtigste Element individueller Motivation und Leistungsbereitschaft. Sozialistische Motivationshilfen wie „Leistungslöhne“ und Prämien im Rahmen der „Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung“ konnten die allgemeine Arbeitsmotivation nicht beleben.

Schließlich gerieten die hohen Geldvermögensbestände auf den Sparkonten der Bürger zum „politischen Legitimationsproblem“ der kommunistischen Führung, nachdem immer mehr Arbeiter - und Angestelltenhaushalte [erfolglos] als kaufkräftige Nachfrage nach langlebigen und/oder qualitativ hochwertigen Produkten auftraten.“¹⁸

Neue Aufgaben im Zentralplansystem der SBZ/DDR

Werkzeug der Planung

Im Rahmen des Systems freier Marktwirtschaften, d.h. freier Preise und Märkte, werden sämtliche Güter im Spiel von Angebot und Nachfrage einer effizienten Verwendung zugeführt. Anders im System der Zentralplanwirtschaft. Unterschiedliche plandeterminierte Gütermengen, multipliziert mit fiktiven Preisen, ergaben fiktive, d.h. willkürliche „Werte“, denen kraft Gesetz ein ökonomischer Sinn unterstellt wurde. Dieser hat zu keinem Zeitpunkt existiert. Vielmehr war das gesetzliche Zahlungsmittel der SBZ/DDR eine schlichte, systemimmanente Verrechnungseinheit, die den Zentralplanbehörden ermöglichen sollte, bestimmte Produktionsmittel bzw. Warenmengen zu aggregieren. Addition und Subtraktion zentralstaatlich definierter „Werte“ planmäßiger Warenmengen wurden die entscheidenden Tätigkeiten im Stab der Zentralplanbürokratie.

Werkzeug der Plandurchführung

Die Messung der vorhandenen Geldströme war im Rahmen der gütergesteuerten SBZ/DDR-Wirtschaft die einzige vorstellbare Möglichkeit der Planbürokratie, Warenbewegungen zu dokumentieren. Der Vergleich geplanter Güterströme, ausgedrückt in fixen Mark-Beträgen, mit der Höhe festgestellter Geldströme, war die wichtigste Orientierungs- und Kontrollmöglichkeit der Planbürokratie. Man erkannte daran das Maß erfolgter Planerfüllung, das gleichzeitig als aussagekräftig bezüglich der gegebenen Staatsräson interpretiert wurde, denn Pläne hatten Geset-

¹⁷ Ebenda, S. 1962.

¹⁸ Ebenda, S. 1965f.

zeskraft. Damit sich keine außerplanmäßigen Geldbewegungen (d.h. Warenbewegungen) ereignen konnten, wurden beide von der Planbürokratie mittels gesetzlich fixierter Preise miteinander verschweißt. Klar definierten Gütermengen stand unweigerlich die entsprechende Geldmenge gegenüber. Jedes wirtschaftliche Vorhaben wurde planbedingt in Teilbereiche zerlegt, deren Finanzierung jeweils neu zu beantragen, zu genehmigen und durchzuführen war. Eingeschränkte Verfügungsgewalt der Betriebe und Vereinigungen über finanzielle Mittel war dabei eine wichtige Voraussetzung für das Aufrechterhalten des umständlich-stockenden Systems zentraler Planwirtschaft. Chronischer Geldmangel im volkseigenen, industriellen Sektor wurde zum Spiegel der allgemein schlechten, materiellen Versorgungslage. Auch die Versorgung der Industrie mit Investitionsgütern kam immer wieder ins Stocken. Wichtige Investitionen konnten nicht erfolgen und Produkte nicht hergestellt werden. Aus Sicht der Betriebe entwickelte sich der Geldmangel zum größten Hindernis für die Durchführung geplanter Investitionen und wurde damit zur Gefahr für die Einhaltung bereits verbindlich vorgeschriebener Produktionsauflagen. Damit wurde die Rolle des Geldes betrieblicherseits weit überschätzt. Selbst dann, wenn - wie in Ausnahmefällen - „ausreichend“ Mark der SBZ/DDR zur Verfügung standen, war die Frage der materiellen Versorgung unabhängig davon zu beantworten. Die systembedingte Trennung von Geld- und Güterseite der zentral geplanten Ökonomie führte dazu, daß ungeachtet der - in besagten Ausnahmefällen - reichlich bewilligten Geldsummen keineswegs alle geplanten Objekte verwirklicht werden konnten. Häufig standen genehmigten, überwiesenen und freigegebenen Beträgen keine realen Gütermengen gegenüber. Genehmigte Finanzierung und „verfügungsbereite“ Geldmittel waren zwar notwendige Bedingungen für den Fortgang der betrieblichen Arbeiten, nicht aber hinreichend.

Werkzeug der Kontrolle

Weiterhin wurde die Währung zum Hilfsmittel des ausufernden Kontrollapparates einer sich stetig entwickelnden Verwaltung. Bei dieser Kontrolle kam der Verrechnungseinheit „Geld“ die wichtigste ihrer vermeintlich plantragenden Aufgaben zu: Durch Lohn- und Preisstop erstarrt, ohne die Möglichkeit, Knappheitsgrade oder Qualitätsunterschiede auszudrücken, repräsentierten ihre Summen planmäßige Warenpendants. Diese waren theoretisch zwar konkret definiert, waren aber de facto kaum verifizierbar. Der institutionelle Sektor „Plankontrolle“ entwickelte sich im Dienste der Planbürokratie beständig. Die wichtigste Aufgabe der Revision im volkseigenen Sektor bestand darin, geplante und reale Geldströme und Gütermengen permanent zu vergleichen. *Die Wirkungsweise des Geldes war umgedreht worden: Es war nicht mehr imstande, Waren zu bewegen, wie in Marktwirtschaften. Statt dessen sollten planmäßig zu erzeugende und zu befördernde Waren das Geld bewegen.* Der Geldfluß hatte einem exakt bestimmten Warenpendant zu entsprechen. Monetäre Bewegungen waren stets über das staatliche Bankensystem abzuwickeln, wo sie für die Zentralplanbürokratie gemessen wurden. Sie sollten der Planbürokratie signalisieren, in welchem Maße ihre Planvorgaben erfüllt worden waren. Traten in den VEB finanzielle Engpässe auf, mußten nach offizieller Einschätzung Planabweichungen vorliegen. Der Begriff für diese Art der Kontrollen lautete *„Kontrolle durch die Finanzen“* und wurde folgendermaßen verstanden: „Da sich jede im Plan nicht vorgesehene Verschlechterung eines Betriebes in einer Verknappung der finanziellen Mittel äußert, ist der Betriebsleiter gezwungen, sich nach Ersatz der verlorenen Mittel umzusehen. Stille Reserven sind

normalerweise nicht vorhanden. Teile des Betriebes dürfen als Volkseigentum nicht veräußert werden. Der Mangel an finanziellen Mitteln muß infolgedessen den Betriebsleiter sehr bald zu Schritten veranlassen, die für die überwachenden Stellen ein Alarmzeichen sind, daß im Betrieb der planmäßige Ablauf gestört ist.“¹⁹ Unter „Schritten“ verstand man Versuche der Betriebsleitungen, auf außerplanmäßigen Wegen die Planerfüllung sicherzustellen, z.B. Kreditverhandlungen, Meldungen von Planabweichungen u.a. Die sogenannte Plankontrolle entwickelte sich für den produzierenden Teil der SBZ-Zentralverwaltungswirtschaft sehr rasch zu einem immer größeren Hemmschuh. Auch in diesem Sinne verkehrte sich die Wirkung des Geldes in die entgegengesetzte Richtung: Anstatt die Betriebe leistungssteigernd zu motivieren, bewirkte es in seiner neuen Rolle als Kontrollinstrument deren Lähmung.

Motivationshilfe für die Beschäftigten zur Steigerung der Produktivität

Im Rahmen der später sogenannten „materiellen Interessiertheit“²⁰ sollte Geld in Form höherer Löhne und Prämien für herausragende Arbeiter einen besonderen Anreiz darstellen und die allgemeine Einsatzbereitschaft zugunsten der sozialistischen Wirtschaft vergrößern. Das Prinzip leistungsabhängiger Entlohnung wurde von offizieller Seite so dargestellt, als wäre es speziell für die volkseigene Wirtschaft konzipiert worden. Der Erfolg dieser Methode blieb sehr fraglich, denn individuelle Leistungsbereitschaft stieß sehr bald auf systembedingte Grenzen: Der permanente Kaufkraftüberhang relativierte das Vertrauen in die Währung. Echte Leistungsanreize konnten sich unter diesen Bedingungen nicht herausbilden.

4.2 Willkürliche Preispolitik im Dienste der Zentralplanbürokratie

Daß im System zentraler Planwirtschaft keine echten Preise existieren, wird unterstrichen durch Eugen Schmalenbachs plastische Beschreibung des Wesens tatsächlicher Preise im Rahmen des Modells freier Wirtschaften. Der Preismechanismus wäre das ordnende Prinzip; der Preis existiere als „Regulator von Erzeugung und Verbrauch“, wobei er als „unerbittlicher, aber in seiner Art gerechter Herrscher [in Erscheinung trete.] Unerbittlich, weil er mit fehlender Unternehmertätigkeit kein Erbarmen [kennt]; gerecht, weil er eine anonyme, der Beeinflussung wenig zugängliche Kraft darstellt.“²¹

In Marktwirtschaften haben Preise insbesondere zwei Funktionen: Sie informieren die Wirtschaftsteilnehmer über den Marktwert angebotener oder nachgefragter Güter und Dienstleistungen (Informationsfunktion). Außerdem lenken sie jegliche Art von Kapital zielsicher an jene Orte, wo es den voraussichtlich größten ökonomischen Nutzen zu stiften imstande ist (Lenkungsfunktion). Voraussetzung des be-

19 DN5-261, S. 111.

20 Die Vorstellung „Materiellen Interessiertheit“ war seit 1958 (V. Parteitag der SED) das östliche Pendant zu Ludwig Erhards „Wohlstand für alle“. Damit einher ging der Slogan: „Überholen und einholen“. Dieser wurde später in „Überholen ohne einzuholen“ abgewandelt. Vgl. KAMINSKY, Annette, „Mehr produzieren, gerechter verteilen, besser leben“ Konsumpolitik in der DDR, in: APuZ, Nr. 28 1999, S. 12-20. Hier: S. 13.

21 SCHMALENBACH, Eugen, Über die exakte Wirtschaftslenkung, Manuskript 1943, S. 2, nach: CORDES, Walter (Hrsg.), Eugen Schmalenbach, Der Mann - Sein Werk - Die Wirkung, Stuttgart 1984, S. 409. Vgl. auch SCHMALENBACH, Eugen, Der freien Wirtschaft zum Gedächtnis, Köln/Opladen 1949.

schriebenen Charakters freier Preise und ihrer Eigenschaften ist ihre freie, gänzlich ungehemmte Bildung auf den Märkten.

Die zentral verwaltete Wirtschaftsordnung in der SBZ/DDR besaß noch nicht einmal einen klar definierten Wertbegriff. Sie hielt immerfort, ausgehend von der marxistischen Mehrwertlehre, an der sogenannten Arbeitswerttheorie fest - eine Idee, die von der Empirie schon zu Beginn der SBZ/DDR längst überholt und von der freien Wissenschaft als falsch erkannt worden war.²² An ihrer Stelle steht in marktwirtschaftlichen Ökonomien die Grenznutzentheorie, die besagt, daß der Wert einer Ware dem Nutzen entspricht, welchen sie dem Käufer spendet. Preise spiegeln dabei den in Geldeinheiten zum Ausdruck gebrachten Wert.

Die Zentralplanwirtschaft verkehrte die klassischen Preismerkmale in ihr Gegenteil. Zur Steuerung und Kontrolle plandeterminierter Güterströme benötigte die Zentralplanwirtschaft eine zuverlässige Verrechnungsgröße. Unverrückbar definierte Bindungen zwischen Ware und Verrechnungseinheit (= mißverständlich „Preise“ genannt) waren unabdingbar notwendig, wenn das Geld seine Funktion als Additionsgröße zur Plankonstruktion und -kontrolle nicht verlieren sollte. Preisschwankungen waren darum unbedingt auszuschließen und die Währung der SBZ vor den Auswirkungen externer Einflüsse abzuschotten. Die „DM“ oder „Mark“, wie man sie in der SBZ/DDR nannte, wurde - wie zuvor auch die Reichsmark (RM) - durch die sogenannte Währungsreform im Juni 1948 als reine Binnenwährung zementiert. Dabei blieb es bis zu ihrem Ende am 1. Juli 1990 mit Einführung der Deutschen Mark aufgrund des Vertrages über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR.²³

Die Preise in der SBZ/DDR hatten keinerlei Einfluß auf Erzeugung und Verbrauch. Sie waren in Sinne Schmalenbachs nicht unerbittlich, denn im volkseigenen Sektor bestand nicht die Gefahr des Konkurses einzelner Betriebe. Gerecht waren sie ebenfalls nicht, sondern willkürlich, da sie als Produkt subjektiv getroffener Entscheidung weniger Menschen der staatlichen Wirtschaftsführung entstanden, während die Masse der Wirtschaftsteilnehmer auf sie keinen Einfluß ausübten. Eine eigenständige Dynamik, d.h., unmittelbare Auswirkungen auf Produktion oder Preisentwicklung, wurde der Mark in der SBZ/DDR nicht zugebilligt.

An die Stelle des Marktpreismechanismus trat in der sozialistischen Zentralplanwirtschaft ein System güterwirtschaftlicher Bilanzierung. Auf diesem Wege beabsichtigte man, tausende Einzelpläne zu einem schlüssigen, gesamtwirtschaftlichen Plankonstrukt zusammenzufügen. Plansalden sollten den Planungsfachleuten bereits im Vorfeld den gesamtwirtschaftlichen Rechnungszusammenhang, also auch Engpässe und Disproportionen anzeigen. Rudolf Knauff zeigte, daß die „Bilanzierung als Hauptmethode der Planung“, wie man in der DDR sagte, die in sie gesetzten Erwartungen niemals zu erfüllen vermochte.²⁴ Sie scheiterte sowohl an der Kom-

22 Schumpeter über die Arbeitswerttheorie: „Jedenfalls ist sie tot und begraben.“, aus: SCHUMPETER, Joseph Alois, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Tübingen⁷1993 (1. Aufl. 1950), S. 49.

23 Bundesgesetzblatt (BGBl) 1990 II 518 vom 29. Juni 1990.

24 KNAUFF, Rudolf, Die Funktionsmechanismen der Wirtschaftssysteme, in: Hamel, Hannelore (Hrsg.), Soziale Marktwirtschaft - Sozialistische Planwirtschaft, Ein Vergleich Bundesrepublik Deutschland - DDR, München⁵1989, S. 61-110, insb. die Seiten 79ff.

plexität der Produktionsvorgänge²⁵ als auch an der unabänderlichen Inkompatibilität von güterwirtschaftlichem Bilanzsystem und ökonomischem Effizienzgedanken.²⁶ Infolgedessen kam es immer wieder zu Inkonsistenzen zwischen dem Bilanzsystem, den daraus resultierenden Planaufträgen und dem bestehendem Preissystem auf der einen Seite und den realen Bedingungen der zentral verwalteten Ökonomie auf der anderen Seite. Sie fanden ihren Ausdruck in willkürlichen Preisanordnungen der Planbürokratie. Sie definierte neue „Preise“, die über den festgelegten lagen, bzw. ließ zu, daß Preisvorschriften ignoriert wurden. In „begründeten Ausnahmefällen“ waren „Ausnahmen natürlich möglich“²⁷: „Für komplizierte Grund- und Fundamentarbeiten infolge Wassereinbruch und bei Felsensprengungen für Rohrkanäle, Stollen und Wasserbecken wurden Überpreise bis zu 100% anerkannt. Messgeräte, Leistungsschreiber und sonstige Spezialmaterialien mussten zu erhöhten Preisen im Westen beschafft werden.“²⁸ Preise, die im Vergleich zu den Vorschriften überhöht waren, spiegelten Mißerfolge des Zentralplansystems. Im Abschnitt über die betriebliche Produktionsplanung wurde gezeigt, daß sie auch in Form regelmäßiger Überschreitungen der betrieblichen Kostenpläne auftraten.

Staatliche Preisfestsetzung

Abgesehen davon, daß die volkseigenen Betriebe kaum imstande waren, Preisanordnungen immer zu beachten, konnten alle Bewertungsvorschriften und -richtlinien des Staates das Defizit fehlender Preisbildung durch Angebot und Nachfrage nicht ausgleichen. Die Bewertung halbfertiger und fertiger Haupterzeugnisse in den Betrieben erfolgte nach Dafürhalten der Prüfer falsch.²⁹ Sie kritisierten, daß neue Abrechnungsanordnungen, beispielsweise die Webmargen-Erhöhungen nicht befolgt wurden.

Das Bewertungsproblem blieb bis zum Ende der DDR das entscheidende Defizit der Zentralplanwirtschaft. Daran konnten auch systemimmanente „Neuerungen“, wie z.B. die Einführung von Kennziffern im Rahmen des NÖS nichts ändern.³⁰ Noch nach dem Zusammenbruch der DDR konstatierte Horst Ebel: „Das Problem, welche Kennziffern am besten geeignet waren zur Bewertung der Leistung des Betriebes [konnte] niemals zufriedenstellend gelöst werden. Jahrzehntlang wurde herumexperimentiert, um eine Lösung zu finden, die sowohl den

25 Für die Planung des Bedarfs von Gütern erster, zweiter, dritter usw., bis letzter Ordnung verwandte die Zentralplanbürokratie ca. 3.000 sogenannte „Normative“ des Materialverbrauchs. „Eine vollständige ‘Durchplanung’ [des gesamtwirtschaftlichen Produktionsprozesses] ist in der Praxis [trotz der Anzahl von ca. 4.600 zu erstellenden Bilanzen durch etwa 600 bilanzierende Organe] nicht möglich, denn das hieße, ein Bilanzsystem für ca. 82 Millionen Artikel aufzubauen, die im zentralen Artikelkatalog der DDR erfaßt sind.“ Ebenda, S. 80f. Vgl. auch FN 145, S. 336.

26 Hier spielen sowohl psychologische Gründe (Ressortinteressen, Autarkiestreben, Vorratshaltung, Schattenwirtschaft usw.) eine Rolle, als auch - aufgrund fehlender Einblicke einzelner Planungsstellen in gesamtwirtschaftliche Nutzenstrukturen - technische Defizite der Planungsvorgänge, die gesamtwirtschaftlich optimale, ökonomische Lösungen niemals erlaubten. Ebenda, S. 80 und 83.

27 DN3-1339, Brief der DIB an VEB „Degufrah“, Deutsche Gummiwaren Fabrik VEB (Z) Berlin-Weissensee, vom 27. Juni 1949.

28 DN3-1093, PB über VEB Stahl- und Walzwerk Unterwellenborn, Maxhütte, vom 31. Mai bis 2. Juni, zusätzlich: Brief von Maxhütte an LKB Thüringen vom 29. Juli 1949, zusätzlich: TB vom 26. Juli bis 4. August und 25. Juli bis 7. August 1949.

29 U.a.: DN5-528, PB über VEB Seiden- und Wollweberei Berga vom 30. August 1949.

30 Vgl. dazu FN 79, S. 188.

Interessen der Zentrale als auch denen der Wirtschaftseinheiten entsprach. [!] Der natürliche Gradmesser für die Wirtschaftlichkeit eines Unternehmens ist der Gewinn. Es gab auch Versuche, diesen zur zentralen Kennziffer der Leistungsbewertung der ökonomisch unselbständigen 'volkseigenen' Betriebe zu machen. Doch dazu fehlten jegliche Voraussetzungen.“³¹ Zur Zeit der Sowjetisierung der SBZ/DDR waren es Befehle der SMAD sowie Gesetze und Verordnungen, mit deren Hilfe man Schwankungen der monetären Güterbewertung verhindern wollte, um stattdessen „Preis“- und Bewertungsfragen auf dem Dienstwege vorzunehmen.

- *SMAD-Befehl Nr. 9 vom 21. Juli 1945* ordnete an, alle Betriebe der erlaubten Industrien wieder in Betrieb zu nehmen. „Der Verkauf von Waren und Erzeugnissen an die Besatzungstruppen, Unternehmungen und Bevölkerung [hatte dabei lt. §5, T.M.] zu den im Jahre 1944 festgesetzten Preisen“³² zu erfolgen. Das war die Fortsetzung der nationalsozialistischen Preispolitik. Mit dem 25. Juli 1946 übernahm die „Deutsche Zentralfinanzverwaltung“ die Überwachung des Preisstops. Die Preise vom 31. Dezember 1944 waren auch künftig genau einzuhalten. Zuwiderhandlungen wurden streng verfolgt, bis hin zu Enteignungen von Betrieben, die sich dem Befehl widersetzen.³³
- Der *SMAD-Befehl Nr. 337 vom 9. Dezember 1946* über die Preiskontrolle³⁴ war die Grundlage für den Erlaß der Preisanordnung Nr. 153 vom 15. Oktober 1948.³⁵
- Die Preisanordnung Nr. 16 über den Rechnungsvermerk vom 12. März 1947.³⁶
- Die Preisanordnung Nr. 153 vom 15. Oktober 1948. (Änderung und Neufassung der Preisanordnung Nr. 16 vom 12. März 1947):
 „§1
 (1) Rechnungen und Bekanntmachungen von Preisen sowie sonstigen Entgelten jeglicher Art sind mit einem Vermerk über die Zulässigkeit der Preise zu versehen.
 (2) Eine Erhöhung von Preisen und Entgelten für Güter und Leistungen jeder Art über den Preisstand des Jahres 1944 hinaus wird nur in denjenigen Fällen anerkannt, in denen eine solche durch eine nach Maßgabe der einschlägigen Befehle und Gesetze zuständige deutsche Preisbehörde der sowjetischen Besatzungszone im Wege einer Anordnung vorgeschrieben oder einer Genehmigung zugelassen worden ist. Im Zweifelsfall gilt als Preisstand des Jahres 1944 der Stand vom 31. Dezember 1944.“³⁷
- Die *Preisanordnung Nr. 182 vom 22. Dezember 1948* für Zellstoff bedeutete die Erhöhung des Erzeugerpreises ab Werk um durchschnittlich 90 Prozent

31 EBEL, Abrechnung, S. 231.

32 SMAD-Befehl Nr. 9 vom 21. Juli 1945, betr. Ingangsetzung von Industrien usw., in: Verordnungsblatt für die Provinz Sachsen 1945, 1, S. 14f.

33 BMG (Hrsg.), SBZ von 1945 bis 1954, Bonn/Berlin, 1956, S. 19.

34 SMAD-Befehl Nr. 337 vom 9. Dezember 1946 über die Preiskontrolle, in: Regierungsblatt für Thüringen, Teil III 1947, 2, S. 12-13.

35 PVBl. 21/1948, S. 219 und FND Nr. 1, S. 7 sowie: Gesetze, Befehle, Verordnungen, Bekanntmachungen nach den Veröffentlichungen der Landesregierung Sachsen, Preisbildung und Preisüberwachung, Teil L IV, Bl. 1492, S. 275f.

36 PVBl. Nr. 8/1948, S. 68.

37 FND Nr. 1, S. 7.

durch Abschaffung der ab Oktober 1946 aus Haushaltsmitteln laufend gezahlten Subventionen.³⁸

- Die *Preisordnung Nr. 191 vom 3. Januar 1949* über die Preisbildung für Bauleistungen der DWK (*Baupreisordnung*).³⁹
- Die *Verfügung der Finanzverwaltung der SMAD Nr. 19/618 vom 26. Februar 1949*. Damit waren Preisänderungsanträge volkseigener Betriebe, die einer Zonenvereinigung unterstanden, nicht mehr bei den Landespreisämtern einzureichen sondern künftig bei der DWK, HV Finanzen sowie der fachlich zuständigen HV.
- Die *Preisordnung Nr. 208 über den Rechnungsvermerk bei Reparationslieferungen vom 21. April 1949*.⁴⁰ „Sie folgte der Preisordnung Nr. 153.“⁴¹
- Die *Verordnung über die Bestrafung von Spekulationsverbrechen vom 22. Juni 1949*.⁴²

Preis- und Lohnstop, übernommen aus dem Jahre 1944, sollten die Stabilität der relativen Preise gewährleisten. Auch Subventionen, die im Rahmen der Kriegswirtschaftsordnung des Nationalsozialismus üblich waren, fanden ihre Fortsetzung in der SBZ-Wirtschaft. SMAD-Befehl Nr. 86/1945⁴³ regelte die landwirtschaftlichen Subventionen, SMAD-Befehl Nr. 143/1945⁴⁴ die Subventionen für den industriellen Sektor. Sie bestimmten, daß „die vor dem Zusammenbruch üblich gewesenen Subventionen - soweit die sachlichen Voraussetzungen dafür noch vorhanden waren - weitergezahlt werden mußten. Diese Befehle waren letzten Endes eine Ergänzung der Preisbefehle Nr. 9/45⁴⁵ und Nr. 63/46⁴⁶ des Obersten Chefs der SMAD, da sie eine der Voraussetzungen für die Beibehaltung des bestehenden Preisniveaus bildeten.“⁴⁷ Der Lohnstop bezog sich gleichermaßen auf die in der

38 DN3-1095, PB über VEB Dampfhammerwerk und Gesenkschmiede Grossenhain vom 30. Dezember 1949, Bl. 5, vgl. FN 138, S. 210.

39 Preisordnung Nr. 191 über die Preisbildung für Bauleistungen, Baupreisordnung, vom 3. Januar 1949 zum 1. Januar 1949, in: Gesetze, Befehle, Verordnungen, Bekanntmachungen nach den Veröffentlichungen der Landesregierung Sachsen, Preisbildung und PREISÜBERWACHUNG, Teil L IV, Bl. 1594, S. 326, vgl. DN3-1094, VEB Stahlwerk Wetterzeube, Wetterzeube b. Zeitz, Punkt F5a,b und DN3-1095, Braunkohlenverband Borna, Bl. 3 und DN3-1095, VEB Stahl und Brückenbau Ruhland, F4a: Die Baupreisverordnung wurde im PB als „Befehl“ bezeichnet und schrieb die Höhe zulässigen Gemeinkostensätze vor, siehe auch DN3-1093, VEB Stahl- und Walzwerk Riesa, TB, Bl. 3.

40 Preisordnung Nr. 208 über den Rechnungsvermerk bei Reparationslieferungen vom 21. April 1949 zum 1. April 1949, in: Gesetze, Befehle, Verordnungen, Bekanntmachungen nach den Veröffentlichungen der Landesregierung Sachsen, Preisbildung und Preisüberwachung, Teil L IV, Bl. 1795, S. 353f.

41 ZVOBl. Nr. 5/1949 und FND Nr. 3, S. 23.

42 ZANK, Zentralverwaltungen, S. 274: „Spekulationsverbrechen: der Ankauf eines Objekts zum Zwecke des Verkaufs zu einem Preis, der oberhalb des behördlich angeordneten Preises lag.“ Vgl. auch: „Wirtschaftsstrafverordnung“

43 SMAD-Befehl Nr. 86 vom 2. Oktober 1945 über die Bereitstellung von handwerklichen Erzeugnissen zur Sicherung der Zwangsablieferung, in: Verordnungsblatt der Provinz Sachsen. 1945, Nr. 4/5/6, S. 6.

44 SMAD-Befehl Nr. 143 vom 19. November 1945, betr. die Haushaltspläne für das Jahr 1946 und das erste Vierteljahr 1946, in: Verordnungsblatt für die Provinz Sachsen. 1945, Nr. 7, S. 3f.

45 Vgl. FN 32, S. 305.

46 SMAD-Befehl Nr. 63 vom 26. Februar 1946 über die Verstärkung der Preiskontrolle, in: Gesetze, Befehle, Verordnungen Sachsen. 1946 vom 18. März 1946, S. 24.

47 DFWI, 1/1949, S. 15.

Wirtschaft Beschäftigten sowie die Beamtenschaft. Alle Mitarbeiter der Zentralverwaltungen wurden zur Aufrechterhaltung der Zahlungskontinuität nach der Reichsbesoldungsordnung (RBO) entlohnt.⁴⁸ Die Führung der SBZ/DDR versuchte, Schwankungen des Preisgefüges auch durch die Aufrechterhaltung des nationalsozialistischen staatlichen Außenhandels- und Valutamonopols zu vermeiden. Die heimische Zentralplanwirtschaft war als Voraussetzung mehrjähriger Planungssicherheit von den Einflüssen des bewegten internationalen Marktgeschehens vollkommen abzuschotten.

Der Verzicht auf ein Geldwesen und seine Funktionen im Sinne marktwirtschaftlicher Ordnungen bedeutete für die zentral geplante Ökonomie der SBZ/DDR die Preisgabe des einzig vorstellbaren Kommunikationsmechanismus zwischen tausenden von unterschiedlichen Wirtschaftssubjekten. Dieser sollte durch den Zentralplan ersetzt werden. Ungeachtet zahlreicher gesetzlicher Verfügungen konnte sich die Mark der DDR aber auch als Werkzeug der Planerstellung und -kontrolle in Händen der Zentralplanbürokratie, d.h., als starre Verrechnungsgröße, nicht bewähren. Unkenntnis der komplexen Volkswirtschaft aufseiten der Wirtschaftsleitung sowie unvorhergesehene ökonomische Entwicklungen führten zwangsläufig zu Planungsfehlern der Bürokratie und machten nachträgliche Korrekturen unvermeidlich. Rechtsunsicherheit und wirtschaftliche Orientierungslosigkeit auf allen Ebenen führten die Ökonomie der SBZ/DDR auf einen Zufallskurs, der im einzelnen VEB als willkürlich und chaotisch empfunden wurde.

Über dreißig Jahre nach Einführung der zentralen Wirtschaftsplanung hatte sich nichts am Bewertungsproblem der Zentralplanwirtschaft geändert. Allenfalls die staatlichen Losungen zur Bekämpfung des systemdeterminierten Defizits waren neu formuliert worden: Nun lautete die Vorgabe, die „Einheit materieller und finanzieller Prozesse“⁴⁹ herzustellen. Im Dienste dieses Zwecks wurden die Betriebe - wie zum Beginn der Zentralplanwirtschaft - noch immer einer „Flut von Verordnungen“ ausgesetzt.⁵⁰ Beyer weist darauf hin, daß selbst das Problem der Kompatibilität finanzieller und materieller Sphäre unter diesen Regelungen nicht gelöst werden konnte geschweige denn eine Annäherung an die „Einheit von materieller und finanzieller Planung“ erreicht wurde. „Nach dem gegenwärtigen Stand muß das Problem sowohl theoretisch als auch praktisch als nicht gelöst und wohl auch nicht lösbar eingestuft werden.“⁵¹ Damit sollte Beyer bis zum Ende der DDR recht behalten.

Preissteigerungen

Die Festsetzung staatlicher Preise sowie ihre Änderungen erfolgten z.T. auf Druck aus der volkseigenen Wirtschaft. Gleichwohl waren sie von den einzelnen VEB und Vereinigungen nicht vorhersehbar und wurden darum als willkürlich empfunden. Da die Preise nicht dem tatsächlichen Knappheitsgrad der vorhandenen Güter entsprachen, wurde eine hohe Zahl von Ausnahmegenehmigungen für Preise und Löhne erforderlich, die das vorgeschriebene Niveau teilweise erheblich überstiegen. Damit

48 ZSCHALER, Finanzverwaltung, S. 105.

49 BEYER, Achim, Die Einheit von materieller und finanzieller Planung. Theoretischer Anspruch und wirtschaftliche Praxis, in: GUTMANN, Gernot, Basisbereiche der Wirtschaftspolitik der DDR, Geld-, Finanz- und Preispolitik, Stuttgart 1983, S. 11-42, hier S. 37.

50 Ebenda, S. 38.

51 Ebenda, S. 39.

entstanden trotz offiziellen Preisstops (= Einheitspreis) Preisdifferenzen in einer Höhe, die in marktwirtschaftlichen Ordnungen kaum denkbar gewesen wären.

Tabelle 25: Preise für Baustoffe, Stundenlöhne und Gemeinkostenzuschläge im Vergleich

	BKV Merseburg ⁵²	VEB Stahlwerk Wetterzeube ⁵³	Braun- kohlen- verband Borna ⁵⁴	VEB Förder- brücken Lauch- hammer ⁵⁵	VEB Stahl- und Walz- werke Hen- nigsdorf ⁵⁶	Maschinen- fabrik Senf- tenberg ⁵⁷
<i>Baustoffe</i>						
Zement, t	50,-	46,00	48,10 ⁵⁸	45,50	37,- ⁵⁹	37,50
Kies, to					5,50 ⁶⁰	
Baukalk, t	60,-	27,00	39,30	203,-	32,04 ⁶¹	30,00
Gips, t	50,-		71,00			
Schamottsteine, 1000 St.					80,- ⁶²	466,00
Mauersteine, 1000 St.	90,-		55,00	113,25	70,- ⁶³	
Klinkersteine, 1000 St.					85,- ⁶⁴	111,00
Dachziegel, 1000 St.	200,- ⁶⁵		97,50			
Fensterglas, m ³	3,-		2,41			
Fensterkitt, 100 kg	60,-		60,00			
Dachpappe, m ²	0,90		0,646		0,52 ⁶⁶	

52 DN5-1095, TB über die BKV Merseburg vom 25. Oktober 1949.

53 DN3-1095, TB über Stahlwerk Wetterzeube vom 20.-24. Dezember 1949.

54 DN3-1095, PB vom 30. August bis 6. September 1949.

55 DN3-1095, TB vom 24.-26. November 1949.

56 Nach Angaben der Einkaufsabteilung des Betriebes. Kommentar des Berichtes: „Die Einkaufspreise der wichtigsten Baustoffe liegen günstig“, in: DN3-1093, TB über die VEB Stahl- und Walzwerke Hennigsdorf vom 25. Juni bis 4. Juli 1949.

57 DN3-1095, TB Maschinenfabrik und Eisengießerei Senftenberg vom 22.-24. November 1949.

58 Anlage 4, Alle Baustoffpreise incl. Fracht. Preise Durchschnittspreise von drei Werken.

59 Ab Rüdersdorf, Transport zuzüglich 3,50 DM/to.

60 „frei Werkshafen“.

61 Ab Rüdersdorf, zuzüglich Transport DM 3,20/to.

62 Zuzüglich Transport von durchschnittlich DM 9,-/tausend ab Werk.

63 Ab Ziegelei Zehdenick, zuzüglich Transport DM 16,-DM, auf dem Wasserweg DM 27,50.

64 Ab Ziegelei Groß-Reschen, zuzüglich Transport 6,50 DM/to.

65 Die Dachziegel entsprechen im Gegensatz zu allen anderen Preisen dieser Sparte/Spalte nicht den Einheitspreisen der 97,-DM betragen hätte. Die Begründung ist, daß die Bauleitung keine Ziegel beschaffen konnte. Daher wurde - um die angefangenen Investobjekte noch vor Wintereinbruch unter Dach zu bekommen - „eine vorhandene alte Ziegelei mit völlig intaktem Brennofen, notdürftig in Betrieb [genommen] und die Dachsteine selbst angefertigt. Durch die primitive Herstellungsweise ergab sich der hohe Preis. Die Bauleitung will diese Ziegelei für weitere Bauvorhaben im Jahre 1950 mit einplanen.“

66 Ab Werk Eberswalde.

Vierkanthölzer, m ³	65,-		73,00			
Dachlatten, m ³	65,-		76,00			
Hobeldiele, m ³	150,-		79,00			
<i>Stundenlöhne</i>						
Durchschnittliche Löhne ohne GKZ		1,1	1,08-1,13			
<i>Gemeinkostenzuschläge in Prozent</i>						
Dreherei	140 ⁶⁷		128,00			
Spanabhebende Abteilung			1204,00	400 + VKZ		
Schweisserei, autogen	435 ⁶⁸		106,00			
Schweisserei, elektrisch	270 ⁶⁹		213,00			
Elektro-Werkstatt	90		105,00		160,00	
Mechanische Werkstatt	150 ⁷⁰	160,00			110,00	
LKW/km			1,42		1,24	
(Trink-) Wasser/m ³			0,624	0,18	0,438	0,15
Dampf/to			4,25		10,34 ⁷¹	
(Fremd-) Strom/kw/h		0,12 ⁷²	0,027	0,028		0,08

= ausdrücklich: „Einheitspreise“

Die Höhe der von den Betrieben tatsächlich bezahlten Preise fanden in den Prüfungsberichten nur selten Erwähnung. Soweit sie verglichen werden konnten waren Preisdifferenzen in einer Höhe zu verzeichnen, die sich vor dem Hintergrund offizieller Einheitspreise kaum begründen ließen. Sie betrugen bis zu über 700 Prozent bei Baukalk knapp 600 Prozent bei Schamottsteinen. Möglicherweise spielte eine Rolle, daß bestimmte Materialien in Eigeninitiative hergestellt oder beschafft wurden und die dafür erforderlichen Aufwendungen massiv zu Buche schlugen. Abweichungen der Gemeinkostenzuschläge in verschiedenen Betrieben um über 400 Prozent deuten an, daß hier möglicherweise betriebsindividuelle Möglichkeiten bestanden, objektbezogene Kosten im eigenen Sinne zuzuordnen. Was der Plan nicht leisten konnte, mußten die Betriebe selbständig bewältigen. Immer wieder waren sie durch die Umstände gezwungen, sich „planwidrig“, d.h. gesetzeswidrig zu verhalten. Auch wenn Preiserhöhungen der Lieferbetriebe nicht genehmigt wurden, entschieden sich die Betriebe notfalls selbständig, den Forderungen ihrer Lieferan-

67 Und Modellschreinerei: Plus 10 Prozent Verwaltungsgemeinkostenzuschlag.

68 Plus 20 Prozent VKZ.

69 Plus 20 Prozent VKZ.

70 Plus 10 Prozent VKZ.

71 „Zu beanstanden [...] der hohe Gestehungspreis für Dampf. [...] Zurzeit kann ein Dampfpreis von DM 2,50 p.to als noch eben tragbar bezeichnet werden.“

72 DN3-1095, TB Stahl- und Eisengießerei Freital vom 27. bis 28. Dezember 1949: „enorm hoher Betrag. Das Stahlwerk VEB Döhlen bezahlt [...] 0,058 DM/Kw/h“

ten nachzukommen, um auf diese Weise zumindest die Produktion aufrecht erhalten zu können. Auch die Löhne lagen häufig über den genehmigten Tarifsätzen. Legale und illegale Kompensationsgeschäfte halfen den VEB ihre größten materiellen Probleme zu lösen. Am Rande der offiziellen Zentralplanung fand man also zurück zu marktähnlichen Austauschverhältnissen unterschiedlicher Güter, denn Grundlage der Kompensationsgeschäfte war wieder die subjektive Bewertung der unterschiedlichen Güter. Die Bürokratie entdeckte in diesem Verhalten eine Gefährdung für die Stabilität des Plans. Das durch Festpreise fixierte Austauschverhältnis der betreffenden Waren konnte auf diesem Wege umgangen werden. Außerdem handelte es sich bei Kompensationswaren vielfach um nicht registrierte Gütervorräte der Betriebe. Die Planbürokratie hatte ein Interesse daran, sämtliche Warenbewegungen selbst zu veranlassen und zu kontrollieren. Sie versuchte darum bereits im Vorfeld, diese, von ihr so genannten „stillen Reserven“ aufzudecken. Außerdem verlangte die „neue demokratische Ordnung in Staat und Wirtschaft“⁷³ danach, Kompensationen zu deklarieren, und derart in den Staatshaushalt aufzunehmen. Die RTA dokumentierte im Juli 1949 in ihrer Beilage zum „Fachnachrichtendienst“, daß sich Festpreise nicht lückenlos und auf sämtliche Bereiche einer Wirtschaft anwenden ließen. Immer wieder stiegen die Produktionspreise in den Betrieben über die vorgeschriebenen Verkaufspreise der fertigen Produkte. Wenn die Ware aber – wie es der Plan vorsah – zum festgelegten Preis abgegeben wurde, war das „Amt zum Schutze des Volkseigentums“ aufgerufen zu intervenieren. Die Differenz zwischen Produktionskosten und Verkaufspreis entsprach der Höhe von Substanzverlusten, die die VEB auf diese Weise hinnehmen mußten. Sie schmälerten nach Aussage der RTA den Umfang des volkseigenen Sektors. Das war aber nach SMAD-Befehl Nr. 64 vom 17. April 1948 verboten. Nun galt es, fehlerhafte Stellen im System zu entdecken. Zwei Verursacher kamen in Frage: Die volkseigenen Betriebe als Verursacher einer zu starken Kostenentwicklung oder die staatliche Preisgestaltung, welcher man unterstellte, die gerechtfertigten, betrieblichen Kosten nicht ausreichend zu berücksichtigen und darum eine fehlerhafte Preise vorzugeben. Beides bezeichnete man als „Vergeudung von Volksvermögen“⁷⁴ und rückte es damit nach der Wirtschaftsstrafverordnung in die Nähe potentieller Wirtschaftsstraftatbestände.

Staatliche Preise als Innovations- und Produktionshemmnis

Der zwangsweise Verzicht auf freie Märkte im Rahmen zentraler Planwirtschaft entwickelte sich zum Innovations- und Produktionshemmnis der volkseigenen Wirtschaft. Der Versuch, auf dem Wege von Preisvorschriften und Gesetzen ein Preisverhältnis von Gütern und Dienstleistungen zu erzeugen, das den planmäßig gewünschten Knappheiten entsprach, bewirkte ein Chaos staatlicher Preise, denn sie entsprachen weder de facto gegebenen Güterknappheiten, noch orientierten sie sich an der künstlichen, planmäßig determinierten Nachfragesituation des volkseigenen Wirtschaftssektors. Eine „dirigierende Funktion“⁷⁵ der Preise, wie in marktwirtschaftlichen Systemen, existierte nicht und es gab keine effiziente Güterallokation. Der geplante Bedarf wurde willkürlich festgelegt und besaß keine Verbindung mit tatsächlichen Kaufinteressen des privaten und volkseigenen Wirtschaftssek-

73 Dokumente der SED, Band II, Berlin 1951, S. 52f.

74 DN5-261, S. 77.

75 GUTENBERG, Grundlagen, ⁴1958, S. 358.

tors.⁷⁶ Die Hilflosigkeit der politischen Führung bei der Suche nach einem passenden Ersatz für das fehlende System freier Preise wird durch jene beiden Strategien zur Preisgestaltung unterstrichen, die zwar gleichzeitig praktiziert wurden, sich vom Wesen her aber unmittelbar widersprachen: Einerseits die Aufrechterhaltung nationalsozialistischer Preise und Löhne auf den Niveau von 1944. Andererseits die sozialistische Arbeitswerttheorie - eine Phantasie, deren Existenzberechtigung durch die Realität der wirtschaftlichen Verhältnisse schnell paralysiert wurde.

4.3 Das Gängelband des „Demokratischen Zentralismus“

Die Vereinigungen volkseigener Betriebe waren zwar verantwortlich für die wirtschaftlichen Ergebnisse der ihnen angeschlossenen VEB, bekamen in der Praxis damit aber erhebliche Schwierigkeiten. Sämtliche Bereiche betrieblicher Aktivitäten mußten auf die Frage hin abgeklopft werden, ob sie besser dezentral in den Betrieben oder zentral in der Vereinigung entschieden werden sollten. Die politisch angestrebte und propagierte Organisationsform des „demokratischen Zentralismus“ präferierte zentrale Entscheidungsstrukturen grundsätzlich. Es war die Fiktion der sozialistischen Führung, daß zentrale Institutionen im Vergleich zu individuellen Entscheidungsträgern besser in der Lage wären, im Sinne der gesamten Bevölkerung zu operieren. Privaten Initiatoren unterstellte man egoistische Tendenzen, die gegen das Interesse der Gesamtwirtschaft gerichtet wären. Was aber unter „Interesse der Gesamtwirtschaft“ verstanden wurde, war allein von der Partei zu interpretieren. Außerdem ließen individuelle Entscheidungsträger in der Wirtschaft nach Meinung der ideologischen Führung oftmals die „richtige“ politische Gesinnung vermissen: Man glaubte zu bemerken, daß sie trotz veränderten Wirtschafts- und Gesellschaftssystems noch immer in alten Strukturen kapitalistischen Wirtschaftens verharrten. Ideal im Sinne der neuen Ordnung wäre also gewesen, wenn die VEB von zentraler Stelle getroffene Entscheidungen exakt umgesetzt hätten, ohne dabei individuelle Präferenzen zu berücksichtigen. Dieser Ansatz vernachlässigte verschiedene Tatsachen, die ihm entschieden widersprachen:

- Auch für das VEB waren Menschen verantwortlich:
 - Auf deren Mitarbeit war die Zentralverwaltung unbedingt angewiesen.
 - Die VEB-Belegschaften hatten ihrerseits Interessen und verfolgten sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten.
 - Man war nicht bereit, Handlungsanweisungen mitzutragen, die den eigenen VEB offensichtlich schädigten, und gleichzeitig keinen Nutzen für die Gesamt-

76 Annette KAMINSKY zeigte, daß die Bevölkerung der SBZ/DDR bis zum Ende der sozialistischen Diktatur im November 1989 von ihrer Regierung mit Versprechungen abgespeist wurde weil es nicht gelang, eine bedarfsgerechte Produktion aufzubauen. „‘Viele bzw. die meisten Verkäufe kommen nur dadurch zustande, weil die Kundschaft resigniert; sie kauft, weil sie nicht daran glaubt, doch zu der Ware zu kommen, die sie tatsächlich kaufen möchte’[Bericht zur Versorgungslage vom 16.5.1960, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen - Bundesarchiv (SAPMO-BAarch), J IV 2 610-134, S. 7.] Im elften Jahr der DDR war es der Staats- und Parteiführung nach wie vor nicht gelungen, an der deutsch-deutschen Konsumfront mit dem Westen gleichzuziehen. Dabei hatte die SED bereits zu einem frühen Zeitpunkt erkannt, daß die Begründung ihrer politischen Legitimität als Interessenvertreterin der Bürger in der DDR nicht unwesentlich davon abhing, wie es ihr gelingen würde, die Versorgungsprobleme zu lösen und die Konsumbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen.“ KAMINSKY, Annette, „Mehr produzieren, gerechter verteilen, besser leben“ Konsumpolitik in der DDR, in: APuZ, Nr. 28 1999, S. 12.

wirtschaft erkennen ließen.

- Man ließ sich im VEB nicht beliebig bevormunden, ohne Vorbehalte gegen die vorgesetzte Stelle zu entwickeln.
- Die Macht des Faktischen setzte dem Zentralverwaltungsbedürfnis vorgesetzter Behörden weitere Grenzen:
 - Das Fehlen genauer Kenntnisse über die wirtschaftlichen Verhältnisse im VEB.
 - Fachliche Defizite.
 - Innerbetriebliche Verwaltungsangelegenheiten über zentrale Stellen abzuwickeln, führte zu erheblichen Zeitverlusten.
 - Praktische Kommunikationsprobleme zwischen VEB und Verwaltung, z.B. aufgrund größerer Entfernungen.

Als praktische Ausformung der Verhältnisse von VEB, VVB und HV entstanden Kompromisse zwischen den Polen betrieblicher, bzw. zentraler Dominanz. Gleichwohl handelte es sich dabei keinesfalls um stabile, arbeitsteilige Systeme, sondern immer nur um kurzfristiges Verteilen bestimmter Aufgaben unter den Protagonisten. Unbefriedigende Ergebnisse der betrieblichen Leistungsfähigkeit führten immer wieder zu Erschütterungen der bestehenden Verhältnisse.

- Wenn vorgesetzte Stellen erkannten, was sie nicht zu leisten vermochten, machten sie dafür die untergeordnete Wirtschaftsebene verantwortlich. Widerwillig erlaubte man den VEB, in engen Grenzen auch eigene Entscheidungen zu treffen, wobei aber nicht versäumt wurde, ihnen zuvor detailliert anzugeben, unter welchen Prämissen sie ihre Verantwortung wahrzunehmen hätten.
- Erkannten vorgesetzte Stellen, welche Aufgaben - aus welchen Gründen auch immer - untergeordneten Ebenen nicht überlassen werden dürften, wurden diese Angelegenheiten unter Inkaufnahme neuer Probleme zentralisiert.

*Das Gängelband des „demokratischen Zentralismus“ erlaubte ausschließlich schlechte Kompromisse, die wider Erwarten der politischen Leitung keine effizienten Lösungen zuließen. Darum veränderte sich die Aufgabenverteilung permanent. Es entstand ein oszillierendes System der Verantwortungsabschiebung. Dieses besaß keine Anlage zur Lernfähigkeit und darum auch nicht die geringste Aussicht auf Erfolg. Die Bandbreite möglicher Problemlösungsstrategien erschöpfte sich darin, zentrale Entscheidungsstrukturen aufzubauen, um sie notgedrungen wieder zu lockern. Der Zustand immer wieder neu zu regelnder Verantwortlichkeiten war verbunden mit institutionellen und personellen Veränderungen, Umgewöhnungsphasen und weiteren Reibungsverlusten, die das System der volkseigenen Wirtschaft unablässig belasteten.*⁷⁷

⁷⁷ Vgl. SCHÜLLER, Alfred, Innovationsprobleme und wirtschaftspolitische Experimente im Systemvergleich, in: HAMEL, Hannelore und LEIPOLD, Helmut und SCHÜLLER, Alfred (Hrsg.), Innovationsprobleme in Ost und West, Stuttgart/New York 1983, S. 1-16. Schüller zeigt, daß sich während der gesamten Zeit zentraler Wirtschaftslenkung in der SBZ/DDR am Prinzip unablässiger Verantwortungsverschiebung, die sich in Form einer „chronischen Neigung zur [institutionellen] Innovationstätigkeit“ ausprägte und in einen „Zyklus der Reformen“ mündete, nichts geändert hat. „Bei Experimenten dieser Art entstehen, wie die Erfahrung lehrt häufig unbedachte Wirkungen, die zu neuen unwillkommenen Problemen führen. Zu ihrer Lösung werden dann erneute Kursänderungen notwendig, die vielfach zur Sicherung der gewünschten Gesamtordnung in der entgegengesetzten Richtung der vorangegangenen Reform wirksam werden müssen.“ (S. 3)

Das Beispiel der Kohlenindustrie

Am Beispiel der Investitionstätigkeit in der Kohlenindustrie soll die Ambivalenz der Zentralplanwirtschaft zwischen Zentralisation und Dezentralisation illustriert werden. Technische Prüfungsberichte bezeugten, daß die verschiedenen Vereinigungen gleichzeitig unterschiedliche Organisationsgrade aufwiesen. Offensichtlich war eine optimale Form nicht gefunden worden. Ein hohes Maß zentraler Organisation wurde dem Braunkohlenverband Borna bescheinigt: „Die Bearbeitung aller Investitionsangelegenheiten erfolgt zentral über Hauptverband Borna [...] Bauabteilung. Sämtliche Abteilungen der Hauptverwaltung sowie alle Grubenbetriebe und sonstige Außenstellen sind in Bezug auf die Investitionsmittel von der Bauabteilung abhängig. Die Bearbeitung der Zeichnungen, Gebäudepläne, Ausschreibungen, Berechnungen usw. und die Verhandlungen mit Behörden, Bau- und Maschinenfirmen erfolgt durch die jeweils zuständigen Abteilungen. Diese kontrollieren gleichzeitig in regelmäßigen Abständen, durch eigene Baumeister und Maschineningenieure die Baustellen. Die ständige Überwachung unterliegt der jeweiligen Werkdirektion. Wo solche nicht bestehen, sind örtliche Bauleiter eingesetzt.“⁷⁸ Angesichts großer Entfernungen zwischen den zugehörigen Betrieben läßt sich erahnen, wie groß der erforderliche Aufwand war, um die komplette Leitung und Kontrolle von einer Stelle aus durchzuführen. Sogenannte Werkdirektionen verdienten diese Bezeichnung nicht mehr, sondern mußten sich darauf beschränken, die Ausführungen der Zentralstelle zu „überwachen“. In Welzow und Zwickau wurden organisatorische Mischsysteme praktiziert. Das Durcheinander von zentraler und dezentraler Aufgabenverteilung bewirkte, daß allerorten der letzte Rest Verständnis bezüglich der Rechnungslage verloren ging: „Verbrauch und Verbuchung der zur Verfügung gestellten Investmittel bei BV-Welzow, Welzow N.L., da buchhaltungsmässig die Dezentralisation durch die VB vorgenommen ist, melden die Werke monatl. die Umsatzzahlen des Kontos 240 in Bau befindliche Anlagen, die dann von der Vereinigung auf die eingerichteten Werkskonten 240 übernommen werden. Sämtliche Buchungsunterlagen der Werke befinden sich bei der Braunkohlenverwaltung.“⁷⁹ Anlagen zu den Buchungsbelegen verblieben in den einzelnen Werken, bzw. waren auf verschiedene Betriebsteile und VVB-Zentrale verteilt. Die Revisoren beschwerten sich, daß die Prüfung der Eigenleistung und des baulichen Fortschritts

Mit seinem Aufsatz „Der Zwang zum wirtschaftspolitischen Experiment in zentral gelenkten Wirtschaften“ von 1970 weist Karl Paul Hensel auf den „Bruch der immanenten Logik des Systems der Wirtschaftsrechnung [zentraler Planwirtschaften].“ „Das Nebeneinander von zentralen Planentscheidungen anhand der Knappheitsgrade in den güterwirtschaftlichen Planbilanzen und von betrieblichen Lenkungsentscheidungen aufgrund gesamtwirtschaftlich falscher Preise macht nicht nur den Bruch im System der Wirtschaftsrechnung aus, sondern ist auch eine der Hauptursachen für die zahlreichen Disproportionen des Gesamtprozesses. [...] Die Disproportionen und die unzureichende Koordination der Hergänge überhaupt sind es nun, die die politische Führung immer wieder veranlassen, die Organisation der Planung und auch die Prinzipien, nach denen die Pläne ausgearbeitet und das gesamtwirtschaftliche Plansystem entfaltet werden soll, so häufig zu ändern.“ In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Band 184, Heft 4-5, Stuttgart 1970, S. 349-359, ebenfalls abgedruckt in: DERS., Systemvergleich als Aufgabe, Aufsätze und Vorträge, Stuttgart/New York 1977, S. 173-182, hier S. 178f.

78 DN3-1095, TB über Braunkohlenverband Borna der VVB Kohlenindustrie vom 6. September 1949, S. 2.

79 DN3-1095, PB über Braunkohlenverwaltung Welzow 15. Dezember 1949.

vor Ort aufgrund fehlender Unterlagen nicht möglich war.⁸⁰ Es muß infolge dessen auch davon ausgegangen werden, daß die Verwaltung selbst - von den einzelnen Werken gar nicht erst zu sprechen - über den Stand der Rechnungslegung nicht informiert war. Auch in Zwickau sah es nicht anders aus: „Trennung der Steinkohlenverwaltung in Zwickau, die dort in einem Mietgebäude untergebracht ist, während sich die Finanz- und Betriebsbuchhaltung in Neuölsnitz befindet“⁸¹ Ein Buchungsrückstand von drei Wochen wurde damit begründet, daß normalerweise „das gesamte Rechnungswesen für Investitionen in Zwickau überprüft wird und dann zur weitere Erledigung und Zahlungsanweisung nach Neuölsnitz kommt.“⁸² Beide Stätten waren räumlich so weit voneinander getrennt, daß sich dadurch auch die Revision erheblich verkomplizierte und der Termin der genauen Rechnungsprüfung durch die RTA verschoben werden mußte. Der Buchhaltungsrückstand war obendrein so erheblich, daß Rechnungen in Höhe von ca. 1.000.000,- DM noch nicht bezahlt worden waren. Im Gegensatz dazu stand z.B. die Braunkohlenverwaltung Meuselwitz, VVB der Kohlenindustrie Sitz Altenburg. Hier besaßen die einzelnen Werke - soweit im Rahmen des Wirtschaftssystems überhaupt möglich - größere Selbständigkeit: „Für die Ausführung der Vorhaben der einzelnen Invest-Objekte besteht für jedes Werk eine gesonderte Invest-Abteilung, die dem Werksdirektor unterstellt ist. Sämtliche Finanz-, Material- und Personalfragen werden dort selbständig bearbeitet. Der Fortschritt über die Invest-Baustände ist monatlich der Revierdirektion Altenburg meldepflichtig, jedoch erfolgt von dort aus keine Prüfung an Ort und Stelle. [...] Sämtliches Baumaterial bzw. Fremdmaterial für die Invest-Objekte wird von den Unterwerken zentral von Altenburg angefordert und abdisponiert. Die Preisbelastung erfolgt getrennt nach Objekten für den Empfänger nach den preisamtlich genehmigten Richtsätzen von der Revierleitung Altenburg.“⁸³ Auch beim Braunkohlenverband Mückenberg gab man sich aufgrund logistischer Schwierigkeiten damit zufrieden, den Werken die praktische Ausführung der Objekte zu überlassen. Gleichzeitig wurde versucht, die Verbuchung zu zentralisieren: „Die Verbuchung aller Investitionsrechnungen auf das Konto 240 - im Bau befindliche Anlagen - einschliesslich der auf den Werken erstellten innerbetrieblichen Leistungen erfolgt zentral in der Hauptverwaltung nach dem maschinellen System Elliot-Fisher“⁸⁴ „Zur Ausführung der Invest-Objekte besteht bei jedem angeführten Werk eine besondere Invest-Bau-Abteilung, die sämtliche Finanz-Material- und Personalfragen selbständig bearbeitet. Die Revier-Invest-Plan-Abtl. hat nur einen techn.-administrativen Charakter, ohne direkten operativen Einfluss. Eine ständige Kontrolle der Invest-Bauten der einzelnen Objekte von dort aus konnte wegen Personal- und Fahrzeugmangel bisher nicht erfolgen.“⁸⁵

80 DN3-1095, PB über VVB Braunkohlenverwaltung Welzow vom 28. August 1949 und ebenda, PB über VVB Steinkohlenverwaltung Zwickau vom 18. bis. 25. Oktober 1949.

81 DN3-1095, PB über VVB Steinkohlenverwaltung Zwickau, vom 18. bis. 25. Oktober 1949.

82 Ebenda.

83 DN3-1095, TB über Braunkohlenverwaltung Meuselwitz vom 4. bis 8. Oktober 1949.

84 DN3-1095, TB Braunkohlenverband Mückenberg vom 2. bis 11. August 1949.

85 DN3-1095, TB über Braunkohlenverband Mückenberg vom 21. bis 23. September 1949.

Plan versus Realität: Systembedingte Kuriositäten

Ohne Rechnung des ausführenden Betriebes „Materialengpaß“

Die Praxis wirtschaftlichen Handelns ließ sich trotz aller Reglementierungsversuche der Wirtschaftsführung nicht 100-prozentig uniformieren. Entgegen der Illusion gesetzlich vorgeschriebener Ordnung, gab es keinen festgelegten Ablauf der Reihenfolge zwischen Plangenehmigung, Beginn der Arbeiten oder Überweisung der erforderlichen Finanzmittel durch die DIB, geschweige denn des buchhalterischen Abrechnungsverfahrens in und zwischen den Betrieben. Dergestalt konnten Ereignisse zu Behinderungen der Investitionstätigkeiten führen, die den Betrieben unter marktwirtschaftlichen Bedingungen sogar zum Vorteil gereicht hätten. Wenn z.B. die Rechnungen beauftragter Baufirmen, für erfolgte Bauarbeiten allzu lange auf sich warten ließen⁸⁶, konnte es geschehen, daß der eigentliche Investträger in Finanznot geriet. Er mußte diesen Betrieben in der Regel alle Materialien stellen, war aber gegenüber der DIB nicht in der Lage, den Fortgang der Arbeiten nachzuweisen. Weil er den Ressourcenverzehr nicht dokumentieren konnte, wartete er vergeblich auf die notwendige Anschlußfinanzierung. Die Folge waren wiederum „Liquiditätsengpässe“ und ausbleibende Materiallieferungen. Die Revision machte den VEB für das Einklagen der Rechnungen verantwortlich, obwohl der keinen Einfluß auf andere Betriebe, geschweige den SAG-Betriebe auszuüben vermochte. Er wurde aufgefordert, „dafür Sorge zu tragen, dass diese Endabrechnungen nunmehr unverzüglich eingereicht werden.“⁸⁷ Die Braunkohlenverwaltung Bitterfeld griff aufgrund völliger Zahlungsunfähigkeit zum letzten Mittel: Sie nahm die Beschäftigten zum „Faustpfand“ und drohte mit Entlassung von 500 Bauarbeitern, um auf diesem Wege gegenüber der DWK ihre Forderungen nach Liquidität durchzusetzen. Selbst die Prüfer der DIB stellten sich in ihrem Bericht auf die Seite des VEB. Unter der Rubrik ihres Prüfungsformulars „Festgestellte Mängel bei der zuständigen Hauptverwaltung“ merkten sie an: „Es dürfte sich empfehlen, dass die HV Kohle schnellstens zur Frage der beantragten Erhöhungen Stellung nimmt, da sonst aussergewöhnliche Schwierigkeiten (Entlassung von rd. 550 Bauarbeitern).“⁸⁸ Ohne Gläubigerrechnungen keine „Liquidität“. Ohne „Liquidität“ Entlassungen im Arbeiter- und Bauernstaat! Drei Tage nach Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 offenbarte der Prüfungsbericht, wie es von Beginn an um das Konzept zentralplanwirtschaftlicher Ordnung bestellt war. Chaos als logische Konsequenz, worunter auch die Beschäftigten erheblich zu leiden hatten.

Zessionskredite auf die laufende Produktion volkseigener Betriebe

Finanzplanung war auf betrieblicher Ebene allenfalls eine theoretische Angelegenheit. Es gab kaum etwas zu planen, denn totale Zahlungsunfähigkeit oder

86 Vgl. DN3-1094 und 1095, PB über Braunkohlenverwaltung Bitterfeld, Vereinigung volkseigener Betriebe der Kohlenindustrie, vom 10. Oktober 1949, Anlage 2, betr. Bericht über den Verkehr mit Baufirmen. Frage: Liegen Beschwerden oder Beanstandungen des Investitionsträgers über die Rechnungslegung vor? Antwort der BV: „Ja, Zemaag Zeitz [Betrieb der SAG für Maschinenbau „Podjomnik“ T.M.] ist nicht dazu zu bewegen, nach Lieferung auch Rechnung unmittelbar einzusenden.“ Der SAG-Betrieb weigerte sich bereits im Vorfeld, dem VEB bindende Angebote abzugeben, bzw. Leistungsverträge abzuschließen.

87 Ebenda, Anlage 3.

88 DN3-1094 und 1095, PB über Braunkohlenverwaltung Bitterfeld, Vereinigung volkseigener Betriebe der Kohlenindustrie, vom 10. Oktober 1949.

„Liquiditätsengpaß“, wie dasselbe Phänomen euphemistisch umschrieben wurde, gehörte zum Alltag der VEB. Betriebliche Planung beschränkte sich insbesondere darauf, täglichen Mangel zu überbrücken. Immer wieder entwickelten die Betriebe aus der Not geborene Strategien, die sich nicht selten an herkömmlichen, marktwirtschaftlichen Geschäftsformen orientierten. Die Werksleitung des VEB Stahl- und Hartgusswerk Bösdorf/Elster wies darauf hin, „daß die [...] finanzielle Situation des Betriebes eine äusserst angespannte ist und man sich bereits veranlasst sah, Zessionskredite auf die laufende Produktion aufzunehmen.“⁸⁹ Abtretungskredite auf Forderungen für die laufende Produktion war der Griff des VEB nach dem letzten Strohalm. Sie weckten Erinnerungen an kapitalistische Geldbeschaffungsmöglichkeiten. Dem VEB fehlte jedes Verständnis für den kollektivistischen Ansatz des Systems der Zentralplanwirtschaft. Gleichzeitig wird deutlich, daß die Leitung des VEB sowohl die Rolle des Geldes als auch die eigenen Möglichkeiten betrieblichen Handelns überschätzte. Das Dokument liefert keine näheren Informationen darüber, wer Zessionar der Transaktion war. Prinzipiell war im Rahmen des Systems für dieses „Geschäft“ keinerlei Partner vorstellbar:

- Zwischen VEB war im Sinne der offiziellen Betrachtungsweise eine solche Regelung kaum vorstellbar, denn Zedent und Zessionar wären in jedem Falle das Volk gewesen. Es hätte schon rein formal mit sich selbst keinen solchen Vertrag abschließen können.⁹⁰
- Zwischen VEB und LKB machte ein solches Verfahren ebenfalls keinen Sinn weil die sogenannte Bank im Sinne der Plankonsistenz keine Geldschöpfungsbefugnis besitzen durfte. Ihre Aufgabe war die Brückenfunktion zwischen DIB und VEB, die zahlreichen Konten des Betriebes zu führen und den Rechnungswesenverkehr im Sinne der Planbürokratie zu organisieren.
- Zessionsverträge mit einer privaten Organisation abzuschließen, hätte den VEB sogar mit dem Gesetz in Konflikt gebracht, weil volkseigene Mittel nicht verpfändet werden durften.⁹¹

1971 verwies das „Ökonomische Lexikon“ (Berlin-Ost) derartige Vorfälle im Bereich des volkseigenen Sektors ausdrücklich in die Vergangenheit: „In der DDR ist eine Abtretung der Forderungen zum Zwecke der Kreditsicherung nur noch von Fall zu Fall im Bereich der privaten Wirtschaft vorzufinden.“⁹²

4.4 Die Utopie der Zentralplanung

Die Begriffe „Planverfehlung“ oder „Planabweichung“ wurden im alltäglichen Sprachgebrauch der Polit- und Wirtschaftsbürokratie tunlichst vermieden. Sie existierten auch nicht in den Wörterbüchern der SBZ/DDR. Gleichwohl bestimmten sie wie kein anderes Phänomen das tägliche Geschehen der volkseigenen Wirtschaft des Jahres 1949.

Planverfehlungen, -abweichungen, oder -versäumnisse waren im Rahmen der Zentralplanwirtschaft das Schlimmste, was volkseigenen Betrieben vorgeworfen werden konnte. Darum versuchten sie innerhalb ihrer Möglichkeiten alles zu tun, um

89 DN3-1095, Investitionsprüfung über VEB Stahl und Hartgusswerk Leipzig Abt. Bösdorf/Elster 20.-22. Feb. 1950, Anl. 3, Bl. 2.

90 Vgl. DN5-261, S. 67.

91 Vgl. SMAD-Befehl Nr. 64 vom 17. April 1948 über die Beendigung der Sequesterverfahren in der SBZ, Ziff. 2.

92 Ökonomisches Lexikon, Bd. II L-Z, Berlin-Ost, 1971, S. 1202.

Abweichungen zu verhindern. Wenn die praktische Planerfüllung dennoch mißlang, verblieben, wie bereits gezeigt, zahlreiche Methoden der Präsentation des Betriebsergebnisses, die geeignet waren, Planerfüllung zu suggerieren. Notfalls verfügten die VEB über ein reiches Repertoire der Rechtfertigung und der Schuldzuweisung um zumindest das eigene „Versagen“ für den Fall zu widerlegen, daß die Abweichungen nicht mehr zu kaschieren waren. *Es handelte sich um ein konstitutives Element der SBZ/DDR-Zentralplanwirtschaft, daß jedes Bekanntwerden einer Planverfehlung zunächst unterdrückt wurde, dieselbe im anderen Fall aber verbrämt, bzw. alle Schuld dafür von der eigenen Institution abgelenkt wurde.* Am Ende jeder Planperiode meldeten volkseigene Betriebe, Vereinigungen und industrielle Hauptverwaltungen der politischen Führung in Berlin in der Regel die erwartete Planerfüllung, bzw. Planübererfüllung, d.h. das „Erreichen aller den zentralen und örtlichen Staatsorganen, den wirtschaftsleitenden Organen, den Kombinat, Betrieben und Einrichtungen erteilten staatlichen Planaufgaben [des Perspektivplanes] und der Jahresvolkswirtschaftspläne.“⁹³ Dabei war kaum mehr nachvollziehbar und spielte in der offiziellen Darstellung keine Rolle, wie diese Ergebnisse herbeigeführt worden waren. Die Möglichkeiten der Ergebnismanipulation waren, der Undurchsichtigkeit wirtschaftlicher Abläufe entsprechend, fast unbegrenzt. Was als Planerfüllung dargestellt wurde, hätte so nicht bezeichnet werden dürfen. Auch die oktroyierten Produktivitätsfortschritte waren nicht tatsächlich zu beweisen. Willkürliche Preisanhebungen waren kaum nachzuvollziehen und schienen - jedenfalls in der „wertmäßigen“ Planabrechnung - Steigerungen der Produktivität zu suggerieren. Im Rahmen der Prüfungsberichte ließen sich keine Anzeichen für tatsächlich steigende Produktivität finden. Allen offiziellen Beteuerungen von Planerfüllung zum Trotz dominierte in der Praxis tagtäglich das Gegenteil:

- Die Verfehlungen quantitativer und qualitativer Planaufgaben, betreffend *Investition, Produktion und Absatz (Verteilung)*, wobei sich jeder Verstoß gegen die Planvorgabe in der darauffolgenden Stufe fortsetzen mußte.
- Teuerungen und Verschwendung sowie
- vermehrter Arbeitseinsatz mit dem Ziel, die vorgeschriebenen quantitativen Produktionssteigerungen zu verwirklichen, bzw. der Suggestion von Produktivitätsfortschritten.

Besonders wichtige Branchen und Betriebe fanden im Beschluß des Parteivorstandes zum Zweijahrplan für 1949/50 explizit Erwähnung, was sie besonders unter Druck setzte, die in sie gesetzten Erwartungen zu erfüllen. Das galt beispielsweise für das Stahlwerk Hennigsdorf. Der Parteivorstand der SED ließ verlautbaren: „Unter anderem soll im Jahre 1949 das Werk Hennigsdorf, in dem in der ersten Hälfte des Jahres 1948 bereits zwei Martinöfen in Betrieb genommen wurden, seine volle Rohstahlkapazität erreichen. Die Wiederherstellung der Stahlgußabteilung dieses Werkes mit einer Leistungsfähigkeit von 5000 bis 7000 Tonnen Guß jährlich ist abzuschließen, und alle Vorarbeiten zur Wiederherstellung des Walzwerkes sind zu leisten.“⁹⁴ Der ein Jahr später erstellte Prüfungsbericht machte deutlich, daß der Plan sogar in diesem bevorzugten Stahlwerk nicht erfüllt werden

93 Stichwort „Planerfüllung“ in: Wörterbuch der Ökonomie des Sozialismus, Berlin 1984, S. 683.

94 Beschluß des Parteivorstandes vom 30. Juni 1948, in: Dokumente der SED, Bd. II, Berlin 1951, S. 56.

konnte. Unter „Maschinelle Einrichtungen“, laufende Nr. 1, hieß es: „Elektroöfen. Die Erstellung des für 1948/49 geplanten Ofens entfällt auf höhere Anweisung.“⁹⁵

4.4.1 Überschreiten der Plankosten

Die Investitionsauflagen der Betriebe fielen in der Regel niedriger aus, als nach Auffassung der VEB angesichts bestehender Produktionsauflagen wünschenswert gewesen wäre. Trotzdem „verteuerten“ sich die einzelnen Investobjekte, d.h., in der Regel war zu ihrer Verwirklichung überplanmäßiger Güterverzehr erforderlich. Dementsprechend ziehen sich Klagen über Abweichungen von der Finanzplanung, d.h. über erhebliche Kostensteigerungen, durch fast jeden der Prüfungsberichte. Diese sogenannten Teuerungen waren nicht zu verhindern, obwohl die Durchführung jedes einzelnen Investobjektes Stück für Stück durch die DIB zu finanzieren und zu kontrollieren war. Anhand der DIB-Prüfbögen konnte ein Vergleich zwischen geplanten und tatsächlich erforderlichen Aufwendungen im Bereich betrieblicher Investitionen vorgenommen werden. Unter Berücksichtigung jener Investobjekte, die zum Zeitpunkt der Prüfung nach Angaben der Betriebe zu 100 Prozent fertig gestellt waren, betrug die *Überschreitung der Plankosten im Durchschnitt bereits rund 20 Prozent*.⁹⁶ Die Angabe ist jedoch untertrieben, weil zusätzliche „Teuerungen“ aufgeschlagen werden müssen:

Steigende Grenzkosten

In der Regel wurden zum Ende der Planungsperiode nicht alle Objekte der Titelliste fertiggestellt, die ursprünglich vorgesehen waren. Das bedeutete, daß die Betriebe alle Kräfte in die Verwirklichung der reduzierten Titelliste stecken konnten. Unter der Annahme mangelverstärkter, steigender Grenzkosten für die Bereitstellung zusätzlicher Produktionsfaktoren muß davon ausgegangen werden, daß die durchschnittlichen Kosten der fertig gestellten Objekte (reduzierte Titelliste) auf diese Weise erheblich niedriger waren, als wenn der gesamte Plan erfüllt worden wäre.

Auflösung nicht registrierter Reserven in den Betrieben

Nicht registrierte Vorräte und Kapazitätsreserven, die vom Betrieb zu mobilisieren waren, konnten zugunsten der ausgewählten Investobjekte ausgeschlachtet werden, ohne sich zusätzlich im Preis niederzuschlagen. Täglich schrumpfte dieser frei verfügbare, illegale Material- oder Geldbestand der Betriebe. Darum benötigte jedes weitere Objekt überproportional größere Summen für seine Erstellung. Immer

95 DN3-1093, TB über die VEB Stahl- und Walzwerke Hennigsdorf vom 25. Juni bis 4. Juli 1949, Bl. 7.

96 Die festgestellten Kostenübertretungen im Investitionssektor der volkseigenen Wirtschaft im Jahre 1949 decken sich mit jenen des Jahres 1970: In seinem Rechenschaftsbericht über die Wirtschaftsentwicklung im 1. Halbjahr 1970 auf der 13. Tagung des ZK de SED erklärte Günter Mittag: 'Ein Kernproblem der Investitionstätigkeit besteht darin, daß sich [...] erhebliche Kostenerhöhungen abzeichnen. Wie durchgeführte Überprüfungen erkennen lassen, treten bei einer größeren Anzahl von Investitionsvorhaben im Durchschnitt Kostenerhöhungen von 20 bis 30 Prozent gegenüber dem geplanten Investitionsvolumen ein. [...] Allein bei 22 großen Vorhaben mit einem Gesamtvolumen von 5,3 Milliarden Mark beträgt der Umfang des vorgesehenen Mehraufwandes rund 1 Milliarde Mark.'; MITTAG, Günter, Die Durchführung des Volkswirtschaftsplanes im Jahre 1970, in: „Neues Deutschland“ vom 12. Juni 1970, S. 4, zitiert nach BUCK, Umkehr zur administrativen Befehlswirtschaft, S. 101f.

mehr Material mußte auf offiziellem Wege beschafft werden, was sich gleichfalls in steigenden Kosten und zusätzlichem Verhandlungsaufwand bemerkbar machte.

Umsetzung von „Prestige-Objekten“ um jeden Preis

Die Maxhütte Unterwellenborn war für den Aufbau der von der Politik präferierten Grundindustrie von besonderer Bedeutung und wurde darum zu einem der wichtigsten Prestige-Objekte der SBZ-Wirtschaft. Hier sollte es an nichts fehlen und dementsprechend wurde auch verfahren. Ohne Rücksicht auf Preise zu nehmen und der allgegenwärtigen Mangelsituation in der übrigen Wirtschaft zum Hohn, wurde aus der gesamten SBZ alles herangeschafft, was zur Verwirklichung des Projektes vonnöten schien. Man verließ sich nicht allein auf Fremdfirmen: „Materialien wurden grösstenteils vom Investitionsträger den ausführenden Bau- und Montagefirmen frei Baustelle zur Verfügung gestellt. Hilfs- und Bauarbeiterkolonnen stellt ebenfalls der Investitionsträger.“⁹⁷ Auch natürliche Widrigkeiten durften den Baufortschritt nicht aufhalten. Sie trieben die Kosten der eingeplanten Objekte unvorhersehbar in die Höhe. Alle Aufwendungen wurden durch ihre politische Notwendigkeit gerechtfertigt: „Da die Wasserleitung zur Versorgung des Werkes unter allen Umständen so schnell wie möglich fertiggestellt werden musste, waren [...] kostenerhöhende Faktoren nicht zu vermeiden.“⁹⁸ Wie kompromißlos der VEB Stahl- und Walzwerk Maxhütte Unterwellenborn angeschoben wurde, läßt der technische Prüfungsbericht der DIB vom 4. August 1949 erahnen. Die folgende Tabelle ist nach dem gleichen Muster zu interpretieren wie Tabelle 10, S. 151, über den VEB Stahl- und Walzwerk Riesa, wo die (schöngerechnete) „*neutrale Planabweichung*“ knapp 1,5 Prozent betrug. Daß sich eben dieser Wert in der Maxhütte auf *über 56 Prozent* belief, dokumentiert den staatlichen Willen zum bedingungslosen Aufbau dieses Stahlwerkes - koste es, was es wolle.

97 DN3-1093, PB über VEB Stahl- und Walzwerk Unterwellenborn, Maxhütte, vom 31. Mai bis 2. Juni, zusätzlich: Brief von Maxhütte an LKB Thüringen vom 29. Juli 1949, zusätzlich: TB vom 26. Juli bis 4. August und 25. Juli bis 7. August 1949.

98 Ebenda.

Tabelle 26: Planabweichung im Rahmen der Investitionsauflage 1949 des VEB Stahl- und Walzwerkes Maxhütte Unterwellenborn⁹⁹

Invest- objekt-Nr.	A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K
	Investsumme für 1949	Bau- stand in am 30.7.49	Buchmäßige Ausgaben bis 30.6.49	Buchmäßige Ausgaben hochgerech- net zum 30.7.49	Investaus- gaben für den Fall proportionaler Entwicklung	Differenz zwischen Ist- und Soll- Ausgabe	Absolutbetrag der Abweichung	über- schreitung	In Prozent	Unter- schreitung	In Prozent
1	1.300.000,00	70	1.750.000,00	2.041.666,67	910.000,00	1.131.666,67	1.131.666,67	1.131.666,67	124,36		
2	650.000,00	75	575.000,00	670.833,33	487.500,00	183.333,33	183.333,33	183.333,33	37,61		
3	800.000,00	90	190.000,00	221.666,67	720.000,00	-498.333,33	498.333,33			498.333,33	69,21
4	250.000,00	70	225.000,00	262.500,00	175.000,00	87.500,00	87.500,00	87.500,00	50,00		
5	400.000,00	80	640.000,00	746.666,67	320.000,00	426.666,67	426.666,67	426.666,67	133,33		
6	200.000,00	0	2.000,00	2.333,33	0,00	2.333,33	2.333,33	2.333,33	unendlich		
7	3.000.000,00	0	592.000,00	690.666,67	0,00	690.666,67	690.666,67	690.666,67	unendlich		
8	500.000,00	0	4.000,00	4.666,67	0,00	4.666,67	4.666,67	4.666,67	unendlich		
9	650.000,00	80	1.295.000,00	1.510.833,33	520.000,00	990.833,33	990.833,33	990.833,33	190,54		
10	500.000,00	0	5.000,00	5.833,33	0,00	5.833,33	5.833,33	5.833,33	unendlich		
11	180.000,00	100	121.000,00	141.166,67	180.000,00	-38.833,33	38.833,33			38.833,33	21,57
12	100.000,00	25	11.000,00	12.833,33	25.000,00	-12.166,67	12.166,67			12.166,67	48,67
13	50.000,00	20	14.000,00	16.333,33	10.000,00	6.333,33	6.333,33	6.333,33	63,33		
14	200.000,00	40	112.000,00	130.666,67	80.000,00	50.666,67	50.666,67	50.666,67	63,33		
15	100.000,00	20	28.000,00	32.666,67	20.000,00	12.666,67	12.666,67	12.666,67	63,33		
16	100.000,00	0	5.000,00	5.833,33	0,00	5.833,33	5.833,33	5.833,33	unendlich		
17	150.000,00	0	4.000,00	4.666,67	0,00	4.666,67	4.666,67	4.666,67	unendlich		
17	1.500.000,00	60	349.000,00	407.166,67	900.000,00	-492.833,33	492.833,33	492.833,33		492.833,33	54,76
19	227.000,00	15	38.000,00	44.333,33	34.050,00	10.283,33	10.283,33	10.283,33	30,20		
20	112.000,00	15	25.000,00	29.166,67	16.800,00	12.366,67	12.366,67	12.366,67	73,61		
21	100.000,00	0	0,00	0,00	58.333,33	-58.333,33	58.333,33			58.333,33	100,00
22	12.000,00	0	0,00	0,00	7.000,00	-7.000,00	7.000,00			7.000,00	100,00
	11.081.000,00		5.985.000,00	6.982.500,00	4.463.683,33	2.518.816,67	4.733.816,67	3.626.316,67		1.107.500,00	
						Neutrale Planabweichung: 56,4%	Absolute Planabweichung: 106,1%				

bedeutet: Originalangaben aus der angegebenen Quelle, alle nicht grau unterlegten Spalten wurden errechnet.

⁹⁹ DN3-1093, TB über VEB Stahl- und Walzwerk Maxhütte Unterwellenborn vom 4. August 1949, Bl. 1.

Zum typischen Merkmal der SBZ-Wirtschaft entwickelte sich die überall anzutreffende Verbindung aus Mangel und Verschwendung. Diese scheinbar so widersprüchlichen Elemente waren aber zwei Seiten derselben Medaille. Im VEB Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf als weiterem politischen Prestigeobjekt nahm dieses Phänomen enorme Ausmaße an. Obwohl der Wirtschaftssektor Stahl die besondere Aufmerksamkeit der Wirtschaftsplanung besaß, bot sich dem Prüfungspersonal in Hennigsdorf das uneinheitliche Bild von Verschwendung aufgrund reichlicher Versorgung mit Material sowie gleichzeitiger Improvisation und Selbstversorgung. Auch bevorzugte materielle Versorgung führte unter den Bedingungen der Zentralplanwirtschaft nicht, wie dieser Fall zeigt, zu erfolgreicher Planerfüllung. Von Mangel war in Hennigsdorf nicht die Rede, wodurch sich dieses Werk - laut Angabe der Prüfer - von fast allen übrigen volkseigenen Betrieben unterschied. Die dokumentierten Lieferungen für das Baustofflager von Januar bis 30. Juni 1949 waren nicht unerheblich.

Tabelle 27: Lieferungen an das Baustofflager des VEB Stahl- und Walzwerke Hennigsdorf¹⁰⁰

Kies, m ³	2.749.300	Zement, to	1.676.693
Sand, m ³	819.500	Gips, to	25.250
Splitt, m ³	814.150	Kreide, to	36.350
Schotter, to	1.442.750	Dachziegel, Stck.	26.000
Mauersteine, Stck.	799.000	Isolierpappe, m ²	7.001
Langlochsteine, Stck.	24.500	Dachpappe, m ²	44.870
Große-Pflastersteine, Stck.	127.712	Beckensteine, Stck.	128.500
Kleine Pflastersteine, Stck.	289.250	Klebmasse, to	26.076
Glasbausteine, Stck.	51.730	Lignolithplatten, m ²	1.325
Kalk, to	135	Kieselgur, to	4

Die Kostenvoranschläge über erforderliche Investitionen, so stellten die Prüfer fest, waren „ungenau, da nur geschätzt“¹⁰¹. Die Zentralplanung war auch für Hennigsdorf nicht imstande, exakte Mengen erforderlicher Baustoffe zu ermitteln. Weil aber der dortige Wiederaufbau politische Priorität genoß, sollte es an nichts fehlen. In der Folge stapelten sich im Baustofflager Gütermengen, die unmöglich ihrer Verwendung zugeführt werden konnten, während anderenorts Mangel herrschte. Das Prestige-Objekt wurde begleitet von mangelhafter Kostenrechnung, oberflächlichen Kontrollen und maßlosem Umgang mit den in der SBZ ansonsten so knappen Gütern: „Die Revision hat gezeigt, dass durch mangelhafte Organisation der Betrieb erhebliche Mittel für andere Vorhaben als für die eingepplanten verwendet hat.“¹⁰² Aber auch für geplante Baumaßnahmen wurden bereitwillig erhebliche Mittel aufgewendet. Für das Projekt „Modernisierung Stahlwerk“ konstatierten die Prüfer: „Obwohl der Umfang der auszuführenden Arbeiten ein sehr großer ist, muß der veranschlagte Betrag als sehr hoch bezeichnet werden.“¹⁰³ Offensichtlich entstand angesichts der üppigen Materialvorräte im Baustofflager Hennigsdorf eine Art

100 DN3-1093, TB über die VEB Stahl- und Walzwerke Hennigsdorf vom 25. Juni bis 4. Juli 1949, Bl. 6.

101 DN3-1093, TB über die VEB Stahl- und Walzwerke Hennigsdorf vom 25. Juni bis 4. Juli 1949.

102 Ebenda.

103 Ebenda.

Selbstbedienungsmentalität der beauftragten Firmen, während die Aufmerksamkeit der eigenen Beschäftigten gleichzeitig abnahm. Man ließ sich gegenseitig weitgehend gewähren, was gleichfalls die Kritik der Prüfer fand: „Die Fremdfirmen führen alle Aufträge ohne vorherige Kostenanschläge und Leistungsverzeichnisse durch und erhalten werkseitig die erforderlichen Materialien. Terminpläne konnten nicht eingesehen werden.“¹⁰⁴ Die vermeintlichen Gründe dafür wurden genannt: „Klare, übersichtliche Termin- und Finanzpläne, welche die Grundlage zur Aufstellung des Investitionsplanes bilden und den Fortschritt aller Arbeiten wie: Bauten, Fundamente, Maschinen, Apparaturen, Rohrleitungen, elektrische Anlagen usf. von Tag zu Tag erkennen lassen, werden nicht geführt und können als Ursprung der täglichen finanziellen Schwierigkeiten gewertet werden. Aus diesem Grunde ist die Gesamtbeurteilung sehr schwierig.“¹⁰⁵ Abweichend von den meisten anderen Baustellen, wurden die Fremdfirmen in Hennigsdorf sehr großzügig und reibungslos mit dem notwendigen Material versorgt. Die Prüfer attestierten der Betriebsleitung eine „[nicht genügende] Kontrolle der Fremdleistungen auf allen Sachgebieten“¹⁰⁶. Hierdurch, so die Ansicht der Revision, wäre es nicht möglich gewesen, im Stahlwerk eine Kostenrechnung auszubilden. In Wirklichkeit lag der Fall umgekehrt: Fixe bzw. willkürliche Preise, Planungswillkür und die Orientierungslosigkeit des VEB im Nebel schein-ökonomischer Fiktionen führten schon im Vorfeld jeden Versuch einer sinnvollen Kostenrechnung ad absurdum.

Utopie als „Realbestandteil“ der sozialistischen Wirtschaftspraxis

Teile des offiziellen Wirtschaftsplanes wurden von Fachleuten von Anfang an als utopisch verworfen. Sie waren vor dem Hintergrund politischer Visionen der Partei entstanden, wie z.B. der erstrebten Unabhängigkeit von der westlichen Wirtschaft. Versuche, derartige Visionen zu realisieren, waren von Anfang an zum Scheitern verurteilt und trieben die Kosten diesbezüglicher Anstrengungen in die Höhe, während die gesamtwirtschaftlichen Ressourcen weiter verknappt wurden.

Eilige Fertigstellung

Objekte, die als Voraussetzung für die Betriebstätigkeit ganzer Werke angesehen wurden, waren laut Plan mit besonderer Eile durchzuführen. Diese Atmosphäre vorrangiger Priorität ließ - vergleichbar den Prestige-Objekten - keine genaueren Planungsvorbereitungen zu. Fehler bei der Umsetzung, als deren Folge sich Kostensteigerungen einstellten, waren die unvermeidbare Folge: „Als Begründung für die erhöhten Kosten wurde angegeben, dass die Arbeiten [...] unverzüglich und mit grösster Beschleunigung aufgenommen werden mussten, dass daher vorherige Bohrungen nicht stattfinden konnten, man aber bei dem Ausschachten auf Fels stieß, dessen Sprengung und Beseitigung sich kostenerhöhend auswirkten.“¹⁰⁷

Grenzen der Planungsfähigkeit

Nicht zu kalkulieren waren solche Vorhaben, von denen sich, auch unabhängig von der fehlenden Möglichkeit einer Wirtschaftsrechnung, nicht vorherbestimmen ließ, wie groß der zu ihrer Realisierung erforderliche Aufwand sein würde. Hierzu war

104 Ebenda.

105 Ebenda, Bl. 17.

106 DN3-1093, TB über die VEB Stahl- und Walzwerke Hennigsdorf vom 25. Juni bis 4. Juli 1949.

107 DN3-1093, PB über VEB Stahl- und Walzwerk Unterwellenborn, Maxhütte, 31. Mai bis 2. Juni 1949.

1949 insbesondere auch das Transportwesen zu zählen. Krieg und Demontagen hatten sowohl die Infrastruktur als auch alle Arten von Fahrzeugen soweit beschädigt, bzw. dezimiert, daß hier keine verlässliche Planung mehr möglich war. Die geringen Transportkapazitäten führten zu erheblichen Transportaufwendungen, z.B. in der Maxhütte bei der Beschaffung von Eisenrohren, von denen noch nicht einmal bekannt war, wo sie zu bekommen waren. „[Man] wußte vor Inangriffnahme der Arbeiten nicht, wo die erforderlichen Eisenrohre mit genügendem Durchmesser zu beschaffen sind. Diese wurden dann irgendwo gefunden, ausgegraben und in mühseligen Transporten zur Baustelle gebracht.“¹⁰⁸ Die Folge: Kostenplanung unmöglich. Die Komplexität technischer und materieller Planung, deren Umsetzung obendrein davon abhing, inwieweit der restlichen Wirtschaft sachlich richtige Auflagen erteilt worden waren und inwieweit es ihr möglich war, diese zu erfüllen, wurde in Kombination mit dem allgegenwärtigen, materiellen Mangel vollends undurchschaubar. Jede Mangelsituation, die Planabweichungen zur Folge hatte, vergrößerte aber gleichzeitig die Masse brachliegender Wirtschaftsgüter. Vorarbeiten konnten nicht ausgenutzt werden, Projekte blieben unvollendet. Hilflös mußten die Betriebe dabei zusehen, wie das Geleistete an Wert verlor. Ihre Versuche, dieser Verschwendung entgegenzutreten, nahmen bisweilen verzweifelte Züge an und erinnerten an die Tätigkeit des Korinthischen Königs Sisyphus, wie das folgende Beispiel des EB-West, Halle /Saale beweist: „Betrifft Umspannanlage Torgau. Die anteiligen Bauarbeiten des betreffenden Objektes im Werte DM 85.000,- sind z.Zt. schon abgeschlossen. Die elektrische Ausrüstung, die für 1950 eingeplant ist, könnte jetzt einmontiert werden, wenn die finanziellen Mittel schon in diesem Jahr bewilligt würden. Ein entsprechender Nachtrag-Antrag über DM 285.000,- ist gestellt. Der Erfolg käme einer beträchtlichen Kapazitätserhöhung gleich. Begründung: Beim Betrieb der mit Wasserkraft arbeitenden Turbinen wird z.Zt. Energie erzeugt, die nicht voll ausgenutzt wird. Nach Einschaltung der Umspannanlage könnte im angeschlossenen Verbundnetz mehr Strom transformiert werden. Außerdem würden die zu versorgenden Neubauern-Siedlungen schon im Herbst mit Strom versorgt werden können. *Gegenwärtig wird der Energieüberschuss dazu verwandt, das Wasser während der Nacht wieder in das obere Becken zurückzupumpen* (kursiv T.M.), wodurch naturgemäss ein Energieverlust entsteht.“¹⁰⁹ Elektrischer Strom, woran in der SBZ/DDR des Jahres 1949 größter Mangel herrschte, wurde zwar produziert, mangels gleichzeitiger Einplanung und Konstruktion der erforderlichen Umspannanlage konnte das Produkt aber für mindestens ein halbes Jahr nicht abgesetzt werden sondern mußte dafür erhalten, Wasser bergauf zu pumpen.

Inkompetenz

Zu wenig Erfahrung oder mangelhafte Ausbildung leitender Werkstechniker führte zu erheblichen Abweichungen von den ursprünglich veranschlagten Plansummen. So verursachte Verteuerungen wurden in der Regel anderen Gründen zugeschrieben, beispielsweise dem hereinbrechenden Winter oder der Einführung des Dreischichtbetriebs. Solche Faktoren hätten eigentlich nicht zur Rechtfertigung von Planüberschreitungen herhalten dürfen. Erfahrene Techniker hätten die damit ver-

108 Ebenda, zusätzlich: Brief von Maxhütte an LKB Thüringen vom 29. Juli 1949, zusätzlich: TB vom 26. Juli bis 4. August und 25. Juli bis 7. August 1949.

109 DN3-1095, PB über Energiebezirk West, Halle/Saale, VVB(Z), Hauptdirektion vom 6. bis 11. Juli 1949.

bundenen Zusatzkosten vorhersehen können und in die betriebliche Kostenplanung mit einkalkulieren müssen.

Selbstblockade

Wenn die Beträge offizieller Investitionsauflagen überschritten wurden, trat die DIB als Kontrolleur der Finanzen auf den Plan und machte dabei selbst vor Projekten nicht halt, die als besonders wichtig eingestuft waren. Dazu gehörte, wie bereits geschildert, auch das Stahlwerk „Maxhütte“ in Unterwellenborn. Die DIB bewertete nicht die politische Bedeutung bestimmter Bauvorhaben, sondern beendete deren Finanzierung, sobald eine bestimmte Überschreitung der Kosten erreicht war. Sie war nicht bereit, Verantwortung für einzelne wirtschaftliche Maßnahmen zu übernehmen, ohne daß dafür ein eindeutiger politischer Auftrag vorlag. Das bedeutete für die VEB unter Umständen sogar die zwangsweise, vorübergehende Einstellung begonnener Bauarbeiten, selbst wenn damit zusätzliche Kosten für den Wiederanlauf der Bautätigkeit verbunden waren: „Objekt Wasserleitung erheblich überschritten. Es wurde daher dem Betrieb sofort untersagt, für dieses Vorhaben weitere Zahlungen aus dem Sonderkonto zu leisten. Herr Präs. Lehmann [Präsident der DIB, T.M.] gab zu dieser Massnahme telefonisch sein Einverständnis.“¹¹⁰ Abbruch und Wiederaufnahme von Investmaßnahmen waren immer gleichzeitig mit Kostensteigerungen verbunden. Während die Objekte „ruhten“, waren sie in der Regel Wind und Wetter ausgesetzt, was die Verschwendung von Werten bedeutete: Der Neubau von Wasch- und Umkleideräumen bei der Braunkohlenverwaltung Meuselwitz, Sitz Altenburg/Thür. war zu 60 Prozent fertiggestellt, als die Bauarbeiten „wegen [eines] fehlenden Differenzbetrages“¹¹¹ im Juli 1949 stillgelegt werden mußten. „Für die dort beschäftigten 500 Werktätigen bestehen zurzeit keine Wasch- und Umkleidemöglichkeiten.“¹¹² Verhandlungen zwischen Braunkohlenverwaltung und HV Kohle bei der DWK scheiterten. Obendrein attestierten die DIB-Prüfer der im Bau befindlichen Anlage witterungsbedingte Wertminderungen.

4.4.2 Verfehlen der plandeterminierten Zeitvorgaben

Durchgehender Bestandteil sämtlicher Prüfungsberichte war die Kritik der Prüfer am Verhältnis zwischen Output der Betriebe, bzw. dem Fortschritt ihrer Investitionstätigkeit und der dafür erforderlichen Zeit, d.h. ihrer Leistungsfähigkeit. Produktionsmenge oder Zeitvorgaben wurden verfehlt, bzw. in der Regel wichen sogar beide Größenordnungen gleichzeitig von der Planvorgabe ab. Die folgende Sammlung kurzer Ausschnitte aus unterschiedlichen Prüfungsberichten illustriert den allgemeinen Tenor dieser Feststellung: „Abraumleistung und Förderleistung fallen“, „Arbeitsunterbrechungen“, „Baufortschritt vollkommen unzureichend“, „Einstellung der halbfertigen Bauarbeiten“, „Wertverfall“, „Ineffizienz“, „Investitionsmaßnahmen unterbrochen“, „Investmaßnahmen sind nicht durchzuführen“, „Kapazitäten des Betriebes gegenüber dem Plan vermindert. Daher sind die Auflagen zur unbedingten Erreichung der geplanten Kapazitätserweiterungen nicht erfüllbar“,

110 DN3-1093, PB über VEB Stahl- und Walzwerk Unterwellenborn, Maxhütte, vom 31. Mai bis 2. Juni, zusätzlich: Brief von Maxhütte an LKB Thüringen vom 29. Juli 1949, zusätzlich: TB vom 26. Juli bis 4. August und 25. Juli bis 7. August 1949.

111 DN3-1095, TB über Braunkohlenverwaltung Meuselwitz, VVB der Kohlenindustrie Sitz Altenburg vom 4. bis 8. Oktober 1949, Bl. 4. Vgl. auch DN3-1094, PB über Investmittelverwendung vom 4. bis 15. Oktober 1949.

112 Ebenda.

„Leistungsfaktor sinkt um 20%“, „Sinn des Invest-Vorhabens illusorisch“, „Nichterfüllung der Planvorgabe“, „Planerfüllung um fast 50% verfehlt“, „Rückstand bei der Fertigstellung der Investvorhaben [Stop der Bauarbeiten, Brachliegen der Investitionsanlagen, Verschwendung, Verkleinerung der geplanten Betriebskapazitäten, Produktionsauflage unerfüllbar]“, „Verlangsamung der Aufbaumaßnahmen“, „Zu geringe Produktion“, „Bauendtermin in Frage gestellt“, „Saisonbedingte Absatzstockung“, „Schwierigkeiten bei der Planeinhaltung“, „Planerfüllung unmöglich“, „Planziel kaum zu erreichen“, „Kapazitäten der Produktionsmittel zu gering“, ... Die zeitliche Erfüllung der Pläne war ebenso schwierig zu bewerkstelligen wie die Erfüllung finanzieller Vorgaben. Alle Abweichungen, finanzieller, materieller und zeitlicher Art verstärkten dasselbe Ergebnis: die Planabweichung. Die HV-Planung, bzw. Staatliche Plankommission erhob als Grundlage der Planaufstellung zwar gewaltige Datenmengen bei Vereinigungen und Betrieben. Gleichwohl reichten diese Informationen nicht zur Erstellung exakter Pläne für die gesamte Wirtschaft. Die Folge waren ungenaue Planvorgaben. Diese waren die Ursache für Planabweichungen. Planabweichungen wiederum lösten in der volkseigenen Wirtschaft Kettenreaktionen weiterer Planabweichungen aus die sich erneut gegenseitig verstärkten. Dennoch wurden die einzelnen Betriebe im Rahmen der Revisionen unabhängig voneinander betrachtet und auf ihre Planerfüllung hin überprüft. In der Regel stellte sich dabei heraus, daß der Grund eigener Planabweichungen die - im Vergleich zum Plan - bereits beschränkte Leistungsfähigkeit anderer Betriebe war. Es entstand ein weitgehend lückenloser Schutzmantel der Rechtfertigung. Dieser bewirkte, daß Schuldzuweisungen wegen Planverfehlungen einzelner Betrieben denselben kaum alleine angelastet werden konnten, sondern von dort weitergegeben wurden.

Veredelungsbetriebe

Die Arbeitsüberlastung der Veredelungsbetriebe, bedingt durch Schwierigkeiten bei der Rohstoffbeschaffung, verhinderte die pünktliche Erfüllung der Planvorgaben in anderen volkseigenen Betrieben. Diese mußten monatelang auf Material verzichten, das derweil im Veredelungsbetrieb auf seine Verarbeitung wartete.¹¹³

Bauausführende Betriebe

Die Schuld für Verspätungen wurde häufig den beauftragten bauausführenden Betrieben zugeschoben. Je größer der eingeplante Anteil ihrer Leistungen war, die als Vorleistungen in eine bestimmte Produktionen eingehen sollten, desto häufiger wurden die bauausführende Betriebe und Zulieferer mit dem Vorwurf konfrontiert, andere Betriebe zu blockieren. Das bezog sich auch auf formale Aspekte der betrieblichen Rechnungsführung, bzw. „Finanzwirtschaft“. So konnte die Braunkohlenverwaltung Bitterfeld die Finanzierung dringend erforderlicher Investitionsmaßnahmen nicht beantragen weil der SAG-Betrieb, Firma Zemag Zeitz der SAG für Maschinenbau „Podjomnik“, keine Rechnungen für erfolgte Arbeiten vorlegte.¹¹⁴

113 Vgl. DN5-561, VEB Geraer Wollen- und Seidenweberei, Brief an des VEB die zuständige VVB „Webereien I“ vom 1. September 1949, Bl. 2.

114 Vgl. DN3-1095, PB über Braunkohlenverwaltung Bitterfeld VVB der Kohlenindustrie vom 8. Oktober 1949, Anlage 3.

4.4.3 Produktion ohne Qualitätskriterium

Chronische „Engpässe“ bei fast allen betriebsnotwendigen Stoffen führte zu erheblichen Wertminderungen der Endprodukte. Was die staatliche Versorgung den Betrieben an materieller Grundversorgung vorenthielt, mußten diese in Eigenregie substituieren. Unter Inkaufnahme sinkender Qualität ihrer Endprodukte wurde alles Wichtige mit hohem Aufwand besorgt oder selbständig hergestellt. Die Grenzen solcher Praxis fanden sich in der Beschränktheit betrieblicher, nicht registrierter „Rohstofflager“, aus denen sich diese Möglichkeiten speisten: „Fehlen von Zement für den Betonfussboden der Werkstatt. Als Ersatz wurde eine Ziegelunterschicht gelegt und Pflasterplattenauflage darüber, wodurch die Verteuerung verursacht wurde.“¹¹⁵ „HV-Materialversorgung hat 7 t [Nägel] freigestellt. Geliefert konnten nur 600 kg werden. Die Bauleitung hat in eigener Regie Nägel aus bestimmten Blechabfällen herstellen lassen. Auch die Abfälle sind nunmehr erschöpft.“¹¹⁶

Betriebe liefern minderwertige Ware

Wenn Fertigwaren die Betriebe verließen, hatte im Gegenzug eine Bezahlung zu erfolgen. Diese blieb aber aus, wenn der Abnehmer, der sogenannte Bedarfsträger, die Ware aufgrund von Fabrikationsfehlern reklamierte. War sie zur geplanten Weiterverwendung nicht geeignet, mußte für sie eine neue Verwendung gefunden werden. Das war im starren System der Planwirtschaft nicht leicht zu organisieren. Also blieb die reklamierte Ware wo sie war, blockierte Lagerkapazitäten, verlor aufgrund zunehmenden Alters weiterhin an Substanz und entzog sich der Wirtschaft auch als Basis für andere Produkte. Gleichzeitig mußte der Herstellerbetrieb auf die vorgesehene finanzielle Gegenleistung verzichten. So entwickelten sich gewaltige Schwierigkeiten für die Plankontrolle. Das Plansystem kontrollierte die Produktions- und Verteilungsebene mit Hilfe meßbarer Mark-Ströme. Jede Warenbewegung war durch eine entsprechende Finanzbewegung zu dokumentieren. Wo aber keine Finanzbewegung erfolgt war, konnte im Sinne der Zentralplaner auch keine Warenbewegung stattgefunden haben. Hieraus entstand jenen Betrieben ein großes Problem, die zwar produziert und geliefert hatten, aber z.B. aufgrund von Mängeln keine Bezahlung erhielten. Das System blockierte sich selbst. Beanstandete Ware wurde ihrer Verwendung unter Umständen jahrelang vorenthalten. Es gab trotz z.T. zahlreicher persönlicher Vorsprachen betroffener Hersteller oder Interessenten bei der Wirtschaftsverwaltung keine Freigabe, um das Material ggf. entweder nochmals zu überarbeiten, zu niedrigerem Preis anzubieten oder anderen Zwecken zuzuführen.¹¹⁷

Betriebe erhalten minderwertige Ware

Die quantitätsorientierte Planwirtschaft der SBZ/DDR bewirkte hohe Fehlerquoten bei der Produktion in den volkseigenen Betrieben. Ihre Belieferung mit beschädigter oder nicht bestellter Ware, war neben dem allgegenwärtigen Mangel eines der größten Probleme für sie. Adressaten solcher Erzeugnisse kamen in den Konflikt, deren Annahme entweder zu verweigern und auf korrekter Ware zu bestehen oder dieselbe anzunehmen und zu verwenden. Eine Rückgabe hätte in Zeiten größten

115 DN3-1095, PB über Dampfhammerwerk und Gesenkschmiede Grossenhain vom 28. bis 30. Dezember 1949.

116 DN3-1095, PB über Braunkohlenverwaltung Merseburg vom 06. bis 24. September.

117 Vgl. DN5-528, Seiden- und Wollweberei Berga, Beständeuntersuchung vom 30. August 1949.

Mangels die eigene betriebliche Produktion eingefroren. Und weil Improvisation sowieso zum täglichen Geschäft gehörte, wurden die Sendungen meistens akzeptiert. Diese Entscheidung brachte aber andere Probleme mit sich:

- Die Lieferbetriebe waren außerstande, Ersatz für Mangel- oder Bruchware zu liefern.
- Die Annahme von Mangelware war ausdrücklich verboten. Hieraus folgte, daß der annehmende Betrieb die Verantwortung dafür übernahm, erhaltene Rohstoffe oder Halbfertigwaren entsprechend der Planvorgabe einzusetzen. Daß Teile davon nicht zu verwenden waren, fand im Rahmen der Plankontrolle, d.h. der betrieblichen Erfolgsrechnung, keine Berücksichtigung. Die Betriebe versuchten, ihre Planaufgabe unter Zuhilfenahme minderwertiger Vorleistungen zu erfüllen, wobei Produkte von noch schlechterer Qualität entstanden; ein Prozeß, der sich von Fertigungsstufe zu Fertigungsstufe verstärken mußte.

Die immer wieder kritisierte mindere Qualität der geförderten Kohle (sie enthielt zuviel Wasser oder feste, nicht brennbare Bestandteile) wirkte sich aufgrund des niedrigen Brennwertes am Ort ihrer Verwendung kostensteigernd aus. Stark voneinander abweichende Kohlequalitäten fanden zu Lasten der VEB bei der Erstellung der offiziellen Wirtschaftspläne keine Berücksichtigung. Gleichwohl war diese Klage von den Betrieben als Argument anzuführen, wenn es darum ging, die Schwierigkeit der eigenen Situation darzustellen und Forderungen gegenüber der Planbürokratie zu begründen. So reklamierte das VEB Riesa in einem Brief an die DWK, HV Metallurgie, eine Genehmigung zum Bau von 29 anstatt bislang vorgesehenen 11 Generatoren: „Wir betonen [...], daß der Bau von insgesamt 29 Generatoren unbedingt erforderlich ist, da durch die schlechte Qualität der Kohle die Gasausbeute statt wie angenommen 2,2 cbm/kg nur 2 cbm/kg beträgt.“¹¹⁸ Eigentlicher Hintergrund für die Forderung der Riesa war, daß nicht einmal die Finanzierung der elf geplanten, also zugesagten, Generatoren zustande kam. Darum „pokerte“ der VEB Riesa in diesem Falle und nutzte die minderwertige Qualität der Kohle als Argument, um weitreichende Forderungen an die DWK zu begründen. Die Notwendigkeit einer 2,6-fachen Steigerung der ursprünglich angesetzten Gasgeneratorenproduktion aufgrund einer knapp 10-prozentigen Einbuße von Gas aufgrund minderer Kohlenqualität scheint ansonsten kaum nachvollziehbar. Jedoch im Rahmen der praktizierten Zentralplanwirtschaft in der SBZ war die Forderung des VEB nur konsequent: Für die ursprünglich eingeplanten 11 Gasgeneratoren genehmigte die DWK dem VEB Riesa nur 200 td. anstatt beantragter 500 td. DM¹¹⁹. Um wenigstens die beantragte Summe zu erhalten, mußten neue Argumente gefunden werden. Hier bot sich an, ausgehend von der schlechten Kohlenqualität, den Bau zusätzlicher Generatoren zu fordern. Eine Genehmigung hätte jedenfalls weitere Investmittel erforderlich gemacht. Indem die Forderung sehr hoch angesetzt wurde, wollte man die HV Metallurgie dazu bewegen, wenigstens die ursprünglich angesetzte Summe zu zahlen. Ob die Argumentation des VEB bei der DWK auf Gehör stieß, verschweigen die Dokumente. Es handelt sich um ein gutes Beispiel unterschiedlicher Wahrnehmung desselben Problems auf verschiedenen Ebenen der zentral geplanten Wirtschaft: Während der VEB den Eindruck hatte, sein Problem wäre die Freistellung finanzieller Beträge, stand das güterwirt-

118 DN3-1093, VEB Riesa an DWK, Brief vom 6. Juni 1949, S. 4.

119 Ebenda, S. 3f.

schaftliche Problem im Mittelpunkt der DWK-Betrachtung. Die Zentralplanbürokratie hatte Probleme, jenes Material tatsächlich zu mobilisieren, das sich hinter den Plansummen verbarg.¹²⁰

Kurzlebigkeit und Verschwendung

Der große Mängelkomplex fehlender Qualitätssicherung, verbunden mit gewaltigen finanziellen und materiellen Verlusten wies direkt auf einen wichtigen Kritikpunkt der DIB-Prüfer: Die offensichtliche Verschwendung von Investmitteln, hervorgerufen durch Fehlinvestitionen, Mißwirtschaft oder Planungsunsicherheiten. Wie anschließend auch in der Produktion, galt es auf dem Gebiet der Investitionsleistungen zunächst, das quantitative Maß zu erfüllen, bevor über Qualität nachgedacht wurde. Weil aber auch in der Investitionsgüterindustrie und in der Baubranche die Planmengen nicht erreicht wurden, lief die qualitative Betrachtung gänzlich nebenher. Sie spielte 1949 bestenfalls als angenommene, zusätzliche Betrachtungsgröße eine Rolle, wirkte sich aber auf die tatsächliche Produktion wenig aus. Die Folgen für die Volkswirtschaft waren dementsprechend: hohe Mängelquoten und das durchweg minderwertige Qualitätsniveau führten zu gewaltigen Verlusten, z.B. in Form hohen Verschleißes oder unbrauchbarer Investitionsgüter jeglicher Art. Die Baubranche erstellte Objekte, die aufgrund ihrer mangelhaften Konstruktion und Ausführung nicht zu benutzen waren, sogleich wieder hätten umgebaut, den Bedürfnissen der Betriebe angepaßt oder ganz abgerissen werden müssen. Selbstverständlich stand hierfür aber im Rahmen der vorgeschriebenen Investauflage kein Geld zur Verfügung. In der Folge lagen soeben beendete Anlagen vom Tage der Fertigstellung an brach. Wind und Wetter ausgesetzt, verfielen sie zusehends. Neubauten waren häufig nicht geeignet, ihren vorgesehenen Zweck zu erfüllen. Das Urteil der Revision nach Besichtigung der Baustellen fiel dementsprechend vernichtend aus. Die Mängel waren so eklatant, daß sie den Prüfern unmittelbar auffielen, auch wenn diese ggf. nicht im einzelnen über die aktuelle Bauphase der Betriebe informiert waren. Die Anklage erheblicher Fehlleistungen bei der Erstellung von Neubauten nahm im Rahmen der Prüfungsberichte großen Raum ein. Im folgenden ein Berichtsausschnitt über die Braunkohlenverwaltung Welzow, der dieses Phänomen illustriert: „Die Bauweise ebenso wie die Ausführung sollen nach neuzeitlichen Grundsätzen und dem dringenden Bedürfnis nach zweckentsprechenden Wohnräumen für die Bergarbeiter Rechnung tragen. Diese [vor Ort besichtigte Bauweise, T.M.] mag nach Ansicht des Unterzeichneten für die Randgebiete von Grosstädten zweckmäßig sein, aber nicht für Gelände, das weitgehendst eben ist, völlig alleinstehend ohne Umbauten, ja ohne den geringsten Bewuchs. Es ist ausgesprochenes ehemaliges Abraumkippengelände. Die Haupteingangstür befindet sich auf der Wetterseite, ist nicht in das Mauerwerk eingelassen, besitzt kein Aussenüberdach, nicht einmal eine Wetterschutzleiste über der Tür. Regenwasser, das aussen gegen die Fassade schlägt (Dachrinne nicht vorhanden), kann ungehindert am Türfutter vorbei ins Innere dringen. Die Tür selbst besteht aus einem Leistengefüge (Nut und Feder), die sich bei Witterungseinflüssen bestimmt stark verändert. Die Fenster sind in derselben Weise angeordnet, sollen aber später noch mit Fensterläden versehen werden. Bei Besichtigung waren diese Fensterläden noch nicht vorhanden.

120 Natürlich ging es dabei nicht um die Summe Geldes. Das eigentliche Problem der HV-Planung lag darin, reale Güter, die hinter der beantragten Summe stehen sollten, zu mobilisieren und der Riesa zur Verfügung zu stellen.

Fensteraussensimse sind nicht vorgesehen. Keine Doppelfenster. Bei der Innenbe-sichtigung fiel bei den Fenstern ins Auge eine dicke Eisschicht auf dem Sims, mit daran hängenden etwa einhalb Meter langen Eiszapfen. Zwischenwände zwischen den einzelnen Räumen sind zu sparsam verwendet worden, keine Türen. Diese sollen später seitens der Bewohner durch Vorhänge ersetzt werden. Die Türdurch-brüche sind als solche nicht zu bezeichnen, sondern grosse trapezförmige Öffnun-gen in den Wänden. Die Unterteilung mittels Zwischenwände der Räume besteht nur teilweise, so dass drei Räume mit einem Ofen, bestehend aus $2\frac{1}{2} \times 3 \times 7$ Ka-cheln beheizt werden müssen. Der Ofen steht hinter einer Teilzwischenwand, die den nach der Wetterseite liegenden Raum von der Wärme abschirmt. Das In-nentree hat nur eine Zwischentür nach dem dahinter liegenden Raum, der der Hinterausgangstür genau gegenüber liegt. Das bedeutet, dass dieser Vorraum mit seiner Temperatur stets unter der Aussentemperatur liegen wird. Die Treppe nach dem im Dachgeschoss ausgebauten Raum ist eine aus Zementbeton hergestellte, etwa 80 cm breite und über 45° gewendete Stiege. Für einen Älteren oder gar etwas körperbehinderten Menschen ist es unmöglich, diese Treppe zu benutzen. Nicht zu reden von einem Möbeltransport, der voraussichtlich nur durch das Fen-ster vorgenommen werden könnte. Nach befragen von Bergleuten, die diese Wohnbauten bereits kennen gelernt haben, erhielt Unterzeichneter fast durchweg nur ein geringschätziges Lächeln zur Antwort. Die Räume sollen später mit Einbau-möbeln (Patentmöbeln) eingerichtet werden. Wie sich das Familienleben in solchen Räumen, wo mehrere Mitglieder in verschiedenen Schichten tätig sind, abwickeln wird, ist nicht schwer vorauszusehen. Schlussfolgerung: Diese Räume werden von den Bergleuten abgelehnt und werden schwer oder gar nicht bezogen werden. Die Investitionsmittel, die hierfür verwendet wurden, sind nicht zweckmässig ange-legt.“¹²¹

4.5 Das Principal-Agent-Problem: Zentralplan und Staat gegen Betrieb und Individuum

Die Leistung einer Volkswirtschaft beruht auf dem unablässigen Einsatz der Pro-duktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital zur Erstellung von Gütern und Dienst-leistungen. Entscheidend für den Erfolg der Wirtschaft ist ihre Ordnung, das ist „die der Wirtschaftsverfassung einer Volkswirtschaft zugrundeliegende Ordnung, nach der sich das Wirtschaftsgeschehen vollzieht und nach der Wirtschaftsprozess und Wirtschaftsentwicklung ablaufen.“¹²² Das Verhältnis zwischen Unterneh-men/Betrieb/Konsument spielt dabei die entscheidende Rolle, wobei die Rahmen-bedingungen durch das politische System und die Aktivitäten des Staates diktiert werden. Modelle verschiedener Wirtschaftsordnungen schwanken zwischen dem dezentralen, ganz freien Prinzip des Liberalismus und der Zentralverwaltungswirt-schaft. In ihrer reinen Form sind diese Modelle allenfalls theoretisch vorstellbar. Alle tatsächlichen Volkswirtschaften sind stets Mischungen beider Extreme, wobei die Tendenz sehr unterschiedlich ausfällt. Offensichtlich ist es aber möglich, grund-sätzliche Aussagen zu treffen über Effizienzunterschiede zwischen eher marktwirt-schaftlich orientierten Systemen auf der einen Seite, bzw. Planwirtschaften auf der

121 DN3-1095, Sonderbericht über Wohnbauten bei der Braunkohlenverwaltung Welzow vom 31. Januar 1950, Bl. 1f.

122 RECKTENWALD, Wörterbuch der Wirtschaft, S. 675.

anderen.¹²³ „Empirische Untersuchungen belegen, daß Länder, die ihre Wirtschaftsgrundlagen vorwiegend wirtschaftspolitisch entwickeln, in der Regel ein höheres Wachstum erzielen und einen niedrigeren Kapitalkoeffizienten [K/Y, wobei K=eingesetztes Kapital, Y=Output] aufweisen als Länder, die den Wachstumsprozeß planen und programmieren.“¹²⁴

Neben der Wirtschaftsordnung bestimmen auch die Menge und Güte der eingesetzten Produktionsfaktoren sowie ihre Intensität, ihr Wirkungsgrad und die Dauer ihres Einsatzes das Maß der Wirtschaftsleistung. Die Leistungssteigerung einer Volkswirtschaft ergibt sich demnach als Produkt aus der Wahl einer bestimmten Wirtschaftsordnung - sie entscheidet über die Effizienz jeder Allokation - sowie der Vermehrung und Verbesserung der eingesetzten Produktionsfaktoren, der Erhöhung von Dauer, Intensität und Wirkungsgrades ihres Einsatzes.¹²⁵ Träger der wirtschaftlichen Leistungssteigerung können infolgedessen sowohl die Politik und die Wirtschaftsführung, unter geeigneten Bedingungen aber insbesondere die Unternehmen und Betriebe selbst sein.

Im Rahmen der kommunistischen Diktatur in der SBZ/DDR war es allein die „Arbeiter-und-Bauern-Partei“, der die Planung und Leitung der Wirtschaft oblag. Der Primat der Politik degradierte die Wirtschaftssubjekte zu reinen Befehlsempfängern. Individuelles Verhalten blieb ohne Einfluß auf die Gesamtökonomie. Den Wirtschaftsteilnehmern blieb nur, auf dem Wege der Improvisation das Beste aus dem zu machen, was ihnen das System gerade für Möglichkeiten bot. Das entscheidende Manko der imperativen, zentralen Wirtschaftsplanung war, daß sie keine spürbaren Leistungsanreize zu setzen vermochte. Stattdessen provozierte sie die Wirtschaftsteilnehmer, unter Vernachlässigung ökonomischer Effizienzkriterien, außerplanmäßige, nicht-leistungssteigernde Alternativstrategien zu verfolgen.¹²⁶

123 Vgl. dazu auch E. DÜRR, der auf den Zusammenhang zwischen Wettbewerbsintensität und Wirtschaftswachstum hinweist: DÜRR, Ernst, Die Soziale Marktwirtschaft. Ausgangssituation, Programm, Realisierung, in: SCHNEIDER, HARBRECHT, Wirtschaftsordnung, S. 383-395, hier S. 392.

124 Ebenda.

125 Vgl. ZORN, Helmut, Leistungssteigerung I, in: Wirtschafts-Karteihandbuch, Wirtschaftsrecht, Wettbewerbs-, Markt-, und Wirtschaftsordnung, Stuttgart 1939.

126 Das Problem der geknebelten individuellen Kreativität, fehlender Leistungsentfaltung sowie ausbleibenden technischen und wirtschaftlichen Wachstums unter den Bedingungen der SBZ/DDR-Zentralplanwirtschaft war eindeutig systembedingt und konnte bis zum Ende des real existierenden Sozialismus nicht behoben werden. Knauff konstatierte noch 1989: „Da es bislang kein theoretisches Konzept zur Behebung [der zentralplandeterminierten T.M.] Funktionsmängel gibt, muß sich die SED-Führung auf partielle Änderungen im Sinne einer Trial-and-error-Politik beschränken. So werden die Kombinate und Betriebe Jahr für Jahr mit neuen Vorschriften, Gesetzen, Vorordnungen, Richtlinien und dergleichen konfrontiert [..]“ Vgl. KNAUFF, Die Funktionsmechanismen der Wirtschaftssysteme, S. 98-101, Zitat S. 100. Auch Leipold erarbeitete den statischen Charakter der DDR-Zentralplanwirtschaft. Im Mittelpunkt seiner Analyse zum Zeitpunkt kurz vor Ende der DDR stehen ebenfalls systemspezifische Ausprägungen wirtschaftlicher Entwicklung, die sich ausnahmslos bereits unter den Verhältnissen des ersten Zweijahrsplans 1949/1950 diagnostizieren ließen: ● Divergente Zuordnung von Kompetenz und Verantwortung ● Unzureichende Motivierung zu unternehmerischen und risikobereiten Verhaltensweisen ● Unzureichend Bereitschaft, Neuerungen durchzusetzen ● Geringes Interesse an kostenminimalen Produktionsverfahren ● Bürokratisches Expansionsstreben ● Politisch motivierter Neuerungsdruck des Staates vor dem Hintergrund des Machtsicherungsinteresses der SED. Vgl. LEIPOLD, Helmut, Planversagen versus Marktversagen, in: HAMEL, Hannelore (Hrsg.),

Zentralstaat und Produktionseinheiten verfolgten vom ersten Tage zentraler Planwirtschaft an unterschiedliche Ziele. Daran sollte sich im Rahmen praktizierter Zentralplanwirtschaft auch nichts mehr ändern. Die ideologisch propagierte Interessensidentität zwischen Arbeiter-und-Bauern-Partei auf der einen Seite sowie Beschäftigten, VEBe und VVBe auf der anderen Seite war in Wirklichkeit reine Fiktion. Tatsächlich herrschte ein unversöhnlicher Antagonismus. Vierzig Jahre lang rieben sich die Parteien in unausgesprochenem Interessengegensatz, der die sozialistische Ökonomie Zeit ihrer Existenz lähmte und sich vor allem im ungebremsten Altersungsprozeß des Kapitalstocks zeigte. „Die vielzitierte Feststellung von Breshnew aus dem Jahre 1971, wonach die Betriebe vor der Einführung neuer Verfahren und Produkte zurückschrecken ‘wie der Teufel vor dem Weihrauch’ ist als offen zugegebener Widerspruch zwischen einzel- und gesamtwirtschaftlichen Innovationsinteressen zu deuten.“¹²⁷

Im folgenden soll das Verhalten beider Antagonisten einer näheren Betrachtung unterzogen werden.

4.5.1 Versuche des sozialistischen Staates, die ökonomische Leistungsfähigkeit der volkseigenen Wirtschaft zu steigern

Ideologisch begründeter Zwang

Jede Kritik am Zustand der SBZ-Wirtschaft, vorgebracht durch Repräsentanten der DWK, war von Beginn an gefangen im Rahmen systemimmanenten Denkens und verharnte dabei bis zum Zusammenbruch der DDR im Jahre 1989. Fritz Selbmann, stellvertretender Vorsitzender der DWK, wurde tagtäglich mit Klagen aus dem volkseigenen Sektor überschüttet. Er glaubte, die Hauptgründe dafür ausgemacht zu haben, warum die Wirtschaft nicht reibungslos funktionierte¹²⁸:

- Der volkseigene Sektor habe zu wenig „Eigenkapital“. So umschrieb er den unverkennbaren Zustand weitgehender Substanzlosigkeit der volkseigenen Betriebe und Vereinigungen. Damit verbunden war aber kein brauchbarer Vorschlag zur Überwindung des Problems überalterten Anlagevermögens oder allgegenwärtigen Mangels sowie laufender Demontagen und Reparationen.
- Auch Selbmanns zweite Kritik machte einen großen Bogen um das Zentralplansystem als Mitverursacher der gesamtwirtschaftlichen Probleme. Statt dessen suchte er die Schuld bei einzelnen VEB, die nach seinem Dafürhalten im Kampf

Soziale Marktwirtschaft - Sozialistische Planwirtschaft, Ein Vergleich Bundesrepublik Deutschland - DDR, München ⁵1989, S. 111-152, insb. die Seiten 148-152. H. Jörg Thieme zeigte, daß im Laufe der DDR-Geschichte sämtliche Wirtschaftsreformen („partielle Variationen der Kennziffersysteme und wirtschaftspolitischen Instrumente“) immer wieder variiert werden mußten weil sie als exogene Impulse Anpassungsprozesse der Betriebe an die geänderten Handlungsbedingungen auslösten. Umgekehrt-proportional zu ihrem Erfolg war die Wirkung dieser Anpassungsprozesse auf jene „Reformen“, die sich darum in regelmäßigen Abständen „abnutzten“ und einer Erneuerung bedurften (Ein systemtypischer Kreislauf der von Hensel als „Zwang zum wirtschaftspolitischen Experiment“ bezeichnet wurde, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Band 184, Heft 4-5, Stuttgart 1970). Vgl. THIEME, H. Jörg, Gesamtwirtschaftliche Instabilitäten und wirtschaftspolitische Steuerung, in: Hamel, Hannelore (Hrsg.), Soziale Marktwirtschaft - Sozialistische Planwirtschaft, Ein Vergleich Bundesrepublik Deutschland - DDR, München ⁵1989, S. 153-199, insb. die Seiten 197-199.

127 SCHÜLLER, Innovationsprobleme und wirtschaftspolitische Experimente, S. 3.

128 DFIW, 2/49, S. 50f.

gegen den Mangel zu sehr auf Vorratshaltung setzten. Das individuelle Horten von Wirtschaftsgütern führe dazu, daß der Gesamtwirtschaft überlebenswichtige Ressourcen entzogen würden. Ein solches Verhalten wurde von Selbmann als „Betriebsegoismus“ gebrandmarkt und dem Spektrum kapitalistischen Verhaltens zugeordnet. Es offenbare, daß die betreffenden Betriebe und ihre Leiter noch zu sehr in „herkömmlichen Methoden“ des Wirtschaftens gefangen wären.

Dieser oder ähnliche Ausdrücke wurden von offizieller Seite regelmäßig zur Erklärung wirtschaftlicher Mißerfolge herangezogen und es wurde kein Zweifel daran gelassen, daß die Zentralplanwirtschaft - konsequent durchgesetzt - als ideale Wirtschaftsordnung allen Problemen gewachsen wäre. Eine aggressive Abgrenzung gegenüber der marktwirtschaftlichen Ordnung im Westen war wesentlicher Bestandteil fast aller offiziellen Verlautbarungen zum Thema SBZ-Wirtschaft. „Herkömmliche“, d.h. „kapitalistische, bzw. nationalsozialistische Methoden der Wirtschaftsführung“ mußten nach offizieller Lesart der SED auch innerhalb des Plansystems unweigerlich zu negativen Ergebnissen führen. Jedes, noch so kleine Element der Wirtschaftsführung, welches daran erinnerte, wurde darum konsequent gebrandmarkt und zu tilgen versucht. Die breite Möglichkeit der Auslegung vermeintlicher Tatbestände konnte sich ggf. gegen jeden Betriebsleiter richten, der Eigeninitiative erkennen ließ. Die Unverbindlichkeit offizieller Kritik war geeignet, jedermann zu beschuldigen. Wer hätte sich schon davon freisprechen können, auch im Rahmen der SBZ-Wirtschaft, gelegentlich Verhaltensweisen anzuwenden, die vielleicht als „herkömmlich“ zu bezeichnen gewesen wären? So legte sich ein Nebel von gegenseitiger Kontrolle, Mißtrauen, Furcht und Lähmung über den volkseigenen Wirtschaftssektor. In pseudowissenschaftlicher Manier ging man sogar dazu über, dort, wo Probleme im eigenen Wirtschaftslager festgestellt wurden, unmittelbar nach Anwendung typischer Elemente des Kapitalismus zu suchen. Individuelle Verhaltensweisen einzelner Wirtschaftssubjekte wurden dabei bewertet und ungeeignet mit so definierten Prinzipien verschiedener Wirtschaftsordnungen - oder was man dafür hielt - in Verbindung gebracht. Zur Ablenkung von Problemen des eigenen Wirtschaftssystems wurden „herkömmliche Methoden“ angeprangert und deren Anwender zu Sündenböcken gestempelt. Gebetsmühlenartig wiederholte die staatliche Propaganda die Verurteilung aller westlichen, d.h., nach Auffassung der SED kapitalistischen bzw. faschistischen Einflüsse auf die SBZ-Wirtschaft. Das Ziel dabei war, das Denken und Verhalten der Menschen grundlegend zu verändern und sie auf neu einzuführende, sogenannte demokratische Regeln einzuschwören. Diese Methode eröffnete den Wächtern der SBZ-Wirtschaftsordnung fast unbegrenzte Möglichkeiten individueller Schuldzuweisung, wo eigentlich eine Kritik des praktizierten Wirtschaftssystems erforderlich gewesen wäre. Selbmann offenbarte die Vision einer verheißungsvollen Zukunft für die Zeit des reinen Sozialismus; die Utopie einer wohlhabenden und glücklichen Gesellschaft, in der die „herkömmlichen Methoden des Wirtschaftens“ endgültig ausgedient haben würden. Wer sich weiterhin dieser Methoden bediente, stellte sich der besseren Zukunft dieser Gesellschaft also unmittelbar entgegen. Die Schmalspur-Begründung eigener Wirtschaftsprobleme, es würden „herkömmliche Methoden des Wirtschaftens“ angewendet, offenbarte den Zustand weitgehender Theorielosigkeit und barg indirekt das Eingeständnis, daß das eigene Wirtschaftssystem verändert gewesen mußte. Der Aufruf, sich gegen alles „Herkömmliche“ zu wenden, wurde gerne mit der Aufforderung verbunden, nunmehr selbst dazu beizutragen, „neue Methoden

des Wirtschaftens“ zu entwickeln. Sie war gerichtet an die gesamte werktätige Bevölkerung der SBZ/DDR. Dieser, als Recht zur Mitgestaltung der demokratischen Wirtschaft verbrämte, Hilferuf repräsentierte tatsächlich eine der größten Hoffnungen der Wirtschaftsführung auf technischen Fortschritt: Die erwartete „Entfaltung der tatsächlichen Leistungsfähigkeit und Kreativität aller Werktätigen“. Der Sammlung individueller Vorschläge¹²⁹ aus der Praxis und ihrem Vorschlag zur Anwendung in anderen Betrieben der SBZ/DDR wurde in einschlägigen Publikationen reichlich Raum gegeben.¹³⁰ Am 15. September 1948 veröffentlichte die DWK ein „Merkblatt für Anmeldungen von Verbesserungsvorschlägen“¹³¹. Es war überaus geeignet, kreative Menschen, die vielleicht Verbesserungsvorschläge einzureichen gehabt hätten, davon abzuschrecken es auch zu tun. In 14 Absätzen machte ihnen die DWK klar, wie das Procedere abzulaufen habe. U.a. wurde zu jedem Vorschlag eine Beschreibung gefordert und ggf. eine Zeichnung. „Beschreibung und Zeichnung sind in doppelter Ausführung einzureichen“. Modelle mußten zwar nicht doppelt eingereicht werden, durften aber eine Größe von 50x50x50 cm nicht überschreiten. Wieder trat das System zentraler Wirtschaftsplanung in Erscheinung durch Arroganz gegenüber den Menschen und versteckte seine Unfähigkeit hinter einem Berg bürokratischer Forderungen.

Das Meldewesen im volkseigenen Sektor

Der inneren Logik des Zentralplansystems folgend, legte die Wirtschaftsführung besonderen Wert darauf, exakte Angaben über Vorräte und Produktionskapazitäten der volkseigenen Betriebe zu erhalten. Ebenso folgerichtig neigten die Betriebe aber zum Gegenteil. Unter Umständen verschwiegen sie Vorräte, bzw. versuchten, Kapazitäten klein zu reden. Die VEB hatten das existentielle Bedürfnis nach einem Mindestmaß eigenen Handlungsspielraumes. Auf dem Wege sogenannter stiller Vorratshaltung bewahrten sie sich in der Regel ein bescheidenes Maß betrieblicher Eigenständigkeit, d.h. die Möglichkeit, dem Ziel der Planerfüllung auf unkonventionelle, außerplanmäßige Weise zu dienen. Darunter waren keine gewaltigen, geheimen Rohstoff- und Warenlager zu verstehen, sondern z.B. der Rückgriff auf schrottartige Materialreste, die sich auf dem Werksgelände befanden und kaum als Rohstoffe oder Waren zu bezeichnen gewesen wären. Dieses Material war in seiner kompletten Menge meistens noch nicht einmal lokalisiert sondern bei Bedarf wurde zunächst danach gesucht, dann wurde es geborgen, präpariert und seiner Verwendung zugeführt. Ein mühsames Unterfangen der VEB, um auftretenden Materialengpässen selbständig begegnen zu können, ohne dabei unmittelbar von der unbeweglichen Planbürokratie abhängig zu sein. Gleichzeitig suchte die Planbürokratie nach den Schuldigen der volkswirtschaftlichen Probleme. Sie unterstellte der Summe aller Betriebe, Geld, Rohstoffe oder Waren zu horten und dergestalt der Wirtschaft vorzuenthalten. Paradox erscheint die Situation, daß diese Art betrieblicher Überlebenssicherung, soweit sie überhaupt existierte, systemkonformen Absichten diene. Sie verfolgte dasselbe Ziel, wie die zentralen Planungsorgane: Die Planerfüllung. Von der Zentralplanbürokratie wurde das unterstellte Verhalten der

129 Vgl. EICHLER, Erich, Das Vorschlagswesen - ein wichtiger Faktor des betrieblichen Aufbaus, in: Der Volksbetrieb, 1. Jahrgang Nr. 12, Dezember 1948, S. 270f.

130 Beispielsweise die Rubrik: Korrespondenten der Wirtschaft berichten, in: Die Wirtschaft. Ober die Rubrik: „Aus der Praxis für die Praxis“ in: Der Volksbetrieb.

131 Gesetze, Befehle, Verordnungen, Bekanntmachungen nach den Veröffentlichungen der Landesregierung Sachsen, Wirtschaft, Teil E I, Bl. 1369, S. 43f. und ZVOBl. Nr. 47/1948.

VEB als „Betriebsegoismus“¹³² und sogar als „Sabotagehandlung“¹³³ gebrandmarkt. Das Bedürfnis der Betriebe, über Geld- und Materialvorräte zu verfügen, die über die planmäßig vorgesehenen Mengen hinausgingen, stand gegen die von der Planbürokratie geforderten, bedingungslosen Offenlegung sämtlicher Betriebsmittel. Die Bereitschaft des volkseigenen Sektors, seiner Meldepflicht zu genügen, war nach dem Verständnis der Planbürokratie die entscheidende Voraussetzung für das Funktionieren der Planwirtschaft. Ihre These lautete: Je konsequenter die Offenlegung sämtlicher Daten erfolgte, desto besser könnten anschließend Vorräte und Bedarf auf gesamtwirtschaftlicher Ebene koordiniert werden. Abweichungen wurden nicht toleriert und sehr schnell dem Bereich der Wirtschaftskriminalität nahegebracht: „Diese unehrlichen, übersteigerten Rohstoff- und Materialanforderungen sind aber nicht immer relativ harmloser Natur und aus schlechten Gewohnheiten früherer Zeiten zu erklären, und dahinter steckt nicht nur das allzumenschliche Bedürfnis ‘für alle Fälle’ eine gewisse Reserve an Rohstoffen, Materialien usw. zu horten, angeblich zum Nutzen eines reibungslosen Produktionsablaufes. Die ZKK und die LKK haben leider feststellen müssen, daß häufig Dinge angefordert werden, um Kompensationsobjekte in die Finger zu bekommen und Anforderungen betrügerisch überhöht gestellt werden, damit mit dem ergaunerten Materialplandisziplinwidrige Arbeiten zum Nutzen einzelner Personen vorgenommen werden können.“¹³⁴ Auch die drohende Kriminalisierung bewegte die Betriebsleitungen nur bedingt, ihr Handeln zu ändern. Man zog ggf. den „Spatz in der Hand“ einer planmäßigen „Tauben auf dem Dach“ vor. Dabei verwischten die Grenzen zwischen deklarierten Wirtschaftsstraftatbeständen und betrieblichen Verhaltensweisen, die für den Fall einer Anzeige leicht zu rechtfertigen waren.

Verzeichnis der planmäßig zu verteilenden Waren

Die obligatorische Meldetätigkeit stellte für die VEB eine erhebliche Arbeitsbelastung über das Maß ihrer produktionsbedingten Aufgaben hinaus dar. Verschiedene Formulare waren regelmäßig auszufüllen und unterschiedliche Institutionen zu unterrichten. Hinzu kamen „Anfragen von Behörden, Parteistellen, Arbeits-, Gesundheitsämtern etc.“¹³⁵ Die Betriebe hatten sich permanent anhand des aktuellen „Verzeichnis der planmäßig zu verteilenden Waren“¹³⁶ über den Status jener Produkte auf dem Laufenden zu halten, mit denen sie durch ihre Betätigung konfrontiert waren. Das Verzeichnis gab Auskunft darüber, welche Waren auf welchem Meldeformular in welcher Form zu deklarieren waren. So wurden beispielsweise im Verzeichnis „die für die Warenaufkommensanzeige M 10^[137] [...] maßgebenden Meldenummern [...] durch eine Unterstreichungen gekennzeichnet.“¹³⁸ Die Einteilung der planmäßig zu verteilenden Waren erfolgte auf über 500 Seiten plus Berichtigungsdienst (nachträgliche Aktualisierungen und Erweiterungen). Die verschiedenen

132 LANGE, Fritz, Erscheinungen, S. 8.

133 DN5-261, S. 74.

134 Lange, Fritz, Erscheinungen, S. 8f.

135 DN5-561, Geraer Wollen- und Seidenweberei VEB, Gera/Thür. an ihre zuständige VVB am 1. September 1949.

136 DWK, HV Materialversorgung (Hrsg.), Verzeichnis der planmäßig zu verteilenden Waren“, Berlin, 11. März 1949.

137 M 10 - Warenaufkommensanzeige (gemäß „2. Durchführungsbestimmung zur Anordnung über die Warenaufkommensanzeigepflicht und das Verteilungsverfahren“).

138 DWK, HV Materialversorgung (Hrsg.), Verzeichnis der planmäßig zu verteilenden Waren“, Berlin, 11. März 1949, S. 4.

Güter wurden unterteilt in 33 Gruppen, 2101 Meldenummern und 11.854 Warennummern. Nahezu unmöglich nachvollziehbare Benutzungsanweisungen und die Unübersichtlichkeit des Warenverzeichnisses incl. seiner Erweiterungen erschwerten den Betrieben die Ausführung ihrer Meldepflicht. Dieser Zustand quasi-permanenter Inventur stellte für die Investitions- und Produktionstätigkeit der VEB eine starke Behinderung dar. Obendrein wurden jene seltenen, qualifizierten Arbeitskräfte gebunden, die für den Betrieb bei der Erfüllung seiner eigentlichen Aufgaben unverzichtbar waren. Schließlich bestanden vor Ort große Zweifel über den Erfolg der Meldungen, bis hin zu berechtigten Annahmen, daß die unter großem Aufwand angefertigten Zahlenwerke in den Schubladen der Bürokratie verstauben könnten¹³⁹: „Wir haben bis jetzt noch nicht feststellen können, dass beispielsweise durch die [monatliche] M-10-Meldung ein rascherer Warenabzug erfolgte, sondern mussten dies noch immer nur auf die Initiativen von Abnehmer oder Lieferant zurückführen, es würde uns aber freuen, wenn auch das Meldewesen zu einem schnelleren Warenumsatz beitrüge und die von uns unter ziemlichem Zeitaufwand zu erstellenden Meldungen auch auf der Empfängerseite rasch und gewissenhaft ausgewertet würden.“¹⁴⁰ Als eines der wichtigsten Elemente der Zentralplanwirtschaft konnte das Meldewesen selbstverständlich nicht als Ganzes in Frage gestellt werden. Allerdings wurde es den Betrieben derartig zur Belastung, daß sie ihrerseits Verbesserungsvorschläge bei den vorgesetzten Stellen einreichten, die von den Revisoren teilweise aufgegriffen wurden. So fügten sie beispielsweise dem Prüfungsbericht über das „VEB Geraer Wollen- und Seidenweberei“ einen Verbesserungsvorschlag der Betriebsleitung hinzu: „U. E. scheint es [...] anstrebenswert zu sein, mit einer einzigen monatlichen Meldungsform, die alle laufend interessierenden Fragen enthalten könnte, auszukommen und diese auch einer Zentralstelle zuzuleiten, die allein für Auskünfte und Anfragen zuständig ist [...] Auf diese Weise würden die Betriebe von den mannigfaltigen Anfragen [...] befreit werden [und es verbliebe ihnen mehr Zeit], sich ihren wahren Aufgaben der Produktionssteigerung und Verbesserung zuzuwenden. Die bedarfsträgergebundenen Abrechnungen und Meldungen nach Dekaden- und Monatsleistungen an die VVB machen einem Betrieb in der Vielseitigkeit und Größe des unseren bereits eine derart große Menge von Erhebungs- und Zusammenstellungsarbeiten, dass das weitere Meldewesen unbedingt eingeschränkt werden muss“¹⁴¹ Hierunter verstand der VEB u.a., die Abschaffung der Vorschrift, daß dieselben Artikel gleichzeitig nach Metern, Quadratmetern und Gewicht zu melden waren.

Verantwortlicher für das Meldewesen

Daß das Meldewesen in den Betrieben nur widerwillig und stiefmütterlich durchgeführt wurde, zeigt das Beispiel des VEB „Tewa“ Schraubenfabrik Tambach Dietharz/Thür. Nachdem die für das Meldewesen zuständige Person entlassen worden war und sich in den Westen abgesetzt hatte, wurde am 23. September 1948 ein Nachfolger verpflichtet, der sich wenige Monate später über seine neue Verwendung äußerte: „Das Einarbeiten gestaltete sich sehr schwierig, da ich von

139 Aufgrund der erheblichen Datenmengen, die in der gesamten SBZ anfielen, bewahrheiteten sich diese Befürchtungen sehr häufig. Vgl. Güttler, Markus, Die Grenzen der Kontrolle, FN 145, S. 336.

140 DNS-561, Geraer Wollen- und Seidenweberei VEB, Gera/Thür. an ihre zuständige VVB am 1. September 1949.

141 Ebenda.

der ganzen Materie ja keine Ahnung hatte. Nur sehr langsam habe ich mir einen gewissen Einblick in die ganze Angelegenheit verschaffen können. Auch muss ich das Meldewesen allein bearbeiten und es zeigte sich nun, dass meine Arbeit eine einzige Hetzjagd darstellte von morgens bis abends. [...] Die jetzt stattgefundenen Überprüfung wird zweifellos ergeben haben, dass ich stets bemüht war, die Meldungen den bestehenden Bestimmungen gemäss abzugeben, wobei ich jedoch bemerken muss, dass wir bis heute die von den Herren Prüfern bezeichneten Bewirtschaftsbestimmungen noch nicht bekommen haben.“¹⁴² Die Arbeit des Melde-Verantwortlichen gestaltete sich schwierig: Lieferanweisungen waren nicht zu beschaffen, Auftragsbestätigungen fehlte der offizielle Genehmigungsvermerk oder sie wurden nicht an den VEB zurückgeschickt, Genehmigungsverfahren änderten sich immer wieder. Auch nach längerer Einarbeitungszeit konstatierte der neue Verantwortliche, daß im Meldewesen „eine einheitliche Linie nicht vorhanden ist“¹⁴³. Er beklagte die Behinderung der Produktionstätigkeit durch das ausufernde Meldewesen sowie seine bremsenden Auswirkungen auf laufende Genehmigungsverfahren: „Des weiteren möchte ich bemerken, dass die Aufrechterhaltung der Produktion das oberste Ziel einer Werksleitung sein dürfte. Und dies darf nicht abhängig sein davon, dass Genehmigungen irgendwelcher Art nicht rechtzeitig eingehen. Bemerkenswert möchte ich auch, dass bei der Vielzahl der hier gefertigten Artikel es unmöglich erscheint, alle einzeln aufzuführen.“¹⁴⁴

Nicht zu bewältigende Datenflut - im Ergebnis Datenschrott

Schon für das Jahr 1949 ist zu konstatieren, daß das grenzenlose System der Informationsbeschaffung in Diensten der sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft heiß lief. Volkseigene Betriebe und Vereinigungen stießen an die Grenzen ihrer Meldekapazität. Gleichzeitig waren die Planungsinstitutionen bereits völlig überlastet und begraben unter wertlosen Datenbergen. Doppelzählungen, widersprüchliche Inhalte und Datenmüll waren nicht mehr voneinander zu unterscheiden. Die systematische Auswertung aller erhobenen Wirtschaftsdaten - soweit sie jemals existiert hatte - brach schon vor Beginn des Zweijahrplanes zusammen.¹⁴⁵ Die

142 DN5-578, VEB „Tewa“ Schraubenfabrik Tambach Dietharz/Thür., Niederschrift des Verantwortlichen für das Meldewesen vom 28. April 1949.

143 Ebenda.

144 Ebenda.

145 Exkurs: Vgl. GÜTTLER, Markus, Die Grenzen der Kontrolle. Das statistische Informationssystem und das Versagen zentralistischer Planwirtschaft in der DDR, in: BESSEL, Richard und JESSEN, Ralph (Hrsg.), Die Grenzen der Diktatur, Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen 1996, S. 266. Güttler ermittelte das Maß des notwendigen Planungsaufwandes, der Ende der 80er Jahre in der DDR zu betreiben gewesen wäre. Allein die monatlich frisch aufzunehmende Informationsmenge betrug „rund 45 Mio. Bit [...] und entsprach] einer Bearbeitungszeit von etwa 2.604 „Manntagen“ bei 24 Stunden Arbeitszeit pro Tag [also 7812 Manntagen bei 8 Stunden Arbeitszeit, was bedeutet, daß allein zur Informationsaufnahme rund 350 bis 400 Personen bei voller Arbeitszeit erforderlich gewesen wären, T.M.]. Bei der Planung und Leitung von Wirtschaft und Gesellschaft mußte die gewonnene Information noch in entsprechende Maßnahmen umgesetzt werden. Dies erforderte aber weitaus mehr Zeit als die reine Informationserfassung und -verarbeitung. Dem Statistiknutzer auf der Ebene der Wirtschaftsleitung standen aber [...] im Rahmen seiner Tätigkeit nicht mehr als etwa acht Stunden pro Monat für die ausschließliche Beschäftigung mit den statistischen Berichten zur Verfügung. Ein zentrales Gremium zur Verarbeitung der gesamten Berichtsinformationen hätte demnach etwa 7.800 Personen umfassen müssen - jede von ihnen mit entsprechender Entscheidungsbefugnis ausgestattet -, um die ca. 45 Mio. Bit tatsächlich um-

DWK sah sich gezwungen, dem beliebigen Treiben „Kontrolle des volkseigenen Sektors“ Einhalt zu gebieten. Die Zentralplanbürokratie versuchte also, die VEB zu entlasten und das System der Informationserhebung zu kanalisieren: „Die DWK hat in einer Anordnung^[146] über die Anmeldepflicht statistischer Erhebungen bestimmt, daß ab 1. Januar 1949 alle Erhebungspapiere, die von einer anderen Stelle als dem Statistischen Zentralamt herausgegeben werden, einen Vermerk über die vollzogene Anmeldung zu tragen haben. Fragebogen, die diesen Vermerk nicht tragen, sind danach nicht mehr zu beantworten.“¹⁴⁷ Die Meldepflicht der Betriebe offenbarte ein Paradoxon, das sich auf verschiedenen Ebenen unablässig wiederholte: Betrieb und Planbehörde verfolgten zwar das gemeinsame Ziel der Planerfüllung, behindern sich aber gegenseitig aufgrund unterschiedlicher Strategien, diesem Vorsatz zu entsprechen. Dem Betrieb lag an größtmöglicher Handlungsfreiheit. Er sah in kurzen Wegen, dezentralen Entscheidungsabläufen und dem Ausnutzen individueller Kompetenz den richtigen Weg. Daher war ihm seine unentwegte Überprüfung durch die Planbürokratie und ihre Hilfsorganisationen zuwider. Der zentrale Planungsapparat setzte auf ein Maximum eigener Kontrolle. Die DWK verlangte unablässig aktualisierte Daten, wie Mengen-, Wert- und Gewichtsangaben zur Dokumentation der betrieblichen Aktivitäten. Ungenaue oder falsche Angaben sowie das Bewußtsein,

zusetzen. Die Frage nach der Koordinierung einer derartig großen Zahl von Menschen sei hier gar nicht erst weiter diskutiert. Ganz offensichtlich war also die Aggregation der Informationen weniger eine Tugend als vielmehr einfach unumgänglich. Setzt man die gesamte entscheidungsrelevante Berichtsinformation auf den Leiter eines einzelnen Betriebes um, so kommt man zu dem Ergebnis, daß der Informationsbedarf auf Betriebsebene noch von einem Leiter beherrschbar, für eine zentrale Staatsführung aber nicht mehr zu bewältigen war.“ Die unbeantwortete Frage nach der praktischen Durchführung der, im Zuge der Zentralplanwirtschaft erforderlichen, quantitativen Informationserhebung und -bewältigung verursachte der sozialistischen Führung schon 1949 erhebliche Legitimationsprobleme. Sie stützte sich auf die Hoffnung, daß der technische Fortschritt in nicht allzu ferner Zukunft automatisch eine Antwort darauf hervorbringen werde. Vgl. FN 260, S. 124.

Noch zu Beginn der achtziger Jahre hoffte die Wirtschaftsführung der DDR, das Informationsproblem mit Hilfe der EDV lösen zu können. Über die Menge der in sozialistischen Betrieben anfallenden Datenmengen berichteten S. Apelt und K. Neumann: Datenbanken der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik - eine Hauptrichtung der EDV-Anwendung, in *Wirtschaftswissenschaft* Nr. 5/1980, S. 589: „Zwischen 5.000 und 2 Millionen Dokumenten mit 3,5 Millionen bis 100 Millionen Kennziffern“ je Betrieb hoffte man auf diese Weise beherrschen zu können. Systemdeterminiert stand die Zentralplanbürokratie andauernd vor dem Dilemma, entweder die Zahl der mit „Leitung und Verwaltung“ Beschäftigten unablässig zu vergrößern oder Informationsverluste hinzunehmen, welche sich wiederum negativ auf die Planqualität auswirken mußten. „Beim Festhalten an den Prinzipien der Planung, Leitung und Organisation Anfang der siebziger Jahre wären in den achtziger Jahren für die Erfüllung der Aufgaben auf dem Gebiet der Planung und Leitung etwa 80 Prozent aller Beschäftigten notwendig.“ Aus: BEYER, Die Einheit von materieller und finanzieller Planung, S. 31.

Über den erstmaligen Versuch des „Staatlichen Amtes für Preise“, zum Stichjahr 1968 ein gesamtwirtschaftliches Preisverflechtungsmodell zu erstellen und die dabei festgestellten Schwierigkeiten vgl. BUCK, Hannsjörg F., Informationsleistungen der Preise in der Zentralplanwirtschaft, S. 23f., FN 2.

146 Zweite Anordnung über das statistische Berichts- und Erhebungswesen vom 19. November 1948, in: Gesetze, Befehle, Verordnungen, Bekanntmachungen nach den Veröffentlichungen der Landesregierung Sachsen, Wirtschaft, Teil E I, Bl. 1370, S. 45 und ZVOBl. Nr. 55/1948.

147 Der Volksbetrieb, 2. Jahrgang, Februar 1949, S. 63.

durch permanente Erhebungen den Betriebsablauf zu stören, wurden dabei bewußt in Kauf genommen.

Irreales betriebliches Rechnungswesen als Grundlage staatlicher Kontrolle

Den Bereichen „Buchführung“ und „Betriebliches Rechnungswesen“ im volkseigenen Sektor der SBZ/DDR wurde von Seiten der Wirtschaftsführung besondere Bedeutung beigemessen. „Die große Bedeutung des Rechnungswesens liegt darin, daß es exakte Methoden zur Beobachtung und Ausdrucksmittel zur Darstellung der betrieblichen Vorgänge schafft.“¹⁴⁸ Marktwirtschaftlich geführte Unternehmen bedienen sich der Rechnungsführung zur systematischen „Aufzeichnung aller die Wertbewegung eines Betriebes betreffenden Tatbestände“¹⁴⁹, bzw. zur Überwachung „wirtschaftlicher Vorgänge in Beschaffung, Produktion, Absatz und Finanzierung nach Wert und Menge“, zur „Kontrolle der Wirtschaftlichkeit“, zur Lieferung von „Grundlagen für Entscheidungen“ sowie zur Information „über die Vermögens- und Ertragslage“¹⁵⁰ des Betriebes. In der SBZ standen diese Aufzeichnungen weniger im Dienste einzelner Betriebe, sondern ihre Aufgabe bestand vornehmlich darin, der staatlichen Bürokratie Informationen zu liefern, die sie zur Planaufstellung und -kontrolle benötigte. Ausgehend von der Benutzung exakter Methoden, die die traditionelle betriebliche Rechnungsführung zur Verfügung stellen sollte, beabsichtigte man, über kurz oder lang „die Rückschaurechnung durch die Vorscheurechnung, d.h. durch Planung, [zu] ergänzen.“¹⁵¹ Es existierten keinerlei theoretische Ansätze für eine spezielle Rechnungsführung in sozialistischen Betrieben. Durch entsprechende Anpassung tradierter Ansätze an die neuen Verhältnisse hoffte man, der „demokratischen Wirtschaft“ ein passendes Werkzeug an die Hand zu geben: „Je mehr uns die Bedingungen des wirtschaftlichen Erfolges durch rückschauende Betrachtung verständlich werden, um so sicherer können wir mit ihnen rechnen und um so mehr können wie sie als wirkende Kräfte in die Pläne einsetzen.“¹⁵² In Verkennung der Wichtigkeit eines funktionierenden Markt- und Preissystems glaubte die RTA, anhand ihres „Kursus“ zeigen zu können, wie die „alte kaufmännische Buchhaltung in die moderne Kostenrechnung“ umzuwandeln wäre, als Voraussetzung für eine sichere, betriebliche Planung, und damit als Grundlage der Zentralplanung überhaupt.¹⁵³ Die Realität betrieblicher Rechnungsführung konnte diesem Anspruch nicht genügen. Diese Kritik findet sich in fast allen Prüfungsbögen, die die Revisoren der RTA oder DIB hinterließen. Es wurde festgestellt, daß Gesetze, Verordnungen, Anordnungen usw., die zu jener Zeit in großen Mengen verabschiedet wurden, den Weg in die Betriebe nicht gefunden hatten, geschweige denn, dort zur Anwendung gekommen wären. Vorgeschriebene Formen der Buchhaltung, Kostenrechnung, Rechnungsführung, Dokumentation usw. blieben weitgehend unbeachtet.¹⁵⁴ Man begriff die strikte Anwendung dieser

148 DN5-1132, „Kursus über betriebliches Rechnungswesen“, Anlage zum FND Nr. 4 vom 10. Juni 1949, S. 52.

149 RECKTENWALD, Wörterbuch der Wirtschaft, S. S. 93.

150 Ebenda, S. S. 499.

151 DN5-1132, „Kursus über betriebliches Rechnungswesen“, Anlage zum FND Nr. 4 vom 10. Juni 1949, S. 52.

152 Ebenda.

153 Ebenda.

154 Z.B:

Richtlinien durch sämtliche, dem volkseigenen Sektor angehörigen Betriebe als die Voraussetzung für eine erfolgreiche Installierung der Zentralplanwirtschaft. Betriebliche Dokumentationen bildeten die Voraussetzung für jegliche Orientierung der Planbürokratie. Dementsprechend groß war auch der Druck auf die Prüfer, von denen verlangt wurde, die Betriebe zu bewegen, alle Vorgaben umzusetzen.¹⁵⁵ Revisoren und die sie beauftragenden Institutionen wollten, daß die Besuche in den Betrieben schnell und komplikationslos durchzuführen waren. Darum wäre es gut für sie gewesen, wenn alle Betriebe dieselben Methoden der Wirtschaftsführung und -abrechnung einheitlich praktiziert hätten. Daß dem keineswegs so war, schlug sich in den Berichten deutlich nieder. *Meistens stießen die Prüfer bei ihren Revisionen auf einen Wust unerledigter Papiere.* Soweit betriebliche Rechnungsführung überhaupt betrieben wurde, entsprach sie formal nicht den geforderten Ansprüchen. Diese Umstände behinderten das Fortkommen der Revisoren, denn sie waren gezwungen, alle Defizite möglichst umfassend aufzuklären. Ein häufig wiederkehrendes Problem der Organisation betrieblicher Rechnungsführung war die Frage, auf welcher Ebene im Geflecht volkseigener Betriebe und ihrer Vereinigungen diese Abrechnungen zu erfolgen hatten. Hin- und hergerissen zwischen Zentralisation und Dezentralisation fand man Kompromisse, die weder systematische Buchführung noch zügige Revision erlaubten: „Finanz- und Betriebsbuchhaltungen werden von den einzelnen Betriebsdirektionen örtlich geführt. Die Erfassung der Aufwendungen für Investitionen soll nach Objekten getrennt auf den Unterkonten [...] erfolgen. Abrechnung mit der Hauptdirektion erfolgt jährlich. Zu Quartalsübersichten werden die Abschlüsse statistisch zusammengefasst.“¹⁵⁶ Neben dem Problem, daß die Zuständigkeit für betriebliche Buchhaltung zwischen VVB und VEB aufgeteilt war, litt die Rechnungsführung daran, daß sie - soweit überhaupt vorhanden - uneinheitlich und unvollständig war.

-
- Einführung des EKRI zum 1. Januar 1948 (VEB) bzw. 1. Januar 1949 (alle weiteren Betriebe),
 - Bilanzierungs-Richtlinien für die Eröffnungsbilanz der VEB zum 1. Juli 1948,
 - Inventur-Richtlinien für den Abschluß der VEB zum 31. Dezember 1948,
 - Richtlinien für den Abschluß der VEB zum 31. Dezember 1948,
 - Vorschriften über einheitliche Abschreibungen vom 13. Januar 1949 (ZVOBl Nr. 6/1949),
 - Verordnung über die Finanzwirtschaft der volkseigenen Betriebe plus fünf Durchführungsbestimmungen (ZVOBl. 15/1948, S. 148, 28/1948, S. 309, Nr. 1/1949, S. 3, 6/1949, S. 43, DFWI Nr. 7/8, Juli 1949, S. 109ff),
 - Richtlinien über den Leistungslohn in volkseigenen Betrieben vom 20. September 1948,
 - Anweisung über die Erstellung des Richtsatzplanes vom 11. Februar 1949
- Anordnung über das Rechnungswesen der volkseigenen Wirtschaft vom 13. Juli 1949,
- Erste Ergänzung zu den Inventurrichtlinien und Bewertungsvorschriften (24. Mai 1948) zur Eröffnungsbilanz der volkseigenen Betriebe (zum 1. Juli 1948) vom 7. Juni 1948.

155 Aus dem Hause der RTA stammte beispielsweise der „Kursus über betriebliches Rechnungswesen“, DN5-1132, Anlage zum FND Nr. 4 vom 10. Juni 1949, S. 51-63. Darin war zusammengestellt, was man bis Juni 1949 über betriebliches Rechnungswesen in volkseigenen Betrieben herausgefunden zu haben glaubte. Selbstverständlich oblag es der eigenen Revision, diese Regeln in der Praxis zu überprüfen und - soweit für sinnvoll erachtet - auch bekannt zu machen.

156 DN3-1095, PB über Energiebezirk West, Halle/Saale, VVB(z), Hauptdirektion vom 6. bis 11. Juli 1949.

Unerledigte Rechnungen

Die Tatsache, daß viele Arbeiten in den Betrieben von Fremdfirmen übernommen worden waren, während der Investträger nicht einmal die Möglichkeit besaß, über seine Konten frei zu verfügen, bewirkte, daß eingehende Rechnungen nicht unbedingt bezahlt werden konnten. So hatten sich in der Steinkohlenverwaltung Zwickau unbezahlte Rechnungen in Höhe von DM 1.200.000 DM angesammelt.¹⁵⁷ Unerledigt lagen sie auf den Schreibtischen, während die Fremdfirmen um ihre Existenz rangen. Gleichzeitig fehlte aber auch dem Investträger die Grundlage für weitere Finanzmittel durch die DIB: Eingegangene, dann von der LKB bezahlte und dort mit dem „Bezahlt“-Stempel versehene Rechnungen dokumentierten den Verbrauch der planmäßigen Investmittel. Konnten sie von den Betrieben nicht vorgelegt werden, kam deren weitere finanzielle Versorgung ins Stocken.

Unzureichende Konteneinrichtung

Bis 1949 war es nicht gelungen, einheitliche Buchungsgrundlagen in der volkseigenen Wirtschaft einzuführen. Die „Anordnung über die Einführung des Einheitskontenrahmens der Industrie“¹⁵⁸ (EKRI) vom 26. November 1948 fand in den Betrieben wenig Beachtung. Meistens waren noch nicht einmal die wichtigsten Konten zur Verbuchung verausgabter Investmittel eingerichtet worden. Angesichts der großen Schäden an Bauten wäre im Jahre 1949 das Konto Nr. 240, „im Bau befindliche Gebäude“ das wichtigste Investkonto gewesen. Trotzdem war es selbst im bevorzugten VEB, Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf, nicht eingerichtet worden. Statt dessen fanden interne Kontonummern Verwendung, die bei der Revision zu großer Irritation führten.¹⁵⁹

Falsche Verbuchung

Alle Prüfungsberichte quollen über von Klagen über Fehlbuchungen. Selbst wo entsprechende Konten eingerichtet waren, gab es buchungstechnische Defizite, die verhinderten, daß sich die DIB-Verantwortlichen ein Bild über den Stand der betrieblichen Abrechnung verschaffen konnten. Was nützte, wie in der Steinkohlenverwaltung Zwickau, VVB der Kohlenindustrie, die richtige Einrichtung von Sonderkonten (6 Stück), Unterkonten (56 Stück) und Rechnungsmappen, wenn sie nicht den Vorschriften entsprechend benutzt wurden?¹⁶⁰ Schon die Eröffnungsbilanzen zum 1. Juli 1948 entsprachen nicht den „Bilanzierungs-Richtlinien für die Eröffnungsbilanz der volkseigenen Betriebe zum 1. Juli 1948“¹⁶¹ (BilREB). Die Führung der volkseigenen Wirtschaft reklamierte für ihre Betriebe die Anwendung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung, wovon in der Praxis nichts zu spüren war. Halbfertige Waren wurden als Fertigerzeugnisse deklariert, Inventurunterlagen waren in den meisten Fällen nicht unterschrieben und entsprachen nicht den Vorschriften der DWK. Die Suche der Revisoren nach verausgabten und verbuchten Investitionsmitteln gestaltete sich kompliziert, denn sie waren vielfach nicht den einzelnen Positionen der Titelliste zugeordnet worden. Schon im Vorfeld konkreter Investitionsmaßnahmen stimmten entscheidende Planungsdokumente wie

157 DN3-1095, PB über Steinkohlenverwaltung Zwickau, 18. bis 25. Oktober 1949.

158 ZVOBl. 58/1948, S. 564, FND Nr. 1, S. 5, vgl. auch: DN5-1132, Bl. 20ff.

159 DN3-1093, PB über VEB Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf vom 30. Juni 1949.

160 DN3-1095, PB über Steinkohlenverwaltung Zwickau, VVB der Kohlenindustrie, vom 25. Oktober 1949, Anlage 4, Bl. 1f.

161 Rundschreiben der RTA Nr. 1/1948 vom 1. November 1948.

Kostenstruktur und Titelliste nicht überein. Es wurde beklagt, daß buchhalterisch keine Jahrestrennungen für 1947/1948 und 1948/1949 vorgenommen worden waren. Die Revisoren mußten immer wieder feststellen, daß der tatsächliche Lagerbestand kleiner war als der ausgewiesene Bestand (Inventurergebnis: Fehlbestand). Ebenso häufig zeigte sich aber auch der umgekehrte Fall, daß der tatsächliche Lagerbestand den ausgewiesenen Bestand überstieg (Inventurergebnis: Mehrbestand). Teilweise unterschieden sich sogar verschiedene Versionen derselben Investunterlagen, je nachdem, ob sie im Betrieb lagen oder zur Genehmigung eingereicht worden waren, z.B. enthielt eine Titelliste, die der DWK zur Bestätigung vorlag, im Vergleich zur Abschrift des Betriebes dem Werte nach vergrößerte Positionen.¹⁶² Das Resümee der Prüfer fiel in der Regel erbärmlich aus: *„Es ist von Leuten, die inzwischen fristlos entlassen wurden ohne Sinn und Verstand gebucht worden, wobei die einfachsten Regeln außer acht gelassen wurden.“*¹⁶³

Fehlende, unvollständige oder falsche Papiere

Selbst wenn Konten korrekt eingerichtet worden waren, bedeutete das noch nicht, daß anfallende Belege tatsächlich den Weg in die Buchhaltung fanden. Vielfach fehlten Ausgabenbelege, Ausgangsrechnungen fanden sich ohne erforderliches Äquivalent wie Lagerkartei-Ausgang oder eine Rechnung für Lieferanten-Direktlieferung. Bankauszüge waren nur unvollständig vorhanden. Investitionsunterlagen, Produktionsauflagen und Kostenvoranschläge als Grundlagen der betrieblichen Rechnungsführung fehlten. Leistungsverträge waren entgegen den Vorschriften entweder nicht abgeschlossen worden oder der Buchhaltung nicht zugänglich. Lieferantenrechnungen blieben ohne Äquivalent wie Lagerkartei-Eingang oder eine Ausgangsrechnung. Reiseabrechnungen und Spesenabrechnungen wurden ohne Nachweise eingereicht. Manchmal waren sämtliche Invest-Formulare im VEB unauffindbar, bzw. waren bei der entsprechenden HV entweder noch nicht eingereicht, bzw. von dort nicht bestätigt worden, was beim Durcheinander der Genehmigungen von Planänderungen, wie z.B. neuer Investauflagen, mit all ihrem bürokratischem Aufwand kaum verwunderlich war: „Zu den fehlenden Investitionsunterlagen gibt die Werkleitung folgende Erklärung ab: Ursprünglich wurden für die Durchführung der Investitionen 0,8 Mio. vorgesehen. Diese Summe wurde im Juni auf 1,0 Mio. erhöht. Die Verzögerung in der Erstellung der Unterlagen ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, dass bis vor kurzem weder bei der VVB Gesko noch bei der HV-Kohle Klarheit über den tatsächlichen Umfang der durchzuführenden Investitionen bestand. Auf das wiederholte Drängen der Werksleitung konnte nach wochenlangen Bemühungen erst Anfang Oktober eine Zusage erreicht werden, wonach 1949 insgesamt DM 1,5 Mio. zu investieren sind. Diese als verbindlich gegebene Mitteilung der DWK änderte sich kurz darauf wiederum und heute [22.10.49] soll nun als endgültiger Betrag DM 1,35 Mio. in Frage kommen. Eine schriftliche Bestätigung hierüber ist allerdings der Werkleitung bis dato auch noch nicht zugegangen.“¹⁶⁴ Unvollständige Unterlagen waren an der Tagesordnung. Bauabrechnungen wurden für mangelhaft befunden, Buchhaltungen lagen monatelang im Rückstand. Kassenbelege waren nicht fortlaufend nummeriert worden, trugen

162 DN3-1339, PB über VEB „Degufrah“ - Deutsche Gummiwaren Fabrik, Berlin-Weissensee vom 16. Juni 1949.

163 Ebenda, vom 19. November 1949.

164 DN3-1095, PB über Stahl und Hartgußwerk Leipzig Abt. Bösdorf/Elster, Abschlußprotokoll vom 22. Oktober 1949, Bl. 1.

nicht den vorgeschriebenen „Bezahlt“-Vermerk. Obendrein ließen sie auch noch das Eingangsdatum vermissen. Investitionsunterlagen, soweit in den Betrieben aufzufinden, fehlte meistens die Bestätigung durch vorgesetzte Dienststellen. Die Lagerkartei verschwieg Abgänge aus Barverkäufen. Wöchentliche Lohnabschlagszahlungen waren nicht im Journal verbucht worden. Rechnungen für Fremdleistungen, waren von der LKB nicht mit dem „Bezahlt“-Stempel versehen worden. Ihre Zuordnung war teilweise noch nicht einmal nach Jahren möglich. Rechnungen, Belegen und sonstigen Unterlagen bestimmter Investauflagen fehlte der klassifizierende Stempel, z.B. „Eingeplant in Investauflage 1949“. Betriebsinterne Prüfungsvermerke über die Feststellung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit fehlten. Investmaterial wurde ohne besondere Kennzeichnung gemeinsam mit anderem Material gelagert. Originalrechnungen waren von Duplikaten nicht getrennt worden. Rechnungen waren weder nach Objekten bezeichnet, noch sortiert, numeriert oder aufbewahrt worden. Schließlich erfolgte die Verbuchung anfallender Rechnungen und Lohnkosten nach unterschiedlichen maschinellen Systemen (Astra, bzw. Hollerith). Verkompliziert wurde die Situation dadurch, daß die Betriebe nicht in der Lage waren, verschiedene Kategorien von Kostenstellen sauber zu unterscheiden. Hierzu gehörte z.B. die Differenzierung von Investitionen und Generalreparaturen. Im Braunkohlenverband Borna gelang es der Revision nicht, die entsprechenden Rechnungen voneinander zu trennen: „[Beide] laufen nebeneinander und sind nicht gekennzeichnet“¹⁶⁵ Daß sowohl Investunterlagen als auch die Liste der Generalreparaturen „einer ständigen Änderung unterworfen“¹⁶⁶ waren, sorgte für weitere Unübersichtlichkeit in der Abrechnung. Hinzu kam, daß - wenigstens in Borna - „Objektüberschreitungen der eingeplanten Investitionsobjekte im Einverständnis mit der DWK, HV Kohle, aus Mitteln der Generalreparaturen vorläufig finanziert werden.“¹⁶⁷ Dieses Finanzierungsverfahren wurde ansonsten meistens vermieden, was die Abrechnung der Betriebe vereinfachen sollte, dem Fortgang der Produktion aber zuwider lief.

Keine Voraussetzungen für ein betriebliches Rechnungswesen

Die Revision versuchte den Eindruck zu erwecken, als wäre der gesamte Prozeß betrieblichen Rechnungswesens - zumindest theoretisch - bestens organisiert. Immerhin war die RTA zuständig für die Ausarbeitung der entsprechenden Richtlinien (vgl. FN 154, S. 338). So stellte sich die Bezahlung fremder Leistungen für den Braunkohlenverband Borna - jedenfalls auf dem Papier - sehr einfach dar: „Es ist darauf zu achten, daß alle Invest-Rechnungen der L.K.B. zur Bezahlung vorgelegt und von dieser mit dem „Bezahlt-Stempel“ versehen werden.“¹⁶⁸ Desgleichen die Vorschriften zur Abrechnung eigener Leistungen: „Für jedes Vorhaben [sind] die Buchungsunterlagen herzustellen, unterteilt nach Löhnen, Material, Werkstattarbeiten und Gemeinkosten. Die Abforderung dieser Beträge ist durch eigene Rechnungslegung mit rechtsgültiger Unterschrift bei der L.K.B. vorzunehmen.“¹⁶⁹ „Innerbetriebliche Leistungen [...] werden aufgrund der Löhne, Förderprämien, Deputaten und Materialentnahmen von der Hollerith-Buchhaltung errechnet und in den Betriebsabrechnungsbogen gestellt. Anfallende Fertigung und Gemeinkosten

165 DN3-1095, PB über den Braunkohlenverband Borna, S. 2.

166 Ebenda.

167 Ebenda.

168 DN3-1095, PB über die BKV Merseburg 6.-24. September 1949.

169 Ebenda.

werden nach ihrer Aufschlüsselung, z.Z. 80,1 %, für die einzelnen Kostenstellen durch Hollerith errechnet und in den BAB eingestellt.“¹⁷⁰ Die Realität sozialistischer Planwirtschaft erlaubte aber nicht, solche Anweisungen praktisch umzusetzen, denn der sogenannten Buchhaltung volkseigener Betriebe fehlte neben einer rechnungsfähigen Währung auch jede technisch-organisatorische Grundlage.

- Unter den Bedingungen der zentralen Planwirtschaft war die Ermittlung „echter“ Kosten völlig ausgeschlossen. Grundlage der betrieblichen Buchhaltung als systematische Dokumentation von Warenbewegungen in den Betrieben, waren in der SBZ die staatlich festgelegten Preise. In Marktwirtschaften entwickeln sich Preise am Markt und können entsprechend ihrer Verwendung in den Betrieben verbucht werden. Die Buchhaltung volkseigener Betriebe verlangte nach Arbeitsvorbereitungsbüros, welche die anfallenden Kosten bereits im Vorfeld planmäßig definierten Zwecken zuzuordnen hatten. Angesichts der großen Unsicherheit anschließender Planerfüllung waren Erfolge dieser „Ex-ante-Buchführung“ allenfalls zufälliger Natur: „Eine Prüfung der mechanischen Werkstatt ergab, dass von 27 Arbeitszetteln 16 Arbeitszettel für Investitionen bestimmt waren. Die vorherige Kostenfestsetzung durch ein Arbeitsvorbereitungsbüro erfolgt nicht. [...] Eine genaue Festlegung der Lohnsumme für Investitionen war nicht möglich.“¹⁷¹
- Planbürokratie und Betriebe versprachen sich von der Anwendung betrieblicher Rechnungsführung die Umsetzung unterschiedlicher Ziele. Während man sich von offizieller Seite Daten als Planungsgrundlage und Informationen über den Stand der Planerfüllung versprach, versuchten die Betriebe, sich gute Ausgangspositionen für kommende Planaufgaben zu sichern.
- Die VEB gerieten in Rechtfertigungszwang, sobald sich anhand der Buchführung herausstellte, daß die tatsächlich angefallenen Kosten über den Plankosten lagen. In der Regel verteuerten sich die Prozesse und zwangen die Betriebe, Planabweichungen zuzugeben. Schon psychologisch wurde die Betriebsbuchhaltung darum als störendes Element und Bedrohung empfunden.
- An der Tagesordnung war die Erledigung von Aufträgen volkseigener Betriebe durch Fremdfirmen, die im Anschluß an ihre Arbeit nicht bezahlt wurden, weil sich weder LKB noch DIB legitimiert sahen, Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, wenn der planmäßige Rahmen bereits überschritten war. Obwohl die geforderte Leistung bereits erbracht worden war, konnte sie in solchen Fällen buchhalterisch nicht erfaßt werden, weil den Rechnungen der obligatorische „Beahlt-Stempel“ der LKB fehlte.
- Welche buchhalterische Bedeutung sollten jene vielen außerplanmäßigen Leistungen erhalten, die nicht in der Buchführung auftauchen durften? Wie sollten diese Kosten von den genehmigten Kosten getrennt werden? Wie sollten sich - ggf. unerlaubte - Tauschgeschäfte, beispielsweise zwischen volkseigenen Betrieben, in der Buchhaltung niederschlagen?

Die betriebliche Rechnungsführung verursachte den VEB allenfalls erhebliche Umstände; sie brachte keinen unmittelbaren betrieblichen Nutzen, sondern entwickelte immer mehr zum Instrument der Selbstdenunziation. Welchen Sinn hatte sie für die

170 DN3-1095, PB über Steinkohlenverwaltung Zwickau, VVB, vom 15.-25. August 1949, S. 2.

171 DN3-1093, TB über VEB Stahl- und Walzwerk Riesa vom 23. bis 26. August 1949, Bl. 4.

VEB unter diesen Umständen überhaupt noch? Mit diesen Fragen blieb der volkseigene Sektor allein. Weder die Revisoren der RTA oder der DIB, noch die staatliche Planbürokratie konnten das Interesse der volkseigenen Betriebe an betrieblicher Rechnungsführung wecken.

Kontrolle als Mittel der Plandurchsetzung

Die kraft Siegerbefehl geänderte Wirtschaftsordnung stellte Betriebe und Verwaltung vor ganz neue Probleme. Viele ehemalige Unternehmer hatten ihren Einfluß auf die Produktion verloren und mußten sich in die Kommandowirtschaft fügen, soweit sie nicht zuvor schon aus ihren Betrieben verdrängt worden waren. Die Produktionsstätten sollten hinfort nicht mehr nach eigenem Vorteil streben, sondern wurden auf strikte Planeinhaltung und Vermeidung individueller Sonderwege verpflichtet. Plandisziplin und Plankontrolle sollten dabei helfen, den Aufbau des volkseigenen Sektors voran zu treiben und zu sichern. Auf dem Wege unzähliger Revisionen und Kontrollen versuchte die zentrale Wirtschaftsleitung, sich detaillierte Informationen über Aktivitäten und materielle Situation des volkseigenen Sektors zu verschaffen. Intensive Kontrollen waren die Grundlage staatlicher Informationserhebung und damit das Mark zentralplanwirtschaftlicher Signalgebung und Entscheidungsfindung. Sie waren Auge und Ohr der Zentralplanbehörde, und ihre Ergebnisse sollten den weiteren Weg der Wirtschaftsplanung bestimmen. Der Informationsdurst der Planbehörden und ihrer Hilfsorganisationen war nahezu unersättlich. Der gänzliche Verlust jeder individuellen Entscheidungsbefugnis auf Ebene der Betriebsleitungen wurde am deutlichsten dokumentiert durch die große Zahl von Institutionen, die berechtigt und aufgefordert waren, den volkseigenen industriellen Sektors regelmäßig zu durchleuchten. Bis zum Zusammenbruch der DDR im Jahre 1989 empfand die volkseigene Industrie den ausgedehnten Kontrollsektor als eines ihrer größten Probleme. „Die Zahl der Kontrollorgane stieg bis auf neunzig an. Die von ihnen ausgehende Belastung der Generaldirektoren und ihrer Mitarbeiter ließ deren Ärger wachsen. Die Unzufriedenheit darüber wurde relativ offen geäußert. Dabei wandte sich niemand direkt gegen die Notwendigkeit von Kontrollen, vielmehr wurde verlangt, diese besser zu koordinieren und effektiver zu gestalten.“¹⁷²

Die Durchführung dessen, was unter „betrieblicher Rechnungsführung“ verstanden wurde, gestaltete sich aufgrund räumlicher Zersplitterung von formal zusammengehörigen Betriebsteilen fast unmöglich. Entsprechende Kontrollen sollten Klarheit bringen. „Eine Prüfung des augenblicklichen Standes der Bauvorhaben konnte nicht vorgenommen werden, da diese sich im Umkreis von 300 km von der BV Welzow befinden.“¹⁷³ Sogenannte wirtschaftsleitende Institutionen der SBZ arbeiteten 1949 emsig, aber ohne Erfolg daran, neue Prüfungs- und Kontrollmethoden zu entwickeln, die speziell auf die angenommenen Bedürfnisse der volkseigenen Ökonomie zugeschnitten waren. Kontrollen erfolgten immer schneller, immer detaillierter, immer ausführlicher, woran alle Beteiligte aktiv mitzuwirken hatten. Schnell wachsende Datenberge in der Zentralplanbürokratie führten aber nicht unbedingt zur Ver-

172 JANSON, Carl-Heinz, Totengräber der Nation. Wie Günter Mittag den SED-Staat ruinierte, Düsseldorf, Wien 1991, S. 151f. Vgl. auch die Übersicht der wichtigsten Kontrollorgane mit zentraler Bedeutung sowie in Kombinat und Betrieben, in: CORNELSEN, Doris und MELZER, Manfred und SCHERZINGER, Angela, DDR-Wirtschaftssystem: Reform in kleinen Schritten, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Berlin 1984, Heft 2, S. 200-223, hier S. 213.

173 DN3-1095, PB vom 22.-28. August 1949 über die Braunkohlenverwaltung Welzow.

besserung der wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit des volkseigenen industriellen Sektors.

Intentionen der Kontrolle

Entsprechend der unterschiedlichen Verantwortungsbereiche volkseigener Betriebe ergab sich eine fast endlose Liste von Erwartungen, die an den Aufbau einer umfassenden Kontrolle des volkseigenen Sektors geknüpft wurden:

- Zunächst versprach sich die DWK davon eine solide Informationsgrundlage zur Aufstellung weiterer Wirtschaftspläne.
 - *Rechnungsgrundlage für die Planerstellung.* Zentralplanwirtschaft verlangte die exakte Kenntnis aller vorhandenen Wirtschaftsgüter. Diese waren von den Betrieben zu dokumentieren. Revisionen hatten die Aufgabe, Buchhaltung und Bestände in den Betrieben zu vergleichen sowie nicht deklariertes Material auffindig zu machen.
 - *Systematische Erfassung sämtlicher Erfahrungen:* Das Beobachten der Wirkungen von Anordnungen, d.h. Sammeln und Auswerten planrelevanter Erfahrungen in den volkseigenen Betrieben, sollte die Erstellung künftiger Pläne erleichtern helfen.
 - *Plankorrektiv:* Kontrollen konnten nach Auffassung der RTA sowohl betriebliche Leistungen als auch die Qualität der Pläne hinterfragen: „Die Ursache der Nichterfüllung von Plänen kann in schlechter Leistung oder in schlechter Planung liegen. Beides wird besser, wenn die Erfüllung der Pläne sorgfältig kontrolliert wird.“¹⁷⁴
- Weiterhin wollte man durch Kontrollen Druck auf Betriebsleitungen und Belegschaften ausüben, um diese zu bewegen, der Planeinhaltung größere Bedeutung beizumessen.
 - *„Mobilisieren“ der Betriebsleitungen:* Ständige Kontrollen reduzierten das Selbstbewußtsein der Betriebsleitungen und machten sie gefügig.
 - *Einhaltung der Plandisziplin:* Betrieblichen Planvorgaben waren im Detail zu kontrollieren. Dabei waren sämtliche Teilbereiche wie die Höhe der Produktion, Lagerhaltung, Buchhaltung, Rechnungsführung usw. gesondert zu beobachten.
- Kontrollen hatten die Aufgabe, leistungssteigernde Signale zu setzen.
 - *Entwicklung des Bewußtseins der Belegschaften:* Den Kontrollen wurde Erziehungscharakter bescheinigt. Sie sollten mithelfen, den Zustand zu beenden, daß sich „in vielen volkseigenen Betrieben noch nicht das Bewußtsein durchgesetzt hat, als Einzelbetrieb nur Teil der Gesamtwirtschaft zu sein und daher betriebsegoistische Überlegungen in jedem Falle hinter gesamtwirtschaftliche Erwägungen zurückstellen zu müssen“¹⁷⁵. Es ging darum, die Bewußtseinsentwicklung der Belegschaften im Sinne der veränderten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu überprüfen und ggf. zu korrigieren.
 - *Leistungsvergleich:* Kontrollen sollten innerbetriebliche und außerbetriebliche Leistungsvergleiche ermöglichen. Herausragende Ergebnisse einzelner VEB sollten auf diesem Wege erkannt, auf ihre Methode analysiert und der übrigen Wirtschaft zum Vorbild gemacht werden. Leistungsvergleiche zwischen den

174 DN5-261, S. 100.

175 DN5-261, S. 73.

VEB waren die Voraussetzung für den sogenannten Sozialistischen Wettbewerb, von dem man sich eine umfassende Steigerung der Produktivität im volkseigenen Sektor versprach.

- *Verbesserungsvorschläge*: Von den Prüfern, die täglich neue Erfahrungen an der Basis machten, versprach sich die Planbürokratie Vorschläge bezüglich Einsparung und Arbeitsrationalisierung nach Auswertung von Kontrollergebnissen.
- *Verantwortungsbewußtsein durch Kontrollbefugnisse erhöhen*: Kontrollbefugnisse sollten Leistungsbereitschaft und Verantwortungsbewußtsein auch derjenigen Stellen erhöhen, welche die Kontrollen durchzuführen hatten. DIB oder Landeskreditbanken hatten z.B. die Verwendung ihrer Mittel vor Ort selbst zu überprüfen. Somit entstand ein System sich mehrfach überlagernder Verantwortung und Kontrollberechtigung.
- *Erkennen von Bürokratismus*: Die Beseitigung von Bürokratismus in Wirtschaft und Verwaltung sollte helfen, Kosten zu sparen und war insbesondere Aufgabe von ZKK und LKK.
- Es gab in den VEB zahlreiche wirtschaftliche Verhaltensmuster, die offiziell als „betriebsegoistisch“ gebrandmarkt und in die Nähe von Wirtschaftsstraftatbeständen gerückt wurden. Revisionen sollten diesen „Machenschaften“ vorbeugen, dieselben, soweit sie bereits erfolgt waren, aufdecken und helfen, die Beliefschaften im Sinne der Wirtschaftsführung „aufzuklären“.
- *Verhinderung sogenannter stiller Reserven*: Noch so unbedeutende Reste betrieblicher Reservehaltung sollten gefunden werden, um sie der allgemeinen Verwendung zuzuführen.
- *Erkennen von Wirtschaftsverbrechen*: Zum System der Zentralplanwirtschaft gehörte untrennbar das regelmäßige „Aufdecken“ von Wirtschaftsvergehen. Entlarvte „Wirtschaftsverbrecher“ übernahmen unfreiwillig Sündenbockfunktion und damit die Verantwortung für viele Mängel und Probleme der SBZ/DDR-Zentralplanwirtschaft. Sie dienten der sozialistischen Führung zur Begründung und Rechtfertigung diverser Planabweichungen. Der lautstark durch Propaganda unterstützte, staatliche Kampf gegen das Wirtschaftsverbrechen sollte die moralische Überlegenheit der politischen Führung unter Beweis stellen. So wurde beispielsweise behauptet, auf diesem Wege Ressourcen für die Allgemeinheit zu retten oder die „demokratische Wirtschaft“ zu schützen. Der Abschreckungseffekt derartiger Prozesse sollte Nachahmer davon abhalten, politisch unerwünschte Handlungen zu begehen.

Kontroll- und Prüfungsauftrag ohne theoretische Grundlage

Der Übergang zur sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung erforderte in der SBZ/DDR auf politischer und wirtschaftlicher Ebene nach 1945 die rasche Substitution von Institutionen und Techniken der Wirtschaftsführung, die sich unter den Bedingungen der nationalsozialistischen, gelenkten Kriegswirtschaft als funktionstauglich bis effizient erwiesen hatten. Das war insbesondere der Privatbesitz an Produktionsmitteln sowie jegliche Form unternehmerischer Ansprüche. Bald zeigte sich aber, daß der neu entstandene, volkseigenen Sektor kein vollwertiger Ersatz dafür war. Erheblich langsamer als die Zerstörung der bisherigen Ordnungsprinzipien voranschritt, erkannte man: Die sozialistische Wirtschaft erzeugte keineswegs automatisch Leistungsdaten, die mit denen des marktwirtschaftlichen Systems im Westen hätten konkurrieren können. Unter dem Druck wachsender wirtschaftlicher

Probleme wurde offenbar, daß man nicht die Mittel hatte, um auf vorhandene Probleme angemessen reagieren zu können. Diese Defizite betrafen alle Bereiche, die den Wirtschaftssektor berührten. Die Ideologie forderte, das Problem in der Wirtschaft selbst zu suchen, anstatt das System zu hinterfragen. Als adäquates Mittel des Krisenmanagements erfolgte der Aufbau eines umfassenden Kontrollsystems. Mit dessen Hilfe sollten die Betriebe in die Lage versetzt werden, den zentralen Plan detailgenau zu verwirklichen. Über die Notwendigkeit eines umfassenden Kontrollapparates bestand nicht der leiseste Zweifel. Wie aber sollten die Kontrollen durchgeführt werden? Darauf hatte die RTA eine Antwort zu geben, bekannte aber noch im Juli 1949 freimütig: „Auch Gedanken haben ein Beharrungsvermögen. Deshalb ist es für uns, die wir in der Praxis der Prüfungsarbeit an einzelnen Beispielen sehen, wie in der volkseigenen Industrie ein neuer Betriebstypus um seine Gestaltung ringt, nicht leicht, auch schon die diesem Betriebstypus zugehörige Form der Prüfung zu ersinnen.“¹⁷⁶

Suche nach der Theorie

Noch bis 1948 gab es private Wirtschaftsprüfer. Man hatte in der Ostzone zunächst auf diese Gruppe zurückgegriffen, denn es gab niemanden, der eine Vorstellung von sozialistischer Wirtschaftsprüfung hatte. In der Tat war nur soviel klar, daß diese erst entwickelt werden mußte. Bis Mai 1945, so konstatierte die RTA, habe sich die Wirtschaftsprüfung vornehmlich auf Bilanz und Feststellung des Gewinns zur Erhebung von Steuererhebungen konzentriert. Unternehmerinteresse und öffentliches Interesse, so die RTA, wären dabei aufeinander geprallt und hätten dazu geführt, daß sich „das Prüfungswesen der Privatwirtschaft zu einer von Geheimnissen erfüllten Wissenschaft [entwickelte]“¹⁷⁷. Angesichts der vorausgesetzten Interessenharmonisierung von Betrieben und Öffentlichkeit durch die Entstehung des volkseigenen Sektors sollte das Prüfungswesen für die Zukunft radikal umgestaltet werden: „Es handelt sich nicht mehr um eine Reform der in der Privatwirtschaft üblichen Prüfung, sondern um eine vollständig neue Form, die der Umgestaltung in den Aufgaben der Betriebe Rechnung trägt.“¹⁷⁸ Die Aufmerksamkeit des veränderten Prüfungsverfahrens sollte in erster Linie nicht mehr der betrieblichen Gewinnermittlung sondern der Planerfüllung gelten: „Die Bilanz als Ausgangspunkt der Prüfung [hatte] hinter die Pläne als deren Ausgangspunkt [zurückzutreten].“¹⁷⁹ Nach Auffassung der RTA-Verantwortlichen war die Rechenschaft der volkseigenen Betriebe von einer privaten zu einer öffentlichen Angelegenheit geworden. Das sollte sich auch auf die Nominierung der Wirtschaftsprüfer auswirken, die hinfort, nachdem sie auf ihre politische Standfestigkeit abgeklopft worden waren, in staatlichen Diensten stehen sollten. „An die Stelle der früheren Vielzahl von kleineren und größeren Prüfungen muß eine Wirtschaftsprüfung größten Ausmaßes treten, die nur von öffentlichen Institutionen getragen werden kann.“¹⁸⁰ Diese „Erkenntnis“ verlangte die Ablösung privater Wirtschaftsprüfer im volkseigenen Sektor, was mit der „Anordnung über finanzwirtschaftliche Kontrol-

176 DN5-261, S. 134.

177 DN5-261, S. 136.

178 DN5-261, S. 137.

179 DN5-261, S. 11.

180 DN5-261, S. 82.

len“ vom 7. Juli 1948 auch geschah.¹⁸¹ Bald danach wurde die RTA mit der Durchführung von Betriebsprüfungen in der SBZ beauftragt. Ihre Äußerungen zum eigenen theoretischen Rüstzeug sind nicht ohne Bedeutung, denn sie stehen stellvertretend auch für alle übrigen Kontrollinstanzen. Allein dadurch, daß die Tätigkeit privater Wirtschaftsprüfer verboten wurde, waren keine Fortschritte zu erreichen. Insbesondere auch für deren unerfahrene Nachfolger bedeutete der Bereich „Prüfungsorganisation“ Neuland. Die bisherige deutsche Wirtschaftsgeschichte lieferte keine geeigneten Vorbilder. Und auch die, in der SBZ installierte, „neue Wissenschaft“ hielt zum Bedauern der RTA keine fertigen Lösungen bereit. *„Die Orientierung am wissenschaftlichen Denken ist [...] in einer Zeit des Übergangs von einer Wirtschaftsordnung zu anderen, wie wir ihn gegenwärtig erleben, eine problematische Angelegenheit.“*¹⁸² Die Vorstellungen von der kommenden Wirtschaftsprüfung waren durchweg nebulös. So verstand man bei der RTA darunter insbesondere die Ablösung privatwirtschaftlicher Ziele durch solche, die ausdrücklich im Dienste des Gemeinwohls standen, ohne, daß diese näher hätten beschrieben werden können. Man befand z.B., „daß die auf dem Aktienrecht aufbauende Handhabung der Prüfung überwunden werden muß[te]“¹⁸³. Entsprechend der offiziellen Politik erkannte man auch in der RTA, daß „Vorbilder nur im Prüfungsapparat der sowjet-russischen Staatskontrolle gefunden werden können“¹⁸⁴. Ein Jahr nach Gründung der RTA als wichtigster wirtschaftlicher Kontrollbehörde volkseigener Objekte waren die Verantwortlichen noch immer *ohne den geringsten theoretischen Anhaltspunkt bezüglich der Entwicklung neuer Prüfungsverfahren*. Einig war man sich allenfalls darin, daß die früheren Verfahren ausgedient hatten, da ihnen die Nähe des kapitalistischen Wirtschaftens anhaftete. Zweck, Charakter und Technik der Wirtschaftsprüfung mußten sich mit der neuen Wirtschaftsordnung verändern, aber wie das im einzelnen zu geschehen habe, wäre eben noch nicht bekannt: „Aus unserer Kenntnis der allgemeinen Zusammenhänge zwischen Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsprüfung wissen wir freilich, daß eine so wesentliche Änderung der Wirtschaftsordnung, wie wir sie zur Zeit in der Ostzone erleben, auch eine Umgestaltung der Prüfung und des Prüfungswesens zu Folge haben muß.“¹⁸⁵ Die RTA suchte Verständnis für ihr Problem der Theorielosigkeit. Schließlich wäre dieser Zustand der Umbruchsituation angemessen und leicht nachzuvollziehen. Die endgültige Form der Wirtschaftsprüfung hätte sich automatisch aus den logischen Konsequenzen der neuen, gemeinwirtschaftlichen Organisationsprinzipien und Planung volkseigener Betriebe zu ergeben. „Es ist also leicht verständlich, wenn unsere Gedanken auf den Wegen zwischen der privatwirtschaftlichen und gemeinwirtschaftlichen Ordnung des Wirtschaftslebens hin und her wandern und die Merkmale sowohl des alten als auch des neuen Charakters der Prüfung zu begreifen suchen. Je besser wir dabei die Entwicklungsrichtung erken-

181 ZVOBl. 33/1948, S. 375, Verbot privater Wirtschaftsprüfer - „Zur Kontrolle der finanzwirtschaftlichen Tätigkeit der Finanz-, Kredit- und Versicherungsorgane, der Verwaltungen und Organisationen, die aus Haushaltsmitteln finanziert werden müssen, sowie der staatlichen und kommunalen Unternehmen und volkseigenen Betriebe werden bei der DWK, HV Finanzen und bei den Finanzministerien der Länder besondere Kontroll- und Revisionsabteilungen geschaffen“ Unberührt davon blieb die soeben aufgenommene Kontrolltätigkeit der RTA. Vgl. auch: FND Nr. 1, S. 8.

182 DN5-261, S. 153.

183 DN5-261, S. 78.

184 DN5-261, S. 152.

185 DN5-261, S. 134.

nen, um so konstruktiver und sicherer ist unsere Mitarbeit bei der Neuordnung der Wirtschaft.“¹⁸⁶

Kontrolle betrieblicher Planung

Auch die Suche nach Methoden der Rechenschaft auf dem Gebiet betrieblicher Planung brachte bis 1949 nicht die kleinsten Anhaltspunkte. Diese Lücke zu schließen war der RTA als Aufgabe übertragen worden. Als Kontrollbehörde im Auftrage des Amtes zum Schutze des Volkseigentums bemerkte sie hierzu rechtfertigend: „Mit der Wirtschaftsplanung betreten wir Neuland, so daß auch die Rechenschaft darüber Neuland ist und demzufolge die Formen der Rechenschaft erst noch entwickelt werden müssen.“¹⁸⁷ Nach über einem Jahr Arbeit zur Lösung dieses Problems klammerte sie sich an ein vierteiliges Phasenschema zum Planablauf, das sie folgendermaßen darstellte:

1. Phase: Ermittlung des Bedarfs. Hieraus erwuchs den volkseigenen Betrieben jene umfassende *Meldepflicht*, auf die bereits eingegangen wurde.
2. Phase: Entsprechende Planung der Produktion und Versorgung. Hieraus leitete sich für den volkseigenen Sektor die entsprechende *Produktionspflicht* ab.
3. Phase: Exakte Planerfüllung. Um diese zu überprüfen, waren entsprechende Methoden der betrieblichen *Plankontrolle* auszuarbeiten.
4. Phase: Deckung des Bedarfs. Damit war das Problem der Material- und Warenverteilung angerissen, das in Absatzplänen skizziert werden sollte.

Zwar ließen sich anhand dieses einfachen Schemas gewisse Forderungen an die Rechenschaft der Betriebe ableiten: „Die Kontrolle der Planung erfordert eine gesamtwirtschaftliche, also über den Rahmen des einzelnen Betriebes hinausgehende Betrachtung. Für eine allgemein verbindliche Planung können nicht nur die Verhältnisse des Einzelbetriebes maßgebend sein. Alle diesbezüglichen Untersuchungen, also auch jede Rechenschaft, müssen die gesammelten Erkenntnisse der übrigen in die Planung einbezogenen Betriebseinheiten berücksichtigen. Dies kommt in der Anwendung von Normen, Meßzahlen u.a. Standardziffern zum Ausdruck.“¹⁸⁸ Eine „Rechenschaft auf dem Gebiet der Planung“, wie sie angestrebt wurde, d.h. eine Möglichkeit, die Planungsqualität jeder einzelnen Phase im Betriebsablauf zu kontrollieren, konnte aber nicht einmal ansatzweise verwirklicht werden. Sie blieb eine sozialistische Utopie.

Ersatzstrategien zum Ausgleich fehlender Theorie

Weil die RTA ihrer Aufgabe, geeignete Richtlinien - also theoretische Grundlagen für die Prüfungsorganisation im volkseigenen Sektor - zu entwickeln, nicht gewachsen war, entwickelte sie unterschiedliche Strategien, die einerseits vortäuschten, sich dem angestrebten Ziel zu nähern und andererseits das eigene Haus von der alleinigen Verantwortung entbanden.

Großgremien

Die RTA richtete zur eigenen Unterstützung institutionsübergreifende Gremien ein. Zu diesem Zweck versammelte sie Vertreter aus Industrie, Wissenschaft, Selbst-

186 Ebenda.

187 DN5-261, S. 74.

188 DN5-261, S. 75.

verwaltungskörperschaften, RTA und Besatzungsmacht.¹⁸⁹ Einerseits erhoffte sie sich dadurch zusätzlichen „Sachverstand“. Andererseits bot das Gremium auch einen Schutzwall der Rechtfertigung für den Fall, daß auch gemeinsam getroffene Beschlüsse in der Praxis nicht zu besseren Ergebnissen führten. Die RTA war somit nicht mehr allein verantwortlich für eventuelle Mißerfolge. Dieser Lösungsansatz repräsentiert ein typisches Dilemma der SBZ-Zentralplanwirtschaft: Die politische Theorie des Kommunismus verlangte die Bewältigung klar definierter Aufgaben. Deren Umsetzung war aufgrund ihres utopischen Charakters mit der Realität oft nicht zu vereinbaren. Einen derartigen Auftrag nicht zu erfüllen bedeutete aber, dem Prinzip des Sozialismus untreu zu werden. Also versuchte man, die Verantwortung zu delegieren oder wenigstens zu teilen. In diesem Fall delegierte zunächst die DWK das Problem „Kontrolle des volkseigenen Sektors“, das sie selbst nicht zu lösen vermochte, an die eigens dafür geschaffene RTA. Diese war dem Auftrag aber ebensowenig gewachsen. Institutionsübergreifende Gremien inklusive der Besatzungsmacht waren das letzte Mittel, die Verantwortung für die Undurchführbarkeit des Auftrages auf mehrere Schultern zu verteilen und dabei vom „Versagen“ der eigenen Institution abzulenken.

Die „Arbeiter und Bauern“ - unfreiwillig bestimmt zum Retter der Zentralplanwirtschaft

Ein anderer Ansatz, den die sozialistische Führung, wie alle ihre Institutionen, also auch die RTA, verfolgte, hing zusammen mit der zentralen Rolle, den die Theorie des Sozialismus der sogenannten Arbeiter- und Bauernklasse zuschrieb. Getreu der Hoffnung, die „demokratische Wirtschaft“ produziere selbsttätig ihre eigenen „demokratischen Regeln“, wurde die RTA nicht müde, die Masse desorientierter volkseigener Betriebe nach Erfindungen sozialistischen Wirtschaftens durchsuchen zu lassen, die vielleicht geeignet wären, im Rahmen der gesamten Ökonomie verbindlich zur Anwendung gebracht zu werden: „Zur Verwertung in unserer wissenschaftlichen Arbeit benötigen wir praktische Beispiele für die erfolgreiche Durchführung von Systemen progressiver Lohngestaltung und Leistungswettbewerben zwischen verschiedenen Betrieben. [...] Wir wären unseren Prüfern dankbar, wenn sie dem Ressort 05 [Wirtschaftsforschung, T.M.] entsprechende Unterlagen aus ihrer Prüfungspraxis vermitteln könnten.“¹⁹⁰ Getreu dem Prinzip des „Demokratischen Zentralismus“ verlegte sich die RTA also darauf, an der Basis nach geeigneten Ideen und Vorbildern zu suchen. Was die DWK zunächst an die RTA delegiert hatte, sollen nun die volkseigenen Betriebe für die RTA lösen. Hilflosigkeit und Unvermögen in der Wirtschaftshierarchie führten dazu, daß die Aufträge zur Umsetzung ideologisch diktiertter Erfordernisse ganz oben angeordnet und innerhalb der institutionellen Hierarchie immer weiter nach unten delegiert wurden. Schließlich waren es die eigentlichen „Helden“ der neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, welche die Verantwortung tragen mußten: Die Arbeiter und Bauern. Gelang es ihnen nicht, die in sie gesetzten Erwartungen zu erfüllen, mußten sie zumindest die materiellen Folgen des Versagens gemeinsam tragen.

Blindwütige Datensammlung

Angesichts dessen, daß man allenfalls schemenhafte Vorstellungen davon hatte, wie die Kontrollen auszusehen hatten und angesichts der Tatsache, daß man die Ergeb-

189 DN5-261, S. 12.

190 DN5-1132, FND, 1.Jahrgang/Nr. 2, 20. April 1949, S. 18.

nisse der Prüfungen nicht selbst auszuwerten hatte, ging man dazu über, möglichst alle Informationen festzuhalten, derer man vor Ort habhaft werden konnte. Jedenfalls konnte auf diese Weise gezeigt werden, wie wichtig die eigene Institution ihre Kontrollaufgabe nahm. Diese Motivation vor Augen und die Vorstellung, allumfassende Kontrolle wäre die beste Voraussetzung für eine nachdrückliche Garantie künftiger Planeinhaltung, führte zur immer stärkeren Einbeziehung weiterer Prüfungsobjekte: Zunächst wurde das allgemeine Beleg- und Rechnungswesen untersucht. Dieses konnte aus sich selbst heraus nicht interpretiert werden, weshalb zusätzlich alle Unterlagen in die Prüfung einbezogen wurden, die zur Aufstellung der Pläne geführt hatten.¹⁹¹ Die RTA beschrieb das Bestreben ihrer Mitarbeiter, ihre Prüfungsanstrengungen immer weiter auszudehnen. Ihr Interesse ging schließlich sogar dahin, „ein möglichst geschlossenes Bild über die Bedingungen zu erhalten, von denen die Aufstellung und Erfüllung der Pläne abhängt“¹⁹². Zusätzlich ließen sie allgemeine Erfahrungen und Vergleiche aus der Vergangenheit, technische Untersuchungen und Schätzungen in ihre Prüfungsberichte einfließen. Die RTA räumte dementsprechend ein, daß den Beurteilungen auch spekulative Elemente zugrunde lagen, die sich möglicherweise negativ auswirken konnten: „Schließlich sind es gelegentlich sogar gedankliche Kombinationen, die den Urteilen zugrunde liegen. Ihnen haften jedoch mangels zwingender Schlüssigkeit häufig große Gefahren an, besonders wenn sie zur Grundlage von Urteilen werden, die weitgreifende Konsequenzen haben.“¹⁹³ „Gedankliche Kombinationen“ als Quelle der Gefahr für die Umsetzung staatlicher Wirtschaftspläne! Welch ein Zwiespalt für die Prüfer, die sich zwischen Zahlenreihen offizieller Planvorgaben und den offensichtlichen Möglichkeiten der Betriebe hin- und hergerissen fühlten. Ihre Suche nach Faktoren, die sich auf die Planerfüllung auswirken konnten, führte ins Uferlose. Jedes Detail, bis hin zur Qualität der eigenen Prüfungsberichte konnte möglicherweise falsche Signale setzen und sich dergestalt negativ auf kommende Pläne auswirken.

Unter Anleitung des großen Bruders ...

Hinzu kam, daß schlecht ausgebildete Revisoren in die Betriebe geschickt wurden. Teilweise beherrschten sie nicht einmal die traditionelle Prüfung des allgemeinen Beleg- und Rechnungswesens. Spezifische Formen des Rechnungswesens im Rahmen der Zentralplanwirtschaft existierten allenfalls als Wunschbild in den Köpfen überzeugter Anhänger der „demokratischen Wirtschaft“ in der SBZ/DDR: Auf Einzelheiten der Rechenschaft über die Planerfüllung einzugehen, ist noch nicht möglich, weil die hier zu beschreitenden Wege für die deutsche Betriebswirtschaft noch neu sind. Wir sind hier ausschließlich auf die in der UdSSR geleistete Vorarbeit und die dabei gewonnenen Erkenntnisse angewiesen. [...] Der Betriebswirt des volkseigenen Betriebes wird bemüht sein müssen, diese Erfahrungen kennenzulernen und für seine Arbeit nutzbar zu machen.“¹⁹⁴ Die Delegation verwaltungs- und organisationstechnischer Probleme von der DWK bis hinunter zu den Belegschaften bewirkte, daß Produktionsleiter auf der niedrigsten Ebene des Plansystems, „eigenverantwortlich“ damit beginnen sollten, Planwirtschaft nach sowjetischem Vorbild zu betreiben. Welch ein Widerspruch zur originären Rolle der VEB-

191 DN5-261, S. 75.

192 Ebenda.

193 DN5-261, S. 76.

194 DN5-261, S. 75.

Belegschaften als unterstes Ausführungsorgan in der Hierarchie des Zentralplansystems.

Revision

So unbestimmt sich die geschilderten Grundaussagen bezüglich Rechenschaft und Prüfungsverfahren im volkseigenen Sektor ausnahmen, so deutlich wurde, dem Zweijahrplan entsprechend, als Zielvorgabe die Erhöhung von Produktivität und Wirtschaftlichkeit der volkseigenen Betriebe propagiert. Die praktischen Vorschläge der RTA, wie man diesen Bestrebungen auch im Rahmen des Prüfungsverfahrens Rechnung tragen könne, offenbarten die Oberflächlichkeit ihres Standes in Theorie und Praxis. Ein Jahr nach Aufnahme ihrer Tätigkeit überstiegen die Schlußfolgerungen der RTA kaum das Niveau unreflektiert wiedergegebener SED-Propaganda. Neben systemtreuer Ja-Sagerei verwies die RTA systemimmanent auf die Möglichkeit, mittels Kontrollen der betrieblichen Rechnungsführung im volkseigenen Sektor Fehler bei der Plandurchführung aufdecken und bekämpfen zu können:

- Als Wirtschaftsprüfer sollten nur noch Personen mit pro-sozialistischer Gesinnung in Frage kommen.
- Die Produktions- und Finanzpläne sollten künftig als Angelegenheit aller Werktätigen angesehen werden.
- Selbstkontrolle (VEB, VVB, HV, Finanzkontrolle) und Fremdkontrolle (Ausschuß zum Schutze des Volkseigentums, ZKK, LKK, RTA), auch bezeichnet als „innere und externe Prüfung“, sollten über die Triebfedern Pflichtgefühl und Rechenschaftspflicht ineinanderzugreifen: „Die übergeordnete Stelle braucht zur Selbstkontrolle die Ergebnisse der Fremdkontrolle über den untergeordneten Aufgabenträger.“¹⁹⁵

Die RTA griff in Erinnerung an ehemals - unter marktwirtschaftlichen Bedingungen - gültige Methoden der Rechnungsführung, ohne es zu ahnen, zu einem stumpfen Werkzeug. Die staatliche Bekämpfung freier Märkte und damit die Abschaffung echter Preise hatten alle Anstrengungen betrieblicher Rechnungsführung bereits im Vorfeld zur reinen Zahlenspielerei degradiert. Sie besaßen nicht den geringsten Aussagegehalt bezüglich Wirtschaftlichkeit, Effizienz oder Konkurrenzfähigkeit volkseigener Betriebe im Vergleich zu Lösungen, die ein funktionierender Markt ermöglicht hätte.

Innere Prüfung

Wert-, Kosten-, Mengen- und Zeitrechnung im VEB und VVB waren durch eigene Organe permanent zu überprüfen. Diese wurden ihrerseits durch dieselben Einrichtungen der übergeordneten Institution überwacht. Grundlage dafür waren eigene Beleg- und Kontenaufkommen sowie die der untergeordneten Institutionen. Einbezogen wurden Lagerbuchhaltung, Betriebsabrechnungsbogen, Produktionsmeldungen, Planziffern usw. Als Organe der inneren Prüfung fungierten verschiedene Einrichtungen.

- Betriebliche Planungskommissionen.
- Einzelne Werke wurden durch Prüfungskommissionen aufgefordert, ihre innere Prüfungsorganisation zu verstärken: „Ohne eine geordnete techn. Betriebsbuch-

195 DN5-261, S. 79.

haltung, welche mit der Einkaufsabteilung, dem Arbeitsvorbereitungsbüro und der Nachkalkulationsabteilung Hand in Hand arbeitet, werden Objektüberschreitungen nicht zu vermeiden sein.“¹⁹⁶

„Terminüberwachungsbüros“¹⁹⁷ oder „Planungsbüros unter Leitung eines Ingenieurs“ sollten weitere Planabweichungen vermeiden helfen. Bei der Planungsabteilung handelte es sich um eine, auch in der Braunkohlenverwaltung Senftenberg herbeigewünschte Einrichtung. Sie sollte dafür sorgen, der allgemeinen Orientierungslosigkeit bezüglich der Kostenfrage ein Ende zu setzen: „Über die Kosten insgesamt oder im einzelnen hat die Bauleitung keine Vorstellung, wie auch der Überwachung der Kosten in Bezug auf die Investition und die Planung keinerlei Aufmerksamkeit gewidmet wurden.“¹⁹⁸ Auch die Planungsabteilung im VEB Stahl- und Walzwerk Riesa konnte die Einhaltung der planmäßig vorgesehenen Kosten nicht garantieren: „Abrechnungsmässig ist das Planungsbüro und auch jede andere techn. Abteilung nicht in der Lage, den Stand der verausgabten Mittel zu verfolgen. Ohne eine geordnete techn. Betriebsbuchhaltung, welche mit der Einkaufsabteilung, dem Arbeitsvorbereitungsbüro und der Nachkalkulationsabteilung Hand in Hand arbeitet, werden Objektüberschreitungen nicht zu vermeiden sein.“¹⁹⁹ Statt dessen übernahm das Planungsbüro die sogenannte Lenkung der Investitionsmittel im exakt vorgesehenen Umfang. Damit trat die güterwirtschaftliche Dominanz der Zentralplanwirtschaft offen zutage. „Die Bearbeitung aller technischen Investitionsangelegenheiten erfolgt zentral durch die Planungsabteilung. Ohne Genehmigung der erforderlichen Mittel dürfen Aufträge, auch die der innerbetrieblichen Leistungen, nicht ausgeführt werden. Die Lenkung der zur Verfügung stehenden Investitionsmittel wird somit streng beachtet.“²⁰⁰ Angesichts der realen Bedingungen betrieblicher Investitions- und Produktionsverhältnisse, hatte die „Kostenfrage“ im Rahmen zentralplanwirtschaftlicher Preisgestaltung keine andere Rolle zu spielen, als das Maß erfolgter Planabweichung zu dokumentieren.

- Seit dem 1. Juli 1948 wurden Einrichtungen der VVB-Kontrolle sowie der Finanzkontrollen auf zentraler Basis organisiert.²⁰¹ Die auf diese Weise erreichten Vereinheitlichungen wurden aber noch nicht als Abschluß dieser Aufgabe verstanden: „Es muß Klarheit darüber bestehen, daß in dieser Hinsicht noch sehr viel Arbeit zu leisten sein wird und daß auch die Herausgabe von Anweisungen noch nicht die fehlerfreie Einführung und das einwandfreie Laufen der geplanten organisatorischen Einrichtungen bedeutet.“²⁰²
- Die Belegschaften sollten sich anhand regelmäßiger Bekanntgabe von Soll- und Ist-Leistungen selbst überprüfen. Graphische Darstellungen, z.B. Diagramme, sollten anhand von Betriebsunterlagen erstellt werden und den Belegschaften betriebliche Leistungsdefizite, d.h. Planabweichungen, vor Augen führen.
- In den Vereinigungen gab es zur Selbstkontrolle *Bilanzkontrollausschüsse*.

196 DN3-1093, PB über VEB Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf vom 30. Juni 1949.

197 DN3-1093, TB über die VEB Stahl- und Walzwerke Hennigsdorf vom 25. Juni bis 4. Juli 1949.

198 DN3-1095, PB über die Braunkohlenverwaltung Senftenberg vom 10. November 1949.

199 DN3-1093, TB über VEB Stahl- und Walzwerk Riesa vom 26. August 1949, Bl. 2.

200 Ebenda, Bl. 1f.

201 Vgl. Verordnung über die Finanzwirtschaft der VEB mit Durchführungsbestimmungen und Erläuterungen durch die Richtlinien für die EB zum 1.7.48, die Schlußbilanz zum 31.12.48, die Inventurrichtlinien und DN5-261, S. 83.

202 DN5-261, S. 83.

- Die *betriebliche Finanzkontrolle* stellte nach Auffassung der RTA ein „Alarmsystem dar, durch das der Betrieb gezwungen ist, selbst anzuzeigen, wenn seine Wirtschaft vom geplanten Ablauf in einer Richtung abweicht, die den Fortgang des Betriebes gefährdet“²⁰³. Dieses System wurde bezeichnet als „Kontrolle durch die Finanzen“²⁰⁴. Aufgrund schnell eintretender Liquiditätssengpässe im Rahmen engster Finanzpläne und katastrophaler Verhältnisse der Materialversorgung traten Planabweichungen zunächst in den VEB offen zutage. Die Betriebsleitungen hatten sie rasch zu melden und Planänderungen zu beantragen, wenn sie ihre Planaufgaben dennoch erfüllen wollten. Weil dieses „Alarmsystem“ Abweichungen vom Plan ausschließlich in den Betrieben lokalisierte, forderte es regelrecht dazu auf, die Suche nach den Ursprüngen der Störungen ebenfalls dort zu beginnen. Obwohl es an der Basis de facto am wenigsten mitzubestimmen gab, suchten die Kontrollorgane also bevorzugt hier nach Ursachen für die festgestellten Planabweichungen. Das war die unablässige Beschäftigung mit Symptomen, unter Vernachlässigung ihrer systembedingten Ursachen. Konkrete Schuldzuweisungen in Abhängigkeit von spezieller Verantwortung, konnten dabei letztlich nur willkürlicher Natur sein: „Die Verantwortlichkeit wird in Fällen von Materialmangel, Transportschwierigkeiten, Schwierigkeiten in der Beschaffung von Arbeitskräften oder von Energie o.ä. geringer sein, als wenn es sich um Ursachen handelt, deren Abstellung im Betrieb möglich gewesen wären. Jedenfalls wird Rechenschaft gefordert werden über einen Verlust, und es werden Maßnahmen eingeleitet werden, welche die Verlustursachen beseitigen.“²⁰⁵

Externe Prüfung

Neben der Sicherung des Volkseigentums sowie der Ermittlung wirtschaftsstrafrechtlich relevanter Vorgänge sollte die sogenannte äußere Revision, d.h. die Kontrolle betriebsexterner Institutionen, ihre Beobachtungen selbst analysieren und auf planwichtige Brennpunkte fokussieren. Man erwartete von ihr, der DWK recht weit gediehene Beurteilungen der wirtschaftlichen Situation in den Betrieben zu liefern. Fremdkontrolle wurde insbesondere dort für erforderlich gehalten, wo „einheitliche Grundsätze über die ganze volkseigene Wirtschaft hin zur Geltung kommen müssen, [...] wo] unparteiische Urteile unbeteiligter Stellen verlangt werden und [...] wo] eine fachliche Qualifikation erforderlich ist, die den kleineren Organisationen nicht zur Verfügung steht“²⁰⁶. Damit waren insbesondere kleinere, volkseigene Betriebe gemeint, größere Werke und Vereinigungen volkseigener Betriebe waren aber nicht ausgeschlossen. In gesetzlich geregelten Abständen - und darüber hinaus zu spontanen Besuchen - erschienen Prüfergruppen der äußeren Revision in den Betrieben. Dort sollten sie anhand einzusehender Unterlagen in Verbindung mit eigenen Beurteilungen des betrieblichen Erscheinungsbildes herausfinden, was für die Zentralplanung irgendwie von Interesse sein konnte. Und das wäre im Idealfall alles gewesen. Der „gläserne Betrieb“ entsprach dem Idealbild volkseigener Produktionsstätten. Je genauer der Zentralplanbehörde die Verhältnisse möglichst vieler Betriebe bekannt waren, desto besser, glaubte sie, ließe sich die Gesamtwirtschaft planen. Prüfer, die zunächst einzeln in die Betriebe geschickt worden waren,

203 Ebenda.

204 DN5-261, S. 112.

205 Ebenda.

206 DN5-261, S. 86.

erkannten schnell, daß sie die an sie gestellten Erwartungen nicht erfüllen konnten und man ging dazu über, Prüfergruppen in die Betriebe zu entsenden. Diese wurden von einem Prüfungsgruppenleiter angeführt. Aber auch die Gruppen mußten sich der Komplexität ihrer Aufgabe recht schnell geschlagen geben und ihrerseits wieder Spezialisten für technische oder gesellschaftliche Fragen zur Hilfe anfordern: „Die Vielgestaltigkeit der komplizierten investierten Anlagen und die Unmöglichkeit für einen Kaufmann, ihre technische Zweckbestimmung in ihrem jetzigen Investitions-Zustand eindeutig und endgültig zu beurteilen, läßt es dringend geboten erscheinen, in aller Kürze eine genaue technische Ueberprüfung des [VEB] durchzuführen.“²⁰⁷ Als Verteiler planmäßig festgelegter Finanzmittel waren die Kreditinstitute Teil des Wirtschaftsgeschehens und hatten für die Sicherheit ihrer Kredite und deren planmäßige Verwendung zu zeichnen. Darum schickten auch sie eigene Prüfer in die Betriebe. Das sogenannte System der „Kontrolle durch die Finanzen“²⁰⁸ rief sie immer wieder auf den Plan, wenn es in den Betrieben Mißverhältnisse zwischen materieller Planvorgabe und ihrer Finanzlage gab. „Im Finanzplan ist die Produktion und die Lohnsumme genau angegeben. Wenn der Betrieb mehr produziert, dann gibt der Leiter der Bank auch mehr Kredite, aber wenn der Plan nicht erfüllt wird, dann bekommt der Betrieb weniger oder gar keinen Kredit und die Bank sperrt die Mittel und zahlt nicht mehr. Sie mischt sich aber nicht in den Betrieb selbst ein, sondern macht Meldung an die zuständige Hauptverwaltung. Sie teilt mit, der Betrieb ist finanziell nicht in Ordnung, bitte untersucht das. [...] Kein anderer als die DWK ist in der Lage, diesen Beschluß des Leiters der Bank aufzuheben.“²⁰⁹ Im Zuge der sogenannten demokratischen Umgestaltung der Wirtschaft in der SBZ wurden die nunmehr „volkseigenen“ Betriebe mit neuen Aufgaben betraut. Diese sollten über die reine Produktion hinausreichen und insbesondere politisch-gesellschaftlichen Charakter haben. Auch diese Kategorien waren im Rahmen des Systems abzu prüfen. In der Folge kontrollierten im volkseigenen Sektor unübersichtlich viele gesellschaftlich-politische Institutionen, deren wichtigste die SED war. Das Bedürfnis lückenloser Kontrolle war systembedingt. Im Zentralkomitee der SED wurde auch im Angesicht des staatlichen Niedergangs noch immer darüber dabattiert. Von Seiten einer Kombinatiatsleitung hieß es am 9. November im Zentralkomitee: „Gleichzeitig ist die Zahl der vielen Kontrollorgane radikal zu reduzieren. In den letzten Jahren wurden bei auftretenden Schwierigkeiten in der Volkswirtschaft häufig nicht die dafür verantwortlichen Ursachen beseitigt, sondern Kontrollorgane zur Überwachung der Prozesse gebildet. So entstanden zum Beispiel die Planinspektion, die Energieinspektion, die staatliche Qualitätsinspektion und andere. Wir brauchen diese vielen Inspektionen überhaupt nicht.“²¹⁰ Sie kosten nur Arbeitskräfte und Geld und erschweren die angestrengte Arbeit der Werktätigen in den Kombinat und Betrieben.“²¹¹ Die Forderung nach allumfassender Kontrolle

207 DN3-1095, PB über das Hüttenwerk Döhlen, 19.-23. Dezember 1949, Schlußprotokoll, Anlage 3, S. 3.

208 Vgl. FN 16, S. 156.

209 ULBRICHT, Walter, Die Hauptaufgaben des Wirtschaftsplanes 1949, in: Der Volksbetrieb, 2. Jahrgang, März 1949, S. 66.

210 Die Zahl der zentral erfaßten Kontrollgruppen bzw. der Arbeitsgruppen mit Kontrollfunktionen wurde im Entwurf eines Ministerratsbeschlusses vom 19. Dezember 1989 mit 97 angegeben (BArch-Berlin, DC-20, I/3-2883).

211 RUDOLF Winter, Generaldirektor des Werkzeugmaschinenkombinates 'Fritz Heckert', in: HERTLE, Hans-Hermann und Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.), Das Ende der SED. Die letzten Tage des Zentralkomitees, Berlin 1997, S. 301.

stellte das gesamte Prüfungssystem mit Beginn der Zentralplanwirtschaft unter erheblichen Erwartungsdruck. Jeder Versuch der Revision, der sozialistischen Propaganda gerecht zu werden, scheiterte bereits bei der Unterscheidung von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Kein Prüfungsteam konnte diese Probleme lösen, geschweige denn, jene Informationen beschaffen, derer die Zentralplanbürokratie für ihre Arbeit bedurfte. Die Revisoren verlegten sich notgedrungen darauf, ihre Kontrolltätigkeit wunschgemäß zugleich auf allen Ebenen zu praktizieren, ohne dabei die Erwartungen der Zentralplanbürokratie zu enttäuschen.

Aktivistenbewegung, Technische Arbeitsnormen (TAN) und Sozialistischer Wettbewerb zur Steigerung der Arbeitsproduktivität

Auch nachdem der Aufbau des volkseigenen industriellen Sektors 1948/49 als weitgehend beendet bezeichnet wurde, war damit keineswegs gleichzeitig die Verbreitung der propagierten „neuen Einstellung der Arbeiter“ zu „ihrer“ Wirtschaft verbunden. Die Einsatzfreude der Menschen im Rahmen ihrer Beschäftigung durch den volkseigenen Sektor, der Krankenstand, die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und damit auch die materielle Versorgung der Bevölkerung erfüllten noch lange nicht die Erwartungen der politischen Führung. Von „Plandisziplin“ konnte keine Rede sein, denn betriebliches wie persönliches Handeln folgte in der Regel individuellen Präferenzen. Jeder Beschäftigte des volkseigenen Sektors hätte nach offizieller Lesart die Steigerung der Produktivität zu seinem persönlichen Anliegen machen müssen. Statt dessen blieb auch nach Abschaffung privater Produktionsmittel der individuelle Egoismus die entscheidende Antriebskraft der Menschen. Im folgenden ein Beispiel aus dem Steinkohlenbergbau, das seine Ergänzung in allen übrigen Branchen fand: „Die Kumpel nahmen ihre ‘Armut’ aus dem Schacht mit nach oben und fuhren über Land, um die Kohle gegen Lebensmittel zu vertauschen. ‘Armut’ heißt im Bergmannsjargon die Kohle, die jeder Bergmann illegal aus der Grube mitnimmt. [...] Jeder Bergmann hatte unter der Jacke einen geräumigen Beutel, in den schob er ein schönes großes, ordentlich zurecht gehauenes Stück Kohle. Der Beutel wurde unter die Achsel gehängt, so daß der Arm auf der Seite bucklig abstand, Jacke drüber. Gummizeug drüber. Unschuldiges Gesicht gemacht und fertig. Manche hatten ihre ‘Armut’ unter beiden Achseln, und es kam vor, daß sechs Mann dann beim Ausfahren nicht Platz im Förderkorb hatten, so breit angeschwollen waren wir.“²¹² Abgesehen von der Unterschlagung des Materials verkürzte sich auch die Arbeitszeit der Beschäftigten zu Lasten des Betriebes, denn die Vorbereitung des Diebstahls erforderte einige Mühe. *Das persönliche Wohl rangierte bei den Beschäftigten eindeutig vor ihrem Verantwortungsbedürfnis gegenüber dem „eigenen“ Betrieb.* Die geplante Wirtschaft lief aus dem Ruder, noch bevor sie ihre Arbeit richtig aufgenommen hatte. Versuche der Wirtschaftsführung, verbindliche Arbeitsnormen für die in der volkseigenen Wirtschaft Beschäftigten durchzusetzen, hatten sich in der SBZ bislang als undurchführbar erwiesen. Die blinde Überzeugung vom automatischen Funktionieren der Planwirtschaft hatte dazu geführt, daß auf bislang gemachte Erfahrungen nicht zurückgegriffen wurde. Im Rahmen des Refa-Systems²¹³ hatte man bis 1945 an typischen Arbeitsplätzen Untersuchungen darüber angestellt, wie sich bestimmte Arbeitsprozesse zerlegen, neu zusammensetzen und insgesamt vereinfachen ließen. Außerdem wa-

212 JAKOBS, Hennecke, S. 194.

213 Reichsausschuß für Arbeitsstudien

ren für sämtliche Schritte der Produktion exakte Zeitkorridore ermittelt worden. Auf diese Weise hatten die Unternehmen detailliertes Wissen darüber gesammelt, für welche Produktion wieviel Zeit zu veranschlagen war. Basierend auf diesen Erkenntnissen waren Normvorgaben entwickelt worden, welche geeignet waren, um daraus leistungsbezogene Löhne, beispielsweise den Akkord, zu errechnen. In der SBZ erfolgte die Reihenfolge genau umgekehrt: Am Anfang stand der Wirtschaftsplan. Dieser wurde herab gerechnet auf die verschiedenen Wirtschaftsverwaltungen, Vereinigungen volkseigener Betriebe, bis hin zu den einzelnen volkseigenen Betrieben. Diese erhielten eine entsprechende Produktionsauflage und errechneten daraus einen Produktionsplan. Zur Verwirklichung des wichtigsten Zieles, der Planerfüllung, entstanden aus dem Produktionsplan Arbeitsnormen für die Beschäftigten, die sich aus den vorgegebenen Zahlen fast zwangsläufig ergaben und für die Arbeiter verbindlich vorgeschrieben wurden²¹⁴: „Der Plan stellt die gesellschaftliche Pflichtleistung des Betriebes dar. Die aus dem Plan abgeleiteten Arbeitsnormen sind die Pflichtleistungen des einzelnen Arbeiters oder der Arbeitsgruppen.“²¹⁵ Offensichtlich hatte das Maß der errechneten „Pflichtleistungen des einzelnen Arbeiters“ wenig zu tun mit seiner individuellen Leistungsfähigkeit, sondern viel eher mit dem Dogma der Planerfüllung. Es wäre nicht schwer zu erkennen gewesen, daß es den tatsächlichen Möglichkeiten der Beschäftigten nicht entsprechen konnte. Nichts desto trotz wurde am Plan nicht gerüttelt. Stattdessen sah die SED im Initiieren der Aktivistenbewegung nach dem Vorbild der sowjetischen „Stachanow-Bewegung“, eine Chance, die Beschäftigten zu disziplinieren und auf vorhandene Planvorgaben einzuschwören.

Entstehung

Nichts blieb dabei dem Zufall überlassen. Pünktlich zum Jahrestag des SMAD-Befehls Nr. 234²¹⁶ und der dazugehörigen Arbeitsordnung vom 9. bzw. 13. Oktober 1947²¹⁷ wurde der 43jährige Hauer Adolf Hennecke²¹⁸ beauftragt, in der Grube Karl Liebkecht vom Steinkohlenwerk Gottes Segen in Zwickau eine Son-

214 Vgl. Richtlinien der DWK zur Lohngestaltung in den volkseigenen und SAG-Betrieben vom 29. September 1948, § 3, wonach sich die Arbeitsnormen aus den Zielen des Zweijahrplanes ableiten.

215 DN5-261, S. 116.

216 SMAD-Befehl Nr. 234 vom 9. Oktober 1947 über die Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur weiteren Verbesserung der Lage der Arbeiter und Angestellten in der Industrie und im Verkehrswesen, ZVOBl. 1/1948, S. 1.

217 Verordnung über die Einführung einer Arbeitsordnung (Arbeitsordnung für volkseigene, SAG- und andere Betriebe in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands) vom 13. Oktober 1947, ZVOBl. 1/1948, S. 6. Sie war erlassen worden von der „Deutschen Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge“ unter dem Dach der DWK. Die Verordnung war an Befehl 234 vom 9. Oktober 1947 angelehnt. „Die Arbeitsordnung hat den Zweck, eine hohe Arbeitsdisziplin der Arbeiter und Angestellten zu gewährleisten, die Arbeit richtig zu organisieren, die Arbeitszeit rationell auszunutzen, die Arbeitsleistung im Betrieb zu erhöhen und den Schutz der Arbeitskraft sicherzustellen.“ Das Schwergewicht wurde auf die „Arbeitsdisziplin“ gelegt. „Zur Erreichung einer höheren Arbeitsleistung der Arbeiter werden für systematische Erfüllung der Normen ohne Herstellen von Ausschuß ... monatlich Danksagungen ... auf einer besonderen Tafel bekanntgegeben.“ Weiter hieß es : „Die besten Arbeiter und Angestellten ... werden in erster Linie in Sanatorien und Erholungsheime eingewiesen [... Ihnen] wird in erster Linie die Möglichkeit zur Beschaffung von Kleidern, Schuhwerk und anderen Industriewaren gegeben.“ Zitiert nach BMG (Hrsg.), SBZ von 1945 bis 1954, Bonn/Berlin, 1956, S. 71f.

218 Vgl. FN 318, S. 138.

derschicht zu fahren und dabei die übliche Arbeitsnorm um mindestens 250 Prozent zu überbieten. Hennecke erinnerte sich zwanzig Jahre später: „Am 9. Oktober hatten wir [...] in der Leitung eine Sitzung, in der diese Sachen besprochen wurden. Und da wurde der Vorschlag gemacht, daß wir irgendeinen finden müßten, der ein Beispiel gibt. Wie Stachanow in der Sowjetunion. Nein, nicht irgendeinen. Es mußte schon einer sein, zu dem die Kumpel Vertrauen haben. Und sie fragten mich, ob ich das nicht machen könnte, und ich sagte ja.“²¹⁹ Es gelang ihm dank zahlreicher Vorbereitungen und logistischer Unterstützung durch verschiedene BGL-Mitglieder, d.h. unter normalerweise nicht gegebenen Idealbedingungen, 387 Prozent der vorgeschriebenen Fördermenge Kohle abzubauen. Drei Tage später erschien der erste Zeitungsartikel über Henneckes „Hochleistungsschicht“ und eröffnete ihre Instrumentalisierung im Rahmen eines groß angelegten Propagandafeldzuges. Arbeiter, Bauern und Angestellte aller Wirtschaftsbereiche wurden aufgerufen, dem Vorbild des so gepriesenen, ersten Aktivisten zu folgen. Hennecke selbst wurde von offizieller Seite zwar mit zahlreichen Auszeichnungen belohnt („Nationalpreisträger“, „Verdienter Bergmann“, 1949 wurde er Abgeordneter der Volkskammer und erhielt weitere leitende Verwendungen), hatte aber seinen Platz im Kreise der Kumpel verwirkt. Obwohl er mehr als 20 Jahre im gleichen Schacht gearbeitet hatte, stieß er bei den unmittelbaren Kollegen nur noch auf Verachtung: „Ich existierte mit einemal nicht mehr. Meine Kumpel sahen mich nicht. Ich war für sie Luft. [...] Es kamen Briefe, anonyme Briefe, mit Morddrohungen. Der Strick läge schon bereit [...]. Funktionäre vom Nachbarschacht riefen an und machten unseren Funktionären Vorwürfe, daß sie einen Normenbrecher wie mich herausstellten. Drei Tage wußte ich nicht, was ich bin. War ich nun ein schlechter Genosse oder ein guter? Dann kam ein Brief von Berlin von Pieck und Grotewohl.“²²⁰ Hennecke, „er wurde angespien und bejubelt, mit Mord bedroht und verehrt, geliebt und verachtet“²²¹, war durch das politische System der SBZ instrumentalisiert worden. Er hatte sich dem Apparat unter Aufgabe seiner persönlichen Identität als Werkzeug zur Disziplinierung der Arbeiterschaft ausgeliefert.²²²

Entdecken des aktivistischen Vorbildes

Die nunmehr mit großem Propagandaaufwand aus der Taufe gehobene Aktivistenbewegung mit Hennecke als Galionsfigur sollte der SBZ-Wirtschaft jene Kraft geben, die sie bislang nicht entfalten konnte. Die staatliche Presse propagierte die allgemeine Verpflichtung, der „Bewegung“ zu folgen, d.h., die vorgeschriebenen Normen zu erfüllen und überzuerfüllen. Die Versorgungslage der Bevölkerung war entgegen aller offiziellen Beteuerungen immer noch angespannt. Spätestens seit der Währungsreform im Westen und dem Binnenwährungsumtausch in der SBZ, beides erfolgte im Juni 1948, war mit einer schnellen Vereinigung beider Wirtschaftsgebiete nicht mehr zu rechnen und somit auch alle Hoffnung verloren, von dieser Seite eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation zu erwarten. Der Zweijahresplan 1949/50 schrieb für die Industrie eine Steigerung der Arbeitsleistung von 30 Prozent vor. Diese sollte ohne Inanspruchnahme von Leistungen des amerikanischen Marshall-Planes erreicht werden, denn Unabhängigkeit von der amerikani-

219 JAKOBS, Hennecke, S. 195.

220 Ebenda, S. 192.

221 Ebenda, S. 189.

222 Für seinen Einsatz erhielt Hennecke vom System nicht den gewünschten Dank; vgl. Kapitel Qualifikationsdefizite, S. 137.

schen Wirtschaft war eine der wichtigsten sowjet-politischen Vorgaben für die SBZ. Für diese Beschneidung gab es von Seiten der Industrie kein Verständnis. Hennecke stellte fest, daß die für die Produktion Verantwortlichen „im Grunde gar nicht wußten, wie sie die Wirtschaftspläne erfüllen wollten. Guter Wille, das war das einzige, was sie hatten.“²²³ Die bestehenden Verhältnisse boten keine Aussicht auf Verbesserung der Wirtschaftslage. „Armut“, Schwarzer Markt und Mangel bestimmten den Alltag der Menschen. Die SBZ mußte also eine Lösung dieser Probleme selbst herbeiführen. Jürgen Kuczynski, der die Vorstellungen der Parteiführung repräsentierte, lieferte dafür im August 1948 einen systemtypischen Ansatz. Er verkündete, die Steigerung um 30 Prozent werde „nicht etwa daher kommen, daß wir uns um 30 Prozent mehr bei der Arbeit abhetzen [...] Das kommt gar nicht in Frage [...] Entscheidend für die Steigerung der Arbeitsleistung um 30 Prozent ist das moralische Element.“²²⁴

Das „Moralische Element“ und die „neue Einstellung“ des „neuen Menschen“ zu seiner Arbeit

Die Aktivistenbewegung sollte bei den Beschäftigten jenes, von Kuczynski beschworene, „moralische Element“ wecken, von dem man sich die propagierte Leistungssteigerung des Einzelnen und damit der gesamten Wirtschaft versprach. Jedermann sollte begreifen, daß sich der „Charakter der Arbeit“ mit Errichtung des neuen Wirtschaftssystems verändert hatte. Hennecke selbst glaubte, daß „etwas Neues in unserer Zone von nun an als entscheidender Faktor unseres Lebens in alle Pläne einberechnet werden muß. Nämlich: unsere neue Einstellung zur Arbeit. Denn heute, da Betriebe, Maschinen und Bodenschätze uns selbst gehören, ist Arbeit nicht mehr Last und Qual. Sie ist vielmehr für uns eine Sache der Ehre und des Heldentums.“²²⁵ Wollte das den Belegschaften nicht von alleine einleuchten, erhielten sie „Nachhilfe“ von der Partei, die sich dafür insbesondere des „freiwilligen Zwanges“²²⁶ bediente: Moralischer Druck bis hin zur Kriminalisierung drohte Beschäftigten des volkseigenen Sektors, wenn sie das „Verständnis“ für den „Gesamtzusammenhang“ der volkseigenen Wirtschaft und damit für die Wichtigkeit der eigenen Arbeit vermissen ließen. Produktionserwartungen nach Menge und Qualität gab es in Form verordneter Produktionsauflagen nicht nur gegenüber Betrieben sondern auch gegenüber Abteilungen, bis hin zum einzelnen Beschäftigten. Jeder Einzelne wurde dem Zwang zur Planerfüllung - deklariert als „gesellschaftliche Pflicht“²²⁷ - unterworfen. Der „neue Mensch“ sollte anhand laufender, betriebsinterner Diskussionen des gegenwärtigen Planes erkennen, inwiefern die übrige Volkswirtschaft vom Erfolg seiner Arbeit abhängig war. Als Träger der „gesellschaftlichen Pflicht“ war er jetzt persönlich verantwortlich für die Durchführung des Plans. Die Akademie der Wissenschaften der UdSSR ließ die Deutschen wissen, wie sich die „Neue Moral“ im Denken jedes einzelnen niederzuschlagen hatte: „In der Sorge nicht nur um sich selbst und um die ‘Nächsten’ (wie zum Beispiel die alte christliche Moral lehrt), sondern um die ‘Fernstehenden’, das heißt in der Sorge um das ganze Volk, um die gesellschaftlichen Interessen besteht der sittliche Inhalt des kommunistischen Verhältnisses zur Arbeit, zum gesellschaft-

223 JAKOBS, Hennecke, S. 193.

224 Zitiert nach: ebenda, S. 194.

225 Ebenda, S. 197f.

226 HOFFMANN, Zentralverwaltungswirtschaft, S. 18.

227 DN5-261, S. 50.

lichen Eigentum, zur Arbeitsdisziplin usw.“²²⁸ Seine individuelle „Produktions-Soll-Leistung“ nicht zu erfüllen, war in der Folge nicht nur mit Prämienreduzierung, d.h. weniger Lohn, verbunden, sondern möglicherweise auch mit dem Stigma gesellschaftlichen Versagens und Pflichtvergessenheit. Selbstverständlich versuchten Personen, die ihr Soll nicht erfüllten, derartige Anschuldigungen von sich abzulenken. Darüber entwickelte sich ein Gespinnst von Ausreden und Sabotage-Vorwürfen gegen Unbekannt. In der Regel blieben diese Anzeigen unaufgeklärt, standen aber im Raum und jeder wurde verdächtig. Hin und wieder bekamen sie Nahrung in Form öffentlicher Beschuldigungen, bis hin zu Verurteilungen einzelner Personen. Das System stempelte jene Sündenböcke, die es brauchte, um sich selbst zu legitimieren. Es lieferte selbst den „Beweis“ dafür, daß die Wirtschaft allenfalls von außen verwundbar war. Jeder Einzelne war einer besonders perfiden Art der Leistungserpressung ausgeliefert: Mit propagandistischer Kraft wurde verbreitet, daß eine Verstärkung des Einsatzes menschlicher Arbeitskraft nicht erforderlich wäre, um angestrebte Leistungssteigerungen zu verwirklichen. Diese aus der Luft gegriffene Behauptung ermöglichte der politischen Leitung, die angebliche Menschenfreundlichkeit ihres Systems unwidersprochen zu betonen. Gleichzeitig gab man der Bevölkerung bekannt, wie das angestrebte Wachstum zu verwirklichen wäre: Allein aufgrund des „moralischen Elements“ sowie der „Einstellung eines jeden Beschäftigten zu seiner Arbeit“. Wo offensichtlich massive Neuinvestitionen und fortschrittenes Know-how erforderlich gewesen wären, konnte diese Rezeptur nicht zum Erfolg führen. Dennoch war es den Menschen unmöglich, sich der zwingenden „Logik“ der Propaganda zu entziehen. Angesichts der Unfehlbarkeit offizieller SED-Verlautbarungen lag der entsprechende Umkehrschluß schnell auf der Hand: Nur dort, wo es an den - politisch definierten und propagierten - Voraussetzungen zur Leistungssteigerung fehlte, würden die vorgegebenen Ergebnisse künftig ausbleiben. Fast nebenbei rückten auf diesem Wege Nichterfüllung der staatlichen Planvorgabe und politische Opposition in unmittelbare Nähe. Plötzlich lag es auf der Hand, jene Menschen, die die Leistungsnormen in der Wirtschaft nicht erfüllten, zu verdächtigen, dem System nicht die nötige Anerkennung entgegen zu bringen oder ihnen gar politische Gegnerschaft zu unterstellen; Schließlich war es die „moralische“ Komponente im Denken der Beschäftigten, die sie angeblich in die Lage versetzte, vorgeschriebene Leistungen zu erbringen. Auf der Flucht vor derartigen Beschuldigungen versuchten die Beschäftigten, ihre Norm im Rahmen der Pläne zu erfüllen. Und entgegen den scheinbar philanthropischen Ankündigungen der Partei, es werde keiner zusätzlichen körperlichen Anstrengungen der Belegschaften bedürfen, blieb den Arbeitern nichts anderes übrig, als auf eben diesem Wege auszugleichen, was weder „moralisches Element“, noch „Einstellung zur Arbeit“ bewirken konnten. Tatsächlich war die Aussage der Partei von ausgesuchtem Zynismus. Schon im Vorfeld minderte sie den Wert zusätzlicher körperlicher Arbeit herab, denn sie wurde für überflüssig, wenn nicht sogar für unerwünscht erklärt. Sie wurde nach offizieller Doktrin bestenfalls als Notlösung zur Umsetzung staatlicher Planvorgaben akzeptiert, blieb aber in Wirklichkeit das einzige realistische Mittel der Belegschaften, Einfluß auf die Produktionsmenge und -geschwindigkeit auszuüben. *Der Undank des Systems war den arbeitenden Menschen also in jedem Falle gewiß.* Leistungssteigerungen waren nur durch mehr körperlichen Einsatz zu

228 AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN DER UDSSR (Hrsg.), Grundlagen der marxistischen Philosophie, Moskau 1958, deutsche Ausgabe: Berlin 1959, hier: S. 622f.

erreichen. Dieser war aber aus politischen Gründen herabzuwürdigen, denn er widersprach dem propagierten Bild einer modernen Industrie mit schnell wachsender Produktivität. Erfüllten die Belegschaften die in sie gesetzten Erwartungen aber nicht, mußte es in konsequenter Auslegung der staatlichen Propaganda, am „moralischen Element“ sowie der „richtigen Einstellung zur Arbeit“ fehlen und sie hatten es sich darum selbst zuzuschreiben, wenn sie sich im Anschluß körperlich um so mehr verausgaben mußten. In der Folge wäre zu konstatieren: Sogar all jene Beschäftigten des volkseigenen Sektors, die im Rahmen steigender Normvorgaben durch den staatlichen Wirtschaftsplan länger oder härter arbeiten mußten, setzten sich dem Verdacht aus, zur Wirtschaft eine „falsche Einstellung“ zu haben. Darüber hinaus wurde die Dauer ihrer Arbeit nicht belohnt sondern kritisch hinterfragt. Nach offizieller Darstellung nahm die Fürsorge gegenüber den arbeitenden Menschen im volkseigenen Sektor breiten Raum ein. Auch die Realität durfte dieses Bild nicht stören. Darum wurde die tägliche Arbeit tausender Menschen bis an die Grenzen ihrer körperlichen Belastbarkeit und darüber hinaus offiziell nicht als die Norm dargestellt, obwohl gerade das tatsächlich der Fall war, sondern so getan, als handelte es sich um das freiwillige Werk einzelner Personen, die zugunsten der volkseigenen Wirtschaft und darum zum Vorbild aller übrigen, trotz anderslautender Ratschläge der Partei, hingebungsvoll die eigene Gesundheit aufs Spiel setzten oder sogar opferten. Im Sinne der Partei positiver Nebeneffekt dieser staatlichen Nötigung zur Steigerung des körperlichen Arbeitseinsatzes waren massenhafte Eintritte in die gesellschaftlichen Massenorganisationen; ein Versuch der Menschen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu zeigen, daß sie das „moralische Element“ durchaus nicht verkannten; Vorbeugung für den Fall des willkürlichen Vorwurfes einer falschen politischen Einstellung.

Entwicklung Technischer Arbeitsnormen (TAN)

Die Aktivistenbewegung hatte das Interesse der SBZ-Bevölkerung für „ihre“ Wirtschaft zu wecken und so den Gesamtausstoß zu verbessern. Weiterhin sollte sie das „moralische Element“ in den Menschen wachrufen sowie der endgültigen Installation allgemeinverbindlicher, plankompatibler Arbeitsnormen Vorschub leisten. Ausgangspunkt für die systematische Entwicklung und Durchsetzung dieser Normen konnten nur „Beweise“ ihrer praktischen Durchführbarkeit sein. Diese waren durch die Aktivistenbewegung zu erbringen. Sie mußte zeigen, daß Steigerungen des gesamtwirtschaftlichen Güterausstoßes sowie der Produktivität möglich waren, ohne gleichzeitig den Input der Betriebe zu erhöhen. Sie hatte den Beweis dafür zu erbringen, daß man in den volkseigenen Betrieben „eine wesentliche Erhöhung der Arbeitsleistung [...] auch ohne eine durchgreifende technische Neuausrüstung“²²⁹ erbringen konnte, also ausschließlich durch „die Einführung technisch-organisatorischer Rationalisierungsmaßnahmen“²³⁰. Die sogenannte Aktivistenbewegung und das ihr unterstellte Bestreben, den Output der Wirtschaft ohne gleichzeitige Steigerung der Kosten zu erhöhen, standen symptomatisch für die Mangelwirtschaft der SBZ/DDR. Diese Vorstellungen entbehrten jeglichen Bezugs zur wirtschaftlichen Realität. Sie offenbarten ein typisches Element jener improvisierten SBZ-Wirtschaftsordnung: Eine stetig anwachsende Partei- und Regierungsbüro-

229 ARLT, E., Technisch begründete Arbeitsnormen, in: Die Wirtschaft, Heft 11, Juni 1949, S. 374.

230 SCHENK, Fritz, Diktatur, S. 50.

kratie überschüttete die Wirtschaft mit systemkonformen Slogans und Vorgaben. Zu deren konkreter Durchführung hatte sie allerdings nichts weiter beizutragen als das Schlagwort von der „richtigen Organisation der Arbeit“ statt körperlicher Beanspruchung der Belegschaften.²³¹ Die Verantwortung blieb allein den Betrieben und Werken überlassen. In Umkehrung des wirtschaftlichen Prinzips forderte man von ihnen das Unmögliche: Mehr produzieren bei gleichzeitiger Verminderung des materiellen Einsatzes und Schonung der menschlichen Arbeitskraft.²³² Der Ausdruck „richtige Organisation der Arbeit“ kann als Synonym interpretiert werden für die Einführung technisch begründeter Arbeitsnormen, d.h. Leistungssteigerung zu Lasten vermehrt eingebrachter Arbeitskraft.

Die Metamorphose des Befehls der SMAD Nr. 234 zur TAN

Der Weg bis hin zu Technischen Arbeitsnormen begann in der sowjetischen Besatzungszone mit SMAD-Befehl Nr. 234 vom 9. Oktober 1947 über die Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität. Dann folgte die Verordnung über die Einführung einer Arbeitsordnung vom 13. Oktober 1947. Damit war der Versuch verbunden, die sogenannte Arbeitsproduktivität der Beschäftigten durch Belohnung herausragender Leistungen zu steigern. Die Richtlinien der DWK zur Lohngestaltung in den volkseigenen und SAG-Betrieben vom 29. September 1948²³³ behandelten das Verhältnis von Entlohnung, d.h. Leistungslohn, und Arbeitsnormen:

- In § 1 und 2 hieß es: „Die Grundlage des Leistungslohnes bilden die Arbeitsnormen, die nach den Normalleistungen in den Betrieben festzulegen sind [...] entsprechend der mittleren Leistung im Betrieb.“
- § 3 lautete: „Bei der Ermittlung der Arbeitsnormen ist von den Zielen des Zweijahrplanes, insbesondere von der notwendigen Steigerung der Arbeitsproduktivität auszugehen.“
- § 9 legte das Akkord- und Stücklohn-Prinzip fest: „Der im Leistungslohn Beschäftigte erhält bei Erfüllung der festgesetzten Arbeitsnorm als Richtsatz seinen Grundlohn und den im Tarifvertrag festgelegten prozentualen Zuschlag.“
- § 13 legte fest, daß „zur Steigerung der Arbeitsproduktivität [...] die Einführung des progressiven Leistungslohnes zu fördern“ wäre. Das bedeutete die unmittelbare Übernahme sowjetischer Entlohnungsprinzipien in der SBZ.²³⁴

Ein Vierteljahr später meldete sich die sowjetische Besatzungsmacht in Person von P. Morenow, Chef der Abt. Arbeitskraft der SMAD, zu Wort und verschärfte damit die Richtlinien der DWK zur Lohngestaltung vom 29. September 1948: „Bei der Festlegung der Normen müssen die Lohnkommissionen von den Erfahrungen der Spitzenarbeiter, von der rationellen Ausnutzung der Arbeitszeit, von der richtigen Organisation der Arbeit [...] ausgehen.“²³⁵ Diesem Hinweis der SMAD fol-

231 MORENOW, P, in: Arbeit und Sozialfürsorge, Nr. 1-2, 1949, amtliches Organ des Ministeriums für Arbeit und Gesundheitswesen.

232 Diese Vorstellungen waren in der Praxis nicht umzusetzen. Kurz- und langfristig wurde das Anwachsen der Produktion in der SBZ/DDR fast ausschließlich durch den immer stärker forcierten Einsatz des Produktionsfaktors Arbeit ermöglicht, vgl. SCHWARZER, Sozialistische Zentralplanwirtschaft, S. 81-85.

233 ZVOBl. 46/1948, S. 476.

234 Vgl. BMG (Hrsg.), SBZ von 1945 bis 1954, Bonn/Berlin, 1956, S. 97.

235 MORENOW, P, in: Arbeit und Sozialfürsorge, Nr. 1-2, 1949, amtliches Organ des Ministeriums für Arbeit und Gesundheitswesen. Morenow sah in der Aufstellung technisch begründeter Arbeitsnormen eine Voraussetzung zur Einführung von Leistungs-

gend, wurden den Leistungsnormen zunehmend Spitzenleistungen zugrunde gelegt, die nur auf Grund besonderer Vorbereitungen möglich waren. Damit wurden die Richtlinien der DWK vom 29. September hinfällig, deren §1 noch „mittlere Leistungen“ zur Grundlage der offiziellen Normbemessung bestimmt hatte.²³⁶ Mitte des Jahres 1949 wurden in den meisten Betrieben des volkseigenen Sektors noch sogenannte Erfahrungsnormen zur Grundlage von Leistungslöhnen gemacht. Der Anteil technisch begründeter Arbeitsnormen betrug „etwa 35 Prozent [, ...] der Anteil der im Leistungslohn beschäftigten nur etwa 40 Prozent“.²³⁷ Unter dem Vorwand angewachsener Technisierung der volkseigenen Betriebe und der darum gestiegenen Produktivität wurden die Erfahrungsnormen für veraltet erklärt und durch höhere, sogenannte „technisch begründete“, Arbeitsnormen (TAN) ersetzt. TAN waren der Maßstab, anhand dessen sich Leistungsvergleiche zwischen verschiedenen Einzelpersonen, Gruppen, Abteilungen oder ganzen Betrieben durchführen lassen sollten und somit die entscheidende Voraussetzung zur Organisation des sogenannten Sozialistischen Wettbewerbes. Zur schnelleren Entwicklung der Arbeitsnormen beschloß die DWK Anfang 1949 bei den Hauptverwaltungen der Industrie Abteilungen für Betriebsorganisation und Arbeitsvorbereitung einzurichten. Bei den Vereinigungen wurden in derselben Absicht Büros für Arbeitsnormen und in den volkseigenen Betrieben einzelne Personen zur Bearbeitung der entsprechenden Aufgaben installiert. Am 29. März 1949 ordnete die DWK an: „In allen Hauptverwaltungen der DWK - Industrie - sind Arbeitsausschüsse für Technische Arbeitsnormen zu schaffen, die beratende Organe für die Tätigkeit der Dienststelle für Arbeitsnormung im Bereich des betreffenden Industriezweiges sind.“²³⁸ Gleichzeitig wurde beim Sekretariat der DWK, Industrie, ein „Arbeitsausschuß für Technische Arbeitsnormen“ (TAN-Ausschuß) errichtet. Dieser sollte „das wissenschaftliche Rüstzeug für die Ermittlung von Arbeitsnormen schaffen und Arbeitsbewertungskataloge, Vorschriften zur Durchführung von Zeitstudien, Bestimmungen über die Normenermittlung usw. herausgeben, die allgemeinverbindlichen Charakter haben.“²³⁹ Damit wurde die Frage der Arbeitsnormung zentralisiert, d.h. für das Gebiet der SBZ vereinheitlicht. Die Arbeit der entsprechenden Kommissionen bei den industriellen Hauptverwaltungen, den Vereinigungen volkseigener Betriebe und in den Betrieben war forthin vom TAN-Ausschuß zu koordinieren. Zu diesem Zweck konnte er „verbindliche Richtlinien“²⁴⁰ erlassen. Die Personaldecke für die Organisation der Entwicklung von Arbeitsnormen wurde immer dünner, je weiter sie sich den Betrieben näherte. Kenntnisse zur Entwicklung realistischer Arbeitsnormen konnten aber nur am Ort der Produktion gewonnen werden. Betriebsleiter und -direktoren hatten die entsprechenden Informationen zu liefern, dafür aber die wenigsten Leute zur Verfügung. Gleichwohl begann man damit, in den Betrieben sogenannte Arbeitsvorbereitungsbüros einzurichten. Sie wurden eine „unbedingte

löhnen. Vgl. „Erhöhung der Arbeitsproduktivität und der Löhne“, in: Tägliche Rundschau vom 28. Dezember 1949.

236 BMG (Hrsg.), SBZ von 1945 bis 1954, Bonn/Berlin, 1956, S. 104f.

237 ARLT, Arbeitsnormen, S. 374.

238 Beschluß der DWK über Verbesserung der Arbeit auf dem Gebiete der Ermittlung von Arbeitsnormen und der Durchführung von Arbeitsstudien, in: ZVOBl. Nr. 30/1949, S. 243f.

239 ARLT, Arbeitsnormen, S. 374.

240 BMG (Hrsg.), SBZ von 1945 bis 1954, Bonn/Berlin, 1956, S. 108.

Notwendigkeit“²⁴¹ für die Ermittlung und Aufstellung technisch begründeter Arbeitsnormen.²⁴² Der reichhaltige Aufgabenkatalog dieser Betriebsstellen umfaßte folgendes Spektrum: „Arbeitsnormen aufzustellen, [...] Ausarbeitung von Arbeits- und Fertigungsplänen, [...] Planung, Beschaffung und Bereitstellung von Fertigungseinrichtungen, von arbeitszeitsparenden Vorrichtungen, [...] Ausarbeitung von Maßnahmen zur sparsamsten Verwendung von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen, [...] Aufstellung von Terminplänen, [...] Arbeitsverteilung u.a.m.“²⁴³ Dieser hohe Anspruch erforderte dementsprechend qualifizierte Fachkräfte. Gerade diese standen aber kaum zur Verfügung. Weil Ingenieure und Techniker nicht zu finden waren, versuchte man den „Mangel an Arbeitsvorbereitern [durch den Einsatz sonstiger] qualifizierter Fachkräfte, wie Schlosser, Dreher usw.“²⁴⁴ zu beheben. Zur Unterstützung der überlasteten Arbeitsvorbereitungsbüros wurden sogenannte Normenspezialisten hinzugezogen, die ihre Ausbildung in der Sowjetunion erhalten hatten. Diese versuchten beispielsweise, in der graphischen Industrie der SBZ sowjetische Arbeitsmethoden einzuführen: „Es ging vor allem um die Methode des ‘Zwei-Maschinen-Bedienens’. Die Russen fuhren jedoch resigniert zurück und fragten, warum man sie überhaupt hierher beordert hätte. Bei uns wurden längst drei und vier Maschinen von einem Drucker betreut, wenn das die Aufträge zuließen.“²⁴⁵ Schenk interpretierte die Einführung technisch begründeter Arbeitsnormen als Mittel zur Erpressung höherer Leistungen der Belegschaften: „Das TAN-System unterscheidet sich technisch in nichts von der REFA-Methode“²⁴⁶, urteilte er in Erinnerung an jene Phase, nachdem die Einführung der TAN zum „politischen Schwerpunkt“²⁴⁷ erklärt worden war. Die Schulungsbeauftragten der Partei hätten „wahre Purzelbäume“²⁴⁸ zu schlagen gehabt, um Unterschiede zwischen den beiden Systemen nachzuweisen. Immerhin wurde das REFA-System von offizieller Seite gebrandmarkt als Hilfsmittel der Kapitalisten zur „Erhöhung der Leistung durch Intensivierung der Arbeit“²⁴⁹. Das einzige Ziel wäre gewesen, die Arbeiter auszubeuten („Akkord ist Mord“). Das TAN-System hingegen würde im Rahmen der volkseigenen Wirtschaft den Arbeitern selbst zugute kommen. Auch Selbmann hatte große Probleme, die Unterschiede zwischen Refa und TAN herauszuarbeiten. Schließlich griff er zurück auf den Fundus unbestimmter Begriffe und Worthülsen marxistisch-leninistischer Provenienz: Den Refafachleuten fehlte nach seinem Dafürhalten der Zugang zur „inneren Einstellung des Arbeiters zu den Produktionsmitteln“, weshalb das Refasystem „die Rolle des Arbeiters und sein Verhältnis zur Arbeit nicht mehr berücksichtigt“²⁵⁰. Arbeitsnormen in der SBZ wären hingegen „in engstem Vertrauensverhältnis mit den fortschrittlichen qualifizierten Arbeitern des

241 ARLT, Arbeitsnormen, S. 374.

242 Technisch begründete Arbeitsnormen definierte Arlt folgendermaßen: „Die Normen, die bei guter Organisation des Arbeitsprozesses, bei richtiger Ausnutzung des erreichten Standes der Technik und bei guter Arbeitsdisziplin der Arbeiter erreicht werden können.“ in: Die Wirtschaft, Heft 11, Juni 1949, S. 374.

243 ARLT, Arbeitsnormen, S. 374.

244 Ebenda.

245 SCHENK, Fritz, Diktatur, S. 49.

246 Ebenda.

247 Ebenda, S. 48.

248 Ebenda, S. 49.

249 SELBMANN, Fritz, Neue Methoden statt Rationalisierung und Refa, in: Die Wirtschaft Nr. 7, April 1949, S. 213.

250 Ebenda.

Betriebes auszuarbeiten und zu ermitteln.“ Die Rhetorik des stellvertretenden Vorsitzenden der DWK suggerierte, die Einführung Technischer Arbeitsnormen, die in Wirklichkeit plandeterminierte menschliche Leistung erpressen sollte, diene einzig dem Interesse und der Selbstverwirklichung der Beschäftigten. Selbstgefällig warnte er davor, die Normenermittlung vorzunehmen, „ohne zu berücksichtigen, daß der Arbeiter ein lebendiger Mensch ist und ein eigenes Verhältnis zur Arbeit hat“. ²⁵¹ Die Auswertung der Prüfungsberichte zeigt, daß 1949 in den volkseigenen Betrieben noch keine systematische Anwendung der TAN durchgeführt wurde. Wie weit man von diesem Punkt entfernt war, wird dadurch dokumentiert, daß eine Überprüfung der TAN-Praxis keinerlei Rolle im Prüfungsablauf spielte.

„Sozialistischer Wettbewerb“ im volkseigenen Sektor - Rivalität im Namen des Volkes

Immer wieder ließen sich einzelne Personen überzeugen, im Rahmen der Aktivistenbewegung ihre Arbeitsnormen zu überschreiten, wobei ihre Gründe sehr unterschiedlich waren, z.B. Angst vor der Partei, Armut, politische Anbiederung oder Überzeugung usw. Die Bemühungen zur Normüberschreitung nahmen schließlich groteske Züge an. In der Schwefelkiesgrube „Drei Konen und Ehr“ wurden bis zu 1025 Prozent der üblichen Arbeitsnorm erreicht. ²⁵² Nun war es nach Ansicht der politischen Führung an der Zeit, daß sich die Aktivistenbewegung weiter entwickelte. Herausragende Einzelleistungen brachten außer ihrer propagandistischen Verwertbarkeit keinen eigentlichen Nutzen. Sie waren ohnehin erkaufte Behinderungen des übrigen Betriebsgeschehens, das sich den Rekordversuchen stets unterzuordnen hatte. Sie machten sich gesamtwirtschaftlich nicht bemerkbar, schürten die Konkurrenz zwischen den Kollegen und beschädigten das Betriebsklima. Jetzt mußten der Aktivistenbewegung komplette Belegschaften zugeführt werden. Es war ein Trend zu erzeugen, der nach Ansicht der SED „von hohen Einzelleistungen zu kollektiver Aktivistenarbeit“ ²⁵³ führen mußte: zum „Sozialistischen Wettbewerb“. Die sogenannte Wettbewerbsbewegung sollte die gesamte volkseigene Wirtschaft erfassen. Man hielt sie für „das entscheidende Mittel, um die Arbeitsproduktivität im Interesse der Lebenshaltung der gesamten werktätigen Bevölkerung zu erhöhen“ ²⁵⁴. In diesem Sinne konkurrierten hinfert nicht mehr Einzelpersonen um größere Einzelschichten, sondern Betriebe und Werke um wachsende Produktivität innerhalb größerer Zeitspannen: „Mitte Dezember 48 standen Gröditz, Maxhütte, Riesa und Hennigsdorf, die vier größten Stahlwerke der damaligen Ostzone, im Sozialistischen Wettbewerb von Betrieb zu Betrieb.“ ²⁵⁵ Die Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung hatte natürliche Ordnungsstrukturen zu substituieren, die sich am tatsächlichen Wesen der Wirtschaftssubjekte orientierten und in marktwirtschaftlichen Systemen automatisch ausbilden. Künstlich erzeugte Konkurrenz zwischen den einzelnen Wirtschaftssubjekten sollte den Leistungsanreiz befördern und, angetrieben von SED und FDGB, die ihrerseits Worthülsen und massive Propaganda beisteuerten, den notwendigen technischen Fortschritt herbeiführen. Defizite der Wirtschaft bezüglich Know-how, technischem Fortschritt

251 Ebenda, S. 214.

252 JAKOBS, Hennecke, S. 196.

253 Ebenda, S. 198.

254 ARLT, Arbeitsnormen, S. 374.

255 JAKOBS, Hennecke, S. 198.

und Ressourcen waren im Rahmen der künstlich geschaffenen Motivationsmodelle durch das von Kuczynski hervorgehobene „moralische Element“ auszugleichen.

Das Dilemma der Aktivistenbewegung: Wettbewerb oder Solidarität?

Die Widersprüchlichkeit der Aktivistenbewegung zeigte sich bereits in ihren Zielvorgaben.

- Einerseits war vorgesehen, alle Betriebe in den sogenannten Sozialistischen Wettbewerb zu führen. Die künstliche Konkurrenz sollte eine erhebliche Verbesserung der Leistungsdaten im volkseigenen Sektor bewirken. Zum Anreiz wurden Prämien ausgelobt, die den volkseigenen Betrieben leistungsabhängig zuzuteilen waren. Aktivistenbewegung und Wettbewerb sollten die Betriebe bis in die letzte Abteilung erfassen und das Ergebnis der Produktion umfassend verbessern, beispielsweise die Selbstkosten senken, die Qualität verbessern, die Produktivität anheben, die erforderliche Lagerhaltung verkleinern, den Abschluß von Verträgen zwischen Werkleitung und Arbeitern befördern.
- Andererseits verlangte man aber von den Betrieben, sich als gleichberechtigte Glieder der volkseigenen Wirtschaft zu begreifen. Daraus erwuchs für den einzelnen VEB die Verpflichtung, sich unabhängig vom gleichzeitig laufenden Sozialistischen Wettbewerb für die übrigen volkseigenen Betriebe verantwortlich zu fühlen. Alle waren aufgerufen, sich der Probleme anderer VEB anzunehmen und dabei zu helfen, diese zu bewältigen. Der gesamte volkseigene Sektor hatte zusammenzuhalten, als handelte es sich um ein und denselben Betrieb. Gefordert wurden Erfahrungsaustausch durch gegenseitige Betriebsbesichtigungen, Gegenseitige Unterstützung, Qualifizierung technisch oder theoretisch zurückgebliebener Betriebe.

Das Dilemma der volkseigenen Betriebe lautete: *Wettbewerb oder sozialistische Solidarität?* Trachteten sie danach, den Vorsprung zu anderen Betrieben zu vergrößern, durften sie nicht gleichzeitig versuchen, bei anderen Wettbewerbsteilnehmern für theoretischen und technischen Gleichstand zu sorgen. Entschloß man sich dennoch, einem anderen volkseigenen Betrieb Unterstützung zu geben, fehlten die dafür notwendigen Kräfte beim Versuch, im Rahmen des Sozialistischen Wettbewerbs die eigene Position zu verbessern. Dieser Spagat war geeignet, Menschen und Betriebe in der SBZ bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit zu fordern. Gleichwohl bewirkte er kein Äquivalent in Form steigenden Wohlstandes oder wachsender Produktivität.

Das Dilemma des Einzelnen: Niedrige Normen oder höherer Lohn?

Ohne konkrete Vorstellungen davon zu haben, propagierte die Wirtschaftsführung „Wettbewerbe in einer Form [...], wie sie eben nur im volkseigenen Betrieb möglich sind.“²⁵⁶ Den Wettbewerbsinitiatoren fiel es nicht leicht, jene Zwiespältigkeiten zu verbrämen, die dem Gedanken der „Wettbewerbsbewegung“ immanent waren. Kritische Stimmen versuchte man durch gezieltes Betreiben einer „Bewußtseinsänderung der Arbeiter“ zum Schweigen zu bringen. Die Wettbewerbsbewegung sollte laut offizieller Propaganda den Produktionsfleiß der Arbeiter durch die Konkurrenz um Prämien beflügeln. Es mußte also vermittelt werden, daß jeder einzelne Beschäftigte - und damit alle gemeinsam - zum Wohle der Gesell-

schaft - und damit jedes einzelnen - arbeitete. Erfolge des „Konkurrenten“ im gegenseitigen Wettbewerb wären demnach vom Verlierer freudig zu begrüßen. Immerhin käme auch ihm ein Teil der wirtschaftlichen Leistung des Gewinners zugute. Die „Bewußtseinsänderung der Arbeiterschaft“ zu bewirken, hieße in diesem Zusammenhang, das erlernte, anerzogene, vielleicht angeborene Verhalten und Bewußtsein einer Gesellschaft von vielen Millionen Menschen - im Idealfall ausnahmslos - zu korrigieren. Altruismus des Individuums zugunsten der Gesellschaft: Auch in der SBZ/DDR eine Utopie ohne nachvollziehbare Handlungsanweisungen, die nur mit Hilfe von Gewalt oder apokalyptischen Androhungen zu betreiben war: „Der volkseigene Betrieb muß der Boden für Wettbewerbe werden, in welchen sich jeder werktätige Mensch das Ziel setzt, die Mengennorm zu überbieten und die Kostennorm zu unterschreiten. In Millionen diesbezüglicher Achtsamkeiten liegt der Schlüssel zum wirtschaftlichen Erfolg, in Millionen Unachtsamkeiten die Ursache wirtschaftlicher Not.“²⁵⁷ In den Betrieben war ein Klima zu schaffen, das Wettbewerb und Konkurrenz zwischen den Beschäftigten nicht nur zuließ, sondern förderte. Gleichzeitig sollten die klassenbewußten Rivalen untereinander Neid und Mißgunst ablegen und der „fleißige Arbeiter seine ganze Kraft im Betriebe entfalten [können], ohne daß er dabei für sich und seine Arbeitskameraden Nachteile zu befürchten hat“.²⁵⁸ Ein Betriebsklima ohne Neid zwischen den Kollegen konnte niemals erzeugt werden und Normanhebungen wurden von der Arbeitsbevölkerung grundsätzlich als Nachteil empfunden. Daran konnten auch Verlautbarungen der Partei nichts ändern, die Normanhebungen mit Produktivitätszuwächsen rechtfertigte und Steigerungen des Wohlstandes in Aussicht stellte. „Normbrecher“ traf der Bannstahl der Belegschaften. Jeder einzelne Beschäftigte mußte sich entscheiden, gegenwärtige Arbeitsnormen entweder zu respektieren, d.h., auf zusätzlichen Lohn zu verzichten, oder durch höheren Arbeitsaufwand ein persönliches Arbeitsergebnis jenseits der Norm anzustreben. Dieses würde zwar kurzfristig einen höheren Lohn bringen, aber langfristig einer Anhebung der allgemein verbindlichen Arbeitsnormen Vorschub leisten. Herausragende Einzelleistungen „verdienter Aktivisten“ oder entsprechende Ergebnisse einzelner Betriebe dienten als Grundlage zur offiziellen Anhebung allgemeiner Produktionsnormen und eigneten sich dazu, den durchschnittlichen Beschäftigten politisch und wirtschaftlich unter Druck zu setzen, sobald er jene, durch die „Aktivistenbewegung“ neu definierten Normmarken nicht mehr erfüllte. Die Anliegen des einzelnen Betriebes oder des menschlichen Individuums traten immer weiter in den Hintergrund zugunsten der oktroyierten und nur durch Mehrarbeit zu erreichenden, kollektiven Leistungssteigerung. Im Interesse der Arbeiterschaft lag, die Normen niedrig zu halten, um den allgemeinen Leistungsdruck zu beschränken. Dazu hätte es allerdings des einvernehmlichen Handelns aller Beschäftigten bedurft. „Wenn sich die Übererfüllung in Grenzen hält, bleibt die Norm bestehen, daran kann dann auch die Partei nichts ändern.“²⁵⁹ Die Praxis zeigte aber, daß sich unter der Belegschaft immer jemand fand, der dazu gebracht werden konnte, diese stillschweigende Abmachung zu verletzen. Personen wie Hennecke beugten sich dem Druck der Partei, wurden willfähige Helfer und gaben immer wieder das von ihnen erwartete Beispiel. So erhielt das System der Vereinnahmung seine Nahrung. Hier lag auch der Grund für jene Verachtung, die die

257 DN5-261, S. 51.

258 DN5-261, S. 54.

259 SCHENK, Fritz, Diktatur, S. 50.

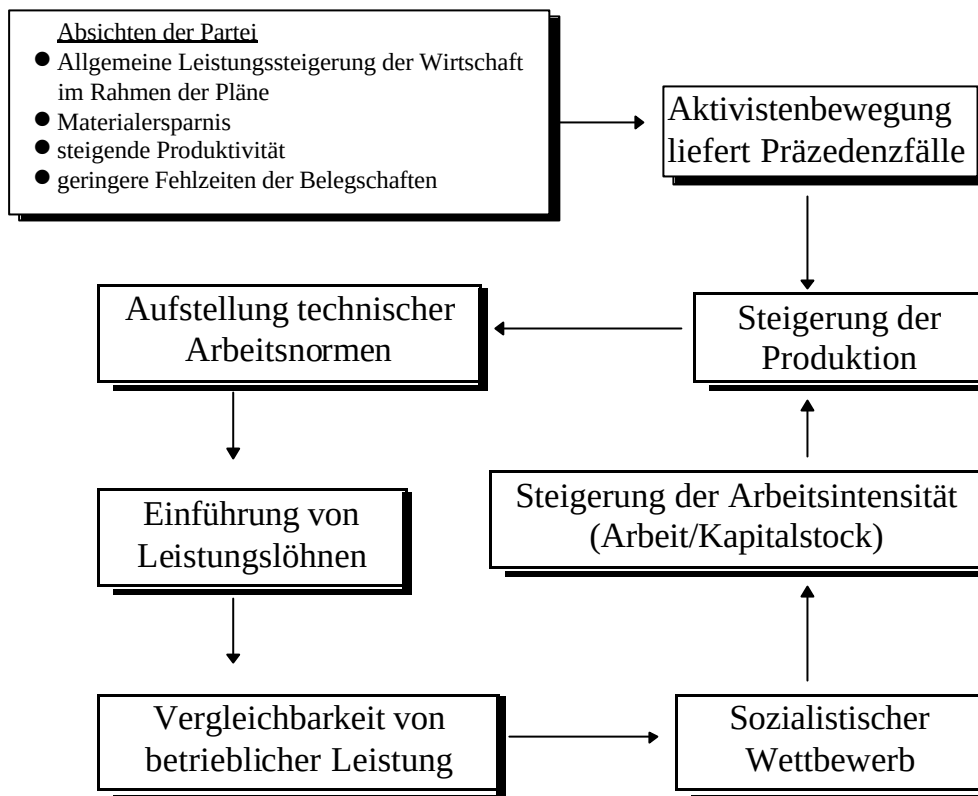
Kumpel Hennecke als Reaktion auf seine Sonderschicht entgegenbrachten. Die Interessen der Gesamtbelegschaft und die des einzelnen Arbeiters standen sich direkt entgegen. Hinzu kam, daß sich verschiedene Aktivistengruppen, eifersüchtig belauerten.²⁶⁰ Schenk sah in der Einführung des Leistungslohnes nur einen einzigen Zweck, nämlich „die Arbeiter gegeneinander auszuspielen“. Der Leistungslohn stimulierte nach seiner Meinung „die niedrigsten Instinkte der Menschen, [...] Neid, Habgier und Raffsucht“²⁶¹. Dementsprechend räumte er auch der Arbeiterschaft selbst eine gewisse Schuld an gelegentlichen Normanhebungen ein: „Sobald in einer Brigade, die nach der einheitlichen Norm arbeitet, ein Mitglied aus der Front ausbricht und (aus welchen Gründen auch immer) seine Norm wesentlich übererfüllt, zieht meistens nach kurzer Zeit ein anderer nach. Er möchte genauso viel Geld verdienen. Dann dauert es nicht mehr lange, bis die restlichen Mitarbeiter folgen und die Betriebsabrechnung den Antrag stellt, die Norm zu überprüfen, weil die Brigade weit über dem Durchschnittslohn liegt.“²⁶² Jede weitere Normüberschreitung versetzte die sozialistische Führung in die Lage, den Druck auf die Arbeiterschaft des volkseigenen Sektors weiter zu verstärken. Nach und nach wandte der Staat diese Methode der Leistungserpressung auch auf seine Angestellten an, bis die Aktivisten- und Neuererbewegung sogar in den Forschungseinrichtungen der Universitäten installiert wurde.

260 Jörg Roesler bescheinigt den Jungbrigaden in der SBZ/DDR höhere „Effektivität“ (gemeint ist wirtschaftliche Effizienz) als den Brigaden „älterer Werktätiger“. Es kann wohl kaum von größerer Effizienz der Jungbrigadisten gesprochen werden, sondern von vermehrtem Krafteinsatz aufgrund jugendlicher Physis. Wegen ihrer größeren Leistung wurden sie (bei Arbeits- und Materialvergabe) teilweise bevorzugt, was unter den Belegschaften für Unstimmigkeiten sorgte. Vgl. ROESLER, Jörg, Jugendbrigaden im Fabrikalltag der DDR 1948-1989, in: APuZ, Nr. 28 1999, S. 21-31.

261 SCHENK, Fritz, Diktatur, S. 50.

262 Ebenda, S. 50f.

Abbildung 13: Steigerung der Arbeitsproduktivität im volkseigenen, industriellen Sektor der SBZ/DDR



„Alles in allem kommt es [...] darauf an, das Tempo zu beschleunigen und konsequent den Weg einzuschlagen, den sowohl der Bundesvorstand des FDGB als auch die DWK aufzeigen. Es muß möglich sein, diese Arbeiten noch in diesem Jahre abzuschließen, weil davon abhängt, in welchem Maße der Plan 1949 erfüllt und übererfüllt und wie im nächsten Jahr der Volkswirtschaftsplan in seiner Zielsetzung erhöht werden kann.“²⁶³

Sowjetische „Hilfe“

Unter großem propagandistischen Aufwand wurden die Stahlwerke Riesa und Hennigsdorf aus der Sowjetunion mit Fertigungsstraßen beliefert. In beiden Fällen versteckte sich hinter der als großherzige Spende ausgegebenen Lieferung ein Kuckucksei, das die SBZ-Wirtschaft auszubrüten hatte. Es handelte sich jeweils um hoffnungslos veraltete, in desolatem Zustand befindliche Anlagen, die in der Sowjetunion nicht mehr repariert werden konnten. Die Rekonstruktion der „Feineisenstrasse (Russenstrasse)“ entwickelte sich in Hennigsdorf mit veranschlagten 2,7 Mio. Mark zum teuersten Invest-Objekt. Die Summe entsprach mehr als $\frac{1}{4}$ der gesamten Invest-Summe des VEB. Gleichzeitig konnten die Prüfer nicht umhin, der Anlage nur noch „Schrottwert“ zu bescheinigen, nachdem „infolge der langen Transportwege und Umladungen ca. 50 Prozent aller Einzelteile ersetzt bzw. überholt werden [mußten].“ Die Anlage stammte ursprünglich aus Köln-Kalk, Kalker Maschinenfabrik, kam 1949 aber aus Rußland. Ihr Alter fand im Bericht keine Erwähnung. Trotz hohen Finanzaufwandes war die Feineisenstraße aus der So-

263 ARLT, Arbeitsnormen, S. 374.

wjetunion im Juli 1949 erst zu geschätzten 25 Prozent wieder hergestellt.²⁶⁴ Stark beschädigte und gleichzeitig total veraltete Technik wurde auf Geheiß der Besatzungsmacht in der SBZ wieder repariert und nutzbar gemacht. Dabei rechtfertigte der Aufwand keinesfalls das Ergebnis.

Das gleiche Phänomen vollzog sich auch im Stahlwerk Riesa. Hier arbeitete man am Aufbau eines Rohrwalzwerkes, das unter großer Propagandabegleitung aus der Sowjetunion geliefert worden war. Das „Neue Deutschland“ frohlockte unter der Überschrift „Unsere Eisenbahner jubeln“: „Bald werden auch die ersten Siederohre für unsere Lokomotiven das Werk verlassen. Hunderte fleißige Hände sind am Werk, um das uns von der Sowjetunion zur Verfügung gestellte Walzwerk für nahtlos gezogene Rohre zu montieren und baldmöglichst zum Laufen zu bringen.“²⁶⁵ Nach Aufwendungen in Höhe von rund 1,2 Mill. DM wurde die Anlage im Sommer 1949 angefahren. Zum Zeitpunkt ihrer Inbetriebnahme war die Investition bereits veraltet. Die Prüfer protokollierten: „Rohrwalzwerk und Ziehbanken entsprechen nicht mehr dem Stand der heutigen Technik.“²⁶⁶ Der Prüfungsbericht attestierte dem Stahlwerk zu niedrige Produktivität und wies auf die Notwendigkeit erheblicher Modernisierungen hin, wenn eine Rentabilität erreicht werden sollte. Der äußerst sparsame Einsatz von West-Gütern, die Verwendung von aufgearbeitetem Altmateriale, Improvisation bezüglich der Fertigung und in diesem Falle insbesondere die Lieferung und Verwendung veralteter Anlagen aus der Sowjetunion, ließen keine Produkte zu, die sich am Niveau der Weltwirtschaft hätten messen können.

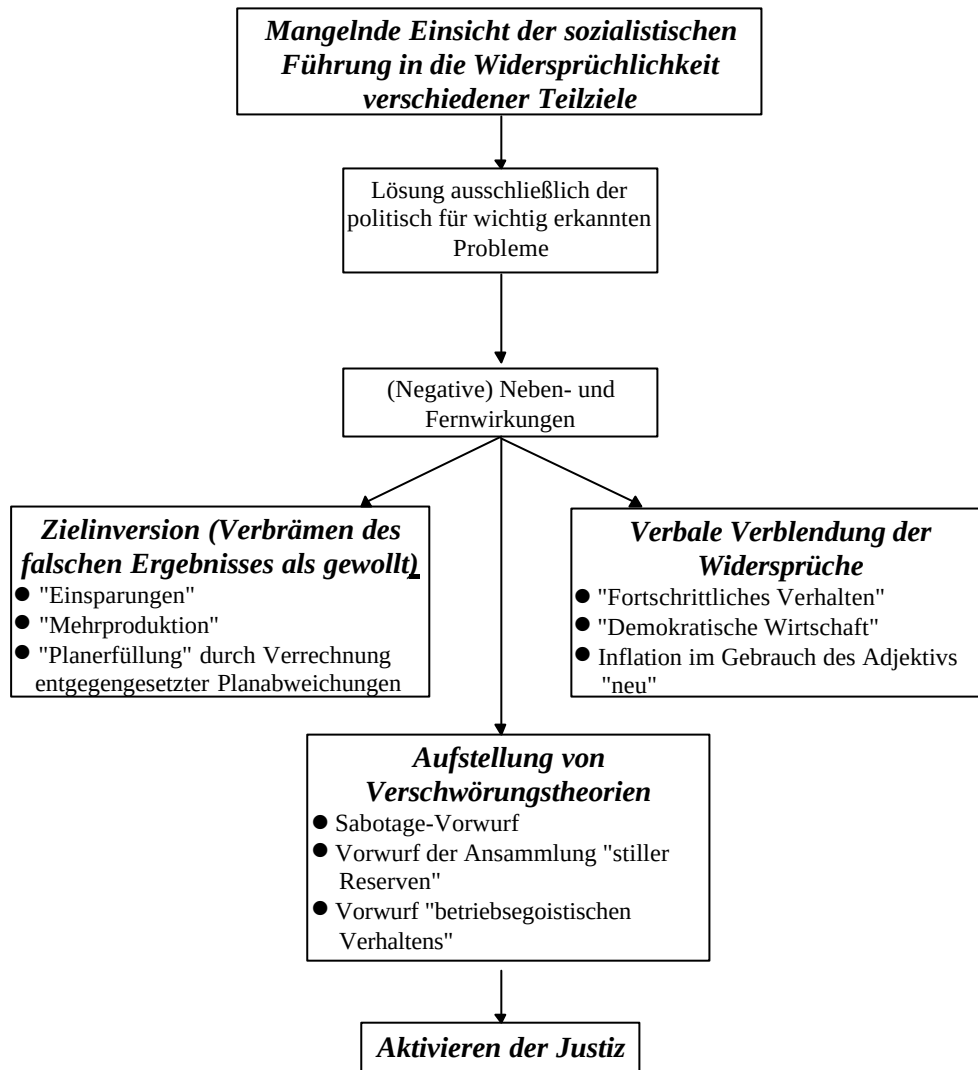
Justiz

Dem System „volkseigene Wirtschaft“ fehlte der selektierende Mechanismus marktwirtschaftlicher Ökonomien, wo unrentable Betriebe aus dem Markt ausscheiden müssen. In der SBZ/DDR galt das Postulat von der „Unverletzlichkeit des Volkseigentums“, was dazu führte, daß Leistung als Kriterium für die Existenzsicherung (jedenfalls systemimmanent) keine Rolle spielte. Dieses Element zentraler Verwaltungswirtschaft war der Hintergrund dessen, daß die kommunistische Diktatur in der östlichen Besatzungszone häufig unwidersprochen mit einem philanthropischen Etikett versehen werden konnte. In Wirklichkeit aktivierte sie ersatzweise eine andere Form des Leistungsanreizes, der zwar nicht für VVB und VEB, wohl aber für das Individuum sehr rasch existentielle Züge annehmen konnte: das sozialistische Rechtssystem. Es bestrafte sogenanntes Wirtschaftsunrecht und wurde aktiv, wenn Teile des volkseigenen Sektors nicht die gewünschten Ergebnisse lieferten.

264 DN3-1093, PB vom 1. Juli 1949 und TB vom 12. Juli 1949 über VEB Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf, insb. Bl. 10.

265 „Neues Deutschland“ vom 13. März 1949.

266 DN3-1093, Brief des VEB Stahl- und Walzwerk Riesa an die DWK vom 19. Mai 1949.

Abbildung 14: Die Folgen mangelnder Einsicht in Zielkontradiktionen²⁶⁷

Die Methode der Zielinversion und die Verwendung von Sprache in Verbindung mit der marxistischen Dialektik als Mittel des „Klassenkampfes“ wurde im Verlauf dieser Studie bereits angesprochen. Nicht weniger entscheidend waren die Mittel staatlicher Repression und Willkür, als deren ausführendes Organ der Rechtsapparat intensiv zum Einsatz kam: „Das Wirtschaftsstrafrecht steht heute im Mittelpunkt der Arbeit der Justiz.“²⁶⁸ Der Abteilungsleiter in der Deutschen Justizverwaltung konstatierte, daß „alle Verstöße gegen die Wirtschaftsordnung als der Grundlage unserer gesamten gesellschaftlichen und politischen Entwicklung wirkliches kriminelles Unrecht“²⁶⁹ wären und rief zu radikaler Verfolgung jeglichen Wirtschaftsunrechts auf: „Gewiß wird es, wie auf anderen Rechtsgebieten auch, neben den schweren Fällen [des] Wirtschaftsunrechts auch leichte Verstöße gegen die Wirtschaftsordnung geben. Sie bleiben aber echtes kriminelles Wirtschaftsunrecht, und es geht nicht an, sie als bloße Ordnungswidrigkeiten zu bezeichnen, über die ein ethisches Unwerturteil eigentlich gar nicht gesprochen werden dürfte. [...] Wer

267 Vgl. hierzu: DÖRNER, Dietrich, die Logik des Mißlingens, Strategisches Denken in komplexen Situationen, Hamburg 1992, S. 97-106 (Abbildung nach Graphik, S. 105).

268 WEIß, Wolfgang, Wesen und Bedeutung des Wirtschaftsstrafrechts, in: Neue Justiz, Nr. 3 1949, S. 53.

269 Ebenda, S. 57.

sich [der] Entwicklung entgegenstellt, wer die Wirtschaftsplanung sabotiert, wer auch nur nachlässig die Vorschriften außer acht läßt, die der Regulierung des geordneten Wirtschaftsablaufs dienen, vergeht sich an den Rechtsgütern der Allgemeinheit [...]. Er begeht in jedem Fall ein kriminelles Delikt.“²⁷⁰ Zahlreiche Richter und Staatsanwälte sahen sich außerstande, diese Vorstellungen im Auftrage der kommunistischen Staatsführung vor Gericht umzusetzen. Das hatte zur Folge, daß im Rahmen der Wirtschaftsstrafverordnung umfassende Befugnisse von der Justiz auf die Wirtschaftsverwaltung übertragen wurden. Sogenannte Wirtschaftsstraftatbestände wurden nun nach „ökonomischen“, d.h. politischen Präferenzen entschieden. Gleichzeitig entwickelte sich die sozialistische „Legislative“ zum Mittel der Durchsetzung des kommunistischen Gesellschaftsmodells und der Zentralplanwirtschaft in der SBZ/DDR. Die Justiz wurde zum Garant von Enteignung und Planautorität. Verborgen hinter der Fassade scheinlegaler Gerichtsverfahren wurden Personen aus dem Wirtschaftsleben entfernt, von denen die Partei behauptete, sie hätten den Anweisungen der Regierung zuwider gehandelt; abgeurteilt nach Gesetzen wie z.B. der Wirtschaftsstrafverordnung. Es wurde ein „Wirtschaftsstrafrecht“ geschaffen, das nicht mehr zu kontrollieren war und mit dem sich jede willkürliche richterliche Entscheidung decken ließ.“²⁷¹ Derlei Verfahren dienten der Einschüchterung großer Personenkreise, die sich unter dem so entstandenen Druck jeder Forderung der Partei unterwarfen. Das Prinzip „volkseigene Wirtschaft“ in der SBZ/DDR war einzig das Konstrukt der politischen Ideologie des Marxismus-Leninismus-Stalinismus. Es fand keinen Widerpart in der Realität und wurde weder den materiellen Erfordernissen der Zeit noch den Einzelinteressen der betroffenen Menschen gerecht. Der Gesellschaft unter Zwang übergestülpt, war es nur unter Androhung und Ausübung von Gewalt durchzusetzen. Gleichzeitig begann die größte Verschwendung wirtschaftlicher Ressourcen aller Zeiten auf dem Boden der SBZ/DDR, die nur durch bewußte Zerstörungen im Rahmen kriegerischer Ereignisse übertroffen wurde.

Was den westlichen Besatzungsmächten von kommunistischer Seite vorgeworfen wurde, nämlich die in Potsdam beschlossene Entnazifizierung der deutschen Gesellschaft bewußt zu verzögern, bzw. zu unterlaufen, war in der sowjetischen Besatzungszone gängige Praxis. Zwar war die Führungsspitze der SED für ehemalige Angehörige der NSDAP und ihrer Organisationen unerreichbar. Gleichwohl wußten die Kommunisten in der ersten Reihe, wie prächtig Leistungs- und Charakterprofile führender NS-Beamter dafür geeignet waren, grobe Aufgaben für die „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ zu erledigen. Es gab keinen Bereich gesellschaftlicher Verwaltung in der SBZ, in dem die Partei darauf verzichtete, diese Beobachtung im Rahmen des sozialistischen Aufbaus praktisch umzusetzen. Auch in der Justiz der SBZ/DDR bekleideten ehemalige Funktionsträger des Nationalsozialismus hohe Stellungen, um dort auszuführen, was nunmehr die SED von ihnen verlangte. Als Beispiel sei der Name Ernst Melsheimer (1897-1960) ge-

270 Ebenda.

271 BMG (Hrsg.), Enteignungen, S. 27. Zur Anwendung der Wirtschaftsstrafverordnung siehe M. Gander und L. Wulff. Sie präsentierten eine erschreckende Systematik der Willkür, incl. zahlreicher Schaubilder zur Erklärung der im Gesetz festgelegten Straftatbestände. GANDER, M. und WULFF, L., Erläuterungen und Gerichtsentscheidungen, Gesetz zum Schutze des Volkseigentums und anderen gesellschaftlichen Eigentums, Gesetz zum Schutze des innerdeutschen Handels, Wirtschaftsstrafverordnung, Berlin 1954, S. 65-141.

nannt. 1924 Landgerichtsrat in Berlin und anschließend Oberjustizrat im preußischen Ministerium war er 1928 bis 1932 Mitglied der SPD. Bis 1945 versah er Dienst an verschiedenen deutschen Gerichten, wurde 1933 Landgerichtsdirektor, war Rechtsberater der NS-Volkswohlfahrt, Mitglied des NS-Rechtswahrerbundes und seit 1940 Kammergerichtsrat in Berlin. Gleich nach Kriegsende wurde er Mitglied der KPD, dann Staatsanwalt in Berlin und Leiter der Abteilung Gesetzgebung der Deutschen Zentralverwaltung für Justiz, 1946-1949 avancierte er zum Vizepräsidenten derselben Einrichtung und erlangte am 7. Dezember 1949 das Amt des Generalstaatsanwalts der DDR, das er bis zu seinem Tode bekleidete.²⁷² Er repräsentierte jenen Beamtentypus, der verantwortlich dafür war, unter den Bedingungen totalitärer Herrschaft dem Meinungsmonopol der Partei in der Gesellschaft Gehör zu verschaffen. Politisch indifferent, ein willfähriger Büttel der jeweiligen politischen Obrigkeit, ohne den geringsten erkennbaren Respekt vor der menschlichen Kreatur und von skrupelloser Gewaltbereitschaft war er der Richtige, den Druck der Partei - und damit die Angst - unter die Menschen zu tragen. In dieser Funktion half Melsheimer der SED bei der physischen Vernichtung von Menschen, welche die Partei zu politischen Gegnern erklärt hatte. Melsheimer klagte sie an und sorgte dafür, daß sie Strafen erhielten, die im Vorfeld der Gerichtsverfahren durch die SED bereits festgelegt worden waren. Unter seiner Regie erfolgten zahlreiche politische Prozesse, z.B. in Waldheim, wo im Rahmen der Auflösung sowjetischer Internierungslager im Mai und Juni 1950 innerhalb weniger Wochen über 3000 Menschen zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt wurden.²⁷³ Er sorgte dafür, daß die Justiz erledigte, was von der SED angeordnet wurde. Angehörige der Justiz, die sich weigerten, den Willen der Partei auszuführen, wurden ggf. durch Melsheimer persönlich unschädlich gemacht. Zur Einschüchterung der Richter und Austreibung ihrer Skrupel wurde am 1. September 1951 in Anwesenheit von 75 Richtern aus der gesamten DDR sowie 89 Staatsanwälten, der frühere 1. Staatsanwalt beim Generalstaatsanwalt in Sachsen, Formann, der, so der Vorwurf, „als Saboteur eine Reihe von Wirtschaftsstrafsachen nicht durchgeführt“ und damit Richtlinien der Partei nicht befolgt“²⁷⁴ hatte, zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. „Die Genn.[ossin] als Anklagevertreterin war zu formal, sodass der Gen. Melsheimer nach der Mittagspause selbst in die Verhandlung eingriff.“²⁷⁵ Melsheimer persönlich sorgte dafür, daß die politische Schärfe der Anklage nicht verloren ging. Neben zahllosen weiteren Prozessen unter seiner Regie seien auch die gegen Leo Herwegen, Leonhard Moog, Wolfgang Harich oder Walter Janka erwähnt. Dieser, vormalig Leiter des Aufbau-Verlages, berichtete später in seiner Autobiographie vom Alltag des Strafvollzugs im Zuchthaus Bautzen. „Wach- oder Alpträume“ verfolgten ihn und er hörte „das Keifen von Melsheimer“²⁷⁶.

272 HERBST, So funktionierte die DDR, Bd. III Lexikon der Funktionäre, S. 225. Barth, Wer war wer, S. 494.

273 Zur Rolle Melsheimers im Ablauf der sogenannten „Waldheim-Prozesse“ vgl. WENDEL, Eberhard, Ulbricht als Richter und Henker - Stalinistische Justiz im Parteiauftrag, Zeugnisse deutscher Geschichte, Berlin 1996.

274 WENDEL, Ulbricht als Richter und Henker, S. 129f.

275 Protokoll vom 3. September 1951 der Genossin beim Zentralkomitee, Fuchs, über den Prozeß gegen Formann. Originalabdruck in: Wendel, Ulbricht, S. 131.

276 JANKA, Walter, Spuren eines Lebens, Berlin 1991, S. 431.

Die Vita des Kurt Schumann (1908-1989) ist ein weiterer Beweis dafür, daß die Justiz der SBZ/DDR vormaligen NS-Funktionsträgern beste Aufstiegschancen bot. Schumann hatte der NSDAP als Kriegsgewichtsrat gedient, bis er bei Stalingrad in sowjeti-

4.5.2 Betriebliche Maßnahmen im Zwiespalt zwischen staatlicher Leistungsanforderung und ökonomischer Erstarrung

Strategie der Verhandlung

Der unmittelbare Interessengegensatz zwischen volkseigenen Betrieben und den, sie verwaltenden, sogenannten wirtschaftsleitenden Organisationen der staatlichen Zentralplanbürokratie führte dazu, daß die Betriebsleitungen große Anstrengungen vollzogen, um ihre, innerhalb oder außerhalb der Planvorgabe auftretenden, Probleme und Forderungen vorgesetzten Stellen zu Gehör zu bringen. Die Absicht der Betriebe war dabei, kommende Planvorgaben so weich wie möglich zu klopfen.²⁷⁷

Die schwerwiegendste Waffe, die sie in diesen „Verhandlungen“ einzusetzen hatten, bestand darin, den vorgesetzten Stellen glaubwürdig zu versichern, die Planvorgabe ohne gewisse staatliche Erleichterungen²⁷⁸ nicht umsetzen zu können. Die Analyse der Prüfungsberichte ergab, daß derlei Anliegen von Seiten der Bürokratie keineswegs einheitlich nachgegeben wurde. Im Gegenteil: Während die meisten Betriebe willkürliche Kürzungen ihrer Budgets hinnehmen mußten, wurden politisch für wichtig befundene VEB, insbesondere der Schwerindustrie, auch über den Plan hinaus erheblich protegiert. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß zwischen den beiden Antagonisten „Politische Leitung der Wirtschaft“ und VEB zwar ein „Diskussions- und Aushandlungsprozeß“²⁷⁹ stattfand, wie Kornai beschönigend darstellte, dieser Prozeß in Wirklichkeit aber recht einseitig war, denn die Verhandlungsmacht der Betriebe korrelierte mit ihrer politischen Bedeutung. Die Janusköpfigkeit aller zwischendrin positionierten, „wirtschaftsleitenden Organisationen“ (nach unten restriktiv, nach oben fordernd) war geeignet, die Verhandlungen zwar erheblich zu komplizieren, sie änderte aber nichts am Faktum des unmißverständlichen Führungsanspruchs der Partei und ihrer Führungsclique.

Aufbesserung des Anlagevermögens

Anlagekapital, das dem nunmehr staatlichen, industriellen Sektor früher zur Verfügung gestanden hatte, war aufgrund von Kriegszerstörungen und anhaltender Demontagen zu großen Teilen verloren gegangen. Der Mangel an lieferbaren Investitionsgütern zwang die volkseigenen Betriebe dazu, Arbeitsgeräte aus altem Material zu rekonstruieren oder aus Schrott selbst herzustellen und in den Produktionsprozeß zu integrieren, obwohl diese Produkte eine Technik repräsentierten, die seit

sche Kriegsgefangenschaft geriet. Nichtsdestotrotz wurde er 1949 Vorsitzender der Großen Strafkammer am Landgericht Erfurt, von Dezember 1949 bis April 1960 Präsident des Obersten Gerichts der DDR und anschließend, nachdem man ihn zum Professor gemacht hatte, zuständig für juristische Ausbildung und die Formulierung des Zivilgesetzbuches der DDR von 1975. (Herbst, So funktionierte die DDR, Bd. III Lexikon der Funktionäre, S. 310. Barth, Wer war wer, S. 673.) Walter Ziegler (1912-1977) fungierte 1949 bereits als Präsident des Landgerichts Halle (Saale) und wurde später Richter, Oberrichter und Vizepräsident des Obersten Gerichtes der DDR, obwohl er bis 1945 unter dem Zeichen des Hakenkreuzes Dienst als Oberleutnant einer Pioniereinheit versah. (Barth, Wer war wer, S. 824.)

277 Gutmann und Buck bezeichnen dieses ständige Ritual als „Bilanzgefeilsche, welches im Verborgenen der Amtsstuben von Partei- und Wirtschaftsfunktionären ausgetragen wurde.“, aus: BUCK, GUTMANN, Die Zentralplanwirtschaft der DDR, S. 34.

278 Vgl. FN 93, S. 192.

279 KORNAI, János, Warenmangel als ein fundamentales Problem der sozialistischen Planwirtschaft, S. 8.

Jahrzehnten veraltet war. Der SPIEGEL von 1949 bezeichnete diese Form wirtschaftlichen Überlebenskampfes als „technischen Kannibalismus“²⁸⁰. Das Anlagevermögen des volkseigenen Sektors zeigte sich dementsprechend in desolatem Zustand und wurde in den Prüfungsberichten der Revisoren ständig thematisiert. Selbst bei Ausnutzung sämtlicher vorhandenen Geräte wäre ihrer Meinung nach an die Erfüllung der Produktionsauflagen häufig nicht zu denken gewesen. Ebenso unmöglich war die Einhaltung der Kostenpläne: Die Rekonstruktion von Maschinen aus Schrott und Eigenentwicklungen bewirkten aufgrund des dafür erforderlichen Arbeitsaufwandes, daß diese Anlagen rechnerische Werte erreichten, die viel zu hoch waren, um in die Bücher übernommen werden zu können. Dasselbe Problem trat auf, wenn zu entscheiden war, ob veraltete und unbrauchbare Anlagegüter durch Neuanschaffungen zu ersetzen oder einer Generalüberholung zu unterziehen waren. Die allgegenwärtige Mangelsituation führte dazu, daß in den meisten Fällen nicht neu investiert werden konnte. Gleichwohl gestalteten sich auch Generalüberholungen sehr aufwendig. Ihre Intensität nahm Ausmaße an, die buchhalterisch nicht mehr zu rechtfertigen waren: „[Es] kann der Fall eintreten, dass die Kosten für eine Generalüberholung plus gegenwärtigen Buchwert den [angenommenen] Anschaffungswert übersteigen.“²⁸¹ „Zuviel“ gezahlte Löhne ließen sich im engen Rahmen betrieblicher Finanzpläne kaum rechtfertigen. Gleichzeitig war die Zuverlässigkeit der improvisierten Anlagen aufgrund ihrer „primitiven Eigenbauweise“²⁸² sehr eingeschränkt. „Mit Rücksicht auf den noch zu erwartenden Dampfverbrauch für Heiz- und Antriebszwecke“²⁸³ wurde vom VEB Stahl- und Walzwerke Hennigsdorf ein zusätzlicher Dampfkessel beschafft. Für 35.000,- DM baute man ein 45 Jahre altes Gerät (Baujahr 1904) in Großenzietha ab (Demontagekosten 5.500,- DM) und vor Ort wieder auf (Montagekosten 17.828,85 DM). Die Gesamtsumme belief sich somit auf 55.328,85 DM für einen längst veralteten Kessel. Dieser sollte mit Flußwasser gespeist werden, das ungereinigt und nicht enthärtet dem Havelkanal entnommen und in den Rohrwasserring zu drücken war. Die Prüfer bemerkten dazu: „Die vollkommene Verschlammung des Kessels, der Rohrleitungen und Absperrorgane kann nur noch eine Frage der Zeit sein.“²⁸⁴

Beschaffung in Eigeninitiative

Weil sich die Betriebe nicht darauf verlassen konnten, über den Plan hinreichend mit Material versorgt zu werden, blieb ihnen meistens nichts anderes übrig, als zu versuchen, sich selbst zu helfen. Wie groß der Prozentsatz dessen war, was am Plan vorbei und in Eigeninitiative beschafft wurde, dokumentieren die Ausführungen des Hüttenwerkes Döhlen, das 1949 nach zahlreichen Demontagen wieder aufgebaut werden sollte. Der Bericht enthält Ausführungen, wonach „bisher rund 1.200 t

280 O.N., Wie der Stahl gehärtet wird. Technischer Kannibalismus, in: Der SPIEGEL, Nr. 47/1949, S. 8-10. Im Gegensatz dazu interpretierte der SPIEGEL Selbmans Optimismus als zweckgebunden. „Im Falkenflug [seiner] Ideen entwirft er mit der geschulten Beredsamkeit des alten KP-Kaderfunktionärs bei seinen staatsamtlichen Besuchen in den Volksbetrieben eine Fata Morgana des Zweijahresplanes.“

281 DN3-1095, PB über VEB Energiebezirk West, Halle/Saale, Hauptdirektion, vom 6. bis 11. Juli 1949.

282 DN3-1095, PB über die Braunkohlenverwaltung Merseburg vom 6. bis 24. September 1949, TB vom 25. Oktober 1949.

283 DN3-1093, TB über die VEB Stahl- und Walzwerke Hennigsdorf vom 25. Juni bis 4. Juli 1949.

284 Ebenda.

Stahlkonstruktion verbaut wurden, von denen aber nur 58 t [das entspricht einem Anteil von 4,83 Prozent, T.M.] dem Betrieb offiziell zugewiesen wurden. Die restlichen rund 1.100 t hat sich das Hüttenwerk selbst beschafft und zwar vor allem durch Aufkauf aus Schrottbeständen und Aufarbeitung von Material, das aus Bergungsvorhaben gewonnen wurde“²⁸⁵.

Die betriebliche Strategie der taktischen Passivität

Das Verhältnis zwischen Zentralplanbehörde und volkseigenen Betrieben war geprägt durch unterschiedliche Interessenlagen, die sich direkt widersprachen.

Die Planbehörde versuchte, den Betrieben das Mögliche abzuverlangen, kannte aber deren tatsächliche Leistungsfähigkeit nicht. Diese Information wäre der wichtigste Baustein zur Ermittlung staatlicher Produktionsauflagen gewesen. Ausgangspunkt neuer Pläne blieb aber mangels besserer Informationen meistens die bekannte Betriebsleistung der vergangenen Produktionsperiode.

Die volkseigenen Betriebe stellten fest, daß die gewissenhafte Erfüllung staatlicher Planaufgaben keine Vorteile brachte. Im Gegenteil: Gaben sie sich mit der staatlichen Vorgabe zufrieden, so waren sie während der Planperiode mit hohen Produktionsauflagen konfrontiert, die sich am zuletzt erbrachten Output plus gesetzlich vorgeschriebener Steigerungsrate orientierten. Diese Normvorgabe mußte erfüllt werden, wenn der Betrieb nicht gegen das Gesetz verstoßen wollte. Das daraus resultierende, vorrangige Ziel der Planerfüllung speiste das Interesse der Betriebe daran, daß ihre Planaufgaben so niedrig wie möglich waren. Kleine Produktionskapazitäten würden zu kleinen Produktionsauflagen führen. Diese wären leicht zu erfüllen. Je niedriger die Forderung an die Betriebe, desto einfacher konnten sie sich auch im Rahmen kommender Planperioden bewähren. In Anbetracht dieser Überlegungen vermieden die VEB korrekte Angaben über tatsächliche Kapazitäten. In der Hoffnung auf weiche Investitions- und Produktionsauflagen versuchten sie, ihre tatsächlichen Fähigkeiten zu verbergen.

Die Strategie lautete:

- Untertreibung der Produktionskapazitäten im Betrieb, d.h. Untertreibung bei der Beschreibung des Zustandes betrieblicher Anlagen.
- Untertreibung der betrieblichen Vorräte an Rohstoffen und Resten.
- Untertreibung bei Angabe der fachlichen Qualifikation der Beschäftigten (Die VEB mußten befürchten, daß ihnen qualifizierte Kräfte auf dem Wege der Arbeitslenkung weggenommen würden).
- Klage über mangelnden Anschluß des VEB an die übrige Wirtschaft. Eigene Defizite wurden durch Verschulden fremder Einrichtungen begründet: Materialmangel, Zulieferbetriebe, Bedarfsträger, Banken, usw.

Jeder Betrieb versuchte durch systematische Untertreibung seiner Verhältnisse den individuellen Nutzen zu maximieren, d.h., der Planbürokratie Argumente zu liefern, die sie dazu veranlaßte, individuelle Produktionsauflagen niedrig anzusetzen, bzw. für die Notwendigkeit einer besseren materiellen Versorgung der VEB sprachen. Daß sich dieses Handlungsmuster gesamtwirtschaftlich kontraproduktiv auswirken mußte, liegt auf der Hand. Die Vorsicht gebot den VEB, im Produktionsprozeß ihre, gegenüber der Planbürokratie gemachten, Äußerungen ins Kalkül zu ziehen,

285 DN3-1095, PB über den VEB Hüttenwerk Döhlen vom 19. bis 23. Dezember 1949, Anlage 3, Bl. 2.

um nicht durch selbst bezweifelte Produktionsleistungen an Glaubwürdigkeit einzubüßen. Auch die sogenannte Sozialistische Wettbewerb verhinderte nicht, daß Leistungssteigerungen in volkseigenen Betrieben - vor allem aus Angst vor Normenanhebungen - mit großer Vorsicht und allenfalls wohldosiert vorgenommen wurden. So trugen die Betriebe des volkseigenen Sektors systembedingt dazu bei, das Wachstum der zentral geplanten Wirtschaft und seine Geschwindigkeit in engen Grenzen zu halten. Diese Interessenkonstellation zwischen Zentralplanbehörde und den volkseigenen Betrieben bewirkte einen gewaltigen Komplex der Verschwendung. Ungeachtet der Situation allgemeinen Mangels wurden Ressourcen unterdrückt, Leistungsbereitschaft gedrosselt und der Output künstlich verknappt. *Das Problem einer solchen betrieblichen Strategie taktischer Passivität ist systemtypisch für die Zentralplanwirtschaft.*²⁸⁶ Typisch war auch die Reaktion der sozialistischen Führung in der SBZ/DDR, die sich des Problems wohl bewußt war, aber keine Vorstellung davon hatte, wie sie es lösen sollte. Entsprechend der eigenen Orientierungslosigkeit wurden sowjetische Veröffentlichungen zum Thema ins Deutsche zu übersetzt, denen ebenfalls kein brauchbarer Lösungsvorschlag zu entnehmen war. Die „Sowjetwissenschaft“ konstatierte die „Tendenz einer zu niedrigen Planung der Industrieproduktion“ und drohte: „Niedrige Plankennziffern hemmen die Bewegung des Landes zum Kommunismus.“²⁸⁷ Damit war die weitere Vorgehensweise der Zentralplanbehörden gegenüber dem volkseigenen Sektor bereits programmiert: Das Handlungskalkül der Untertreibung volkseigener Betriebe vorauszusetzen und die betrieblichen Angaben nach eigenem Ermessen zu relativieren; wichtiger Ausgangspunkt für Planungenauigkeiten in erheblicher Höhe. Wie hoch diese Differenzen wirklich waren, wird niemals wirklich zu ermitteln sein.

Vorsichtige Mißachtung staatlicher Vorgaben

Die Dominanz der Zentralbehörden erstreckte sich bis hin zu Fragen der alltäglichen, praktischen Produktions- und Geschäftsabwicklung volkseigener Betriebe. Die Betriebsleitungen erhielten Anweisungen, die für sie nicht nachvollziehbar waren, weil sie - aus betrieblicher Sicht - allem widersprachen, was dem eigenen Vorwärtskommen genutzt hätte. Derlei Auflagen der Zentralplanbürokratie wurden vor Ort als sinnlos, kontraproduktiv oder sogar als unmöglich durchzuführen angesehen. Die Leitungen der volkseigenen Betriebe sahen sich unvermittelt vor die Wahl gestellt, entgegen der betrieblichen Interessenlage Kadavergehorsam zu üben oder eigenen Einsichten zu folgen. Das Ergebnis waren häufig Kompromisse im Sinne kleinerer Eigenmächtigkeiten der Betriebe, d.h., Verfehlungen im Vergleich zur exakten Einhaltung der zentralen Anweisungen. Der Grad betrieblicher Selbstständigkeit variierte, konnte aber sogar bis hin zur kompletten Verweigerung einzelner staatlicher Vorgaben reichen: Der VEB Degufrah Deutsche Gummiwaren Fabrik, in Berlin-Weissensee beklagte sich bei den DIB-Revisoren über die von der Investitionsbank erlassenen Ausführungsbestimmungen. Diese „[lassen keine]

286 Diese These steht unmittelbar gegen die Aussage von János Kornai, der aus gerechnet den angenommenen „Expansionsdrang“ volkseigener Betriebe für deren unersättliche Nachfrage nach Investitionsgütern und damit für den allgemeinen Mangel in sozialistischen Zentralplanwirtschaften verantwortlich macht. Vgl. KORNAI, János, *Economics of Shortage*, Amsterdam 1980.

287 KURNAJEV, A., Rezension des Buches „Die Planung der Industrieproduktion“ von Josef Joffe in: Wirtschaftsinstitut der Akademie der Wissenschaften der UdSSR (Hrsg.), *Fragen an die Wirtschaft*, Nr. 5 1949, S. 98ff., Deutsche Übersetzung in: 4. Beiheft zur Sowjetwissenschaft, Berlin wahrscheinlich 1949, S. 117.

Vorauszahlungen [zu] für Maschinenlieferungen, die von den Lieferanten verlangt werden [...]. Ebenso wird die 80-prozentige Erstattung der Baukosten^[288] als eine kaum tragbare Härte empfunden, da die Unternehmer infolge der derzeitigen Geldknappheit selbst mit geringfügigen Geldbeträgen nicht in Vorlage treten können.“²⁸⁹ Der VEB erkannte, daß die von ihm beschäftigten Fremdfirmen durch diese Praxis in den Ruins getrieben wurden. Hierdurch wurde zugleich die fristgerechte Durchführung der eingeplanten Investitionsvorhaben gefährdet. Sobald die volkseigenen Betriebe aufgrund dieser - nach ihrer Ansicht unsinnigen - Durchführungsbestimmung um die Einhaltung der Planaufgaben fürchten mußten, kamen sie in Versuchung, zugunsten des wirtschaftlichen Vorwärtstommens auf die Einhaltung der Gesetze zu verzichten. Beispielsweise der VEB Stahl- und Hartgusswerk Leipzig, Abteilung Bösdorf/Elster, setzte sich über die Anordnungen hinweg und bezahlte seine Baurechnungen z.T. in voller Höhe oder zu 90 Prozent des Endbetrages.²⁹⁰ Die Folge war eine Ermahnung der Werksleitung zur strikten Einhaltung der Anordnung, was im Vergleich zum Abbruch der Baumaßnahmen aus betrieblicher Sicht wahrscheinlich als das kleinere Übel angesehen wurde. Die Werksleitungen der volkseigenen Betriebe trafen häufig pragmatische Entscheidungen, die mit den Anordnungen der Zentralplanbürokratie nicht konform gingen; sogar dann, wenn sie ausdrücklich verboten waren. Die Gewißheit, eine sachlich korrekte Maßnahme zugunsten des VEB umzusetzen, gab ihnen moralischen Rückhalt und relativierte die Anordnungen aus dem Hause der DWK: „Die Fertigstellung dieses Bauvorhabens ist von HV-Kohle; Herrn Rehder mit Schreiben vom 12.10.49 an BVS untersagt worden. Entgegen diesen Verbotes ist die Überdachung dennoch durchgeführt worden mit der Begründung, dass das Material hierfür nun einmal vorhanden sei.“²⁹¹ Eine Anordnung der DWK verbot in dieser Angelegenheit „aus Sparsamkeits- und Mangelgründen“, das Dach eines Gebäudes mit Biberschwänzen in Doppeldeckung (180,- DM/1000 Stck.) zu belegen, was in der Braunkohlenverwaltung Senftenberg kein Gehör fand. Man verarbeitete jedes Material, dessen man habhaft wurde. In Senftenberg hatten die Prüfer die seltene Gelegenheit, zu hohe Bauqualität anzuzeigen. Die Braunkohlenverwaltung hatte neben der Dachdeckung mit Biberschwänzen für äußeres Mauerwerk erstklassige (blauviolette) Hartbrandklinker (128,5 DM/1000 Stck.) verarbeitet, während die Prüfer eine billigere Bauweise als „ebenso zweckmäßig aber billiger“²⁹² bevorzugt hätten.

VEB vs. VEB - „Wettbewerb“ um Material

Der Jahrplan 1949, abgeleitet aus dem Zweijahrplan sowie die Investitions- und Produktionsaufträge für die volkseigenen Betriebe waren als Gesetz verabschiedet

288 Durch die Zweite Durchführungsbestimmung vom 31. Mai 1949, ZVOBl. I Nr. 50/1949, S. 439, Art. 2 Abs. 2, zur Anordnung über die Durchführung und Finanzierung des Investitionsplanes (vom 30. März 1949) waren Abschlagszahlungen vorgeschrieben, wonach im Regelfall nur bis zu 80 Prozent der monatlichen Rechnungen bauausführender Firmen bezahlt werden durften. Die restlichen 20 Prozent mußten zunächst durch die DIB bestätigt werden.

289 DN3-1339, PB über VEB Degufrah, Deutsche Gummiwaren Fabrik, in Berlin-Weissensee vom 16. Juni 1949, Bl. 3.

290 DN3-1094, PB über den VEB Stahl- und Hartgusswerk Leipzig, Abteilung Bösdorf/Elster, Abschlußprotokoll vom 22. Oktober 1949, Anlage 3, Bl. 2.

291 DN3-1095, TB über die Braunkohlenverwaltung Senftenberg vom 22. November bis 1. Dezember 1949, Bl. 10.

292 Ebenda, Bl. 8.

worden und hatten somit bindende Gültigkeit erlangt. Angesichts dieser Voraussetzungen hätten die Betriebe davon ausgehen müssen, es handelte sich dabei - eigener guter Wille vorausgesetzt - um verlässliche Perspektiven. Die Praxis zeigte jedoch, daß jeder betriebliche Plan sowie alle Anträge, mündliche Zusagen oder schriftliche Genehmigungen unsicher waren. Kein, aus Sicht der Betriebe, auch noch so berechtigtes Anliegen fand zuverlässig Gehör, geschweige denn Berücksichtigung bei den verantwortlichen Stellen. Die Unsicherheit der an die Pläne gebundenen Vorleistungen gefährdete ihrerseits die betriebliche Planerfüllung. Eine Trendwende erhoffte sich die Wirtschaftsführung vom sogenannten Sozialistischen Wettbewerb. Er sollte, offiziellen Verlautbarungen zufolge, im Mittelpunkt des betrieblichen Ehrgeizes stehen und den volkseigenen Sektor dazu bringen, seine Pläne zu erfüllen und überzuerfüllen. Die systembedingt zementierte Mangelwirtschaft bewirkte jedoch einen anderen Wettbewerb, der sich hinter den Kulissen abspielte und die VEB wahrscheinlich intensiver beschäftigte, als sein offizielles Pendant: Der *Wettlauf der Investträger um staatliche Materialzuteilung*. Gewaltige Fluten täglicher Post trafen bei den unterschiedlichen Verwaltungen der Zentralplanbürokratie ein. So versuchten unzählige VEB, ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Schließlich entsandten sie Delegationen direkt zur betreffenden HV der DWK, nachdem alle anderen Möglichkeiten erfolglos geblieben waren, die Situation des eigenen Betriebes auf dem Dienstweg der Planhierarchie zu verbessern. Konzilianz der Zentralplanbehörde konnten die volkseigenen Betriebe kaum erwarten. Selbst wenn sie alle erforderlichen Unterlagen, nebst guten Argumenten vorzubringen hatten, blieb ein gewichtiger Unsicherheitsfaktor, den sie bestenfalls ahnten: Es gab nicht ausreichend Ressourcen, um alle Wünsche der VEB zufriedenstellen zu können. Was die HV einem Betrieb gab, mußte sie einem anderen nehmen oder verweigern. In freien Wirtschaftssystemen entscheidet der Markt darüber, wie viele Güter vom insgesamt zur Verfügung stehenden Angebot welcher Interessent erhält. Das entscheidende Kriterium dabei ist der Preis. Die Grenzproduktivitätstheorie²⁹³ erklärt das Verhalten der Produzenten dabei folgendermaßen: Sie fragen „so viele Faktoreinheiten nach, bis der in Geld bewertete Ertrag aus der letzten Einheit, das Grenzwertprodukt, gleich dem Preis für diese Einheit (z.B. für Lohn oder andere Produktionsfaktoren) ist.“²⁹⁴ Die volkswirtschaftliche Theorie der vollständigen Konkurrenz liefert den Nachweis, daß „das Streben der Unternehmungen nach Gewinnmaximierung bei Verhaltensweise der Mengenanpassung zu einem auch gesamtwirtschaftlich effizienten Zustand der Produktion^[295] [...] führt“²⁹⁶. Innerhalb dieses Modells wird gezeigt, daß die marktwirtschaftliche Regelung der Faktorallokation über den Markt zu pareto-optimalen²⁹⁷ Ergebnissen führen kann. In der

293 SCHUMANN, Jochen, Grundzüge der mikroökonomischen Theorie, Berlin u.a. 1987, S. 142.

294 RECKTENWALD, Wörterbuch der Wirtschaft, S. 240.

295 Unter effizienter Produktion wird in diesem Zusammenhang jeder Punkt auf der Produktionsmöglichkeitenkurve (Transaktionskurve) verstanden. Nicht effizient wären Produktionen, die nur einen Output unterhalb der Produktionsmöglichkeitenkurve ermöglichen. Mit gegebenen Faktormengen wäre nicht der größtmögliche Erfolg erzielt worden (die Produktion wenigstens eines Gutes hätte ausgedehnt werden können, ohne die Produktion der übrigen zu reduzieren).

296 SCHUMANN, Grundzüge, S. 237.

297 „Eine Wirtschaft ist in einem pareto-optimalen Zustand, wenn der Nutzen keiner Wirtschaftseinheit erhöht werden kann, ohne daß sich der mindestens einer anderen vermindert.“ Aus: Schumann, Grundzüge, S. 218.

SBZ/DDR sollte der Plan diesen Marktmechanismus ersetzen - und war damit hoffnungslos überfordert. Zur Enttäuschung der volkseigenen Betriebe offenbarten sich tagtäglich neue Mängel der planmäßigen Faktorzuteilung. Regelmäßig mußte die Bürokratie ihre Vorgaben korrigieren. Belastet durch die Unbilden der Zentralplanung kamen die volkseigenen Betriebe zu der Gewißheit, daß die DWK trotz ausufernden Meldesystems nicht ausreichend über die Verhältnisse vor Ort informiert war. Sie sahen es infolgedessen als ihre Aufgabe an, den eigenen Standpunkt möglichst glaubwürdig nach oben zu vertreten. So traten die VEB tatsächlich und unausgesprochen gegeneinander in Wettbewerb um die Zuteilung von Produktionsfaktoren. Dabei maßen sie sich in Disziplinen, die mit effizienter Faktorallokation nach wirtschaftlichen Kriterien wenig zu tun hatten:

- Kontaktaufnahme zu möglichst hochgestellten Institutionen der Zentralplanhierarchie.
- Verfassen und begründen von Planänderungsanträgen.
- Verfassen regelmäßiger Beschwerdebriefe.
- politische Diskussionen im Rahmen von Parteiveranstaltungen.
- Übertreiben der eigenen Schwierigkeiten.
- Untertreiben der eigenen Leistungsfähigkeit.

Vorratshaltung

Inwieweit volkseigene Betriebe tatsächlich unerlaubte, materielle Vorratshaltung zur Befriedigung ihres Sicherheitsbedürfnisses praktizierten, lassen die Prüfungsberichte nicht erkennen. Die ausgewerteten Berichte über Beständeuntersuchungen der RTA im volkseigenen Sektor dokumentierten keinen Fall systematischer, illegaler Warenhortung. Im deutlichen Widerspruch dazu stand die unablässig-polternde Suche der Wirtschaftsführung nach sogenannten stillen Reserven der Betriebe, d.h. bewirtschafteten Waren- und Rohstoffen, von denen geglaubt wurde, daß sie illegal in den Betrieben zur Verfügung gehalten wurden. Diese Behauptungen dienten auch der Begründung wirtschaftlicher Probleme und zwangen die VEB in die Rolle des Sündenbocks. Tatsächlich halfen sich die VEB häufig, indem sie in den Trümmern demontierter Anlagen auf eigenem Grund und Boden nach Schrott suchten, um ihn behelfsmäßigen Verwendungen zuzuführen. Dabei lagen die Bergungskosten des Schrottes in der Regel höher als der Schrottwert. Aus diesem Grunde konnte die Zentralplanbürokratie auf dieses Material keinen ernsthaften Anspruch erheben. Wurden aber größere Mengen vor Ort vermutet, konnte es geschehen, daß Fremdfirmen beauftragt wurden, das Material zu bergen und abzutransportieren. In den „Mechanischen Werkstätten Freital“ sprach man dabei von „Schrottaktionen“²⁹⁸.

4.5.3 Die Sozialistische Zentralplanwirtschaft - ein System gegenseitiger Blockade ohne Leistungsanreize, technischen Fortschritt und wachsende Produktivität

„Der ununterbrochene technische Fortschritt ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft. [...] Die kommunistische Gesellschaft kann nicht ohne ein hohes, das des Kapitalismus übersteigendes Ni-

veau der Arbeitsproduktivität aufgebaut werden.“²⁹⁹ Entgegen dieser Einsicht gelang es dem zentral verwalteten Wirtschaftssystem der SBZ/DDR nicht, Leistungsanreize für die Wirtschaftssubjekte auszubilden, die sich zum Nutzen der Ökonomie hätten auswirken können. Dem System zentraler Verwaltungswirtschaft fehlte vom ersten Tage an der technische Fortschritt. Dieses Problem war maßgeblich dafür verantwortlich, daß die Forderungen der Partei nach Anhebung der Produktivität nicht erfüllt werden konnten. Die Aufstellung langfristiger Wirtschaftspläne erlaubte keine realistische Berücksichtigung des Elements „technischer Fortschritt“. Weder seine Entwicklung noch seine Entwicklungs- und Installationskosten waren für die Zentralplanbehörde vorhersehbar. Technische Verbesserungen, die während der Bauzeit ersonnen wurden und sogleich umgesetzt werden sollten, führten ggf. zu Überschreitungen der ursprünglichen Plankosten und wurden dementsprechend als Störfaktor empfunden.³⁰⁰ Das System der Zentralplanwirtschaft hatte für außerplanmäßigen Fortschritt keinen Platz. Offensichtlich erwartete die sozialistische Führung, daß sich technischer Fortschritt - und damit auch die Steigerung der Produktivität - aus dem Potential der „befreiten“ Arbeiterklasse automatisch ergeben würden. Dementsprechend ging man davon aus, daß eine Modernisierung der SBZ-Wirtschaft quasi zum Nulltarif zu haben wäre. Aufgabe des Staates wäre allenfalls, die Kreativität der Arbeiter zu fördern, bzw. in die richtigen Bahnen zu lenken. Adäquate Mittel hierfür wären z.B. die Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung. *Der zentralplanbürokratische Versuch, eine Leistungssteigerung der volkseigenen Wirtschaft herbeizuführen*, litt an zwei grundsätzlichen Problemen:

- Er orientierte sich an utopischen Modellen, denen jegliche praktische Erfahrung fehlte. Als Beispiel sei die angestrebte Integration der (noch unbekannten aber auf jeden Fall herauszuarbeitenden) Vorschaurechnung (= Planung) in Teile der bislang bekannten Rückschaurechnung genannt; das Ganze auf der Basis staatlich erzwungener Preise in einer marktlosen Wirtschaft.³⁰¹ Die Leistungsfähigkeit der aufzubauenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung fand dabei allenfalls untergeordnete und theoretische Erwähnung.
- Das andere Problem bestand darin, daß zentralplanwirtschaftlich präferierte Ansätze vielfach die Interessenlage der volkseigenen Betriebe verletzten: Betriebliche Rechnungsführung war unter Bedingungen, die nicht einmal Kostenvorschläge zuließen nicht nur unmöglich, sondern wurde obendrein von den VEB als Mittel der Selbstdenunziation empfunden und dementsprechend vernachlässigt. Die Aktivisten- und Wettbewerbsbewegungen brachten Betriebe und Einzelpersonen in Konflikt. Vielfach bewirkten das Gegenteil ihrer ursprünglichen Absicht: die Zurückhaltung potentiell vorhandener Kapazitäten. „Sowjetische Hilfe“ entpuppte sich oftmals als zusätzliche Behinderung und zertrümmerte an den ohnehin knappen materiellen Möglichkeiten der VEB.

Das betriebliche Interesse galt der Erfüllung ihrer Planaufgaben. Hierzu konnten die VEB zum Zeitpunkt vor der Planaufstellung mehr beitragen, als später in den Werkshallen. Ihre Bestrebungen galten zum größten Teil nicht der Leistungsverbesserung.

299 JOFFE, Die Planung, S. 7f.

300 DN3-1095, PB über VEB Bagger-, Förderbrücken- und Gerätebau Lauchhammer vom 29. November bis 2. Dezember 1949, Anlage 6, Bl. 2.

301 DN5-1132, „Kursus über betriebliches Rechnungswesen“, Anlage zum FND Nr. 4 vom 10. Juni 1949, S. 52.

serung, sondern dem überzeugenden Beweis niedriger Leistungsfähigkeit und damit dem Ziel, kleine Planauflagen zu erhalten.

- Die betriebliche Strategie taktischer Passivität bedeutete den Abschied von einer leistungsbezogenen Orientierung. Geschickten Verhandlungen mit vorgesetzten Wirtschaftsstellen, hohen Materialzuteilungen und Investauflagen sowie niedrigen Produktionsauflagen galten die vornehmlichen Interessen der Betriebsleitungen im Vorfeld der Planaufstellung. Die eigentliche Investitions- und Produktionstätigkeit trat dagegen zunächst in den Hintergrund. Anschließend wurde die Aufmerksamkeit der Werkleitungen durch erforderliche Plankorrekturen oder Ausnahme genehmigungen gebunden. Schließlich mußten sie dafür sorgen, daß das nachprüfbare Betriebsergebnis den oktroyierten Planauflagen entsprach.
- Versuche der VEB, die betriebliche Leistungsfähigkeit zu verbessern, zogen in der Regel materielle Erfordernisse nach sich. Diese waren entweder planmäßig zu erfüllen oder der VEB hatte sich selbst darum zu bemühen. Hier aber warteten schon die Grenzen sozialistischer Legalität. Es gab allenfalls bescheidene Ansätze, gesetzliche Bestimmungen zugunsten des eigenen Betriebes zu verletzen. In der Regel blieben die VEB ihrer einmal eingeschlagenen Linie des Verhandlungsweges treu. Sie verlegten sich darauf, ebenso wie ihre vorgesetzten Dienststellen, eigene Planverfehlungen durch Fremdverschulden zu begründen.

Übersicht 6: Handlungskalkül von Zentralverwaltung und volkseigenen Betrieben im System der SBZ/DDR Zentralplanwirtschaft 1949

	Zentralplanbürokratie	VEB
Längerfristige Ziele	Durchsetzen der sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung Sicherung der eigenen Machtposition	Persönliche Interessen der Belegschaften: Arbeit und Wohlstand Anerkennung der erbrachten Leistung
Mittel und Wege	Verstaatlichung Zentralplanung Machtmonopol der Partei Lohn- und Preisstop Instrumentalisierung der Banken und Verwaltung Informationsbeschaffung Lückenloses Melde- und Kontrollwesen im volkseigenen Sektor	Eigeninitiative Improvisation "Arrangement" mit "Störfaktor" Wirtschaftsbürokratie Kompensation / Schattenwirtschaft / Zweitwährung Dollar oder Westmark Diskussionsfreudigkeit - Verhandlungsstrategie Strategie der taktischen Passivität Desinformation
Kürzerfristige Ziele	Planerfüllung Steigerung der Produktivität Sparsamster Umgang mit verfügbaren Produktionsfaktoren Senken der Selbstkosten Steigerung der Produktion Aufbau des Melde- und Kontrollsystems im volkseigenen Sektor Verringerung betriebsindividueller Spielräume	Planerfüllung (= Hoffnung auf Wohlstand und politischen Frieden) Vermeidung einer Erhöhung der Arbeitsintensität Aufrechterhalten von Investitionstätigkeit und Produktion durch Sicherstellung von Material- und Güterbelieferung Materielle Sicherheitspolster nicht riskieren Minimale Produktionssteigerungen zur Verhinderung wachsender Normvorgaben Verhinderung zunehmender Belastung durch Melde- und Kontrollvorschriften Eigene, echte Verantwortung
Kalkül	Mißtrauen gegenüber VEB-Angaben Schulduzuweisungen und Anklagen von Sündenböcken Vertrauen auf Automatismus der Zentralplanwirtschaft sowie das Sowjetische Vorbild "Objektive Ökonomische Gesetze" des Sozialismus "Kontrolle durch die Finanzen" Intensiver Aufbau zusätzlicher Kontrolleinrichtungen Grundsätzliche Abstriche von der Höhe betrieblicher Materialanforderungen	Abweichen von korrekter Berichterstattung Suche nach Erklärungen für Planverfehlungen außerhalb des Betriebes Trend zur Aussprache bei zuständiger HV der DWK - Verhandlungsstrategie Aufbau eigener Geschäftsverbindungen "Schönrechnen" der Betriebsabschlüsse, ausweichen auf die Abrechnung der "Bruttoproduktion" = "Tonnenideologie" Geschwerden gegen totale staatliche Kontrolle und die damit verbundenen Behinderungen Übertreiben betrieblicher Materialanforderungen, Untertreiben betrieblicher Materialreserven
Konkrete erste Schritte	Hohe Produktionsauflagen Niedrige Investitionsauflagen Niedrige Richtsatzpläne	Überzogene Kostenvoranschläge Überhöhte Materialanforderungen Beklagen mißliebiger Zustände

Zusammenfassung und Ausblick

Ziel der vorliegenden Studie ist, die Funktionsweise und das ökonomische Ergebnis des Systems der zentralen Planwirtschaft in der SBZ/DDR zu erhellen. Wie funktionierte es, bzw. warum funktionierte es nicht? Welcher Art waren seine Mängel? Inwieweit waren sie reparabel? Es stellte sich heraus, daß eine *erschöpfende* Analyse des wirtschaftlichen Lenkungsexperiments in der SBZ/DDR (1949) wohl kaum geleistet werden kann. Das künstliche Wesen dieses in der Retorte entstandenen Wirtschaftssystems war nicht in der Lage, eigene, funktionierende Strukturen auszubilden, die nun systematisch aufzuzeigen wären. Gleichwohl konnten schon für das Jahr 1949 zahlreiche systemimmanente Schwächen der SBZ/DDR-Wirtschaftsordnung nachgewiesen werden, die sich innerhalb des Systems über vierzig Jahre lang konservierten und schließlich entscheidend zum Untergang der DDR beitrugen. Die Wirtschaftsordnung der SBZ/DDR, so wurde gezeigt, konnte keine der von Lampert beschriebenen Aufgaben erfüllen: Sie war nicht imstande, die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft herzustellen und zu sichern. Eine zielgerichtete Koordinierung aller wirtschaftlichen Aktivitäten blieb Wunschdenken. Außerdem vermochte die Zentralplanwirtschaft in keiner Weise dazu beizutragen, gesellschaftspolitische Grundziele des Sozialismus zu verwirklichen.¹

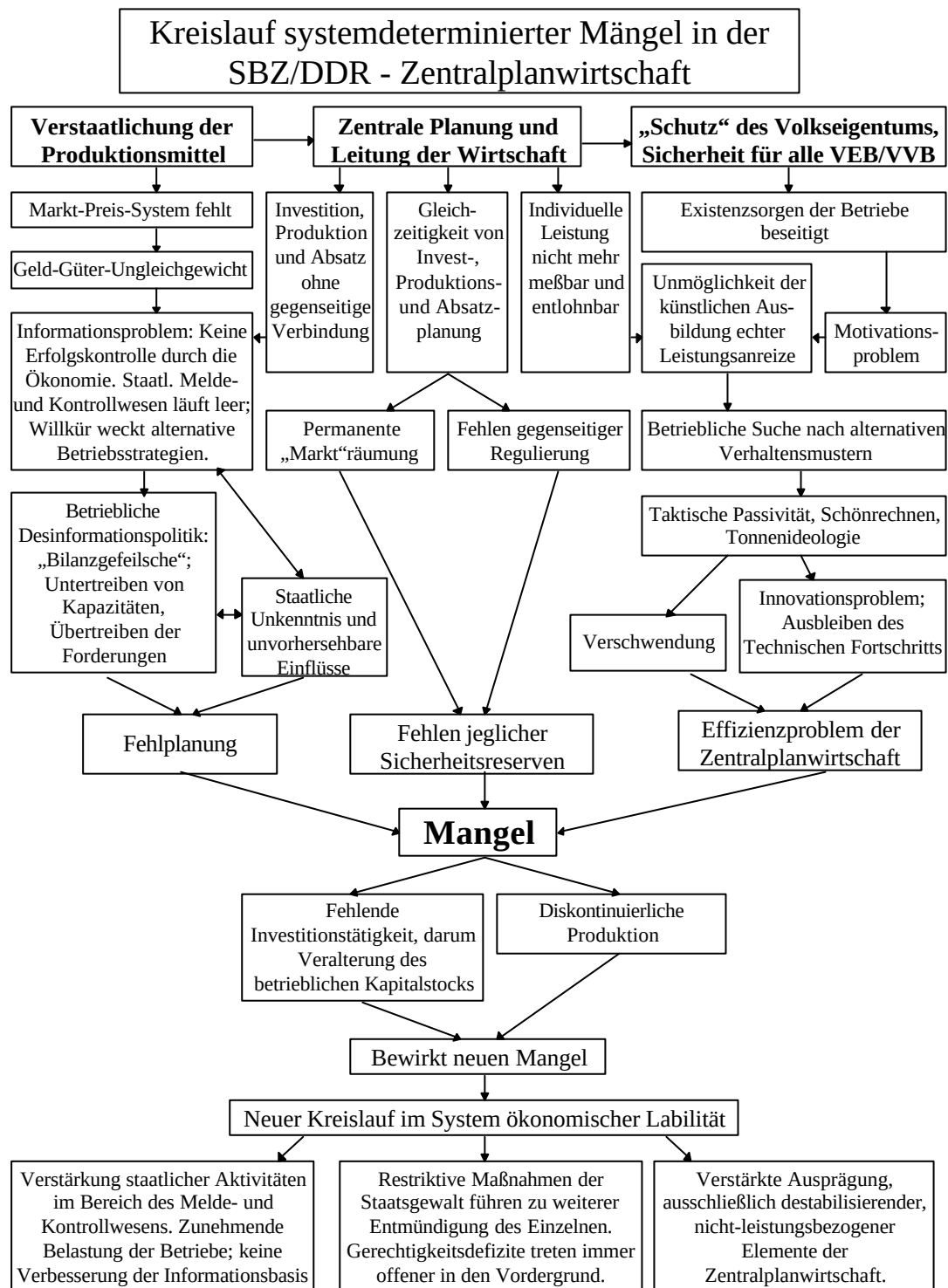
Der Zusammenbruch der DDR im Jahr 1989, so konstatiert auch Buck, „war [...] in erster Linie das Ergebnis der irreparablen Defekte und der ökonomischen Erfolglosigkeit eines jahrzehntelang als überlegen gepriesenen Wirtschaftssystems. Der DDR-Sozialismus ist nicht am kapitalistischen Konkurrenten, sondern an sich selbst gescheitert.“² Die für das Jahr 1949 nachgewiesenen Defizite und Probleme im volkseigenen Sektor, so konnte gezeigt werden, haben sich bis zum Ende der DDR weitgehend erhalten.³ Mehr als vierzig Jahre regierte die SED, ohne den geringsten Erkenntnisgewinn zu erlangen. Das sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell blieb reine Fiktion, während das politische System in der SBZ als Bollwerk individueller Machtsicherung kleiner Cliques fungierte. Die vorliegende Studie über den sogenannten volkseigenen Wirtschaftssektor der SBZ/DDR im Jahre 1949 belegt, daß alle Weichen für das endgültige Scheitern der DDR bereits mit Übertragung der sowjetischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auf die SBZ gestellt wurden. Der unbezweifelbare empirische Beleg für die Richtigkeit der zu Beginn der Arbeit angeführten These Ludwig von Mises' wurde schon mit dem ersten Zentralplan für die gesamte SBZ, dem Zweijahrplan 1949/50, erbracht. Die Verstaatlichung der Produktionsmittel machte schnell vergessen, was unter Wirtschaftsrechnung eigentlich zu verstehen war. Schon im Laufe des Jahres 1949 waren alle ökonomischen und psychologischen Defizite der sowjet-sozialistischen Zentralplanwirtschaft zu konstatieren, die vierzig Jahre später herangezogen wurden, um das zwangsläufige, systembedingte Ende DDR zu begründen.

1 Vgl. FN 2, S. 8

2 BUCK, GUTMANN, Die Zentralplanwirtschaft der DDR, S. 7.

3 Auch Buck bestätigt dieses Ergebnis: „Ein wirklicher Kurswechsel wurde auch während der größten politischen und wirtschaftlichen Krisen der DDR zu keinem Zeitpunkt ins Auge gefaßt“, aus: BUCK, Formen, Instrumente und Methoden, S. 1073.

Abbildung 15: Geschlossener Kreislauf systemdeterminierter Mängel in der SBZ/DDR - Zentralplanwirtschaft 1949 bis 1989



Theorielosigkeit

Eindeutig festgelegtes betriebswirtschaftliches Handwerkszeug stand den Betrieben mit Abschaffung der bürgerlichen BWL nicht mehr zur Verfügung⁴. Techniken betriebsinterner Rechenschaft waren im Rahmen der herkömmlichen Betriebswirtschaftslehre - allerdings unter marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen - entwickelt worden. Sie eigneten sich angesichts fehlender Märkte und Preise

4 Vgl. FN 257, S. 123.

nicht, um im Rahmen sozialistischer Zentralplanwirtschaft brauchbare Ergebnisse herbeizuführen.⁵ Theorie, soweit überhaupt vorhanden, und die Realität wirtschaftlicher Praxis besaßen fast keine Übereinstimmung. Unter dem Diktat zentraler Verwaltung war kein praktisch nachvollziehbarer Handlungsfaden des Wirtschaftens zu erkennen. Die betriebliche Orientierung hatte sich gänzlich „neu“ zu orientieren, nachdem an die Stelle des bislang grundsätzlich angestrebten Zieles der Gewinnmaximierung „die Erreichung der vom Staat vorgeschriebenen Produktionsziele“⁶ getreten waren. Kategorien betrieblichen Handelns verschwanden entweder ganz - hinter traditionellen Lexemen (Gewinn, Effizienz, Verlust, usw.) standen nunmehr neue Inhalte - oder es entstanden neue betriebswirtschaftliche Kategorien, die mit eigenen Bezeichnungen etikettiert wurden (Ökonomische Gesetze des Sozialismus, wirtschaftliche Rechnungsführung u.a.). Die Betriebe hatten sich hinfort nach Anordnungen und Gesetzen zu richten, die in der „Deutschen Finanzwirtschaft“, im „Zentralverordnungsblatt“, später im „Gesetzblatt der DDR“ u.a. veröffentlicht wurden. Aus diesen Quellen bezogen sie bis ins Detail gehende Handlungsanweisungen.

Mangels wirtschaftstheoretischer Grundlagen mußte die Wirtschaftsführung versuchen, aus eigenen Erfahrungen Schlüsse für ihr künftiges Vorgehen zu ziehen. Die Anordnungen an die Betriebe folgten einem unmöglich nachzuvollziehenden, nicht berechenbaren „Zickzack-Kurs“ der staatlichen Planbürokratie. Noch 1987 fiel auch dem Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, für die abgewirtschaftete Zentralplanwirtschaft der Sowjetunion kein anderes Reformrezept ein, als abgenutzte Stereotypen sozialistischer Wirtschaftsführung vergangener Jahrzehnte nochmals mit „unverbrauchten“ Adjektiven zu versehen und zum ungezählten Mal ins Feld zu führen: „fundamentale Veränderungen in allen Bereichen [...] Umstellung der Betriebe auf vollständige wirtschaftliche Rechnungsführung [...] grundlegende Umstrukturierung der zentralistischen Wirtschaftsführung, einschneidende Veränderungen in der Planung, eine Reform des Preisbildungssystems und des Finanzierungs- und Kreditmechanismus [...] Neuordnung der Außenwirtschaftsbeziehungen [...] Schaffung neuer Organisationsstrukturen in der Verwaltung [und] umfassender Ausbau ihrer demokratischen Grundlagen [...] Einführung der Prinzipien der Selbstverwaltung auf breiter Ebene.“⁷ Fast siebzig Jahre nach Einführung des Kommunismus in der Sowjetunion tappte deren Führung noch immer im Dunkel der Theorielosigkeit, wie auch die Führung der SBZ/DDR.

Die fehlende Basis einer fundierten ökonomischen Theorie wirkte sich auch negativ auf das institutionelle Konstrukt „Volkseigene Wirtschaft“ aus. Eine wirkliche Ordnung wurde in vierzig Jahren nicht gefunden. Auch die so straff organisierte, hierarchische Struktur der Zentralplanwirtschaftsbürokratie in der SBZ/DDR konnte nicht dazu beitragen, eine geordnete Ökonomie herbeizuführen. Im Gegenteil: Sie selbst war maßgeblicher Teil der Systemwillkür. Sie befand sich in

5 Schneider kommt zu dem Ergebnis, daß Wirtschaftlichkeitsberechnungen in der sozialistischen Zentralplanwirtschaft rein fiktiv waren: SCHNEIDER, „Marxistisch-leninistische Wirtschaftswissenschaften“, S. 256.

6 SPD-Archiv Bonn, Mat. Prof. Gleitze, Organisation und Funktionsweise der VVB und ihre Bedeutung im Wirtschaftssystem der SBZ, Ausarbeitung eines früheren Mitarbeiters einer bezirksgeleiteten VVB, 1960, S. 12, 28.

7 GORBATSCHOW, Michail, Perestroika, Die zweite russische Revolution, Eine neue Politik für Europa und die Welt, München 1987.

ständigem Wandel, wobei es stets darum ging, die Haftung für den Erfolg der zentral geplanten Wirtschaft neu zu delegieren. Konsequenzen aus wirtschaftlichen Fehlschlägen zu ziehen, hieß für die Zentralplanbürokratie, entweder Verantwortungsbereiche verstärkt zu zentralisieren, oder sie wieder zu dezentralisieren. Stellvertretend für dieses Phänomen steht der unablässige Umbau der Institutionen VEB, VVB und Kombinate. Die undurchschaubare Struktur des Gesamtkörpers der sozialistischen Ökonomie war ausgesprochen indifferent bezüglich der Grenzziehung individueller Kompetenzen der Wirtschaftssubjekte. Gleichzeitig betonte die allgegenwärtige Propagandamaschine die Wichtigkeit jedes Einzelnen für den Aufbau der Wirtschaft und verlangte die Übernahme persönlicher Verantwortung. Im Gegensatz dazu erhielten weder die Betriebsleitungen noch die Vertretungen der Arbeiterschaft oder einzelne Beschäftigte das Recht, die Wirtschaft aktiv mitzugestalten. Sogenannten „wirtschaftsleitenden“ Organisationen erging es kaum anders. Sie besaßen nur geringe Gestaltungsspielräume, hatten aber die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die staatlichen Auflagen umgesetzt wurden. Ohne die praktische Durchführung der sozialistischen Wirtschaft verstehen zu können, ohne die eigenen Grenzen institutioneller, betrieblicher oder individueller Kompetenzen zu kennen, wohl aber ausgestattet mit willkürlichen Zielvorgaben und stets bedroht durch die Wirtschaftsstrafverordnung, wurden alle Beteiligten zu „Einzelkämpfern“.

Kommunikation

Ausschlaggebend für das Erscheinungsbild der zentral verwalteten volkseigenen Wirtschaft war - passend zur Theorielosigkeit und institutionellen Konfusion - ein systembedingtes, allumfassendes Kommunikationsproblem. Es betraf sämtliche Beteiligten des Wirtschaftsprozesses, gleichgültig, ob Bürokratie, wirtschaftliche Institutionen oder Einzelpersonen. Es führte in die Isolierung jedes Wirtschaftsteilnehmers und verstärkte damit die Entwicklung zur erwähnten ‘Einzelkämpfermentalität’, die zum Ende der DDR in konkreten Autarkiebemühungen der einzelnen Kombinate gipfelte.⁸

Die zwangsweise Errichtung der sogenannten demokratischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in der SBZ/DDR verlangte systembedingt nach lückenloser, staatlicher Unterdrückung und Kontrolle entscheidender gesellschaftlicher und ökonomischer Kommunikationswerkzeuge:

- Der freien *Sprache* als Trägerin allgemeiner, unmittelbarer Verständigung zwischen den Menschen. Sich ihrer zu bemächtigen hieß, die eigene Ideologie transportieren und gesellschaftliche Opposition schneller aufspüren zu können.
- Der freien *Preise* als Ausdruck von Werten, wie sie beliebigen Wirtschaftsgütern im Spiel von Angebot und Nachfrage auf freien Märkten durch die Allgemeinheit zugewiesen wurden.⁹ Das System der Zentralplanwirtschaft stand für die totale Verfügungsgewalt der Staatsmacht über sämtliche Wirtschaftsgüter.

8 Vgl. zum Thema BUCK, Hannsjörg F. und BROCKHOFF, Klaus, Wirtschaftliche Konzentration und Betriebsgrößenoptimierung in sozialistischen Wirtschaften, in: Deutschland-Archiv, 1970/3, S. 225-266.

9 F.A. Hayek betonte die Rolle des Marktes als Kommunikationsmittelpunkt: „Die ganze Organisation des Marktes dient hauptsächlich der Verbreitung der Informationen, nach denen (die Verkäufer und) Käufer handeln sollen.“ HAYEK, Friedrich August von, Individualismus und wirtschaftliche Ordnung, Zürich 1952, S. 127.

Zur Durchsetzung dieses Anspruchs hielt sie das staatliche Preismonopol für unumgänglich.

Der SED als Statthalterin sowjetischer Interessen blieb es erspart, die Freiheit der Sprache, bzw. das marktwirtschaftliche System freier Preise abschaffen zu müssen. Beides war bereits unter den Bedingungen des Nationalsozialismus geschehen. Seit Mai 1945 ging es in der SBZ/DDR nur noch darum, die Beherrschung der Kommunikation vom nationalsozialistischen Jargon auf die kommunistischen Bedürfnisse umzustellen. Es ging um die Machtergreifung, -sicherung und -kontrolle in der SBZ/DDR durch die kommunistische Partei.

Sprache

Die Instrumentalisierung der Sprache wirkte sich auf jede unmittelbare Verständigung zwischen Individuen oder Institutionen aus. Doppeldeutigkeiten, Sprachduktus, das Umfeld der jeweiligen Kommunikation und viele andere Nebenbedingungen wurden zu entscheidenden Faktoren der eigentlichen, rein verbalen Mitteilung. Herkömmliche Begriffe wurden mit neuen Bedeutungen versehen und Inhalte radikal verändert. Gleichzeitig verlangte das deterministische Weltbild des Kommunismus nach neuen Begriffen und Werten.

Jeglicher Kommunikation immanent war künftig das Bekenntnis zur sozialistischen Gesellschaft, bzw. die Ablehnung des konkurrierenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystems im Westen. Dabei verblieben die Bekenntnisse jedoch immer im Bereich des Nicht-Konkreten, und zwar bis zum Ende der SBZ/DDR-Gesellschaft. Dies belegt ein Ausschnitt aus einem 1984 vom Ministerium für Volksbildung verfaßten Lehrplan für Geschichte der fünften bis siebten Klassen. Noch hier wird die Anerziehung von „Gefühlen der Achtung der Volksmassen und deren historischer Leistung [...], von] Liebe zu den Kräften des Fortschritts, insbesondere zu der von den marxistisch-leninistischen Parteien geführten Arbeiterklasse [...], sowie von] Gefühlen der Entrüstung und des Hasses gegenüber den Feinden des Volkes und des Fortschritts“¹⁰ gefordert. Die konkrete Bedeutung dieser Formeln blieb allerdings unklar.

Zu dem dadurch verursachten „Rezeptionsdilemma“ kam ein „Identifikationsdilemma“¹¹ der Menschen, die sich weigerten, ihr Denken und Handeln der geforderten ideologischen Konsequenz zu unterwerfen (etwa der Gleichung Volk = Arbeiterklasse = Partei). Dasselbe Grundmuster diffuser Wahrnehmung und das Problem individueller Positionsfindung beherrschte ansatzweise schon die Ostzonen-Bevölkerung des Jahres 1949. Der volkseigene Wirtschaftssektor beförderte die Ausbreitung von Rezeptions- und Identifikationsdilemmata. Von entscheidender Bedeutung war dabei der Widersinn systembedingter Substitution individueller Verantwortung und Kompetenz durch das propagandistisch verbrämte Plandiktat bei gleichzeitigem Aufrechterhalten ideolo-

10 Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik, Ministerium für Volksbildung: Lehrplan Geschichte. Klassen 5 bis 7. Berlin: Volk und Wissen 1984, zitiert nach ZIMMERING, Raina, Mythen in der Politik der DDR, Ein Beitrag zur Erforschung politischer Mythen, Opladen 2000, S. 43.

11 Ebenda, S. 44. Zimmering glaubt, das Identifikationsdilemma war der Preis für den Versuch der (zunehmend aus dem russischen Exil kommenden) herrschenden Eliten, ihre wachsenden „Machtambitionen durch eine entsprechende Legitimationsgeschichte abzusichern“ (ebenda). Diese Anschauung ist auf den volkseigenen, zentral verwalteten, industriellen Sektor problemlos zu übertragen.

gisch begründeter, willkürlicher Leistungsanforderungen. Die Ausdrucksweise als Mittel des sogenannten Klassenkampfes sicherte über vierzig Jahr lang das Sprachmonopol der Partei. Mittels der Methode marxistisch-leninistischer Dialektik konnte die SED jede Kritik im Keime ersticken, bzw. das eigene Herrschaftssystem zementieren. Begriffe wurden zu Irrläufern der Verständigung.

Preise

Die Verstaatlichung der Produktionsmittel und damit einhergehend die Unterdrückung des Markt-Preis-Systems in der SBZ/DDR koppelte die Interessen individueller Wirtschaftssubjekte vom eigentlichen Wirtschaftsgeschehen ab. Das Prinzip der Zentralplanwirtschaft bündelte zwar alle ökonomische Macht in den Händen der SED¹², ein wirtschaftlicher Erfolg dieser Strategie blieb allerdings aus. Die SED gab vor, das Problem der von den Nationalsozialisten geerbten und per Preisstop in die SBZ/DDR transportierten, zurückgestauten Inflation mit der sogenannten Währungsreform im Juni des Jahres 1948 beseitigt zu haben. In Wirklichkeit war das Ungleichgewicht zwischen Geld- und Gütermenge ohne echte Währungsreform¹³ nicht erfolgreich zu bekämpfen. Permanent wachsender Geldüberhang bewirkte in der SBZ/DDR auch nach dem Binnenwährungsumtausch, daß die Menschen ihren Arbeitslohn nicht gegen Güter einzutauschen vermochten. Zudem traf das zentral verordnete Warensortiment häufig nicht auf Käuferinteresse, sondern blockierte die ohnehin knappe Lagerkapazität. Die kommunistische Führung der SBZ/DDR unterdrückte zugunsten ihres Machterhaltes die entscheidenden ökonomischen Impulse für individuelle Leistungsbereitschaft und -fähigkeit.

Der Verzicht auf den Preismechanismus, bzw. die an seine Stelle getretene, willkürliche Diktatur fixer Preise hatte zur Folge, daß die relativen „Preise“ nichts gemeinsam hatten mit Knappheitsgraden als Funktion des allgemein bevorzugten Warenaustauschverhältnisses, entsprechend der unberücksichtigten, gleichwohl

12 Zum Prinzip staatssozialistischer Machtkonsolidierung vgl. SOLGA, Heike, Auf dem Weg in die klassenlose Gesellschaft? Klassenlagen und Mobilität zwischen Generationen in der DDR, Berlin 1995, insb. S. 219f. Sie geht zu Recht davon aus, daß die herrschende Clique bestrebt ist, sich der als „Volkseigentum“ etikettierten Produktionsmittel zu bemächtigen, während sie sich, darauf aufbauend, über eine paternalistische Fürsorgepolitik zu legitimieren versucht.

13 D.h. Geldumtausch in Kombination mit einer „grundsätzlichen Änderung der Wirtschaftspolitik“ zur Wiederherstellung freier Märkte und Rekonstruktion der vollen Kauf- und Bewertungskraft des gesetzlichen Zahlungsmittels. Aus: SAUERMAN, Heinz, Währungsreformen, in: HdSW, Bd. 11, Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1961, S. 452-470.

Gutmann und Buck umreißen die erforderlichen Charakteristika der herzustellenden Wirtschaftsordnung folgendermaßen: „Die Dominanz des *privaten Eigentums* an den Produktionsmitteln, die *Vertragsfreiheit* der Wirtschaftsbürger und Unternehmen bei der Verfolgung ihrer persönlichen Interessen (=Privatautonomie und Tauschfreiheit), die *Gewerbefreiheit*, die *Konsumentensouveränität*, die Bildung von *Marktpreisen* als Knappheitsanzeiger, die Schaffung offener, wettbewerbsfördernder *Austauschmärkte*, die Schöpfung und Vernichtung von Geld im Rahmen eines weitverzweigten Netzes *entscheidungsautonomer Banken*, das Streben der Unternehmen nach *Gewinn* und *Rentabilität* bei der Erzeugung von Gütern und Dienstleistungen, die Bewertung aller Leistungsangebote durch *Wettbewerbskämpfe* auf Märkten, die *freie Berufs- und Arbeitsplatzwahl* und die *Tarifautonomie* der Arbeitsmarktparteien.“ Aus: GUTMANN, BUCK, Die Zentralplanwirtschaft der DDR, S. 7-54, hier S. 20 (Hervorhebung T.M).

vorhandenen, gesamtwirtschaftlichen Bedürfnisstruktur. Schwankende, relative Preise - die intuitive Orientierungshilfe einzelner Wirtschaftssubjekte im Rahmen jeder Ökonomie - hatten in der SBZ/DDR jede sinnvolle ökonomische Aussagekraft verloren. Gleichwohl blieb ihr Signalcharakter jedoch erhalten. Er führte die Teilnehmer der geschlossenen Wirtschaft in die Irre, d.h. weg von effizienter Güterallokation und offenbarte immer auffälliger die widersinnige Politik fixer Preise durch die sozialistische Führung. „Falsche“ Informationen „richtig“ zu verwenden, führt nach den Gesetzen der Logik zum „falschen“ Ergebnis (= Ineffizienz). So geschah es auch in der SBZ/DDR. Schürer erwähnt, daß Ende der achtziger Jahre in der DDR ein Farbfernsehgerät zum Preis von 7000 Mark einen höheren „Wert“ als 7-8 schlachtreife Schweine besaß.¹⁴

Die Arbeitsmoral sank nach Einführung der Zentralplanwirtschaft in der SBZ sehr bald auf ein Minimum, weil den Menschen nicht einleuchten konnte, warum sie sich für wertloses „Geld“ abmühen sollten. Während die Währungsreform in den Westzonen das Vertrauen in das Geld wieder herzustellen vermochte, Graue und Schwarze Märkte¹⁵ beendete und die Arbeitsmotivation der Menschen wieder anfachte, brachte der Binnenwährungsumtausch in der SBZ auch in diesem Zusammenhang nicht den gewünschten Erfolg. Weiterhin waren Menschen und Betriebe darauf angewiesen, sich das Notwendigste illegal zu beschaffen, so daß die Schattenwirtschaft blühte. Anstatt diesen Probleme mit einer echten Währungsreform entgegen zu treten, begann die SED-Führung damit, Symptome ihrer verfehlten Wirtschaftspolitik zu bekämpfen: In der Absicht, einerseits den unzulässigen Handel zu unterdrücken und andererseits einen Teil des störenden Geldüberhangs abzuschöpfen, setzte sie ihr bereits begonnenes Werk der Verstaatlichung des privaten Großhandels¹⁶ fort und installierte im Sommer 1948 die sogenannte Handelsgesellschaft (HO). 1949 folgte die Deutsche Handelszentrale. Die sozialistische Führung versuchte auf diesem Wege, den Schwarzhandel an sich zu reißen und dadurch quasi zu verstaatlichen.¹⁷ Sogenannte Freie Läden - sie waren frei von Bewirtschaftungs- und Rationierungsvorschriften - der HO boten seit Herbst 1948 ein reichhaltiges Warenangebot an und zwar zu Preisen, die knapp unter dem Schwarzmarktniveau lagen. Hier war zwar fast alles zu bekommen, aber nur für solche Personen, die hohe Preise bezahlen konnten. Ein hoffnungsloses, außerdem zutiefst unsoziales System, das bis zum Ende der DDR variiert und ausgebaut wurde. Eine der späteren Varianten staatlichen Einzelhandels war der Betrieb sogenannter Intershop-Läden, wo höherwertige Ware aus DDR- Produktion und Importwaren aus dem Westen ausschließlich gegen frei konvertible Währung angeboten wurden. Bis Ende 1953 wurde fast der gesamte Großhandel un-

14 SCHÜRER, Gerhard, Gewagt und verloren. Eine deutsche Biographie, Frankfurt/Oder 1996, S. 75.

15 Zum Erscheinungsbild Grauer und Schwarzer Märkte sowie der dahinter stehenden ökonomischen und psychologischen Probleme nach 1945 in den verschiedenen Zonen vgl. TROLL, Thaddäus, Vom Schwarzen Markt, in: RÜMELIN, So lebten wir ..., S. 62-66 sowie HÜHNE, Herbert, Zur Währungsfrage, in: RÜMELIN, So lebten wir ..., S. 227-233. BOELCKE, Willi A., Der Schwarz-Markt 1945-1948. Vom Überleben nach dem Kriege, Braunschweig 1986.

16 Errichtung halbstaatlicher Handelskontore auf Zonenebene schon im März 1946.

17 Vgl. FRENZEL, Die rote Mark, S. 768. Der Anteil der HO am Einzelhandelsumsatz stieg von 1949 bis Ende 1950 von 10 auf 29 Prozent; vgl. GLEITZE, Bruno, Die Wirtschaftsstruktur der Sowjetzone und ihre gegenwärtigen sozial- und wirtschaftsrechtlichen Tendenzen, Bonn 1951, S. 21f.

ter staatliche Kontrolle gebracht. Buck beziffert den Anteil am Gesamtumsatz durch die übrig gebliebenen privaten Großhandelsfirmen zu diesem Zeitpunkt nur noch auf ca. fünf Prozent.¹⁸ Entsprechend der inneren Staatsverschuldung nahm die Kaufkraft der DDR-Mark im Laufe der Jahre kontinuierlich ab. Die DM-West entwickelte sich zur Parallelwährung. Begehrte Konsumgüter und Dienstleistungen waren in der Schattenwirtschaft zuletzt nur noch „gegen Blaue“ zu erhalten.

Systemimmanente Tendenz der gegenseitigen Störung durch die Antagonisten, d.h. zu ökonomischer Selbstblockade

Der SBZ/DDR-Kommandowirtschaft war dadurch gekennzeichnet, daß die beiden Antagonisten, Zentralplanbürokratie und volkseigener Betrieb, konträre Interessenlagen verfolgten, die zwangsläufig in nicht-leistungssteigernde Problemlösungsstrategien mündeten.

In der Folge zeigt sich einer der wichtigsten Unterschiede zum marktwirtschaftlichen System: *Egoistisches Verhalten der einzelnen Wirtschaftssubjekte führte unter den Bedingungen der zentral geplanten Wirtschaft in der SBZ/DDR keineswegs zum Besten der Gesamtwirtschaft und damit der Allgemeinheit.* Der Zentralplan war inkompatibel mit dem Versuch der Wirtschaftsteilnehmer, individuelle Interessen zu verfolgen.

Das *Hauptinteresse der Zentralplanbürokratie* galt der sparsamen Verteilung vorhandener Ressourcen und Mittel sowie hohen Produktionsziffern der volkseigenen Betriebe. Das *Hauptinteresse der VEB* galt der Gewißheit einer möglichst reibungslosen Planerfüllung. Sie verlangten, in Abhängigkeit von ihrer Produktionsauflage, nach Investitionsmitteln in (mindestens) ausreichender Höhe sowie einer lückenlosen Versorgung mit Produktionsfaktoren. Schon 1949 hatten sie präventive Verhaltensmuster zum Schutz künftiger Planeinhaltung und Vermeidung politischer Differenzen mit der Wirtschaftsführung entwickelt, die weitere vierzig Jahre Bestand haben sollten. Die unterschiedlichen Positionen lassen sich über alle Phasen ökonomischer Betätigung hinweg feststellen:

Planerstellungphase

Unter (systembedingter) Mißachtung sämtlicher Erkenntnisse über die Vorteile des arbeitsteiligen Wirtschaftens, entwickelte sich innerhalb des zentral geplanten Systems schon 1949 die gegenteilige Tendenz: Volkseigene Betriebe strebten nach möglichst weitgehender Unabhängigkeit von anderen Wirtschaftssubjekten, d.h. von der Unsicherheit, die im Rahmen des Systems von Fremdbelieferung ausging. Sie verloren den Kontakt untereinander und verlegten sich stattdessen auf *Verhandlungsstrategien* gegenüber der staatlichen Planbürokratie (= „Bilanzgefeilsche“¹⁹). Im Mittelpunkt ihres Strebens nach Erfüllung des Betriebsziels 'Planerfüllung' standen nicht Effizienzkriterien, sondern das präventive Buhlen um „weiche“ Pläne, hohe Investitionszuteilungen, großzügige Rohstoff- und Materialzuteilungen sowie öffentliche Protektion jeglicher Art gegenüber vorgeetzten Stellen. Dabei schreckten die Produzenten auch vor Täuschung der zuständigen Stellen nicht zurück. Schon im Vorfeld der Planaufstellung wurde versucht, die eigene Leistungsfähigkeit herunterzuspielen, in der Hoffnung, auf diesem

18 BUCK, Formen, Instrumente und Methoden, S. 1126.

19 GUTMANN, BUCK, Die Zentralplanwirtschaft der DDR, S. 34.

Wege niedrige Planauflagen zu erreichen. Auf der anderen Seite wurden angesichts ungewisser staatlicher Materialzuteilungen zur Absicherung der eigenen Belieferung überhöhte Materialforderungen gestellt. Dasselbe galt für die Höhe der angeblich erforderlichen Investitionen. „Die ständige Täuschung der Plandiktatoren auf Zentralstaatsebene durch die Planträger war [...] ein unausrottbarer, systembedingter Konstruktionsmangel der Zentralplanwirtschaft der DDR.“²⁰ Der Kampf eines jeden gegen jeden wurde also nicht offen, nach allgemeinverständlichen Regeln und im Sinne der allgemeinen Leistungssteigerung auf Märkten entschieden, sondern auf dem Wege imperativer Entscheidungen der Zentralplanbürokratie. Es entwickelte sich ein System, in dem „die eine Hand nicht wußte, was die andere gerade tat oder beabsichtigte“²¹.

Demgegenüber hielt die *Zentralplanbürokratie* die planmäßige Material- und Mittelzuwendung knapp und forderte Leistungen, die über jenen lagen, welche sich die VEB selbst zutrauten. Weil sie davon ausging, den Angaben der VEB grundsätzlich mißtrauen zu müssen, sah sich die Zentralplanbürokratie veranlaßt, sehr schnell ein lückenloses *Melde- und Kontrollwesen* im volkseigenen Sektor aufzubauen, das frei war von unmittelbarer Einflußnahme durch die VEB. Es sollte das gewaltige Informationsbedürfnis der Planbürokratie befriedigen, blockierte aber, wie gezeigt, die Tätigkeit der Produktionsstätten und wurde dort als wachsende Belastung empfunden. Gleichzeitig versuchten Betriebe und VVB ihre Lage zu verbessern, indem sie den ohnehin vorgeschriebenen Informationsfluß durch persönliche Vorsprachen, Anträge, Eingaben, Briefe usw. in ihrem Sinne beeinflussten. Das Meldesystem als untaugliches Surrogat für das fehlende einheitliche, gesamtwirtschaftliche Kommunikationsorgan „freier Markt“ wurde von den Wirtschaftssubjekten als Werkzeug individueller Vorteilnahme verwandt und auf diese Weise Träger gesamtwirtschaftlicher Desinformation. Ideologisch verbrämte Interpretationen, Elemente der Rechtfertigung unterschiedlicher Institutionen und die Anhäufung von Daten undurchschaubarer Provenienz vernebelten den Aussagegehalt betriebsindividueller Informationen, je weiter sie in der Wirtschaftshierarchie nach oben transportiert wurden. Auf diese Weise entstand ein Zahlenmaterial, worauf sich keine Volkswirtschaftspläne begründen ließen. Damit trug es nicht unwesentlich zu den Problemen der verstaatlichten Wirtschaft bei. Reaktionen der zuständigen Stellen ließen meist lange auf sich warten und waren, soweit sie überhaupt erfolgten, völlig unvorhersehbar. Dementsprechend sprunghaft war auch das Verhalten der Betriebe und Vereinigungen, die sich anschickten, unter dem Druck der Zeit materielle Probleme selbständig zu lösen. Es ergab sich in der Folge ein - mit Fug und Recht - als chaotisch zu bezeichnendes, wirtschaftliches Handlungsgemenge.

Permanente Unsicherheit wurde dadurch bewirkt, daß im Rahmen des Systems zentraler Planwirtschaft individuelle Präferenzen der Produzenten gerade jenes Handeln verboten, das von vorgesetzten Stellen gefordert wurde (Beispiel: Volkseigene Betriebe benötigten zur Planumsetzung außerplanmäßige - verbotene - Warenlager, deren Meldung - zur Verhinderung sogenannter stiller Reserven - aber vorgeschrieben war), bzw. jene Strukturen nicht zuließ, die die Betriebe benötigt hätten (Beispiel: Zentralplanbürokratie war nicht imstande, planmäßig

20 Vgl. Ebenda, S. 37.

21 VOGLER, Rüstungsfirma, S. 7. Vgl. dazu MARTIN, Freitaler Stahl- Industrie.

zugesicherte Warenkontingente zu garantieren). Die Instabilität dieses Systems verlangte unablässig nach Korrektur. Diese erfolgte staatlicherseits in der Regel restriktiv und zog weitere betriebsindividuelle Anpassungen - d.h. Planstörungen - nach sich. Von Seiten der Betriebe erfolgten sie außerplanmäßig und unterminierten dergestalt den zentralen Führungsanspruch der Partei.

Produktionsphase

Im Verlaufe der eigentlichen Produktionstätigkeit offenbarten Planabweichungen das Maß gegenseitiger Fehleinschätzung zwischen VEB und Zentralplanbürokratie. Die Betriebe gingen dazu über, Beschwerden anzumelden und Nachforderungen zu stellen. Das war eine weitere Sicherungsstrategie gegenüber einer fordernd-aggressiven Zentralplanbehörde. Man erklärte, ohne weiteres Entgegenkommen der Wirtschaftsbürokratie die oktroyierten Planvorgaben möglicherweise nicht einhalten zu können, obwohl man alles Erdenkliche versucht habe, das Befürchtete abzuwenden. Die Betriebe versuchten auf diese Weise, sich für den Fall erwarteter Probleme gegen den Vorwurf abzusichern, den Plan verletzt zu haben, ohne gleichzeitig Kritik am System der zentralen Planwirtschaft zu üben. An dieser Stelle konnten sie sich die Auflösung der Sprache, deren latente Aggressivität, den unbedachten Umgang mit pseudo-objektiven Begriffen und (teilweise neu geschaffenen) Rechtstermini zunutze machen, indem sie sich ggf. - charakteristisch für das System - auf die Suche nach Schuldigen und Sündenböcken für eigene Planabweichungen machten.

Während der praktischen Durchführung betrieblicher Produktionstätigkeit war man in der Regel darauf bedacht, keine außergewöhnlichen Leistungen hervorzu- bringen, da diese von der Zentralplanbürokratie zum Maßstab für kommende Planaufgaben hätten erklärt werden können. Die Betriebe verfolgten eine *Strategie der taktischen Passivität* mit erheblichen Rückwirkungen auf Effizienz und Produktivität der sozialistischen Zentralplanwirtschaft. Dieses Wirtschaftssystem bewirkte unweigerlich die absichtliche Zurückhaltung des individuellen und betrieblichen Leistungsvermögens. Niedrige Produktionsmengen und mäßige Qualität der Erzeugnisse ließen den Belegschaften Raum für Steigerungen von Quantität und Qualität, die für kommende Planperioden vorgeschrieben waren; ein Phänomen, welches die zentral verwaltete Ökonomie der östlichen Besatzungszone bis zum Ende der DDR begleitete: „Alle wußten es, alle machten mit. Nicht nur am Produktionspunkt, sondern Meister wie ‘technische Intelligenz’, Abteilungs- und Betriebsleiter beteiligten sich an dieser zwar stetigen, aber auch zurückhaltenden Steigerung.“²² Die Zurückhaltung physischen und intellektuellen Leistungspotentials war die einfachste Möglichkeit der VEB zur Vortäuschung stetiger Produktivitätssteigerung sowie wachsenden technischen Fortschritts in kommenden Produktionsperioden, wie er von der Zentralplanbürokratie gefordert wurde; ein Paradox der Zentralplanwirtschaft in der SBZ/DDR, das sie erstarren ließ. Echtes wirtschaftliches Wachstum mußte sie sich bis zuletzt fast ausschließlich auf impor-

22 LÜDTKE, Alf, Bei der Ehre packen, Männer und „ihre“ Arbeit in Ost- und Westdeutschland: Ein Gesellschaftsbild, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. Mai 2000. Lüdtkke zeigt, wie das Prädikat „deutsche Wertarbeit“ aufgrund systembedingter Zurückhaltung des Produktionsfaktors Arbeit in der SBZ/DDR zum Erinnerungswert verkam.

tierten (seit 1971 kreditfinanzierten) technischen Fortschritt und den vermehrten Einsatz des Produktionsfaktors Arbeit stützen.

Die Zentralplanbürokratie versuchte der ökonomischen Stagnation mittels Propagierung der sogenannten Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung entgegenzutreten - untaugliche Mittel, die von den Belegschaften bald durchschaut wurden. Die künstliche Rivalität um ökonomische Leistungsziffern konnte am *entscheidenden Element des Wesens zentraler Planwirtschaft - ihrer grundsätzlichen Anlage zur Leistungsblockade* - nichts ändern.

Planziel verfehlt. Investition, Produktion und Absatz in der zentralen Planwirtschaft der SBZ/DDR des Jahres 1949 bis 1989

Schon 1949 kam es im volkseigenen industriellen Sektors zu eklatanten Abweichungen von den planmäßig verordneten staatlichen Auflagen. Typischer Ausdruck allgegenwärtiger Planabweichungen war der Mangel. Je höher die Planabweichung, desto größer der Mangel.

Mangel

Sämtliche Ökonomien haben vor allem ein Ziel: Die Bekämpfung von Mangel. Während im Rahmen marktwirtschaftlicher Systeme die Beschränktheit von Gütern und Dienstleistungen im Verhältnis zur Nachfrage (Nachfrage > Angebot) Unternehmen auf den Markt ruft, die sich anschicken, diese Defizite zu beseitigen, ist es *ein entscheidender Konstruktionsfehler der Zentralplanwirtschaft, daß jeder Mangel im Rahmen dieses Systems grundsätzlich neuen Mangel hervorruft*. Das güterwirtschaftliche Prinzip der Zentralplanwirtschaft verlangte nach lückenloser Erfassung und Disposition sämtlicher, aktuell verfügbarer Kapazitäten und Ressourcen, um sie geschlossen in den Dienst der Planerfüllung zu stellen. Umstände, die zum Zeitpunkt der Planaufstellung noch unvorhersehbar waren, zwangen im Laufe der Investitions- und Produktionsperiode zu Plankorrekturen. Diese waren aufgrund des allumfassenden Charakters der Plankonstruktion nur durch Umverteilungen zu bewerkstelligen, d.h., um den überplanmäßigen Bedarf politisch wichtiger Betriebe zu decken, mußte das von diesen benötigte Material an anderer Stelle - entgegen des zunächst planmäßig garantierten Versorgungsanspruchs - zurückgezogen werden. Die Inflexibilität staatlicher Wirtschaftspläne führte dazu, daß jede nachträgliche Planänderung in den Betrieben Domino-Effekte unvermeidbarer güterwirtschaftlicher Einschränkungen auslöste. Diese Effekte verstärkten sich, indem sie sich von Phase zu Phase des ökonomischen Ablaufs fortsetzten (Investition → Produktion → Absatz=Verteilung). Die Sollziffern von Investition, Produktion und Verteilung waren über den Plan zwar theoretisch miteinander verknüpft, gleichwohl gab es zwischen ihnen keine Möglichkeit spontaner gegenseitiger Einflußnahme: Zu schwache Investitionstätigkeit änderte nichts an den zu erfüllenden Produktionsauflagen. Was die Produktion nicht erbrachte, mußte die Empfängerseite irgendwie kompensieren. Gleichzeitig ging von ihrer Seite keine Rückkopplung in Richtung Produktion aus, die ohnehin an langfristige Pläne gebunden war. Umverteilungsbedingte, erzwungene Planabweichungen im Produktionssektor verstärkten sich von Fertigungsstufe zu Fertigungsstufe, um schließlich im Bereich Warenverteilung und Absatz zu kulminieren. Nicht die Tatsache knapper Ressourcen - ein Problem, das jedes Wirtschaftssy-

stem zu berücksichtigen hat -, sondern das Phänomen *systembedingten* Mangels wurde zum spezifischen Charakteristikum der Zentralplanwirtschaft in der SBZ/DDR.²³

Planabweichung

Die Erstellung von Wirtschaftsplänen war nichts anderes als Glückssache. Dementsprechend fielen auch die Ergebnisse der wirtschaftlichen Tätigkeit im volkseigenen industriellen Sektor aus. Vorliegende Untersuchung zeigt auf, daß betriebliche Planziele in keinem Fall exakt umgesetzt werden konnten. Das gilt sowohl für die Investitionstätigkeit als auch für Produktion und Absatz (Verteilung). Dabei schwankten die Ergebnisse eklatant um avisierte Zielkorridore. Innerhalb des Systems zentraler Planwirtschaft konnte keinerlei Abweichung wirklich gewollt sein, auch wenn es in der SBZ/DDR immer mehr üblich wurde, die Wirtschaft zur Übererfüllung der Pläne aufzufordern (wohlgemerkt unter der Prämisse, dafür keine zusätzlichen Faktoren zu verbrauchen). Die lückenlose Verplanung aller wirtschaftlichen Ressourcen erlaubte weder, daß die Betriebsergebnisse unter den Planvorgaben stagnierten, noch, daß sie sie übertrafen. Die Täuschungsversuche der volkseigenen Produktionsstätten im Vorfeld der Planerstellung setzten sich also zwangsläufig auch während der Investitions- und Produktionstätigkeit sowie des gesamten Abrechnungsprocedere fort. Die Möglichkeiten des „*Schönrechnens*“ (d.h. arithmetische Anpassung der Betriebsergebnisse an die Planaufgaben) waren dabei schier unüberschaubar. So wurden z.B. Überschreitungen von „Kosten“ bestimmter Investobjekte durch teilweise oder komplette Streichungen anderer Investobjekte im selben VEB „finanziert“. Oder aber man stellte mangelbedingt-verminderten Quantitäten und Streichungen des planmäßigen Outputs die überplanmäßige Herstellung alternativer Produkte gegenüber. Qualitätsfragen traten schnell in den Hintergrund zugunsten einer raschen Ausbreitung der „Tonnenideologie“.

Um nicht den arithmetischen Nivellierungsbestrebungen der Betriebe aufzusitzen, wurde an entsprechender Stelle die „*absolute Planabweichung*“ als Absolutbetrag sämtlicher Abweichungen (nach oben und unten) innerhalb ein- und desselben VEB eingeführt. Diese Definition kontert die gängige Praxis der für die Planerfüllung Verantwortlichen, Über- und Unterschreitungen der Planvorgabe miteinander zu verrechnen. Erst die Betrachtung der absoluten Planabweichung vermag eine Vorstellung davon zu geben, in welchem Ausmaß das System der Zentralplanwirtschaft schon 1949 seine eigenen Zielvorgaben verfehlte.

23 In diesem Zusammenhang berichtete Hannsjörg Buck über die sarkastische Charakterisierung des sozialistischen Wirtschaftssystems durch tschechische und ungarische Wirtschaftsreformer in den sechziger Jahren: „Auf die Frage, durch welche Besonderheit das ‘sozialistische Wirtschaftssystem’ gekennzeichnet sei, folgt die Antwort: Das ‘sozialistische Wirtschaftssystem’ sei dasjenige, welches sich vergeblich um die Lösung der Wirtschaftsprobleme bemüht, die in anderen Wirtschaftssystemen gar nicht bestehen.“ BUCK, *Ungelöste ökonomische Grundprobleme*, S. 7.

Tabelle 28: Planabweichungen bei Investitions- und Produktionstätigkeit

Planabweichungen (in Prozent)	Positive	Negative	Neutrale	Absolute
Stahlwerk Riesa (I)	13,3	11,9	1,5	25,2
BV Bitterfeld (I)	1,5	9,6	-8,2	11,07
BV Borna (I)	16,6	22,5	-5,1	39,00
Stahlwerk Maxhütte (I)	81,1	24,8	56,4	106,1
Papierfabrik Wernshausen (P)	39,3	5,1	34,2	44,4
Geraer Wollen- und Seidenweberei (P)	17,6	20,7	-3,0	38,3
Bergglashütte Gelberg (P)	8,45	32,3	-23,9	40,9

Im *Investitionssektor* dominierten positive Planabweichungen, also Teuerungen, d.h. materieller Mehrverbrauch, die an anderer Stelle die berichtigten „Materialengpässe“ zur Folge hatten und bewirkten, daß dort eingeplante Objekte nicht im vorgesehenen Rahmen beendet werden konnten. Häufig wirkte man diesen Problemen entgegen, indem einzelne Investobjekte ersatzlos gestrichen wurden. Ausnahme waren Prestigeobjekte, wie z.B. die Maxhütte Unterwellenborn. Dort überzog man den Investitionsplan 1949 um über achtzig Prozent. Gleichzeitig fanden aber am selben Ort Streichungen statt, so daß die absolute *Abweichung* von der ursprünglichen Investauflage letztlich über 100 Prozent betrug.

Im *Produktionssektor* dominierten negative Planabweichungen, d.h. im Vergleich zur Produktionsauflage verringerte Produktionsziffern, die im Schnitt der Prüfungsberichte ca. 20 Prozent unter den *Planaufträgen* rangierten. Zusätzlich zu berücksichtigen ist das Quantum außerplanmäßig erstellter Produkte sowie die „freiwillige“, außerplanmäßige Überschreitung vorgesehener Produktionsauflagen, welche die Zentralplanbürokratie vor erhebliche Probleme stellte. Außerplanmäßig sowie in mangelnder Qualität hergestellte Produkte waren innerhalb der spröden Zentralplanwirtschaft nur schwer und unter großem Zeitaufwand zu vermitteln. Sie bedeuteten Planabweichung und verstärkten damit automatisch die Konstanten systembedingter Defizite: Mangel und Verschwendung. *Die Ergebnisse betrieblicher Produktionstätigkeit, soweit sie sich aus den Unterlagen der RTA und DIB ergaben, wiesen, so konnte aufgezeigt werden, eine Abweichung auf, die mindestens zwischen 40 und 50 Prozent im Vergleich zum ursprünglichen Inhalt der Produktionsauflagen veranschlagt werden muß.*

Das Wesen der volkseigenen Investitions- und Produktionstätigkeit kulminierte im erfolglosen Bemühen der Planbürokratie, ein irgendwie geordnetes Verteilungssystem zu installieren. Diese Versuche erschöpften sich in kosmetischen Unterfangen (Angleichung von Begrifflichkeiten in verschiedenen Ländern der SBZ), institutionellen Neuerungen (Gründungen von Handelsgesellschaft und Fachkontoren zur Koordination der plandeterminierten Interessen unterschiedlicher VEB) und Versuchen, das offenkundige Chaos für die Öffentlichkeit hinter der Propaganda scheinbar stringenter Schaubilder zu verstecken. Die volkseigene „Materialversorgung“ fungierte in der SBZ/DDR letztlich als Verwalterin des systemdeterminierten Mangels.

Dementsprechend hoffnungslos waren auch alle Versuche, sie auf dem Wege kosmetischer, formaler oder institutioneller Neuerungen dem Ziel planmäßiger Gütererzeugung und -verteilung näher zu bringen.

Folgende Prämissen bilden das Kriterium für die Beurteilung der zentral verwalteten, staatlichen Ökonomie der SBZ/DDR:

- Unabhängig von politischer und wirtschaftlicher Ordnung existieren in jedem gehobenen, menschlichen Gemeinwesen ebenso viele unterschiedliche, individuelle, von etlichen Einflüssen (Sozialisation, Kultur, persönlicher Geschmack etc.) abhängige *Bedürfnisstrukturen* (Angebots- und Nachfragebündel), wie die Gesellschaft Mitglieder zählt.
- Diese versuchen grundsätzlich, ihren persönlichen *Nutzen* zu *maximieren*.
- *Arbeitsteilige Ökonomien* sind die Voraussetzung dafür, daß die Teilnehmer nach ihren Talenten produzieren und ihren Bedürfnissen entsprechend konsumieren können.
- Die *Artikulation individueller Präferenzen*, die sich aus den Bedürfnisstrukturen ergeben, ist die *Conditio sine qua non* zur individuellen Bedürfnisbefriedigung.
- Die *Qualität dieser Kommunikation* bestimmt das Maß individueller Orientierung innerhalb der Gesamtwirtschaft, ermöglicht das Erkennen subjektiver Verantwortungsräume und entscheidet somit auch über das Maß der privaten und gesamtwirtschaftlichen Bedürfnisbefriedigung.

Vor dem Hintergrund dieser Beurteilungskriterien wies die sozialistischen Zentralplanwirtschaft entscheidende Defizite auf.

- Die Verstaatlichung sämtlicher Produktionsmittel legte die komplette Verantwortung für das ökonomische Geschehen in der SBZ/DDR in die Hände der SED. Entsprechend der Verfassung übernahm sie allein die zentrale Lenkung und Kontrolle der Wirtschaft. Ihre subjektiven, nach politischen Vorgaben getroffenen Vorgaben waren die Alternative gegenüber millionenfacher, dezentraler Entscheidung autonomer Wirtschaftssubjekte, d.h. der Selbstregulierung durch den Markt. Die Ablehnung des freien Marktes zog in der Konsequenz auch die Unmöglichkeit jeder ökonomisch sinnvollen Wirtschaftsrechnung nach sich. Die vorliegende Untersuchung der SBZ/DDR-Zentralplanwirtschaft kann und will darum nicht den Anspruch erheben, das Maß praktizierter Verschwendung und Rückständigkeit in der SBZ/DDR auf den Pfennig genau darzustellen. Ein solcher Versuch wäre ebenso zum Scheitern verurteilt, wie dieselben Bemühungen der SBZ-„Rechnungsführungsexperten“ der Zentralplanwirtschaft im Jahre 1949. Dem System fehlte die „Bussole der Wirtschaftsrechnung“²⁴, wie Ludwig von Mises bereits Jahre zuvor konstatierte, denn es gab keine flexiblen Preise und Märk-

te. Aus diesem Grunde wird es niemals eine nach marktwirtschaftlichen Kriterien schlüssige Antwort auf die Frage nach seiner Effizienz geben; niemand wird erfahren, wie groß der tatsächlich betriebene Aufwand *summa summarum* war, um die dokumentierten Wirtschaftsleistungen zu bewerkstelligen.²⁵ Hierbei dürfen auch die unzähligen, negativen externen Effekte - insb. ökologischer Art - nicht vergessen werden, die auf Kosten des gesamtdeutschen Steuerzahlers seit 1990 rückgängig gemacht werden müssen. Gleichwohl erlauben die Prüfungsberichte klare Aussagen darüber, daß die Ergebnisse der Planwirtschaft im Bereich der Investitionen schon 1949 erheblich unter jenem Leistungsniveau lagen, das sich die sozialistische Führung der SBZ/DDR selbst vorgestellt hatte. Sie demaskieren den ersten, für das gesamte Gebiet der Besatzungszone gültigen Jahresplan als gewaltigen Fehlschlag. Der Versuch, die Wirtschaft in der SBZ/DDR nach sowjetischem Vorbild zu zentralisieren und in den Dienst der politischen Aufgabe zu stellen, scheiterte schon 1949. Diese Utopie war technisch nicht umzusetzen und widersprach der Psychologie aller Wirtschaftsteilnehmer.

Als besonders verhängnisvoll im Zusammenhang mit der Unmöglichkeit einer ökonomisch sinnvollen Wirtschaftsrechnung, so konnte gezeigt werden, entwickelte sich das Dogma von der „Unverletzlichkeit des Volkseigentums“, denn es verhinderte jenen schumpeterschen „schöpferisch-zerstörerischen Prozeß“ der Erneuerung und stand obendrein der Selektion maroder Betriebe entgegen. Wer hätte ohne Wirtschaftsrechnung entscheiden wollen (können!), ob die Schließung eines solchen Betriebes nicht als „Zerstörung von Volkseigentum“ hätte interpretiert werden müssen? Damit waren die *Grundlagen für alle auftretenden Probleme der Zentralplanwirtschaft* gelegt.

- Es gab kein Forum zum permanenten Input sämtlicher Bedürfnisbündel der gesamten Gesellschaft, wie den Markt einer Verkehrswirtschaft. Geld hatte seine Funktionen als Tausch- Zahlungsmittel und Wertaufbewahrungsmittel sowie als ökonomische Recheneinheit eingebüßt. Die Preise besaßen weder Informations- noch Lenkungscharakter. Das Entstehen temporärer Gleichgewichtspreise und vernünftiger Preisverhältnisse als Ausdruck der gesellschaftlichen Wertschätzung von Gütern und Güterbündeln - gleichzeitig Ausdruck einer nutzenmaximierenden Güterverteilung - war in der Zentralplanwirtschaft grundsätzlich unmöglich. Willkürlich festgesetzte Preise waren kein Spiegel realer wirtschaftlicher Verhältnisse. Die Folge waren plandeterminierte Fehlleitungen

25 Exkurs: Witz aus den 70er Jahren.

Frage: Wieviel Personen werden in O. benötigt, um eine Glühbirne in die Deckenlampe zu schrauben?

Antwort. Fünf. Jemand stellt sich auf einen Tisch und hält die Birne. Die vier Übrigen werden benötigt, um den Tisch zu drehen.

Es geht ansatzweise um dasselbe Phänomen, mit dem wir es auch in der SBZ/DDR-Zentralplanwirtschaft zu tun haben: Die Birne brennt, aber niemand ahnt, welcher Aufwand getrieben wurde, um sie zu installieren.

Bis zum Ende der SBZ/DDR änderte sich an dieser Verfahrensweise nichts. Werner Obst konstatierte noch 1983: „Die DDR setzt auf Wachstum und Arbeit, koste es, welchen Kapitaleinsatz auch immer. Dadurch bewirkt sie die höheren Investitions-, Material- und Erwerbsquoten - aber weniger Konsum.“ Aus: Obst, Werner, Reiz der Idee - Pleite der Praxis, Ein deutsch-deutscher Wirtschaftsvergleich, Zürich 1983, S. 83.

der Güterströme, woraus sich das eklatante *Allokationsproblem* der Zentralplanwirtschaft ableitete.

- Ersatzweise strebte die Zentralplanbehörde den Aufbau eines Plansystems auf Grundlage fixer Preise und eines allumfassenden Melde- und Kontrollwesens an. Es sollte „Angebot und Nachfrage“ (besser gesagt: Kapazitäten und zu verordnenden Bedarf) lückenlos offenlegen. Die Orientierung der aktiven Wirtschaftsteilnehmer hatte sich nicht mehr anhand ökonomischer Kriterien - insb. des Effizienzkriteriums - sondern anhand politisch determinierter Planvorgaben auszurichten. Individuelle Interessen fanden innerhalb des Plansystems keinerlei Berücksichtigung. Dieses System erwies sich trotz seiner schon im Vorfeld als beschränkt zu erkennenden Kapazität als untaugliches Surrogat zur Erhebung und zum Transport selbst minimal erforderlicher Datenmengen. Es war nicht ansatzweise imstande, für ähnlich ökonomische Transparenz zu sorgen, wie es Marktpreise vermögen. Daraus resultierte das *Informationsproblem* der Zentralplanwirtschaft.
- In Gestalt der Zentralplanbürokratie trafen Hyper-Nachfrager und Hyper-Anbieter aufeinander. Wie aber sollten sie aufeinander abgestimmt werden? Ohnehin allgegenwärtige Informationsdefizite nahmen der Wirtschaftsführung die fachliche Autorität und lockten die Betriebe, als Trittbrettfahrer systembedingter Defizite aufzutreten: Sie verstärkten den Nebel staatlicher Orientierungslosigkeit - sowieso ständig hervorgerufen durch unvorhersehbare Einflüsse - zusätzlich auf dem Wege systematischer betriebsindividueller Desinformationsstrategien. Das von Buck sogenannte Bilanzgefeilsche zwischen Betrieb und Bürokratie waren Versuche der Betriebe, die Zentralplanbürokratie im Rahmen des Meldesystems über die eigene Leistungsfähigkeit zu täuschen, in der Absicht, von dort leicht zu erfüllende Planvorgaben zu erhalten. Das systembedingte Problem hoheitlicher Unkenntnis von notwendigerweise erforderlichen Wirtschaftsdaten führte zum *Problem realitätsferner Planaufstellungen*.
- Preisänderungstendenzen in marktwirtschaftlichen Systemen dienen den Wirtschaftssubjekten als Orientierungshilfe bezüglich ihres künftigen ökonomischen Verhaltens. Unterschiedliche Erwartungen ziehen unterschiedliche Strategien der Bevorratung nach sich und damit unterschiedlichen Umgang mit verfügbaren Gütern: Individuelles Verhalten im Ein- und Verkauf, in der Produktion, in der Vorratshaltung. Aus diesem Grunde sind Markträumungen nicht zu befürchten. Planwirtschaft hingegen verlangte - entsprechend der Zentralplanung - den gleichzeitigen Einsatz aller verfügbaren Güter auf sämtlichen Ebenen (Investition, Produktion, Verteilung), d.h. den (im übertragenen Sinne verstandenen) Zustand totaler „Markt“räumung. Planungsfehler und planunabhängige Bedürfnisse der Wirtschaftssubjekte konnten keine Berücksichtigung finden, ohne an anderer Stelle abgezogen zu werden. Zum Ausgleich auftretender Inkonsistenzen (auch zwischen den Bereichen Investition, Produktion und Verteilung, die, wie gezeigt wurde, systembedingt völlig voneinander abgekoppelt waren) konnte die Zentralplanwirtschaft keinerlei Sicherheitsreserven aufbieten. Aus diesem Systemfehler resultierte das *Mangelproblem* der Zentralplanwirtschaft.
- Das Dogma von der „Unverletzlichkeit des Volkseigentums“ zog unweigerlich den Erhalt defizitärer Betriebe nach sich. Der staatliche Schutz nahm den

volkseigenen Betrieben zwar die Existenzangst. Gleichzeitig ging eine der entscheidenden Antriebskräfte marktwirtschaftlicher Unternehmungen verloren. Trotz ungezählter Versuche gelang es der Zentralplanwirtschaft nicht, echte individuelle Leistungsanreize zu schaffen. Individuelle Sonderleistungen waren im Korsett des Systems zentraler Planung und Leitung der Wirtschaft weder gewünscht, noch wirklich meßbar. „Geld“, aufgrund politischer Bevorzugung der Schwerindustrie ohnehin im Überfluß vorhanden, stellte keinen ernsthaften Leistungsanreiz dar. Mangelwirtschaft und verbindlich vorgeschriebene Planaufgaben bei gleichzeitiger Garantie des Bestandserhalts waren denkbar schlechte Rahmenbedingungen zum betrieblichen Experimentieren mit neuen Faktorkombinationen. Hier liegt die Ursache für den *fehlenden technischen Fortschritt* der Zentralplanwirtschaft, d.h. ihr grundsätzliches *Innovationsproblem*.²⁶

- Anstatt sich - u.U. planwidrigerweise - um technischen Fortschritt zu bemühen, schien es den Betrieben ratsamer, sich erneut als Trittbrettfahrer systembedingter Defizite zu betätigen: Die Grundlage aufzustellender Pläne waren Leistungsdaten vergangener Produktionsperioden. Staatlich definierte „Hyper-Nachfrager“ und „Hyper-Anbieter“ waren also „von gestern“ und nicht in die Zukunft gewandt, entbehrten also des Realitätsbezuges. Verbunden mit Kommunikations- und Informationsproblem erzwang dieses Phänomen seitens der vorgesetzten Stellen gegenüber den Betrieben einige Handlungstoleranz, die reichlich ausgeschöpft wurde. Das Ziel lautete: Planerfüllung auf dem Papier. Man setzte alles auf die Strategie, planabweichende Ergebnisse schönzurechnen; eine Methode, deren unheilvolle Rückkopplung auf die Produktion als „Tonnenideologie“ bezeichnet wurde. Wo vor allem über arithmetischer Planerfüllung gebrütet wurde, während die Umstände effiziente Ressourcennutzung nicht zuließen, war ein gewaltiges Maß an materieller Vergeudung nicht zu verhindern. Innovationsdefizite und Verschwendung führten zum systembedingten *Effizienzproblem* der Zentralplanwirtschaft.
- Versuche des Staates, die Leistung volkseigener Betriebe trotz Ausbleiben des technischen Fortschritts zu steigern, stießen auf die Gegenwehr der Belegschaften. Diese befürchteten zurecht, daß Produktionssteigerungen einzig durch Intensivierung des Produktionsfaktors Arbeit erzielt werden sollten. Unisono verlegte man sich auf die *Strategie der taktischen Passivität*. Das bedeutete, schon in der Produktionsperiode dafür zu sorgen, daß kommende staatliche Vorgaben niedrig ausfallen würden. Das Ziel dabei war, die Bürokratie mit möglichst zurückhaltenden (aber stetigen) Wachstumsraten zufrieden zu stellen. Dieser Mechanismus begleitete das *Wachstumsproblem* der Zentralplanwirtschaft.
- Marktwirtschaftliche Verteilungsprozesse, woran sämtliche Beteiligten in der Rolle des Mengenanpassers mitwirken und einzig Leistungskriterien zählen, wurden in der Zentralplanwirtschaft durch das staatliche Zuteilungsverfahren ersetzt. Ausschlaggebend für die gesamtwirtschaftliche Güterverteilung waren

26 Zum Thema Innovationsfähigkeit bundesrepublikanischer Betriebe vor dem Hintergrund staatlicher Interventionen in der Sozialen Marktwirtschaft vgl. SCHLECHT, Otto, Die Innovationskraft im Spannungsfeld zwischen Markt und Staat, in: HAMEL, Hannelore und LEIPOLD, Helmut und SCHÜLLER, Alfred (Hrsg.), Innovationsprobleme in Ost und West, Stuttgart/New York 1983, S. 17-29

also nicht ökonomische Kriterien, sondern nach polit-ideologischen Prämissen des Marxismus-Leninismus-Stalinismus getroffene Richtlinien der Zentralplanbürokratie: Willkürentscheidungen einer kleinen Führungsclique unter Vormundschaft der sowjetischen KP; Befehle, zu deren Durchsetzung die Staatsgewalt auch nicht vor Anwendung psychischer und physischer Gewalt zurückschreckte. Das Interesse einzelner Wirtschaftsteilnehmer wurde dabei von sämtlichen, die Ökonomie bestimmenden Entscheidungen abgekoppelt. Hier lagen die Wurzeln für das *Gerechtigkeitsproblem* der Zentralplanwirtschaft.

- Fehlplanung, fehlende Elastizität und Effizienzproblem der Zentralplanwirtschaft setzten mangels Selbstheilungsmechanismus dieser Wirtschaftsordnung einen fortschreitend instabilen Kreislauf in Gang: Sie vergrößerten den allgegenwärtigen Mangel. Dieser wiederum verstärkte erneut alle systemimmanenten Defizite. *Diskontinuierliche Produktion* und das *Problem der Überalterung des Anlagekapitals* verstärkten sich von Periode zu Periode, bis zuletzt jede Substanz aufgezehrt war. Die zentral geplante und geleitete Ökonomie der SBZ/DDR konnte sich in vierzig Jahren von keiner dieser Fußfesseln befreien. Abgesehen davon, daß ihr die notwendigen ökonomischen Orientierungs- und Steuerwerkzeuge fehlten, richtete sie sich auch gegen die Psychologie ihrer unfreiwilligen Teilnehmer, die sie nur mittels Gewaltanwendung zu halbherziger Gefolgschaft anzutreiben vermochte. Es entstand ein wachsendes *Principal-agent-Problem*, was dazu führte, daß die Wirtschaftssubjekte von sich aus Verhaltensstrategien wählten, die die Staatsökonomie entweder bremsen oder aushöhlten. Die Zentralplanwirtschaft der SBZ/DDR lebte Zeit ihrer Existenz von der Substanz.²⁷ Der Untergang war schon zum Zeitpunkt ihrer Zementierung durch den ersten Zentralplan für die gesamte SBZ im Jahr 1949/50 vorprogrammiert.

27 Vgl. GLEITZE, Bruno, Planvollzug der abgelaufenen Perspektivpläne der DDR und die Zielsetzungen des Fünfjahrplanes 1971-1975, in: GLEITZE, Bruno und THALHEIM, Karl C. und BUCK, Hannsjörg und FÖRSTER, Wolfgang, Das ökonomische System der DDR nach dem Anfang der siebziger Jahre, Berlin 1971, S. 9-51: „Die DDR muß resignierend erkennen: Man kann nicht gesellschaftspolitisch verteilen, was man gar nicht hat. Das ist die fatale Position der DDR, die nunmehr schon eine ganze Epoche kennzeichnet.“ (S. 51)

Verzeichnisse der Abbildungen, Tabellen und Übersichten

Abbildungen

1) Die ökonomische Struktur des Volkseigentums: Industrie insgesamt	71
2) Anordnung über die Durchführung und Finanzierung des Investitionsplanes des Volkswirtschaftsplanes der sowjetischen Besatzungszone für 1949 vom 30. März 1949 sowie die erste und zweite Durchführungsbestimmung zur Anordnung vom 20. April bzw. 31. Mai 1949	168
3) Fehlplanung und Planabweichung im VEB	196
4) „Der unglaublich lange Warenweg“ (1)	261
5) „Der unglaublich lange Warenweg“ (2)	262
6) „Der unglaublich lange Warenweg“ (3)	262
7) „Der unglaublich lange Warenweg“ (4)	263
8) „Der unglaublich lange Warenweg“ (5)	263
9) „Der unglaublich lange Warenweg“ (6)	263
10) Über die Verteilung von industriellen und gewerblichen Waren in der SBZ	269
11) Lieferverpflichtung statt Holsystem im Interesse einer „geregelten Warenbewegung“ nach der „Anordnung über die Versandverpflichtung von Waren und die Einführung eines Warenbegleitscheines“	271
12) „Gegenwärtiger Warenweg für die volkseigenen Betriebe.“	272
13) Steigerung der Arbeitsproduktivität im volkseigenen, industriellen Sektor der SBZ/DDR	369
14) Die Folgen mangelnder Einsicht in Zielkontradiktionen	371
15) Kreislauf systemdeterminierter Mängel in der SBZ/DDR - Zentralplanwirtschaft	385

Tabellenverzeichnis

1) Der Volksentscheid in Sachsen vom 30. Juni 1946	70
2) Gesamtzahl der in Volkseigentum überführten Betriebe	70
3) Anteil der volkseigenen Industrie an der Gesamtproduktion einzelner Branchen	71
4) Gemeinden über 5.000 Einwohner und Landkreise in den Ländern der SBZ	85
5) Summe zonal geleiteter Vereinigungen volkseigener Betriebe nach dem Stand von 1948	88
6) Summe zonal geleiteter Vereinigungen volkseigener Betriebe im April 1949	88
7) Die in Länderverwaltung stehenden Vereinigungen volkseigener Betriebe im April 1949	88
8) Qualifikation der „leitenden Fachkräfte“ aller landesverwalteten Betriebe Mecklenburgs 1949	143
9) Idealversorgung laut „Die Wirtschaft“ von Mecklenburgs VEB mit Spezialisten	144
10) Planabweichung im Rahmen der Investitionsauflage 1949 des VEB Stahl- und Walzwerkes Riesa	151

11) Planabweichung im Rahmen der Investitionsauflage 1949 der VVB Braunkohlenverband Borna	166
12) Konfrontation betrieblicher Kostenvoranschläge und staatlicher Investauflage im VEB Stahl- und Walzwerk Riesa	171
13) Zusatzplanung und „endgültige Plansumme“ der VVB Kali und Salze im Juni und November 1949	175
14) Kostenarten und Kostenartengruppen. Planung von Betriebsleitung und Revision sowie Istkosten im VEB Papierfabrik Wernshausen für ganz 1949 und das 1. Halbjahr 1949	200
15) Kostenarten und Kostenartengruppen. Planung der Betriebsleitung sowie Istkosten des VEB Bergglashütte Gehlberg für ganz 1949 und das 1. Halbjahr 1949	201
16) Produktionsauflage für 1949 und das 1. Halbjahr 1949 sowie Istproduktion und Abweichung vom Plan im VEB Papierfabrik Wernshausen	214
17) Produktionsauflage für 1949 und das 1. Halbjahr 1949 sowie Istproduktion und Abweichung vom Plan im VEB Bergglashütte Gehlberg	215
18) Übersicht über Plan- und Bilanzbestände des VEB Geraer Wollen- und Seidenweberei	219
19) Unberücksichtigter Gegenvorschlag des VEB Geraer Wollen- und Seidenweberei zum gültigen Richtsatzplan	221
20) Abrechnung der Planaufgabe im VEB Geraer Wollen- und Seidenweberei sowie die entsprechende Planabweichung	229
21) Betriebsergebnis unter Berücksichtigung „berichtigter Planzahlen“	234
22) Berichtigter Betriebsverlust im VEB Papierfabrik Wernshausen	236
23) Fixe und variable Kosten im VEB Papierfabrik Wernshausen	244
24) Produktionssteigerung bis zum Überschreiten der „Gewinnschwelle“	245
25) Preise für Baustoffe, Stundenlöhne und Gemeinkostenzuschläge im Vergleich	308
26) Planabweichung im Rahmen der Investitionsauflage 1949 des VEB Stahl- und Walzwerkes Maxhütte Unterwellenborn	320
27) Lieferungen an das Baustofflager des VEB Stahl- und Walzwerke Hennigsdorf	321
28) Planabweichungen bei Investitions- und Produktionstätigkeit	396

Übersichtenverzeichnis

1) VVB in der SBZ 1949	87
2) Begründung für Planüberschreitung	156
3) „Materialengpässe“ nach zentraler Umverteilung	157
4) Begründungen vermeintlicher Planunterschreitungen	163
5) Interessengegenüberstellung: VEB - Zentralplanbehörde.	179
6) Handlungskalkül von Zentralverwaltung und volkseigenen Betrieben im System der SBZ/DDR Zentralplanwirtschaft 1949	383

Abkürzungsverzeichnis

A	Arbeit
A/K	$(Y/K)/(Y/A)$ Arbeitsintensität = Kapitalproduktivität/Arbeitsproduktivität
ABUS	Vereinigung volkseigener Betriebe für Ausrüstung von Bergbau und Schwerindustrie (Halle)
AO	Abgabenordnung
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament
ATG	Autotransportgemeinschaften
BAB	Betriebsabrechnungsbogen
BewR	Bewertungsrichtlinien
BGL	Betriebsgewerkschaftsleitung
BilREB	Bilanzierungs-Richtlinien für die Eröffnungsbilanz der volkseigenen Betriebe zum 1. Juli 1948
BIV	Bilanzierungs- und Inventur-Vorschriften vom 30. Juni 1949
BKV	Braunkohlenverwaltung
BMG	Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen
DEGB	Deutsche Emissions- und Girobank
DFWI	Deutsche Finanzwirtschaft
DHG	Deutsche Handelsgesellschaft
DHT	Deutsche Handelsgesellschaft (Textil) - Errichtet mit Anordnung der DWK vom 10. Juni 1949
DHZ	Deutsche Handelszentrale
DIB	Deutsche Investitionsbank
DN	Deutsche Notenbank
DTV	Deutsche Treuhandverwaltung
DWK	Deutsche Wirtschaftskommission
DZfV	Deutsche Zentralfinanzverwaltung
DZVI	Deutsche Zentralverwaltung der Industrie
EB	Energiebezirk
EKM	Vereinigung volkseigener Betriebe des Energie- und Kraftmaschinenbaus (Halle)
EKRI	Einheitskontenrahmen für die Industrie
EKRL	Einheitskontenrahmen für die Landwirtschaft
ESTDV	Einkommenssteuer-Durchführungsverordnung
ESTG	Einkommenssteuergesetz
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FND	Fachnachrichtendienst
FVVG	Fachvereinigung volkseigener Güter
Gesko	Vereinigung volkseigener Geräte- und Schachtbaubetriebe der Kohlenindustrie, Leipzig
GKS	Gemeinkostenzuschlag
GSOW	Wirtschaftsverwaltung beim Stab der sowjetischen Truppen in Deutschland
GUS	Vereinigung volkseigener Betriebe für Guß- und Schmiedeerzeugnisse (Leipzig)

GVVG	Gebietsvereinigung volkseigener Güter
HO	Handelsorganisation
HV	Hauptverwaltung
IFA	Vereinigung volkseigener Fahrzeugwerke (Chemnitz)
IKA	Vereinigung volkseigener Betriebe für Installation, Kabel und Apparate (Halle)
InvRSB	Inventur-Richtlinien für den Abschluß der volkseigenen Betriebe zum 31. Dezember 1948
K	Kapital
KMO	Karl-Marx-Orden
KStG	Körperschaftssteuergesetz
KWU	Kommunalwirtschaftsunternehmen
KWV	Kommunalwirtschaftsverordnung vom 24. November 1948
LBH	Vereinigung volkseigener Betriebe für Land-, Bau- und Holzbearbeitungsmaschinen (Leipzig)
LKB	Landeskreditbank
LKK	Landeskontrollkommission
LOWA	Vereinigung volkseigener Lokomotiv- und Waggonbaubetriebe (Wildau Kr. Teltow b/Berlin)
LPE	Leitfaden für die Prüfung der Eröffnungsbilanz der volkseigenen Betriebe zum 1. Juli 1948
LRS	Landesregierung Sachsen
LSKB	Sächsische Landeskreditbank
MAS	Maschinen - Ausleihstation
Mechanik	Vereinigung volkseigener Betriebe der Photo, Kino- und Büromaschinen-Industrie (Dresden)
MEWA	Vereinigung volkseigener Betriebe der Metallwaren-Industrie (Zwickau)
NAGEMA	Vereinigung volkseigener Betriebe des Maschinenbaues für Nahrungs- und Genußmittel, Kälte- und Wärme-Industrie (Dresden)
NF	Nationale Front (ab 1973 Nationale Front der DDR)
NSW	Nicht-sozialistisches Wirtschaftsgebiet
OPTIK	Vereinigung volkseigener Betriebe für optische Geräte (Jena)
PHV	Politische Hauptverwaltung (z.B. der Roten Armee)
POLYGRAPH	Vereinigung volkseigener Betriebe für den Bau von Druckerei- und Papierverarbeitungsmaschinen, Feuerlöschgeräten und Waagen (Dresden-Radebeul)
PVBI	Preisverordnungsblatt
RAVEB	Richtlinien für den Abschluß der volkseigenen Betriebe zum 31. Dezember 1948
RBO	Reichsbesoldungsordnung
RFB	Roter Frontkämpferbund
RFT	Vereinigung volkseigener Betriebe für Radio- und Fernmeldetechnik (Leipzig)
RGBI	Reichsgesetzblatt
RGO	Revolutionäre Gewerkschaftsopposition

RStBl	Reichssteuerblatt
RTA	Revisions- und Treuhandanstalt für die sowjetische Besatzungszone
SAG	Sowjetische Aktiengesellschaft
SAJ	Sozialistische Arbeiterjugend
SANAR	Vereinigung volkseigener Betriebe für sanitärtechnische Einrichtungen und Armaturen (Halle)
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SIK	Industriekontor Sachsen
SK	Sonderkonto
SKK	Sowjetische Kontrollkommission
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SPK	Staatliche Plankommission
SZS	Staatliche Zentralverwaltung für Statistik
TAN	Technisch begründete Arbeitsnorm
TB.	Technischer Prüfungsbericht
TEWA	Vereinigung volkseigener Betriebe technischer Eisenwaren (Chemnitz)
TEXTIMA	Vereinigung volkseigener Betriebe für Maschinen der Textil- und Bekleidungsindustrie (Chemnitz)
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei (seit 1917)
VB	Veranlagungsrichtlinien
VEB (K)	„Volkseigener Betrieb“ in kommunaler Verwaltung
VEB (L)	„Volkseigener Betrieb“ in Landesverwaltung
VEB (Z)	Zentral verwalteter, „volkseigener Betrieb“
VEB	Volkseigener Betrieb
VEM	Volkseigener Elektromaschinenbau (Leipzig)
VKA	Volkskontrollausschuß
VKZ	Verwaltungsgemeinkostenzuschlag
VM	Valutamark
VO	Verordnung
VVB	Vereinigung volkseigener Betriebe, später (1951-1958) Verwaltung volkseigener Betriebe
VVBB	Vereinigung volkseigener Betriebe Berlins
VVG	Vereinigung volkseigener Güter
VVO	Vaterländischer Verdienstorden
VWV	Vereinigung volkseigener Werften (Schwerin)
WMW	Vereinigung volkseigener Betriebe für Werkzeugmaschinenbau und Werkzeuge (Siegmar-Schönau)
WStVO	Wirtschaftsstrafverordnung
Y	Ausstoß
ZKK	Zentrale Kontrollkommission
ZPK	Zentrale Plankommission
ZPW	Zentralplanwirtschaft
ZVOBl	Zentralverordnungsblatt
ZVW	Zentralverwaltungswirtschaft

Quellen- und Literaturverzeichnis

Quellen

SPD-Archiv Bonn

Mat. Prof. Gleitze, Ohne Signatur: Organisation und Funktionsweise der VVB und ihre Bedeutung im Wirtschaftssystem der SBZ, Ausarbeitung eines früheren Mitarbeiters einer bezirksgeleiteten VVB, 1960.

Bundesarchiv Berlin, Abteilung DDR

Bestand der Deutschen Investitionsbank

BArch, DIB DN-3

140, 141, 204, 1093, 1094, 1095, 1247, 1339, 1354

Bestand der Revisions- und Treuhandanstalt für die sowjetische Besatzungszone

BArch, RTA DN-5

46, 261, 524, 526, 527, 528, 531, 537, 546, 561, 567, 578, 1132,

Bestand der Deutschen Zentralverwaltung der Industrie

BArch, DZVI G-2

1072

Amtliche Veröffentlichungen

- Amtsblatt der Kontrollrates in Deutschland
- Amtsblatt der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern
- Bundesgesetzblatt
- Fachnachrichtendienst
- Gesetze, Befehle, Verordnungen, Bekanntmachungen nach den Veröffentlichungen der Landesregierung Sachsen Loseblatt Kartei: Gesetze, Befehle, Verordnungen, Bekanntmachungen nach den Veröffentlichungen der Landesregierung Sachsen.
- Preisverordnungsblatt für die Sowjetische Besatzungszone in Deutschland 1948
- Regierungsblatt für Thüringen
- Verordnungsblatt für die Provinz Sachsen 1945
- Verordnungsblatt für Groß-Berlin (sowjetischer Sektor)
- Zentralverordnungsblatt

Zeitungen und Zeitschriften

● Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament	● Die Wirtschaft
● Der Spiegel	● Frankfurter Allgemeine Zeitung
● Der Volksbetrieb	● Neue Justiz
● Deutsche Finanzwirtschaft	● Neues Deutschland
● Deutschland-Archiv, Opladen	● Osteuropa Wirtschaft
● Die Welt	● Statistische Praxis

Literatur

- ABEKEN, Gerhard (1951), Geld- und Bankwesen in der sowjetischen Besatzungszone seit der Währungsreform, Bonn.
- ABEKEN, Gerhard (1954), Das Geld- und Bankwesen in der sowjetischen Besatzungszone und im Sowjetsektor Berlins von 1945 bis 1954, Bonn.
- ABEKEN, Gerhard (1955), Das Geld und Bankwesen der SBZ im Sowjetsektor Berlins von 1945 bis 1954, 2. erw. Aufl. (Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland).
- ABEKEN, Gerhard (1956), Die sowjetzonale Wirtschaftsexpansion und ihre Darstellung in der offiziellen Berichterstattung, in: Kollegium der Abteilungsleiter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (1956) (Hrsg.), Festgabe für Ferdinand Friedensburg zum 70. Geburtstage, Wirtschaftsforschung und Wirtschaftsführung, Vorträge und Aufsätze, Berlin, S. 179-198.
- ABEKEN, Gerhard (1956), Die wirtschaftliche Entwicklung in Mitteldeutschland unter dem ersten Fünfjahresplan, in: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv und Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (1956) (Hrsg.), Wirtschaftsdienst 1/1956, S. 33-35.
- ABELSHAUSER, Werner (1987), Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Frankfurt am Main.
- AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN DER UDSSR (1959) (Hrsg.), Grundlagen der marxistischen Philosophie, Moskau 1958, deutsche Ausgabe: Berlin.
- ALBRECHT, Ulrich (1992) und HEINEMANN-GRÜNDER, Andreas und WELLMANN, Arend, Die Spezialisten. Deutsche Naturwissenschaftler und Techniker in der Sowjetunion nach 1945, Berlin.
- AMBRÉE, Kurt (1972) und ENGELHARDT, Harald (Hrsg.), Lexikon der Wirtschaft, Preise, Berlin (Ost).
- APEL, Erich (1964) und MITTAG, Günter, Planmäßige Wirtschaftsführung und Ökonomische Hebel, Berlin (Ost).
- APELT, S. (1980) und NEUMANN, K., Datenbanken der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik - eine Hauptrichtung der EDV-Anwendung, in Wirtschaftswissenschaft Nr. 5/1980, S. 589.
- ARENDT, Hannah (1962), Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt a.M.
- ARLT, E. (1949), Technisch begründete Arbeitsnormen, in: Die Wirtschaft, Heft 11, Juni 1949, S. 374.
- Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11. Juni 1945, in: WEBER, Hermann (1963) (Hrsg.), Der deutsche Kommunismus - Dokumente, Köln und Berlin.
- AUTORENKOLLEKTIV (1970), Ökonomisches Lexikon A-Z, 2 Bde., Berlin.
- AUTORENKOLLEKTIV (1972), Lehrbuch Politische Ökonomie Sozialismus, Leipzig.
- AUTORENKOLLEKTIV (1978), Kleines politisches Wörterbuch, Berlin, 3. Aufl.
- AUTORENKOLLEKTIV (1981), Lexikon Leitung der sozialistischen Wirtschaft, Berlin (Ost).
- AUTORENKOLLEKTIV (1984), Wörterbuch der Ökonomie, Sozialismus, Berlin, 6. Aufl.
- AUTORENKOLLEKTIV (1986), Lexikon der Rechnungsführung und Statistik, Die Wirtschaft, Berlin (Ost).
- AUTORENKOLLEKTIV (1986), Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus, Lehrbuch für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium, Berlin (Ost), 12. Aufl.
- AUTORENKOLLEKTIV der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Institut für Ökonomie (1954, 1955, 1964), Politische Ökonomie, Lehrbuch, Berlin (Ost).
- AUTORENKOLLEKTIV unter Leitung von Günter Mittag (1969), Politische Ökonomie des Sozialismus und deren Anwendung auf die DDR, Vorwort von Walter Ulbricht, Berlin (Ost).
- AUTORENKOLLEKTIV unter Leitung von Heinz HEITZER (1975), DDR - Werden und Wachsen - Zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (Ost), 2. Aufl.

- BADSTÜBNER, Rolf (1994) und LOTH, Wilfried (Hrsg.), Wilhelm Piek - Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, Berlin.
- BÄHR, Johannes (2001), Industrie im geteilten Berlin (1945-1990). Die elektrotechnische Industrie und der Maschinenbau im Ost-West-Vergleich: Branchenentwicklung, Technologien und Handlungsstrukturen, Berlin.
- BARTHEL, Horst (1979), Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR, Berlin (Ost).
- BAUERNKÄMPER, Arnd (1997), Die tabuisierte Elite. Problembereiche, Fragen und Hypothesen der zeithistorischen Forschung über Führungsgruppen in der DDR, in: Potsdamer Bulletin für zeithistorische Studien Nr. 9, April 1997, S. 19-33.
- BAUMGARTNER, Gabriele (1996/97) und HEBIG, Dieter (Hrsg.), Biographisches Handbuch der SBZ/DDR 1945-1990, 2 Bde., München.
- Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, Sammelheft 1, 1945, Berlin 1946.
- BEHRENS, Fritz (1992), Abschied von der sozialen Utopie, Berlin.
- BENDER, Dieter (1990) und BERG, Hartmut u.a. (Hrsg.), Vahlens Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, Bd. I, München.
- BENZ, Wolfgang (1984), Die Gründung der Bundesrepublik, Von der Bizone zum souveränen Staat, München.
- BERGMANN, Christian (1999), Totalitarismus und Sprache, in: APuZ, 1999/38, S. 18-24.
- BERNER, Kurt (1990), Spezialisten hinter Stacheldraht. Ein deutscher Physiker enthüllt die Wahrheit, Berlin.
- BESSEL, Richard (1996) und JESSEN, Ralph (Hrsg.), Die Grenzen der Diktatur, Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen.
- BETTELHEIM, Charles (1956), Sowjetunion - Wirtschaftsverfassung, in: HdSW, Bd. IX, Stuttgart.
- BEYER, Achim (1972), Die Reformpolitik der DDR in den Parteitagebeschlüssen, in: HENSEL, Karl Paul (1972), Wirtschaftssysteme des Sozialismus im Experiment. Plan oder Markt?, Frankfurt, S. 107-148.
- BEYER, Achim (1980) u.a. (Hrsg.), Preisprobleme in der DDR, Analysen und Berichte aus Gesellschaft und Wissenschaft, Erlangen.
- BEYER, Achim (1980) und ERDMANN, Kurt und LAUTERBACH, Günter und MELZER, Manfred, Preisprobleme in der DDR, 2. erw. Auflage von Aktuelle Probleme des Preissystems in der DDR, Erlangen.
- BEYER, Achim (1983), Die Einheit von materieller und finanzieller Planung. Theoretischer Anspruch und wirtschaftliche Praxis, in: GUTMANN, Gernot (1983), Basisbereiche der Wirtschaftspolitik der DDR, Geld-, Finanz- und Preispolitik, Stuttgart, S. 11-42.
- BINZ, Alfred (1949), Neue Wege der Materialversorgung, in: Die Wirtschaft, Nr. 2, Januar 1949, S. 37f.
- BITTEL, Karl (1961) (Hrsg.), Das Potsdamer Abkommen und andere Dokumente aus der Zeit des zweiten Weltkrieges, Berlin, 9. Aufl.
- BMG (1953) (Hrsg.), Die eisen-schaffende Industrie in der sowjetischen Besatzungszone, in: Materialien zur Wirtschaftslage der sowjetischen Zone, 2. erw. Fassung.
- BMG (1954-1966) (Hrsg.), SBZ von A bis Z, Ein Taschenbuch über die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands, Bonn ²1954, ⁴1958, ⁵1959, ⁸1963, ⁹1965, ¹⁰1966.
- BMG (1955) (Hrsg.), Die chemische Industrie in der sowjetischen Besatzungszone, in: Materialien zur Wirtschaftslage der sowjetischen Zone.
- BMG (1956) (Hrsg.), Die Enteignungen in der sowjetischen Besatzungszone und die Verwaltung des Vermögens von nicht in der Sowjetzone ansässigen Personen, Bonn.
- BMG (1956) (Hrsg.), Die sowjetische Besatzungszone Deutschlands in den Jahren 1945-1954, Bonn/Berlin.
- BMG (1961) (Hrsg.), Die sowjetische Besatzungszone Deutschlands in den Jahren 1955-1958, Bonn/Berlin.
- BMG (1964) (Hrsg.), Die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands in den Jahren 1945 - 1955, Bonn/Berlin.

- BOELCKE, Willi A. (1986), *Der Schwarz-Markt 1945-1948. Vom Überleben nach dem Kriege*, Braunschweig.
- BOHNET, Armin (1983), Preissystem und Preispolitik im Wirtschaftssystem der DDR, in: GUTMANN, Gernot (1983), *Basisbereiche der Wirtschaftspolitik der DDR, Geld-, Finanz- und Preispolitik*, Stuttgart, S. 43-70.
- BORCHERT, Hans (1970) (Hrsg.), *Lexikon der Wirtschaft, Industrie*, Berlin (Ost).
- BOSCH, Werner (1960), *Marktwirtschaft - Befehlswirtschaft; Vergleich der Wirtschaftsordnungen in West- und Mitteldeutschland*, Heidelberg.
- BOUVIER, Beatrix W. (1991) und SCHULZ, Horst-Peter, „... die SPD aber aufgehört hat zu existieren“, *Sozialdemokraten unter sowjetischer Besatzung*, Bonn.
- BRACHER, Karl-Dietrich (1988), Die Aktualität des Totalitarismusbegriffs, in: LÖW, Konrad (1988) (Hrsg.), *Totalitarismus contra Freiheit. Begriff und Realität*, München, S. 19ff..
- BROOSCH, Karsten (1998), *Die Währungsreform 1948 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Eine Untersuchung des Geldes beim Übergang zur sozialistischen Planwirtschaft in der SBZ/DDR*, Herdecke.
- BROSZAT, Martin (1990) und WEBER, Hermann (Hrsg.), *SBZ-Handbuch, Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949*, München, 2. Aufl.
- BRUNNER, Otto (1972) und Conze, Werner und KOSELLECK, Reinhart (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Stuttgart.
- BRUTZKUS, Boris (1929), *Die Lehren des Marxismus im Lichte der russischen Revolution*, Berlin.
- BUCHARIN, Nikolai Ivanovic (1918), *Das Programm der Kommunisten*, Essen.
- BUCHHEIM, Christoph (1997), Industriestaat DDR, in: HAUS DER GESCHICHTE DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND (1997) (Hrsg.), *Markt oder Plan, Wirtschaftsordnungen in Deutschland 1945-1961*, Frankfurt a.M., New York, S. 64-75
- BUCHWITZ, Otto (1956), *Brüder, In Eins nun die Hände*, Berlin (Ost).
- BUCK, Hannsjörg F. (1967), Ungelöste ökonomische Grundprobleme. Das „Neue ökonomische System“ - ein überlegenes wirtschaftliches Lenkungssystem?, in: *SBZ Archiv*, Nr. 1-2, Januar 1967, S. 3-7.
- BUCK, Hannsjörg F. (1969), *Technik der Wirtschaftslenkung in kommunistischen Staaten. Funktionsweise und Funktionsschwächen der Zentralplanwirtschaft sowjetischen Typs in der UdSSR in Mitteldeutschland und in den osteuropäischen Ländern*, Coburg.
- BUCK, Hannsjörg F. (1970) und BROCKHOFF, Klaus, *Wirtschaftliche Konzentration und Betriebsgrößentheorie in sozialistischen Wirtschaften*, in: *Deutschland-Archiv*, 1970/3, S. 225-266.
- BUCK, Hannsjörg F. (1971), Umkehr zur administrativen Befehlswirtschaft als Folge nicht behobener Steuerungsdefekte der Wirtschaftsreformkonzeption, in: GLEITZE, Bruno und THALHEIM, Karl C. und BUCK, Hannsjörg und FÖRSTER, Wolfgang (1971), *Das ökonomische System der DDR nach dem Anfang der siebziger Jahre*, Berlin, S. 77-108.
- BUCK, Hannsjörg F. (1973), Informationsleistungen der Preise in der Zentralplanwirtschaft sowjetischen Typs unter Bezug auf die Verhältnisse in Marktwirtschaften, Sonderdruck aus: WATRIN, Christian (1973) (Hrsg.), *Information, Motivation und Entscheidung, Studien zum Vergleich von Wirtschaftssystemen*, Berlin.
- BUCK, Hannsjörg F. (1983), Forschungs- und Technologiepolitik der DDR. Ziele, Lenkungsinstrumente, Mobilisierungsmittel und ihre Ergebnisse, in: GUTMANN, Gernot (1983) (Hrsg.), *Das Wirtschaftssystem der DDR. Wirtschaftspolitische Gestaltungsprobleme*, Stuttgart/New York, S. 229ff.
- BUCK, Hannsjörg F. (1988), *Der innerdeutsche Handel (Bedeutung, Rechtsgrundlagen, Geschichte, Organisation, Entwicklung, Probleme und politisch-ökonomischer Nutzen)*, in: *Innerdeutsche Rechtsbeziehungen, Schriften der Deutschen Richterakademie Trier*, Bd. IV, Heidelberg.

- BUCK, Hannsjörg F. (1988), Staatshaushalt und Finanzpolitik der DDR-Regierung für das Haushaltsjahr 1988. Analysen und Berichte Nr. 3/1988, hrsgg. vom GESAMTDEUTSCHEN INSTITUT, Bonn.
- BUCK, Hannsjörg F. (1991), Von der staatlichen Kommandowirtschaft der DDR zur sozialen Marktwirtschaft des vereinten Deutschland, Düsseldorf.
- BUCK, Hannsjörg F. (1996) und GUTMANN, Gernot., Die Zentralplanwirtschaft der DDR - Funktionsweise, Funktionsschwächen und Konkursbilanz, in: KUHRT, Eberhard und BUCK, Hannsjörg F. und HOLZWEIßIG, Gunter (1996) (Hrsg.), Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den 80er Jahren, Opladen, S. 7-54.
- BUCK, Hannsjörg F. (1996) und HOLZWEIßIG, Gunter und KUHRT, Eberhard (Hrsg.), Die SED-Herrschaft und ihr Zusammenbruch, Opladen.
- BUCK, Hannsjörg F. (1996) und HOLZWEIßIG, Gunter und KUHRT, Eberhard (Hrsg.), Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den 80er Jahren, Opladen.
- BUCK, Hannsjörg F. (1997), Öffentliche Finanzwirtschaft im SED-Staat und ihrer Transformationsprobleme, Bonn.
- BUCK, Hannsjörg F. (1998), Die DDR-Statistik: Manipulation zur Festigung der Diktatur, in: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Nr. 77, September 1998, S. 58.
- BUCK, Hansjörg F. (1995), Formen, Instrumente und Methoden zur Verdrängung, Einbeziehung und Liquidierung der Privatwirtschaft in der SBZ/DDR, in: DEUTSCHER BUNDESTAG (12. WAHLPERIODE) (1995) (HRSG.), ENQUETE-KOMMISSION „AUFARBEITUNG VON GESCHICHTE UND FOLGEN DER SED-DIKTATUR IN DEUTSCHLAND“, Bd. II,2, Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung, Frankfurt, S. 1070-1213.
- BUDE, Roland und VERBAND EHEMALIGER ROSTOCKER STUDENTEN e.V. (1994), Namen und Schicksale der von 1945 bis 1962 in der SBZ-DDR verhafteten und verschleppten Professoren und Studenten, Reprint von 1962, Dannenberg/Elbe.
- BUES, Rüdiger (1996), Das Bankensystem der ehemaligen DDR bis 1990 - seine Organisation und Wirksamkeit innerhalb des zentralgeplanten Wirtschaftssystems, Berlin.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN (1985) (Hrsg.), ZIMMERMANN, Hartmut und ULRICH, Horst und FEHLAUER, Michael, DDR Handbuch, 2 Bde., 3. Aufl., Köln.
- CERNY, Jochen (1992), Wer war Wer - DDR... Ein biographisches Lexikon, Berlin.
- CIESLA, Burghard (1993), Der Spezialistentransfer in die UdSSR und seine Auswirkungen in der SBZ und DDR, in: APuZ, 3. Dezember.
- CIESLA, Burghard (1995), Demontage und betriebliche Selbstorganisation in der SBZ, in: Berliner Debatte INITIAL 4/5 1995, S. 93f.
- CORDES, Walter (1984) (Hrsg.), Eugen Schmalenbach, Der Mann - Sein Werk - Die Wirkung, Stuttgart.
- CORNELSEN, Doris (1984) und MELZER, Manfred und SCHERZINGER, Angela, DDR-Wirtschaftssystem: Reform in kleinen Schritten, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Berlin, Heft 2/1984, S. 200-223.
- COURTOIS, Stéphane (1998) und WERTH, Nicolas u.a., Das Schwarzbuch des Kommunismus, Unterdrückung, Verbrechen und Terror, München.
- CREUZBERGER, Stefan (1996), Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, Köln-Weimar.
- DECKERS, Josef (1974), Die Transformation des Bankensystems in der SBZ/DDR von 1945 bis 1952, Berlin.
- DEUTSCHE BUNDESBANK (1976) (Hrsg.), Deutsches Geld- und Bankwesen in Zahlen 1876 bis 1975, Frankfurt am Main.
- DEUTSCHE BUNDESBANK (1976) (Hrsg.), Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876-1975, Frankfurt am Main.
- DEUTSCHER BUNDESTAG (12. WAHLPERIODE) (1995) (HRSG.), ENQUETE-KOMMISSION „AUFARBEITUNG VON GESCHICHTE UND FOLGEN DER SED-DIKTATUR IN DEUTSCHLAND“, 9 Bände in 18 Teilbänden, Frankfurt.

- DEUTSCHER BUNDESTAG (13. WAHLPERIODE) (1999) (Hrsg.), Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, 8 Bände in 14 Teilbänden, Frankfurt.
- DEUTSCHES INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE (1954) (Hrsg.), Geschichtliche Zeit-Tafeln, Deutsche Demokratische Republik, Berlin.
- DEUTSCHES INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE (1957) (Hrsg.), Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Bd. 1, Vom Potsdamer Abkommen am 2. August 1945 bis zur Erklärung über die Herstellung der Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik am 25. März 1954, Berlin-Ost.
- DJILAS, Milovan (1962), Gespräche mit Stalin, Frankfurt.
- DONDA, Arno (1974) (Hrsg.), Lexikon der Wirtschaft, Rechnungsführung und Statistik, Berlin (Ost).
- DONDA, Arno (1991), Zahlen lügen nicht, in: ZIMMERMANN, Brigitte und SCHÜTT, Hans-Dieter (1991) (Hrsg.), Ohnmacht. DDR-Funktionäre sagen aus, Berlin.
- DÖRNER, Dietrich (1992), Die Logik des Mißlingens. Strategisches Denken in komplexen Situationen, Hamburg.
- DRATH, Martin (1963), Totalitarismus in der Volksdemokratie, Vorwort, in: RICHERT, Ernst (1963), Macht ohne Mandat, Köln-Opladen, S. XI ff.
- DUHNKE, Horst (1955), Stalinismus in Deutschland. Die Geschichte der Sowjetischen Besatzungszone, Köln.
- DÜRR, Ernst (1996), Die Soziale Marktwirtschaft. Ausgangssituation, Programm, Realisierung, in: SCHNEIDER, Jürgen und HARBRECHT, Wolfgang (1996) (Hrsg.), Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in Deutschland (1933-1993), Stuttgart, S. 383-395.
- DÜRR, Tobias (1993) und SCHMIDTKE, Klaus und WALTER, Franz, Die SPD in Sachsen und Thüringen zwischen Hochburg und Diaspora. Untersuchungen auf lokaler Ebene vom Kaiserreich bis zur Gegenwart, Bonn.
- DWK, HV MATERIALVERSORGUNG (1949) (Hrsg.), Verzeichnis der planmäßig zu verteilenden Waren“, Berlin, 11. März 1949.
- EBEL, Horst (1990), Abrechnung. Das Scheitern der Planwirtschaft, Berlin.
- ECKART, Gabriele (1984) (Hrsg.), So sehe ick die Sache, Protokolle aus der DDR, Leben im Havelländischen Obstanbaugebiet, Köln.
- ECKERT, Rainer (1994) und KOWALCZUK, Ilko-Sascha und STARK, Isolde (Hrsg.), Hure oder Muse? Klio in der DDR, Dokumente und Materialien des Unabhängigen Historiker-Verbandes, Berlin.
- EHLERT, Willi (1969) u.a. (Hrsg.), Wörterbuch der Ökonomie Sozialismus, Berlin (Ost), S. 892f.
- EHRLICHER, Werner (1968) und ESENWEIN-ROTHER, Ingeborg u.a. (Hrsg.), Kompendium der Volkswirtschaftslehre, Göttingen.
- EHRLICHER, Werner (1968), Geldtheorie, in: EHRLICHER, Werner und ESENWEIN-ROTHER, Ingeborg u.a. (1968) (Hrsg.), Kompendium der Volkswirtschaftslehre, Göttingen, S. 5ff.
- EICHLER, Erich (1948), Das Vorschlagswesen - ein wichtiger Faktor des betrieblichen Aufbaus, in: Der Volksbetrieb, Dezember 1948, S. 270f.
- EPPELMANN, Rainer (1996) und MÖLLER, Horst und NOOKE, Günter und WILMS, Dorothee (Hrsg.), Lexikon des DDR-Sozialismus, Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Paderborn.
- ERHARD, Ludwig (1957), Wohlstand für alle, Düsseldorf.
- ERLER, Peter (1994) und LAUDE, Horst und WILKE, Manfred (Hrsg.), „Nach Hitler kommen wir“, Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Berlin.
- ERMER, Matthias (2000), Von der Reichsmark zur Deutschen Mark der Deutschen Notenbank. Zum Binnenwährungsumtausch in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (Juni/Juli 1948), Stuttgart.

- EUCKEN, Walter (1951), Unser Zeitalter der Mißerfolge. Fünf Vorträge zur Wirtschaftspolitik, Tübingen.
- EUCKEN, Walter (1952/90), Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Tübingen 6. Aufl. 1990.
- EUCKEN, Walter (1965), Die Grundlagen der Nationalökonomie, Berlin, 8. Aufl.
- FAIT, Barbara (1990), Landesregierungen und -verwaltungen, in: BROZAT, Martin und WEBER, Hermann (1990) (Hrsg.), SBZ-Handbuch, Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949, München, 2. Aufl., S. 73f.
- FISCHER, Alexander (1993) (Hrsg.), Studien zur Geschichte der SBZ/DDR, Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Band 38, Berlin.
- FOITZIK, Jan (1990), Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD), in: BROZAT, Martin und WEBER, Hermann (1990) (Hrsg.), SBZ-Handbuch, Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949, München, 2. Aufl., S. 7f.
- FOITZIK, Jan (1995), Inventar der Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945-1949 - offene Serie - , München, New Providence u.a.
- FORGBERT, Erhard (1949), Großer Bedarf an Fachkräften in volkseigenen Betrieben, in: Die Wirtschaft, Mai 1949, Heft 10, S. 335f.
- FÖRSTER, Wolfgang (1967), Rechnungswesen und Wirtschaftsordnung, Berlin/München.
- FRENKEL, Erdmann (1953), Steuerpolitik und Steuerrecht in der sowjetischen Besatzungszone, 3. erw. Aufl., (Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland).
- FRENZEL, Paul (1989), Die rote Mark - Perestroika für die DDR, Herford.
- FRENZEL, Paul (1994), 40 verlorene Jahre. Erinnerungen an die Diktaturen des Nationalen und des Realen Sozialismus, Stuttgart.
- FREYER, H. (1982) und HACKER, W. und Autorenkollektiv, Lexikon der Wirtschaft: Arbeit, Bildung, Soziales, Berlin (Ost).
- FRIEBE, Siegfried (1957), Der Kredit in der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs (= Wirtschaftswissensch. Veröff. d. Osteuropa-Instituts a. d. freien Univ. Berlin Bd. 5), Berlin.
- FRIEDRICH, Carl Joachim (1957) und BRZEZINSKI, Zbigniew, Totalitäre Diktatur, Stuttgart.
- FRITSCH-BOURNAZEL, Renata (1979), Die Sowjetunion und die deutsche Teilung - Die sowjetische Deutschlandpolitik 1945 - 1979, Opladen.
- FRITZE, Lothar (1993), Panoptikum DDR-Wirtschaft, Machtverhältnisse Organisationsstrukturen Funktionsmechanismen, München.
- FÜRST, Walter (1998) und HARTTE, Horst, Von der Schlußbilanz in Mark der DDR per 30.6.1990 zur Eröffnungsbilanz am 1.7.1990 gemäß DM-Bilanzgesetz, unv. Manuskript.
- GALLUS, Werner (1959), Zur Kritik der sowjetischen Wirtschaftslehre (Politökonomie), Pfaffenhofen, 2. Aufl.
- GANDER, M. (1954) und WULFF, L., Erläuterungen und Gerichtsentscheidungen. Gesetz zum Schutze des Volkseigentums und anderen gesellschaftlichen Eigentums. Gesetz zum Schutze des innerdeutschen Handels, Wirtschaftsstrafverordnung, Berlin.
- GAUCK, Joachim (1998), Vom schwierigen Umgang mit der Wahrnehmung, in: COURTOIS, Stéphane und WERTH, Nicolas u.a. (1998), Das Schwarzbuch des Kommunismus, Unterdrückung, Verbrechen und Terror, München, S. 885-894.
- GERHARD, Hans-Jürgen (1997) (Hrsg.), Struktur und Dimension, Festschrift für Karl Heinrich Kaufhold zum 65. Geburtstag, Bd. II, Stuttgart.
- GERNITZ, Sylvia (1993), Freital, Geschichten, Gestalten, Geschichte, Böblingen.
- GEULEN, Dieter (1999), Politische Sozialisation der staatsnahen Intelligenz in der DDR, in: APuZ, Nr. 12 1999, S. 3-14.
- GLAEBNER, Gerd-Joachim (1982), Sozialistische Systeme. Einführung in die Kommunismus- und DDR-Forschung, Opladen.

- GLAEBNER, Gerd-Joachim (1989), Die andere deutsche Republik. Gesellschaft und Politik in der DDR, Opladen.
- GLEITZE, Bruno (1951), Die Wirtschaftsstruktur der Sowjetzone und ihre gegenwärtigen sozial- und wirtschaftsrechtlichen Tendenzen, Bonn.
- GLEITZE, Bruno (1956), Ostdeutsche Wirtschaft - industrielle Standorte und volkswirtschaftliche Kapazitäten des ungeteilten Deutschland, Berlin.
- GLEITZE, Bruno (1957), Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme einer Wiedervereinigung Deutschlands, in: Wirtschaftswissenschaftliche Mitteilungen, Köln, Nr. 10/1957, S. 3-8.
- GLEITZE, Bruno (1961), Sowjetzonenwirtschaft in der Krise, Köln.
- GLEITZE, Bruno (1964) und THALHEIM, Karl C., Schuld an der Krise ist das System, Die Wirtschaftsentwicklung in der Sowjetzone unter der Lupe, in: DIE WELT, 10. Juli 1964, S. 6.
- GLEITZE, Bruno (1964), Die Industrie der Sowjetzone unter dem gescheiterten Siebenjahrplan, Berlin.
- GLEITZE, Bruno (1971) und THALHEIM, Karl C. und BUCK, Hannsjörg und FÖRSTER, Wolfgang, Das ökonomische System der DDR nach dem Anfang der siebziger Jahre, Berlin.
- GLEITZE, Bruno (1971), Planvollzug der abgelaufenen Perspektivpläne der DDR und die Zielsetzungen des Fünfjahrplanes 1971-1975, in: GLEITZE, Bruno und THALHEIM, Karl C. und BUCK, Hannsjörg und FÖRSTER, Wolfgang (1971), Das ökonomische System der DDR nach dem Anfang der siebziger Jahre, Berlin, S. 9-51.
- GNIFFKE, Erich Walter (1966), Jahre mit Ulbricht, Köln.
- GORBATSCHOW, Michail (1987), Perestroika, Die zweite russische Revolution, Eine neue Politik für Europa und die Welt, München.
- GÖTZ, Hans Herbert (1989), Honecker - und was dann, 40 Jahre DDR, Herford.
- GRAML, Hermann (1988), Die Alliierten und die Teilung Deutschlands - Konflikte und Entscheidungen 1941 - 1948, Frankfurt a.M., 3. Aufl.
- GROLL, Herbert (1948), Die Ostzone, in: RÜMELIN, Hans A. (1948) (Hrsg.), so lebten wir... Ein Querschnitt durch 1947, erneut herausgegeben und eingeleitet von Jürgen SCHNEIDER, Stuttgart 1997, S. 45-52.
- GRÜNIG, Ferdinand (1947), Die Wirtschaftstätigkeit nach dem Zusammenbruch im Vergleich zur Vorkriegszeit, in: DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (1947) (Hrsg.), Die deutsche Wirtschaft zwei Jahre nach dem Zusammenbruch, Berlin.
- GRÜNIG, Ferdinand (1950), Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für die sowjetische Besatzungszone, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, 1/1950.
- GUMPRECHT, Horst (1958), Probleme des Produktionsablaufes in der sozialistischen Industrie der DDR, Wirtschaftswissenschaftliche Information Heft 6-7/1958, Berlin.
- GUTENBERG, Erich (1951), Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, Bd. I, Die Produktion, Berlin Göttingen Heidelberg.
- GUTMANN, Gernot (1980), Die Wirtschaft der DDR, in: HdWW, 22. Lieferung, Stuttgart/New York, S. 735-762.
- GUTMANN, Gernot (1983) (Hrsg.), Basisbereiche der Wirtschaftspolitik in der DDR. Geld-, Finanz- und Preispolitik, Asperg.
- GUTMANN, Gernot (1983) (Hrsg.), Das Wirtschaftssystem der DDR. Wirtschaftspolitische Gestaltungsprobleme, Stuttgart/New York.
- GUTMANN, Gernot (1983), Basisbereiche der Wirtschaftspolitik der DDR, Geld-, Finanz- und Preispolitik, Stuttgart.
- GUTMANN, Gernot (1995) und KLEIN, Werner, Herausbildungs- und Entwicklungsphasen der Planungs-, Lenkungs- und Kontrollmechanismen im Wirtschaftssystem, in: DEUTSCHER BUNDESTAG (12. WAHLPERIODE) (1995) (HRSG.), ENQUETE-KOMMISSION „AUFARBEITUNG VON GESCHICHTE UND FOLGEN DER SED-DIKTATUR IN DEUTSCHLAND“, Bd. II,3, Machtstrukturen und Entscheidungs-

- mechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung, Frankfurt, S. 1579-1647.
- GUTMANN, Gernot (1995), „Der Einsatz der Volkswirtschaft der DDR für das Erreichen politischer Ziele der SED“, Vortrag, in: DEUTSCHER BUNDESTAG (12. WAHLPERIODE) (1995) (HRSG.), ENQUETE-KOMMISSION „AUFARBEITUNG VON GESCHICHTE UND FOLGEN DER SED-DIKTATUR IN DEUTSCHLAND“, Bd. II,1, Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung, Frankfurt, S. 641-650.
- GUTMANN, Gernot (1999), Kreditwesen, Geld- und Währungssystem in der DDR und seine Umstellung im Zuge der Währungsunion, in: DEUTSCHER BUNDESTAG (13. WAHLPERIODE) (1999) (Hrsg.), Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, Bd. III,2, Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik, Frankfurt, S. 1268-1325.
- GÜTTLER, Markus (1996), Die Grenzen der Kontrolle. Das statistische Informationssystem und das Versagen zentralistischer Planwirtschaft in der DDR, in: BESSEL, Richard und JESSEN, Ralph (1996) (Hrsg.), Die Grenzen der Diktatur, Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen, S. 253-273.
- HAENDCKE-HOPPE-ARNDT, Maria (1987), Die DDR-Außenwirtschaft am Beginn der Fünfjahresplanperiode 1986-90, in: Deutschland Archiv 1/1987, S. 50ff.
- HAENDCKE-HOPPE-ARNDT, Maria (1989), Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden deutschen Staaten, in: 40 Jahre innerdeutsche Beziehungen, Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Berlin, Bd. 29, S. 119-139.
- HAENDCKE-HOPPE-ARNDT, Maria (1995), Interzonenhandel/Innerdeutscher Handel, in: DEUTSCHER BUNDESTAG (12. WAHLPERIODE) (1995) (HRSG.), ENQUETE-KOMMISSION „AUFARBEITUNG VON GESCHICHTE UND FOLGEN DER SED-DIKTATUR IN DEUTSCHLAND“, Bd. V,2, Baden-Baden, S. 1543ff.
- HAENDCKE-HOPPE-ARNDT, Maria (1995), Wer wußte was? Der ökonomische Niedergang der DDR, in: HELWIG, Gisela (1995) (Hrsg.), Rückblicke auf die DDR, Festschrift für Ilse Spittmann-Rühle, Köln, S. 120-131.
- HAENDCKE-HOPPE-ARNDT, Maria (1996), Außenwirtschaft und innerdeutscher Handel, in: KUHRT, Eberhard und BUCK, Hannsjörg F. und HOLZWEIßIG, Gunter (1996) (Hrsg.), Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den 80er Jahren, Opladen, S. 55-66.
- HALDER, Winfrid (1996), Der Volksentscheid in Sachsen 1946, in: SCHNEIDER, Jürgen und HARBRECHT, Wolfgang (1996) (Hrsg.), Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in Deutschland (1933 - 1993), Stuttgart, S. 105-129.
- HALM, Georg (1929), Die Konkurrenz, München.
- HALM, Georg (1929), Ist der Sozialismus wirtschaftlich möglich?, Berlin.
- HAMEL, Hannelore (1966), Das sowjetische Herrschaftsprinzip des demokratischen Zentralismus in der Wirtschaftsordnung Mitteldeutschlands, Berlin.
- HAMEL, Hannelore (1983) und LEIPOLD, Helmut und SCHÜLLER, Alfred (Hrsg.), Innovationsprobleme in Ost und West, Stuttgart/New York.
- HAMEL, Hannelore (1983), Reformen des Wirtschaftsmechanismus, in: Leipold, Helmut und Schüller, Alfred (1983) (Hrsg.), Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen 30/1983, S. 27-49.
- HAMEL, Hannelore (1987) und LEIPOLD, Helmut, Wirtschaftsreformen in der DDR - Ursachen und Wirkungen, Marburg.
- HAMEL, Hannelore (1989) (Hrsg.), Soziale Marktwirtschaft - Sozialistische Planwirtschaft, Ein Vergleich Bundesrepublik Deutschland - DDR, München, 5. Aufl.
- HAMEL, Hannelore (1989), Ordnungspolitische Gestaltung der Wirtschaftssysteme, in: Dies. (1989) (Hrsg.), Soziale Marktwirtschaft - Sozialistische Planwirtschaft, Ein Vergleich Bundesrepublik Deutschland - DDR, München, 5. Aufl., S. 25-60.
- HANDKE, Georg (1948), Radikale Verkürzung des Warenweges, in: Die Wirtschaft, Dezember 1948, Heft 18, S. 565ff.
- HARTTE, Horst (2000), Die wirtschaftliche Rechnungsführung der Betriebe in der Zentralverwaltungswirtschaft der DDR und der Übergang von der Schlußbilanz in Mark

- der DDR zum 30. Juni 1990 auf die DM-Eröffnungsbilanz zum 1. Juli 1990, Bamberg (In Vorbereitung).
- HASS, Gerhart u.a. (1971) (Hrsg.), Biographisches Lexikon zur deutschen Geschichte, Von den Anfängen bis 1945, Berlin.
- HASSELBLATT, Dieter (1984) (Hrsg.), Orwells Jahr. Ist die Zukunft von gestern die Gegenwart von heute?, Frankfurt a.M.
- HAYEK, Friedrich August von (1952), Individualismus und wirtschaftliche Ordnung, Zürich.
- HAYEK, Friedrich August von (1976), Der Weg zur Knechtschaft, München.
- HEFELE, Peter (1998), Die Verlagerung von Industrie- und Dienstleistungsunternehmen aus der SBZ/DDR nach Westdeutschland. Unter besonderer Berücksichtigung Bayerns (1945-1961), Stuttgart.
- HEIMANN, Christian (1997), Systembedingte Ursachen des Niedergangs der DDR-Wirtschaft, Das Beispiel der Textil- und Bekleidungsindustrie 1945-1989, Frankfurt.
- HELWIG, Gisela (1995) (Hrsg.), Rückblicke auf die DDR, Festschrift für Ilse Spittmann-Rühle, Köln.
- HENSEL, Karl Paul (1954/1979), Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft. Eine vergleichende Untersuchung idealtypischer Lenkungssysteme an Hand des Problems der Wirtschaftsrechnung, Stuttgart/New York ³1979 (erstmalig erschienen 1954).
- HENSEL, Karl Paul (1960/1961), Strukturgegensätze oder Angleichungstendenzen der Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme von Ost und West? (1960/61), in: HENSEL, Karl Paul (1977), Systemvergleich als Aufgabe, Aufsätze und Vorträge, Stuttgart/New York, S. 208-223.
- HENSEL, Karl Paul (1961), Die Funktionen der Preise in der Marktwirtschaft und in der zentralen Planwirtschaft, in: Handelsblatt, Europäische Volksrepubliken, Juli 1961 sowie in: DERS. (1977), Systemvergleich als Aufgabe, Aufsätze und Vorträge, Stuttgart/New York, S. 73-76.
- HENSEL, Karl Paul (1964), Planwirtschaft, in: HdSW, Stuttgart, Bd. VIII/1964, S. 325-338
- HENSEL, Karl Paul (1967), Das Problem der Mitbestimmung aus gesamtwirtschaftlicher Sicht, in: ORDO, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Band XVIII, Düsseldorf/München 1967, S. 251-277, ebenfalls abgedruckt in: DERS. (1977), Systemvergleich als Aufgabe, Aufsätze und Vorträge, Stuttgart/New York, S. 92-109.
- HENSEL, Karl Paul (1969), Annäherung der Wirtschaftssysteme?, in: Deutsche Studien, Heft 27, Bremen 1969, S. 225-243, ebenfalls abgedruckt in: HENSEL, Karl Paul (1977), Systemvergleich als Aufgabe, Aufsätze und Vorträge, Stuttgart/New York, S. 224-239.
- HENSEL, Karl Paul (1970), Das Verhältnis von Allokations- und Wirtschaftssystemen, in: BOETTCHER, E. (1970), Beiträge zum Vergleich von Wirtschaftssystemen, Berlin, S. 37ff.
- HENSEL, Karl Paul (1970), Der Zwang zum wirtschaftspolitischen Experiment in zentral gelenkten Wirtschaften, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Band 184, Heft 4-5/1970, Stuttgart, S. 349-359, ebenfalls abgedruckt in: DERS. (1977), Systemvergleich als Aufgabe, Aufsätze und Vorträge, Stuttgart/New York, S. 173-182.
- HENSEL, Karl Paul (1971), Wirtschaftssysteme - Zwangsläufigkeit oder alternative Gestaltung?, Sonderdruck aus: BLAICH, F. und BOG, I. und GUTMANN, G. und HENSEL, K. P. (1971), Wirtschaftssysteme zwischen Zwangsläufigkeit und Entscheidung, Stuttgart.
- HENSEL, Karl Paul (1972), Das Profitprinzip - seine ordnungspolitischen Alternativen in sozialistischen Wirtschaftssystemen, in: HENSEL, K. P. und WAGNER, U. und WESSELY, K. (1972), Das Profitprinzip - seine ordnungspolitischen Alternativen in sozialistischen Wirtschaftssystemen, Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen, Heft 19/1972, Stuttgart, S. 4-22 sowie in: HENSEL, Karl Paul (1977), Systemvergleich als Aufgabe, Aufsätze und Vorträge, Stuttgart/New York, S. 77-91.

- HENSEL, Karl Paul (1972), *Wirtschaftssysteme des Sozialismus im Experiment. Plan oder Markt?*, Frankfurt.
- HENSEL, Karl Paul (1977), hrsgg. von HAMEL, Hannelore (1977), *Systemvergleich als Aufgabe, Aufsätze und Vorträge*, Stuttgart/New York.
- HENSEL, Karl Paul (1978), *Grundformen der Wirtschaftsordnung. Marktwirtschaft - Zentralverwaltungswirtschaft*, München, 3. Aufl.
- HENTZE, Gertraute (1949), *Die Überwachung der Finanzplanung*, in: DFWI, Nr. 7/8, Juli 1949, *Finanzwirtschaft und Finanzplanung, Handbuch für die Praxis*, S. 42ff.
- HERBST, Andreas (1994) und RANKE, Winfried und WINKLER, Rügen (Hrsg.), *So funktionierte die DDR*, Bd. I u. II, *Lexikon der Organisationen und Institutionen*, Bd. III, *Lexikon der Funktionäre*, Hamburg.
- HERBST, Andreas (1997) und STEPHAN, Gerd-Rüdiger und Winkler, Jürgen (Hrsg.), *Die SED. Geschichte - Organisation - Politik. Ein Handbuch*, Berlin.
- HERBST, Ludolf (1982), *Der totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft*, Stuttgart.
- HERBST, Ludolf (1997), *Von der NS-Kriegswirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft und zur zentralen Planwirtschaft*, in: HAUS DER GESCHICHTE DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND (1997) (Hrsg.), *Markt oder Plan, Wirtschaftsordnungen in Deutschland 1945-1961*, Frankfurt a.M., New York, S. 15-31.
- HERTLE, Hans-Hermann (1990) und Pirker, Theo und WEINER, Rainer, *Der Honecker muß weg! Protokoll eines Gespräches mit Günter Schabowski am 24. April 1990*, in: *Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung* Nr. 35/1990, Berlin.
- HERTLE, Hans-Hermann (1991), *Vor dem Bankrott der DDR. Dokumente des ZK der SED aus dem Jahre 1988 zum Scheitern der 'Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik'*, in: *Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung*, Nr. 63/1991, Berlin.
- HERTLE, Hans-Hermann (1997) und STEPHAN, Gerd-Rüdiger (Hrsg.), *Das Ende der SED. Die letzten Tage des Zentralkomitees*, Berlin.
- HESSE, H. (1988) (Hrsg.), *Wirtschaftswissenschaft und Ethik. Schriften des Vereins für Socialpolitik*, N. F., Bd. 171, Berlin.
- HEUER, Hellmut (1956), *Das System der Betriebsrechnung in der Ostzone*, in: *Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv und Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel* (1956) (Hrsg.), *Wirtschaftsdienst* 1/1956, S. 35-38.
- HEYDEMANN, Günther (1998) und JESSE, Eckhard, *Diktaturvergleich als Herausforderung, Theorie und Praxis*, Berlin.
- HISTORISCHE Gedenkstätte des Potsdamer Abkommens, *Cecilienhof Potsdam* (1970) (Hrsg.), *Potsdamer Abkommen, Ausgewählte Dokumente zur Deutschlandfrage 1943 bis 1948*, Berlin.
- HOFFMANN, Christa (1993) und JESSE, Eckhard, *Die „doppelte Vergangenheitsbewältigung“ in Deutschland: Unterschiede und Gemeinsamkeiten*, in: WEIDENFELD, Werner (1993) (Hrsg.), *Deutschland, Eine Nation - doppelte Geschichte*, Köln, S. 209-234.
- HOFFMANN, Joachim (1969), *Zentralverwaltungswirtschaft am Beispiel der DDR, mit einem Vorwort von Karl C. THALHEIM*, Frankfurt a.M./Berlin/München, 2. Aufl.
- HONECKER, Erich (1994), *Moabiter Notizen*, Berlin.
- HORN, Erich (1928), *Gemeinwirtschaft, Die ökonomischen Grenzen der Gemeinwirtschaft. Eine wirtschaftstheoretische Untersuchung über die Durchführbarkeit des Sozialismus*, Halberstadt.
- HORSTMANN, Thomas, *Logiken der Willkür, Die Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle in der SBZ/DDR von 1948 bis 1958, (in Vorbereitung)*.
- HUBATSCH, Walther (1964), *Die Deutsche Frage*, Würzburg, 2. Aufl.
- HÜBNER, Peter (1999) und TENFELDE, Klaus (Hrsg.), *Arbeiter in der SBZ-DDR*, Essen.
- HUSTER, Ernst-Ulrich (1983), *Determinanten der westdeutschen Restauration 1945-1949*, Frankfurt a.M.

- INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZENTRALKOMITEE DER SED (1966/67) (Hrsg.), *Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, Teil I und II, 1945 bis 1949 und 1949 bis 1955*, Berlin (Ost).
- ISSING, Otmar (1995), Geld, in: *Staatslexikon*, 7. Aufl., Bd. II, Sp. 799ff.
- JAKOBS, Karl-Heinz (1969), Adolf Hennecke, in: SELBMANN, Fritz (1969) (Hrsg.), *Die erste Stunde, Porträts*, Berlin (Ost).
- JANKA, Walter (1991), *Spuren eines Lebens*, Berlin.
- JANSON, Carl-Heinz (1991), *Totengräber der Nation. Wie Günter Mittag den SED-Staat ruinierte*, Düsseldorf, Wien.
- JENTSCH, Gerhart (1950), ERP, Der Marshallplan und Deutschlands Platz darin, Frankfurt a.M.
- JESSE, Eckhard (1996) (Hrsg.), *Totalitarismus im 20. Jahrhundert, Eine Bilanz der internationalen Forschung*, Bonn.
- JOFFE, Josef (1949), *Die Planung der Industrieproduktion*, 4. Beiheft zur Sowjetwissenschaft, russische Publikation 1948, Berlin (Ost) wahrscheinlich 1949.
- KAEUBLE, Hartmut (1994), KOCKA, Jürgen, ZWAHR, Hartmut (Hrsg.), *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart.
- KALUS, Hellmuth (1964), *Wirtschaftszahlen der SBZ*, 4. erw. Aufl.
- KAMINSKY, Annette (1999), „Mehr produzieren, gerechter verteilen, besser leben“ Konsumpolitik in der DDR, in: *APuZ*, Nr. 28/1999, S. 12-20.
- KANDZIORA, Ewald (1955), *Das Ende des Realsozialismus aus politökonomischer Perspektive, Eine historisch-strukturelle Analyse am Beispiel der Ex-DDR*, Hamburg.
- KARDEN, Erich (1954), *Der Bergbau in der sowjetischen Besatzungszone* in: *Materialien zur Wirtschaftslage der sowjetischen Zone*.
- KARLSCH, Rainer (1993), *Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945-53*, Berlin.
- KARLSCH, Rainer (1993), *Das „Selbmann-Memorandum“ vom Mai 1947. Fritz Selbmann und die Reparationslasten der sächsischen Industrie*, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, Februar 1993.
- KARLSCH, Rainer (1994), „Arbeiter, schützt eure Betriebe!“ Widerstand gegen Demontagen in der SBZ, in: *Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, 30. Jg., 3/1994.
- KATH, Dietmar (1990), Geld und Kredit, in: BENDER, Dieter und BERG, Hartmut u.a. (1990) (Hrsg.), *Vahlens Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik*, Bd. I, München, S. 179ff.
- KINZEL, Eduard (1954), *Die Elektrizitätswirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone*, in: *Materialien zur Wirtschaftslage der sowjetischen Zone*, Schriftenreihe des BMG.
- KITSCHKE, Adalbert (1954), *Die öffentlichen Finanzen im Wirtschaftssystem der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands*, in: *Materialien zur Wirtschaftslage der sowjetischen Zone*.
- KITSCHKE, Adalbert (1960), *Das Steuersystem in der sowjetischen Besatzungszone Deutschland*, Gelsenkirchen.
- KLEMPERER, Viktor (1947), *LTI (Lingua Tertii Imperii)*, Notizbuch eines Philologen, Leipzig.
- KLEMMANN, Christoph (1991), *Die doppelte Staatsgründung, Deutsche Geschichte 1945-1955*, Bonn.
- KLIMOW, Gregory (1953), *Berliner Kreml*, Köln, Berlin.
- KLING, Karl (1948), *der Kampf um das Volkseigentum*, in: *Die Wirtschaft*, Nr. 16, November 1948, S. 515.
- KLINGE, Wolfgang (1957), *Im Räderwerk der Sowjet-Planwirtschaft*, Pfaffenhofen/Ilm.
- KLUGE, Ulrich (1996) und HALDER, Winfrid, *Die befohlene Wirtschaftsordnung in Sachsen 1945/46*, in: SCHNEIDER, Jürgen und HARBRECHT, Wolfgang, (1996) (Hrsg.), *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in Deutschland (1933-1993)*, Stuttgart, S. 91-138.

- KLUGE, Ulrich (1996), Die Ergebnisse des Volksentscheids vom 30. Juni 1946, in: SCHNEIDER, Jürgen und HARBRECHT, Wolfgang (1996) (Hrsg.), Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in Deutschland (1933 - 1993), Stuttgart, S. 129-138.
- KLUGE, Ulrich (1997) und BIRKEFELD, Steffen und MÜLLER, Silvia, Willfähige Propagandisten, MfS und SED-Bezirksparteizeitungen; „Berliner Zeitung“, „Sächsische Zeitung“, „Neuer Tag“, Stuttgart.
- KNAUFF, Rudolf (1989), Die Funktionsmechanismen der Wirtschaftssysteme, in: Hamel, Hannelore (1989) (Hrsg.), Soziale Marktwirtschaft - Sozialistische Planwirtschaft, Ein Vergleich Bundesrepublik Deutschland - DDR, München, 5. Aufl., S. 61-110.
- KOCKA, Jürgen (1994) und SABROW, Martin (Hrsg.), Die DDR als Geschichte, Fragen - Hypothesen - Perspektiven, Berlin.
- KÖHLER, Tilo (1995) und NITSCHKE, Rainer (Hrsg.), Stunde 1 oder die Erfindung von Ost und West, Reportagen und Visionen aus den Nachkriegsjahren, Berlin.
- KOHLMEY, Gunther (1956) und DEWEY, Charles, Bankensystem und Geldumlauf in der Deutschen Demokratischen Republik 1945-1955, Gesetzessammlung und Einführung, Berlin (Ost).
- KOLAKOWSKI, Leszek (1984), Totalitarismus und die Wirksamkeit der Lüge, in: HASSELBLATT, Dieter (1984) (Hrsg.), Orwells Jahr. Ist die Zukunft von gestern die Gegenwart von heute?, Frankfurt a.M., S. 87ff.
- KOLLEGIUM DER ABTEILUNGSLEITER DES DEUTSCHEN INSTITUTS FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (1956) (Hrsg.), Festgabe für Ferdinand Friedensburg zum 70. Geburtstage, Wirtschaftsforschung und Wirtschaftsführung, Vorträge und Aufsätze, Berlin.
- KOPP, Fritz (1965), Kurs auf ganz Deutschland? Die Deutschlandpolitik der SED, Stuttgart.
- KORNAI, János (1980), Economics of Shortage, Amsterdam.
- KORNAI, János (1983), The health of nations: Reflections on the analogy between the medical science and economics, in: Kyklos, Vol. 36/1983, Nr. 2, S. 191-212.
- KORNAI, János (1983), Warenmangel als ein fundamentales Problem der sozialistischen Planwirtschaft und die ungarische Reform, Arbeiten aus dem Osteuropa-Institut München, Interview mit Prof. János Kornai, geführt von Anna-Jutta Pietsch am 25. Juli 1983.
- KRAUSE, Werner (1958), Die Entstehung des Volkseigentums in der Industrie der DDR, Berlin (Ost).
- KRÖMKE, Claus (1995), Innovation - nur gegen den Plan, in: PIRKER, Theo und LEPSIUS, Rainer M. und MEINERT, Reiner und HERLE, Hans-Hermann (1995), Der Plan als Befehl und Fiktion, Wirtschaftsführung in der DDR, Gespräche und Analysen, Opladen.
- KRONENBERG, Stephan (1993), Wirtschaftliche Entwicklung und die Sprache der Wirtschaftspolitik der DDR (1949-1990), Frankfurt.
- KÜHNE, Lutz (1976), Die Politik der SED zur Schaffung von Voraussetzungen für den Übergang zur zentralen Wirtschaftsplanung und zur Durchsetzung des Zweijahresplans 1949/50 als Programm für die weitere gesellschaftliche Entwicklung (Anfang bis Ende 1948), Diss. A. Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED 1976.
- KÜHNHARDT, Ludger (1994) und LEUTENECKER, Gerd und RUPPS, Martin (Hrsg.), Die doppelte deutsche Diktaturerfahrung, Drittes Reich und DDR - ein historisch - politikwissenschaftlicher Vergleich, Frankfurt.
- KURNAJEV, A. (1949), Rezension des Buches „Die Planung der Industrieproduktion“ von Josef Joffe in: Wirtschaftsinstitut der Akademie der Wissenschaften der UdSSR (1949) (Hrsg.), Fragen an die Wirtschaft, Nr. 5/1949, S. 98ff. Deutsche Übersetzung in: 4. Beiheft zur Sowjetwissenschaft, Berlin wahrscheinlich 1949, S. 112-119.
- KUSCH, Günter (1991) und MONTAG, Rolf und SPECHT, Günter und WETZKER, Konrad, Schlußbilanz - DDR, Fazit einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik, Berlin.
- LAMPERT, Heinz (1988), Die Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland, München, 8. Aufl.

- LANGE, Fritz (1948), Über schädliche Erscheinungen in volkseigenen Betrieben, in: Der Volksbetrieb, 2. Jahrgang, Januar 1949, S. 8f.
- LANGENBUCHER, Wolfgang R. (1983) und RYTLEWSKI, Ralf und WEYERGRAF, Bernd, Kulturpolitisches Wörterbuch, Bundesrepublik Deutschland/DDR im Vergleich, Stuttgart.
- LAUTERBACH, Günter (1980), Preisbildung und technischer Fortschritt, in: BEYER, Achim und ERDMANN, Kurt und LAUTERBACH, Günter und MELZER, Manfred (1980), Preisprobleme in der DDR, 2. erw. Aufl. von Aktuelle Probleme des Preissystems in der DDR, Erlangen, S. 45-70.
- LEHMANN, Heidi (1972), Russisch-Deutsche Lehnbeziehungen im Wortschatz offizieller Wirtschaftstexte der DDR (bis 1968), Düsseldorf.
- LEIPOLD, Helmut (1989), Gesellschaftstheoretische Fundierung der Wirtschaftssysteme, in: HAMEL, Hannelore (1989) (Hrsg.), Soziale Marktwirtschaft - Sozialistische Planwirtschaft, Ein Vergleich Bundesrepublik Deutschland - DDR, München, 5. Aufl., S. 1-24.
- LEIPOLD, Helmut (1989), Planversagen versus Marktversagen, in: HAMEL, Hannelore (1989) (Hrsg.), Soziale Marktwirtschaft - Sozialistische Planwirtschaft, Ein Vergleich Bundesrepublik Deutschland - DDR, München, 5. Aufl., S. 111-152.
- LEMMNITZ, Alfred (1949), Die Wandlung des Wesens und der Funktionen der Steuern im Sozialismus, in: DFWI, 1949/2, S. 59-61.
- LENIN; Wladimir I. (1961/64), Werke, Berlin 1961-1964.
- LENTZ, Manfred (1979), Die Wirtschaftsbeziehungen DDR-Sowjetunion 1945-1961, Eine politologische Analyse, Opladen.
- LEONHARD, Wolfgang (1955), Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln, Berlin.
- LINZ, Susan J. (1983), Measuring the Carryover Kost of World War II to the Soviet People: 1945-1953, in: Explorations in Economy History 20/1983.
- LIPINSKY, Jan (1999), Gefängnisse und Lager in der SBZ/DDR als Stätten des Terrors im kommunistischen Herrschaftssystem, in: DEUTSCHER BUNDESTAG (13. WAHLPERIODE) (1999) (Hrsg.), Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, Bd. VI, Formen der Erinnerung, S. 490-566, Frankfurt.
- LIPPE, von der, Peter (1995), Die gesamtwirtschaftlichen Leistungen der DDR-Wirtschaft in den offiziellen Darstellungen, Die amtliche Statistik der DDR als Instrument der Agitation und Propaganda der SED, in: DEUTSCHER BUNDESTAG (12. WAHLPERIODE) (1995) (HRSG.), ENQUETE-KOMMISSION „AUFARBEITUNG VON GESCHICHTE UND FOLGEN DER SED-DIKTATUR IN DEUTSCHLAND“, Bd. II/3, Baden-Baden, Seite 1973ff.
- LOTH, Wilfried (1990) (Hrsg.), Die Anfänge der europäischen Integration 1945-1950, Bonn.
- LOTH, Wilfried (1994), Stalins ungeliebtes Kind, Warum Moskau die DDR nicht wollte, Berlin.
- LOTH, Wilfried (1999), Deutschland im Kalten Krieg, Strategien und Entscheidungen, in: APuZ, Nr. 39-40/1999, S. 3-11.
- LÖW, Konrad (1988) (Hrsg.), Totalitarismus contra Freiheit. Begriff und Realität, München.
- LÜDTKE, Alf (1998), Die DDR als Geschichte, Zur Geschichtsschreibung über die DDR, in: APuZ, B 36/1998, S. 3-16.
- LÜDTKE, Alf (2000), Bei der Ehre packen, Männer und „ihre“ Arbeit in Ost- und Westdeutschland: Ein Gesellschaftsbild, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. Mai 2000.
- LUDZ, Peter-Christian (1968), Entwurf einer soziologischen Theorie totalitär verfaßter Gesellschaft, in: SEIDEL, Bruno und JENKER, Siegfried (1968) (Hrsg.), Wege der Totalitarismus-Forschung, Darmstadt, S. 532ff.
- LUDZ, Peter-Christian (1968), Parteilite im Wandel, Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung. Eine empirisch-systematische Untersuchung, Köln/Opladen.
- LUKAS, Richard (1955), Zehn Jahre Sowjetische Besatzungszone, Mainz/Wiesbaden/Düsseldorf.

- MÄHLERT, Ulrich (1999) (Hrsg.), Vademekum DDR-Forschung, Ein Leitfaden zu Archiven, Forschungseinrichtungen, Bibliotheken, Einrichtungen der Politischen Bildung, Vereinen, Museen und Gedenkstätten, Opladen, 2. Überarbeitete und erw. Auflage.
- MÄHLERT, Ulrich (1998), Kleine Geschichte der DDR, München 1998.
- MÄHLERT, Ulrich (1999), Analyse der zur Zeit in Bearbeitung befindlichen und der bereits abgeschlossenen Forschungsarbeiten zur DDR-Geschichte, in: DEUTSCHER BUNDESTAG (13. WAHLPERIODE) (1999) (Hrsg.), Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, Bd. VII, Herausforderungen für die künftige Aufarbeitung der SED-Diktatur, Perspektiven der internationalen Zusammenarbeit bei der Aufarbeitung totalitärer Diktaturen, Frankfurt, S. 857-887.
- MAI, Gunther (1995), Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland 1945-1948. Alliierte Einheit - deutsche Teilung? München.
- MARTIN, Thomas (1997), Und nichts war uns geblieben, Der Weg der Freitaler Stahl-Industrie GmbH zum Volkseigenen Betrieb (1945-1948), Stuttgart.
- MATSCHKE, Werner (1988), Die industrielle Entwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) 1945-1948, Berlin.
- MATSCHKE, Werner (1993), Die wirtschaftliche Entwicklung in der SBZ: Vorgeschichte - Weichenstellungen - Bestimmungsfaktoren, in: Fischer, Alexander (1993) (Hrsg.), Studien zur Geschichte der SBZ/DDR, Berlin, S. 97-116.
- MEHRINGER, Hartmut (1995) (Hrsg.), Von der SBZ zur DDR. Studien zum Herrschaftssystem in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik. Sondernummer Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, München.
- MEIER, Helmut (1960), Die Entwicklung des Haushaltswesens in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (Wirtschaftswissenschaftliche Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin, Bd. 10), Berlin.
- MEIMBERG, Rudolf (1951) und RUPP, Franz, Die öffentlichen Finanzen in der sowjetischen Zone und im Ostsektor von Berlin, Bonn.
- MELZER, Manfred (1980), Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung der Industrie im Gebiet der DDR von 1936 bis 1978 sowie Schätzung des künftigen Angebotspotentials, in: DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (1980) (Hrsg.), Beiträge zur Strukturforschung, Heft 59/1980, Berlin, S. 77ff.
- MELZER, Manfred (1980), Preisplanung und Preispolitik in der DDR, in: BEYER, Achim u.a. (1980) (Hrsg.), Preisprobleme in der DDR, Analysen und Berichte aus Gesellschaft und Wissenschaft, Erlangen, S. 113-149.
- MENZ, Gertraud (1965), Aus der Ostforschung, Planwirtschaft im Übergang und Osthandel (Bericht über die Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde vom 20. bis 23. Oktober 1965 in Oberhausen), in: Osteuropa Wirtschaft, Dezember 1965, Heft 4, S. 308-315.
- MERL, Stephan (1997), Staat und Konsum in der Zentralverwaltungswirtschaft. Rußland und die ostmitteleuropäischen Länder, in: SIEGRIST, Hannes und KAEUBLE, Hartmut und Kocka, Jürgen (1997) (Hrsg.), Europäische Konsumgeschichte, Frankfurt a.M., New York.
- MEYER, Christian (1984), Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der DDR, Methodik, Inkonsistenzen, Ideologie, München.
- MEYER, Fritjof (1991), Die Katastrophe des Kommunismus - von Marx bis Gorbatschow, Spiegel Spezial Nr. 4/1991, Hamburg.
- MIELKE, Henning (1995), Die Auflösung der Länder in der SBZ/DDR 1945-1952. Von der deutschen Selbstverwaltung zum sozialistisch-zentralistischen Einheitsstaat nach sowjetischem Modell 1945-1952, Stuttgart.
- MISES, Ludwig v. (1932), Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus, Jena, 2. Aufl.
- MITTAG, Günter (1970), Die Durchführung des Volkswirtschaftsplanes im Jahre 1970, in: „Neues Deutschland“ vom 12. Juni 1970, S. 4.

- MITTAG, Günter (1991), *Um jeden Preis. Im Spannungsfeld zweier Systeme*, Berlin
- MODROW, Hans (1991), *Aufbruch und Ende*, Hamburg.
- MORAWIETZ, Kurt (1966) (Hrsg.), *Deutsche Teilung, Ein Lyrik-Lesebuch*, Wiesbaden.
- MÜHLFRIEDEL, Wolfgang (1989) und Wießner, Klaus, *Die Geschichte der Industrie der DDR bis 1965*, Berlin.
- MÜLLER, Fredeo (1967) und AUTORENKOLLEKTIV, *Ökonomisches Lexikon*, Bde. 1-2, Berlin.
- MÜLLER-ARMACK, Alfred (1946), *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft*, Hamburg.
- MÜLLER-ARMACK, Alfred (1966), *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur europäischen Integration. Bd. 4, Beiträge zur Wirtschaftspolitik*, Freiburg i. Br.
- MÜLLER-ENBERGS (2000) und WIELGOHS, Jan, und HOFFMANN, Dieter (Hrsg.), *Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon*, Berlin.
- MÜNCH, Ingo (1968) (Hrsg.), *Dokumente des geteilten Deutschland - Quellentexte zur Rechtslage des Deutschen Reiches, der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik*, Stuttgart.
- NAIMARK, Norman M. (1997), *Die Russen in Deutschland, Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949*, Berlin.
- NAPHTALI, Fritz (1928), *Wirtschaftsdemokratie: Ihr Wesen, Weg und Ziel*, Berlin.
- NETTL, J. Peter (1953), *Die Deutsche Sowjetzone bis Heute, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Frankfurt.
- NEUBERT, Ehrhart (1998), *Politische Verbrechen in der DDR*, in: Stéphane Courtois und Werth, Nicolas u.a. (1998), *Das Schwarzbuch des Kommunismus, Unterdrückung, Verbrechen und Terror*, München, S. 829-884.
- NEURATH, Otto (1919), *Durch die Kriegswirtschaft zur Naturalwirtschaft*, o.O.
- NICK, Harry (1977), *Sozialismus und Wirtschaftswachstum*, Berlin (Ost).
- O.N. (1949), *Beseitigt die Warenstockungen*, in: *Die Wirtschaft*, Nr. 6, März 1949, S. 175.
- O.N., *Betriebsgeschichte, SED Betriebsparteiorganisation des VEB Edelstahlwerk 8. Mai 1945 Freital im VEB Rohrkombinat, Kommission Betriebsgeschichte (Hrsg.), I. Teil, 1945-1949, Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung*, o.O., o.D.
- O.N. (1950), *Der dt. Zweijahrplan für 1949 und 1950. Der Wirtschaftsplan für 1948 und der Zweijahrplan 1949-50 zur Wiederherstellung und Entwicklung der Friedenswirtschaft in der SBZ*, Berlin (Ost).
- O.N. (1953), *Die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft in der Sowjetzone. Materielle, ideologische und disziplinarische Mittel zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und ihre sowjetischen Vorbilder*, 2. überarb. Aufl.
- O.N. (1948), *Die Bank des Zweijahresplanes - Deutsche Investitionsbank in der Ostzone gegründet*, in: *Die Wirtschaft*, Nr. 15, November 1948, S. 490f.
- O.N. (1953), *Die sowjetische Hand in der deutschen Wirtschaft. Organisation und Geschäftsgebaren der sowjetischen Unternehmen*, Bonn.
- O.N. (1955), *Die Textil- und Lederindustrie in der Sowjetischen Besatzungszone*, Bonn.
- O.N. (1968), *Dokumente aus den Jahren 1945-1949. Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland*, Berlin (Ost).
- O.N. (1951), *Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands*, Bd. II, Berlin
- O.N. (1948), *Wie kann die Wirtschaftsordnung verbessert werden?*, in: *Die Wirtschaft*, Nr. 5, Mai 1948, S. 141.
- OBST, Werner (1973), *DDR-Wirtschaft, Modell und Wirklichkeit*, Hamburg.
- OBST, Werner (1983), *Reiz der Idee - Pleite der Praxis, Ein deutsch-deutscher Wirtschaftsvergleich*, Zürich.
- OELSSNER, Fred (1967), *Die Arbeitswerttheorie als die wissenschaftliche Grundlage der marxischen politischen Ökonomie*, Berlin-Ost.
- ORLOPP, Josef (1949), *Der Handel zwischen der sowjetischen Besatzungszone und den westlichen Besatzungszonen Deutschlands*, Rede gehalten auf der 4. Vollversammlung der DWK am 22. Juni 1949, Berlin (Ost).
- PFEIFER, Wolfgang (1993), *Etymologisches Wörterbuch des Deutschen*, München.

- PICAPER, Jean-Paul (1982), DDR-Bild im Wandel, Berlin.
- PIRKER, Theo (1995) und LEPSIUS, Rainer M. und MEINERT, Reiner und HERLE, Hans-Hermann, Der Plan als Befehl und Fiktion, Wirtschaftsführung in der DDR, Gespräche und Analysen, Opladen.
- PISTORA, Bergit (1995), Institutionsgeschichtliche Studie zum Bestand Revisions- und Treuhandanstalt der Sowjetischen Besatzungszone Deutschland im Bundesarchiv unter besonderer Berücksichtigung seiner Auswertungsmöglichkeiten, Diplomarbeit (unveröffentlicht), Potsdam.
- PLATO, Alexander von (1991) und MEINICKE, Wolfgang, Alte Heimat - Neue Zeit. Flüchtlinge, Umgesiedelte, Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR, Berlin.
- PLATO, Alexander von (1997) und LEH, Almut, „Ein unglaublicher Frühling“, Erfahrene Geschichte im Nachkriegsdeutschland 1945-1948, Bonn.
- POHL, Hans (1998) (Hrsg.), Geschichte der deutschen Kreditwirtschaft seit 1945, Frankfurt am Main.
- PÖHLER, Felix (1952), Die Vernichtung des privaten Großhandels in der sowjetischen Besatzungszone, Bonn.
- POOM, E. (1952), Wirtschaftlichkeit, Effektivität und Rentabilität in der Sowjetwirtschaft, Z. f. handelswiss. Forschung, o.O.
- POSE, Erich (1949), Die rechtlichen Grundlagen der Finanzwirtschaft in den volkseigenen Betrieben und Organisationen, in: Finanzwirtschaft und Finanzplanung der volkseigenen Wirtschaft, Handbuch für die Praxis, Sonderdruck Deutsche Finanzwirtschaft, Nr. 7/8 Juli 1949, S. 12-22.
- PREISER, Erich (1949), Die Zukunft unserer Wirtschaftsordnung, Stuttgart.
- PRITZEL, K. (1962), Die wirtschaftliche Integration der SBZ in den Ostblock und ihre politischen Aspekte, o.O.
- PRZYBYLSKI, Peter (1991), Tatort Politbüro, Bd. I, Die Akte Honecker, Berlin.
- PRZYBYLSKI, Peter (1992), Tatort Politbüro, Bd. II, Honecker, Mittag und Schlack-Golodkowski, Berlin.
- RAU, Heinrich (1949), Interzonenhandel - ein Schritt zur wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, Eröffnungsrede der 4. Vollversammlung der DWK am 22. Juni 1949, Berlin (Ost).
- RAU, Heinrich (1949), Planaufgaben für das Jahr 1949, in: Die Wirtschaft 1949, Heft 1, S. 1f.
- RAUPACH, Hans (1964), Geschichte der Sowjetwirtschaft, Hamburg.
- RAUSCHNING, Dietrich (1985) (Hrsg.), Rechtsstellung Deutschlands - Völkerrechtliche Verträge und andere rechtsgestaltende Akte, München.
- RECKTENWALD, Horst Claus (1990), Wörterbuch der Wirtschaft, Stuttgart, 11. Aufl.
- RICHERT, Ernst (1963), Macht ohne Mandat, Köln-Opladen.
- RICHTER, Michael (1991), Die Ost-CDU 1948-1952, Zwischen Widerstand und Gleichschaltung, Düsseldorf, 2. Aufl.
- ROESLER, Jörg (1999), Jugendbrigaden im Fabrikalltag der DDR 1948-1989, in: APuZ, Nr. 28/1999, S. 21-31.
- ROGGEMANN, Herwig (1989), die DDR-Verfassungen, Einführung in das Verfassungsrecht der DDR - Grundlagen und neuere Entwicklung, Berlin, 4. Aufl.
- ROSNER, Fanny u.a. (1966) (Hrsg.), Vereint sind wir alles. Erinnerungen an die Gründung der SED, Berlin.
- RÜDEN, Bodo von (1991), Die Rolle der D-Mark in der DDR, Von der Nebenwährung zur Währungsunion, Baden-Baden.
- RUHL, Klaus-Jörg (1989) (Hrsg.), Neubeginn und Restauration, Dokumente zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1949, München, 3. Aufl.
- RÜMELIN, Hans A. (1997) (Hrsg.), so lebten wir... Ein Querschnitt durch 1947, erneut herausgegeben und eingeleitet von Jürgen Schneider, Stuttgart.
- RUPP, Franz, (1951) die Reparationsleistungen in der sowjetischen Besatzungszone, Bonn.

- SAUERMANN, Heinz (1961), Währungsreformen, in: HdSW, Bd. 11/1961, Stuttgart, Tübingen, Göttingen, S. 452-470.
- SAWITZKI, Eberhard (1964), Das Geld- und Kreditwesen in Mitteldeutschland, Frankfurt a. M.
- SCHABOWSKI, Günter (1990), Das Politbüro, Ende eines Mythos, Hamburg.
- SCHABOWSKI, Günter (1992), Der Absturz, Hamburg.
- SCHABOWSKI, Günter (1994), Abschied von der Utopie. Die DDR - das deutsche Fiasko des Marxismus, Stuttgart.
- SCHÄFER, Hermann (1999) (Hrsg.), 50 Jahre Deutschland, Ploetz, Ereignisse und Entwicklungen, Deutsch-deutsche Bilanz in Daten und Analysen, Freiburg.
- SCHENK, Fritz (1960), Magie der Planwirtschaft, Köln.
- SCHENK, Fritz (1962), Im Vorzimmer der Diktatur. 12 Jahre Pankow, Köln.
- SCHENK, Fritz (1969), Das rote Wirtschaftswunder. Die zentrale Planwirtschaft als Machtmittel der SED-Politik, Stuttgart-Degerloch.
- SCHENK, Fritz (1995), „Entscheidungsstrukturen der SED-Führung - Verknüpfung zwischen Partei und Staat in der DDR - Mittel und Wege der sowjetischen Einflußnahme in den fünfziger Jahren“, in: DEUTSCHER BUNDESTAG (12. WAHLPERIODE) (1995) (HRSG.), ENQUETE-KOMMISSION „AUFARBEITUNG VON GESCHICHTE UND FOLGEN DER SED-DIKTATUR IN DEUTSCHLAND“, Bd. II,1, Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung, Frankfurt, S. 431-436.
- SCHENK, Fritz (1998), Mit Geheimbefehl Nr. 01 wurden 1945 die Tresore geplündert, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. Juni 1998.
- SCHERSTJANOI, Elke (1998), Das SKK-Statut, Zur Geschichte der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland 1949 bis 1953, München.
- SCHIERENBECK, Henner (1994), Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, in: Woll, Wirtschaftslexikon auf CD-ROM, München.
- SCHLECHT, Otto (1983), Die Innovationskraft im Spannungsfeld zwischen Markt und Staat, in: HAMEL, Hannelore und LEIPOLD, Helmut und SCHÜLLER, Alfred (1983) (Hrsg.), Innovationsprobleme in Ost und West, Stuttgart/New York, S. 17-29.
- SCHLOSSER, Hans Dieter (1990), Die deutsche Sprache in der DDR zwischen Stalinismus und Demokratie. Historische, politische und kommunikative Bedingungen, Köln.
- SCHMALENBACH, Eugen (1928), Die Betriebswirtschaftslehre an der Schwelle der neuen Wirtschaftsverfassung, in: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung Nr. 22/1928.
- SCHMALENBACH, Eugen (1943), Über die exakte Wirtschaftslenkung, Manuskript, o.O.
- SCHMALENBACH, Eugen (1947), Exakte Kapitallenkung, in: Schmalenbach, Eugen (1947) (Hrsg.), Betriebswissenschaftliche Beiträge, 1. Jahrgang, S. 21-27.
- SCHMALENBACH, Eugen (1949), Der freien Wirtschaft zum Gedächtnis, Köln/Opladen.
- SCHMIDT, Peter (1979), Die Rolle der Banken, des Kredits und des Geldes bei der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in der DDR 1948 bis 1952, Berlin.
- SCHNEIDER, Gernot (1988), Wirtschaftswunder DDR. Anspruch und Realität, Köln.
- SCHNEIDER, Jürgen (1996) und HARBRECHT, Wolfgang, (Hrsg.), Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in Deutschland (1933-1993), Stuttgart.
- SCHNEIDER, Jürgen (1996), Von der nationalsozialistischen Kriegswirtschaftsordnung zur sozialistischen Zentralplanung in der SBZ/DDR, in: SCHNEIDER, Jürgen und HARBRECHT, Wolfgang (1996) (Hrsg.), Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in Deutschland (1933-1993), Stuttgart, S. 1-90.
- SCHNEIDER, Jürgen (1997), „Marxistisch-leninistische Wirtschaftswissenschaften“ nach sowjetischem Modell an den Hochschulen der SBZ/DDR: Legitimation und Propaganda für die Parteigabe der SED, in: GERHARD, Hans-Jürgen (1997) (Hrsg.), Struktur und Dimension, Festschrift für Karl Heinrich Kaufhold zum 65. Geburtstag, Bd. 2: Neunzehntes und Zwanzigstes Jahrhundert, Stuttgart, S. 214-265.
- SCHNEIDER, Jürgen (1998), Die Währungsreform in der SBZ: Ausgabe von funktionslosem Geld, in: Orientierungen Zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 77, Nr. 3/1998.

- SCHNEIDER, Jürgen (1999) und SCHWARZER, Oskar, Eigentums- und Vermögensstruktur in den neuen Bundesländern unter besonderer Berücksichtigung der Eigentums- und Vermögensstruktur der ehemaligen SBZ/DDR, in: DEUTSCHER BUNDESTAG (13. WAHLPERIODE) (1999) (Hrsg.), Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, Bd. III,2, Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik, Frankfurt, S. 1924-1981.
- SCHNEIDER, Jürgen (1999), „Wechselseitige Wahrnehmung der ökonomischen Lage in West und Ost“, in: DEUTSCHER BUNDESTAG (13. WAHLPERIODE) (1999) (Hrsg.), Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, Bd. III,1, Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik, Frankfurt, S. 196 und 486.
- SCHNEIDER, Jürgen (1999), Markt gegen Plan. Wettbewerb der Systeme, in: SCHÄFER, Hermann (1999) (Hrsg.), 50 Jahre Deutschland, Ploetz, Ereignisse und Entwicklungen, Deutsch-deutsche Bilanz in Daten und Analysen, Freiburg, S. 28-34.
- SCHÖNEBURG, Karl-Heinz (1983) und AUTORENKOLLEKTIV, Errichtung des Arbeiter und Bauern Staates der DDR 1945-1949, Berlin (Ost).
- SCHÖNWITZ, D. (1983) und WEBER, H-J., Wirtschaftsordnung. Eine Einführung in Theorie und Politik. München, Wien.
- SCHROEDER, Klaus (1997) und Wilke, Manfred, Politbüro des ZK der SED, in: Eppelmann, Rainer und Möller, Horst, u.a. (1997) (Hrsg.), Lexikon des DDR-Sozialismus, Das Staats- und Gesellschaftssystem der deutschen Demokratischen Republik, Bd. II, Paderborn, 2. Aufl., S. 635ff.
- SCHROEDER, Klaus (1999), Die DDR-Forschung vor und nach 1989/90, in: DEUTSCHER BUNDESTAG (13. Wahlperiode) (1999) (Hrsg.), Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, Bd. IV/2, Bildung, Wissenschaft, Kultur, Frankfurt, S. 1522-1561.
- SCHÜLLER, Alfred (1980) und WAGNER, Ulrich, Außenwirtschaftspolitik und Stabilisierung von Wirtschaftssystemen, Stuttgart/New York.
- SCHÜLLER, Alfred (1983), Innovationsprobleme und wirtschaftspolitische Experimente im Systemvergleich, in: HAMEL, Hannelore und LEIPOLD, Helmut und SCHÜLLER, Alfred (1983) (Hrsg.), Innovationsprobleme in Ost und West, Stuttgart/New York, S. 1-16.
- SCHUMANN, Jochen (1987), Grundzüge der mikroökonomischen Theorie, Berlin u.a.
- SCHUMPETER, Joseph Alois (1912), Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Leipzig.
- SCHUMPETER, Joseph Alois (1921), Sozialistische Möglichkeiten von heute, in: Archiv für Sozialwissenschaft XLVIII, o.O.
- SCHUMPETER, Joseph Alois (1928), Unternehmer, in: HdSt., 4. Aufl., Bd. 8/1928, S. 483ff.
- SCHUMPETER, Joseph Alois (1993), Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Tübingen.
- SCHÜRER, Gerhard (1992), Schürers Krisen-Analyse (Dokumentation), in: Deutschland-Archiv, Nr. 9/1992, S. 1112-1120.
- SCHÜRER, Gerhard (1996), Gewagt und verloren. Eine deutsche Biographie, Frankfurt a.d. Oder.
- SCHWARTAU, Cord (1990), Wirtschaft und Umwelt gleichzeitig sanieren, in: Wochenzeitung Das Parlament, Nr. 26 vom 22. Juni 1990, S. 12.
- SCHWARZER, Oskar (1995), Der Lebensstandard in der SBZ/DDR 1945-1989, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Bd. II, S. 119-146.
- SCHWARZER, Oskar (1996), „Die Währung der DDR beruht auf der gesunden Grundlage der sozialistischen Gesellschaftsordnung“. Wechselkurse zwischen Mark der DDR und D-Mark, in: Schneider, Jürgen und Harbrecht, Wolfgang, (1996) (Hrsg.), Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in Deutschland (1933-1993), Stuttgart, S. 173-205.
- SCHWARZER, Oskar (1999), Markt gegen Plan. Makroökonomische Indikatoren im Vergleich, in: SCHÄFER, Hermann (1999) (Hrsg.), 50 Jahre Deutschland, Ploetz, Ereignisse und Entwicklungen, Deutsch-deutsche Bilanz in Daten und Analysen, Freiburg, S. 34ff.

- SCHWARZER, Oskar (1999), Sozialistische Zentralplanwirtschaft in der SBZ/DDR. Ergebnisse eines ordnungspolitischen Experiments (1945-1989), Stuttgart.
- SEIDEL, Bruno (1968) und JENKER, Siegfried (Hrsg.), Wege der Totalitarismus-Forschung, Darmstadt.
- SELBMANN, Fritz (1947), Betriebe des Volkes - Pioniere des demokratischen Neuaufbaus, Vortrag, gehalten auf der Volltagung der landeseigenen Betriebe am 27. Januar 1947 in Dresden (BArch, DZVI, DG-2, Nr. 8736, S. 1-35).
- SELBMANN, Fritz (1947), Reden und Tagebuchblätter 1933-1947, Dresden/Meißen.
- SELBMANN, Fritz (1948), Demokratische Wirtschaft, I. Die Grundzüge der demokratischen Neuordnung der Wirtschaft, II. Sozialismus oder Staatskapitalismus, III. Planwirtschaft oder Wirtschaftsplanung, in: Dokumente der neuen Zeit, Politik, Wirtschaft, Kultur, Eine Schriftensammlung, Dresden.
- SELBMANN, Fritz (1948), Volksbetriebe im Wirtschaftsplan (Bericht von der ersten Zonentagung der volkseigenen Betriebe am 4. Juli 1948 in Leipzig), Berlin.
- SELBMANN, Fritz (1949), Für eine gesamtdeutsche Wirtschaftspolitik, Rede gehalten in Frankfurt a. Main am 9. Juni, Berlin (Ost).
- SELBMANN, Fritz (1949), Neue Methoden statt Rationalisierung und Refa, in: Die Wirtschaft Nr. 7, April 1949, S. 212-214.
- SELBMANN, Fritz (1961), Die lange Nacht, Halle.
- SELBMANN, Fritz (1962), Die Heimkehr des Joachim Ott, Halle.
- SELBMANN, Fritz (1966), Die sowjetischen Genossen waren Freunde und Helfer, in: ROSNER, Fanny u.a. (1966) (Hrsg.), Vereint sind wir alles. Erinnerungen an die Gründung der SED, Berlin, S. 347-367.
- SELBMANN, Fritz (1967), Die Söhne der Wölfe, Halle.
- SELBMANN, Fritz (1969) (Hrsg.), Die erste Stunde, Porträts, gewidmet allen Aktivisten der ersten Stunde, Berlin.
- SELBMANN, Fritz (1985), Wir lernten planen und Betriebe leiten, in: Die ersten Jahre. Erinnerungen an den Beginn der revolutionären Umgestaltungen, Berlin.
- SEYDEWITZ, Max (1976), Es hat sich gelohnt zu leben, Lebenserinnerungen eines alten Arbeiterfunktionärs, 2 Bde., Berlin (Ost).
- SHADWELL, Arthur (1927), Der Zusammenbruch des Sozialismus, München.
- SIEGRIST, Hannes (1997) und KAEUBLE, Hartmut und KOCKA, Jürgen (Hrsg.), Europäische Konsumgeschichte, Frankfurt a.M., New York.
- SIEVEKING, Klaus (1975), Die Entwicklung des sozialistischen Rechtsstaatsbegriffs in der DDR, Eine Studie zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsstaat in der SBZ-DDR zwischen 1945 u. 1968, Baden-Baden.
- SOLGA, Heike (1995), Auf dem Weg in die klassenlose Gesellschaft? Klassenlagen und Mobilität zwischen Generationen in der DDR, Berlin.
- SPITTMANN, Ilse (1989) und Helwig, Gisela (Hrsg.), DDR-Lesebuch I, von der SBZ zur DDR 1945-1949, Köln.
- SPITTMANN, Ilse (1991) und Helwig, Gisela (Hrsg.), DDR-Lesebuch II, Stalinisierung 1949-1955, Köln.
- STAADT, Jochen (1993), Die geheime Westpolitik der SED 1960-1970, Berlin.
- STAADT, Jochen (1994) und SCHROEDER-DEUTZ, Monika (Hrsg.), Teurer Genosse!, Briefe an Erich Honecker, Berlin.
- STAADT, Jochen (1995) (Hrsg.), Auf höchster Stufe, Gespräche mit Erich Honecker, Berlin.
- STAATLICHE ARCHIVVERWALTUNG DER DDR (1989) (Hrsg.), Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen zur antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945/46, Berlin.
- STEEGER, Horst (1980) (Hrsg.), Lexikon der Wirtschaft, Volkswirtschaftsplanung, Berlin (Ost).
- STERN, Carola (1971) und VOGELSANG, Thilo (Hrsg.), Lexikon zur Geschichte und Politik im 20. Jahrhundert, Köln.

- STOLPER, Gustav (1949), Die deutsche Wirklichkeit, Ein Beitrag zum künftigen Frieden Europas, Hamburg 1949.
- STOLPER, Wolfgang F. (1960), The structure of the east german economy, Cambridge, Massachusetts.
- STRAMMER, Otto (1965), Aspekte der Totalitarismusforschung, in: STRAMMER, Otto (1965), Politische Soziologie und Demokratieforschung, Berlin, S. 259ff.
- STRAMMER, Otto (1965), Politische Soziologie und Demokratieforschung, Berlin.
- STREIT, Manfred E. (1998), Die deutsche Währungsunion, in: DEUTSCHE BUNDESBANK (1998) (Hrsg.), Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948, München, S. 675-719.
- SÜHL, Klaus (1994) (Hrsg.), Vergangenheitsbewältigung 1945 und 1989. Ein unmöglicher Vergleich?, Berlin.
- THALHEIM, Karl C. (1962), Grundzüge des sowjetischen Wirtschaftssystems, Köln.
- THALHEIM, Karl C. (1962), Volkswirtschaftsplanung (DDR), in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Bd. IV, Stuttgart, 3. Aufl., Sp. 6079-6090.
- THALHEIM, Karl C. (1964), Die Wirtschaft der Sowjetzone in Krise und Umbau, Berlin.
- THALHEIM, Karl C. (1965), Bedeuten die Wirtschaftsreformen in den Ostblockländern einen Systemwandel? - Auseinandersetzung mit Jan Tinbergen anlässlich der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde 1965, in: Osteuropa-Wirtschaft, Stuttgart, Nr. 4/1965, S. 309-113.
- THALHEIM, Karl C. (1971), Die neue Phase des ökonomischen Systems des Sozialismus. Gesamtwirtschaftliche Würdigung, in: GLEITZE, Bruno und THALHEIM, Karl C. und BUCK, Hannsjörg und FÖRSTER, Wolfgang (1971), Das ökonomische System der DDR nach dem Anfang der siebziger Jahre, Berlin, S. 49-75.
- THALHEIM, Karl C. (1979), Zur wirtschaftspolitischen Situation in der DDR, in: FORSCHUNGSSTELLE FÜR GESAMTDEUTSCHE WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE FRAGEN (1979) (Hrsg.), FS-Analysen Nr. 7-1979, Wachstumsschwierigkeiten in der DDR-Wirtschaft, Referat auf dem 5. Symposium der Forschungsstelle am 22. November 1979, S. 7-28.
- THALHEIM, Karl C. (1981), Wirtschaftswachstum in Theorie und Ideologie des DDR-Systems, in: FORSCHUNGSSTELLE FÜR GESAMTDEUTSCHE WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE FRAGEN (1981) (Hrsg.), FS-Analysen Nr. 9-1981, Wirtschaftswachstum in Theorie und Praxis des DDR-Systems, Referat auf dem 7. Symposium der Forschungsstelle am 20. November 1981, S. 5-32.
- THALHEIM, Karl C. (1982), Die Wirtschaftspolitik der DDR im Kampf gegen Instabilitäten, in: FORSCHUNGSSTELLE FÜR GESAMTDEUTSCHE WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE FRAGEN (1982) (Hrsg.), FS-Analysen Nr. 7-1982, Die DDR-Wirtschaft unter dem Zwang von Engpässen und Instabilitäten, Teil I, Referat auf dem 8. Symposium der Forschungsstelle am 18. November 1982, S. 1-34.
- THEIMER, Walter (1967), Politische Begriffe, Namen, Systeme, Gedanken und Probleme aller Länder, München; 7. Aufl.
- THIEME, H. Jörg (1998), Notenbank und Währung in der DDR, in: DEUTSCHE BUNDESBANK (1998) (Hrsg.), Fünfzig Jahre Deutsche Mark, Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948, München, S. 609-653.
- THIEME, H. Jörg (1983), Geldpolitik im Wirtschaftssystem der DDR, in: GUTMANN, Gernot (1983), Basisbereiche der Wirtschaftspolitik in der DDR, Asperg, S. 187-212.
- THIEME, H. Jörg (1989), Gesamtwirtschaftliche Instabilitäten und wirtschaftspolitische Steuerung, in: Hamel, Hannelore (1989) (Hrsg.), Soziale Marktwirtschaft - Sozialistische Planwirtschaft, Ein Vergleich Bundesrepublik Deutschland - DDR, München, 5. Aufl., S. 153-199.
- TIMMERMANN, Heiner (1996), Diktaturen in Europa im 20. Jahrhundert - der Fall DDR, Berlin.
- TISCH, Cläre (1932), Wirtschaftsrechnung und Verteilung im zentralistisch organisierten sozialistischen Gemeinwesen, Bonn.
- TORKE, Hans-Joachim (1993) (Hrsg.), Historisches Lexikon der Sowjetunion 1917/22 bis 1991, München.

- TREUHANDANSTALT (1992) (Hrsg.), Privatisieren, Miteinander in die Soziale Marktwirtschaft, Köln.
- ULBRICHT, Walter (1949), Die Hauptaufgaben des Wirtschaftsplanes 1949, in: Der Volksbetrieb, 2. Jahrgang, März 1949, S. 66f.
- USCHNER, Manfred (1993), Die zweite Etage. Funktionsweise eines Machtapparats, Berlin.
- VAUBEL, Ludwig (1985), Zusammenbruch und Wiederaufbau, Ein Tagebuch aus der Wirtschaft 1945-1949, München.
- VOGLER, Johannes (1992), Von der Rüstungsfirma zum volkseigenen Betrieb, Aufzeichnungen eines Unternehmers der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands von 1945-1948, München.
- WAGNER, Matthias (1996), Das Nomenklatorsystem - Hauptinstrument der Kaderpolitik der SED, Potsdam, o.D (ca. 1996).
- WAGNER, Ulrich (1980), Problemlösungsimporte als Stabilisierungsstrategie administrativ-sozialistischer Systeme, in: SCHÜLLER, Alfred und WAGNER, Ulrich (1980), Außenwirtschaftspolitik und Stabilisierung von Wirtschaftssystemen, Stuttgart/New York, S. 305ff.
- WAGNER, Ulrich (1983), Innovationsprobleme im Wirtschaftssystem der DDR, in: Gutmann, Gernot (1983) (Hrsg.), Das Wirtschaftssystem der DDR. Wirtschaftspolitische Gestaltungsprobleme, Stuttgart und New York, S. 311ff.
- WAHRIG, Gerhard (1956/57), Lexikon von A-Z in zwei Bänden, Leipzig.
- WALTHER, Otto (1953), Verwaltung, Lenkung und Planung der Wirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone, Bonn.
- WEBER, Adolf (1951), Marktwirtschaft und Sowjetwirtschaft, München.
- WEBER, Hermann (1980), Kleine Geschichte der DDR, Köln.
- WEBER, Hermann (1982) (Hrsg.), Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie - Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945-1950, Köln.
- WEBER, Hermann (1986), Geschichte der DDR, München, 2. Aufl.
- WEBER, Hermann (1987) (Hrsg.), DDR - Dokumente zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik 1945-1985, München, 3. Aufl.
- WEBER, Hermann (1999), Die DDR 1945-1990, München, 3. Aufl.
- WEBER, Max (1904), Die „Objektivität sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik, Bd. XIX.
- WEGNER, Herbert (1948), die Zonen und der Außenhandel, in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (1948) (Hrsg.), Wirtschaftsprobleme der Besatzungszonen, Berlin.
- WEIDENFELD, Werner (1993) (Hrsg.), Deutschland, Eine Nation - doppelte Geschichte, Köln.
- WEIß, Helmut (1998), Verbraucherpreise in der DDR, Wie stabil waren sie?, Schkeuditz bei Leipzig.
- WEIß, Wolfgang (1948), Die Wirtschaftsstrafverordnung für die sowjetische Besatzungszone, in: Neue Justiz, Nr. 9/1948, S. 182-188.
- WEIß, Wolfgang (1949), Wesen und Bedeutung des Wirtschaftsstrafrechts, in: Neue Justiz, Nr. 3/1949, S. 53-57.
- WENDE, Frank (1981) (Hrsg.), Lexikon zur Geschichte der Parteien in Europa. Stuttgart.
- WENTKER, Hermann (1997) (Hrsg.), Volksrichter in der SBZ/DDR 1945 bis 1952. Eine Dokumentation mit einer Einleitung, München.
- WENZEL, Siegfried (1998), Plan und Wirklichkeit, Zur DDR-Ökonomie, St. Katharinen.
- WERKENTIN, Falco (1999), Die politische Instrumentalisierung der Todesstrafe in der SBZ/DDR - Darstellung der justitiellen Praxis in der SBZ/DDR und Bilanz der Rehabilitierung von Verurteilten und deren Angehörigen in der Zeit nach 1990, in: DEUTSCHER BUNDESTAG (13. WAHLPERIODE) (1999) (Hrsg.), Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, Bd. II,1, Opfer, Elitenwechsel, justitielle Aufarbeitung, Frankfurt, S. 101-192.

- WERNER, Oliver (1998), Ein Betrieb in zwei Diktaturen: Die Bleichert Transportanlagen GmbH/VEB VTA Leipzig im Dritten Reich und in der SBZ, in: HEYDEMANN, Günther und JESSE, Eckhard (1998), Diktaturvergleich als Herausforderung, Theorie und Praxis, Berlin, S. 303-319.
- WIELENGA, Friso (1995), Schatten deutscher Geschichte, Der Umgang mit dem Nationalsozialismus und der DDR-Vergangenheit in der Bundesrepublik, Vierow bei Greifswald.
- WILLE, Manfred (1998), Die verordnete Einbürgerung von 4 Millionen Vertriebenen in die Gesellschaft der SBZ-DDR, Ein zentrales Dokument zur „Umsiedlerpolitik“ der SED in den ersten fünf Nachkriegsjahren, Magdeburg.
- WILMUT, Adolf (1958), Analyse der betriebswirtschaftlichen Struktur der volkseigenen Betriebe, Berlin.
- WISNIEWSKI, Roswitha (1996), Im Dienste der SED. Die Instrumentalisierung der Hochschulen in der DDR, in: Forschung und Lehre, Feb. 1996.
- WÖHE, Günter (1996), Einführung in die allgemeine Betriebswirtschaftslehre, München.
- WOLL (1994), Wirtschaftslexikon auf CD-Rom, München.
- WOLLE, Stefan (1998), Die heile Welt der Diktatur, Bonn.
- WYSOCKI, Josef (1996) und GÜNTHER, Hans-Georg, Geschichte der Sparkassen in der DDR 1945 bis 1990, Stuttgart.
- ZANK, Wolfgang (1984), Wirtschaftsplanung und Bewirtschaftung in der Sowjetischen Besatzungszone - Besonderheiten und Parallelen im Vergleich zum westlichen Besatzungsgebiet, 1945-1949, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 71, 4/1984, S. 485-504.
- ZANK, Wolfgang (1987), Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland 1945-1949, Probleme des Wiederaufbaus in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, München.
- ZANK, Wolfgang (1993), Wirtschaftliche Zentralverwaltungen und Deutsche Wirtschaftskommission (DWK), in: BROZAT, Martin und WEBER, Hermann (1993) (Hrsg.), SBZ-Handbuch, Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949, München, 2. Aufl., S. 253-296.
- ZENTRALKOMITEES DER KPDSU(B) (1946) (Hrsg.), Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), Kurzer Lehrgang, Berlin.
- ZIMMERMANN, Brigitte (1991) und SCHÜTT, Hans-Dieter (Hrsg.), Ohnmacht. DDR-Funktionäre sagen aus, Berlin.
- ZIMMERMANN, Hartmut, Probleme der Analyse bolschewistischer Gesellschaftssysteme. Ein Diskussionsbeitrag zur Frage der Anwendbarkeit des Totalitarismus-Begriffs, in: Gewerkschaftliche Monatshefte Nr. 4, S. 193ff.
- ZORN, Helmut (1939), Leistungssteigerung I, in: Wirtschafts-Karteihandbuch, Wirtschaftsrecht, Wettbewerbs-, Markt-, und Wirtschaftsordnung, Stuttgart.
- ZSCHALER, Frank (1984), Die Geschichte Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin und ihrer Vorgängerinstitutionen von der Befreiung vom Faschismus bis zum Vorabend der sozialistischen Hochschulreform 1945-1951, Berlin.
- ZSCHALER, Frank (1992), Von der Emissions- und Girobank zur Deutschen Notenbank. Zu den Umständen der Gründung einer Staatsbank für Ostdeutschland, in: Bankhistorisches Archiv 2/1992, S. 59-68.
- ZSCHALER, Frank (1995), Die Entwicklung einer zentralen Finanzverwaltung in der SBZ/DDR 1945-1949, in: MEHRINGER, Hartmut (1995) (Hrsg.), Von der SBZ zur DDR. Studien zum Herrschaftssystem in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik. Sondernummer Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, München, S. 105ff.
- ZSCHALER, Frank (1996), Das Finanzsystem in der frühen SBZ/DDR. Effizienzprobleme aus institutionen-ökonomischer Sicht, in: BÄHR, Johannes und PETZINA, Dietmar (1996) (Hrsg.), Innovationsverhalten und Entscheidungsstrukturen, Vergleichende Studien zur wirtschaftlichen Entwicklung im geteilten Deutschland 1945-1990, Berlin, S. 281-301.

ZSCHALER, Frank (1997), Die vergessene Währungsreform, Vorgeschichte, Durchführung und Ergebnisse der Geldumstellung in der SBZ 1948, in: BRACHER, Karl Dietrich und SCHWARZ, Hans-Peter und MÖLLER, Horst (1997), Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Nr. 2/1997, München, S. 191-223.

Lebenslauf

Familienname	Martin
Vorname	Thomas
Geburtsdatum	21. August 1962
Geburtsort	Pfullendorf im Kreis Sigmaringen
Name des Vaters	Robert Martin
Beruf des Vaters	Soldat
Name der Mutter	Karin Martin, geb. Frank
Beruf der Mutter	Lehrerin
Schulbildung	• August 1968 Einschulung in die "Katholische Grundschule" in Köln Mehrheim • Abitur 1982 am "Städtischen Gymnasium Rheinbach" bei Bonn
Bundeswehr	1982 bis 1983 in Oberviechtach und Cham
Zivildienst	1983 bis 1984 in Bonn, Rheinische Landesklinik
Universität (I)	1984 bis 1988 unvollendetes Studium der Volkswirtschaftslehre an der "Rheinischen Friedrich Universität" in Bonn
Lehre	Oktober 1988 bis März 1991 Ausbildung zum Koch, u.a. im Restaurant "Böttingerhaus" zu Bamberg
Universität (II)	1991 bis 1996 Studium der Wirtschafts- und Sozialgeschichte und Volkswirtschaft an der Bamberger "Otto-Friedrich- Universität" • Zwischenprüfung im Sommersemester 1993 • Magisterprüfung im Herbst 1996 • Promotion bei Professor Dr. Dr. Jürgen Schneider am Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeschichte Rigorosum am 25. Juli 2001 Gesamtnote „summa cum laude“
Familie	Geburt der Tochter Selma Lyn am 31. Juli 1995